



Datenreport 2016

Ein Sozial-
bericht für die
Bundesrepublik
Deutschland



STATIS
Statistisches Bundesamt

WZB **SOEP**

Datenreport 2016

Ein Sozial-
bericht für die
Bundesrepublik
Deutschland



Datenreport 2016

Ein Sozial-
bericht für die
Bundesrepublik
Deutschland



Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

in Zusammenarbeit mit

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Die genannten Prozentwerte im Text sind größtenteils gerundet. Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Erläuterungen und Fußnoten

Zusatzangaben, die sich auf die gesamte Tabelle oder Abbildung beziehen, stehen als Anmerkung direkt unter der Tabelle beziehungsweise Abbildung. Angaben, die sich nur auf einzelne Merkmale beziehungsweise Zahlen beziehen, stehen als Fußnoten.

Bonn 2016 in der Reihe Zeitbilder
Copyright dieser Ausgabe:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de

Redaktionell verantwortlich

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb):
Gernot Dallinger
Statistisches Bundesamt (Destatis):
Redaktionsleitung: Kerstin Hänzel, Redaktion: Marion Petter
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):
Mareike Bünning, Alina Juckel
unter Mitarbeit von Jürgen Schupp, Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung (DIW)

Erstellung des Registers: Benjamin Dresen

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Grafische Konzeption und Layout, Umschlaggestaltung:
Leitwerk. Büro für Kommunikation

ISBN 978-3-8389-7143-8

Die elektronische Fassung finden Sie auf den Webseiten der beteiligten Institutionen
www.bpb.de/datenreport
www.destatis.de/datenreport
www.wzb.eu/datenreport

Vorwort

Der Datenreport als wichtiges Instrument zur politischen Bildung

Thomas Krüger

Der Präsident der Bundeszentrale
für politische Bildung

Der Datenreport, den die Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Statistischen Bundesamt (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) 2016 in der 15. Auflage herausgibt, gehört mittlerweile zu den Standardwerken für all jene, die sich schnell und verlässlich über statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland informieren wollen. Die Statistik ermöglicht es, sich einen Überblick etwa über die Bevölkerungsentwicklung, den Arbeitsmarkt, den Gesundheitssektor bis hin zu Fragen politischer Partizipation zu verschaffen. Durch die wissenschaftliche Einordnung ergibt sich ein Gesamtbild der Lebensverhältnisse unserer Gesellschaft. Damit sind zwar

die Grundlagen für einen rationalen politischen Diskurs gelegt, die Lösungen gesellschaftlicher Probleme aber nicht vorgegeben – sie müssen im demokratischen Willensbildungsprozess gefunden werden.

Journalisten, Studierende, aber auch Fachleute aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung erhalten mit dem »Datenreport 2016« ein übersichtlich gestaltetes Handbuch, das sie mit den notwendigen Zahlen, Fakten und Argumenten versorgt, um an den öffentlichen Debatten zu den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Trends in unserem Lande teilzunehmen.

Der Datenreport ist damit nicht nur ein Sozialbericht über den Zustand der Republik, sondern ein wichtiges Instrument politischer Bildung. Er stellt den Nutzerinnen und Nutzern Material zur Verfügung, das sie benötigen, um sich ein eigenes begründetes Urteil bilden zu können.

Forscher, Redakteur und Menschenfreund

Zum Tod von Roland Habich (1953–2015)

Text: Jutta Allmendinger
Foto: David Ausserhofer



»Roland Habich ist gestorben.« Die Nachricht, die uns an einem Sonntag im April erreichte, ist noch immer schwer zu erfassen. Im WZB und bei vielen anderen Organisationen, mit denen er zusammengearbeitet hat, haben sich seitdem viele Menschen erinnert, haben an gemeinsame Projekte, persönliche Begegnungen und an aktuelle Projekte gedacht, an denen Roland Habich beteiligt war.

Oft waren es Erinnerungen an die erste Begegnung und die spontan empfundene Sympathie, vor Jahren, manchmal vor Jahrzehnten. Ich selbst habe Roland Habich 1976 kennengelernt. Als ich mein Studium in Mannheim aufnahm, war er mein Tutor. Ich studierte bei Wolfgang Zapf, M. Rainer Lepsius, Hans Albert und Martin Irl. In den großen Vorlesungen gab es Tutoren. Wir ganz Jungen wussten, dass es etwas ganz Besonderes war, Tutor

zu werden. Die Tutoren wussten das auch, und viele benahmen sich dementsprechend. Roland Habich war anders: ruhig, freundlich, überaus hilfsbereit. Dünkel war ihm völlig fremd. Er begegnete niemandem von oben herab.

Roland Habich stammt aus dem Landkreis Karlsruhe, aus Upstadt-Weiher, wo er 1953 geboren wurde. 1974 begann er an der Universität Mannheim sein Studium der Psychologie und der Soziologie, bei der Wolfgang Zapf sein akademischer Lehrer war. Nach dem Studium folgten Stationen an den Universitäten Frankfurt am Main und wieder Mannheim. Wolfgang Zapf lud Habich 1988 ans WZB ein, das er damals leitete. Habich wurde wissenschaftlicher Mitarbeiter und Forschungskordinator der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung. Mit der Zeit verlagerte er seinen Arbeits-

schwerpunkt in Richtung Methoden, ohne die inhaltliche Arbeit aufzugeben. Im Gegenteil: Bis zu seinem plötzlichen Tod war er einer der Herausgeber des vom WZB, dem Statistischen Bundesamt und der Bundeszentrale für politische Bildung alle zwei Jahre veröffentlichten Datenreports und zugleich einer der verantwortlichen Redakteure dieses »Sozialberichts für die Bundesrepublik Deutschland«, der von Öffentlichkeit und Politik immer mit großem Interesse aufgenommen wurde und einen genauen und differenzierten Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen ermöglichte, von Bevölkerung, Gesundheit und Wohnen über Familie, Arbeit und Bildung bis zu sozialer Ungleichheit, Migration und politischer Partizipation. Er war in den letzten Jahren maßgeblich an der Neuausrichtung des Datenreports beteiligt, in dem nun amtliche Statistik und Forschung eng miteinander verknüpft sind.

In dieser Rolle als Mitherausgeber und Redakteur war er immer gefordert. Es war eine echte Knochenarbeit. Die Perspektiven mehrerer Disziplinen und unterschiedlicher Institutionen galt es zu integrieren, und das bei einer enormen Stofffülle und immer unter großem Zeitdruck. In diesen kollaborativen Prozessen und bei den damit einhergehenden Verhandlungen sind oft – abgestimmt oder nicht – die Rollen von »good guy« und »bad guy« zu vergeben. Für Roland Habich kam nur eine Rolle in Frage, die des »good guy«. Nur musste er die gar nicht spielen; er war einfach ein Menschenfreund.

In den Jahrzehnten am WZB erarbeitete Roland Habich sich stets neue Aufgabenfelder. Er war ein engagierter und

verantwortungsbewusster Datenschutzbeauftragter. Er baute am WZB das zentrale Datenmanagement auf. Er engagierte sich für die berufliche Ausbildung am WZB und nahm dabei vor allem die Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung in seine Obhut. Er war Mitglied im Nutzerbeirat des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften GESIS und engagiert im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, dessen Geschäftsstelle zukünftig am WZB angesiedelt sein wird. Er war Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam, Jahrzehnte nach seiner Tutorentätigkeit in Mannheim immer noch einer, der vermittelte, erklärte, half. Kein Gegenüber war ihm zu groß oder zu klein: An einem Girls' and Boys' Day am WZB führte er 8- bis 12-Jährige in die Sozialwissenschaften ein und betreute mit Leichtigkeit und Ernst deren kleines Forschungsprojekt.

Hilfsbereitschaft, Zugewandtheit, Unterstützung zeichneten ihn im Beruf aus wie im Privaten. Roland Habich war eine Art Menschenschutzbeauftragter, der vieles aushielt, aushalten musste, ein verletzlicher, sensibler, ehrlicher Mensch. Er war treu, ja fast zärtlich zu allen, die ihm teuer waren, wie sein Lehrer Wolfgang Zapf, der immer auf seinen Rat und sein Wort bauen konnte. Selbst mitgenießend, ließ er andere am WZB immer an der Ernte seines Gartens teilhaben, seien sie badische Landsleute, schwäbische Nachbarn oder Nordlichter. Er war Schriftführer der SPD seines Ortsvereins Großbeeren und über viele Jahre ehrenamtlicher Schöffe – auch dies mit großem Engagement und einem starken gesellschaftlichen Verantwortungsgefühl.

Eigentlich wollte Roland Habich der Welt noch mehr von seiner Zeit geben. Er hatte vor, mit 63 Jahren in Rente zu gehen, und unterstützte die Arbeitsgruppe am WZB, die über die zukünftige Ausrichtung des Datenmanagements zu beraten hatte. Was uns mit seinem plötzlichen Tod verloren ging, ist Wissen, Erfahrung, ein genauer Blick, vor allem aber ein feiner Mann. Solche Menschen sind selten. Roland Habich wird weit über seine Familie und seinen Freundeskreis, über seine unmittelbare Kollegenschaft und das WZB hinaus vermisst werden – und in Erinnerung bleiben.

Einleitung

Statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen

Die Herausgeber

Destatis/WZB

Aufgrund der aktuellen Zuwanderungsbewegungen stehen die Themen Migration und Flucht derzeit im Zentrum der öffentlichen Debatten in Deutschland. Hierbei werden verstärkt Fragen nach den Herausforderungen und Chancen der Einwanderung aufgeworfen, die sich angesichts der kontinuierlichen Zuwanderung bereits seit den 1950er-Jahren stellen und kontrovers diskutiert werden. In Deutschland leben mittlerweile 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das ist ein Fünftel der Gesamtbevölkerung (ohne die Zugewanderten des letzten Jahres). Auch wenn diese Menschen unter einem Begriff – dem der »Migranten« – zusammengefasst werden, ist dieser Teil der Bevölkerung sehr heterogen und unterscheidet sich beispielsweise nach Herkunft, Generation und Staatsangehörigkeit.

Die größte Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind noch immer die Gastarbeiter und ihre Familien, die im Rahmen von Anwerbeabkommen in den 1950er- und 1960er-Jahren hauptsächlich aus Südeuropa nach Deutschland kamen. Eine zweite größere Gruppe bilden die (Spät-)Aussiedler, die vor allem zwischen 1990 und 2000 einwanderten. Die Migranten, die diesen beiden Gruppen angehören, leben im Durchschnitt seit über 30 Jahren in Deutschland. In jüngerer Zeit erfolgte Zuwanderung verstärkt aus den Staaten Mitteleuropas, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Darüber hinaus waren Flüchtlingsbewegungen für die Zuwanderung zu zwei Zeitpunkten von besonderer Bedeutung: Anfang der 1990er Jahre stiegen die Asylbewerberzahlen durch den Bürgerkrieg

im ehemaligen Jugoslawien auf vorher ungekannte Werte und erreichten einen Höchstwert von rund 440 000 im Jahr 1992. Im Jahr 2015 wurde dieser Spitzenwert noch einmal deutlich übertroffen: Bis September stellten bereits mehr als 570 000 Flüchtlinge Asylanträge in Deutschland.

Über die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Zwei Drittel von ihnen sind selbst zugewandert, ein Drittel stellt die in Deutschland geborene zweite Generation dar.

Wesentliche Daten und Fakten zu Zuwanderung und Integration der in Deutschland lebenden Migranten finden sich im »Datenreport 2016 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland«. So schneiden Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf viele sozioökonomische Faktoren schlechter ab als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Sie verfügen im Durchschnitt über niedrigere Bildungsabschlüsse und sind häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Doch lässt sich dieses Muster nicht auf alle Bereiche verallgemeinern. Trotz der genannten Nachteile sind die Migranten etwas zufriedener mit ihrem Leben als die Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund. Zudem gibt es große Unterschiede sowohl zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen als auch zwischen den Generationen. Migranten, die nach 2000 zugewandert sind, verfügen beispielsweise häufiger über einen Hochschulabschluss als Menschen ohne Migrationshintergrund der gleichen Altersgruppe. Die zweite Generation konnte sich in vielen Bereichen gegen-

über ihren Eltern verbessern. Sie sprechen besser Deutsch, erzielen höhere Bildungsabschlüsse und weisen ein geringeres Armutsrisiko auf. Bezüglich der beruflichen Stellung verzeichnen sie hingegen nur leichte Aufstiegtendenzen gegenüber ihren Eltern.

Solche Daten und Fakten sind gut geeignet, ein allzu schnelles Urteil über den Zustand und die Entwicklung unserer Gesellschaft zu revidieren. Es bedarf jedoch einer spezifischen Kombination unterschiedlicher Datenquellen: Um die Lebensbedingungen und die Lebensqualität in Deutschland auf der Grundlage der besten zur Verfügung stehenden empirischen Informationen umfassend und differenziert zu untersuchen, vereinigt der Datenreport die Ergebnisse der amtlichen Statistik und die Befunde der sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. Die amtliche Statistik ist mit ihren umfangreichen, vielfältigen und kontinuierlich durchgeführten Erhebungen nach wie vor der wichtigste Anbieter von Informationen über die Lebensverhältnisse und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, dass eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Datengrundlage für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung ebenso notwendig ist. Mit ihren speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipierten sozialwissenschaftlichen Erhebungen stellt die wissenschaftliche Sozialberichterstattung nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des gesetzlich festgelegten Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik liegen, wie zum Beispiel subjektive Wahrneh-

mungen, Einstellungen und Bewertungen. Sie ergänzt und bereichert das Informations- und Analysepotential auch in konzeptioneller und methodischer Hinsicht.

Mit der Ausgabe des Datenreport 2008 wurde die bis dahin strikte Zweiteilung des Sozialberichtes in die Beiträge der amtlichen Statistik und die der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung aufgegeben und eine integrierte, nach Themenbereichen strukturierte Gliederung vorgelegt. Die institutionelle Einbindung der Abschnitte und Kapitel wird seither durch eine farbige Zuordnung zu amtlicher Statistik (blau) und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung (orange) unterstützt.

Die vorliegende Ausgabe 2016 enthält neue Abschnitte zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, zur Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund und zu Asylsuchenden. Des Weiteren befassen sich neue Abschnitte mit den Themen Wohnen, Zeitverwendung, Vermögen, Berufspendler und Lebensqualität und Identität in der Europäischen Union. Das bereits vorhandene Kapitel Einstellungen zur Rolle der Frau wurde erstmals um Einstellungen zur Rolle des Mannes ergänzt.

Obwohl seit der deutschen Vereinigung inzwischen mehr als 25 Jahre vergangen sind, verdient die Beobachtung des Zusammenwachsens und der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland weiterhin besondere Aufmerksamkeit. Der Datenreport informiert daher über noch vorhandene Disparitäten in verschiedenen Bereichen der Lebensbedingungen sowie über Unterschiede in Verhaltensweisen,

Einstellungen und Wertorientierungen, aber auch über die bisher erzielten Erfolge des Vereinigungsprozesses und die sukzessive Angleichung der Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland.

Der Datenreport, der mit dieser Ausgabe 2016 seit mehr als drei Jahrzehnten erscheint, ist ein einzigartiges Gemeinschaftsprojekt von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung, das im Veröffentlichungsprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung einen ganz besonderen Stellenwert einnimmt.

Mit seiner umfassenden Bilanzierung der Lebensverhältnisse in Deutschland zielt der Datenreport auch darauf ab, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft handlungsrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere stellt er sich – als ein im Programm der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichter Sozialbericht – der Aufgabe, dem Informationsbedürfnis einer interessierten Öffentlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Auf den Internetseiten der beteiligten Institutionen steht der Datenreport in elektronischer Form ganz oder kapitelweise zum Download zur Verfügung. Weiterführende Informationen zu den Daten, die der Veröffentlichung zugrunde liegen, und zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie im Anhang.

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	8

■ Statistisches Bundesamt (Destatis)

■ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

1	Bevölkerung und Demografie	
1.1	Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung	13
1.2	Demografischer Wandel: Sterblichkeit und Hochaltrigkeit	28
1.3	Demografischer Wandel: Geburtenentwicklung und Lebensformen	35

2	Familie, Lebensformen und Kinder	
2.1	Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung	43
2.2	Kinderlosigkeit	60
2.3	Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund	64
2.4	Einstellungen zu Familie und Lebensformen	74

3	Bildung	
3.1	Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget	79

4	Wirtschaft und öffentlicher Sektor	
4.1	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	103
4.2	Öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst	112

5	Arbeitsmarkt und Verdienste	
5.1	Arbeitsmarkt	125
5.2	Verdienste	139

6	Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung	
6.1	Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung	151
6.2	Armutgefährdung und materielle Entbehrung	169
6.3	Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik	178
6.4	Private Vermögen – Höhe, Entwicklung und Verteilung	191

7	Sozialstruktur und soziale Lagen	
7.1	Soziale Lagen und soziale Schichtung	201
7.2	Soziale Mobilität	209
7.3	Bevölkerung mit Migrationshintergrund	218
7.4	Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen	236

8	— Flüchtlinge	
8.1	— Asylsuchende in Deutschland und der Europäischen Union	245
9	— Wohnen	
9.1	— Wohnsituation und Mietkosten	259
10	— Gesundheit und soziale Sicherung	
10.1	— Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung	275
10.2	— Gesundheit, Einstellungen und Verhalten	291
10.3	— Gesundheitliche Ungleichheit	302
10.4	— Soziale Sicherung	315
10.5	— Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in Ost- und Westdeutschland	334
11	— Räumliche Mobilität und regionale Unterschiede	
11.1	— Art und Umfang der räumlichen Mobilität	341
11.2	— Berufspendler	347
11.3	— Regionale Disparitäten	350
12	— Zeitverwendung und gesellschaftliche Partizipation	
12.1	— Zeitverwendung und Ausgaben für Freizeitaktivitäten	361
12.2	— Religiosität und Säkularisierung	378
12.3	— Zivilgesellschaftliches Engagement	383
13	— Demokratie und politische Partizipation	
13.1	— Teilnahme am politischen Leben durch Wahlen	391
13.2	— Politische Integration und politisches Engagement	400
13.3	— Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat	407
14	— Werte und Einstellungen	
14.1	— Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen	417
14.2	— Einstellungen zur Rolle der Frau und der des Mannes	426
15	— Deutschland in Europa	
15.1	— Leben in der Europäischen Union	433
15.2	— Lebensqualität und Identität in der Europäischen Union	453
	Datengrundlagen sowie Autorinnen und Autoren	461
	Stichwortverzeichnis	469
	Abkürzungsverzeichnis	478

83

Jahre betrug die Lebenserwartung von Frauen und 78 von Männern nach der Sterbetafel 2010/2012.

30

Jahre war das Durchschnittsalter von Müttern beim ersten Kind im Jahr 2014.

227

Einwohner je Quadratkilometer lebten 2014 in Deutschland.



62 %

betrug der Anteil nicht-ehelicher Geburten 2012 in Ostdeutschland. In Westdeutschland waren es 28 %.

1 Bevölkerung und Demografie

1.1 Bevölkerungs- stand und Bevölkerungs- entwicklung

Claire Grobecker, Olga Pöttsch,
Bettina Sommer

Destatis

Wie viele Menschen leben in Deutschland? Wo wohnen sie und wie alt sind sie? Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demografische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich zum Beispiel in den Zahlen der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt und hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Be-

► Info 1

Datenquelle der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird mittels der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Auf den Ergebnissen des letzten Zensus aufbauend führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch Bilanzierung der Ergebnisse der Statistiken über Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik durch. Die Bevölkerungszahlen werden nach jedem Zensus (zuletzt Zensus vom 9. Mai 2011) ab dem Zensusstichtag umgestellt. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit (deutsche beziehungsweise nicht deutsche Staatsangehörigkeit).

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden in der amtlichen Statistik grundsätzlich nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen. Soweit bei Bevölkerungsangaben noch ein getrennter Nachweis für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder erfolgt, ist Berlin nicht enthalten.

darfs an demografischen Daten gehört die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück. ► [Info 1](#)

Weitere Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund bietet

Kapitel 7.3, Seite 218. Daten zum Thema Asyl enthält Kapitel 8, Seite 245.

1.1.1 Bevölkerungsstand

Bei den vorliegenden Bevölkerungszahlen für 2014 handelt es sich um Fortschreibungsergebnisse auf Basis des Zensus 2011. Dieser Fortschreibung zufolge lebten Ende 2014 in Deutschland rund 81,2 Mil-

lionen Personen, davon waren 49 % männlich und 51 % weiblich. Gegenüber 2013 ist die Bevölkerung damit um 430 000 Einwohnerinnen und Einwohner beziehungsweise um 0,5 % gewachsen. Rund 65,2 Millionen Personen (80 %) lebten in den alten Bundesländern, 12,5 Millionen (15 %) in den neuen Bundesländern und 3,5 Millionen (4 %) in Berlin.

► **Tab 1 Bundesländer nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte 2014**

	Regierungssitz	Fläche in 1 000 km ²	Bevölkerung			Einwohner je km ²
			insgesamt	Männer	Frauen	
			in 1 000			
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 717	5 284	5 432	300
Bayern	München	70,6	12 692	6 250	6 442	180
Berlin	Berlin	0,9	3 470	1 696	1 774	3 891
Brandenburg	Potsdam	29,7	2 458	1 210	1 247	83
Bremen	Bremen	0,4	662	324	337	1 578
Hamburg	Hamburg	0,8	1 763	857	905	2 334
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 094	2 992	3 102	289
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 599	788	811	69
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 827	3 846	3 981	164
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	17 638	8 606	9 032	517
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,9	4 012	1 971	2 041	202
Saarland	Saarbrücken	2,6	989	483	506	385
Sachsen	Dresden	18,4	4 055	1 988	2 068	220
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,5	2 236	1 096	1 140	109
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 831	1 381	1 449	179
Thüringen	Erfurt	16,2	2 157	1 063	1 094	133
Deutschland	Berlin	357,4	81 198	39 835	41 362	227

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

► **Tab 2 Bevölkerungsentwicklung — in Tausend**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ²	Berlin
1950	69 346	50 958	18 388	–
1960	73 147	55 958	17 188	–
1970	78 069	61 001	17 068	–
1980	78 397	61 658	16 740	–
1990	79 753	63 726	16 028	3 434
2000	82 260	67 140	15 120	3 382
2010	81 752	65 426	12 865	3 461
2011	80 328	64 429	12 573	3 326
2012	80 524	64 619	12 530	3 375
2013	80 767	64 848	12 498	3 422
2014	81 198	65 223	12 505	3 470

Ergebnisse jeweils am 31.12. Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

¹ Seit 2001 ohne Berlin-West.

² Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

– nichts vorhanden.

Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (17,6 Millionen Personen), Bayern (12,7 Millionen Personen) und Baden-Württemberg (10,7 Millionen Personen). In diesen drei Bundesländern lebten rund 51 % der Bevölkerung Deutschlands. Die Hälfte der Bundesländer hatten dagegen weniger als 3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. ▶ [Tab 1](#)

Mit 81,2 Millionen hatte Deutschland Ende 2014 rund 11,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51,0 Millionen auf 62,1 Millionen Personen. Gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Millionen auf 17,0 Millionen Personen zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 Millionen und 62 Millionen Personen im Westen sowie zwischen 16 Millionen und 17 Millionen Personen im Osten.

Seit der deutschen Vereinigung Ende 1990 nahm die Bevölkerung Deutschlands bis Ende 2002 zuerst von 79,8 Millionen auf 82,5 Millionen Personen (+ 2,8 Millionen Personen) zu. Bis 2010 folgte dann ein

Rückgang der Bevölkerungszahlen. Im Jahr 2011 gab es einen kleinen Bruch in der Zeitreihe, bedingt durch den Zensus 2011, der zu einer Revision der Bevölkerungszahl um 1,5 Millionen Personen nach unten führte. Unter Berücksichtigung dieses Sondereffekts setzte ab dem Jahr 2011 wieder eine Bevölkerungszunahme ein.

Zwischen West und Ost war die Entwicklung seit der deutschen Vereinigung allerdings unterschiedlich: In den alten Bundesländern nahm die Bevölkerung – mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2009 – zu, während die neuen Bundesländer seit 1990 durchgehend einen Bevölkerungsrückgang verzeichneten. Berlin zeigte abwechselnde Phasen von Zuwachs und Rückgang. ▶ [Tab 2](#)

Regionale Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet und Berlin-West stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1973 von 202 auf 250 an, ging danach bis 1984/1985 auf 245 leicht zurück und stieg nach der Wende bis auf 270 Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2000. Seit 2001 stagnierte die Bevölke-

rungsdichte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zwischen 263 und 264 Einwohner je Quadratkilometer. Für 2014 wurde im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) eine Einwohnerdichte von 262 ermittelt, wobei der Rückgang auf die Revision der Einwohnerzahlen infolge des Zensus 2011 zurückzuführen ist. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 171 auf 148 Einwohner je Quadratkilometer. Seit 2001 sank die Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) stetig von 127 auf 116 Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2014.

Für Deutschland insgesamt lag die Einwohnerdichte Ende 2014 bei 227 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt waren die Stadtstaaten (Berlin: 3 891 Personen je Quadratkilometer, Hamburg: 2 334, Bremen: 1 578). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (69 Personen), Brandenburg (83 Personen) und Sachsen-Anhalt (109 Personen) auf (siehe Tabelle 1).

Ende 2014 gab es in Deutschland 11 116 politisch selbstständige Gemeinden und damit 45 oder 0,4 % weniger als Ende 2013. Davon lagen 8 442 Gemeinden im früheren

▶ [Tab 3](#) Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten in ausgewählten Großstädten 2014

	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner je km ²
1	Berlin	3 470	München	4 601
2	Hamburg	1 763	Berlin	3 891
3	München	1 430	Herne	3 007
4	Köln	1 047	Stuttgart	2 954
5	Frankfurt am Main	718	Frankfurt am Main	2 890
6	Stuttgart	612	Düsseldorf	2 781
7	Düsseldorf	605	Essen	2 728
8	Dortmund	581	Oberhausen	2 715
9	Essen	574	Offenbach am Main	2 695
10	Bremen	552	Nürnberg	2 688
11	Leipzig	544	Köln	2 584
12	Dresden	536	Hannover	2 565
13	Hannover	524	Bochum	2 484
14	Nürnberg	501	Gelsenkirchen	2 455
15	Duisburg	485	Hamburg	2 334

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Bundesgebiet und 2 673 Gemeinden in den neuen Bundesländern. Aufgrund von Gebietsreformen hat sich vor allem in den neuen Bundesländern die Gemeindeanzahl stark verringert: Sie sank von 2 708 Ende 2013 um 35 Gemeinden (- 1,3 %).

Großstadtgetriebe oder Landleben? Aus der Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2014, dass 6 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, 36 % in Gemeinden mit 2 000 bis unter 20 000 Einwohnern und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 31 % der Bevölkerung. Die Städte mit den höchsten Einwohnerzahlen waren in abnehmender Reihenfolge

Berlin, Hamburg und München, bei Betrachtung der Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte lagen an vorderster Stelle München, Berlin und Herne. ▶ Tab 3

1.1.2 Altersaufbau, Geburten und Sterbefälle

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten beeinflusst unmittelbar den Altersaufbau der Bevölkerung. Außerdem besteht eine Wechselwirkung zwischen der Stärke eines Altersjahrgangs und den Geburten sowie Sterbezahlen: Zum einen beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen, gleichzeitig wirken sich aber wiederum die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit auch auf

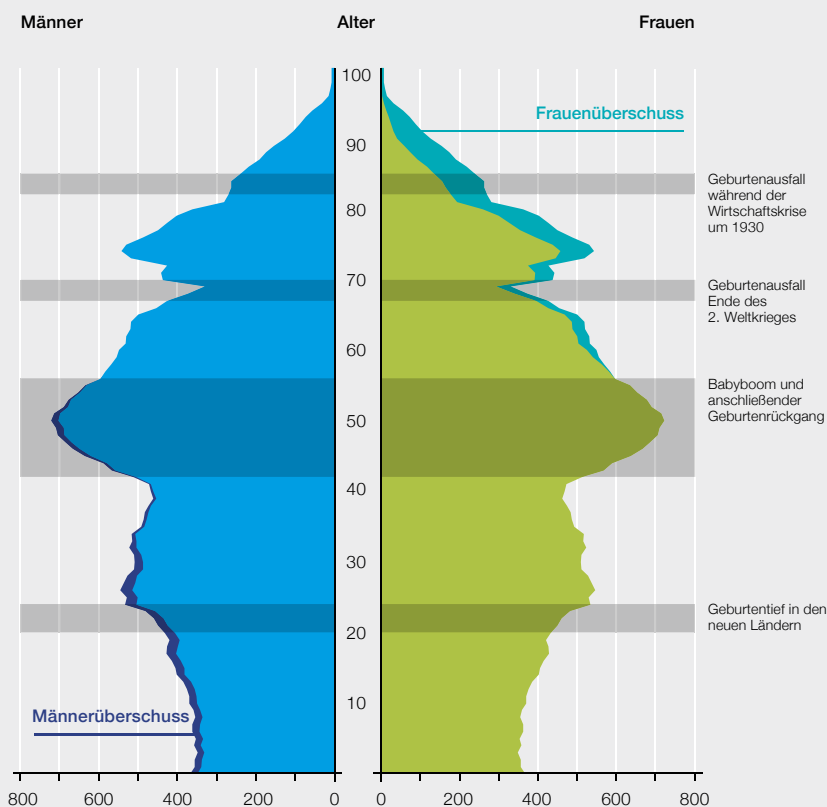
die Stärke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung. Einen zusätzlichen Faktor stellt die Zu- und Abwanderung dar, da die meisten Zu- und Abwanderer junge Erwachsene sind. In Deutschland führen diese verschiedenen Faktoren dazu, dass die Gruppe der Kinder und Jugendlichen kleiner wird und die Gruppe der Personen im Rentenalter wächst, während sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter – derzeit – wenig verändert.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet die Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie einmal bildhaft beschrieben wurde. ▶ Abb 1

Eine neue, interaktive Bevölkerungspyramide (www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/) bietet die Möglichkeit, die Veränderung der Altersstruktur im Zeitraum zwischen 1950 und 2060 zu verfolgen und dabei einen bestimmten Geburtsjahrgang zu beobachten. Die Anwendung basiert auf den Ergebnissen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland.

Die Veränderungen des Bevölkerungsaufbaus zeigt Tabelle 4: Im Jahr 2014 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) 18 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfielen 61 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 21 %. Rund 6 % der Bevölkerung waren hochbetagt, das heißt 80 Jahre oder älter. Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) lag bei 30 und somit unter dem Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen

▶ Abb 1 Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 2014 – in Tausend je Altersjahr



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.



und Älteren je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) mit 35. Im Jahr 1950 lag der Jugendquotient noch bei 51 und der Altenquotient bei 16, seit 2006 jedoch übersteigt der Altenquotient den Jugendquotienten. ▶ [Tab 4, Info 2](#)

In Deutschland werden etwa 5 % mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2014 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Weil Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie Frauen, verändern sich die Anteile von Frauen und Männern mit den Altersgruppen. Während also bei den unter 50-Jährigen in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, sind in der Altersgruppe 50- bis 59-Jährigen ungefähr so viele Männer wie Frauen enthalten. In den höheren Altersgruppen überwiegen dann zunehmend Frauen: Von den 60- bis 69-jährigen Personen sind 52 % weiblich. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis 79-Jährigen 55 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar 65 %. Gründe für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung von Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. So steigt mittlerweile mit den nachlassenden demografischen Auswirkungen des Krieges auch der Anteil der Männer an den Hochbetagten (27 % im Jahr 2000; 35 % im Jahr 2014).

Geburten, Sterbefälle

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik Deutschland durch hohe Geburtenzahlen geprägt. Ab 1947 wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Der darauf folgende sogenannte Baby-Boom wandelte sich Ende der 1960er-Jahre zu einem rapiden Rückgang der Geburten. Die Zahl der lebend geborenen Kinder ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Millionen) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Danach gab es von 1976 bis 1990 einen Anstieg der jährlichen Geburtenzahlen von 798 000 auf 906 000. Seit 1997 (812 000 Geburten) war wieder ein

Geburtenhoch im Sommer

Die monatlichen Geburtenzahlen zeigen, dass sich die Geburten nicht gleichmäßig über das Jahr verteilen. Der geburtenstärkste Monat ist nach der absoluten Zahl der Lebendgeborenen der Juli. Im Jahr 2014 kamen 9,0 % aller Neugeborenen im Juli zur Welt (66 960). Berücksichtigt man je-

doch zusätzlich unterschiedliche Monatslängen, dann war die Zahl der Geburten je Tag im September 2014 am höchsten. Diese Verteilung hat sich allerdings erst seit Anfang der 1980er-Jahre herausgebildet.

▶ **Tab 4** Entwicklung der Altersstruktur

	Bevölkerung	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				Jugendquotient ¹	Altenquotient ²
		unter 20	20–64	65–79	80 und älter		
	in 1 000	in %					
1950	69 346	30,4	59,9	8,7	1,0	50,8	16,3
1960	73 147	28,4	60,0	10,0	1,6	47,3	19,3
1970	78 069	30,0	56,2	11,8	2,0	53,4	24,6
1980	78 397	26,8	57,7	12,8	2,7	46,3	26,9
1990	79 753	21,7	63,4	11,2	3,8	34,2	23,6
2000	82 260	21,1	62,2	12,9	3,8	34,0	26,8
2010	81 752	18,4	60,9	15,3	5,3	30,3	33,8
2011	80 328	18,4	60,9	15,4	5,3	30,3	33,9
2012	80 524	18,3	61,0	15,4	5,4	30,0	34,1
2013	80 767	18,2	61,0	15,5	5,4	29,8	34,2
2014	81 198	18,2	60,8	15,4	5,6	29,9	34,6

Ergebnisse jeweils am 31. Dezember. Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.
 1 Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.
 2 Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

▶ Info 2

Jugendquotient, Altenquotient und Gesamtquotient

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter ist die Beziehung zwischen den verschiedenen Altersgruppen ein Charakteristikum des Alterungsprozesses. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachsen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also der potenziellen Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen addieren sich zum Gesamtquotienten, der aufzeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Für die Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters wird hier die Altersspanne von 20 bis 64 Jahren gewählt, da in dieser Lebensphase die meisten Menschen erwerbstätig sind.

kontinuierlicher Geburtenrückgang zu beobachten. Im Jahr 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder geboren und im Jahr 2011 wurde mit 663 000 Neugeborenen die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 registriert. Im Jahr 2014 lag die Zahl der Geburten (715 000) wieder geringfügig höher. ▶ [Abb 2, Tab 5](#)

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren wurden als Menschen starben. Im Jahr 2014 lag die Zahl der Gestorbenen um 153 000 höher als die Zahl der lebend geborenen Babys.

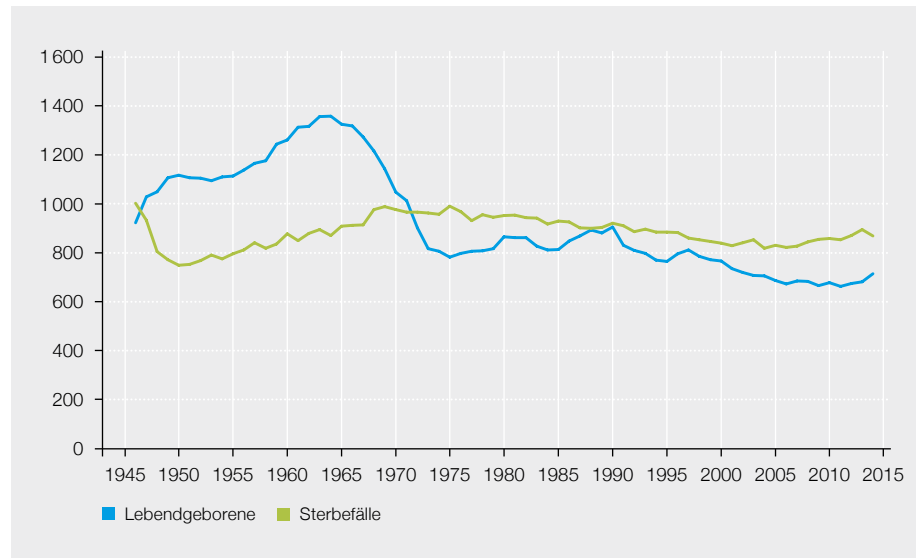
Das durchschnittliche Alter der Mutter beim ersten Kind betrug im Jahr 2014 rund 30 Jahre. Etwa 55 % aller Frauen, die ihr erstes Kind 2014 bekommen haben, gehörten den Jahrgängen 1981 bis 1988 an und waren damit zwischen 26 und 33 Jahre alt. Lediglich 3 % der ersten Geburten entfielen auf Frauen im Alter ab 40 Jahren.

Mit der für das Jahr 2014 in Deutschland rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl von 1,47 Kindern je Frau wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung weiter zu. Sie beträgt 2010/2012 für einen neugeborenen Jungen 78 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 83 Jahre. Gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er-Jahre entspricht dies einer Zunahme bei den Jungen um rund sechs Jahre und bei den Mädchen um annähernd fünf Jahre. Ein 60-jähriger Mann hat 2010/2012 rechnerisch noch eine Lebenszeit von durchschnittlich 21 Jahren vor sich. Eine gleichaltrige Frau hat rechnerisch noch eine Lebenszeit von 25 Jahren zu erwarten (siehe auch Abschnitt 1.1.4).

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den sogenannten Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird zwischen den

▶ **Abb 2 Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1946 bis 2014 – in Tausend**



Mehrlingsgeburten

Im Zeitraum seit 1950 hatte der Anteil der Mehrlingsgeburten sein Tief Ende der 1970er-Jahre erreicht und stieg seitdem deutlich an. Von den Frauen, die 1950 Mutter wurden, hatten 1,2 % Mehrlingsgeburten, Mitte der 1970er-Jahre waren es 0,9 % gewesen und 2014 stieg der Anteil auf 1,9 %.

Im Jahr 2014 gab es insgesamt 13 000 Mehrlingsgeburten. Die meisten davon waren Zwillingengeburt (98 %). In 282 Fällen wurden Drillingsgeburten und in 11 Fällen Vierlinge.

Wohnsitzwechseln von Personen in eine andere Gemeinde innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Außenwanderung und die Binnenwanderung bilden zusammen die Gesamtwanderung. ▶ [Info 3](#)

Gesamtwanderung

Die Gesamtwanderung kann für Deutschland, für die Bundesländer, für die Landkreise und für die Gemeinden ermittelt werden. Im früheren Bundesgebiet stieg das Wanderungsvolumen von 1960 bis 1971 von 4,1 Millionen auf 5,3 Millionen

Wanderungsfälle an. Zu dieser Entwicklung trugen die Außenwanderung sowie die Binnenwanderung bei, wobei die Außenwanderung schneller anstieg als die Binnenwanderung. Ab 1971 ging das Wanderungsvolumen wieder zurück und pendelte sich von 1975 bis 1988 auf jährlich 3,5 bis 4,2 Millionen Wanderungsfälle ein. Die Wende in der ehemaligen DDR löste erneut eine Wanderungswelle aus: Mit rund 5,7 Millionen Wanderungsfällen jährlich blieb die Gesamtwanderung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre auf hohem Niveau. Nach 1995 ging das Wanderungsvolumen zurück und

► Tab 5 Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland

	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) beziehungsweise der Gestorbenen (-)	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohner
Deutschland						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+368	+5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+385	+5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+72	+0,9
1980	866	11,0	952	12,1	-87	-1,1
1990	906	11,4	921	11,6	-16	-0,2
2000	767	9,3	839	10,2	-72	-0,9
2010	678	8,3	859	10,5	-181	-2,2
2012	674	8,4	870	10,8	-196	-2,4
2013	682	8,5	894	11,1	-212	-2,6
2014	715	8,8	868	10,7	-153	-1,9
Früheres Bundesgebiet¹						
1950	813	16,3	529	10,6	+284	+5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+326	+5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+76	+1,3
1980	621	10,1	714	11,6	-93	-1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+14	+0,2
2000	656	9,8	679	10,1	-23	-0,3
2010	542	8,3	672	10,3	-129	-2,0
2012	539	8,3	681	10,6	-143	-2,2
2013	547	8,5	700	10,8	-153	-2,4
2014	575	8,8	679	10,4	-105	-1,6
Neue Länder²						
1950	304	16,5	220	11,9	+84	+4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+59	+3,4
1970	237	13,9	241	14,1	-4	-0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+7	+0,4
1990	178	11,1	208	12,9	-30	-1,8
2000	111	7,3	160	10,5	-49	-3,2
2010	102	7,9	155	12,0	-53	-4,1
2012	100	8,0	156	12,4	-56	-4,5
2013	100	8,0	161	12,9	-61	-4,9
2014	103	8,2	157	12,5	-54	-4,3

Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

1 Bis 2000 einschließlich Berlin-West, seit 2001 ohne Berlin-West.

2 Bis 2000 einschließlich Berlin-Ost, seit 2001 ohne Berlin-Ost.

► Info 3

Wanderungsstatistik

In der Wanderungsstatistik werden die Zu- und Fortzüge erfasst, die von den Meldebehörden an die statistischen Ämter gemeldet werden. Der Wanderungssaldo wird als Differenz der Zu- und Fortzüge gebildet. Das Wanderungsvolumen bezeichnet die Summe aus der Binnenwanderung zuzüglich der Zuzüge aus und der Fortzüge ins Ausland.

Die auf ein Jahr bezogene Wanderungsstatistik weist die jeweiligen Wanderungsfälle, das heißt die Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen, nicht die wandernden Personen nach. Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets erfasst, ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um Binnenwanderungsfälle, die als Ost-West-Wanderung bezeichnet werden.

Durch die Binnenwanderung ändert sich die regionale Verteilung der Bevölkerung, aber im Gegensatz zur Außenwanderung nicht die Einwohnerzahl Deutschlands.

lag von 2005 bis 2010 bei rund 5 Millionen Personen. Ab 2011 stieg es wieder an und lag 2014 bei 6,3 Millionen Personen.

Binnenwanderung

Im Jahr 2014 wechselten 4,0 Millionen Personen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die sogenannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohnerinnen und Einwohner eines Gebiets ihre Wohnsitzgemeinde wechseln. Im Jahr 2014 betrug die Mobilitätsziffer rund 49, das heißt etwa jeder zwanzigste Einwohner zog im Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere um.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung in Deutschland entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. In den 1970er-Jahren verringerten sich die Wanderun-

gen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,7 Millionen auf 3,0 Millionen Personen. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 48. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein: Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und wirkten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht aus. Bis Ende der 1980er-Jahre sank die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiter auf 2,5 Millionen Umzüge (41 Umzüge je 1 000 Einwohner). Mit der Öffnung der Grenzen im Osten und der deutschen Vereinigung stieg die Binnenwanderung bis 1997 wieder an auf über 4,0 Millionen Umzüge pro Jahr (49 Umzüge je 1 000 Einwohner). Seit 2000 liegt die Zahl der Umzüge zwischen 3,6 und 4,0 Millionen pro Jahr mit einer Mobi-

lität zwischen 44 und 49 Umzügen je 1 000 Einwohner.

Im Jahr 2014 fanden etwa 28 % der Umzüge (rund 1,1 Millionen Umzüge) zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises, 44 % (rund 1,7 Millionen Umzüge) zwischen Kreisen eines Bundeslandes und 28 % (rund 1,1 Millionen Umzüge) zwischen Bundesländern statt. ▶ Tab 6

Den Wanderungsströmen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern kommt bei der Binnenwanderung eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 1989 und 1991 war eine hohe Abwanderung von Ost nach West festzustellen. In den Folgejahren bis 1996 war die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gegenläufig: Die Zuzüge aus den neuen Ländern verringerten sich, die Wanderungen nach Osten stiegen, sodass der Wanderungssaldo

▶ Tab 6 Wanderungen innerhalb Deutschlands in eine andere Gemeinde

	Insgesamt		Innerhalb der Bundesländer			Über die Landesgrenzen
			zusammen	zwischen Gemeinden innerhalb des Kreises	über die Kreisgrenzen innerhalb des Landes	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹				in 1 000
Früheres Bundesgebiet						
1970	3 662	59,8	2 544	720	1 824	1 118
1980	3 024	49,2	2 204	720	1 484	820
1985	2 572	42,1	1 932	722	1 210	640
1990	2 970	47,4	2 129	785	1 344	841
Deutschland						
1991	3 402	42,8	2 275	908	1 367	1 127
1995	3 951	48,5	2 882	1 229	1 653	1 069
2000	3 892	47,3	2 755	1 192	1 563	1 137
2005	3 655	44,3	2 585	1 107	1 478	1 071
2010	3 576	43,7	2 514	1 038	1 477	1 062
2011	3 739	45,7	2 626	1 078	1 548	1 113
2012	3 737	46,5	2 640	1 082	1 559	1 097
2013	3 846	47,8	2 741	1 106	1 635	1 106
2014	3 953	48,9 ²	2 842	1 120	1 722	1 111

¹ Jeweils am 31.12. des Vorjahres.

² Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

1997 nur noch 28 200 Personen betrug. Ab 1998 kam eine neue Wanderungswelle von Ost nach West (Wanderungssaldo 2001: 98 000 Personen), die nach 2001 langsam zurückging. Im Jahr 2014 betrug der Wanderungssaldo nur noch 3 300 Personen. ▶ [Abb 3](#)

Außenwanderung

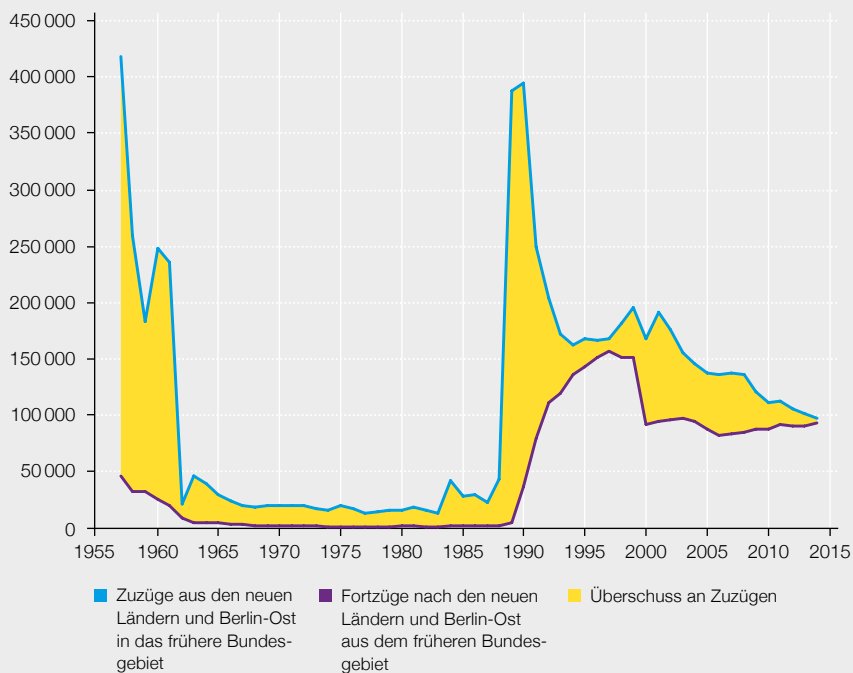
Die Außenwanderung war kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland geprägt. Zwischen 1950 und 1961 folgte eine Zuwanderung aus der ehemaligen DDR: So wurden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 rund 2,6 Millionen Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler im früheren Bundesgebiet aufgenommen. Ferner kamen zwi-

schen 1950 und 2006 rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise seit 1990 nach Deutschland. Davon waren rund 2,3 Millionen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie deren Nachfolgestaaten, 1,4 Millionen kamen aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Zahl von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aufgenommen. In den folgenden Jahren bis 1995 waren es jährlich zwischen 220 000 und 230 000 Personen. Danach gingen die Zahlen stetig zurück. Seit 2006 werden weniger als 10 000 Aussiedlerinnen und Aussiedler jährlich aufgenommen. Bei diesem Rückgang dürften zum einen geänderte Einreisebedingungen für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen ab 2005 eine Rolle spielen. Zum anderen gibt es in den

Herkunftsländern weniger Personen mit Aussiedlerhistorie. ▶ [Tab 7](#)

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der ehemaligen DDR sowie durch Aussiedlerinnen und Aussiedler) gab es für die Bundesrepublik Deutschland seit Gründung bis Anfang des zweiten Jahrtausends einen Zuwanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet; es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland zuziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist der oben beschriebene Rückgang der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die nach Deutschland kamen. Zeitgleich stiegen die Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. So gab es in den 1990er-Jahren rund 110 000 Fortzüge von Deutschen pro Jahr, im Jahr 2008 lagen sie bei 175 000 Personen. Allerdings hat sich die Abwanderung seit Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wieder reduziert und betrug 2014 rund 149 000 Personen. ▶ [Tab 8](#)

▶ **Abb 3** Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost 1957 bis 2014



Ab 1991 ohne Berlin.

Aus den Abwanderungszahlen lassen sich keine Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge ableiten, da die Gründe für die Fortzüge bei den Meldeämtern nicht erfasst werden. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist. Es wird auch nicht erfasst, ob es sich bei den Abwandernden um Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt. Hauptzielländer von auswandernden Deutschen waren im Jahr 2014 die Schweiz, die Vereinigten Staaten und Österreich.

Seit Anfang der 1960er-Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen durch die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wanderungsströme ausländischer Staatsangehöriger zwischen dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland verzeichneten ein relativ hohes Wanderungsvolumen mit jährlich hohen Zu- und Fortzugszahlen. Dabei war der Wanderungssaldo zeitweilig positiv

► Tab 7 Zuzüge von Aussiedlerinnen und Aussiedlern

	Insgesamt	Darunter aus		
		der ehemaligen Sowjetunion ¹	Polen	Rumänien
1950–1959	438 225	13 604	292 157	3 454
1960–1969	221 516	8 571	110 618	16 294
1970–1979	355 381	56 583	202 718	71 417
1980–1989	984 087	176 565	632 803	151 161
1990–1994	1 291 112	911 473	199 623	171 914
1995–1999	738 064	718 634	4 455	14 440
2000–2004	417 493	413 596	2 382	1 396
2005	35 522	35 396	80	39
2006	7 747	7 626	80	40
2007–2011	18 012	17 677	226	96
2012	1 817	1 782	12	22
2013	2 427	2 386	11	30
2014	5 649	5 613	23	13

Seit 1993 einschließlich nicht deutscher Angehöriger von Aussiedlern.

¹ Beziehungsweise Nachfolgestaaten.

Quelle: Bundesverwaltungsamt

► Tab 8 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
1950–1953	374 177	.	.	462 279	.	.
1954–1959	1 038 759	477 414	561 345	955 190	638 657	316 533
1960–1969	6 257 185	724 624	5 532 561	4 239 458	789 119	3 450 339
1970–1979	7 002 667	783 306	6 219 361	5 439 852	543 843	4 896 009
1980–1989	6 145 117	1 323 089	4 822 028	4 685 932	635 814	4 050 118
1990–1999	10 890 238	2 755 154	8 135 084	7 023 809	1 147 745	5 876 064
2000–2009	7 565 201	1 475 762	6 089 439	6 603 751	1 407 325	5 196 426
2010	798 282	114 752	683 530	670 605	141 000	529 605
2011	958 299	116 604	841 695	678 969	140 132	538 837
2012	1 080 936	115 028	965 908	711 991	133 232	578 759
2013	1 226 493	118 425	1 108 068	797 886	140 282	657 604
2014	1 464 724	122 195	1 342 529	914 241	148 636	765 605

Bis einschließlich 1990 Angaben für das frühere Bundesgebiet.

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

und zeitweilig negativ und spiegelte den Konjunkturverlauf in Deutschland wider.

Seit Mitte der 1970er-Jahre wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer von anderen Faktoren beeinflusst, zum Beispiel dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Dies zeigte sich zum Beispiel in der Zunahme der Zuzüge aus den Ländern, die von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2008/2009) besonders betroffen sind, in den Folgejahren. So stiegen die Zuzüge aus Griechenland von

8 300 Personen im Jahr 2008 auf 30 600 Personen im Jahr 2014 (+ 270 %) und aus Spanien von 9 500 Personen im Jahr 2008 auf 34 400 Personen im Jahr 2014 (+ 260 %).

Zudem wirkten sich die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Neuregelungen wie die Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16a) im Jahr 1993. Die letzteren Regelungen bewirkten zum Beispiel, dass Einrei-

sen zum Zweck der Asylsuche nach 1993 erheblich zurückgingen. Zunehmend wurde die Zuwanderung auch durch Beschlüsse auf Ebene der Europäischen Union (EU) beeinflusst, unter anderem durch EU-Erweiterungen, Freizügigkeitsregelungen, Abkommen mit EFTA-Ländern, also Ländern der Europäischen Freihandelszone oder veränderten Visa-Regelungen. Dies zeigt sich beispielsweise in der schnellen Zunahme der Zuzüge aus vielen Ländern, die 2004, 2007 beziehungsweise 2013 der EU beigetreten sind (siehe Kapitel 15.1, Seite 434, Abb 1).

Auch haben 2011 – nach Ablauf der letzten Einschränkungen zum Arbeitsmarktzugang für die 2004 beigetretenen Länder – die Zuzüge von dort stark zugenommen. Das gleiche gilt ab 2013 für Rumänien und Bulgarien.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,2 Millionen Personen einen ersten Höhepunkt erreicht. Gründe waren die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa und die Flucht vieler Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Danach war die Tendenz mit einigen Schwankungen bis 2006 eher rückläufig. So kamen 2006 rund 558 000 Menschen nach Deutschland. In den Folgejahren stieg die Zuwanderung erheblich, im Jahr 2013 wurden rund 1,1 Millionen Zuzüge ausländischer Personen verzeichnet. Mit 1,3 Millionen Zuzügen wurde im Jahr 2014 ein neuer Höhepunkt erreicht. Dazu tragen außer den zunehmenden Wanderungsströmen aus den seit 2004 beigetretenen EU-Staaten die steigenden Flüchtlingsströme aus den Balkanstaaten sowie den von Krieg gezeichneten Ländern – insbesondere Syrien – bei.

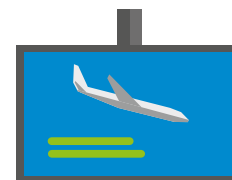
Die Hauptherkunftsländer waren 2014 Polen und Rumänien (jeweils 191 000 Zuzüge), gefolgt von Bulgarien (77 000 Personen) und Italien (70 000 Personen). Rund 62 % der Personen (830 000) kamen aus der EU, 25 % (329 000 Personen) aus dem außereuropäischen Ausland und 13 % aus einem sonstigen Land aus Europa (178 000 Personen). Außerhalb der EU waren 2014 die Hauptherkunftsländer Syrien (65 000 Zuzüge) und Serbien (40 000 Zuzüge).

Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Personen einen ersten Höhepunkt. Danach war die Tendenz bis 2007 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997, 1998 und 2004 infolge der Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge.

Die Fortzugszahlen zwischen 2008 und 2010 sind durch bundesweite Bereinigungen der Melderegister überhöht und mit den Vor- und Folgejahren nicht vergleichbar. Die Bereinigungen führten

148 636

Deutsche zogen im Jahr 2014 ins Ausland. Aus dem Ausland zurück kamen 122 195 Deutsche.



zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen, die sich in den Fortzugszahlen niedergeschlagen haben.

Seit 2011 steigt die Zahl der Fortzüge wieder an und lag 2014 bei 914 000 Fällen. Da viele Zugewanderte nicht dauerhaft in Deutschland bleiben und nach einer kürzeren oder längeren Zeit in ihr Herkunftsland zurückkehren beziehungsweise in ein anderes Land weiterziehen, geht eine hohe Zuwanderung zeitversetzt mit einer hohen Abwanderung einher.

Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen den Zuzügen und Fortzügen, war seit Beginn der Statistik in den 1950er-Jahren überwiegend positiv. Lediglich in konjunkturell schlechten Zeiten der 1960er- und 1970er-Jahre, in der Zeit des Rückkehrhilfegesetzes in den 1980er-Jahren und nach Kriegsende in Bosnien 1997/1998 fiel der Saldo negativ aus. Die höchsten Wanderungsüberschüsse (mehr als 600 000 Personen Zugewinn pro Jahr) wurden zur Zeit der Wende in der ehemaligen DDR zwischen 1989 und 1992 verzeichnet – als Folge der hohen Zuwanderung in diesen Jahren. Seit 2011 werden wieder hohe Wanderungsüberschüsse verzeichnet (2011: + 279 000; 2012: + 369 000; 2013: + 429 000; 2014: + 550 000 Personen).

1.1.4 Demografischer Wandel

Deutschland befindet sich bereits mitten im demografischen Wandel. Seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 hat die Zahl der Geborenen fast stetig abgenommen. Die stark besetzten Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre sind in das höhere erwerbsfähige Alter gekommen. Die Zahl der ab 70-Jährigen ist von 8,1 Millionen im Jahr 1990 auf 12,9 Millionen Personen im Jahr 2013 gestiegen. Das Medianalter, welches die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, ist infolgedessen um 8 Jahre von 37 auf 45 Jahre gestiegen. Gleichzeitig ist der Altersaufbau der Frauen und Männer ähnlicher geworden. Insbesondere zeigt die Zahl der Hochbetagten, das heißt der Menschen, die 80 Jahre oder älter sind, dass mittlerweile nicht nur Frauen, sondern auch Männer ein höheres Lebensalter erreichen. Der aktuelle Altersaufbau wird für die künftige Bevölkerungsentwicklung eine dominierende Rolle spielen und große Herausforderungen für Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme mit sich bringen.

Seit etwa vier Jahrzehnten reicht die Zahl der Neugeborenen nicht aus, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben

mehr Menschen als Kinder geboren werden. Ohne Wanderungsgewinne aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit langem rapide schrumpfen und noch schneller altern. Langfristig wird die immer weiter aufgehende Schere zwischen der Zahl der Geborenen und der Zahl der Gestorbenen nicht durch Zuwanderung zu schließen sein; dazu wären langfristig weit höhere Wanderungsüberschüsse nötig als in der Vergangenheit.

Die jährliche Geburtenhäufigkeit nahm in den alten Bundesländern ab Mitte der 1960er-Jahre stark ab und stabilisierte sich seit Ende der 1970er-Jahre auf niedrigem Niveau. Die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer beträgt hier seit fast 40 Jahren rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau. In der ehemaligen DDR war es in den 1970er-Jahren auch zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl gekommen, dem aber bald ein Anstieg folgte. Bis Mitte der 1980er-Jahre nahm die Geburtenhäufigkeit wieder ab. Anfang der 1990er-Jahre kam es nach der deutschen Vereinigung zu einem vorübergehenden starken Einbruch der Geburtenzahlen in

den neuen Ländern. Inzwischen ist die Geburtenhäufigkeit im Osten Deutschlands angestiegen und ist seit 2008 höher als im früheren Bundesgebiet. Im Jahr 2013 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer in den neuen Ländern 1,5 Kinder je Frau, während sie im früheren Bundesgebiet bei 1,4 Kindern je Frau lag (jeweils ohne Berlin). ▶ [Abb 4](#)

Die Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/1881 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,5 Jahre. Aber schon Zehnjährige hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 Jahren (Jungen) beziehungsweise 48,2 Jahren (Mädchen). Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung – nach der Allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 – für Jungen 77,7 Jahre beziehungsweise 82,8 Jahre für Mädchen. Somit hat sich die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen in Deutschland innerhalb von etwa 130 Jah-

ren mehr als verdoppelt. Aber auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung deutlich angestiegen, verstärkt in den letzten Jahrzehnten. Heute haben 60-jährige Männer im Durchschnitt noch weitere 21,3 Jahre und gleichaltrige Frauen 25,0 Jahre zu erwarten. Das sind 9,2 Jahre mehr bei den Männern und 12,3 Jahre mehr bei den Frauen als 1871/1881. ▶ [Tab 9](#)

In den kommenden Jahrzehnten werden der Rückgang der Bevölkerungszahl und die Alterung kennzeichnend für den demografischen Wandel sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausrechnungen darstellen. ▶ [Info 4](#)

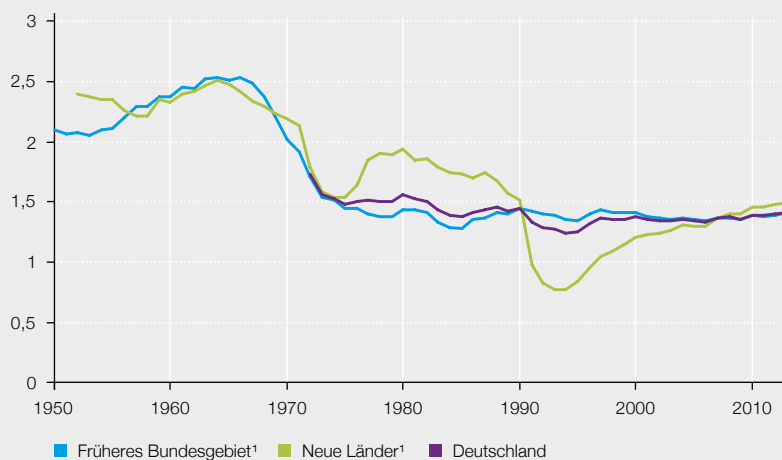
Im Folgenden werden Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand von zwei ausgewählten Varianten dargestellt. Diese Varianten beschreiben die Entwicklung unter den folgenden Annahmen:

- einer Geburtenziffer von weiterhin 1,4 Kindern je Frau bei einem steigenden durchschnittlichen Alter der Frau bei der Geburt des Kindes,
- eines Anstiegs der Lebenserwartung um sieben Jahre bei Männern beziehungsweise sechs Jahre bei Frauen und
- unter zwei unterschiedlichen Wanderungsannahmen.

Die erste Wanderungsannahme geht von einem Abflachen der anfangs sehr hohen jährlichen Nettozuwanderung von 500 000 Personen auf 100 000 Personen innerhalb von sechs Jahren bis zum Jahr 2021 aus. Anschließend bleibt der Wanderungssaldo bei 100 000 Personen pro Jahr. Im zweiten Szenario wird angenommen, dass der jährliche Wanderungssaldo von 500 000 Personen bis zum Jahr 2021 auf 200 000 Personen sinken und sich dann auf diesem Niveau verfestigen wird. Im gesamten Vorausberechnungszeitraum von 2014 bis 2060 würden damit durchschnittlich jeweils 130 000 beziehungsweise 230 000 Personen pro Jahr nach Deutschland zuwandern. Kumuliert ergibt sich daraus ein Nettozuzug von 6,3 Millionen beziehungsweise 10,8 Millionen Personen.

Diese Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau

▶ **Abb 4** Zusammengefasste Geburtenziffer 1950 bis 2013 – Kinder je Frau



Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.
Geburtenziffer: Durchschnittliche Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau in einem Kalenderjahr.
1 Seit 2001 ohne Berlin.

entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Sie werden als »Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung« (Variante 1) und »Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung« (Variante 2) bezeichnet.

Ein Bevölkerungsrückgang ist in Deutschland auf lange Sicht kaum vermeidbar. Zwar stieg die Bevölkerungszahl in den Jahren 2011 bis 2013 aufgrund einer besonders starken Nettozuwanderung erneut an, die grundsätzlichen Ursachen des Bevölkerungsrückgangs – wenig Neugeborene und viele Sterbefälle – bestehen jedoch weiter fort und werden sich auf lange Sicht noch stärker als in der Vergangenheit auswirken.

Die Zahl der Geborenen wird voraussichtlich bis zum Jahr 2020 relativ stabil bei etwa 700 000 Kindern bleiben. Dafür sorgt eine derzeit günstige Altersstruktur der potenziellen Mütter: Die relativ gut besetzten 1980er-Jahrgänge (Kinder der sogenannten Baby-Boom-Generation) sind noch einige Jahre im Alter von Mitte 20 bis Mitte 30, in dem die Geburtenhäufigkeit besonders hoch ist. Anschließend wird aber die Zahl der Geborenen zurückgehen und im Jahr 2060 zwischen 500 000 und 550 000 Kinder betragen.

Die Zahl der Sterbefälle wird dagegen steigen, da die geburtenstarken Jahrgänge, die heute im mittleren Alter sind, im Vorausberechnungszeitraum in das hohe Alter aufrücken, in dem die Sterblichkeit natürlicherweise größer ist. Diesem Effekt der aktuellen Altersstruktur steht die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung gegenüber. Sie verlangsamt den Anstieg der Sterbefälle. Die Zahl der Gestorbenen wird demnach von 894 000 im Jahr 2013 auf fast 1,1 Millionen Personen Anfang der 2050er-Jahre steigen und anschließend bis zum Jahr 2060 auf etwa 1,0 Millionen Personen sinken.

Das Geburtendefizit wird sich infolge dieser Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle erheblich vergrößern. Im Jahr 2013 betrug es 212 000 Personen. Im Jahr 2020 wird es auf 240 000 Personen steigen und sich bis 2060 auf etwa 500 000 Perso-

► Tab 9 Durchschnittliche Lebenserwartung – in Jahren

	Jungen/Männer		Mädchen/Frauen	
	1871/1881	2010/2012	1871/1881	2010/2012
Vollendetes Alter in Jahren				
0	35,6	77,7	38,5	82,8
1	46,5	77,0	48,1	82,1
5	49,4	73,1	51,0	78,1
10	46,5	68,1	48,2	73,1
20	38,4	58,2	40,2	63,2
30	31,4	48,5	33,1	53,4
40	24,5	38,9	26,3	43,6
50	18,0	29,7	19,3	34,0
60	12,1	21,3	12,7	25,0
70	7,3	13,9	7,6	16,6
80	4,1	7,7	4,2	9,2
90	2,3	3,7	2,4	4,2

1871/1881: Deutsches Reich; 2010/2012: Deutschland.

► Info 4

Bevölkerungsvorausberechnung

Das Ziel von Bevölkerungsvorausberechnungen ist es, mit Fortschreibungsverfahren zu zeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln werden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die 13. – zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder – koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Der ihr zugrunde liegende Bevölkerungsbestand am 31. Dezember 2013 basiert auf der Bestandsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Die Vorausberechnung beruht auf Annahmen zur künftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland (Wanderungssaldo). Insgesamt ergeben sich aus jeweils zwei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Wanderungssaldo acht Varianten der künftigen Entwicklung. Außerdem liegen drei zusätzliche Modellrechnungen für analytische Zwecke vor.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist abrufbar unter www.destatis.de. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden anhand der animierten Bevölkerungspyramiden veranschaulicht. Die interaktive Anwendung bietet Ihnen auch die Möglichkeit, die Veränderung gleichzeitig in drei verschiedenen Bundesländern miteinander zu verfolgen.

nen mehr als verdoppeln. Die Nettozuwanderung wird diese immer stärker aufklaffende Lücke auf Dauer nicht schließen können.

Die Bevölkerungszahl von 80,8 Millionen Menschen im Jahr 2013 wird deshalb – je nach Ausmaß der Nettozuwanderung – voraussichtlich noch fünf bis sieben Jahre steigen und anschließend sinken. Unter den Stand von 2013 sinkt sie frühestens

2023. Im Jahr 2060 werden demnach in Deutschland zwischen 67,6 Millionen Menschen (Variante 1: kontinuierliche Entwicklung bei schwächerer Zuwanderung) und 73,1 Millionen Menschen (Variante 2: kontinuierliche Entwicklung bei stärkerer Zuwanderung) leben.

Die Relation zwischen Alt und Jung wird sich stark verändern. Ende 2013 waren noch 18 % der Bevölkerung jünger als

20 Jahre und auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen 21 %. Die Personen im sogenannten Erwerbsalter (hier von 20 bis 64 Jahre, siehe Info 2) stellten 61 % der Bevölkerung. Im Jahr 2060 werden dagegen 16 % unter 20 Jahre alt sein und etwa ein Drittel (33 % oder 32 %) 65 Jahre oder älter. Im Erwerbsalter befindet sich dann nur etwa die Hälfte der Bevölkerung (51 % oder 52 %). ▶ **Abb 5**

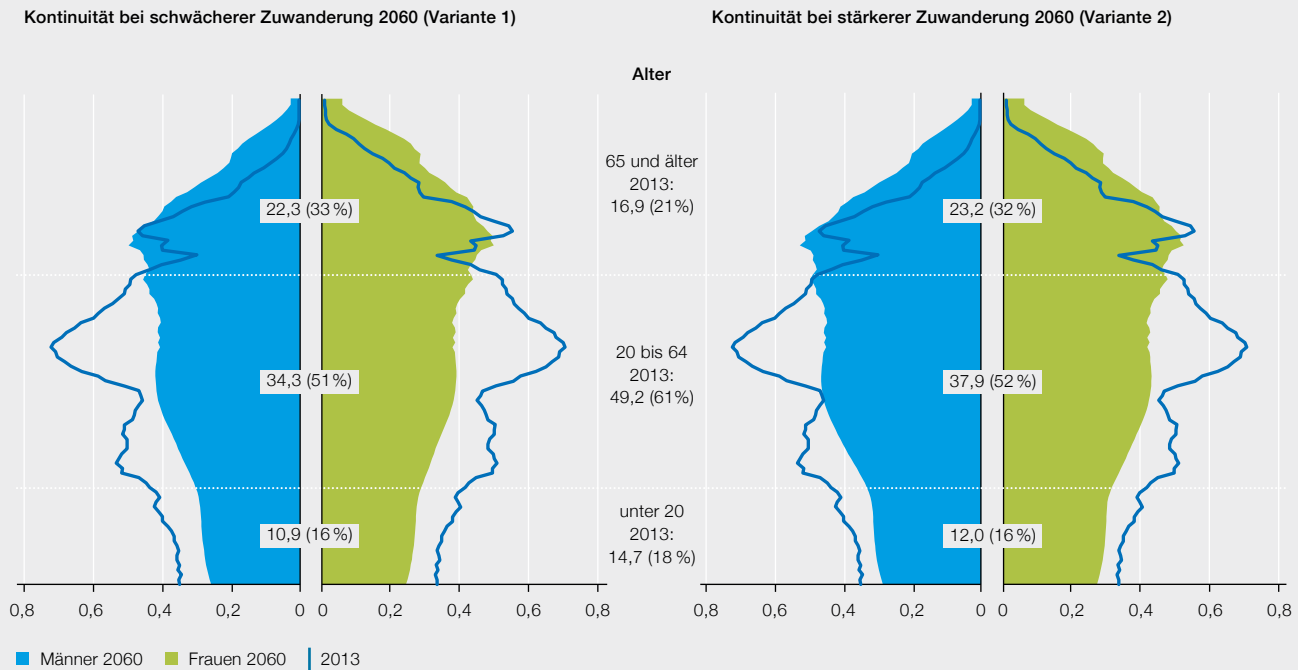
Die Gesamtzahl der unter 20-Jährigen war im Ausgangsjahr 2013 mit 14,7 Millionen Personen bereits rund 3 Millionen geringer als noch vor 20 Jahren (1993: 17,5 Millionen Personen). Sie wird bis zum Jahr 2060 bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung weiter sinken. Je nach Stärke der Nettozuwanderung wird sie auf 11 Millionen Personen (Variante 1) beziehungsweise 12 Millionen Personen (Variante 2) fallen. Die Anzahl der Kinder im Vorschulalter

wird von der Geburtenentwicklung bestimmt. Sie bleibt noch bis Anfang der 2020er-Jahre voraussichtlich bei etwa 4 Millionen Kindern stabil und sinkt dann allmählich bis 2060 um etwa 1 Million Kinder. Die Anzahl der 6- bis 17-Jährigen geht dagegen von derzeit 9 Millionen bis Anfang der 2020er-Jahre um etwa 400 000 bis 500 000 junger Menschen zurück, bleibt dann für etwa zehn Jahre auf diesem Niveau und sinkt anschließend bis 2060 auf rund 7 Millionen Heranwachsende dieses Alters.

Die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter (hier: von 20 bis 64 Jahre) wird in den nächsten Jahrzehnten besonders stark sinken. Denn die stark besetzten Jahrgänge der Baby-Boomer, die derzeit die ältere Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter stellen, werden in den kommenden zwei Jahrzehnten aus dem Erwerbsalter weitgehend ausscheiden.

Ihnen folgen dann die deutlich geringer besetzten Geburtsjahrgänge, auch Geburtskohorten genannt, der 1970er- und 1980er-Jahre. Im Jahr 2013 waren 49,2 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Ihre Zahl wird demnach ab 2020 deutlich zurückgehen und 2035 etwa 41 Millionen beziehungsweise 43 Millionen Personen betragen. Im Jahr 2060 werden dann etwa 38 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein (-23 %), falls sich der Wanderungssaldo langfristig bei 200 000 Personen einpendelt (Variante 2 Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung). Geht die Zuwanderung langfristig auf 100 000 Personen zurück (Variante 1 Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung), gibt es 2060 ein noch kleineres Erwerbspersonenpotenzial: 34 Millionen Menschen, das sind 30 % weniger als 2013. Wird das Erwerbsalter mit 67 statt mit 65 Jahren abgegrenzt, so

▶ **Abb 5** Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2013 und 2060 — in Millionen (in Prozent)



2013: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.
 2060: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung, Variante 1; Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung, Variante 2); animierte Bevölkerungspyramide unter www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/ Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

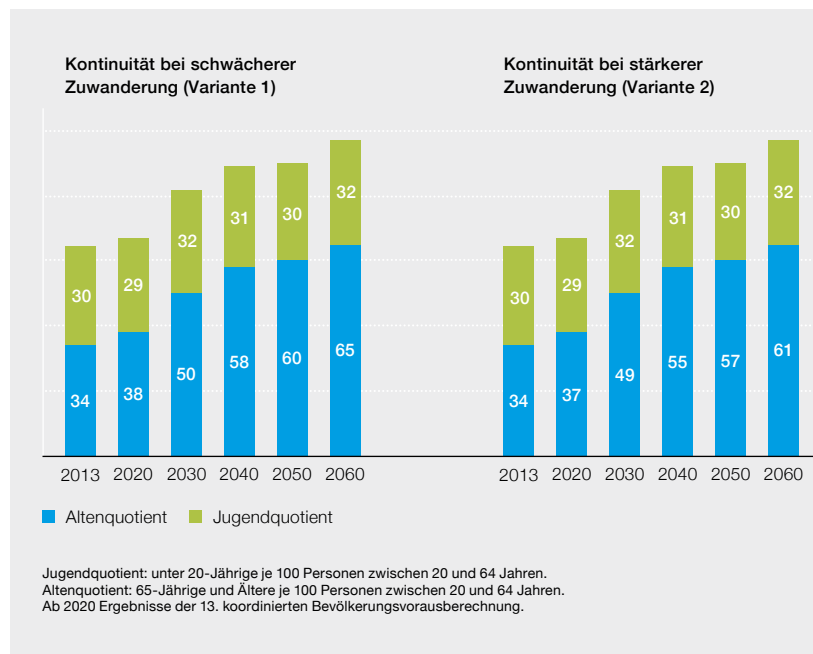
werden 2035 noch etwa 43 Millionen bis 45 Millionen Personen und 2060 noch etwa 36 Millionen bis 40 Millionen Personen dazugehören (jeweils bei schwächerer beziehungsweise bei stärkerer Zuwanderung). Das wären 2060 dann rund 2 Millionen Personen mehr als bei der Altersgrenze 65 Jahre.

Die Anzahl der ab 65-Jährigen wird besonders deutlich in den kommenden Jahrzehnten bis zum Jahr 2037 wachsen. Bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und einem schwächeren Wanderungssaldo wird sie 2037 gut 23 Millionen Personen betragen und damit um etwa 40 % höher sein als im Jahr 2013 (16,9 Millionen Personen). Zwischen 2037 und 2060 wird diese Altersgruppe – trotz einer voraussichtlich sinkenden Zahl der Gesamtbevölkerung – fast unverändert bleiben.

Die Entwicklungen bei den 65- bis 79-Jährigen und bei den ab 80-Jährigen unterscheiden sich indessen deutlich. Die jüngere Seniorengruppe wird vor allem zwischen 2025 und 2035 deutlich wachsen, bis die stark besetzten Jahrgänge allmählich ins höhere Alter wechseln. Die Zahl der Hochbetagten nimmt dagegen fast kontinuierlich zu. Um 2050 wird sie ihr Höchstniveau mit knapp 10 Millionen Personen erreichen. Dann wird sie doppelt so groß sein, wie im Jahr 2013 (4,4 Millionen Menschen). Der Anteil der ab 80-Jährigen an der gesamten Seniorengruppe wird dabei von heute 26 % auf 43 % beziehungsweise 45 % steigen. Zwischen 2050 und 2060 wird ihre Zahl um rund 1 Million Personen sinken.

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2013 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) 34 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2060 werden es bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und schwächerer Zuwanderung 65 ältere Menschen sein. Beträgt der jährliche Zuzugsüberschuss langfristig 200 000 Personen, fällt der sogenannte Altenquotient mit 61 Personen nur wenig niedriger aus. ▶ [Abb 6](#)

▶ **Abb 6** Entwicklung des Alten- und Jugendquotienten



Eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bedeutet weniger Menschen im Renten- und mehr im Erwerbsalter, das dann von 20 bis 66 Jahre reicht. Die Anhebung führt damit zu einem niedrigeren Altenquotienten, der im Jahr 2060 zwischen 57 (Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung) und 54 (Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung) liegen würde.

Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachsen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Dieser wird im Vorausberechnungszeitraum zwischen 29 und 32 schwanken.

Der Gesamtquotient – als Summe des Jugend- und Altenquotienten – zeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Der Gesamtquotient wird künftig von der Entwicklung des Altenquotienten bestimmt. Bei kontinuier-

licher Entwicklung und schwächerer Zuwanderung wird er von aktuell 64 bis zum Jahr 2037 auf 90 steigen, sich danach bis Mitte der 2040er-Jahre stabilisieren und anschließend bis zum Jahr 2060 auf 97 klettern. Bei einer stärkeren Nettozuwanderung würde der Gesamtquotient dann 93 betragen.

Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt, dass die Alterung der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten unabwendbar ist. Die aktuelle Altersstruktur führt dazu, dass ab Mitte der 2020er-Jahre immer mehr Menschen im Rentenalter verhältnismäßig schwach besetzten Jahrgängen im Erwerbsalter gegenüberstehen. Im Jahr 2030 werden die Angehörigen des Jahrgangs 1964, des geburtenstärksten Jahrgangs der Nachkriegszeit, 66 Jahre alt. Von diesen Veränderungen werden viele Lebensbereiche betroffen sein. Sie werden nicht erst in 50 Jahren spürbar, sondern auch schon in den nächsten zwei Jahrzehnten eine große Herausforderung darstellen.

1.2 Demografischer Wandel: Sterblichkeit und Hochaltrigkeit

Rembrandt Scholz

Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

WZB/SOEP

Demografischer Wandel ist auch in Deutschland mit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung verbunden. Beide Entwicklungen werden hauptsächlich durch das anhaltend niedrige Fertilitätsniveau (circa 1,4 Kinder je Frau) verursacht (siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 1). Seit etwa 40 Jahren wird die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch Geburten ersetzt. Somit verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung in das höhere Alter. Eine weitere Ursache der Alterung der Bevölkerung ist die Lebensverlängerung durch ein höheres Sterbealter. Die Zunahme der Lebenserwartung und die Zunahme von Hochaltrigen in der Bevölkerung ist das Thema des folgenden Beitrages.

Die Lebenserwartung ist ein demografischer Indikator, der die Sterblichkeit mithilfe von Sterbetafeln bewertet. Mit der Sterbetafel werden die kumulative Wirkung der Einflüsse der Vergangenheit und die aktuelle Wirkung der Sterb-

lichkeit auf die Lebenserwartung abgebildet. ► [Info 1](#)

In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung in Deutschland verdoppelt; in den letzten 50 Kalenderjahren gab es eine Zunahme von elf Lebensjahren. Die Entwicklung der Sterblichkeit ist das Resultat eines verbesserten Lebensniveaus und des medizinischen Fortschrittes. Die allmähliche Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland bildet sich auch in der Angleichung der Lebenserwartung ab. Frauen aller Altersgruppen und Männer im Alter über 60 Jahren haben von den Veränderungen nach der Wende am stärksten profitieren können.

Die wesentlichen Gründe für die Steigerung der Lebenserwartung sind bessere Ernährung, gesündere Wohnsituationen, Verbesserung der sozialen Sicherheit und der medizinischen Versorgung. Trotz der relativen Einheitlichkeit der Trends im internationalen Vergleich gibt es Niveau-

► Info 1

Sterbetafel

Die Sterbetafel zeigt die Altersverläufe der Sterblichkeit in einer Modellbevölkerung, welche nicht mehr von der realen Altersstruktur der Bevölkerung abhängig ist (Standardisierung). Mit der Sterbetafel werden standardisierte Alterungsmaße berechnet (zum Beispiel mittlere Lebenserwartung, normale Lebensdauer, wahrscheinliche Lebensdauer).

Das Rechenprinzip: Ein Anfangsbestand von 100000 Personen wird der altersspezifischen Sterblichkeit der realen Bevölkerung ausgesetzt. Für jedes Altersjahr werden die Gestorbenen berechnet durch Multiplikation der Sterbewahrscheinlichkeiten (der realen Bevölkerung) mit dem Anfangsbestand. Die jeweils überlebenden Personen sind der Anfangsbestand des nächsten Altersjahres. Daraus ergeben sich die Altersverteilung der Überlebenden, der Gestorbenen und der verlebten Zeit. Mit steigendem Alter verringert sich die Zahl der Überlebenden, bis der gesamte Anfangsbestand gestorben ist.

Beziehen sich die Sterbewahrscheinlichkeiten auf ein Kalenderjahr (oder mehrere Jahre), spricht man von einer Periodentafel (Querschnitt), beziehen sie sich auf Geburtsjahrgänge, spricht man von einer Generationen- oder Kohortensterbetafel (Längsschnitt).

Während die Beobachtung der Sterblichkeit der Periodentafel sich auf den Querschnitt bezieht, hat die Kohortensterbetafel einen Beobachtungszeitraum von über 100 Jahren. Nicht vollständig beobachtete Geburtsjahrgänge werden durch Modellrechnungen und Annahmen ergänzt. Eine vollständige Generationensterbetafel würde gegenwärtig nur für Geburtsjahrgänge vorliegen, sofern der gesamte Jahrgang inzwischen auch tatsächlich verstorben ist.

unterschiede zu verschiedenen Zeitpunkten. Es zeigt sich, dass die Lebensverlängerung bei Verschlechterung der Lebensbedingungen auch rückläufig sein kann. Es gibt keine Garantie für langes Leben – die individuelle Lebensspanne ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels individueller Faktoren, zum Beispiel der genetischen Disposition, der aktuellen Lebens- und Verhaltensweise und der allgemeinen Lebensbedingungen in früheren Lebensjahren. Es gibt Hinweise, dass Bildung eine wesentliche Rolle spielt. Menschen mit einem hohen Bildungsniveau haben größere Chancen, bessere Lebensbedingungen und ein höheres Alter bei besserer Gesundheit zu erreichen (siehe Kapitel 10.3.2). Es ist auch bekannt, dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer. Dieser Sachverhalt führt zu einem höheren Anteil von Frauen im hohen Alter in Deutschland. Im Alter von 80 Jahren und älter kommen auf einen Mann etwa drei

Frauen und im Alter von 100 Jahren und älter 7,5. Ursache dafür ist die unterschiedliche Sterblichkeit durch verschiedene biologische und soziale Risiken im Lebensverlauf.

Die Sterblichkeit unterliegt weltweit einem stetigen Trend, bei dem die »Rekordlebenserwartung« linear ansteigt. Bei Lebensverlängerung wird die Sterblichkeit systematisch nach dem Alter in höhere Alter verschoben. Dieser Prozess hatte mit der Säuglings- und Kindersterblichkeit begonnen und setzte sich in den höheren Altersgruppen fort. Heute ist das Potential der weiteren Lebensverlängerung im jungen und mittleren Alter weitgehend ausgeschöpft, sodass nunmehr die Vermeidung von Sterblichkeit im hohen und höchsten Alter im Vordergrund von Mortalitätsverbesserungen steht. Seit den 1960er-Jahren ist die Zunahme der Bevölkerung im höchsten Alter empirisch sichtbar. Bislang sind für die menschliche Alterung keine biolo-

gischen Grenzen erkennbar. Für die zukünftige Entwicklung werden stetige Verläufe vorausgesagt, sodass in 100 Jahren über die Hälfte eines Geburtsjahrganges das Alter von 100 Jahren erreichen könnte.

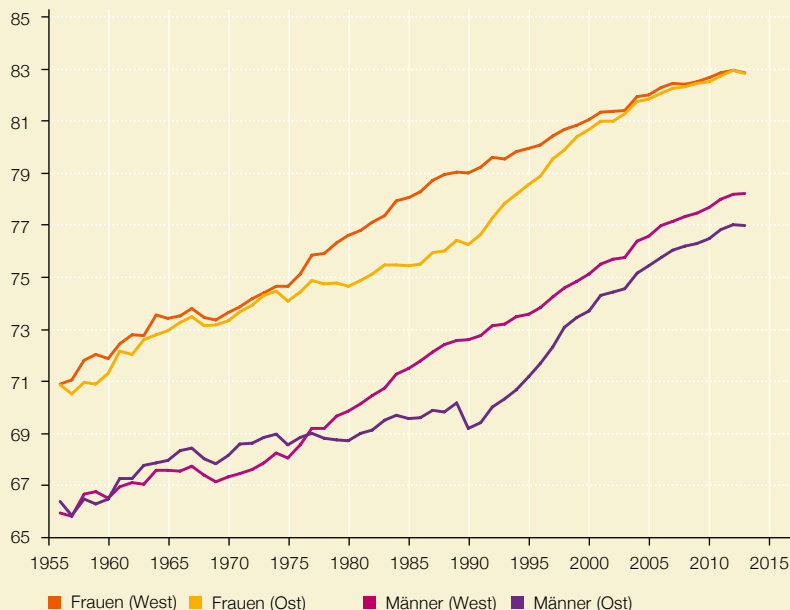
1.2.1 Entwicklung der Lebenserwartung

In Abbildung 1 sind die Trends der durchschnittlichen Lebenserwartung (e_0) in Deutschland nach Geschlecht und Region dargestellt. Bis Mitte der 1960er-Jahre bestehen kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei Frauen weitet sich zwischen Mitte der 1970er-Jahre und 1990 eine Schere zugunsten der Westdeutschen. Die nach der Vereinigung einsetzende Angleichung der Sterblichkeit ist seit 2003 weitgehend abgeschlossen. Bei Männern sind die Lebenserwartungswerte im Zeitraum zwischen 1961 und 1976 im Osten Deutschlands günstiger, seit 1977 kehrt sich dieses Verhältnis um. Nach 1991 gleichen sich die Werte zunehmend an, ab 2003 bis heute verbleibt eine konstante Differenz von einem Lebensjahr.

Durch die Berücksichtigung der Merkmale Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung und Staatsbürgerschaft lässt sich eine bis zu 50 % erhöhte Sterblichkeit der ostdeutschen Männer im Altersbereich von 35 bis 54 Jahre erklären. Die höhere Sterblichkeit in den neuen Ländern ist die Konsequenz einer im Vergleich zu den alten Ländern ungünstigeren Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich Altersstruktur, Ausländeranteil und sozioökonomischen Faktoren (Beschäftigungsstatus, Arbeitslosigkeit, Art der Tätigkeit). Werden diese Merkmale kontrolliert, kann nahezu die gesamte Differenz der Mortalität der Männer zwischen den beiden Regionen erklärt werden.

In Ost- und Westdeutschland haben offensichtlich unterschiedliche Arbeitsmarktlagen, selektive Zuwanderung aus dem Ausland sowie die Ost-West-Wanderungen einen Einfluss auf die Differenz

► **Abb 1** Trend der mittleren Lebenserwartung (e_0) in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht 1956–2013 – in Jahren



Datenbasis: Human Mortality Database (HMD) 2016.

der Sterblichkeit. Es zeigt sich, dass arbeitslose Männer ein zweifach höheres Sterberisiko haben. Bei einer Angleichung der Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland wird eine sukzessive Angleichung der Mortalität bei Männern erwartet. ▶ Abb 1

Die Rahmenbedingungen der medizinischen Versorgung waren in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich und haben sich nach der deutschen Vereinigung angeglichen, was die Ausstattung des ambulanten und stationären Bereiches, die Erbringung ärztlicher Leistungen, die medizintechnologischen Möglichkeiten und das Finanzierungsvolumen betrifft. Vor der Vereinigung wirkte sich die Begrenzung der ökonomischen Ressourcen im Osten Deutschlands vor allem für Personen im höheren Alter ungünstig aus. Die Unterschiede im Bereich der medizinischen Versorgung sind heute vollständig

ausgeglichen. Weitere die Lebenserwartung beeinflussende Merkmale sind Bildung und Einkommen, die mit der Rentenhöhe (kumuliertes Lebenszeiteinkommen) korrelieren. Bei Männern, die 32 und mehr Entgeltpunkte der gesetzlichen Rentenversicherung (siehe Kapitel 10.5, Seite 334, Info 1) erworben haben, ergibt sich ein linearer Zusammenhang mit der Lebenserwartung: Je mehr Entgeltpunkte erreicht worden sind, desto höher ist die Lebenserwartung. Diesbezüglich gibt es keinen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen im Alter ab 65 Jahren.

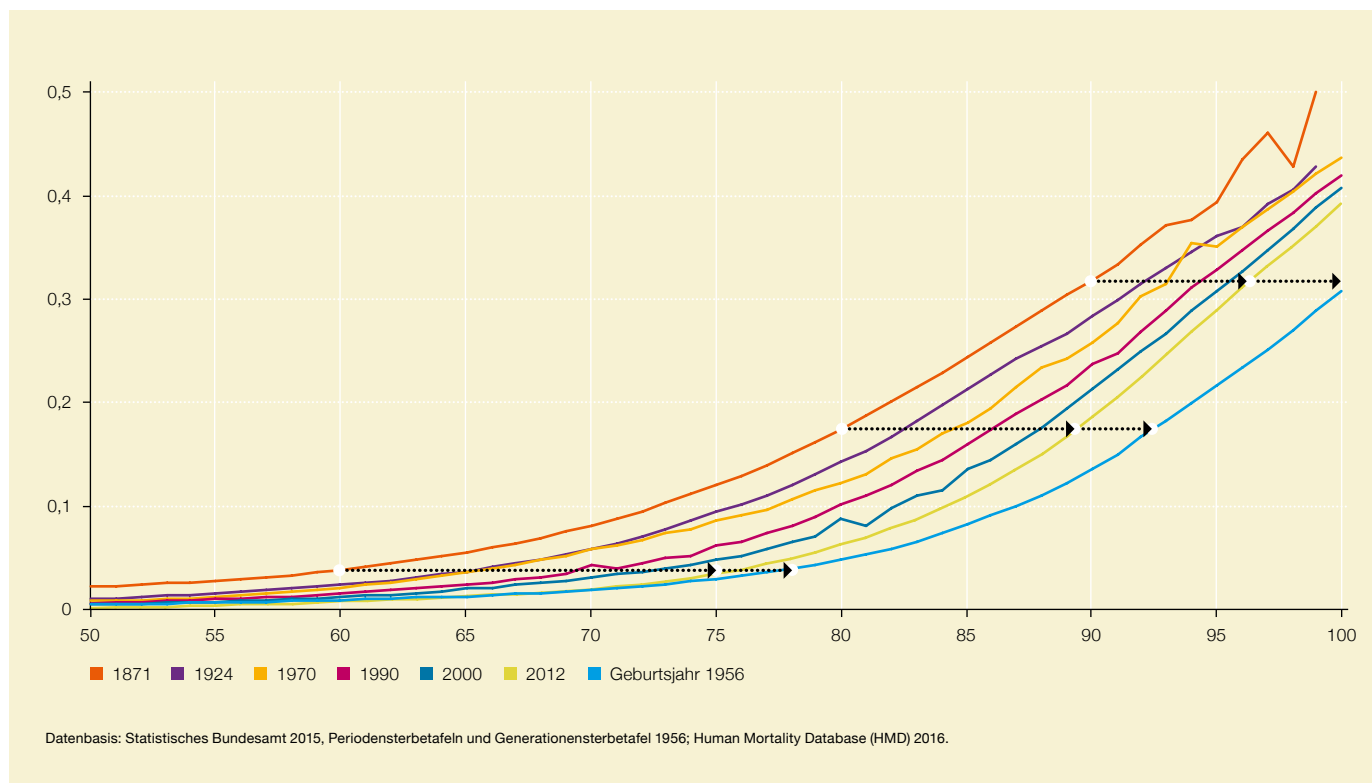
1.2.2 Verschieben von Sterblichkeit in das höhere Alter

In Abbildung 2 werden die Sterbewahrscheinlichkeiten von Männern ab dem Alter von 50 Jahren aus sogenannten Periodensterbetafeln zu verschiedenen Zeitpunkten für Deutschland (1871 bis 2012)

dargestellt und zusätzlich für den Geburtsjahrgang 1956 die Generationensterbetafel (Statistisches Bundesamt Variante 2). Mit dieser Darstellung kann man die Sterbeverhältnisse einzelner Altersjahre über den Zeitraum von 1871 bis heute nachzeichnen. Dabei zeigt sich zum Beispiel für das Alter von 60 Jahren eine Verschiebung der Sterbeverhältnisse zwischen 1871 und 2012 um 15 Jahre; bei der Berücksichtigung der künftigen Sterblichkeitsreduktion für den Geburtsjahrgang 1956 sind es insgesamt 18 Jahre. Die altersspezifischen Sterbeverhältnisse der 80-Jährigen von 1871 werden von dem Geburtsjahrgang 1956 im Kalenderjahr 2046 im Alter von 92 Jahren erreicht. ▶ Abb 2

Tabelle 1 fasst die verschiedenen Mittelwerte von Sterbetafelfunktionen zusammen, die geeignet sind, die Sterblichkeit und die Lebensdauer einer Bevölkerung zu beschreiben: die mittlere Lebenserwar-

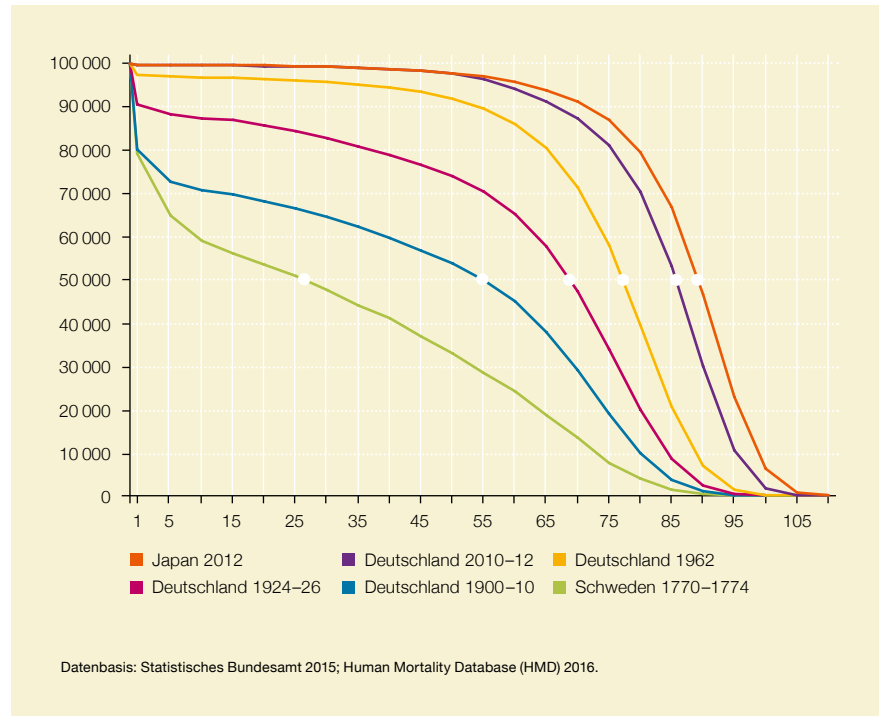
▶ Abb 2 Altersverteilung der Sterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 50 Jahre für Männer in Deutschland 1871–2012, Geburtsjahrgang 1956 und die Veränderung von Sterblichkeit in verschiedenen Altersjahren



tung, die wahrscheinliche Lebensdauer und die normale Lebensdauer. Die Parameter der Sterbetafel hängen nicht von der Altersstruktur der Bevölkerung ab. Dazu gehört auch die bereinigte Sterblichkeit, die Sterblichkeit der Sterbetafelbevölkerung (Gestorbene geteilt durch die mittlere Bevölkerung, gemessen je 1000 Personen der Bevölkerung). ▶ **Tab 1**

Über 50 % aller Sterbefälle finden heute im Alter über 82 Jahren statt. Der arithmetische Mittelwert der Gestorbenen dx nach dem Alter ist die mittlere Lebenserwartung. Die normale Lebensdauer ist das sogenannte Dichtemittel der Altersverteilung der Gestorbenen, womit dasjenige Alter gemeint ist, in dem die meisten Personen des Anfangsbestandes (100 000 Personen) versterben. Der Zentralwert der Überlebenden der Sterbetafel schließlich ist das Alter, bei dem 50 % des Anfangsbestandes verstorben sind. Die letztgenannte

▶ **Abb 3** Altersverteilung der Überlebenden (lx) von 100 000 der Sterbetafel und der Mittelwert der wahrscheinlichen Lebensdauer für Frauen in Deutschland 1871–2012, Schweden 1770/74 und Japan 2012

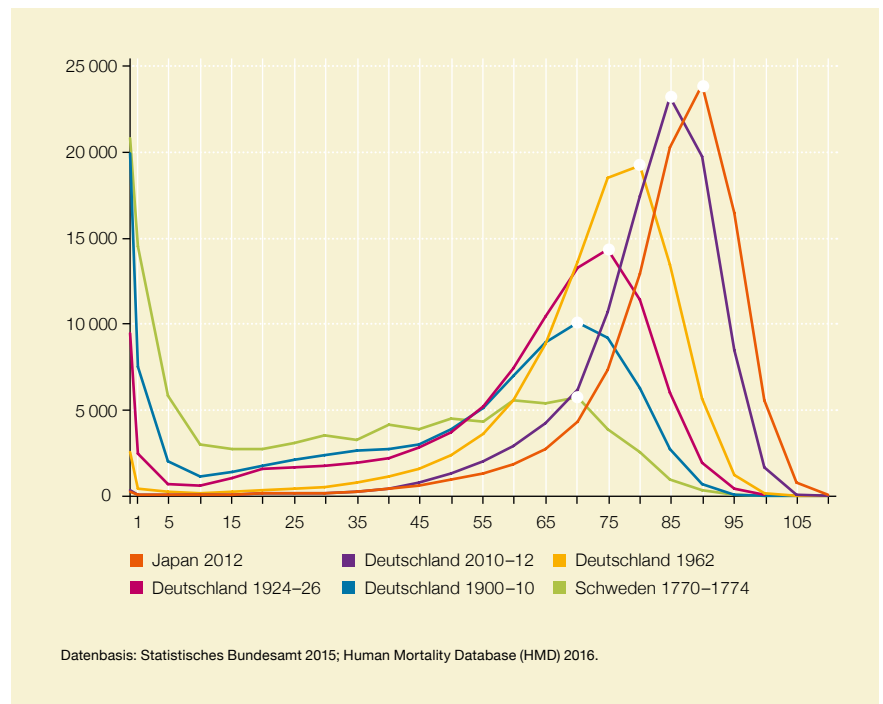


▶ **Tab 1** Kennziffern zur Beschreibung von Lebensverlängerung in Deutschland 2010/12 nach Geschlecht – Lebensdauer in Jahren

	Männer	Frauen
Mittlere Lebenserwartung (Arithmetisches Mittel von dx)	77,7	82,8
Wahrscheinliche Lebensdauer (Zentralwert, 50 % Wert von lx)	80,8	85,7
Normale Lebensdauer (Dichtemittel von dx)	85,0	88,0
je 1 000 Personen		
Bereinigte Sterblichkeit ($1\ 000/ex$) (in = 0/000)	12,9	12,1

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Periodensterbetafeln 2015; eigene Berechnungen.

▶ **Abb 4** Altersverteilung der Gestorbenen (dx) von 100 000 der Sterbetafel und der Mittelwert der normalen Lebensdauer für Frauen in Deutschland 1871–2012, Schweden 1770/74 und Japan 2012



Kennziffer wird in Abbildung 3 in Deutschland 1871 bis 2012 dargestellt, ergänzt um je eine Kurve für Schweden 1770/74 und Japan 2012. Im historischen Vergleich verschiedener Zeiträume lassen sich die Veränderungen der Sterblichkeit durch die Änderung der Altersverteilungen anhand der Mittelwerte nachvollziehen. Der historische Prozess der Lebensverlängerung gestaltet sich in allen Ländern sehr ähnlich. Schweden mit den historisch ältesten Daten zeigt den Beginn der Entwicklung und Japan mit der weltweit höchsten Lebenserwartung die mögliche zukünftige Verteilung nach dem Alter. Bislang gibt es keine Anzeichen, dass sich diese Dynamik des Lebensverlängerungsprozesses abschwächen wird. Man kann durchaus davon ausgehen, dass sich der Zentralwert im Durchschnitt in den nächsten 100 Kalenderjahren in ein Alter von über 100 Lebensjahren verschieben wird. ▶ Abb 3

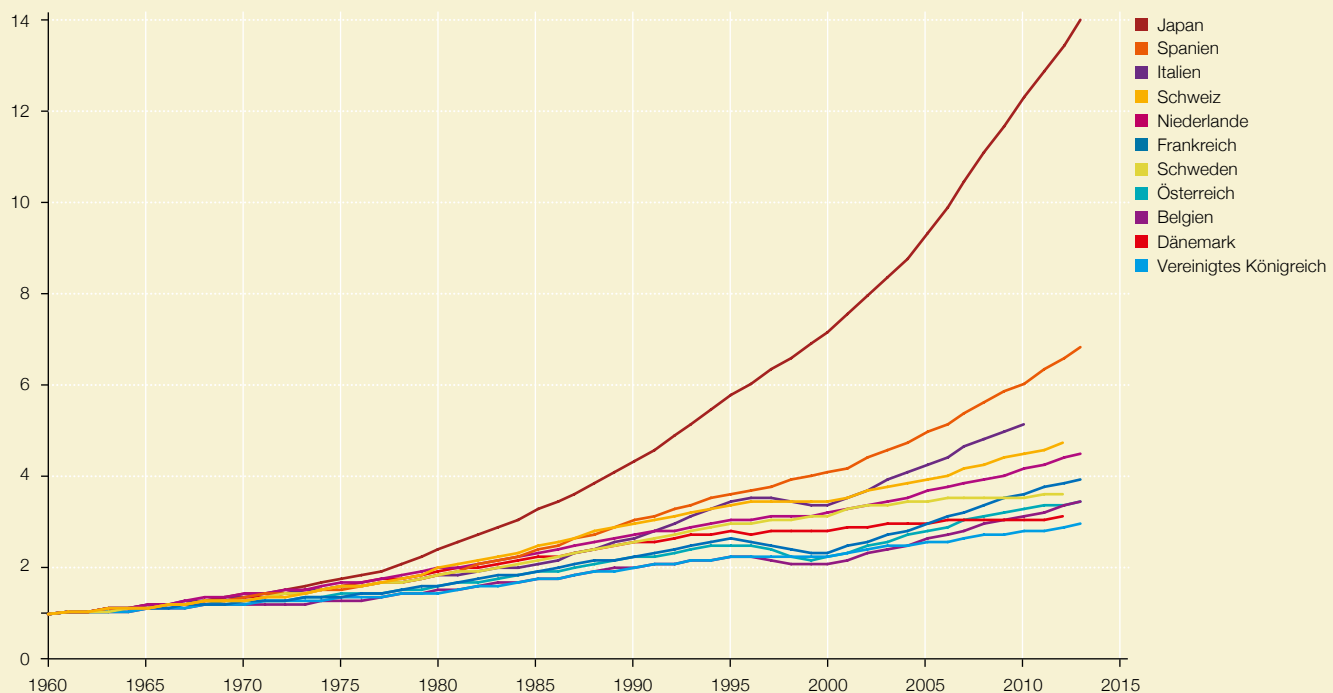
In Abbildung 4 wird dieser Darstellung die Altersverteilung der Sterbefälle dx in den verschiedenen Zeiträumen gegenübergestellt. Es zeigen sich deutliche Verschiebungen der Sterbefälle in ein immer höheres Alter und die entsprechenden Änderungen der Dichtemittel. ▶ Abb 4

Mit der Alterung der Bevölkerung steigt der Bedarf an verlässlichen Daten für das hohe Alter. Die amtliche Statistik liefert zwar über die Bewegungsmengen der Bevölkerung wie Geburten, Gestorbene und Wanderungen verlässliche Daten, nicht aber über den Bevölkerungsbestand im höchsten Alter. Die Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes wird schnell ungenau, wenn nicht in regelmäßigen Abständen Volkszählungen durchgeführt werden (siehe Kapitel 1.1). Die hohen Altersklassen sind auch heute noch sehr schwach besetzt und daher anfällig für Fortschreibungsfehler. Das Problem wird in der Bevölkerungsstatistik

nicht augenscheinlich, da mit einer großen, nach oben offenen Altersklasse gearbeitet wird. Das führt dazu, dass die Entwicklungen der Sterblichkeit, welche zum größten Teil in dieser hohen Altersgruppe stattfinden, nicht sichtbar sind.

Bis Mitte der 1990er-Jahre war über die Sterblichkeit von Personen über 80 Jahren sehr wenig bekannt. Mit Modellannahmen des Sterblichkeitsverlaufes wurde über die empirische Unwissenheit hinweggeholfen. Erst durch die systematischen Sammlungen der Bevölkerungsdaten von Väinö Kannisto und Roger Thatcher erfolgte eine international vergleichbare Sammlung und Aufbereitung von Daten über den hohen Altersbereich. Die Bemühungen zielen darauf, den ungenauen Bestand der Bevölkerung im höchsten Alter durch systematische Schätzungen zu ersetzen, die auf den Altersangaben der Sterbefälle beruhen. Die hohe Qualität der Bevölkerungsregister

▶ Abb 5 Relative Zunahme der Personen im Alter von 80 Jahren und älter für ausgewählte Länder 1960–2013 — bezogen auf das Jahr 1960=1



Datenbasis: Human Mortality Database (HMD) 2016; eigene Berechnungen.

beispielsweise in den skandinavischen Ländern zeigt die Validität dieser Vorgehensweise.

Heute stehen diese Bevölkerungsdaten als Forschungsdatenbanken »Kannisto Thatcher Database« über die Population im hohen Alter und »Human Mortality Database« als internetverfügbare Datenbanken für die wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung (<http://www.humanmortality.de> und <http://www.demogr.mpg.de/databases/ktdb>). Für 38 Länder mit guter Bevölkerungsstatistik liegen detaillierte Daten für den höchsten Altersbereich (bis 110+) vor, so auch für Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 5 stellt die relative Entwicklung der Personen im Alter von 80 Jahren und älter relativ zum Bestand von 1960 dar. Es zeigen sich für alle Länder starke absolute Zunahmen. Für einige Länder sind auch die Auswirkungen der Weltkriege sichtbar. Die wichtigste Ursache für den Anstieg der Bevölkerungsanteile im höheren Alter ist der Sterblichkeitsrückgang nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders nach 1980. Bei den Hundertjährigen und Älteren ist die relative Zunahme am stärksten. Das extrem hohe Alter ist nach wie vor sehr selten und der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung dementsprechend gering: er beträgt weniger als 0,5%. ▶ **Abb 5**

Die Sterblichkeitsentwicklungen gehen bei beiden Geschlechtern systematisch vom hohen Alter in ein noch höheres Alter über. Im Jahr 1960 erreichen 20 % der Frauen und 15 % der Männer, die den 80. Geburtstag feiern konnten, das Alter

von 90 Jahren. 40 Jahre später sind es 45 % der Frauen und 30 % der Männer. Die Anteile derer, die sogar das 100. Lebensjahr erreichen, sind deutlich geringer. In absoluten Zahlen gemessen ist das höchste Alter in der Bevölkerung sehr gering besetzt, hat sich aber stetig vervielfacht und wird auch in Zukunft weiter ansteigen.

Das individuelle Interesse alt zu werden und die Vermeidung von gesundheitlichen Risiken wirken sich auf die Lebenserwartung erhöhend aus. Allerdings gibt es eine Reihe von Verhaltensweisen und Gesundheitsrisiken, die von Teilen der Bevölkerung als erhöhtes Risiko in Kauf genommen werden (Alkohol, Rauchen, Übergewicht). Sofern sich diese gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen innerhalb der Bevölkerung nicht verbreiten, ist auch in Zukunft von einem weiteren Lebenserwartungszuwachs auszugehen. Die sozialen Fortschritte werden sich auch in einer Verbesserung des Gesundheitszustandes umsetzen. Es erreichen mehr Personen ein höheres Alter, mit einem besseren Gesundheitszustand.

Wer sehr lange lebt, unterliegt mit steigender Lebensdauer verstärkt Risiken körperlicher und kognitiver Einschränkungen und Erkrankungen. Es liegen oft mehrere Krankheiten (Multimorbidität) vor. Generell bleiben ältere Menschen heute länger gesund und ihr Wohlbefinden hat sich erhöht. Auch künftig ist zu erwarten, dass die gesunden Lebensjahre und die behinderungsfreie Lebenserwartung zunehmen werden. Da gleichzeitig jedoch mehr Menschen von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sein werden, ist mit mehr Pflegefällen zu rech-

nen, vor allem, wenn geburtenstarke Jahrgänge das höhere Alter erreichen. Im Vergleich der Jahre 2001 und 2011 lässt sich eine steigende Lebenserwartung erkennen, die auf einer Zunahme der Lebenszeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Pflege beruht. Der größte absolute Zuwachs an Lebensjahren erfolgt bei beiden Geschlechtern außerhalb der Pflege, die relative Zunahme ist bei der Pflegedauer besonders hoch. ▶ **Tab 2**

1.2.3 Bevölkerungsvorausberechnungen und zukünftige Entwicklung

In der realen Bevölkerungsentwicklung sind die Prozesse der Alterung durch unterschiedlich starke Besetzungen der einzelnen Geburtsjahrgänge nicht deutlich sichtbar. Die Konfiguration der Alterspyramide einer Bevölkerung wird sowohl durch die Bewegungsmengen Geburt, Migration und Tod beeinflusst als auch durch epochale Ereignisse wie Kriege und Änderungen des sozialen Systems. Die Schwankungen in den Bevölkerungszahlen im Altersverlauf und der Anzahl von Gestorbenen können daher verschiedene Ursachen haben.

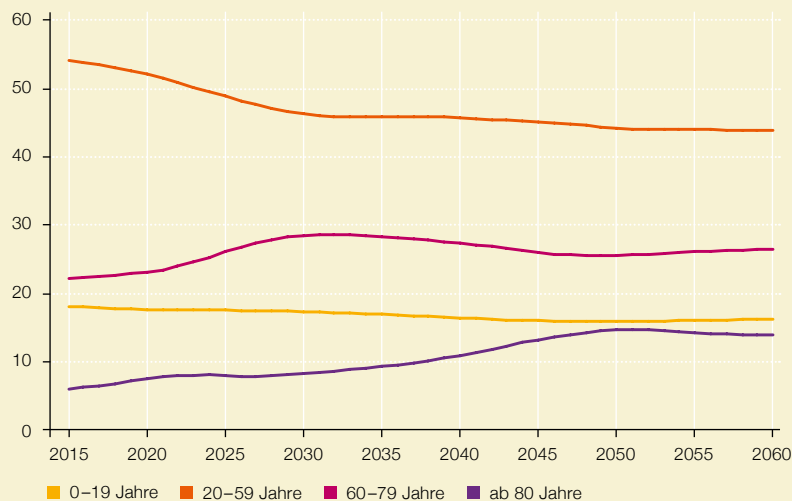
Die Bevölkerungsvorausberechnungen (siehe Kapitel 1.1, Seite 25, Info 4) ermöglichen es, künftige Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung darzustellen. Aufgrund der gleichmäßigen Bevölkerungsentwicklung können Aussagen mit großer Genauigkeit über einen langen Zeitraum getroffen werden. Bei Personen im höheren Alter sind die Vorhersagen besonders sicher, weil sie fast nur von der heutigen Altersstruktur und von der Entwicklung der Mortalität abhängen. Da die tatsächliche empirische Entwicklung der Einflussgrößen über den Vorausberechnungszeitraum nicht bekannt ist, werden meist mehrere Annahmen zum Verlauf einzelner Komponenten getroffen. Die Ergebnisse einer Vorausberechnung lassen sich immer nur im Zusammenhang der jeweils getroffenen Annahmen interpretieren. Da nicht sicher ist, wie sich die Zu- und Abwanderung in Deutschland entwickeln werden, werden hier nur Trendaussagen ohne Wanderun-

▶ **Tab 2** Aufteilung der Lebenserwartung in pflegefreie Lebenszeit und die Lebenszeit in Pflege 2001 und 2011 nach Geschlecht, Pflege ab dem Alter von 60 Jahren — in Jahren

	Männer		Frauen	
	2001	2011	2001	2011
Lebensdauer ohne Pflege	73,8	76,1	78,3	79,4
Pflegedauer	1,6	1,9	3,0	3,5
Lebenserwartung	75,4	78,0	81,3	82,9

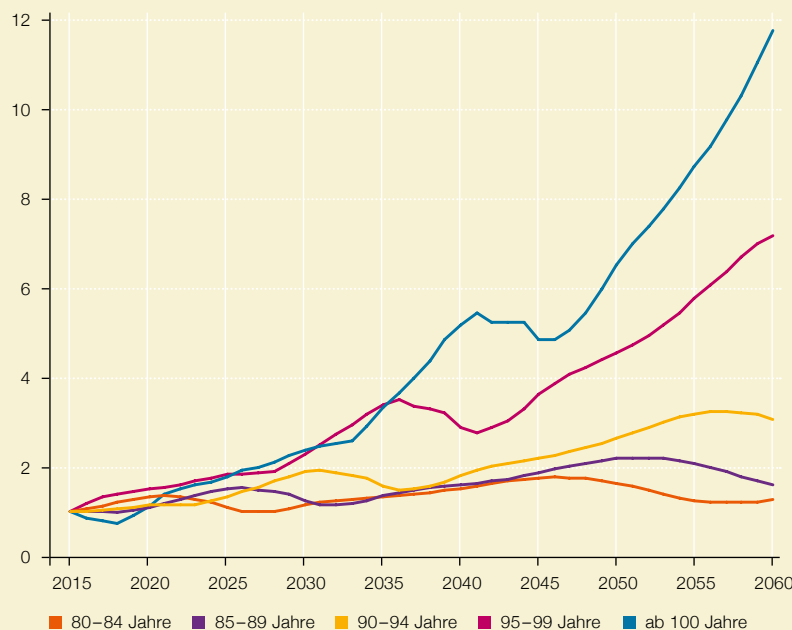
Datenbasis: Pflegestatistik Deutschland 2013; Human Mortality Database (HMD) 2016; eigene Berechnungen.

► **Abb 6 Anteil der Personen nach Altersgruppen in Deutschland 2015–2060 — in Prozent**



Datenbasis: Amtliche Statistik des Bundes und der Länder 2015, 13. Koordinierte Bevölkerungsprognose, mittlere Variante W0.

► **Abb 7 Relative Zunahme der Personen im Alter von 80 Jahren und älter in Deutschland nach Altersgruppen 2015–2060 — bezogen auf das Jahr 2015=1**



Datenbasis: Amtliche Statistik des Bundes und der Länder 2015, 13. Koordinierte Bevölkerungsprognose, mittlere Variante, W0.

gen getroffen (Variante: mittleres Szenario, ohne Wanderungen).

Die unterschiedliche Besetzung der Altersklassen im Prognosezeitraum 2015 bis 2060 in Deutschland sind in Abbildung 6 dargestellt (siehe auch Kapitel 1.1.4). Sie verdeutlicht, dass dem Bevölkerungsrückgang im Alter von 20 bis 59 Jahren ein Zuwachs im Alter von 60 bis 79 Jahren und im Alter von 80 Jahren und älter gegenübersteht. Während die Altersklasse 80 und älter besonders in den Zeiträumen 2015 bis 2020 und 2030 bis 2050 wachsen wird, ist der Zuwachs in der Altersklasse 60 bis 79 vor allem im Zeitraum 2020 bis 2030 zu verzeichnen. Der Anteil der 80-Jährigen und Älteren wird sich von knapp 10 % Bevölkerungsanteil auf fast 15 % erhöhen. Im Gesamtzeitraum kommt es zu einem stetigen Rückgang der Bevölkerung im Alter von 0 bis 19, da die Elterngeneration nicht durch deren Kinder ersetzt wird. Nach dem Kalenderjahr 2055 wird die Dynamik der Strukturveränderungen weitgehend abgeschlossen sein. ► **Abb 6**

Die Unterteilung der Personen über 80 Jahren nach Altersklassen zeigt für die Jüngeren eine stärkere Besetzung als für die Älteren. Die in der Altersstruktur vorhandene Variation in der Besetzung wird in immer höhere Altersgruppen weitergegeben. Die Altersgruppe der 95- bis 99-Jährigen wird im Jahr 2055 einen Anteil von 1 % erreichen und die Altersgruppe 100 Jahre und älter wird im Jahr 2060 noch unter 0,5 Prozentpunkten liegen.

Wenn man die relative Veränderung der einzelnen Altersgruppen untersucht, zeigt sich, dass die besonders schwach besetzten höchsten Altersgruppen die größten Veränderungen zu erwarten haben. 2060 sind im Vergleich zu heute 12-mal mehr 100-Jährige und Ältere zu erwarten, bei der Altersklasse der 90 bis 99-Jährigen wird sich die Anzahl um den Faktor 7 vergrößern. Diese Befunde ergeben sich aus der Gegenüberstellung der aktuellen Altersstruktur mit den Prognosen der aktuellen 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. ► **Abb 7**

1.3 Demografischer Wandel: Geburtenentwicklung und Lebensformen

Michaela Kreyenfeld
Hertie School of Governance, Berlin
Sandra Krapf
Universität zu Köln

WZB/SOEP

1.3.1 Die langfristige Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland

Die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR) ist eine der zentralen Kennziffern, die regelmäßig verwendet wird, um das generative Verhalten abzubilden. Ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern ist die zusammengefasste Geburtenziffer in beiden deutschen Staaten Ende der 1960er-Jahre drastisch zurückgegangen und scheint sich in Westdeutschland seit Mitte der 1970er-Jahre bei einem Wert von 1,4 Kindern eingependelt zu haben. In Ostdeutschland ist die jährliche Geburtenziffer in Reaktion auf die besonderen familienpolitischen Maßnahmen, die die DDR-Regierung Anfang und Mitte der 1970er-Jahre lancierte, kurzfristig wieder angestiegen, lag aber zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung auf einem ähnlichen Niveau wie die westdeutsche Ziffer. Der Einbruch der jährlichen Geburtenziffern nach der Wende auf einen Wert von nur 0,8 Kindern pro Frau in Ostdeutschland im Jahr 1993 ist besonders augenfällig. Seit 2007 liegen die ost- und westdeutschen Geburtenziffern auf einem ähnlichen Niveau (siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 4).

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird häufig als durchschnittliche Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, interpretiert. Unter Demografen gilt sie jedoch als höchst problematische Kennziffer. Der wesentliche Grund für diese Skepsis besteht darin, dass die zusammengefasste Geburtenziffer nur ein Schätzwert für die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist, der verzerrt wird, sobald sich das durchschnittliche Alter bei Geburt verschiebt (siehe Info 1). Diese Veränderungen des Alters, in dem Frauen ihre Kinder bekommen, werden unter dem Begriff Tempo-Effekte zusammengefasst. Tempo-Effekte sind vor allem problematisch für die Beurteilung der ostdeutschen Entwicklung, da mit der deutschen Vereinigung das Alter bei Familiengründung rapide angestiegen ist. Lag im Jahr 1989 das durchschnittliche Alter

bei Familiengründung noch bei knapp 23 Jahren in Ostdeutschland, liegt es im Jahr 2012 bei 27,5 Jahren und damit nur noch knapp zwei Jahre unter dem westdeutschen Durchschnittsalter bei Erstgeburt (Tabelle 1). In Westdeutschland können wir seit den 1970er-Jahren einen kontinuierlichen Anstieg des Alters bei Erstgeburt beobachten, der bislang nicht zum Stillstand gekommen ist. ▶ Info 1, Tab 1

Vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Veränderungen im Alter bei Geburt ist die zusammengefasste Geburtenziffer kein verlässlicher Schätzwert, um das Geburtengeschehen abzubilden. Ein solider Indikator des Geburtenverhaltens ist die Kohortenfertilität (CTFR), das heißt die Kinderzahl pro Geburtsjahrgang von Frauen. Bei der CTFR handelt es sich nicht um einen Schätzwert, sondern um die tatsächliche Kinderzahl je Frauenjahrgang. Abbildung 1 gibt die Kohortenfertilität für die Jahrgänge 1941–1972 wieder. Da die jüngeren Jahrgänge bis zum letzten Beobachtungszeitpunkt im Jahr 2012 das Ende ihrer reproduktiven Phase noch nicht erreicht haben, ist für diese Jahrgänge nur die Fertilität bis zum Alter 40 abgetragen. In Ost- und Westdeutschland geht seit den 1940er-Kohorten die Kinderzahl mit jedem folgenden Jahrgang kontinuierlich zurück. In Ostdeutschland ist dieser Rückgang bis zu den 1950er-Jahrgängen weniger stark ausgeprägt. Dafür hat sich in Ostdeutschland für die 1960er-Jahrgänge der Geburtenrückgang beschleunigt. In beiden Teilen Deutschlands liegt die durchschnittliche Kinderzahl für die Jahrgänge, die um 1965 geboren wurden, bei etwa 1,5 Kindern pro Frau. Für die jüngeren Kohorten, die 1966 oder später zur Welt kamen, lässt sich noch nicht abschließend die Gesamtkinderzahl bestimmen. Es deutet sich jedoch ein leichter Anstieg der Kohortenfertilität für die jüngeren Jahrgänge an. Insgesamt zeigt sich, dass die tatsächliche Kinderzahl bislang für jeden Frauenjahrgang über dem Wert von 1,4 Kindern pro Frau, der durch die zusammengefasste Geburtenziffer seit

► Info 1

Zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate, TFR)

Die »zusammengefasste Geburtenziffer« (total fertility rate, TFR) ist ein Periodenmaß der Fertilität. Es wird berechnet aus der Summe der altersspezifischen Geburtenziffern eines Jahres, geteilt durch 1 000. Die altersspezifischen Geburtenziffern berechnen sich wiederum aus der Anzahl der Geburten pro 1 000 Frauen nach Einzelalter. Idealerweise gibt die TFR die durchschnittliche Kinderzahl unter den gegebenen Bedingungen (»under current conditions«) wider. Letztendlich ist die Maßzahl jedoch nur ein Schätzwert für die durchschnittliche Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt. Dieser Schätzwert ist störungsanfällig. Ein Anstieg des Alters bei Geburt führt zu einem Rückgang der jährlichen TFR, obwohl die tatsächliche Kinderzahl konstant bleiben kann. Ein Rückgang des Alters bei Geburt lässt die TFR wiederum ansteigen.

► **Tab 1 Durchschnittsalter der Frau bei Geburt und bei Geburt des ersten Kindes 1960–2012 – in Jahren**

	1960	1970	1980	1989	2000	2010	2012
Erste Kinder							
Westdeutschland	24,9	23,8	25,0	26,6	.	29,1	29,3
Ostdeutschland	23,0	22,5	22,2	22,7	.	27,3	27,5
Deutschland ¹	X	X	X	X	.	28,8	29,1
Alle Kinder							
Westdeutschland	27,9	27,0	27,1	28,3	29,0	30,5	30,8
Ostdeutschland	26,4	25,4	24,5	25,2	27,7	29,3	29,5
Deutschland ¹	X	X	X	X	28,8	30,3	30,6

¹ Ab 1989 wurde Berlin aus der Ost-West-Darstellung ausgeschlossen.
 . Nicht erhoben.
 X Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: Human Fertility Database; Kreyenfeld (2002).

27,5

Jahre betrug das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes 2012 in Ostdeutschland. Im Jahr 1960 war es 23,0 Jahre.



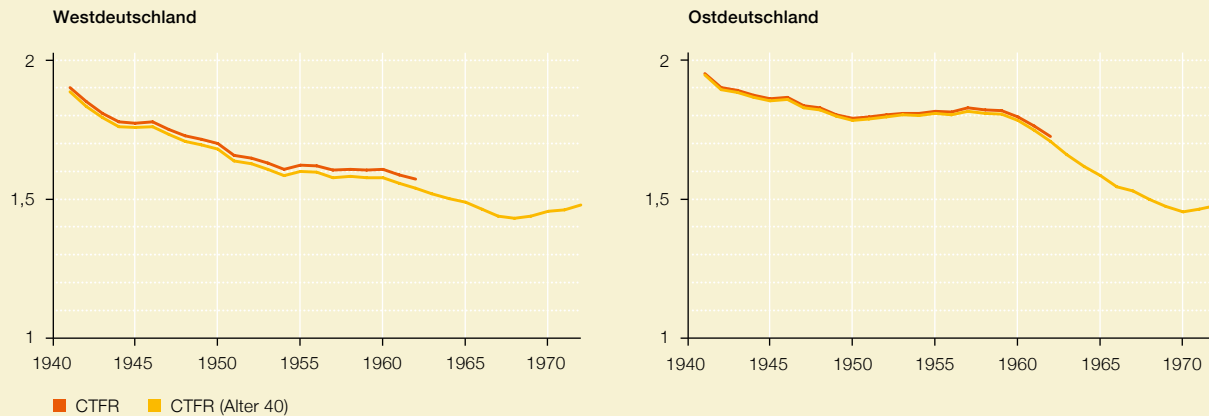
den 1970er-Jahren suggeriert wird, liegt. Demnach wurde bislang die Geburtenintensität, die auf Basis der zusammengefassten Geburtenziffer angezeigt wurde, systematisch unterschätzt. ► **Abb 1**

1.3.2 Kinderlosigkeit und Unterschiede nach Geburtsordnung

Obwohl die durchschnittliche Kinderzahl nicht weiter rückläufig zu sein scheint, liegt die Geburtenintensität in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, vor allem im Vergleich zu den nordischen Ländern oder im Vergleich zu Frankreich, weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Ein Charakteristikum des Fertilitätsverhaltens in Deutschland, welches zum Teil die niedrige durchschnittliche Kinderzahl erklärt, ist die relativ hohe Kinderlosigkeit. Seit den Geburtsjahrgängen, die um 1940 geboren wurden, ist die Kinderlosigkeit in Westdeutschland kontinuierlich angestiegen und liegt für die Frauenjahrgänge, die 1960 bis 1967 geboren wurden, bei 23 % (siehe Abbildung 2). In Ostdeutschland liegt die Kinderlosigkeit bislang deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Für die Frauen, die nach der Wende in das reproduktive Alter getreten sind, steigt sie jedoch auch dort an und erreicht für Frauen, die zwischen 1960 und 1967 geboren wurden, 14 %. In Frankreich liegt die Kinderlosigkeit der Kohorten, die um 1965 geboren wurden, beispielsweise bei etwa 15 %.

Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich oder den nordischen Ländern fällt zudem der niedrige Anteil von Frauen mit drei oder mehr Kindern auf. In den Geburtsjahrgängen 1960 bis 1967 haben nur 18 % der westdeutschen und 13 % der ostdeutschen Frauen drei und mehr Kinder zur Welt gebracht. Zum Vergleich: In Frankreich haben deutlich mehr als 20 % der Frauen dieser Jahrgänge drei und mehr Kinder. Für die jüngeren Jahrgänge, die nach 1967 geboren wurden, lässt sich die Verteilung der Kinderzahl noch nicht abschließend klären, da diese Frauen noch im reproduktiven Alter sind. Es deutet sich jedoch an, dass die Neigung,

► Abb 1 Kinderzahl pro Geburtsjahrgang von Frauen (Kohortenfertilität) 1941–1972



Datenbasis: Human Fertility Database; Shkolnikov und Sobotka (2014).

zwei oder drei und mehr Kinder zu bekommen, in Ostdeutschland niedriger ist als in Westdeutschland. Auch Kinderwunschstudien bestätigen, dass sich Ostdeutsche häufiger nur ein Kind wünschen als Westdeutsche. ► Abb 2

1.3.3 Lebensformen und die Bedeutung nichtehelichen Zusammenlebens

Abgesehen vom Wandel des generativen Verhaltens verändern sich auch die Lebens- und Familienformen in Deutschland, welche in der Vergangenheit häufig mit der Begrifflichkeit der »Pluralisierung« auf den Punkt gebracht worden sind. Ausgehend vom Bezugspunkt der ehelichen Familien sind demnach »alternative«, »nicht-traditionelle« oder »neue« Lebensformen hinzugekommen. In der familiensoziologischen Forschung existiert eine Vielzahl von Vorschlägen zur Operationalisierung von Lebens- und Familienformen. Zentrale Dimensionen, die bei der Bestimmung von Lebens- und Familienformen herangezogen werden, sind der Familienstand und das Zusammenleben mit einem Partner beziehungsweise einer Partnerin. Letztere Information erlaubt es, nichteheliche Lebensgemeinschaften abzugrenzen. Die Anzahl der Kinder und der Beziehungs-

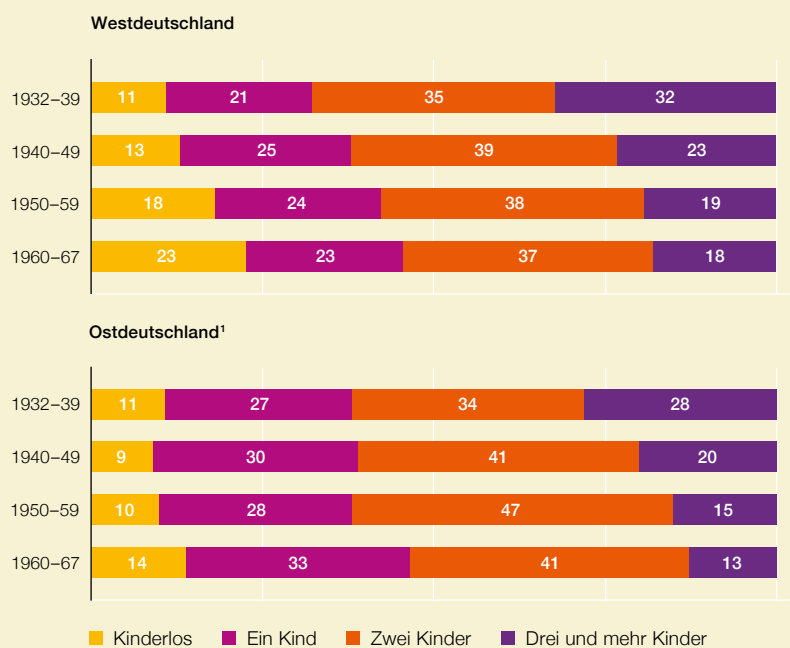
status zu den Kindern (leibliche Kinder, Stiefkinder, Adoptiv- und Pflegekinder) stellen weitere zentrale Dimensionen dar, auf deren Basis Lebens- und Familienformen operationalisiert werden können. In der familiensoziologischen Forschung ist zudem in der jüngeren Vergangenheit das Vorhandensein einer Paarbeziehung als Unterscheidungskriterium herangezogen worden, um sogenannte Living-Apart-Together-Beziehungen (LAT-Beziehungen), also Paare ohne gemeinsamen Haushalt, abzugrenzen. Mit amtlichen Daten wie dem Mikrozensus lassen sich diese Lebensformen allerdings nicht identifizieren, da nur Beziehungsgefüge innerhalb eines Haushalts erfasst werden. Auch lassen sich Stieffamilien mit den amtlichen Daten nicht von Kernfamilien unterscheiden.

Eine der wesentlichen Veränderungen in den Lebens- und Familienformen stellt die wachsende Bedeutung nichtehelichen Zusammenlebens dar. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern ist auch in Deutschland der Anteil der Personen, die direkt, das heißt ohne voreheliches Zusammenleben, heiraten, seit den 1970er-Jahren rapide zurückgegangen. Die Eheschließung ist zunehmend auf ein späteres Alter verschoben worden, und es hat sich eine Phase im Lebenslauf herausge-

bildet, in der Paare nichtehelich zusammenleben. Abbildung 3 gibt vor diesem Hintergrund die Lebensformen von Personen nach Alter und Geschlecht im Jahr 2012 wieder. Angemerkt sei, dass in der amtlichen Statistik häufig die Familie als Untersuchungseinheit herangezogen wird, um den Wandel der Familienformen abzubilden. Hingegen wird in familiensoziologischen Forschungen zumeist das Individuum als Untersuchungseinheit verwendet, das heißt, es wird dargestellt, wie viele Männer und Frauen in bestimmten Lebensformen leben. Dieses Vorgehen ist auch in Abbildung 3 (und Tabelle 3) gewählt worden.

Die Abbildung zeigt auf, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft (NEL) vor allem im frühen Lebensalter verbreitet ist. Etwa 20 % der 25- bis 29-jährigen westdeutschen Männer und Frauen leben in dieser Lebensform. Bei den ostdeutschen Frauen desselben Alters sind es sogar fast 30 %. Bei den ostdeutschen Männern kommt der NEL mit 25 % vor allem in der Altersklasse 30 bis 34 eine hohe Bedeutung zu. Die Abbildung suggeriert, dass mit zunehmendem Alter die nichteheliche Lebensgemeinschaft (NEL) an Bedeutung verliert und die Ehe sie als dominante Lebensform zunehmend ver-

► Abb 2 Verteilung der Kinderzahl nach Frauenjahrgängen 1932–1967 – in Prozent



¹ Berlin wurde zu Ostdeutschland gruppiert.
Datenbasis: Mikrozensus 2012; eigene, ungewichtete Berechnungen.

drängt. So leben unter Frauen und Männern im Alter von 45 bis 49 12% oder weniger in einer NEL. Die Mehrheit der Personen ist in diesem Alter verheiratet. Prinzipiell zeigt sich in diesem Muster, dass Eheschließungen im späteren Lebenslauf vollzogen werden. Dennoch ist hier zu beachten, dass sich bei dieser Querschnittsbetrachtung Kohorten- und Alterseffekte vermischen. Die heute 45- bis 54-Jährigen haben zum Teil noch vor der deutschen Vereinigung geheiratet. Die Lebensformen der ostdeutschen Personen, die heute 45 Jahre und älter sind, reflektieren damit in gewissem Maße noch die demografischen Verhaltensweisen, die in der DDR typisch waren. ► Abb 3

1.3.4 Unverheiratete Elternschaft

Ein Kristallisationspunkt familiensoziologischer Debatten ist die Frage, ob die nichteheliche Lebensgemeinschaft das eheliche Lebensmodell verdrängt hat oder

ob es sich beim Rückgang der Heiratsneigung in erster Linie um »Timing-Effekte« handelt, also Eheschließungen im Lebenslauf nur aufgeschoben werden und spätestens dann geheiratet wird, wenn das erste Kind geboren wird. Der Anstieg der Nichteheleichenquote (Anteil der nichtehelich geborenen Kinder an allen Kindern) deutet darauf hin, dass die Kopplung von Eheschließung und Familiengründung sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gelockert hat. Demnach waren im Jahr 2012 fast 30% der Geburten in Westdeutschland und rund 60% der Geburten in Ostdeutschland nichtehelich. Bei den Erstgeburten ist der Anteil mit knapp 38% in Westdeutschland und 74% in Ostdeutschland deutlich höher. Beim zweiten Kind reduziert sich die Nichteheleichenquote auf etwa 50% in Ost- und 20% in Westdeutschland. Dieser Rückgang deutet zum einen darauf hin, dass ein relevanter Anteil von Personen zwi-

schen der Geburt des ersten und zweiten Kindes heiratet. Zum anderen ist der Unterschied darauf zurückzuführen, dass verheiratete Frauen häufiger zweite und weitere Kinder bekommen als jene, die unverheiratet sind.

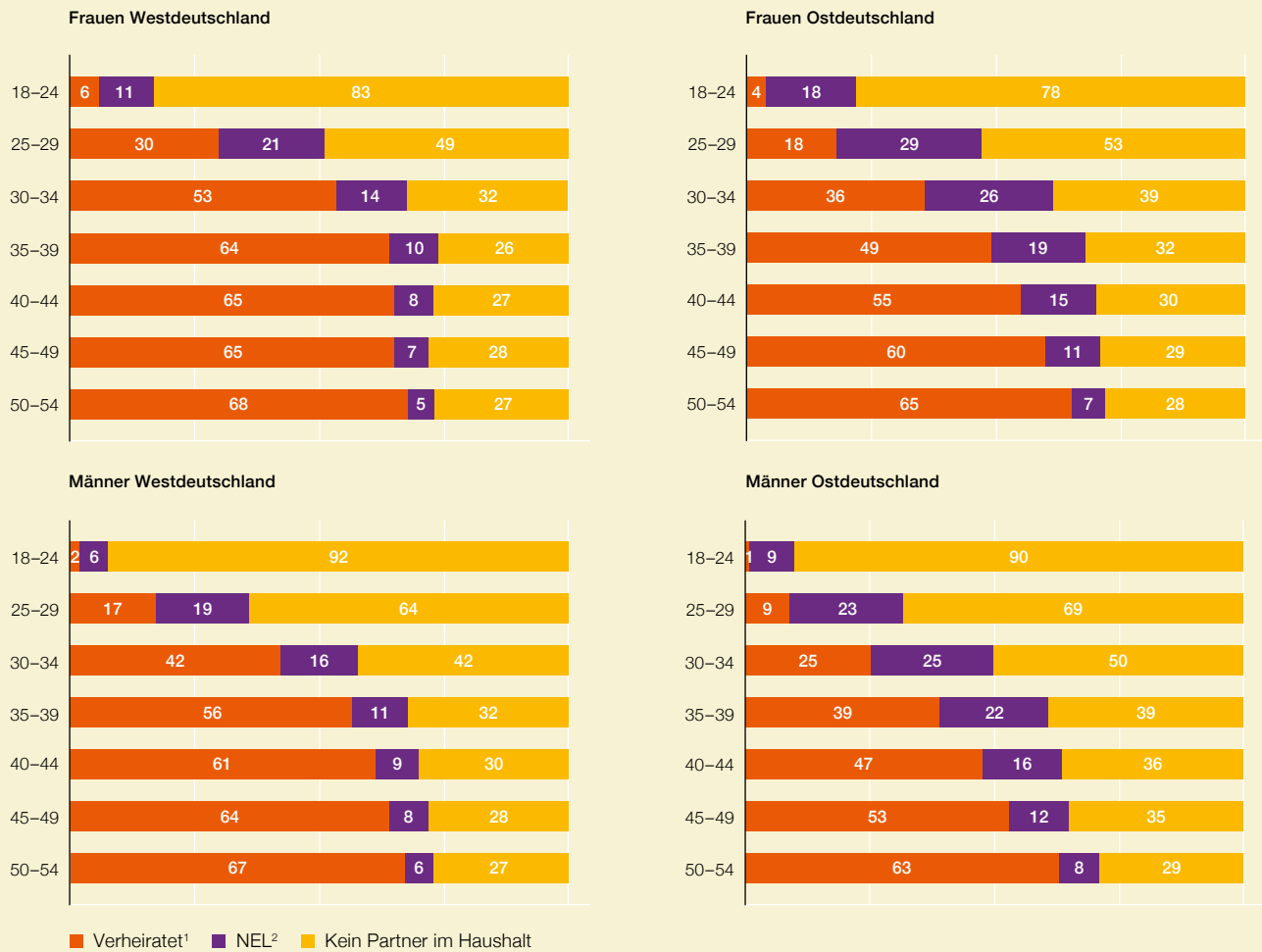
Mit einer doppelt so hohen Nichteheleichenquote in Ostdeutschland wie in Westdeutschland existieren auch mehr als zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung noch deutliche Ost-West-Unterschiede im familialen Verhalten. Während die Verhaltensweisen in Westdeutschland noch weitgehend dem Muster der »kindorientierten Eheschließung« entsprechen und die Mehrzahl der westdeutschen Paare vor der Geburt des ersten Kindes heiratet, ist die Kopplung von Eheschließung und Familiengründung in Ostdeutschland eher locker ausgeprägt. Als Ursachen für diese spezifischen Muster gelten unter anderem die geringe konfessionelle Bindung in Ostdeutschland und die hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen, durch die die ökonomischen Vorteile einer Eheschließung weniger relevant sind als für westdeutsche Frauen. Weitere Ursachen könnten in den unsicheren Beschäftigungsoptionen und hohen Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland liegen, deren negative Wirkung auf die Heiratsneigung sich in internationalen Studien ebenfalls erwiesen hat. ► Tab 2

1.3.5 Familienformen und unverheiratete Elternschaft

Inwiefern es sich bei den nichtehelichen Geburten um Geburten von Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften handelt und wie oft nach der Familiengründung noch geheiratet wird, lässt sich auf Basis der amtlichen Daten nicht erschließen. Die Daten des Mikrozensus können jedoch Aufschluss über die Familienformen geben, in denen Frauen mit Kindern leben. Da es bereits seit 1996 möglich ist, nichteheliche Lebensformen im Mikrozensus abzugrenzen, lässt sich auch die Entwicklung über die Zeit darstellen.

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, ist die Mehrzahl der Frauen, die mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt leben, ver-

► Abb 3 Lebensform nach Lebensalter und Geschlecht 2012 – in Prozent



1 Personen, die zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet sind und nicht dauernd getrennt leben. Personen in eingetragenen Lebenspartnerschaften sind wie Verheiratete behandelt worden.
 2 Nichteheleiche Lebensgemeinschaft; Partner lebt im Haushalt.
 Datenbasis: Mikrozensus 2012; eigene, ungewichtete Berechnungen.

heiratet. Jedoch geht dieser Anteil seit 1996 deutlich zurück. Lebten 1996 in Westdeutschland noch 85 % der Mütter in einer ehelichen Lebensgemeinschaft, ist dieser Wert bis 2012 um knapp 10 Prozentpunkte auf 76 % gesunken. In Ostdeutschland ist der Anteil der verheirateten Mütter noch stärker zurückgegangen: von 75 % im Jahr 1996 auf 57 % im Jahr 2012. Hingegen ist der Anteil an Frauen mit Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NEL) leicht gestiegen.

Lag er im Jahr 1996 bei 4 % in Westdeutschland, sind es im Jahr 2012 bereits 6 %. In Ostdeutschland ist die NEL mit Kind mit etwa 18 % im Jahr 2012 deutlich häufiger vertreten als in Westdeutschland. Obwohl nichteheliche Elternschaften an Bedeutung gewonnen haben, ist der Anteil alleinerziehender Mütter unter Frauen mit Kindern unter 18 Jahren in beiden Landesteilen weiterhin höher als der Anteil an Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Im Jahr 2012 sind

etwa ein Viertel aller ostdeutschen Frauen, die Kinder unter 18 Jahren haben, alleinerziehend. In Westdeutschland haben knapp ein Fünftel der Frauen mit Kindern unter 18 Jahren keinen Partner, der mit ihnen im selben Haushalt lebt. Während es sich in Westdeutschland bei den alleinerziehenden Frauen mehrheitlich um geschiedene beziehungsweise verheiratete und getrennt lebende Frauen handelt, sind es in Ostdeutschland mehrheitlich ledige Frauen. ► Tab 3

► **Tab 2 Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen 1980, 1990, 2000, 2010 und 2012 und nach Geburtsordnung im Jahr 2012 – in Prozent**

	Alle Kinder					1. Kind	2. Kind	3. Kind
	1980	1990	2000	2010	2012	2012	2012	2012
Ostdeutschland ¹	22,8	35,0	51,5	61,2	61,6	73,7	51,3	44,3
Westdeutschland	7,6	10,5	18,6	27,0	28,4	37,8	19,5	18,2
Deutschland	11,9	15,3	23,4	33,3	34,5	44,5	25,4	22,5

¹ Ost-West-Darstellung ab 2000 ohne Berlin.
Datenbasis: Pötzsch (2012), Statistisches Bundesamt.

► **Tab 3 Lebensformen von Frauen und Männern (Alter 18–54) mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt 1996, 2000, 2004, 2008 und 2012 – in Prozent**

	1996	2000	2004	2008	2012
Frauen Westdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	85	84	80	78	76
NEL ² mit Kind	4	4	6	6	6
Alleinerziehend	12	12	14	16	18
Frauen Ostdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	75	69	61	61	57
NEL ² mit Kind	11	13	16	15	18
Alleinerziehend	14	19	22	24	25
Männer Westdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	94	93	91	91	89
NEL ² mit Kind	4	5	7	7	8
Alleinerziehend	2	3	2	2	3
Männer Ostdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	86	81	76	76	73
NEL ² mit Kind	12	15	21	21	23
Alleinerziehend	2	4	4	4	4

¹ Personen, die zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet sind (oder in eingetragener Lebenspartnerschaft leben) und nicht dauernd getrennt leben.

² Nichtehele Lebensgemeinschaft; Partner/-in lebt im Haushalt.
Datenbasis: Mikrozensus 1996, 2000, 2004, 2008 und 2012; eigene Berechnungen.

Männer, die mit Kindern unter 18 Jahren zusammenleben, sind häufiger als die entsprechenden Frauen verheiratet. Zudem sind die Anteile der Männer, die mit Kindern in einer ehelichen Lebensgemeinschaft leben, über die Zeit weniger stark zurückgegangen als die der Frauen. Diese Darstellung berücksichtigt jedoch nicht, dass Kinder nach einer Trennung oder Scheidung der Eltern überwiegend bei den Müttern leben, sodass »Trennungsväter« unberücksichtigt bleiben, wenn nur die Kinder erfasst werden, die im gemeinsa-

men Haushalt leben; laut Mikrozensus leben diese Väter in einer nichtfamilialen Lebensform. Da das Lebensformenkonzept des Mikrozensus überdies Verwandtschaftsverhältnisse nicht systematisch erfasst, befinden sich unter den Männern in ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern solche, deren Vaterschaftsstatus durch Stiefelternschaft begründet ist. Auf Frauen trifft dies nur in sehr geringem Umfang zu, da die meisten Kinder nach Trennung oder Scheidung bei den Müttern wohnhaft bleiben.

1.3.6 Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern

Parallel zu den Veränderungen in den Familienstrukturen hat sich das Erwerbsverhalten von Frauen und insbesondere jenen mit Kindern gewandelt. In Westdeutschland ist die Erwerbsquote von Frauen seit den 1980er-Jahren kontinuierlich angestiegen (siehe Kapitel 5.1.4) und liegt mittlerweile bei über 70 % und damit auf einem ähnlichen Niveau wie die Erwerbsquoten von Frauen in den nordischen Ländern Europas. Die Erwerbsquote ist jedoch kein hinreichender Indikator, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere jenen mit Kindern, abzubilden, da sie nicht die Variationen im Erwerbsumfang berücksichtigt. Diese sind gerade für die Beurteilung der Erwerbsmuster in Deutschland relevant, da hier der Anstieg der Erwerbsquote von Frauen vor allem mit einem Anstieg des Anteils in Teilzeit arbeitenden (10–29 Arbeitsstunden pro Woche) und marginal beschäftigten Frauen (1–9 Arbeitsstunden pro Woche) mit Kindern zusammenfällt, während sich der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Frauen mit Kindern bislang wenig verändert hat.

Abbildung 4 stellt vor diesem Hintergrund die Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Alter des jüngsten Kindes, das im Haushalt lebt, dar. In Westdeutschland dominiert mittlerweile die Teilzeiterwerbstätigkeit unter Frauen mit Kindern. 44 % der Frauen, die Kinder unter 18 Jahren haben, sind teilzeiterwerbstätig. Nur etwa 23 % gehen einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach. Obwohl die Bedeutung der Nichterwerbspersonen über die Zeit deutlich zurückgegangen ist, sind im Jahr 2012 immerhin noch 23 % der westdeutschen Frauen Nichterwerbspersonen; sie haben weder eine Erwerbstätigkeit angegeben, noch sind sie in Elternzeit oder erwerbslos. Bei Frauen mit Kindern unter drei Jahren fallen sogar 35 % in diese Kategorie. In Ostdeutschland ist dieser Anteil mit 27 % etwas geringer. Im Unterschied zu Westdeutschland sind 31 % der ostdeutschen Mütter mit Kindern unter drei Jahren Vollzeit berufstätig. Betrachtet man Mütter mit

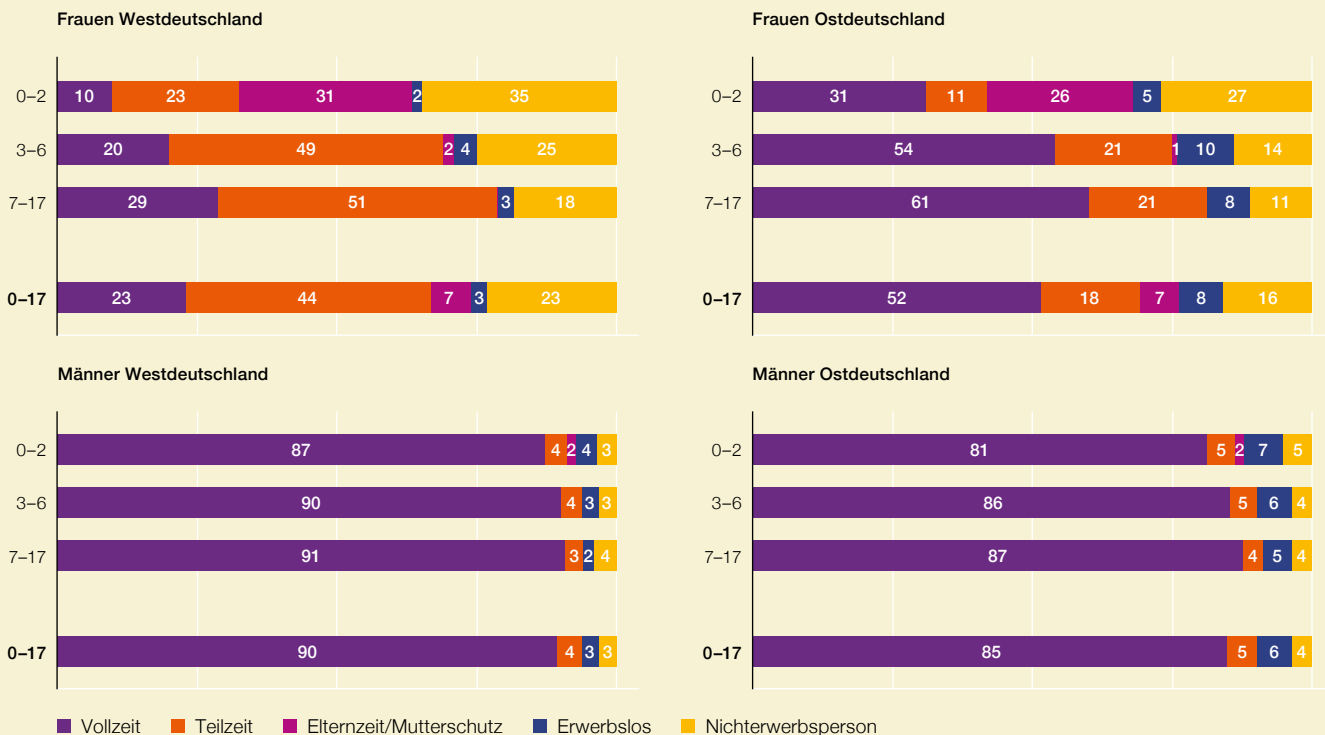
Kindern unter 18 Jahren, sind 52 % der ostdeutschen Frauen vollzeiterwerbstätig. Auffallend im Ost-West-Vergleich ist zudem der relativ hohe Anteil von erwerbslosen Frauen in Ostdeutschland. Insgesamt kommt der Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland mit 18 % eine geringere Rolle zu als in Westdeutschland, dennoch ist der Anteil teilzeiterwerbstätiger Frauen in Ostdeutschland nach der Wende deutlich angestiegen. ▶ Abb 4

Betrachtet man die Erwerbsmuster von Männern, die mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt leben, dominiert in West- wie in Ostdeutschland die Vollzeiterwerbstätigkeit. Lediglich 4 beziehungsweise 5 % der Männer im jeweiligen Landesteil gehen einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach. Während Frauen, die in Teilzeit arbeiten, am häufigsten die Betreuung

von Kindern als Grund für die Teilzeiterwerbstätigkeit angeben, sind es bei den Männern andere Gründe – vor allem der Grund, dass sie keine Vollzeiterwerbstätigkeit finden konnten. Ebenfalls gering erscheint der Anteil der Väter, die in Elternzeit sind. Bei den Vätern mit Kindern im Alter von null bis zwei Jahren sind es in beiden Landesteilen nur 2 %, die zum Zeitpunkt des Interviews ihre Erwerbstätigkeit aufgrund einer Elternzeit unterbrochen oder reduziert haben. Hier muss zum einen beachtet werden, dass die Altersgruppe relativ breit gewählt ist. Bei kleinen Kindern (unter einem Jahr) erhöht sich der Anteil von Vätern in Elternzeit auf etwa 3 %. Zum anderen muss beachtet werden, dass es sich um Personen handelt, die sich »in der Berichtswoche«, also in der Woche vor dem Interviewzeit-

punkt, in Elternzeit befinden. Dies entspricht dem Anteil an Vätern in Elternzeit zu einem bestimmten Beobachtungspunkt und ist nicht mit dem Anteil der Väter, die jemals Elternzeit genommen haben, gleichzusetzen. Es entspricht auch nicht dem Anteil an Vätern, die Elterngeld beziehen, da Elterngeldbezug im Gegensatz zur Elternzeit auch für Nichterwerbspersonen und Erwerbslose möglich ist. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der Väter der im Jahr 2012 geborenen Kinder, die jemals Elterngeld bezogen haben, bei 29 %. Dieser Wert ist deutlich höher als der Anteil der Väter, die in der Berichtswoche in Elternzeit sind. Ein wesentlicher Grund für diese Unterschiede ist, dass viele Väter nur relativ kurz – zumeist bis zu zwei Monate – Elternzeit nehmen.

▶ Abb 4 Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern¹ nach Alter des jüngsten Kindes 2012 – in Prozent



¹ Kinder unter 18 Jahren im Haushalt.
 Anmerkung: Für Personen, die in Elternzeit sind, aber gleichzeitig eine Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit angegeben haben, wurde nur die Elternzeit berücksichtigt.
 Teilzeit (0–29 Stunden) und Vollzeit (30 Stunden und mehr) bezieht sich auf die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit.
 Datenbasis: Mikrozensus 2012; eigene, ungewichtete Berechnungen.

8,1 Mill.

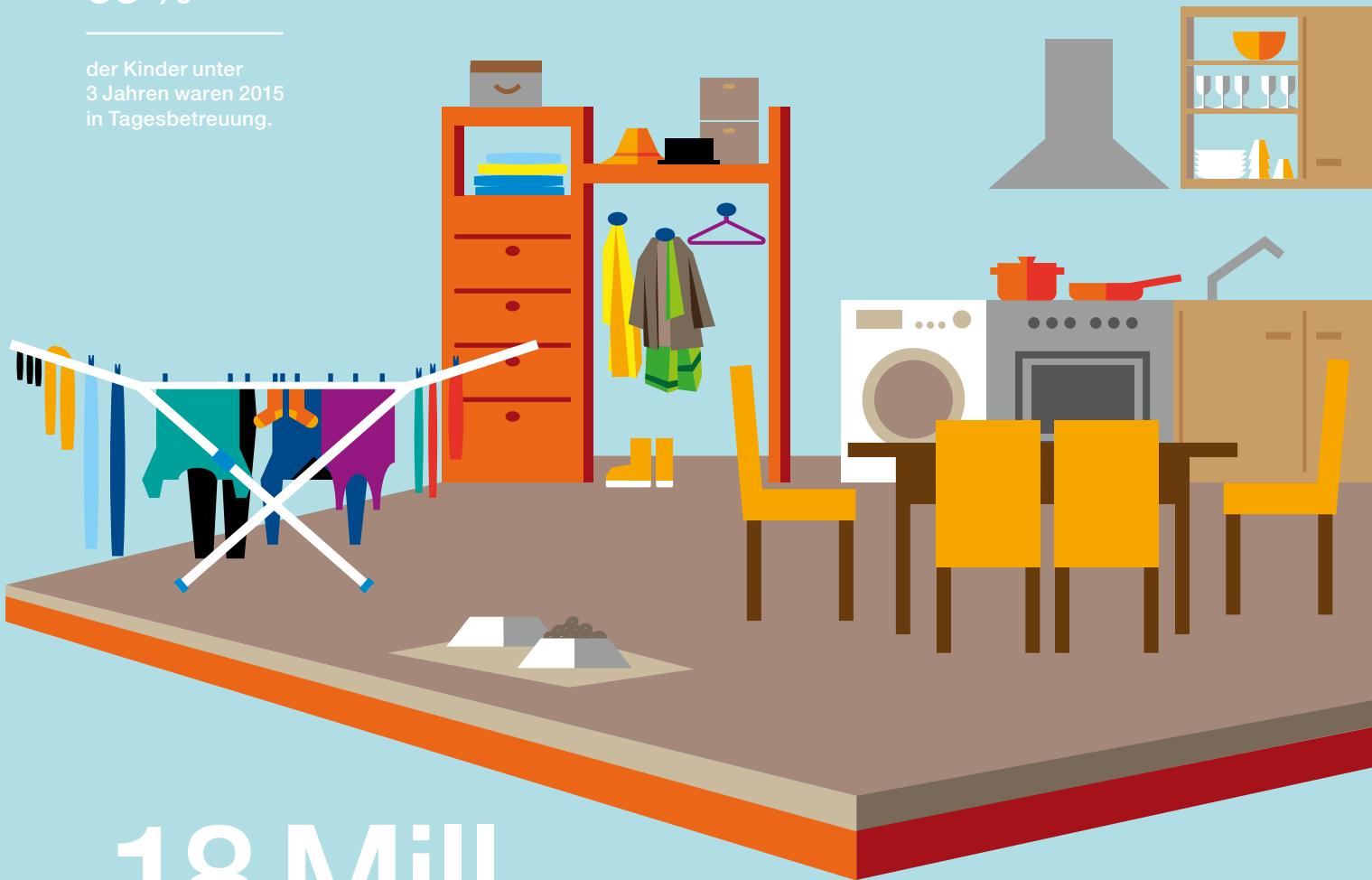
Familien mit minderjährigen Kindern gab es 2014 in Deutschland. Zehn Jahre zuvor waren es noch 9,0 Millionen, 10% mehr.

41 000

gleichgeschlechtliche Paare lebten 2014 als eingetragene Lebenspartnerschaft in einem Haushalt zusammen.

33 %

der Kinder unter 3 Jahren waren 2015 in Tagesbetreuung.



18 Mill.

Alleinstehende lebten 2014 in Deutschland, davon 89% in Einpersonenhaushalten.

60 %

der Personen mit Migrationshintergrund waren noch keine 40 Jahre alt.

2 Familie, Lebensformen und Kinder

2.1 Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertages- betreuung

Elle Krack-Roberg, Stefan Rübenach,
Bettina Sommer, Julia Weinmann

Destatis

Allein oder zu zweit? Mit Trauschein oder in »wilder Ehe«? Als Familie oder ohne Kind? Das menschliche Zusammenleben bietet vielfältige Möglichkeiten. Neben der traditionellen Familienform, den Ehepaaren mit Kindern, gewinnen alternative Familienformen wie Lebensgemeinschaften mit Kindern und alleinerziehende Elternteile immer mehr an Bedeutung. Gleichzeitig prägen nicht familiäre Lebensformen wie Alleinstehende zunehmend das Bild der Gesellschaft.

Zunächst wird die Entwicklung der unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens in den Jahren 2004 bis 2014 beschrieben (Abschnitt 2.1.1). Anschließend werden Eheschließungen und Scheidungen im Zeitverlauf beleuchtet (Abschnitt 2.1.2). In Abschnitt 2.1.3 und 2.1.4 richtet sich der Fokus auf Familien mit minderjährigen Kindern und die Lebenssituation von Kindern. ▶ [Info 1, Abb 1](#)

Eine wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter (Abschnitt 2.1.5) ist ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern unterschiedlicher Altersstufen. Alleinerziehenden ermöglicht eine Tagesbetreuung häufig erst eine eigene Erwerbstätigkeit, ohne die nicht selten andere Leistungen (zum Beispiel Arbeitslosengeld I) oder staatliche Transferleistungen

wie Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) in Anspruch genommen werden müssen (siehe auch Kapitel 10.4). Im Abschnitt 2.1.6 wird die Betreuungssituation von Kindern thematisiert: Wie viele Kinder werden von Tageseinrichtungen oder von Tagesmüttern beziehungsweise -vätern betreut? Ist die Betreuungssituation in den Ländern unterschiedlich?

2.1.1 Formen des Zusammenlebens

Grundlage für die Bestimmung einer Lebensform im Mikrozensus sind die sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Im Jahr 2014 lebten 17,5 Millionen Ehepaare und 2,9 Millionen gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in Deutschland, zusammen also rund 20,4 Millionen Paare. Daneben gab es 18,0 Millionen alleinstehende Personen, die ganz überwiegend (89 %) allein wohnten oder sich in eher seltenen Fällen den Haushalt mit anderen Mitbewohnern teilten (11 %). Rund 2,7 Millionen Menschen waren als Mütter oder Väter alleinerziehend.

Im Vergleich zu 2004 haben alternative Lebensformen zahlenmäßig an Bedeutung gewonnen. So erhöhte sich die Zahl der Alleinstehenden um 2,5 Millionen, was einem Anstieg von 16 % entspricht. Die Zahl der Lebensgemeinschaften stieg innerhalb der betrachteten

► Info 1

Was ist der Mikrozensus?

Die Datenbasis für die Abschnitte 2.1.1, 2.1.3, 2.1.4, 2.1.5 und Kapitel 2.2 bildet der Mikrozensus, die größte jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung Europas, an der 1 % der Haushalte in Deutschland teilnehmen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Familien beziehungsweise andere Lebensformen am Hauptwohnsitz. Familien und Lebensformen am Nebenwohnsitz und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften (zum Beispiel Wohnheimen) werden hier nicht berücksichtigt.

Da sich der Mikrozensus als Haushaltsbefragung auf das Beziehungsgefüge der befragten Menschen in den »eigenen vier Wänden«, also auf einen gemeinsamen Haushalt konzentriert, bleiben Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung, das sogenannte »Living apart together«, unberücksichtigt.

Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass der Mikrozensus seit 2005 kontinuierlich über das Jahr verteilt erhoben wird (Jahresdurchschnittsergebnisse). Bis einschließlich 2004 war die Erhebung auf eine feste Berichtswoche – üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April – festgelegt.

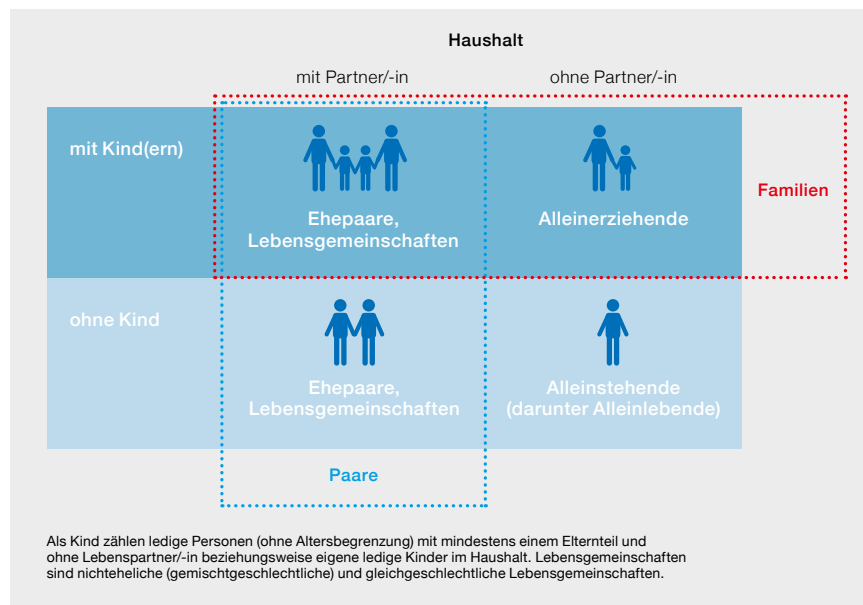
Die Ergebnisse ab dem Mikrozensus 2011 wurden auf einen neuen Hochrechnungsrahmen umgestellt. Grundlage hierfür sind die aktuellen Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Daten des Zensus 2011 (Stichtag 9. Mai 2011) basieren. Die Mikrozensus-Hochrechnung für die hier dargestellten Vergleichsjahre vor 2011 basiert hingegen auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987 beziehungsweise auf Basis der Fortschreibungsergebnisse auf Grundlage der Daten des zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR vom 3. Oktober 1990.

zehn Jahre um 451 000 (+ 18 %), die der Alleinerziehenden um 210 000 (+ 8 %). Eine rückläufige Entwicklung zeigt sich hingegen bei den Ehepaaren. Im Jahr 2014 gab es in Deutschland rund 1,6 Millionen Ehepaare weniger als noch vor zehn Jahren. Das entspricht einem Rückgang von 8 %. ► Tab 1

Paare

Wer heiratet wen? Wer lebt mit wem zusammen? Ein altes Sprichwort sagt zu diesem Thema: »Gleich und gleich gesellt sich gern«. Die Ergebnisse des Mikro-

► Abb 1 Familien- und Lebensformen im Mikrozensus



► Tab 1 Lebensformen der Bevölkerung — in Tausend

	2004	2014
Paare	21 564	20 407
↳ Ehepaare	19 095	17 487
↳ Lebensgemeinschaften	2 469	2 920
↳ nichtehelich ¹	2 412	2 833
↳ gleichgeschlechtlich	56	87
Alleinerziehende	2 502	2 712
Alleinstehende	15 449	17 971
↳ Alleinlebende ²	13 996	15 997

¹ Gemischtgeschlechtlich.

² Einpersonenhaushalte.

Ergebnisse 2014 auf Basis des Zensus 2011, für 2004 auf Basis früherer Zählungen. Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

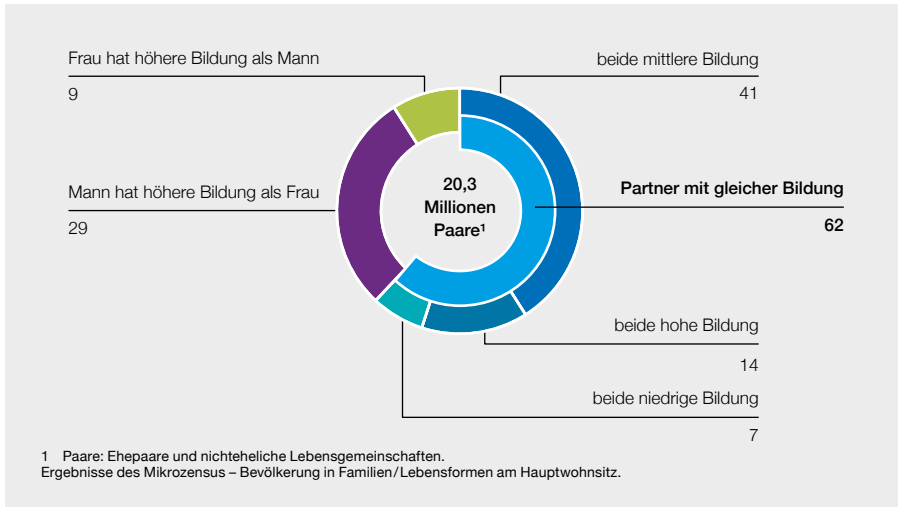
sus zeigen, dass diese Volksweisheit tatsächlich zutrifft, zumindest wenn man den Bildungsstand, den Altersunterschied zwischen beiden Partnern oder die Staatsangehörigkeit betrachtet. Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf Ehepaare und nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften.

Paare nach Bildungsstand

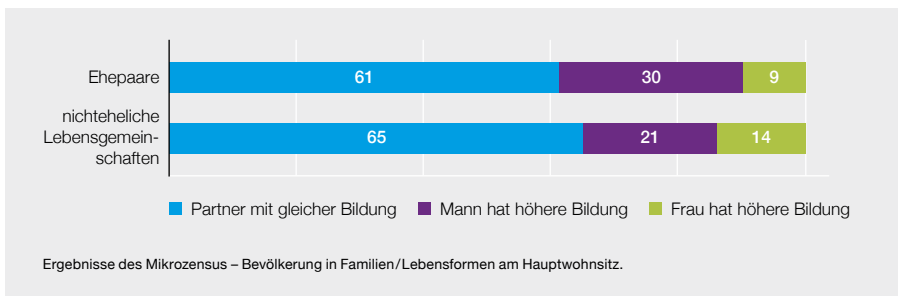
Die meisten Menschen wählen eine Partnerin oder einen Partner mit gleichem Bildungsniveau. So hatten 2014 bei mehr als der Hälfte (62 %) der 20 Millionen

Paare in Deutschland die Lebensgefährten einen gleichen oder ähnlichen Bildungsabschluss. Wenn sich das Bildungsniveau unterscheidet, dann verfügt meistens der Mann über einen höheren Abschluss. Das war bei 29 % der Paare der Fall. Die umgekehrte Situation – dass die Frau einen höheren Bildungsstand hatte – gab es lediglich bei etwa jedem elften Paar (9 %). Im Vergleich zu 2004 zeigt sich hier eine Veränderung. Damals hatte nur bei 8 % der Paare die Frau einen höheren Bildungsabschluss als der Mann. ► Abb 2, Info 2

► **Abb 2 Paare nach Bildungsstand 2014 – in Prozent**



► **Abb 3 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften nach Bildungsstand der Partner 2014 – in Prozent**



Unterschiede zeigen sich bei einer separaten Betrachtung der Ehepaare und nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Bei 30 % der Ehepaare hatte der Mann einen höheren Bildungsstand als seine Frau und nur bei jedem elften Ehepaar (9 %) war dies umgekehrt. Die dem klassischen Rollenbild entsprechende Bildungskonstellation – der Mann ist höher gebildet als die Frau – ist bei den Lebensgemeinschaften, die ohne Trauschein in einem Haushalt zusammenleben, weniger stark ausgeprägt. Bei den unverheirateten Paaren verfügte der Mann nur in 21 % der Fälle über einen höheren Bildungsabschluss als die Frau, wohingegen in 14 % der Fälle der Abschluss der Frau höher war als der des Mannes. ► [Abb 3](#)

Paare nach Alter

Beziehungen von älteren Männern und Frauen zu wesentlich jüngeren Partnerinnen oder Partnern werden von der Presse gerne aufgegriffen. Statistisch gesehen sind solche hohen Altersunterschiede jedoch nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme, denn lediglich 6 % aller Paare trennte 2014 ein Altersunterschied von mehr als zehn Jahren. Fast die Hälfte (47 %) hatte nur einen geringen Altersunterschied zwischen einem und drei Jahren. Genau gleich alt war immerhin jedes zehnte Paar. Unabhängig von der Höhe des Altersunterschiedes gilt jedoch im Großen und Ganzen die traditionelle Altersverteilung – der Mann ist älter als die Frau. Bei rund drei Vierteln (73 %) traf dies zu, nur bei

► Info 2

Bildungsstand

Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen »International Standard Classification of Education« (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen »allgemeiner Schulabschluss« und »beruflicher Bildungsabschluss« kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: »hoch«, »mittel« und »niedrig«. Personen mit einem »hohen Bildungsstand« verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss (ISCED-Stufe 5 bis 8). Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie »mittlerer Bildungsstand« (ISCED-Stufe 3 und 4). Personen mit ausschließlich einem Haupt-/Realschulabschluss und ohne schulischen oder beruflichen Abschluss fallen in die Kategorie »niedriger Bildungsstand« (ISCED-Stufe 0, 1 und 2).

17 % der Paare war es umgekehrt. Rund 10 % der Paare waren gleich alt.

Betrachtet man verheiratete und nicht verheiratete Paare getrennt voneinander hinsichtlich des Alters in der Paarkonstellation, stellt sich diese Struktur noch einmal anders dar. Auch hinsichtlich der Altersverteilung weichen nichteheliche Lebensgemeinschaften eher von gängigen Klischees ab: Zwar herrschte im Jahr 2014 auch bei unverheirateten Paaren überwiegend (66 %) eine traditionelle Altersverteilung. Doch in fast jeder vierten Beziehung (24 %) war die Frau älter als ihr Partner. Der Rest (10 %) war gleich alt. Unter den Verheirateten war die klassische Verteilung der Alterskonstellation stärker ausgeprägt: Bei drei von vier Ehe-

paaren (74 %) war der Mann älter als seine Frau. In jeder zehnten Ehe waren beide Partner gleich alt. In 16 % der Ehen war die Frau älter. ▶ Abb 4

Paare nach Staatsangehörigkeit

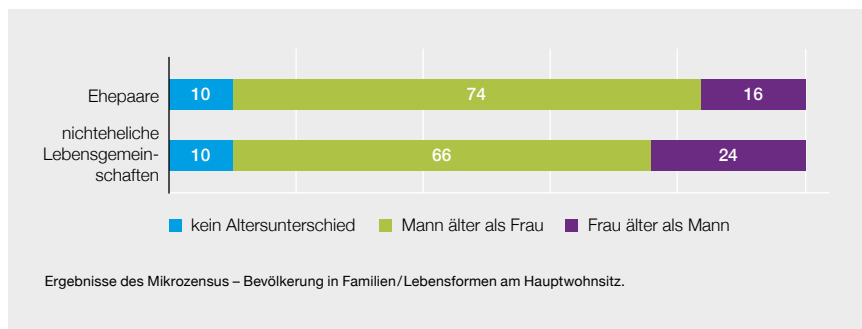
Studium und Urlaub im Ausland, der Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern nach Deutschland – mit zunehmender Globalisierung und Mobilität im privaten und beruflichen Umfeld der Menschen könnte man vermuten, dass auch Partnerschaften immer internationaler würden. Zwar steigt der Anteil von Paaren mit verschiedenen Staatsangehörigkeiten, dennoch haben die meisten Paare nach wie vor den gleichen Pass. So überwogen unter den Paaren 2014 in Deutschland klar die deutsch-deutschen Verbindungen (87 %). Das waren jedoch rund 2 Prozentpunkte weniger als 2004. Deutsch-ausländische Paare machten 7 % (2004: 5 %) und ausländische Paare 6 % (2004: 6 %) aus. Auch unter ausländischen Paaren besitzen meist beide Partner die gleiche Staatsangehörigkeit (90 %). ▶ Abb 5

Auch wenn bei der Partnerwahl häufig die Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen, sind es manchmal gerade die Unterschiede, die sich anziehen: Wenn deutsche Männer eine ausländische Partnerin wählten, dann kam sie am häufigsten aus der Türkei (12 %), Polen (10 %) oder der Russischen Föderation (7 %). Deutsche Frauen lebten 2014 vor allem mit Türken (18 %), Italienern (12 %) und Österreichern (7 %) zusammen.

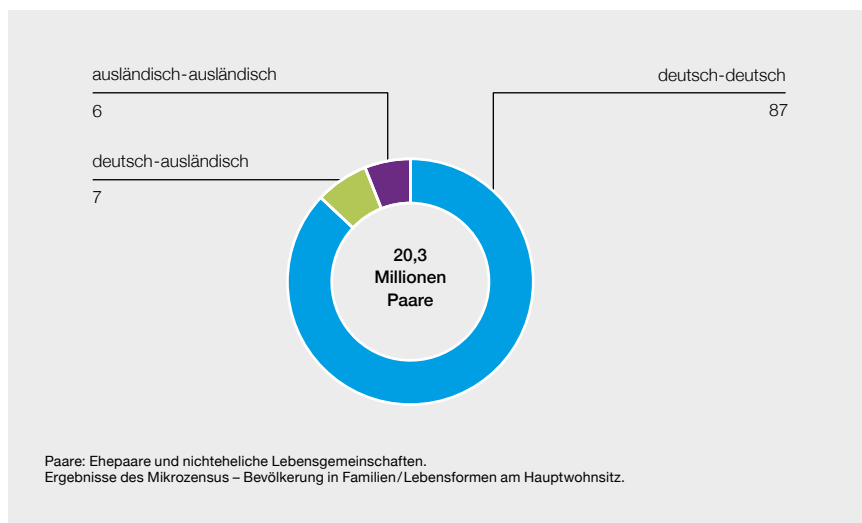
Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Anhand der Frage zur Lebenspartnerschaft weist der Mikrozensus für das Jahr 2014 rund 87 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Etwas mehr als die Hälfte (54 %) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurde von Männern geführt. Rund 41 000 (47 %) aller gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften waren zugleich eingetragene Lebenspartnerschaften. Aufgrund geringer Fallzahlen und der Freiwilligkeit dieser Auskünfte sind die Ergebnisse jedoch mit

▶ Abb 4 Paare nach Altersunterschied 2014 – in Prozent



▶ Abb 5 Paare nach Staatsangehörigkeit 2014 – in Prozent



Eingetragene Lebenspartnerschaften

Rund 41 000 gleichgeschlechtliche Paare lebten 2014 in Deutschland als eingetragene Lebenspartnerschaft in einem Haushalt zusammen. Das seit 2001 bestehende Lebenspartnerschaftsgesetz ermöglicht es, zwei Menschen gleichen Geschlechts ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Seit 2006 wird dieser Familienstand im Mikrozensus erhoben. Damals hatte es knapp 12 000 eingetragene Lebenspart-

nerschaften in Deutschland gegeben. Seitdem hat sich die Zahl bis 2014 mehr als verdreifacht, die bestehenden eingetragenen Lebenspartnerschaften wurden überwiegend (24 000 Paare) von Männern geführt, rund 17 000 Paare waren Frauen.

► Info 3

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Unter einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wird im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft verstanden, bei der zwei Lebenspartner gleichen Geschlechts mit oder ohne Trauschein beziehungsweise notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften.

Entscheidend für die Klassifizierung als Lebensgemeinschaft im Mikrozensus – egal ob gleich- oder gemischtgeschlechtlich – ist die Einstufung der Befragten selbst. Eine dahin gehende Frage wird seit 1996 gestellt (sogenanntes Fragekonzept). Ihre Beantwortung ist den befragten Personen freigestellt.

► Tab 2 Entwicklung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften – in Tausend

	Schätzkonzept	Fragekonzept		
		zusammen	Männer/Männer	Frauen/Frauen
2004	160	56	30	26
2009	177	63	37	27
2012	194	70	39	30
2013	205	78	42	35
2014	223	87	47	39

Bezug Schätzkonzept: Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.
Bezug Fragekonzept: Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.
Ergebnisse ab 2011 auf Basis des Zensus 2011, für die Jahre zuvor auf Basis früherer Zählungen.
Ergebnisse des Mikrozensus.

Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl können sie als eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland gelten. ► Info 3, Tab 2

Eine obere Grenze für die Zahl gleichgeschlechtlicher Paare kann im Mikrozensus mit einem Schätzverfahren bestimmt werden. Hierbei werden alle Haushalte, in denen mindestens zwei Personen leben, näher betrachtet. In diesen Haushalten müssen (mindestens) zwei nicht verwandte 16-jährige oder ältere Personen gleichen Geschlechts leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben beziehungsweise nicht verheiratet und beide familienfremd sind. Nach diesem Schätzkonzept gab es im Jahr 2014 in Deutschland 223 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also fast dreimal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach dem Fragekonzept. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind jedoch eingeschränkt aussagekräftig.

Sie dürften vor allem auch deshalb eine obere Grenze der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sein, weil in den geschätzten Werten auch Wohngemeinschaften von Studierenden ohne partnerschaftlichen Hintergrund enthalten sind.

Fazit: Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare vorsichtig zu interpretieren sind, zeigt sich nach beiden Konzepten, dass seit 2004 die Zahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften gestiegen ist.

Alleinerziehende

Es gibt immer mehr Alleinerziehende in Deutschland. Im Jahr 2014 lebten insgesamt 2,7 Millionen Personen als alleinerziehende Mütter oder Väter, von denen 1,6 Millionen (60 %) minderjährige Kinder hatten. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf diese Gruppe: die alleinerziehenden Müt-

ter und Väter, die mindestens ein im Haushalt lebendes, minderjähriges Kind betreuten. Gegenüber 2004 ist ihre Zahl um rund 4 % gestiegen.

Zu den alleinerziehenden Elternteilen zählen im Mikrozensus alle Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in mit ledigen Kindern im Haushalt zusammenleben. Unerheblich ist dabei, wer im juristischen Sinn für die Kinder sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang.

Das Alleinerziehen betrifft zum größten Teil Frauen: Im Jahr 2014 waren 1,5 Millionen Mütter und 180 000 Väter alleinerziehend. Damit war in neun von zehn Fällen (90 %) der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Seit 2004 ist der Anteil der alleinerziehenden Väter zudem leicht zurückgegangen, und zwar von 12 % im Jahr 2004 auf 10 % im Jahr 2014.

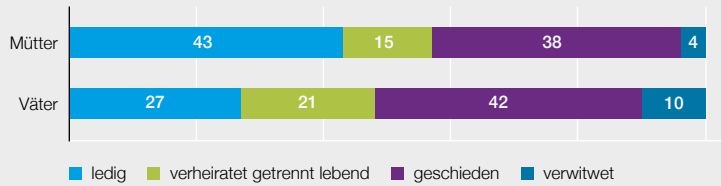
Am häufigsten werden Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern infolge einer Scheidung zu Alleinerziehenden: Im Jahr 2014 waren 53 % dieser Frauen und 63 % dieser Männer geschieden oder noch verheiratet, lebten aber bereits getrennt vom Ehepartner beziehungsweise der Ehepartnerin. Ledig waren 43 % der alleinerziehenden Mütter, verwitwet 4 %. Von den alleinerziehenden Vätern waren 27 % ledig. Allerdings waren sie mit 10 % mehr als doppelt so häufig verwitwet wie die alleinerziehenden Mütter. ► Abb 6

Ein Drittel (33 %) der alleinerziehenden Väter betreuten Kinder im Alter von 15 bis 17 Jahren. Alleinerziehende Mütter versorgten – relativ betrachtet – deutlich seltener Kinder dieses Alters (19 %). Sie waren häufiger für jüngere Kinder verantwortlich. So lebten bei 32 % der alleinerziehenden Mütter Kinder im Krippen- oder Vorschulalter von unter sechs Jahren. Nur 12 % der alleinerziehenden Väter betreuten Kinder dieser Altersgruppe. ► Abb 7

Alleinstehende

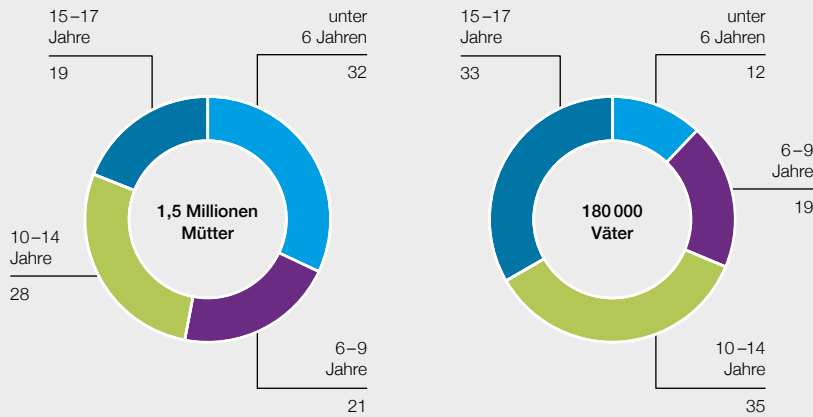
Als Alleinstehende werden im Mikrozensus ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Personen

► **Abb 6 Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren nach Familienstand 2014 – in Prozent**



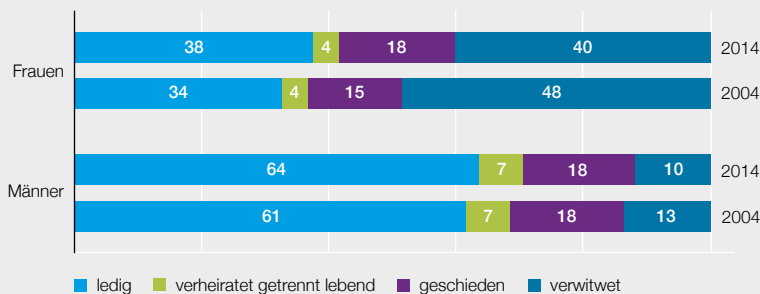
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

► **Abb 7 Alleinerziehende nach Alter des jüngsten Kindes 2014 – in Prozent**



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

► **Abb 8 Alleinstehende nach Familienstand – in Prozent**



Ergebnisse 2014 auf Basis des Zensus 2011, für 2004 auf Basis früherer Zählungen.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

bezeichnet, die ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner und ohne Kind in einem Privathaushalt wohnen. Diesen können sie sich jedoch mit anderen (zum Beispiel Geschwistern, Freunden, Arbeitskollegen) teilen oder dort allein wohnen. Im Jahr 2014 war mehr als jede fünfte Person (22 %) in Deutschland alleinstehend (18,0 Millionen). Seit 2004 ist die Zahl der Alleinstehenden um 16 % gestiegen.

Etwas mehr als die Hälfte (53 %) der Alleinstehenden waren 2014 Frauen, insgesamt 9,5 Millionen. Alleinstehende Männer gab es 8,4 Millionen (47 % der Alleinstehenden). Seit 2004 ist die Zahl alleinstehender Frauen um 8 % gestiegen, die Zahl alleinstehender Männer jedoch erhöhte sich um 28 %. Im Jahr 2004 hatte der Frauenanteil unter den Alleinstehenden noch bei 57 % gelegen.

Unterschiede zwischen alleinstehenden Frauen und Männern zeigen sich unter anderem beim Familienstand. Im Jahr 2014 waren 40 % der alleinstehenden Frauen verwitwet, 38 % ledig, 18 % geschieden und 4 % verheiratet, aber getrennt lebend. Bei den alleinstehenden Männern war die Reihenfolge eine andere: Hier überwogen mit 64 % die Ledigen, gefolgt von den Geschiedenen mit 18 %, den Verwitweten mit 10 % und den verheiratet Getrenntlebenden mit 7 %. Im Jahr 2004 waren alleinstehende Frauen noch deutlich häufiger verwitwet (48 %). Seitdem gestiegen ist der Anteil der Ledigen und der Geschiedenen an allen alleinstehenden Frauen. Bei den alleinstehenden Männern gibt es im Zeitverlauf von 2004 zu 2014 nur geringfügige Veränderungen. ► [Abb 8](#)

Von den 18,0 Millionen Alleinstehenden im Jahr 2014 lebten 89 % in einem Einpersonenhaushalt. Rund 5 % teilten sich den Haushalt mit Verwandten, beispielsweise der Schwester oder dem Bruder, und gegebenenfalls weiteren nicht verwandten Personen. Weitere rund 6 % wohnten in Haushalten mit ausschließlich nicht verwandten oder verschwägerten Haushaltsmitgliedern, beispielsweise in einer Wohngemeinschaft von Studierenden. Damit lebten insgesamt 11 % der

Alleinstehenden mit anderen Menschen unter einem Dach zusammen. ▶ [Abb 9](#)

Alleinlebende

Alleinlebende sind Alleinstehende, die in einem Einpersonenhaushalt wohnen und wirtschaften. Sie sind im Durchschnitt älter als Alleinstehende: So waren 2014 in Deutschland von den Alleinlebenden 35 % älter als 65 Jahre, bei den Alleinstehenden in Mehrpersonenhaushalten betrug dieser Anteil lediglich 22 %. Umgekehrt verhielt es sich in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen: Lediglich 7 % der Alleinlebenden waren jünger als 25 Jahre, bei den Alleinstehenden in Mehrpersonenhaushalten hingegen waren es 17 %.

Alleinstehende in Mehrpersonenhaushalten waren zu 61 % ledig und zu 17 % verwitwet, für Alleinlebende betragen die entsprechenden Anteile 49 % beziehungsweise 27 %. Der Frauenanteil bei den Alleinstehenden in Mehrpersonenhaushalten war mit 50 % etwas niedriger als bei den Alleinlebenden (53 %).

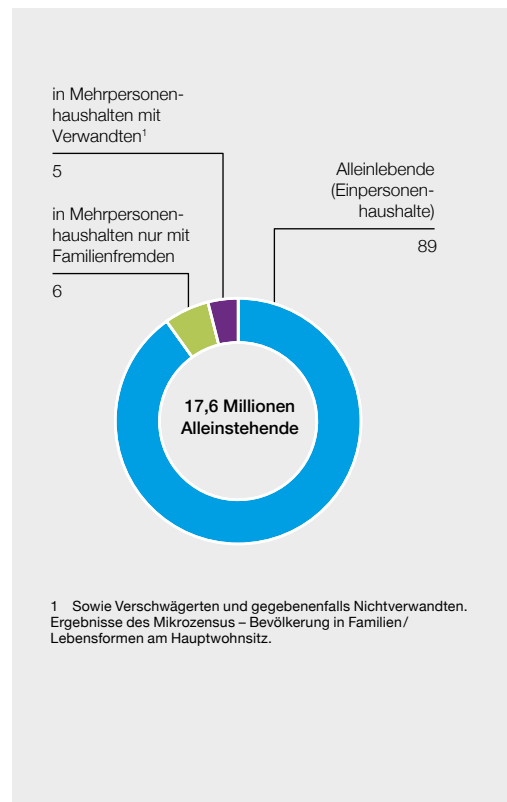
Jüngere Frauen und Frauen mittleren Alters (25 bis 59 Jahre) lebten 2014 seltener

allein als gleichaltrige Männer. So lag die Quote der Alleinlebenden bei Frauen dieser Altersgruppe mit durchschnittlich 16 % deutlich unter der entsprechenden Quote für Männer (25 %). Umgekehrt ist es in der Altersgruppe ab 60 Jahren: Frauen in dieser Altersgruppe lebten wesentlich häufiger allein als gleichaltrige Männer. Bei älteren Frauen steigt der Anteil der Alleinlebenden mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Hier wirkt sich unter anderem die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen aus. Bei den Männern sinkt die Alleinlebendenquote bis zum 75. Lebensjahr und nimmt erst dann wieder zu. ▶ [Abb 10](#)

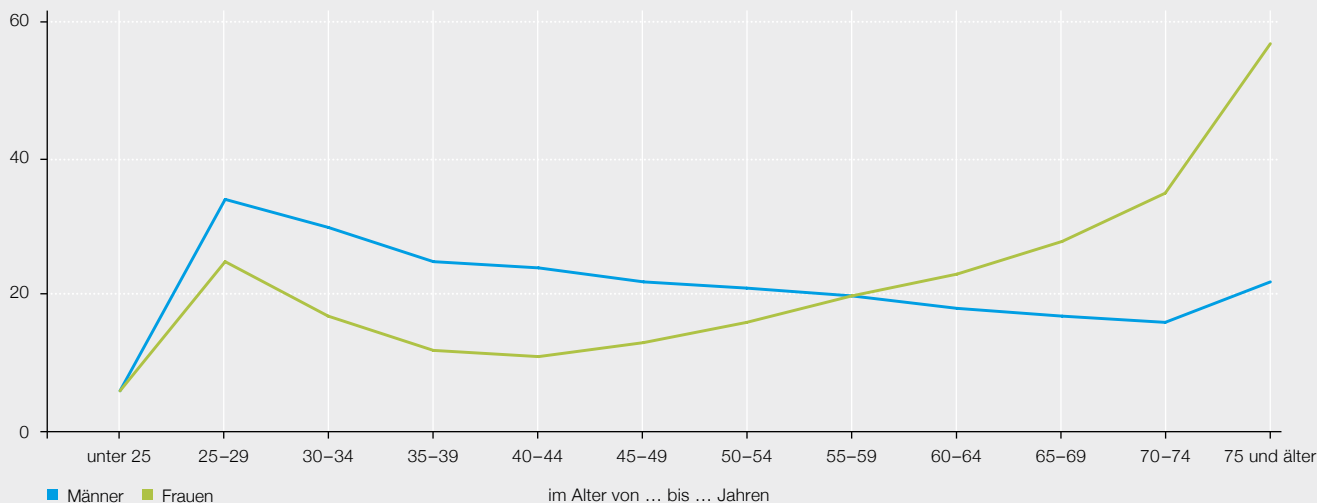
2.1.2 Eheschließungen und Scheidungen

Die folgenden Angaben sind der Statistik der Eheschließungen und der Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) entnommen. Die Meldung der Eheschließungen an die Statistik erfolgt über Angaben der Standesämter und die der Scheidungsfälle durch die Justizgeschäftsstellen der

▶ **Abb 9** Alleinstehende nach Haushaltsform 2014 – in Prozent



▶ **Abb 10** Alleinlebende nach Alter 2014 – in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Familiengerichte. In Deutschland heirateten im Jahr 2014 insgesamt 386 000 Paare. Damit stieg die Zahl der Eheschließungen gegenüber dem Vorjahr um 3 %. Anfang der 1960er-Jahre lag die Zahl der jährlichen Eheschließungen noch bei rund 700 000. Sie ist seitdem mit gelegentlichen Schwankungen tendenziell gesunken und liegt seit 2001 unter 400 000.

Unter den 386 000 standesamtlich geschlossenen Ehen des Jahres 2014 waren bei rund 331 500 Ehen beide Ehepartner deutscher Nationalität (86 %). Von den Ehen mit ausländischen Partnern schlossen bei 25 400 Ehen (47 %) deutsche Männer mit einer ausländischen Frau den Bund fürs Leben. Bei rund 19 500 dieser Ehen (36 %) heirateten deutsche Frauen einen Mann mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Bei den verbleibenden 9 500 der geschlossenen Ehen (17 %) besaßen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit, 6 600 von ihnen (70 %) hatten die gleiche Staatsangehörigkeit.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger: Seit Mitte der 1970er-Jahre ist in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter lediger kontinuierlich gestiegen. Betrug 1975 das durchschnittliche Heiratsalter bei ledigen Männern noch 24 Jahre und 11 Monate und bei ledigen Frauen 22 Jahre und 6 Monate, waren 2014 ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 33 Jahre

und 8 Monate und ledige Frauen genau 31 Jahre alt. Bei insgesamt 67 % der Hochzeiten waren beide Personen zuvor ledig. Bei 13 % der Ehen war es für beide bereits der (mindestens) zweite Versuch: sie wurden zwischen einem geschiedenen Mann und einer geschiedenen Frau geschlossen. Bei 18 % der Eheschließungen war ein Ehepartner ledig und der andere Ehepartner verwitwet oder geschieden. Zehn Jahre früher waren bei 61 % der Hochzeiten die Ehepartner vorher ledig und bei 15 % zuvor geschieden gewesen.

Das Auflösen einer Ehe erfolgt entweder durch gerichtliche Scheidung, gerichtliche Aufhebung oder den Tod des Ehepartners, wobei der letzte Fall anteilmäßig überwiegt (2014: 68 %) und demografisch bedingt in den letzten Jahren steigt. Im Jahr 2014 belief sich die Zahl der gerichtlichen Scheidungen auf 166 200 oder 32 % aller Ehelösungen. Damit sanken die Ehescheidungen gegenüber dem Vorjahr um 2 %. Auf je 1 000 Einwohner kommen 2014 damit 2,1 Ehescheidungen. Nach den derzeitigen Scheidungsverhältnissen werden etwa 35 % aller in einem Jahr geschlossenen Ehen im Laufe der nächsten 25 Jahre wieder geschieden, also mehr als jede dritte Ehe. ▶ Tab 3

Bei der Mehrzahl aller Ehescheidungen sind die Ehepartner bereits ein Jahr getrennt: 138 800 Ehen (84 %) wurden 2014 nach dieser Trennungszeit geschie-

den. Dies waren 12 300 Scheidungsfälle oder 8 % weniger als noch 2010. In 1 700 Fällen (1 % aller Scheidungen) waren die Partner weniger als ein Jahr getrennt. Die Zahl der Scheidungen nach dreijähriger Trennung ist mit 25 300 im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen (-3 %). Außer im Jahr 2010 setzt sich die Tendenz der vergangenen Jahre zur längeren Ehedauer vor der Scheidung fort: 2014 betrug die durchschnittliche Ehedauer bei der Scheidung 14 Jahre und 8 Monate. Vor 20 Jahren (1994) hatte die durchschnittliche Dauer der geschiedenen Ehen nur genau 12 Jahre betragen. Bei den im Jahr 2014 geschiedenen Ehen wurde der Scheidungsantrag meist von der Frau gestellt (52 %), der Mann reichte den Antrag nur in 40 % der Fälle ein. In den verbleibenden Fällen beantragten beide Ehegatten gemeinsam die Scheidung (8 %).

Unter den 166 200 gerichtlichen Ehescheidungen im Jahr 2014 besaßen in 140 500 Fällen (85 %) beide Ehepartner die deutsche Staatsangehörigkeit, bei 25 700 Scheidungen (15,5 %) war ein ausländischer Ehepartner beteiligt. Bei Scheidungen mit ausländischen Partnern ließen sich 10 000 deutsche Frauen (39 %) von einem ausländischen Mann und 9 000 deutsche Männer (35 %) von einer ausländischen Frau scheiden. In den restlichen 6 700 Fällen (26 %) hatten beide Ehepartner eine ausländische Staatsangehörigkeit, darunter 4 000 die gleiche.

Von einer Scheidung sind häufig neben den Ehepartnern auch deren gemeinsame minderjährigen Kinder betroffen. Etwa die Hälfte der 166 200 geschiedenen Ehepaare im Jahr 2014 hatte Kinder unter 18 Jahren. Insgesamt erlebten rund 134 800 minderjährige Kinder die Scheidung ihrer Eltern. Das waren 0,9 % weniger als im Vorjahr und 0,4 % weniger als zehn Jahre zuvor. Damit verringerte sich absolut gesehen die Gesamtzahl der betroffenen Kinder seit einem Hochstand im Jahr 2003 von 170 300 auf 134 800 im Jahr 2014. Allerdings waren je 1 000 Scheidungen 2003 nur 796 Kinder, 2014 dagegen 811 Kinder beteiligt.

▶ Tab 3 Eheschließungen und Scheidungen

	Eheschließungen		Scheidungen	
	insgesamt in 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt in 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1960	689	9,5	73	1,0
1970	575	7,4	104	1,3
1980	497	6,3	141	1,8
1990	516	6,5	155	2,0
2000	419	5,1	194	2,4
2005	388	4,7	202	2,5
2010	382	4,7	187	2,3
2013	374	4,6	170	2,1
2014	386	4,8	166	2,1

Berechnungen je 1 000 Einwohner ab dem Jahr 2013 auf Basis des Zensus 2011.

Bei fast allen Scheidungen (96 %) im Jahr 2013, bei denen gemeinschaftliche minderjährige Kinder betroffen waren, blieb das Sorgerecht bei beiden Elternteilen (63 400 Verfahren), da weder Vater noch Mutter einen Antrag auf das alleinige Sorgerecht gestellt hatten. In 2 800 Verfahren wurde hingegen das Sorgerecht vom Familiengericht übertragen, darunter in fast drei Viertel der Verfahren (2 100) auf die Mutter.

Das durchschnittliche Alter Geschiedener steigt kontinuierlich: Während 2014 Männer im Schnitt 45 Jahre, 11 Monate und Frauen 42 Jahre, 11 Monate alt waren, betrug das Alter 2004 bei den Männern genau 42 Jahre und bei den Frauen 39 Jahre und 4 Monate. Im Jahr 1994 lag das durchschnittliche Alter bei den Männern sogar nur bei 39 Jahren und 4 Monaten und bei Frauen nur bei 36 Jahren und 6 Monaten.

2.1.3 Familien und ihre Strukturen

Als Familie werden im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften definiert. Im Einzelnen sind das Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter oder Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. In diesem Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf Familien mit minderjährigen Kindern. Das bedeutet, dass mindestens ein minderjähriges Kind im elterlichen Haushalt aufwächst, gegebenenfalls gemeinsam mit minder- oder volljährigen Geschwistern. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um leibliche Kinder, Stief-, Pflege- oder Adoptivkinder handelt.

Im Jahr 2014 gab es in Deutschland knapp 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern; 2004 waren es noch 9,0 Millionen Familien gewesen. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der Familien um rund 1,0 Millionen gesunken. Das entspricht einem Rückgang von 10 %.

Bei einigen Familien in Deutschland besitzt mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund: Im Jahr 2014 waren das 2,5 Millionen Familien. Das entspricht einem Anteil von 30 % an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Im Vergleich zu 2005 – hier wurde erst-

mals der Migrationsstatus im Mikrozensus abgefragt – hat sich die Zahl der Familien mit Migrationshintergrund um 68 000 beziehungsweise 3 % erhöht. Die Zahl der Familien ohne Migrationshintergrund war hingegen rückläufig, und zwar von 6,5 Millionen im Jahr 2005 auf 5,6 Millionen im Jahr 2014 (– 14 %). ▶ Info 4

Familienformen

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen

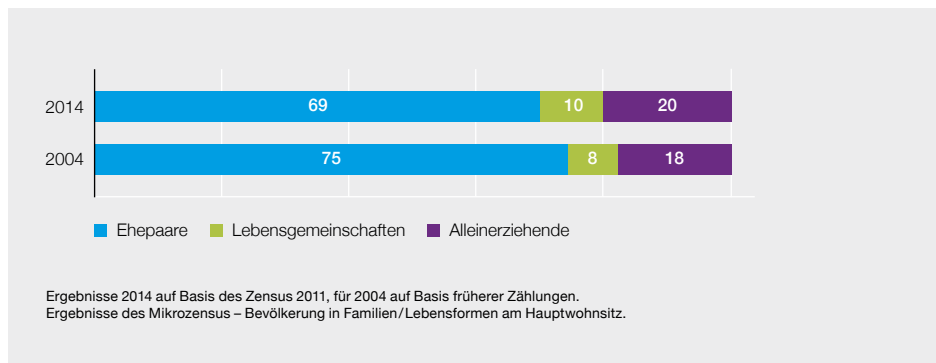
der einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien (Ehepaare mit Kindern) kontinuierlich gesunken ist, stieg die Zahl alternativer Familienformen (Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern). Gab es 2004 noch 6,7 Millionen Ehepaare mit minderjährigen Kindern, so waren es zehn Jahre später nur noch 5,6 Millionen (– 17 %). Umgekehrt hat sich die Zahl der Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern von 684 000 im Jahr 2004

▶ Info 4

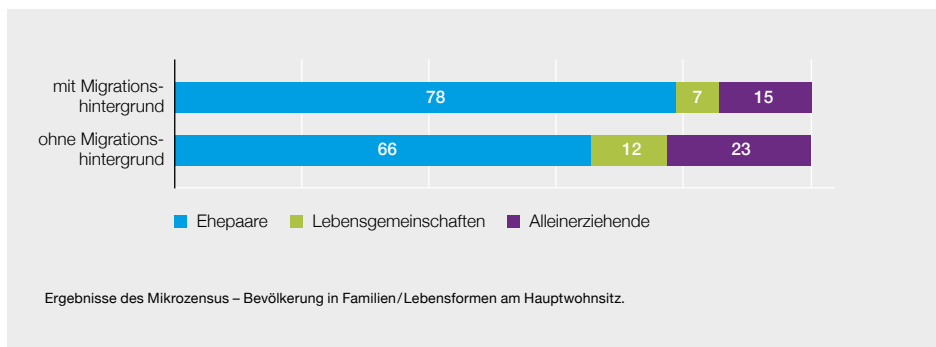
Familien mit Migrationshintergrund

Zu den Familien mit Migrationshintergrund zählen alle in einem Haushalt zusammenlebenden Eltern-Kind-Gemeinschaften, bei denen mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder – wie im Fall der Spätaussiedler – durch einbürgerungsgleiche Maßnahmen erhalten hat.

▶ Abb 11 Familien mit Kind(ern) unter 18 Jahren nach Familienform – in Prozent



▶ Abb 12 Familien mit Kind(ern) unter 18 Jahren nach Familienform und Migrationsstatus 2014 – in Prozent



auf 883 000 im Jahr 2014 erhöht (+ 22 %). Die Zahl der Alleinerziehenden stieg in diesem Zeitraum ebenfalls – wenn auch nicht kontinuierlich – um 66 000 auf gut 1,6 Millionen (+ 4 %). Die wachsende Bedeutung alternativer Familienformen führte zu einer Verschiebung der Familienstrukturen, bei der allerdings nach wie vor die Ehepaare mit Kindern deutlich überwiegen. Im Jahr 2014 waren sieben von zehn Familien (69 %) Ehepaare (2004: 75 %). Alleinerziehende Mütter oder Väter machten 20 % aller Familien aus (2004: 18 %). Weitere 10 % aller Familien waren Lebensgemeinschaften mit Kindern (2004: 8 %). [▶ Abb 11](#)

Unter den Familien mit Migrationshintergrund war 2014 die eher traditio-

nelle Familienform der Ehepaare mit Kindern – relativ gesehen – mit 78 % deutlich weiter verbreitet als unter den Familien ohne Migrationshintergrund (66 %). Nur 15 % der Familien mit Migrationshintergrund waren alleinerziehende Mütter oder Väter (ohne Migrationshintergrund: 23 %). Weitere 7 % waren Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern (ohne Migrationshintergrund: 12 %). [▶ Abb 12](#)

Familiengröße

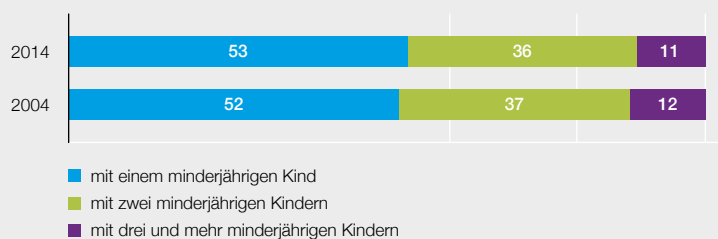
Etwas mehr als die Hälfte (53 %) der knapp 8,1 Millionen Familien betreute 2014 ein minderjähriges Kind (und gegebenenfalls weitere volljährige Kinder). Zwei minderjährige Kinder lebten in 36 % der Familien.

Drei und mehr minderjährige Kinder wuchsen in 11 % der Familien auf. [▶ Abb 13](#)

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Verteilung der Familien nach der Zahl der Kinder nur geringfügig verändert. Dennoch ist im Vergleich zu 2004 sowohl die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern als auch die Anzahl der in diesen Familien lebenden minderjährigen Kinder gesunken. Diese Entwicklung lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Rein rechnerisch zogen die Familien 2004 durchschnittlich 1,63 minderjährige Kinder groß. Im Jahr 2014 waren es mit 1,61 minderjährigen Kindern etwas weniger.

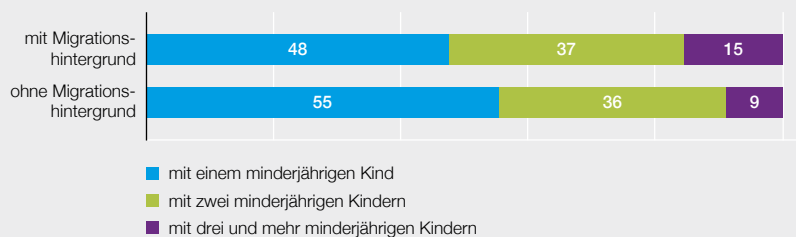
Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Kinderzahl zeigen sich zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Bei Familien mit Migrationshintergrund leben häufiger drei und mehr minderjährige Kinder im Haushalt. Im Jahr 2014 war das in 15 % der Familien mit Migrationshintergrund der Fall. Dieser Anteil betrug bei den Familien ohne Migrationshintergrund nur 9 %. Demgegenüber war der Anteil der Familien, die nur ein im Haushalt lebendes minderjähriges Kind versorgten, bei den Familien mit Migrationshintergrund geringer (48 %) als bei den Familien ohne Migrationshintergrund (55 %). [▶ Abb 14](#)

▶ Abb 13 Familien nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren — in Prozent



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

▶ Abb 14 Familien nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren und Migrationsstatus 2014 — in Prozent



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Monatliches Familiennettoeinkommen

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten 2014 in Deutschland 9 % aller Familien ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro. Rund 32 % der Familien verfügten monatlich über 1 300 bis unter 2 600 Euro, 40 % über 2 600 bis unter 4 500 Euro und 19 % über 4 500 Euro und mehr. Bei den Familien mit Migrationshintergrund lagen die Anteile der Familien in den beiden unteren Einkommensstufen (unter 1 300 Euro: 10 %; 1 300 bis unter 2 600 Euro: 42 %) höher als bei den Familien ohne Migrationshintergrund (9 % beziehungsweise 27 %). Umgekehrt waren dort die Anteile der Familien in den beiden oberen Einkommensklassen

(2 600 bis unter 4 500 Euro: 41 %; 4 500 Euro und mehr: 23 %) höher als bei den Familien mit Migrationshintergrund (36 % beziehungsweise 12 %). ▶ Tab 4

Ehepaare sowie Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern hatten 2014 in Deutschland mehrheitlich (Ehepaare 72 %, Lebensgemeinschaften 81 %) ein monatliches Familiennettoeinkommen zwischen 1 300 und 4 500 Euro. Bei den Alleinerziehenden zeigt sich ein anderes Bild: Vier von zehn Alleinerziehenden (36 %) lebten von einem monatlichen Familiennettoeinkommen von unter 1 300 Euro. Während nur 21 % der alleinerziehenden Väter mit Kindern unter 18 Jahren ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro hatten, mussten 37 % der alleinerziehenden Mütter mit einem Monatseinkommen in dieser Höhe zurechtkommen. ▶ Abb 15

2.1.4 Lebenssituation von Kindern

Im Jahr 2014 lebten 18,6 Millionen minder- und volljährige Kinder in den privaten Haushalten Deutschlands. Sieben von zehn Kindern (13,0 Millionen beziehungsweise 70 %) waren minderjährig. Vor zehn Jahren war die Zahl der Kinder noch deutlich höher: Damals gab es 20,7 Millionen minder- und volljährige Kinder, davon 14,7 Millionen beziehungsweise 71 % Minderjährige.

Zu den Kindern gehören im Mikrozensus alle ledigen Personen, die ohne Lebenspartner/-in und ohne »eigenes Kind« mit mindestens einem Elternteil in einem Haushalt zusammenleben. Neben leiblichen Kindern zählen auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder dazu. Eine allgemeine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht. Da die Lebenssituation von Kindern unter 18 Jahren aus familien- und sozialpolitischer Sicht besonders interessant ist, werden hier vorrangig Daten zu minderjährigen Kindern untersucht.

Knapp drei Viertel (73 %) der insgesamt 13,0 Millionen minderjährigen Kinder wurden 2014 bei verheirateten Eltern groß. Rund 18 % der minderjährigen Kinder wuchsen bei einem alleinerziehenden Elternteil auf und 9 % lebten mit Eltern in einer Lebensgemeinschaft. Vor zehn Jahren wuchsen noch mehr minderjährige Kinder bei verheirateten Eltern auf (78 %). Rund 15 % der Minderjährigen lebten damals bei Alleinerziehenden und 7 % bei Eltern in Lebensgemeinschaften. ▶ Abb 16

▶ Tab 4 Familien mit Kind(ern) unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen und Migrationsstatus 2014

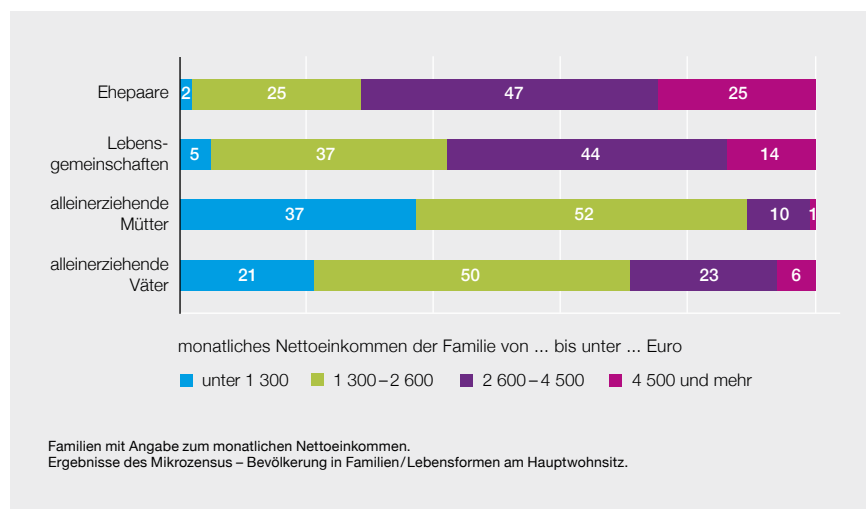
	Insgesamt	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
in 1 000			
Insgesamt	8 061	5 608	2 453
Monatliches Nettoeinkommen der Familie von ... bis unter ... Euro			
mit Angabe	7 833	5 450	2 382
↳ unter 1 300	719	483	237
↳ 1 300–2 600	2 481	1 492	988
↳ 2 600–4 500	3 110	2 244	866
↳ 4 500 und mehr	1 523	1 231	292
Sonstige ¹	228	158	70
in %			
mit Angabe	100	100	100
↳ unter 1 300	9,2	8,9	9,9
↳ 1 300–2 600	31,7	27,4	41,5
↳ 2 600–4 500	39,7	41,2	36,4
↳ 4 500 und mehr	19,4	22,6	12,3

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ »Sonstige« sind Familien, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit selbstständige Landwirtin/ selbstständiger Landwirt ist sowie Familien ohne Angabe oder ohne Einkommen.

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

▶ Abb 15 Familien mit Kind(ern) unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen und Familienform 2014 – in Prozent

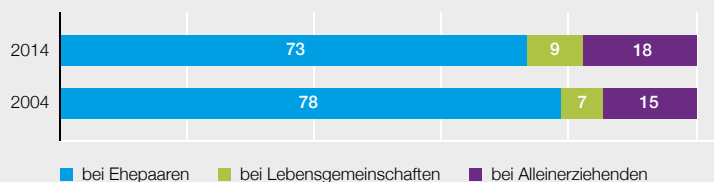


henden Elternteil auf und 9 % lebten mit Eltern in einer Lebensgemeinschaft. Vor zehn Jahren wuchsen noch mehr minderjährige Kinder bei verheirateten Eltern auf (78 %). Rund 15 % der Minderjährigen lebten damals bei Alleinerziehenden und 7 % bei Eltern in Lebensgemeinschaften. ▶ Abb 16

Geschwisterzahl

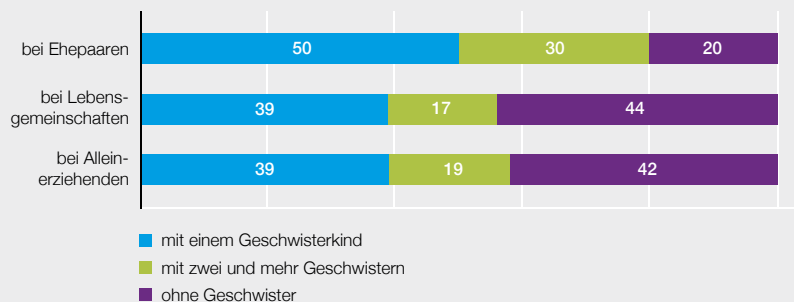
Die meisten minderjährigen Kinder leben mit mindestens einem minder- oder volljährigen Geschwisterkind gemeinsam in einem Haushalt. Da sich der Mikrozensus bei der Befragung auf die aktuellen Verhältnisse im Haushalt konzentriert, bleiben Geschwister, die bereits ausgezo-

► **Abb 16 Minderjährige Kinder nach Familienform – in Prozent**



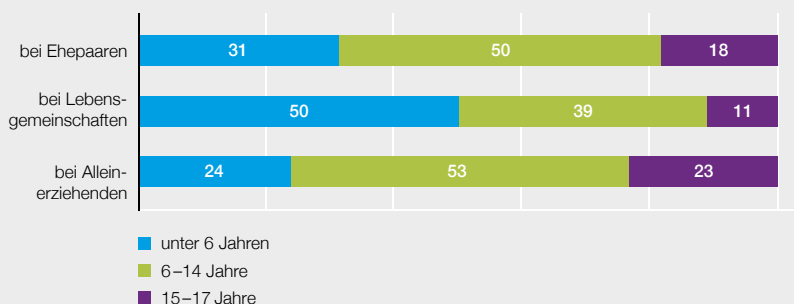
Ergebnisse 2014 auf Basis des Zensus 2011, für 2004 auf Basis der Volkszählung 1987.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

► **Abb 17 Minderjährige Kinder mit und ohne Geschwister nach Familienform und Zahl der Geschwister 2014 – in Prozent**



Geschwister ohne Altersbegrenzung.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

► **Abb 18 Minderjährige Kinder nach Altersgruppen und Familienform 2014 – in Prozent**



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

gen sind, außer Acht. Fast die Hälfte der minderjährigen Kinder (47%) wuchs 2014 gemeinsam mit einer minder- oder volljährigen Schwester beziehungsweise einem Bruder heran. Gut ein Viertel (26%) hatte mindestens zwei Geschwister und ein weiteres Viertel (26%) lebte 2014 ohne weitere Geschwister im Haushalt.

Mit Geschwistern im Haushalt wachsen minderjährige Kinder vor allem dann auf, wenn sie bei ihren verheiratet zusammenlebenden Eltern leben. Vier von fünf minderjährigen Kindern bei Ehepaaren (80%) hatten 2014 minder- oder volljährige Geschwister. Demgegenüber wurden nur 58% der minderjährigen Kinder bei alleinerziehenden Elternteilen mit Geschwistern groß. Der entsprechende Anteil bei Lebensgemeinschaften lag nur geringfügig darunter (56%). ► [Abb 17](#)

Altersstruktur der Kinder

Rund 32% der minderjährigen Kinder in Deutschland waren 2014 im Vorschulalter, 50% der Minderjährigen waren im Alter von 6 bis 14 Jahren und 18% bereits 15 Jahre oder älter.

Die Hälfte (50%) der minderjährigen Kinder in Lebensgemeinschaften war im Vorschulalter. Bei den Alleinerziehenden überwogen die 6- bis 14-Jährigen mit einem Anteil von 53%. Lediglich 24% der minderjährigen Kinder, die von Alleinerziehenden betreut wurden, waren noch im Vorschulalter. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass das Alleinerziehen in erster Linie eine ungeplante Lebensform ist, die durch Trennung, Scheidung oder Verlust des Partners beziehungsweise der Partnerin »mitten« in der Familienphase eintritt. ► [Abb 18](#)

Auszug der Kinder aus dem Elternhaus

Die eigenen vier Wände sind der große Traum vieler Jugendlicher. Dem gegenüber steht das sogenannte »Hotel Mama«, also der Verbleib der jungen Erwachsenen im Elternhaus. Im Jahr 2014 wohnten von den 25-Jährigen noch 28% im Haushalt der Eltern. Junge Frauen verlassen den elterlichen Haushalt dabei früher als ihre

männlichen Altersgenossen. Mit 25 Jahren wohnte nur noch jede fünfte junge Frau (20%) als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren waren es noch 5% und mit 40 Jahren nur noch 1% der Frauen. ▶ [Abb 19](#)

Bei den jungen Männern verzögert sich das durchschnittliche Auszugsalter. Mit 25 Jahren nahmen 2014 noch 36% der männlichen Bevölkerung die Vorzüge des »Hotels Mama« in Anspruch. Mit 30 Jahren gehörten noch 12% und mit 40 Jahren noch 4% der Männer als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an. Langfristig gesehen verlassen Kinder heute später das Elternhaus. Lebten 1972 zwei von zehn (20%) der 25-Jährigen im früheren Bundesgebiet und Berlin-West noch bei den Eltern, waren es 2014 deutlich mehr, nämlich drei von zehn (30% für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin).

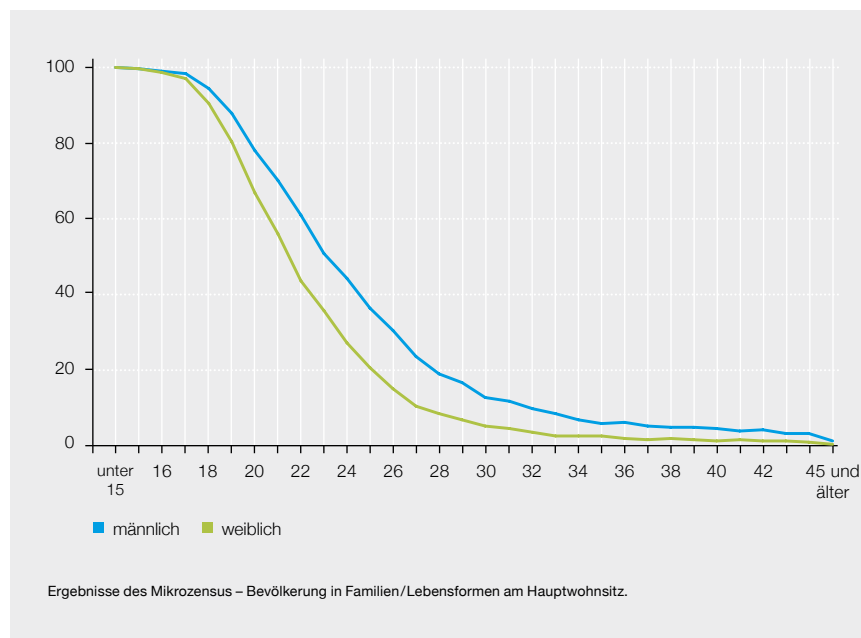
2.1.5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Arbeit und Karriere auf der einen, Familienleben und Kinderbetreuung auf der anderen Seite: Beides miteinander zu verbinden, stellt für viele Eltern eine besondere Herausforderung dar. Nach wie vor sind es vor allem Frauen, die durch eine verminderte Beteiligung am Erwerbsleben versuchen, beiden Seiten gerecht zu werden.

Im Jahr 2014 gab es in Deutschland 6,7 Millionen Mütter und 5,6 Millionen Väter im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 64 Jahren), die mit mindestens einem leiblichen Kind oder einem Stief-, Pflege- oder Adoptivkind unter 15 Jahren in einem gemeinsamen Haushalt lebten. Kinder, die jünger als 15 Jahre sind, bedürfen in höherem Maß einer Betreuung als ältere Kinder. Dementsprechend werden in diesem Abschnitt nur Mütter und Väter mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren betrachtet.

Rund 58% dieser Mütter und 84% dieser Väter waren 2014 aktiv erwerbstätig, das heißt sie haben in der Berichtswoche – das ist die Woche vor der Befragung – gearbeitet und waren nicht beurlaubt oder in Elternzeit. In Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes verändert sich die Erwerbstätigenquote insbesondere der Mütter

▶ **Abb 19** Kinder im elterlichen Haushalt nach Alter 2014
– in Prozent der Bevölkerung des jeweiligen Alters



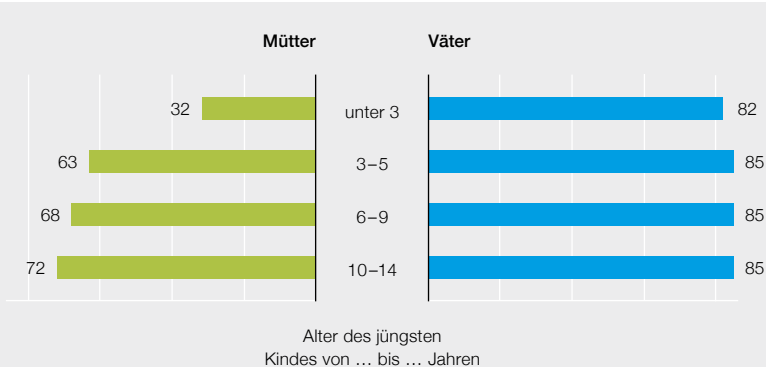
deutlich. Fast ein Drittel (32%) der Mütter, deren jüngstes Kind im Krippenalter von unter drei Jahren war, war berufstätig. Erreichte das jüngste Kind das Kleinkindalter von drei bis fünf Jahren, gingen bereits fast doppelt so viele (63%) einer Erwerbstätigkeit nach. Die höchste Erwerbstätigenquote von 72% wurde bei Müttern mit 10- bis 14-jährigen Kindern erreicht. Bei den Vätern ist die Beteiligung am Erwerbsleben weitgehend unabhängig vom Heranwachsen der Kinder. Sie lag 2014 – je nach Alter des jüngsten Kindes – zwischen 82% und 85%. Mit der Familiengründung gibt somit ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter ihren Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. ▶ [Abb 20](#)

Dieser Trend lässt sich sowohl für Mütter in Westdeutschland als auch für Mütter in Ostdeutschland feststellen. Allerdings sind Mütter in Ostdeutschland tendenziell etwas häufiger erwerbstätig als

Mütter in Westdeutschland. Sie schränken ihre Erwerbsbeteiligung auch mit jüngeren Kindern nicht so stark ein wie westdeutsche Mütter. So waren 2014 rund 39% der ostdeutschen Mütter mit einem Kind unter drei Jahren berufstätig, bei den westdeutschen Müttern lag dieser Wert bei 30%. Die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von ost- und westdeutschen Müttern sind im Wesentlichen auf die unterschiedliche Betreuungssituation in Ost- und Westdeutschland zurückzuführen (siehe Abschnitt 2.1.6, Tab 5). ▶ [Abb 21](#)

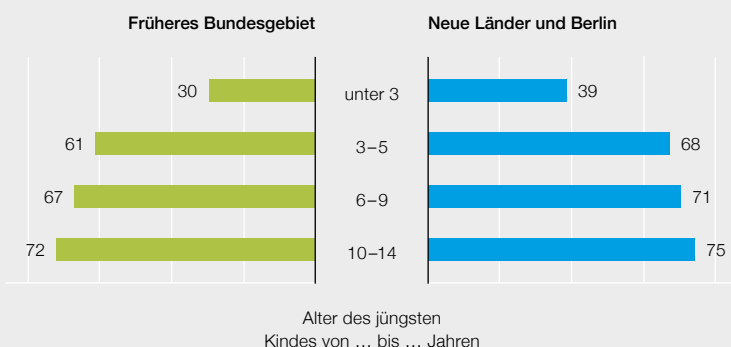
Die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ist nicht nur für die finanzielle Situation der Familie von großer Bedeutung. Sie bestimmt auch den zeitlichen Rahmen, der für das Familienleben zur Verfügung steht. Bei der Erwerbsbeteiligung zeigen sich zunächst keine großen Unterschiede zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern in Paarfamilien. Alleinerziehende Mütter und Ehefrauen mit Kindern unter 15 Jahren gingen 2014

► **Abb 20** Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach Alter des jüngsten Kindes 2014 – in Prozent



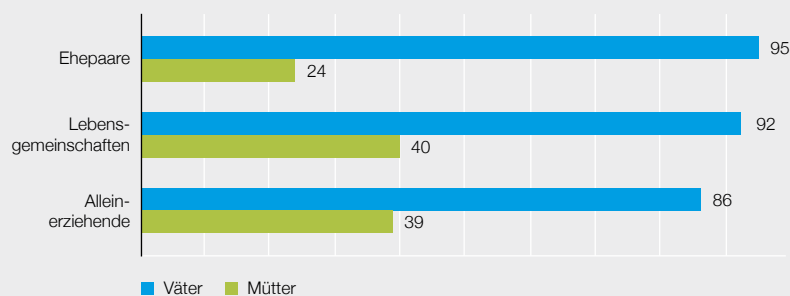
Elternteile im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte).
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

► **Abb 21** Erwerbstätigenquoten von Müttern in Ost- und Westdeutschland nach Alter des jüngsten Kindes 2014 – in Prozent



Mütter im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte).
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

► **Abb 22** Vollzeitquoten von Müttern und Vätern nach Familienform 2014 – in Prozent



Elternteile im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte) und jüngstem Kind unter 15 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

jeweils zu 58 % aktiv einer Erwerbstätigkeit nach. Lebenspartnerinnen mit Kindern unter 15 Jahren waren mit 57 % fast genauso häufig berufstätig. Deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen beim Umfang der ausgeübten Tätigkeit. Ehefrauen waren von allen Müttern am seltensten vollzeitberufstätig. Nur 24 % der Ehefrauen übten ihre Erwerbstätigkeit in Vollzeit aus. Deutlich höher waren die Vollzeitquoten der alleinerziehenden Mütter (39 %) und der Lebenspartnerinnen (40 %). Bei der Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung ist das entsprechend umgekehrt. ► [Abb 22](#)

Väter sind nicht nur häufiger erwerbstätig, sie üben ihre berufliche Tätigkeit auch öfter in Vollzeit aus als Mütter. Dennoch gibt es auch hier Unterschiede je nach Familienform: Ehemänner waren mit Abstand am häufigsten erwerbstätig (85 %). Von den Lebenspartnern übten 80 % eine berufliche Tätigkeit aus. Mit 70 % waren alleinerziehende Väter am seltensten von allen Vätern mit Kindern unter 15 Jahren berufstätig. Die Reihenfolge ist unverändert, vergleicht man die Vollzeitquoten der Väter: 95 % der erwerbstätigen Ehemänner waren vollzeittätig, 92 % der Lebenspartner und 86 % der alleinerziehenden Väter.

Für Mütter und Väter, die als Paar zusammenleben, stellt sich nicht nur die Frage, wie beide Elternteile für sich betrachtet Familie und Beruf vereinbaren. Von hohem Interesse ist bei Paaren mit Kind(ern) zudem das Zusammenspiel der Partner bei der Balance von Familie und Beruf. Die dargestellten Ergebnisse konzentrieren sich dabei auf Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften. Insbesondere der Zeitumfang der Erwerbsbeteiligung unterscheidet sich deutlich. Bei fast drei Vierteln (74 %) der Ehepaare mit Kindern unter 15 Jahren war der Vater vollzeit- und die Mutter teilzeiterwerbstätig. Auch über die Hälfte der Paare, die in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebten, wählten diese »traditionelle« Arbeitszeitkombination (55 %). Bei 21 % der Ehepaare gingen beide Elternteile einer Vollzeittätigkeit nach, bei den Lebensgemeinschaften lag dieser Anteil

mit 38 % fast doppelt so hoch. Andere mögliche Arbeitszeitaufteilungen spielten eine eher untergeordnete Rolle. ▶ Abb 23

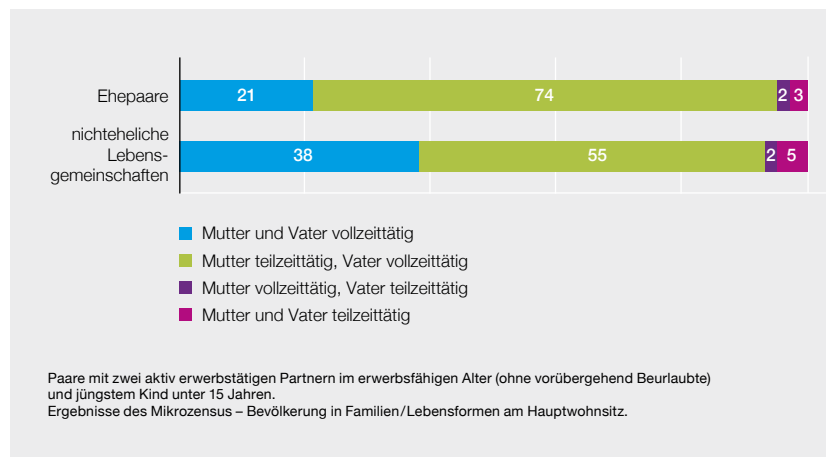
Wie vereinbaren Paarfamilien mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Paarfamilien ohne Migrationshintergrund Familie und Beruf? Unterschiede zeigen sich hier weniger im Umfang der Erwerbsbeteiligung, sondern vielmehr bei der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit. Während bei 59 % der Paarfamilien ohne Migrationshintergrund Mutter und Vater 2014 aktiv erwerbstätig waren, traf das auf vergleichsweise nur 41 % der Paare mit Migrationshintergrund zu. Bei ihnen war die eher »traditionelle« Rollenverteilung – ausschließlich der Vater geht einer beruflichen Tätigkeit nach – mit 39 % deutlich häufiger verbreitet als bei den Paarfamilien ohne Migrationshintergrund (27%). Ebenfalls höher war bei den Paaren mit Migrationshintergrund der Anteil derjenigen Paare, bei denen sich weder Mutter noch Vater am Erwerbsleben beteiligten (15 % gegenüber 9 % bei den Paaren ohne Migrationshintergrund). ▶ Abb 24

2.1.6 Kindertagesbetreuung: Betreuungsangebot und Inanspruchnahme

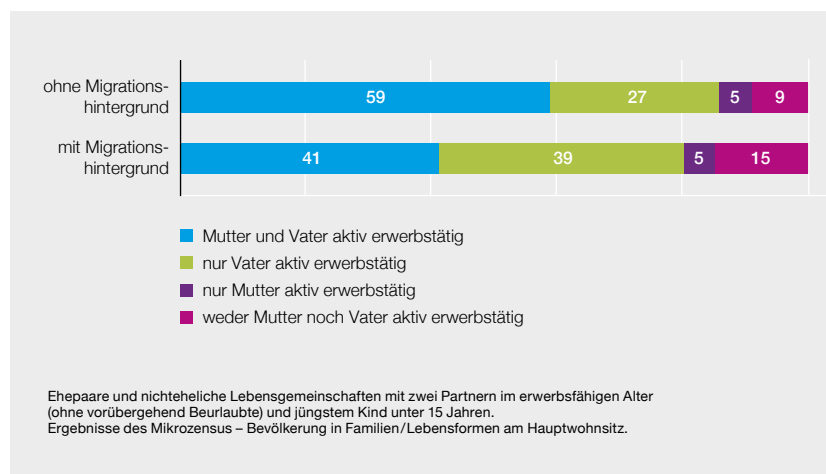
Der Ausbau der Kindertagesbetreuung steht derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Neben anderen familienpolitischen Leistungen (unter anderem Elterngeld, Kindergeld) gilt der Ausbau der Infrastruktur in der Kindertagesbetreuung als eine wichtige Voraussetzung, um Paare bei dem Entschluss, Kinder zu bekommen, zu unterstützen. Zusätzlich zu dem damit verbundenen Ziel, die Geburtenrate in Deutschland zu erhöhen, können wichtige arbeitsmarktpolitische Anforderungen erreicht werden. Es gilt, gut ausgebildeten und qualifizierten Müttern – und Vätern – bessere Chancen als bislang auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung umfasst auch die Aspekte Erziehung und Bildung. Außerdem vermittelt Kindertagesbetreuung Kindern wichtige Sozialisationserfahrungen auch außerhalb ihrer Familien.

▶ Abb 23 Paarfamilien nach Vollzeit-/Teilzeittätigkeit der Partner 2014 – in Prozent



▶ Abb 24 Paarfamilien nach Migrationsstatus und Erwerbsbeteiligung der Partner 2014 – in Prozent



Auf dem sogenannten »Krippengipfel« von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35 % der Kinder unter drei Jahren ein Angebot zur Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater (sogenannte Tagespflege) zu schaffen. Die damalige Planungsgröße lag bei 750 000 Plätzen. Elternbefragungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) aus den Jahren 2011 und 2012 ergaben jedoch einen etwas höheren Betreuungs-

bedarf von rund 780 000 Plätzen, was einer Betreuungsquote von gut 39 % entspricht. Da der Bedarf regional unterschiedlich hoch ist, kommt es in einzelnen Regionen zu deutlichen Abweichungen nach oben oder auch nach unten.

Neben dem Ziel, bundesweit für nun 39 % der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen, gibt es seit dem 1. August 2013 zudem einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres.

Von den rund 2,7 Millionen Kindern unter sechs Jahren in Tagesbetreuung wurden zum Stichtag 1. März 2015 in der Altersgruppe der unter 3-Jährigen bundesweit gut 693 000 Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut. Dies entspricht einem Anteil von 33 % an allen Kindern in dieser Altersgruppe (Betreuungsquote). Die Betreuungsquote bezeichnet den Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe. Die bei der Quotenberechnung verwendeten Bevölkerungszahlen beruhen auf Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 zum 31. Dezember 2014. Im März 2007 lag die Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen noch bei 15 %. Regional gibt es große Unterschiede hinsichtlich der Betreuungsquote. Bei den nachfolgenden Ausführungen zu Ost- und Westdeutschland ist Berlin in den Daten von Ostdeutschland enthalten.

Während die Betreuungsquote 2015 in den westdeutschen Bundesländern bei 28 % lag, war sie in den neuen Bundesländern mit 52 % bedeutend höher. Die höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren gab es in Sachsen-Anhalt (58 %) und Brandenburg (57 %) sowie Mecklenburg-Vorpommern (56 %). Unter den westdeutschen Flächenländern hatten Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz (beide 31 %) die höchsten Betreuungsquoten. Die bundesweit niedrigste Betreuungsquote gab es im März 2015 in Nordrhein-Westfalen (26 %). ▶ [Abb 25, Tab 5](#)

In Ostdeutschland besuchte der überwiegende Anteil der betreuten Kinder unter drei Jahren – 90 % – eine Kindertageseinrichtung. Der Anteil lag in Westdeutschland mit knapp 84 % etwas darunter. Hier hat die Kindertagespflege als Betreuungsform (gut 16 %) eine größere Bedeutung.

Knapp 2 Millionen Kinder zwischen drei und fünf Jahren wurden zum Stichtag 1. März 2015 in Kindertagesstätten oder in Kindertagespflege betreut. Die Zahl der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe stieg im Vergleich zum März 2007 um rund 25 000 Kinder und

die Betreuungsquote um 6 Prozentpunkte auf aktuell 95 % an. Gleichzeitig ging bundesweit die Zahl aller Kinder in dieser Altersgruppe um knapp 96 000 Kinder zurück. Anders als bei den unter 3-Jährigen spielt die Kindertagespflege in dieser Altersgruppe kaum eine Rolle.

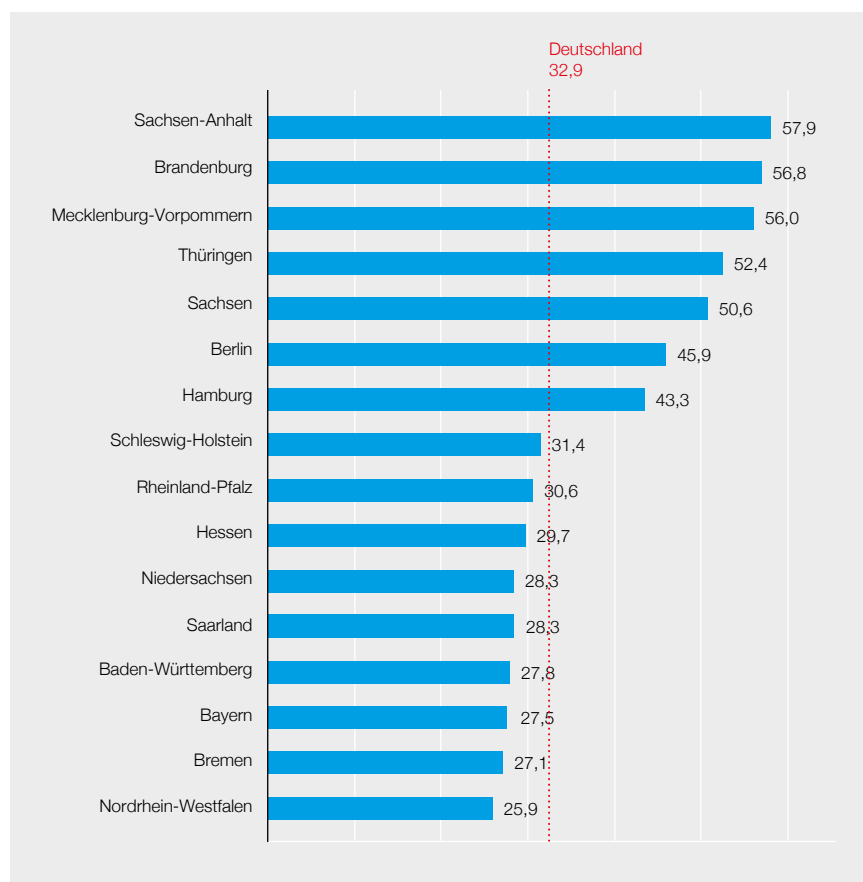
Ganztagsbetreuung

Neben dem generellen Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ist die Möglichkeit, Kinder auch ganztags betreuen zu lassen, ein wichtiger Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ganztagsbetreuung bedeutet, dass Kinder durchgehend mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung oder bei einer Tagespflege verbringen können.

Bei Kindern im Alter unter drei Jahren sind Ganztagsbetreuungsplätze nach wie vor wenig verbreitet. So wurde im März 2015 im bundesweiten Durchschnitt nur etwa jedes sechste Kind (18 %) unter drei Jahren (381 000) ganztags betreut. Das waren jedoch mehr als doppelt so viele wie 2007 – da lag der Anteil bei 7 %.

Auch hier unterscheiden sich die Quoten zwischen Ost- und Westdeutschland: Während in Westdeutschland die Ganztagsbetreuungsquote bei 13 % aller Kinder unter drei Jahren lag, war in Ostdeutschland mehr als jedes dritte Kind (40 %) in dieser Altersgruppe in Ganztagsbetreuung. Die Ganztagsbetreuungsquote im Osten war damit mehr als dreimal so hoch wie im Westen Deutschlands.

► **Abb 25** Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung 2015
– Anteil an der entsprechenden Altersgruppe in Prozent



Für die Altersgruppe der 3- bis 5-Jährigen werden Ganztagsplätze bundesweit wesentlich häufiger in Anspruch genommen als bei den unter 3-Jährigen. Im März 2015 lag die Quote bei 44 %, im Jahr 2007 waren es noch 24 %. In den ostdeutschen Bundesländern stieg die Ganztagsbetreuungsquote im gleichen Zeitraum von 58 % auf 74 %. In den westdeutschen Bundesländern erhöhte sie sich von 17 % auf 37 %.

Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung

Etwa 135 000 der bundesweit rund 693 000 Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung hatten 2015 einen Migrationshintergrund, das heißt sie

hatten mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft. Das waren gut 19 %. In den westdeutschen Bundesländern hatte fast jedes vierte Kind (24 % beziehungsweise knapp 115 000 Kinder) dieser Altersgruppe in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund, in Ostdeutschland waren es nur 9 % der unter 3-Jährigen (20 000 Kinder).

In der Altersgruppe der 3- bis 5-Jährigen ist der Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund höher als bei den unter 3-Jährigen. Bundesweit hatte in dieser Altersgruppe mehr als jedes vierte betreute Kind (29 % beziehungsweise 566 000 Kinder) einen Migrationshintergrund. Auch hier lag der Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung mit

Migrationshintergrund in Westdeutschland mit 33 % (514 000 Kinder) deutlich über dem in Ostdeutschland (13 % beziehungsweise 52 000 Kinder).

► Tab 5 Kinder unter sechs Jahren in Tagesbetreuung 2015

	Insgesamt	Davon im Alter von ... Jahren					
		unter 3			3 bis unter 6		
		Anzahl	Betreuungsquote	Ganztagsquote	Anzahl	Betreuungsquote	Ganztagsquote
			in %			in %	
Baden-Württemberg	346 627	78 729	27,8	10,4	267 898	95,5	21,5
Bayern	395 542	92 668	27,5	10,1	302 874	93,5	34,1
Berlin	142 064	48 885	45,9	30,1	93 179	95,9	61,9
Brandenburg	92 925	33 407	56,8	37,8	59 518	97,2	63,6
Bremen	19 447	4 698	27,1	16,3	14 749	91,0	36,0
Hamburg	67 071	23 057	43,3	22,7	44 014	92,5	46,1
Hessen	196 840	47 713	29,7	18,1	149 127	93,6	48,2
Mecklenburg-Vorpommern	60 228	21 719	56,0	41,1	38 509	96,3	67,6
Niedersachsen	240 978	55 318	28,3	11,0	185 660	94,8	26,9
Nordrhein-Westfalen	539 150	117 428	25,9	12,6	421 722	94,5	44,4
Rheinland-Pfalz	126 352	30 286	30,6	15,6	96 066	97,3	49,7
Saarland	26 775	6 011	28,3	22,1	20 764	96,7	46,3
Sachsen	155 786	54 059	50,6	42,0	101 727	96,8	81,2
Sachsen-Anhalt	79 434	29 843	57,9	46,6	49 591	96,0	83,1
Schleswig-Holstein	86 667	21 575	31,4	13,8	65 092	93,2	30,0
Thüringen	79 008	27 947	52,4	47,7	51 061	97,2	91,5
Deutschland	2 654 894	693 343	32,9	18,1	1 961 551	94,9	43,9
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	2 045 449	477 483	28,2	12,8	1 567 966	94,5	36,5
Neue Länder und Berlin	609 445	215 860	51,9	39,6	393 585	96,6	74,2

Kinder in Kindertageseinrichtungen zuzüglich der Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen.
 Betreuungsquote: Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern derselben Altersgruppe.
 Ganztagsquote: Anteil der Kinder mit einem Betreuungsumfang von mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag an allen Kindern derselben Altersgruppe.
 Die bei der Quotenberechnung verwendeten Bevölkerungszahlen beruhen auf Ergebnissen der Bevölkerungsforschung auf Basis des Zensus 2011 zum 31.12.2014.

2.2 Kinderlosigkeit

Olga Pöttsch

Destatis

Kinderlosigkeit hat viele Facetten, unter anderem medizinisch-biologische, soziologische, familienpolitische und demografische. Hier wird die Kinderlosigkeit aus soziodemografischer Sicht als ein Teil des Geburtenverhaltens der Frauen betrachtet.

Belastbare empirische Erkenntnisse zum Ausmaß der Kinderlosigkeit bietet die amtliche Statistik seit der Mikrozensusbefragung im Jahr 2008 im Abstand von vier Jahren. Vor 2008 gab es lediglich einige Schätzungen sowie Angaben über die Zahl der in der Familie oder in der Lebensgemeinschaft lebenden Kinder. Inzwischen liegen die Ergebnisse aus der zweiten Mikrozensusbefragung im Jahr 2012 zur Zahl der geborenen Kinder vor. Diese Daten haben die Befunde aus der ersten Befragungswelle 2008 weitestgehend bestätigt und neue Erkenntnisse über die Entwicklung der Kinderlosigkeit bei jüngeren Frauenjahrgängen gebracht. Der im Jahr 2011 durchgeführte Zensus ermöglichte zudem eine Umstellung des Mikrozensus auf einen neuen Hochrechnungsrahmen entsprechend dem korrigierten Bevölkerungsbestand. [► Info 1](#)

Das Ausmaß der Kinderlosigkeit wird anhand der sogenannten Kinderlosenquote gemessen, das heißt des Anteils der Frauen, die kein Kind geboren haben, an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs. Adoptiv- oder Pflegekinder werden dabei nicht berücksichtigt. Für Frauen ab 50 Jahre wird die Kinderlosigkeit in Bezug auf leibliche Kinder als endgültig betrachtet. Statistisch gesehen verändert sich aber die durchschnittliche Kinderlosenquote bereits ab dem Alter

von 41 Jahren kaum noch. Für die Beschreibung der aktuellen Verhältnisse ist somit die Kinderlosenquote der Frauen ausschlaggebend, die bei der Befragung im Jahr 2012 zwischen 40 und 44 Jahre alt waren. Eine Ausnahme bilden dabei Frauen mit einem akademischen Bildungsabschluss, die tendenziell später eine Familie gründen als der Durchschnitt aller Frauen. Beim Vergleich der Kinderlosigkeit nach Bildungsstand wird deshalb die Kinderlosenquote der 45- bis 49-Jährigen zugrunde gelegt.

Im Jahr 2012 waren in Deutschland nach Angaben des Mikrozensus 22 % der Frauen im Alter von 40 bis 44 Jahren kinderlos. Die Kinderlosenquote hat sich somit in den letzten 30 Jahren verdoppelt: Bei den 70- bis 74-jährigen Frauen haben lediglich 11 % kein Kind geboren. Seit der Befragung im Jahr 2008 ist die Kinderlosenquote um 2 Prozentpunkte gestiegen. Die sogenannte temporäre Kinderlosenquote (der Anteil der Frauen ohne Kind an den Jahrgängen im gebärfähigen Alter) betrug bei den 35- bis 39-Jährigen 26 % und bei den 30- bis 34-Jährigen 42 %. Die künftige Entwicklung der Kinderlosigkeit wird unter anderem davon abhängen, inwieweit die ursprünglich nur aufgeschobenen Kinderwünsche im Alter nach 35 Jahren realisiert werden.

Obwohl lebenslange Kinderlosigkeit zunimmt, sind die Ursachen dafür noch nicht ausreichend erforscht. Neben biomedizinischen Gründen treten sozioökonomische und kulturelle Faktoren immer stärker in den Vordergrund. Lange Ausbildungszeiten, die Suche nach einem sicheren Arbeitsplatz und einer verlässlichen Partnerschaft führen oft zum Aufschieben des Kinderwunsches. Dadurch verengt sich aber das biologische Fenster zunehmend und die Erfüllung des Kinderwunsches hängt immer stärker von biomedizinischen Voraussetzungen ab. Zudem gibt es immer mehr Menschen, die bewusst nicht in traditionellen Familien leben. Singles oder Paare ohne Kind sind heute weitverbreitete Lebensformen.

► Info 1

Im Mikrozensus werden Frauen im Alter zwischen 15 und 75 Jahren nach der Zahl der von ihnen geborenen Kinder befragt. Die Angabe zur Geburt der leiblichen Kinder ist freiwillig und wird alle vier Jahre erhoben.

Regionale Unterschiede

Regional ist die Kinderlosigkeit unterschiedlich stark ausgeprägt. In den westlichen Bundesländern betrug 2012 die Kinderlosenquote der Frauen im Alter von 40 bis 44 Jahren durchschnittlich 23 %, während sie in den neuen Ländern bei 14 % lag. Besonders hoch war der Anteil der Frauen ohne Kind in den Stadtstaaten. In Hamburg betrug er 31 %, in Berlin 28 % und in Bremen 27 %. In den westlichen Flächenländern war die Kinderlosigkeit am höchsten in Schleswig-Holstein (25 %) und am niedrigsten im Saarland (19 %). Zwischen den östlichen Bundesländern waren die Unterschiede im Ausmaß der Kinderlosigkeit dagegen geringer: von 15 % in Sachsen bis 13 % in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. ▶ Abb 1

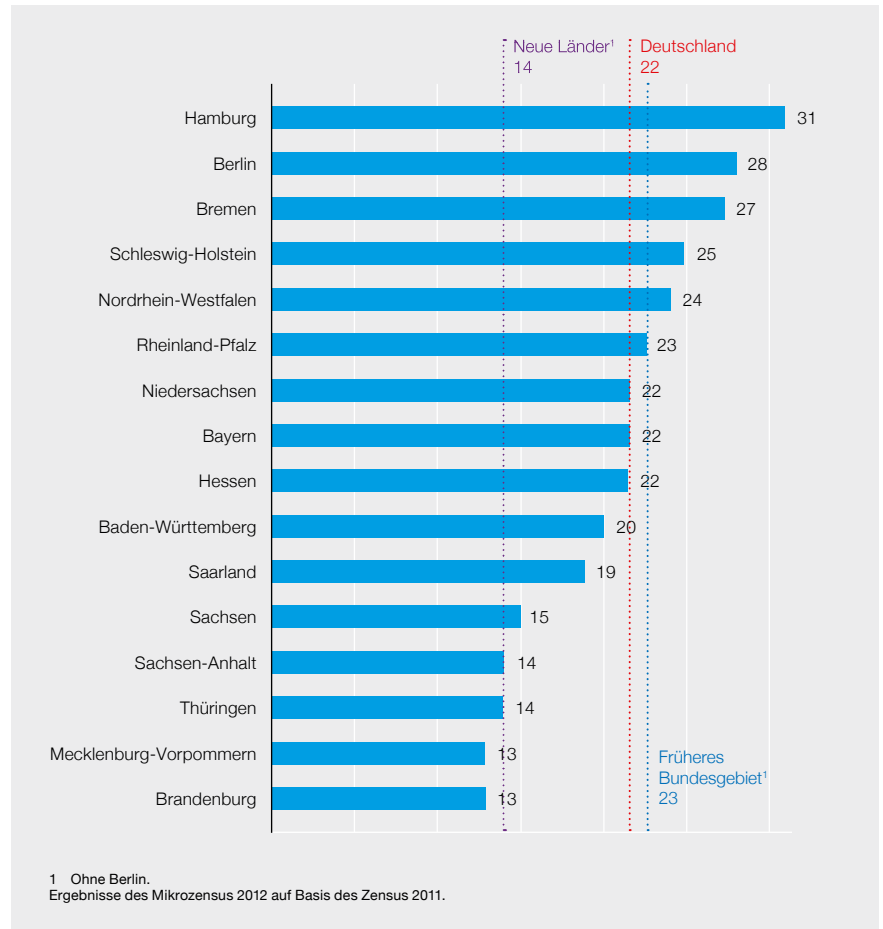
Obwohl die endgültige Kinderlosigkeit in den neuen Ländern immer noch deutlich geringer ist als im früheren Bundesgebiet, nimmt sie dort gegenwärtig schneller zu. Seit der deutschen Vereinigung hat sich die Kinderlosenquote der Frauen in den neuen Ländern von 7 % auf 14 % verdoppelt. Im früheren Bundesgebiet nahm sie im gleichen Zeitraum von etwa 15 % auf 23 % zu.

Unterschiede in der Kinderlosigkeit nach Bildungsstand und Erwerbsbeteiligung

Je höher der Bildungsstand, desto häufiger sind Frauen in Deutschland kinderlos. Dies kann anhand der Angaben zum höchsten beruflichen Bildungsabschluss im Mikrozensus gezeigt werden. Die endgültige Kinderlosenquote wird hier auf die Frauen im Alter zwischen 45 und 49 Jahren bezogen (Jahrgänge 1963 bis 1967), um die relativ späte Familiengründung der Frauen mit akademischen Bildungsabschlüssen zu berücksichtigen.

Im Jahr 2012 betrug die Kinderlosenquote der 45- bis 49-Jährigen insgesamt 20 %. Von den gleichaltrigen Frauen, die keinen beruflichen Abschluss hatten, sowie bei Frauen mit einer Lehre oder einer Anlernausbildung, waren 18 % ohne

▶ Abb 1 Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen im Alter von 40 bis 44 Jahren im Jahr 2012 — in Prozent



▶ Tab 1 Kinderlosenquote nach Bildungsstand 2012 — in Prozent

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ¹
Insgesamt	20	21	11
Mit beruflichem Bildungsabschluss	20	22	11
↳ Lehr-/Anlernausbildung ²	18	20	10
↳ Fachschulabschluss ³	20	25	9
↳ Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion ⁴	27	29	13
↳ Fachhochschulabschluss	28	31	/
↳ Hochschulabschluss, Promotion	27	28	14
Ohne beruflichen Bildungsabschluss ⁵	18	18	/

45- bis 49-jährige Frauen (Jahrgänge 1963 bis 1967).

1 Ohne Berlin.

2 Lehre/Berufsausbildung im dualen System, einschließlich eines gleichwertigen Berufsabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

3 Einschließlich Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie beziehungsweise Abschluss einer Fachschule der ehemaligen DDR.

4 Auch Ingenieurschulabschluss, Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule, Abschluss einer Universität (wissenschaftlichen Hochschule, auch Kunsthochschule).

5 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erlangt werden.

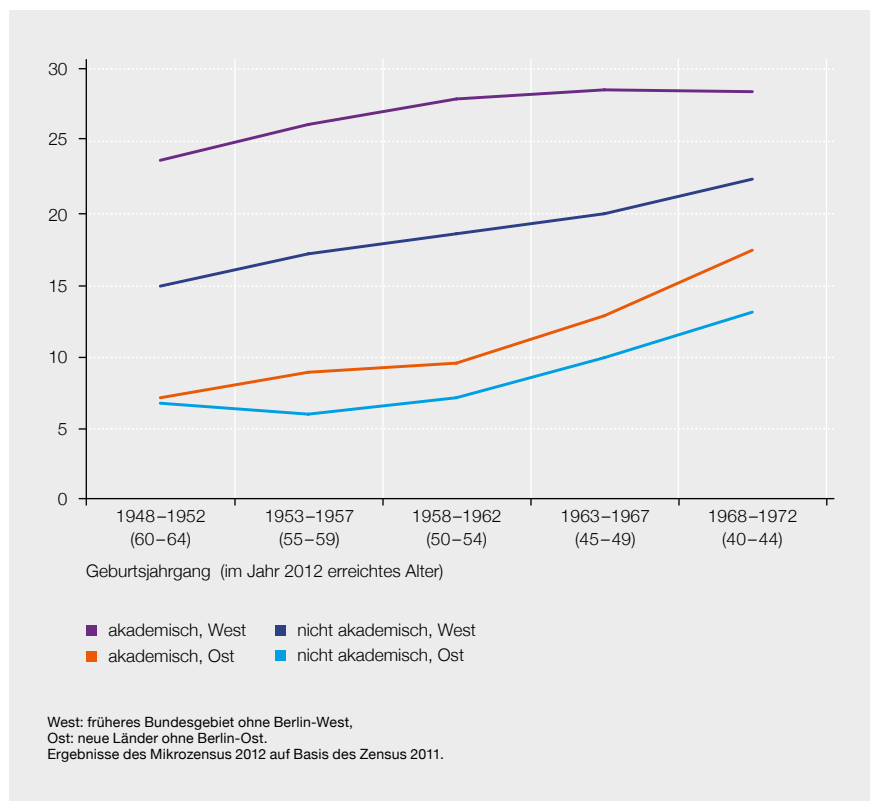
/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus 2012 auf Basis des Zensus 2011.

► Info 2

Die Kategorien »Akademikerinnen« und »Nichtakademikerinnen« werden entsprechend dem höchsten beruflichen Bildungsabschluss der Frau gebildet. Zum akademischen Abschluss zählen hier Diplom, Bachelor, Master, Magister, Staatsprüfung, Lehramtsprüfung an (Verwaltungs-)Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten sowie Promotion. Dies entspricht den Kategorien 5 A und 6 in der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens, ISCED 97.

► Abb 2 Kinderlosenquote nach Jahrgängen, höchstem beruflichen Bildungsabschluss und Wohnort – in Prozent



► Tab 2 Kinderlosenquote nach höchstem beruflichen Bildungsabschluss und Erwerbsbeteiligung 2012 – in Prozent

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ¹
Nichtakademikerinnen	19	20	10
↳ erwerbstätig	19	21	10
↳ nicht erwerbstätig	16	16	12
Akademikerinnen	27	29	13
↳ erwerbstätig	28	30	13
↳ nicht erwerbstätig	20	19	/
Insgesamt	20	21	11

45- bis 49-jährige Frauen (Jahrgänge 1963 bis 1967).

¹ Ohne Berlin.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus 2012 auf Basis des Zensus 2011.

Kind. Bei Fachschulabsolventinnen entsprach die Kinderlosenquote mit 20 % dem bundesdeutschen Durchschnitt. Dagegen war sie bei Frauen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss beziehungsweise Promotion mit 27 % überdurchschnittlich hoch. ► Tab 1

Die Unterschiede in der Kinderlosigkeit nach Bildungsstand sind in Westdeutschland besonders stark ausgeprägt. Die Spannweite reichte hier von 18 % bei Frauen ohne Berufsabschluss bis 29 % bei den Fachhochschul- und Hochschulabsolventinnen. Die Differenzen in den neuen Ländern sind im Vergleich dazu deutlich geringer. Am niedrigsten war dort die Kinderlosenquote mit 9 % bei Fachschulabsolventinnen, am höchsten mit 13 % bei Akademikerinnen. Die ostdeutschen Frauen dieser Generation haben sich demzufolge grundsätzlich öfter für eine Mutterschaft entschieden, unabhängig von ihrer beruflichen Bildung.

Im Zeitverlauf steigt allerdings die Kinderlosigkeit gerade bei den ostdeutschen Akademikerinnen besonders schnell. In den kommenden Jahren ist bei ihnen mit einer Kinderlosenquote deutlich über dem aktuellen Wert von 13 % für 45- bis 49-Jährige zu rechnen. Auch bei Nichtakademikerinnen in Ost- und Westdeutschland nimmt die Kinderlosigkeit weiter zu. Anders jedoch bei den westdeutschen Frauen mit akademischen Bildungsabschlüssen: Ihre Kinderlosenquote ist zwar mit 29 % mit Abstand die höchste, sie hat sich aber in den letzten Jahren stabilisiert und wird voraussichtlich bei den jüngeren Jahrgängen 1968 bis 1972 nicht ansteigen. ► Info 2, Abb 2

Bei erwerbstätigen Frauen in Deutschland ist die Kinderlosenquote sowohl bei Akademikerinnen als auch bei Nichtakademikerinnen erwartungsgemäß höher als bei nicht erwerbstätigen Frauen. Die Differenz in der Kinderlosenquote zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen ist allerdings bei Akademikerinnen mit 8 Prozentpunkten viel stärker ausgeprägt als bei Nichtakademikerinnen (3 Prozentpunkte). Bemerkenswert ist zudem, dass es bei nicht erwerbstätigen

Akademikerinnen mehr kinderlose Frauen gibt als bei Nichtakademikerinnen (20 % gegenüber 16 %). ▶ [Tab 2](#)

Im früheren Bundesgebiet finden sich diese Zusammenhänge wieder. In den neuen Ländern ergibt sich ein anderes Bild. Der Anteil der Kinderlosen war hier bei erwerbstätigen Frauen sogar geringer als bei nicht erwerbstätigen Frauen.

Kinderlosigkeit und Beruf

Das Niveau der Kinderlosigkeit bei berufstätigen Frauen unterscheidet sich darüber hinaus nach dem ausgeübten Beruf. Die Grundtendenz – je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Kinderlosenquote – findet sich auch hier wieder. So ist die Kinderlosigkeit bei Frauen in Berufen mit relativ niedrigen Qualifikationsanforderungen geringer als bei den Hochqualifizierten. Dabei fällt allerdings auf, dass die Kinderlosenquote innerhalb der Gruppen mit jeweils relativ hohen beziehungsweise relativ niedrigen Qualifikationsanforderungen deutliche Unterschiede aufweist.

Die durchschnittliche Kinderlosenquote für alle berufstätigen 45- bis 49-jährigen Frauen betrug, wie für alle Frauen dieses Alters, 20 %. Die geringste Kinderlosenquote von 8 % wiesen Frauen in Reinigungsberufen auf, die höchste mit 35 % die Angehörigen gesetzgebender Körperschaften (zum Beispiel Abgeordnete). Bei Lehrerinnen, Ärztinnen und Apothekerinnen war dagegen die Kinderlosenquote mit 22 % nur geringfügig höher als der Durchschnitt bei allen Frauen.

Bei Selbstständigen oder Freiberuflerinnen ohne Beschäftigte betrug der Kinderlosenanteil 22 %. Wenn sie weiteres Personal beschäftigten, war die Kinderlosenquote mit 19 % etwas geringer. Von den Frauen im Angestelltenverhältnis waren 21 % kinderlos und bei Arbeiterinnen beziehungsweise Heimarbeiterinnen 15 %. Eine besonders hohe Kinderlosenquote von 30 % wies die Gruppe der Beamtinnen und Richterinnen auf.

In diesem Kapitel standen Frauen ohne leibliche Kinder im Fokus. Über die Adoptionen informiert Kapitel 10.4.3, Seite 332.

2.3 Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund

Elke Hoffmann,
Laura Romeu Gordo
Deutsches Zentrum für Altersfragen,
Berlin

WZB/SOEP

Das Alter wird bunter und vielfältiger. Diese zunehmende Diversität des Alters wird auch durch die stetig wachsende Anzahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund geprägt. Deren spezifischen kulturellen Hintergründe und biografischen Migrationserfahrungen sind ein wesentlicher Teil der vielfältigen Lebenswelten älterer Menschen in Deutschland geworden.

Im Fokus dieses Kapitels stehen ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Es werden jene unter ihnen betrachtet, die als Ausländerinnen und Ausländer oder als Deutsche nach Deutschland zugewandert sind, die demzufolge über eigene Migrationserfahrungen verfügen und das 50. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben. Im Weiteren werden sie auch als Migrantinnen und Migranten der »Generation 50+« bezeichnet. ▶ [Info 1](#)

Dieses Kapitel beleuchtet die folgenden Fragen: Wer sind die älteren Personen mit eigener Migrationserfahrung? Welche Besonderheiten, mit denen sie zur wachsenden Vielfalt des Alters beitragen, prägen ihre soziale Situation? Es soll ein

Bild der demografischen und sozialen Heterogenität älterer Menschen mit Migrationshintergrund gezeichnet werden. Das geschieht in drei Teilen:

- **Bevölkerungsstruktur:** Zunächst wird der demografische Hintergrund der Migrantinnen und Migranten beleuchtet, um die größten Subgruppen der Älteren unter ihnen zu identifizieren. Insbesondere die Gruppen der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie der Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generationen werden dabei in den Blick genommen.
- **Lebensformen:** Mit diesem Merkmal werden Aspekte wie Familienstand, Haushaltsstrukturen und regionale Ansiedlung berücksichtigt.
- **Sozialstatus und soziale Situation:** Ausgewählte Dimensionen wie Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Einkommen und Wohneigentum beschreiben den Sozialstatus und die Lebenssituation der älteren Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus werden das Armutsrisiko, Sorgen um die wirtschaft-

▶ Info 1

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Begriff beschreibt Personen, die als Ausländerinnen und Ausländer oder als Deutsche nach Deutschland zugewandert sind, sowie in Deutschland geborene ausländische Personen und jeweils deren Nachkommen. Synonym wird in diesem Kapitel auch der Begriff »Migrantinnen und Migranten« verwendet. Jene unter ihnen, die nach Deutschland zugezogen sind, gehören zur »Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung«. In der Generation 50+ sind das 98 %. Die in Deutschland geborenen ausländischen Personen und Nachkommen der Zugezogenen werden als »Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung« bezeichnet. Diese Personen sind für die Analysen der älteren Migrantinnen und Migranten wegen ihrer jungen Altersstruktur ohne Bedeutung.

▶ Info 2

Migrationshintergrund im engeren und im weiteren Sinn

Das Statistische Bundesamt unterscheidet für die Zwecke von Zeitreihenanalysen zwischen dem Migrationshintergrund »im engeren« und »im weiteren Sinn«. Das ist notwendig, da nicht für alle Personen und auch nicht jährlich der vollständige Migrationsstatus bestimmbar ist. Jene Personen, für die seit 2005 durchgängig und vollständig Daten erhoben wurden, bilden die Gruppe der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinn«. Das sind etwa 96 % aller Migrantinnen und Migranten. Deshalb basieren alle Analysen des Beitrages auf dem Merkmal »Migrationshintergrund im engeren Sinn«.

liche und gesundheitliche Situation sowie die allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet.

Mit deskriptiven Analysen sollen diese Aspekte anhand von drei Datenquellen untersucht werden: Der Mikrozensus erlaubt seit dem Jahr 2005 die Beschreibung von Menschen mit (und ohne) Migrationshintergrund. Sofern keine anderen Quellen genannt sind, werden Daten des Mikrozensus 2013 analysiert. Daten des Deutschen Alterssurveys (DEAS) liefern Informationen zu Lebensumständen und zum subjektiven Befinden dieser Personen. Beispielfhaft werden hier die Wohnverhältnisse und die Wohnzufriedenheit als eine Dimension der ökonomischen Lebensqualität betrachtet. Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) liefert unter anderem Erkenntnisse zur wirtschaftlichen und zur gesundheitlichen Situation älterer Migrantinnen und Migranten.

2.3.1 Bevölkerungsstruktur: Alter, Herkunft, Aufenthaltsdauer

Fast 16 Millionen der 2013 in Deutschland lebenden Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. ▶ Info 2

Das entspricht 20 % der Gesamtbevölkerung. Im höheren Alter ist der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund geringer: Unter den 50- bis 64-Jährigen beträgt er mit 2,6 Millionen Migrantinnen und Migranten nur 15 %. Bei Personen ab dem 65. Lebensjahr sind es mit 1,5 Millionen sogar nur 9 %. Das ist noch ein relativ kleiner Anteil, der jedoch stetig anwächst: Im Jahr 2005 zählten nur 1,2 Millionen Migrantinnen und Migranten zur Altersgruppe 65+. Das entsprach einem Anteil von knapp 8 % an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung.

Mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich jünger als die Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund mit durchschnittlich 47 Jahren. 60 % der Personen mit Migrationshintergrund sind noch keine 40 Jahre alt und nur 10 % haben das 65. Lebensjahr erreicht oder überschritten. Von der Bevöl-

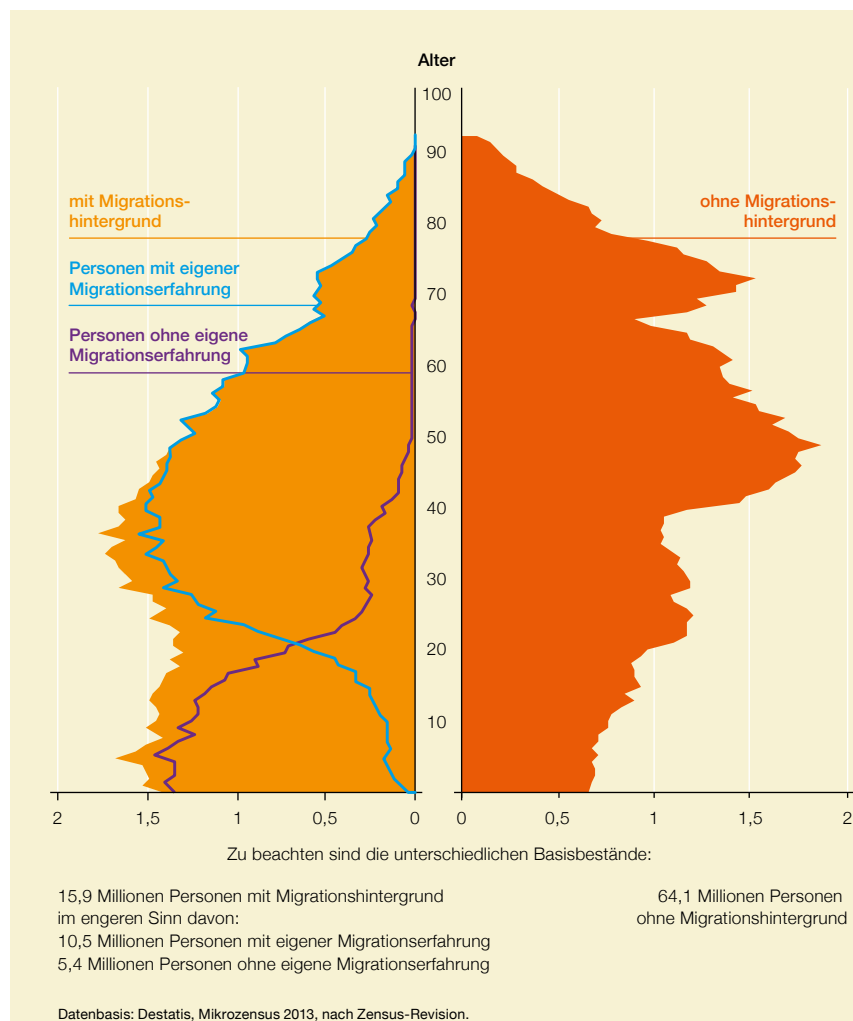
kerung ohne Migrationshintergrund gehören bereits 24 % zur Generation der 65-Jährigen und Älteren. Die Zuwanderung nach Deutschland verjüngt demzufolge die hier ansässige Bevölkerung und verzögert den für den demografischen Wandel charakteristischen Prozess der Bevölkerungsalterung. ▶ Abb 1, Tab 1

Diese für Migrantinnen und Migranten spezifische Altersstruktur wird sich deutlich wandeln, sobald die relativ stark besetzten jüngeren Jahrgänge das dritte Lebensalter erreichen. Die jüngeren Migrantinnen und Migranten sind zumeist in Deutschland geborene Nachkommen der

eingewanderten älteren Generation, sodass sie keine eigenen Migrationserfahrungen haben. Ihre Biografien unterscheiden sich deutlich von denen der jetzigen Migrantengeneration 50+. Der Migrationshintergrund leitet sich heutzutage bereits bei 55 % der unter 40-Jährigen allein aus dem Migrationsstatus der Eltern ab, während 98 % der Migrantinnen und Migranten in der Generation 50+ über eigene Migrationserfahrungen verfügen.

Auswirkungen der jetzigen und künftigen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf die Bevölkerungsstruktur Deutschlands können hier noch

▶ Abb 1 Bevölkerung Deutschlands nach Migrationshintergrund und Alter 2013
Verteilung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe nach Altersjahren – in Prozent



► **Tab 1** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Altersstruktur, Deutschland 2013

	Personen insgesamt in 1 000	darunter nach Altersgruppen		
		Ab 50 Jahre	50–64 Jahre	Ab 65 Jahre
		Anteile an Spalte 1, in %		
Bevölkerung insgesamt	80 611	42,5	21,2	21,3
Personen ohne Migrationshintergrund	64 073	47,0	22,6	24,4
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	15 913	26,0	16,4	9,6
Personen mit eigener Migrationserfahrung	10 490	38,5	24,3	14,2
darunter nach Herkunftsregionen				
Personen aus den Ländern mit Anwerbeabkommen	3 180	41,3	25,7	15,6
↳ Personen mit Zuzug zwischen 1956–1973	852	87,4	42,0	45,4
(Spät-)Aussiedler/-innen	3 106	45,9	27,5	18,4
Personen aus EU-15-Staaten	623	50,9	29,1	21,8
Personen aus Ländern der EU-Osterweiterung ab 2004	1 221	26,5	18,5	8,0
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	5 424	1,8	1,1	0,7

Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

► **Info 3****Migrantinnen und Migranten nach Herkunftsregionen**

Die Personen mit eigener Migrationserfahrung werden hier entsprechend ihrer Migrationsbiografien wie folgt gruppiert:

- (A) (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Regionen Mittel- und Osteuropas sowie aus der Sowjetunion beziehungsweise ab 1991 aus ihren Nachfolgestaaten.
- (B) Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Ländern mit Anwerbeabkommen: Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien, Südkorea; darunter jene Personen, die in der Zeit der aktiven deutschen Anwerbepolitik zwischen 1956 bis 1973 zugewandert sind.
- (C) Personen aus der EU-15-Region ohne Länder mit Anwerbeabkommen (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien): Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich.
- (D) Personen aus Ländern der EU-Osterweiterung ab 2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien.

Diese Gruppierung ist keine vollständige Aufgliederung der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Sie dient lediglich der Zusammenstellung großer Migrantengruppen mit jeweils ähnlichen Migrationsbiografien. Es verbleibt eine Restkategorie mit Migrantinnen und Migranten, die nicht in die vier genannten Gruppen eingeordnet werden können (zum Beispiel Personen aus dem restlichen Europa, aus der restlichen Welt oder auch Personen ohne Angabe zur Herkunftsregion).

nicht prognostiziert werden. Die aktuell rasant steigenden Flüchtlingszahlen zeigen, wie schwierig Prognosen über die Migrationspopulation der Zukunft sind. Unumstritten dürfte sein, dass diese Mig-

rationsbewegungen die Bevölkerungsstruktur nachhaltig beeinflussen werden.

Zur Beschreibung der Heterogenität der Migrantinnen und Migranten sind ihre Herkunft und ihr Zuwanderungshin-

tergrund von großer Bedeutung. Im Folgenden sollen anhand dieser Merkmale die größten Subgruppen unter den älteren Migrantinnen und Migranten (ab dem 50. Lebensjahr) mit eigener Migrationserfahrung identifiziert werden. Es werden Gruppen mit ähnlichen Migrationsbiografien gebildet und verglichen. Dabei orientieren wir uns nicht nur an einzelnen Herkunftsländern, sondern auch an typischen Migrationsphasen der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. ► **Info 3**

(a) (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler

Bereits 1950 begann – nach der Rücksiedlung von Vertriebenen und Flüchtlingen des Zweiten Weltkrieges – der Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus Regionen Mittel- und Osteuropas sowie aus der Sowjetunion beziehungsweise ab 1991 aus ihren Nachfolgestaaten. Dieser erreichte im Jahr 1990 seinen Höhepunkt und ist seitdem rückläufig. Die nach Deutschland umgesiedelten Personen – bei Umsiedlung ab 1993 als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bezeichnet – machen mit 35 % den größten Anteil unter der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung im Alter ab 50 Jahren aus. Die Personen der heutigen Generation 50+ kamen mit durchschnittlich etwa 35 Jahren nach Deutschland und leben im Durchschnitt seit 31 Jahren hier. Auch wenn knapp die Hälfte aller zugewanderten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bereits zur Generation 50+ gehört, ist für sie insgesamt eine recht gleichmäßige Altersgruppenverteilung charakteristisch. Mit 48 Jahren haben die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt (aber ohne der in Deutschland geborenen Nachkommen) ein relativ niedriges Durchschnittsalter. Das deutet ebenso wie der relativ hohe Frauenanteil von 55 % darauf hin, dass diese Personen überwiegend im Familienverbund, häufig in einer Drei-Generationen-Konstellation, nach Deutschland migriert sind. Die Daten zum Familienstand dieser Bevölkerungs-

gruppe (im zweiten Teil) stützen diese Aussage. ▶ Tab 1, Tab 2, Tab 3

(b) Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generation

Die zweitgrößte Gruppe der Migrantinnen und Migranten ab dem 50. Lebensjahr bilden mit einem Anteil von 32 % die ab den 1950er-Jahren überwiegend aus den Mittelmeerländern angeworbenen Arbeitskräfte. Sie wurden gebraucht für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland und migrierten auf Basis der von 1956 bis 1973 geltenden Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien und Südkorea. Ursprünglich sollten sie nur zeitlich befristet in Deutschland bleiben. Ein Teil von ihnen wurde jedoch hier sesshaft und viele holten ab den 1960er-Jahren ihre Familien nach. Dieser Familiennachzug hielt bis etwa Ende der 1970er-Jahre an. Im Fokus der Analysen stehen hier jene Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die im Rahmen der Anwerbeabkommen und ausschließlich im Zeitraum von 1956 bis 1973 zugewandert und hier sesshaft geworden sind. Das sind in der Altersgruppe ab dem 50. Lebensjahr 57 % aller Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus den oben genannten Ländern. Die anderen 43 % sind Familiennachzügler beziehungsweise Personen, die nicht unmittelbar im Rahmen der Anwerbeabkommen nach Deutschland kamen. Zugunsten einer klaren Abgrenzung zu den Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generation – die gewissermaßen als »Pioniere der ersten Stunde« gelten – werden diese Nachzügler hier nicht miteinbezogen.

Die zwischen 1956 und 1973 zugewanderten Arbeitsmigrantinnen und -migranten sind mit einem heutigen Durchschnittsalter von 63 Jahren die älteste aller Bevölkerungsgruppen mit eigener Migrationserfahrung. Von ihnen haben bereits 87 % das 50. Lebensjahr, 45 % schon das 65. Lebensjahr erreicht. Die heutige Generation 50+ unter ihnen war zum Zeitpunkt des Zuzuges im Durchschnitt 21 Jahre alt und lebt mittler-

▶ Tab 2 Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrationsstatus, Alter bei Zuzug, Aufenthaltsdauer und Durchschnittsalter, Deutschland 2013 – in Jahren

	Durchschnittsalter bei Zuzug	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Durchschnittsalter der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (ohne Altersbegrenzung) im Jahr 2013
Bevölkerung insgesamt	X	X	44,3
Personen ohne Migrationshintergrund	X	X	46,7
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	X	X	35,2
Personen mit eigener Migrationserfahrung	31,6	32,2	45,4
darunter nach Herkunftsregionen			
Personen aus den Ländern mit Anwerbeabkommen	24,9	38,3	47,5
↳ Personen mit Zuzug zwischen 1956–1973	21,2	45,0	63,2
(Spät-)Aussiedler/-innen	34,6	30,6	47,7
Personen aus EU-15-Staaten	28,2	36,6	49,6
Personen aus Ländern der EU-Osterweiterung ab 2004	34,7	28,3	40,2
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	X	X	15,5

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

▶ Tab 3 Personen mit eigener Migrationserfahrung in ausgewählten Altersgruppen, Deutschland 2013

	Personen insgesamt	darunter nach Altersgruppen		
		Ab 50 Jahre	50–64 Jahre	Ab 65 Jahre
Personen mit eigener Migrationserfahrung (in 1 000)	10 490	4 042	2 550	1 491
darunter nach Herkunftsregionen		in %		
Personen aus den Ländern mit Anwerbeabkommen	30,3	32,5	32,0	33,3
↳ Personen mit Zuzug zwischen 1956–1973	8,1	18,4	14,0	26,0
(Spät-)Aussiedler/-innen	29,6	35,3	33,5	38,4
Personen aus EU-15-Staaten	5,9	7,8	7,1	9,1
Personen aus Ländern der EU-Osterweiterung ab 2004	11,6	8,0	8,9	6,6

Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

weile seit durchschnittlich 45 Jahren in Deutschland. ▶ Tab 1, Tab 2, Tab 3

Auch die DDR beschäftigte ab den 1960er-Jahren vertraglich gebundene ausländische Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer. Mit der deutschen Vereinigung 1990 verloren sie jedoch ihren Aufenthaltsstatus und waren damit gezwungen, Deutschland zu verlassen. Somit sind sie für die Analysen hier ohne Bedeutung.

(c) Migrantinnen und Migranten aus West- und Osteuropa

Eine weitere Gruppe der älteren Bevölkerung (50+) mit Migrationserfahrung bilden mit einem relativ kleinen Anteil von 8% Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten, die seit den 1950er-Jahren aus den EU-15-Staaten wie Frankreich, den Niederlanden, Österreich und dem Vereinigten Königreich in die Bundesrepublik übersiedelten. Insgesamt haben sie ein Durchschnittsalter von 50 Jahren. ▶ Tab 2, Tab 3

Einen ebenso geringen Anteil an der älteren Bevölkerung (50+) mit Migrationserfahrung bilden mit 8% Zugewanderte aus jenen osteuropäischen Ländern, für die im Rahmen der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 die rechtliche Basis für den Aufenthalt und für die wirtschaftliche Betätigung innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes geschaffen wurde (laut Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG). Mit durchschnittlich 40 Jahren sind sie die jüngste Migrantengruppe. Zusammen mit Kriegs- und Krisenflüchtlingen sowie mit südeuropäischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten dominieren sie momentan den deutlichen Anstieg der Nettozuwanderung nach Deutschland.

Die folgenden Analysen konzentrieren sich auf die beiden quantitativ größten Gruppen der Bevölkerung 50+ mit Migrationserfahrung, die zwei Drittel der älteren Migrantinnen und Migranten ausmachen: die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten großen Zuwanderung von 1956 bis 1973 in die Bundesrepublik Deutschland.

2.3.2 Lebensformen: Haushaltsstrukturen, Familienstand und regionale Ansiedlung

Migrantinnen und Migranten der Generation 50+ leben zu 48% als Paar ohne Kind(er) im Haushalt. 27% leben im Familienverbund mit ledigen Kindern und 25% sind Personen, die allein, also ohne Partnerin oder Partner und ohne Kinder leben. Diese hohe Vernetzung in familialen Gemeinschaften spiegelt sich auch in den Haushaltsstrukturen. Nahezu vier Fünftel aller älteren Migrantinnen und Migranten (50+) bilden Mehrpersonenhaushalte, lediglich ein Fünftel lebt in Einpersonenhaushalten. Für die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler wie auch für die Arbeitsmigrantinnen

und -migranten gilt diese Verteilung in ähnlicher Weise. Ein Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (50+) zeigt, dass Migrantinnen und Migranten (50+) in einem geringeren Maße alleinstehend sind, dafür aber häufiger in Familien leben. Das könnte allerdings auch ein Effekt ihres niedrigeren Durchschnittsalters sein. Dafür spricht zum Beispiel der höhere Anteil verwitweter Personen unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. ▶ Tab 4

Die Mehrheit aller Migrantinnen und Migranten (50+) ist verheiratet, etwa 80% von ihnen mit einer Partnerin oder einem Partner mit Migrationshintergrund. Zum Vergleich: Von der verheirateten Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (50+) haben nur knapp 4% eine Partnerin oder einen Partner mit Migrationshintergrund. Auch bezüglich des Familienstandes unterscheiden sich die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie die Arbeitsmigrantinnen und -migranten nicht wesentlich.

Mit 92% leben die Migrantinnen und Migranten der Generation 50+ überdurchschnittlich häufig im früheren Bundesgebiet. Lediglich 8% sind in den neuen Bundesländern sesshaft geworden. Entsprechend unterschiedlich ist der Anteil dieser Personen an der Bevölkerung der jeweiligen deutschen Teilregion: Für die westdeutsche Bevölkerung ab dem 50. Lebensjahr beträgt der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund 14%, für die ostdeutsche nur 5%. ▶ Tab 5

Die Ansiedlung älterer Migrantinnen und Migranten (50+), unterschieden nach nicht-administrativen Gebietseinheiten, zeigt einige Besonderheiten, die sich aus dem Migrationsgrund ergeben: 68% der Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generation leben in städtischen Regionen, 24% in Regionen mit Verstärkungsansätzen und nur 7% in ländlichen Gebieten. Hier wird deutlich, dass die beschäftigungsorientierte Zuwanderung primär in verdichtete Regionen mit entsprechenden Arbeitsmarktchancen erfolgte und die Betroffenen auch nach dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben dort blieben.

92 %

der Migrantinnen und Migranten der Generation 50+ lebten 2013 im früheren Bundesgebiet. In den neuen Bundesländern wohnten 8%.



► Tab 4 Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrationsstatus und Lebensformen, Deutschland 2013

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	darunter	
			Arbeitsmigrant/-innen mit Zuzug zwischen 1956–1973	(Spät-)Aussiedler/-innen mit eigener Migrationserfahrung
Bevölkerung insgesamt (in 1 000)	30 112	4 140	745	1 426
in %				
nach Lebensform				
Familien mit ledigen Kindern	17,6	26,7	24,8	22,4
Paare ohne Kinder	53,3	48,1	52,4	52,0
Alleinstehende	29,1	25,2	22,8	25,6
nach Familienstand				
ledig, Lebenspartnerschaften	8,7	5,6	4,5	4,6
verheiratet	64,2	71,4	74,5	70,9
verwitwet, Lebenspartner verstorben	17,2	12,9	12,2	16,1
geschieden, Lebenspartnerschaft aufgehoben	9,9	10,1	8,8	8,4
nach Haushaltsstruktur				
in Einpersonenhaushalten	27,1	21,8	19,0	22,3
in Mehrpersonenhaushalten	72,9	78,2	81,0	77,7

Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

► Tab 5 Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrationsstatus und regionaler Ansiedlung, Deutschland 2013 — in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	darunter	
			Arbeitsmigrant/-innen mit Zuzug zwischen 1956–1973	(Spät-)Aussiedler/-innen mit eigener Migrationserfahrung
nach administrativen Gebietseinheiten				
Früheres Bundesgebiet, ohne Berlin	76,8	91,7	95,0	93,1
Neue Länder und Berlin	23,2	8,3	5,0	6,9
nach nicht-administrativen Gebietseinheiten				
Städtische Regionen	43,6	59,2	68,5	50,0
Regionen mit Verstärkungsansätzen	31,6	27,6	24,2	34,2
Ländliche Regionen	24,8	13,2	7,3	15,8

Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

Die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler verteilt sich dagegen etwas gleichmäßiger: 50 % wohnen in einer städtischen Region, 34 % in Regionen mit Verstärkungsansätzen und 16 % in ländlichen Regionen.

2.3.3 Sozialstatus: Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Wohneigentum

Das Bildungsniveau der älteren Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deutlich niedriger als das der gleichaltrigen

Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. So verfügen nur 37 % der 50- bis 64-jährigen und nur 33 % der 65-jährigen und älteren Arbeitsmigrantinnen und -migranten über einen Berufsabschluss. Ein niedriges Bildungsniveau war zum Zeitpunkt

► Tab 6 Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrations- und Sozialstatus, Deutschland 2013

	Personen im Alter 50–64 Jahre				Personen im Alter ab 65 Jahren			
	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	darunter		Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	darunter	
			Arbeitsmigrant/-innen mit Zuzug zwischen 1956–1973	(Spät-)Aussiedler/-innen mit eigener Migrationserfahrung			Arbeitsmigrant/-innen mit Zuzug zwischen 1956–1973	(Spät-)Aussiedler/-innen mit eigener Migrationserfahrung
Bevölkerung insgesamt (in 1 000)	14 497	2 610	358	854	15 615	1 530	387	572
in % ³								
nach allgemeinem Schulabschluss								
Haupt-(Volks-)schulabschluss, Abschluss DDR-PTO, Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	73,2	57,4	64,2	69,3	83,1	53,9	49,6	62,6
Fachhochschulreife, Abitur	24,9	26,5	7,1	25,8	14,0	19,1	7,3	14,9
Ohne Schulabschluss	1,5	15,6	28,4	4,7	1,7	26,2	42,6	21,9
nach beruflichem Abschluss								
Mit berufsqualifizierendem Abschluss	88,6	60,8	37,4	76,2	73,5	51,1	33,2	54,9
Ohne berufsqualifizierenden Abschluss oder ohne Angabe	11,4	39,2	62,6	23,8	26,5	48,9	66,8	45,1
nach Beteiligung am Erwerbsleben								
Erwerbstätige	71,8	64,5	51,3	72,9	5,2	5,8	5,3	3,7
Erwerbslose	3,5	6,0	4,1	5,4	0,0	0,1	0,3	0,0
Nichterwerbspersonen ¹	24,7	29,5	44,5	21,7	94,8	94,1	94,5	96,3
nach überwiegendem Lebensunterhalt								
Eigene Erwerbstätigkeit/ Berufstätigkeit	65,5	57,5	47,0	65,2	1,7	2,5	2,3	1,2
Renten, Pension	15,8	12,2	27,3	10,9	88,4	81,5	89,2	88,6
Unterstützung durch Angehörige	10,1	14,3	14,5	11,4	7,6	7,8	6,3	5,9
Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil	1,2	0,7	0,8	0,2	1,4	0,8	0,5	0,5
Arbeitslosengeld I, Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Leistungen nach Hartz IV, Sonstige Unterstützungen, Elterngeld (Sozialtransfers)	7,4	15,2	10,4	12,3	0,8	7,3	1,8	3,7
Monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro	1 984	1 564	1 444	1 604	1 573	1 304	1 169	1 257
Armutsgefährdungsquote (Insgesamt in % der jeweiligen Bevölkerung) ²	11,2	23,3	22,7	17,6	12,5	32,1	36,5	27,5

¹ Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.

² Anteil der Personen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens beträgt. Bezugsgröße ist der Bundesmedian. Berücksichtigt ist hier nur die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz mit gültigen Einkommensangaben.

³ Abweichungen zu 100 sind rundungsbedingt oder durch Fälle ohne Angabe.

Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

der Einwanderung für den Arbeitsmarkt in Deutschland ausreichend. Eine berufliche Weiterbildung mit qualifizierendem Abschluss fand im weiteren Lebensverlauf offenbar nicht statt, sodass viele dieser

Migrantinnen und Migranten infolge des Strukturwandels im Beschäftigungssystem mit zunehmendem Arbeitsplatzabbau im industriellen Sektor Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt bekamen. Entspre-

chend niedrig ist die Erwerbsbeteiligung bei den 50- bis 64-Jährigen unter ihnen: Nur 51 % sind erwerbstätig. Zu beachten sind auch ihre hohen Frühverrentungsraten wegen Erwerbsunfähigkeit. Außer-

dem ist die Frauenerwerbsbeteiligung im Vergleich zu anderen Migrantengruppen in dieser Gruppe am niedrigsten. ▶ Tab 6

Deutlich besser gestaltet sich die Situation der älteren (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler: 76 % der 50- bis 64-Jährigen haben einen Berufsabschluss. 73 % dieser Altersgruppe sind erwerbstätig. In der Generation 65+ verfügen 55 % über einen Berufsabschluss.

Aus dem Erwerbsstatus folgt, aus welchen Quellen der Lebensunterhalt bestritten werden kann. Auffällig ist, dass zwar mehr als die Hälfte der Migrantinnen und Migranten im Alter von 50 bis 64 Jahren überwiegend vom Erwerbseinkommen leben, weitere 27 % jedoch auf Renten und Sozialtransfers angewiesen sind. Zudem spielt die Unterstützung durch Angehörige für die Sicherung ihres Lebensunterhalts eine vergleichsweise große Rolle. Das hat zur Folge, dass diesen Personen monatlich im Durchschnitt 420 Euro weniger zur Verfügung stehen als gleichaltrigen Personen ohne Migrationshintergrund. Von letzteren bestreiten 65 % ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbsarbeit, 23 % finanzieren ihr Leben überwiegend durch Renten und Sozialtransfers. ▶ Tab 6

Das geringste monatliche Nettoäquivalenzeinkommen in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen erzielen die Arbeitsmigrantinnen und -migranten mit 1 444 Euro. Mehr als jede dritte Person dieser Gruppe lebt hauptsächlich von einer in der Regel niedrigen Früh- beziehungsweise Erwerbsunfähigkeitsrente oder von Sozialtransfers.

Bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ist die Situation deutlich günstiger: 65 % der 50- bis 64-Jährigen leben überwiegend vom Erwerbseinkommen, nur 23 % von Renten und Sozialtransfers. Sie erreichen ein monatliches Nettoäquivalenzeinkommen von 1 604 Euro.

Für die über 65-jährige Bevölkerung – sowohl ohne als auch mit Migrationshintergrund – sind die Renteneinkommen die wichtigste finanzielle Basis des Lebens. Allerdings müssen Migrantinnen und Mi-

granten häufig zusätzlich auf Sozialtransfers wie die Grundsicherung im Alter nach SGB XII zurückgreifen. Aus der Literatur ist bekannt, dass ihre in Deutschland erworbenen Rentenansprüche wegen zu kurzer Erwerbsbiografien und niedriger Arbeitseinkommen nicht ausreichend sind.

Das geringste monatliche Nettoäquivalenzeinkommen erzielen auch in der Altersgruppe 65+ die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generation mit 1 169 Euro. Die gleichaltrigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler erhalten 1 257 Euro monatlich. Die durch spezifische Erwerbsbiografien erworbenen Rentenansprüche verursachen demzufolge auch im Ruhestand deutliche Ungleichheiten in den Einkommensniveaus verschiedener Migrantengruppen.

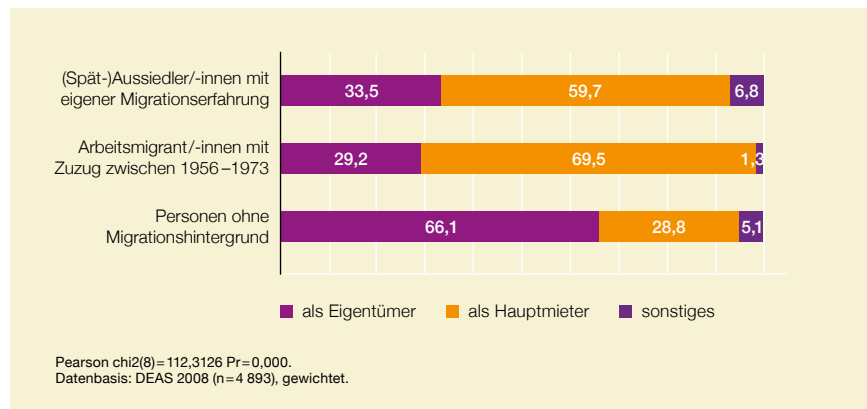
Darüber hinaus zeigt ein Vergleich der durchschnittlich höheren Monatseinkommen von Personen ohne Migrationshintergrund (50+) und den niedrigeren Einkommen von Migrantinnen und Migranten (50+), dass die Differenz dieser Einkommen bei der Bevölkerung ab dem 65. Lebensjahr (269 Euro) geringer ist, als bei den 50- bis 64-Jährigen (420 Euro). Der Grund dafür ist jedoch nicht eine Verringerung sozialer Benachteiligung für ältere Migrantinnen und Migranten, sondern vielmehr die vergleichsweise starke Reduzierung der Zahlbeträge im Übergang von

Erwerbs- zu Alterseinkommen bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Neben einem ausreichenden Einkommen kann auch Wohneigentum vor Armut im Alter schützen, denn wer in seiner – im Alter zumeist abbezahlten – eigenen Wohnung beziehungsweise in seinem eigenen Haus lebt, muss keine Miete zahlen. Allerdings verfügen Personen mit niedrigem Einkommen selten über Wohneigentum. Der Deutsche Alterssurvey (DEAS 2008) zeigt, dass der Anteil von Personen mit selbst genutztem Wohneigentum unter den Migrantinnen und Migranten (50+) im Vergleich zur gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund relativ niedrig ist. Bei den Arbeitsmigrantinnen und -migranten (50+) beträgt die Eigentümerquote nur 29 %, bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern (50+) 33 %, während die gleichaltrige Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zu 66 % über Wohneigentum verfügt. ▶ Abb 2

Entsprechend der Eigentümerverhältnisse wird die Wohnsituation auch unterschiedlich bewertet: 45 % der Personen ohne Migrationshintergrund (50+) bewerten ihre Wohnsituation als »sehr gut«, während das nur bei 26 % der gleichaltrigen Arbeitsmigrantinnen und -migranten und bei 30 % der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern der Fall ist.

▶ Abb 2 Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrationsstatus und Art des Wohnens – in Prozent



2.3.4 Soziale Situation: Armutrisiko, soziale Wahrnehmung und Lebenszufriedenheit

Aus zahlreichen Studien ist bekannt, dass ein niedriger Bildungsgrad, instabile oder fehlende Erwerbsverhältnisse wie auch Einkommensnachteile durch nicht vorhandenes Wohneigentum das Armutrisiko erhöhen. Die hier analysierten Daten bestätigen diese Aussagen in Bezug auf ältere Migrantinnen und Migranten: Jene der Generation 50+ haben im Vergleich zu gleichaltrigen Personen ohne Migrationshintergrund durchschnittlich ein niedrigeres Bildungsniveau, eine geringere Erwerbsbeteiligung, ein niedrigeres Einkommensniveau, weniger Wohneigentum und sind mehr als doppelt so häufig von Armut bedroht. ▶ Tab 6, Tab 7

Am höchsten ist das Armutrisiko für die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generation. Im Alter ab 50 Jahren beträgt es mit 30% das Zweieinhalbfache der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (12%). Zu berücksichtigen sind jedoch graduelle Abstufungen und Unterschiede zwischen Migrantengruppen (50+) entsprechend ihrem Sozialstatus: Das Armutrisiko der über 50-jährigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ist mit 22% bei vergleichsweise höherem Bildungsniveau,

höheren Erwerbsquoten und höherem Einkommen etwa um ein Drittel geringer als das der Arbeitsmigrantinnen und -migranten.

Effekte unterschiedlicher Lebensbedingungen auf die Wahrnehmung sozialer Gegebenheiten sind mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) messbar. Daten des SOEP 2013 belegen, dass sich fast jede vierte Arbeitsmigrantin beziehungsweise jeder vierte Arbeitsmigrant (50+) in hohem Maße um die eigene wirtschaftliche Situation sorgt. Unter den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern betrifft das jede sechste Person, innerhalb der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur jede siebte. ▶ Abb 3

Ein ähnlicher Zusammenhang besteht hinsichtlich der Sorge um die eigene Gesundheit. Unter den Migrantinnen und Migranten (50+) sind diese Sorgen deutlich häufiger. So leben 37% der älteren Arbeitsmigrantinnen und -migranten und 30% der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (50+) mit großen gesundheitlichen Sorgen, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es nur 23%. ▶ Abb 4

Trotz des höheren Armutrisikos und großer wirtschaftlicher wie auch gesundheitlicher Sorgen von älteren Migrantinnen und Migranten (50+) unterscheidet

sich ihre allgemeine Lebenszufriedenheit nicht von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Auf einer Skala von 0 (unzufrieden) bis 10 (zufrieden) liegt der Wert der allgemeinen Lebenszufriedenheit der älteren Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Durchschnitt bei 7 und damit auf gleichem Niveau wie die Zufriedenheit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass Migrantinnen und Migranten bei derartigen globalen Bewertungen ihre Situation in Deutschland mit der ihrer im Herkunftsland verbliebenen Landsleute vergleichen. Demnach wäre ihr Bewertungsmaßstab also nicht in erster Linie die Lebenssituation der in Deutschland lebenden Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Weitere Forschungen werden die empirische Evidenz dieser Vermutung nachweisen müssen.

2.3.5 Zusammenfassung

Die Generation der älteren Migrantinnen und Migranten (50+) besteht im Wesentlichen aus zwei Hauptgruppen: Den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus Regionen Mittel- und Osteuropas (mit einem Anteil von 35%) und den Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die nach

▶ Tab 7 Armutgefährdungsquote¹ für die Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrations- und Sozialstatus, Deutschland 2013

	Ins-gesamt	nach Berufsabschluss		nach Erwerbsstatus			nach überwiegendem Lebensunterhalt			
		Mit berufsqualifizierendem Abschluss	Ohne berufsqualifizierenden Abschluss oder ohne Angabe	Erwerbstätige	Erwerbslose	Nicht-erwerbspersonen	Berufstätigkeit	Rente, eigenes Vermögen	Unterstützung durch Angehörige	Sozialtransfers
Personen ohne Migrationshintergrund	11,9	9,4	23,0	5,0	57,8	14,8	3,6	13,1	13,0	64,5
Arbeitsmigrant/-innen mit Zuzug zwischen 1956–1973	29,9	20,8	34,9	9,7	57,5	36,9	7,3	34,2	36,0	65,4
(Spät-)Aussiedler/-innen mit eigener Migrationserfahrung	21,5	17,6	30,0	7,9	65,3	30,8	5,9	26,4	17,3	73,7

¹ Anteil der Personen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60% des Durchschnittseinkommens beträgt. Bezugsgröße ist der Bundesmedian. Berücksichtigt ist hier nur die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz mit gültigen Einkommensangaben. Datenbasis: Destatis, Mikrozensus 2013, nach Zensus-Revision.

1956 auf der Grundlage der Anwerbeabkommen vor allem aus den Mittelmeerländern nach Deutschland kamen (32 %).

Diese beiden Gruppen unterscheiden sich sowohl hinsichtlich demografischer wie auch sozialer Merkmale:

Die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler hat im Allgemeinen eine relativ ausgeglichene Altersstruktur und ist zumeist im 3-Generationen-Verbund nach Deutschland migriert. Dadurch sind diese Personen in hohem Maße in familialen Gemeinschaften vernetzt. Sie haben häufig eine berufliche

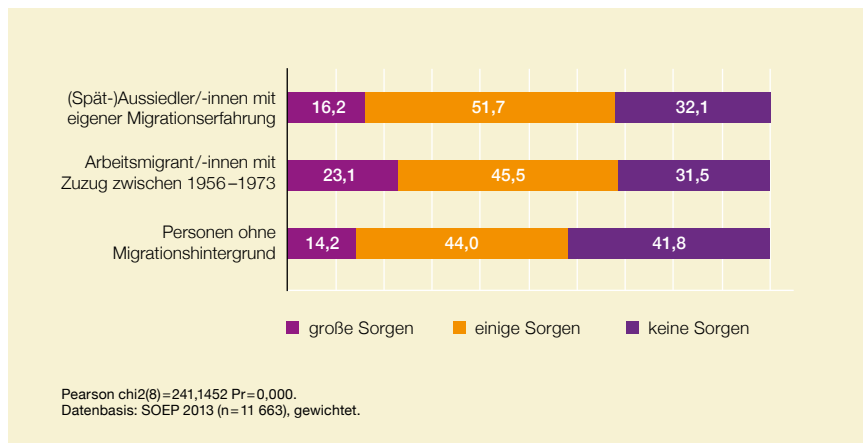
Ausbildung abgeschlossen und sind auch noch im Vorruhestandsalter relativ gut in den Arbeitsmarkt integriert. Dadurch können sie bis zum Übergang in den Ruhestand überwiegend vom Erwerbseinkommen leben. Dennoch ist ihr Armutsrisiko etwa doppelt so hoch wie das der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Die Gruppe der Arbeitsmigrantinnen und -migranten ist in einem sehr jungen Alter eingewandert und hat die längste Aufenthaltsdauer in Deutschland. Die unmittelbar in der Zeit der von 1956 bis 1973

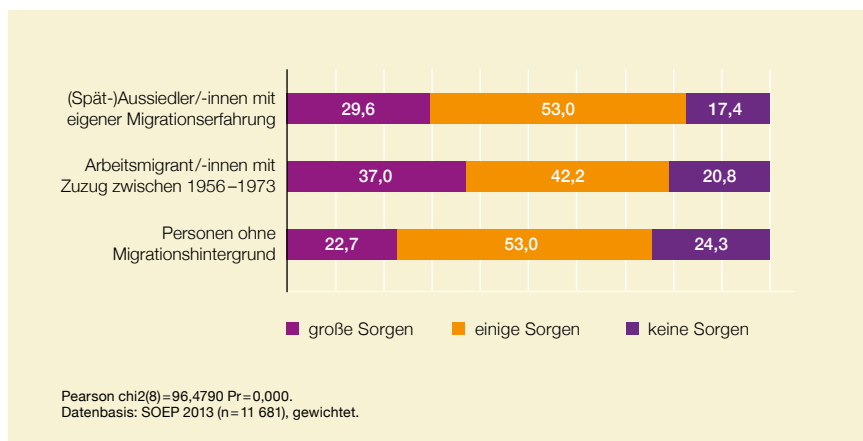
geltenden Anwerbeabkommen eingereisten Personen bilden die älteste Migrantengruppe. Auch sie leben überwiegend in Familienverbänden, da sie in vielen Fällen ihre Familien nach Deutschland nachgeholt haben. Personen dieser Gruppe migrierten als Arbeitskräfte mit einem sehr niedrigen Bildungsniveau nach Deutschland, welches sich im Laufe des weiteren Lebens nicht verbesserte. Durch hohe Frühverrentungsraten und schlechte Arbeitsmarktchancen sind sie im Alter zwischen dem 50. und dem 64. Lebensjahr nur in geringem Maße ins Berufsleben integriert. Entsprechend niedrig ist ihr Einkommen und sie sind dreimal stärker von Armut bedroht als die gleichaltrige Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Insgesamt zeigen die Analysen stärkere Armutsrisikofaktoren für ältere Migrantinnen und Migranten im Vergleich zur gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Das Armutsrisiko variiert jedoch nach spezifischer sozialer und kultureller Herkunft der Migrantinnen und Migranten.

► **Abb 3** Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrationsstatus und Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation – in Prozent



► **Abb 4** Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren nach Migrationsstatus und Sorge um die eigene Gesundheit – in Prozent



2.4 Einstellungen zu Familie und Lebensformen

Stefan Weick
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

In Politik und Medien wird im Zusammenhang mit der Familie eine Reihe von Problemfeldern kontrovers diskutiert. Die Familienfreundlichkeit von Arbeitswelt, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schule wird in Frage gestellt. Die Verbindung von Erwerbstätigkeit und der Erziehung von Kleinkindern erweist sich für viele Frauen als schwer umsetzbar. Zudem wirft der steigende Anteil älterer Menschen erhebliche Probleme für das System der sozialen Sicherung auf und erfordert Hilfeleistungen und Unterstützung für alte Familienmitglieder in den privaten Haushalten. Aus der zunehmenden Verbreitung nichtehelicher Lebensformen bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird auch auf einen Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung geschlossen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, welche Einstellungen zu Familie, Lebensformen und Kindern in Deutschland zu beobachten sind. Ergänzt wird die Darstellung durch die Untersuchung des Zusammenhangs von Lebensformen und subjektivem Wohlbefinden.

2.4.1 Einstellungen zu Heirat und Elternschaft

Sinkende Heiratsneigung, zunehmende Kinderlosigkeit und geringe Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Andererseits wird argumentiert, dass hohe Erwartungen an Partnerschaft und Elternschaft ein Hemmnis für die Familiengründung darstellen könnten. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung die Bevölkerung der Familie zuschreibt. Auf die Frage, ob man eine Familie braucht, um glücklich zu sein, oder ob man allein genauso glücklich leben kann, gibt die überwiegende Mehrheit in den alten und neuen Bundesländern an, dass man eine Familie zum Glück braucht. In den beiden höheren Altersgruppen findet diese Ansicht in den neuen Bundesländern eine weitere Verbreitung als in Westdeutschland, was sich insbesondere

bei den älteren Menschen über 60 Jahren verdeutlicht. So glauben nur 13 % der ostdeutschen Befragten der Altersgruppe ab 61 Jahren, dass man allein genauso glücklich oder glücklicher leben kann. In den alten Bundesländern äußert etwa ein Fünftel dieser Altersgruppe diese Meinung. Überwiegend wird der Familie demnach eine zentrale Rolle für das persönliche Glück zugeschrieben. Die Trendbetrachtung in den alten Bundesländern zeigt sogar, dass gerade bei jungen Erwachsenen bis 30 Jahre seit den 1980er-Jahren der Stellenwert der Familie gestiegen ist. Während 1984 in Westdeutschland noch weniger als die Hälfte in dieser Altersgruppe glaubte, dass man eine Familie zum Glück braucht, vertraten im Jahr 2014 in West- und Ostdeutschland etwa 70 % diese Ansicht. In Ostdeutschland ist insgesamt bei jungen Erwachsenen weniger Veränderung im Zeitverlauf zu erkennen als in Westdeutschland. ▶ [Tab 1, Abb 1](#)

Wann sollten Lebenspartner eine Ehe schließen? Welche Einstellungen findet man hierzu in der Gesellschaft? Wie weit verbreitet ist die Ansicht, dass man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt? Besonders häufig – von mehr als 60 % der Befragten – wird diese Meinung von älteren Personen über 60 Jahren vertreten. In den jüngeren Altersgruppen sind die entsprechenden Anteile kleiner. In den beiden jüngsten ostdeutschen Altersgruppen findet diese Ansicht am wenigsten Unterstützung: Nur für etwa ein Drittel stellt ein dauerhaftes Zusammenleben von Partnern einen Grund für eine Heirat dar. Ein Kinderwunsch wird noch seltener als Heiratsgrund erachtet als das Zusammenleben von Partnern. Etwa 40 % der Westdeutschen stimmen der Aussage zu, dass Menschen, die sich Kinder wünschen, heiraten sollten. In Ostdeutschland liegt der entsprechende Anteil mit 29 % merklich niedriger. Bei älteren Menschen über 60 Jahren ist diese Ansicht wiederum stärker vertreten als bei jüngeren, insbesondere in den alten Bundesländern.

Die geringe Fertilität in Deutschland ist ein vieldiskutiertes familienpolitisches Problem. Politische Maßnahmen, wie eine verbesserte finanzielle Förderung von Eltern oder der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen sollen die Randbedin-

gungen für die Kindererziehung verbessern und somit die Entscheidung für ein Kind erleichtern. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob und gegebenenfalls wie viele Kinder jüngere Deut-

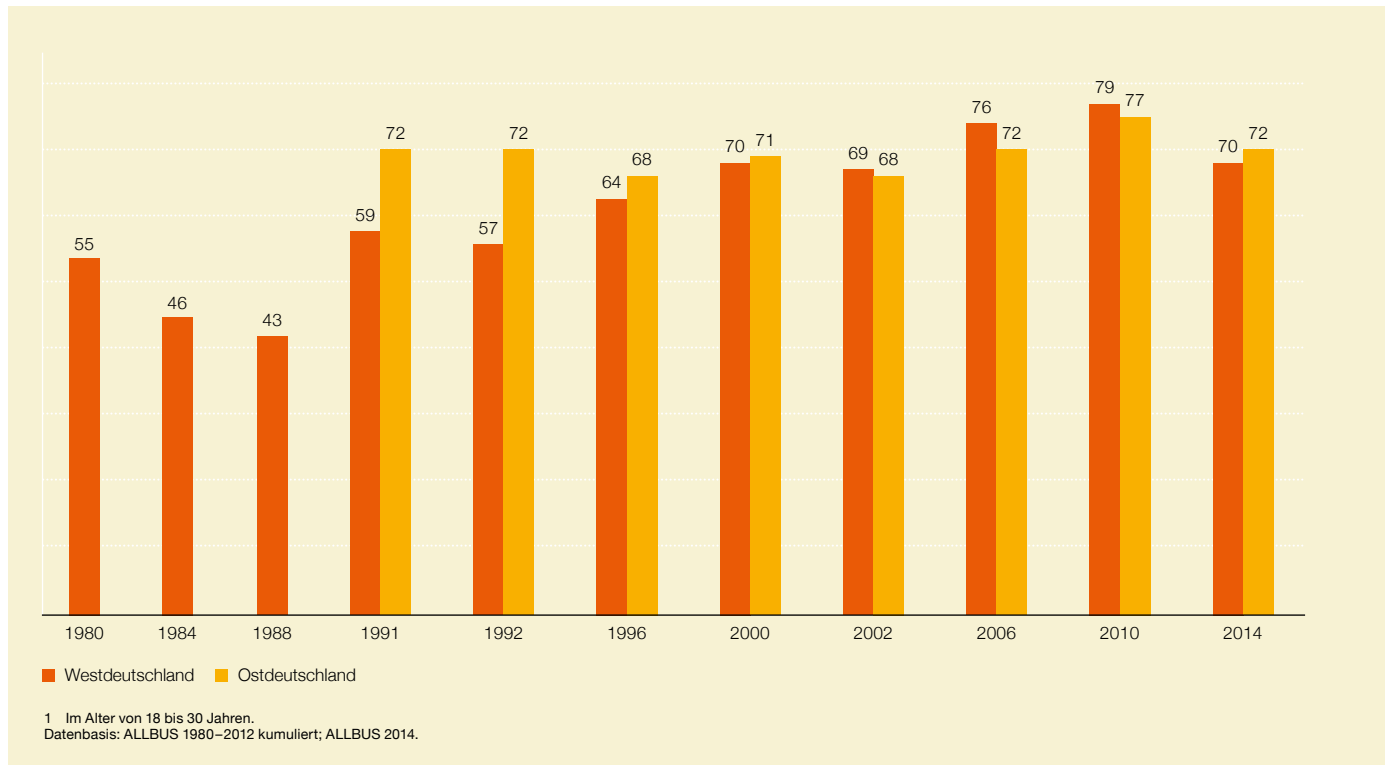
sch-sche gerne hätten. Die meisten bisher kinderlosen Männer und Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren äußern den Wunsch Kinder zu bekommen: 93 % in Westdeutschland und 94 % in Ostdeutschland wünschen sich Kinder. Bei den Befragten von 31 bis 50 Jahren geht dieser Anteil auf

► **Tab 1** Einstellungen zu Familie und Eheschließung 2014 nach Alter – in Prozent

	18–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		Ab 61 Jahre		Alle Altersgruppen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Braucht man Familie zum Glück?										
Man braucht Familie zum Glück	69	72	70	71	63	74	72	81	68	76
Ohne Familie gleich glücklich/glücklicher	21	16	22	21	27	19	21	13	23	17
Unentschieden	9	12	9	9	9	7	7	5	8	8
Heirat bei dauerndem Zusammenleben?										
Ja	42	32	39	33	41	42	62	61	47	45
Nein	40	51	48	56	46	43	26	25	40	41
Unentschieden	17	18	13	12	12	15	12	14	13	14
Bei Kinderwunsch heiraten¹ (2012)	30	20	32	16	35	27	60	45	40	29

¹ Sehr wichtig auf einer Skala von 1 »unwichtig« bis 7 »sehr wichtig« (ISSP).
Datenbasis: ALLBUS 2014; ISSP 2012.

► **Abb 1** Anteil der jungen Erwachsenen¹, der angibt: Man braucht eine Familie zum Glück 1980–2014 – in Prozent



52 % in den alten und 63 % in den neuen Bundesländern zurück. Auch junge Erwachsene bis 30 Jahre, die schon Kinder haben, äußern überwiegend den Wunsch nach weiteren Kindern, während bei Frauen und Männern über 30 Jahren mit Kindern der Wunsch nach weiteren Kindern deutlich weniger verbreitet ist. Gerade die jüngste Altersgruppe misst der Familie somit nicht nur in einem abstrakten Sinn eine hohe Bedeutung zu,

sondern sieht auch eigene Kinder in der Lebensplanung vor. In allen Altersgruppen überwiegt bei Kinderlosen der Wunsch nach zwei Kindern. Der Wunsch nach drei oder mehr Kindern wird häufiger genannt als der nach nur einem Kind. Dabei sind Ost-West-Differenzen zu erkennen. Seltener als in den alten Bundesländern äußern junge Erwachsene bis 30 Jahre aus den neuen Bundesländern den Wunsch nach drei oder mehr Kin-

dern. Der Anteil, der sich nur ein Kind wünscht, ist dagegen größer als bei westdeutschen Befragten. Demgemäß liegt die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl in Westdeutschland mit 2,2 Kindern bei den jüngeren kinderlosen Befragten und 1,9 Kindern bei den älteren auch etwas höher als in Ostdeutschland, wo sie bei den 18- bis 30-Jährigen bei 2,0 und bei den 31- bis 50-Jährigen bei 1,8 liegt. ▶ Tab 2

▶ Tab 2 Kinderwünsche bei Personen bis 50 Jahre 2014

	18–30 Jahre		31–50 Jahre	
	West	Ost	West	Ost
Wunsch nach (weiteren) Kindern (in %)				
Bei Personen mit Kindern	63	51	15	13
Bei kinderlosen Personen	93	94	52	63
Gewünschte Anzahl von Kindern (in %)¹				
1 Kind	8	17	20	17
2 Kinder	61	64	49	55
3 Kinder und mehr	31	20	31	28
Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl¹	2,2	2,0	1,9	1,8

¹ Kinderlose mit Kinderwunsch.
Datenbasis: ALLBUS 2014.

2.4.2 Familie, Partnerschaft und Subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden ist nicht unabhängig von der Lebensform der Menschen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit, gemessen auf einer Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«, ist bei Paaren mit und ohne Kinder mit 7,8 Skaleneinheiten am höchsten. Eine niedrige Lebenszufriedenheit äußern Geschiedene beziehungsweise getrennt Lebende und Alleinerziehende: Die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben beträgt bei den Geschiedenen und getrennt Lebenden 6,9

▶ Tab 3 Subjektives Wohlbefinden nach Familienformen 2012 und 2014

	Lebenszufriedenheit ¹	Zufriedenheit mit Familienleben ²	Glücklich mit Leben ³	Immer/oft einsam ⁴
	2014	2012	2012	2014
	arithm. Mittel	%		
Allein lebend				
Ledig	7,0	33	27	11
Geschieden/ getrennt lebend	6,9	32	16	12
Verwitwet	7,4	46	28	25
(Ehe-)Paare				
Ohne Kinder im Haushalt	7,8	65	41	2
Mit Kindern bis 6 Jahre	7,8	66	50	3
Mit Kindern 7–17 Jahre	7,8	61	42	3
Mit Kindern ab 18 Jahren	7,8	59	35	2
Alleinerziehende	6,8	35	27	12
Sonstige	7,4	51	41	8
Insgesamt	7,6	56	38	6

¹ gemessen auf einer Skala von 0 »sehr unzufrieden« bis 10 »sehr zufrieden«.
² Anteil völlig und sehr zufrieden (1 und 2 auf Skala 1–7).
³ Anteil völlig und sehr glücklich (1 und 2 auf Skala 1–7).
⁴ Kategorien: Immer; oft; manchmal; fast nie; nie.
Datenbasis: ALLBUS 2014; ISSP 2012.

und bei Alleinerziehenden 6,8. Weiterhin liegt die Lebenszufriedenheit der ledigen Personen mit 7,0 Skalenpunkten unter dem Gesamtdurchschnitt von 7,6. ▶ Tab 3

Der Familie kommt nicht nur eine zentrale Bedeutung in der Bevölkerung zu, sie wird auch überwiegend mit einer hohen Zufriedenheit bewertet. Der Anteil der Befragten, der sich völlig oder sehr zufrieden mit dem Familienleben äußert, liegt bei über 50 %. Der Anteil der mit dem Familienleben Zufriedenen ist bei Ehepaaren ohne Kinder und bei Ehepaaren mit kleineren Kindern am höchsten. Insbesondere Geschiedene und getrennt Lebende, aber auch Ledige äußern eine geringe Familienzufriedenheit.

Während Zufriedenheit stärker die kognitiv bewertende Komponente des subjektiven Wohlbefindens erfasst, zielt die Frage nach dem Glück mehr auf die emotionale Komponente. Betrachtet man, wie glücklich Personen in den verschiedenen Lebensformen mit ihrem Leben sind, so fallen vor allem getrennt Lebende und Geschiedene mit einem besonders geringen Anteil von Glücklichen auf. Während Verwitwete bei der Lebenszufriedenheit nahe am Durchschnitt liegen, beurteilen in dieser Gruppe nur 28 % ihr Leben als glücklich. Die Betroffenen konnten sich bei der kognitiven Bewertung ihrer Lebensumstände mit der Zeit offenbar an den Tod des Ehepartners anpassen und sind mit ihrem Familienleben durchaus nicht unzufrieden; der Anpassung im emotionalen

Bereich sind bei einem derartigen Verlust aber offenbar engere Grenzen gesetzt. Gerade bei Verwitweten beeinträchtigt Einsamkeit das emotionale Wohlbefinden. So sind verwitwete Männer und Frauen vergleichsweise häufig einsam: Ein Viertel gibt an, immer oder oft einsam zu sein. Der Tod des Ehepartners hinterlässt deutliche Spuren im subjektiven Wohlbefinden, wenn auch das Leben insgesamt positiv bewertet wird. Auch in anderen Lebensarrangements ist dieses spezifische Defizit verstärkt vorzufinden. Menschen, die alleine leben, sind insgesamt häufiger einsam als Personen in anderen Lebensformen, wenn auch seltener als Verwitwete. Auch Alleinerziehende fühlen sich oft einsam, obwohl sie mit ihren Kindern im Haushalt leben. Offensichtlich begünstigt das Fehlen eines vertrauten erwachsenen Menschen im Alltag das Gefühl von Einsamkeit.

Diese Ergebnisse stützen die überwiegende Einschätzung der Bevölkerung, dass der Familie eine hohe Bedeutung für das persönliche Glück zukommt. Der Wandel der familialen Lebensformen mit einer Zunahme von Singles und sogenannten alternativen Familienmodellen, drückt einerseits zwar eine gestiegene Wahlfreiheit aus im Hinblick auf das subjektive Wohlbefinden lassen sich allerdings auch negative Entwicklungen identifizieren, die mit der weiteren Verbreitung dieser spezifischen Lebensformen an Gewicht gewonnen haben.

2,7 Mill.

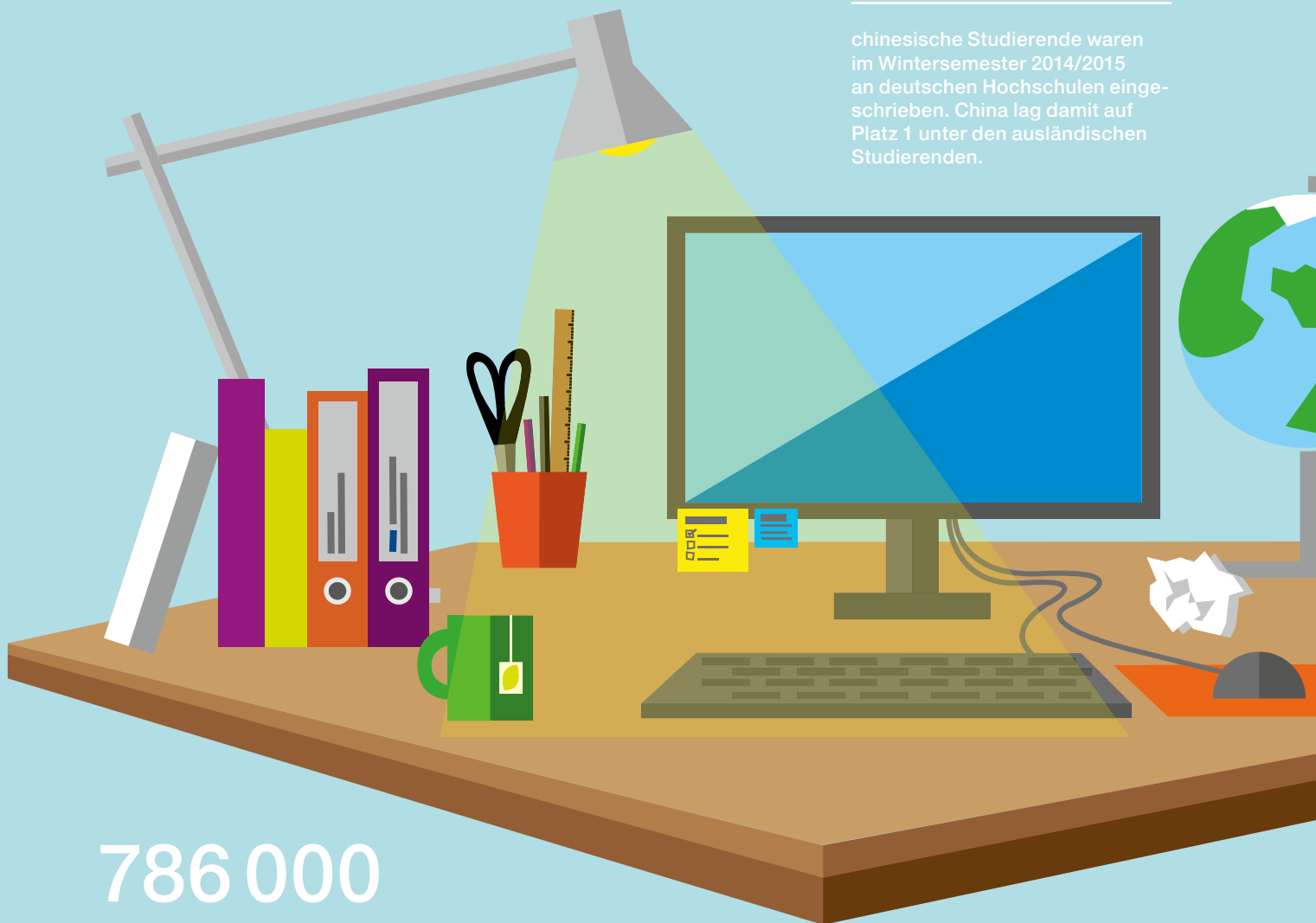
Studierende waren im Wintersemester 2014/2015 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. So viele wie nie zuvor.

7 500

Ausbildungsverträge wurden 2014 gegenüber dem Vorjahr weniger abgeschlossen.

30 300

chinesische Studierende waren im Wintersemester 2014/2015 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. China lag damit auf Platz 1 unter den ausländischen Studierenden.



786 000

Lehrkräfte unterrichteten im Jahr 2014 an deutschen Schulen.

6 300 €

gaben die öffentlichen Haushalte 2012 pro Schüler/-in aus.

3 Bildung

3.1 Bildungs- beteiligung, Bildungsniveau und Bildungs- budget

Christiane Krüger-Hemmer

Destatis

Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch in diesem Jahrzehnt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nach den Ergebnissen der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) 2012 liegen deutsche Schülerinnen und Schüler erstmals in allen drei Testbereichen (Lesekompetenz, mathematische Kompetenz und naturwissenschaftliche Kompetenz) deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Mit dem Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) wurden 2012 auch die Kompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in international vergleichbarer Weise gemessen. Danach weist die Gruppe der 16- bis 35-Jährigen in Deutschland in den Bereichen Lesen, Alltagsmathematik und computerbasiertes Problemlösen höhere Kompetenzen auf als die Gruppe der 55- bis 65-Jährigen.

Ebenso viel diskutiert wie die Ergebnisse dieser internationalen Kompetenzvergleiche wird die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre, bekannt unter dem Kürzel G8. Teilweise wurde diese Reform wieder rückgängig gemacht oder der Schule und den Eltern die Wahl zwischen G8 und G9 überlassen.

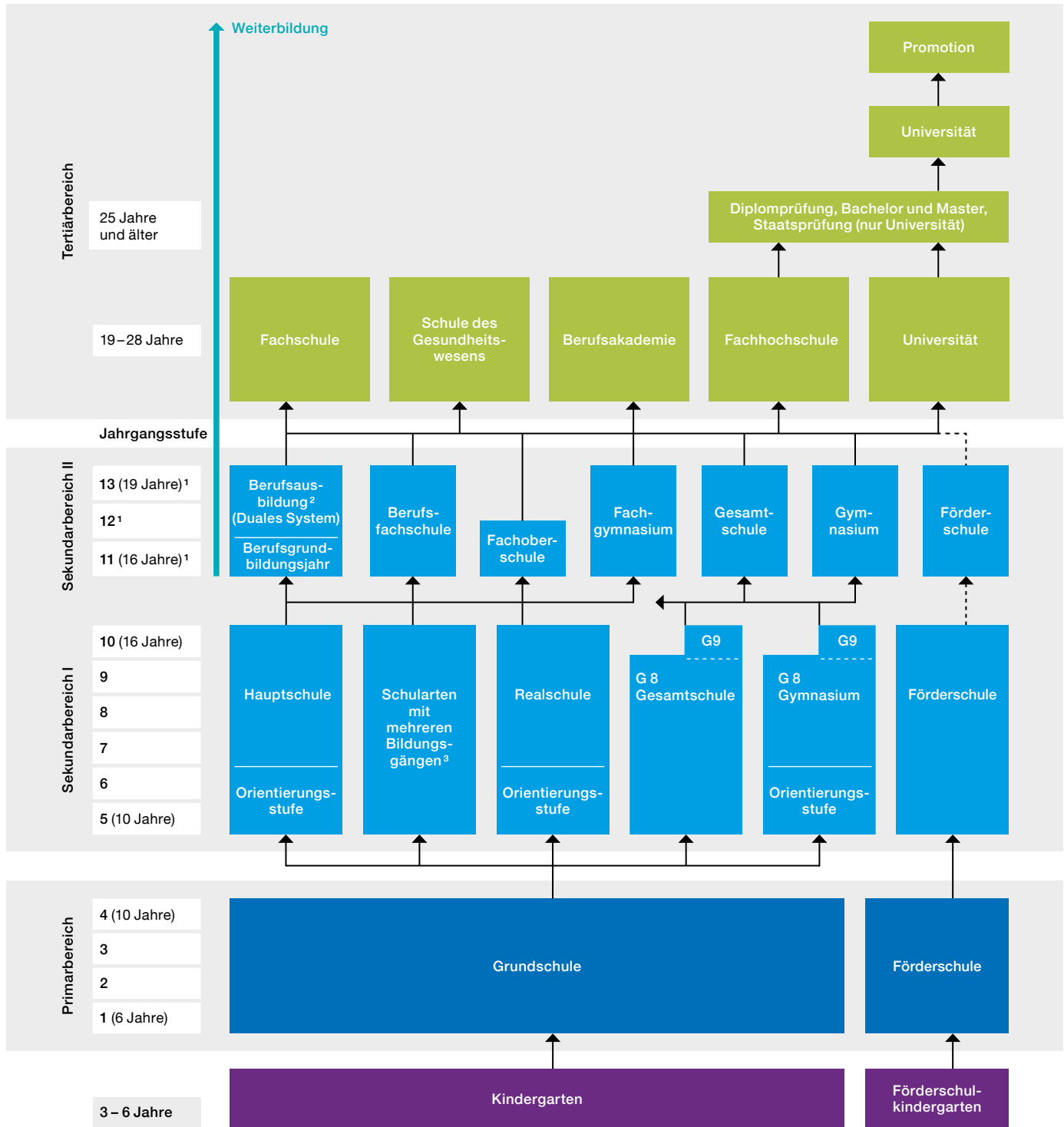
Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zugunsten der jungen, ausbildungssuchen-

den Menschen verbessert. Zunehmend können Unternehmen inzwischen ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen.

Die Erweiterung der Hochschulkapazitäten sowie die adäquate Ausstattung der Hochschulen mit Personal und Finanzen wird auch in Zukunft ein zentrales Thema der Bildungspolitik sein, denn der Trend zum Gymnasium als zahlenmäßig bedeutendste Schulform, die Aussetzung der Wehrpflicht, die doppelten Abiturientenjahrgänge infolge der Umstellung von G9 auf G8 und die demografische Entwicklung lassen bis 2017 ein weiteres Ansteigen der Studierendenzahlen erwarten.

Die in diesem Kapitel dargestellten Bildungsdaten stammen aus der amtlichen Schulstatistik (Schülerinnen und Schüler, Absolventen, Abgänger und Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfänger, Hochschulabsolventen und -personal), dem Adult Education Survey (Teilnahme der Bevölkerung im Erwachsenenalter an unterschiedlichen Formen von Lernaktivitäten), dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Jahresrechnungsstatistik und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben). ▶ [Abb 1](#)

► Abb 1 Das Bildungssystem in Deutschland



1 Durch die Einführung von G8 an Gymnasien und Gesamtschulen beginnen die Klassenstufen im Sekundarbereich II ein Jahr früher, diese Schüler/-innen sind ein Jahr jünger. Bei G8 bedeutet dies zum Beispiel, dass die Einführungsstufe (E1) in der 10. Klassenstufe mit einem Alter von durchschnittlich 15 Jahren beginnt.
 2 In Berufsschule und Betrieb (Duales System).
 3 Einschließlich Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

Die demografische Entwicklung ist für das Bildungswesen von besonderer Bedeutung. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre, die geburtenschwachen Jahrgänge von 1974 bis 1989 und insbesondere die Entwicklung der Neugeborenenzahl in den 1990er-Jahren. Seit 1998 sind die Geburtenzahlen in Deutschland tendenziell rückläufig, auch wenn in den Jahren 2013 und 2014 wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen war (siehe auch Kapitel 1.1.2, Seite 18).

Frühkindliche Bildung findet bereits in der Kindertagesbetreuung statt. Angaben hierzu enthält das Kapitel 2.1.6, Seite 57.

Durch die Schwankungen in der Neugeborenenzahl ergeben sich zeitversetzt unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor auf das Angebot und die Nachfrage im Bildungsbereich. Die individuellen Entscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind ebenfalls von großer Bedeutung.

3.1.1 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz überlässt den Ländern im föderalen System die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen. Im Rahmen ihrer Kulturhoheit gestalten die Länder ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen.

Schülerinnen und Schüler

Zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 wurden in Deutschland 711 000 Kinder eingeschult. Dies entspricht einer Zunahme von 3,1 % im Vergleich zum Vorjahr, in dem 690 000 Schülerinnen und Schüler ihren Ranzen zum ersten Mal packten. Gegenüber dem Jahr 2004 nahm die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger in Deutschland um 13 % ab. Hintergrund

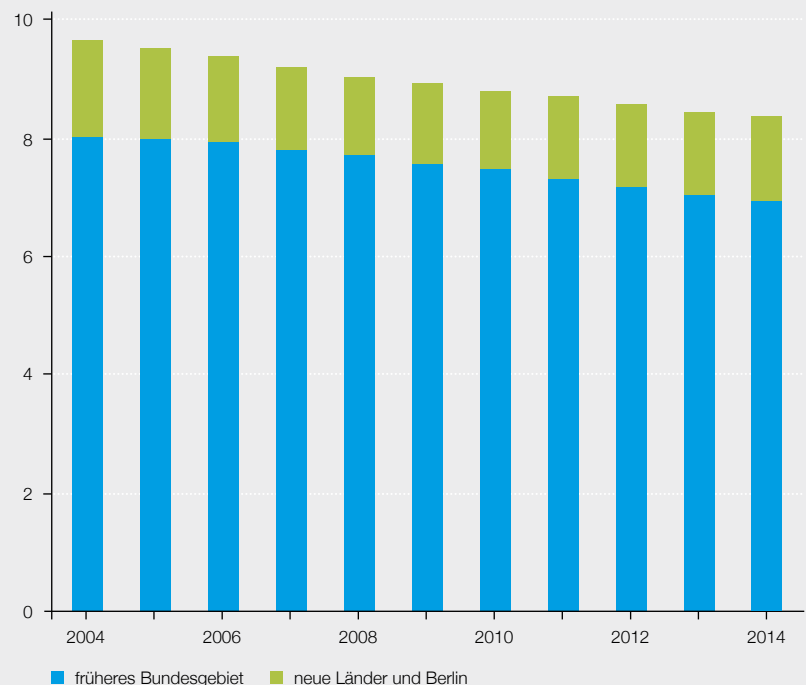
hierfür sind demografische Entwicklungen: Ende 2004 lag die Zahl der Fünf- bis Sechsjährigen in Deutschland insgesamt bei 779 000, Ende 2014 bei nur noch 679 000. Dabei gibt es große regionale Unterschiede. Während die Zahl der Kinder im einschulungsrelevanten Alter im früheren Bundesgebiet zwischen Ende 2004 und Ende 2014 um 17 % gesunken ist, stieg sie in den neuen Bundesländern und Berlin um 6 % an. Das führte dazu, dass im Jahr 2014 im früheren Bundesgebiet 17 % weniger Kinder eingeschult wurden als im Jahr 2004, in den neuen Bundesländern und Berlin jedoch 9 % mehr.

Die Einschulungen wirkten sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sank in

den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 9,6 Millionen im Jahr 2004 auf 8,4 Millionen im Jahr 2014. Deutliche Unterschiede gab es zwischen Ost- und Westdeutschland: In den neuen Ländern sind die Schülerzahlen aufgrund des starken Geburtenrückgangs zu Beginn der 1990er-Jahre beständig gesunken und lagen 2014 um 11 % unter dem Stand von 2004. Im Westen dagegen stiegen die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen bis 2004. Danach setzte ein Rückgang ein, der dazu führte, dass 2014 die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 13 % unter dem Stand von 2004 lag. ▶ [Abb 2](#)

Während die Schülerinnen und Schüler eines Wohnbezirks in der Regel gemeinsam an der Grundschule unterrichtet werden, richtet sich im Anschluss daran die weitere Schullaufbahn der Kinder nach den schulischen Leistungen, der

▶ **Abb 2** Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen – in Millionen



Empfehlung der Grundschule sowie dem Wunsch der Eltern. Der größte Teil der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs besuchte ein Gymnasium. Ihr Anteil stieg von 41 % im Jahr 2004 auf 45 % im Jahr 2014. In demselben Zeitraum sank der Anteil der Jugendlichen, die an Hauptschulen unterrichtet wurden, von 18 % auf 10 %. Aufgrund der länderspezifischen Bildungspolitik gab es allerdings Unter-

schiede in der Struktur der weiterführenden Schulen. Sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern wurde 2014 der größte Teil der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe an Gymnasien unterrichtet. Auch hielt der Trend weiterhin an, dass die Jugendlichen in den westdeutschen Bundesländern am zweithäufigsten an Realschulen (22 %) lernten, während sie in den ostdeutschen Bundesländern Schularten

mit mehreren Bildungsgängen (32 %) besuchten. Diese Schularten (mit länderspezifisch unterschiedlichen Bezeichnungen) führen zum Hauptschulabschluss oder zum Realschulabschluss. Diese Schulstruktur trägt auch dazu bei, dass trotz der demografischen Entwicklung – insbesondere in den Flächenländern – ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden kann. ▶ Tab 1

Neben den bereits genannten Schularten gibt es Förderschulen, an denen körperlich, geistig oder seelisch benachteiligte oder sozial gefährdete Kinder unterrichtet werden. Im Jahr 2014 besuchten 335 000 Kinder eine Förderschule, dies sind gut 4 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die außerhalb von Förderschulen an den übrigen allgemeinbildenden Schulen (insbesondere an Grundschulen) unterrichtet werden, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Während im Jahr 2004 bundesweit lediglich 63 000 sogenannte Integrationsschüler sonstige allgemeinbildende Schulen besuchten, waren es im Jahr 2014 bereits 152 000 Integrationsschülerinnen und -schüler. Das entspricht einem Anteil von 2 % an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen.

An den Grundschulen, an denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren Mädchen (49 %) und Jungen (51 %) etwa gleich verteilt. An den weiterführenden Schularten war der Jungenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte im Jahr 2014 von 47 % an Gymnasien über 51 % an Realschulen bis zu 57 % an Hauptschulen. An Förderschulen betrug der Anteil der männlichen Schüler 64 %.

Ein großer Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Teilzeit-Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule ergänzt im dualen Ausbildungssystem die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Teilzeit-Berufsschule auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne

▶ Tab 1 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten – in Tausend

	2004	2009	2012	2013	2014
Vorklassen und Schulkindergärten	48	28	28	28	27
Primarbereich	3 189	2 953	2 796	2 772	2 789
↳ Grundschulen	3 150	2 915	2 746	2 708	2 709
Sekundarbereich	5 904	5 478	5 321	5 222	5 163
↳ Hauptschulen	1 084	767	608	554	508
↳ Realschulen	1 351	1 221	1 081	1 015	951
↳ Gymnasien	2 404	2 475	2 388	2 330	2 305
↳ Integrierte Gesamtschulen	523	519	658	715	766
Förderschulen	424	388	355	343	335
Abendschulen und Kollegs	60	60	57	55	53
Insgesamt	9 625	8 906	8 557	8 420	8 367

▶ Tab 2 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten – in Tausend

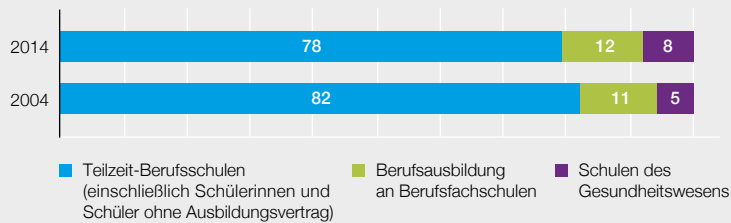
	2004	2009	2012	2013	2014
Teilzeit-Berufsschulen	1 672	1 682	1 519	1 482	1 444
Berufsvorbereitungsjahr	81	55	49	49	53
Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form	48	34	28	29	30
Berufsaufbauschulen	1	1	0	0	0
Berufsfachschulen	542	500	437	431	426
↳ Berufsausbildung	240	256	239	236	234
Fachoberschulen	122	140	134	137	140
Fachgymnasien	117	159	173	181	190
Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen	18	24	23	22	21
Fachschulen und Fachakademien	163	175	194	200	202
Insgesamt	2 763	2 769	2 557	2 531	2 506
Nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens	120	128	149	150	153

Ausbildungsvertrag besucht, die noch der Schulpflicht unterliegen und keine andere Schule besuchen. Insgesamt wurden 2014 in Deutschland 1,4 Millionen Jugendliche an Teilzeit-Berufsschulen unterrichtet. In den vergangenen zehn Jahren nahm ihre Zahl um 14 % ab. ▶ Tab 2

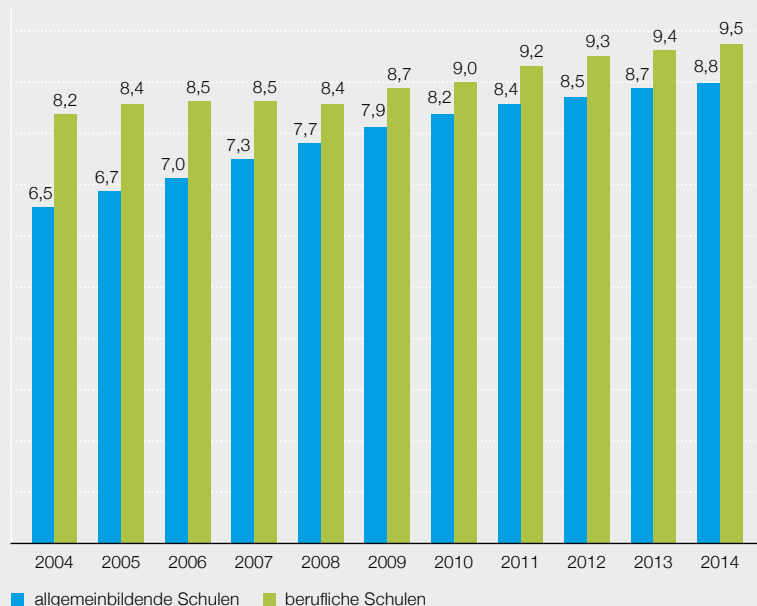
Neben den Berufsausbildungen im dualen System gibt es Formen der schulischen Berufsausbildung, die im Wesentlichen an Berufsfachschulen und Schulen

des Gesundheitswesens angeboten werden. Dabei handelt es sich neben den Gesundheits- und Sozialberufen vor allem um Assistenzberufe, wie zum Beispiel Kaufmännische/r Assistent/-in, Wirtschaftsassistent/-in oder Technische/r Assistent/-in für Informatik. Rund 387 000 Jugendliche befanden sich 2014 in einer schulischen Berufsausbildung; das waren 21 % aller Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvierten. ▶ Abb 3

▶ Abb 3 Schülerinnen und Schüler in Berufsausbildung nach Schularten – in Prozent



▶ Abb 4 Anteil der Privatschülerinnen und -schüler – in Prozent



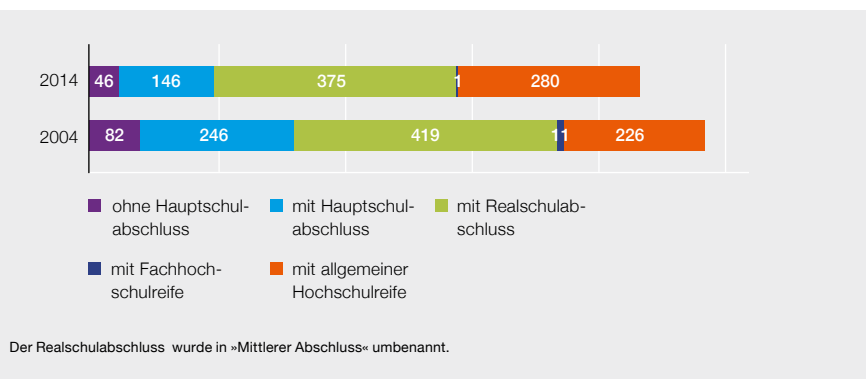
An beruflichen Schulen können auch allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden. Eine Studienberechtigung strebten 2014 rund 350 000 Jugendliche mit dem Besuch von Fachoberschulen, Fachgymnasien oder Berufsoberschulen beziehungsweise Technischen Oberschulen an. Im Vergleich zu 2004 hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler an diesen Schularten um 36 % zugenommen. Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahr 2014 gab es 202 000 Fachschülerinnen und -schüler. Die übrigen Schüler an beruflichen Schulen versuchten durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen, soweit sie nicht berufsausbildend sind), durch das Erreichen eines Haupt- oder Realschulabschlusses oder durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern.

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich gestiegen. Den rechtlichen Rahmen für die Gründung und den Betrieb von Privatschulen legen die jeweiligen Schulgesetze der Länder fest. In der Regel können Privatschulen von natürlichen sowie juristischen Personen (wie zum Beispiel Kirchen, Vereinen) errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2014 besuchten 737 000 Schülerinnen und Schüler private allgemeinbildende Schulen und 239 000 private berufliche Schulen. Das entsprach einem Anteil von 9 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und 10 % an beruflichen Schulen. Im Vergleich dazu lag 2004 der Anteil der Privatschülerinnen und -schüler an allen Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen bei 6 % und der beruflichen Schulen bei 8 %. ▶ Abb 4

Allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse

Im Jahr 2014 wurden 851 000 junge Menschen (mit und ohne Schulabschluss) aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen.

► **Abb 5 Absolventinnen/Absolventen und Abgängerinnen/Abgänger nach Abschlussarten – in Tausend**



Das sind 14 % weniger als 2004. Knapp 6 % der Schulentlassenen blieben 2014 ohne Abschluss, 17 % erwarben den Hauptschulabschluss und 33 % die allgemeine Hochschulreife. Diese Struktur hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Vor zehn Jahren verließen noch 8 % der Jugendlichen die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Abschluss und 25 % mit einem Hauptschulabschluss. Lediglich 23 % erwarben 2004 die allgemeine Hochschulreife. Im Bereich der Realschulabschlüsse ist eine relativ leichte Zunahme zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2004 (43 %) erhöhte sich die Zahl der Realschulabschlüsse 2014 um 1 Prozentpunkt (44 %). Dies liegt darin begründet, dass seit 2014 der schulische Teil der Fachhochschulreife zu den mittleren Schulabschlüssen gezählt wird. ► [Abb 5](#)

Junge Männer verließen 2014 die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einem niedrigeren Abschlussniveau als junge Frauen: 7 % der männlichen Schulentlassenen erreichten keinen Abschluss gegenüber 4 % bei den jungen Frauen. Von den männlichen Absolventen erhielten 29 % die Studienberechtigung, bei den Frauen waren es 37 %.

Im Zuge der Bildungsreform in den 1970er-Jahren wurde die Möglichkeit geschaffen, auch an beruflichen Schulen allgemeinbildende Abschlüsse zu erwerben.

Rund 30 000 Jugendliche bestanden 2014 an beruflichen Schulen den Hauptschulabschluss und 154 000 Jugendliche erlangten die Studienberechtigung. An allgemeinbildenden Schulen erreichten im Jahr 2014 rund 281 000 Absolventinnen und Absolventen die Berechtigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Somit betrug 2014 die Studienberechtigtenquote, die den Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung misst, 52 %. Die Studienberechtigtenquote 2004 belief sich noch auf 42 %. Hier zeigt sich ein deutlicher Trend zur Höherqualifizierung. Teilweise schlagen sich allerdings auch doppelte Abiturjahrgänge infolge der Umstellung von G9 auf G8 in diesem Wert nieder.

Lehrkräfte

Im Jahr 2014 unterrichteten in Deutschland 664 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 122 000 an beruflichen Schulen. An allgemeinbildenden Schulen waren 37 % der hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer teilzeitbeschäftigt. An beruflichen Schulen betrug dieser Anteil nur 30 %. Auch die Geschlechterverteilung ist bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich. Rund 72 % der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren Frauen. An beruflichen Schulen betrug der Frau-

enanteil an den hauptberuflichen Lehrkräften 2014 nur 50 %. Den höchsten Frauenanteil hatten Vorklassen mit 85 %, Schulkindergärten mit 94 % sowie Grundschulen mit 89 %. Mit ansteigendem Bildungsziel der Schularten sank der Frauenanteil an den Lehrkräften, lag aber dennoch über 50 %; an Gymnasien betrug er im Jahr 2014 rund 58 %, an Abendschulen und Kollegs 57 %.

Im Schuljahr 2014/2015 waren insgesamt 14 % der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen 60 Jahre und älter. Die größte Altersgruppe der Lehrkräfte bildeten die 50- bis 59-Jährigen mit fast 29 %, gefolgt von den 40- bis 49-Jährigen mit 26 %. Der hohe Anteil älterer Lehrkräfte ist auf die Einstellungswelle in den 1970er-Jahren zurückzuführen. Die 30- bis 39-Jährigen machten 24 % aus. Unter 30 Jahre waren lediglich 7 % der Lehrkräfte. Der geringe Anteil jüngerer Lehrkräfte ist zum einen auf die Länge der Hochschulausbildung zurückzuführen. Zum anderen werden aufgrund der demografischen Entwicklung, das heißt der geringeren Zahl an Schülerinnen und Schülern, weniger Lehrkräfte eingestellt.

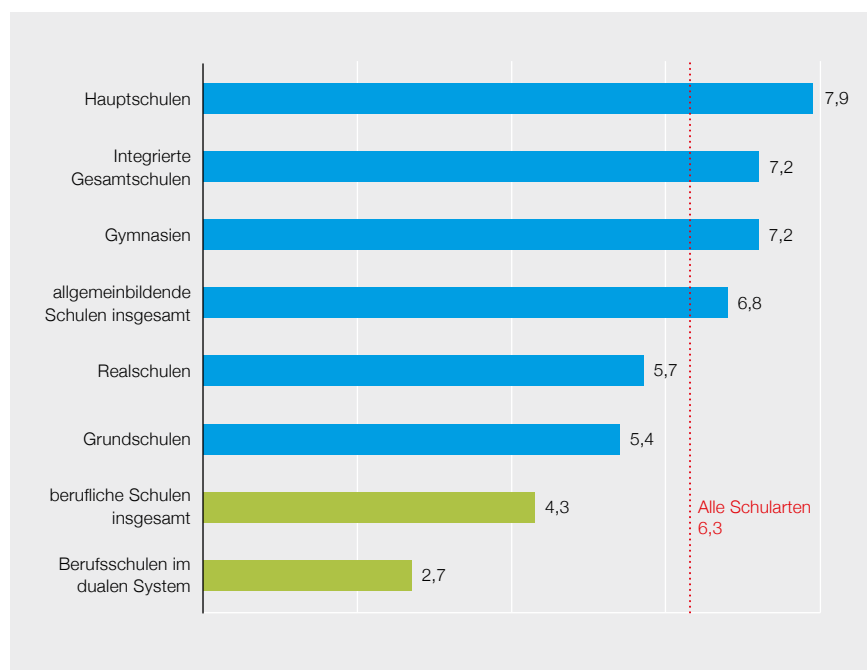
Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschlägen für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2012 bundesweit durchschnittlich 6 300 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Die Ausgaben je Schülerin und Schüler schwankten stark nach Schularten. So waren die allgemeinbildenden Schulen mit 6 800 Euro teurer als die beruflichen Schulen (4 300 Euro).

Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen lagen Grundschulen (5 400 Euro) und Realschulen (5 700 Euro) unter dem

► **Abb 6 Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2012 – in Tausend Euro**



► **Tab 3 Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler (BAföG)**

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag je Person
	Anzahl	in 1 000 Euro	in Euro je Monat
2004	191 684	698 068	303
2006	198 572	717 295	301
2008	192 130	741 180	321
2010	199 086	853 820	357
2012	189 936	912 949	401
2014	171 818	861 330	418

Durchschnitt, Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien mit jeweils 7 200 Euro und Hauptschulen mit 7 900 Euro darüber. Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 2 700 Euro je Schülerin und Schüler bei den Berufsschulen im dualen Ausbildungssystem sind auf den dort praktizierten Teilzeitunterricht zurückzuführen. ► [Abb 6](#)

Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2014 wurde durchschnittlich 172 000 Schülerinnen und Schülern eine Ausbildungsförderung gewährt. Darunter besuchten rund 86 000 eine Berufsfachschule und 22 000 eine Fachschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. Zwei Drittel (65 %) aller

► Info 1

»Schüler-BAföG«

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (zum Beispiel Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

Derzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse zehn und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts (nicht bei den Eltern) untergebrachte Schülerinnen und Schüler geleistet. »Schüler-BAföG« gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (etwa als staatlich geprüfte/r Technikerin/Techniker) vermitteln.

Schülerinnen und Schüler, die »Schüler-BAföG« erhielten, bekamen eine Vollförderung, also den Förderungshöchstbetrag. Ein Drittel (35 %) erhielt eine Teilförderung. Insgesamt wurden 861 Millionen Euro für die Schülerförderung aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler beziehungsweise eine geförderte Schülerin 418 Euro je Monat. ► [Info 1, Tab 3](#)

3.1.2 Der sozioökonomische Status der Schülerinnen und Schüler

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des Strukturwandels sowie der zunehmenden Technologisierung und Globalisierung rechnen viele Experten in naher Zukunft mit einem Fachkräftemangel. Diesem kann nur begegnet werden, wenn das Bildungsniveau der Bevölkerung weiter ansteigt und die Begabungsreserven ausgeschöpft werden, indem alle gesellschaftlichen Schichten die gleichen Zugangschancen zur Bildung erhalten.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg und die Bildungschancen von Kindern stark von ihrer sozialen Herkunft beziehungsweise dem Migrationshintergrund abhängen (Migration siehe Kapitel 2.1, Seite 51, Info 4). Auch die Schulwahl wird stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Ein wichtiger Indikator für den sozioöko-

nomischen Status von Kindern ist der Bildungsabschluss der Eltern, der aus dem Mikrozensus, einer jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung, hervorgeht (Mikrozensus siehe Kapitel 2.1, Seite 44, Info 1).

Im Jahr 2014 lebten 41 % der Kinder und Jugendlichen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchten, in Familien mit mindestens einem Elternteil, der Abitur oder Fachhochschulreife besaß. Ein Fünftel (19 %) der Eltern wies einen Hauptschulabschluss als höchsten allgemeinen Abschluss auf. Rund 4 % der Schülerinnen und Schüler lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen allgemeinen Schulabschluss vorweisen konnte. Betrachtet man den höchsten beruflichen Bildungsabschluss in der Familie, so wuchs ein Viertel (23 %) der Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen mindestens ein Elternteil einen Bachelor, Master oder ein Diplom besaß. Rund 13 % der Kinder lebten in Familien, in denen kein beruflicher Bildungsabschluss vorhanden war.

Die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten macht den Einfluss des familiären Hintergrunds deutlich. Generell gilt: Je höher der allgemeine oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien.

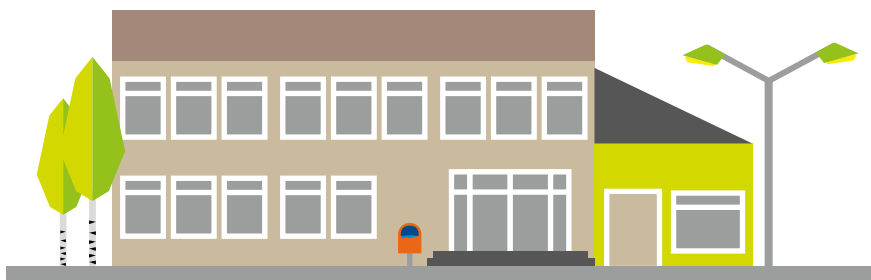
Nur 9 % der Gymnasiasten wuchsen in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss oder keinen allgemeinen Schulabschluss besaßen. An Hauptschulen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem sozialen Status mit 54 % sechsmal so hoch. Dagegen fanden sich an Gymnasien hauptsächlich Kinder, deren Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife aufwiesen (63 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 14 % vertreten. ▶ Tab 4

Ähnliche herkunftsbedingte Muster zeigt auch die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten anhand des höchsten beruflichen Bildungsabschlusses in der Familie.

Neben dem elterlichen Bildungsabschluss hat auch der Migrationshintergrund einen großen Einfluss auf die Art der besuchten Schule. Im Jahr 2014 wiesen insgesamt 31 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf. Die größte Herkunftsgruppe (7 %) waren türkischstämmige Schülerinnen und Schüler. Die deutlichsten Unterschiede der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut zwischen Hauptschulen und Gymnasien: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund war mit 48 % an Hauptschulen fast doppelt so hoch wie an Gymnasien (26 %). Die Zusammensetzung der Kinder mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen unterscheidet sich auch zwischen den Schularten deutlich. Schülerinnen und Schüler mit türkischen Wurzeln (14 %) bildeten an Hauptschulen mit Abstand die größte Herkunftsgruppe. Dagegen stammten die meisten Gymnasiasten mit Migrationshintergrund aus Staaten der Europäischen Union beziehungsweise aus sonstigen nicht europäischen Ländern. ▶ Tab 5

10,2 Mill.

Schülerinnen und Schüler besuchten im Jahr 2014 nach dem Mikrozensus deutsche Schulen.



► Tab 4 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinen Schulabschluss der Eltern 2014

	Insgesamt ¹	Höchster allgemeiner Schulabschluss der Eltern ²				Ohne allgemeinen Schul- abschluss ³
		Haupt- (Volks-) schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschul- reife	
	in 1 000	in %				
Grundschule	2 799	16,7	4,0	30,0	45,1	3,8
Hauptschule	445	43,8	2,6	28,4	14,5	10,0
Realschule	1 385	23,4	6,7	38,3	27,7	3,4
Gymnasium	2 513	7,2	5,3	23,2	62,5	1,4
Sonstige allgemeinbildende Schulen ⁴	1 408	22,4	8,5	29,5	33,5	5,8
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	61	40,5	/	30,6	16,1	8,4
Berufliche Schule, die zur Fach- hochschul-/Hochschulreife führt	254	21,7	4,4	35,5	33,7	4,3
Berufsschule	1 112	30,0	8,6	34,7	22,5	4,0
Sonstige berufliche Schulen ⁵	254	29,7	9,8	31,7	23,7	4,8
Insgesamt	10 229	19,3	5,9	30,0	40,6	3,8

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 16 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben sowie 20 000 Kinder, deren Eltern keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.

2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

3 Einschließlich Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch, beziehungsweise einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.

4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 5 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Migrationshintergrund 2014

	Insgesamt	Ohne Migrations- hintergrund	Mit Migrationshintergrund					
			ins- gesamt ¹	Herkunftsregion				
				Türkei	sonstige ehemalige Anwerbestaaten ²	sonstige Staaten der Europäischen Union	sonstige europäische Länder	sonstige nicht europäische Länder
	in 1 000	in %						
Grundschule	2 799	64,5	35,5	6,8	5,9	6,4	3,6	8,8
Hauptschule	445	52,2	47,8	14,0	9,7	6,9	4,4	9,8
Realschule	1 385	67,5	32,5	7,6	6,1	5,7	3,1	6,9
Gymnasium	2 513	73,6	26,4	4,5	4,0	5,7	2,7	6,9
Sonstige allgemeinbildende Schulen ³	1 408	69,7	30,3	7,8	5,4	4,7	2,5	7,7
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	61	55,6	44,4	13,9	11,1	/	/	9,0
Berufliche Schule, die zur Fach- hochschul-/Hochschulreife führt	254	66,7	33,3	9,9	5,8	4,8	3,4	7,1
Berufsschule	1 112	75,0	25,0	6,7	5,2	4,0	2,6	5,0
Sonstige berufliche Schulen ⁴	254	72,3	27,7	7,6	6,1	4,9	2,5	5,4
Insgesamt	10 229	68,7	31,3	6,9	5,5	5,6	3,1	7,4

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 291 000 Personen ohne Angabe zur Herkunftsregion.

2 Das ehemalige Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien sowie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

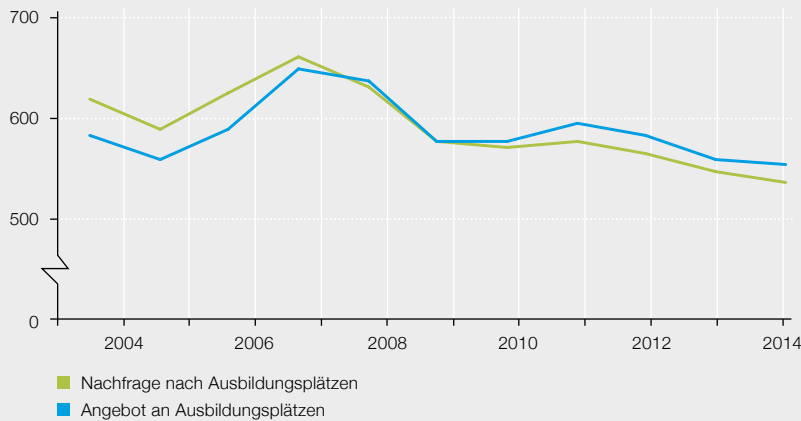
3 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

4 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Abb 7 Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen – in Tausend**



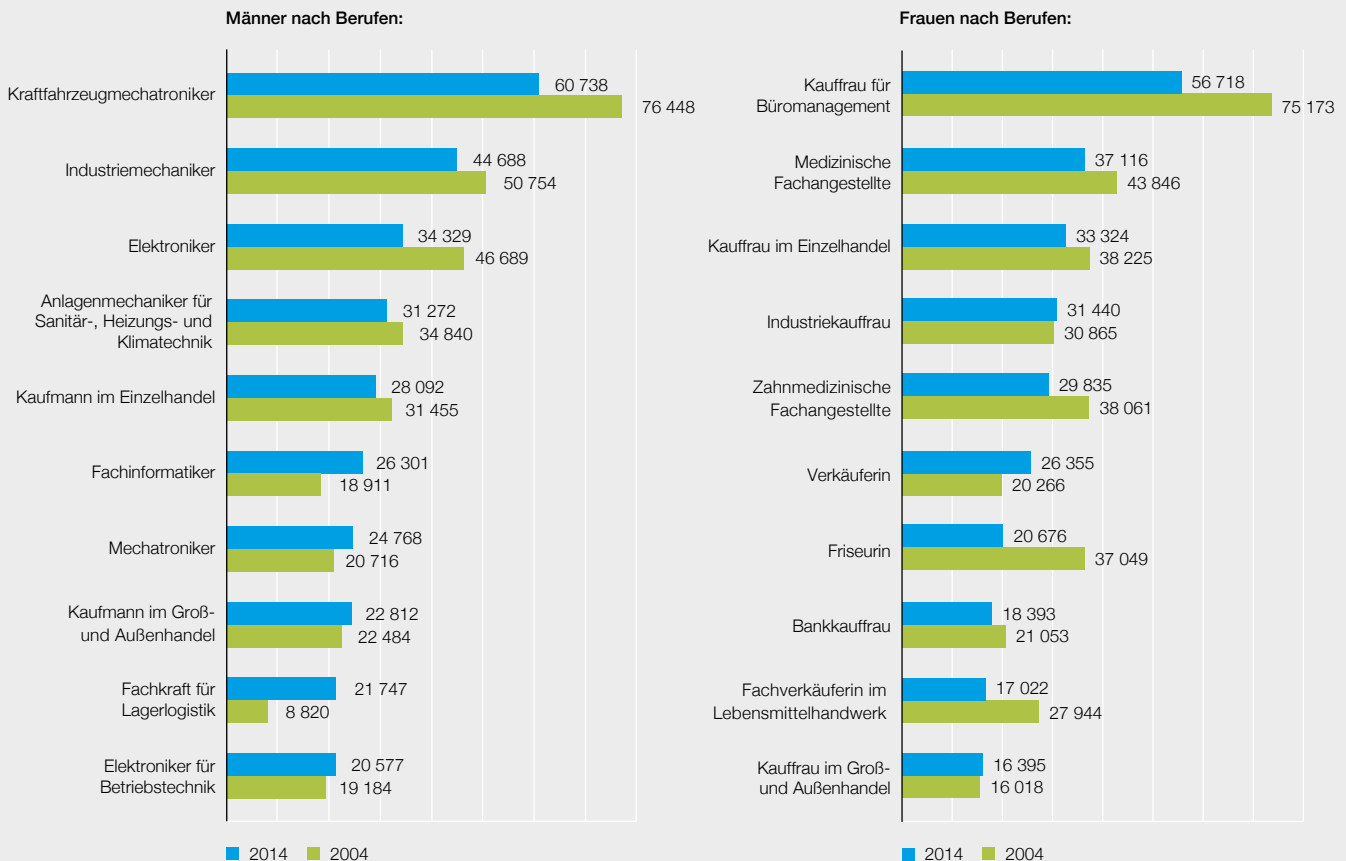
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3.1.3 Betriebliche Berufsausbildung

Im dualen Ausbildungssystem besuchen Jugendliche die Berufsschule und werden zusätzlich aufgrund der mit den auszubildenden Stellen beziehungsweise Betrieben abgeschlossenen Ausbildungsverträge auch praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Dieses System hat den Vorteil, dass theoretischer und praktischer Lernstoff verknüpft wird. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Das System ist im deutschsprachigen Raum sehr stark verbreitet.

Im Jahr 2014 haben rund 518 000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag neu abgeschlossen. Das sind etwa 7 500 Verträge weniger als im Vorjahr. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2009

► **Abb 8 Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen**



führte auch in Deutschland zu einem Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes. Da gleichzeitig demografiebedingt die Zahl der Jugendlichen sank, die an einer Ausbildungsstelle interessiert sind, führte dies im Ergebnis zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. ▶ [Abb 7](#)

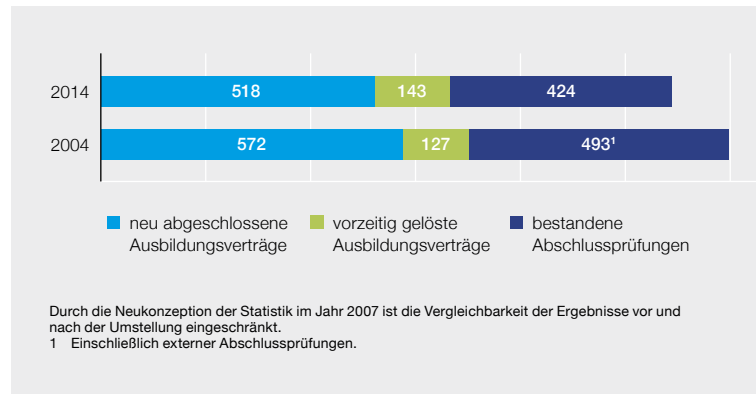
Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen ab, unter anderem auch von den erreichten Schulabschlüssen. Von den Jugendlichen, die 2014 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen ein Viertel (26 %) Abitur oder Fachhochschulreife. Mehr als zwei Fünftel (42 %) verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss und 32 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr einer von zehn Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag (9 %), hatte vor Abschluss des Ausbildungsvertrages an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung teilgenommen. Dabei werden zum Beispiel durch den Besuch einer Berufsfachschule, eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres oder Berufsvorbereitungsjahres, die Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss verbessert oder die Zeit bis zur nächsten Bewerbungsrunde im folgenden Jahr überbrückt.

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ließ deutliche Schwerpunkte erkennen: Im Jahr 2014 konzentrierten sich 38 % der Ausbildungsplätze männlicher und 55 % der Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils zehn von insgesamt 328 anerkannten Ausbildungsberufen. Bei den jungen Männern rangierte der Beruf des Kraftfahrzeugmechatikers mit 7 % der männlichen Auszubildenden in der Beliebtheitskala eindeutig an erster Stelle. Dann folgten die Berufe Industriemechaniker (5 %) und Elektroniker (4 %). Bei den jungen Frauen waren die Berufe Kauffrau für Büromanagement (11 %), Medizinische Fachangestellte (7 %) und Kauffrau im Ein-

zelhandel (6 %) am stärksten besetzt. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen Ausbildungssystem häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie zum Beispiel Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt. Da die Wahl des Ausbildungsberufes stark von den am Ausbildungsmarkt vorhandenen Stellen abhängt, kann man bei den genannten, am stärksten besetzten Berufen nicht zwingend von den »beliebtesten Berufen« sprechen. ▶ [Abb 8](#)

Von den 1,36 Millionen Jugendlichen, die sich 2014 in einer Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem befanden, waren rund 83 000 Ausländerinnen beziehungsweise Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er-Jahre von 8 % auf 6 % im Jahr 2014 gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen (2014: 9 %) waren Ausländerinnen und Ausländer im dualen System unterrepräsentiert. Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 2014 etwa 35 % einen türkischen Pass, 13 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, 9 % die italienische und 4 % die griechische Staatsangehörigkeit.

▶ **Abb 9 Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen – in Tausend**



Nicht alle Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen, bringen diese auch zum Abschluss. Ein Viertel (25 %) löste den Ausbildungsvertrag 2014 vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Die Gründe für diese vorzeitigen Lösungen können bei dem beziehungsweise der Auszubildenden liegen, bedingt zum Beispiel durch einen Betriebs- oder Berufswechsel. Ebenso gibt es Gründe auf Ausbilderseite, etwa bei Aufgabe des Betriebes oder Wegfall der Ausbildungsstelle. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System.

Im Jahr 2014 haben rund 424 000 Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendet. Im dualen Ausbildungssystem können diese Prüfungen zwei Mal wiederholt werden. Rund 90 % der Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben die Prüfung bestanden. ▶ [Abb 9](#)

3.1.4 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit

ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2014/2015 gab es in Deutschland insgesamt 427 staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 181 Universitäten (einschließlich Theologischer und Pädagogischer Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 246 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen).

Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger

Angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung wurden Mitte der 1960er-Jahre die Hochschulen breiteren Schichten geöffnet. Im Wintersemester 1964/1965 gab es beispielsweise an den Hochschulen im früheren Bundesgebiet 305 000 Studierende. Seitdem sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang angestiegen. Sie erreichten im Wintersemester 1994/1995 mit 1 872 000 Studierenden einen zwischenzeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Eingeschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte. Im Wintersemester 2003/2004 erreichte die Studierendenzahl mit mehr als 2 Millionen einen neuen Rekordwert. In den nachfolgenden Jahren sank sie wieder leicht unter die Zwei-Millionen-Marke und erreichte diese dann erneut im Wintersemester 2008/2009. Im Wintersemester 2014/2015 waren mit rund 2,7 Millionen Studierenden so viele wie nie zuvor an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

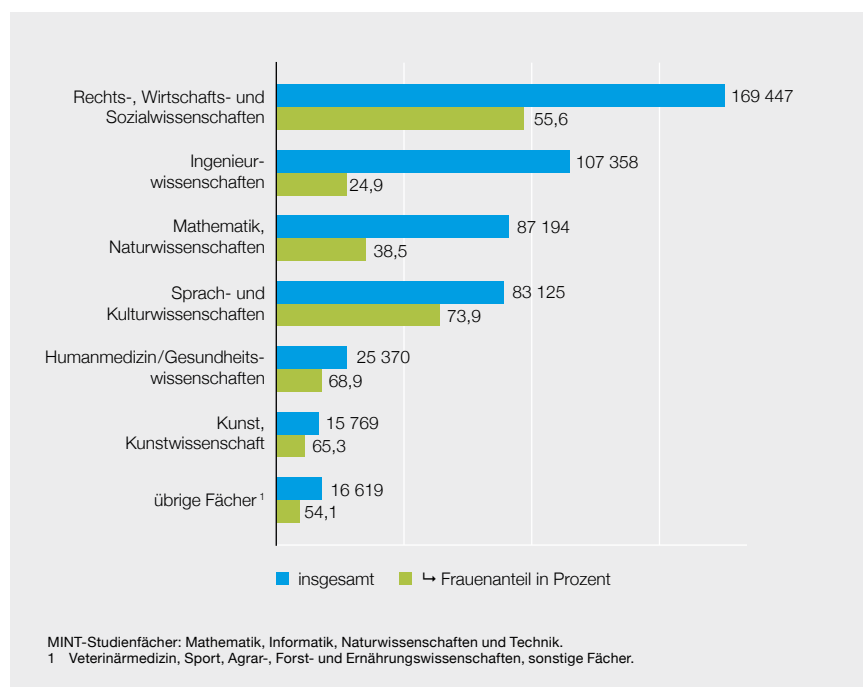
Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger stieg bis zum Studienjahr 2003 kontinuierlich an, ging in den Studienjahren 2004 bis 2006 zunächst zurück und erhöhte sich erneut in den Folgejahren. Im Jahr 2011 erreichte die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger mit 519 000 ihren Höchstpunkt, sank 2012 erneut ab und stieg dann wieder leicht an. Insgesamt schrieben sich im Studienjahr 2014, das heißt im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester, rund 505 000 Studienanfängerinnen und -anfänger an deutschen Hochschulen ein. ▶ Tab 6

▶ Tab 6 Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger – in Tausend

	Insgesamt		Universitäten		Fachhochschulen	
	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS
2004	1 964	359	1 373	235	524	119
2009	2 121	424	1 449	258	673	166
2012	2 499	495	1 674	295	826	200
2013	2 617	509	1 737	302	880	206
2014	2 699	505	1 733	288	931	211

Studierende im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsesemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

▶ Abb 10 Studienanfängerinnen und -anfänger (erstes Hochschulsesemester) nach Fächergruppen im Studienjahr 2014



Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst: von den persönlichen Interessen der Studienanfängerinnen und -anfänger, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (zum Beispiel Numerus-Clausus-Regelungen und hochschulinterne Zulassungsverfahren). Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und

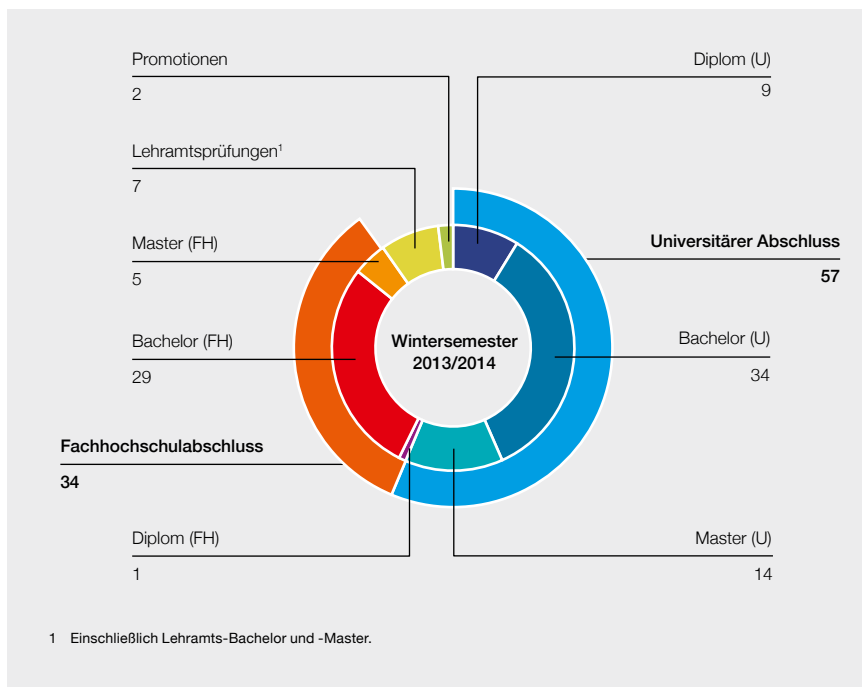
künftig erwarteten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. Die meisten Erstsemester (34 %) schrieben sich 2014 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Dies war bereits vor zehn Jahren mit 32 % der Erstsemester der Fall. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger in den Ingenieurwissenschaften 21 %, was einen Anstieg um fast 3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2004 be-

► Info 2

Der Bologna-Prozess

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsministerinnen und -minister aus 29 europäischen Ländern die sogenannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollten. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollten Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen innerhalb Europas mobiler und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden.

► **Abb 11 Studienanfängerinnen und -anfänger (erstes Fachsemester) nach angestrebtem Abschluss, Wintersemester 2014/15 – in Prozent**



deutete. Auf die Fächergruppe Mathematik/ Naturwissenschaften entfiel 2014 ein Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger von 17%. Er sank in den letzten zehn Jahren leicht um 1 Prozentpunkt. Das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (16% im Jahr 2014) ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre um 4 Prozentpunkte gesunken.

Im Jahr 2014 war die Hälfte (50%) der Studienanfänger Frauen. Die Frauenanteile variierten allerdings je nach fachli-

cher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Veterinärmedizin (82%), Sprach- und Kulturwissenschaften (74%), Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (69%) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (65%) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 56% nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Inge-

nieurwissenschaften (25%) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. ► [Abb 10](#)

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnet sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzt sich bei der Zahl der Studierenden fort und wirkt sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen hat seit 1999 erhebliche Fortschritte gemacht. ► [Info 2](#)

Im Wintersemester 2014/2015 begannen 81% der Studienanfängerinnen und -anfänger (im ersten Fachsemester) ein Bachelor- oder Masterstudium (ohne Lehramts-Bachelor und -Master). Rund 34% (228 000) aller Studienanfängerinnen und -anfänger strebten einen Bachelorabschluss an einer Universität an, 14% (93 000) einen Masterabschluss. Nur noch 9% (59 000) aller Studienanfänger begannen ein Diplomstudium an einer Universität, knapp 1% (6 000) an einer Fachhochschule. Rund 29% (193 000) der Studienanfängerinnen und -anfänger strebten den Bachelorabschluss an der Fachhochschule an und 5% (33 000) den Masterabschluss. ► [Abb 11](#)

Hochschulabsolventinnen und -absolventen

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen stieg seit 2001 kontinuierlich an und erreichte 2014 mit 461 000 den aktuellen Höchststand. Mehr als die Hälfte (51%) der im Jahr 2014 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben.

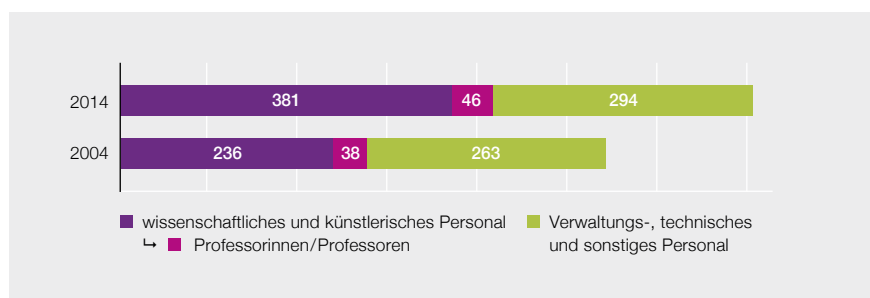
Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2014 erwarben 50% (229 000) einen Bachelorabschluss und weitere 21% (97 000) einen Masterabschluss. Knapp 11% (51 000) der erfolgreichen Prüfungsteilnehmer verließen die Hochschule mit einem Universitätsdiplom und 3% (12 000) mit einem traditionellen Fachhochschulabschluss. Den Dokortitel erlangten rund 6% (28 000)

► **Tab 7 Bestandene Prüfungen an Hochschulen – in Tausend**

	Ins- gesamt	Darunter					
		Universitärer Abschluss ¹	Promo- tionen	Lehramts- prüfungen	Fachhoch- schul- abschluss ²	Bachelor- abschluss	Master- abschluss
2004	231	98	23	23	76	6	6
2009	339	112	25	36	73	72	21
2012	413	80	27	39	26	183	59
2013	436	64	28	42	17	207	78
2014	461	51	28	43	12	229	97

1 Einschließlich der Prüfungsgruppen »Künstlerischer Abschluss« und »Sonstiger Abschluss«; ohne Lehramts-, Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

► **Abb 12 Hochschulpersonal – in Tausend**

der Absolventinnen und Absolventen und weitere 9 % (43 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. ► [Tab 7](#)

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2014 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 24 Jahre alt. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Die Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, schlossen ihr Studium im Prüfungsjahr 2014 in 13 Fachsemestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Durchschnitt acht Semester bis zum ersten Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei sieben Semestern. Bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, betrug diese ebenfalls sieben Semester.

Das Masterstudium baut auf ein vorangegangenes Studium – in der Regel das Bachelorstudium – auf. Die mittlere Ge-

samtstudiendauer bei Masterabsolventinnen und -absolventen lag bei zehn Semestern, wobei diese Dauer auch die im Bachelorstudium verbrachten Semester umfasst.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Im Jahr 2014 waren rund 675 000 Menschen an deutschen Hochschulen beschäftigt, davon zählten über die Hälfte (381 000) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Zu beachten ist, dass das Hochschulpersonal nicht nur lehrt, sondern in einem beträchtlichen Umfang Aufgaben in den Bereichen Krankenbehandlung (Universitätskliniken) sowie Forschung und Entwicklung wahrnimmt. Etwas weniger als die Hälfte der Beschäftigten (294 000) war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. Fast zwei Drittel (62 %) des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Perso-

nal setzt sich zusammen aus Professorinnen und Professoren, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessorinnen und -professoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. ► [Abb 12](#)

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 35 % zugenommen. Das wissenschaftliche und künstlerische Personal wuchs im gleichen Zeitraum sogar um insgesamt 61 % (145 000). In der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals erhöhte sich die Zahl der Professorinnen und Professoren seit 2004 um 19 %. Deutlichere Zuwächse (+ 67 %) waren in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zu verzeichnen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals von 30 % im Jahr 2004 auf 38 % im Jahr 2014 gestiegen.

Die Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahr 2014 waren 145 000 Personen in dieser Gruppe beschäftigt. Im Jahr 2004 waren es noch 72 000 gewesen. Der Zuwachs ist vor allem auf die wachsende Zahl der Lehrbeauftragten zurückzuführen (+ 85 %), die seit 2004 von 53 000 auf 99 000 im Jahr 2014 gewachsen ist. Aber auch die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte hat sich fast verdreifacht: von 17 000 im Jahr 2004 auf 44 000 im Jahr 2014.

Der Bereich des Verwaltungs- sowie technischen und sonstigen Personals hat sich in den letzten zehn Jahren nur geringfügig erhöht und lag im Jahr 2014 bei rund 294 000 Personen (+ 12 %).

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2013 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 46,3 Milliarden Euro aus. Die Ausgaben

setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die Ausgaben der Hochschulen werden in besonderem Maße durch die Fächerstruktur bestimmt. Rund 45 % der Ausgaben entfielen auf die medizinischen Einrichtungen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin beziehungsweise Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2013/2014 aber nur bei knapp 6 %. Demgegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften zusammen im Jahr 2012 etwa die Hälfte (rund 49 %) aller Studierenden eingeschrieben. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich betrug allerdings lediglich gut 11 %.

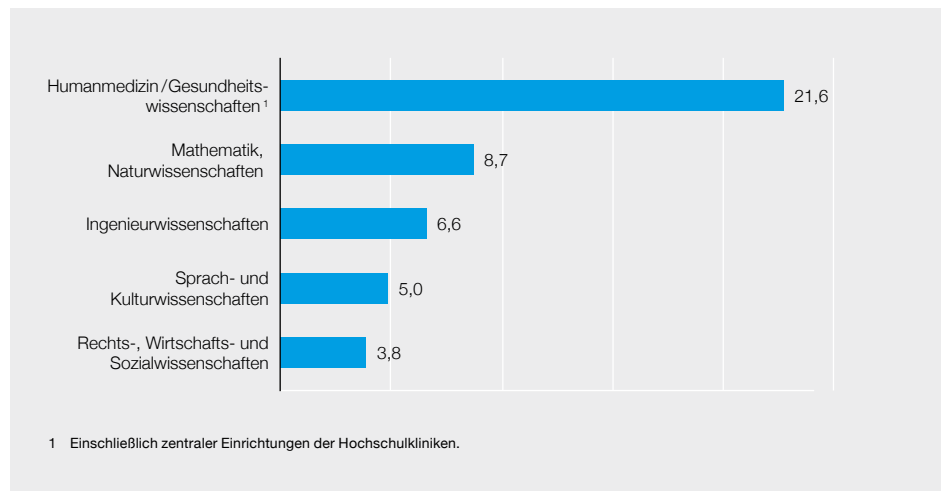
Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (sogenannte Grundmittel), andererseits durch Verwaltungseinnahmen sowie durch Drittmittel, die primär für Forschungszwecke eingeworben werden. Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Im Jahr 2013 betrugen die laufenden Ausgaben (Grundmittel) an deutschen Hochschulen durchschnittlich 6 900 Euro je Studierenden.

Die laufenden Zuschüsse waren in den Fächergruppen unterschiedlich. Sie differierten im Jahr 2013 zwischen 3 800 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 21 600 Euro je Studierenden der Humanmedizin beziehungsweise Gesundheitswissenschaften. ▶ [Abb 13](#)

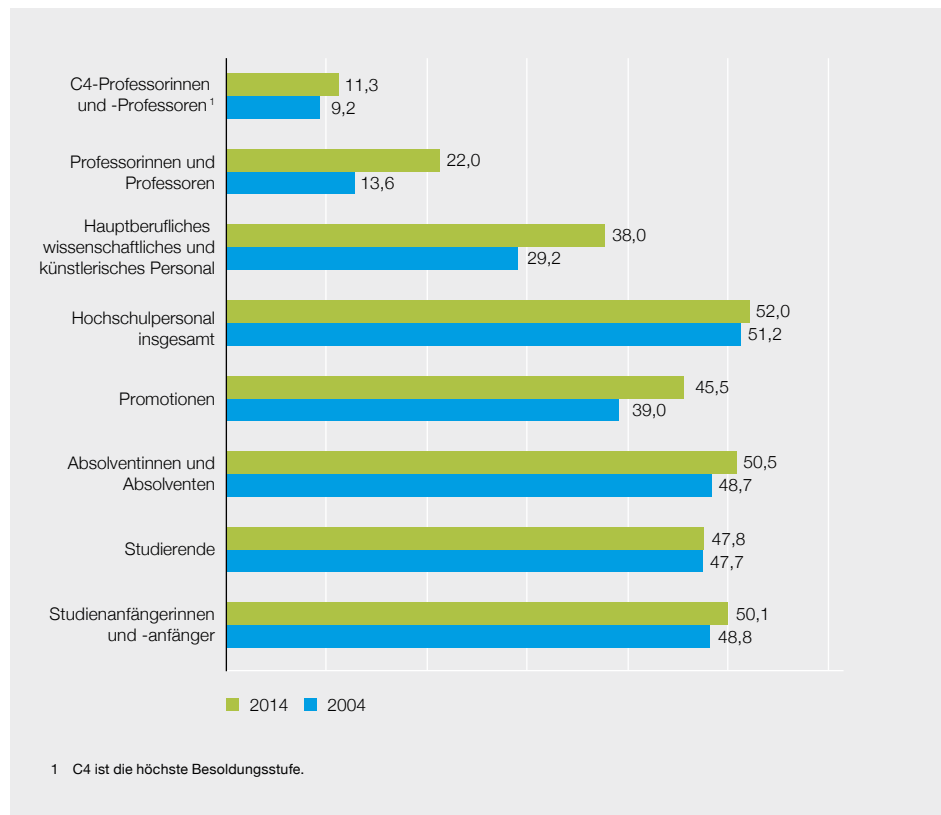
Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur

▶ **Abb 13 Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden nach Fächergruppen 2013 – in Tausend Euro**



▶ **Abb 14 Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn – in Prozent**

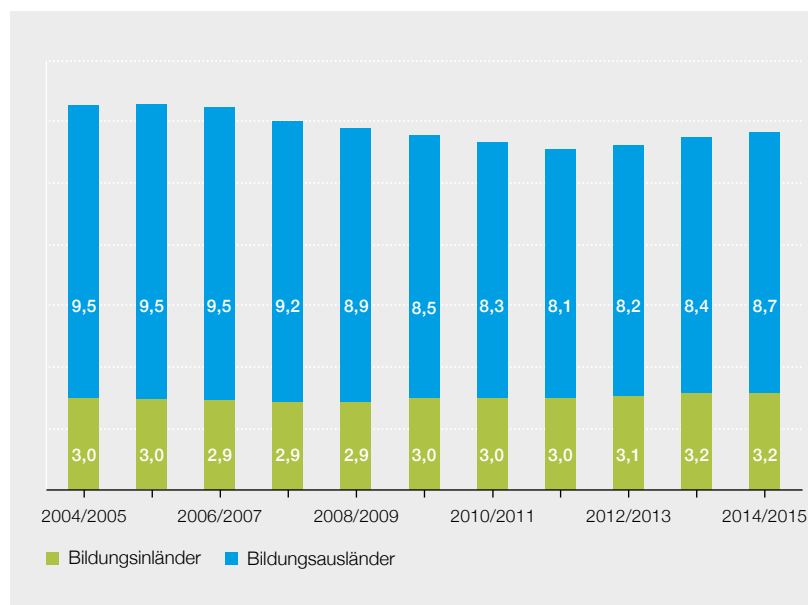


akademischen Ausbildung abgebaut: Die Hälfte (50 %) der Studierenden im ersten Hochschulsemester und etwas über die Hälfte (51 %) der Hochschulabsolventen im Jahr 2014 waren weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2014 immerhin bereits 45 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 28 %.

Rund 52 % der im Jahr 2014 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (351 000), was in etwa dem Frauenanteil (51 %) an der Gesamtbevölkerung entspricht. Im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 38 %. Unter der Professorenenschaft ist der Frauenanteil traditionell niedrig. In den vergangenen zehn Jahren ist er aber deutlich angestiegen und erreichte 2014 mit 22 % einen Höchstwert. In der bestbezahlten Besoldungsstufe der Professoren (C4) lag der Anteil der Professorinnen bei 11 %. ▶ [Abb 14](#)

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zur Professorin beziehungsweise zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen. Aufgrund des Facharbeitskräftemangels im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften ist absehbar, dass sich die Nachfrage nach promovierten und

▶ **Abb 15** Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt – in Prozent



habilitierten Akademikern in Zukunft insbesondere auf die Fächergruppen konzentrieren wird, die bislang die niedrigsten Frauenanteile in der Gruppe des wissenschaftlichen Nachwuchses aufweisen.

Ausländische Studierende

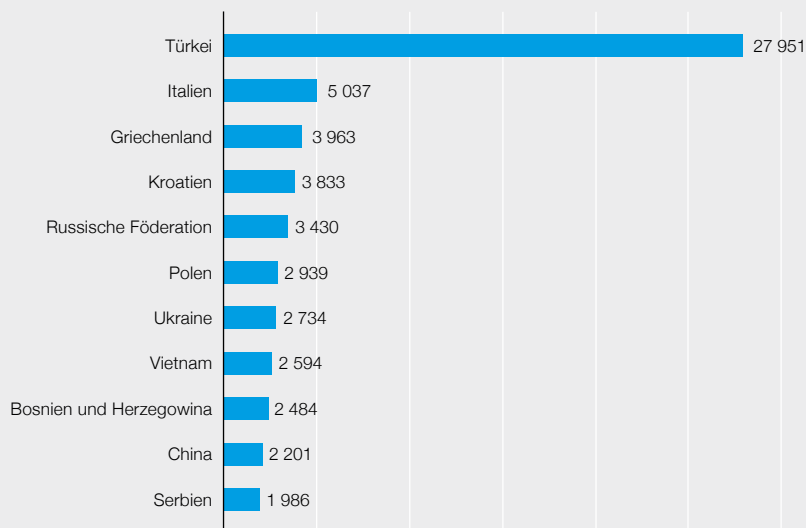
Im Wintersemester 2014/2015 waren an deutschen Hochschulen 322 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden hatte im Wintersemester 2005/2006 mit fast 13 % einen Höchststand erreicht und ist zum Wintersemester 2014/2015 leicht gesunken (12 %). ▶ [Abb 15](#)

Von den insgesamt 322 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität waren 85 700 (27 %) sogenannte Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländern bildeten Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (28 000), gefolgt von 5 000 Studierenden mit italienischer Herkunft und 4 000 Studierenden mit griechischer Herkunft.

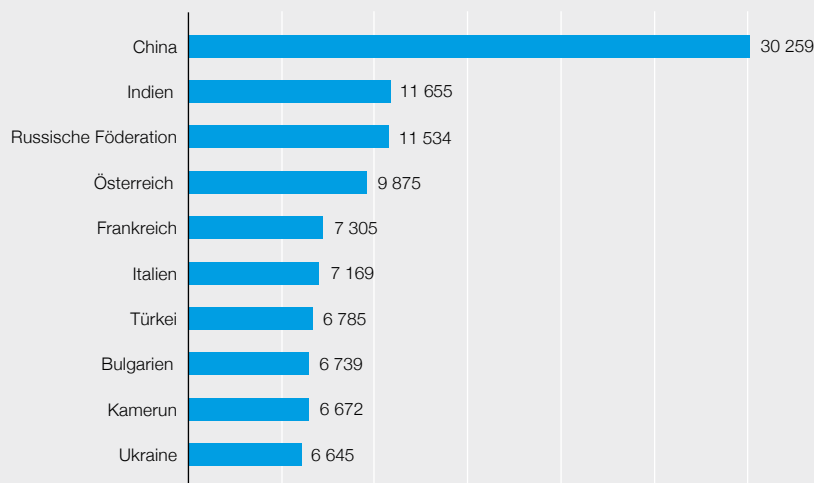
An der Gesamtzahl der Studierenden hatten die Studierenden ausländischer Nationalität (Bildungsinländer) nur einen Anteil von 3 %, obwohl der Ausländeranteil in Deutschland bei insgesamt 9 % lag. Deutsche Studierende mit Migrationshintergrund können allerdings in der Studierendenstatistik nicht gesondert nachgewiesen werden. ▶ [Abb 16](#)

Bei den sogenannten Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hat im Wintersemester 2005/2006 den

► **Abb 16** Bildungsinländerinnen und -inländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2014/2015



► **Abb 17** Bildungsausländerinnen und -ausländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2014/2015



► Info 3

»Studierenden-BAföG«

Ausbildungsförderung für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt. Im Hochschulbereich wird die Ausbildungsförderung je zur Hälfte als Zuschuss und als unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichem Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, zum Beispiel nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden mit fast 10% (189 500) Bildungsausländern erreicht und war seitdem leicht rückläufig. Im Wintersemester 2014/2015 gab es einen Höchststand mit rund 236 000 Bildungsausländern an deutschen Hochschulen. Aufgrund der stark gestiegenen Gesamtzahl der Studierenden entsprach dies jedoch nur einem Anteil von 9%. Die meisten ausländischen Nachwuchssakademiker kamen im Wintersemester 2014/2015 aus China (30 300), gefolgt von Indien mit 11 700 Studierenden und der Russischen Föderation mit 11 500 Studierenden. ► [Abb 17](#)

Auch für deutsche Studierende ist ein Studium im Ausland attraktiv. Im Jahr 2013 waren etwa 134 500 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Die beliebtesten Zielländer waren Österreich mit 20% aller deutschen Studierenden im Ausland, die Niederlande mit 17% sowie das Vereinigte Königreich mit 12% und die Schweiz mit 11%. In diesen vier Ländern zusammen lebten damit 60% der im Ausland studierenden Deutschen.

Ausbildungsförderung für Studierende

Von den durchschnittlich 425 000 geförderten Studierenden im Jahr 2014 waren 280 000 an Universitäten und 139 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. Rund 62% aller geförderten Studierenden erhielten nur eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn die Einkommen der Geförderten oder ihrer Eltern festgelegte Grenzen übersteigen. Rund 38% der Geförderten erhielten eine Vollförderung, also den maximalen Förderungsbetrag. ► [Info 3](#)

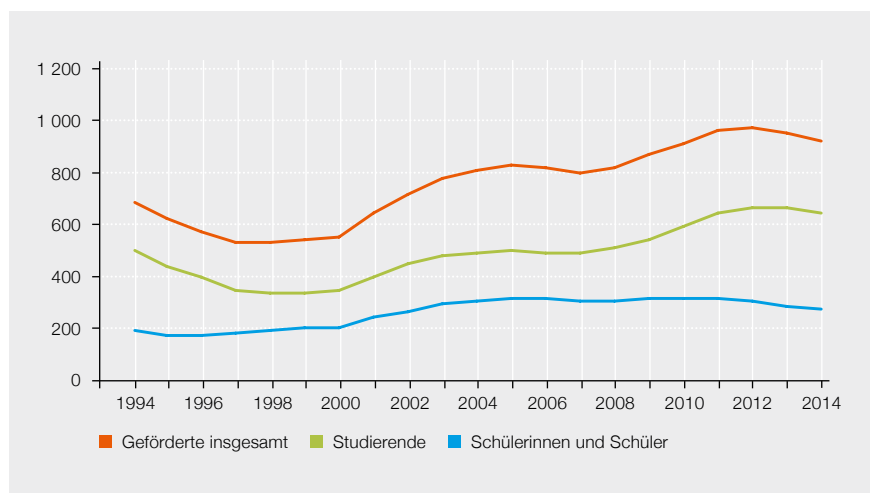
Insgesamt wurden von Bund und Ländern für die Studierendenförderung 2,28 Milliarden Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt in Deutschland ein geförderter Student beziehungsweise eine geförderte Studentin 448 Euro im Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2014 um 25% höher als 2004. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand für die Studienförderung um 51%. ► [Tab 8](#), [Abb 18](#)

► **Tab 8** Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

	Geförderte ¹ (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag je Person
	Anzahl	in 1 000 Euro	in Euro je Monat
Studierende			
2004	339 935	1 513 641	371
2006	341 740	1 538 770	375
2008	332 853	1 590 638	398
2010	385 736	2 019 078	436
2012	440 228	2 365 026	448
2014	424 562	2 280 748	448
BAföG-Empfänger insgesamt (einschließlich Schülerinnen und Schülern)			
2004	531 629	2 211 763	347
2006	540 329	2 256 143	348
2008	525 003	2 331 918	370
2010	584 850	2 873 065	409
2012	630 164	3 277 975	433
2014	596 380	3 142 077	439

¹ Da sich die Förderung zum Teil nicht über das ganze Jahr erstreckt, liegt der Monatsdurchschnitt niedriger als die Gesamtzahl der Geförderten in Abb 18.

► **Abb 18** Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) — in Tausend



► Info 4

Lebenslanges Lernen

Seit 1979 wurde in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-Jährigen unter dem Titel Berichtssystem Weiterbildung (BSW) durchgeführt. Bei der Erhebung 2007 wurde das nationale Konzept mit dem neuen Konzept des europäischen Adult Education Surveys (AES) kombiniert. Seit der rein nationalen Erhebungsrunde 2010 wird ausschließlich das AES-Konzept herangezogen. Dies bedeutet, dass die Erhebung zusätzlich auch die 18-Jährigen einbezieht. Der deutsche AES 2012 war Teil der ersten verpflichtenden europäischen Befragung; letztere findet nunmehr alle fünf Jahre statt, das nächste Mal 2016. Etwa in der Mitte zwischen den europäischen Erhebungsrunden gibt es jeweils einen rein deutschen AES, so auch 2014.

3.1.5 Lebenslanges Lernen

Viele Erwerbstätige müssen damit rechnen, ihren ursprünglich erlernten Beruf in einer Zeit raschen technologischen Wandels nicht ein Leben lang ausüben zu können. Lebenslanges Lernen ist erforderlich, um mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, um auch künftig Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Lernaktivitäten im Erwachsenenalter

Der Adult Education Survey erhebt unter anderem Informationen über drei Lernformen im Erwachsenenalter: die formale Bildung (reguläre Bildungsgänge an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen und Hochschulen), die nicht formale Bildung (im Folgenden als Weiterbildung bezeichnet) und das informelle Lernen. Bei der Weiterbildung wird zwischen betrieblicher Weiterbildung, individueller berufsbezogener Weiterbildung und nicht berufsbezogener Weiterbildung unterschieden. Das informelle Lernen wurde im Adult Education Survey 2014 über die Frage erfasst, ob man sich selbst bewusst etwas beigebracht habe, sei es in der Arbeitszeit oder in der Freizeit, allein oder zusammen mit anderen. Die Tabelle 9 zeigt die Teilnahmequoten der drei erfassten Lernformen. ► [Tab 9, Info 4](#)

Rund 12 % der 18- bis 64-Jährigen besuchten in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung wenigstens einen regulären Bildungsgang an einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule, einer Hochschule oder waren in einer Berufsausbildung. An wenigstens einer Weiterbildungsaktivität nahmen 51 % der Befragten teil. Im Bereich der betrieblichen Weiterbildung liegt die Teilnahmequote am höchsten (37 %), gefolgt von der nicht berufsbezogenen (12 %) und der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung (9 %). Sich selbst bewusst etwas beigebracht, also informell gelernt, haben 54 %. Insgesamt sind 73 % der 18- bis 64-Jährigen »lernaktiv«, das heißt sie haben an

mindestens einer der drei Lernformen teilgenommen. Rund 56 % haben an mindestens einer der beiden organisierten Lernformen teilgenommen und sind somit »bildungsaktiv«.

Erwerbstätige beteiligen sich am häufigsten an Weiterbildung. Von ihnen haben 58 % an mindestens einer Weiterbildungsaktivität teilgenommen, gefolgt von Personen in einer schulischen/beruflichen Bildungsphase (54 %), Arbeitslosen (32 %) und sonstigen Nichterwerbstätigen (25 %).

Die Weiterbildungsquote der Frauen lag mit 50 % etwa so hoch wie die der Männer (52 %). Dabei beteiligen sich Frauen mehr an nicht berufsbezogener Weiterbildung (15 % gegenüber 10 %) und weniger an betrieblicher Weiterbildung (34 % gegenüber 40 %). Die niedrigere Teilnahme von Frauen an betrieblicher Weiterbildung ist vor allem auf die verschiedenartigen Erwerbssituationen von Männern und Frauen zurückzuführen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen nahmen auch im Beobachtungszeitraum des Adult Education Survey 2014 deutlich häufiger an Weiterbildung teil als Geringqualifizierte. So bildeten sich 67 % der Akademikerinnen und Akademiker weiter, aber nur 39 % der Personen ohne beruflichen Abschluss.

Die Teilnahme an regulären Bildungsgängen konzentrierte sich stark auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (67 %) und – in schwächerem Ausmaß – auf die der 25- bis 34-Jährigen (14 %). In den älteren Vergleichsgruppen liegt die Teilnahmequote an regulären Bildungsgängen in den letzten zwölf Monaten dagegen jeweils bei höchstens 3 %. Bei der Weiterbildung sind die altersmäßigen Unterschiede geringer. Erst in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen ist eine geringere Weiterbildungsbeteiligung zu beobachten. Beim informellen Lernen unterscheiden sich die Altersgruppen bezüglich der Teilnahme kaum. ▶ Tab 10

Aufstiegsfortbildungsförderung

Im Jahr 2014 erhielten 172 000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) oder auch

▶ Tab 9 Teilnahme an Lernformen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung (Adult Education Survey 2014) – in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

	Insgesamt	Männer	Frauen
Formale Bildung (reguläre Bildungsgänge)	12	12	12
Nicht formale Bildung (Weiterbildung)	51	52	50
↳ Betriebliche Weiterbildung	37	40	34
↳ Individuelle berufsbezogene Weiterbildung	9	9	10
↳ Nicht berufsbezogene Weiterbildung	12	10	15
Informelles Lernen (sich selbst etwas beibringen)	54	55	53
Lernaktive (Teilnahmequote insgesamt) ¹	73	75	72
Bildungsaktive (Formale und non-formale Bildung) ²	56	57	55

¹ Teilnahme an mindestens einer der drei Lernformen.

² Teilnahme an mindestens einer der beiden organisierten Lernformen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Zusatzauswertungen von TNS Infratest Sozialforschung

▶ Tab 10 Teilnahme an Lernformen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung nach Alter (Adult Education Survey 2014) – in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe

Im Alter von ... bis ... Jahren	Formale Bildung (reguläre Bildungsgänge)	Nicht formale Bildung (Weiterbildung)	Informelles Lernen/Selbstlernen	Lernaktive ¹	Bildungsaktive ²
18–24	67	50	53	87	80
25–34	14	58	58	77	63
35–44	3	53	56	74	54
45–54	1	53	53	70	53
55–64	1	39	52	64	39
Insgesamt	12	51	54	73	56

¹ Teilnahme an mindestens einer der drei Lernformen.

² Teilnahme an mindestens einer der beiden organisierten Lernformen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Zusatzauswertungen von TNS Infratest Sozialforschung

kurz »Meister-BAföG« genannt. Dies war gegenüber 2004 ein Anstieg von rund 29 %. Ursächlich hierfür sind unter anderem zwei Änderungsgesetze, die die Förderbedingungen und die Förderleistungen verbessert haben. Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz können Personen gefördert werden, die sich nach abgeschlossener Erstausbildung auf einen Fortbildungsabschluss, zum Beispiel zum Handwerksmeister oder Fachwirt, vorbereiten. Diese Förderung

wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (68 %), nur 32 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2014 insgesamt 588 Millionen Euro (als Darlehen 397 Millionen und als Zuschuss 190 Millionen Euro). Rund 75 000 (44 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 29 % Frauen und 71 % Männer. Eine Teilzeitfortbildung machten 97 000 Geförderte, davon 34 % Frauen und 66 % Männer. Die Geförderten waren überwiegend

► Info 5

Aufstiegsförderung »Meister-BAföG«

Die Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Diese Förderung, auch »Meister-BAföG« genannt, wurde 1996 eingeführt. Das Gesetz gewährt allen Fachkräften einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der Freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen, zum Beispiel nach der Handwerksordnung, vorbereiten. Hierzu gehören auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Die Leistungen für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestehen aus einem sogenannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) bis zu einer Höhe von 10 226 Euro, der mit einem Anteil von 30,5 % als Zuschuss und im Übrigen als Darlehen gewährt wird. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Kinderbetreuung erhalten.

► Tab 11 Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	Zuschuss	Darlehen
	Anzahl	in 1 000 Euro		
2004	133 018	378 563	121 427	257 135
2006	135 915	369 045	108 788	260 257
2008	139 520	381 658	114 257	267 401
2010	166 395	518 674	164 850	353 823
2012	168 284	545 920	176 203	369 717
2014	171 815	587 588	190 146	397 442

Bildungsstand der Bevölkerung mit erstmaligem Zuzug ab 2010

Nach dem Mikrozensus 2014 verfügten rund 90 % der 25- bis 34-Jährigen Personen mit erstmaligem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland zwischen 2010 und 2014 über einen allgemeinen Schulabschluss. Besonders häufig hatten diese Personen die Schule mit dem Erwerb einer Studienberechtigung abgeschlossen (62%). Knapp 9% der zugezogenen Personen hatten die Schule ohne Abschluss verlassen. In der Gesamtbevölkerung besaßen rund 96% der 25- bis 34-Jährigen einen Schulabschluss. Der Anteil der Personen mit Studienberechtigung (46%) ist, wie auch der Anteil der Personen ohne Schulabschluss (3%), in der Gesamtbevölkerung niedriger als bei den Zugezogenen.

Betrachtet man die beruflichen Bildungsabschlüsse, waren besonders viele Personen mit erstmaligem Zuzug ab 2010 Akademiker: Insgesamt verfügten gut 42% der 25- bis 34-Jährigen über Bachelor, Master, Diplom oder Promotion. Andererseits gab es unter ihnen auch viele unqualifizierte Arbeitskräfte: Rund 28% dieser Altersgruppe hatten keinen berufsqualifizierenden Abschluss. In der Gesamtbevölkerung war die Akademikerquote mit 24% geringer. Allerdings lag hier auch der Anteil der unqualifizierten Arbeitskräfte bei den 25- bis 34-Jährigen mit 14% deutlich niedriger.

zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen (35%), gefolgt von den 25- bis 29-Jährigen (34%) und den 30- bis 34-Jährigen (15%). ► Info 5, Tab 11

3.1.6 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (sogenanntes Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den Einzelnen verbessert ein hoher Bildungsstand die Erwerbchancen sowie die Chancen auf eine individuelle Lebensführung und die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden jährlich aus dem Mikrozensus gewonnen, der größten jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung Deutschlands (siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 1).

Auf Basis des Mikrozensus 2014 hatten 51% der Befragten ab 25 Jahren einen sogenannten »höherwertigen« Schulabschluss: Einen Realschulabschluss besaßen 22% und 29% Abitur oder Fachhochschulreife. In der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen konnten bereits gut 78% einen solchen Abschluss vorweisen (30% Realschulabschluss, 48% Fachhochschul- oder Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 Jahren hatten dagegen lediglich 14% eine Realschule und 17% ein Gymnasium erfolgreich absolviert. ► Tab 12

Als höchsten beruflichen Bildungsabschluss besaßen im Jahr 2014 rund 54% der Befragten ab 25 Jahren eine Lehre. Rund 1% hatte einen Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR erworben und 8% einen Fachschulabschluss beziehungsweise eine Meister-/Technikerausbildung oder den Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie den Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen. Über einen akademischen Abschluss (einschließlich Promotion) verfügten 18%. Weitere 18% hatten (noch) keinen beruflichen Abschluss und waren auch nicht in Ausbildung. ► Tab 13

► Tab 12 Allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung 2014

	Insgesamt ¹	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinem Schulabschluss					Ohne allgemeinen Schulabschluss ²
			Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
Im Alter von ... bis ... Jahren								
in 1 000								
25–29	4 995	22	898	–	1 521	2 379	11	154
30–39	9 874	8	2 049	34	3 146	4 224	23	369
40–49	12 127	/	2 955	1 445	3 208	3 983	30	482
50–59	12 327	/	3 934	1 783	2 735	3 356	28	461
60 und älter	22 498	/	12 803	1 596	3 235	3 784	63	845
Zusammen	61 820	37	22 640	4 858	13 845	17 725	153	2 311
in %								
25–29	100	0,4	18,0	–	30,5	47,6	0,2	3,1
30–39	100	0,1	20,7	0,3	31,9	42,8	0,2	3,7
40–49	100	/	24,4	11,9	26,5	32,8	0,2	4,0
50–59	100	/	31,9	14,5	22,2	27,2	0,2	3,7
60 und älter	100	/	56,9	7,1	14,4	16,8	0,3	3,8
Zusammen	100	0,1	36,6	7,9	22,4	28,7	0,2	3,7

1 Einschließlich 251 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschließlich Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 13 Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2014

	Insgesamt ¹	Mit beruflichem Bildungsabschluss ²							Ohne beruflichen Bildungsabschluss ³	Davon	
		Lehre/Berufsausbildung im dualen System ⁴	Fachschulabschluss ⁵	Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR	Bachelor	Master	Diplom ⁶	Promotion		in schulischer oder beruflicher Bildung	nicht in schulischer oder beruflicher Bildung
Im Alter von ... bis ... Jahren											
in 1 000											
25–29	4 995	2 386	362	–	371	220	453	18	1 161	482	679
30–39	9 874	4 925	804	–	264	206	1 874	162	1 586	128	1 458
40–49	12 127	6 745	1 074	109	71	58	2 077	174	1 748	18	1 729
50–59	12 327	6 971	1 098	194	33	23	1 939	166	1 827	/	1 823
60 und älter	22 498	12 068	1 504	412	26	14	2 570	251	5 338	/	5 337
Zusammen	61 820	33 096	4 841	715	766	522	8 913	771	11 660	634	11 026
in %											
25–29	100	47,8	7,2	–	7,4	4,4	9,1	0,4	23,3	9,7	13,6
30–39	100	49,9	8,1	–	2,7	2,1	19,0	1,6	16,1	1,3	14,8
40–49	100	55,6	8,9	0,9	0,6	0,5	17,1	1,4	14,4	0,2	14,3
50–59	100	56,6	8,9	1,6	0,3	0,2	15,7	1,3	14,8	/	14,8
60 und älter	100	53,6	6,7	1,8	0,1	0,1	11,4	1,1	23,7	/	23,7
Zusammen	100	53,5	7,8	1,2	1,2	0,8	14,4	1,2	18,9	1,0	17,8

1 Einschließlich 384 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben sowie 151 000 Personen ohne Angabe zur Art des Abschlusses.

2 Abschlüsse an Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) und Hochschulen werden nach ihrem Grad (Bachelor, Master, Diplom) unterschieden. Die bisher unter »Fachschulabschluss« enthaltenen akademischen Abschlüsse an Berufsakademien werden ebenfalls Bachelor, Master und Diplom zugeordnet.

3 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

4 Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 374 000 Personen mit Anlernausbildung.

5 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen.

6 Einschließlich Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, sodass bei der jüngeren Generation mittlerweile mehr Frauen als Männer einen höheren Bildungsabschluss nachweisen. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen hatten 45 % der Männer und knapp 51 % der Frauen Abitur oder Fachhochschulreife.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Die in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer besaßen zu 17 % einen Realschulabschluss, die deutsche Bevölkerung zu 23 %. Über Abitur und Fachhochschulreife verfügten 31 % der Ausländerinnen und Ausländer, jedoch nur 29 % der deutschen Bevölkerung. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (32 % gegenüber 26 % bei den deutschen Frauen). Knapp 18 % der ausländischen Bevölkerung besaßen jedoch keinen allgemeinen Schulabschluss; bei der deutschen Bevölkerung waren es rund 2 %.

Bei den beruflichen Abschlüssen zeigt sich folgendes Bild: Etwa 42 % der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland hatten keinen beruflichen Bildungsabschluss und waren nicht in Ausbildung (gegenüber 14 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss konnten knapp 52 % der Deutschen, aber nur 28 % der ausländischen Bürgerinnen und Bürger vorweisen. Bei den akademischen Abschlüssen (einschließlich Promotionen) betrug der Anteil bei den Deutschen 16 % und bei den Ausländerinnen und Ausländern 17 %.

3.1.7 Das Bildungsbudget für Deutschland

Die Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst die Entwicklung des Bildungswesens entscheidend. Einen Überblick zur Ressourcenausstattung des Bildungswesens gibt das Bildungsbudget. Es orientiert sich an der Konzeption des lebenslangen Lernens. Der größte Teil des Bildungsbudgets entfällt auf die

► Info 6

Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?

Sie umfassen die Ausgaben für das formale Bildungssystem in Abgrenzung der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED-2011-Level). Dazu zählen direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen, Ausgaben für Bildungsdienste und Güter außerhalb von Bildungseinrichtungen und Ausgaben für die Förderung der Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen.

Bei den direkten Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen) handelt es sich um Ausgaben für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Entsprechend internationaler Konventionen enthalten die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen auch die Ausgaben an Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Bei den Ausgaben außerhalb von formalen Bildungseinrichtungen handelt es sich zum Beispiel um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (zum Beispiel für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Büchern, Taschenrechnern und Schreibwaren). Zur Förderung von Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen zählt zum Beispiel das »BAföG«.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für nicht formale Bildungseinrichtungen wie Horte, betriebliche Weiterbildungskurse, die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung und Einrichtungen der Jugendarbeit.

Das Bildungsbudget basiert auf der Auswertung zahlreicher Erhebungen. Dabei sind die Jahresrechnungsergebnisse der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) die wichtigsten Datenquellen.

Ausgaben für formale Bildungsprogramme (zum Beispiel Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, betriebliche Ausbildung im dualen System) nach der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED). Als nationale Ergänzung umfasst das Bildungsbudget zusätzlich Ausgaben für nicht formale Bildung (zum Beispiel betriebliche Weiterbildung). ► Info 6

Die Ausgaben für formale und nicht formale Bildung zusammen betragen im Jahr 2013 nach vorläufigen Berechnungen 187,5 Milliarden Euro und lagen damit um 6,1 Milliarden Euro über dem Wert des Vorjahres. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2013 rund 6,6 %.

Die Ausgaben für formale Bildungsprogramme nach internationaler Abgrenzung beliefen sich 2013 auf 169,2 Milliarden Euro. Sie lagen damit um 5,2 Milliarden Euro über dem Wert des Vorjahres. Mit 148,9 Milliarden Euro wurde der

überwiegende Teil dieser Mittel für öffentliche und private Bildungseinrichtungen verwendet (2012: 143,9 Milliarden Euro). Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Programmen sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen betragen 2013 rund 20,3 Milliarden Euro (2012: 20,1 Milliarden Euro).

Die Ausgaben für nicht formale Bildung lagen im Jahr 2013 bei 18,2 Milliarden Euro gegenüber 17,4 Milliarden Euro im Vorjahr. Die Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung stiegen von 10,6 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf 10,9 Milliarden Euro im Jahr 2013. Für die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen wurden 2013 rund 0,9 Milliarden Euro gegenüber 0,7 Milliarden Euro im Vorjahr ausgegeben. Die Mittel für weitere Bildungsangebote betragen 2012 und 2013 jeweils rund 6,0 beziehungsweise 6,4 Milliarden Euro. ► Tab 14

► Tab 14 Bildungsausgaben und deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

		Bildungsausgaben		Anteile am BIP	
		2012	2013 ¹	2012	2013 ¹
		in Milliarden Euro		in % des BIP	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung nach der ISCED-Gliederung²	164,0	169,2	6,0	6,0
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	143,9	148,9	5,2	5,3
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	21,8	23,3	0,8	0,8
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	86,4	89,1	3,1	3,2
A33	ISCED 5–8 – Tertiärbereich	33,6	34,5	1,2	1,2
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	2,1	2,1	0,1	0,1
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	20,1	20,3	0,7	0,7
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	17,4	18,2	0,6	0,6
B10	Betriebliche Weiterbildung	10,6	10,9	0,4	0,4
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	6,0	6,4	0,2	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung	0,7	0,9	0,0	0,0
A+B	Bildungsbudget insgesamt	181,4	187,5	6,6	6,6

1 Vorläufige Angaben.

2 ISCED-2011-Level.

5,8 Mill.

Personen waren 2014 im öffentlichen Dienst beschäftigt.

1 544 Mrd. €

haben private Haushalte 2014 für Konsumausgaben verwendet.

6,1 Mrd. €

Finanzierungsüberschuss erzielte der Öffentliche Gesamthaushalt im Jahr 2014.



1,6 %

hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von 2013 bis 2014 erhöht.

644 Mrd. €

Steuern wurden 2014 von Bund, Ländern und Gemeinden eingenommen.

4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor

4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Tanja Mucha

Destatis

Die Aufgabe von Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge in der Volkswirtschaft zu erfassen, die Daten aufzubereiten und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das wichtigste statistische Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Sie haben die Aufgabe, für einen bestimmten, abgelaufenen Zeitraum – das sind typischerweise Jahre und Quartale – ein möglichst umfassendes, übersichtliches und hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft zu geben. [► Info 1](#)

Die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Dort werden Definitionen, Konzepte, Abgrenzungen, Begriffe, Klassifikationen sowie der Zeitpunkt und die Häufigkeit der Lieferung von VGR-Ergebnissen an die europäische Statistikbehörde, das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), geregelt. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen wird in mehrjährigen Abständen aktualisiert, um geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Die aktuelle Version ESVG 2010 ist seit September 2014 rechtswirksam. Das

ESVG hat als Verordnung der Europäischen Union (EU) Gesetzescharakter und ist daher für alle Mitgliedstaaten verbindlich. Damit ist sichergestellt, dass europaweit harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen.

Auf die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Gutachten, Wachstumsprognosen, Steuerschätzungen, Rentenanpassungen und Tarifverhandlungen. Nationale Nutzer sind in erster Linie die Bundesministerien, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Wirtschaftsforschungsinstitute, Banken – allen voran die Deutsche Bundesbank – sowie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Universitäten und Medien.

International werden VGR-Ergebnisse vor allem von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) genutzt. Eine besondere Bedeutung haben die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Europäische Kommission: Das Bruttonationaleinkommen (BNE) ist Grundlage für die Be-

rechnung der EU-Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Mitgliedstaaten an die Europäische Union. Darüber hinaus werden VGR-Daten für die Überwachung und Steuerung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik benötigt. So basieren die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion im Wesentlichen auf Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Maastricht-Defizit und Schuldenstand des Staates, Bruttoinlandsprodukt).

4.1.1 Das Bruttoinlandsprodukt

Eine zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es ist ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung. [► Info 2](#)

Bei der Berechnung stehen die Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie die dabei entstandene Wertschöpfung im Vordergrund. Prinzipiell kann das BIP auf drei Wegen berechnet und dargestellt werden: [► Abb 1](#)

- Die Entstehungsrechnung zeigt, wie die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her entstanden ist. Sie ermittelt die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und verdeutlicht, wie diese zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen haben (siehe Abschnitt 4.1.2).
- Die Verwendungsrechnung beschreibt, für was das erarbeitete gesamtwirtschaftliche Ergebnis verwendet wurde. Es kann konsumiert, investiert oder exportiert werden. Das BIP lässt sich daher auch als Summe aus Konsum, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte minus Importe) errechnen (siehe Abschnitt 4.1.3).
- Die Verteilungsrechnung zeigt, welche Einkommen entstanden sind und wie diese auf die Wirtschaftsteilnehmer verteilt wurden. Es wird nach Einkommensarten unterschieden (zum Beispiel Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen), die im Wirtschaftsprozess entstanden sind (siehe Abschnitt 4.1.4).

► Info 1

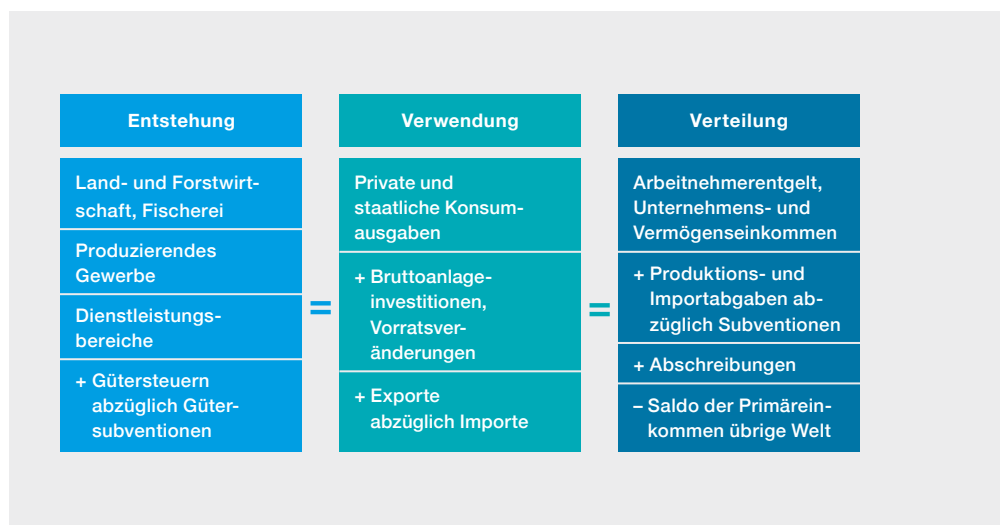
Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfassen die wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Wirtschaftseinheiten, die – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – ihren ständigen Sitz im Wirtschaftsgebiet haben. Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft (zum Beispiel Deutschland) oder ein Teil davon (zum Beispiel ein Bundesland) sein. Wirtschaftseinheiten sind alle Personen und Institutionen, die produzieren, konsumieren, investieren, verteilen oder finanzieren. Sie werden zur Darstellung der Wirtschaftsstruktur zu Wirtschafts- beziehungsweise Produktionsbereichen oder (entsprechend ihres wirtschaftlichen Verhaltens) zu sogenannten Sektoren zusammengefasst (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck). Der Sektor »Übrige Welt« bezeichnet alle Einheiten beziehungsweise Aktivitäten außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebietes.

Die Ergebnisse der amtlichen VGR werden in Form eines geschlossenen Kontensystems aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Dabei gilt das Prinzip der doppelten Buchführung: Jede Transaktion wird mindestens zweimal gebucht, einmal auf der Entstehungs- und einmal auf der Verwendungsseite. In ergänzenden Tabellen werden die Kontenpositionen tiefer untergliedert, teilweise nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst oder in sonstiger Hinsicht erweitert (zum Beispiel um preisbereinigte Angaben, Angaben pro Kopf, je Stunde oder Quoten). Darüber hinaus werden in speziellen Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Für die Aufstellung der deutschen VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- beziehungsweise Rechentermin vorliegen. Darüber hinaus werden administrative Daten (zum Beispiel Finanzstatistiken, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit), Haushaltsbefragungen, Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen sowie Informationen von Verbänden ausgewertet. Je aktueller die Berechnungen sind, desto unvollständiger ist in der Regel die Datenbasis und desto höher ist der Schätzanteil. Dies führt zu regelmäßigen Revisionen der VGR-Ergebnisse, wenn neue statistische Ausgangsdaten verfügbar sind, die in die Berechnungen einbezogen werden können.

► Abb 1 Bruttoinlandsprodukt



► Info 2

Wohlfahrtsmessung in Deutschland

Wie kann man den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen in einem Land adäquat statistisch messen? Diese Frage wurde seit längerem diskutiert und mit dem Bericht der sogenannten »Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission« im September 2009 neu entfacht. Zahlreiche Aktivitäten und Initiativen sind in der Folge dieses Berichts entstanden. Sie reichen von allumfassenden, in einer Zahl ausgedrückten Gesamtindikatoren bis zu breit gefächerten Sets von Indikatoren, die unterschiedliche Dimensionen von Wohlstand und Lebensqualität abbilden. Trotz unterschiedlicher Ausgestaltung und Reichweite sind diese Vorschläge in einem Punkt einig: Die im BIP erfasste Güterversorgung liefert zwar einen wesentlichen Beitrag zum materiellen Wohlstand, aber eine Betrachtung der materiellen Lage allein reicht nicht aus, um Wohlfahrt und Lebensqualität umfassend zu berechnen.

Die wichtigsten Kritikpunkte am BIP als Wohlfahrtsindikator sind:

- Die in privaten Haushalten erbrachten unentgeltlichen Versorgungs-, Erziehungs- oder Pflegeleistungen, die nicht über den Markt vermittelt werden, sowie ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger werden im BIP nicht erfasst.
- Durch wirtschaftliche Aktivitäten ausgelöste Schäden oder Beeinträchtigungen (sogenannte externe Kosten), zum Beispiel der Umwelt, werden im BIP zumeist nicht oder nicht ausreichend erfasst.
- Das BIP enthält Abschreibungen, das heißt den rechnerischen Aufwand zum Ersatz des im Produktionsprozess verbrauchten Sachkapitals.
- Das BIP sagt nichts über die Verteilung des Wohlstandes auf gesellschaftliche Gruppen und Individuen aus.
- Wirtschaftliche Aktivitäten zur Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen oder Unfälle erhöhen das BIP, obwohl sie bestenfalls das zuvor schon erreichte Wohlstandsniveau wiederherstellen.
- Das BIP sagt nichts über die Nachhaltigkeit der Entwicklung aus, also darüber, inwieweit das gegenwärtige Wohlstandsniveau zu Lasten künftiger Generationen erwirtschaftet wurde.

Als Folge dieser Debatte hat sich inzwischen ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens darüber herausgebildet, dass es sinnvoll sei, über die rein wirtschaftliche Entwicklung hinaus auch gesellschaftliche Entwicklungen umfassender in den Blick zu nehmen und hierzu eine Berichterstattung aufzubauen.

Zu den konkreten Vorschlägen gehören:

- die Verbesserungen bei der Darstellung der Wirtschaftsindikatoren wie die stärkere Betonung des Einkommens privater Haushalte, die Darstellung der Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die regelmäßige Erfassung der unbezahlten Arbeit in privaten Haushalten, da sie erheblich zum materiellen Wohlergehen beiträgt;
- die Messung der nichtmateriellen Lebensqualität, wozu Faktoren wie Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten und Erwerbstätigkeit, politische Partizipation, soziale Beziehungen, Umweltbedingungen sowie existenzielle und wirtschaftliche Unsicherheiten zählen; und
- die Erfassung der Nachhaltigkeit und dabei insbesondere ökologische Aspekte wie der Abbau von Bodenschätzen oder die Umweltverschmutzung, wodurch die Lebensbedingungen künftiger Generationen beeinträchtigt werden.

In Deutschland hat insbesondere die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit dem Titel »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« das Thema in die breite Öffentlichkeit getragen. In ihrem Abschlussbericht vom Juni 2013 hat sie unter anderem einen Indikatorenansatz mit zehn Leitindikatoren und weiteren Zusatzindikatoren vorgeschlagen, um den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritt laufend zu erfassen.

Die Bundesregierung hat das Thema der Messung von Fortschritt, Wohlstand und Lebensqualität im Koalitionsvertrag verankert. Aktuell hat sie die Initiative »Gut Leben in Deutschland – was uns wichtig ist« gestartet und im April 2015 mit Bürgerdialogen begonnen. Anschließend soll geprüft werden, wie man diese Themen statistisch begleiten und analysieren kann, etwa – wie im Koalitionsvertrag 2013 vorgeschlagen – mithilfe eines Indikatoren- und Berichtssystems zur Lebensqualität in Deutschland.

Auf internationaler Ebene fanden außerdem im Jahr 2015 die Gespräche für die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen statt. Dabei sollen ab 2016 insgesamt 17 »Sustainable Development Goals« (Ziele nachhaltiger Entwicklung) beziehungsweise 169 »Targets« (Zielgrößen) und dazugehörige Indikatoren die bisherigen »Millennium Development Goals« ablösen.

Darstellung des Bruttoinlandsprodukts

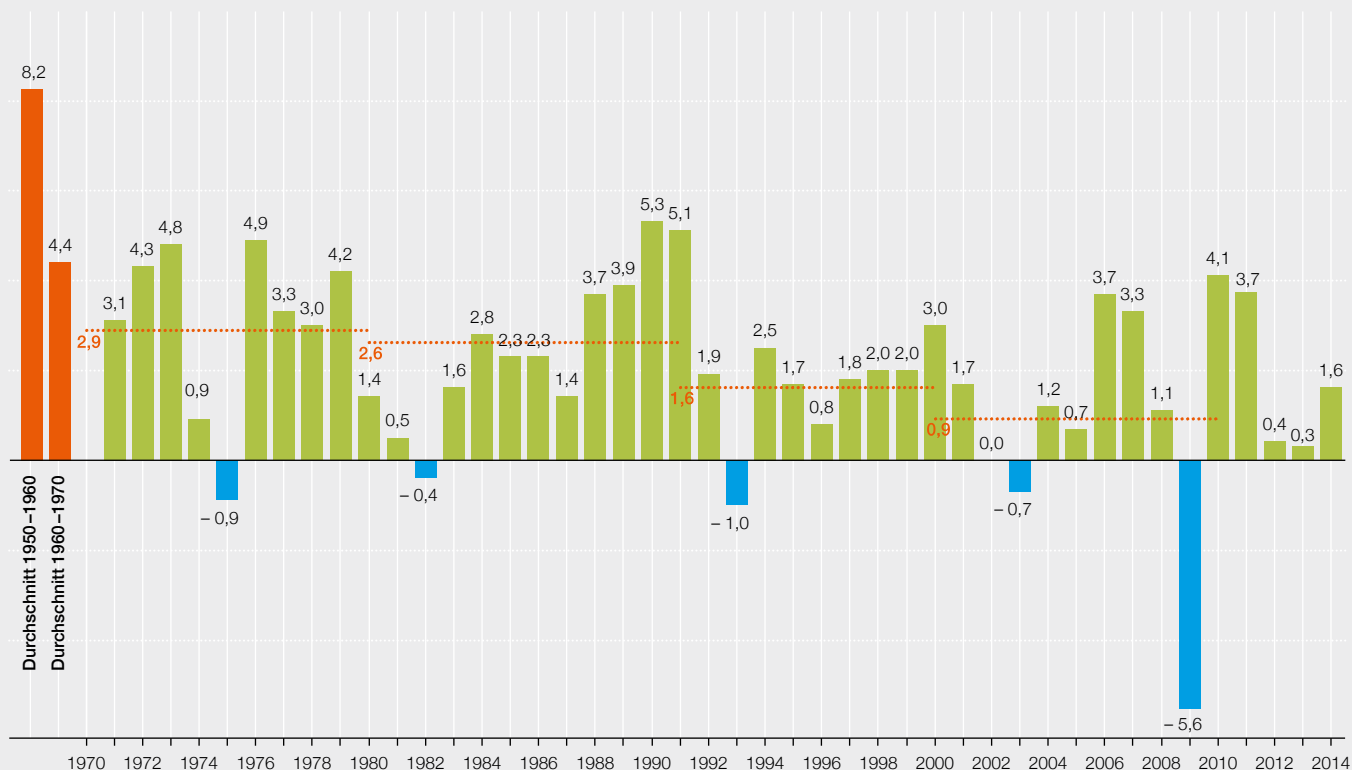
Das jährliche BIP kann in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt dargestellt werden. Darüber hinaus ist auch eine kalenderbereinigte Darstellung sinnvoll, weil die Anzahl der verfügbaren Arbeitstage in einem Jahr Einfluss auf das Ergebnis hat.

Das BIP in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens als auch durch die Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung wird der Einfluss der Preisentwicklung ausgeschaltet. Dabei werden alle Transaktionen in tiefer Gliederung mit spezifischen Preisindizes aus dem gesamten Datenangebot der Preisstatistiken deflationiert (bereinigt). Das preisbereinigte BIP wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet und anschließend verkettet. Diese im Jahr 2005 eingeführte Methode gewährleistet, dass stets die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt werden. Die jährlichen Veränderungsdaten des preisbereinigten BIP können als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

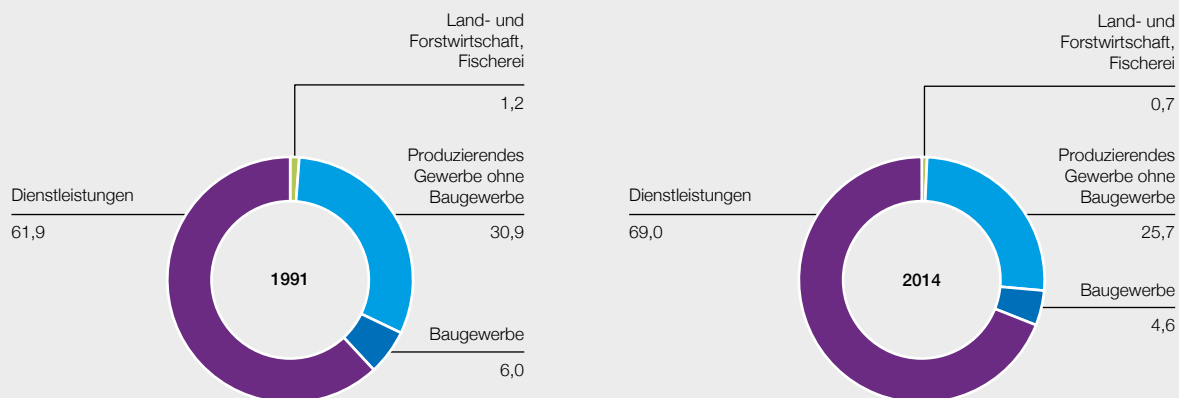
In Deutschland hat sich das reale BIP zwischen 1991 und 2014 um gut ein Drittel erhöht. Im Durchschnitt ist es seit der deutschen Vereinigung pro Jahr um 1,3 % gewachsen. In dieser Zeit gab es lediglich drei sogenannte rezessive Jahre, in denen das reale BIP im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist: 1993 (–1,0 %), 2003 (–0,7 %) sowie zuletzt 2009 (–5,6 %), als die deutsche Wirtschaft durch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise regelrecht einbrach und die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit erlebte. Im Jahr 2014 konnte sich die deutsche Wirtschaft offensichtlich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten: Das preisbereinigte BIP war um 1,6 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um +0,3 % und 2012 um +0,4 %). ► Abb 2

► Abb 2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2014 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

► Abb 3 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen – in Prozent



► Tab 1 Ergebnisse der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen 2014

	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
in jeweiligen Preisen, in Milliarden Euro			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	52,7	34,8	17,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 977,8	1 303,0	674,8
↳ Verarbeitendes Gewerbe	1 780,8	1 187,2	593,6
Baugewerbe	276,0	155,2	120,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	811,3	404,1	407,2
Information und Kommunikation	239,5	112,0	127,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	253,6	146,0	107,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	381,7	89,9	291,8
Unternehmensdienstleister	484,3	194,1	290,2
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	688,1	209,7	478,4
Sonstige Dienstleister	154,4	47,4	107,0
Alle Wirtschaftsbereiche	5 319,3	2 696,2	2 623,1
preisbereinigt, verkettet, Veränderung zum Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,2	7,1	7,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,5	1,4	1,6
↳ Verarbeitendes Gewerbe	2,0	1,9	2,3
Baugewerbe	2,6	2,5	2,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,1	0,8	1,3
Information und Kommunikation	1,6	0,8	2,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,1	1,4	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	-0,6	1,0
Unternehmensdienstleister	2,1	1,7	2,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,3	2,0	1,0
Sonstige Dienstleister	0,3	0,6	0,1
Alle Wirtschaftsbereiche	1,5	1,4	1,5

4.1.2 Die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wird die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt. Man spricht daher auch vom Produktionsansatz. Vom Wert der von allen Wirtschaftseinheiten in einer Periode produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) wird der Verbrauch an Vorleistungen abgezogen und so die Bruttowertschöpfung ermittelt. Vorleistungen sind Waren und Dienstleistungen, die im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Sie umfassen unter anderem Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe,

Brenn- und Treibstoffe sowie Reparaturleistungen.

Die Bruttowertschöpfung eignet sich besonders, um die Wirtschaftskraft verschiedener Wirtschaftsbereiche zu vergleichen. Den gedanklichen Anknüpfungspunkt für ihre Berechnung bilden die einzelnen Wirtschaftseinheiten, die zu Wirtschaftsbereichen zusammengefasst werden. Die Wirtschaftsbereiche sind entsprechend der jeweils gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) gegliedert. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die WZ 2008 verwendet. In tiefer Gliederung werden Angaben nach bis zu 64 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht.

Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur

Anhand der nominalen Bruttowertschöpfung der zusammengefassten Wirtschaftsbereiche lässt sich die Struktur der Wirtschaft und ihre Veränderung im Zeitablauf darstellen: Während das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) in Deutschland 1991 noch knapp ein Drittel (31 %) der gesamten nominalen Wertschöpfung produzierte, war es 2014 nur noch gut ein Viertel (26 %). Dagegen wurden im Jahr 2014 rund 69 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von den Dienstleistungsbereichen erbracht. Im Jahr 1991 waren es etwa 62 % gewesen. ► Tab 1, Abb 3

Die Zahlen verdeutlichen, wie weit die sogenannte Tertiarisierung der deutschen Wirtschaft – also der Strukturwandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft – seit der deutschen Vereinigung fortgeschritten ist. Bei ihrer Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Gewichte zwischen den Wirtschaftsbereichen zum Beispiel durch Auslagerungsprozesse oder den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern – der zum Wirtschaftsbereich der Unternehmensdienstleister zählt – verschieben können.

Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich das BIP, indem die Gütersteuern hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden. Das ist notwendig, weil die Bruttowertschöpfung (und die Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf den Gütern lastenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden (Konzept zu Herstellungspreisen). Gütersteuern und -subventionen sind solche Abgaben beziehungsweise Zuschüsse, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (zum Beispiel Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer).

Damit das BIP (zu Marktpreisen) sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her gleich ist, schließt es die Nettogütersteuern ein.

Aus diesem Grund müssen die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) hinzugefügt werden, um das BIP zu errechnen. ▶ [Tab 2](#)

4.1.3 Die Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung – auch Ausgabenansatz genannt – als zweite Säule der Inlandsproduktsberechnung zeigt, wie die inländischen Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Sie können konsumiert, investiert oder exportiert werden. ▶ [Info 3](#)

Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts

Das BIP setzt sich aus der inländischen Verwendung und dem Außenbeitrag zusammen. Die inländische Verwendung umfasst die privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie die Bruttoinvestitionen, die wiederum aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen bestehen. ▶ [Abb 4](#)

In den vergangenen Jahren entfiel in Deutschland jeweils über die Hälfte des nominalen BIP auf die privaten Konsumausgaben. Darunter wird im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden. Dazu zählen beispielsweise die Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Haushaltsgeräte, für Wohnungsmieten und Energie sowie für Freizeit und Unterhaltung. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind ebenfalls Teil der privaten Konsumausgaben.

Auf die Konsumausgaben des Staates entfiel knapp ein Fünftel des nominalen BIP. Dazu gehören die Aufwendungen des Staates für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen und Ähnliches, soweit sie der Allgemeinheit ohne ein zu entrichtendes Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Knapp ein weiteres Fünftel des nominalen BIP wird investiert und erhöht damit den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen ein-

▶ **Tab 2 Ableitung des Bruttoinlandsprodukts, in jeweiligen Preisen – in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
Produktionswert	5 112,0	5 143,8	5 206,7	5 319,3
– Vorleistungen	2 683,9	2 668,7	2 669,8	2 696,2
= Bruttowertschöpfung	2 428,1	2 475,1	2 536,9	2 623,1
+ Gütersteuern	282,0	286,1	290,3	299,2
– Gütersubventionen	7,0	6,3	6,4	6,7
= Bruttoinlandsprodukt	2 703,1	2 754,9	2 820,8	2 915,7

▶ **Tab 3 Ergebnisse der Verwendungsrechnung**

	2011	2012	2013	2014
in jeweiligen Preisen, in Milliarden Euro				
Konsumausgaben	2 001,2	2 056,5	2 104,6	2 156,2
Private Haushalte	1 454,0	1 490,4	1 517,5	1 544,0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	41,5	43,4	45,3	48,1
Staat	505,7	522,7	541,9	564,0
+ Bruttoinvestitionen	569,8	530,6	546,8	563,1
Bruttoanlageinvestitionen	547,8	555,9	557,3	585,1
Ausrüstungen	188,3	184,9	181,3	189,8
Bauten	264,2	272,9	277,2	291,8
Sonstige Anlagen	95,3	98,0	98,8	103,5
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	21,9	–25,3	–10,5	–22,0
= Inländische Verwendung	2 571,0	2 587,1	2 651,4	2 719,3
+ Außenbeitrag	132,1	167,7	169,4	196,4
Exporte	1 211,5	1 266,9	1 283,1	1 333,2
abzüglich: Importe	1 079,3	1 099,2	1 113,7	1 136,8
= Bruttoinlandsprodukt	2 703,1	2 754,9	2 820,8	2 915,7
preisbereinigt, verkettet, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Konsumausgaben	1,2	1,0	0,7	1,1
Private Haushalte	1,3	0,9	0,6	0,9
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,0	2,7	1,1	3,8
Staat	0,9	1,3	0,8	1,7
Bruttoinvestitionen	9,3	–8,2	1,5	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	7,2	–0,4	–1,3	3,5
Ausrüstungen	6,8	–2,6	–2,3	4,5
Bauten	8,1	0,5	–1,1	2,9
Sonstige Anlagen	5,3	1,3	–0,3	3,1
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	X	X	X	X
Inländische Verwendung	2,9	–1,0	0,8	1,3
Außenbeitrag	X	X	X	X
Exporte	8,3	2,8	1,6	4,0
abzüglich: Importe	7,0	–0,3	3,1	3,7
Bruttoinlandsprodukt	3,7	0,4	0,3	1,6

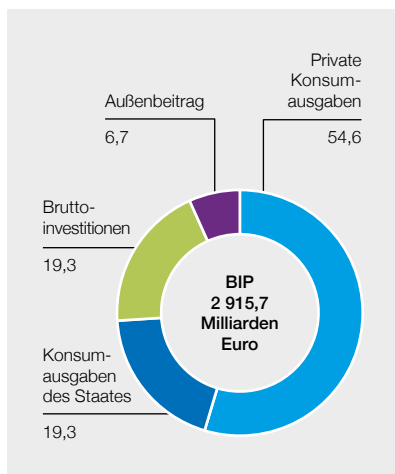
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

► Info 3

Ansätze der Verwendungsrechnung

Zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts über die Verwendungsseite kommen grundsätzlich drei Ansätze in Betracht: Die Käufer beziehungsweise Verwender der Güter können nach ihren Ausgaben gefragt werden. Es ist aber auch möglich, die Produzenten der Waren und Dienstleistungen über ihre Lieferungen an Konsumenten, Investoren und die übrige Welt zu befragen. Schließlich können mithilfe der Güterstrommethode die Verwendungsstrukturen für Waren und Dienstleistungen geschätzt werden. Theoretisch führen diese drei Ansätze zum gleichen Ergebnis, sodass die Entscheidung darüber, welcher Weg in der Praxis beschritten wird, vor allem von den statistischen Gegebenheiten und den Nutzeranforderungen an die Aktualität abhängt.

► **Abb 4 Struktur der Verwendung 2014**
– in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



schließlich Forschung und Entwicklung) oder verändert die Vorrats- und Wertesachenbestände.

Zur Nachfrageseite des BIP gehört neben der inländischen Verwendung auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die beziehungsweise aus der übrigen Welt dar. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine stark exportabhängige Wirtschaft: Seit dem Jahr 1993 wurden stets Exportüberschüsse

Auch schattenwirtschaftliche und illegale Aktivitäten fließen in das Bruttoinlandsprodukt ein

Für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und der anderen Aggregate der VGR werden grundsätzlich alle wirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft erfasst. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Aktivitäten den Behörden bekannt sind oder nicht (zum Beispiel Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistikbehörden) und auch unabhängig davon, ob sie legal oder illegal ausgeübt werden. Demzufolge enthält das Bruttoinlandsprodukt auch Aktivitäten der Schattenwirtschaft (zum Beispiel Verkäufe ohne Rechnung, Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe am Bau). Im Zuge der Berechnungen wird das Datenmaterial auf mögliche Untererfassung überprüft und bei Bedarf durch Schätzungen ergänzt. Auf diese Weise soll vor allem die Vollständigkeit (»exhaustiveness«) des Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise des Bruttonationaleinkommens sichergestellt werden. Allerdings erfolgt in Deutschland kein getrennter Nachweis der Schattenwirtschaft in der amtlichen Statistik.

Eine Besonderheit stellt in der statistischen Praxis die Erfassung von illegalen – also der ausdrücklich verbotenen – Aktivitäten dar. Die EU-weit bedeutendsten illegalen Aktivitäten – Drogen, Schmuggel und Prostitution – sind seit der VGR-Revision 2014 Teil der amtlichen VGR in Europa. Bezogen auf die Situation in Deutschland bedeutet dies, dass der Handel und die Produktion von Drogen sowie der Schmuggel von Zigaretten seither mithilfe von Schätzmodellen in die VGR-Berechnungen einbezogen werden. Allerdings ist Prostitution in Deutschland grundsätzlich nicht verboten und war damit bereits zuvor im BIP enthalten, und Alkoholschmuggel hat aufgrund der relativ niedrigen Preise in Deutschland wirtschaftlich keine Bedeutung.

erzielt, wovon entsprechend positive Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgingen. ► [Tab 3](#)

4.1.4 Die Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verteilungsrechnung stellt – neben der Entstehungs- und Verwendungsrechnung – einen dritten Weg dar, um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Bruttonationaleinkommen (BNE) zu ermitteln. Anders als bei den anderen bei-

den Berechnungsarten knüpft die Verteilungsrechnung nicht an der Güterseite an, sondern an der Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Ausgehend von den Einkommensarten wird das BIP beziehungsweise das BNE im Rahmen der Verteilungsrechnung entweder über die im Inland entstandenen (geleisteten beziehungsweise gezahlten) Einkommen oder über die von Inländern empfangenen Einkommen aus Produktionstätigkeit berechnet. ► [Tab 4](#), [Tab 5](#)

► **Tab 4 Ergebnisse der Verteilungsrechnung über die entstandenen und verteilten Einkommen — in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
Bruttonationaleinkommen	2771,3	2820,4	2882,0	2982,4
+ Primäreinkommen an die übrige Welt	151,3	140,8	129,0	126,5
– Primäreinkommen aus der übrigen Welt	219,5	206,4	190,2	193,3
= Bruttoinlandsprodukt	2703,1	2754,9	2820,8	2915,7
+ Gütersubventionen	7,0	6,3	6,4	6,7
– Gütersteuern	282,0	286,1	290,3	299,2
= Bruttowertschöpfung	2428,1	2475,1	2536,9	2623,1
– Abschreibungen	475,5	492,2	505,1	517,8
= Nettowertschöpfung	1952,5	1982,9	2031,8	2105,3
+ Sonstige Subventionen	26,1	23,3	23,5	24,1
– Sonstige Produktionsabgaben	17,7	19,1	18,7	19,2
– Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1337,3	1389,2	1428,3	1482,8
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	623,6	598,0	608,2	627,5

► **Tab 5 Ergebnisse der Verteilungsrechnung über die empfangenen Einkommen — in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt	2703,1	2754,9	2820,8	2915,7
– Primäreinkommen an die übrige Welt	151,3	140,8	129,0	126,5
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	219,5	206,4	190,2	193,3
= Bruttonationaleinkommen	2771,3	2820,4	2882,0	2982,4
– Abschreibungen	475,5	492,2	505,1	517,8
= Nettonationaleinkommen	2295,8	2328,2	2377,0	2464,7
+ Subventionen des Staates	27,4	24,1	24,4	25,5
– Produktions- und Importabgaben an den Staat	295,1	300,6	304,7	314,0
= Volkseinkommen	2028,1	2051,7	2096,6	2176,2
– Arbeitnehmerentgelt der Inländer	1339,7	1391,5	1430,8	1485,3
= Unternehmens- und Vermögenseinkommen	688,4	660,2	665,8	690,9

► **Tab 6 Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (der Inländer) — in Milliarden Euro**

	2011	2012	2013	2014
Arbeitnehmerentgelt der Inländer	1339,7	1391,5	1430,8	1485,3
– Sozialbeiträge der Arbeitgeber	251,1	258,1	262,5	271,6
= Bruttolöhne und -gehälter	1088,6	1133,5	1168,3	1213,7
– Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	191,0	197,5	201,7	209,3
– Lohnsteuer der Arbeitnehmer	168,3	178,2	186,9	196,3
= Nettolöhne und -gehälter	729,4	757,8	779,7	808,1

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine eigenständige und in sich geschlossene Verteilungsrechnung nicht möglich, weil über den Betriebsüberschuss beziehungsweise über die Unternehmenseinkommen nur lückenhafte basisstatistische Informationen vorliegen. Diese Größen werden daher als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet.

Der umfassendste Einkommensbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttonationaleinkommen (BNE). Das BNE ist an die Stelle des früher benutzten Begriffs des Bruttosozialprodukts (BSP) getreten und stimmt mit diesem konzeptionell überein. Das BNE errechnet sich, indem vom BIP die Primäreinkommen abgezogen werden, die an die übrige Welt geflossen sind, und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt werden, die inländische Wirtschaftseinheiten von der übrigen Welt bezogen haben. Es hat insbesondere als Grundlage für die Berechnung der EU-Eigenmittel eine herausragende Bedeutung.

Eine wichtige Größe der Verteilungsrechnung ist das Volkseinkommen. Es ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die inländischen Wirtschaftseinheiten in einer Periode empfangen haben. Das Volkseinkommen setzt sich aus dem Arbeitnehmerentgelt der Inländer und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen.

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie deren Lohnsteuer. Im Jahr 2014 entfielen 18 % des Arbeitnehmerentgelts auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 27 % auf die Abzüge der Arbeitnehmer, welche sich etwa je zur Hälfte aus Sozialabgaben und Lohnsteuer zusammensetzten. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben 2014 vom Arbeitnehmerentgelt knapp 55 % als Nettolöhne und -gehälter bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Jahr 1991 waren es noch knapp 58 % gewesen. ► [Tab 6](#)

► Tab 7 Arbeitsproduktivität, Durchschnittslöhne und Lohnstückkosten im Inland

	Arbeitsproduktivität ¹		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter		Lohnstückkosten ²	
	je Erwerbstätigen	je geleisteter Erwerbstätigenstunde	je Arbeitnehmer monatlich	je geleisteter Arbeitnehmerstunde	je Arbeitnehmer monatlich	je geleisteter Arbeitnehmerstunde	Personenkonzept	Stundenkonzept
	Index (2010 = 100)		in Euro				Index (2010 = 100)	
2011	102,27	102,06	3 011	27,48	2 445	22,32	100,66	100,49
2012	101,50	102,58	3 087	28,48	2 513	23,18	104,00	103,61
2013	101,16	103,25	3 143	29,23	2 565	23,85	106,26	105,66
2014	101,88	103,63	3 226	29,82	2 635	24,35	108,28	107,40

¹ Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex) je Erwerbstätigen beziehungsweise je geleisteter Erwerbstätigenstunde (jeweils umgerechnet auf Index 2010=100).

² Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer beziehungsweise je geleisteter Arbeitnehmerstunde (jeweils umgerechnet auf Index 2005 = 100) in Relation zur Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen beziehungsweise je geleisteter Erwerbstätigenstunde).

Quelle für geleistete Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

4.1.5 Gesamtwirtschaftliche Quoten

Das Arbeitnehmerentgelt pro Kopf beziehungsweise je geleisteter Arbeitnehmerstunde ist ein wichtiges Maß für die Kosten des Faktors Arbeit in einer Volkswirtschaft. Als Maß für das durchschnittliche Einkommen werden häufig die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin beziehungsweise Arbeitnehmer oder je geleisteter Arbeitnehmerstunde herangezogen. Eine andere vielfach genutzte gesamtwirtschaftliche Quote ist die Arbeitsproduktivität, also das (preisbereinigte) BIP beziehungsweise die Bruttowertschöpfung (für Wirtschaftsbereiche)

je Erwerbstätigen oder je geleisteter Erwerbstätigenstunde. Die Arbeitsproduktivität wird häufig als Maß für die Produktivität einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsbereichs verwendet. Dabei muss aber beachtet werden, dass hier die gesamte Wirtschaftsleistung rechnerisch lediglich zum Produktionsfaktor Arbeit in Beziehung gesetzt wird. Andere Aspekte wie zum Beispiel die Kapitalproduktivität bleiben dabei außer Acht.

Setzt man das Arbeitnehmerentgelt pro Kopf beziehungsweise je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität, so erhält man die

Lohnstückkosten. Aus der Entwicklung der Lohnstückkosten kann man darauf schließen, wie sich die Arbeitskosten je Produkteinheit verändert haben. Bei der Interpretation aller Quoten ist aber Vorsicht geboten: So erhöht zum Beispiel der Abbau von Arbeitsplätzen rechnerisch die Arbeitsproduktivität pro Kopf, was wiederum einem Anstieg der Lohnstückkosten entgegenwirkt. ► Tab 7

4.2 Öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst

Renate Schulze-Steikow

Destatis

In welchen Aufgabenfeldern setzt der deutsche Staat seine Finanzmittel ein? Aus welchen Quellen finanziert er sich und welche Auswirkungen haben die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf Wirtschaft und Gesellschaft? Detaillierte Informationen darüber sind unabdingbare Grundlage für wichtige politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Finanzstatistiken bilden Daten über den Stand der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen in Deutschland ab. Sie sind zugleich Basis für die Darstellung der Finanzen des Staates im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die den öffentlichen Überschuss beziehungsweise das öffentliche Defizit Deutschlands im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts berechnen.

Die Ansprüche an die Qualität der Daten über die öffentlichen Finanzen nehmen aufgrund ihrer Bedeutung stetig zu. Die Überwachung der nationalen Schuldenbremse erfordert belastbare Daten und infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sind die Anforderungen für die EU-Stabilitätsberichterstattung gestiegen. Des Weiteren sollen die Daten über die öffentliche Finanzwirtschaft möglichst aktuell und zeitnah zur Verfügung stehen.

Die Daten des »Öffentlichen Gesamthaushalts« bieten einen bedeutenden Ausschnitt der öffentlichen Finanzwirtschaft. Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU). Zu den Extrahaushalten zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Die Daten des Öffentlichen Gesamthaushalts zeigen, welche Einnahmen den Kern- und Extrahaushalten zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert

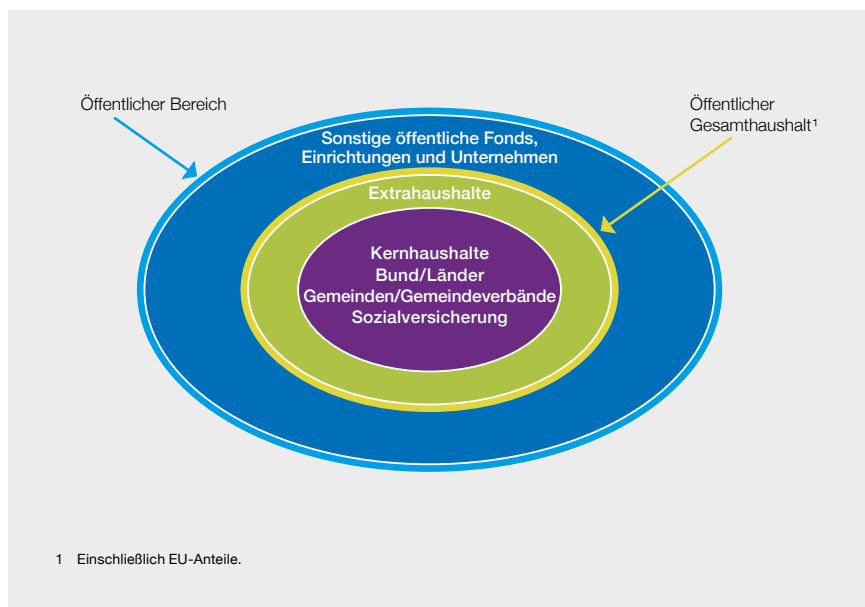
wurden und in welchem Umfang auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder Rücklagen zur Deckung eines etwaigen Finanzierungsdefizits (Ausgaben größer als Einnahmen) zurückgegriffen werden musste. Sind die öffentlichen Einnahmen höher als die öffentlichen Ausgaben, entsteht ein Finanzierungsüberschuss und es können Rücklagen gebildet oder Schulden getilgt werden. Im Zeitraum seit 1992, für den Daten über die öffentlichen Finanzen des vereinigten Deutschlands vorliegen, weisen die Einheiten des Öffentlichen Gesamthaushalts dreimal einen Finanzierungsüberschuss aus. Im Jahr 2000 war dies wegen einmaliger Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen der Fall. Damals betrug der Überschuss 18,6 Milliarden Euro. Weitere Überschüsse wurden 2007 sowie 2014 mit 9,0 beziehungsweise 6,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Ursache waren gestiegene Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Öffentliche Gesamthaushalt ist ein wichtiges Aggregat im Modell des sogenannten Schalenkonzepts, in dem die öffentlichen Finanzen des gesamten öffentlichen Bereichs abgebildet werden. ▶ [Abb 1, Info 1](#)

4.2.1 Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

In Deutschland existiert ein föderaler, fürsorglicher Staat. Dieser sorgt für die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und kümmert sich mit seinen vielfältigen, von den verschiedenen staatlichen Ebenen durchgeführten Maßnahmen um seine Bürgerinnen und Bürger. Zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigt der Staat Einnahmen, die er hauptsächlich durch die Erhebung von Steuern, aber auch aus anderen Quellen, erhält. Die soziale Sicherung ist der wichtigste staatliche Aufgabenbereich, der regelmäßig den größten Anteil der öffentlichen Ausgaben ausmacht. Kinder- und Elterngeld sowie der Ausbau der Kindertagesbetreuung sind

► Abb 1 Das Schalenkonzept der öffentlichen Finanzwirtschaft



► Info 1

Öffentlicher Gesamthaushalt und öffentlicher Bereich

Seit den 1980er-Jahren ist die verstärkte Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf Einheiten mit eigenem Rechnungswesen außerhalb der Kernverwaltung zu beobachten. Sofern die Kernhaushalte mit mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte beteiligt sind, werden sie als öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen bezeichnet. Eine Folge hiervon ist, dass Einnahmen und Ausgaben nicht mehr in den Kernhaushalten von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherung enthalten sind. Dies gilt auch für öffentliche Schulden, öffentliches Finanzvermögen und Personal. Da das Ausmaß dieses Prozesses unterschiedlich ausgeprägt ist, sind die öffentlichen Kernhaushalte – zum Beispiel die der Länder untereinander – nicht mehr vergleichbar.

Für die umfassende Darstellung der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft wurde das Modell des Schalenkonzepts entwickelt (siehe Abbildung 1), in dem die Kern- und Extrahaushalte zum Öffentlichen Gesamthaushalt aggregiert werden. Somit wird der dynamische Prozess der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen lückenlos erfasst, die Ausgaben- und Einnahmenströme sowie die Schulden vollständig abgebildet und damit ein konsistenter Vergleich der öffentlichen Finanzen weiterhin ermöglicht.

Den Mittelpunkt bilden die Kernhaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung. Die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors, die sogenannten Extrahaushalte, bilden die mittlere Schale. Einschließlich der Finanzanteile der Europäischen Union werden Kern- und Extrahaushalte zum Öffentlichen Gesamthaushalt zusammengeführt. Der Berichtskreis des Öffentlichen Gesamthaushalts in der Finanzstatistik entspricht dem Sektor Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In der äußeren Schale werden die sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen dargestellt. Sie bilden zusammen mit den Kern- und Extrahaushalten die Finanzen des öffentlichen Bereichs ab.

Beispiele für Sozialleistungen und Maßnahmen, die der jüngeren Generation zugutekommen sollen. Weitere wichtige staatliche Aufgaben sind die Bereitstellung einer Justiz sowie der Polizei, um für öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen. In den Bereich der Bildung fließen ebenfalls umfangreiche öffentliche Gelder.

Insgesamt lagen die um Zahlungen zwischen den Ebenen bereinigten Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2014 bei rund 1 240 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Erhöhung von 2,6 %. Der größte Ausgabenblock entfiel mit 553,1 Milliarden Euro auf die Sozialversicherung. Diese umfasst die gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, die soziale Pflegeversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Arbeitslosenversicherung. Der zweitgrößte Ausgabenanteil lag beim Bund in Höhe von 344,3 Milliarden Euro. Weitere 341,4 Milliarden Euro der öffentlichen Ausgaben wurden von den 13 Flächenländern sowie den drei Stadtstaaten und 217,6 Milliarden Euro von der kommunalen Ebene getätigt. Hinweis: Die Addition der Ebenen enthält Doppelzählungen und ist deshalb größer als die Summe der bereinigten Ausgaben.

Im Zeitraum 1992 bis 2014 sind die Ausgaben der Sozialversicherung mit 72 % überproportional angestiegen. Wesentliche Gründe für diese Entwicklung waren die deutsche Vereinigung, die Einführung der sozialen Pflegeversicherung 1995 sowie zusätzliche Ausgaben zum Beispiel bei der Bundesagentur für Arbeit wegen zeitweise gestiegener Arbeitslosenzahlen.

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand sind sehr personalintensiv, so beispielsweise Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz (Gerichtswesen, Justizvollzugsanstalten), Gesundheitswesen, aber auch Verteidigung und die Bau-, Steuer- und Zollverwaltung. Die hohen Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern entsprechendes Fachpersonal; daher fallen diese öffentlichen Ausgaben besonders ins Ge-

wicht. Die Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts wendeten 2014 einen Betrag von 254,9 Milliarden Euro für Personal (einschließlich Pensionen und Ähnlichem) auf. Das waren 21 % ihrer Gesamtausgaben. In den Ländern, die in großem Umfang für die Durchführung und Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben zuständig sind, erreichten sie im Jahr 2014 einen Anteil von 38 % des Ausgabenvolumens. Im kommunalen Bereich machten die Personalausgaben einen Anteil von knapp 27 % aus. Am niedrigsten waren sie beim Bund mit einem Anteil von etwa 13 % der Gesamtausgaben. ▶ Tab 1

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden in Deutschland 2014 öffentliche Ausgaben in Höhe von 47,1 Milliarden Euro getätigt. Rund 52 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Die Zinsausgaben erreichten ein Volumen von 56,7 Milliarden Euro, wobei 60 % der Ausgaben zu Lasten des Bundes gingen. Weitere wichtige Ausgabenposten des Öffentlichen Gesamthaushalts sind der laufende Sachaufwand mit 338,2 Milliarden Euro (zum Beispiel Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel und militärische Anschaffungen) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen) sowie an soziale und sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 503,9 Milliarden Euro.

Im Jahr 2014 standen den öffentlichen Ausgaben von rund 1 240 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern, steuerähnlichen Abgaben und anderen Einnahmenquellen (zum Beispiel Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt rund 1 246 Milliarden Euro gegenüber. An Krediten hatte der Öffentliche Gesamthaushalt zusammen netto 6,8 Milliarden Euro (Saldo der Schuldenaufnahme und Schuldentilgung) getilgt.

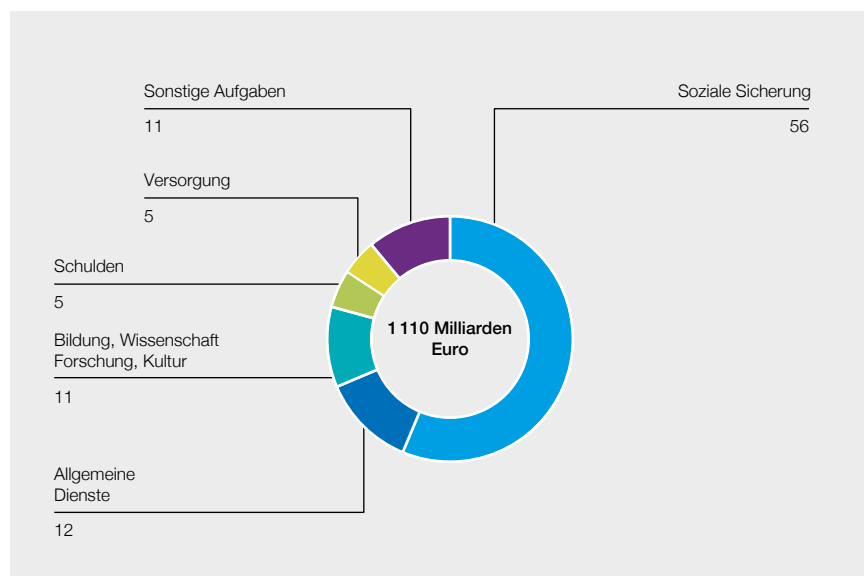
Eine Antwort auf die Frage, für was der Staat seine finanziellen Mittel ein-

▶ Tab 1 Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts 2014

	In Millionen Euro	Veränderung ¹ zum Vorjahr in %
Bereinigte Ausgaben	1 239 689	+2,6
↳ Personalausgaben	254 939	+4,6
↳ Laufender Sachaufwand	338 204	+4,9
↳ Zinsausgaben	56 735	-14,1
↳ Soziale und ähnliche Leistungen	397 679	+3,0
↳ Sachinvestitionen	47 072	+8,7
↳ Baumaßnahmen	34 422	+10,6
Bereinigte Einnahmen	1 245 605	+3,7
↳ Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 091 349	+3,8
↳ Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	28 983	+37,6
↳ Zinseinnahmen	14 015	-18,7
↳ Gebühren und ähnliche Entgelte	56 544	+6,6

¹ Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

▶ Abb 2 Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts nach Aufgabenbereichen 2011 — in Prozent



setzt, gibt die Betrachtung der öffentlichen Ausgaben nach den sogenannten Aufgabenbereichen. Hierfür stehen Daten über das Jahr 2011 zur Verfügung. Sie zeigen, dass der weitaus größte Ausgabenblock mit einem Anteil von 56 % auf die soziale Sicherung entfällt, die unter an-

derem die Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialversicherung beinhaltet. Den zweithöchsten Anteil an den Ausgaben hatten mit 12 % die allgemeinen Dienste, zu denen Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz sowie politi-

sche Führung und zentrale Verwaltung gehören. Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur beanspruchten 11 %, gefolgt von den Ausgaben für den Schuldendienst mit 5 %. Für die Versorgung (zum Beispiel Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung von Beamten und Richtern) wurden ebenfalls 5 % der Ausgaben aufgewendet. ▶ Abb 2

Die Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts stiegen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 %. Grund dafür war die Zunahme der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben infolge der verbesserten Wirtschaftsentwicklung. Im Jahr 2014 flossen rund 1 091 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in die öffentlichen Kassen, das waren 3,8 % mehr als im Vorjahr. Steuern sind die originäre Einnahmenquelle der Gebietskörperschaften, ihre Bedeutung für die einzelnen Ebenen ist jedoch sehr unterschiedlich. Während sich Bund und Länder (mit rund 87 % beziehungsweise 69 %) überwiegend aus dieser Einnahmenquelle finanzierten, betrug der Anteil der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben bei den Kommunen lediglich 37 %. Auf kommunaler Ebene spielen Länderzuweisungen, vor allem Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, eine bedeutendere Rolle. Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben zählen, betragen 447,0 Milliarden Euro. Bei den übrigen Haushaltsebenen bestehen die steuerähnlichen Abgaben vor allem aus Münzeinnahmen (beim Bund) und Spielbankabgaben (bei den Ländern).

Die Steuereinnahmen, die im Jahr 2014 insgesamt 643,6 Milliarden Euro betragen und damit 23,9 Milliarden Euro beziehungsweise 4 % höher als 2013 waren, lassen sich nach der Ertragskompetenz, das heißt der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften, aufgliedern.

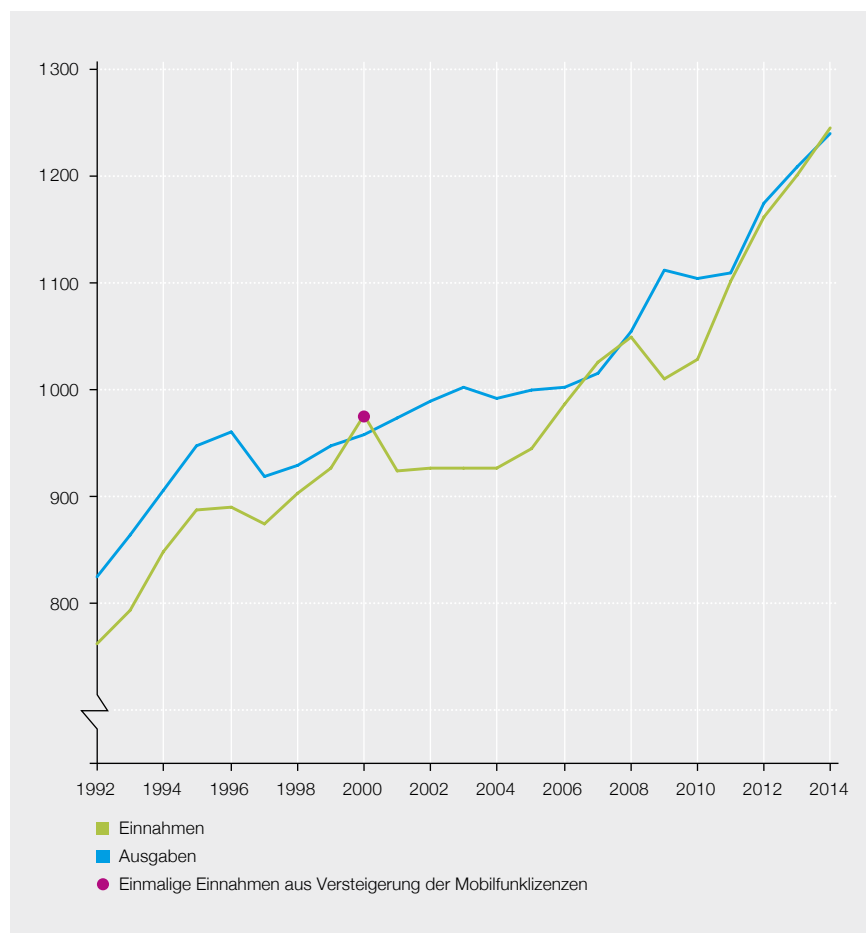
Den größten Teil der Steuern 2014 machten die gemeinschaftlichen Steuern

▶ Tab 2 Die ergiebigsten Steuern – in Millionen Euro

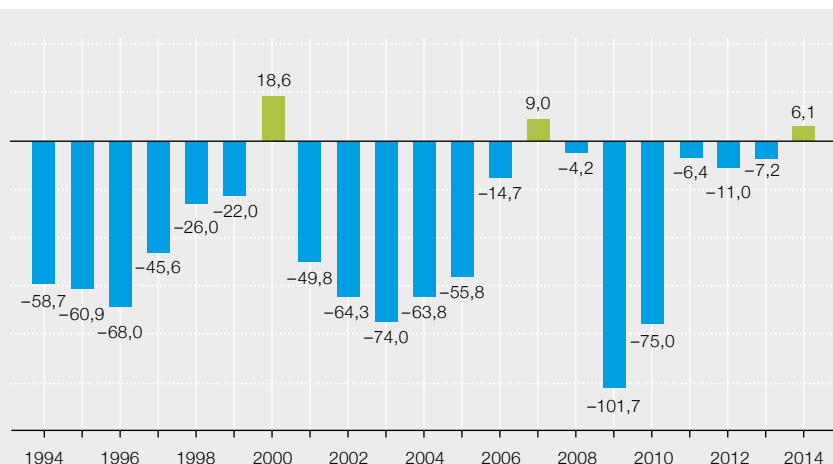
	Ertrag steht zu	2012	2013	2014
Lohnsteuer	B/L/G	149 065	158 198	167 983
Umsatzsteuer	B/L/G/EU	142 439	148 315	154 228
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	52 196	48 528	48 883
Veranlagte Einkommensteuer	B/L/G	37 262	42 280	45 613
Gewerbesteuer	G/B/L	42 345	43 027	43 756
Energiesteuer	B	39 305	39 364	39 758
Körperschaftsteuer	B/L	16 934	19 508	20 044
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	B/L	20 059	17 259	17 423
Solidaritätszuschlag	B	13 624	14 378	15 047
Tabaksteuer	B	14 143	13 820	14 612
Grundsteuer für Grundstücke	G	11 642	11 992	12 691
Versicherungsteuer	B	11 138	11 553	12 046

B = Bund;
 EU = Europäische Union;
 G = Gemeinden;
 L = Länder.

▶ Abb 3 Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts – in Milliarden Euro

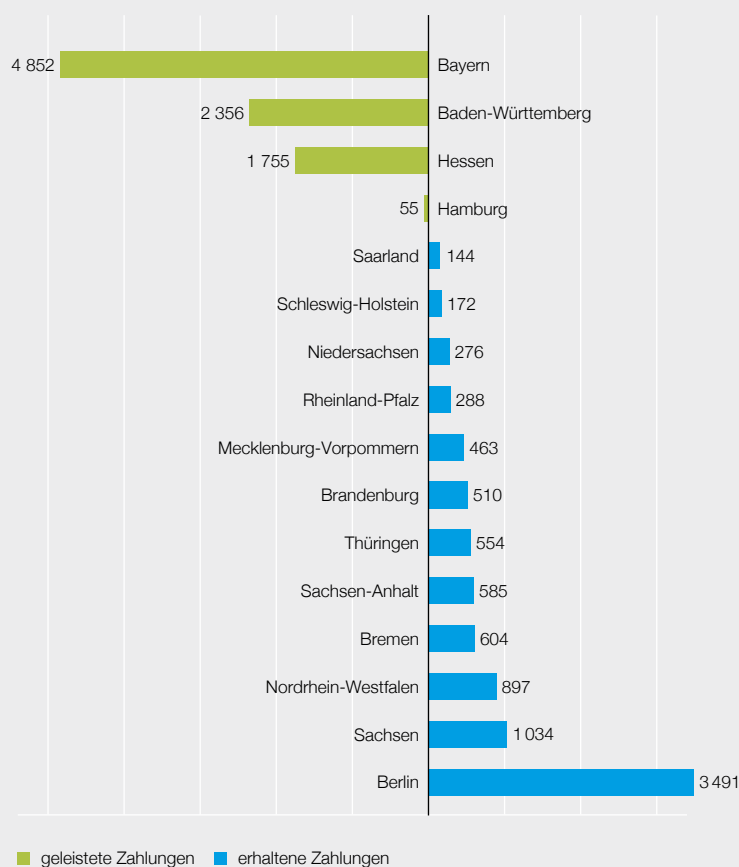


► **Abb 4 Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts – in Milliarden Euro**



In finanzstatistischer Abgrenzung.

► **Abb 5 Länderfinanzausgleich – Geleistete und erhaltene Zahlungen 2014 – in Millionen Euro**



Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Bundesministerium der Finanzen

aus (462,0 Milliarden Euro). Das sind Steuern, die auf mehrere Gebietskörperschaften aufgeteilt werden. Innerhalb der gemeinschaftlichen Steuern waren die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 213,6 Milliarden Euro und die Umsatzsteuer (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) mit 203,1 Milliarden Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (101,8 Milliarden Euro) erbrachte die Energiesteuer die höchsten Einnahmen (39,8 Milliarden Euro). Von den Gemeindesteuern (57,7 Milliarden Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 43,8 Milliarden Euro und bei den Landessteuern (17,6 Milliarden Euro) die Grunderwerbsteuer mit 9,3 Milliarden Euro den größten Stellenwert. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Aufkommen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer um 13,1 Milliarden Euro (+ 7 %), an der Umsatzsteuer (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) um 6,3 Milliarden Euro (+ 3 %) und an der Gewerbesteuer um 0,7 Milliarden Euro (+ 2 %). Die sechs aufkommensstärksten Steuern (Lohn- und veranlagte Einkommensteuer, Umsatz-, Einfuhrumsatz-, Gewerbe- und Energiesteuer) erbrachten somit mehr als drei Viertel aller Steuereinnahmen. Das Aufkommen der einzelnen Steuern variiert im Zeitablauf insbesondere durch Gesetzesänderungen und die Wirtschaftsentwicklung, aber auch aufgrund veränderten Konsumverhaltens der Steuerpflichtigen. ► [Tab 2](#)

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo (Defizit oder Überschuss) des Öffentlichen Gesamthaushalts. Da seit den 1950er-Jahren die öffentlichen Ausgaben mehrheitlich die Einnahmen übertrafen, wurden die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Defizits überwiegend durch Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt gedeckt. Die Summierung dieser jährlichen Schuldenzuwächse führte Ende 2014 zu einem Schuldenstand in Höhe von rund 2049 Milliarden Euro. Daraus resultierende Zins- und Tilgungsansprüche werden die öffentliche Hand auch in Zukunft belasten. ► [Abb 3, Abb 4](#)

4.2.2 Länderfinanzausgleich

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht zum einen durch Ausgleichszahlungen von Ländern mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen (horizontaler Finanzausgleich). Zum anderen leistet der Bund direkte Zahlungen an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs: der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. Die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs beliefen sich im Jahr 2014 auf 9,0 Milliarden Euro. ▶ [Abb 5](#)

4.2.3 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

Die Aufmerksamkeit der deutschen Politik und Öffentlichkeit richtete sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Ausgaben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA siehe Info 2). Im Mai 2005 wurde vom EU-Ministerrat ein ODA-Stufenplan verabschiedet, in dessen Rahmen sich Deutschland verpflichtete, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % zu erhöhen. Für das Berichtsjahr 2014 ergab sich eine ODA-Quote von 0,42 %. Das entspricht in absoluten Zahlen ausgedrückt ODA-Leistungen in Höhe von 12,5 Milliarden Euro, wobei sich 8,7 Milliarden Euro auf die bilaterale und 3,8 Milliarden Euro auf die multilaterale Zusammenarbeit beziehen. Den größten Anteil an den Ausgaben hatte mit 6,3 Milliarden Euro (51 %) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). ▶ [Info 2, Tab 3](#)

▶ Info 2

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) zählen vor allem die Ausgaben für die technische und die finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe. Ebenso gehören Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel Vereinte Nationen) und Schuldenerlasse dazu. Neben der ODA werden auch noch sonstige öffentliche und private Leistungen an Entwicklungsländer erbracht, wie Leistungen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Direktinvestitionen, Exportkredite.

▶ **Tab 3** Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

	ODA-Leistungen insgesamt	Anteil am Bruttonationaleinkommen
	in Millionen Euro	in %
2006	8 313	0,36
2008	9 693	0,38
2010	9 804	0,39
2012	10 067	0,37
2014	12 486	0,42

ODA = Official Development Assistance.

4.2.4 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, verschuldet sich der Öffentliche Gesamthaushalt. Die Verschuldung setzt sich hierbei zusammen aus

- den Krediten des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich,
- den Kassenkrediten beim nicht öffentlichen Bereich sowie
- den Wertpapierschulden.

Zum 31. Dezember 2014 lag die Staatsverschuldung bei 2 049,2 Milliarden Euro. Der Bund verzeichnete rund 1 290 Milliarden Euro, die Länder 619,5 Milliarden Euro, die kommunale Ebene 139,4 Milliarden Euro und die Sozialversicherung 561 Millionen Euro Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

In Abbildung 6 ist die Entwicklung des nationalen Schuldenstandes für den Zeit-

raum 2004 bis 2014 abgebildet. Bis zum Berichtsjahr 2010 ist die Schuldenentwicklung durch einen starken Anstieg gekennzeichnet, insbesondere im Jahr 2010 (+ 317,3 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr). Diese Erhöhung des Schuldenstandes resultierte überwiegend aus den Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. ▶ [Abb 6](#)

Mit den Berichtsreiserweiterungen in den Jahren 2006 und 2010 reagierte die amtliche Statistik auf den zunehmenden Ausgliederungsprozess von öffentlichen Aufgaben (und Schulden) auf Einheiten außerhalb der Kernhaushalte. Abbildung 6 veranschaulicht, dass sich diese Effekte einschließlich der Umstellung des Erhebungskatalogs zum Berichtsjahr 2010 vergleichsweise gering auf den Schuldenstand auswirkten. Während im Jahr 2013 erstmals ein rückläufiger Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr zu beobachten war, stieg dieser im Jahr 2014 wieder leicht an.

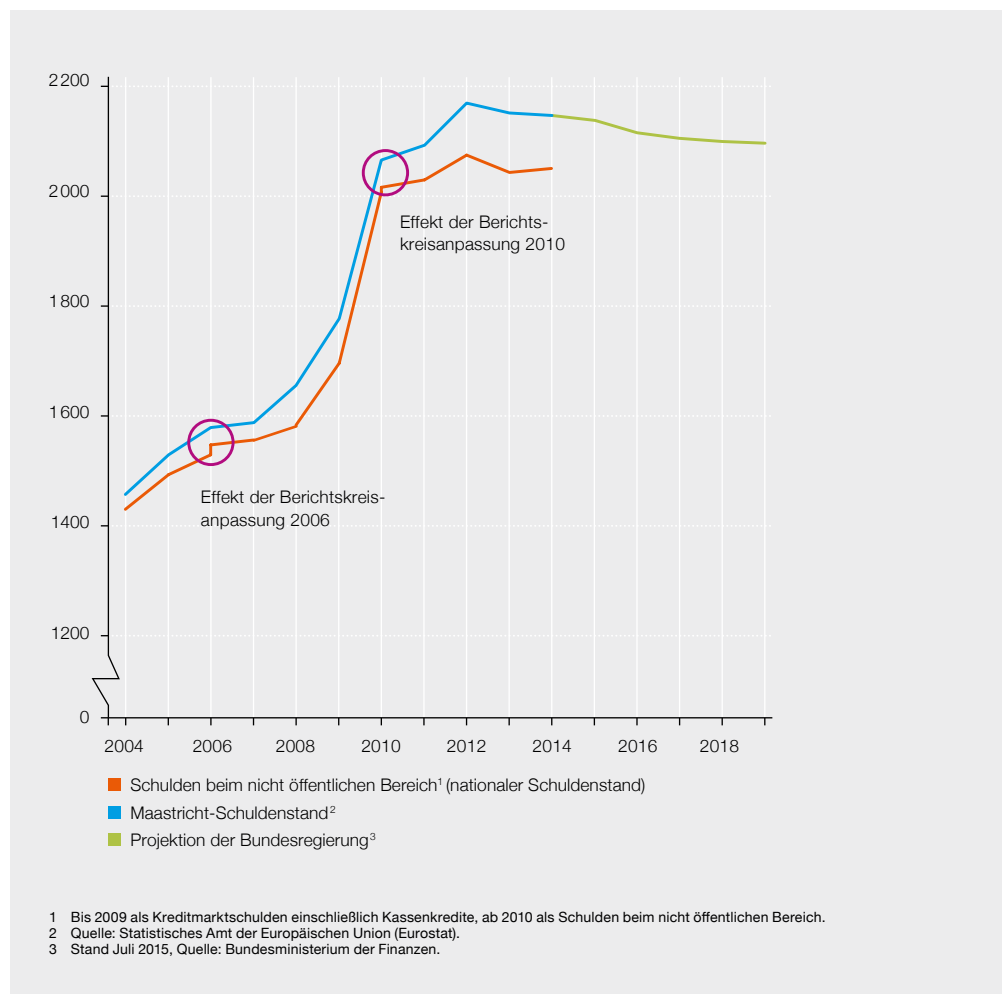
Neben dem nationalen Schuldenstand ist in Abbildung 6 auch der Verlauf des

sogenannten Maastricht-Schuldenstandes abgetragen. Dies ist der Schuldenstand, den die Deutsche Bundesbank, den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen entsprechend, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) meldet und der dort veröffentlicht wird. Die Differenz zwischen beiden Schuldenständen resultiert aus notwendigen Zu beziehungsweise Absetzungen von Tatbeständen, die die amtliche Schuldenstatistik nicht nachweist beziehungsweise die zu konsolidieren sind, um die von Eurostat geforderte internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Hier werden beispielsweise Korrekturen für Stützungsmaßnahmen von Banken (ausgelagerte Einheiten mit Sitz außerhalb Deutschlands) sowie für Stützungsmaßnahmen zugunsten anderer EU-Staaten (zum Beispiel im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, die Teil der allgemein als Euro-Rettungsschirm bezeichneten Maßnahmenpakete ist) vorgenommen.

Ab dem Jahr 2015 ist in Abbildung 6 die Projektion der Bundesregierung hinsichtlich des Maastricht-Schuldenstandes bis zum Jahr 2019 dargestellt. Die Bundesregierung rechnet mit einem annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo und abklingenden Effekten der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise: »Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte führt zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenstandsquote bis auf rund 61 ½ % im Jahr 2019.« (Siehe Monatsbericht des BMF 8/2015, Seite 6). Dabei wird zwischen 2015 und 2019 ein Wachstum des (nominalen) Bruttoinlandsproduktes um 13,6% und ein um 2,3% sinkender Maastricht-Schuldenstand unterstellt.

Neben der Schuldenstatistik und der Statistik der Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts bildet die Statistik über das Finanzvermögen eine weitere Säule der Stabilitätsberichterstattung an die Europäische Kommission. Im Jahr 2014 standen den rund 2049 Milliarden Euro Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts ein Finanz-

► **Abb 6** Entwicklung der Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts 2004 bis 2019 – in Milliarden Euro



vermögen in Höhe von 539,8 Milliarden Euro gegenüber. Davon entfielen 212,6 Milliarden Euro auf den Bund, 134,7 Milliarden Euro auf die Länder und 68,6 Milliarden Euro auf die kommunale Ebene sowie 123,9 Milliarden Euro auf die Sozialversicherung.

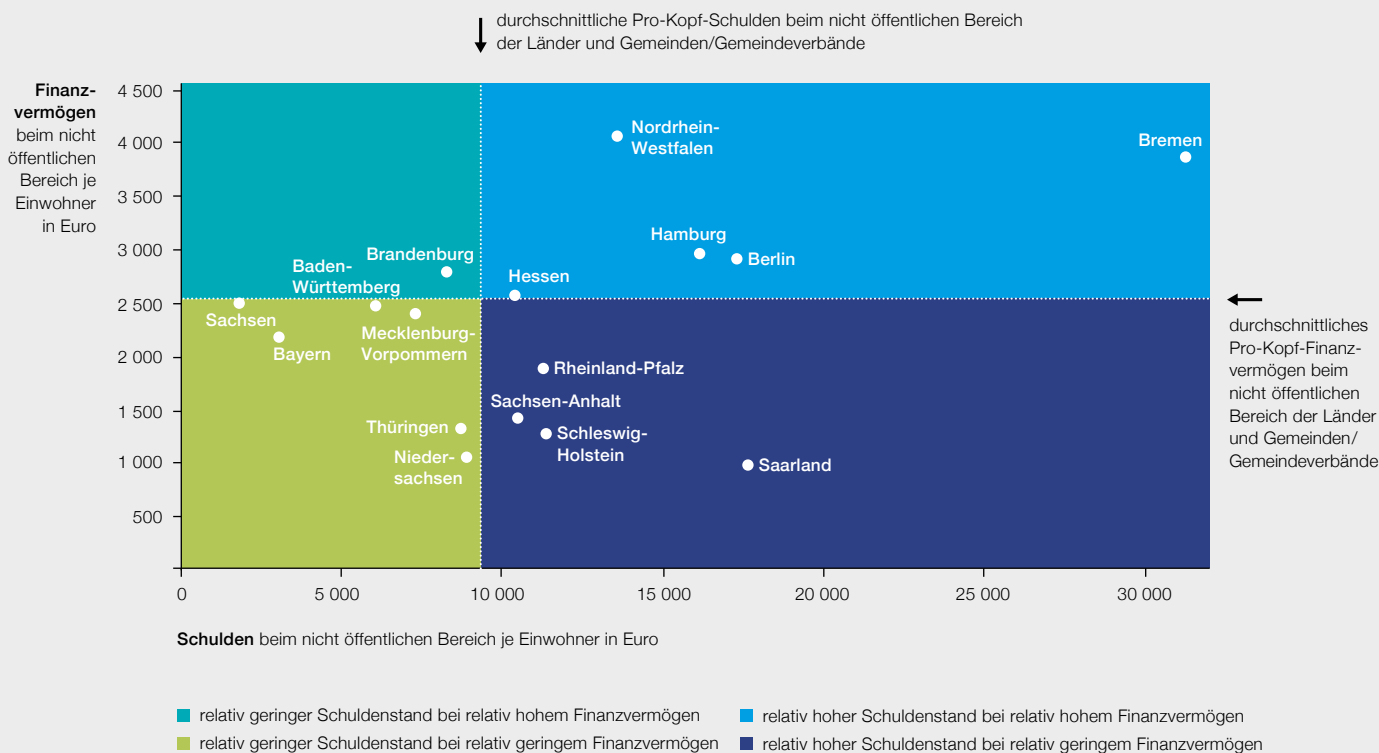
Für eine Darstellung der finanziellen Lage in den Bundesländern ist in Abbildung 7 den Schulden das Finanzvermögen (jeweils beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner der kommunalen Ebene und der Länderebene zusammen) am 31. Dezember 2014 gegenübergestellt.

Ergänzend sind als Senkrechte beziehungsweise Waagrechte die über alle Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung und das durchschnittliche Pro-Kopf-Finanzvermögen eingetragen. Damit ergeben sich vier Quadranten mit Aussagen zur Finanzsituation der einzelnen Bundesländer. ► [Abb 7](#)

4.2.5 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

In den 1980er-Jahren begann der Staat in größerem Umfang, bestimmte Aufgaben

► **Abb 7 Finanzvermögen und Schulden beim nicht öffentlichen Bereich der Länder und Gemeinden je Einwohner 2014**



Stichtag: 31.12.2014.

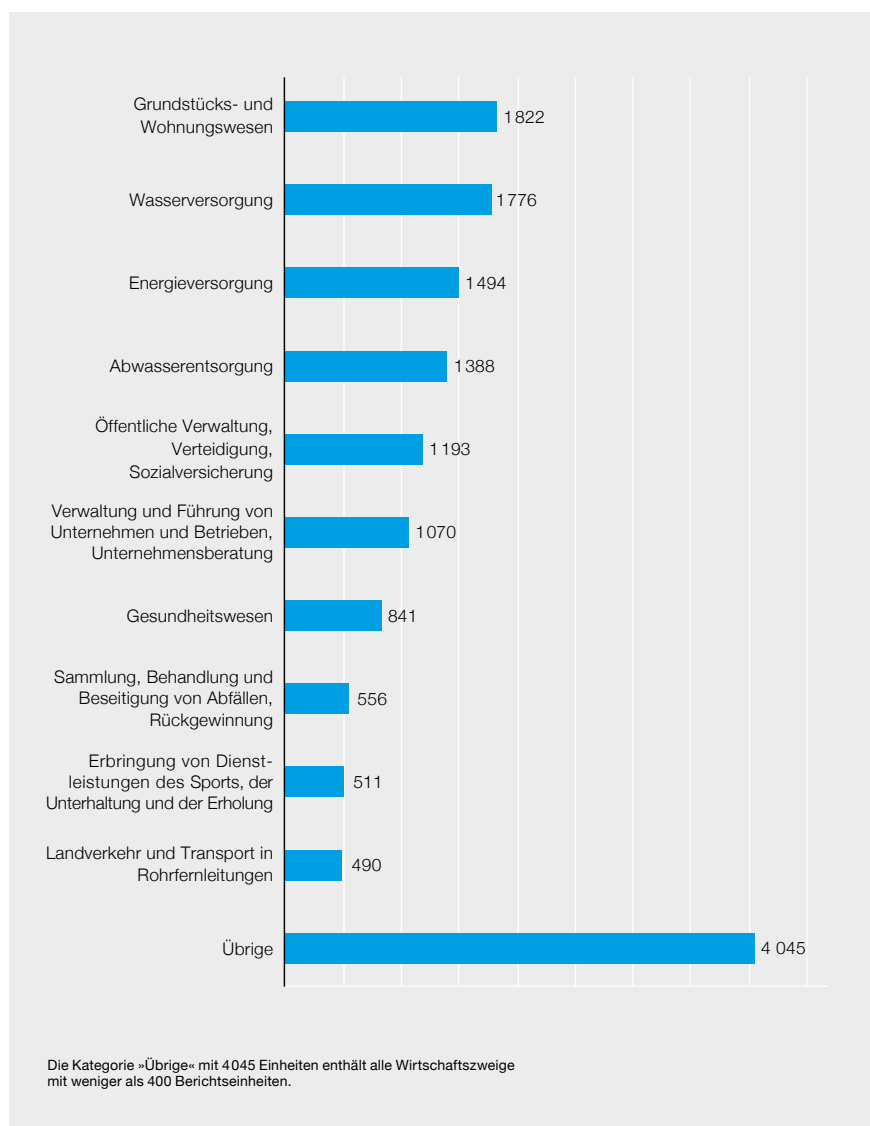
auf Einheiten außerhalb der öffentlichen Haushalte (Kernhaushalte) auszulagern. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Streben nach einer effizienteren Aufgabenerfüllung. Zum anderen wurde die Forderung nach einem »schlanken Staat«, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, immer stärker. Parallel dazu erfolgte eine Reihe von Neugründungen von öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie der Einstieg der öffentlichen Haushalte in bestehende Unternehmen. Soweit die öffentlichen Haushalte maßgeblich, das heißt mit mehr als

50 % des Stimmrechts oder des Nennkapitals mittelbar beziehungsweise unmittelbar an diesen Einheiten beteiligt sind, werden sie in der Finanzstatistik unter dem Begriff »Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen« (kurz: öffentliche Unternehmen) zusammengefasst. Sie beziehen sich nicht nur auf ausgewählte Wirtschaftszweige; die Bandbreite reicht von Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäusern, Versorgungsunternehmen, Hochschulen bis zu den im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise entstandenen Abwicklungsanstalten.

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen verfügen über ein eigenes, kaufmännisches oder kamerales Rechnungswesen beziehungsweise doppelte Buchführung nach kommunalem Haushaltsrecht (Doppik), so dass ihre Einnahmen und Ausgaben nicht mehr im jeweiligen Kernhaushalt enthalten sind.

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der Jahresabschlussstatistik, welche ausschließlich die Erhebung der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen umfasst. Im Berichtsjahr 2012 gab

► **Abb 8 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen 2012**



es 15 186 öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen, davon 13 453 (89 %) auf der kommunalen Ebene. Der Rest verteilte sich auf Beteiligungen der Länder (9 %) und des Bundes (2 %). Die meisten öffentlichen Unternehmen wurden in der Rechtsform der GmbH (58 %) oder des Eigenbetriebs (24 %) geführt. Rund 7 % der öffentlichen Unternehmen

waren Zweckverbände. Zwischen den Jahren 2000 und 2012 stieg die Zahl der in der Jahresabschlussstatistik erfassten öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen um 24 %.

Die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Haupttätigkeit öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen lagen 2012 in den Bereichen »Grundstücks- und Wohnungswesen« (12 %), »Wasserversor-

gung« (12 %), »Energieversorgung« (10 %), »Abwasserentsorgung« (9 %), »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« (8 %) sowie »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung« (7 %). ► [Abb 8](#)

Alle Bereiche zusammen erzielten im Jahr 2012 eine Bilanzsumme von rund 2 Billionen Euro, darunter entfielen die höchsten Bilanzsummen auf die Bereiche »Erbringung von Finanzdienstleistungen« (rund 540 Milliarden Euro) und »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« (459 Milliarden Euro).

Die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wiesen für das Berichtsjahr 2012 einen Jahresüberschuss von rund 6,6 Milliarden Euro für alle öffentlichen Unternehmen aus. Zu diesem Ergebnis trugen wesentlich die Wirtschaftszweige »Energieversorgung« (2,3 Milliarden Euro), »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung« (1,6 Milliarden Euro) sowie »Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)« (1,3 Milliarden Euro) bei. Daneben erwirtschaftete der Bereich »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« gut 1 Milliarde Euro. Einen Jahresverlust beziehungsweise Fehlbetrag verzeichneten öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in den Wirtschaftszweigen »Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung« (- 483 Millionen Euro) sowie »Gesundheitswesen« (- 582 Millionen Euro). ► [Tab 4](#)

4.2.6 Personal im öffentlichen Dienst

Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten Mitte 2014 in Deutschland insgesamt rund 5,8 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Berufs- und Zeitsoldaten beziehungsweise -soldatinnen). Davon übten 4,0 Millionen Personen eine Vollzeit- und 1,8 Millionen eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 34 000 Vollzeitkräfte oder 0,9 % mehr beschäftigt. Die Zahl der Teil-

► **Tab 4** Ausgewählte Daten zur Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanzsumme öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2012 — in Millionen Euro

	Umsatzerlöse	Materialaufwand zusammen	Personalaufwand zusammen	Jahresergebnis	Bilanzsumme
Insgesamt	395 933	235 665	105 028	6 550	1 957 107
Energieversorgung	159 648	137 231	8 009	2 279	131 962
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung	4 579	2 808	1 883	1 568	159 218
Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	20 020	3 708	7 967	1 296	94 946
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	15 371	3 305	9 802	1 052	458 746
Abwasserentsorgung	9 394	3 052	1 580	519	71 999
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung	11 005	5 859	2 758	377	19 934
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	4 362	1 604	207	330	1 327
Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	1 021	648	519	-483	6 546
Gesundheitswesen	42 956	14 420	30 348	-582	63 730

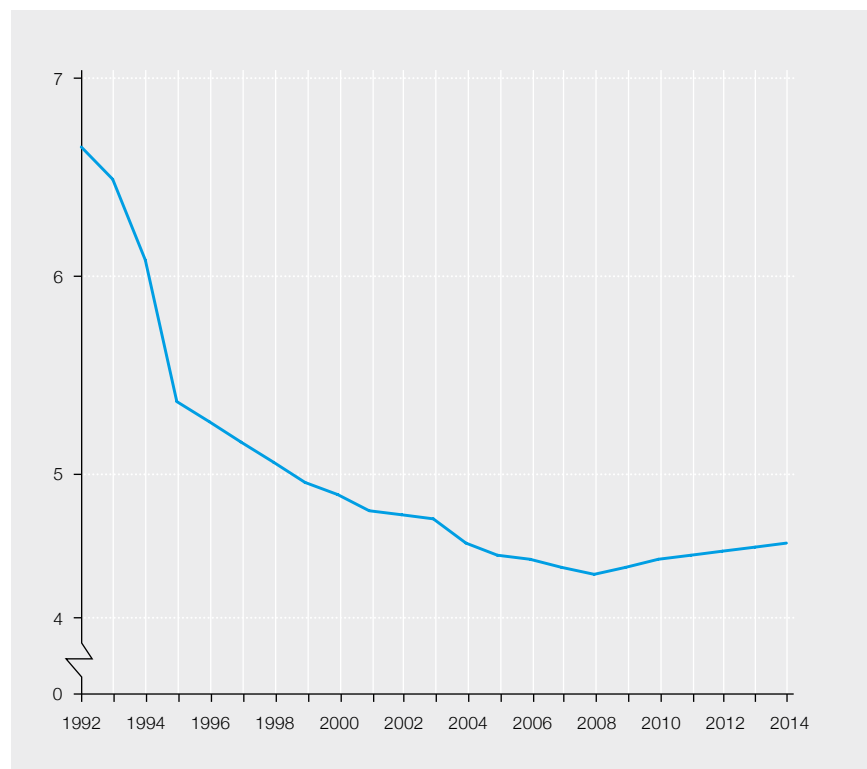
Die Sortierung erfolgt in absteigender Reihenfolge des Jahresergebnisses.

zeitkräfte hat sich um 4 000 Personen oder 0,2 % erhöht. Der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten betrug 41 %, bei den Teilzeitbeschäftigten waren es 83 %.

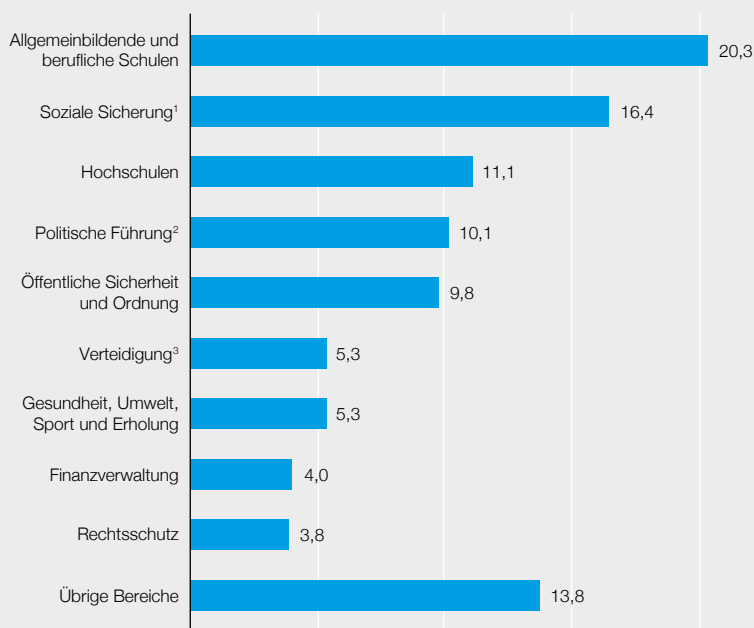
Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn das durch die öffentliche Hand bezahlte Personal in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 35,6 Millionen abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den Bereich der öffentlichen Arbeitgeber ein Anteil von rund 16 %.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der deutschen Vereinigung deutlich gesunken: Im Jahr 1992 waren rund 6,7 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30. Juni 2014 dagegen 4,7 Millionen. Der öffentliche Dienst umfasst nur Personal der öffentlichen Arbeitgeber, welches nicht bei privatrechtlichen Einrichtungen und Unternehmen beschäftigt ist. Der massive Personalabbau im öffentlichen Dienst in den 1990er-Jahren resultierte in erster Linie aus der Notwendigkeit, die

► **Abb 9** Entwicklung des Personalstandes im öffentlichen Dienst zum Stichtag 30. Juni — in Millionen



► **Abb 10 Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen 2014 – in Prozent**



Stichtag: 30.06.

1 Einschließlich Familie und Jugend sowie Arbeitsmarktpolitik.

2 Einschließlich zentraler Verwaltung.

3 Einschließlich Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne freiwillig Wehrdienstleistende.

Personalausstattung der neuen Länder und der dortigen Kommunen an die Verhältnisse des früheren Bundesgebiets anzupassen. Hinzu kamen die Privatisierung der Deutschen Bundesbahn und Reichsbahn sowie der Deutschen Bundespost. Zudem gab es auch einen Trend, kommunale Krankenhäuser zu privatisieren und kommunale Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung oder Straßenreinigung an private Unternehmen auszulagern. Auch das führte zu einem Personalarückgang im öffentlichen Sektor. ► [Abb 9](#)

Seit dem Jahr 2009 ist ein kontinuierlicher Personalanstieg im öffentlichen Dienst zu verzeichnen. Dieser ist überwiegend bei Tageseinrichtungen für Kinder und im Bereich der Hochschulen zu beobachten.

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst lagen 2014 bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (20 %), der sozialen Sicherung (16 %) und bei den Hochschulen (11 %). ► [Abb 10](#)

Die Gesamtzahl der pensionierten Beamten, Richter sowie Berufssoldaten und ihrer Hinterbliebenen (zusammen: Versorgungsempfänger) ist seit der deutschen Vereinigung erheblich gestiegen. Im Zeitraum 1992 bis 2015 ist die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des öffentlichen Dienstes um rund 29 % gewachsen. Dies ist vor allem auf den Aufbau von Personal im Bildungsbereich in den 1960er- und 1970er-Jahren im früheren Bundesgebiet zurückzuführen, das nun seit einigen Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Insgesamt erhielten am 1. Januar 2015 rund 1,6 Millionen Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems.

Versorgungsleistungen nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht erhielten Anfang 2015 beim Bund 180 000 ehemalige Bedienstete oder ihre Hinterbliebenen, bei den Ländern 822 000, im kommunalen Bereich 119 000 sowie bei der Sozialversicherung 22 000 Personen. Beim Bundeseisenbahnvermögen (ehemals Deutsche Bundesbahn) gab es im Januar 2015 rund 163 000 Versorgungsempfänger.

1,6 Mill.

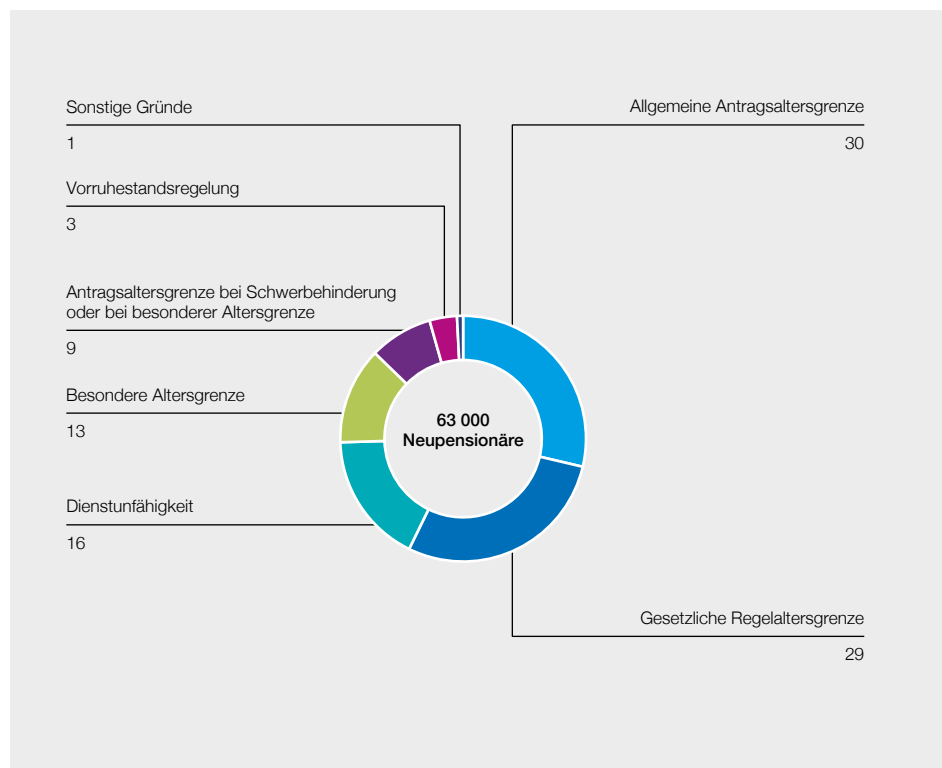
Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gab es im Jahr 2015. Dies ist ein Anstieg von 29 % in den letzten 23 Jahren.



gerinnen und -empfänger sowie bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (ehemals Deutsche Bundespost) 273 000 Personen. Die Zahl ehemaliger, nach dem Krieg nicht übernommener Bediensteter des Deutschen Reiches und ihrer Hinterbliebenen betrug 2015 rund 10 000 Personen.

Für den Eintritt des aktiven Personals in den Ruhestand gibt es im Wesentlichen drei verschiedene Gründe: Entweder das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze, eine festgestellte Dienstunfähigkeit oder die Inanspruchnahme einer Vorruhestandsregelung. Insgesamt lag die Zahl der im Laufe des Jahres 2014 nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht in den Ruhestand versetzten Personen bei rund 63 000. Die Mehrheit der Neupensionierungen (80 %) erfolgte aufgrund des Erreichens einer gesetzlichen Altersgrenze. Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit unter den Neupensionären betrug 16 %, weitere 3 % nahmen eine Vorruhestandsregelung in Anspruch. ▶ Abb 11

▶ Abb 11 Pensionierungsgründe bei den Neupensionären im öffentlichen Dienst 2014 – in Prozent



44,7 Mill.

Erwerbspersonen gab es 2014 in Deutschland. Davon waren 42,6 Millionen erwerbstätig und 2,1 Millionen erwerbslos.

58,3 Mrd.

Arbeitsstunden wurden 2014 von den Erwerbstätigen geleistet.

3%

der Erwerbstätigen gaben 2014 an, im letzten Jahr einen Arbeitsunfall erlitten zu haben.



67%

der Befragten hatten 2010 gute Freunde am Arbeitsplatz.

5 Arbeitsmarkt und Verdienste

5.1 Arbeitsmarkt

Anja Crößmann,
Frank Schüller

Destatis

Erwerbsarbeit spielt in Deutschland sowohl in gesellschaftlicher als auch in individueller Hinsicht eine zentrale Rolle. Unbestritten wird Arbeit als Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhalts gesehen. Nicht minder wichtig ist die Bedeutung, die der ausgeübte Beruf und die berufliche Stellung für das Selbstverständnis jedes Einzelnen und seine gesellschaftliche Position haben. Für viele ist Arbeit ein wichtiger Teil der persönlichen Selbstentfaltung. Immer mehr Frauen sind erwerbstätig und die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt seit einiger Zeit wieder zu. Das heißt für einen noch größeren Teil der Bevölkerung ist Erwerbsarbeit ein wesentlicher Teil des Alltags. Erwerbslosigkeit ist umgekehrt nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch wegen der gesellschaftlichen Stigmatisierung ein Problem. Die mit ihr einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist nicht nur zum Konsumverzicht, sondern führen zu einer eingeschränkten Teilnahme der Erwerbslosen und aller von ihnen abhängigen Personen am gesellschaftlichen Leben. Eine auf den Arbeitsmarkt bezogene Perspektivlosigkeit kann darüber hinaus persönliche Krisen auslösen.

Ebenso groß ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit auf gesellschaftlicher Ebene. Das Steuersystem und die Sozialversicherungssysteme finanzieren sich über Er-

werbsbeteiligung. Für materiellen Wohlstand sind die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung. Dementsprechend groß ist auch die öffentliche und politische Diskussion um die Zukunft der Arbeitswelt.

Die weiterhin rasante technische Entwicklung, die zunehmende Globalisierung der Arbeitsmärkte, der demografische Wandel, veränderte Beschäftigungsformen, aber auch persönliche Ansprüche der Menschen an ihre Arbeit und deren Vereinbarkeit mit dem Privatleben werfen viele Fragen auf. Im Vordergrund stehen heute die zunehmende Heterogenität der Erwerbsformen, deren Auswirkung auf die Normalarbeitsverhältnisse und die Frage, inwieweit Erwerbsarbeit noch existenzielle Absicherung garantieren kann. Auf der anderen Seite wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein zunehmender Fachkräftemangel befürchtet und diskutiert, inwieweit ungenutztes beziehungsweise zusätzliches Arbeitskräftepotenzial aktiviert werden könnte.

5.1.1 Die amtliche Arbeitsmarktstatistik

Das Statistische Bundesamt erstellt Statistiken, mit denen das erwerbsstatistische Gesamtsystem betrachtet und analysiert werden kann. Es berechnet beziehungsweise erhebt dazu unter anderem

► Info 1

Arbeitsmarkt: Statistische Begriffe und Konzepte

Die Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes folgt dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO), das internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten ermöglicht. **Erwerbstätig** im Sinne der ILO-Definition ist jede Person ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig vom zeitlichen Umfang. Auch wer sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum vorübergehend nicht ausgeübt hat oder in einem Familienbetrieb mitgeholfen hat, gilt als erwerbstätig.

Erwerbstätige in **Vollzeit** sind Personen, deren regelmäßige Arbeitszeit die im Betrieb beziehungsweise Wirtschaftszweig übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl beträgt. **Teilzeit** ist jede Arbeitszeit, die weniger Arbeitsstunden als die Arbeitszeit der Vollzeitkräfte im gleichen Betrieb oder Wirtschaftszweig umfasst.

Als **erwerbslos** gilt jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war und in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es dabei nicht an. Die Person muss in der Lage sein, eine neue Arbeit innerhalb von zwei Wochen aufzunehmen. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist für die Einstufung nicht erforderlich. Fasst man Erwerbslose und Erwerbstätige zusammen, spricht man von **Erwerbspersonen**. Die verbleibende Gruppe, die nach diesem Konzept weder erwerbstätig ist, noch ihre Arbeit auf dem Arbeitsmarkt anbietet, wird **Nichterwerbspersonen** genannt.

Arbeitslose sind Personen, die bei der Bundesagentur für Arbeit als solche registriert sind und sozialgesetzlichen Vorgaben entsprechen. Dadurch kann die Zahl der Arbeitslosen auch durch Änderungen im Sozialgesetzbuch beeinflusst werden. Registrierte Arbeitslose dürfen bis zu 15 Stunden pro Woche arbeiten, ohne ihren Status zu verlieren. Aus den unterschiedlichen Konzepten folgt, dass es Personen gibt, die zwar im Sinne der ILO erwerbslos sind, bei der Bundesagentur für Arbeit aber nicht als arbeitslos gezählt werden. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit bestimmte Personen als arbeitslos, die nach der Definition der ILO nicht erwerbslos sind.

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum **ungenutzten Arbeitskräftepotenzial** orientieren sich an einer EU-weit gültigen Konzeption und bilden den Übergangsbereich zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit ab. Zum ungenutzten Arbeitskräftepotenzial zählen nicht nur Erwerbslose, sondern auch Erwerbstätige, die mehr arbeiten möchten und als **Unterbeschäftigte** erfasst werden. Hinzu kommen Nichterwerbspersonen, die gerne arbeiten würden, gemäß ILO-Konzept aber nicht erwerbslos sind und zur **Stillen Reserve** gezählt werden. Der von der Bundesagentur für Arbeit verwendete Begriff der Unterbeschäftigung unterscheidet sich vom hier verwendeten Konzept. Dabei werden registrierte Arbeitslose und Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, die in der Statistik nicht als arbeitslos gezählt werden, zusammengefasst.

Um ein besseres Verständnis für die Rahmenbedingungen zu erlangen, zu denen die Menschen erwerbstätig sind, berichtet das Statistische Bundesamt zusätzlich über die Erwerbsformen, in denen gearbeitet wird, also ob Erwerbstätige selbstständig sind, sich in einem Normalarbeitsverhältnis befinden oder in einer Form atypischer Beschäftigung. Zu den **atypischen Beschäftigten** werden befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügig Beschäftigte (sogenannte 450-Euro-Jobs) sowie Personen in Zeitarbeit gezählt. Ein **Normalarbeitsverhältnis** ist ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit beziehungsweise Teilzeit mit über 20 Wochenstunden und unbefristet ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet zudem direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat. Ergebnisse zur atypischen Beschäftigung beziehen sich auf **Kernerwerbstätige**, das heißt auf Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, soweit sie nicht in Bildung oder Ausbildung sind. Diese Gruppe der Kernerwerbstätigen befindet sich in einem Lebensabschnitt, in dem Erwerbsarbeit in deutlich stärkerem Maße als Schwerpunkt der Lebensgestaltung gesehen wird als beispielsweise während der Ausbildung oder im Ruhestand. Sie gilt daher, vor allem im Rahmen der Berichterstattung zur atypischen Beschäftigung, als Bezugsgröße für die Berechnung von Quoten.

die Zahl der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Außerdem führt es jährlich die Haushaltsbefragung Mikrozensus mit der integrierten Arbeitskräfteerhebung durch.

Die Daten aus dem Mikrozensus sind eine wichtige Grundlage der Arbeitsmarktstatistik und fließen zugleich in die Bestimmung der Erwerbstätigenzahlen ein. Sie ermöglichen außerdem tiefer gehende Untersuchungen zum Erwerbs-

status und zur Arbeitssuche mit Bezug auf soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Bildungsstand. Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit basieren vorwiegend auf Verwaltungsdaten, die im Zusammenhang mit ihren Aufgaben der Arbeitsvermittlung und Leistungserbringung für Arbeitslose und Kurzarbeiter anfallen.

Die einzelnen Statistiken unterscheiden sich nicht nur in den angewandten Erhebungsmethoden, sondern teilweise auch in den zugrunde liegenden Konzeptionen und Begriffsabgrenzungen. Oftmals werden in der Öffentlichkeit beispielsweise die Begriffe Erwerbslose und Arbeitslose synonym verwendet. Tatsächlich stecken dahinter im Sprachgebrauch der amtlichen Statistik unterschiedliche Konzepte, mit denen Personengruppen beschrieben werden, die nur teilweise identisch sind. ► Info 1

Die in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes stützen sich auf zwei Quellen: die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und den Mikrozensus. ► Info 2

5.1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit

Im Jahr 2014 gab es in Deutschland durchschnittlich rund 44,7 Millionen Erwerbspersonen. Von ihnen waren 42,6 Millionen erwerbstätig und 2,1 Millionen erwerbslos. Im Vergleich zu 1991 ist die Zahl der Erwerbspersonen um etwa 3,7 Millionen gestiegen. Kontinuierliche Zuwächse gab es vor allem im Zeitraum 1996 bis 2005, während die Zahl der Erwerbspersonen davor weitestgehend stagniert hatte. Seit 2011 ist wieder eine etwas stärkere Zunahme zu beobachten. ► Tab 1

Betrachtet man allein die Erwerbstätigen, werden konjunkturelle Entwicklungen deutlicher: Nach der deutschen Vereinigung war die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlands-konzept) rückläufig, bis sie 1993 ein Minimum von 37,8 Millionen erreichte. Nach einem Hoch bei der Erwerbstätigenzahl im Jahr 2000 mit 39,9 Millionen ging sie parallel zur konjunkturellen Entwicklung erneut

► Info 2

Erwerbstätigenrechnung und Mikrozensus

Die Erwerbstätigenrechnung betrachtet die Beschäftigung im Kontext der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dabei wird zwischen Erwerbstätigen mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) und Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) unterschieden.

Bei der Berechnung der Erwerbstätigenzahl stützt sich die Erwerbstätigenrechnung auf eine Vielzahl von Daten, um möglichst alle verfügbaren Informationen in die Schätzung einfließen zu lassen. Im Rahmen des Mikrozensus wird eine repräsentative Stichprobe von Haushalten in Deutschland befragt. Die Ergebnisse des Mikrozensus eignen sich zur Beantwortung sozialpolitischer und sozialwissenschaftlicher Fragen. Obwohl im Mikrozensus und in der Erwerbstätigenrechnung das ILO-Konzept zur Bestimmung der Erwerbstätigen angewendet wird, entstehen bei den Ergebnissen Abweichungen. Diese sind vor allem auf die methodischen und organisatorischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen. Zum einen ist die Arbeitskräfteerhebung als Teil des Mikrozensus durch die Stichprobenerhebung mit einer gewissen Unschärfe belastet. Zum anderen weicht die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation zur Erwerbstätigkeit deutlich vom Alltagsverständnis der Befragten ab, da zum Beispiel bezahlte Tätigkeiten bereits ab einem Umfang von einer Stunde pro Woche als Erwerbstätigkeit zu erfassen sind. Im Mikrozensus kann dies zu einer Untererfassung führen, wenn Befragte zum Beispiel kleinere Nebentätigkeiten nicht angeben, weil sie sich hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen.

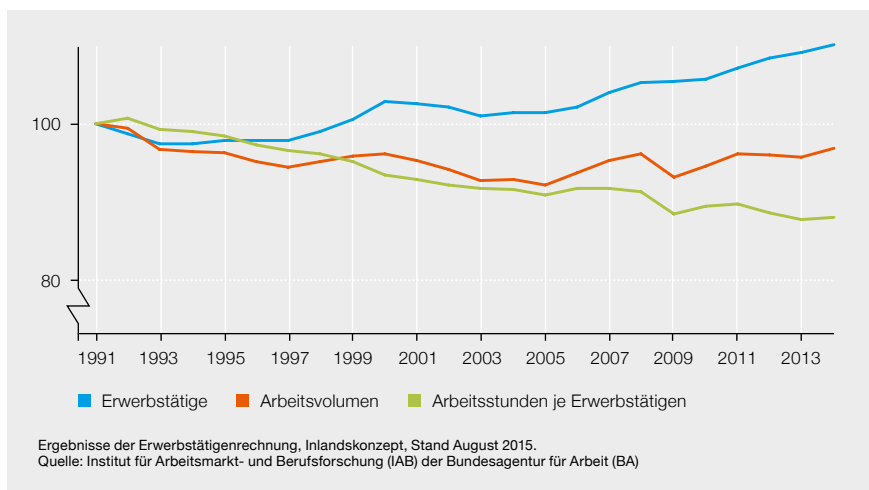
Die Erwerbstätigenrechnung geht methodisch anders vor und greift im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur geringfügigen Beschäftigung zurück. Aufgrund dieser erhebungsmethodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken liegen die Ergebnisse für Erwerbspersonen und Erwerbstätige aus dem Mikrozensus auf einem insgesamt niedrigeren Niveau. Längerfristige Trends beider Statistiken zeigen dabei jedoch in die gleiche Richtung.

► Tab 1 Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose

	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ¹
	in Millionen			in %
1991	41,02	38,85	2,17	5,3
1995	41,09	37,89	3,21	7,8
2000	42,91	39,79	3,11	7,3
2005	43,73	39,22	4,51	10,3
2010	43,80	40,98	2,82	6,4
2013	44,45	42,27	2,18	4,9
2014	44,73	42,64	2,09	4,7

¹ Erwerbslosenquote: Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen. Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung, Inländerkonzept, Stand August 2015. Erwerbslose: Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2015.

► Abb 1 Erwerbstätige, geleistete Arbeitsstunden insgesamt und je Erwerbstätigen 1991 bis 2014 – 1991 = 100



leicht zurück, blieb aber deutlich über dem Niveau von 1993. Seit 2006 ist wieder ein klarer Aufwärtstrend erkennbar. Selbst die deutlich negative konjunkturelle Entwicklung in Deutschland nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008/2009 führte lediglich zu einer verlangsamtten Zunahme der Erwerbstätigenzahl.

Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen relativiert sich, wenn man sie mit der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden, dem sogenannten Arbeitsvolumen, vergleicht. Im Jahr 2014 wurden von den Erwerbstätigen in Deutschland 58,3 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Diese Zahl hat im Laufe der letzten Jahre zugenommen – 2005 lag sie noch bei 55,5 Milliarden Arbeitsstunden. Im Jahr 1991 allerdings hatte das geleistete Arbeitsvolumen noch bei 60,3 Milliarden Stunden gelegen und ist dann, teilweise bedingt durch Umstrukturierungsprozesse der Wirtschaft in Ostdeutschland, nach und nach zurückgegangen. Ein anderer wesentlicher Faktor für den Rückgang des Arbeitsvolumens sind die je Erwerbstätigen pro Jahr geleisteten Arbeitsstunden. Diese sind in den zurückliegenden 20 Jahren fast kontinuierlich gesunken. Im Jahr 1991 leistete ein Erwerbstätiger rund 1 554 Arbeitsstunden pro Jahr, während es 2014 nur noch 1 366 Stunden waren. Dies entspricht einem Rückgang um 12%. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung war die zunehmende Zahl der Erwerbstätigen, die in Teilzeit arbeiteten – darunter insbesondere Frauen. Am niedrigsten war die Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im Jahr 2013 mit 1 362 Stunden. ► Abb 1

Die Zahl der Erwerbslosen (siehe Tabelle 1) verzeichnete in den letzten 20 Jahren zwei Phasen deutlicher Anstiege: Zwischen 1991 und 1997 stieg sie von 2,2 Millionen auf 3,8 Millionen und zwischen 2001 und 2005 von 3,1 Millionen auf 4,5 Millionen Personen. Die dazwischen liegende konjunkturelle Aufschwungsphase führte die Erwerbslosigkeit nicht auf ihr ursprüngliches Niveau von Anfang der 1990er-Jahre zurück. Seit 2006 sank die Erwerbslosenzahl jährlich,

lediglich unterbrochen durch einen geringfügigen Anstieg im Jahr 2009. Im Jahr 2010 lag die durchschnittliche Erwerbslosenzahl erstmals seit 1992 wieder unter 3 Millionen. Bis 2014 hat sie sich weiter deutlich verringert und lag bei 2,1 Millionen Personen. Damit ist das Niveau von 1991 leicht unterschritten. Die Erwerbslosenquote sank 2014 auf den tiefsten Stand seit der deutschen Vereinigung, im Jahresdurchschnitt lag sie bei 4,7%. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wies im Vergleich zur Zahl der Erwerbslosen einen ähnlichen Verlauf auf, allerdings auf einem höheren Niveau.

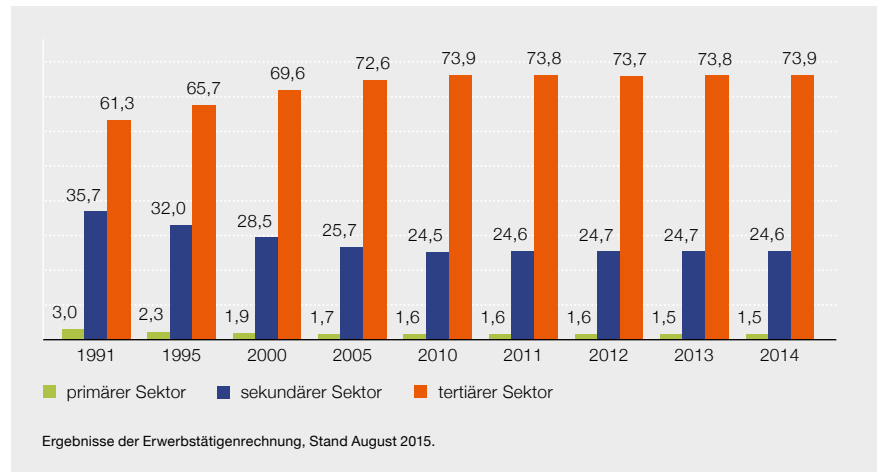
5.1.3 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Betrachtet man die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsbereiche des primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektors (Dienstleistungen), werden im Zeitverlauf die großen strukturellen Veränderungen ersichtlich. Neue Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt. ▶ [Abb 2](#)

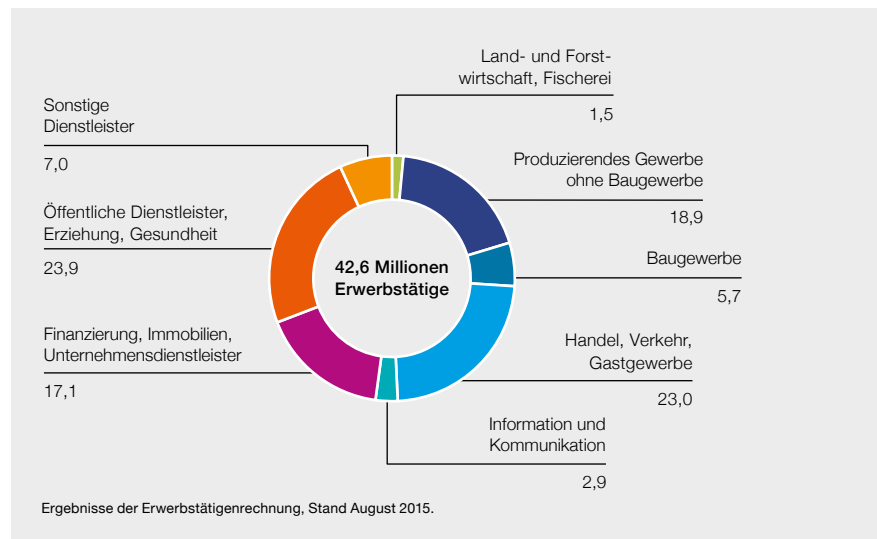
Am stärksten zurückgegangen ist die Zahl der Erwerbstätigen in den letzten ein- einhalb Jahrhunderten im primären Sektor: Im Jahr 2014 waren laut Erwerbstätigenrechnung nur noch 1,5% aller Erwerbstätigen dort beschäftigt. Im sekundären Sektor arbeiteten 24,6%, im tertiären Sektor dagegen 73,9% der Erwerbstätigen.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe stieg im Zuge der Industrialisierung parallel zur Abnahme im Agrarbereich. Im Jahr 2014 arbeiteten 10,5 Millionen Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe, darunter 7,5 Millionen im Verarbeitenden Gewerbe und 2,4 Millionen im Baugewerbe. Im Dienstleistungssektor waren 2014 mit 31,5 Millionen dreimal so viele Personen tätig wie im sekundären Sektor. Seit 2004 ist die Zahl der im Dienstleistungssektor Tätigen um 3,2 Millionen angestiegen.

▶ **Abb 2 Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren – in Prozent**



▶ **Abb 3 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2014 – in Prozent**



Innerhalb des Dienstleistungssektors kam 2014 den Wirtschaftsbereichen Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit mit 10,2 Millionen Erwerbstätigen die größte Bedeutung zu. Dazu zählen unter anderem die öffentliche Verwaltung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei oder Feuerwehr, bei einer Sozialversicherung Tätige, alle Beschäftigten an Bildungseinrichtungen oder das Personal im Gesundheits- und Sozialwesen. Annähernd genauso viele Erwerbstätige arbeiteten in den Wirtschaftsbereichen Handel,

Verkehr und Gastgewerbe (9,8 Millionen). Zum Handel zählen sowohl Groß- als auch Einzelhandel. Der Abschnitt Verkehr umfasst alle Erwerbstätigen, die mit dem Verkehr zu Lande, auf dem Wasser oder in der Luft zu tun haben, aber auch Speditionen, Post- und Kurierdienste. ▶ [Abb 3](#)

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen, aber auch neue Produktions- und Fertigungsverfahren haben viele Berufe und Berufsfelder verändert. Die zehn am stärksten besetzten Berufsgruppen zeigt Tabelle 2. ▶ [Tab 2](#)

5.1.4 Beteiligung am Erwerbsleben

Längere Ausbildungszeiten und das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führten seit den 1990er-Jahren zu stetig sinkenden Erwerbsquoten. Dieser Trend hat sich mittlerweile umgekehrt. Im Jahr 2014 lag die Erwerbsquote, das heißt der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige, Erwerbslose) an der Bevölkerung ab 15 Jahren, in Deutschland bei 60 %. Dies waren 3 Prozentpunkte mehr als 2004 (57 %) und damit war die Erwerbsquote so hoch wie seit 1991 (59 %) nicht mehr. Dieser Anstieg resultierte vorwiegend aus einer gestiegenen Erwerbsquote der Frauen, die seit 2004 um 5 Prozentpunkte angewachsen ist und 2014 bei 54 % lag. Die Erwerbsquote der Männer war im Zeitraum seit 1991 (71 %) teilweise sogar rückläufig, hat jedoch wieder leicht zugelegt und lag 2014 bei 66 %. Auch die höhere Erwerbsbeteiligung älterer Personen hatte einen maßgeblichen Anteil für die insgesamt gestiegene Erwerbsquote.

Betrachtet man nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren, lag die Erwerbsbeteiligung 2014 bei 78 %. Der entsprechende Wert lag 2004 noch bei 72 %. Ein differenzierter Blick auf die Erwerbsbeteiligung einzelner Altersgruppen zeigt eine deutliche Zunahme der Erwerbsquote für die 55- bis 64-Jährigen. Sie stieg zwischen 2004 (48 %) und 2014 (69 %) um 21 Prozentpunkte, was vermutlich die deutlich reduzierten Möglichkeiten einer frühen Verrentung widerspiegelt. Die am Arbeitsmarkt aktivste Altersgruppe im Jahr 2014 waren die 40- bis 44-Jährigen mit einer durchschnittlichen Erwerbsquote von 90%. ▶ [Tab 3](#)

Die Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin lag 2004 mit rund 74 % für die 15- bis 64-Jährigen noch rund 3 Prozentpunkte über derjenigen im früheren Bundesgebiet (rund 72 %). Im Jahr 2014 hatte sich diese geringfügig weiter angeglichen und lag bei 79 % in den neuen Ländern und Berlin sowie bei 77 % im früheren Bundesgebiet. Ursache für die langfristige Angleichung war vor allem die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen. Ihre Erwerbsquote ist im Alter von 15 bis

► **Tab 2** Erwerbstätige Männer und Frauen in den zehn am stärksten besetzten Berufsgruppen 2014

		Erwerbstätige in 1 000
Männer		
1	Maschinenbau- und Betriebstechnik	1 326
2	Lagerwirtschaft, Post, Zustellung, Güterumschlag	1 015
3	Unternehmensorganisation und -strategie	958
4	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	921
5	Fahrzeug-, Luftfahrt-, Raumfahrt-, Schiffbautechnik	576
6	Elektrotechnik	575
7	Metallbearbeitung	494
8	Metallbau und Schweißtechnik	478
9	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	473
10	Hochbau	469
Frauen		
1	Büro und Sekretariat	1 527
2	Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehungspflege	1 187
3	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	1 152
4	Unternehmensorganisation und -strategie	1 108
5	Reinigung	1 015
6	Verwaltung	866
7	Gesundheit, Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe	848
8	Arzt- und Praxishilfe	639
9	Lehrtätige an allgemeinbildenden Schulen	571
10	Altenpflege	528

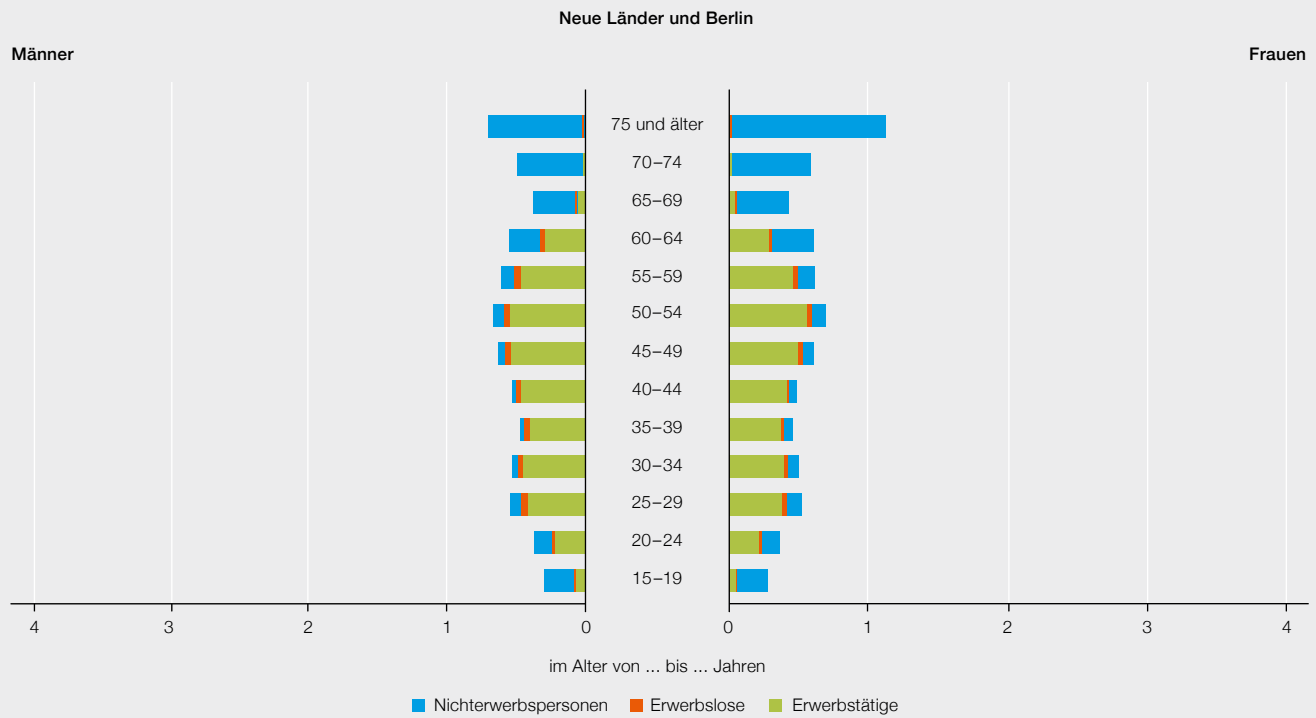
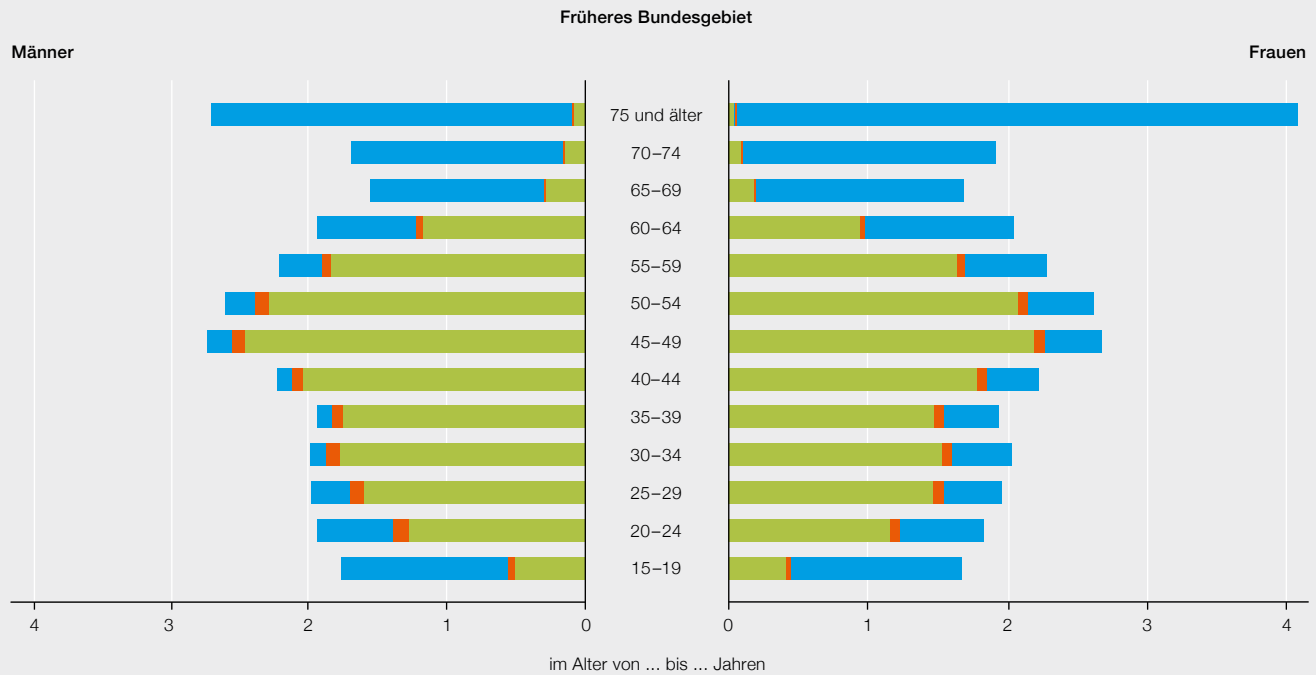
Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Tab 3** Erwerbsquoten nach Altersgruppen – in Prozent

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin	
	2004	2014	2004	2014	2004	2014
im Alter von ... bis ... Jahren						
15–19	28,7	28,3	28,1	29,1	30,6	23,3
20–24	69,0	69,0	68,5	69,4	70,7	66,9
25–29	79,5	82,6	79,0	82,6	81,4	82,7
30–34	85,8	86,9	84,8	86,4	90,2	88,7
35–39	87,7	87,9	86,5	87,2	92,8	90,4
40–44	89,0	89,6	87,7	89,0	93,9	92,4
45–49	88,1	89,5	86,9	89,3	92,4	90,2
50–54	83,2	86,9	81,8	86,7	88,3	87,6
55–59	71,1	80,6	69,4	80,2	78,1	82,3
60–64	28,6	55,6	29,5	55,5	25,6	55,8
65–69	5,6	13,9	6,2	14,6	3,4	11,3
70–74	2,5	5,9	2,8	6,5	1,3	3,8
75 und älter	0,8	1,6	0,9	1,8	0,3	0,7

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Abb 4 Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben 2014 – in Millionen



Ergebnisse des Mikrozensus.

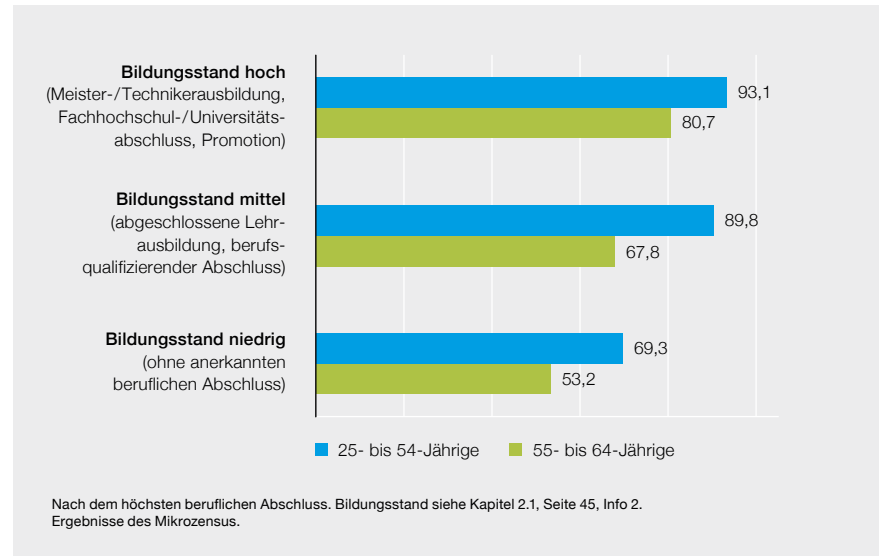
64 Jahren in dem Zehnjahreszeitraum in Ostdeutschland um 5 Prozentpunkte auf 76 %, in Westdeutschland um 8 Prozentpunkte auf 72 % gestiegen. Die Erwerbsbeteiligung von Männern befand sich in Ost- und Westdeutschland bereits 2004 auf einem ähnlichen Niveau (Ost: 78 %; West: 80 %) und hat sich seitdem kaum verändert (2014 Ost und West: 82 %). ▶ [Abb 4](#)

Unterscheidet man die Bevölkerung nach ihrer Staatsangehörigkeit, so zeigt sich ein differenziertes Bild der Erwerbsbeteiligung. Die Erwerbsquote der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 15 Jahren lag 2014 mit 60 % unter der Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung (62 %). Die stärkere Erwerbsbeteiligung der ausländischen Bevölkerung ist auf Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen, deren Erwerbsquote bei 70 % lag. Während die Quote bei den Frauen mit 54 % (Deutsche) beziehungsweise 53 % (Ausländerinnen) nahezu gleich war, lag die Erwerbsquote der deutschen Männer (65 %) deutlich niedriger als die der ausländischen Männer mit 72 %.

Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen nach der Staatsangehörigkeit zeigen sich auch bei der Erwerbslosigkeit. Die Erwerbslosenquote von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit war 2014 mit 9,3 % rund doppelt so hoch wie die Quote der deutschen Bevölkerung (4,5 %). Unter den Ausländern aus anderen EU-Mitgliedstaaten war die Erwerbslosigkeit niedriger. Hier lag die Quote mit 6,6 % näher an dem Wert der deutschen Bevölkerung. Sowohl bei der deutschen als auch bei der ausländischen Bevölkerung sind Männer etwas stärker von Erwerbslosigkeit betroffen. Während 4,8 % der deutschen Männer erwerbslos waren, traf dies nur auf 4,2 % der deutschen Frauen zu. In der ausländischen Bevölkerung waren 9,6 % der Männer und 9,0 % der Frauen erwerbslos.

Neben Geschlecht, Alter und Region spielt der Bildungsstand (siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2) eine wichtige Rolle bei der Erwerbsbeteiligung. Von den 25- bis 54-Jährigen Personen ohne aner-

▶ **Abb 5** Erwerbsquote nach Alter und Bildungsstand 2014 – in Prozent



kannten beruflichen Abschluss waren 2014 mehr als zwei Drittel (69 %) auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Personen, die ein mittleres berufliches Bildungsniveau aufwiesen (zum Beispiel eine abgeschlossene Lehrausbildung), hatten eine Erwerbsquote von 90 %. Diejenigen mit einem hohen beruflichen Bildungsniveau (tertiäre Abschlüsse, zum Beispiel Meister-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss), beteiligten sich zu 93 % am Erwerbsleben. ▶ [Abb 5](#)

Den durchgehend hohen Erwerbsquoten standen jedoch unterschiedlich hohe Erwerbslosenzahlen gegenüber: Bezogen auf die 25- bis 54-Jährigen waren die Erwerbslosenquoten von Personen ohne anerkannten beruflichen Abschluss 2014 fünfmal höher als die Quoten von Personen mit tertiären Abschlüssen. So waren 11,6 % der Personen ohne berufliche Qualifikation erwerbslos, aber nur 2,3 % derjenigen mit einem Hochschul- oder sonstigen tertiären Abschluss. In der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen unterscheiden sich die Erwerbsquoten deutlicher nach Qualifikationsgrad. Sie

bewegten sich 2014 zwischen 53 % für diejenigen ohne einen beruflichen Abschluss und 81 % für Hochschulabsolventen. Die niedrige Erwerbsbeteiligung älterer Personen ohne anerkannten beruflichen Abschluss geht einher mit einer höheren Erwerbslosenquote von 8,0 % im Vergleich zu Personen mit Hochschulabschluss, deren Erwerbslosenquote bei nur 3,0 % liegt.

Der grundlegende Zusammenhang von Bildung und Erwerbsbeteiligung ist für Frauen und Männer dieser Altersgruppe gleich, auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen auf einem insgesamt niedrigeren Niveau befindet. Je höher die berufliche Qualifikation, desto geringer der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung.

5.1.5 Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um mögliche Folgen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt rücken Arbeitsmarktstatistiken in den Vordergrund, die das gegenwärtig ungenutzte Arbeits-

Rund 5 % aller Erwerbstätigen haben mindestens zwei Jobs

Im Jahr 2014 hatten nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung 5,0 % aller Erwerbstätigen in Deutschland neben ihrer Haupttätigkeit mindestens eine weitere Tätigkeit. Dies waren rund 2,0 Millionen Personen; ihre Zahl hat sich seit 2011 um knapp 13 % erhöht.

Am häufigsten waren Mehrfachbeschäftigungen bei Erwerbstätigen in mittleren Altersgruppen: So betrug der Anteil der Personen mit einer weiteren Tätigkeit bei den 35- bis 44-Jährigen 5,8 % und bei den 45- bis 54-Jährigen 5,5 %. Junge Menschen unter 25 Jahre (3,2 %) und Personen über 65 Jahre (2,5 %) hatten seltener zwei oder mehr Tätigkeiten. Nach Geschlecht gab es dagegen geringere Unterschiede: 5,4 % der erwerbstätigen Frauen und 4,6 % der erwerbstätigen Männer gingen einer

weiteren Beschäftigung nach. Hintergrund für den höheren Anteil bei den Frauen ist, dass Mehrfachbeschäftigungen häufiger bei Teilzeit-Erwerbstätigen vorkommen, bei denen wiederum der Frauenanteil deutlich höher ist.

Im Nebenjob arbeiteten Erwerbstätige im Durchschnitt 8,5 Stunden pro Woche. Frauen, die in der Haupttätigkeit in Teilzeit beschäftigt waren, arbeiteten insgesamt in beiden Tätigkeiten durchschnittlich 28,4 Stunden (Männer 32,7 Stunden). In der Haupttätigkeit vollzeitbeschäftigte Frauen leisteten insgesamt in beiden Tätigkeiten durchschnittlich 46,9 Stunden (Männer 50,1 Stunden).

kräftepotenzial möglichst vollständig abbilden. Neben der »Erwerbslosigkeit« sind »Unterbeschäftigung« und »Stille Reserve« zusätzliche neue Indikatoren innerhalb des Labour-Force-Konzeptes, die im Jahr 2011 auf EU-Ebene festgelegt wurden.

Das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial als Summe der Erwerbslosen, Unterbeschäftigten und der Stillen Reserve betrug im Jahr 2014 nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung insgesamt 6,0 Millionen Personen. Es setzte sich neben 2,1 Millionen Erwerbslosen aus 2,9 Millionen Unterbeschäftigten und 1,0 Millionen Personen in der Stillen Reserve zusammen.

Ein Blick auf die sogenannten Unterbeschäftigten zeigt, dass auch bei den Erwerbstätigen noch ungenutztes Arbeitskräftepotenzial vorhanden ist. Personen in Unterbeschäftigung sind definiert als erwerbstätig, mit dem Wunsch nach zu-

sätzlichen Arbeitsstunden, die für eine zusätzliche Arbeit innerhalb von zwei Wochen verfügbar wären.

Von den insgesamt 2,9 Millionen unterbeschäftigt Erwerbstätigen übten 1,6 Millionen eine Teilzeit- und 1,3 Millionen eine Vollzeittätigkeit aus. Unterbeschäftigung bei einer Vollzeittätigkeit ist eine Männerdomäne. Von den 1,3 Millionen Unterbeschäftigten in Vollzeit waren 73 % männlich. Bei den Unterbeschäftigten in Teilzeit hingegen dominieren die Frauen: Hier waren von 1,6 Millionen betroffenen Personen 73 % weiblich.

Personen in der Stillen Reserve gehen ebenso wie Erwerbslose überhaupt keiner Erwerbsarbeit nach. Sie zählen nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation nicht zu den Erwerbslosen, wünschen sich aber grundsätzlich eine Arbeit. Zur Stillen Reserve gehören Per-

sonen, die zwar Arbeit suchen, jedoch im Moment kurzfristig für eine Arbeitsaufnahme nicht zur Verfügung stehen. Ebenfalls dazu zählen Personen, die aus verschiedenen Gründen gerade keine Arbeit suchen, aber grundsätzlich gerne arbeiten würden und für diese Arbeit auch verfügbar sind.

Unter den gut 1,0 Millionen Personen in Stiller Reserve im Jahr 2014 waren etwas mehr Frauen (53 %) als Männer (47 %). Unter den Menschen, die sich nicht am Erwerbsleben beteiligten, gab es deutlich mehr Frauen (11,3 Millionen) als Männer (8,2 Millionen). Der Wunsch nach Arbeit ist unter den Männern jedoch etwas ausgeprägter: So gehörten 5,7 % der männlichen Nichterwerbspersonen zur Stillen Reserve, während es bei den weiblichen Nichterwerbspersonen 4,6 % waren.

5.1.6 Atypische Beschäftigung, Normalarbeitsverhältnis und Selbstständigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen sagt zwar etwas darüber aus, wie viele Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt gearbeitet haben, aber noch nichts über den Umfang und die Dauerhaftigkeit der Erwerbstätigkeit. Der deutsche Arbeitsmarkt ist in den letzten 20 Jahren heterogener geworden. Arbeitsverträge werden in geringerem Umfang auf Basis von Flächentarifverträgen geregelt. Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung haben zugenommen. Erwerbsformen, die Unternehmen mehr Flexibilität geben, wie befristete Beschäftigung oder Zeitarbeit, haben an Bedeutung gewonnen. Sie bringen für die so Tätigen andere Beschäftigungsbedingungen mit sich als ein Normalarbeitsverhältnis. Die klassische Vorstellung von einer Arbeitsstelle ist eine unbefristete abhängige Beschäftigung. Sie geht von einer Vollzeittätigkeit aus, bei der der Arbeitnehmer unmittelbar bei oder direkt im Auftrag für einen Arbeitgeber arbeitet, mit dem er den Arbeitsvertrag geschlossen hat. In der Realität ist das auch nach wie vor der am häufigsten anzutreffende Fall. Dieses sogenannte Normalarbeitsverhältnis er-

hält seine Bedeutung durch seine ungebrochene Dominanz auf dem Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Ausrichtung der Sozialsysteme auf diesen »Normalfall«. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass Beschäftigungsformen, die unter dem Sammelbegriff »atypische Beschäftigung« zusammengefasst werden, an Bedeutung zugenommen haben. Sie prägen das Arbeitsleben für eine nicht unwesentliche Zahl von Erwerbstätigen.

Selbstständige Tätigkeiten werden nicht arbeitsvertraglich geregelt und bringen allein dadurch vielfältigere Arbeitsbedingungen mit sich. Einkommen, Arbeitsumfang und ob eine Geschäftsbasis längerfristig die Existenz sichern kann, variieren stark. Aus diesem Grund wird Selbstständigkeit gesondert von Normal- und atypischer Beschäftigung betrachtet.

Von den 35,9 Millionen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die sich nicht mehr in Bildung oder Ausbildung befanden (sogenannte Kernerwerbstätige), waren 2014 rund 24,5 Millionen Personen normalerwerbstätig und 7,5 Millionen atypisch beschäftigt. Damit befand sich mehr als jeder fünfte Erwerbstätige (21 %) in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, das mindestens eines der folgenden Elemente aufwies: eine Befristung (2,5 Millionen Personen), eine Teilzeitbeschäftigung mit maximal 20 Wochenstunden (4,9 Millionen Personen), Geringfügigkeit im Sinne des Sozialrechts (2,3 Millionen Personen) oder Zeit- beziehungsweise Leiharbeit (0,7 Millionen Personen). Im Jahr 2004 lag der Anteil atypischer Beschäftigung noch bei 19 %.

Die Verschiebung der Anteile zwischen Normalbeschäftigung und atypischer Beschäftigung begann bereits 1994. Damals lag der Anteil atypischer Beschäftigter bei rund 14 %. Er stieg kontinuierlich an und lag ab 2008 in etwa auf dem gleichen Niveau von rund 22 %. Seit 2011 ist eine leicht rückläufige Tendenz zu verzeichnen.

Bei der Normalbeschäftigung kehrte sich der Trend eines immer weiter sin-

kenden Anteils ab dem Jahr 2006 um. Der Anteil ist seitdem auf 68 % im Jahr 2014 gestiegen. ▶ Tab 4

Personen mit einer geringeren beruflichen Qualifikation sind deutlich häufiger atypisch beschäftigt. Im Jahr 2014 waren 36 % der Erwerbstätigen ohne eine anerkannte Berufsausbildung atypisch beschäftigt und damit deutlich mehr als unter allen Erwerbstätigen (21 %). Erwerbstätige mit einem (Fach-)Hochschulabschluss waren nur zu 14 % atypisch beschäftigt. Während hochqualifizierte Erwerbstätige dabei am häufigsten befristet oder in Teilzeit bis 20 Wochenstunden beschäftigt waren, befanden sich gering Qualifizierte überdurchschnittlich häufig in allen Formen atypischer Beschäftigung. Am häufigsten arbeiteten sie in einer Teilzeitbeschäftigung bis 20 Wochenstunden oder in geringfügiger Beschäftigung.

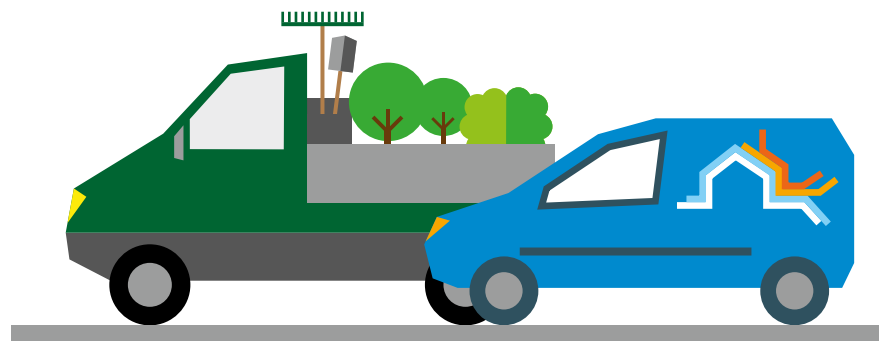
Von den 35,9 Millionen Kernerwerbstätigen im Jahr 2014 waren 3,7 Millionen selbstständig. Knapp 1,7 Millionen von ihnen führten ein Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten und 2,0 Millionen waren als sogenannte Solo-Selbststän-

dige ohne Beschäftigte unternehmerisch tätig. Damit waren von den Kernerwerbstätigen rund 4,7 % Selbstständige mit Beschäftigten und 5,7 % solo-selbstständig.

In den zurückliegenden 20 Jahren stagnierte der Anteil der Selbstständigen mit Beschäftigten weitestgehend und lag mit 5,2 % im Jahr 1994 nur um 0,5 Prozentpunkte höher als 2014 (4,7 %). Der Anteil der Solo-Selbstständigen ist dagegen im selben Zeitraum um 1,7 Prozentpunkte von 4,0 % auf 5,7 % gestiegen. Hatte es Anfang der 1990er-Jahre noch mehr Selbstständige mit Beschäftigten als ohne gegeben, hat sich dies mittlerweile umgekehrt. Diese Entwicklung bei den Solo-Selbstständigen könnte ein Hinweis darauf sein, dass abhängig Beschäftigte verstärkt in die Selbstständigkeit drängen oder gedrängt werden, es also Substitutionsprozesse von abhängiger Beschäftigung in die Selbstständigkeit gibt. Auch die von den Arbeitsagenturen geförderten Selbstständigkeits (Existenzgründungszuschüsse, Ich-AG, Einstiegsgelder) trugen zu dieser Entwicklung bei.

3,7 Mill.

Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren waren im Jahr 2014 selbstständig.



► Tab 4 Kernerwerbstätige in einzelnen Erwerbsformen – in Millionen

	Insgesamt ¹	Selbstständige		Abhängig Beschäftigte						
		zusammen	darunter Solo-Selbstständige	zusammen	Normal-arbeiter/-innen	atypisch Beschäftigte				
						zusammen ²	und zwar ³			
					befristet Beschäftigte		Teilzeitbeschäftigte ⁴	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/-innen	
1994	33,64	3,11	1,36	30,12	25,55	4,57	1,87	2,86	0,65	–
2004	32,54	3,61	1,92	28,61	22,44	6,18	2,05	4,38	1,97	–
2009	34,80	3,88	2,14	30,76	23,06	7,70	2,73	4,92	2,57	0,56
2010	35,15	3,92	2,17	31,08	23,13	7,95	2,86	4,94	2,52	0,74
2011 ⁵	35,11	3,92	2,19	31,04	23,19	7,86	2,81	4,97	2,61	0,75
2012	35,44	3,92	2,19	31,39	23,68	7,71	2,64	4,94	2,49	0,72
2013	35,63	3,81	2,09	31,70	24,06	7,64	2,52	4,97	2,44	0,68
2014	35,88	3,74	2,05	32,02	24,52	7,51	2,46	4,87	2,34	0,67

Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung; ohne Zeit- und Berufssoldaten/Zeit- und Berufssoldatinnen sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende.

Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr; ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Umfasst auch mithelfende Familienangehörige, die in der Tabelle nicht gesondert ausgewiesen sind.

2 Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen.

3 Mehrfachnennungen möglich.

4 Mit höchstens 20 Arbeitsstunden pro Woche.

5 Ergebnisse ab 2011 auf Basis des Zensus 2011, die Ergebnisse sind mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

– Nichts vorhanden.

Ergebnisse des Mikrozensus.

5.1.7 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Rund 51 % der Personen im Alter von 15 und mehr Jahren bestritten 2014 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil hat sich gegenüber 2004 erhöht. Damals lag er bei rund 46 %. Die Relevanz anderer Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes hat sich in den vergangenen zehn Jahren nur wenig verändert. Im Jahr 2014 lebten zum Beispiel 7 % der Bevölkerung hauptsächlich von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Leistungen nach Hartz IV oder BAföG, 2004 waren es 9 %. Durch Rente, Pension oder eigenes Vermögen finanzierten sich 27 % im Jahr 2014, ähnlich hoch lag der Anteil vor zehn Jahren (28 %). Der Anteil derjenigen, deren Unterhalt hauptsächlich von Angehörigen finanziert wurde, sank von 18 % (2004) auf 15 % (2014). Neu hinzugekommen ist seit 2007 das Elterngeld, welches 2014 für 0,5 % der Bevölkerung ab 15 Jahren die wichtigste Quelle des Lebensunterhaltes darstellte.

Während sich auf der Gesamtebene im Zehnjahresvergleich kaum Änderungen bei den Unterhaltsquellen zeigten, waren zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Männern und Frauen unterschiedliche Trends zu beobachten. Im Jahr 2014 verdienten im früheren Bundesgebiet 59 % der Männer und 44 % der Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. Im Vergleich zu 2004 (56 %) veränderte sich für die Männer dieser Anteil nur wenig. Der Anteil der Frauen, die ihren Lebensunterhalt vorwiegend durch die eigene Erwerbstätigkeit finanzierten, ist jedoch um 6 Prozentpunkte gestiegen; er hatte 2004 lediglich bei rund 37 % gelegen. Trotzdem blieben westdeutsche Frauen deutlich – mit einem Unterschied von 15 Prozentpunkten – hinter den westdeutschen Männern zurück. Frauen in Westdeutschland sind auch weiterhin häufiger auf andere Finanzierungsquellen angewiesen als Frauen im Osten. Dort lebten 46 % der Frauen hauptsächlich von der eigenen Erwerbstätigkeit und der Unterschied zum

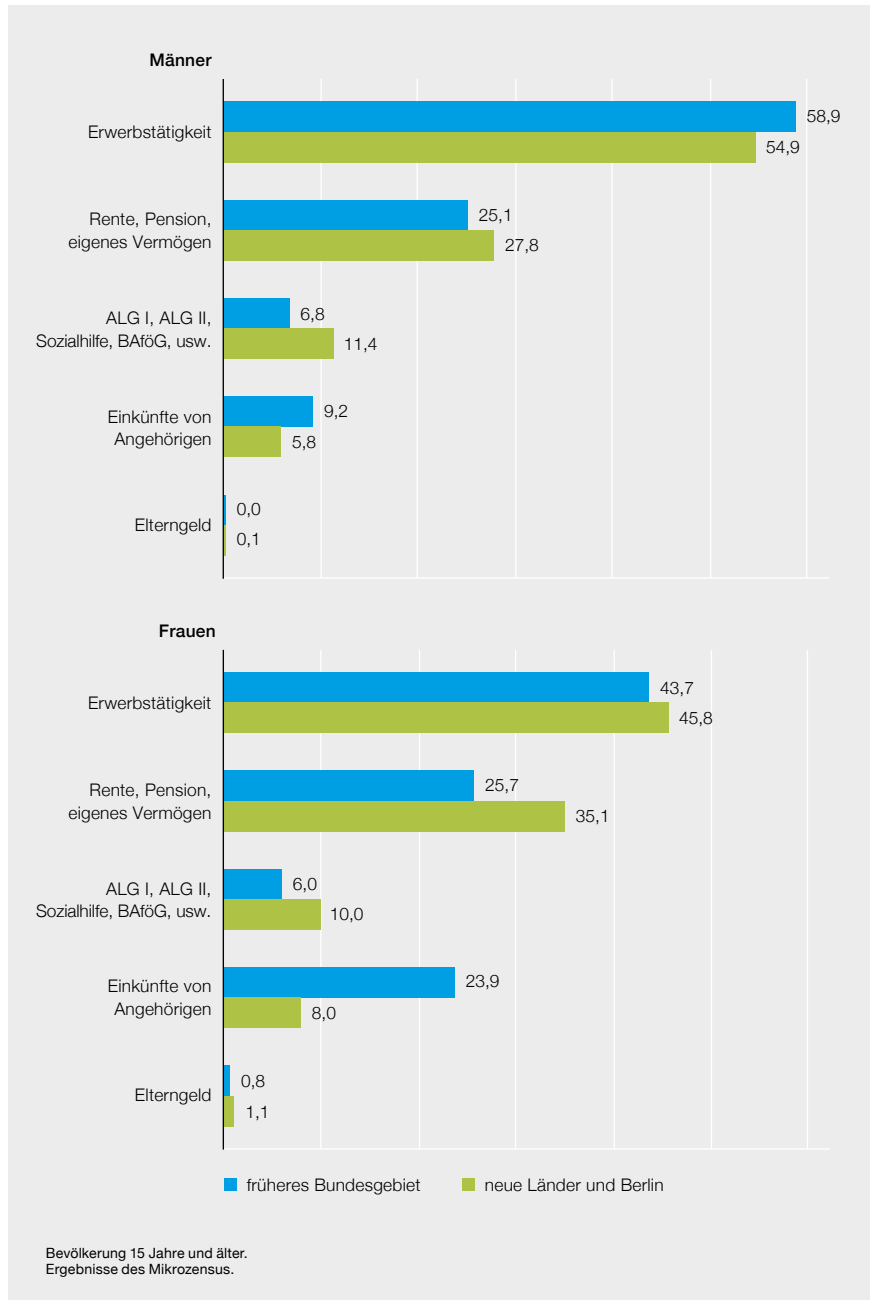
entsprechenden Anteil der Männer (55 %) war mit 9 Prozentpunkten geringer. ► Abb 6

Bei den Anteilen anderer Unterhaltsquellen zeigten sich zwischen den Geschlechtern, aber auch im Vergleich von Ost- und Westdeutschland geringere Unterschiede. Die Bedeutung des Arbeitslosengeldes und anderer Sozialleistungen als überwiegende Unterhaltsquelle hat in Ostdeutschland im betrachteten Zeitraum etwas abgenommen und ist von 16 % (2004) auf 11 % gesunken. Der Anteil der Personen mit Renten und eigenem Vermögen als Haupteinkommensquelle hat sich seit 2004 (28 %) in Deutschland insgesamt kaum verändert und lag 2014 bei rund einem Viertel (Männer: 26 %; Frauen: 28 %). Auffallend ist der hohe Anteil an Frauen in Ostdeutschland, die zu 35 % überwiegend von Renten, Pensionen oder eigenem Vermögen leben.

5.1.8 Registrierte Arbeitslose und gemeldete Arbeitsstellen

In diesem Abschnitt werden Ergebnisse für die nationale Arbeitsmarktbeobach-

► Abb 6 Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2014 – in Prozent



tion aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) dargestellt.

Aufgrund verwaltungsrechtlicher Maßnahmen und Reformen ist die Aussagekraft der Zeitreihen zu den Arbeitslosen eingeschränkt. An dieser Stelle kann nur

kurz auf die bedeutendsten Änderungen eingegangen werden. Mit der Überarbeitung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II) haben sich in Deutschland seit 1. Januar 2005 die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik geändert. Aus

der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe folgt zum einen eine deutliche Ausweitung der Zahl der Arbeitslosen, auch wenn die Definition von Arbeitslosigkeit im SGB III unverändert blieb. Seit der Reform gelten prinzipiell alle Personen ohne Arbeit als arbeitslos, die staatliche Hilfe beanspruchen, erwerbsfähig sind und deren Alter zwischen 15 und dem Renteneintrittsalter liegt. Ausgenommen von dieser Regel sind nur Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (zum Beispiel durch Krankheit oder weil sie Schüler/Schülerinnen oder Studierende sind oder weil sie sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden).

Durch diese Umstellung sind die Arbeitsagenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II sind neben den Arbeitsagenturen auch kommunale Träger verantwortlich. Die Bundesagentur für Arbeit führt die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter.

Die im Folgenden dargestellten Arbeitslosenquoten beziehen sich auf alle zivilen Erwerbspersonen. Diese Quotenberechnung steht seit 2009 im Vordergrund der Berichterstattung, Ergebnisse liegen für Deutschland insgesamt ab 1992 und für die Teilgebiete ab 1994 vor.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen nach der deutschen Vereinigung ist nicht allein auf die wirtschaftlich schwache Situation in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Auch in Westdeutschland sind ab 1992 die Arbeitslosenquoten merklich gestiegen. Im Jahr 1997 lag die Arbeitslosenquote im Westen bei 9,6 % und erreichte nach einem Rückgang durch die folgende konjunkturelle Belebung dann 2005 einen neuen Höchstwert von 9,9 %.

In den neuen Ländern ist die hohe Arbeitslosigkeit hauptsächlich auf die Anpassung der Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Dadurch wurden zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. Im Jahresdurchschnitt 1991

► Tab 5 Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten

	Registrierte Arbeitslose			Gemeldete Arbeitsstellen ¹	Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot ²	Arbeitslosenquote ³		
	insgesamt	Männer	Frauen			insgesamt	Männer	Frauen
	in 1 000					in %		
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	.	.	.	
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	.	9,4	8,5	10,6
2000	3 889,7	2 053,4	1 836,3	450,1	.	9,6	9,2	10,0
2005	4 860,9	2 603,0	2 257,6	255,8	.	11,7	11,7	11,8
2006	4 487,3	2 337,5	2 149,7	354,3	938,8	10,8	10,5	11,0
2007	3 760,6	1 893,7	1 866,9	423,4	1 085,0	9,0	8,5	9,6
2008	3 259,0	1 663,2	1 595,8	389,0	912,5	7,8	7,4	8,2
2009	3 415,0	1 863,0	1 552,0	300,6	709,4	8,1	8,3	7,9
2010	3 239,0	1 760,0	1 478,9	359,3	813,8	7,7	7,9	7,5
2011	2 976,5	1 586,4	1 390,1	466,3	1 019,9	7,1	7,1	7,0
2012	2 897,1	1 550,4	1 346,7	477,5	970,1	6,8	6,9	6,8
2013	2 950,3	1 597,1	1 353,2	457,0	953,1	6,9	7,0	6,7
2014	2 898,4	1 565,1	1 333,3	490,3	1 106,3	6,7	6,8	6,6

1 Bis 1999 einschließlich geförderter Stellen (Arbeitsgelegenheiten oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Grundlage ist die Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit.

2 Schätzung für das gesamte Stellenangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt (ohne Arbeitsgelegenheiten oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Grundlage ist eine Betriebsbefragung des IAB.

3 Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

. Zahlenwert unbekannt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

hatten sich eine Million Personen als arbeitslos gemeldet. Bis zum Jahr 1998 stieg die Zahl auf 1,5 Millionen an, was einer Quote von 17,8 % entsprach und bewegte sich danach konstant auf relativ hohem Niveau. Die Arbeitslosenquote lag zwischen 17,3 % und 18,7 %. Erst seit 2006 ist die Arbeitslosenzahl in Ostdeutschland wieder merklich rückläufig und sank 2014 auf eine Quote von 9,8 % beziehungsweise fast 824 000 Arbeitslose.

Die Entwicklung im gesamten Deutschland zeichnete sich in den Jahren 1996 bis 2006 durch meist zweistellige Arbeitslosenquoten aus, die während einer positiven Entwicklung zwischen 2000 und 2002 leicht unter 10 % fielen. Die Zahl der Arbeitslosen bewegte sich in diesem Zeitraum um den Wert von 4 Millionen Personen. Erst 2008 lag die Quote mit 7,8 % auf fast demselben Stand wie 1992. Nach einem leichten Anstieg im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und eines schwächeren Wachstums 2013 sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2014 auf einen neuen Tief-

stand von 6,7 % beziehungsweise 2,9 Millionen Personen. ► Tab 5

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen lag 2014 durchschnittlich bei 490 300. Das waren deutlich mehr Stellen als im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 (300 600 gemeldete Arbeitsstellen) und gleichzeitig der höchste Wert seit Beginn der Darstellung in der heutigen Form im Jahr 2000. Analog zu den Zahlen über registrierte Arbeitslose handelt es sich bei der Zahl gemeldeter Arbeitsstellen ausschließlich um bei der Arbeitsvermittlung gemeldete Stellen mit Vermittlungsauftrag. Sie stellt somit nur einen Ausschnitt des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots dar. Ab dem Jahr 2000 werden ausschließlich ungeforderte Stellenangebote am sogenannten ersten Arbeitsmarkt (ohne Arbeitsgelegenheiten oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) dargestellt.

Um das Stellenangebot umfassender abbilden zu können, führt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit quartalsweise eine Betriebsbefragung durch. Diese

liefert vergleichbare Ergebnisse ab dem Jahr 2006 und ist repräsentativ für alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Angestellten. Im Jahr 2014 gab es demnach im Durchschnitt etwas mehr als 1,1 Millionen zu besetzende Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Damit wird deutlich, dass es gesamtwirtschaftlich wesentlich mehr zu besetzende Stellen gibt, als der Arbeitsagentur gemeldet werden. Die Meldequote ist seit 2012 wieder rückläufig und lag 2014 bei lediglich 44 %.

5.1.9 Arbeitsunfälle und gesundheitliche Belastung

Durch den strukturellen Wandel in der deutschen Wirtschaft haben sich die Arbeitsbedingungen und die damit einhergehende Arbeitsbelastung vieler Menschen verändert. Im Jahr 2013 enthielt der Mikrozensus Zusatzfragen zu Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen und zu physischen und psychischen Belastungen, denen die Befragten bei der Arbeit ausgesetzt sind.

Rund 1,2 Millionen Erwerbstätige (3 %) gaben an, mindestens einen Arbeitsunfall im Jahr vor der Befragung erlitten zu haben. Die größte Unfallgefahr bestand bei Fachkräften in der Land- und Forstwirtschaft. Hier gaben 6 % der Erwerbstätigen an, einen Arbeitsunfall gehabt zu haben. Annähernd gleichviele Erwerbstätige im Bereich Bau, Architektur und Gebäudetechnik gaben mindestens einen Unfall im vergangenen Jahr an (5 %). Das geringste Unfallrisiko wiesen klassische Büroberufe wie zum Beispiel in der Buchhaltung oder der Verwaltung auf (1 %).

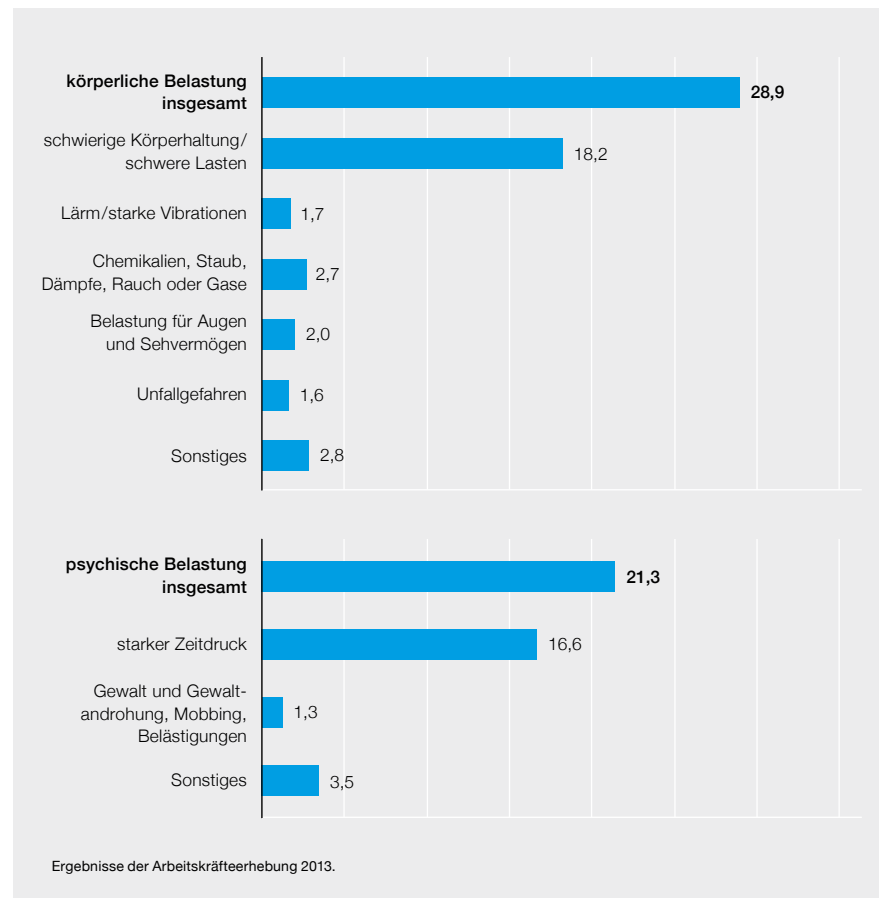
Im selben Jahr hatten etwas mehr als 3,4 Millionen Erwerbstätige arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme (8 %), also chronische Belastungen oder Einschränkungen, die durch die ausgeübte Erwerbstätigkeit entstehen. Mit zunehmendem Alter traten arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme verstärkt in den Vordergrund. Gaben die jüngsten Erwerbstätigen bis 25 Jahre nur in 3 % der Fälle eine Belastung an, stieg dieser Anteil bis auf 10 % bei den 45- bis 55-Jährigen beziehungsweise 12 % bei den 55- bis 65-Jährigen.

In der Zusatzerhebung des Mikrozensus wurde neben den erlittenen Arbeitsunfällen und den akuten arbeitsbedingten Gesundheitsbelastungen auch nach Faktoren gefragt, die die Erwerbstätigen als belastend empfanden, die sich aber bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Form einer Krankheit oder von Ausfallzeiten niedergeschlagen hatten. Rund 18,9 Millionen Erwerbstätige litten 2013 unter einer physischen und/oder psychischen Belastung am Arbeitsplatz. Das entsprach 46 % aller befragten Erwerbstätigen. Als größte Belastung des körperlichen Wohlbefindens gaben 18 % eine schwierige Körperhaltung und schwere Lasten an. Neben der körperlichen spielte auch die psychische Belastung eine große Rolle. Arbeiten unter Zeitdruck und Arbeitsüberlastung nannten 17 % der Erwerbstätigen als größte Beeinträchtigung des seelischen Wohlbefindens. ▶ [Abb 7](#)

5.1.10 Arbeitszeiten

Auch die Arbeitszeit hat einen bedeutenden Einfluss auf die Lebensqualität der

▶ **Abb 7 Erwerbstätige nach Art der körperlichen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz 2013 – in Prozent**



Erwerbstätigen. Überlange Arbeitszeiten, Abend-, Nacht- oder Wochenendarbeit können sowohl die Gesundheit als auch das Privatleben negativ beeinträchtigen.

Als Erwerbstätige mit überlangen Arbeitszeiten gelten alle Personen, die in der Regel mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiten. Rund jede achte vollzeiterwerbstätige Person ab 15 Jahren (12 %) gab 2014 an, gewöhnlich mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Solche langen Arbeitszeiten betreffen vor allem Männer: 15 % der Männer, aber nur 7 % der Frauen gaben an, überlange Arbeitszeiten zu haben. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil an. Während nur 2 % der Vollzeiterwerbstätigen im Alter von 15 bis 24 Jahren mehr als 48 Stunden wöchentlich arbeite-

ten, lag dieser Anteil bei den Vollzeitäftigen über 65 Jahren bei 37 %. Einer der Gründe für die deutlichen Altersunterschiede ist der hohe Anteil überlanger Arbeitszeiten bei Führungskräften, die eher in den höheren Altersgruppen zu finden sind. Rund 38 % der Vollzeiterwerbstätigen in Leitungs- und Führungspositionen arbeiteten 2014 gewöhnlich mehr als 48 Stunden – bei den Erwerbstätigen ohne Führungsaufgaben lag dieser Anteil mit 11 % deutlich niedriger.

Als Abendarbeit wird die Zeit zwischen 18 und 23 Uhr betrachtet, Nachtarbeit findet zwischen 23 und 6 Uhr morgens statt. Der Anteil der Erwerbstätigen, die abends arbeiten, ist zwischen 1994 (15 %) und 2014 (26 %) um 11 Prozent-

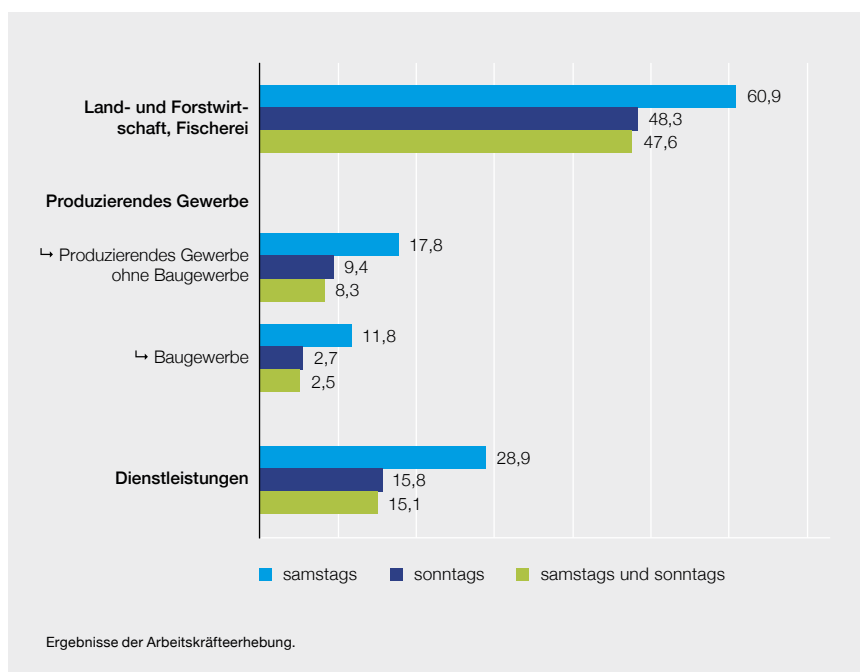
punkte gestiegen. Dazu hat vermutlich auch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten beigetragen. Fast die Hälfte der Selbstständigen mit Beschäftigten (46 %) hat 2014 regelmäßig zwischen 18 und 23 Uhr gearbeitet. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern war es hingegen nur fast jede vierte Person (24 %). Der Anteil derjenigen, die ständig beziehungsweise regelmäßig nachts arbeiten, hat dagegen nur leicht von 7 % auf 9 % zugenommen. Männer arbeiteten dabei fast doppelt so häufig nachts (11 %) wie Frauen (6 %).

Der Anteil der Erwerbstätigen, die samstags arbeiten, stieg von 21 % (1994) auf 26 % (2014). Mehr als die Hälfte der Selbstständigen mit Beschäftigten (53 %) arbeiteten 2014 am Samstag. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern waren es 24 %. Sonntags arbeiten wesentlich weniger Menschen. Der Anteil der Personen, die sonntags arbeiten stieg von 10 % (1994) auf 14 % (2014). Es zeigten sich ähnliche Strukturen: Fast jede vierte selbstständige Person mit Beschäftigten war auch sonntags im Einsatz (24 %), bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur gut jede achte (13 %). Personen, die sonntags arbeiten, tun dies auch häufig am Samstag. Rund 13 % der Erwerbstätigen arbeiten ständig oder regelmäßig an beiden Tagen des Wochenendes. ▶ [Abb 8](#)

5.1.11 Arbeitsbedingungen

Neben den genannten Einflüssen der Arbeit auf die Gesundheit werden unter der Überschrift »Qualität der Arbeit« noch eine Reihe weiterer Aspekte diskutiert, die das subjektive Empfinden und damit die Zufriedenheit und Lebensqualität der Erwerbstätigen beeinflussen. Einen vertieften Einblick zum Thema Arbeitsbedingungen geben beispielsweise die Ergebnisse des European Working Conditions Survey (EWCS). Im EWCS werden in mehrjährigen Abständen – zuletzt im Jahr 2010 – in den europäischen Staaten Beschäftigte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt, unter anderem auch zu ausgewählten Aspekten der Zusammenarbeit und der Arbeitsmotivation.

▶ **Abb 8 Erwerbstätige, die samstags und sonntags arbeiten nach Wirtschaftsbereichen 2014 – in Prozent**



Wer arbeitet, verbringt damit einen großen Teil seiner täglichen Zeit. Daher spielt das Miteinander mit Kollegen und Vorgesetzten ebenso eine bedeutende Rolle bei der Bewertung der Qualität einer Arbeit wie die Motivation zur Ausübung der Tätigkeit. Im Jahr 2010 gaben 67 % der Befragten ab 15 Jahren in Deutschland an, gute Freunde am Arbeitsplatz zu haben. Rund 89 % der Befragten gaben an, immer beziehungsweise meistens von ihren Kollegen und Kolleginnen unterstützt zu werden. Die Unterstützung durch Vorgesetzte spielt ebenfalls eine wichtige Rolle für die Qualität der Zusammenarbeit. Knapp die Hälfte (47 %) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde nach eigener Einschätzung von ihren Vorgesetzten unterstützt.

Bei der regelmäßigen Zusammenarbeit treten auch Probleme am Arbeitsplatz auf. Diese sind häufig Ursache für gesundheitliche Beeinträchtigungen. Bedrohungen und Belästigungen tragen zu seelischen Belastungen und Stress bei. Nicht nur das

individuelle Wohlbefinden, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Betroffenen wird dadurch zum Teil massiv beeinträchtigt. Im Jahr 2010 erfuhr fast jeder zehnte Beschäftigte (9 %) in Deutschland Diskriminierung am Arbeitsplatz. Der am häufigsten genannte Grund für Diskriminierung war das Alter. Rund 5 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlten sich aufgrund ihres Alters diskriminiert. Besonders stark betroffen waren jüngere und ältere Beschäftigte.

Ein wichtiger Aspekt für die Arbeitsmotivation ist die Identifikation mit der ausgeübten Tätigkeit. Durchschnittlich 84 % der Befragten in Deutschland sahen in ihrer Arbeit eine sinnvolle Tätigkeit. Darüber hinaus waren 88 % dieses Personenkreises im Allgemeinen zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Nur 10 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland waren nicht sehr zufrieden. Lediglich eine Minderheit (2 %) gab an, überhaupt nicht zufrieden mit den Arbeitsbedingungen zu sein.

5.2 Verdienste

Sandra Klemt,
Sabine Lenz

Destatis

Für viele Menschen ist der Verdienst der wichtigste Teil ihres Einkommens. Verdienste sind Arbeitseinkommen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten regelmäßig beziehen. Sie entscheiden wesentlich über den Lebensstandard und die Möglichkeiten der sozialen Sicherung von Familien und Alleinstehenden.

5.2.1 Tarifverdienste

Für rund die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland regeln Tarifverträge Verdienste und Arbeitsbedingungen. Tarifverträge werden von einem oder mehreren Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden mit einer oder mehreren Gewerkschaften abgeschlossen. Sie sind ausschließlich für ihre Mitglieder bindend (Tarifbindung). Aber auch viele nicht tariflich gebundene Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren sich an bestehenden Tarifverträgen.

Tarifverdienste 2005 bis 2014

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Deutschland erhöhten sich von 2005 bis 2014 durchschnittlich um 22,3 %. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 15,2 %. Die Tarifverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind jedoch nicht gleichmäßig gestiegen: In den Jahren 2006, 2007 und 2011 stiegen die Verbraucherpreise stärker als die durchschnittlichen Tarifverdienste, in den Jahren 2008 bis 2010 sowie in den Jahren 2012 bis 2014 war es umgekehrt.

Von den Tarifierhöhungen profitierten nicht alle Beschäftigten gleichermaßen. In den Jahren 2005 bis 2014 gab es beispielsweise für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Energieversorgung, in der chemischen Industrie, im Metallgewerbe und im Maschinenbau überdurchschnittliche Tarifierhöhungen von mehr als 25 %. Deutlich niedriger waren die Tarifierhöhungen in anderen

Bereichen wie bei Bund, Ländern und Gemeinden (21,9 %), dem Baugewerbe (21,6 %), bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (18,9 %) oder im Einzelhandel (17,7 %). Im Bereich Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau lagen sie mit 14,2 % unter dem Anstieg der Verbraucherpreise. Betrachtet werden regelmäßig gezahlte Grundvergütungen ohne Sonderzahlungen.

Tarifrunde 2014

Die Tarifverdienste stiegen 2014 in Deutschland durchschnittlich um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Damit lagen die durchschnittlichen Tarifsteigerungen über denen aus dem Jahr 2013 mit 2,5 % und fast genauso hoch wie die aus dem Jahr 2012 mit 3,0 %.

Viele Tarifierhöhungen des Jahres 2014 wurden bereits im Jahr 2013 beschlossen. So einigten sich beispielsweise die Tarifparteien im öffentlichen Dienst der Länder bereits im März 2013 auf eine Tarifierhöhung von 2,95 % ab Januar 2014. In der Metall- und Elektroindustrie wurde im Mai 2013 eine Erhöhung der tariflichen Entgelte von 2,2 % ab Mai 2014 vereinbart. Die Tarifierhöhungen von 2,1 % ab Mai 2014 im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel wurden im Juni beziehungsweise im Dezember 2013 ausgehandelt.

Der erste große Tarifabschluss 2014 wurde in der chemischen Industrie erzielt. Er brachte den Beschäftigten ein tarifliches Plus von 3,7 % ab Februar 2014. Im öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden einigte man sich im April 2014 auf 3,0 %, mindestens aber 90 Euro mehr rückwirkend ab März 2014. Auch im Baugewerbe wurde eine überdurchschnittlich hohe Tarifierhöhung erzielt. Beschäftigte dieser Branche konnten sich im Juni über ein tarifliches Plus von 3,1 % (West) beziehungsweise 3,8 % (Ost) freuen. ▶ [Tab 1](#)

Tarifverdienste nach Branchen und Regionen

Je nach Branche und Region unterscheiden sich die Tarifverdienste erheblich. In

► Tab 1 Ausgewählte Tarifierhöhungen 2014

	Tariffbereich	Tarifierhöhungen
Abschluss		
November 2012	Textil- und Bekleidungsindustrie, West	2,0 % ab Juni 2014
Dezember 2012	Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	2,4 % ab Januar 2014
März 2013	Öffentlicher Dienst der Länder TV-L	2,95 % ab Januar 2014
März 2013	Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern (TV-Ärzte)	2,0 % ab Januar 2014
April 2013	Wach- und Sicherheitsgewerbe Nordrhein-Westfalen	3,5 % ab Januar 2014
Mai 2013	Metall- und Elektroindustrie	2,2 % ab Mai 2014
Juni 2013	Papierherzeugende Industrie	3,0 % ab Mai 2014
Juni 2013	Versicherungsgewerbe	2,2 % ab Oktober 2014
Juni 2013	Kraftfahrzeuggewerbe	2,8 % ab Oktober 2014 Beginn regional abweichend
Juni 2013	Groß- und Außenhandel	2,1 % ab Mai 2014 90 Euro Einmalzahlung
Juni 2013	Gebäudereinigung	3,4 % ab Januar 2014 West 5,3 % ab Januar 2014 Ost 2,6 % ab Januar 2015 West 3,1 % ab Januar 2015 Ost
September 2013	Zeitarbeit	3,8 % ab Januar 2014 West 4,8 % ab Januar 2014 Ost 3,5 % ab April 2015 West 4,3 % ab April 2015 Ost 2,3 % ab Juni 2016 West 3,7 % ab Juni 2016 Ost
Dezember 2013	Einzelhandel	2,1 % ab Mai 2014 Beginn regional abweichend
Februar 2014	Chemische Industrie	3,7 % ab Februar 2014 Beginn regional abweichend
April 2014	Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden TVöD	3,0 % beziehungsweise mindestens 90 Euro ab März 2014 2,4 % ab März 2015
Juni 2014	Druckindustrie	3,0 % ab Mai 2014 1,0 % ab April 2015
Juni 2014	Baugewerbe	3,1 % ab Juni 2014 West 3,8 % ab Juni 2014 Ost 2,6 % ab Juni 2015 West 3,3 % ab Juni 2015 Ost
Juni 2014	Bankgewerbe	2,4 % ab Juli 2014 2,1 % ab Juli 2015 150 Euro Einmalzahlung

der chemischen Industrie, der Metallindustrie sowie bei Banken und Versicherungen erhielten die Beschäftigten in der Regel höhere Tarifverdienste als im Handel oder der Bekleidungs- und der Ernährungsindustrie.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen dreijährigen

Berufsausbildung lag das unterste tarifliche Monatsentgelt Ende 2014 beispielsweise in der chemischen Industrie zwischen 2 829 Euro in Baden-Württemberg und 2 676 Euro in Bayern. Im privaten Bankgewerbe waren es deutschlandweit 2 363 Euro. Angestellten im Einzelhandel steht nach Abschluss ihrer Ausbildung

laut Tarifvertrag zwischen 1 863 Euro (Berlin und Brandenburg) und 1 607 Euro (Bremen) im Monat zu. In der Druckindustrie betrug der Tariflohn für Facharbeiterinnen und Facharbeiter im Westen je Stunde mindestens 17,04 Euro und im Osten 15,70 Euro, in der Bauindustrie 16,64 Euro im früheren Bundesgebiet und 15,30 Euro in den neuen Ländern.

Deutlich niedrigere Tarifverdienste galten für ausgebildete Hotelfachkräfte sowie Köchinnen und Köche (Bayern: 12,05 Euro; Mecklenburg-Vorpommern: 8,73 Euro); Berufskraftfahrer im privaten Verkehrsgewerbe (Niedersachsen: 9,16 Euro) und für ausgelernte Friseurinnen und Friseure im ersten Berufsjahr (Nordrhein-Westfalen: 8,29 Euro, Bayern: 8,20 Euro).

Eine ähnliche Verteilung ergibt sich auch bei Betrachtung der tariflichen Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung. So standen ungelerten beziehungsweise angelernten Angestellten der untersten Tarifgruppe im Jahr 2014 in der chemischen Industrie zwischen 15,17 Euro (Baden-Württemberg) und 13,38 Euro (neue Länder und Berlin-Ost) zu. Im Bankgewerbe waren es deutschlandweit 12,30 Euro je Stunde, im Einzelhandel zwischen 11,77 Euro (Hamburg) und 7,89 Euro (Schleswig-Holstein). Deutlich niedriger waren 2014 die tariflichen Stundenverdienste eines Türstehers/Doorman sowie einer Hilfskraft in Küche, Service oder am Bankett im Hotel- und Gaststättengewerbe in Nordrhein-Westfalen mit 7,47 Euro.

5.2.2 Bruttoverdienste

Die Daten über die Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bilden tatsächlich gezahlte Bruttolöhne und -gehälter ab, die sich zum Teil deutlich von den Tarifverdiensten unterscheiden. So werden beispielsweise nicht alle Arbeitnehmer in Deutschland nach Tarif bezahlt oder das Tarifniveau wird aufgrund der wirtschaftlichen Lage des Betriebes über- oder unterschritten. Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung zeigen, wie sich die tatsächlich

gezahlten Bruttoverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entwickeln.

Bruttoverdienste 2014

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich (insgesamt) verdienten in Deutschland 2014 durchschnittlich im Monat 3 527 Euro brutto. Im früheren Bundesgebiet lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst bei 3 652 Euro, in den neuen Ländern waren es 2 760 Euro. In diesen Verdienstanlagen sind Sonderzahlungen nicht enthalten. Das sind Zahlungen, die nicht regelmäßig erfolgen, wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge sowie jährlich einmalig gezahlte Provisionen oder Boni. ▶ [Tab 2](#)

Die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigter stiegen im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 2,6 %. Da sich die Verbraucherpreise im selben Zeitraum nur um 0,9 % erhöhten, betrug der Anstieg der Reallöhne 1,7 %.

Bruttoverdienste nach Bundesländern

Im Jahr 2014 verdienten Voll- und Teilzeitbeschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) im Produzierenden Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich in Deutschland je Stunde 20,02 Euro brutto. Sonderzahlungen wurden in diesem Durchschnittswert nicht berücksichtigt. Bei den Bundesländern führte Hamburg (22,39 Euro) das Ranking vor Hessen (21,96 Euro) und Baden-Württemberg (21,53 Euro) an. Den niedrigsten Stundenlohn der Länder im früheren Bundesgebiet verzeichnete Schleswig-Holstein mit 18,51 Euro. Die geringsten Bruttostundenverdienste wurden in Sachsen und Thüringen (jeweils 15,63 Euro) sowie in Sachsen-Anhalt (15,54 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (15,22 Euro) gezahlt. ▶ [Abb 1, Tab 3](#)

Der Hauptgrund für die Verdienstabstände zwischen den Bundesländern

▶ **Tab 2** Arbeitszeiten und Verdienste (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2014

	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst	Bruttomonatsverdienst
	in Stunden	in Euro	
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	39,1	20,74	3 527
Produzierendes Gewerbe	38,5	21,74	3 641
↳ Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,5	22,22	3 914
↳ Verarbeitendes Gewerbe	38,3	22,61	3 766
↳ Energieversorgung	38,7	27,17	4 570
↳ Wasserversorgung ¹	40,4	18,03	3 163
↳ Baugewerbe	39,1	17,22	2 927
Dienstleistungsbereich	39,5	20,17	3 460
↳ Handel ²	39,4	18,86	3 225
↳ Verkehr und Lagerei	40,7	16,43	2 904
↳ Gastgewerbe	39,6	12,27	2 113
↳ Information und Kommunikation	39,2	27,48	4 683
↳ Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,6	28,12	4 715
↳ Grundstücks- und Wohnungswesen	38,8	22,24	3 755
↳ Erbringung von freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,3	24,83	4 235
↳ Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,6	13,66	2 289
↳ Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	39,9	20,10	3 488
↳ Erziehung und Unterricht	40,0	23,71	4 118
↳ Gesundheits- und Sozialwesen	39,5	20,20	3 463
↳ Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,5	19,74	3 387
↳ Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,2	19,20	3 269

¹ Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

² Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

lag in unterschiedlichen Produktivitätsniveaus. Je höher der Wert der von den Erwerbstätigen hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen ist, desto höhere Verdienste können den Beschäftigten gezahlt werden. Im Jahr 2014 lag das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den alten Bundesländern und Berlin

29,9 % über dem Durchschnitt der neuen Länder ohne Berlin. Der Verdienstabstand zwischen West- und Ostdeutschland betrug ebenfalls etwa ein Drittel (32,8 % oder 5,13 Euro) und ist fast vollständig durch die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus erklärbar. Bei der Produktivität und auch bei den Verdiensten

belegten Hamburg und Hessen die vorderen Plätze der Rangfolge. In Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen war die Produktivität am geringsten. Eine ähnliche Struktur zeigt sich seit mehreren Jahren und kann daher als Erklärung für den Verdienstabstand zwischen Ost- und Westdeutschland herangezogen werden.

Bruttomonatsverdienste nach Leistungsgruppen

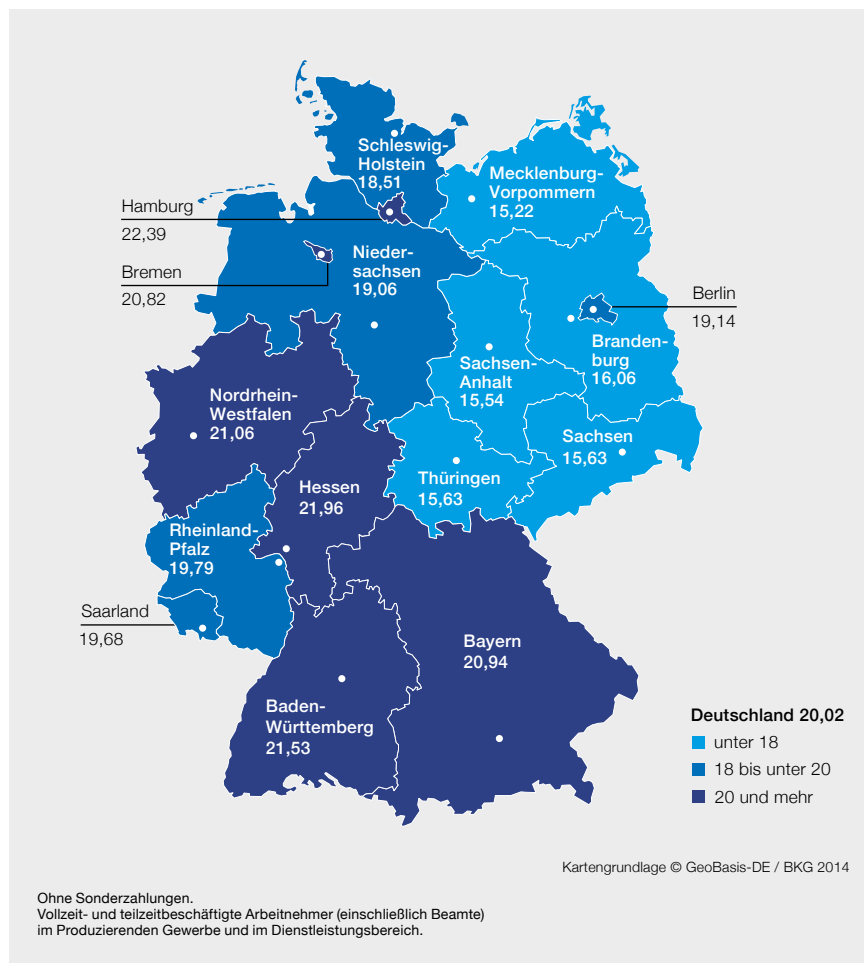
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zur besseren Analyse der Durchschnittsverdienste in Leistungsgruppen eingeteilt. Arbeitnehmer in leitender Stellung verdienten 2014 mit durchschnittlich 6 446 Euro mehr als dreimal so viel wie ungelernete Arbeitnehmer (2014 Euro). Im Durchschnitt aller beobachteten Wirtschaftszweige gehörten 13,3 % der Männer in Deutschland der Leistungsgruppe 1 an, aber nur 9,0 % der Frauen. In Leistungsgruppe 5 kehrt sich dieses Verhältnis um: 7,0 % ungelernete Arbeitnehmerinnen stehen hier 5,4 % ungelernen Arbeitnehmern gegenüber. ▶ [Info 1, Tab 4](#)

Im früheren Bundesgebiet und Berlin sind 13,8 % der vollzeitbeschäftigten Männer in Leistungsgruppe 1, aber nur 9,1 % der Frauen. Rund 5,5 % der männlichen Beschäftigten sind ungelernete Arbeitnehmer (Frauen: 7,4 %). In den neuen Ländern ist diese Verteilung etwas ausgewogener: Auf leitende Arbeitnehmer entfallen hier 9,8 % der Männer und 8,7 % der Frauen, ungelernete sind 4,6 % der Männer und 4,9 % der Frauen.

Bruttoverdienste nach Branchen

Zwischen den einzelnen Branchen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich bestehen große Verdienstunterschiede. Die Spanne reichte 2014 in Deutschland von 4 715 Euro für Beschäftigte im Bereich Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bis 2 113 Euro im Gastgewerbe. Bei den Unterpositionen war die Spannweite bei den Verdiensten noch ausgeprägter: Die Branche »Gewinnung von Erdöl und Erdgas« (7 153 Euro) führte hier das Ran-

▶ **Abb 1** Durchschnittliche Bruttostundenverdienste nach Bundesländern 2014 – in Euro



▶ Info 1 Leistungsgruppen

Die Leistungsgruppen stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach dem Qualifikationsprofil des Arbeitsplatzes dar. Es wird unterschieden zwischen Arbeitnehmern in

- leitender Stellung (Leistungsgruppe 1)
- herausgehobenen Fachkräften (Leistungsgruppe 2)
- Fachkräften (Leistungsgruppe 3)
- angelernten Arbeitnehmern (Leistungsgruppe 4)
- ungelernen Arbeitnehmern (Leistungsgruppe 5).

king an, vor »Kokerei und Mineralölverarbeitung« (5 564 Euro) und »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung« (4 894 Euro). Die niedrigsten Verdienste verzeichneten die Bereiche »Beherbergung« (2 164 Euro), »Gastronomie« (2 059 Euro)

sowie »Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften« (2 011 Euro). Diese Angaben beziehen sich auf den regelmäßig gezahlten Verdienst ohne Sonderzahlungen. Die Verdienstunterschiede zwischen den Branchen vergrößern sich tendenziell noch, wenn die Sonderzah-

► **Tab 3** Bruttostundenverdienste und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2014

	Bruttostundenverdienst		Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen
	in Euro	Deutschland = 100	
Deutschland	20,02	100	100
Früheres Bundesgebiet und Berlin	20,77	103,7	103,3
Neue Länder ohne Berlin	15,64	78,1	79,5
Hamburg	22,39	111,8	127,0
Hessen	21,96	109,7	111,2
Baden-Württemberg	21,53	107,5	106,9
Nordrhein-Westfalen	21,06	105,2	101,0
Bayern	20,94	104,6	107,0
Bremen	20,82	104,0	105,5
Rheinland-Pfalz	19,79	98,9	95,3
Saarland	19,68	98,3	94,7
Berlin	19,14	95,6	83,8
Niedersachsen	19,06	95,2	94,8
Schleswig-Holstein	18,51	92,5	91,9
Brandenburg	16,06	80,2	83,8
Sachsen	15,63	78,1	78,9
Thüringen	15,63	78,1	76,2
Sachsen-Anhalt	15,54	77,6	81,0
Mecklenburg-Vorpommern	15,22	76,0	77,3

Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten.
Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«

► **Tab 4** Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2014

	Anteile der Arbeitnehmer in Leistungsgruppen			Durchschnittlicher Bruttomonats- verdienst (ohne Sonderzahlungen)		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	in %			in Euro		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	3 527	3 728	3 075
Leistungsgruppe 1	12,0	13,3	9,0	6 446	6 762	5 392
Leistungsgruppe 2	23,7	23,3	24,6	4 210	4 414	3 774
Leistungsgruppe 3	44,8	43,5	47,7	2 922	3 039	2 682
Leistungsgruppe 4	13,7	14,5	11,7	2 417	2 522	2 124
Leistungsgruppe 5	5,9	5,4	7,0	2 014	2 074	1 911
Früheres Bundesgebiet und Berlin						
Insgesamt	100	100	100	3 652	3 864	3 156
Leistungsgruppe 1	12,4	13,8	9,1	6 584	6 884	5 511
Leistungsgruppe 2	24,2	24,0	24,7	4 316	4 518	3 856
Leistungsgruppe 3	43,7	42,3	47,1	3 030	3 157	2 765
Leistungsgruppe 4	13,5	14,3	11,6	2 502	2 608	2 197
Leistungsgruppe 5	6,1	5,5	7,4	2 057	2 118	1 950
Neue Länder ohne Berlin						
Insgesamt	100	100	100	2 760	2 818	2 657
Leistungsgruppe 1	9,4	9,8	8,7	5 330	5 614	4 751
Leistungsgruppe 2	20,3	18,2	24,1	3 433	3 500	3 343
Leistungsgruppe 3	51,1	51,4	50,5	2 354	2 391	2 286
Leistungsgruppe 4	14,4	15,9	11,9	1 930	2 003	1 754
Leistungsgruppe 5	4,7	4,6	4,9	1 679	1 725	1 602

lungen berücksichtigt werden. So lag beispielsweise der Anteil der Sonderzahlungen an der Grundvergütung im Gastgewerbe mit 4,4% deutlich unter dem bei Betrieben der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (20,4%). Im Durchschnitt wurden 10,0% Sonderzahlungen erreicht. Generell war der Anteil der Sonderzahlungen an der Gesamtvergütung in Branchen mit hohen Verdiensten höher als in Branchen mit niedrigen Verdiensten. ► [Tab 5](#)

Alle hier veröffentlichten Verdienstanlagen sind Durchschnittswerte (arithmetisches Mittel). Wichtig für die Interpretation dieser Werte ist eine Vorstellung über die Verteilung der Beschäftigten um diesen Mittelwert: Aus der Verdienstrukturhebung 2010 ist bekannt, dass knapp zwei von drei Vollzeitbeschäftigten (62%) weniger verdienen als den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswert; nur ein gutes Drittel hat höhere Bruttoverdienste. Dieses Drittel hat so hohe Verdienste, dass der Durchschnittswert für alle Beschäftigten »nach oben gezogen« wird.

Verdienste von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten

Gibt es Unterschiede im Bruttostundenverdienst bei Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten? Als Teilzeitbeschäftigte gelten Arbeitnehmer, deren regelmäßige Wochenarbeitszeit kürzer ist als die vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Teilzeitbeschäftigte wiesen im Jahr 2014 mit 16,61 Euro einen um 20% niedrigeren durchschnittlichen Bruttostundenverdienst auf als Vollzeitbeschäftigte (20,74 Euro). Woran liegt das? Ein Vergleich der Verdienste von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten nach Leistungsgruppen macht deutlich, dass 12,0% der Vollzeitbeschäftigten leitende Arbeitnehmer waren. Bei den Teilzeitbeschäftigten waren es lediglich 6,4%. Demgegenüber gehörten 5,9% der Vollzeit- aber 14,8% der Teilzeitbeschäftigten zu den ungelerten Arbeitnehmern. ► [Tab 6](#)

Da der Verdienst mit dem am Arbeitsplatz erforderlichen Qualifikationsniveau entsprechend ansteigt, wird der durch-

► Tab 5 Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2014

	Anteil der Arbeitnehmer	Bruttomonatsverdienst		Anteil der Sonderzahlungen an der Grundvergütung
		ohne Sonderzahlungen (Grundvergütung)	Sonderzahlungen	
	in %	in Euro		in %
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	100	3 527	354	10,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,3	3 914	475	12,1
↳ Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0,0	7 153	1 085	15,2
Verarbeitendes Gewerbe	28,7	3 766	470	12,5
↳ Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,1	5 564	868	15,6
Energieversorgung	1,0	4 570	655	14,3
Wasserversorgung ¹	1,0	3 163	267	8,4
Baugewerbe	5,8	2 927	191	6,5
Handel ²	11,9	3 225	362	11,2
Verkehr und Lagerei	5,5	2 904	226	7,8
Gastgewerbe	2,1	2 113	(92)	4,4
↳ Beherbergung	1,1	2 164	(99)	4,6
↳ Gastronomie	1,0	2 059	/	/
Information und Kommunikation	3,3	4 683	617	13,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3,6	4 715	960	20,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	3 755	(522)	13,9
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5,5	4 235	563	13,3
↳ Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	1,5	4 894	(873)	17,8
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6,1	2 289	121	5,3
↳ Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	3,4	2 011	(76)	3,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	9,5	3 488	134	3,8
Erziehung und Unterricht	4,4	4 118	132	3,2
Gesundheits- und Sozialwesen	8,1	3 463	221	6,4
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0,7	3 387	292	8,6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1,8	3 269	264	8,1

1 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

2 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

() Ausgabewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

► Tab 6 Bruttostundenverdienste bei Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten 2014

	Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen			
	Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte)	
	Anteil in % ¹	in Euro	Anteil in % ¹	in Euro
Insgesamt	66,2	20,74	21,9	16,61
Leistungsgruppe 1	12,0	37,44	6,4	29,96
Leistungsgruppe 2	23,7	24,75	17,0	22,29
Leistungsgruppe 3	44,8	17,21	43,7	16,03
Leistungsgruppe 4	13,7	14,21	18,1	12,10
Leistungsgruppe 5	5,9	12,05	14,8	10,63

1 Anteil an allen Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

schnittliche Bruttostundenverdienst teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer demnach durch einen höheren Anteil »niedriger« Stundenverdienste gedrückt. Entspräche die Verteilung der Teilzeitbeschäftigten auf die Leistungsgruppen der von Vollzeitbeschäftigten, ergäbe sich nur noch ein Verdienstunterschied von 12%. Ein weiterer Grund für die Unterschiede beim Bruttostundenverdienst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigter liegt in der Verteilung der jeweiligen Beschäftigungsarten auf einzelne Branchen. Teilzeitbeschäftigte finden sich verstärkt in Branchen mit niedrigeren Verdiensten. Berechnet man einen Stundenverdienst mit den Verdiensten der Teilzeitbeschäftigten und der Branchenstruktur der Vollzeitbeschäftigten, beträgt die Abweichung nur noch 15%. Beide Effekte zusammengekommen erklären knapp zwei Drittel des Verdienstabstandes zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten.

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen

In den letzten Jahren wächst das Interesse an den bestehenden Verdienstunterschieden zwischen Männern und Frauen, dem »Gender Pay Gap«. Um geschlechtsspezifische Lohnunterschiede zu analysieren, stehen zwei Indikatoren zur Verfügung: Der bereinigte Gender Pay Gap ermittelt die Höhe des Verdienstunterschiedes von Frauen und Männern mit vergleichbaren Eigenschaften (zum Beispiel: Tätigkeit, Ausbildung, Berufserfahrung) und wird nur in mehrjährigen Abständen errechnet. Ein bereinigter Gender Pay Gap auf Grundlage der Verdienststrukturerhebung 2014 liegt im Herbst 2016 vor. Der jährlich ermittelte unbereinigte Gender Pay Gap betrachtet den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied in allgemeiner Form, das heißt ohne Berücksichtigung struktureller Unterschiede in den Beschäftigungsverhältnissen von Männern und Frauen. Auf diese Weise wird auch der Teil des Lohnabstands erfasst, der zum Beispiel durch unterschiedliche Zugangschancen beider Geschlechtergruppen auf bestimmte Tätigkeitsfelder oder Leistungsgruppen

verursacht wird, die möglicherweise ebenfalls das Ergebnis benachteiligender Strukturen sind.

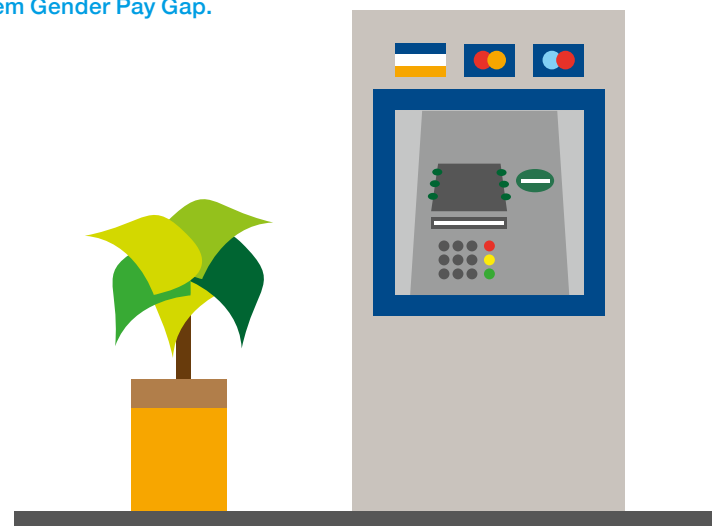
In den vergangenen Jahren lag der unbereinigte Gender Pay Gap in Deutschland bei 22%, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 22% geringer aus als der von Männern. Analysen auf Grundlage der in mehrjährigen Abständen durchgeführten Verdienststrukturerhebung 2010 zeigen, dass in Deutschland zwei Drittel (66%) des unbereinigten Gender Pay Gap auf Strukturunterschiede zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurückzuführen sind. Wichtigste Unterschiede waren, dass Frauen und Männer unterschiedliche Leistungsgruppen besetzen und sich hinsichtlich der Berufsbeziehungsweise Branchenwahl unterscheiden. Schließlich sind Frauen eher teilzeitbeschäftigt und teilweise schlechter ausgebildet. Rund ein Drittel (34%) des unbereinigten Verdienstunterschieds konnte nicht mithilfe derartiger Unter-

schiede erklärt werden. Der bereinigte Verdienstunterschied liegt demnach bei rund 7%. Dies bedeutet, dass weibliche Arbeitnehmer je Stunde 7% weniger als Männer verdienten, auch unter der Voraussetzung, dass sie

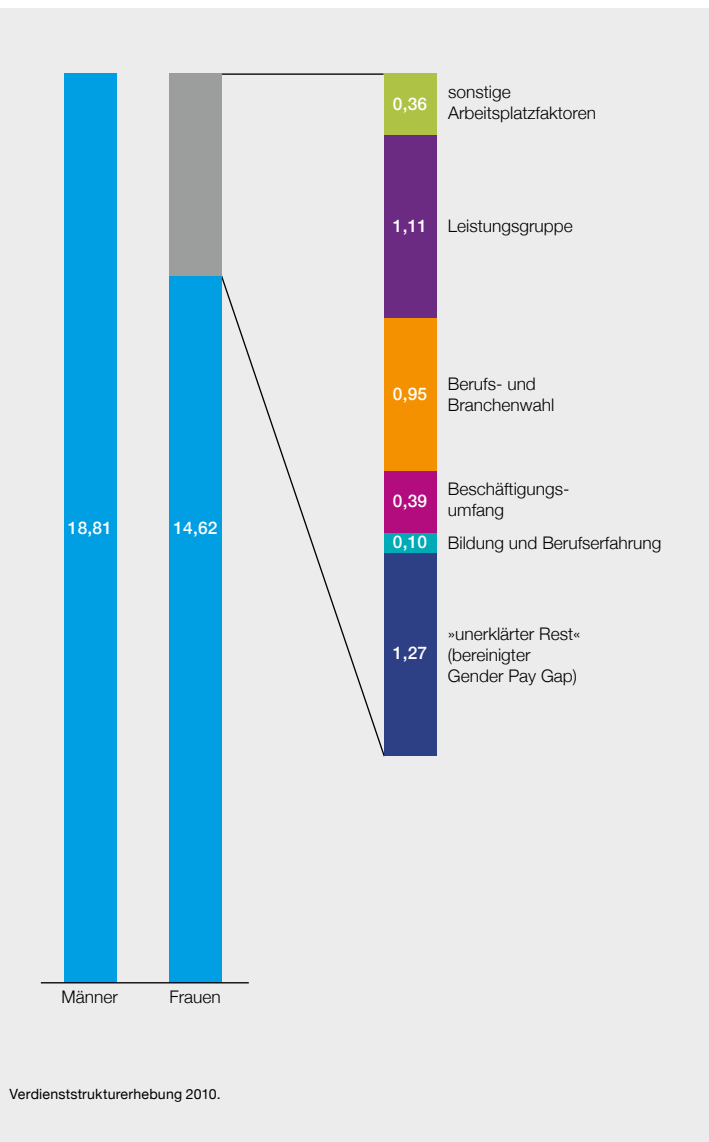
- die gleiche Tätigkeit ausübten,
- über einen äquivalenten Ausbildungshintergrund verfügten,
- in einem vergleichbar großen privaten beziehungsweise öffentlichen Unternehmen tätig waren, das auch regional ähnlich zu verorten war (Ost/West, Ballungsraum/kein Ballungsraum),
- einer vergleichbaren Leistungsgruppe angehörten,
- einen ähnlich ausgestalteten Arbeitsvertrag (befristet/unbefristet, mit/ohne Tarifbindung, Altersteilzeit ja/nein, Zulagen ja/nein) hatten,
- das gleiche Dienstalster und die gleiche potenzielle Berufserfahrung aufwiesen sowie
- einer Beschäftigung vergleichbaren Umfangs (Vollzeit/Teilzeit) nachgingen.

7 %

weniger als Männer verdienten Frauen 2010 im Durchschnitt laut bereinigtem Gender Pay Gap.



► Abb 2 Gender Pay Gap 2010, Bruttostundenverdienst — in Euro



In diesem Zusammenhang sollte jedoch berücksichtigt werden, dass der bereinigte Gender Pay Gap möglicherweise geringer ausfallen würde, wenn weitere lohnrelevante Eigenschaften für die Analysen zur Verfügung gestanden hätten. So konnte beispielsweise im Rahmen der Auswertungen weder der Familienstand oder die tatsächliche Berufserfahrung noch das individuelle Verhalten in Lohnverhandlungen einbezogen werden. ► Abb 2

Niedriglöhne

In den letzten Jahren wird immer wieder über Niedriglöhne und das damit einhergehende Armutrisiko für die Beschäftigten diskutiert. Dabei wird der Begriff »Niedriglohn« unterschiedlich definiert. Das Statistische Bundesamt verwendet eine unter anderem bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übliche

► Info 2

Was sind Niedriglöhne?

Der Begriff »Niedriglöhne« wird unterschiedlich verwendet. Das Statistische Bundesamt berechnet die Niedriglohngrenze, unterhalb derer alle Verdienste als Niedriglohn gelten, gemäß einem Ansatz, der unter anderem von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angewandt wird.

Diese grenzt den Niedriglohnbereich relativ zur Verteilung der Verdienste aller betrachteten Beschäftigten ab. Dazu wird zunächst der Medianverdienst berechnet: Dieser teilt die betrachteten Verdienste in genau zwei Hälften, das heißt, die eine Hälfte der Beschäftigten verdient weniger und die andere Hälfte mehr als diesen Wert. Gemäß der Definition wird von Niedriglohn gesprochen, wenn der Verdienst eines Beschäftigten kleiner als zwei Drittel des Medianverdienstes ist.

Die Daten zu Niedriglöhnen basieren auf der Verdienststrukturerhebung, die alle vier Jahre detaillierte Informationen zu den Erwerbseinkommen abhängig Beschäftigter bereitstellt. Die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014 liegen im Sommer 2016 vor. Aussagen zu Erwerbseinkommen von Selbstständigen können mithilfe dieser Erhebung nicht gemacht werden. Durch die Ausweitung der erhobenen Wirtschaftszweige im Jahr 2010 wurden nun auch die Branchen der nicht marktbestimmten Dienstleistungen abgedeckt und somit Wirtschaftszweige einbezogen, in denen die öffentliche Hand stark vertreten ist, darunter öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheitswesen. Allerdings sind Zeitvergleiche mit vorangegangenen Erhebungen dadurch nur eingeschränkt möglich. Weiterhin unberücksichtigt bleiben die Land- und Forstwirtschaft sowie die privaten Haushalte mit Hauspersonal. Dadurch und durch die Beschränkung der Befragung auf Betriebe ab zehn Beschäftigten, kann nicht gesagt werden, wie viel Niedrigentlohnte es in Deutschland im Jahr 2010 genau gab. Da andere Datenquellen zeigen, dass in kleinen Firmen ein erhöhtes Risiko für Niedriglöhne besteht, sind die veröffentlichten Zahlen und Anteilswerte zu Niedriglohnverdienern als Untergrenze zu betrachten.

Für den Vergleich der Erwerbseinkommen wird der Bruttostundenverdienst herangezogen. Er ist am besten geeignet, da so festgestellte Verdienstunterschiede nicht aus unterschiedlich langen Arbeitszeiten resultieren können und Einflüsse von Steuern und Abgaben außen vor bleiben. Die Analyse wurde auf sogenannte Kernerwerbstätige eingeschränkt, also Beschäftigte im Alter von 15 bis 64 Jahren ohne Auszubildende. Beschäftigte in Altersteilzeit wurden wegen ihrer besonderen Verdienstsituation ebenfalls ausgeschlossen.

Definition. Demnach liegt die Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medianverdienstes.

Die Angaben zum Niedriglohn stammen aus der Verdienststrukturerhebung, die in mehrjährigen Abständen stattfindet. Die Ergebnisse aus der Erhebung von 2014 werden im Sommer 2016 veröffentlicht, daher beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die Ergebnisse von 2010. ► Info 2

► Tab 7 Beschäftigte mit Niedriglohn 2010 – in Prozent

	Insgesamt	Normalarbeitnehmer/-innen	Atypisch Beschäftigte	Darunter			
				befristet Beschäftigte	Teilzeitbeschäftigte ¹	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/-innen
Insgesamt	20,6	10,8	49,8	33,5	20,9	84,3	67,7
Männer	15,8	8,1	53,7	31,6	34,3	83,4	65,4
Frauen	26,5	15,1	47,6	35,5	19,2	84,8	72,9
im Alter von ... bis ... Jahren							
15–24	51,3	31,4	68,1	48,3	51,9	89,1	76,0
25–34	22,7	13,1	44,1	23,8	27,3	82,3	64,5
35–44	16,3	8,8	42,2	28,9	16,1	82,1	63,9
45–54	16,2	8,9	48,2	39,2	19,1	84,2	69,3
55–64	20,0	10,1	57,5	46,4	23,9	84,0	68,6
Früheres Bundesgebiet	18,0	7,7	47,7	29,6	19,5	83,5	63,5
Neue Länder	36,8	29,0	67,5	53,6	45,2	92,0	89,4
Ohne Berufsausbildung	52,8	22,7	77,8	62,2	44,7	88,1	85,5
Mit Berufsausbildung	17,7	12,1	39,4	36,2	17,1	77,2	57,6
Hochschulabschluss	1,7	0,5	8,3	5,7	2,7	61,4	20,7
Wirtschaftsabschnitte							
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5,6	3,5	28,9	9,3	22,1	71,8	–
Verarbeitendes Gewerbe	13,7	9,2	49,3	32,5	22,2	84,2	–
Energieversorgung	2,6	1,1	17,3	10,8	2,2	69,2	–
Wasserversorgung ²	16,8	11,5	48,3	44,1	17,1	77,9	–
Baugewerbe	15,3	10,7	46,9	31,7	23,8	67,6	–
Handel ³	26,9	15,1	59,6	42,1	27,5	86,1	–
Verkehr und Lagerei	29,1	20,3	56,9	39,1	23,6	88,6	–
Gastgewerbe	69,2	56,5	83,9	77,1	66,5	93,4	–
Information und Kommunikation	12,4	4,2	49,1	35,1	21,5	86,5	–
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,6	0,6	14,4	18,0	3,0	77,8	–
Grundstücks- und Wohnungswesen	16,6	7,5	51,1	28,7	15,4	84,2	–
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	14,4	6,5	41,6	28,1	18,4	77,8	–
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	65,6	44,8	75,9	75,5	73,2	93,1	67,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2,9	0,3	15,0	19,1	1,6	84,8	–
Erziehung und Unterricht	9,3	0,8	28,9	16,2	5,3	83,6	–
Gesundheits- und Sozialwesen	18,6	11,0	33,2	28,4	12,5	72,5	–
Kunst, Unterhaltung und Erholung	33,0	14,7	59,6	38,0	28,0	86,5	–
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	28,2	18,3	46,9	45,9	20,5	73,1	–

Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medians vom Bruttostundenverdienst (10,36 Euro).

¹ Mit höchstens 20 Arbeitsstunden pro Woche.

² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

³ Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

– Nichts vorhanden.

Die wie oben beschrieben definierte Niedriglohngrenze lag 2010 in Deutschland bei 10,36 Euro brutto je Stunde. Knapp 21 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhielten einen Verdienst unterhalb dieser Grenze. Bei den sogenannten atypisch Beschäftigten (Teilzeitbeschäftigte mit 20 Stunden oder weniger, geringfügig Beschäftigte, befristet Beschäftigte sowie Zeitarbeiter; siehe auch Abschnitt 5.1.6) war es sogar jeder Zweite. Dabei unterschieden sich die Anteile der Niedrigentlohnnten je nach Beschäftigungsform deutlich: So arbeiteten mehr als vier von fünf geringfügig Beschäftigten (84 %) und zwei von drei Zeitarbeiterinnen und -arbeitern (68 %) für einen Niedriglohn. Für befristet Beschäftigte (34 %) und Teilzeitbeschäftigte mit maximal 20 Arbeitsstunden pro Woche (21 %) waren die Anteile zwar geringer, aber immer noch deutlich über dem Niveau von Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitern mit 11 %. Als Normalarbeitsverhältnisse gelten unbefristete, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen mit über 20 Wochenstunden, die nicht als Zeitarbeit ausgeübt werden.

Das bedeutet, dass von den gut 22 Millionen Beschäftigten, über die die Verdienststrukturerhebung repräsentative Aussagen macht, 1,8 Millionen Normalbeschäftigte und rund 2,8 Millionen atypisch Beschäftigte einen Niedriglohn erhielten. Berücksichtigt man, dass Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten und insbesondere die Wirtschaftsabschnitte Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Private Haushalte durch die Erhebung nicht erfasst werden, dürfte die Zahl der Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher noch höher liegen. ▶ [Tab 7](#)

Niedriglöhne sind in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich stark verbreitet. Beschäftigte im Gastgewerbe bekommen häufiger als in allen anderen Wirtschaftsabschnitten Bruttostundenverdienste unterhalb der Niedriglohngrenze. So bezogen in dieser Branche rund 57 % der Normalbeschäftigten einen Niedriglohn. In den anderen Wirtschaftsabschnitten war der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher unter den Normalbeschäftigten wesentlich geringer. Allerdings überstiegen in allen Wirtschaftsabschnitten die Anteile der gering entlohnnten atypisch Beschäftigten deutlich die der Normalbeschäftigten. So erhielten im Abschnitt Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen gerade 0,6 % der Normalbeschäftigten aber rund 14 % der atypisch Beschäftigten einen Niedriglohn. Im Verarbeitenden Gewerbe war der Anteil der niedrig entlohnnten atypisch Beschäftigten mit 49 % rund 40 Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil für die Normalbeschäftigten.

Bei noch feingliedrigerer Betrachtung der Wirtschaftszweige sind die Branchen mit den höchsten Anteilen Normalbeschäftigter mit Niedriglohn der Betrieb von Taxis sowie Friseur- und Kosmetiksalons. Hier bezogen jeweils über 80 % der Normalarbeitnehmer einen Niedriglohn. Neben den beiden bereits genannten Branchen ergaben sich hohe Anteile in Wäschereien und chemischen Reinigungen, in Restaurants und Gaststätten sowie in der Gebäudereinigung.

Auch die durchschnittlich geringere Bezahlung von Frauen spiegelt sich in einem größeren Anteil niedrig entlohnter Frauen wider. Der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen an allen Arbeitnehmerinnen war mit 27 % mehr als zehn Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil bei den Männern mit 16 %.

Je jünger Beschäftigte sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Niedriglöhne bezogen werden. Mehr als jeder zweite Beschäftigte im Alter von 15 bis 24 Jahren bekam einen Niedriglohn. Dies sind mehr als doppelt so viele wie in jeder anderen Altersgruppe. Eine Ausnahme stellten die geringfügig Beschäftigten dar. Hier liegt der Anteil der Niedriglohnverdiener in allen Altersgruppen bei über 80 %. Unter den befristet Beschäftigten hatten zusätzlich zu der jüngsten Altersgruppe (Niedriglohnanteil: 48 %) auch ältere Beschäftigte ab 55 Jahren häufiger einen Niedriglohn (Niedriglohnanteil: 46 %). Hier zeichnen sich eventuell Folgen unbeständig werdender Erwerbskarrieren

ab. Durch häufigere Arbeitsplatz- und Berufswechsel müssen eher Verdiensteinbußen hingenommen werden, als dass Verbesserungen möglich sind. Gerade bei befristet Beschäftigten ist häufiger mit Erwerbsverläufen zu rechnen, die Brüche aufweisen.

Auch die berufliche Qualifikation ist ein bedeutender Faktor, der die Verdiensthöhe beeinflusst. Je höher die persönliche berufliche Qualifikation, desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit eines Niedriglohns. Insgesamt bezogen 53 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne einen beruflichen Bildungsabschluss einen Niedriglohn. Bei Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung waren es 18 % und bei Beschäftigten mit Hochschulabschluss rund 2 %.

5.2.3 Mindestlöhne

Seit 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er gilt grundsätzlich für alle Branchen und Regionen. Allerdings sind in einer Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2016 Ausnahmen vorgesehen. So sind für laufende branchenspezifische Mindestlöhne auch Bruttostundenverdienste unter 8,50 Euro erlaubt. Dies gilt beispielsweise deutschlandweit in der Fleischwirtschaft und im Friseurhandwerk, in Ostdeutschland und Berlin für den Bereich der Zeitarbeit sowie in der ostdeutschen Gebäudereinigung. Sofern branchenbezogene Mindestlöhne ab Januar 2017 über 8,50 Euro liegen, können sie danach fortbestehen. Für Zeitungszustellerinnen und -zusteller hat der Gesetzgeber zudem eine Übergangsfrist bis Ende 2017 vereinbart. Dauerhaft vom Mindestlohn ausgenommen sind Jugendliche unter 18 Jahren und Auszubildende. Weiter gilt der Mindestlohn nicht für Personen, die ein Pflichtpraktikum oder ein freiwilliges Praktikum von bis zu drei Monaten während der Ausbildung oder des Studiums absolvieren sowie für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Tätigkeit.

► **Tab 8 Modellrechnung für Nettoverdienste 2014**
 – Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst in Prozent

	Lediger Mann ohne Kind	Ehepaar, Doppelverdiener ohne Kind	Ehepaar, alleinvertienender Ehemann, zwei Kinder	Alleinerziehende Mutter, zwei Kinder
Früheres Bundesgebiet und Berlin	59,3	60,4	68,1	63,4
Neue Länder ohne Berlin	63,6	63,9	72,4	66,1

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

5.2.4 Nettoverdienste nach Haushaltstypen

Das Statistische Bundesamt berechnet mittels einer Modellrechnung Nettoverdienste für verschiedene Haushaltstypen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern. Der Nettoverdienst ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich abzüglich der Steuern (Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag) sowie der Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung. Die Zahlung von Kindergeld beziehungsweise die steuerliche Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen bleiben bei der Berechnung der Nettoverdienste unberücksichtigt. Die Modellrech-

nung stellt dar, wie sich Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung auf die Höhe der Nettoverdienste verschiedener Haushaltstypen auswirken, wenn die Allein- oder Doppelverdiener jeweils den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst aller vollzeitbeschäftigten Frauen und Männer erzielen.

Der Anteil des Bruttomonatsverdienstes, über den die Haushaltstypen frei verfügen können, schwankt erheblich. Die höchsten Abzüge hatten ledige Männer ohne Kind im früheren Bundesgebiet, ihnen blieben im Jahr 2014 noch 59 % netto. Zum Vergleich: Ehepaaren mit zwei Kindern und alleinvertienendem Ehemann in den neuen Ländern blieben 72 %. ► [Tab 8](#)

7,4 Bill. €

war das Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland 2012. Davon lagen 5,1 Billionen Euro beim Grund- und Immobilienbesitz.

4 086 €

betrug 2013 das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland.

83 000 €

betrug 2012 das durchschnittliche Nettovermögen einer erwachsenen Person.



35 %

ihres Konsumbudgets gaben die privaten Haushalte 2013 im Durchschnitt für den Bereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie aus.

6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Über- schuldung

Sylvia Behrends, Walter Joachimiak,
Kristina Kott, Jenny Neuhäuser

Destatis

Wie unterscheiden sich die Lebensbedingungen in Deutschland? Auskunft hierzu geben die Einnahmen, Ausgaben und die Ausstattung privater Haushalte in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen. Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen privater Haushalte und aus welchen Quellen stammen sie? Wofür wird das Geld verwendet? In welcher Höhe sind private Haushalte mit Abgaben an den Staat belastet? Das Kapitel zeigt auch inwieweit sich die Einkommens- und Ausgabenstrukturen verschiedener Haushaltgruppen unterscheiden und welche traditionellen und neuen technischen Gebrauchsgüter die Haushalte besitzen.

Die Datenbasis für die Angaben in Abschnitt 6.1.1 bis 6.1.4 zu Einnahmen und Ausgaben bilden die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Daten über die Ausstattung stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen. ▶ [Info 1](#)

Infoboxen geben Einblick in die Preisentwicklung in Deutschland sowie die Internetaktivitäten der Menschen, die hier leben.

Ein weiteres Thema dieses Kapitels ist die private Überschuldung. Hier liefert die amtliche Statistik Informationen zur Situation privater Schuldner, die ein Insolvenzverfahren oder die Hilfestellung einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die Daten in Abschnitt

6.1.6 beruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte und den Angaben der Schuldnerberatungsstellen.

6.1.1 Bruttoeinkommen privater Haushalte

Ein erster Indikator für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt. ▶ [Info 2](#)

Struktur und regionaler Vergleich

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2013 auf 4086 Euro. Wichtigste Einnahmequelle mit einem Anteil von 63 % waren die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 2580 Euro im Monat stammten aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit. Rund 22 % ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise durchschnittlich 893 Euro im Monat erhielten die privaten Haushalte aus öffentlichen Transferzahlungen wie beispielsweise Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II sowie Sozialhilfe. Aus Vermögenseinnahmen stammten 10 % (415 Euro) des Bruttoeinkommens. Den geringsten Anteil hatten mit durchschnittlich 5 % die Einkommen aus nicht

► Info 1

Was sind private Haushalte?

Als Privathaushalt gelten Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften, die in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren beziehungsweise die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, zum Beispiel Berufspendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt beziehungsweise mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende oder Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Untermieter, Gäste und Hausangestellte gehören nicht zum Haushalt.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben, die Vermögensbildung, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern und die Wohnsituation für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht beziehungsweise in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen.

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Bei dieser freiwilligen amtlichen Haushaltserhebung werden rund 8 000 private Haushalte jährlich unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben sowie zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Haushalte aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten nehmen an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) teil. Ausgenommen sind Haushalte von Selbstständigen und Landwirten beziehungsweise Landwirtinnen sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr.

► Info 2

Haushaltsbruttoeinkommen

Alle Einnahmen der Haushalte aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen.

Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), aus Vermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine sogenannte unterstellte Eigentüermiete. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden von der errechneten Eigentüermiete abgezogen. Dies kann in Einzelfällen bei entsprechend hohen Instandhaltungsaufwendungen zur Nachweisung negativer Eigentüermietwerte beziehungsweise Vermögenseinnahmen führen.

Haushaltsnettoeinkommen

Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung sind die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung und seit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur sozialen und privaten Pflegeversicherung.

öffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (198 Euro). ► Abb 1

Höhe und Zusammensetzung des Bruttoeinkommens sind in Ost und West unterschiedlich: Die Haushalte im Westen verfügten 2013 über ein monatliches Bruttoeinkommen von durchschnittlich 4 321 Euro, den Haushalten im Osten standen mit 3 215 Euro knapp drei Viertel (74 %) des Westniveaus zur Verfügung. Der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen am gesamten Bruttoeinkommen war in den neuen Ländern und Berlin mit 27 % (873 Euro) um 6 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet (21 %; 898 Euro). Dagegen waren im Osten die Einnahmen aus Vermögen (7 %; 235 Euro) niedriger als im Westen (11 %; 464 Euro). ► Tab 1

Bruttoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe der durchschnittlichen Bruttoeinkommen privater Haushalte unterscheidet sich je nach Haushaltstyp. Die höchsten Bruttoeinkommen fanden sich 2013 in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) unter 18 Jahren (6 163 Euro) und Paaren ohne Kind (4 712 Euro). Alleinerziehende hatten monatlich ein Haushaltsbruttoeinkommen von durchschnittlich 2 631 Euro. Alleinlebende verfügten mit durchschnittlich 2 403 Euro über das niedrigste Bruttoeinkommen.

6.1.2 Nettoeinkommen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu, da sie noch abzuführende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten. Diese Abgaben werden zur Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens vom Bruttoeinkommen abgezogen. Hinzu addiert werden die Zuschüsse der Arbeitgeber und der Rentenversicherungsträger (siehe Info 2).

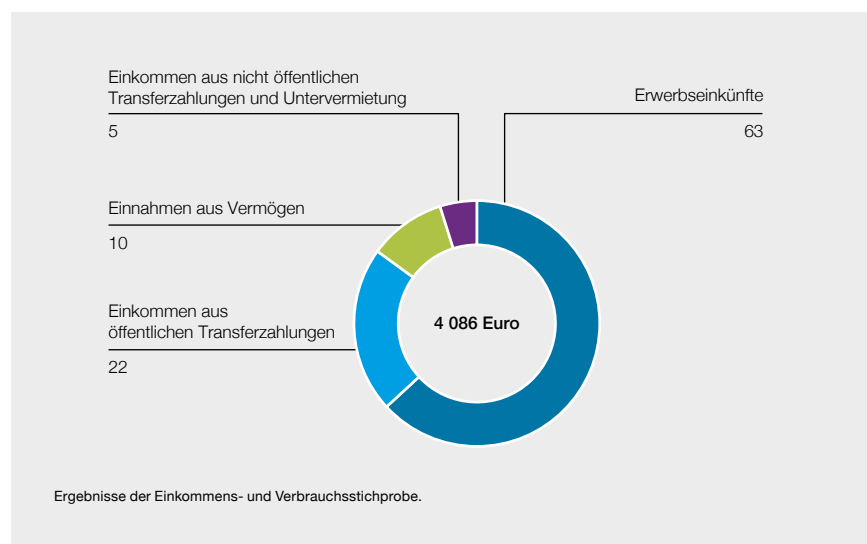
Steuern und Sozialabgaben

Die Steuern und Abgaben der Privathaushalte betragen 2013 monatlich im Durch-

schnitt 984 Euro. Durchschnittlich 458 Euro davon entfielen auf die Einkommen-, Lohn- und Kirchensteuer sowie den Solidaritätszuschlag. Die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, wie zum Beispiel Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung sowie Arbeitslosenversicherung machten durchschnittlich 526 Euro je Haushalt und Monat aus. Insgesamt wurden den Haushalten für Steuern und Sozialabgaben durchschnittlich 24 % ihres Bruttoeinkommens abgezogen. ▶ [Tab 2](#)

Im früheren Bundesgebiet waren die Steuerabzüge und Sozialabgaben mit durchschnittlich 24 % (1 057 Euro) höher als in den neuen Ländern und Berlin mit 22 % (708 Euro). Ursache dafür ist vor allem die stärkere Belastung der höheren

▶ **Abb 1 Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2013 – in Prozent**



▶ **Tab 1 Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2013**

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West		Neue Länder und Berlin	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Haushaltsbruttoeinkommen	4 086	100	4 321	100	3 215	100
Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit	2 580	63,1	2 742	63,5	1 981	61,6
↳ unselbstständige Arbeit	2 316	56,7	2 451	56,7	1 817	56,5
↳ selbstständige Arbeit	264	6,5	291	6,7	164	5,1
Einnahmen aus Vermögen	415	10,2	464	10,7	235	7,3
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	893	21,9	898	20,8	873	27,2
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Untervermietung	198	4,8	218	5,0	126	3,9

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

▶ **Tab 2 Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2013 – je Haushalt und Monat in Euro**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Haushaltsbruttoeinkommen	4 086	4 321	3 215
abzüglich:			
Steuern und Sozialabgaben	984	1 057	708
Einkommen-/Lohn-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	458	504	284
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	526	553	424
zuzüglich:			
Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger	29	34	13
Haushaltsnettoeinkommen	3 132	3 297	2 521
zuzüglich:			
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	48	50	37
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 180	3 347	2 558

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Einkommen im Westen aufgrund der Steuerprogression: Der Anteil von Einkommen-, Lohn-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag am Haushaltsbruttoeinkommen lag im Westen bei 12 % (504 Euro), im Osten bei 9 % (284 Euro).

Ein Vergleich der Haushaltstypen untereinander verdeutlicht, dass Paarhaushalte mit Kind(ern) die höchste Steuer- und Abgabenlast zu tragen hatten: Sie zahlten 2013 monatlich durchschnittlich 1 603 Euro beziehungsweise einen Anteil von 26 % ihres Bruttoein-

kommens. Aufgrund der höheren Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Vergleich zu anderen Haushaltstypen waren auch ihre Steuerabzüge mit 782 Euro wert- und anteilmäßig (13 % vom Bruttoeinkommen) am höchsten. Bei Paaren ohne Kind betrug der Anteil der Steuern und Abgaben 23 % (1 090 Euro) wie auch bei den Alleinlebenden (561 Euro). Die niedrigsten Steuern und Abgaben hatten Haushalte von Alleinerziehenden mit durchschnittlich 17 % beziehungsweise 452 Euro zu leisten. ▶ Abb 2

Zum Bruttoeinkommen hinzugezählt werden schließlich die Zuschüsse der Arbeitgeber und der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung (siehe Info 2). Diese betragen 2013 durchschnittlich 29 Euro monatlich.

Haushaltsnettoeinkommen und Verteilung

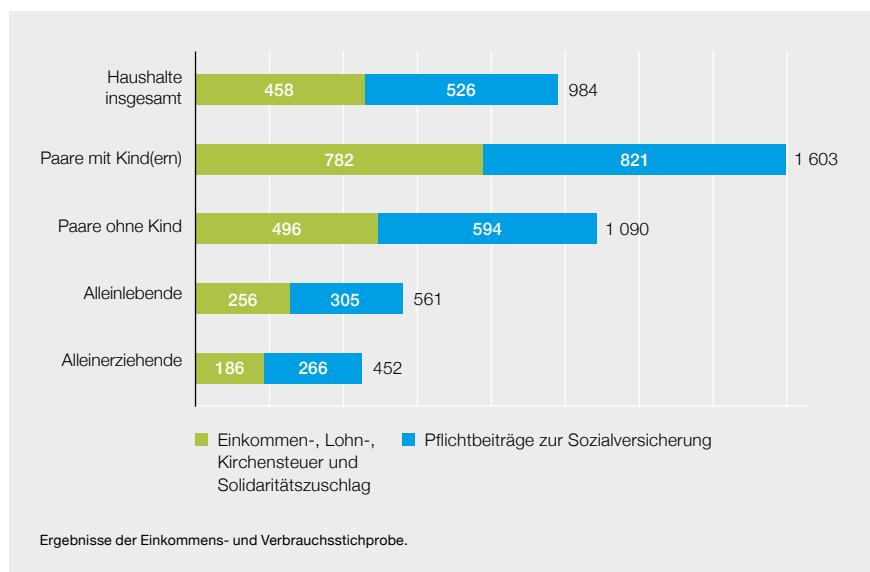
Durchschnittlich verfügten die Haushalte 2013 über ein Nettoeinkommen von 3 132 Euro im Monat (siehe Tabelle 2). Unter 1 300 Euro monatlich als Nettoeinkommen hatten 18 % der Haushalte. Rund 33 % aller Haushalte hatten 1 300 bis unter 2 600 Euro im Monat zur Verfügung. Über ein Nettoeinkommen von 2 600 bis unter 3 600 Euro monatlich konnten 18 % der Privathaushalte verfügen, und 15 % hatten ein Haushaltsnettoeinkommen von 3 600 bis unter 5 000 Euro im Monat. Rund 16 % aller Privathaushalte standen monatlich 5 000 bis unter 18 000 Euro zur Verfügung. ▶ Tab 3

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern war die Einkommensverteilung 2013 unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West 16 % der Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen unter 1 300 Euro hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin 24 %.

Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe des Nettoeinkommens hängt entscheidend davon ab, ob jemand alleine wohnt, alleinerziehend ist oder als Paar ohne oder mit Kind(ern) in einem Haushalt lebt. Paare mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren hatten im Jahr 2013 mit durchschnittlich 4 618 Euro die höchsten monatlichen Nettoeinkommen. Paare ohne Kind – dazu gehören zum Beispiel sowohl das gutsituierte Doppelverdienerpaar als auch das Seniorenpaar mit kleiner Rente – verfügten über durchschnittlich 3 655 Euro im Monat. Bei den Haushalten von Alleinerziehenden betrug das monatliche Nettoeinkommen im Durchschnitt 2 183 Euro. Allein-

▶ Abb 2 Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte nach Haushaltstyp 2013 – in Euro



▶ Tab 3 Einkommensverteilung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2013

	Haushalte insgesamt	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro							
		unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 600	3 600 – 5 000	5 000 – 18 000
		in 1 000							
		in %							
Deutschland	39 326	7,5	10,3	5,4	13,4	14,2	17,6	15,5	16,2
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	30 994	6,9	9,2	4,9	12,5	13,8	17,8	16,6	18,3
Neue Länder und Berlin	8 332	9,7	14,3	7,5	16,7	15,5	17,0	11,1	8,3

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

lebende – zum Beispiel der gut verdienende Single oder auch die Rentnerin – hatten ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1 856 Euro im Monat. Durchschnittlich lebten in einem Paarhaushalt mit Kind(ern) 3,8 Personen, der Alleinerziehendenhaushalt zählte durchschnittlich 2,4 Personen. ▶ Abb 3

6.1.3 Verfügbares Einkommen privater Haushalte und Verwendung

Zur Berechnung der »ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen« werden zum Haushaltsnettoeinkommen die Einkünfte aus dem Verkauf von Waren (zum Beispiel Gebrauchtwagen) und sonstige Einnahmen (zum Beispiel Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen) addiert. Diese Summe steht den Haushalten als Einkommen zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung. Im Jahr 2013 hatte das verfügbare Einkommen der Haushalte eine durchschnittliche Höhe von 3 180 Euro im Monat. Gegenüber 2008 (2 965 Euro) war das ein Anstieg um 7%. ▶ Tab 4

Dieses Geld nutzen die privaten Haushalte für Konsumausgaben, übrige Ausgaben oder es wird gespart.

Den größten Teil ihres ausgabefähigen Einkommens verwenden die Haushalte für private Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Mehr als drei Viertel (77%) des ausgabefähigen Einkommens gaben private Haushalte im Jahr 2013 dafür aus, durchschnittlich 2 448 Euro im Monat. Das war etwas mehr als 2008 mit 76% beziehungsweise 2 245 Euro.

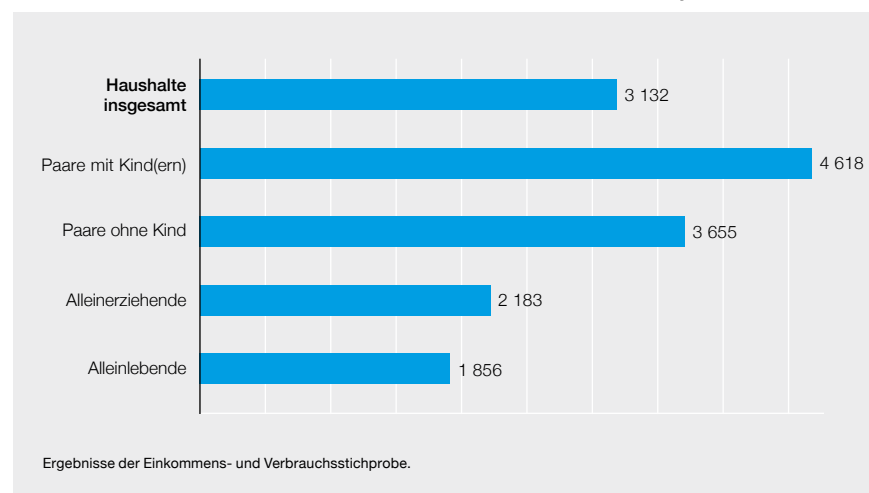
In den neuen Ländern und Berlin waren die Konsumausgaben der Haushalte zwar mit 2 048 Euro niedriger als die der Haushalte im früheren Bundesgebiet (2 556 Euro). Die Konsumquote lag im Osten mit 80% jedoch höher als im Westen mit 76%. Im Vergleich zu 2008 ist die Konsumquote in den neuen Ländern und Berlin weniger gestiegen (+0,3 Prozentpunkte) als im früheren Bundesgebiet

Schenkung und Erbe

Im Jahr 2014 betrug das geerbte und geschenkte Vermögen nach den Ergebnissen der Steuerstatistiken 108,8 Milliarden Euro. Die von den Finanzverwaltungen veranlagten Vermögensübertragungen aus Erbschaften

und Vermächtnissen beliefen sich auf 38,3 Milliarden Euro und aus Schenkungen auf 70,5 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das geerbte und geschenkte Vermögen um 54,6%.

▶ Abb 3 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp 2013 – in Euro



▶ Tab 4 Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West		Neue Länder und Berlin	
	2008	2013	2008 ¹	2013	2008 ¹	2013
je Haushalt und Monat in Euro						
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 965	3 180	3 111	3 347	2 328	2 558
Private Konsumausgaben	2 245	2 448	2 333	2 556	1 857	2 048
Übrige Ausgaben	408	413	443	441	258	307
Ersparnis	312	319	335	350	213	203
Anteil in %						
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	100	100	100	100	100	100
Private Konsumausgaben	75,7	77,0	75,0	76,4	79,8	80,1
Übrige Ausgaben	13,8	13,0	14,2	13,2	11,1	12,0
Ersparnis	10,5	10,0	10,8	10,5	9,1	7,9

1 Vor der EVS 2013 waren die Werte für Berlin-West im früheren Bundesgebiet und die Werte für Berlin-Ost in den neuen Ländern enthalten. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

► Info

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Matthias Bieg, Sigrun Krämer

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung und Kraftfahrzeuge ebenso wie Mieten, Reinigungsdienstleistungen oder Reparaturen. Es werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, das heißt neben den Ausgaben von beispielsweise Singlehaushalten, (Rentner-) Ehepaaren oder Familien auch die Ausgaben ausländischer Touristen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat beziehungsweise zum Vorjahr wird als Teuerungsrate oder umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Im Jahresdurchschnitt 2015 sind die Preise aller Waren und Dienstleistungen in Deutschland für den privaten Verbrauch um 0,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Jahresteuersrate ist damit seit dem Jahr 2011 rückläufig. Zuletzt hatte es eine derart niedrige Teuerungsrate im Jahr 2009 mit +0,3% gegeben. ► Info Abb 1

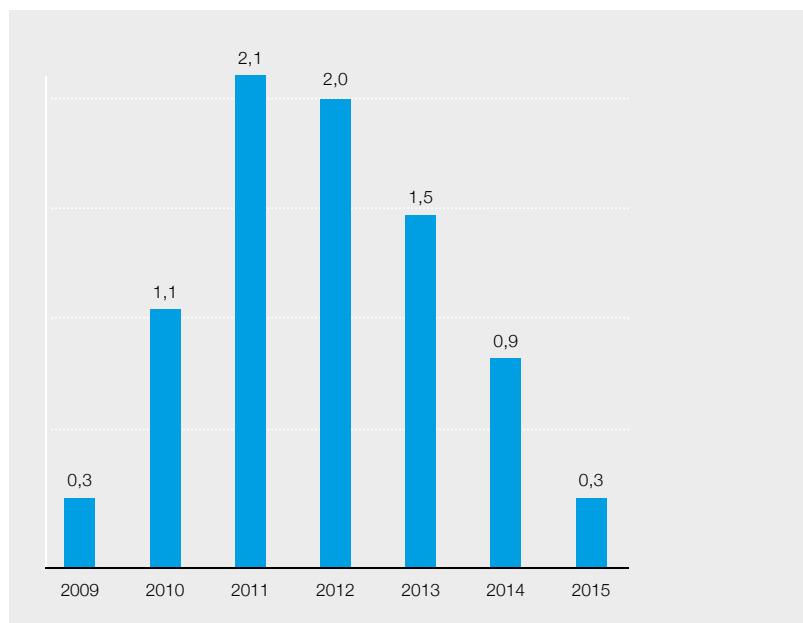
Die geringe Jahresteuersrate 2015 wurde im Wesentlichen durch die Preisentwicklung der Energieprodukte geprägt. Im Jahresdurchschnitt 2015 mussten die Verbraucher 7,0% weniger für Haushaltsenergie und Kraftstoffe ausgeben als im Jahr 2014. Am stärksten gingen die Preise im Bereich der Haushaltsenergie für leichtes Heizöl zurück (-23,1%). Erstmals seit dem Jahr 2000 verzeichnete auch Strom mit -0,8% einen Preisrückgang. Die Kraftstoffpreise sanken mit -10,0% ebenfalls deutlich.

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise um 0,8% gegenüber 2014 wirkte im Gegensatz zur Energie preistreibend. Im Einzelnen gab es gegenläufige Preisentwicklungen. Spürbar teurer waren Obst (+5,0%) und Gemüse (+5,3%). Günstiger wurden vor allem Molkeprodukte und Eier (-4,3%) sowie Speisefette und Speiseöle (-4,8%). ► Info Abb 2

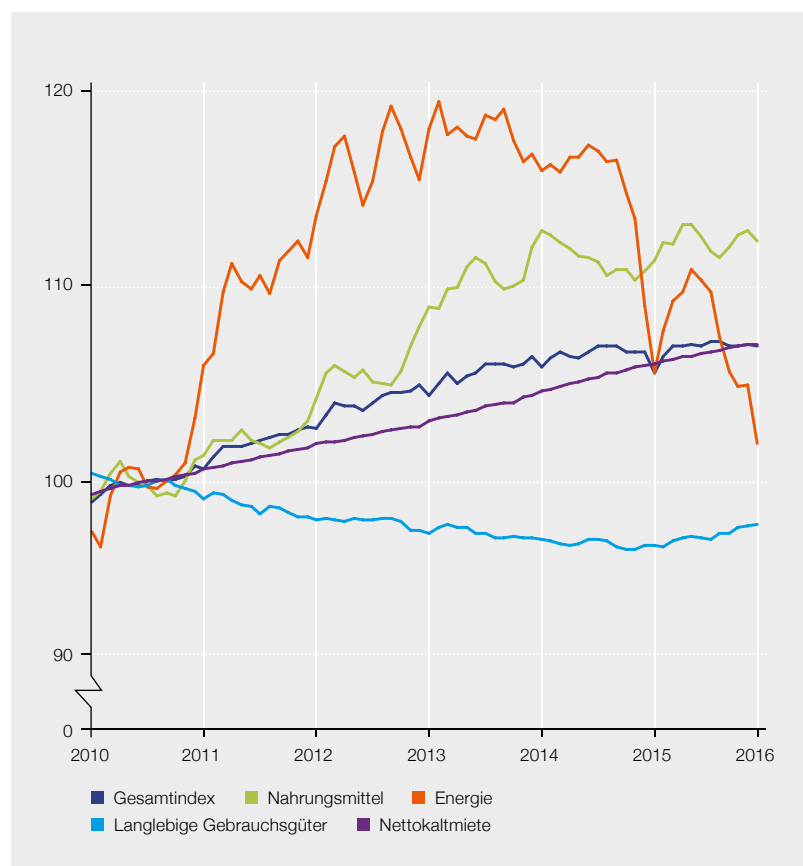
Deutschlands Haushalte unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Sie sind zum Beispiel gekennzeichnet durch die Zahl der Haushaltsmitglieder, die Altersstruktur oder das Einkommen. Wie stark ein einzelner Haushalt von der Inflation betroffen ist, hängt von seinem individuellen Konsumverhalten ab, das heißt, wie viel Geld er für welche Güter ausgibt. Um den Einfluss der Gewichtung der Ausgaben auf einfache Weise zu veranschaulichen, hat das Statistische Bundesamt einen »persönlichen Inflationsrechner« entwickelt. Mit ihm können Nutzerinnen und Nutzer beispielhaft einige Gewichte des sogenannten Wägungsschemas an ihre eigenen Konsumgewohnheiten anpassen und so ihre persönliche Inflationsrate ermitteln.



► Info Abb 1 Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr – in Prozent



► Info Abb 2 Verbraucherpreisindex für Deutschland insgesamt und für ausgewählte Produkte (2010 = 100)



(+ 1,4 Prozentpunkte). Zur Verteilung der Konsumausgaben siehe Abschnitt 6.1.4 Struktur der Konsumausgaben.

Neben den Konsumausgaben haben private Haushalte »übrige Ausgaben«, die nicht dem privaten Konsum dienen, wie freiwillige Versicherungsbeiträge, Unterhaltszahlungen, Geldgeschenke oder sonstige Steuern wie Hundesteuer. Dafür verwendeten die privaten Haushalte 2013 durchschnittlich 13 % ihrer ausgabenfähigen Einkommen, das waren 413 Euro monatlich. Im Vergleich zu 2008 (14 % beziehungsweise 408 Euro) hat der Anteil der übrigen Ausgaben am ausgabenfähigen Einkommen leicht abgenommen. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin verwendeten einen Anteil von 12 % (307 Euro) der ausgabenfähigen Einkommen für die übrigen Ausgaben, im früheren Bundesgebiet war der Anteil mit 13 % (441 Euro) etwas höher. Im Vergleich zu 2008 ist dieser Anteil im Osten leicht angestiegen (+ 0,9 Prozentpunkte), im Westen hat er dagegen leicht abgenommen (– 1,1 Prozentpunkte). ▶ [Info 3](#)

Wenn die Haushalte ihre Konsumbedürfnisse befriedigt und auch die »übrigen Ausgaben« getätigt haben, verbleibt der Rest des ausgabenfähigen Einkommens zur Bildung von Ersparnissen. Durchschnittlich 319 Euro im Monat sparten die Haushalte 2013. Das waren 10 % ihres ausgabenfähigen Einkommens. Gegenüber 2008 (312 Euro oder 11 %) ist die Sparquote leicht rückläufig (– 0,5 Prozentpunkte).

Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich auch beim Sparen: Im Jahr 2013 legten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin durchschnittlich 203 Euro im Monat auf die hohe Kante, im früheren Bundesgebiet waren es 350 Euro. Die Sparquote in Ostdeutschland (8 %) fiel damit um 2,5 Prozentpunkte niedriger aus als in Westdeutschland (10 %).

6.1.4 Struktur der Konsumausgaben

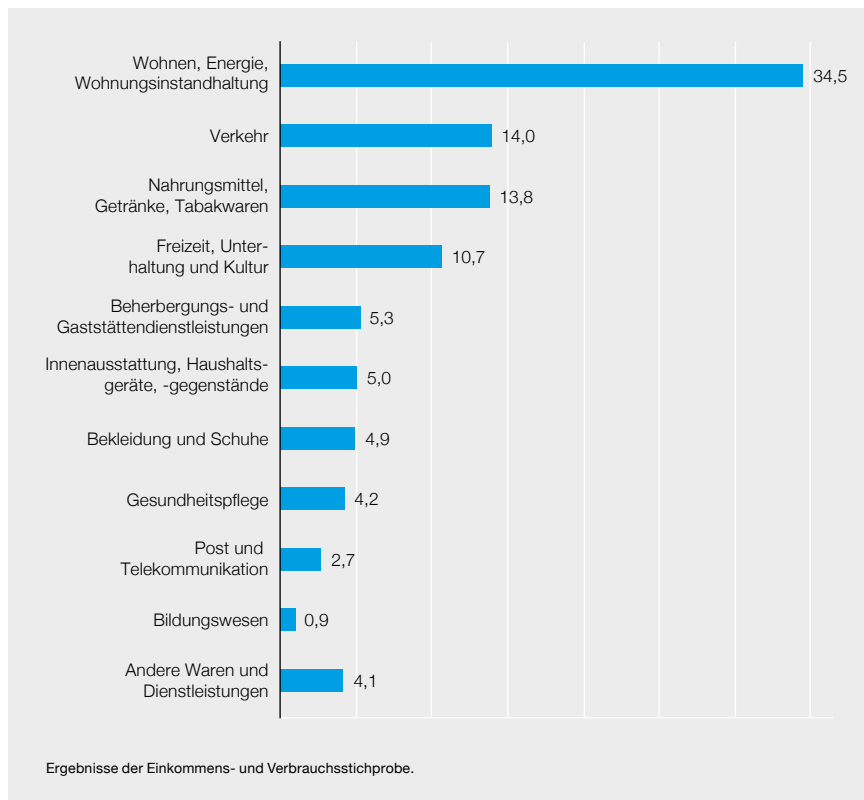
Wofür verwendeten die privaten Haushalte ihre monatlichen Konsumausgaben von 2 448 Euro?

▶ Info 3

Übrige Ausgaben

Zu diesen zählen freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, Versicherungsbeiträge (zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungen, Ausgaben für Kraftfahrzeug-, Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen), sonstige geleistete Übertragungen und Ausgaben (zum Beispiel Geldgeschenke und Geldspenden, Unterhaltszahlungen) und sonstige Steuern (zum Beispiel Kraftfahrzeug-, Hunde-, Erbschaft- beziehungsweise Schenkungsteuer) sowie die Kreditzinsen (Baudarlehen und Ähnliches, Konsumentenkredite). Statistische Differenzen – sofern vorhanden – zählen auch zu den übrigen Ausgaben. Diese entstehen, wenn in Einzelfällen bestimmte kleine Beträge nicht in die Haushaltsbücher eingetragen wurden, weil sich zum Beispiel die buchführende Person an diese Ausgabe nicht mehr erinnerte.

▶ Abb 4 Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2013 – in Prozent



Den größten Anteil am Konsumbudget (35 %; 845 Euro) gaben die Haushalte für Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie aus. Danach folgten die Verkehrsausgaben (342 Euro) und die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (337 Euro) mit einem Anteil von jeweils 14 % an den privaten Konsumausgaben. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wurden anteilig 11 % (261 Euro) ausgegeben. Eine Untergliede-

rung der Freizeitausgaben bietet Kapitel 12.1.2, Seite 373. ▶ [Abb 4](#)

Jeweils 5 % der Konsumausgaben verwendeten die Haushalte für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (130 Euro), den Bereich Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände (124 Euro) sowie den Bereich Bekleidung und Schuhe (119 Euro). Für die Gesundheitspflege gaben die Haushalte einen Anteil von 4 % (102 Euro) ihres Budgets aus

und 3 % (66 Euro) für Post und Telekommunikation. Die Ausgaben für das Bildungswesen betragen knapp 1 % (22 Euro).

Die privaten Haushalte der neuen Länder und Berlin sowie die des früheren Bundesgebietes teilten ihre Konsumbudgets 2013 ähnlich auf die einzelnen Ausgabenbereiche auf, allerdings gaben die

Haushalte im Osten im Monat durchschnittlich 508 Euro weniger für den Konsum aus.

Konsumausgaben nach Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen sich bei den Konsumaus-

gaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten Konsumausgaben tätigten im Jahr 2013 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3 426 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 869 Euro monatlich. Die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (1 910 Euro) und Alleinlebenden (1 550 Euro) lagen

► Tab 5 Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2013

	Haushalte insgesamt	Paare		Alleinerziehende	Alleinlebende
		mit Kind(ern)	ohne Kind		
in Euro					
Private Konsumausgaben	2 448	3 426	2 869	1 910	1 550
in %					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,8	14,6	13,5	15,8	12,6
Bekleidung und Schuhe	4,9	5,9	4,5	6,0	4,2
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	34,5	31,6	33,1	37,4	39,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	5,0	5,5	5,4	4,4	4,3
Gesundheitspflege	4,2	2,9	5,4	2,4	4,1
Verkehr	14,0	15,2	14,3	10,9	11,7
Post und Telekommunikation	2,7	2,6	2,3	3,5	3,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,7	10,5	11,2	9,5	10,5
Bildungswesen	0,9	2,0	0,3	1,6	0,6
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	5,3	5,0	5,9	3,8	5,1
Andere Waren und Dienstleistungen	4,1	4,2	3,9	4,6	4,4

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

► Tab 6 Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2013

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro							
	unter 900	900–1 300	1 300–1 500	1 500–2 000	2 000–2 600	2 600–3 600	3 600–5 000	5 000–18 000
in Euro								
Private Konsumausgaben	872	1 136	1 384	1 640	2 055	2 557	3 239	4 504
in %								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,6	16,9	16,1	15,5	14,7	14,2	13,4	11,7
Bekleidung und Schuhe	3,5	4,1	4,3	4,4	4,5	4,7	5,0	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	47,7	43,6	41,0	39,0	37,2	35,3	33,1	29,3
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	3,0	3,2	4,1	4,3	4,6	5,0	5,2	6,0
Gesundheitspflege	2,5	2,7	2,8	2,9	3,3	3,8	4,0	5,8
Verkehr	5,6	8,6	9,4	11,2	12,9	13,8	15,6	16,2
Post und Telekommunikation	4,2	3,8	3,7	3,4	3,0	2,7	2,5	2,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	7,2	8,7	9,8	10,1	10,4	10,4	10,8	11,8
Bildungswesen	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7	0,8	0,9	1,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	3,2	3,7	4,0	4,4	4,7	5,2	5,4	6,4
Andere Waren und Dienstleistungen	3,7	3,9	4,1	4,2	4,1	4,0	4,0	4,2

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2 448 Euro im Monat. Berücksichtigt man, dass in Haushalten von Alleinerziehenden durchschnittlich 2,4 Personen leben und in Paarhaushalten mit Kind(ern) 3,8 Personen, so haben Alleinerziehende mit 796 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Paarhaushalte mit Kind(ern) haben Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 902 Euro. Im Vergleich dazu hatten die Alleinlebenden mit 1 550 Euro die höchsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. ▶ Tab 5

Für die Grundbedürfnisse Wohnen, Ernährung und Bekleidung wendeten alleinerziehende Mütter oder Väter mit 59 % den größten Teil ihres Konsumbudgets auf. Am niedrigsten lag dieser Grundversorgungsanteil bei den Paarhaushalten ohne Kind (51 %) sowie mit Kind(ern) (52 %). In der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) 15 % und Alleinerziehende 16 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, waren

es bei den Alleinlebenden nur 13 %. Diese hatten aber mit 39 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 37 %. Paarhaushalte mit Kind(ern) hatten dagegen den geringsten Wohnkostenanteil mit 32 %.

Für den Bereich Verkehr verwendeten Paarhaushalte mit Kind(ern) 15 % ihrer Ausgaben, Paare ohne Kind 14 %, Alleinlebende 12 % und Alleinerziehende 11 %. Die Ausgaben für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur waren anteilig bei den Paarhaushalten ohne Kind mit 11 % am höchsten; bei den Alleinerziehenden mit 9 % ihres Konsumbudgets am geringsten. Im Bereich Gesundheitspflege war der Anteil der Ausgaben bei den Paaren ohne Kind mit 5 % am höchsten, Alleinlebende gaben dafür anteilig 4 % aus, gefolgt von den Paaren mit Kind(ern) (3 %) und Alleinerziehenden (2 %).

Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

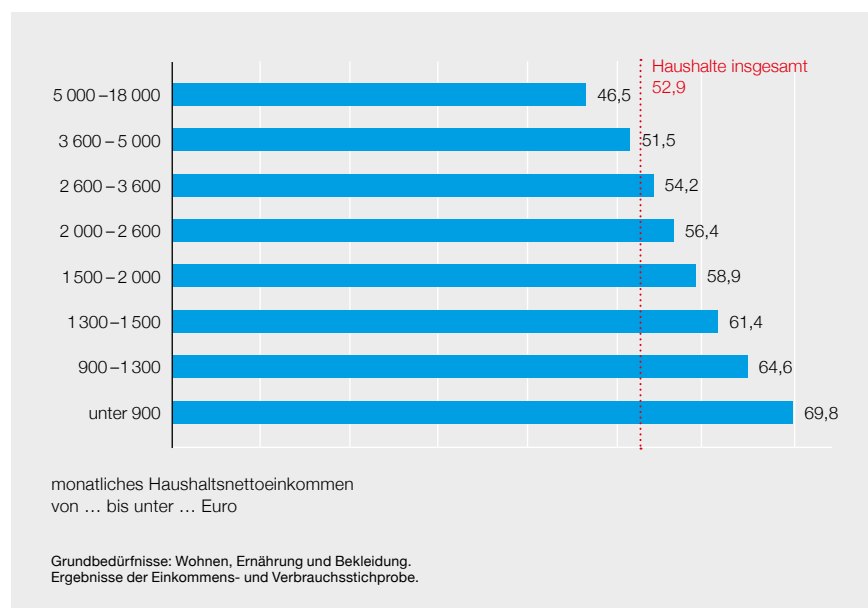
Auch die Höhe der den Haushalten zur Verfügung stehenden Nettoeinkommen

hat Einfluss auf die Verbrauchsstrukturen: Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro gaben im Jahr 2013 durchschnittlich 1 025 Euro im Monat für den privaten Konsum aus. Mehr als viermal so viel (4 504 Euro) wendete die Haushaltsgruppe mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro für ihren Konsum auf. Steht also mehr Geld im Haushalt zur Verfügung, wird auch entsprechend mehr ausgegeben.

Für die Deckung der Grundbedürfnisse – Wohnen, Ernährung und Bekleidung – gaben die Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 1 300 Euro monatlich im Durchschnitt 682 Euro aus, das waren 67 % ihrer gesamten Konsumausgaben. Haushalte der höchsten Einkommensgruppe wendeten dafür mit 2 093 Euro mehr als dreimal so viel auf. Ihr Anteil der Grundbedürfnisse an den gesamten Konsumausgaben war dafür mit 46 % deutlich geringer. Im Bundesdurchschnitt gaben die privaten Haushalte etwas mehr als die Hälfte (53 %) ihrer Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse aus. ▶ Abb 5

Die Ausgabenanteile für die anderen Konsumbereiche nehmen mit steigendem Einkommen zu. Besonders deutlich ist dies bei den Verkehrsausgaben: Mit 731 Euro pro Monat (16 %) gaben die Haushalte der höchsten Einkommensgruppe fast zehnmal mehr hierfür aus als die Haushalte der Einkommensgruppe unter 1 300 Euro mit 77 Euro (8 %). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur betrug der Ausgabenanteil der Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mehr als das Sechsfache (529 Euro, 12 %) dessen, was die Haushalte mit einem Einkommen unter 1 300 Euro monatlich dafür aufwendeten (84 Euro, 8 %). Die Ausgaben für Gesundheitspflege waren in den Haushalten mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mit 261 Euro (6 %) fast zehn Mal höher als bei den Haushalten mit einem Einkommen unter 1 300 Euro monatlich (27 Euro, 3 %). ▶ Tab 6

▶ Abb 5 Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2013 – Anteil an den Konsumausgaben in Prozent



► Info 4

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 90 % Mobiltelefonen, dass 90 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Zahl der Haushalte mit einem entsprechenden Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 166 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Zahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

6.1.5 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört zum Beispiel die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen, von Geräten der Unterhaltungselektronik sowie von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik wie Personal Computer (PC) und Handy. ► Info 4

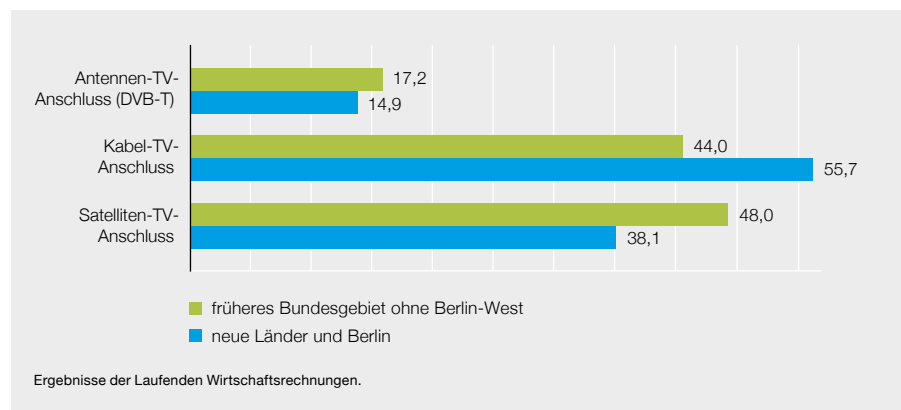
Elektrische Haushaltsgeräte

Elektrische beziehungsweise elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) erfragt werden. »Traditionelle« Haushalts-

► Tab 7 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2015 – in Prozent**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Mikrowellengerät	73,3	72,8	75,3
Geschirrspülmaschine	69,5	70,8	64,5
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,8	53,8	39,5
Wäschetrockner	39,5	44,0	22,9
Kaffeevollautomat	13,1	14,3	8,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

► Abb 6 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit TV-Anschlüssen 2015 – in Prozent**

geräte wie ein Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2015 bei knapp 100 %. Mikrowellengeräte standen in 73 % der Haushalte. Knapp 70 % der privaten Haushalte konnten eine eigene Geschirrspülmaschine nutzen, allerdings gab es einen leichten regionalen Unterschied mit Ausstattungsgraden von 71 % für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West und 65 % für die neuen Länder und Berlin. Ein weit größeres regionales Gefälle zeigte sich bei den Gefrierschränken beziehungsweise Gefriertruhen (Bundesdurchschnitt 51 %): Im früheren Bundesgebiet besaßen 54 % der Haushalte mindestens einen Gefrierschrank, während in den neuen Ländern und Berlin lediglich 40 % der Haushalte über ein solches Gerät verfügten. Noch deutlichere regionale Unterschiede waren bei der Ausstattung

mit Wäschetrocknern zu erkennen: Bei einem Ausstattungsgrad von 40 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang des Jahres 2015 Werte von 44 % in Westdeutschland und 23 % in Ostdeutschland gegenüber. Die in der Anschaffung immer noch vergleichsweise teuren Kaffeevollautomaten standen Anfang 2015 in 13 % der Privathaushalte. Auch hier gab es einen deutlichen regionalen Unterschied: 14 % der westdeutschen Haushalte konnten ihren Kaffee vollautomatisch in die Tasse laufen lassen im Vergleich zu 9 % der Haushalte in Ostdeutschland. ► Tab 7

Güter der Unterhaltungselektronik

Für Fernseher galt Anfang des Jahres 2015 nahezu Vollaussattung: Knapp 98 % der privaten Haushalte in Deutschland besaßen mindestens einen Fernsehapparat. Einen Flachbildfernseher besaßen

81 % der Haushalte. Bei der erstmaligen Frage nach den »Flachen« im Jahr 2006 stand lediglich in 5 % der Haushalte ein solches Gerät. Der Ausstattungsbestand von Flachbildfernsehern ist im gleichen Zeitraum ebenfalls stark angestiegen: Im Jahr 2006 kamen 6 Flachbildfernseher auf 100 Haushalte, Anfang 2015 waren es 124 Geräte je 100 Haushalte. Rund 32 % der Haushalte besaßen mehr als einen Flachbildfernseher.

Ein Empfang der Fernseh- beziehungsweise Radioprogramme ist über unterschiedliche Empfangsarten möglich, wobei durchaus mehrere Empfangsmöglichkeiten in einem Haushalt vorhanden sein können. In 17 % der Privathaushalte erfolgte der Programmempfang Anfang 2015 über Antenne (auch DVB-T). Per Satellit empfangen 46 % der Haushalte ihre Programme, und ein Kabelanschluss lag in 47 % der Haushalte. Bei allen drei Anschlussarten gab es regionale Unterschiede in der Ausstattung zwischen dem früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West sowie den neuen Ländern und Berlin. ▶ [Abb 6](#)

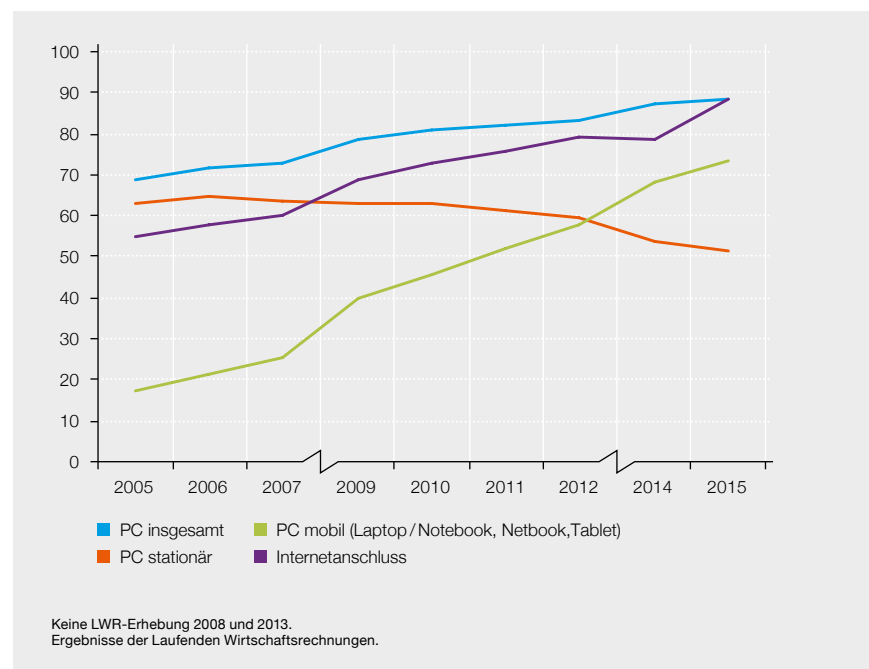
Geräte der modernen Unterhaltungselektronik wie DVD- und Blu-ray-Geräte, MP3-Player und Spielkonsolen finden sich vor allem in Haushalten mit Kind(ern). Während Anfang 2015 der Anteil der Haushalte, die im Besitz eines DVD- oder Blu-ray-Gerätes waren, bei 67 % lag, waren Alleinerziehende (76 %) und Paare mit Kind(ern) (86 %) weit überdurchschnittlich damit ausgestattet. Bei MP3-Playern und Spielkonsolen zeigt sich der überdurchschnittliche Ausstattungsgrad von Haushalten mit Kind(ern) noch deutlicher: Während Anfang 2015 im Bundesdurchschnitt 41 % der Haushalte einen MP3-Player besaßen, konnte in 49 % der Haushalte von Alleinerziehenden und in 66 % der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) Musik über dieses Medium abgespielt werden. Spielkonsolen waren durchschnittlich in 25 % der Haushalte in Deutschland vorhanden. Rund 65 % der Haushalte von Alleinerziehenden und 62 % der Paarhaushalte mit Kind(ern) verfügten über ein solches Gerät. ▶ [Tab 8](#)

▶ **Tab 8** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach Haushaltstyp 2015 – in Prozent

	Haushalte insgesamt	Paare mit Kind(ern)	Paare ohne Kind	Alleinerziehende	Alleinlebende
DVD- oder Blu-ray-Gerät	67,0	85,6	69,6	76,1	55,8
MP3-Player	41,4	65,8	34,3	49,3	30,8
Spielkonsolen	25,3	62,4	14,4	64,5	9,3

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ **Abb 7** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit PC und Internetanschluss – in Prozent



PC, Telefon und Navigationssystem

Auch die Ausstattung mit Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie nahm in den privaten Haushalten in Deutschland in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Diese Technologien haben sich in ostdeutschen Haushalten nahezu genauso etabliert wie in westdeutschen Haushalten. Es bestehen keine großen Unterschiede in den Ausstattungsgraden mehr. Die Haushaltsgruppen partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien.

Eine große Dynamik lag in der Haushaltsausstattung mit PC. In 88 % der pri-

vaten Haushalte stand Anfang 2015 mindestens ein PC, zehn Jahre zuvor war dies in 69 % der Haushalte der Fall. Mit mobilen Computern (Laptop/Notebook, Netbook, Tablet) waren Anfang 2005 erst 17 % der Haushalte ausgestattet, während in 63 % der Haushalte stationäre Computer standen. Dieses Verhältnis hatte sich Anfang 2015 zugunsten der mobilen Geräte verändert: Jetzt besaßen 74 % der Haushalte mobile PC und nur noch 51 % stationäre Computer. ▶ [Abb 7](#)

Der Ausstattungsgrad mit PC wuchs mit steigender Zahl der Haushaltsmitglieder: Während 79 % der Singlehaushalte

► Info

Internetaktivitäten

Silvia Deckl

Wie nutzen die Menschen in Deutschland das Internet? Auskunft hierüber liefert die jährliche, amtliche Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Im ersten Quartal 2015 waren in Deutschland 59,8 Millionen Menschen im Internet aktiv. Fast alle Internetnutzerinnen und -nutzer versendeten oder empfingen E-Mails: Die Anteile lagen zwischen 82 % und 94 %. Bei den weiteren Aktivitäten zeigten sich je nach Alter unterschiedliche Schwerpunkte. So waren Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 10 und 24 Jahren besonders häufig in sozialen Netzwerken unterwegs (87 %). Die meisten Internetnutzer zwischen 25 und 54 Jahren suchten nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (95 %), lasen Nachrichten und Zeitungen online (77 %), buchten Reisedienstleistungen (70 %) oder erledigten ihre Bankgeschäfte über das Internet (68 %). Internetnutzer ab 55 Jahren suchten häufig nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (88 %), buchten Reisedienstleistungen über das Internet (68 %) oder lasen Nachrichten und Zeitungen online (67 %). ► [Info Tab 1](#)

Online-Einkäufe

Immer mehr Menschen bestellen oder kaufen mittlerweile Waren oder Dienstleistungen über das Internet. Während im ersten Quartal des Jahres 2005 weniger als die Hälfte (46 %) der Internetnutzer ab zehn Jahren online Waren oder Dienstleistungen bestellt hatten, waren es im ersten Quartal 2015 bereits mehr als zwei Drittel (67 %) – das entspricht rund 41 Millionen Menschen. ► [Info Abb 1](#)

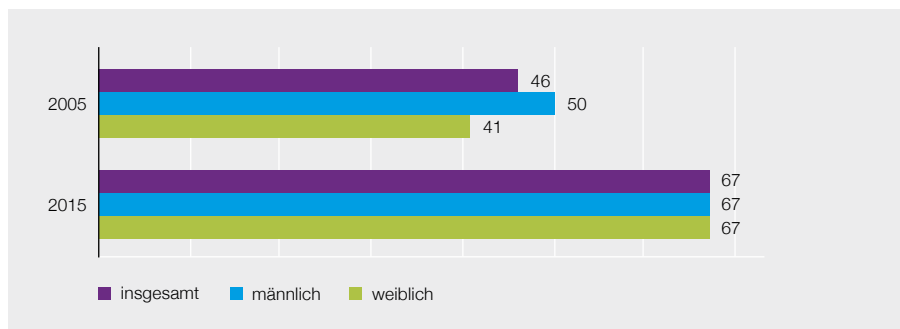
Am häufigsten nutzten 25- bis 44-Jährige die Möglichkeit, über das Internet einzukaufen: 84 % haben im Jahr 2015 innerhalb der letzten drei Monate vor dem Befragungszeitraum Waren oder Dienstleistungen online bestellt. In den Altersgruppen von 16 bis 24 Jahren (68 %) und 45 bis 64 Jahren (67 %) waren es jeweils mehr als zwei Drittel der Internetnutzer. Etwas geringer waren die Anteile bei den unter 25-Jährigen (53 %) und den 65-Jährigen oder Älteren (48 %).

Rund 10 % der Internetnutzerinnen und -nutzer ab zehn Jahren gaben zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2015 an, vor mehr als 3 Monaten, jedoch innerhalb der letzten 12 Monate Online-Käufe über das Internet getätigt zu haben. Weitere 5 % gaben an, vor mehr als einem Jahr zuletzt online eingekauft zu haben. Der Anteil der Personen, die das Internet zwar nutzten, aber noch nie Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt oder gekauft haben, lag bei 17 %. Naturgemäß ergaben sich dabei in den Altersgruppen 10 bis 15 Jahre (65 %) wie auch in der Altersgruppe 65 Jahre oder älter (31 %) überdurchschnittlich hohe Anteile. Von den 25- bis 44-Jährigen Internetnutzern gaben dagegen

► Info Tab 1 **Internetaktivitäten 2015**

	Internetnutzer/-innen insgesamt	Versand/Empfang von E-Mails	Teilnahme an sozialen Netzwerken	Suche nach Informationen über Waren/Dienstleistungen	Lesen von Nachrichten/Zeitungen	Internet-Banking	Buchung von Reisedienstleistungen
	in 1 000	in %					
Insgesamt	59 795	90,6	64,3	89,2	69,3	53,8	62,8
Im Alter von ... bis ... Jahren							
10–24	11 922	82,2	87,3	76,6	52,1	24,7	36,7
25–54	31 915	94,2	69,9	94,5	77,0	67,9	69,9
55 oder älter	15 958	90,0	35,9	88,1	66,9	47,0	67,9

Personen ab 10 Jahren. Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im ersten Quartal 2015.

► Info Abb 1 **Personen mit Onlineeinkäufen – in Prozent**

lediglich 5 % an, noch nie Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt beziehungsweise gekauft zu haben.

Was wird im Internet bestellt? Fast zwei Drittel (64 %) der Internetnutzer der letzten 12 Monate bestellten Kleidung und Sportartikel über das Internet, 49 % Gebrauchsgüter wie Möbel, Spielzeug oder Geschirr und 42 % Bücher, Zeitungen oder Zeitschriften. Rund 41 % buchten Reisedienstleistungen wie Urlaubsunterkünfte über das Internet, und 39 % kauften oder bestellten Eintrittskarten für Kino, Theater, Musik- oder Sportveranstaltungen. Der Kauf von Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs wurde dagegen mit 15 % weniger häufig über das Internet vorgenommen.

Das Einkaufsverhalten im Internet weist sowohl geschlechtsspezifische als auch altersspezifische Unterschiede auf: So kauften 73 % der Frauen Kleidung über das Internet, jedoch taten dies nur 55 % der Männer. Software wie beispielsweise Videospiele war dagegen bei 35 % der Männer gefragt, allerdings nur bei 13 % der Frauen. Ein ähnliches Bild ergab sich beim Kauf von Elektroartikeln einschließlich Kameras über das Internet:

Hier tätigten 42 % der Männer entsprechende Online-Einkäufe, jedoch nur 20 % der Frauen. Urlaubsunterkünfte wurden von beiden Geschlechtern gleich häufig über das Internet gebucht (jeweils 41 %). Auch beim Online-Einkauf von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs (Männer: 15 %; Frauen: 16 %) und von Gebrauchsgütern (Männer: 48 %; Frauen: 49 %) gab es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede.

In Bezug auf die verschiedenen Altersgruppen kann man feststellen, dass die Nachfrage nach bestimmten Produkten und Dienstleistungen je nach Alter unterschiedlich ausfällt. Beispielsweise kauften 38 % der älteren Menschen ab 65 Jahren im Internet Arzneimittel ein. Im Durchschnitt über alle Onlineeinkäuferinnen und -einkäufer der letzten 12 Monate betrug dieser Anteil jedoch nur 28 %. Andererseits kauften 41 % der Personen im Alter von 25 bis 44 Jahren Filme und Musik im Internet, im Gegensatz zu durchschnittlich nur 33 %.

Anfang 2015 mindestens einen PC besaßen, standen bereits in 92 % der Zweipersonenhaushalte Computer. Fünfpersonenhaushalte konnten nahezu eine Vollausstattung mit Computern verzeichnen. ▶ Tab 9

Gegenläufig verhielten sich jedoch der Ausstattungsgrad mit PC und das Alter der Haupteinkommensperson im Haushalt. Als Haupteinkommensperson gilt grundsätzlich die Person ab 18 Jahren mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen. Während der Ausstattungsgrad mit PC in Haushalten mit Haupteinkommenspersonen in den Altersklassen von 18 bis 64 Jahren zwischen 90 % und Vollausstattung lag, betrug er in Haushalten mit Haupteinkommenspersonen im

Alter von 65 bis 69 Jahren 85 %. Haushalte mit Haupteinkommenspersonen von 80 Jahren und älter wiesen einen Ausstattungsgrad von knapp 43 % auf. ▶ Tab 10

Die Ausstattung mit Internetanschlüssen entwickelte sich auch sehr dynamisch. Anfang 2015 hatten 88 % der Haushalte Anschluss an das Internet während es zehn Jahre zuvor 55 % waren.

Das Mobiltelefon (Handy/Smartphone) gehört heute bereits ganz selbstverständlich zum Leben: In 94 % aller privaten Haushalte konnte Anfang 2015 mobil telefoniert werden. Zehn Jahre zuvor war das erst in 76 % der Haushalte der Fall. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone stieg

in diesem Zeitraum von 44,9 Millionen im Jahr 2005 auf 63,7 Millionen Anfang 2015. Im Jahr 2005 verfügten 96 % der privaten Haushalte über ein Festnetztelefon; Anfang 2015 waren es nur noch 92 %.

Die Entwicklung des Ausstattungsbestandes zeigt deutlich den technologischen Wandel in der Telekommunikation. Anfang 2005 kamen auf durchschnittlich 115 Festnetztelefone je 100 Haushalte nur 127 Handys. Dieses Verhältnis hat sich Anfang 2015 stark zugunsten der »Mobilen« gewandelt: Auf durchschnittlich 124 Festnetztelefone in 100 Haushalten kamen 174 Mobiltelefone. Rein rechnerisch waren das 1,9 Handys in jedem Handybesitzer-Haushalt. ▶ Tab 11

▶ Tab 9 Ausstattungsgang privater Haushalte mit PC und Internetanschluss nach der Haushaltsgröße 2015 – in Prozent

	Haushalte insgesamt	Davon mit ... Person(en)				
		1	2	3	4	5 und mehr
Personalcomputer (PC)	88,3	79,4	91,6	98,5	99,4	98,9
↳ PC stationär	51,3	36,3	58,2	66,6	68,6	66,8
↳ PC mobil (Laptop/Notebook, Netbook, Tablet)	73,5	61,3	74,7	92,0	92,9	95,9
Internetanschluss	88,2	79,6	91,3	98,3	99,2	99,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ Tab 10 Ausstattung privater Haushalte mit PC nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2015

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Ausstattungsgrad in Prozent	88,3	(100)	97,9	98,1	94,9	90,1	85,3	70,4	42,8
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	196,3	(192,2)	230,1	240,2	247,8	193,9	152,5	110,4	67,6

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ Tab 11 Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon

	Festnetztelefon			Mobiltelefon		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West ¹	Neue Länder und Berlin ²	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West ¹	Neue Länder und Berlin ²
Ausstattungsgrad in %						
2005	95,9	95,8	96,3	76,4	76,7	75,3
2015	91,5	91,9	90,0	93,5	93,6	93,2
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte						
2005	114,7	116,7	106,3	126,5	126,9	125,1
2015	123,6	127,7	108,7	173,9	176,6	164,0

¹ 2005: Früheres Bundesgebiet.
² 2005: Neue Länder und Berlin-Ost.
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

Auch das Alter der Haupteinkommensperson spielt eine Rolle beim Besitz von Festnetztelefonen oder Mobiltelefonen. Mit steigendem Alter der Haupteinkommenspersonen in den Haushalten war auch der Ausstattungsgrad dieser Haushalte mit Festnetztelefonen höher, während der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen mit zunehmendem Alter stetig abnahm. Haushalte mit Haupteinkommenspersonen in den Altersklassen von 18 bis 54 Jahren waren Anfang 2015 fast vollständig mit Mobiltelefonen ausgestattet. Immerhin 93 % der Haushalte von 55- bis 64-Jährigen besaßen ein solches Gerät und von den Haushalten der 80-Jährigen und Älteren waren es 74 %. ▶ [Tab 12](#)

Ob und wie viele Mobiltelefone beziehungsweise Festnetztelefone in den Haushalten vorhanden sind, wird auch deutlich vom Haushaltstyp beeinflusst, das heißt ob eine oder mehrere Personen und ob Kinder in den Haushalten leben. Alle Haushaltstypen – mit Ausnahme der alleinlebenden Männer – zeigten Anfang 2015 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von 86 % und mehr. Die

Verfügbarkeit von Mobiltelefonen unterschied sich bei den einzelnen Haushaltstypen erheblich. Haushalte mit Kind(ern) erreichten hier die höchsten Ausstattungsgrade: Paare mit Kind(ern) und Alleinerziehende waren mit 99 % beziehungsweise rund 100 % nahezu vollausgestattet. Auch 96 % der Haushalte von Paaren ohne Kind besaßen ein Mobiltelefon und waren damit überdurchschnittlich ausgestattet. Bei den Alleinlebenden dagegen waren Mobiltelefone unterdurchschnittlich verbreitet. Rund 89 % der alleinlebenden Männer verfügten Anfang 2015 über ein Mobiltelefon; bei den alleinlebenden Frauen waren es knapp 88 %. ▶ [Tab 13](#)

Haushalte mit Kind(ern) besaßen generell mehr als ein Mobiltelefon. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) kamen Anfang 2015 durchschnittlich 266 Geräte auf 100 Haushalte. Bei den Alleinerziehenden war der Ausstattungsbestand mit durchschnittlich 194 Mobiltelefonen je 100 Haushalte ebenfalls sehr hoch.

Über ein Navigationsgerät verfügten Anfang 2015 knapp 50 % der privaten Haushalte in Deutschland. Obwohl Navi-

gationsgeräte als Aktionsangebote auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden und damit günstig zu haben sind, ist für den Besitz eines solchen Gerätes dennoch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationsgeräten steigt mit zunehmendem Einkommen. Während Anfang 2015 der Anteil der Haushalte mit Navigationsgeräten in den unteren Einkommensklassen bei 20 % (unter 1 300 Euro netto) beziehungsweise 37 % (1 300 bis unter 1 700 Euro netto) lag, waren 54 % der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1 700 Euro bis unter 2 600 Euro im Besitz eines Navigationssystems. Rund 77 % beziehungsweise 78 % der Haushalte der Nettoeinkommensklassen von 3 600 bis unter 5 000 Euro sowie 5 000 bis unter 18 000 Euro ließen sich von einem eigenen Navigationssystem leiten. ▶ [Abb 8](#)

Fahrzeuge

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen liefern auch Informationen über die Ausstattung der Privathaushalte in Deutschland mit Fahrrädern und Personenkraft-

▶ [Tab 12](#) Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2015 – in Prozent

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Festnetztelefon	91,5	(70,0)	82,4	90,6	92,3	91,4	94,6	96,1	97,3
Mobiltelefon	93,5	(100)	99,9	98,0	98,1	93,0	88,7	85,7	74,1

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

▶ [Tab 13](#) Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Haushaltstyp 2015

	Haushalte insgesamt	Paare		Alleinerziehende	Alleinlebende	
		mit Kind(ern)	ohne Kind		Frauen	Männer
Ausstattungsgrad in %						
Festnetztelefon	91,5	94,2	97,1	86,2	88,1	80,4
Mobiltelefon	93,5	99,3	95,7	99,7	87,6	89,2
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte						
Festnetztelefon	123,6	135,0	142,6	95,2	98,4	96,8
Mobiltelefon	173,9	265,5	181,5	193,6	97,3	108,9

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

wagen (Pkw) und damit über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Zu Beginn des Jahres 2015 standen 68,2 Millionen Fahrräder in privaten Haushalten. Der Ausstattungsgrad liegt seit dem Jahr 2009 konstant bei rund 81 %. Elektrofahrräder, kurz E-Bikes, sind im Kommen: Privathaushalte besaßen insgesamt knapp 2 Millionen E-Bikes. In 5,4 % der Haushalte stand ein solches »elektrisches« Fahrrad.

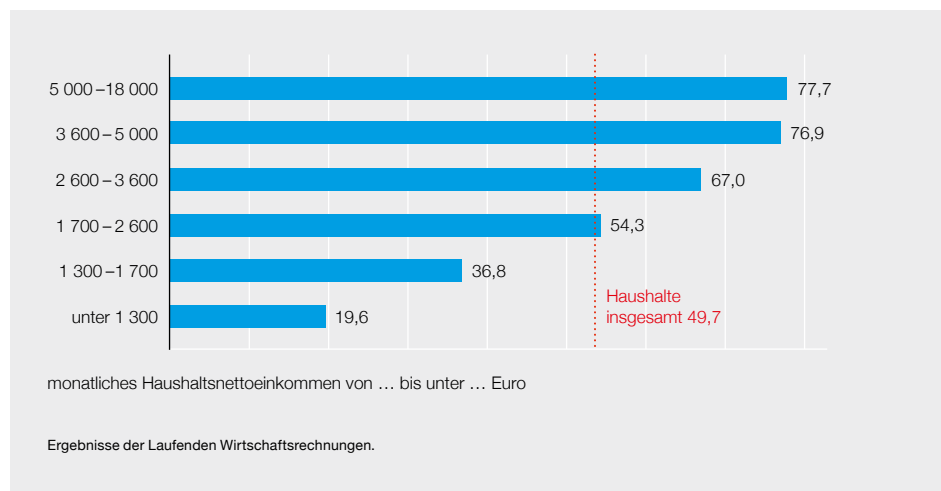
Haushalte, in denen Kinder leben, sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet. Sowohl die Alleinerziehenden als auch die Paare mit Kind(ern) waren zu 93 % beziehungsweise 94 % mit Fahrrädern ausgestattet. Paare ohne Kind lagen mit 83 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 81 %. Von den Einpersonenhaushalten verfügten 71 % über mindestens ein Fahrrad (Männer: 73 %, Frauen: 69 %).

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Von den 29,7 Millionen Haushalten mit Fahrrädern verfügte ein Drittel über genau ein Fahrrad. Ein weiteres Drittel besaß zwei Fahrräder und ebenfalls ein Drittel drei und mehr Fahrräder. Rein rechnerisch besaß somit ein Fahrradhaushalt 2,3 Fahrräder. ▶ [Abb 9](#)

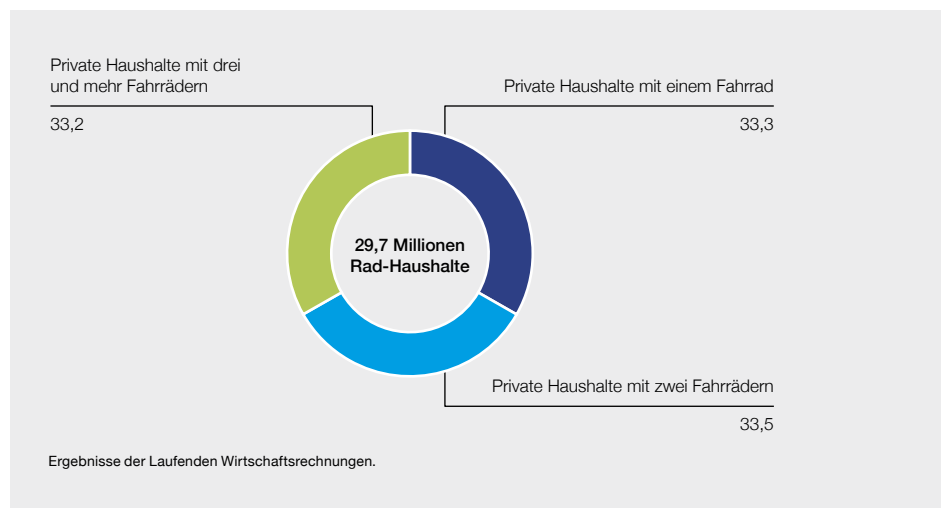
Auch das Alter der Haupteinkommenspersonen der Haushalte spielt eine Rolle für den Ausstattungsgrad mit Fahrrädern. Haushalte mit 35- bis 44-jährigen Haupteinkommenspersonen hatten einen Ausstattungsgrad von 89 %. Haushalte mit jüngeren oder älteren Haupteinkommenspersonen wiesen jeweils niedrigere Ausstattungsgrade auf. Aber selbst in den Haushalten mit 70- bis 79-jährigen Haupteinkommenspersonen betrug der Anteil der Haushalte mit mindestens einem Fahrrad noch 72 %. Auch in den Haushalten von 80-jährigen und Älteren ist der Besitz eines Fahrrads durchaus keine Seltenheit: Rund 47 % besaßen mindestens ein Fahrrad – wobei die Ausstattung nichts über die tatsächliche Nutzung verrät.

Mindestens ein Auto stand Anfang 2015 in 77 % der privaten Haushalte in Deutschland. In den neuen Ländern und Berlin lag der Anteil bei 72 %, im frühe-

▶ **Abb 8** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationsgeräten nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2015 – in Prozent



▶ **Abb 9** Ausstattung privater Haushalte mit einem oder mehreren Fahrrädern 2015 – in Prozent



ren Bundesgebiet ohne Berlin-West verfügten 79 % der Haushalte über ein Auto.

Neu oder gebraucht? Rund 48 % der Privathaushalte besaßen einen oder sogar mehrere Gebrauchtwagen, in 34 % der Haushalte stand ein Neuwagen, das heißt ein Auto, das zurzeit des Kaufs fabrikneu war. Der Anteil der Haushalte mit geleasteten Pkw lag bei 3 %. ▶ [Tab 14](#)

Die Entscheidung zwischen »neu« oder »gebraucht« beim Kauf eines Pkw ist

unter anderem abhängig von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens. Mit steigendem Nettoeinkommen kaufen die Haushalte eher Neuwagen. Bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro lag der Ausstattungsgrad mit Neuwagen mit 52 % weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte (34 %). Im Gegensatz dazu lag der Neuwagenanteil in Haushalten der beiden untersten Ein-

► Tab 14 Ausstattung privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2015

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Ausstattungsgrad in %			
Personenkraftwagen	77,4	78,9	71,8
↳ fabrikneu gekauft	34,4	34,9	32,3
↳ gebraucht gekauft	48,3	49,4	44,2
↳ geleast ¹	3,4	3,6	(2,5)
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	104,6	108,0	91,9
↳ fabrikneu gekauft	39,2	40,2	35,6
↳ gebraucht gekauft	61,6	63,7	53,6
↳ geleast ¹	3,8	4,0	(2,7)

¹ Einschließlich Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen. Keine Ratenkäufe.

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

► Tab 15 Ausstattung privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2015

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Ausstattungsgrad in Prozent	77,4	(44,5)	71,5	81,6	83,6	77,6	79,1	76,0	53,6
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	104,6	(51,2)	92,8	114,2	125,8	108,6	94,7	85,3	56,3

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

kommensgruppen (unter 1 300 Euro sowie 1 300 bis unter 1 700 Euro) bei 14 % beziehungsweise bei 29 %.

Eine Betrachtung der Anzahl der Pkw in den privaten Haushalten zeigt die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher: In 100 Haushalten der untersten Nettoeinkommensklasse waren 46 Pkw zu finden, die Haushalte der höchsten Einkommensklasse besaßen mit 195 Pkw je 100 Haushalte rund viermal so viele Autos.

Bei der Ausstattung mit Pkw spielt auch das Alter der Haupteinkommensperson eine Rolle. Haushalte mit 45- bis 54-jährigen Haupteinkommenspersonen wiesen mit einem Ausstattungsgrad von 84 % die höchste Ausstattung auf. In Haushalten der anderen Altersgruppen waren Autos rarer. Haushalte mit 18- bis 24-jährigen Haupteinkommenspersonen besaßen mit 45 % am seltensten einen Pkw. ► Tab 15

Bei Haushalten von Paaren mit Kind(ern) lag 2015 der Ausstattungsgrad mit Pkw (94 %) sehr viel höher als bei Haushalten von Alleinerziehenden (69 %) und Alleinlebenden (59 %). Rund 91 % der Haushalte von Paaren ohne Kind besaßen ein Auto.

6.1.6 Überschuldung und Privatinsolvenz

Bei Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatinsolvenz bleibt. Die Insolvenzordnung eröffnet Privatpersonen seit 1999 die Möglichkeit, nach einer sogenannten Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Insolvenzgerichte liefern Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen – nicht Haushalten – die das Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Darüber hinaus

stellt die Überschuldungsstatistik Informationen zu den sozioökonomischen Strukturen überschuldeter Personen bereit und gibt einen Überblick über die Auslöser der finanziellen Notlage sowie über die Art und Anzahl der Hauptgläubiger. Die Daten hierzu beruhen auf den Angaben der Schuldnerberatungsstellen.

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten bis Ende 2014 rund 1,1 Millionen Privatpersonen, die als Verbraucher in eine Notlage geraten sind, ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Weitere rund 544 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, wurden durch das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zahlungsunfähig. Auch sie haben die Möglichkeit, ihre Schulden gerichtlich regulieren zu lassen. Mit Ausnahme von 2008 hat die Gesamtzahl der Privatinsol-

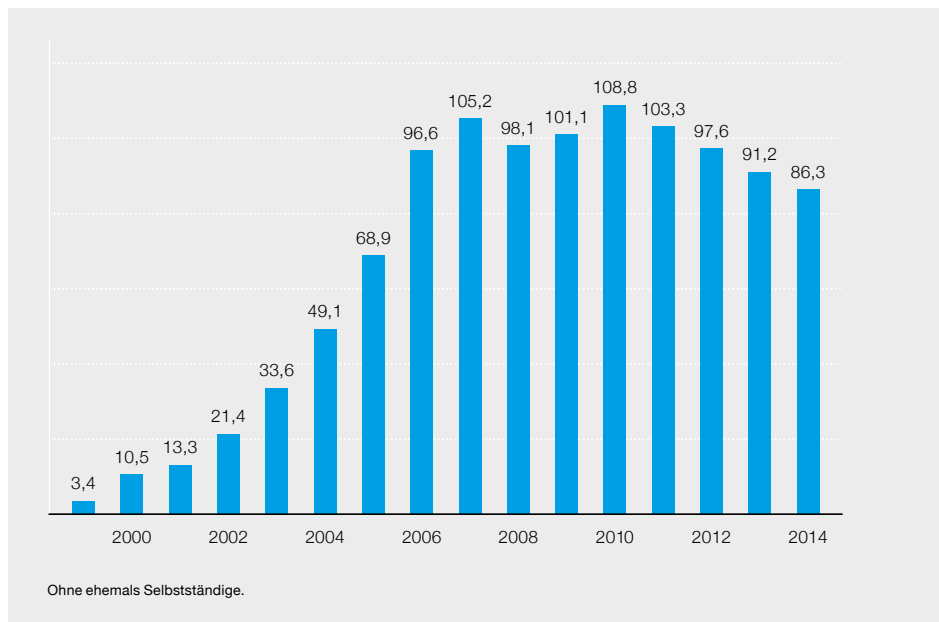
venzen bis 2010 von Jahr zu Jahr zugenommen; seit 2011 ist sie jedes Jahr gesunken. Im Jahr 2014 gab es rund 86 000 Verbraucherinsolvenzen. Dabei muss der Auslöser für die Überschuldung nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. ▶ Abb 10

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatinsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um Aussagen zu den sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen treffen zu können sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, werden seit dem Jahr 2006 zusätzlich Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung kann über die Insolvenzstatistik hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schulden-situation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt ab auf eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen. Darüber hinaus gehört auch die Erörterung von Präventionsmaßnahmen zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 395 der rund 1 400 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie der Kommunen stehen, wurden für das Jahr 2014 die Daten von etwa 103 000 Personen übermittelt. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, teilweise ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sollen ausgeräumt werden.

Menschen, die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Sta-

▶ Abb 10 Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen 1999 bis 2014 – in Tausend



Überschuldete im Durchschnitt mit dem 34-fachen ihres Monatseinkommens im Minus

Die durchschnittlichen Schulden einer überschuldeten Person, die im Jahr 2014 die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hat, betragen 34 504 Euro. Das war knapp das 34-fache des durchschnittlichen monatlichen Einkommens dieses Personenkreises (1 020 Euro). Ein durchschnittlicher Schuldner bräuchte demnach 34 Monate, um seine Verbindlichkeiten komplett zurückzuzahlen, wenn

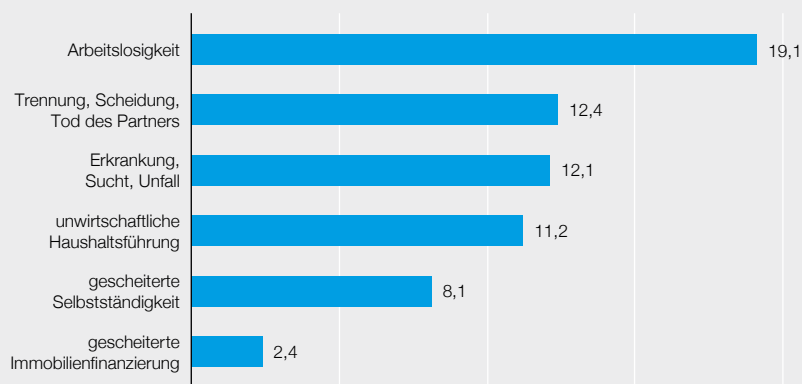
er all seine regelmäßigen Einkünfte für den Schuldendienst einsetzen könnte (Überschuldungsintensität).

Dabei müssten überschuldete Männer in diesem hypothetischen Modell 39 Monatseinkommen für die Rückzahlung aufwenden. Bei überschuldeten Frauen wäre diese Zeit mit 28 Monaten kürzer, aber auch noch deutlich über zwei Jahre.

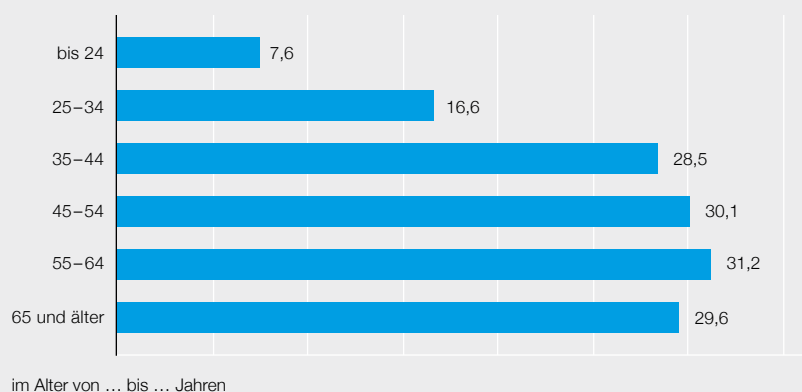
tus. Nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Bei einem Viertel (25 %) waren kritische Lebensereignisse wie eine Scheidung, der Tod

des Partners, eine Krankheit oder ein Unfall Auslöser der Misere. Arbeitslosigkeit wurde für 19 % der beratenen Personen als Hauptgrund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung oder gescheiterter Immobilienfinanzierung waren bei etwa 14 % der beratenen Perso-

► **Abb 11** Beratene Personen nach dem Hauptauslöser der Überschuldung, ausgewählte Ergebnisse 2014 – in Prozent



► **Abb 12** Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen 2014 – je Schuldner in Tausend Euro



im Alter von ... bis ... Jahren

Ohne ehemals Selbstständige und Personen mit Hypothekarkrediten.

nen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei rund 8 % der beratenen Personen lag der Hauptgrund für die Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit. ► [Abb 11](#)

Rund ein Drittel (33 %) aller 2014 beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt beliefen sich die Schulden aller einbezogenen Personen auf gut 34 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung

und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten.

Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich etwa 24 000 Euro errechnen. Wird an dieser Stelle statt des Durchschnitts der Median berechnet, ergibt sich ein Wert von gut 9 000 Euro. Der Median ist rechnerisch die Zahl, die genau in der Mitte liegt,

wenn man die Werte der Größe nach sortiert. Für die Überschuldung bedeutet das, dass die Schulden von 50 % der Schuldner über 9 000 Euro liegen. Bei den anderen 50 % dieser Schuldner jedoch liegen die Zahlungsrückstände darunter. Zum Vergleich: Für alle überschuldeten Personen insgesamt beträgt der Median der Schuldenhöhe etwa 13 000 Euro.

Auch bei Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekenverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei Inkassobüros (15 %) sowie öffentlichen Gläubigern, wie beispielsweise Finanzämtern (6 %).

Betrachtet man alle Überschuldeten, so stehen Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genommene Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, bei ihren Banken im Durchschnitt mit rund 23 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei anderen Privatpersonen, so belaufen sich diese auf durchschnittlich etwa 12 000 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen ergibt sich ein durchschnittlicher Rückstand von knapp 8 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden angeht. Aus den Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die 20 bis 24-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (durchschnittlich knapp 6 000 Euro), weisen allerdings mit durchschnittlich etwa 2 000 Euro mit die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen auf. Die höchsten durchschnittlichen Schulden bei Versandhändlern haben Personen von 65 bis 69 Jahren mit über 3 000 Euro. Die höchsten durchschnittlichen Mietrückstände weisen die 55- bis 64-Jährigen mit fast 5 000 Euro auf. Schulden aus Unterhaltsverpflichtungen haben vor allem Männer: alleinlebende Männer sind dabei durchschnittlich mit gut 8 000 Euro verschuldet. ► [Abb 12](#)

6.2 Armutsgefährdung und materielle Entbehrung

Kristina Kott, Birgit Kuchler

Destatis

Die Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eines der Kernziele der Wachstumsstrategie »Europa 2020«, die der Rat der Europäischen Union (EU) im Jahr 2010 für den Zeitraum bis 2020 beschlossen hat. Die Sozialindikatoren zur Messung der Armutsgefährdung, der materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung haben dabei eine herausgehobene Bedeutung. Die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung (European Union Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC) ist die zentrale amtliche Datenquelle für die europäische Sozialberichterstattung. Auf der Grundlage dieser Erhebung ermittelt das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) jährlich Kennzahlen zur aktuellen Einkommens- und Lebenssituation der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten.

Die Bezeichnung der deutschen EU-SILC-Erhebung lautet LEBEN IN EUROPA. In dem vorliegenden Kapitel werden die wichtigsten Sozialindikatoren zur Messung der Armutsgefährdung, der materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung auf Basis der EU-SILC-Erhebung 2014 vorgestellt. ▶ [Info 1](#)

6.2.1 Einkommensverteilung

Grundlage für die Ermittlung des Einkommens einer Person ist die möglichst umfassende Messung des verfügbaren jährlichen Nettoeinkommens des Haushalts, in dem die Person lebt. Berichtszeitraum für die Einkommensmessung in EU-SILC ist das gesamte vorangegangene Kalenderjahr. Neben den regelmäßigen monatlichen Einkünften werden auch

jene Einkünfte mit berücksichtigt, die unregelmäßig oder nur einmal im Jahr (zum Beispiel das Weihnachtsgeld) gezahlt werden. Das Haushaltseinkommen setzt sich aus den Einkünften aller Haushaltsmitglieder zusammen, die im Laufe eines Kalenderjahres gezahlt wurden und somit Einfluss auf die allgemeine finanzielle Situation des Haushalts haben. ▶ [Info 2](#)

Zudem wird angenommen, dass

- alle Haushaltsmitglieder ihre Einkünfte zur Verfügung stellen,
- alle Haushaltsmitglieder das gleiche Wohlfahrtsniveau erreichen,
- Mehrpersonenhaushalte gegenüber Einpersonenhaushalten Einspareffekte aufgrund des gemeinsamen Wirtschaftens haben.

Anschließend wird das Haushaltsnettoeinkommen in ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen umgewandelt. ▶ [Info 3](#)

Wie hoch sind die durchschnittlichen Einkommen und die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen?

Im Jahr 2014 betrug das Medianeinkommen in Deutschland 19 733 Euro. Danach hatte die eine Hälfte der Bevölkerung mindestens 19 733 Euro zur Verfügung, die andere Hälfte weniger. Der Mittelwert lag dagegen mit 22 537 Euro etwas höher.

Wird nur der obere und der untere Rand der Einkommensverteilung betrachtet, so verfügten die ärmsten 10 % der Bevölkerung nur über knapp die Hälfte des Medianeinkommens (Verhältnis des 1. Dezils zum 5. Dezil). Die reichsten 10 % der Bevölkerung hatten dagegen fast das

▶ [Info 1](#)

LEBEN IN EUROPA

In Deutschland wird die amtliche Erhebung EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA seit 2005 jährlich durchgeführt und liefert eine Vielzahl von Sozialindikatoren für Deutschland. Die Befragung erfolgt schriftlich in vier aufeinanderfolgenden Jahren und besteht aus einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. An LEBEN IN EUROPA nehmen jedes Jahr zwischen 13 000 und 14 000 Privathaushalte teil, wobei jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe ersetzt wird (Rotationspanel).

Doppelte des Medianeinkommens zur Verfügung (Verhältnis des 5. Dezils zum 9. Dezil). ► [Info 4, Tab 1](#)

Einen Überblick über die Einkommensspreizung in der Bevölkerung geben die relativen Einkommenspositionen. Hierbei wird das Nettoäquivalenzeinkommen einer Person ins Verhältnis zum Medianeinkommen gesetzt und als relativer Anteil vom Medianeinkommen ausgewiesen. Danach standen im Jahr 2014 knapp 11 % der Bevölkerung die Hälfte oder weniger des Medianeinkommens zur Verfügung. Weitere 18 % der Bevölkerung verfügten über ein Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 50 % und 75 % des Medianeinkommens. Etwa 13 % der Bevölkerung verfügten über ein Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 151 % und 200 % des Medianeinkommens. Knapp 8 % standen mehr als 200 % und damit mehr als das Doppelte des Medianeinkommens zur Verfügung.

Auf europäischer Ebene werden als Maß für die Einkommensungleichheit die S80/S20 Rate und der Gini-Koeffizient herangezogen. Danach stand den reichsten 20 % der Bevölkerung im Jahr 2014 in der Summe rund fünfmal so viel Einkommen zur Verfügung wie den ärmsten 20 % der Bevölkerung. Der Gini-Koeffizient wies für Deutschland im Jahr 2014 einen Wert von 0,31 auf. ► [Info 5](#)

6.2.2 Armutsgefährdung

Die Messung der Armutsgefährdung in der europäischen Sozialberichterstattung orientiert sich an einer relativen Definition von Armut und folgt damit einem Ratsbeschluss der Europäischen Union von 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. Danach gelten Personen als »verarmt«, »wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist«. Ausgehend von dieser Sichtweise gilt in EU-SILC eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens beträgt.

► Info 2

Haushaltsnettoeinkommen

Grundlage für Einkommens- und Armutsanalysen bei LEBEN IN EUROPA ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen aus dem Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr), das sich ergibt aus dem Bruttoeinkommen eines Haushalts nach Abzug von:

- Steuern,
- Sozialversicherungsbeiträgen,
- regelmäßigen Vermögensteuern und
- regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Zahlungen.

Das Bruttoeinkommen eines Haushalts besteht aus haushalts- und personenbezogenen Komponenten. Zum haushaltsbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,
- Familienleistungen (Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen,
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung,
- regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten (zum Beispiel Unterhaltszahlungen),
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen,
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Hinweis: Schätzwerte für unterstellte Mieten bei selbst genutztem Wohneigentum (sogenannte Eigentümermietwerte) werden hier, anders als in anderen amtlichen Statistiken (zum Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe), nicht zum verfügbaren Haushaltseinkommen hinzugerechnet. Zum personenbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (zum Beispiel Firmenwagen),
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren),
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung,
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen,
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen,
- ausbildungsbezogene Leistungen.

► Info 3

Nettoäquivalenzeinkommen

Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die Menschen leben, um das Wohlstandsniveau von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Es ist eine fiktive Rechengröße, die aus der Haushaltszusammensetzung und dem Haushaltsnettoeinkommen abgeleitet wird. Bei diesem Verfahren wird dem ersten erwachsenen Haushaltsmitglied ein Bedarfsgewicht von 1,0 und jedem weiteren Haushaltsmitglied ab 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 sowie Haushaltsmitgliedern unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet (nach modifizierter OECD-Skala). Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die Summe der Bedarfsgewichte (Gesamtbedarfsgewicht) geteilt und der sich daraus ergebende Betrag jedem Haushaltsmitglied als sein persönliches Nettoäquivalenzeinkommen beziehungsweise Pro-Kopf-Einkommen zugewiesen. Durch diese Äquivalenzgewichtung ist die Einkommenssituation einer Person aus einem Einpersonenhaushalt nun direkt vergleichbar mit der Einkommenssituation einer Person aus einem Mehrpersonenhaushalt. Zugleich kann die Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung betrachtet werden.

Ein Beispiel: Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren erhalten ein Gesamtbedarfsgewicht von 2,1 (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3). Beläuft sich das verfügbare Nettoeinkommen eines solchen Haushalts auf 2 000 Euro monatlich, so ergibt sich als Nettoäquivalenzeinkommen 952,38 Euro monatlich (= 2000 Euro geteilt durch 2,1), das jedem Haushaltsmitglied zugewiesen wird. Es wird also nicht die Zahl der Köpfe zugrunde gelegt, sondern das Gesamtbedarfsgewicht, das (mit Ausnahme von Einpersonenhaushalten) immer niedriger ist als die tatsächliche Anzahl der Personen im Haushalt, da in größeren Haushalten wirtschaftliche Einspareffekte auftreten (zum Beispiel durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten). Der Vier-Personen-Beispielhaushalt mit zwei erwachsenen Personen und zwei Kindern unter 14 Jahren benötigt bei der Berechnung also deshalb nicht das Vierfache, sondern nur das 2,1-Fache des Einkommens eines Einpersonenhaushalts, um das gleiche Wohlstandsniveau wie der Einpersonenhaushalt zu erreichen.

► Info 4

Medianeinkommen, Mittelwert und Dezile

Das durchschnittliche Einkommen in der Bevölkerung wird in der Regel durch das Medianeinkommen oder durch den Mittelwert dargestellt. Bei der Ermittlung des Medianeinkommens werden die Einkommen der Personen der Höhe nach angeordnet. Das Medianeinkommen präsentiert hierbei den Einkommensbetrag, der die Bevölkerung in zwei Hälften teilt: Die untere Hälfte der Bevölkerung hat weniger als das Medianeinkommen zur Verfügung; die obere Hälfte hat mehr als das Medianeinkommen zur Verfügung.

Bei der Ermittlung des Mittelwerts (arithmetischer Mittelwert, Durchschnitt) wird die Summe der Einkommen von allen Personen gebildet. Diese Summe wird anschließend durch die Anzahl der Personen geteilt. Das Ergebnis ist ein Einkommensbetrag, der den Mittelwert über alle Einkommen präsentiert.

Aussagen über die damit verbundene Einkommensspreizung in der Bevölkerung werden möglich, wenn die Bevölkerung – nach der Höhe der Einkommen – in gleich große Gruppen unterteilt wird. Wird die Bevölkerung zum Beispiel in zehn gleiche große Gruppen (Dezile) unterteilt, können die ärmsten 10% der Bevölkerung mit den reichsten 10% der Bevölkerung verglichen werden. Das Maximum des 5. Dezils präsentiert hierbei den Wert, der auch als Medianeinkommen bekannt ist, weil das 1. bis 5. Dezil die untere Hälfte der Bevölkerung abbildet und das 6. bis 10. Dezil die obere Hälfte der Bevölkerung.

► Tab 1 Einkommensverteilung

	2014
Medianeinkommen in Euro	19 733
Dezilverhältnisse	
1:5-Dezilverhältnis	0,49
9:5-Dezilverhältnis	1,87
1:9-Dezilverhältnis	0,27
Relative Einkommensposition – in % der Bevölkerung	
von ... bis ... % des Medianeinkommens	
unter 50	10,7
50–75	17,7
76–100	22,0
101–125	16,6
126–150	12,4
151–200	12,8
mehr als 200	7,8
S80/S20 Rate	5,1
Gini-Koeffizient	0,31

► Info 5

S80/S20 Verhältnis und Gini-Koeffizient

Um den relativen Einkommensabstand zwischen dem oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung (das sogenannte S80/S20-Verhältnis) zu beschreiben, wird das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach geordnet und in Quintile (fünf gleich große Teile) geteilt. Das unterste Quintil repräsentiert dabei das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen, das oberste Quintil das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis. Dieser Wert beschreibt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist. Allerdings ist diese Darstellung empfindlich gegenüber Ausreißern, weil hier nicht die Quintilsgrenzen, sondern die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil mit der Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil verglichen wird. Die Angaben einer einzelnen Person können die jeweilige Summe und damit das Ergebnis stark beeinflussen.

Ein anderes, häufig benutztes Verteilungsmaß ist der Gini-Koeffizient, ein statistisches Konzentrationsmaß. Auf Einkommensdaten angewendet zeigt der Gini-Koeffizient an, wie gleich oder ungleich Einkommen über eine Personengruppe verteilt sind. Bei der Berechnung wird die Ungleichheit in der Einkommensverteilung auf Basis aller individuellen Nettoäquivalenzeinkommen einer Personengruppe ermittelt. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen Null (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Konzentration) annehmen. Je näher der Wert an 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

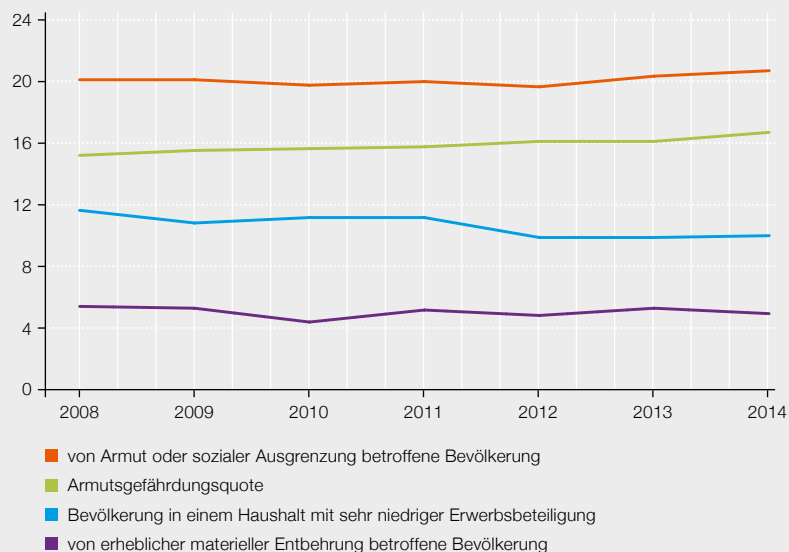
Bei einem Medianeinkommen von 19 733 Euro im Jahr 2014 lag der Schwellenwert für die Armutsgefährdung bei 11 840 Euro (60% vom Medianeinkommen). Umgerechnet auf das monatliche Einkommen bedeutet dies, dass in Deutschland im Jahr 2014 eine Person als armutsgefährdet galt, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 987 Euro im Monat betrug.

Dies traf im Jahr 2014 in Deutschland für 16,7% der Bevölkerung zu. Seit dem Jahr 2008 (15,2%) ist der Anteil der von relativer Armut bedrohten Bevölkerung stetig angestiegen. ► Abb 1

Die Armutsgefährdungsquote von Frauen lag 2014 mit 17,4% etwas höher als die von Männern (15,9%). Frauen waren in fast allen Altersgruppen von einer höheren Armutsgefährdung betroffen als Männer. Das höchste Armutsgefährdungsrisiko im Hinblick auf die Merkmale Alter und Geschlecht wiesen Frauen in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen auf. Hier waren 24,0% der Frauen armutsgefährdet. Bei den Männern dieser Altersgruppe war die Armutsgefährdungsquote um knapp 7 Prozentpunkte niedriger (17,4%), aber ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus haben sowohl Frauen als auch Männer gegen Ende ihres Erwerbslebens ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko. So waren 19,4% der Frauen und 21,6% der Männer in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen armutsgefährdet. In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren beziehungsweise in der Phase des Ruhestands sinkt das Armutsgefährdungsrisiko bei Frauen und Männern – allerdings in unterschiedlichem Maße. Während die Armutsgefährdungsquote bei den Frauen in dieser Altersgruppe mit 18,4% überdurchschnittlich blieb, hatten Männer in diesem Alter mit 14,0% ein deutlich unterdurchschnittliches Risiko. ► Tab 2

Bezogen auf verschiedene Haushaltstypen zeigt sich, dass im Jahr 2014 mit 29,4% fast jede dritte Person in Haushalten von Alleinerziehenden armutsgefährdet war. Noch etwas höher war das Armutsgefährdungsrisiko bei Alleinleben-

► **Abb 1** Ausgewählte Indikatoren zur Messung von Armut und materieller Entbehrung – in Prozent



den (32,9%). Leben zwei Erwachsene – allein oder mit Kind(ern) – in einem Haushalt ist das Armutsgefährdungsrisiko dagegen deutlich geringer. So waren 11,6% der Personen aus Haushalten armutsgefährdet, in denen nur zwei Erwachsene unter 65 Jahren lebten und nur 11,3% der Personen aus Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern). Von allen Haushaltstypen haben Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden und Alleinlebende ein deutlich überdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko, während dieses Risiko bei den anderen Haushaltstypen unterdurchschnittlich niedrig ist.

Der Erwerbsstatus von Personen wird in der EU-SILC-Erhebung im Rahmen einer Selbsteinschätzung erfragt, in der die Personen angeben, welcher Erwerbsstatus beziehungsweise welche Lebenssituation derzeit auf sie zutrifft. Die Analyse nach dem Merkmal »Erwerbsstatus« von Personen über 18 Jahren zeigt, dass bei den erwerbstätigen Personen nur 9,9% in Haus-

halten lebten, in denen die Personen als armutsgefährdet galten. Bei den arbeitslosen Personen waren es dagegen 67,4%. Und bei den Personen im Ruhestand lebten 16,7% in Haushalten, in denen die Personen als armutsgefährdet galten.

Da bei dieser Betrachtung der Erwerbsstatus der anderen erwachsenen und somit potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Haushalt unberücksichtigt bleibt, ist es sinnvoll, zusätzlich die Arbeitsmarktteilnahme beziehungsweise Erwerbsintensität (work intensity) des gesamten Haushalts einzubeziehen. ► [Info 6](#)

Danach hatten Personen aus Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität (weniger als 20%) ein Armutsgefährdungsrisiko von 65,0%. War die Arbeitsmarktteilnahme des Haushalts insgesamt höher aber noch unter 45% (geringe Erwerbsbeteiligung), so war das Armutsgefährdungsrisiko der Personen nur noch halb so hoch (31,6%). Wie erwartet, wiesen Personen aus Haushalten mit einer Erwerbsintensität von mindestens 85% das

geringste Armutsgefährdungsrisiko auf (6,9%). Je höher also die Arbeitsmarktteilnahme der potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder und damit des Haushalts insgesamt ist, desto geringer ist folglich auch das Armutsgefährdungsrisiko der Personen in diesen Haushalten.

Neben dem Erwerbsstatus werden die Personen auch zu ihrem erreichten Bildungsabschluss befragt. Mit Blick auf das Armutsgefährdungsrisiko waren 10,5% der Personen mit einem hohen Bildungsstand und 16,0% der Personen mit einem mittleren Bildungsstand armutsgefährdet. Bei Personen mit einem niedrigen Bildungsstand waren 29,1% armutsgefährdet.

6.2.3 Materielle Entbehrung

Messung der materiellen Entbehrung

Während für die Definition von Armutsgefährdung die finanziellen Ressourcen bei der Beschreibung der Lebenslage ausschlaggebend sind, geht es bei der Messung der materiellen Entbehrung vor allem um eine Bewertung der eigenen Situation in den verschiedenen Lebensbereichen. Dieser in der europäischen Sozialberichterstattung verwendete Ansatz geht auf den relativen Deprivationsansatz von Peter Townsend zurück, der davon ausgeht, dass es in einer Gesellschaft – trotz der Pluralität von Lebensstilen und den unterschiedlichen Bedürfnissen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur – so etwas wie einen messbaren allgemeinen Lebensstil oder allgemeinen Lebensstandard gibt. Je weniger eine Person an diesem allgemeinen Lebensstandard teilhaben kann, umso höher ist das Ausmaß ihrer materiellen Entbehrung oder Deprivation. Ähnlich wie bei der Messung der Armutsgefährdung wird dabei ein Schwellenwert zugrunde gelegt, ab dem von materieller Entbehrung beziehungsweise einem unfreiwilligen Ausschluss vom aktuellen allgemeinen Lebensstandard ausgegangen wird. Dafür muss der aktuelle allgemeine Lebensstandard bekannt sein und es muss bei der Messung der materiellen Entbehrung sichergestellt sein, dass zwischen einem

► Tab 2 Schwellenwert für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquote

	2014
Schwellenwert für Armutsgefährdung (Euro/Jahr)	11 840
Armutsgefährdungsquote in %	
Insgesamt	16,7
Geschlecht und Altersgruppen	
Männer	15,9
Frauen	17,4
unter 18 Jahren	15,1
↳ Männer	14,5
↳ Frauen	15,9
18 bis 24 Jahre	20,6
↳ Männer	17,4
↳ Frauen	24,0
25 bis 54 Jahre	15,6
↳ Männer	15,5
↳ Frauen	15,7
55 bis 64 Jahre	20,4
↳ Männer	21,6
↳ Frauen	19,4
65 Jahre oder älter	16,3
↳ Männer	14,0
↳ Frauen	18,4
Haushaltstypen	
Alleinlebende	32,9
↳ Männer	33,5
↳ Frauen	32,3
Personen in Haushalten von ...	
... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	11,6
... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	11,4
... Alleinerziehenden	29,4
... zwei Erwachsenen mit Kind(ern)	11,3
Überwiegender Erwerbsstatus¹	
Erwerbstätig	9,9
Arbeitslos	67,4
Im Ruhestand	16,7
Sonstige Nichterwerbstätige	28,7
Erwerbsintensität im Haushalt	
Personen ² in Haushalten mit ...	
... sehr geringer Erwerbsintensität (weniger als 20%)	65,0
... geringer Erwerbsintensität (20–44%)	31,6
... mittlerer Erwerbsintensität (45–54%)	14,5
... hoher Erwerbsintensität (55–84%)	9,6
... sehr hoher Erwerbsintensität (85–100%)	6,9
Bildungsstatus³	
ISCED 0 bis 2 – niedrig	29,1
ISCED 3 bis 4 – mittel	16,0
ISCED 5 bis 6 – hoch	10,5

1 Personen ab 18 Jahren. Selbsteinschätzung.

2 Personen unter 60 Jahren.

3 Personen ab 18 Jahren. Bildungsstatus nach der internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 1997).

► Info 6

Erwerbsintensität (work intensity)

Die Erwerbsintensität ist ein Haushaltsmerkmal, bei dem jedes Haushaltsmitglied zwischen 18 und 59 Jahren als potenziell erwerbsfähig betrachtet wird. Die Ergebnisse sollen sich nur auf Haushalte beziehen, in denen Personen wohnen, die sich noch in der Erwerbsphase befinden. Reine Rentnerhaushalte sind bei dieser Analyse ausgeschlossen beziehungsweise werden hier nicht berücksichtigt. Ein Haushalt erzielt 100% bei der Erwerbsintensität, wenn alle erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder auch vollzeiterwerbstätig sind. Ist dagegen keines der potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Haushalt erwerbstätig, beträgt die Erwerbsintensität in diesem Haushalt 0%. Auf diese Weise wird einem Zweipersonenhaushalt mit zwei vollzeiterwerbstätigen Personen eine Erwerbsintensität von 100% zugewiesen, während ein Zweipersonenhaushalt mit einer vollzeiterwerbstätigen Person und einer nicht erwerbstätigen aber erwerbsfähigen Person eine Erwerbsintensität von insgesamt 50% erhält. Arbeitet in einem Zweipersonenhaushalt die einzige erwerbstätige Person nur die Hälfte der Arbeitszeit, so sinkt die Erwerbsintensität für diesen Haushalt auf 25%.

freiwilligen Verzicht (zum Beispiel Autoverzicht) und einem unfreiwilligen Verzicht unterschieden wird. Andernfalls besteht die Gefahr, dass hier eher verschiedene Lebensstile an Stelle von materieller Entbehrung abgebildet werden. Ferner muss zwischen Ressourcen unterschieden werden, über die ein Haushalt autonom verfügen kann beziehungsweise die er kaufen kann, und Ressourcen, bei denen dies nicht der Fall ist (zum Beispiel die Infrastruktur in seiner Wohnumgebung: Gesundheitsversorgung am Ort, Zugang zum öffentlichen Nahverkehr).

Aus Sicht einer kontinuierlichen europäischen Sozialberichterstattung ergeben sich weitere Anforderungen an die Messung der materiellen Entbehrung: Die Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der EU sollen vergleichbar sein, aber auch die unterschiedlichen Lebensbedingungen sowie die Entwicklungen in den jeweiligen Gesellschaften berücksichtigen. Aus diesen Gründen erfolgt die Messung der materiellen Entbehrung auf der Grundlage von neun sogenannten Deprivationskrite-

rien. Ein Kriterium bezieht sich auf Zahlungsrückstände bezüglich Wohnkosten und Krediten. Vier Kriterien beziehen sich auf die Einschätzung des Haushalts bezüglich dessen, was er sich aus seiner Sicht »leisten kann«, und vier Kriterien beziehen sich direkt auf die Ausstattung des Haushalts mit den Konsumgütern Auto, Waschmaschine, Farbfernseher und Telefon. Verneint der Haushalt das Vorhandensein eines Konsumgutes, wird er gefragt, ob finanzielle oder sonstige Gründe dafür ausschlaggebend sind. Auf diese Weise kann zwischen einem freiwilligen und einem unfreiwilligen Verzicht unterschieden werden. Bei der Messung der materiellen Entbehrung wird nur der unfreiwillige Verzicht berücksichtigt. Die europäische Sozialberichterstattung unterscheidet zwischen materieller Entbehrung und erheblicher materieller Entbehrung. ▶ [Info 7](#)

Ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsmessung wird das ermittelte Ergebnis allen Haushaltsmitgliedern in einem Haushalt zugeordnet und bei der Ergebnisdarstellung als Ergebnis für die Gesamtbevölkerung ausgewiesen.

Materielle Entbehrung nach Einzelkriterien

Im Jahr 2014 gaben knapp 6 % der Bevölkerung Zahlungsrückstände in den letzten zwölf Monaten bei Hypotheken, Konsumentenkrediten, Miete oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben (zum Beispiel Stromrechnung, Gasrechnung) an. Etwa 5 % der Bevölkerung konnten die Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen heizen. Knapp 33 % und damit jeder Dritte in der Bevölkerung konnte unerwartet anfallende Ausgaben in einer bestimmten Höhe (2014: 980 Euro) nicht aus eigenen Finanzmitteln bestreiten. Für knapp 8 % der Bevölkerung war es aus finanziellen Gründen nicht möglich, jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine hochwertige vegetarische Mahlzeit zu essen. Jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen, war für 21 % der Bevölkerung finanzbedingt nicht möglich. Bei der Frage

nach der Ausstattung mit einem Auto sollten nur Autos berücksichtigt werden, die keine Dienst- oder Firmenwagen sind. Danach verzichteten knapp 7 % der Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf ein pri-

vates Auto im Haushalt. Sehr gering war dagegen der Anteil in der Bevölkerung, der aus Geldgründen auf eine Waschmaschine (0,5 %), einen Farbfernseher (0,3 %) oder auf ein Telefon (0,3 %) verzichtete. ▶ [Tab 3](#)

▶ Info 7

Materielle Entbehrung

Die materielle Entbehrung umfasst einerseits verschiedene Formen wirtschaftlicher Belastung wie zum Beispiel Hypotheken- oder Mietschulden, Zahlungsrückstände oder Probleme, die Rechnungen von Versorgungsbetrieben zu begleichen. Andererseits umfasst sie einen aus finanziellen Gründen erzwungenen Mangel an Gebrauchsgütern, wobei der Mangel durch die unfreiwillige Unfähigkeit – im Unterschied zur Wahlfreiheit – bedingt ist, für gewisse Ausgaben aufkommen zu können. Materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens drei der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

1. Zahlungsrückstände (in den letzten zwölf Monaten) bei Hypotheken, Miete, Konsumentenkrediten oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben (zum Beispiel Stromrechnung, Gasrechnung);
2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können;
3. Finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können;
4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können;
5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen;
6. Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen;
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen;
8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen;
9. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

In der europäischen Sozialberichterstattung wird zwischen materieller Entbehrung und erheblicher materieller Entbehrung unterschieden. Materielle Entbehrung liegt vor, wenn für einen Haushalt mindestens drei der neun aufgeführten Kriterien zutreffen. Erhebliche materielle Entbehrung wird dagegen bei Haushalten angenommen, bei denen mindestens vier der neun Kriterien zutreffen.

▶ **Tab 3** Materielle Entbehrung nach einzelnen Kriterien – in Prozent der Bevölkerung

	2014
Zahlungsrückstände bei Hypotheken, Konsumentenkrediten, Miete, Rechnungen von Versorgungsbetrieben	5,6
Der Haushalt kann es sich finanziell nicht leisten ...	
... die Wohnung angemessen warm zu halten	4,9
... unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 980 Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten	32,6
... jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) einzunehmen	7,5
... jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen	21,0
Fehlen eines Pkw im Haushalt aus finanziellen Gründen	6,8
Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen	0,5
Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen	0,3
Fehlen eines Telefons aus finanziellen Gründen	0,3

Selbsteinschätzung der Haushalte.

Diese Ergebnisse zeigen einerseits, dass für eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die erfragten Kriterien zum allgemeinen Lebensstandard gehören. Andererseits wird auch deutlich, dass die Bestreitung von unerwartet anfallenden Ausgaben (33%) und die finanziellen Möglichkeiten für eine jährliche Fahrt in den Urlaub (21%) für einen relativ hohen Anteil in der Bevölkerung nicht selbstverständlich sind.

Materielle Entbehrung und erhebliche materielle Entbehrung

Werden alle neun Kriterien für die Messung der materiellen Entbehrung betrachtet, so ergibt sich für das Jahr 2014

folgendes Bild: Für knapp 62% der Bevölkerung traf keines der neun Kriterien zu. Diese Personen hatten weder Zahlungsrückstände bei den Wohnkosten und Kreditzahlungen noch mussten sie sich in einem der hier betrachteten Aspekte des allgemeinen Lebensstandards aus finanziellen Gründen einschränken. Bei rund 16% der Bevölkerung traf genau ein Kriterium zu; bei weiteren 11% trafen bereits zwei Kriterien zu. ▶ Abb 2

Wie bereits erwähnt, liegt materielle Entbehrung vor, wenn mindestens drei der neun Einzelkriterien zutreffen. 11,3% der Bevölkerung waren danach von materieller Entbehrung betroffen. Erhebliche materielle Entbehrung (vier von neun Kriterien) kam bei 5,0% der Bevölkerung vor. Der Anteil der von erheblicher materieller Entbehrung betroffenen Bevölkerung schwankt im Zeitverlauf. Im Jahr 2008 lag er bei 5,5%, wies aber durchaus in den Jahren 2010 und 2012 mit 4,5% und 4,9% Werte von unter 5% auf (Abbildung 1).

Der enge Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen eines Haushalts und der Teilhabe am allgemeinen Lebensstandard wird deutlich, wenn die

Einkommenssituation der Personen und das Vorhandensein von erheblicher materieller Entbehrung zusammen betrachtet werden. Hierfür wurde das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach angeordnet und die Bevölkerung schließlich in fünf gleich große Teile (Quintile) unterteilt. Danach waren im Jahr 2014 bei den einkommensärmsten 20% der Bevölkerung (erstes Quintil) knapp 17% von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. In der nächst höheren Einkommensschicht (zweites Quintil) traf dies für 6% zu. In den Einkommensschichten des dritten, vierten und fünften Quintils kam erhebliche materielle Entbehrung kaum vor. ▶ Abb 3

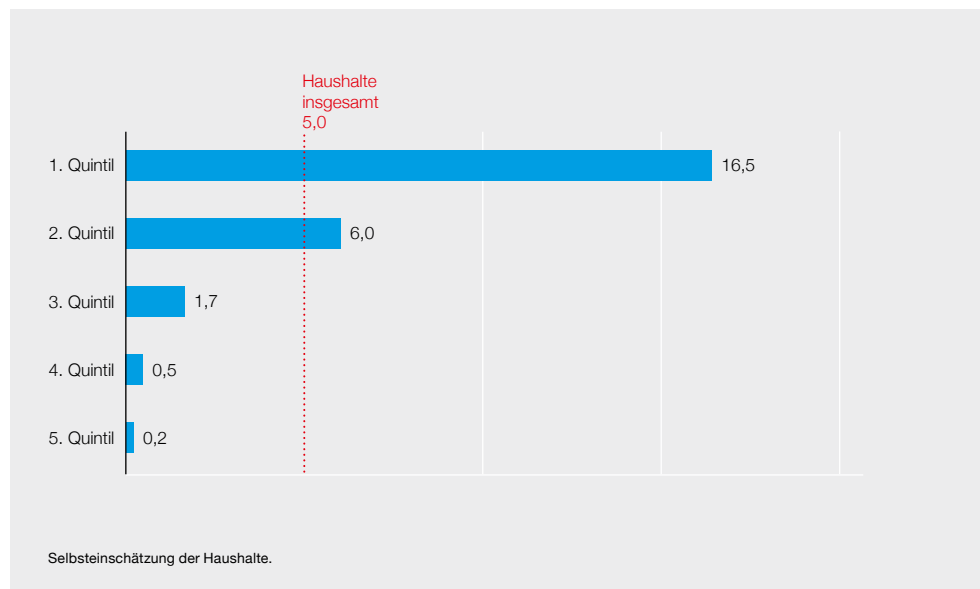
6.2.4 Armut oder soziale Ausgrenzung: Der AROPE-Indikator

Auf der Basis der bisher vorgestellten beiden Sozialindikatoren zur Armutsgefährdung und erheblichen materiellen Entbehrung wurde ein weiterer Sozialindikator gebildet, der heute als die zentrale statistische Kennziffer für die Messung von Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung gilt: der AROPE-Indikator

▶ Abb 2 Materielle Entbehrung nach der Anzahl der Kriterien 2014 – in Prozent der Bevölkerung



▶ Abb 3 Erhebliche materielle Entbehrung nach Einkommensquintilen 2014 – in Prozent



(At risk of poverty or social exclusion). Bei dem AROPE-Indikator handelt es sich um einen zusammengesetzten Indikator, in dem neben Aspekten wie Armutsgefährdung, materielle Entbehrung zusätzlich die gemessene Erwerbsintensität des Haushalts berücksichtigt wird. Wie bereits dargestellt, weisen Personen aus Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität auch ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko auf. Insofern wird hier angenommen, dass Haushalte mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder – ob freiwillig oder unfreiwillig (zum Beispiel aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Krankheit) – sich in einer eher prekären Lebenslage befinden und damit eher von sozialer Ausgrenzung bedroht sind als Haushalte mit einer hohen Erwerbsbeteiligung. Rentnerhaushalte, für die eine Erwerbsbeteiligung in der Regel nicht mehr relevant ist, bleiben hier unberücksichtigt. Im Jahr 2014 lebten 10 % der Bevölkerung in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsintensität. Dieser Anteil ist trotz leichter Schwankungen seit 2008 (12 %; siehe Abbildung 1) stetig leicht zurückgegangen. ▶ Tab 4

Beim AROPE-Indikator werden alle Personen gezählt, für die mindestens eine der drei folgenden Bedingungen zutrifft:

- Das Einkommen der Person liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze.
- Die Person lebt in einem Haushalt, für den erhebliche materielle Entbehrung zutrifft.
- Die Person lebt in einem Haushalt mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung (unter 20 %) der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder.

Trifft mindestens einer dieser drei Aspekte (Armutsgefährdung, erhebliche materielle Entbehrung oder sehr geringe Erwerbsbeteiligung des Haushalts) auf eine Person zu, so gilt diese Person als »armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht«. Auf der Grundlage des AROPE-Indikators war im Jahr 2014 in Deutschland jeder Fünfte (21 %) »armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht«. Bei den einkommensärmsten

▶ Tab 4 AROPE-Indikator und seine Teilaspekte – in Prozent der Bevölkerung

	2014
Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE-Indikator)	20,6
↳ Anteil der Personen mit Armutsgefährdung	16,7
↳ Anteil der Personen mit erheblicher materieller Entbehrung	5,0
↳ Anteil der Personen aus Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität	10,0

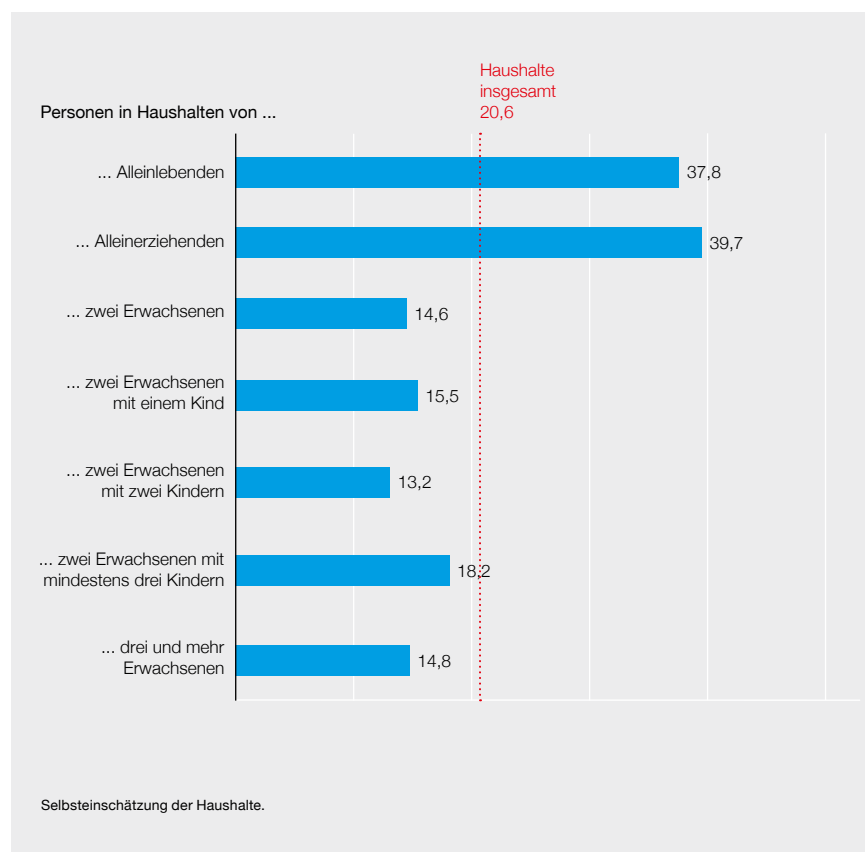
Selbsteinschätzung der Haushalte.

▶ Tab 5 Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung (AROPE-Indikator) nach Einkommensquintilen – in Prozent

	2014
Personen des ...	
... 1. Quintils	85,7
... 2. Quintils	10,4
... 3. Quintils	4,1
... 4. Quintils	2,0
... 5. Quintils	0,9

Selbsteinschätzung der Haushalte.

▶ Abb 4 Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung nach dem Haushaltstyp 2014 – in Prozent



20 % (erstes Quintil) der Bevölkerung traf dies für die deutliche Mehrheit zu: Hier waren knapp 86 % der Personen armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Im zweiten Quintil – also der nächst höheren Einkommensschicht – gab es dagegen nur noch 10 % der Personen, die armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht waren. In den höheren Einkommensschichten war der Anteil wesentlich geringer und verdeutlicht damit den engen Zusammenhang zwischen Einkommenslage, Erwerbssituation und materieller Entbehrung. ▶ [Tab 5](#)

Im Zeitverlauf ist der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung leichten Schwankun-

gen unterworfen. Während er im Jahr 2008 bei 20,1 % lag, wies er 2010 und 2012 mit 19,7 % und 19,6 % die bislang niedrigsten Werte auf (siehe Abbildung 1).

Die Analyse nach Haushaltstypen ergibt ähnliche Ergebnisse wie bei der ausschließlichen Betrachtung der Armutgefährdung. Mit knapp 38 % war 2014 mehr als ein Drittel der Alleinlebenden armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Mit knapp 40 % war der Anteil bei Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden am höchsten. Bei Personen aus anderen Haushaltskonstellationen war der Anteil der von Armutgefährdung oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen dagegen unterdurchschnittlich hoch. ▶ [Abb 4](#)

6.3 Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik*

*Überarbeitung der Version, die 2013 unter Mitarbeit von Roland Habich erstellt wurde.

Jan Goebel, Peter Krause
DIW Berlin

WZB/SOEP

Die Einkommen der privaten Haushalte bilden die zentralen Ressourcen der Bürger für die Sicherung des individuellen Lebensstandards und wirken sich nicht zuletzt auch auf die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität aus. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft gibt somit darüber Auskunft, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen oder von einem Ausschluss gefährdet sind. In einer langjährigen Betrachtung sind zwar Zugewinne in allen Einkommensgruppen zu verzeichnen, der Abstand zwischen Armen und Reichen in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat sich in Deutschland jedoch erhöht.

In diesem Kapitel werden mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die langjährigen Einkommensentwicklungen in Deutschland insbesondere nach der Vereinigung für den Zeitraum 1992 bis 2014 beschrieben.¹ Neben der mittleren Einkommensentwicklung wird dabei auch die Angleichung der Ein-

kommensverhältnisse zwischen Ost und West dokumentiert. Die Einkommensungleichheit und die Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut geben darüber hinaus Auskunft über die relative Schichtung der Einkommen sowie über die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland, die hier ebenfalls im zeitlichen Verlauf dargestellt werden, gibt Hinweise auf die Chancen von Einkommensaufstiegen und Risiken von Einkommensverlusten und beschreibt so auch die Durchlässigkeit und Offenheit der Einkommenschichtung. ► [Info 1](#)

6.3.1 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (Median) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP in Deutschland nominal von monatlich 901 Euro im Jahr 1992 auf 1 500 Euro im Jahr 2014 gestiegen, real (zu Preisen von 2014) haben sich die Monatseinkommen

► Info 1

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers. Zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und so weiter) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.

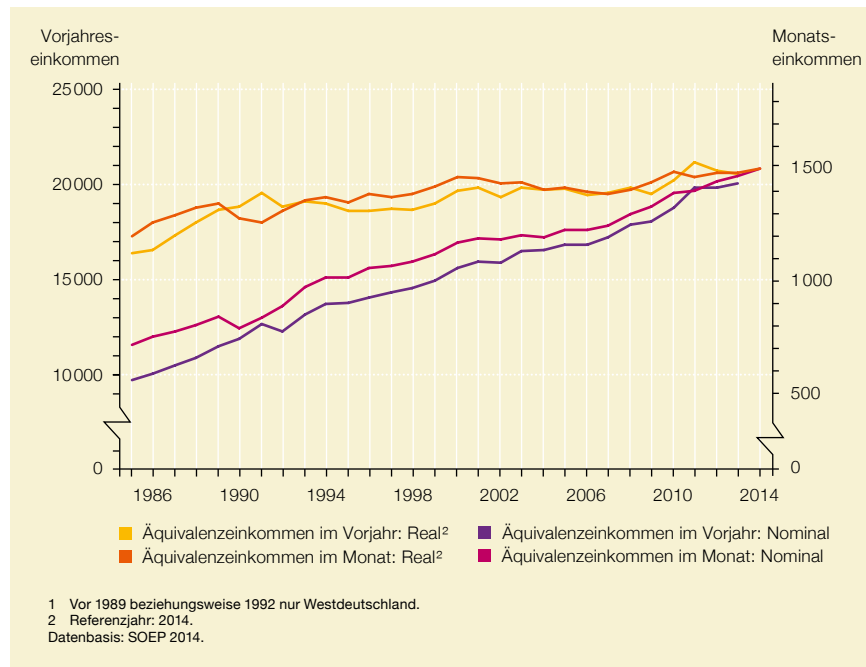
Die erhobenen Monatseinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen ab. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb Daten zu beiden Konzepten präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in sogenannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

im selben Zeitraum von 1 315 auf 1 500 Euro erhöht. Die entsprechenden Jahreseinkommen lagen nominal im Jahr 2013 bei circa 20 000 Euro und real zu Preisen von 2014 bei 20 500 Euro.²

Während die Nominaleinkommen durchgehend stiegen, zeigten sich bei den Realeinkommen seit Beginn der 1990er-Jahre längere Phasen mit einem eher geringen Einkommenswachstum bei deutlichen konjunkturellen Schwankungen. Nach dem Vereinigungsboom und den zunächst hohen Einkommenszuwächsen in Ostdeutschland haben sich die Einkommen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wenig erhöht. Zur Jahrtausendwende erfolgte erneut ein Einkommensanstieg, gefolgt von einer längeren Phase wirtschaftlicher Rezession mit zum Teil sogar rückläufigen Einkommensentwicklungen. Bis 2010 stiegen die Einkommen wieder und verharren seitdem auf höherem Niveau als im Jahrzehnt zuvor. ▶ Abb 1

▶ Abb 1 Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland¹ 1985–2014 (Median) – in Euro



▶ Tab 1 Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland 1992–2014

	1992	1995	2000	2005	2010	2014
Mittelwert des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2014, in Euro)						
im Monat	1 453	1 542	1 613	1 590	1 673	1 718
im Vorjahr	20 848	20 655	22 146	22 183	23 018	23 754*
Änderungsrate (in %) ¹						
im Monat	.	6,2	4,6	-1,4	5,2	2,7
im Vorjahr	.	-0,9	7,2	0,2	3,8	3,2*
Median des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2014, in Euro)						
im Monat	1 315	1 353	1 463	1 417	1 483	1 500
im Vorjahr	18 807	18 591	19 641	19 710	20 187	20 505*
Änderungsrate (in %) ¹						
im Monat	.	2,9	8,1	-3,1	4,6	1,1
im Vorjahr	.	-1,1	5,7	0,4	2,4	1,6*
Einkommensanteile (Äquivalenzeinkommen im Monat)						
der ärmsten 20 %	10,1	9,9	10,3	9,6	9,3	9,1
der reichsten 20 %	34,5	35,5	34,5	36,1	36,5	36,9
Einkommensungleichheit						
Gini (Äquivalenzeinkommen im Monat)	0,243	0,255	0,241	0,262	0,271	0,278
Gini (Äquivalenzeinkommen im Vorjahr)	0,249	0,263	0,249	0,273	0,285	0,289*
Preisindizes ²						
Westdeutschland	70,0	75,6	80,4	86,8	93,8	100
Ostdeutschland	64,2	75,0	80,4	86,8	93,8	100

¹ Prozentuale Steigerung gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt.

² Die Preisindizes beziehen sich bei Jahresangaben jeweils auf das Einkommensjahr (Vorjahr).

* Daten von 2013.

. Zahlenwert unbekannt.

Datenbasis: SOEP 2014; Destatis 2015; eigene Berechnungen.

Die Betrachtung von Mittelwerten sagt allerdings noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Allgemeine Indikatoren zur Beschreibung der Einkommensungleichheit sind die Anteile am Gesamteinkommen nach Einkommensschichten sowie der Gini-Koeffizient. Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) bis zum Jahr 2000 über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügten. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils stetig zurück und lag im Jahre 2014 nur noch bei circa 9 %. Die reichsten 20 %

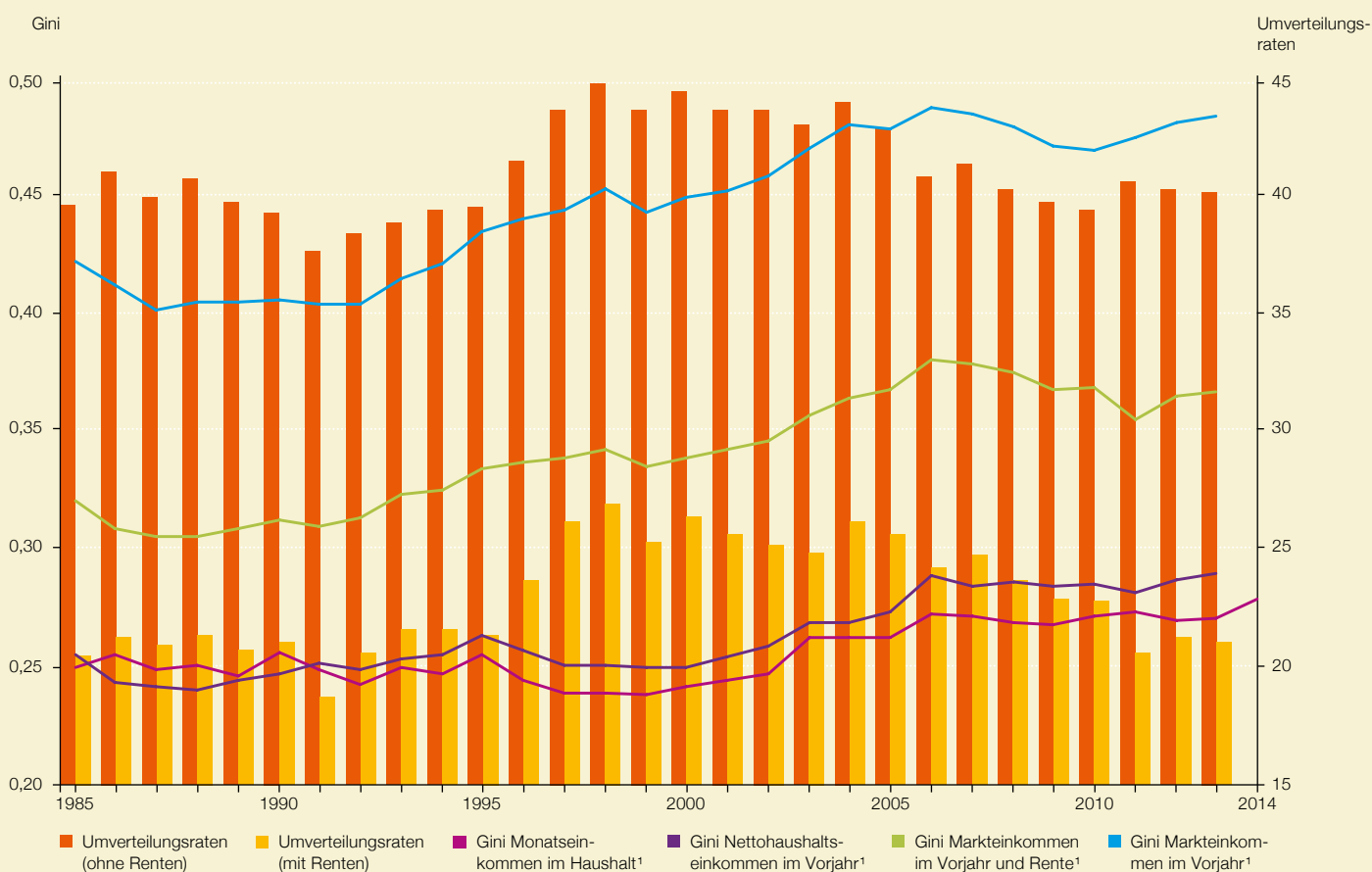
(das oberste Quintil) hatten demgegenüber bis 2000 etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, seit Beginn der 2000er-Jahre stieg bis 2014 der Anteil allmählich auf fast 37 % an. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit erhöht, oder um ein viel zitiertes Bild zu nutzen: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet.

Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß (siehe Kapitel 6.2, Seite 171, Info 5), hervor: Dieser hat sich bezogen auf die monatlich verfügbaren Einkommen von 0,24 im Jahr 1992 auf 0,28 im

Jahr 2014 erhöht. Die jahresbezogenen Einkommen der privaten Haushalte waren im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen: Die Ungleichheit der verfügbaren Vorjahreseinkommen stieg von 0,25 im Jahr 1992 auf 0,29 im Jahr 2013. Seit dem Millenniumswechsel ist die gesamtdeutsche Ungleichheit³ der Einkommen weiter angewachsen. Inzwischen liegt das Ausmaß der Einkommensungleichheit deutlich höher als in den beiden Dekaden zuvor. ▶ Tab 1

Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto)

► Abb 2 Entwicklung der Einkommensungleichheit (Gini) bei Haushaltsnetto- und Markteinkommen 1985–2014 — in Prozent



¹ Bei Monatseinkommen von 1985 bis 1989 nur Westdeutschland; bei Vorjahreseinkommen von 1985 bis 1991 nur Westdeutschland. Datenbasis: SOEP 2014.

berechnen, die sich vor Eingriff des Staates ergeben, also ohne direkte Steuern und Sozialtransfers. Hieran wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen (mit und ohne Renten) noch erheblich stärker gestiegen ist: Der Gini-Koeffizient der in den privaten Haushalten erzielten Markteinkommen hat sich seit der Vereinigung bis 2006 stetig erhöht, war seitdem etwas rückläufig, verharrte bis 2013 aber weiterhin auf hohem Niveau. Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit erzielten Markteinkommen hat zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte geführt. ▶ Abb 2

Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markt- und Nettoeinkommen wird von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt, von sozio-demografischen Veränderungen sowie von Maßnahmen im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung

bestimmt. Die relative Differenz der beiden Ungleichheits-Koeffizienten (Ungleichheit des Brutto- und Nettohaushaltseinkommens) illustriert, inwieweit sozialstaatliche Eingriffe in Form von direkten Steuern und Transfers die Ungleichheit reduzieren. Im Zuge der Vereinigung stieg der Einfluss der sozialstaatlichen Umverteilung in den 1990er-Jahren stark an. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit verringerte sich in der letzten Dekade wieder etwas, sie lag nach Einschluss der Rentenleistungen zuletzt in etwa auf dem Niveau der 1980er- und frühen 1990er-Jahre.

6.3.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher. Bei der Schichtung der Bevölkerung nach Einkommen werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zum jeweiligen

Mittelwert betrachtet. Die unterste Einkommensschicht mit weniger als der Hälfte der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (unter 50 % des arithmetischen Mittels) lebt im Niedrigeinkommensbereich, die höchste Einkommensklasse ab dem Doppelten der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (ab 200 %) kennzeichnet den Bevölkerungsanteil mit ausgeprägtem materiellem Wohlstand. Anhand der relativen Einkommensschichtung lassen sich die bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trends differenzierter abbilden. Die Bevölkerungsanteile am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung erhöhten sich in der letzten Dekade. Entsprechend gingen die Anteile in den dazwischenliegenden mittleren Einkommensschichten insgesamt zurück. Der Rückgang der mittleren Einkommensgruppen erfolgte aber nicht linear für alle Teilgruppen gleichermaßen, vielmehr zeigen sich hierbei Schwankungen im zeitlichen Verlauf sowohl bei den

▶ Tab 2 Einkommensschichtung und Einkommensarmut 1992–2014 – in Prozent

	1992	1995	2000	2005	2010	2014
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)						
Bevölkerungsanteile nach Einkommensschichten (Durchschnittswert = 100 %)						
> 200 %	3,7	3,6	3,2	4,3	4,2	4,4
> 150–200 %	9,1	7,3	8,4	7,3	8,4	9,1
> 125–150 %	9,7	9,6	11,0	9,6	10,4	9,4
> 100–125 %	19,2	18,7	15,7	18,1	16,0	15,8
> 75–100 %	26,4	27,5	31,1	26,0	25,8	24,4
> 50–75 %	24,5	24,1	22,6	24,7	24,1	24,5
≤ 50 %	7,4	9,2	8,1	10,0	11,2	12,4
Armutsschwelle: 60 % des Medians						
FGT (0) (Armutsquote)	10,3	10,8	10,9	12,6	13,9	13,9
FGT (1) (Armutslücke)	2,3	2,3	2,2	2,7	2,9	3,0
FGT (2) (Armutsintensität ¹)	0,794	0,730	0,714	0,966	0,987	1,005
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)						
Armutsschwelle: 60 % des Medians						
FGT (0) (Armutsquote)	11,2	13,3	10,4	13,9	15,0	13,9*
FGT (1) (Armutslücke)	2,5	3,3	2,4	3,2	3,6	3,3*
FGT (2) (Armutsintensität ¹)	0,960	1,404	0,888	1,248	1,355	1,237*

¹ Werte dieses Indikators liegen zwischen 0 (keine Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation) und 100 (maximale Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation).

* Daten von 2013.

Datenbasis: SOEP 2014.

über- wie auch unterdurchschnittlichen Einkommenslagen.

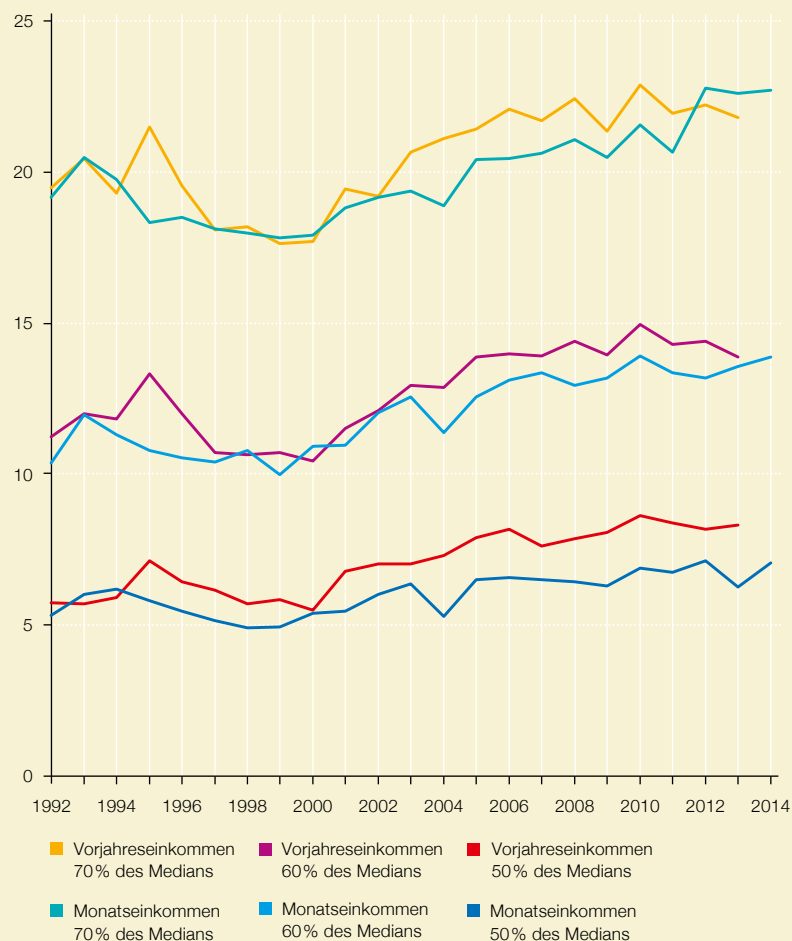
Der hier verwendete Armutsbegriff beruht wie auch die Berechnungen im vorherigen Kapitel 6.2 auf dem sogenannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Haushaltsnetto-Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevöl-

kerung beträgt.⁴ Früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Kennziffern zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem sogenannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) sind in der Einkommensschichtung mit ausgewiesenen (Tab 2 oberer Teil). Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen Rand der Verteilung und liefern somit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2014. Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des sogenannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote FGT(0), die den Umfang der Armutpopulation in Prozent ausweist (Incidence), werden dabei auch die Armutsintensität (Intensity) und die Armutsungleichheit (Inequality) berücksichtigt. Die Kennziffer FGT(1) entspricht der Armutslücke, das heißt dem relativen Einkommensbetrag (in Prozent des Schwellenwertes), der erforderlich wäre, um die Armutsgrenze zu überwinden. Die weitere Armutsintensität FGT(2) berücksichtigt zudem die Ungleichheit innerhalb der Armutpopulation und hebt so diejenigen innerhalb der Armutpopulation mit besonders niedrigen Einkommen stärker hervor. ▶ Tab 2

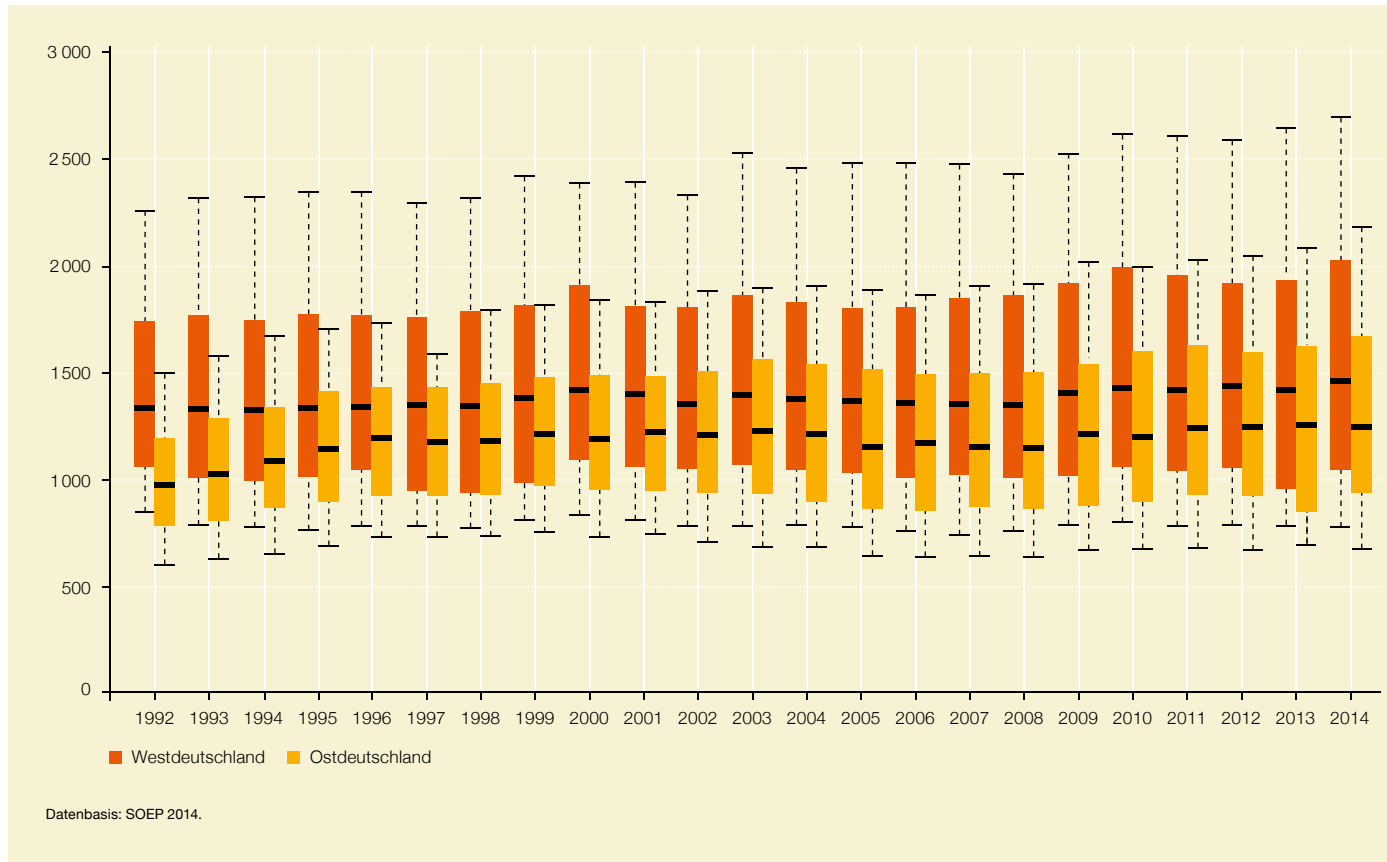
Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen lebten 13,9 % der gesamtdeutschen Bevölkerung im Jahr 2014 in Einkommensarmut. Damit blieb die Armutsrisikoquote im Vergleich zum Vorjahr stabil. Die Armutslücke FGT(1) betrug 3 % gemessen am Monateinkommen und 3,3 % bei Zugrundelegen des Jahreseinkommens, das heißt, im Durchschnitt wäre eine Einkommenssteigerung um 3 % beziehungsweise 3,3 % erforderlich gewesen, um die Armutsschwelle zu überwinden. Die längerfristige Entwicklung belegt eine deutliche Zunahme der Armutsrisiken in der zurückliegenden Dekade im Vergleich zu den 1990er-Jahren. Die Zunahme der Armutsrisiken erstreckte sich nicht nur auf die 60 %-Schwelle. Übereinstimmend weisen Monats- und Jahreseinkommen auch bei Verwendung einer strengeren Armutsschwelle (50 %-Schwelle) sowie bei Betrachtung des Niedrigeinkommensbereichs (70 %-Schwelle) in der letzten Dekade eine deutliche Erhöhung gegenüber den 1990er-Jahren auf. Alle Armuts-Indizes erhöhten sich in der letzten

► Abb 3 Bevölkerungsanteile in Niedrigeinkommen und Armut nach unterschiedlichen Schwellenwerten 1992–2014 — in Prozent



Datenbasis: SOEP 2014.

► Abb 4 Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens 1992–2014 – in Euro



Dekade, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut stieg zum Ende der letzten Dekade auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte an; zugleich entfernten sich die Einkommen der Armen immer weiter von der Armutsschwelle und die Intensität der Armut verstärkte sich. Nach 2010 setzte sich dieser Trend indes nicht in gleicher Weise fort: Armuts- und Ungleichheitsziffern stagnieren derzeit – allerdings auf höherem Niveau als noch in den beiden Dekaden zuvor. Dies gilt gleichermaßen für die Intensität von Einkommensarmut bei Monats- und Jahreseinkommen. ► Abb 3

6.3.3 Angleichung der Einkommen in Ost- und Westdeutschland

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind weiterhin

erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten – die Einkommen in Ostdeutschland liegen bei allen Einkommensniveaus unter den vergleichbaren Schwellen in Westdeutschland. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Trends.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwelle der verfügbaren Haushaltseinkommen dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die mittlere Linie der Blöcke in Abbildung 4 stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung un-

ter- beziehungsweise überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwelle wieder, die zusammen die mittleren 50 % der Einkommen in der Bevölkerung umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die sogenannten Dezilsschwellen, die die jeweils reichsten beziehungsweise ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst und kennzeichnen so auch das Ausmaß an Einkommensungleichheit. ► Abb 4

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in Ostdeutschland vor allem in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre bei allen Ein-

kommensgruppen schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeschlossen. Nach 2000 profitierten die unteren und mittleren Einkommen in Ostdeutschland kaum von der wirtschaftlichen Entwicklung, die Angleichung der höheren Einkommen setzte sich hingegen – wenn auch langsam – weiter fort. In den Jahren 2004 bis 2008 war somit eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten, die sich in den darauf folgenden Jahren wieder etwas verminderte.

In Westdeutschland erhöhten sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen über einen langen Zeitraum stufenweise. In Ostdeutschland waren die Einkommen von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er-Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den 2000er-Jahren stieg die Ungleichheit der ostdeutschen Einkommen vor allem infolge einer Spreizung nach unten (zwischen Median und Untergrenze des Blocks beziehungsweise zwischen Median und unterem Dezil) an und führte so zu einer Zunahme von Niedrigeinkommen und Armut. Seit 2008 lässt sich ein abermaliger Anstieg der Einkommensungleichheit – nunmehr infolge einer zunehmenden Spreizung der höheren Einkommen – beobachten. Das Ungleichheitsniveau in Ostdeutschland entsprach 2014 dem der westlichen Bundesländer in den 1980er- und 1990er-Jahren – allerdings bei niedrigerem Einkommensniveau. In den letzten Jahren nahm demnach auch in Ostdeutschland die Ungleichheit erneut zu, ohne jedoch das höhere Ungleichheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in Ostdeutschland weniger ausgeprägt ist als in den westdeutschen Bundesländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge in der geringeren Spreizung der höheren Ein-

kommen und einer gleichzeitig höheren Differenzierung der unteren Einkommen. In der letzten Dekade setzte sich die Annäherung der höheren Einkommen weiter fort, zugleich blieben aber im untersten Einkommensbereich die Abstände zwischen Ost und West auch nach der wirtschaftlichen Erholung stabil.

Weiterführende Analysen zeigen, dass bei einer regional differenzierteren Betrachtung auch innerhalb Westdeutschlands Unterschiede zutage treten (siehe Tabelle 3a); insbesondere bei den Stadtstaaten sind phasenweise erhöhte Einkommensrisiken zu beobachten. Dazu wurden die westlichen Bundesländer nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland) unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) als eigene Kategorie erfasst.⁵ Die regionale Differenzierung auf der Ebene der Bundesländer zeigt zwar Variationen in der Einkommensverteilung und im Armutsrisiko, es wird aber deutlich, dass in Ostdeutschland das Einkommensniveau und die Einkommensungleichheit niedriger und das Armutsrisiko der Bevölkerung wesentlich höher waren als in den meisten westdeutschen Regionen.

6.3.4 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Armutsrisiken in der Bevölkerung erhöht. Um die Differenzierungen und Trends auch für kleine Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen sind, in robuster Weise abzubilden, werden die Armutsquoten zu den ausdifferenzierten Personengruppen über jeweils drei Jahre gemittelt – wir betrachten dazu drei Perioden zu Beginn (2000 bis 2002), in der Mitte (2006 bis 2008) sowie am Ende der letzten 15 Jahre (2012 bis 2014). Die Armutsrisiken der erwachsenen Bevölkerung stiegen in diesen Perioden von 11 auf 13 %. Die erwachsene Bevölkerung in Ostdeutschland war dabei überproportional vom Armutsanstieg betroffen; hier stiegen die entsprechenden Armutsrisiken von 14 auf 19 %. Die

Armutsquoten in der Gesamtbevölkerung (inklusive Kinder unter 18 Jahren) liegen etwas höher bei ähnlichem zeitlichem Verlauf.

Der Anstieg der Armutsrisiken im zeitlichen Verlauf beschränkt sich nicht nur auf einzelne soziale Gruppen. Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung in den genannten Dreijahresperioden. Neben der gesamtdeutschen Darstellung wird hier in Anbetracht der erhöhten Armutsrisiken die Entwicklung in Ostdeutschland separat ausgewiesen.

Frauen waren in Gesamtdeutschland etwas stärker als Männer von Einkommensarmut betroffen. Das Armutsrisiko von Kindern im Alter bis zu 10 Jahren sowie das der Jugendlichen im Alter von 11 bis 20 Jahren stagnierte im hier betrachteten Zeitraum. In Ostdeutschland waren Kinder und Jugendliche weiterhin stärker von Armut betroffen, die Armutsrisikquoten gingen aber in beiden Gruppen nach einem Anstieg Mitte der 2000er-Jahre wieder zurück. Am höchsten waren die Armutsquoten in der letzten Untersuchungsperiode bei jungen Erwachsenen in der Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren. In Ostdeutschland lebte zuletzt nahezu jeder vierte Jugendliche und jeder dritte junge Erwachsene (21 bis 30 Jahre) in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die Altersgruppe der jungen Erwerbstätigen (31 bis 40 Jahre) war durchgehend unterdurchschnittlich von Armutsrisiken betroffen, wogegen sich die Armutsrisiken der älteren Erwerbstätigen erhöhten. In Ostdeutschland waren die niedrigsten Armutsquoten bei Personen über 70 Jahren zu finden. Die ostdeutsche Rentnergeneration profitiert dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktteilnahme mit durchgehenden Beschäftigungsverhältnissen bei Männern und Frauen aus der Zeit vor der Vereinigung. Die Armutsrisiken der 61- bis

► **Tab 3a Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen 2000–2002, 2006–2008, 2012–2014, Mittelwert zu Dreijahresperioden – in Prozent**

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland ¹			
	Bevölke- rungsanteil	Armutsquote			Bevölke- rungsanteil	Armutsquote		
		2012–2014	2000–2002	2006–2008		2012–2014	2012–2014	2000–2002
Bevölkerung insgesamt	100	11,7	13,1	13,1	100	15,1	19,7	18,9
Geschlecht								
Männlich	49,0	10,9	12,4	12,6	50,0	14,2	19,3	18,9
Weiblich	51,0	12,4	13,7	13,7	50,0	16,0	20,2	19,0
Alter								
Bevölkerung ab 18 Jahren	84,4	11,0	12,8	12,9	86,4	14,0	19,0	18,6
0–10 Jahre	7,1	14,1	13,4	14,7	7,8	20,7	24,4	21,2
11–20 Jahre	9,6	17,3	18,5	16,4	8,7	23,0	30,2	24,8
21–30 Jahre	12,1	15,5	18,5	20,3	13,5	20,9	27,5	32,1
31–40 Jahre	12,3	9,1	9,9	10,3	11,8	14,8	17,8	18,1
41–50 Jahre	16,0	9,4	12,5	11,0	17,1	15,3	23,3	16,2
51–60 Jahre	15,3	9,4	13,3	12,8	13,7	15,0	23,3	20,7
61–70 Jahre	12,2	10,7	9,2	12,3	13,9	8,5	9,0	18,5
Ab 71 Jahre	15,4	10,4	10,8	10,7	13,4	7,4	7,3	8,0
Migrationshintergrund								
Ohne Migrationshintergrund	74,4	9,7	11,3	11,3	93,3	14,7	19,0	18,1
Direkter Migrationshintergrund	13,0	22,7	22,0	22,2	1,8	40,3	41,9	39,6
Indirekter Migrationshintergrund	12,6	15,0	16,2	16,1	4,9	17,2	25,5	23,0
Region²								
Region Nord-West	42,7	10,5	12,1	12,7	X	X	X	X
Region Süd-West	34,4	10,8	10,9	10,4	X	X	X	X
Stadtstaaten	7,1	13,6	13,0	14,9	X	X	X	X
Region Ost	15,8	15,5	19,9	19,0	X	X	X	X
Gemeindegrößenklasse								
<2 000 Einwohner	5,5	14,5	15,9	13,2	13,4	16,2	18,0	17,2
2 000–<20 000 Einwohner	34,8	11,8	12,2	12,4	35,6	14,1	18,2	17,7
20 000–<100 000 Einwohner	27,6	10,6	13,0	12,8	24,1	17,5	23,8	22,1
100 000–<500 000 Einwohner	15,6	12,0	14,5	15,8	16,0	14,7	20,0	20,6
>500 000 Einwohner	16,6	11,2	12,4	12,9	11,0	12,0	17,7	16,8
Mieter-Status								
Eigentümerhaushalt	50,2	6,6	6,4	5,7	39,4	10,2	12,3	9,7
Mieterhaushalt	49,9	16,1	18,9	20,6	60,6	18,3	24,5	25,5

1 Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.

2 Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland; Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg; Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

Datenbasis: SOEP 2014.

70-Jährigen stiegen in Ostdeutschland in den letzten Jahren sprunghaft an und lagen 2014 über dem gesamtdeutschen und etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Die Zunahme der Armutsbetroffenheit unter den älteren Erwerbstätigen sowie die stark erhöhten Armuts-

quoten der Älteren weisen auf die wachsende Altersarmut in Ostdeutschland hin.

Personen mit Migrationshintergrund waren in allen drei Zeitabschnitten einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen mit direktem Migrationshinter-

grund, sprich mit eigener Migrationserfahrung, wiesen darunter deutlich höhere Armutsrisiken auf, als Personen mit indirektem Migrationshintergrund. In Ostdeutschland ist die Armutsbetroffenheit bei Migranten – insbesondere bei direktem Migrationshintergrund – noch höher,

► **Tab 3b** Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen 2000–2002, 2006–2008, 2012–2014, Mittelwert zu Dreijahresperioden – in Prozent

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland ¹			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
		2012–2014	2000–2002	2006–2008		2012–2014	2000–2002	2006–2008
Bevölkerung insgesamt	100	11,7	13,1	13,1	100	15,1	19,7	18,9
Familienstand								
Verheiratet/zusammen lebend	52,2	8,0	8,2	8,4	48,7	8,1	11,8	11,0
Verheiratet/getrennt lebend	1,5	20,2	21,4	21,0	1,5	31,2	26,8	31,5
Ledig	28,9	14,8	18,0	18,1	30,8	21,8	28,9	30,5
Geschieden	9,7	19,9	23,0	21,9	10,6	30,7	31,9	28,7
Verwitwet	7,6	10,5	10,8	10,5	8,4	7,3	7,2	6,8
Bildungsabschluss								
Hauptschule ohne Abschluss	8,9	20,9	25,5	29,4	6,6	24,7	30,0	43,9
RS, FHS, Gymnasium ohne Abschluss	3,5	11,6	14,4	16,1	3,2	20,4	33,7	28,2
Hauptschule mit Abschluss	23,4	9,6	11,2	11,8	21,4	13,8	19,2	21,0
Realschule mit Abschluss	23,7	7,7	10,5	10,2	36,4	14,4	20,0	17,6
FHS, Gymnasium mit Abschluss	9,9	10,4	11,0	11,5	6,4	18,2	15,8	18,5
Sonstiges	7,4	19,6	21,9	24,8	2,0	25,0	48,8	48,3
FH, Universität	20,8	4,2	4,9	4,3	21,6	5,1	7,3	6,3
In Lehre, Schule, Studium	2,5	16,9	17,6	19,1	2,5	20,7	28,0	31,9
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig Vollzeit	37,9	4,3	4,2	4,0	35,3	6,1	7,2	6,6
Erwerbstätig Teilzeit	18,8	12,1	12,5	12,5	12,2	17,0	20,6	19,7
Arbeitslos	6,1	37,5	54,0	61,7	13,4	41,6	63,6	72,0
In Ausbildung	3,7	21,3	23,6	25,9	4,3	24,6	27,7	40,0
Nicht erwerbstätig	33,6	12,0	11,8	13,3	34,9	10,5	12,0	13,8
Berufliche Stellung								
Un-/Angelernter Arbeiter	13,0	13,6	16,3	19,2	12,2	17,6	23,9	29,5
Facharbeiter, Meister	11,3	4,8	5,7	5,6	20,6	6,3	8,9	8,3
Selbständige	10,1	10,2	9,2	9,7	11,7	17,0	18,5	17,9
Auszubildende, Volontäre	4,4	21,4	24,0	22,1	6,3	23,8	37,1	38,9
Einfache Angestellte	14,8	6,3	10,4	12,2	14,2	9,2	15,5	16,3
Qualifizierte Angestellte	25,4	2,1	2,2	2,5	19,2	3,0	3,7	4,2
Leitende Angestellte	14,8	1,0	0,5	0,6	12,0	1,2	1,8	1,0
Einfache/mittlere Beamte	1,7	1,6	0,5	0,4	1,9	6,2	0,7	0,5
Gehobene/höhere Beamte	4,5	0,7	0,1	0,9	1,8	2,1	0,1	2,4

1 Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.
Datenbasis: SOEP 2014.

allerdings ist ihr Bevölkerungsanteil hier weit geringer als in Westdeutschland.

Die regionale Differenzierung verdeutlicht nochmals, dass die Armutsrisiken in Ostdeutschland weiterhin höher sind als in anderen Landesteilen. Die Bundesländer im Süd-Westen Deutschlands wiesen die geringsten Armutsrisiken auf. Weniger stark unterschieden sich die Armutsrisiken zwischen Stadt und Land. Mieterhaushalte waren erwar-

tungsgemäß stärker von Armutsrisiken betroffen als Eigentümer; diese auch in Ostdeutschland ausgeprägte Diskrepanz verstärkte sich innerhalb der letzten Dekade weiter. ► [Tab 3a](#)

Verheiratet Zusammenlebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, Ledige und Geschiedene tragen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Für Personen ohne Bildungsabschluss beziehungsweise mit geringer Bildung er-

höhte sich das 2000 bis 2002 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter. Auch bei Personen mit beruflichem Bildungsabschluss stieg das Armutsrisiko leicht an.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein sehr hohes Armutsrisiko. Sie waren in den Jahren 2012 bis 2014 mit 62 % in Gesamtdeutschland und mit 72 % in Ostdeutschland die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Im

► **Tab 3c Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen 2000–2002, 2006–2008 und 2012–2014, Mittelwert zu Dreijahresperioden – in Prozent**

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland ¹			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
		2012–2014	2000–2002	2006–2008		2012–2014	2012–2014	2000–2002
Bevölkerung insgesamt	100	11,7	13,1	13,1	100	15,1	19,7	18,9
Haushaltsgröße								
1-Personen-Haushalt	20,8	15,3	18,5	19,6	21,1	21,2	26,9	30,0
2-Personen-Haushalt	34,6	8,5	9,2	9,5	36,8	10,2	12,9	11,9
3-Personen-Haushalt	18,4	9,8	13,6	12,5	21,3	12,3	20,5	18,5
4-Personen-Haushalt	17,7	9,4	9,8	8,8	14,9	11,9	18,4	14,6
5- und mehr Personen-Haushalt	8,5	23,1	21,3	22,4	6,0	38,6	37,1	32,2
Alter des Haushaltsvorstands								
16–34 Jahre	14,8	16,1	17,5	20,2	17,5	21,3	25,1	32,1
35–54 Jahre	43,9	10,8	13,1	11,7	44,7	17,3	23,7	16,6
55–74 Jahre	30,3	10,6	11,3	12,7	29,1	9,8	14,5	19,2
Ab 75 Jahre	11,1	10,8	11,2	11,0	8,7	8,9	6,4	8,9
Personengruppen								
Haushaltsvorstand	54,5	11,9	13,9	14,1	54,4	15,7	20,5	20,9
(Ehe-)Partner	23,1	8,2	8,5	8,6	24,6	9,7	12,7	11,6
Kind(er) unter 18 Jahren	13,8	15,2	14,9	14,7	12,6	22,0	25,0	21,8
Kind(er) ab 18 Jahre	8,0	12,9	17,6	16,1	8,2	15,5	27,5	23,4
Weitere Haushaltsmitglieder	0,6	/	/	/	0,3	/	/	/
Haushaltstypen								
Single-Haushalt	20,8	15,3	18,6	19,6	21,1	21,2	26,9	30,0
Partner-Haushalt	30,6	6,5	7,0	7,4	32,0	6,9	9,2	9,6
Familien-Haushalt	29,1	11,6	11,3	11,3	26,5	15,6	18,9	16,0
Ein-Eltern-Haushalt	4,9	32,7	36,6	32,5	5,3	43,1	50,5	35,9
Post-Eltern-Haushalt	13,7	9,4	14,1	12,6	14,7	10,3	22,8	20,5
Anderer Haushalt	1,0	/	/	/	0,4	/	/	/
Haushalts- / Lebenszyklus								
<i>Haushaltsvorstand 16–34 Jahre</i>								
Single-Haushalt	4,1	20,7	25,3	29,1	4,7	30,6	34,7	46,5
Paar-Haushalt (ohne Kind)	3,8	7,1	8,7	7,3	2,7	15,5	10,8	10,6
<i>Haushaltsvorstand 35–54 Jahre</i>								
Single-Haushalt	5,4	12,7	18,0	17,1	5,9	27,1	31,3	30,2
Paar-Haushalt (ohne Kind)	5,8	4,0	6,0	3,7	7,0	10,0	15,8	8,8
<i>Haushalt mit Kind(ern) unter 18 Jahren</i>								
Paar-Haushalt mit 1 Kind	12,5	8,4	11,0	10,6	14,5	12,0	15,9	13,6
Paar-Haushalt mit 2 Kindern	12,0	10,0	9,6	8,9	9,0	12,1	19,4	13,5
Paar-Haushalt ab 3 Kindern	4,6	22,3	16,7	19,4	3,1	38,8	31,4	29,7
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	3,0	26,9	35,7	30,8	3,2	37,1	55,0	32,8
Ein-Eltern-Haushalt ab 2 Kindern	1,9	41,6	37,7	35,1	2,1	55,4	43,9	39,7
Haushalt mit Kind(ern) ab 18 Jahren	13,7	9,4	14,1	12,6	14,7	10,3	22,8	20,5
<i>Haushaltsvorstand 55–74 Jahre</i>								
Paar-Haushalt ohne Kind	15,1	7,1	6,7	8,6	17,8	5,3	7,6	11,3
Single-Haushalt	6,8	15,2	17,6	19,5	6,8	19,4	27,2	29,0
<i>Haushaltsvorstand ab 75 Jahre</i>								
Paar-Haushalt (ohne Kind)	5,9	7,4	8,1	7,8	4,6	3,7	4,4	5,4
Single-Haushalt	4,4	13,5	14,1	14,5	3,7	11,8	9,6	13,3
Sonstige Haushalte ²	1,0	/	/	/	0,4	/	/	/

¹ Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.

² Haushalte, in denen weitere Personen (zum Beispiel Schwiegereltern) leben.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: SOEP 2014.

Vergleich zu 2000 bis 2002 – also vor der Arbeitsmarktreform – erhöhte sich die Quote nochmals erheblich. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeitwerbstätigen sowie die mittlere Armutsquote bei Nichterwerbstätigen hielten sich gegenüber dem Jahr 2000 bis 2002 im Niveau.

Nach den Auszubildenden und Volontären fanden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen erhöhte sich das Armutsrisiko 2012 bis 2014 gegenüber 2000 bis 2002. Insbesondere un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland befanden sich in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei einfachen Angestellten stieg das Armutsrisiko gegenüber 2000 bis 2002 deutlich, wohingegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko trugen. Die in der letzten Dekade zunehmenden Armutsquoten betrafen innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung demzufolge insbesondere gering qualifizierte Arbeiter und einfache Angestellte. ▶ Tab 3b

Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass in den letzten zehn Jahren das Armutsrisiko eher bei Haushalten mit jüngeren Haushaltsvorständen sowie Single-Haushalten stieg. In Ostdeutschland ist zudem ein Anstieg der Armutsquoten beim Eintritt in den Ruhestand zu beobachten. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familienhaushalten mit mehr als drei Kindern sowie vor allem bei Haushalten von Alleinerziehenden zu finden. Fast ein Drittel der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden lebten in Deutschland zuletzt in Armut. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der Anstieg der Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge. Paarhaushalte ohne Kinder wiesen ein geringes Armutsrisiko auf. Bei Singlehaushalten im Alter von 55 bis 74 Jahren sowie im Alter ab 75 Jahren erhöhte sich das Armutsrisiko im Laufe der zurück-

liegenden Dekade, wobei dieser Anstieg in Ostdeutschland besonders ausgeprägt war. Ungeachtet der insgesamt niedrigen Altersarmut gab es offenkundig innerhalb der Älteren wiederum Gruppen mit wachsenden Armutsrisiken. ▶ Tab 3c

6.3.5 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität beziehungsweise die Dynamik von Einkommen und Armut gibt Auskunft über die Chancen und Risiken zur Verbesserung beziehungsweise Ver-

schlechterung der materiellen Grundlagen in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, inwieweit es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen abzurutschen. Diese Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann unter anderem durch sogenannte Mobilitätsmatrizen berechnet

▶ Tab 4 Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen¹ im Zeitverlauf
Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt – in Prozent

Von der Bevölkerung im Ausgangsquantil (zum Beispiel 1. Quintil) im Jahr A waren vier Jahre später, im Jahr B, X % der Bevölkerung im Übergangsquantil (zum Beispiel 2. Quintil)				
Ausgangsquantil	Übergang in Quintil	1992–1996	2002–2006	2010–2014
1. Quintil	1. Quintil	54	61	63
1. Quintil	2. Quintil	24	23	21
1. Quintil	3. Quintil	11	9	7
1. Quintil	4. Quintil	7	4	4
1. Quintil	5. Quintil	3	2	5
2. Quintil	1. Quintil	24	25	24
2. Quintil	2. Quintil	35	40	42
2. Quintil	3. Quintil	23	20	21
2. Quintil	4. Quintil	13	11	11
2. Quintil	5. Quintil	4	4	2
3. Quintil	1. Quintil	11	9	8
3. Quintil	2. Quintil	25	20	30
3. Quintil	3. Quintil	34	41	39
3. Quintil	4. Quintil	23	23	19
3. Quintil	5. Quintil	7	7	4
4. Quintil	1. Quintil	7	5	3
4. Quintil	2. Quintil	11	10	8
4. Quintil	3. Quintil	22	22	24
4. Quintil	4. Quintil	36	41	46
4. Quintil	5. Quintil	24	22	19
5. Quintil	1. Quintil	3	3	1
5. Quintil	2. Quintil	4	4	3
5. Quintil	3. Quintil	9	7	5
5. Quintil	4. Quintil	22	21	24
5. Quintil	5. Quintil	62	66	67

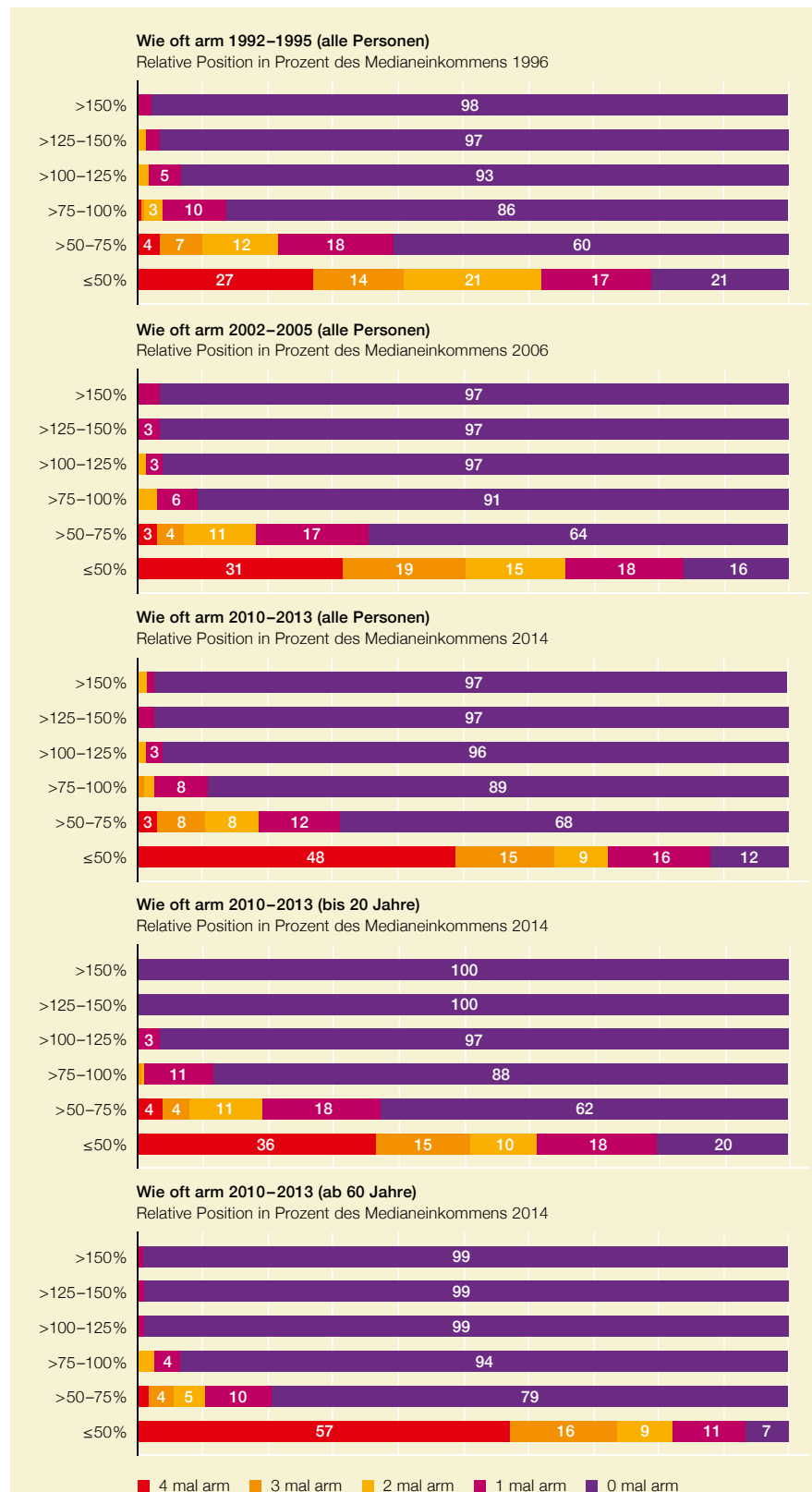
¹ Quintil = 20% der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung.
1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.
Datenbasis: SOEP 2014.

und dargestellt werden. Hierbei wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben, beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist.

Um die Mobilitätsmuster bei längeren Zeitabständen darzustellen, werden Verbleib und Übergänge in und aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand zu drei verschiedenen Perioden betrachtet: 1992–1996, 2002–2006 sowie 2010–2014. Das Risiko, während der vier Folgejahre im untersten Quintil zu verbleiben, erhöhte sich deutlich von 54 % in den 1990er-Jahren auf 63 % in 2010-2014. Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen verringerte sich entsprechend. Auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil erhöhte sich im hier betrachteten Zeitraum. In beiden Quintilen ging dies zeitweilig damit einher, dass weniger Personen in höhere Einkommensschichten aufstiegen. Der Verbleib in den obersten Einkommensquintilen erhöhte sich ebenfalls, die Risiken des Abstiegs in untere Einkommenslagen sanken. Ungeachtet der zeitweise variierenden Übergangsquoten verringerten sich im Verlauf der letzten beiden Dekaden die Aufstiegschancen der unteren Einkommensgruppen insgesamt eher, während sich die Einkommensrisiken im unteren Einkommensbereich erhöhten. Im oberen Einkommensbereich verringerten sich hingegen die Abstiegsrisiken und der Verbleib in den oberen Einkommensschichten nahm zu. Weiterführende Analysen mit zusätzlichen zusammenfassenden Mobilitätskennziffern bestätigen, dass die Einkommensschichten weniger durchlässig geworden sind. ▶ Tab 4

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Einkommensarmut persönlich erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder in einem anderen Haushalt gemacht wurden.⁶ Die Grafiken weisen die zurückliegenden

► Abb 5 Armutsdynamik im zeitlichen Verlauf – in Prozent



Datenbasis: SOEP 2014.

individuellen Armutserfahrungen für die Ausgangsjahre 1996, 2006 und 2014 aus; für das Jahr 2014 werden diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren nochmals getrennt dargestellt. ▶ [Abb 5](#)

Von den Personen, die im Jahr 2014 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, waren 88 % bereits in den vier Vorjahren (2010 bis 2013) zumindest einmal von Armut betroffen, darunter war fast die Hälfte in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzte sich im Jahr 2014 demnach in folgender Weise zusammen: 48 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 40 % erlebten in den zurückliegenden vier Jahren Ein- und Ausstiege in und aus Armut und weitere 12 % befanden sich zuvor nicht im prekären Einkommensbereich. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommenschichtung im Jahr 1996 noch in folgender Weise zusammen: nur 27 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf und weitere 21 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, nahm vor allem in den letzten zehn Jahren stark zu, wobei insbesondere mehrfache und dauerhafte Armutsepisoden in dieser Einkommensschicht weiter anstiegen.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) lebte etwa ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze – mit leicht rückläufiger Tendenz. Kurzfristige Armutserfahrungen reichten bis in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen fanden sich noch etwa 3 %, die zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht hatten. Insgesamt erhöhten sich insbesondere die Risiken anhaltender Armutsepisoden, folglich verringerten sich die Chancen Armutsepisoden zu überwinden.

Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befanden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in relativer Einkommensarmut als Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an zumeist eher kurzen Armutserfahrungen im untersten und zweiten Einkommenssegment bemerkenswert. Ältere wiesen zwar insgesamt im Querschnitt im Allgemeinen keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen auf, allerdings trugen Ältere im unteren Einkommensbereich ein hohes Risiko länger im prekären Bereich zu verbleiben.

- 1 Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden hier nur rein monetäre Einkünfte betrachtet; Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum (imputed rent) bleiben hierbei ebenso unberücksichtigt wie Unterhaltsleistungen und Ähnliches
- 2 Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen den alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2010 durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden.
- 3 Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der Vereinigung, als die Einkommen der alten und neuen Länder noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung der neuen Länder im Verlauf der 1990er-Jahre zunächst gesunken.
- 4 Genau genommen wird ab dieser Schwelle von einem deutlich erhöhten Armutsrisiko gesprochen, da Einkommen nur einen indirekten Indikator für Armut darstellt. Deshalb wird häufig der Begriff Armutsrisikoquote genutzt; wir verwenden in diesem Kapitel die Begriffe Armutsquote und Armutsrisikoquote synonym.
- 5 Die Definition Ostdeutschland ist bei der Regioneinteilung nach Bundesländern ohne Berlin-Ost, bei der Gegenüberstellung von Gesamtdeutschland mit Ostdeutschland aber inklusive Berlin-Ost; dadurch ergibt sich die leicht unterschiedliche Armutsquote für Region Ost und Ostdeutschland.
- 6 Die aktuelle Einkommensschichtung wird anhand der Relation zum arithmetischen Mittel abgebildet, die zurückliegende Armutserfahrung wird als kumulative Messung (n-mal von Armut betroffen) unterhalb der Armutsgrenze von 60 % des jeweils jahresspezifischen gesamtdeutschen Medians berechnet.

6.4 Private Vermögen – Höhe, Entwicklung und Verteilung

Markus M. Grabka,
Christian Westermeier
DIW Berlin

WZB/SOEP

Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozio-ökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt (zum Beispiel am Jahresende) bestimmt wird; Einkommen stellt dagegen eine Stromgröße dar, die pro Periode (beispielsweise Jahr oder Monat) gemessen wird.

Das aggregierte Volksvermögen einer Gesellschaft kann von verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft gehalten werden, die auch Letzteigentümersektoren genannt werden. Dies sind der Staat, das Ausland und die privaten Haushalte inklusive den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Im Folgenden wird eine Beschreibung der Höhe, Entwicklung und Verteilung der Vermögen der privaten Haushalte präsentiert; detaillierte Informationen zu den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck liegen in Deutschland nicht vor.

Aus der Sicht der privaten Haushalte spricht man von sieben Funktionen, die private Vermögen erfüllen können: Aus Vermögen kann Einkommen in Form von Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten und ausgeschütteten Gewinnen erzielt werden (Einkommenserzielungsfunktion); Sachvermögen kann selbst genutzt werden (Nutzungsfunktion); durch Aufbrauchen von Vermögen kann der Konsum bei Einkommensausfällen stabilisiert werden (Sicherungsfunktion); Vermögen kann verschenkt und vererbt werden (Vererbungsfunktion); Vermögen spielt auch bei der Erziehung und Ausbildung von Kindern oft eine wichtige Rolle (Sozialisationsfunktion). Der Besitz von insbesondere höherem Vermögen gewährt gesellschaftliches Prestige und damit einen höheren Rang in der gesellschaftlichen Hierarchie (Prestigefunktion); und schließlich verleiht Vermögen, insbesondere der Besitz von größerem Produktivvermögen, wirtschaftliche und gegebenenfalls auch politische Macht

(Machtfunktion). Aus dieser Vielzahl an Einzelfunktionen, die weit über jene des laufenden Einkommens hinausgehen, lässt sich das besondere ökonomische und gesellschaftliche Interesse an Vermögen und dessen Verteilung ableiten.

6.4.1 Nettovermögen

Das im Folgenden präsentierte Nettovermögen setzt sich aus dem Bruttovermögen abzüglich sämtlicher Verbindlichkeiten zusammen. Die Komponenten des Bruttovermögens sind das (1) selbst genutzte Wohneigentum, (2) sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- und Wochenendwohnungen), (3) Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- und Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile), (4) Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- und private Rentenversicherungen einschließlich sogenannter Riesterverträge), (5) Bausparverträge, (6) Betriebsvermögen (Besitz von Einzelunternehmen und Beteiligung an Personen- oder Kapitalgesellschaften; nach Abzug von betrieblichen Verbindlichkeiten) sowie (7) Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände. Die gesamten Verbindlichkeiten bestehen aus den (8) Hypothekenkrediten auf selbst genutzte Immobilien, (9) Hypothekenkrediten auf sonstige Immobilien sowie (10) Konsumentenkrediten. In dem hier verwendeten Nettovermögen werden Teile des Realvermögens nicht berücksichtigt. Dies betrifft unter anderem den Wert des Hausrats einschließlich des Werts von Fahrzeugen, Bargeld und Eigentumsrechte an Patenten. Darüber hinaus sind Anwartschaften an Alterssicherungssystemen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenpensionen, berufsständischen Versorgungswerken oder Betriebsrenten nicht enthalten.

Im Jahr 2012 hatten die privaten Haushalte in Deutschland (ohne die Anstaltsbevölkerung in beispielsweise Alters- oder Studentenheimen) ein aggregiertes Bruttovermögen von rund 7,4 Billionen

Euro, wobei Grund- und Immobilienbesitz mit 5,1 Billionen Euro den überwiegenden Anteil ausmachte. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte beliefen sich nach dieser Abgrenzung im Jahr 2012 auf gut 1,1 Billionen Euro, vorrangig bestehend aus Hypothekenkrediten in Höhe von knapp einer Billion Euro. Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland betrug damit im Jahr 2012 rund 6,3 Billionen Euro.

Das durchschnittliche Nettovermögen je Erwachsenen (Personen ab 17 Jahren) lag 2012 bei gut 83 000 Euro. Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert der die reichsten 50 % der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, war mit knapp 17 000 Euro wesentlich niedriger als der Durchschnitt – ein Indiz für die ungleiche Verteilung des Vermögens. Gut ein Fünftel aller Erwachsenen verfügte über kein nennenswertes Vermögen – bei 7 % aller Erwachsenen waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen.

Das reichste Prozent der Bevölkerung ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens 800 000 Euro. Dieser Wert dürfte aber unterschätzt sein, da in freiwilligen Bevölkerungsbefragungen typischerweise Multimillionäre kaum und Milliardäre nicht erfasst werden. Ge-

genüber 2002 zeigen sich nur wenige bedeutende Veränderungen. Eine Ausnahme ist, dass der Anteil der Personen, die ein negatives Nettovermögen halten, zwischen 2002 und 2007 angestiegen und bis 2012 auf diesem Niveau verblieben ist. Nominal wurde im betrachteten Zeitraum nur ein leichter Anstieg der mittleren Vermögenshöhe beobachtet. ▶ Tab 1

Zwischen den beiden Landesteilen bestehen weiterhin markante Unterschiede in der Höhe des Nettovermögens. Während in Westdeutschland im Jahr 2012 jeder Erwachsene ab 17 Jahren im Durchschnitt über mehr als 93 000 Euro Vermögen verfügte, belief sich dieses für in Ostdeutschland lebende Personen nur auf rund 41 000 Euro – dies entspricht weniger als der Hälfte des westdeutschen Wertes. Gemessen am Median war das Gefälle noch größer – im Westteil des Landes lag er bei 21 000 Euro, im Osten bei nur 8 000 Euro. Zudem lag der Anteil der Personen mit einem Nettovermögen von Null im Jahr 2012 mit knapp 22 % etwas höher als im Westteil des Landes mit rund 20 %. Auch der Anteil der Personen mit negativem Nettovermögen (das heißt, die Verbindlichkeiten sind höher als das Bruttovermögen) war in Ostdeutschland mit knapp 9 % etwas höher als in Westdeutschland mit 7 %.

Im Zeitraum 2002 bis 2012 sind die durchschnittlichen Nettovermögen in Ostdeutschland dagegen schneller gewachsen als in Westdeutschland. Eine Rolle hierfür dürfte die Erholung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gespielt haben. Haben die Haushalte höhere Einkommen zur Verfügung, verbessern sich die Möglichkeiten, zu sparen und Vermögen zu akkumulieren. Hinzu kommt, dass eine Belebung des Arbeitsmarktes auch eine zunehmende Nachfrage nach selbstgenutzten Immobilien bewirkt, deren Marktpreise entsprechend steigen.

6.4.2 Vermögensungleichheit

Ein Standardmaß zur Messung von Vermögensungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Dieser ist auf den Wertebereich zwischen Null (vollkommene Gleichverteilung) und Eins (vollkommene Ungleichverteilung) normiert, das heißt, je höher der Wert ist, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit. Für 2012 ergab sich ein Koeffizient von 0,78. In Deutschland war die Ungleichheit der Vermögensverteilung damit im Vergleich zur Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen mehr als doppelt so hoch (siehe Kapitel 6.3.1, Seite 179, Tab 1). Innerhalb der Eurozone wies Deutschland neben Österreich die höchste Vermö-

▶ Tab 1 Vermögensungleichheit in Deutschland: Individuelle Nettovermögen¹ 2012

	Deutschland insgesamt			West			Ost		
	2002	2007	2012	2002	2007	2012	2002	2007	2012
Mittelwert (in Euro)	79 941	81 089	83 308	90 004	93 651	93 790	36 713	32 007	41 138
p99 ² (in Euro)	759 969	787 500	817 279	834 853	897 841	876 050	341 657	274 704	399 820
Median (in Euro)	15 000	14 818	16 663	19 800	18 910	21 200	7 500	7 100	8 080
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen <0 (in %)	5,2	7,4	7,4	5,0	7,1	7,1	6,0	8,5	8,9
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen = 0 (in %)	20,6	19,7	20,2	20,6	19,3	19,8	20,7	21,0	21,9
Gini-Koeffizient	0,776	0,799	0,780	0,761	0,784	0,768	0,816	0,823	0,792
90:50 Dezilsverhältnis	14,0	14,0	13,0	11,9	12,7	11,3	14,0	12,8	13,8

¹ Personen ab 17 Jahre in Privathaushalten, mit 0,1 % Top-Coding.

² 99. Perzentil. 99 % aller Vermögen liegen unterhalb dieses Werts, 1 % darüber.
Datenbasis: SOEP 2012.

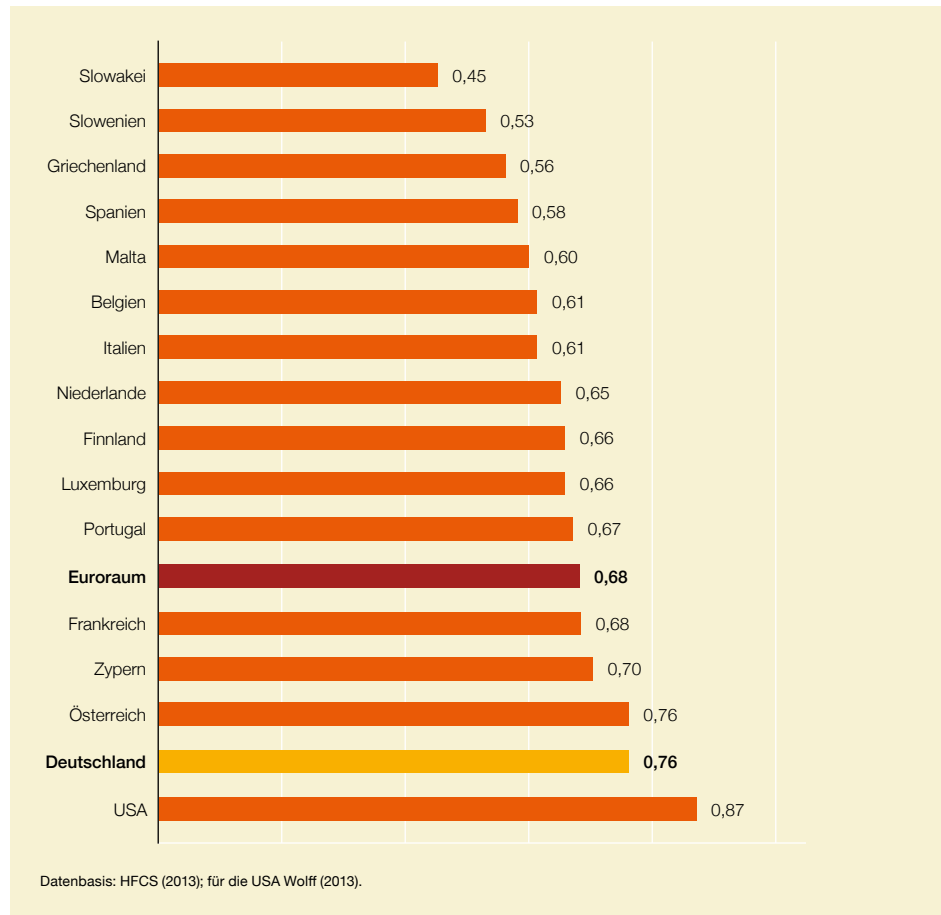
gensungleichheit auf. So lag der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68, für Italien bei 0,61 und für die Slowakei bei 0,45. Höher als in Deutschland war die Vermögensungleichheit in den USA (Gini-Koeffizient von 0,87 für das Jahr 2010). ▶ **Abb 1**

Ein alternatives Verteilungsmaß ist das 90:50-Dezilsverhältnis. Das Vermögen der Person, welche die reichsten 10 % von den ärmeren 90 % trennt, wird dabei in Beziehung zum Median der Vermögensverteilung gesetzt. Diese Kennziffer gibt das Vielfache des Vermögens »reicher« Personen im Verhältnis zum Mittelpunkt der Vermögensverteilung an. Im Jahr 2012 lag dieser Faktor bei 13. Alternativ lässt sich die Ungleichheit der Vermögensverteilung auch grafisch darstellen. Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe der Nettovermögen und teilt sie in zehn gleich große Gruppen ein, erhält man Vermögensdezile. Der Wert des ersten Dezils gibt somit an, welchen Anteil am gesamten Nettovermögen die ärmsten 10 % der Bevölkerung hatten. Im Jahr 2012 war dieser Wert negativ, da diese Gruppe im Durchschnitt über negative Nettovermögen verfügte. Fasst man die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen, so belief sich deren Anteil am gesamten Nettovermögen nur auf 0,1 %, die unteren 70 % der Bevölkerung kamen zusammen nur auf einen Anteil von rund 10 %. Im Gegensatz dazu hielten die Personen des obersten Dezils allein einen Anteil von rund 58 %. ▶ **Abb 2**

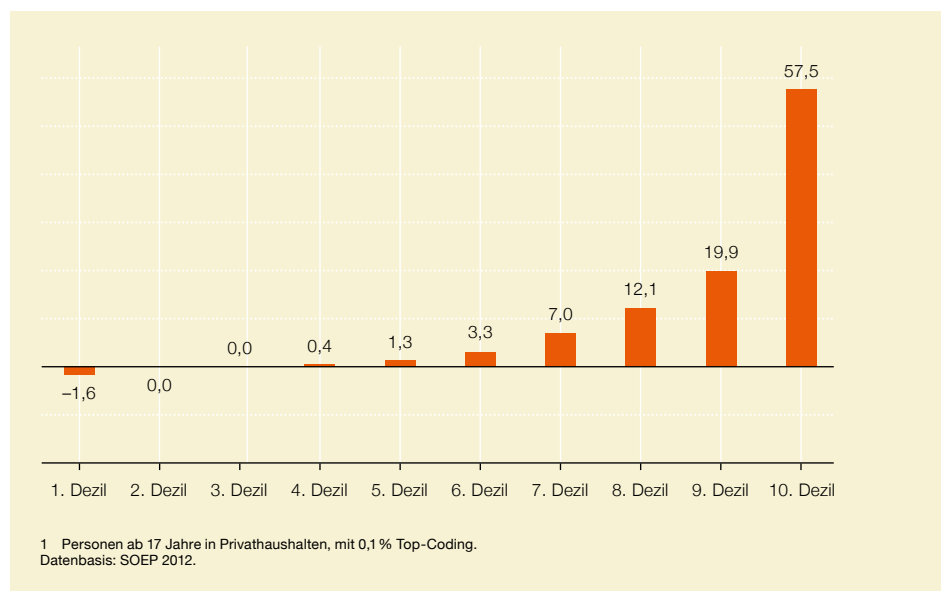
6.4.3 Vermögensportfolio

Die Betrachtung reiner Nettogrößen verdeckt im Allgemeinen wichtige Strukturunterschiede sowohl bezüglich der Zusammensetzung des Vermögens als auch bezüglich eventueller Verbindlichkeiten. So kann ein niedriges Nettovermögen das Ergebnis eines hohen Bruttovermögens bei gleichzeitig hohem Schuldenstand sein (zum Beispiel bei jungen Familien kurz nach dem Erwerb eines mit Hypotheken belasteten Eigenheims) oder es kann schlicht ein niedriges Geldvermögen ausdrücken. Auch im Zuge der aktuellen Finanzmarktkrise der Jahre 2008/09

▶ **Abb 1** Vermögensungleichheit im internationalen Vergleich – Gini-Koeffizient



▶ **Abb 2** Anteil am gesamten Nettovermögen¹ nach Bevölkerungsdezilen Deutschland 2012 – in Prozent



kann erwartet werden, dass private Haushalte ihr Vermögen in weniger risikobehaftete Anlagen umschichten oder gar auflösen müssen, um Einkommensausfälle zum Beispiel im Falle von Arbeitslosigkeit zu kompensieren.

Knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung besaß im Jahr 2012 Geldvermögen (47 %) oder Vermögen in Form von privaten Versicherungen und Bausparverträgen (50 %). Gegenüber 2002 hat der Verbreitungsgrad von privaten Versicherungen etwas zugenommen. Dies dürfte unter anderem auf die Anfang 2000 eingeführten »Riesterverträge« zurückzuführen sein, die seitdem vermehrt abgeschlossen werden. Dies hat auch zur Folge, dass der Anteil der Personen ohne jegliches Bruttovermögen zwischen 2002 und 2012 um 6 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Mehr als ein Drittel aller Erwachsenen (ab 17 Jahren) in Deutschland war im Jahr 2012 (Mit-)Eigentümer einer selbst genutzten Immobilie. Sonstige Immobilien wurden hingegen nur von 10 % der erwachsenen Bevölkerung gehalten. Wenig verbreitet waren Wertsachen und

Betriebsvermögen mit einem Anteil von deutlich weniger als 10 %. Verbindlichkeiten lagen bei knapp einem Drittel der Bevölkerung vor, vorwiegend bestehend aus Hypothekenkrediten auf selbstgenutzte Immobilien und Konsumentenkrediten. Seit 2002 hat die Verbreitung von Konsumentenkrediten mit einem Zuwachs von 4 Prozentpunkten leicht zugenommen. Es kann vermutet werden, dass der Anstieg auch von günstigen Finanzierungsangeboten für Konsumgüter infolge der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank begünstigt wurde.

Bezogen auf alle Erwachsenen war selbst genutztes Wohneigentum die quantitativ bedeutendste Vermögensform, da mehr als 60 % des Nettovermögens auf diese Vermögensform entfielen. Geldvermögen wiesen zwar eine hohe Verbreitung in der Bevölkerung auf, gemessen am gesamten Nettovermögen kam dieser Vermögenskomponente aber nur ein Anteil von 16 % im Jahr 2012 zu. Von etwas größerer quantitativer Relevanz war dagegen der sonstige Immobilienbesitz mit einem Anteil von 18 %.

Gemessen am Nettovermögen waren auch die Verbindlichkeiten in Form von Hypotheken auf selbst genutzte Immobilien bedeutsam (11 %).

Betrachtet man nur die Population derjenigen, die eine bestimmte Vermögenskomponente halten, so waren 2012 die höchsten Werte beim Betriebsvermögen mit durchschnittlich knapp 200 000 Euro zu beobachten. Der entsprechende Wert selbst genutzter Immobilien belief sich auf rund 140 000 Euro. Das Portfolio des sonstigen Immobilienbesitzes wurde im Durchschnitt mit mehr als 150 000 Euro bewertet. Ein deutlicher Zuwachs ist beim Geldvermögen zu beobachten. Im Jahr 2002 lag dieser Wert noch bei etwa 22 000 Euro und ist bis 2012 auf knapp 29 000 Euro gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass unter anderem der Wertzuwachs von Aktien hierzu beigetragen hat. Ein deutlicher Zuwachs von rund 8 000 Euro ist auch bei den Hypotheken auf selbst genutzte Immobilien zu beobachten, die sich 2012 im Durchschnitt auf 55 000 Euro summieren. Auch hier kann vermutet werden, dass die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank dafür gesorgt hat, dass verstärkt Hypotheken zur Finanzierung von Immobilien herangezogen wurden. Insgesamt belegen die präsentierten Befunde, dass keine nachhaltigen und dauerhaften Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Vermögensportfolio der Privathaushalte in Deutschland festgestellt werden können. Dies kann vorrangig damit erklärt werden, dass die Finanzmarktkrise zwar kurzfristig zu Buchverlusten bei den Privathaushalten führte, die Wertpapiermärkte sich aber bis zum Jahr 2012 wieder nahezu vollständig von der Krise erholten. ▶ Tab 2

Ein Vergleich des Nettovermögens nach Altersklassen zeigt für Westdeutschland ein deutliches Lebenszykluspatter: Bis zu einem Alter von 25 Jahren verfügten junge Erwachsene im Jahr 2012 nur über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7 000 Euro. Mit Abschluss der Ausbildungsphase und dem Eintritt in das Erwerbsleben besteht

38 %

aller Erwachsenen in Deutschland waren im Jahr 2012 (Mit-)Eigentümer einer selbstgenutzten Immobilie.



► **Tab 2 Vermögenskomponenten des individuellen Nettovermögens¹ in Deutschland 2002, 2007, 2012**

	Anteil der Besitzer in der erwachsenen Bevölkerung			Vermögensportfolio des Nettovermögens			Je erwachsenen Vermögensbesitzer		
	in %			in %			Mittelwert in Euro		
	2002	2007	2012	2002	2007	2012	2002	2007	2012
Bruttovermögen	70	74	76	119	120	119	131 504	131 525	132 596
Selbstgenutztes Wohneigentum	38	36	38	62	59	63	138 752	138 354	141 085
Sonstige Immobilien	10	10	10	20	21	18	171 980	175 943	155 553
Geldvermögen	46	48	47	12	15	16	22 306	26 889	28 996
Betriebsvermögen	4	4	4	11	11	9	212 347	222 933	191 368
Wertsachen	9	6	6	2	2	1	18 089	22 452	15 438
Versicherungen und Bausparverträge	48	52	50	11	12	11	19 569	19 718	18 634
Versicherungen ²	.	40	39	.	9	8	.	18 401	16 678
Bausparvermögen ²	.	29	29	.	3	3	.	9 894	9 931
Schulden	28	31	32	19	20	19	53 040	51 362	50 079
Hypotheken auf selbstgenutzte Immobilien	19	18	18	10	11	11	47 412	53 635	55 314
Hypotheken auf sonstige Immobilien	4	4	4	5	5	4	103 344	105 391	89 380
Konsumentenkredite	12	16	16	3	3	3	21 407	14 853	14 691

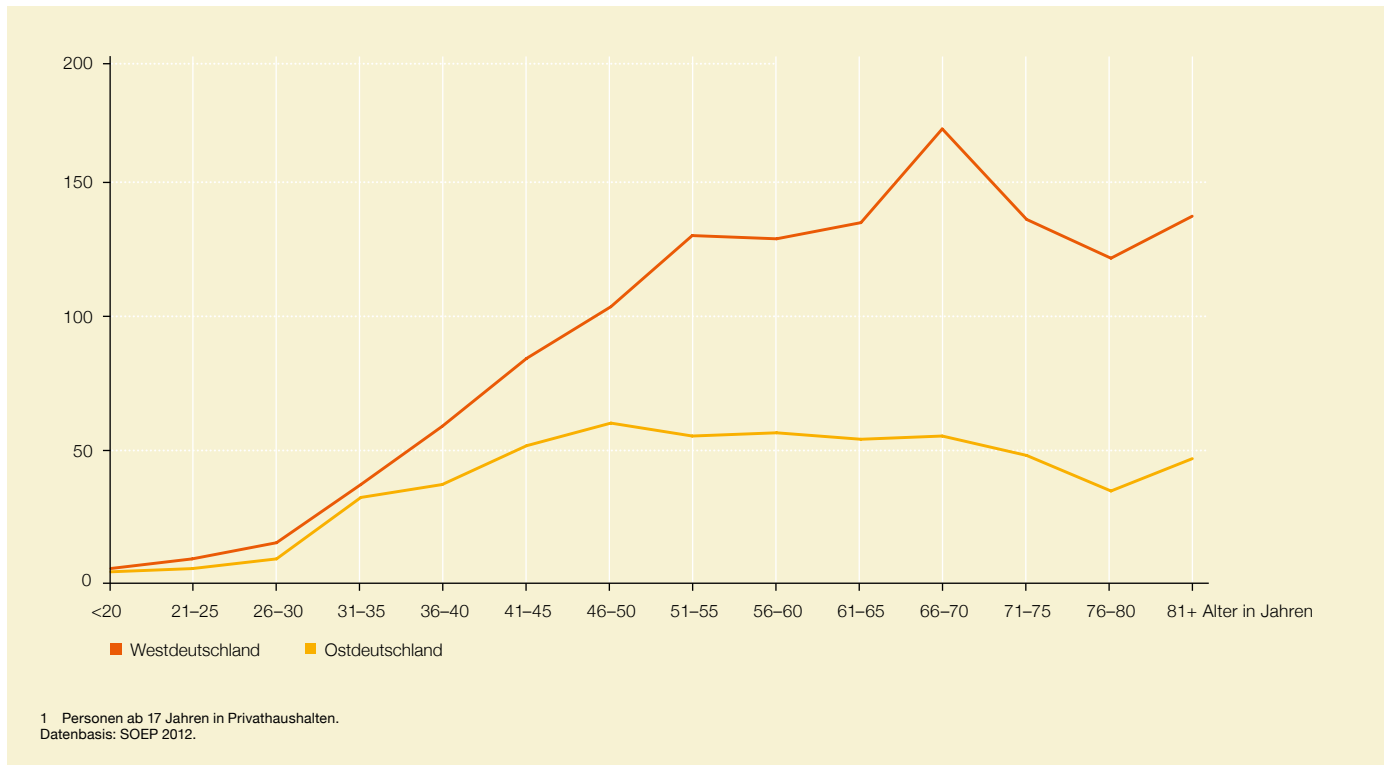
1 Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten.

2 In 2002 nicht getrennt erhoben.

. Zahlwert unbekannt.

Datenbasis: SOEP 2012.

► **Abb 3 Durchschnittliches individuelles Nettovermögen¹ nach Altersgruppen und Region 2012 — in Tausend Euro**



die Möglichkeit des Sparens und des Aufbaus von Vermögen, gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit von Erbschaften oder Schenkungen. Im Ergebnis steigt das durchschnittliche Nettovermögen ab einem Alter von 26 Jahren deutlich. Das höchste durchschnittliche individuelle Nettovermögen besaß 2012 die Gruppe der 66- bis 70-Jährigen mit knapp 175 000 Euro. Hierbei kommt dem Aufbau von Nettovermögen in Form von Immobilien eine besondere Bedeutung zu, da diese vielfach bis zum Rentenalter voll entschuldet sind. Im höheren Lebensalter erfolgt typischerweise ein Vermögensverzehr. Ältere Kohorten weisen typischerweise niedrigere Nettovermögen auf, da bereits Teile des Vermögens an nachgelagerte Generationen in Form von Schenkungen übertragen werden.

Bei einem Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland wird erkennbar, dass bis zu einem Alter von 40 Jahren kei-

ne signifikanten Unterschiede im Nettovermögen bestanden. Das Lohnniveau in Ostdeutschland ist zwar weiterhin niedriger als im Westteil des Landes. Andererseits sind aber auch die Mietpreise in Ostdeutschland geringer, was letztlich zu vergleichbaren Sparmöglichkeiten junger Erwachsener in beiden Landesteilen führen dürfte. Ältere Kohorten in Ostdeutschland blieben jedoch mit einem durchschnittlichen Vermögen von etwas mehr als 50 000 Euro weit hinter dem Niveau in Westdeutschland zurück. Die große Differenz erklärt sich vorrangig aus den fehlenden Sparmöglichkeiten für die ehemaligen Bürger der DDR sowie durch die weiterhin bestehende höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Auch mittelfristig werden Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen bleiben, da sich diese in Form von Erbschaften und Schenkungen auf die nächste Generation fortschreiben. ▶ Abb 3

6.4.4 Nettovermögen nach sozialer Position

Das Ausbildungsniveau und der ausgeübte Beruf haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe des Einkommens einer Person und damit auch auf ihre Sparmöglichkeiten. Somit lassen sich Unterschiede in der Höhe des Nettovermögens zwischen Personen mit unterschiedlicher sozialer Position erwarten.

Generell gilt, dass mit steigender beruflicher Position auch das Nettovermögen steigt. So verfügten un- oder angelernte Arbeiter und Angestellte im Jahr 2012 über ein durchschnittliches Vermögen von rund 33 000 Euro, bei Facharbeitern waren es 45 000 Euro. Vorarbeiter, Meister und Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten besaßen im Mittel 83 000 Euro, während Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben ein durchschnittliches individuelles Nettovermögen von knapp 210 000 Euro erreichten.

▶ Tab 3 Individuelles Nettovermögen¹ nach sozialer Stellung 2012

	Mittelwert	Median	Bevölkerungsstruktur
	in Euro	in Euro	in %
In Ausbildung, Praktikant	7 881	10	7,2
Un-, angelernte Arbeiter, Angestellte ohne Ausbildungsabschluss	32 527	2 000	10,6
Gelernte Facharbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit	45 076	9 858	10,6
Vorarbeiter, Meister, Poliere, Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit	83 039	34 000	23,6
Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben	209 096	114 595	0,7
Beamte einfacher, mittlerer Dienst	79 776	42 468	1,2
Beamte gehobener, höherer Dienst	113 810	80 100	2,4
Selbständige ohne Mitarbeiter	172 334	50 018	3,6
Selbständige mit 1–9 Mitarbeitern	329 044	145 124	1,8
Selbständige mit 10 oder mehr Mitarbeitern	952 264	504 860	0,3
Nicht erwerbstätig	61 901	5 578	5,8
Arbeitslos	17 797	0	5,0
Rentner, Pensionäre	112 163	49 900	27,2
Insgesamt	83 308	16 663	100,0

¹ Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten.
Datenbasis: SOEP 2012.

Untergliedert nach Dienstgraden zeigt sich, dass Beamte im einfachen oder mittleren Dienst ein Nettovermögen von gut 80 000 Euro und damit etwa so viel aufwiesen wie Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit. Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes hingegen verfügten über ein Nettovermögen von mehr als 110 000 Euro.

Am höchsten fiel das Vermögen von Selbständigen aus. Zum einen sind Selbständige zumeist nicht gesetzlich rentenversichert und betreiben stärker private Altersvorsorge in Form von privaten Versicherungen oder Immobilien, zum anderen ist dies dem Betriebsvermögen selbst geschuldet. Bei Selbständigen ohne Mitarbeiter lag das Nettovermögen bei etwas mehr als 170 000 Euro; bei Selbständigen mit mehr als zehn Mitarbeitern bei knapp einer Million Euro.

Relativ wenig Vermögen besaßen Nichterwerbstätige und Arbeitslose so-

wie Auszubildende. Bei Letzteren ist dies gemäß der Lebenszyklustheorie dem geringen Lebensalter geschuldet. Bei Arbeitslosen dürfte vorhandenes Vermögen auch zur Glättung des Konsums herangezogen worden sein, um den Ausfall des Erwerbseinkommens zu kompensieren. Zudem gilt, dass bei Beziehern von Arbeitslosengeld II zunächst privates Vermögen aufgebraucht werden muss, bevor staatliche Transferleistungen bewilligt werden. Beides führt im Ergebnis dazu, dass Arbeitslose im Durchschnitt mit etwa 18 000 Euro über geringe Nettovermögen verfügen. ▶ Tab 3

6.4.5 Vermögensmobilität

Aus den oben genannten Querschnittsanalysen können keine Aussagen darüber gemacht werden, wie sich die Vermögen über die Zeit hinweg auf individueller Basis entwickelt haben. Die hier verwendeten Daten basieren auf einer Längs-

schnittstudie, das heißt, die beobachteten Personen wurden nicht nur einmalig befragt, sondern die Befragung wird jedes Jahr immer wieder bei denselben Personen durchgeführt. Damit ist es möglich individuelle Aufstiege oder Abstiege in der Vermögenshierarchie zu beschreiben.

Um den Einfluss der Inflation zu berücksichtigen, werden im Folgenden die Vermögen real – also bereinigt um die Inflationsentwicklung – dargestellt. Da es keinen allgemeinen vermögensspezifischen Preisindex gibt, wird der allgemeine Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes herangezogen, um das reale Wohlfahrtsniveau in Preisen des Jahres 2010 zu bestimmen. Dem liegt die Idee zu Grunde, dass privates Vermögen jederzeit liquidiert und damit potentiell in Konsum umgewandelt werden kann.

Betrachtet man die Entwicklung der Vermögen in den 2000er-Jahren, stellt sich die Frage, welchen Einfluss die

▶ Tab 4 Absolute Veränderungen des realen individuellen Nettovermögens¹ 2002/2007 und 2007/2012 — Bevölkerungsanteile in Prozent

	2002/07	2007/12
Verlust <–1000 Euro	41,7	40,0
<–250 000 Euro	2,4	1,7
–250 000 bis –50 000 Euro	11,3	9,1
–50 000 bis –10 000 Euro	15,6	15,5
–10 000 bis <–1 000 Euro	12,5	13,6
unverändert		
–1 000 bis 1 000 Euro	13,4	15,8
Zuwachs (>1000 Euro)	44,9	44,2
>1 000 bis 10 000 Euro	13,5	14,9
10 000 bis 50 000 Euro	17,6	17,5
50 000 bis 250 000 Euro	11,7	10,3
>250 000 Euro	2,0	1,6
Veränderung in der Gesamtbevölkerung		
Arithmetisches Mittel	–1 211	456
Median	5 349	3 376

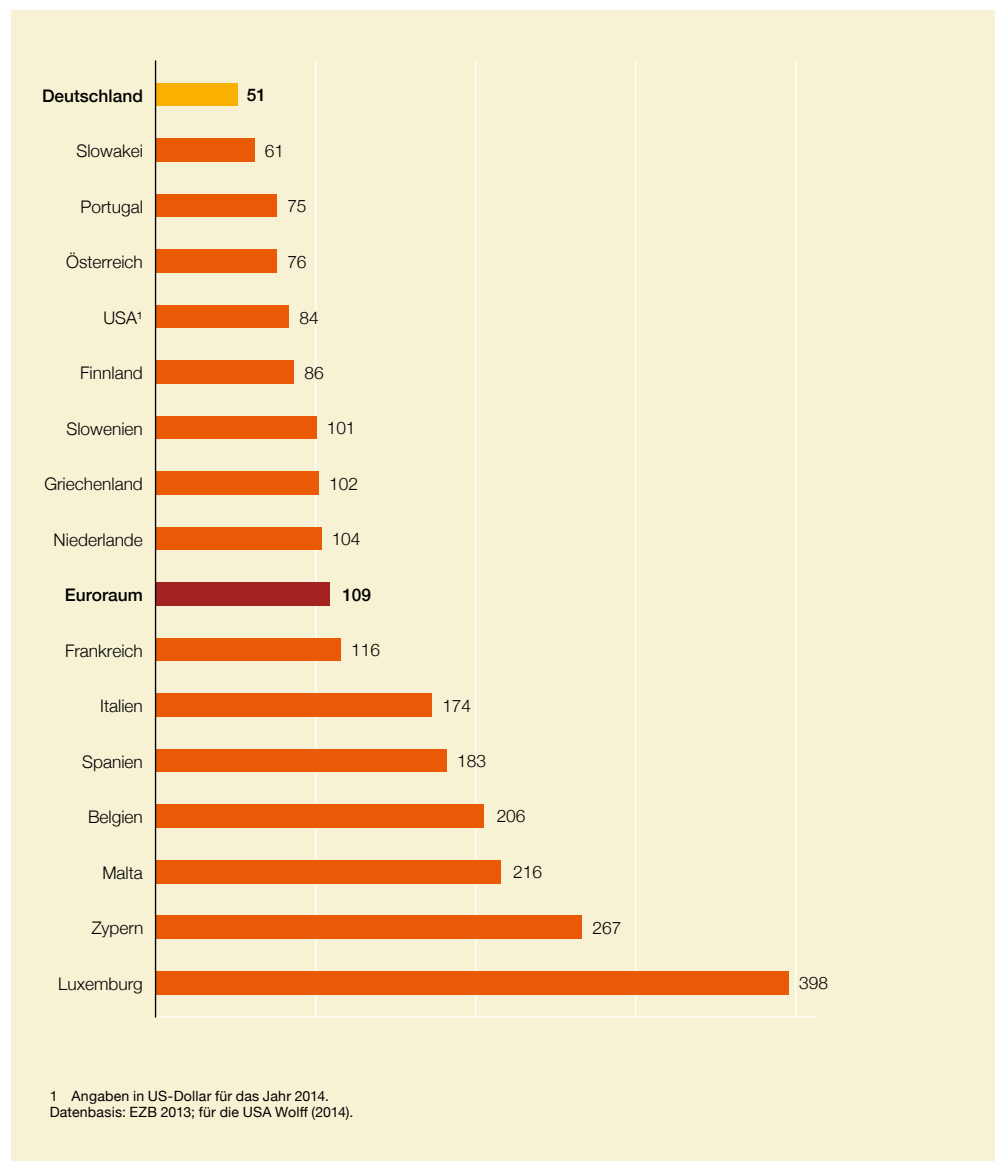
¹ Reale individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten in Preisen von 2010, 0,1 % Top-Coding. Längsschnitte der Jahre 2002/2007 und 2007/2012. Datenbasis: SOEP 2013.

globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeübt hat. Um deren Effekte abschätzen zu können, wird im Folgenden die Analyse in zwei Fünfjahreszeiträume unterteilt (2002 bis 2007 und 2007 bis 2012). Insgesamt zeigt sich, dass eine hohe Vermögensmobilität in der Bevölkerung besteht. Nur bei jeweils gut einem Achtel der Personen blieb das Nettovermögen in beiden Zeiträumen stabil, veränderte sich also um weniger als 1 000 Euro. Bei knapp einem Drittel der Personen nahm das Nettovermögen um real 1 000 bis 50 000 Euro zu. Vermögenszuwächse von real mehr als 50 000 Euro verzeichneten mehr als 10 %. Bei diesen spielten empfangene Erbschaften und Schenkungen eine zentrale Rolle für den Vermögensaufbau. Auf der anderen Seite erfuhren über 40 % aller Erwachsenen in Privathaushalten reale Vermögensverluste. Gemessen am Median bezifferten sich deren Verluste auf 21 000 Euro im Zeitraum 2002 bis 2007 und knapp 17 000 Euro im Zeitraum 2007 bis 2012. Die Vermögensverluste dürften hier aber überzeichnet sein, da der Wert von Hausrat oder Fahrzeugen nicht in die Analysen einfließt, andererseits aber Konsumentenkredite zur Anschaffung dieser Gegenstände im Nettovermögen berücksichtigt werden. Bei den Personen mit Vermögenszuwächsen machten die Gewinne bezogen auf den Median 20 000 Euro zwischen 2002 und 2007 beziehungsweise knapp 18 000 Euro zwischen 2007 und 2012 aus. Bis zum Jahr 2012 waren die Rückgänge und Einbrüche durch die Finanzmarktkrise vor allem beim Geldvermögen im Durchschnitt weitgehend aufgeholt. Im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Krise kam es insgesamt lediglich zu einer leichten Dämpfung der Vermögen. ▶ Tab 4

6.4.6 Internationaler Vergleich

Für einen Vergleich der Höhe des Nettovermögens innerhalb der Eurozone stellt die Europäische Zentralbank (EZB) seit kurzer Zeit harmonisierte Mikrodaten zur Verfügung. Mittels eines standardisierten Fragebogens werden alle relevanten Vermögenskomponenten erfasst,

▶ Abb 4 Median Haushalts-Nettovermögen 2013 – in Tausend Euro



um das Nettovermögen der Privathaushalte zu beschreiben. Zieht man wiederum den Median des Nettohaushaltsvermögens heran, also den Wert, der die reichsten 50 % der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, so lag dieser 2013 für die gesamte Eurozone (ohne Irland und ohne Estland) bei 109 000 Euro. Das höchste Median-Nettohaushaltsvermögen fand sich in Luxemburg mit knapp 400 000 Euro, gefolgt von Zypern

und Malta mit rund 270 000 Euro beziehungsweise 215 000 Euro. Aber auch die von der Finanzkrise schwer getroffenen Staaten Spanien und Italien wiesen ein überdurchschnittliches Nettovermögen auf. Hier ist aber zu beachten, dass die Befragung in Spanien direkt vor Eintreten der Finanzkrise durchgeführt wurde und daher gegenüber der aktuellen Situation vermutlich ein zu positives Bild zeichnet. Zu den weniger vermögenden

Staaten zählten die osteuropäischen Staaten Slowakei und Slowenien mit 60 000 Euro beziehungsweise 100 000 Euro, aber auch Österreich mit rund 75 000 Euro und Finnland mit etwa 85 000 Euro. Die US-amerikanischen Haushalte hielten ein Median Nettohaushaltsvermögen von 84 000 US-Dollar. Dieser geringe Wert erklärt sich hier vor allem durch die hohe Vermögensungleichheit. Mit Abstand das geringste Nettohaushaltsvermögen gemessen am Median entfiel auf Deutschland mit 51 000 Euro im Jahr 2011. Dieser geringe Wert ist auch das Ergebnis historischer Entwicklungen: Durch den Zweiten Weltkrieg wurden große Teile des privaten Vermögens in Deutschland zerstört, zudem hatten Personen in der DDR im Vergleich zu Westdeutschen kaum Möglichkeiten, Vermögen aufzubauen. Des Weiteren ist zu beachten, dass der Anteil der Eigentümer selbst genutzter Immobilien in Deutschland im internationalen Vergleich gering ausfällt. Nur die Schweiz hat innerhalb Europas einen geringeren Eigentümeranteil als Deutschland. Im Gegensatz dazu liegt der Eigentümeranteil in Zypern oder Malta bei drei Viertel. Der selbst genutzte Immobilienbesitz ist aber die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente und erklärt so auch, warum Deutschland ein nach inter-

nationalen Maßstäben geringes privates Vermögen – trotz relativ hoher Sparquote – aufweist. ▶ Abb 4

6.4.7 Ausblick

Dem privaten Vermögen kommt für die private Altersvorsorge eine wachsende Bedeutung zu, da mit den zu Beginn der 2000er-Jahre beschlossenen Reformen der Alterssicherung das Sicherungsniveau in der Gesetzlichen Rentenversicherung abgesenkt wurde und private Vorsorge zum Beispiel in Form von privaten Versicherungen wie Riesterrentenverträgen an Bedeutung gewinnt. Der durchschnittliche Vermögenswert von privaten Versicherungen (einschließlich Bausparverträgen) belief sich 2012 aber nur auf knapp 19 000 Euro. Ob damit die Lücken in der Absicherung der Gesetzlichen Rentenversicherung geschlossen werden können, bleibt fraglich. Ungewiss ist auch, ob die zusätzliche private Altersvorsorge zu einem zusätzlichen Vermögensaufbau führt oder ob die privaten Haushalte bisherige Sparformen zugunsten der Riesterrenten umschichten. In letzterem Fall werden sich Lücken in der Altersversorgung kommender Rentnerkohorten in Deutschland auftun und zu einem Anstieg der Altersarmut führen.

80 %

der 2013 in Deutschland lebenden Migranten wollen für immer in Deutschland bleiben.

60 %

der erwachsenen Bevölkerung ordneten sich 2014 der Mittelschicht zu.

16,4 Mill.

Menschen in Deutschland hatten 2014 einen Migrationshintergrund.

38 %

der Männer in Westdeutschland und 26 % der Männer in Ostdeutschland erreichten 2010–2014 eine höhere berufliche Position als ihre Väter.



7 Sozialstruktur und soziale Lagen

7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung*

*Überarbeitung der Version, die 2013 von Roland Habich erstellt wurde.

Mareike Bünning
WZB

WZB/SOEP

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden in den letzten Jahren insbesondere angesichts der verschärften wirtschaftlichen Situation und der stagnierenden Einkommensentwicklung wieder große Aufmerksamkeit. Mit diesen Entwicklungen sind politische Diskussionen und Konflikte verbunden, aber auch unmittelbare Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstands sowie die soziale Lage und Stellung verschiedener Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie. Zudem ist auch die Strukturierung der Gesellschaft in soziale Klassen und Schichten wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, nachdem manche Sozialwissenschaftler zuvor deren Existenz zunehmend in Fra-

ge gestellt und die »klassenlose« oder »entschichtete« Gesellschaft als Folge einer weitgehenden Individualisierung proklamiert hatten. ▶ [Info 1](#)

7.1.1. Soziale Lagen in Deutschland

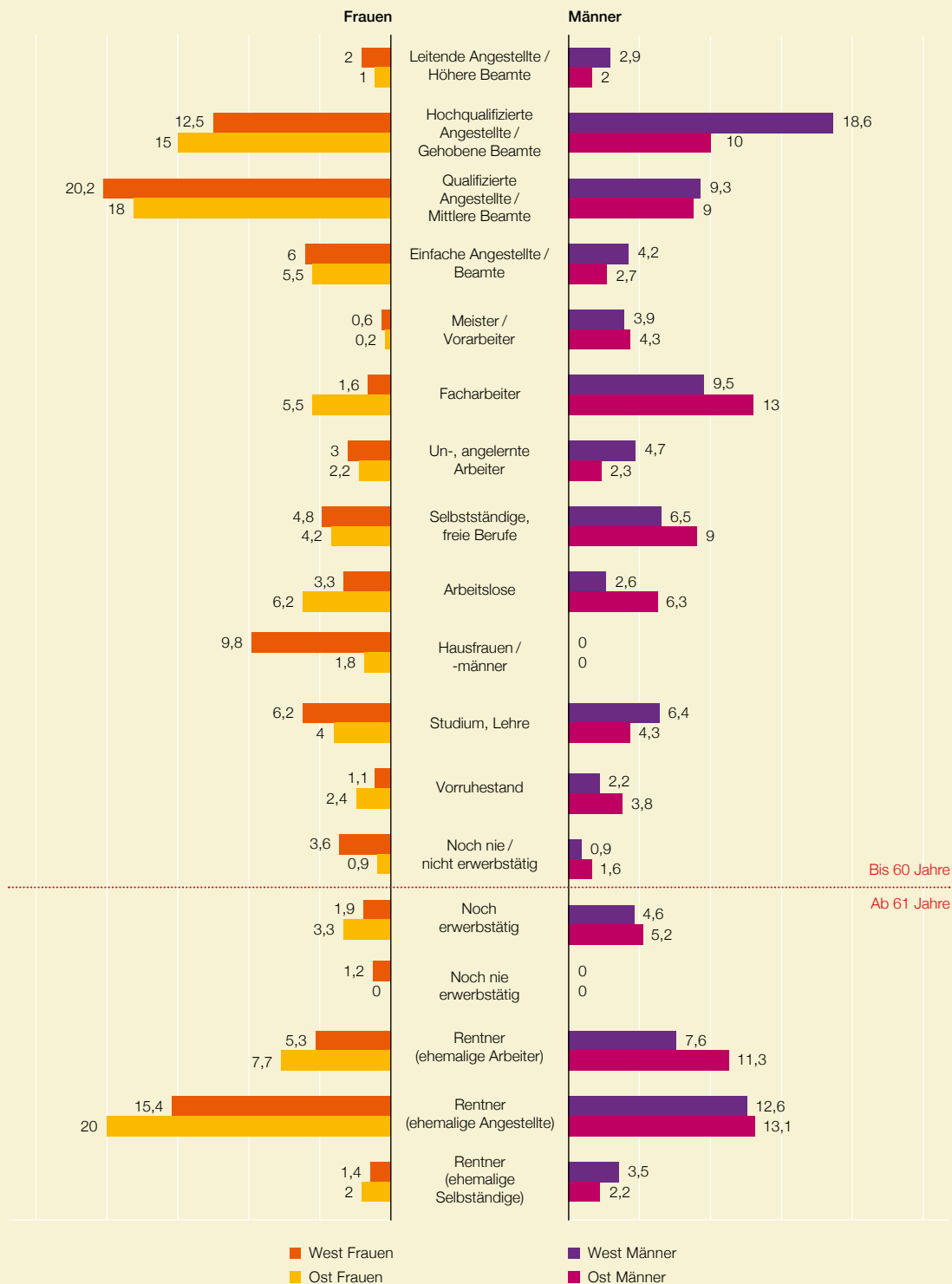
Im Folgenden wird ein übergreifendes Bild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das auf die Konzepte der sozialen Lage, der Klassenlage und der subjektiven Schichteinstufung zurückgreift. Für die Unterscheidung von sozialen Lagen wird die erwachsene Bevölkerung zunächst getrennt nach Männern und Frauen, in unter und über 60-Jährige sowie nach ihrer Stellung zum und im Erwerbsleben aufgegliedert. Daraus ergeben sich insgesamt 18 soziale Lagen von

▶ Info 1

Konzepte der Struktur sozialer Ungleichheit

Konzepte wie »soziale Schichtung«, »Klassenlagen«, oder »soziale Lagen« beziehen sich auf die Strukturen der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft und auf die Position von Personen in der Statushierarchie. Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich zum Beispiel in Einkommens-, Prestige- und Einflusdifferenzen ausdrückt. Die Klassenlage von Personen und Haushalten ist demgegenüber spezifischer und verweist auf Positionen in der vertikalen Statushierarchie, die mit typischen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden sind. Das Konzept der »sozialen Lage« umfasst darüber hinaus auch weitere Ungleichheitsdimensionen, darunter auch sogenannte neue soziale Ungleichheiten, die alte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen können. Dabei werden neben objektiven Merkmalen oder Benachteiligungen zum Teil auch subjektive Merkmale betrachtet.

► Abb 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 2014.

► Tab 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1990–2014 – in Prozent

	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990				2014			
Bis 60 Jahre								
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	3,0	0,9	1,9	0,7	2,9	2,0	1,6	1,1
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	16,4	6,6	13,0	13,5	18,6	12,5	10,4	14,8
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	11,4	14,0	5,4	21,5	9,3	20,2	8,8	18,1
Einfache Angestellte/Beamte	3,0	8,2	4,0	9,0	4,2	6,0	2,7	5,5
Meister/Vorarbeiter	4,4	0,4	9,9	1,7	3,9	0,6	4,3	0,2
Facharbeiter	14,8	1,2	27,7	9,9	9,5	1,6	13,0	5,5
Un-, angelernte Arbeiter	4,2	2,0	3,1	1,9	4,7	3,0	2,3	2,2
Selbstständige, freie Berufe	7,9	3,7	6,5	4,5	6,5	4,8	9,0	4,2
Arbeitslose	1,6	2,0	6,8	9,7	2,6	3,3	6,3	6,2
Hausfrauen/-männer	0,2	24,5	0,0	2,5	0,0	9,8	0,0	1,8
Studium, Lehre	10,8	5,3	2,5	1,0	6,4	6,2	4,3	4,0
Vorruhestand	2,3	1,9	4,3	6,7	2,2	1,1	3,8	2,4
Noch nie/nicht erwerbstätig	0,9	4,5	0,3	0,3	0,9	3,6	1,6	0,9
Ab 61 Jahre								
Noch erwerbstätig	2,7	0,9	2,8	0,5	4,6	1,9	5,2	3,3
Noch nie erwerbstätig	0,0	5,8	0,0	0,8	0,0	1,2	0,0	0,0
Rentner (ehemalige Arbeiter)	2,6	5,1	2,2	3,7	7,6	5,3	11,3	7,7
Rentner (ehemalige Angestellte)	9,7	11,1	7,6	10,1	12,6	15,4	13,1	20,0
Rentner (ehemalige Selbstständige)	3,6	1,7	1,7	2,1	3,5	1,4	2,2	2,0

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert, ALLBUS 2014.

Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahr 2014 in West- und Ostdeutschland. Durch den Vergleich mit dem Jahr 1990 können zudem die Richtung des sozialen Wandels insgesamt sowie insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland in dieser Periode der gesellschaftlichen Transformation betrachtet werden. Dabei richtet sich das Interesse vor allem darauf, inwieweit soziale Lagen einerseits mit objektiven Lebensbedingungen einhergehen und andererseits mit subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen verbunden sind. ► Abb 1

Weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur waren mit den massiven Umwälzungen verbunden, die nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt statt-

fanden. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft entwickelte sich infolge der gesellschaftlichen Transformation nach der deutschen Vereinigung zunächst eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur, die sich erst im Zeitverlauf allmählich an die westdeutschen Strukturen angenähert hat. Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zu meist ungewollte neue Lebensformen geworden. Eine vergleichbar starke Veränderung der Sozialstruktur in Westdeutschland stellt lediglich die Abnahme des Anteils der Nichterwerbstätigen dar: Der Anteil der Hausfrauen ist seit 1990 um mehr als die Hälfte zurückgegangen, während die Frauenerwerbstätigkeit zu-

genommen hat. Dabei ist bei den Frauen zugleich ein deutlicher Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen. ► Tab 1

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik insofern bereits über einen längeren Zeitraum als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR mittlerweile teilweise aufgelöst, wenngleich – vor allem bei den Männern – Facharbeiterpositionen immer noch stärker und Angestelltenpositionen weniger verbreitet sind als in Westdeutschland.

Ein Zeitvergleich (1990 bis 2014) verdeutlicht die Unterschiede zwischen den vielfältigen Umbrüchen während der

► Tab 2 Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2014 – in Prozent

	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Wohneigentum ²		Eigene wirtschaftliche Lage ist sehr gut / gut	
	West			Ost			West	Ost	West	Ost
	Unterstes	Mittleres	Oberstes	Unterstes	Mittleres	Oberstes				
Bis 60 Jahre										
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	4	6	57	/	/	/	79	/	86	/
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	4	15	43	6	20	34	61	51	81	79
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	5	21	27	14	20	21	50	54	66	69
Einfache Angestellte/Beamte	27	22	9	43	14	0	34	44	37	36
Meister/Vorarbeiter	13	24	20	5	14	41	74	60	74	68
Facharbeiter	15	25	12	10	32	6	47	50	59	61
Un-, angelernte Arbeiter	22	23	6	35	30	0	38	28	47	28
Selbstständige, freie Berufe	11	8	44	17	18	23	65	58	63	62
Arbeitslose	69	10	2	79	2	5	14	26	22	16
Hausfrauen/-männer	25	23	11	/	/	/	50	/	56	/
Studium/Lehre	38	13	10	62	8	3	39	13	61	37
Vorruhestand	46	3	14	48	16	3	43	50	50	26
Noch nie/nicht erwerbstätig	60	2	0	/	/	/	33	/	55	/
Ab 61 Jahre										
Noch erwerbstätig	12	16	36	20	20	20	71	60	62	62
Rentner (ehemalige Arbeiter)	26	29	2	35	20	1	51	43	67	63
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	11	19	28	17	27	3	64	49	75	74
Rentner (ehemalige Selbstständige)	24	4	17	24	14	10	69	57	75	65

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf.

² Anteil der Personen, die angeben, dass sie in eigenem Haus/ in der eigenen Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2014.

Transformation in Ostdeutschland und der eher kontinuierlichen und dramatischen Entwicklung im Westen Deutschlands. Insbesondere der anhaltend hohe Bestand an Arbeitslosen sowie die vergleichsweise hohen Anteile der Rentner und vor allem der Rentnerinnen sind als Folge des Arbeitsplatzabbaus im Osten Deutschlands weiterhin sichtbar. Positiv hat sich dagegen der Anteil der Selbstständigen entwickelt, der im Jahr 2014 im Osten Deutschlands sogar höher ist als in Westdeutschland.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in den objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedlichen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich unter anderem in Einkommensunter-

schieden, im allgemeinen Lebensstandard – zum Beispiel gemessen am Wohneigentum – sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Dabei zeigt sich, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Gesellschaftsstruktur erwartungsgemäß auch eine vorteilhaftere materielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hochqualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte befinden sich überwiegend im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigen Einkommen verbunden ist. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen in Ost- und Westdeutschland, dann sind die Differenzen bei den (Fach-)Arbeitern geringer als bei den Angestellten und Selbstständigen. ► Tab 2

Die Verteilung von Wohneigentümern verdeutlicht als relevanter Indikator für den allgemeinen Lebensstandard, dass mit den differentiellen sozialen Lagen auch Unterschiede in den Möglichkeiten der Ressourcenverwendung einhergehen: In Ost- und Westdeutschland finden sich unterdurchschnittliche Eigentümerquoten vor allem bei den wenig qualifizierten Arbeitern und Angestellten.

Die unterschiedlichen materiellen Verhältnisse, die mit diesen sozialen Lagen verbunden sind, spiegeln sich auch in der subjektiven Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation wider. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation vorwiegend als »sehr gut« oder »gut« bewerten, fällt die Bewertung bei Personen in schlechteren sozialen Lagen erwartungsgemäß weniger günstig aus.

► Tab 3 Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2014

	Gerechter Anteil am Lebensstandard Anteil »gerecht/mehr als gerecht«		Einstufung auf der Unten-Oben-Skala ¹		Allgemeine Lebenszufriedenheit ²	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %		Durchschnittswert			
Bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	76	/	7,0	/	8,1	/
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	74	62	6,9	6,6	8,0	7,8
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	70	44	6,5	6,5	7,8	7,5
Einfache Angestellte/Beamte	41	21	5,9	5,8	7,1	6,5
Meister/Vorarbeiter	57	33	6,7	6,3	7,7	7,5
Facharbeiter	50	36	6,1	6,2	7,5	7,2
Un-, angelernte Arbeiter	49	16	5,8	5,0	7,0	5,8
Selbstständige, freie Berufe	73	46	7,0	6,4	7,8	7,6
Arbeitslose	38	15	5,0	5,1	5,8	5,6
Hausfrauen/-männer	68	/	6,4	/	7,9	/
Studium, Lehre	87	75	6,7	6,0	8,0	7,0
Vorruhestand	55	21	5,9	5,3	7,0	5,7
Noch nie/nicht erwerbstätig	57	/	5,7	/	7,2	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	64	58	6,6	6,4	7,5	7,5
Rentner (ehemalige Arbeiter)	63	33	5,7	5,8	7,8	6,8
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	81	49	6,6	6,4	8,0	7,7
Rentner (ehemalige Selbstständige)	68	52	6,4	5,9	7,8	6,4

1 Mittelwerte auf der Unten-Oben-Skala von 1 (=»unten«) bis 10 (=»oben«).

2 Mittelwerte auf Zufriedenheitsskala von 0 (=»ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (=»ganz und gar zufrieden«).

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2014.

Die subjektive Beurteilung des eigenen Anteils am allgemeinen Lebensstandard als gerecht (beziehungsweise ungerecht) variiert ebenfalls nach sozialer Lage. Es zeigt sich, dass Personen auf Arbeiter- oder einfachen Angestelltenpositionen und vor allem Arbeitslose seltener als andere einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten glauben. Nur 38 % der Arbeitslosen in Westdeutschland und 15 % in Ostdeutschland betrachten ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht. Grundsätzlich sehen Ostdeutsche über alle Lagen hinweg ihren Lebensstandard im Vergleich zu Westdeutschen seltener als gerecht an. ► Tab 3

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der subjektiv wahrgenommenen vertikalen Gliederung der Gesellschaft, wie an ihrer Einstufung auf der

»Unten-Oben-Skala« (1 bis 10) abzulesen ist. Am höchsten ordnen sich erwartungsgemäß leitende und höhere Angestellte und Beamte sowie Selbstständige ein, aber auch diejenigen, die in ihrem zurückliegenden Erwerbsleben eine solche Position ausgeübt haben (Rentner) oder den Aufstieg in eine entsprechende Position für die Zukunft erwarten (noch in Ausbildung). Ganz unten ordnen sich dagegen un- und angelernte Arbeiter sowie Arbeitslose ein. Die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung beträgt immerhin zwei Skalenpunkte. Während Ostdeutsche sich in der Vergangenheit durchgängig niedriger einstuften als Westdeutsche, lassen sich im Jahr 2014 in der Hälfte der sozialen Lagen keine Ost-West-Unterschiede mehr feststellen.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist das bilanzierende Maß der Bewertung

aller Lebensumstände. Hier wird noch deutlicher als bei der wahrgenommenen sozialen Position in der gesellschaftlichen Hierarchie, dass mit den verschiedenen sozialen Lagen auch ein unterschiedlich hohes Niveau an Lebensqualität verbunden ist. Dabei ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die ostdeutsche Bevölkerung immer noch in nahezu allen sozialen Lagen über ein geringeres subjektives Wohlbefinden verfügt.

7.1.2 Klassenlagen

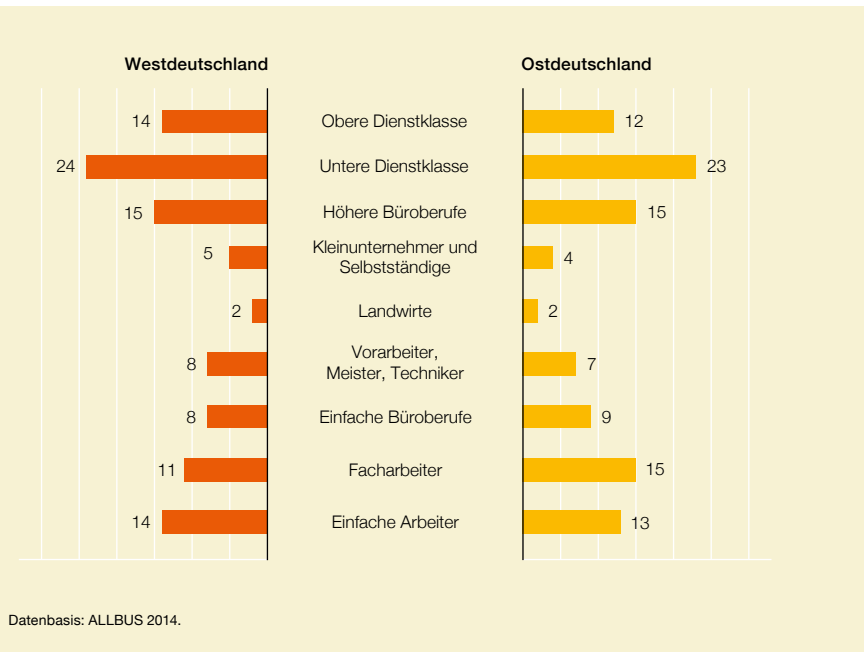
Neben dem Konzept der sozialen Lage wird für sozialstrukturelle Analysen – insbesondere Analysen zur sozialen Mobilität – vielfach das auf Max Weber zurückgehende Konzept der Klassenlage verwendet. Die beiden Konzepte weisen Ähnlichkeiten, aber auch einige Unterschiede auf. Sowohl das Konzept der so-

zialen Lage als auch das der Klassenlage betont die Zentralität des Erwerbssystems und geht davon aus, dass die Position auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf die Lebenschancen der Gesellschaftsmitglieder insgesamt und nachhaltig prägt. Die Unterschiede liegen insbesondere da-

rin, dass sich das Konzept der Klassenlage bei der Klassifizierung der Personen allein auf Merkmale der Berufstätigkeit stützt und dazu die eigene aktuelle oder frühere berufliche Stellung, beziehungsweise die des Partners/ der Partnerin heranzieht.

Betrachtet man die Verteilung der Bevölkerung auf die neun unterschiedenen Klassenlagen, dann zeigt sich, dass die Klassenstrukturen in West- und Ostdeutschland mittlerweile (2014) überraschend große Ähnlichkeiten aufweisen. Zu den charakteristischen Unterschieden zählte in der Vergangenheit, dass in Ostdeutschland ein geringerer Anteil der Bevölkerung auf die beiden Dienstklassen sowie die einfachen Büroberufe entfiel, während ein größerer Anteil der Bevölkerung zur Facharbeiterklasse gehörte. Nur letzterer ist in den aktuellen Daten noch deutlich sichtbar. Insgesamt entfällt im Jahr 2014 einschließlich der sogenannten »Arbeiterelite« mit 35 % nur noch ein gutes Drittel der ostdeutschen Bevölkerung auf Arbeiterklassenlagen (Westdeutschland 33 %), darunter 15 % auf die der Facharbeiter. ▶ Abb 2

▶ Abb 2 Klassenlagen in West- und Ostdeutschland 2014 — in Prozent

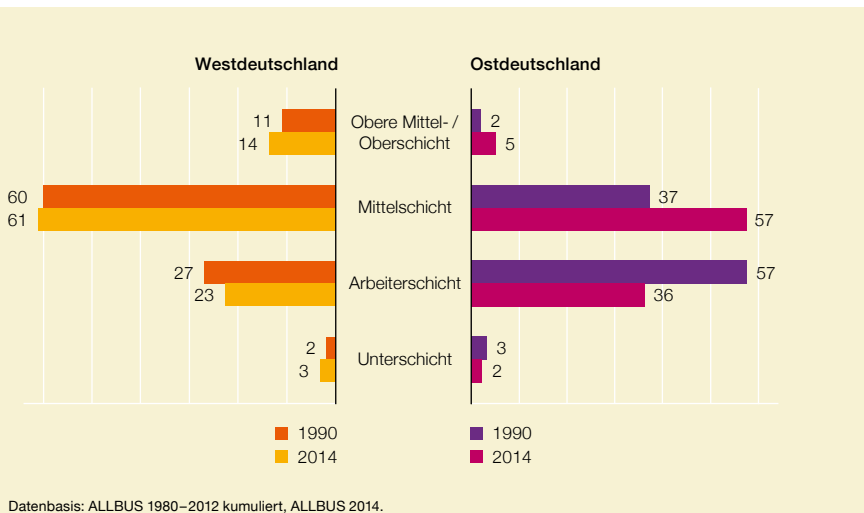


7.1.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine relevante Ergänzung des im Wesentlichen auf objektiven Informationen zur Stellung zum und im Erwerbsleben beruhenden Bildes der Lebenslagen- und Klassenstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – Fragen, die auch für das Jahr 2014 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von erheblichem Interesse sind.

In Westdeutschland ordnet sich im Jahr 2014 jeder Vierte der erwachsenen Bevölkerung der Unter- oder Arbeiterschicht zu, knapp zwei Drittel der Mittelschicht und jeder Siebte der oberen Mittel- oder Oberschicht. In Ostdeutschland stuft sich 2010 zum ersten Mal die Hälfte der Bevölkerung in die Mittelschicht ein – dieser Anteil nimmt bis 2014 weiter zu

▶ Abb 3 Subjektive Schichtzugehörigkeit 1990 und 2014 — in Prozent



(57%). Ein Drittel identifiziert sich weiterhin mit der Arbeiterschicht und lediglich jeder Zwanzigste mit der oberen Mittel- oder Oberschicht. Der Unterschicht im engeren Sinne zugehörig betrachtet sich in West- wie Ostdeutschland mit 3 beziehungsweise 2% nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung. ▶ [Abb 3](#)

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich von West- und Ostdeutschland ergeben, sind damit auch heute noch bemerkenswert, haben sich aber deutlich verringert. Die in den früheren Jahren in Ostdeutschland zu beobachtende pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft hat sich allmählich der zwiebelartigen – für Mittelschichtgesellschaften charakteristischen – Verteilung in Westdeutschland angenähert. Die Entwicklungen deuten somit auf einen signifikanten Wandel in der Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft hin. ▶ [Tab 4](#)

Auch in Westdeutschland hat der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen, in den letzten Jahren abgenommen. Betrachtet man die Entwicklung über den gesamten Zeitraum seit 1980, zeigt sich jedoch, dass die subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland über die vergangenen 35 Jahre weitgehend unverändert geblieben, das heißt außer zyklischen Schwankungen kein Trend zu beobachten ist. Aktuelle Thesen über das Entstehen einer »neuen Unterschicht« und ein erhebliches Schrumpfen der Mittelschicht finden zumindest auf der Grundlage der subjektiven Schichtidentifikation keine empirische Bestätigung.

Die subjektive Schichtzugehörigkeit wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sondern hängt darüber hinaus von dem jeweils zugrunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch bestimmt der faktische sozioökonomische Status beziehungsweise die soziale Lage maßgeblich die subjektive

▶ **Tab 4** Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1980–2014 – in Prozent

	Unter-schicht	Arbeiter-schicht	Mittel-schicht	Obere Mittel-/Oberschicht
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1982	1	35	55	10
1984	1	33	55	11
1986	1	27	62	11
1988	2	32	57	10
1990	2	27	60	12
1991	1	24	62	13
1992	2	26	60	12
1994	2	30	57	11
1996	2	31	56	11
1998	2	31	55	11
2000	1	30	59	10
2002	1	24	61	14
2004	2	34	54	10
2006	3	32	56	8
2008	3	30	56	11
2010	3	23	62	13
2012	2	23	63	12
2014	3	23	61	14
Ostdeutschland				
1991	3	57	37	2
1992	3	52	42	3
1994	2	56	39	3
1996	5	55	39	1
1998	7	51	40	2
2000	2	49	45	3
2002	3	40	51	7
2004	4	54	39	3
2006	5	46	46	3
2008	7	44	46	3
2010	4	38	51	6
2012	4	39	53	6
2014	2	36	57	5

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert, ALLBUS 2014.

Schichteinstufung. Personen, die eine Arbeiterposition einnehmen oder früher eingenommen haben (Rentner), identifizieren sich – insbesondere in Ostdeutschland – auch subjektiv weit überwiegend mit der Arbeiterschicht. Personen mit einem Angestellten- oder Beamtenstatus so-

wie Selbständige ordnen sich dagegen mit zum Teil überwiegender Mehrheit der Mittelschicht zu. In die obere Mittel- und Oberschicht stufen sich insbesondere leitende und höhere Angestellte und Beamte ein, in Westdeutschland darüber hinaus auch Selbständige. ▶ [Tab 5](#)

► Tab 5 Subjektive Schichtzugehörigkeit nach sozialen Lagen 2014 – in Prozent

	Subjektive Schichtzugehörigkeit					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Unter-/ Arbeiter- schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht	Unter-/ Arbeiter- schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht
Bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	7	51	42	/	/	/
Hochqualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	5	71	24	9	77	14
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	16	72	12	23	74	3
Einfache Angestellte/Beamte	43	54	3	48	52	0
Meister/Vorarbeiter	38	53	9	40	56	4
Facharbeiter	62	37	1	74	25	1
Un-, angelernte Arbeiter	76	24	0	76	24	0
Selbstständige, freie Berufe	10	61	29	19	74	7
Arbeitslose	52	46	2	69	28	3
Hausfrauen/-männer	24	61	15	/	/	/
Studium/Lehre	15	68	17	18	73	9
Vorruhestand	38	46	16	62	38	0
Noch nie/nicht erwerbstätig	49	47	4	/	/	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	19	65	16	29	67	4
Rentner (ehemalige Arbeiter)	59	41	1	71	28	1
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	10	73	17	23	72	6
Rentner (ehemalige Selbstständige)	9	71	20	35	57	9

/ Fallzahl zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 2014.

Ostdeutsche identifizieren sich im Vergleich zu den Westdeutschen auch im Jahr 2014 noch über nahezu alle sozialen Lagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der Oberschicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich die weiterhin bestehenden auf-

fälligen Ost-West-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur partiell durch Unterschiede in der Verteilung auf die verschiedenen Statuslagen erklären lassen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell

niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt.

7.2 Soziale Mobilität

Reinhard Pollak
WZB

WZB/SOEP

Die Fragen nach Chancengleichheit für soziale Auf- und Abstiege, die Diskussionen um die Abstiegsängste der Mitte der Gesellschaft und die Forderungen nach Perspektiven für soziale Aufstiege für Menschen in prekären Lagen haben in den letzten Jahren eine größere gesellschaftspolitische Bedeutung erhalten. Hintergrund hierfür ist, dass zentrale Bereiche des Lebens wie Einkommen, Gesundheit, Arbeitslosigkeit oder politische Teilhabe in unserer Gesellschaft nicht zufällig verteilt sind. Vielmehr gibt es Gruppen in der Gesellschaft, die sich hinsichtlich solcher Lebensbereiche in eher vorteilhaften beziehungsweise eher benachteiligten Lagen befinden. Zur Beschreibung dieser sozialen Lagen können verschiedene Maße herangezogen werden. Ein international gebräuchliches Maß für die Gliederung von Lebenschancen ist die Klassenlage beziehungsweise Klassenposition einer Person (siehe Kapitel 7.1.2). Die Klassenposition einer Person wirkt sich nicht nur auf die eigene Lebensführung aus. Sie beeinflusst – insbesondere in Deutschland – im hohen Maße die Bildungs- und Berufschancen der eigenen Kinder und damit die spätere Klassenposition dieser Kinder. Eltern mit einer vorteilhaften Klassenposition gelingt es viel häufiger, ihren Kindern durch gute Bildung und durch zusätzliche Unterstützung den Zugang zu vorteilhaften Klassenpositionen zu ermöglichen (siehe Kapitel 3.1.2). Eltern in eher nachteiligen Klassenpositionen können ihren Kindern nicht so viele Ressourcen mit auf den Lebensweg geben. Ihre Kinder nehmen später selbst eher benachteiligte Klassenpositionen ein. Dadurch kommt es zwischen den Generationen nur in begrenztem Umfang zu sozialen Auf- oder Abstiegen.

Die Auf- beziehungsweise Abstiege zwischen den Generationen sind Ausdruck der intergenerationalen sozialen Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt somit das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen Klassenposition befinden als ihre Elterngenera-

tion. Das heißt, soziale Mobilität zeigt an, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften Klassenpositionen gelingt, für sich selbst vorteilhafte Klassenpositionen zu erreichen beziehungsweise inwieweit Kinder mit vorteilhafter Klassenherkunft später in weniger vorteilhafte Klassenpositionen absteigen. Das Ausmaß an sozialen Auf- und Abstiegen wird oft als Maß für die Chancengleichheiten für Kinder aus verschiedenen Klassen interpretiert. Dabei gibt es mehrere Gründe für soziale Auf- und Abstiege. Neben den Bemühungen um gleiche Startchancen für Kinder aus unterschiedlichen Klassen führen insbesondere strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt über die Zeit hinweg zu unterschiedlichen Mobilitätserfahrungen.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten die Eltern bereits die gleiche Klassenposition, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Umfang werden Klassenpositionen der Eltern an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und was bedeuten diese Auf- und Abstiege für die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft? Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

7.2.1 Besetzung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Für die nachfolgenden Ergebnisse wurden verschiedene Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2014 zusammengefasst. Die betrachteten Personen waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 18 und 64 Jahre alt, entweder berufstätig oder arbeitsuchend und hatten aus Vergleichsgründen alle die deutsche Staatsangehörigkeit. Für Ostdeutschland werden Bevölkerungsumfragen ab 1990 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft, das heißt für die Position der Elterngeneration, wird die Klassenposition

des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten ungefähr 15 Jahre alt waren. Angaben zur Klassenposition der Mutter wurden insbesondere in älteren Umfragen leider nur lückenhaft oder gar nicht erhoben.

Tabelle 1 beschreibt den Grad der Selbstrekrutierung bestimmter Klassenpositionen, sprich den Anteil der Befragten, deren Väter bereits eine identische Klassenposition innehatten. Dabei werden sieben Klassenpositionen unterschieden: Obere Dienstklasse (zum Beispiel leitende Angestellte, freie Berufe); untere Dienstklasse (zum Beispiel hochqualifizierte Angestellte, gehobene Beamte); einfache Büroberufe (zum Beispiel Sekretärinnen, Buchhalter); Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern (in Handel und Handwerk); Landwirte; Facharbeiter (auch Meister und Techniker) und schließlich die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten.

Am anschaulichsten kann der Grad der Selbstrekrutierung anhand der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland dargestellt werden: Bis zur Jahrtausendwende haben gut 90 % der Landwirte einen Vater, der ebenfalls Landwirt war; fast alle Landwirte kommen folglich aus einer Bauernfamilie. Im neuen Jahrtausend nimmt die Selbstrekrutierung von Landwirten jedoch etwas ab. Bei Arbeiterpositionen findet man ebenfalls eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote. Gut die Hälfte der Facharbeiter in Westdeutschland (54 %) haben einen Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in der Tendenz heute eher höher als in früheren Jahrzehnten, die Klasse der heutigen Facharbeiter ist also bezüglich ihrer sozialen Herkunft homogener geworden. Die Gruppe der Selbstständigen ist dagegen deutlich heterogener geworden: Haben die Selbstständigen in den 1970er- und 1980er-Jahren noch Selbstrekrutie-

rungsraten von circa 36 %, so ist der Anteil im letzten Jahrzehnt auf 21 % gesunken. Bei allen anderen Klassen zeigen sich zwar leichte Schwankungen, ein deutlicher Trend bezüglich der Selbstrekrutierungsraten ist jedoch für diese Klassen nicht zu beobachten. Für Frauen in Westdeutschland sind hohe Selbstrekrutierungsraten unter den Landwirtinnen, bei Facharbeiterinnen und in der oberen Dienstklasse zu finden. Während diese Raten für westdeutsche Landwirtinnen und Facharbeiterinnen etwas geringer sind als bei westdeutschen Männern, rekrutieren sich westdeutsche Frauen in der oberen Dienstklasse viel häufiger aus dieser Klasse als westdeutsche Männer, mit steigender Tendenz. Frauen in Selbstständigkeit in Westdeutschland haben in den 2000er-Jahren eher seltener einen selbstständigen Vater. Bei den übrigen Klassenpositionen ergeben sich wenige Veränderungen über die Zeit.

► Tab 1 Selbstrekrutierungsraten – Anteil von Männern und Frauen, deren Väter bereits eine identische berufliche Position innehatten – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2014	1991–1999	2000–2009	2010–2014
Männer								
Obere Dienstklasse	28	23	28	24	29	19	30	34
Untere Dienstklasse	18	17	16	16	17	20	20	15
Einfache Büroberufe	12	17	14	15	12	/	/	/
Selbstständige	36	36	24	21	21	17	9	/
Landwirte	91	92	92	79	64	/	/	/
Facharbeiter/Meister	46	48	54	49	54	55	58	61
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	38	33	36	39	35	32	32	30
Frauen								
Obere Dienstklasse	31	32	32	36	38	24	31	36
Untere Dienstklasse	18	17	16	15	16	16	19	18
Einfache Büroberufe	13	15	12	13	12	/	7	/
Selbstständige	21	20	23	16	13	20	/	/
Landwirte	76	63	65	62	/	/	/	/
Facharbeiter/Meister	43	43	47	46	/	51	59	53
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	27	30	27	30	/	31	21	25

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der besonderen Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung mit Vorsicht zu interpretieren. Es werden daher in den Tabellen nur solche Werte ausgewiesen, die auf belastbaren Fallzahlen basieren. Die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland befinden sich in der oberen und unteren Dienstklasse sowie in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Bei den Männern kann für die obere Dienstklasse eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungsrate festgestellt werden: Während kurz nach der Wende nur circa 19% der Mitglieder dieser Klasse auch aus einem solchen Elternhaus kommen, sind es im Zeitraum 2000 bis 2009 bereits 30% und im aktuellen Jahrzehnt 34%. Diese Werte sind damit sogar etwas höher als in Westdeutschland. Bei der unteren Dienstklasse hingegen fallen im laufenden Jahrzehnt die Raten von 20% auf 15% etwas ab. Für Selbstständige ergibt sich ähnlich wie in Westdeutschland eine Tendenz zur Abnahme der Selbstrekrutierung. Die Facharbeiterklasse ist in Ostdeutschland sogar noch homogener als in Westdeutschland, und der zunehmende Trend zur gleichen Herkunft in dieser Klasse zeigt sich auch für diesen Teil Deutschlands. Circa 61% der ostdeutschen Facharbeiter haben heute einen Facharbeiter als Vater. Bei ungelerten Arbeitern und Angestellten liegt diese Rate nur halb so hoch und zeigt auch keinen robusten Trend über die Zeit.

Ostdeutsche Frauen in der oberen Dienstklasse haben mittlerweile ähnliche Selbstrekrutierungsraten wie ostdeutsche Männer; sie kommen immer häufiger aus einem Elternhaus, in dem der Vater bereits in der oberen Dienstklasse war. Für die untere Dienstklasse, für die Klasse der Facharbeiterinnen und für die Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten zeigen sich hingegen keine langfristigen Trends: Bei der unteren Dienstklasse gibt es kaum Veränderungen, bei Facharbeiterinnen scheint sich die Selbstrekrutierung aus der Facharbeiter-

klasse nach einem Anstieg Anfang des Jahrtausends wieder abzuschwächen. Bei Frauen aus der Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten ist es umgekehrt, die Rate steigt wieder an, nachdem es einen massiven Rückgang im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gegeben hat.

Auffallend ist, dass ostdeutsche Frauen in der Facharbeiterklasse eine deutlich stärkere Selbstrekrutierung aufweisen als westdeutsche Facharbeiterinnen (53 versus 41% im aktuellen Jahrzehnt). Bei den beiden Dienstklassen gibt es keine großen Unterschiede zwischen Ost und West, bei den Klassen der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten weisen die ostdeutschen Frauen eine etwas geringere Selbstrekrutierung auf.

Bei allen genannten Unterschieden im Detail zeigt sich für Ost- und Westdeutschland eine eher hohe Stabilität in den Selbstrekrutierungsraten. Eine wichtige Ausnahme hiervon ist die zunehmende Selbstrekrutierung der oberen Dienstklasse. Das bedeutet, dass die höchsten gesellschaftlichen Positionen in zunehmendem Maße von Personen besetzt werden, deren Eltern bereits diese vorteilhaften Positionen innehatten. Die Gruppe wird homogener, es gibt anteilig weniger Personen, die es mit einem anderen familiären Hintergrund in die vorteilhafteste Klasse schaffen. Bei der Facharbeiter/innenklasse deutet sich ebenfalls eine zunehmende Homogenisierung an. ▶ Tab 1

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Ost und West in den vergangenen Jahren merklich gesunken ist, gibt es anteilig nach wie vor mehr arbeitslose Menschen in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Aus welchen Herkunftsklassen kommen die Arbeitslosen und zeigen sich unterschiedliche Muster zwischen Ost und West? Zusätzliche – hier nicht im Einzelnen dargestellte – Analysen zeigen, dass von den heute arbeitslosen Männern und Frauen in Westdeutschland ungefähr zwei Drittel einen Vater aus der Facharbeiterklasse beziehungsweise der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten haben. In Ostdeutschland entstam-

men sogar vier Fünftel der Arbeitslosen einem solchen Haushalt. Dabei ist der durchschnittliche Anteil an Menschen, deren Vater aus einer der beiden Arbeiterklassen kommt, in beiden Teilen Deutschlands wesentlich geringer (53% in West beziehungsweise 63% in Ost). In beiden Landesteilen rekrutiert sich die Gruppe der arbeitslosen Männer und Frauen damit überproportional stark aus den beiden Arbeiterklassen, in Ostdeutschland ist dies noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

7.2.2 Vererbung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Tabelle 2 dreht die Sichtweise auf soziale Mobilität beziehungsweise Immobilität um und stellt die Vererbung einer Klassenposition vom Vater auf den Sohn beziehungsweise die Tochter dar. Die Zahlen geben somit an, wie groß der Anteil der Personen ist, deren Väter zum Beispiel eine obere Dienstklassenposition innehaben und die selbst wiederum eine Position in der oberen Dienstklasse erreichen. Aus dieser Perspektive heraus ist nicht mehr die Klassenposition der Befragten die Grundlage für die Berechnung der Prozentwerte, sondern die Klassenposition des Vaters. Deutlich wird dies erneut bei den Landwirten: Wie oben gezeigt, haben die meisten heutigen Landwirte auch einen Landwirt zum Vater. Aber Tabelle 2 zeigt, dass nur circa jeder fünfte Sohn eines Landwirtes in Westdeutschland ebenfalls Landwirt wird. Ähnliche Vererbungsraten findet man in der Klasse der Selbstständigen und etwas stärker in der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Die höchsten Vererbungsraten gibt es in Westdeutschland in der oberen Dienstklasse und in der Klasse der Facharbeiter: Etwa 45% der Väter in der oberen Dienstklasse »vererben« im jüngsten Beobachtungszeitraum ihre vorteilhafte Position an ihren Sohn, von den Facharbeitervätern geben rund 40% ihre Arbeiterposition an ihren Sohn weiter. Die niedrigste Vererbungsrate findet man bei der Klasse der einfachen Büroberufe (circa 13%). Für die meisten

Klassen haben sich die Vererbungsraten in den vergangenen Jahrzehnten für westdeutsche Männer als weitgehend stabil erwiesen. Nur in der Facharbeiterklasse deutet sich nach der Jahrtausendwende eine Entwicklung hin zu abnehmenden Vererbungsraten an.

Die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Töchter sind in der Tendenz niedriger als die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Söhne. Dies liegt vor allem an geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Frauen und Männer besetzen typischerweise unterschiedliche Berufsfelder (zum Beispiel Ingenieur, Arzthelferin, KFZ-Mechatroniker) und finden sich somit auch in unterschiedlichen Klassenpositionen wieder. Ausnahmen von dem typischen Vererbungsmuster von Vater-Sohn und Vater-Tochter gibt es für westdeutsche Frauen bei der unteren Dienstklasse, bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen und vor allem in der Klasse der einfachen Büroberufe. Im Schnitt nehmen etwa 40 % der Töchter eines Vaters aus der Klasse der einfachen Bürotätigkeiten eine Position in dieser Klasse ein. Bei den Söhnen waren es im aktuellen Jahrzehnt nur 13 %. Ähnlich hoch sind die Vererbungsraten für westdeutsche Frauen in der unteren Dienst-

klasse und bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen. Knapp zwei Fünftel der Töchter nehmen die gleiche Klassenposition ein wie ihre Väter. Doch während die Werte bei der unteren Dienstklasse und bei den einfachen Bürotätigkeiten über die Zeit schwanken, nehmen die Vererbungsraten bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen von 47 auf 36 % deutlich ab. Genau entgegengesetzt ist der Trend in der oberen Dienstklasse. In den 1970er-Jahren gelingt es nur 15 % der Töchter aus dieser Klasse, ebenfalls eine solche vorteilhafte Position zu erreichen. Bis zur aktuellsten Beobachtung hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt: Knapp ein Drittel der Frauen schafft es heute, diese vorteilhafte Position aus dem Elternhaus zu behaupten.

Die übrigen Klassen der Selbstständigen, Landwirte und Facharbeiter werden in Westdeutschland selten an die Töchter weitergegeben (knapp 10%), und dies verändert sich auch wenig über die Zeit. Die entscheidenden Entwicklungen finden also am oberen und unteren Ende des Klassengefüges statt. Westdeutschen Frauen gelingt es in zunehmendem Maße, ebenso gute Positionen wie ihre Väter einzunehmen. Gleichzeitig gelingt es ihnen häufiger, die weniger vorteilhafte Klasse

der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten zu vermeiden.

Für Ostdeutschland können aufgrund der Fallzahlen für einige Klassenpositionen keine gesicherten Aussagen getroffen werden. Bei den Klassen, für die gesicherte Erkenntnisse vorliegen, fällt auf, dass für ostdeutsche Männer die Vererbungsraten meist etwas geringer sind als für westdeutsche Männer. Insbesondere in der oberen Dienstklasse gelingt es den ostdeutschen Männern seltener, eine ebenso vorteilhafte Position wie die ihrer Väter einzunehmen, circa 34 % der ostdeutschen Männer vermögen in der jüngsten Zeit die oberste Klassenposition zu behaupten, im Westen sind es dagegen 45 %. Die Vererbungsrate in der unteren Dienstklasse ist in Ostdeutschland mit circa 20 % deutlich geringer als die Vererbungsrate in der oberen Dienstklasse. Während die Väter in Ostdeutschland ihre obere Dienstklassenposition über die Zeit hinweg jedoch in zunehmenden Maße an ihre Söhne weitergeben können und sich damit an das Westniveau annähern, pendeln die Vererbungsraten in der unteren Dienstklasse ohne Trend um ein Fünftel.

Deutliche Veränderungen sind in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen für ostdeutsche Männer zu verzeichnen. Während im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung knapp zwei Drittel der ostdeutschen Facharbeitersöhne ebenfalls eine Position in der Facharbeiterklasse einnahmen, ist dieser Anteil auf 54 % gefallen. Die abnehmende Vererbungsrate bei gleichzeitiger Zunahme der Selbstrekrutierungsrate deutet auf ein deutliches Schrumpfen dieser Klasse in Ostdeutschland hin (siehe auch Kapitel 7.1, Seite 203, Tab 1). Bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen hingegen kommt es zu einem starken Anstieg der Vererbungsraten. Während in den 1990er-Jahren circa 18 % aus der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen mit der gleichen Position vorlieb nehmen müssen, ist dieser Anteil im ersten Jahrzehnt des neuen

40 %

der Facharbeiterväter gaben nach Daten von 2010–2014 ihre berufliche Position an ihren Sohn weiter.



Jahrtausends auf 28 % angestiegen und bleibt seither auf diesem Niveau.

Die Entwicklungen für ostdeutsche Frauen ähneln denen der ostdeutschen Männer in der oberen Dienstklasse. Dort steigen die Vererbungsraten über die Zeit an, von 21 % in den 1990er-Jahren auf 27 % im aktuellen Jahrzehnt. Der Trend gilt für beide Geschlechter, allerdings gelingt es den Männern merklich häufiger, die Positionen ihrer Väter zu übernehmen. Bei der unteren Dienstklasse gibt es – anders als bei Männern – für Frauen einen leichten Trend zu höheren Vererbungsraten, die Vererbungsraten selbst sind bei Frauen deutlich höher als bei Männern in dieser Klasse (42 % gegenüber 20 % im aktuellen Jahrzehnt). Genau umgekehrt verhält es sich für die Klasse der Facharbeiterinnen. Die Vererbungsraten sind bei ostdeutschen Frauen deutlich geringer als bei ostdeutschen Männern (14 % versus 54 % im aktuellen Jahrzehnt), und sie nehmen über die Zeit von 22 % auf 14 % ab. Auffallend ist allerdings, dass die Vererbungsra-

ten für ostdeutsche Frauen doppelt so hoch sind wie für westdeutsche Frauen. Bei der Klasse der ungelernten Arbeiterinnen und Angestellten sinken die Vererbungsraten über die Zeit leicht von 36 % auf 31 %. Ostdeutschen Frauen gelingt es somit ebenfalls, die vorteilhaften Positionen der Dienstklasse zunehmend von ihren Vätern zu übernehmen, während sie eher unvorteilhafte Positionen in den beiden Arbeiterklassen vermeiden können. Die Entwicklung ähnelt der westdeutscher Frauen und hinsichtlich der Vererbung in der oberen Dienstklasse auch jener ostdeutscher Männer. Ostdeutsche Männer verzeichnen allerdings steigende Vererbungsraten an beiden Enden der Klassenverteilung und damit eher einen polarisierenden Trend. ▶ Tab 2

Die Betrachtung von Selbstrekrutierungsraten und Vererbungsraten lässt keine Schlüsse zu, welche Klassenpositionen die Söhne und Töchter einnehmen, wenn sie nicht in die Fußstapfen ihres Vaters getreten sind. Im Folgenden werden daher

nicht einzelne Klassenpositionen betrachtet, sondern es wird ein Gesamtbild der sozialen Mobilität in Deutschland aufgezeigt. Eine solche Gesamtbetrachtung ermöglicht auch eine Aussage darüber, ob diejenigen, die nicht die Klassenposition ihrer Väter übernehmen, eher vorteilhaftere oder weniger vorteilhafte Klassenpositionen erreichen als ihre Väter.

7.2.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es notwendig, die einzelnen Klassenpositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Die vorteilhafteste Klassenlage erfahren diejenigen, die eine Position in der oberen Dienstklasse einnehmen. Etwas weniger gut, aber immer noch mit vielen Vorteilen ausgestattet (zum Beispiel Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen, Karriereaussichten), sind Positionen in der unteren Dienstklasse. Am unteren Ende der Klassenhierarchie befinden sich ungelernte Arbeiter- beziehungsweise Angestellten-

▶ Tab 2 Vererbungsraten – Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihr Vater, nach sozialer Herkunft 1976–2014 – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2014	1991–1999	2000–2009	2010–2014
Männer								
Obere Dienstklasse	44	49	46	41	45	26	28	34
Untere Dienstklasse	37	31	31	29	32	19	23	20
Einfache Büroberufe	11	16	13	16	13	/	/	/
Selbstständige	21	26	21	21	19	22	20	/
Landwirte	21	21	25	16	22	/	/	/
Facharbeiter/Meister	49	48	50	41	40	63	53	54
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	25	22	24	30	24	18	29	28
Frauen								
Obere Dienstklasse	15	26	28	33	32	21	25	27
Untere Dienstklasse	41	33	38	38	37	37	40	42
Einfache Büroberufe	38	46	38	41	37	/	32	/
Selbstständige	12	11	15	13	9	24	/	/
Landwirte	12	10	9	9	/	/	/	/
Facharbeiter/Meister	9	8	11	8	7	22	17	14
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	47	45	38	39	36	36	32	31

/ Fallzahl zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

positionen. In solchen Positionen sind die Menschen verhältnismäßig schlecht gegen Arbeitsplatzverlust abgesichert, ihre Karrieremöglichkeiten und ihre Einkommen sind eher gering. Die verbleibenden Klassenlagen (einfache Büroberufe, Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern, Landwirte und Facharbeiter) lassen sich nicht in eine eindeutige Rangfolge bringen. Sie werden daher in einer großen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, die zwischen der unteren Dienstklasse und den ungelerten Arbeiter- beziehungsweise Angestelltenpositionen angesiedelt wird. Es werden somit insgesamt vier verschiedene Hierarchiestufen unterschieden: obere Dienstklasse, untere Dienstklasse, eine heterogene Gruppe mit mittleren Klassenpositionen und die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten.

Die oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, sprich wie groß der Anteil der Personen ist, die eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Berufspräferenzen und Erwerbsmöglichkeiten im Vergleich zu ihren Vätern generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Männer. In Westdeutschland bleiben die Gesamtmobilitätsraten für Männer und Frauen im Zeitvergleich praktisch konstant, knapp zwei Drittel der Männer und etwas über drei Viertel der Frauen haben eine andere Klassenposition als ihre Väter. In Ostdeutschland nehmen gut 60 % der Männer eine andere Klassenposition ein als ihre Väter. Für ostdeutsche Frauen nimmt die Gesamtmobilität etwas zu und gleicht sich dem Ausmaß für westdeutsche Frauen an.

Teilt man die Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, zum Beispiel von Facharbeitern zu einfachen Büroberufen), so zeigen sich jedoch einige Entwicklungen über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern ist der Anteil an vertikaler Mobilität in den letzten knapp 40 Jahren von 51 auf 56 % leicht gestiegen, während die horizontale Mobilität um circa vier Prozentpunkte abgenommen hat. Somit erhöht sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen dergestalt, dass vertikale Mobilität heute circa fünfmal so häufig vorkommt wie horizontale Mobilität. In Ostdeutschland ist dieses Verhältnis für Männer mit 5,1 zu 1 aktuell ähnlich. Allerdings gibt es hier in den Nullerjahren etwas mehr horizontale

► Tab 3 Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten 1976–2014

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2014	1991–1999	2000–2009	2010–2014
Männer								
Gesamtmobilität (%)	66	66	64	67	67	60	62	61
Gesamtmobilität umfasst:								
vertikale Mobilität (%)	51	50	51	54	56	51	50	51
horizontale Mobilität (%)	15	16	13	13	11	10	12	10
Verhältnis vertikale / horizontale Mobilität	3,3	3,1	4,0	4,0	4,9	5,2	4,1	5,1
vertikale Mobilität umfasst:								
Aufwärtsmobilität (%)	36	35	35	37	38	31	25	26
Abwärtsmobilität (%)	15	15	16	17	18	20	24	24
Verhältnis Aufstiege / Abstiege	2,4	2,4	2,2	2,1	2,2	1,5	1,0	1,1
Frauen								
Gesamtmobilität (%)	77	77	78	77	78	74	77	78
Gesamtmobilität umfasst:								
vertikale Mobilität (%)	59	55	58	58	61	63	59	63
horizontale Mobilität (%)	18	22	19	19	17	11	18	15
Verhältnis vertikale / horizontale Mobilität	3,3	2,5	3,0	3,1	3,6	5,8	3,4	4,1
vertikale Mobilität umfasst:								
Aufwärtsmobilität (%)	26	26	31	31	33	36	30	34
Abwärtsmobilität (%)	33	28	27	27	28	28	29	29
Verhältnis Aufstiege / Abstiege	0,8	0,9	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,2

Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

Mobilität. Das Ausmaß an horizontaler Mobilität ist zwischen Ost und West bis auf die Schwankungen kaum unterschiedlich, es gibt in Westdeutschland jedoch etwas mehr vertikale Mobilität für Männer. Die vertikalen und horizontalen Mobilitätsraten bei Frauen unterscheiden sich inzwischen kaum noch zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei ostdeutschen Frauen nimmt im neuen Jahrtausend die horizontale Mobilität merklich zu, die vertikale Mobilität schwankt zwischen 63 % und 59 %. In Westdeutschland schwanken die Werte ohne klaren Trend. Das Verhältnis zwischen vertikaler und horizontaler Mobilität liegt für Frauen in beiden Landesteilen bei circa 4 zu 1.

Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Aufstiege oder um Abstiege im Klassengefüge handelt. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer resultiert aus einer leichten Zunahme sowohl der Aufstiege als auch der Abstiege. Dabei gibt es im gesamten Zeitverlauf etwa doppelt so viele Aufstiege wie Abstiege, jedoch ist dieses Verhältnis in den vergangenen knapp 40 Jahren für westdeutsche Männer etwas ungünstiger geworden. Bei westdeutschen Frauen ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Es gelingt ihnen heute häufiger als früher, eine bessere Klassenposition einzunehmen als ihre Väter. Während in den 1970er-Jahren nur circa ein Viertel der westdeutschen Frauen eine bessere Klassenposition hatten als ihre Väter, hat heute jede dritte Frau eine bessere Klassenposition als ihr Vater. Gleichzeitig sank die Häufigkeit von Abstiegen in den 1980er-Jahren deutlich von 33 auf 28 % und bleibt seitdem konstant. Setzt man die Auf- und Abstiege ins Verhältnis zueinander, so verändert sich dieses Verhältnis von 0,8 auf 1,2. Das heißt, für Frauen waren in den 1970er-Jahren Abstiege im Klassengefüge häufiger als Aufstiege. Dies hat sich über die Zeit jedoch geändert; heute kommen in Westdeutschland Aufstiege für Frauen etwas häufiger vor als Abstiege. Bei dem Ausmaß der

Aufstiege nähern sich die Frauen allmählich den Männern an. Aufgrund der deutlich häufigeren Abstiege bleiben sie gegenüber den Männern jedoch weiterhin benachteiligt.

Für ostdeutsche Frauen gilt ein ähnlicher Befund wie für Westdeutsche. Circa ein Drittel der Frauen hat eine höhere Klassenposition als ihr Vater, knapp 30 % eine geringere Klassenposition. Somit gibt es für ostdeutsche Frauen ebenfalls etwas mehr Aufstiege als Abstiege. Während sich der Anteil der Abstiege über die Zeit kaum verändert, gibt es bei Aufstiegen besonders in den Nullerjahren Schwankungen, die aber keinem klaren Trend folgen.

Für Männer in Ostdeutschland sind die Entwicklungen weniger vorteilhaft. Im neuen Jahrtausend steigen deutlich weniger ostdeutsche Männer auf (nur noch 25 – 26 % statt 31 %), dagegen nimmt der Anteil von Abstiegen merklich zu (von 20 % auf 24 %). Seitdem sind die Raten stabil. Das Verhältnis zwischen Aufstiegen und Abstiegen sinkt in den 1990er-Jahren und ist heute nahezu ausgeglichen. Vergleicht man ostdeutsche Männer mit ostdeutschen Frauen oder westdeutschen Männern, so zeigt sich, dass sie deutlich weniger Aufstiege verzeichnen als andere Gruppen und dass es auch keine Anzeichen für eine Verbesserung ihrer vergleichsweise schlechten Perspektiven gibt. ▶ Tab 3

7.2.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

Die bisher dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Mobilitätserfahrungen von Männern und Frauen seit Mitte der 1970er-Jahre in Westdeutschland und seit der Vereinigung in Ostdeutschland. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Facharbeiterpositionen ist in dieser Zeit gesunken, während zusätzliche Positionen vor allem bei einfachen Büroberufen und in der oberen Dienstklasse geschaffen worden sind. Im Vergleich zu den Klassen-

positionen der Väter ist dieser Wandel noch ausgeprägter: Facharbeiterpositionen und Positionen in der Landwirtschaft haben stark abgenommen. Gleichzeitig gibt es zunehmend mehr Positionen in den beiden Dienstklassen und der Klasse der einfachen Büroberufe. Dieser strukturell bedingte Wandel beeinflusst die individuellen Mobilitätsmöglichkeiten. Wenn zum Beispiel Facharbeitersöhne aufgrund der abnehmenden Nachfrage nach Facharbeitern nicht mehr die gleiche Position wie ihre Väter einnehmen können, müssen sie zwangsläufig in andere Positionen ausweichen. Ein Teil der sozialen Mobilität – und damit auch mancher Auf- und Abstieg – beruht somit auf den Veränderungen in der Erwerbsstruktur.

Diese strukturell bedingte soziale Mobilität muss man herausrechnen, wenn man generell eine Aussage über die Chancengleichheit in der Gesellschaft treffen möchte. Daher werden die Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer bestimmten Herkunftsklasse mit den Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer anderen Herkunftsklasse verglichen. Mögliche Fragen lauten: Um wie viel geringer sind die Chancen für Personen aus der Facharbeiterklasse, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, im Vergleich zu Personen, die bereits in der oberen Dienstklasse groß geworden sind? Und inwieweit haben sich diese Chancen über die Zeit verändert? Es ist denkbar, dass sich für beide die Chancen erhöht haben, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, da die Zahl entsprechender Positionen zugenommen hat. Wenn sich dabei die Chancen für Personen aus Facharbeiterfamilien im gleichen Ausmaß erhöhten wie die Chancen der Personen aus der oberen Dienstklasse, dann bliebe die Chancengleichheit beziehungsweise Chancengleichheit zwischen den beiden Herkunftsklassen nach wie vor unverändert.

Abschließend werden daher im Folgenden Chancengleichheiten beziehungsweise Chancengleichheiten zwischen Personen mit unterschiedlicher Klassenherkunft untersucht. Für die 1970er-Jahre

in Westdeutschland zeigt sich, dass Personen aus der oberen Dienstklasse circa 26-mal so große Chancen haben, statt der Facharbeiterklasse die obere Dienstklasse zu erreichen wie Personen aus der Facharbeiterklasse. Diese großen Chancenungleichheiten sind charakteristisch für Deutschland. Im Vergleich mit anderen industrialisierten Ländern weist Deutschland mit die höchsten Chancenungleichheiten auf.

Die folgende Analyse beschreibt die Entwicklung der Chancenungleichheiten in Deutschland in den vergangenen knapp 40 Jahren. Hierzu wurden für sämtliche Kombinationen von Klassenpositionen die oben dargestellten Chancenverhältnisse berechnet und diese in einem Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt.

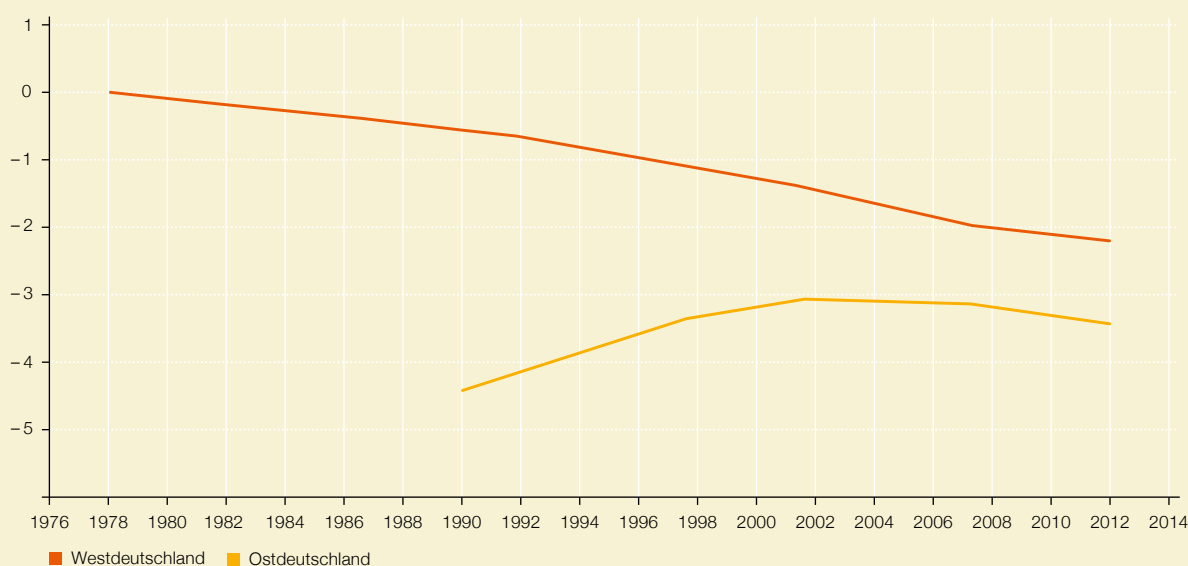
Abbildung 1 zeigt für Männer die Entwicklung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Klassenposition. Die Stärke des Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für das erste Jahr der Analyse – 1976

– wurde dieser Zusammenhang auf den Wert »0« als Ausgangsniveau festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung zu diesem Ausgangsniveau an, wobei negative Werte bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird, die Chancengleichheit also steigt. Die dargestellte Linie ist eine über die einzelnen Jahresbeobachtungen hinweg gemittelte Kurve. Die Stärke des Zusammenhangs nimmt für Männer in Westdeutschland im gesamten Zeitraum kontinuierlich ab. Für das aktuelle Jahrzehnt gilt, dass sich der ursprüngliche Zusammenhang zwischen der Herkunfts-klasse und der eigenen Klassenposition um circa 21 % verringert hat. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition hat sich somit seit 1976 deutlich abgeschwächt, die Chancengleichheit für Männer in Westdeutschland hat sich also im betreffenden Zeitraum erhöht. Für ostdeutsche Männer ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Hier hat sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition im Zeitverlauf ver-

stärkt, das heißt die Bedeutung der Herkunftsklasse für die eigene spätere Klassenposition hat insbesondere im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zugenommen. Das Ausmaß der Zunahme des Herkunftseffekts im Osten entspricht ungefähr dem Ausmaß der Abnahme des Effekts im Westen für den gleichen Zeitraum. Trotz des Trends ist der Zusammenhang zwischen Herkunftsklasse und eigener Klassenposition für ostdeutsche Männer jedoch weiterhin schwächer ausgeprägt als für westdeutsche Männer. Inwieweit es bei der Entwicklung in Ostdeutschland zu einer fortwährenden Konsolidierung kommt oder inwieweit sich der Trend gar umkehrt, wird sich erst mit zukünftigen Daten sagen lassen. Für westdeutsche Männer gibt es wenig Anhaltspunkte, dass sich der Trend hin zu mehr Chancengleichheit abschwächt. ▶ Abb 1

Bei den Frauen zeigten sich nach der Vereinigung ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Auch hier gilt, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klas-

▶ Abb 1 Relative Veränderungen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition für Männer 1976–2014



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

senposition in Ostdeutschland deutlich schwächer ausgeprägt ist als in Westdeutschland. Und auch hier gibt es gegenläufige Trends. Für westdeutsche Frauen nimmt der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Position über die Zeit hinweg leicht ab, diese Abnahme ist jedoch weniger stark ausgeprägt als bei westdeutschen Männern. Für ostdeutsche Frauen hingegen verstärkt sich der Zusammenhang merklich bis ins erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Diese Befunde ähneln stark den Befunden für ostdeutsche Männer. Es bleibt auch hier offen, ob dieser Trend sich konsolidiert oder gar abschwächt und inwieweit es zu einer weiteren Angleichung der Chancengleichheiten zwischen West und Ost kommt. ▶ Abb 2

7.2.5 Zusammenfassung

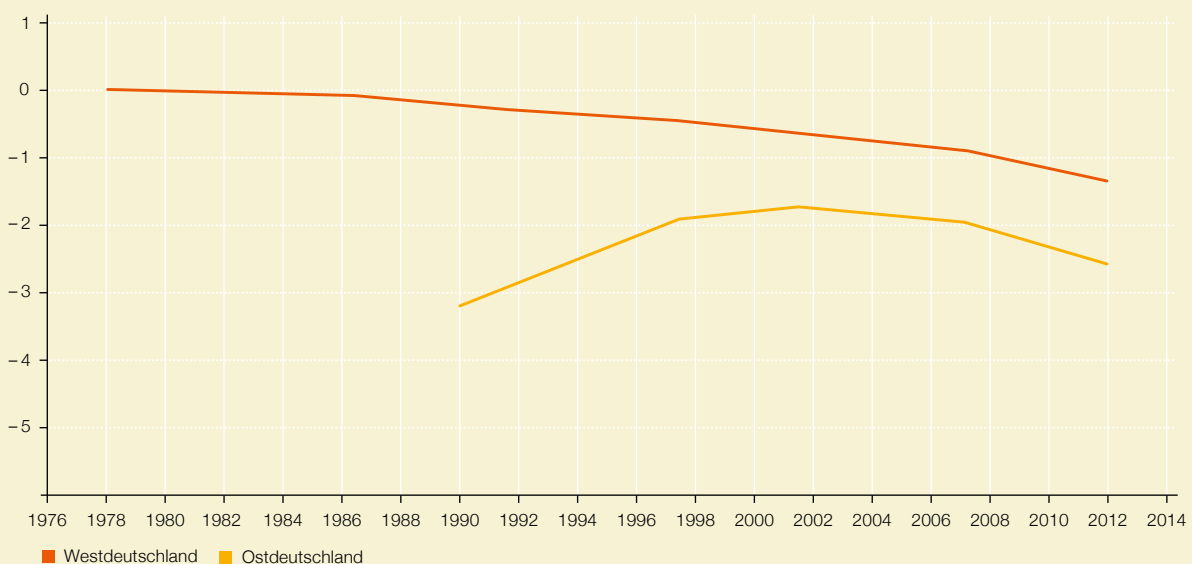
Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor

einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland. Viele Personen, die heute eine bestimmte Klassenposition innehaben, kommen aus Familien, in denen bereits der Vater die gleiche Klassenposition hatte. Dies trifft insbesondere für Landwirte und Facharbeiter zu, aber auch in zunehmendem Maße für die obere Dienstklasse. Über die Zeit gab es hier nur wenige Veränderungen, die insbesondere die Facharbeiterpositionen und im Osten die Dienstklassenpositionen betreffen. Bei der Vererbung von Klassenpositionen zeigen sich ebenfalls nur wenige Entwicklungen. Hervorzuheben ist allerdings die günstige Entwicklung für Frauen, die im Vergleich zu ihren Vätern verstärkt vorteilhafte Positionen behaupten und unvorteilhafte Positionen vermeiden können. Ostdeutsche Männer hingegen erfahren eine Polarisierung: sowohl am oberen Ende als auch am unteren Ende der Klassenhierarchie kommt es zu einer Verfestigung des Klassengefüges. Bei der Gesamtbetrachtung von Auf- und Abstiegen zeigt sich für

Männer ein merklicher Trend hin zu mehr Abstiegen. Frauen in Ost und West unterscheiden sich kaum noch bezüglich ihrer Aufstiegs- und Abstiegserfahrungen.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für westdeutsche Männer einen klaren kontinuierlichen Trend hin zu einem abnehmenden Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition. Der gleiche Trend fällt für westdeutsche Frauen merklich schwächer aus. Im Osten dagegen nimmt der Einfluss der sozialen Herkunft sehr deutlich zu. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Männer und Frauen hat stark abgenommen, es kommt bei beiden Geschlechtern zu einer Annäherung an das Westniveau. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese gegenläufigen Trends auf einem gemeinsamen Niveau einpendeln werden oder ob sich der Trend in Ostdeutschland umkehren wird.

▶ Abb 2 Relative Veränderungen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition für Frauen 1976–2014



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, SOEP 1986–2011, ZUMA-Standarddemographie 1976–1982, ISJP 1991–2000.

7.3 Bevölkerung mit Migrations- hintergrund

Gunter Brückner

Destatis

Welche Auswirkungen hat die Einwanderung auf die Bevölkerungsstruktur in Deutschland? Um den Blick auf diese Frage zu richten, verwendet die amtliche Statistik seit 2005 das Konzept der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«. Es umfasst Menschen, die nicht als deutsche Staatsbürger in Deutschland geboren sind, oder bei denen mindestens ein Elternteil nicht als deutscher Staatsbürger in Deutschland geboren ist. Es macht das Prinzip der ausländischen Wurzeln durch eine Kombination von Staatsangehörigkeit und Einwanderung messbar. Damit wird die zuvor verwendete Unterscheidung nach deutscher und ausländischer Bevölkerung stärker differenziert. Dies geschah vor allem aus folgenden Gründen:

- Seit 1950 hat Deutschland insgesamt gut 4,5 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aufgenommen, darunter allein von 1988 bis 1999 mehr als 2,6 Millionen.
- Seit 1950 wurden in Deutschland mehr als 5,2 Millionen Menschen eingebürgert. Im Zeitraum von 1990 bis 2007 erfolgten insgesamt knapp 3,5 Millionen Einbürgerungen; durchschnittlich über 192 000 pro Jahr. Danach schwankte die jährliche Zahl von Einbürgerungen zwischen 95 000 und 112 000.
- Seit 2000 wurden 521 000 sogenannte »Optionskinder« geboren, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, obwohl dies bei beiden Elternteilen nicht der Fall ist.
- Im Jahr 2014 hatte in Deutschland jedes dritte der 715 000 Neugeborenen Eltern(teile) mit ausländischen Wurzeln. Das waren 239 000 Babys, von denen nur geschätzt 38 000 ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren wurden.

Die Menschen in diesen vier Gruppen eint, dass sie einen deutschen Pass besitzen und gleichzeitig – wie die ausländische Bevölkerung in Deutschland – Wurzeln im Ausland haben. ▶ [Info 1](#)

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse des Mikrozensus 2014, hochgerechnet auf die Bevölkerung nach

dem Zensus 2011. Für Vergleiche mit 2005 werden die auf die Bevölkerung vor dem Zensus 2011 hochgerechneten Ergebnisse des Mikrozensus 2013 verwendet. ▶ [Info 2](#)

Im Jahr 2014 lebten rund 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, das waren 20 % der Gesamtbevölkerung von 80,9 Millionen. Sie setzten sich aus 7,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländern und aus 9,2 Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund zusammen. Zu diesen wiederum gehörten neben 2,4 Millionen Eingebürgerten und 3,1 Millionen (Spät-) Aussiedlerinnen und -aussiedlern auch deren 1,2 Millionen beziehungsweise 1,1 Millionen Kinder sowie die 1,4 Millionen Kinder mit einem oder zwei ausländischen Elternteilen und deutscher Staatsangehörigkeit. ▶ [Tab 1](#)

Die Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich in vielen Merkmalen. Aber auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund selbst ist keine homogene Gruppe. Dies zeigt sich bei den Kennziffern und Anteilen in Tabelle 1 in der Untergliederung nach der Zuwanderer-Generation und der Nationalität deutsch/nichtdeutsch. Diese Unterschiede werden von demografischen und sozioökonomischen Sachverhalten verursacht, auf die später im Einzelnen eingegangen wird.

Die Zuwanderung in Deutschland begann mit der Ankunft der Gastarbeiter in den 1950er- und 1960er-Jahren unter anderem aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal und dem ehemaligen Jugoslawien. Noch heute bilden Menschen mit Wurzeln in diesen sogenannten Gastarbeiter-Anwerbeländern die größte Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (5,9 Millionen Menschen oder 36 %). An zweiter Stelle folgen die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler sowie ihre Nachkommen mit 4,2 Millionen oder 26 %. Ihre Zuwanderung erfolgte seit 1950, sie fand schwerpunktmäßig jedoch von 1990 bis 2000 statt. Bei der restlichen Zuwanderung unterscheidet man die Her-

► Info 1

Definitionen und Datenquellen

Der **Migrationsstatus** einer Person wird aus ihren persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen ihrer Eltern. Beim Nachweis des Migrationsstatus wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Angaben zur **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** ermöglicht seit 2005 der Mikrozensus durch einen erweiterten Fragenkatalog. Hierbei handelt es sich um Personen, die

- seit 1950 nach Deutschland zugewandert sind
- oder in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurden
- oder mindestens einen Elternteil haben, der seit 1950 nach Deutschland zugewandert ist
- oder mindestens einen Elternteil haben, der in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurde.

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können – sei es als Kinder von zugewanderten Eltern (darunter Spätaussiedler), als Kinder ausländischer Elternpaare (sogenannte ius-soli-Kinder) oder als Kinder eingebürgerter Eltern. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen »vererben«. Bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern ist dies hingegen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der ersten bis dritten Migrantengeneration. Im Text wird unterschieden zwischen der **ersten Generation**, die selbst zugewandert ist, und der **zweiten Generation**, die bereits in Deutschland geboren wurde.

Die **deutsche Staatsangehörigkeit** wird im Regelfall kraft Gesetzes, ohne Antrag oder behördliches Zutun mit der Geburt erworben. Dies gilt für Kinder eines deutschen Elternteils (sogenanntes Abstammungs- oder ius-sanguinis-Prinzip) und für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, wenn wenigstens ein Elternteil im Zeitpunkt der Geburt des Kindes zum Daueraufenthalt in Deutschland berechtigt ist und sich seit mindestens acht Jahren rechtmäßig im Inland aufhält (sogenanntes Territorial- oder ius-soli-Prinzip).

Seit dem Jahr 2000 erwerben »**ius-soli-Kinder**« – auch **Optionskinder** genannt – mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren in Deutschland gelebt hat und zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Daneben haben sie die ausländische Staatsbürgerschaft ihrer Eltern, also eine doppelte Staatsbürgerschaft. Mit Erreichen der Volljährigkeit mussten sie sich jedoch früher bis zu ihrem 23. Geburtstag für eine Staatsbürgerschaft entscheiden (Optionspflicht). Im Jahr 2014 wurde die Optionspflicht neu geregelt; die Regelungen zum Geburtsort-erwerb selbst bleiben unverändert. Die Optionspflicht entfällt für viele Betroffene.

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31. Dezember eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die einzelnen Ausländerbehörden melden diese Daten an das AZR.

Seit dem Jahr 2000 gibt es eine Bundesstatistik über die **Einbürgerungen**, die sich auf eingebürgerte ausländische Personen bezieht. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin beziehungsweise eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

► Info 2

Methodischer Hinweis zur neuen Hochrechnung

Um aus der Stichprobe des Mikrozensus Aussagen über die Gesamtbevölkerung ziehen zu können, müssen die Daten entsprechend hochgerechnet werden. Die Eckzahl der Gesamtbevölkerung und die Größe der deutschen und ausländischen Bevölkerungsteile stammen aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Diese schreibt die offizielle Bevölkerungszahl auf Grundlage der letzten Zählungen fort. Bis zum Jahr 2010 waren dies die Volkszählung von 1987 im früheren Bundesgebiet und die Auswertung des zentralen Einwohnerregisters zum 3. Oktober 1990 in der ehemaligen DDR. Seit 2011 ist dies der Zensus 2011. Der Zensus hat gezeigt, dass insgesamt 1,5 Millionen Menschen weniger (darunter 1,1 Millionen Ausländer) in Deutschland leben, als zuvor angenommen worden war.

In den vorhergehenden Mikrozensusserhebungen 2011 bis 2013 waren zusätzlich auch Hochrechnungsfaktoren auf der Grundlage der Volkszählung 1987 und der Einwohnerregisterauswertung 1990 verfügbar. Im Mikrozensus 2014 sind jedoch nur noch die zensusbasierten Hochrechnungsfaktoren enthalten. Dadurch sind Zeitreihen von 2005 bis 2014 methodisch nicht vergleichbar. Zeitreihen werden daher in diesem Kapitel nur für die Jahre 2005 bis 2013 angegeben und basieren auf den oben genannten Grundlagen.

36 %

der Menschen mit Migrationshintergrund stammten 2014 aus den sogenannten Gastarbeiter-Anwerbeländern.



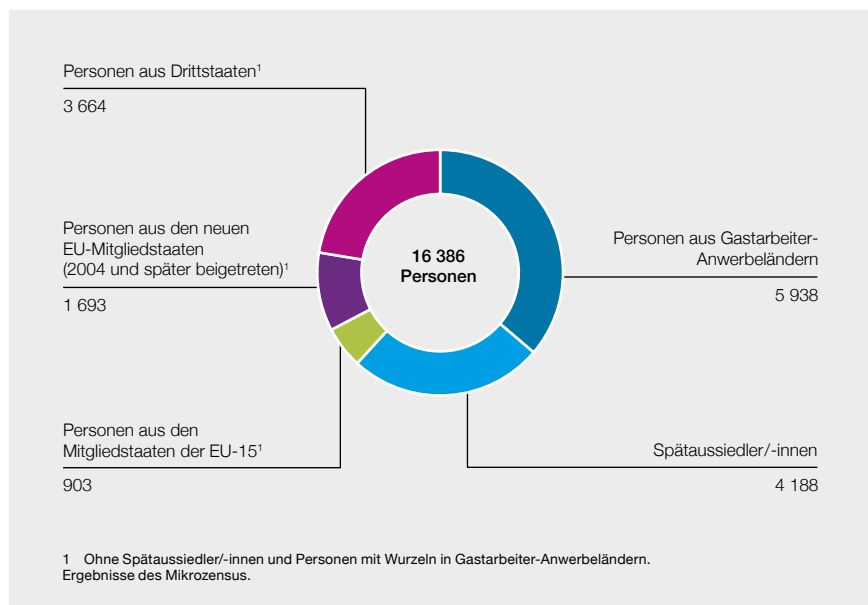
► **Tab 1** Bevölkerung nach Migrationsstatus 2014

	Bevölkerung mit Migrationshintergrund					Bevölkerung ohne Migrationshintergrund
	insgesamt	Ausländer/-innen		Deutsche		
		der 1.	der 2.	der 1.	der 2.	
		Generation				
Anzahl in 1 000	16 386	5 866	1 344	5 011	4 165	64 511
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	20,3	7,3	1,7	6,2	5,1	79,7
Durchschnittsalter in Jahren	35,4	43,0	24,5	48,0	12,9	46,8
Mittlere Aufenthaltsdauer in Jahren	22,4	18,9	X	26,5	X	X
Durchschnittliche Haushaltsgröße in Personen	3,2	2,9	3,7	2,8	4,1	2,5
Anteile der ... in %						
Frauen	49,8	49,8	45,4	52,4	48,3	51,1
unter 15-Jährigen	21,8	5,0	26,8	2,4	67,0	11,0
ab 65-Jährigen	9,7	11,8	1,9	17,2	/	23,8
Ledigen	46,5	27,1	72,5	22,0	94,7	39,1
Verheirateten	44,0	60,6	23,6	63,1	4,6	45,9
in einer Familie Lebenden (als Eltern oder Kind)	65,2	51,9	79,3	50,6	96,8	44,0

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus 2014 auf Basis des Zensus 2011.

► **Abb 1** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Herkunftsländern 2014 – in Tausend

kunftslander nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) (2,6 Millionen Menschen oder 16%) und den sogenannten Drittstaaten (3,7 Millionen Menschen oder 22%). Zusätzlich wird die Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten danach unterschieden, in welchem Jahr der EU-Beitritt erfolgte. Grund dafür ist, dass die

im Jahr 2004 und später der EU beigetretenen 13 neuen EU-Mitgliedstaaten mit zusammen 1,7 Millionen Betroffenen (10%) für die Einwanderung in Deutschland bedeutsamer sind und einer größeren Dynamik unterliegen als die alten Mitgliedstaaten aus der sogenannten EU-15 mit zusammen 0,9 Millionen Men-

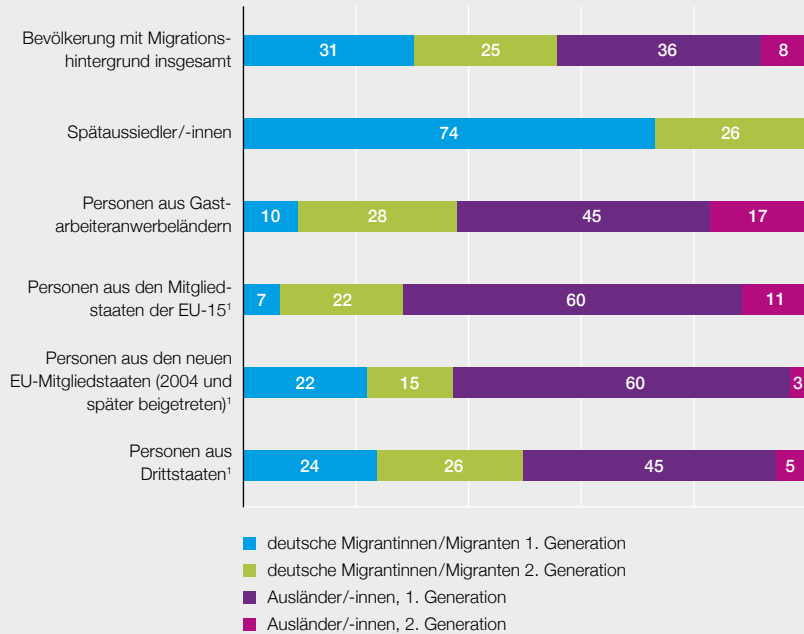
schen (6%), zu denen auch die an anderer Stelle bereits erwähnten vier Gastarbeiter-Anwerbeländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal zählen. Welche Länder wann der EU beigetreten sind siehe Kapitel 15, Abbildung 1, Seite 434. Asylbewerberinnen und -bewerber (auch ehemalige) sowie Bürgerkriegsflüchtlinge finden sich vor allem in der Gruppe der Drittstaaten. ► [Abb 1](#)

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Zuwanderergruppen hat großen Einfluss darauf, ob die Betroffenen einen deutschen Pass besitzen oder nicht und wie viele von ihnen selbst zugewandert sind (erste Generation) oder bereits in Deutschland geboren wurden (zweite Generation). Dies wird anhand der Ergebnisse in Abbildung 2 deutlich. Es besteht aber auch ein enger Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Zuwanderergruppe und einer Reihe wichtiger sozioökonomischer Faktoren. Deshalb nehmen die folgenden Abschnitte häufig Bezug auf die Abbildung 2. ► [Abb 2](#)

7.3.1 Historische Entwicklung in Deutschland

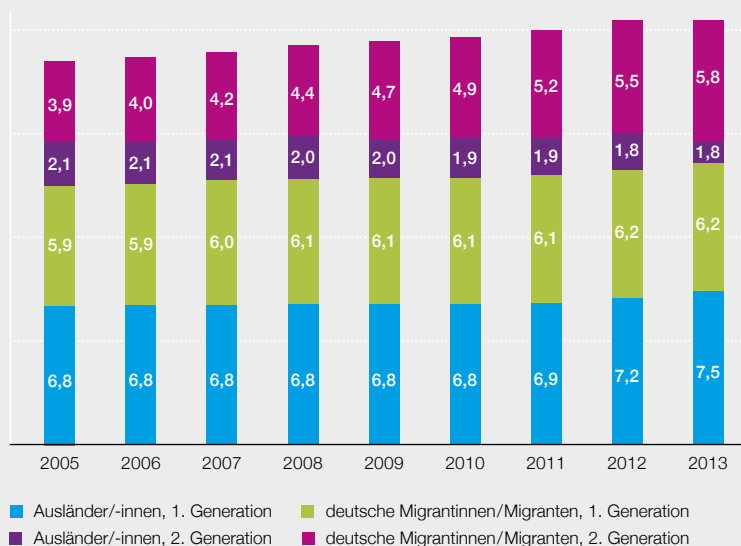
Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland ist von 15,3 Millionen im Jahr 2005 um 1,2 Millionen

► **Abb 2** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Zuwanderer-Gruppen 2014 – in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Abb 3** Entwicklung der Bevölkerung nach Migrationsstatus – in Prozent der Gesamtbevölkerung



Die Daten sind zur besseren Vergleichbarkeit auf die Ergebnisse der Bevölkerungsforschung vor Zensusrevision 2011 hochgerechnet. Ergebnisse des Mikrozensus.

(+ 8 %) auf 16,5 Millionen im Jahr 2013 angestiegen. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist dagegen im gleichen Zeitraum von 67,1 Millionen um 3,0 Millionen (– 5 %) auf 64,1 Millionen zurückgegangen.

Die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben sich dabei recht unterschiedlich entwickelt. So blieb die Zahl der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer von 2005 bis 2010 nahezu unverändert. Danach ist sie als Folge der hohen Nettozuwanderung – das heißt mehr Zuzugs – vor allem aus den Staaten der EU-Osterweiterung 2004/2007 und aus den sogenannten Euro-Krisenländern um 10 % angestiegen. ► [Abb 3](#)

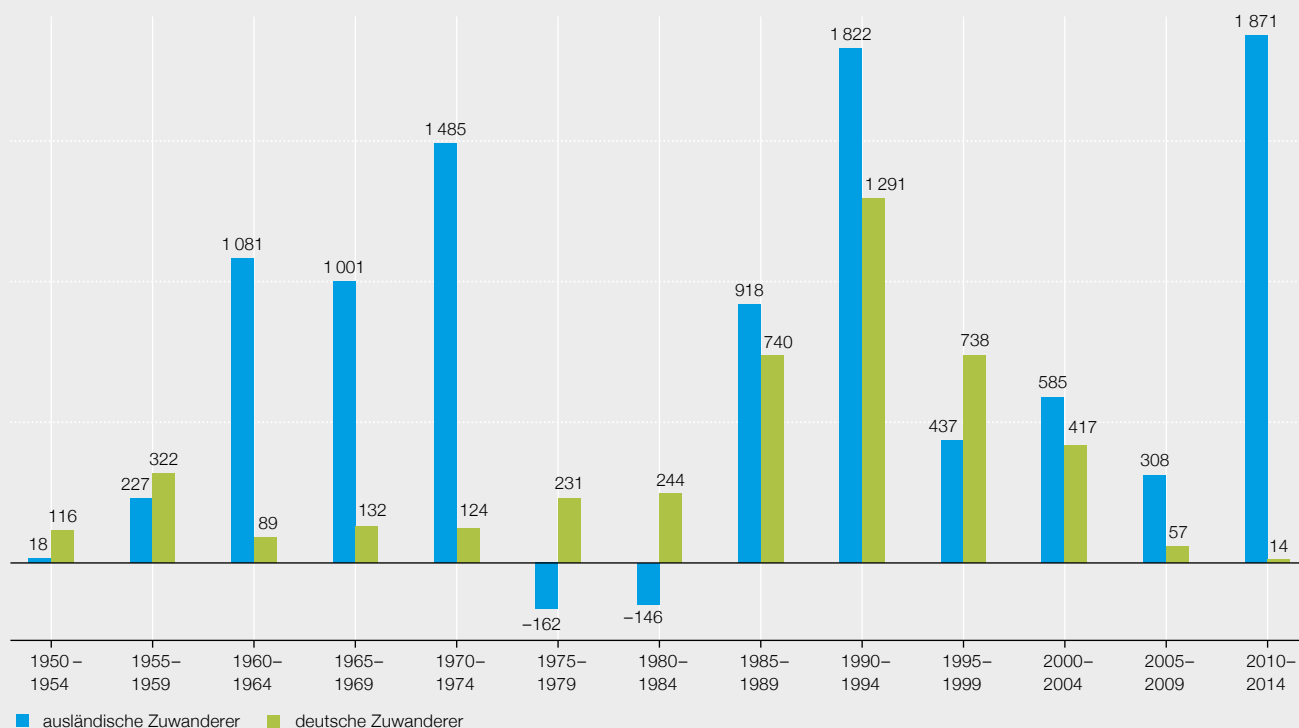
Die Zahl der in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer (sogenannte zweite Generation) hat seit 2005 um 14 % abgenommen. Dies ist zum Teil auf die erfolgten Einbürgerungen zurückzuführen, vor allem aber darauf, dass seit der Änderung des Ausländergesetzes im Jahr 2000 sehr viel weniger Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren werden als zuvor. Die zugewanderten Deutschen mit Migrationshintergrund haben sich im gesamten Zeitraum zahlenmäßig nur leicht erhöht (+ 4 %), vor allem weil das Potenzial der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in den Herkunftsländern mittlerweile erschöpft ist. Die Zahl der »Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation« ist dagegen seit 2005 um fast 50 % angestiegen; dies ist die größte strukturelle Veränderung insgesamt.

Das Gros der beschriebenen Veränderungen lässt sich auf die Struktur der Zuwanderung nach Deutschland seit 1950 zurückführen. Sie steht auf zwei Säulen und umfasst zwei recht unterschiedliche Teilgruppen.

Die Zuwanderung von Deutschen

Diese Zuwanderung ist von den sogenannten »Aussiedlern« geprägt. Sie beginnt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und bezieht sich auf Angehörige deutscher

► Abb 4 Zuwanderung nach Deutschland – in Tausend



Quellen: Ausländische Zuwanderer: Wanderungsstatistik; Deutsche Zuwanderer: BVA-Statistik »Spätaussiedler und ihre Angehörigen«

Minderheiten in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas und teilweise Zentralasiens. Sie sind die Nachkommen von Deutschen, die vor mehreren Jahrhunderten in diese Länder ausgewandert waren und dort über Generationen hinweg ihre Sprache und Kultur beibehalten hatten. Die Bundesrepublik Deutschland hatte seit 1953 mit dem Bundesvertriebenengesetz eine rechtliche Grundlage für die Rückkehr dieser Menschen geschaffen. Von 1950 bis 2014 kamen mehr als 4,5 Millionen deutsche Zuwanderinnen und Zuwanderer als (Spät-)Aussiedler, der Großteil von 1985 bis 2004. Das wichtigste Herkunftsland ist die ehemalige Sowjetunion (darunter vor allem Kasachstan, die Russische Föderation und die Ukraine) mit 52 %, gefolgt von Polen mit 32 % und Rumänien mit 10 %.

Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern

Diese Zuwanderung zeigt einen gänzlich anderen Verlauf. Von 1950 bis 2014 summierte sich die ausländische Nettozuwanderung, das heißt der Saldo von Zu- und Fortzügen von Ausländerinnen und Ausländern, auf insgesamt 9,4 Millionen Menschen. Rund 3,6 Millionen (38 %) von ihnen kamen zwischen 1960 und 1975, weitere 2,7 Millionen Menschen (29 %) wanderten zwischen 1985 und 1995 zu, und 1,9 Millionen (20 %) immigrierten seit 2010. ► Abb 4

Die ausländische Zuwanderung fand hauptsächlich im früheren Bundesgebiet statt. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt. Als dieser Bedarf nach

dem Bau der Mauer nicht mehr durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR gedeckt wurde, kam der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Von 1961 bis 1975 nahm deren Zahl in der früheren Bundesrepublik von 690 000 (1,2 % der Bevölkerung) auf 3,9 Millionen Menschen (6,3 %) zu. Aufgrund des Anwerbestopps bei den Gastarbeitern ging die Ausländerzahl zwischen 1974 und 1978 vorübergehend zurück. Danach stieg sie bis 1982 als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden auf knapp 4,7 Millionen an. Das Rückkehrhilfegesetz ließ 1983 und 1984 die Ausländerzahl vorübergehend sinken. Aufgrund der hohen Zahl von Asylsuchenden und der Aufnahme von Bürgerkriegs-

► Tab 2 Asylsuchende und Asylberechtigte

	Asylanträge	Asylberechtigte	Anerkennungs-	Gesamtschutz-
			quote ¹	quote ²
in %				
1991	256 112	11 597	3,9	.
1992	438 191	9 189	4,2	.
1995	127 937	18 100	9,0	.
2000	78 564	3 128	3,0	.
2005	28 914	411	0,9	6,5
2010	41 332	643	1,3	21,6
2011	45 741	652	1,5	22,3
2012	64 539	740	1,2	27,7
2013	109 580	919	1,1	24,9
2014	173 072	2 285	1,8	31,5

¹ Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

² Die Gesamtschutzquote umfasst die Anerkennung als Asylbewerber/-in, die Gewährung von Flüchtlingsschutz und die Feststellung eines Abschiebeverbots.

· Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Einbürgerungen im Jahr 2014 geringfügig zurückgegangen

Im Verlauf des Jahres 2014 wurden 108 420 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren 2,0% weniger als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Die Liste der am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigen wird wie in den Vorjahren von türkischen Staatsbürgern angeführt (22 500 Einbürgerungen), gefolgt von Personen aus Polen

(5 900 Fälle), Kroatien (3 900 Fälle) und dem Kosovo (3 500 Fälle).

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial – also das Verhältnis von erfolgten Einbürgerungen zur Zahl jener Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in Deutschland leben und damit alle Voraussetzungen erfüllen – betrug im Jahr 2014 durchschnittlich 2,2%.

flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina stieg sie anschließend bis Ende 1999 wieder an – auf 7,3 Millionen beziehungsweise 8,9% der Bevölkerung.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen suchten Arbeit, deshalb kamen überwiegend Männer im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland. Der Anteil der Ausländerinnen nahm nur langsam zu – von 31% im Jahr 1961 auf rund 47% im Jahr 2000, und zwar hauptsächlich als Folge von Familienzusammenführungen.

Auch in den neuen Ländern lebten und arbeiteten ausländische Staatsangehörige, vor allem aus sogenannten sozia-

listischen Bruderländern (beispielsweise Vietnam, Kuba, Angola oder Mosambik). Allerdings gab es dort keine nach Art und Umfang mit dem früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zur Zeit der Maueröffnung Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2% der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich die Zahl weiter – vor allem weil Arbeitsverträge oder Arbeitskräftevereinbarungen ausliefen und die Betroffenen in ihre Heimat zurückkehrten. Von 1992 bis 2003 stieg die Zahl der

Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern ohne Berlin Jahr für Jahr leicht an – überwiegend als Folge der zentralen Verteilung von Asylsuchenden. Danach blieb die Zahl weitgehend unverändert. Im Jahr 2014 hatte die ausländische Bevölkerung mit 302 000 Personen einen Anteil von 2,4% an der dortigen Bevölkerung – gegenüber 13,7% in Berlin und 9,9% im früheren Bundesgebiet ohne Berlin.

Die Asylsuchenden als Teilgruppe der ausländischen Bevölkerung in Deutschland stehen aktuell im Zentrum der öffentlichen Diskussion, so wie häufig in Jahren mit hohen Zuzugzahlen. Ihren bisher höchsten Stand mit rund 438 200 erreichte die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Deutschland 1992. Danach ging sie kontinuierlich bis auf 19 000 Asylanträge im Jahr 2007 zurück, vor allem weil seit 1997 Asylsuchende innerhalb der Europäischen Union im Rahmen der sogenannten Dublin-Verordnung auf alle Mitgliedstaaten der EU verteilt werden. Seit 2008 kamen wieder mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Deutschland; im Jahr 2014 wurden 173 100 neue Asylanträge gestellt, das Jahr 2015 stellt mit 441 900 Anträgen sogar einen neuen Rekord dar.

Die Anerkennungsquote sank mit Unterbrechungen im Zeitverlauf von 29% im Jahr 1985 auf 1% im Jahr 2005 und verharrt seither auf diesem Niveau. Durch Flüchtlingsschutz nach dem Asylverfahrensgesetz und durch Feststellung eines Abschiebeverbots waren aber Antragstellende zusätzlich abgesichert, sodass 2014 die Gesamtschutzquote bei 32% lag.

Ausführliche Angaben zu diesem Thema enthält das Kapitel 8.1, Seite 245. ► Tab 2

7.3.2 Regionale Verteilung und Herkunftsländer

Aus geografischer Perspektive ist Migration vor allem ein Phänomen, das die alten Bundesländer betrifft. Westdeutsche Großstädte und alte industrielle Zentren weisen historisch bedingt höhere Anteile an Migranten auf. Hier war der Bedarf an Gastarbeitern infolge des Wirtschaftsauf-

Übrigens...

lebten laut Ausländerzentralregister (AZR) zum 31. Dezember 2014 Personen aus 199 verschiedenen Staaten in Deutschland. Die meisten kamen aus der Türkei (1,5 Millionen), aus Polen (0,7 Millionen) und aus Italien (0,6 Millionen). Mit jeweils einer Person waren die Marshallinseln, Mikronesien und Timor-Leste mit den wenigsten Staatsangehörigen und Nauru als einziger Staat ohne einen Staatsbürger im AZR vertreten.

Die meisten Nationalitäten lebten in Berlin (191), gefolgt von München (187), Hamburg (184) und Frankfurt (180); die wenigsten gab es in den Kreisen Hildburghausen (65) und Sonneberg (67) – beide in Thüringen.

► **Tab 3 Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in regionaler Gliederung 2013**

	Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Veränderung des Anteils gegenüber 2005
	in %	in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	27,9	+2,8
↳ Regierungsbezirk Tübingen	23,1	+0,9
↳ Regierungsbezirk Stuttgart	31,1	+2,8
Bayern	20,6	+1,7
↳ Regierungsbezirk Oberfranken	12,8	+0,1
↳ Regierungsbezirk Oberbayern	25,4	+2,2
Berlin	26,6	+3,1
Bremen	28,5	+3,7
Hamburg	28,9	+2,1
Hessen	27,8	+4,4
↳ Regierungsbezirk Kassel	19,3	+3,0
↳ Regierungsbezirk Darmstadt	32,0	+5,2
Niedersachsen	17,9	+1,9
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Lüneburg	13,7	+0,3
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Hannover	20,8	+2,8
Nordrhein-Westfalen	25,2	+1,6
↳ Regierungsbezirk Münster	19,6	+1,6
↳ Regierungsbezirk Düsseldorf	27,0	+2,0
Rheinland-Pfalz	20,6	+3,1
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Trier	16,4	+5,3
↳ ehemaliger Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	22,2	+2,5
Saarland	17,3	-1,0
Schleswig-Holstein	12,5	-0,0
Neue Länder ohne Berlin	4,6	-0,2

Ergebnisse der Mikrozensus 2005 und 2013.

schwungs seit den 1950er-Jahren besonders groß. Dieses räumliche Verteilungsmuster besteht bis heute, wie ein Vergleich der Länder zeigt. Im Jahr 2014 war der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund am höchsten in den Stadtstaaten Bremen (29 %), Hamburg (28 %) und Berlin (26 %) sowie in den Flächenländern Hessen (28 %), Baden-Württemberg (27 %) und Nordrhein-Westfalen (25 %). In den neuen Ländern (ohne Berlin) lag der Migrantenanteil hingegen nur bei 5 %. Innerhalb der Flächenländer gibt es aber erhebliche regionale Unterschiede. Dies zeigte sich schon 2013 an den ausge-

wiesenen höchsten und niedrigsten Werten für die Regierungsbezirke, vor allem in Bayern und Hessen. ► [Tab 3](#)

Seit 2005 hat sich die geografische Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich geändert. Den größten Anstieg auf Länderebene gab es in Hessen (+ 4,4 Prozentpunkte), gefolgt von Bremen (+ 3,7 Prozentpunkte), Berlin und Rheinland-Pfalz (jeweils + 3,1 Prozentpunkte). Der höchste regionale Anstieg wurde in Rheinland-Pfalz in der Region Trier registriert (+ 5,3 Prozentpunkte), gefolgt vom Regierungsbezirk Darmstadt in Hessen (+ 5,2 Prozentpunkte). In den neu-

en Ländern ohne Berlin ging der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zwischen 2005 und 2013 dagegen um 0,2 Prozentpunkte zurück und im Saarland sogar um 1,0 Prozentpunkte.

Für die Zuwanderung nach Deutschland ist Europa von herausragender Bedeutung: Im Jahr 2014 stammten 69 % der 10,9 Millionen Zugewanderten aus europäischen Ländern. Rund 37 % kamen aus den Ländern der Europäischen Union; hier lag Polen mit 1,3 Millionen Menschen (12 %) vorne. Weitere 15 % kamen aus EU-Beitrittskandidatenländern, darunter 1,4 Millionen Menschen (13 %) allein

aus der Türkei. Die verbleibenden 17 % stammten aus den übrigen europäischen Ländern, vor allem aus der Russischen Föderation (933 000 Menschen beziehungsweise 9 %). ▶ [Abb 5](#)

Jeweils 2,9 Millionen der 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre hier geborenen Kinder) hatten ihre Wurzeln in der Türkei oder in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, 1,6 Millionen in Polen und 1,5 Millionen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Aus den Gastarbeiter-Anwerbeländern (ohne das ehemalige Jugoslawien und die Türkei) kamen zusammen 1,7 Millionen der Menschen mit Migrationshintergrund, die meisten aus Italien (764 000 Personen) und Griechenland (394 000 Personen), die wenigsten aus Tunesien (49 000 Personen).

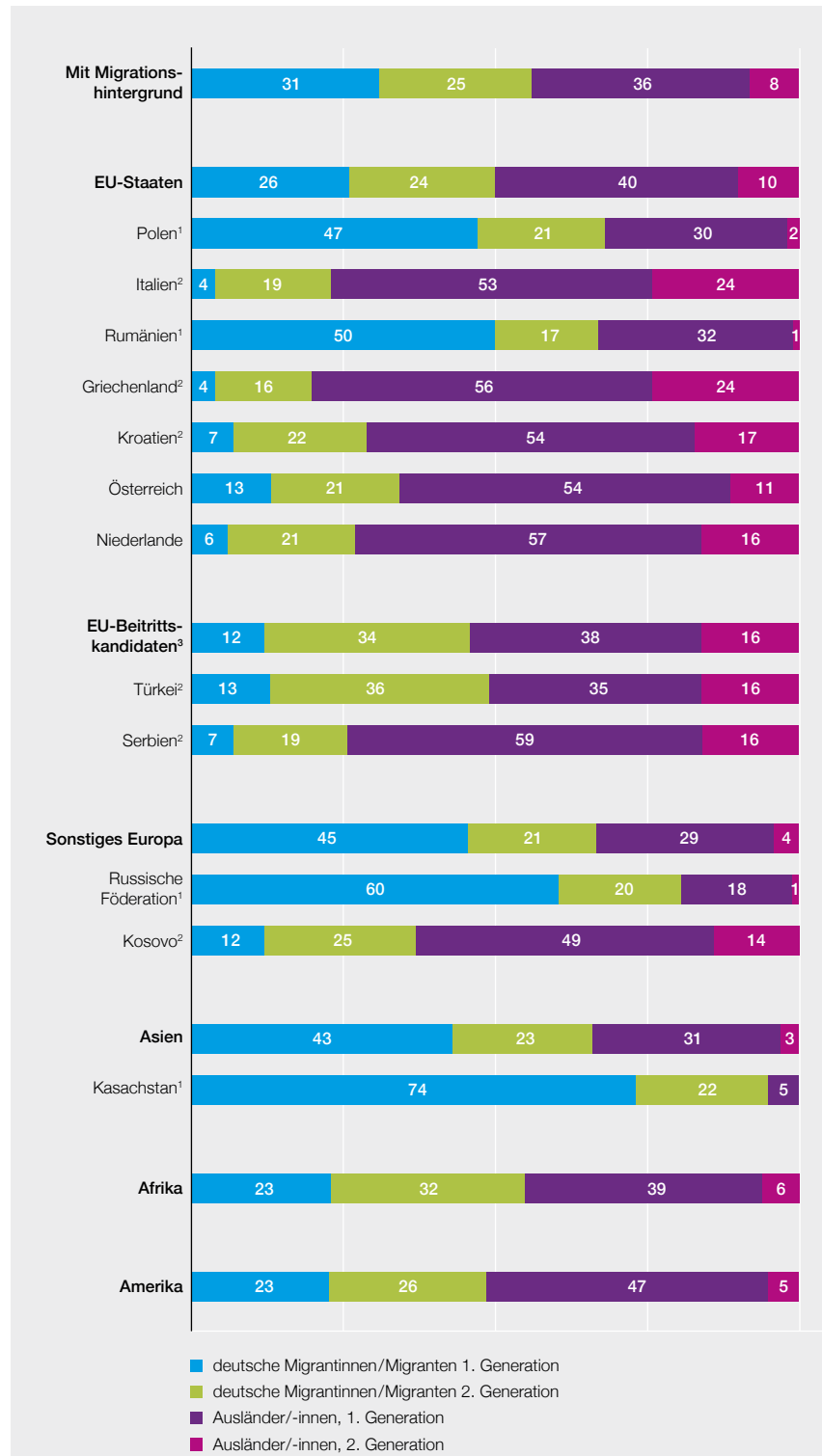
Die meisten der 4,2 Millionen Menschen mit (Spät-)Aussiedler-Wurzeln kamen aus Polen (771 000 Personen), aus der Russischen Föderation (721 000 Personen), aus Kasachstan (731 000 Personen) und aus Rumänien (265 000 Personen). Das Herkunftsland hat einen großen Einfluss auf den Migrationsstatus, vor allem auf die Unterscheidung nach deutschen und ausländischen Personen. Das zeigt sich insbesondere, wenn man die Gastarbeiter-Anwerbeländer den Spätaussiedler-Herkunftsländern gegenüberstellt.

7.3.3 Alters- und Geschlechtsstruktur

Menschen mit Migrationshintergrund waren 2014 im Durchschnitt 35,4 Jahre alt und damit deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (46,8 Jahre, siehe Tabelle 1). Die Alterspyramide zeigt, dass bei Zuwanderern der ersten Generation die Gruppe der 30- bis 55-Jährigen und bei denen der zweiten Generation die unter 15-Jährigen mit jeweils 200 000 Personen je Geburtsjahr besonders stark vertreten sind. Sie stellen damit 51 % beziehungsweise 56 % aller Angehörigen der ersten beziehungsweise zweiten Generation. ▶ [Abb 6](#)

Das niedrigere Durchschnittsalter der Migrantinnen und Migranten beein-

▶ **Abb 5** Bevölkerung nach Migrationsstatus und Herkunftsländern 2014
– Anteil in Prozent

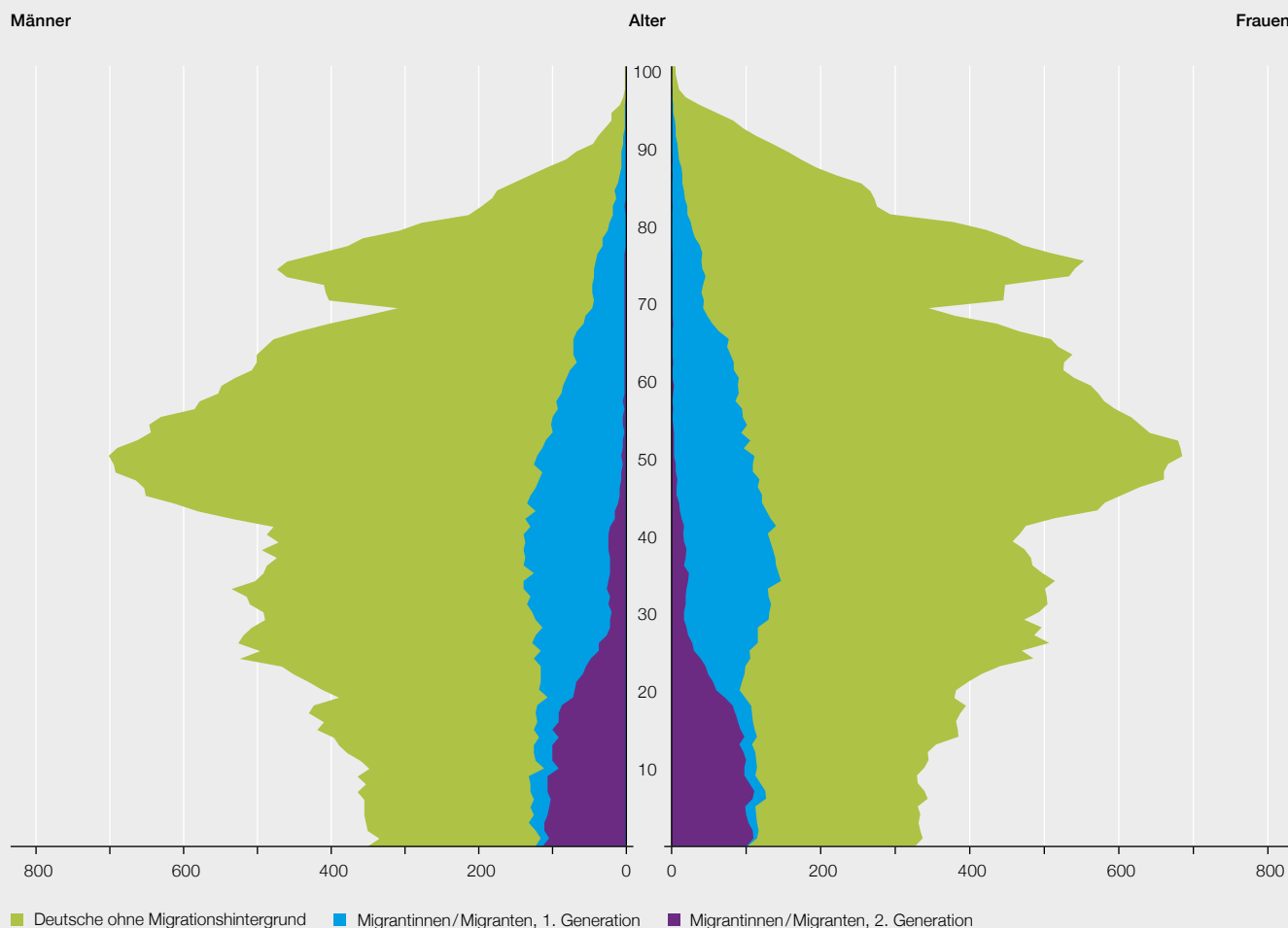


1 Herkunftsland von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern.

2 Gastarbeiter-Anwerbeland.

3 Albanien, Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei. Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Abb 6** Altersaufbau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2014
– in Tausend je Altersjahr



Ergebnisse des Mikrozensus.

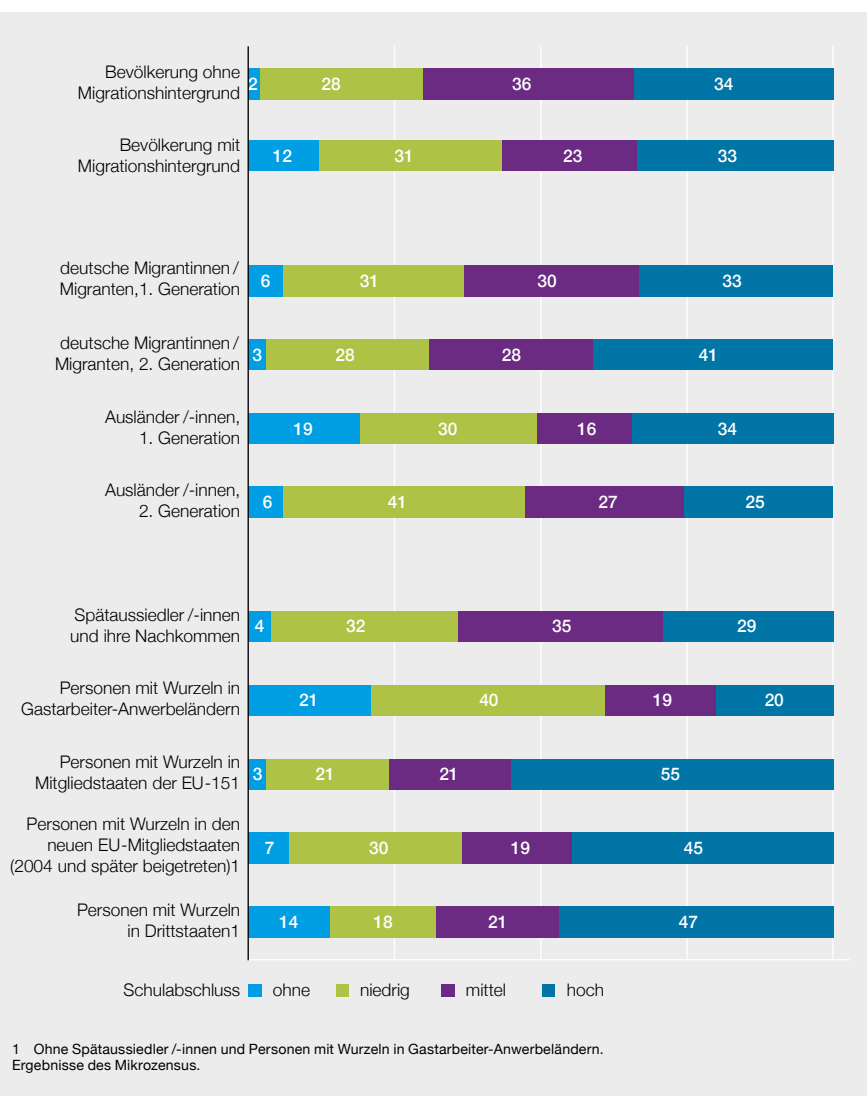
flusst viele soziodemografische Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppe: Es gibt mehr Ledige, mehr Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung und weniger Rentnerinnen und Rentner. Dies muss bei der Interpretation von Statistiken angemessen berücksichtigt werden. Auch der höhere Männeranteil in der ausländischen Bevölkerung, vor allem der zweiten Generation (54,6 % gegenüber 48,9 % bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, siehe Tabelle 1) resul-

tiert zumindest teilweise aus dem niedrigeren Durchschnittsalter und dem generellen Männerüberschuss jüngerer Altersgruppen. Noch bedeutender ist die überproportionale Zuwanderung von ledigen Männern im erwerbsfähigen Alter. Insgesamt gibt es große Unterschiede im Geschlechterverhältnis nach Herkunftsländern. Am höchsten war 2014 der Männeranteil bei Staatsbürgern aus Algerien und Eritrea mit je 75 %, aus Somalia und Ägypten mit je 69 % sowie aus Tunesien

und Pakistan mit jeweils 67 %, am niedrigsten bei Personen aus Thailand (13 %), den Philippinen (17 %) sowie aus Weißrussland (28 %), Finnland (31 %) und Brasilien (33 %).

Die ausländische Bevölkerung unterscheidet sich bei vielen sozioökonomischen Merkmalen von der deutschen Bevölkerung – mit und ohne Migrationshintergrund. Sie ist häufiger sozialen Risiken ausgesetzt, wie fehlender schulischer oder beruflicher Qualifikation, Arbeitslosigkeit,

► **Abb 7** Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus und höchstem Schulabschluss 2014 – Anteil in Prozent



Erwerbstätigkeit in prestigearmen Berufen sowie niedrigen Einkommen und einem erhöhten Armutsrisiko. So waren Ausländerinnen und Ausländer viermal so oft von all diesen Risiken betroffen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, Deutsche mit Migrationshintergrund etwa doppelt so häufig. Die Unterschiede zwischen ausländischer Bevölkerung einerseits und deutscher Bevölkerung mit Migrationshintergrund andererseits sind demnach größer als die zwischen der Be-

völkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Abweichungen beim Durchschnittsalter oder Geschlechterverhältnis alleine können diese Unterschiede jedoch nicht erklären.

7.3.4 Bildungsbeteiligung, schulische und berufliche Qualifikation

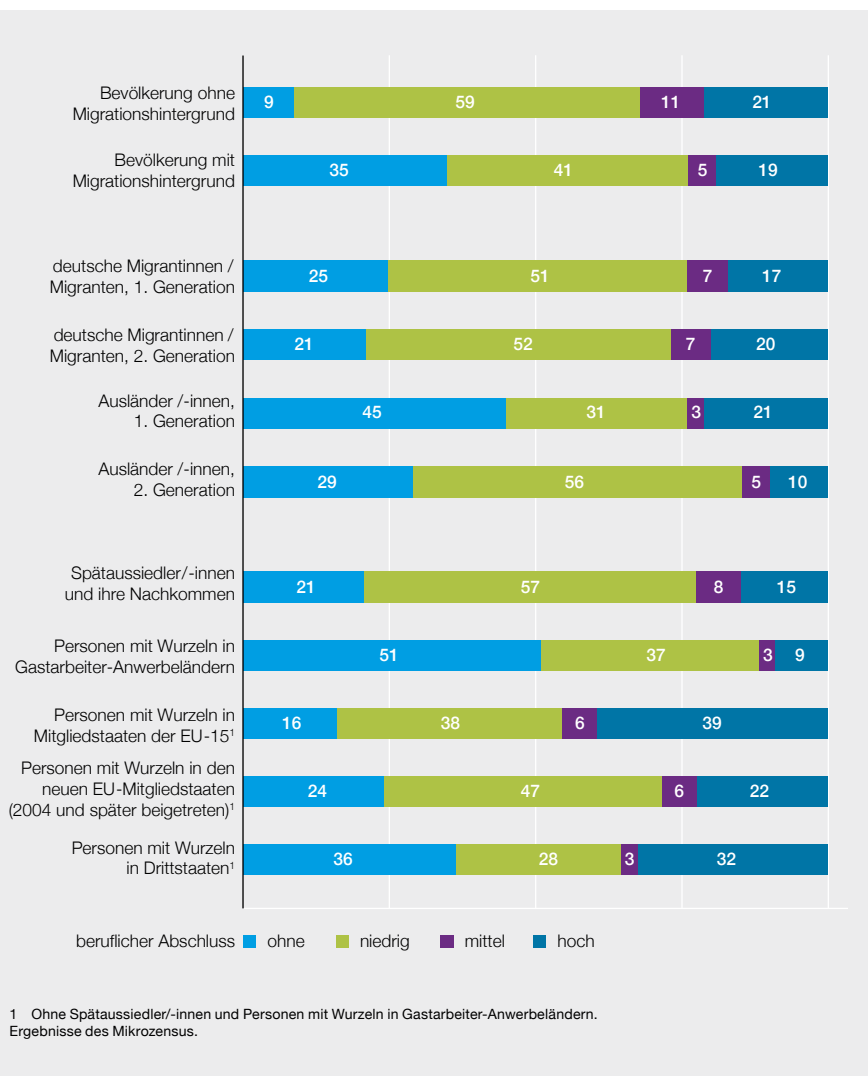
Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich deutlich in ihrer Bildungsbeteiligung und hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen

Qualifikation. Dies beeinflusst ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und damit ihre Fähigkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen. Ebenso wirken sich die Unterschiede auf die Höhe des Erwerbseinkommens und das Risiko einer Armutgefährdung aus. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit der Grad der Bildungsbeteiligung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als Folge abweichender Bildungsqualifikationen auftreten oder davon abhängen, ob Migranten ihren Bildungsabschluss im Inland oder im Ausland erworben haben. ► [Abb 7](#)

Menschen mit Migrationshintergrund verfügten 2014 generell seltener über mittlere Bildungsabschlüsse. Häufiger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund fehlten bei ihnen Schul- oder berufsqualifizierende Abschlüsse (Bildungsstatus siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2). Allerdings relativieren sich diese Aussagen, wenn man die verschiedenen Migrantengruppen gesondert betrachtet. ► [Abb 8](#)

So waren Ausländerinnen und Ausländer 2014 schlechter qualifiziert als Deutsche mit Migrationshintergrund. Dies galt auch für Migranten der ersten Generation im Vergleich zu denen der zweiten Generation. Außerdem unterschieden sich die Menschen, deren Migrationshintergrund in den Gastarbeiter-Anwerbeländern lag, deutlich von jenen, die ihre Wurzeln in den sonstigen Mitgliedstaaten der EU hatten, oder von Spätaussiedlern und deren Nachkommen. Ein Unterschied zwischen Menschen mit Migrationshintergrund aus Gastarbeiter-Anwerbeländern und solchen aus Drittstaaten existiert auch, er ist aber weniger stark ausgeprägt. Bei Migrantinnen und Migranten nimmt die Qualifikation mit dem Zuzugsjahr zu: Je später die Zuwanderung erfolgte, umso größer ist der Anteil derjenigen mit Abitur und Hochschulabschluss. Unter den nach 2000 Zugewanderten ist dieser Anteil signifikant höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der gleichen Altersgruppe. Dies

► **Abb 8** Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus und höchstem berufsqualifizierenden Abschluss 2014 – Anteil in Prozent



lässt sich zwar teilweise durch deren im Vergleich um sieben Jahre beziehungsweise um elf Jahre niedrigeres Durchschnittsalter erklären, aber es spiegelt auch wider, dass Deutschland seit dem Jahr 2000 ein attraktives Zielland für hochqualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer geworden ist. ► [Tab 4](#)

Bei den 25- bis 34-jährigen Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation, die in aller Regel ausschließ-

lich das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben, ist von 2005 bis 2013 die (Fach-)Abiturientenquote von 33 % auf 40 % angestiegen und der Anteil der (Fach-)Hochschulabsolventinnen und -absolventen von 11 % auf 17 %. Gleichzeitig ist der Anteil jener zurückgegangen, die keinen Schul- oder keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen (von 4 % auf 3 % beziehungsweise von 26 % auf 23 %).

Da aber im gleichen Zeitraum die schulische und berufliche Qualifikation der gesamten Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 34 Jahren angestiegen ist, konnte sich die sogenannte Bildungsschere nicht schließen. Im Gegenteil: Bei Menschen der zweiten Migrantengeneration ist der Anteil der hohen Schulabschlüsse um 6 Prozentpunkte gestiegen, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund um 7 Prozentpunkte und in der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund sogar um 10 Prozentpunkte. Auch bei der Hochschulabsolventenquote liegt der Anstieg bei den Migranten der zweiten Generation im Alter zwischen 25 und 34 Jahren (+ 5 Prozentpunkte) unter den entsprechenden Vergleichswerten der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (+ 7 Prozentpunkte) und mit Migrationshintergrund insgesamt (+ 8 Prozentpunkte).

Die derzeitige Bildungsbeteiligung stimmt jedoch vorsichtig optimistisch: Rund 37 % der 16- bis 19-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund besuchten 2014 eine Schulform, die zu einem hohen Schulabschluss (Abitur beziehungsweise Fachabitur) führt, bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es 40 %.

Ob die berufliche Qualifikation im Inland oder im Ausland erworben wurde, wirkt sich bei Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen unterschiedlich aus. Die Bundesregierung hat daher Anstrengungen unternommen, um die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erleichtern. Im Jahr 2014 gaben 2,7 Millionen oder 55 % der Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren an, ihren beruflichen Abschluss im Ausland erworben zu haben, und zwar umso häufiger, je höher die berufliche Qualifikation war. Bei den älteren Zugewanderten ist der Anteil der im Ausland erworbenen Abschlüsse noch ungleich größer als bei den jüngeren. Sofern weitere Fortschritte bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erzielt werden, könnte die Bedeutung der ausländischen Abschlüsse in Zukunft abnehmen. ► [Tab 5](#)

► Tab 4 Qualifikation von Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Zuzugsjahr im Jahr 2014

	Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren	Darunter		Durchschnittsalter
		mit Abitur/ Fachhochschulreife	mit (Fach-) Hochschulabschluss	
	in 1 000	Anteil in %		in Jahren
Zugewanderte insgesamt	8 006	33,5	19,1	44,0
Vor 1980 zugewandert	1 232	19,5	10,7	54,0
Von 1980 bis 1989 zugewandert	1 457	32,7	14,8	46,7
Von 1990 bis 1999 zugewandert	2 722	28,3	14,8	43,7
Von 2000 bis 2009 zugewandert	1 668	42,9	26,8	39,5
Von 2010 bis 2014 zugewandert	927	52,3	35,8	35,6
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	35 430	34,2	20,7	46,2

Ergebnisse des Mikrozensus.

7.3.5 Arbeitsmarktbeteiligung und Lebensunterhalt

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt wird üblicherweise durch die Erwerbsquote gemessen. Hierbei werden die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen, das heißt Erwerbstätige und Erwerbslose, zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren in Relation gesetzt. Siehe hierzu auch Kapitel 5.1, Info 1, Seite 126. Die Erwerbsquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (71 %) und ohne (80 %) unterschieden sich im Jahr 2014 deutlich. Dies ist eine Folge der verschieden hohen Zahlen von Nichterwerbspersonen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle als Hausfrau beziehungsweise Mann in der Familie sehen. ► [Tab 6, Info 3](#)

Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation war 2014 der Anteil der Nichterwerbspersonen mit 51 % hoch, weil sich diese aufgrund ihres niedrigen Durchschnittsalters besonders häufig noch in Ausbildung befanden. Der ebenfalls hohe Anteil bei Ausländerinnen und Ausländern mit 30 % beziehungsweise 31 % resultierte dagegen vor allem aus der hohen Zahl von Frauen, die sich auf ihre Rolle im Haushalt beschränkten. Insgesamt standen 37 % aller Frauen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 15 und 64 Jahren dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Bei Frauen ohne Migrationshintergrund waren es 24 %. Bei den Männern unterschieden

► Tab 5 Qualifikation von Zugewanderten im Alter von 25 bis 64 Jahren im Jahr 2014

	Anzahl der Abschlüsse	Anteil der im Ausland erworbenen Abschlüsse		
		insgesamt	darunter Zuwanderer im Alter von ... bis ... Jahren	
	in 1 000		in %	
Beruflicher Abschluss insgesamt	4 943	5,5	9,0	1,8
↳ hoch	1 538	4,4	5,1	7,4
↳ mittel	389	7,6	7,1	4,0
↳ niedrig	3 016	1,9	8,1	0,9

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 6 Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote der Bevölkerung nach Migrationsstatus 2014 – in Prozent

	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	80,1	76,0
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	71,3	64,6
Deutsche Migrantinnen / Migranten, 1. Generation	80,4	74,7
Deutsche Migrantinnen / Migranten, 2. Generation	49,3	43,8
Ausländer/-innen, 1. Generation	70,5	62,6
Ausländer/-innen, 2. Generation	69,3	62,3
Spätaussiedler/-innen und deren Nachkommen	77,6	72,3
Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern	68,6	61,5
Personen mit Wurzeln in den Mitgliedstaaten der EU-15 ¹	75,2	71,4
Personen mit Wurzeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten (2004 und später beigetreten) ¹	78,3	71,8
Personen mit Wurzeln in Drittstaaten ¹	64,5	56,2

Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.
 Erwerbstätigenquote = Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.
¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern.
 Ergebnisse des Mikrozensus.

► Info 3

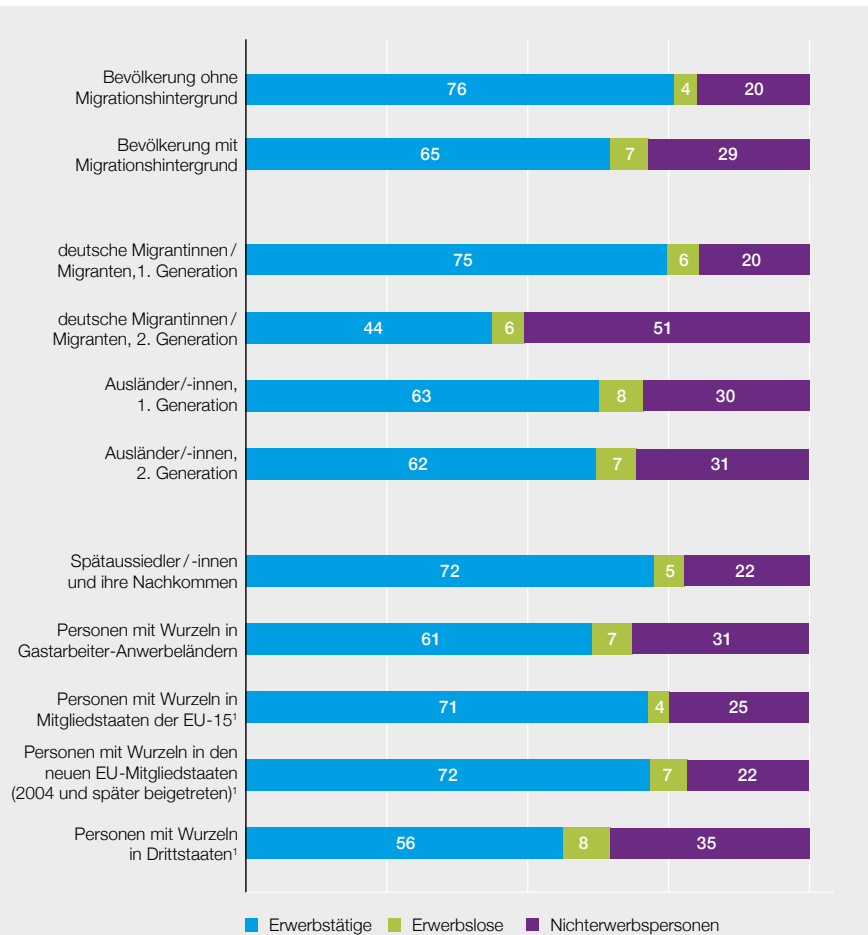
Definitionen

Die **Erwerbstätigenquote** bezieht die Erwerbstätigen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren und lässt die Erwerbslosen unberücksichtigt, während die **Erwerbsquote** die Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) auf die Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren bezieht.

Bei der Berechnung des **Nettoäquivalenzeinkommens** wird das verfügbare Einkommen von Haushalten zusammengefasst und zur Haushaltsgröße in Bezug gesetzt. Dabei werden den Haushaltsmitgliedern je nach ihrem Alter unterschiedliche Gewichte zugeordnet. Das Nettoäquivalenzeinkommen eines Ehepaares mit zwei Kindern im Alter von acht und zehn Jahren und einem verfügbaren Einkommen von 5 250 Euro entspricht daher dem Nettoäquivalenzeinkommen eines Einpersonenhaushaltes mit einem verfügbaren Einkommen von 2 500 Euro. Um die ökonomische Situation der individuellen Personen und der Haushalte zu beurteilen, ist der gesamtgesellschaftliche Median dieses Nettoäquivalenzeinkommens die Bezugsgröße. Der **Median** ist rechnerisch die Zahl, die genau in der Mitte liegt, wenn man die Werte der Größe nach sortiert.

Als **armutsgefährdet** gelten Betroffene nach internationalen Gepflogenheiten, wenn das individuelle Nettoäquivalenzeinkommen den Schwellenwert von 60 % des Median unterschreitet. Überschreitet es den Schwellenwert von 200 % gelten sie als reich. Die **Armutsgefährdungsquote** bezeichnet demnach den Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Median beträgt.

► Abb 9 Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus und Erwerbsstatus 2014 – Anteil in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler /-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

sich die Anteile dagegen weniger (21 % beziehungsweise 16 %). ► Abb 9

Der Unterschied zwischen den Erwerbstätigenquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (65 %) und ohne (76 %) war 2014 größer als jener zwischen den Erwerbsquoten (71 % mit Migrationshintergrund und 80 % ohne), weil die Erwerbslosigkeit bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine merklich größere Bedeutung hat als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung war bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (6,7 %) beinahe doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (4,1 %). Dies lag vor allem an der hohen Erwerbslosigkeit der Migranten aus Gastarbeiter-Anwerbeländern (7,1 %) und aus Drittstaaten (8,3 %).

Wenig überraschend ist, dass es zwischen beruflicher Qualifikation und Erwerbslosigkeit einen Zusammenhang gibt. Der Anteil der Erwerbslosen bei Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss lag in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 10 % und ohne Migrationshintergrund bei 11 %. Mit steigender beruflicher Qualifikation sank das Risiko der Erwerbslosigkeit – jedoch bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht im gleichen Umfang. Der Abstand zwischen den Erwerbslosenanteilen nahm vielmehr mit steigender Qualifikation zu, von 2 Prozentpunkten bei niedriger Qualifikation bis auf 4 Prozentpunkte bei (Fach-)Hochschulabsolventen.

Das Risiko der Erwerbslosigkeit wird aber nicht nur von der beruflichen Qualifikation beeinflusst, sondern auch davon, ob der berufsqualifizierende Abschluss im Inland oder im Ausland erworben wurde. Zugewanderte mit im Ausland erworbenen Abschlüssen haben bei gleicher Qualifikation einen um rund 2 Prozentpunkte höheren Anteil Erwerbsloser als jene mit im Inland erworbenen Abschlüssen.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund profitierten weniger vom Strukturwandel in den Wirtschaftsbereichen: Sie waren vorwiegend in Sektoren mit einem hohen Anteil gering qualifizierter Tätig-

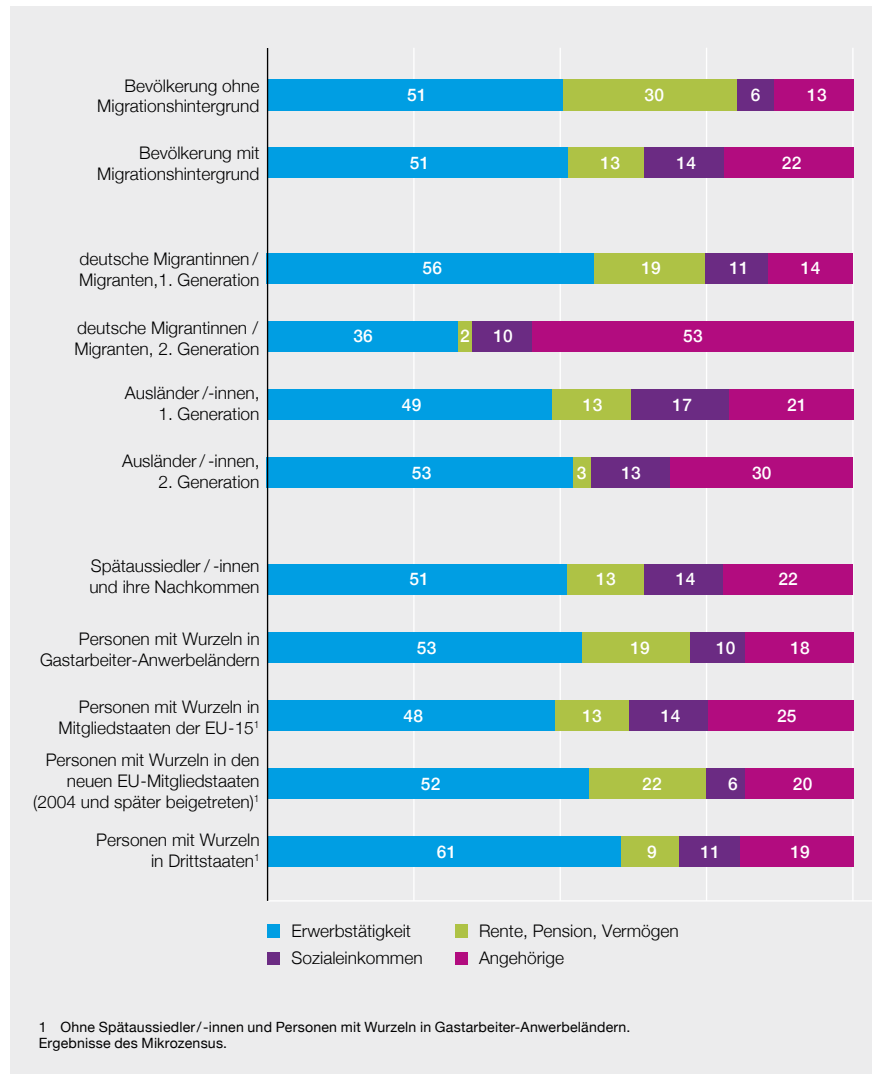
keiten beschäftigt, zum Beispiel im Produzierenden Gewerbe oder in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr innerhalb des Dienstleistungssektors. Dies gilt sowohl für Vertreter der ersten (63 %) als auch der zweiten (65 %) Migranten- generation.

Ein weiterer relevanter sozioökonomischer Indikator ist der überwiegende Lebensunterhalt, der die Hauptquelle des eigenen Einkommens anzeigt. Bei Erwerbstätigen ist dies in der Regel das Erwerbseinkommen und bei der Bevölkerung ab 65 Jahren sind es Rente und Pension. Erwerbslose bestreiten ihren Lebensunterhalt vorwiegend durch das sogenannte Sozialeinkommen in Form von Arbeitslosengeld oder -hilfe, bei Nichterwerbstätigen sind sowohl Sozialeinkommen als auch Unterstützung durch Angehörige denkbar. Ist der Haupteinkommensbezieher im Haushalt erwerbstätig, überwiegt bei den Nichterwerbspersonen in diesem Haushalt die Unterstützung durch Angehörige. Bei einem erwerbslosen Haupteinkommensbezieher sind dagegen auch alle anderen nicht erwerbstätigen Familienmitglieder von Sozialeinkommen abhängig.

Der Anteil der Personen, die 2014 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten, lag bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bei 51 % und unterschied sich somit nicht. Dies überrascht, da die Erwerbstätigenquoten in der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren mit 65 % (mit Migrationshintergrund) beziehungsweise 76 % (ohne Migrationshintergrund) deutlich voneinander abweichen (siehe Tabelle 6). Der scheinbare Widerspruch löst sich aber auf, wenn man bedenkt, dass die 65-Jährigen und Älteren 24 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber nur 10 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausmachten. Daher bestreiten auch 30 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt aus Rente, Pension und Vermögen gegenüber 13 % bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. ▶ [Abb 10](#)

Die Bedeutung der Unterstützung durch Angehörige war mit 13 % für Perso-

▶ **Abb 10** Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren nach Migrationsstatus und überwiegendem Lebensunterhalt 2014 – Anteil in Prozent



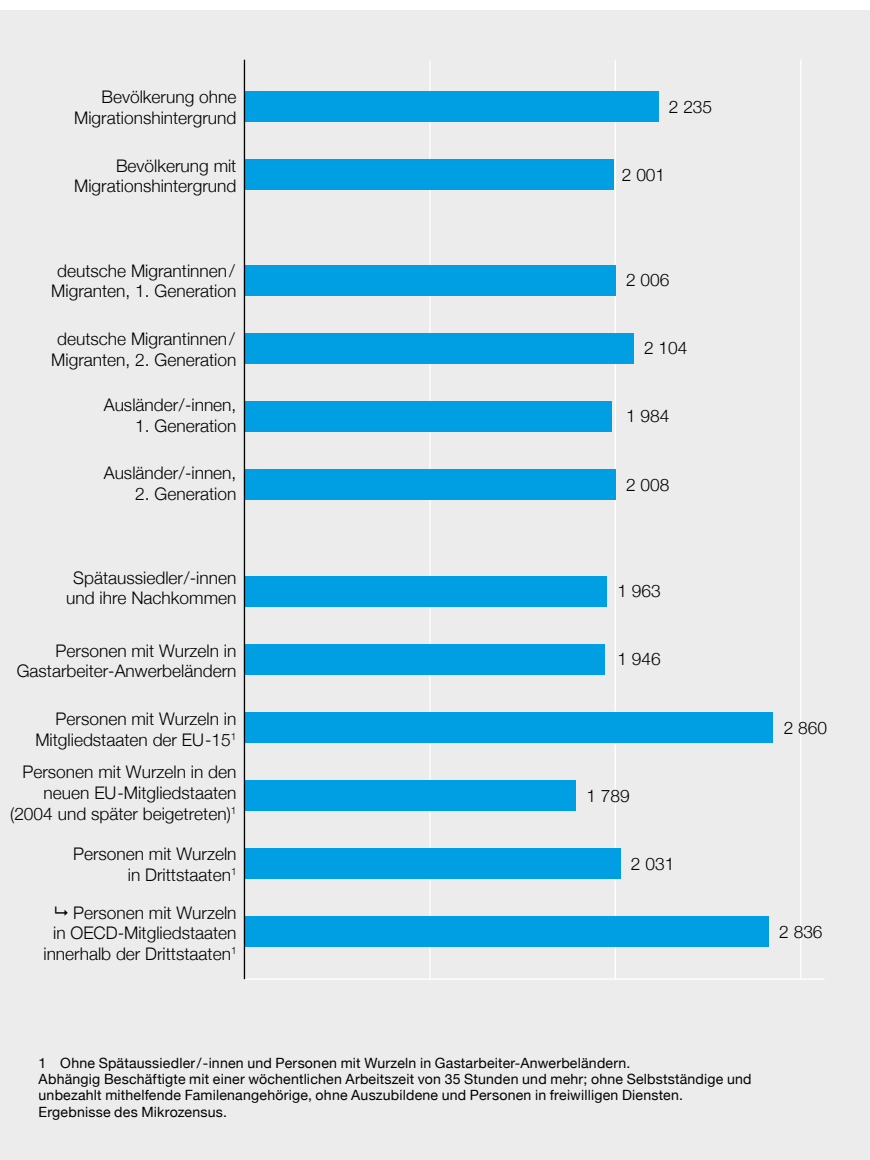
nen ohne Migrationshintergrund deutlich geringer als für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (22%). Bei der Abhängigkeit von Sozialeinkommen gilt das Gleiche in noch größerem Maß: Rund 6 % der Menschen ohne Migrationshintergrund lebten von Sozialeinkommen gegenüber 14 % der Personen mit Wurzeln im Ausland.

Die deutlichen Abweichungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lassen sich auf die Unterschiede

in der Altersstruktur und bei der Erwerbsbeteiligung zurückführen. Bei zugewanderten Menschen ohne deutschen Pass haben Sozialeinkommen als überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes mit 17 % eine überproportional hohe Bedeutung.

Seit 2005 zeichnen sich positive Trends ab, die vor allem aus der erhöhten Beschäftigung resultieren, und von denen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen profitieren konnten. So ist der Anteil des Erwerbs-

► **Abb 11** Persönliches monatliches Nettogehalt der abhängig Vollzeitbeschäftigten im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Migrationsstatus 2014 – in Euro



einkommens am überwiegenden Lebensunterhalt von 2005 bis 2013 für Menschen ohne Migrationshintergrund von 47 % auf 51 % gestiegen und für Menschen mit Migrationshintergrund von 46 % auf 51 %. Im Gegenzug sanken jeweils die Anteile der Sozialeinkommen und der Unterstützung durch Angehörige. Bei zugewanderten Ausländerinnen und Ausländern betragen die Rückgänge 3 be-

ziehungsweise 5 Prozentpunkte und waren damit besonders ausgeprägt.

7.3.6 Ökonomische Lage und Armutsgefährdung

Die ökonomische Situation von Menschen und den Haushalten, in denen sie leben, wird in erster Linie vom Erwerbseinkommen geprägt. Beim Vergleich der Erwerbseinkommen sind viele Faktoren zu be-

rücksichtigen. Deshalb werden in diesem Abschnitt nur die Löhne und Gehälter von abhängig Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr miteinander verglichen. Die Erwerbseinkommen von Selbstständigen, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Auszubildenden und in freiwilligen Diensten Beschäftigten bleiben dagegen unberücksichtigt.

Die monatlichen Nettolöhne und -gehälter von Menschen mit Wurzeln im Ausland lagen 2014 um durchschnittlich 234 Euro oder 10 % unter jenen von Menschen ohne Migrationshintergrund. Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reichte dabei die Spannweite der durchschnittlichen Einkommen von 1 984 Euro bei Ausländerinnen und Ausländern der ersten Generation bis 2 104 Euro bei Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation. Dies entspricht einer Differenz von 120 Euro oder 6 %. ► [Abb 11](#)

Unterscheidet man die Menschen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern, so zeigt sich eine noch größere Spreizung der Löhne und Gehälter. Menschen mit Wurzeln in den neuen Mitgliedstaaten der EU verdienten mit durchschnittlich 1 789 Euro besonders wenig und Menschen mit Wurzeln in den Mitgliedstaaten der EU-15 (ohne die Gastarbeiter-Anwerbeländer Italien, Spanien, Griechenland, Portugal) verdienten mit 2 860 Euro überdurchschnittlich viel – nicht nur im Vergleich mit allen Menschen mit Migrationshintergrund (2 001 Euro), sondern auch mit denen ohne Migrationshintergrund (2 235 Euro). Nur geringfügig niedrigere durchschnittliche Nettolöhne und -gehälter erzielten mit 2 836 Euro Beschäftigte aus den OECD-Mitgliedstaaten, die nicht gleichzeitig der Europäischen Union angehören, beispielsweise aus der Schweiz oder den Vereinigten Staaten.

Die Einkommensunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind aber gering im Vergleich zu jenen, die abhängig von der beruflichen Qualifikation auftreten. Menschen ohne Migrationshintergrund mit mittle-

► **Tab 7** Persönliches monatliches Nettogehalt abhängig Vollzeitbeschäftigter im Alter von 25 bis 64 Jahren nach berufsqualifizierendem Abschluss 2014 – in Euro

	Durchschnittliches monatliches Nettogehalt bei				
	niedrigem	mittlerem	hohem berufsqualifizierendem Abschluss		
			insgesamt	und Erwerb im	
	berufsqualifizierenden Abschluss			Inland	Ausland
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	1 919	2 230	3 193	3 191	3 321
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	1 843	2 115	2 798	2 892	2 720
Deutsche Migrantinnen/Migranten, 1. Generation	1 872	2 135	2 718	2 927	2 395
Deutsche Migrantinnen/Migranten, 2. Generation	1 912	2 440	2 934	2 971	/
Ausländer/-innen, 1. Generation	1 756	1 967	2 835	2 756	2 862
Ausländer/-innen, 2. Generation	1 956	2 342	3 040	3 077	/
Spätaussiedler/-innen und deren Nachkommen	1 845	2 105	2 680	2 911	2 291
Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern	1 934	2 306	2 769	2 952	2 584
Personen mit Wurzeln in den Mitgliedstaaten der EU-15 ¹	2 105	2 613	3 666	3 497	3 721
Personen mit Wurzeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten (2004 und später beigetreten) ¹	1 616	1 862	2 474	2 704	2 356
Personen mit Wurzeln in Drittstaaten ¹	1 743	1 679	2 668	2 744	2 612
↳ OECD-Mitgliedstaaten ¹	2 124	/	3 369	3 174	3 474

Abhängig Beschäftigte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr; ohne Selbstständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige, Auszubildende und Personen in freiwilligen Diensten.

¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

rem beruflichem Bildungsabschluss verdienen 2014 monatlich im Durchschnitt 311 Euro mehr als jene mit niedrigem und 963 Euro weniger als jene mit hohem beruflichem Abschluss. Bei Menschen mit Migrationshintergrund liegen die entsprechenden Beträge bei 272 Euro mehr beziehungsweise 683 Euro weniger. Innerhalb der Migrationsbevölkerung erzielen Ausländerinnen und Ausländer eine höhere Bildungsrendite als Deutsche mit Migrationshintergrund. ► [Tab 7](#)

Für Beschäftigte mit hoher beruflicher Qualifikation ist zudem für die Höhe von Lohn und Gehalt entscheidend, ob der berufsqualifizierende Abschluss im Inland oder im Ausland erworben wurde. Allerdings wirkt sich dies nicht immer in gleicher Weise aus: So verdienten zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund und Abschluss im Inland 532 Euro mehr als jene mit Abschluss im Ausland,

zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer dagegen nur 106 Euro mehr. Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt war ein inländischer Abschluss finanziell attraktiver (+ 172 Euro). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wirkten sich dagegen im Ausland erworbene hohe berufsqualifizierende Abschlüsse einkommenssteigernd aus (+ 130 Euro). Das Gleiche gilt für Zugewanderte aus industriell hoch entwickelten Herkunftsländern, sei es aus der EU-15 (+ 224 Euro) oder aus den sonstigen OECD-Mitgliedstaaten (+ 300 Euro).

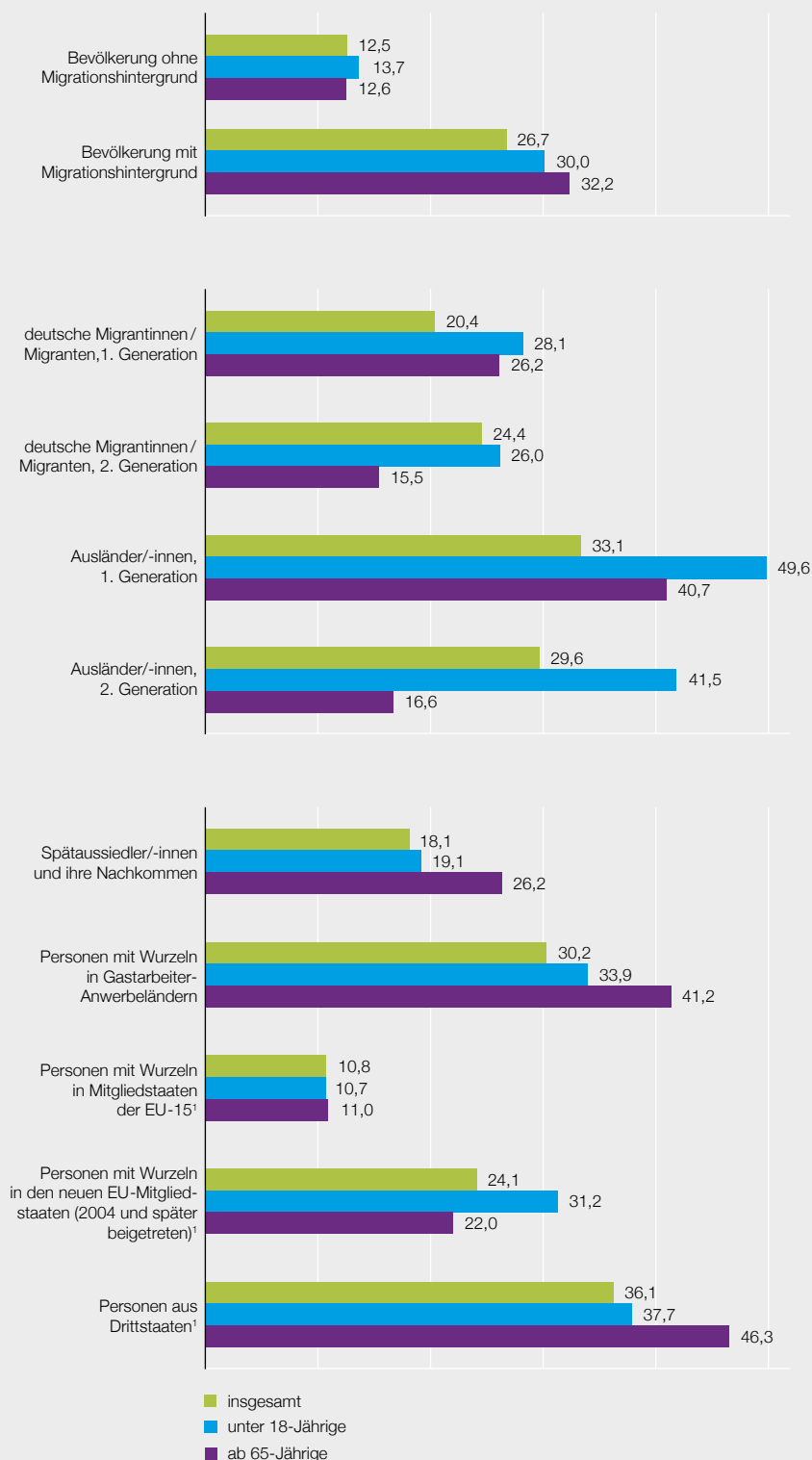
Im direkten Vergleich nehmen die Abstände der monatlichen Erwerbseinkommen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund mit der beruflichen Qualifikation zu: Bei niedrigem berufsqualifizierendem Abschluss erzielten Beschäftigte ohne Migrationshintergrund durchschnittlich 76 Euro oder 4 % mehr

als jene mit Migrationshintergrund; bei einem mittleren Abschluss waren es 115 Euro oder 5 % und bei einem hohen Abschluss 395 Euro oder 12 % mehr.

Es ist überraschend, dass die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler sowie ihre Nachkommen mit 2 291 Euro von allen Zugewanderten das niedrigste Erwerbseinkommen erzielten, wenn sie über eine hohe berufliche Qualifikation verfügten und diese im Ausland erworben hatten, denn sie hatten im Gegensatz zu allen anderen Zugewanderten von Anfang an einen gesetzlichen Anspruch auf Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse. Es liegt deshalb nahe zu vermuten, dass es für diese Einkommensunterschiede noch andere Ursachen gibt, beispielsweise die Wahl des Arbeitsplatzes.

Insgesamt bestätigen die Daten einen Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Höhe des erzielten Er-

► Abb 12 Armutsgefährdungsquoten nach Migrationsstatus 2014 – Anteil in Prozent



¹ Ohne Spätaussiedler/-innen und Personen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern. Ergebnisse des Mikrozensus.

werbseinkommens. Diese Bildungsrendite ist für Menschen ohne Migrationshintergrund allerdings höher als für jene mit Migrationshintergrund und führt dazu, dass die Einkommensdifferenzen mit zunehmender Bildung ansteigen. Die Einkommen einzelner Zuwanderergruppen werden zudem von weiteren Faktoren, wie zum Beispiel der Berufserfahrung beeinflusst, die mit den aus dem Mikrozensus vorliegenden Daten nicht analysiert werden können.

Seit mehreren Jahren werden die statistischen Größen Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsgefährdungsquote errechnet, um die ökonomische Situation von Personen und Haushalten zu beschreiben. Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt neben dem im vorigen Abschnitt verwendeten verfügbaren Einkommen auch die Einspareffekte, die sich durch das gemeinsame Wirtschaften und Konsumieren in Mehrpersonenhaushalten gegenüber alleinlebenden Konsumenten ergeben.

Im Jahr 2014 galten nach dem Mikrozensus 15 % der Bevölkerung in Deutschland als armutsgefährdet. Seit 2005 schwankte dieser Anteil zwischen 14 % und 16 %. Kinder unter 18 Jahren waren 2014 mit 19 % überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet; dieser Anteil steigt auf 41 %, wenn sie bei Alleinerziehenden aufwachsen. Dagegen waren nur 14 % aller ab 65-Jährigen armutsgefährdet. ► Abb 12

Die ökonomische Situation von Menschen mit Migrationshintergrund stellt sich im Vergleich dazu völlig anders dar. Ihre Armutsgefährdungsquote lag 2014 mit 27 % mehr als doppelt so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (12 %). Für Ausländerinnen und Ausländer lag der Anteil mit 32 % noch höher. Bei einer Unterscheidung nach Herkunftsländern gibt es deutliche Unterschiede zwischen Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern (18 %) auf der einen Seite und Menschen mit Wurzeln in Gastarbeiter-Anwerbeländern (30 %) oder in Drittstaaten (36 %) auf der anderen. Wie schon zuvor bei den Einkommen der abhängig Vollzeitbeschäftigten bilden

auch hier die hoch entwickelten EU-15-Mitgliedsländer mit 11 % eine gesonderte Länderkategorie.

Kinder sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 30 % deutlich häufiger armutsgefährdet als Kinder in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (14%). Sie haben im Vergleich zu den jeweiligen Erwachsenen auch ein deutlich höheres zusätzliches Armutsrisiko: In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag die Armutsgefährdungsquote der Kinder um 4 Prozentpunkte über der der Erwachsenen, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund betrug der Abstand dagegen nur +1 Prozentpunkt.

Ein ausgeprägtes Risiko für Altersarmut gab es 2014 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Rund 32 % aller ab 65-jährigen Migrantinnen und Migranten waren armutsgefährdet; das waren 5 Prozentpunkte mehr als in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt. Die Werte schwankten je nach Herkunftsland zwischen 26 % bei den Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern und 46 % bei den Menschen aus Drittstaaten. Von den Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern im Rentenalter waren 41 % armutsgefährdet. Aus den vorliegenden Daten ist nicht zu erkennen, ob das erhöhte Risiko der Altersarmut bei Migrantinnen und Migranten auf eine niedrige Rente als Folge weniger Erwerbsjahre in Deutschland – sei es aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien oder einer späten Zuwanderung – zurückzuführen ist, oder ob aus einer Rente mehr Haushaltsmitglieder ohne eigenes Einkommen mitversorgt werden müssen als dies bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

7.3.7 Zusammenfassung und Ausblick

Jeder fünfte Mensch in Deutschland hat seine Wurzeln im Ausland. Diese Bevölkerungsgruppe ist überdurchschnittlich jung. Sie wird in Zukunft noch weiter wachsen, zumindest wenn Deutschland weiterhin für so viele Menschen in der Welt ein attraktives Zuwanderungsland bleibt. Die Bevölkerung ohne Migrati-

onshintergrund altert dagegen zunehmend und verursacht in den nächsten Jahren eine ständig größer werdende demografische Lücke, vor allem in der Erwerbsbevölkerung.

Die ökonomische Lage der derzeit in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund lässt aber durchaus Wünsche offen. Ihre Erwerbsbeteiligung liegt unter dem Durchschnitt und ihre Armutsgefährdung ist hoch, vor allem bei den Kindern. Aufgrund der vorliegenden Daten dürften die Ursachen für eine erhöhte Armutsgefährdung der Migrantenhaushalte nicht in erster Linie in Lohndiskriminierung zu suchen sein – obwohl es auch bei gleicher Arbeitszeit und beruflicher Qualifikation Unterschiede im individuellen Erwerbseinkommen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt.

Vielmehr dürfte das entscheidende Armutsrisiko zum einen in der vergleichsweise niedrigen beruflichen Qualifikation der Zuwanderinnen und Zuwanderer liegen, zum anderen daran, dass hier überproportional häufig Haushalte mit drei und mehr Personen mit einem Erwerbseinkommen auskommen müssen. In den letzten Jahren kamen zwar mehr und besser ausgebildete Migrantinnen und Migranten nach Deutschland, jedoch sind viele der vor Jahren nach Deutschland Gekommenen für die heutigen Anforderungen des Arbeitsmarkts schlecht ausgebildet. Sie sind häufiger erwerbslos und erzielen nur niedrige Löhne. Deutschland wird in Zukunft nur dann über eine weltweit wettbewerbsfähige Erwerbsbevölkerung verfügen, wenn es seine Ressourcen bestmöglich nutzt. Die vorliegenden Zahlen deuten darauf hin, dass die vergleichsweise mangelnde Bildungsbeteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation das größte ungenutzte Potenzial darstellt. In den letzten Jahren gab es zwar Fortschritte im Bereich Aus- und Weiterbildung dieser Menschen, es sind aber bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Seit der Jahresmitte 2014 ist in Deutschland die Nettozuwanderung deutlich an-

gestiegen, eine Entwicklung, die sich im Jahr 2015 noch verstärkt fortgesetzt hat. Sie wird vor allem durch die Zuwanderung von Schutzsuchenden – Asylbewerbern und Flüchtlingen – getrieben, einem Phänomen, das in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts fast in Vergessenheit geraten war. Durch diese Zuwanderung kann sich in den kommenden Jahren nicht nur die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich erhöhen, sondern es kann auch innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu weitreichenden demografischen und sozioökonomischen Verschiebungen kommen. Dies hätte zur Konsequenz, dass eine Vielzahl der hier gemachten Aussagen in Zukunft nicht mehr oder nicht mehr in gleichem Maße gelten als bisher.

Zurzeit wissen wir noch zu wenig über diese Zuwanderer, um belastbare Daten vorzulegen. Dies liegt nicht nur daran, dass selbst die Registrierung der Schutzsuchenden im Jahr 2015 auf administrative Schwierigkeiten gestoßen ist, sondern vor allem auch daran, dass es durch die »auf der grünen Wiese« errichteten Erstaufnahmeeinrichtungen faktisch unmöglich ist, Schutzsuchende im Rahmen des Mikrozensus zu befragen und damit mehr über sie zu erfahren.

Es zeichnet sich aber schon jetzt ab, dass die neuen Zuwanderer aus anderen Herkunftsländern kommen als ihre Vorgänger, vor allem auch aus Ländern außerhalb Europas. Dies kann leicht dazu führen, dass ihre Bildungsqualifikationen weniger gut mit den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes in Einklang zu bringen sind, als dies zum Beispiel bei den nach der Euro-Krise zugewanderten Hochschulabsolventen aus EU-Mitgliedstaaten der Fall war.

7.4 Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen

Ingrid Tucci

DIW Berlin und Aix Marseille
Universität, LEST, CNRS UMR 7317

WZB/SOEP

In Kapitel 7.3 wurden bereits Grunddaten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf der Grundlage des Mikrozensus präsentiert. In diesem Kapitel sollen darüber hinausgehend auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ergänzende Informationen zur Lebenssituation ausgewählter Bevölkerungsgruppen gegeben werden.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt keine homogene Gruppe dar; sie ist im Hinblick auf die Herkunftsländer und die Migrationsbiographien sogar äußerst heterogen. Seit der Zuwanderung der Arbeitsmigranten nach dem Zweiten Weltkrieg und der darauffolgenden Phase der Familienzusammenführung verlagerten zahlreiche Migranten ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland, wenngleich dies keineswegs bedeutet, dass sie die Brücken zu ihren Herkunftsländern abbrechen.

Nach dem Fall der Mauer siedelten viele Spätaussiedler aus Rumänien, Polen und den Gebieten der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland über. Auch stellten in dieser Zeit zahlreiche Flüchtlinge aus den Balkangebieten Asylanträge in Deutschland (siehe Kapitel 8.1.1). So wurden 20 % der Asylerstanträge 1995 von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien gestellt, 2011 hingegen 17 % von Flüchtlingen aus Afghanistan und 13 % aus dem Irak. Im gleichen Jahr waren Polen und Rumänien die Hauptherkunftsländer der

Migranten. Ab 2011 ist die Zahl der Asylerstanträge angestiegen, allerdings gab es erst von 2012 auf 2013 einen deutlichen Anstieg (von 64 539 Erstanträgen in 2012 auf 109 580 in 2013). Von Januar bis Oktober 2015 stellten 331 226 Personen einen Erstantrag.

Migranten und ihre Nachkommen nehmen in unterschiedlicher Weise an der deutschen Gesellschaft teil. Dies wird sowohl durch ihren rechtlichen als auch durch ihren sozialen Status beeinflusst. ▶ [Info 1](#)

Im Folgenden wird auf Grundlage der Daten des SOEP für das Jahr 2013 die Lebenssituation ausgewählter Gruppen anhand von Schlüsselindikatoren vorgestellt. Folgende Lebensbereiche werden dabei genauer betrachtet: allgemeine Lebensbedingungen, Bildungs- und Ausbildungssituation, Beschäftigungsstruktur und Einkommen, soziale Integration und kulturelle Orientierungen.

7.4.1 Ausgewählte Merkmale der Lebensbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2013 besaßen 62 % der Population mit Migrationshintergrund ab 17 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei dieser Anteil je nach Herkunftsregion variierte. Während die deutsche Staatsangehörigkeit unter den (Spät-)Aussiedlern (97 %) sowie den Personen mit osteuropäischem Hintergrund (55 %), die zum Teil Angehörige von (Spät-)Aussiedlern sind, sehr verbreitet war, betrug dieser Anteil

▶ Info 1

Migranten und deren Nachkommen

Um die soziale und migrationsbedingte Heterogenität der Personen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen, werden Migranten und deren Nachkommen aus fünf Herkunftsgruppen betrachtet: aus der Türkei, aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, aus den ehemaligen Anwerbestaaten Südwesteuropas, die heute zur EU gehören (Italien, Spanien, Griechenland, Portugal), (Spät-)Aussiedler sowie Personen aus osteuropäischen Ländern. Daneben werden auch Unterschiede in der demografischen Struktur zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund berücksichtigt. Personen mit Migrationshintergrund sind entweder selbst zugewandert oder haben mindestens einen zugewanderten Elternteil. In einigen Abschnitten wird die Situation der Nachkommen von Migranten gesondert dargestellt. Bei den Migrantennachkommen handelt es sich um die 16- bis 45-Jährigen, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder vor dem Alter von sieben Jahren nach Deutschland zugewandert sind und in Deutschland die Schule besucht haben.

innerhalb der Population türkischer und südeuropäischer Herkunft lediglich 35 % beziehungsweise 20 %. Letztere besitzen aufgrund ihrer EU-Mitgliedschaft weniger Anreize, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. ▶ Tab 1

Bei den untersuchten Herkunftsgruppen variierte auch die Einkommenssituation, vor allem im Hinblick auf das Armutsrisiko. Nach den Daten des SOEP waren türkischstämmige Personen mit einer Risikoquote von 36 % am stärksten von Armut betroffen, gefolgt von Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und aus Südwesteuropa (jeweils 27 %) und den Spätaussiedlern (25 %). Im

oberen Einkommensbereich (über 150 % des Medianeinkommens) waren Personen mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert. Personen türkischer Herkunft wiesen mit 5 % den niedrigsten Anteil im oberen Einkommensbereich auf, Personen osteuropäischer Herkunft mit 21 % den höchsten unter den hier verglichenen Herkunftsgruppen.

Personen mit Migrationshintergrund verfügten im Durchschnitt über deutlich geringere finanzielle Ressourcen als Personen ohne Migrationshintergrund (1 482 Euro gegenüber 1 730 Euro im Monat). Dies traf insbesondere auf Personen türkischer Herkunft (1 242 Euro) und Perso-

nen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (1 288 Euro) zu. Migrantenhaushalte mussten trotz im Durchschnitt niedrigerer Einkommen für höhere Mietkosten aufkommen als Haushalte, in denen nur Personen ohne Migrationshintergrund lebten. Sie verfügten jedoch im Durchschnitt über deutlich weniger Wohnfläche pro Person. Die Tatsache, dass ein Großteil der Zuwandererfamilien in größeren Städten lebt, trägt zu dem erschwerten Zugang zu bezahlbarem und geeignetem Wohnraum bei. Zudem ist wahrscheinlich, dass Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt eine Rolle spielen.

▶ Tab 1 Ausgewählte Merkmale der Lebenssituation von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern 2013

	Personen ohne Migrationshintergrund ¹	Personen mit Migrationshintergrund ¹					
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-)Aussiedler	Osteuropa
Deutsche Nationalität (%)	100	62	35	33	20	97	55
Mittelwert Aufenthaltsdauer (Jahre)	X	26	30	29	38	24	17
In Deutschland geboren (%)	X	31	35	18	34	9	19
Alter bei Einwanderung (Durchschnitt)	X	22	18	19	20	25	25
in %							
Einkommensverteilung (in % des Medians)							
<60 % (Armutsrisikoquote)	14	24	36	27	27	25	20
60 % bis 100 %	32	35	38	47	34	36	33
100 % bis 150 %	31	25	21	15	20	28	26
>150 %	22	16	5	11	18	11	21
in Euro							
Einkommenssituation							
Haushaltsäquivalenzeinkommen (Median)	1 730	1 482	1 242	1 288	1 486	1 401	1 421
Wohnsituation²							
Miethöhe (Mittelwert in Euro)	486	527	533	549	527	494	491
Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl Personen)	1,9	2,4	3,2	2,6	2,3	2,3	2,3
Wohnfläche pro Person (Mittelwert in Quadratmeter)	59	44	32	43	45	40	45

¹ Bevölkerung ab 17 Jahren.

² Die Indikatoren zur Wohnsituation beziehen sich auf Haushalte.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 2** Bildungsniveau (berufliche Bildung) 2013 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund					
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-) Aussiedler	Osteuropa
Ohne Abschluss	14	37	65	40	53	29	25
Frauen	17	38	72	44	55	32	21
Berufsausbildung	64	43	30	50	35	54	43
Frauen	64	42	25	50	31	51	43
Akademischer Abschluss	22	20	5	10	12	17	32
Frauen	19	20	3	6	14	17	36

Kursiv: Fallzahl unter 30.
Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 3** Bildungsniveau der Nachkommen von Migranten im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung (17- bis 45-Jährige) 2013 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund				
		Gesamt	Türkei	andere Anwerbeländer ^{1,2}	Osteuropa (inklusive (Spät) Aussiedler) ²	Andere Herkunftsgruppen
Schulische Bildung						
Kein Abschluss	1	3	3	2	2	3
Frauen	1	2	3	3	1	2
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	1	2	1	4	1	1
Hauptschulabschluss	17	26	39	33	10	24
Frauen	14	21	40	23	6	20
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	25	33	40	41	15	31
Realschulabschluss	37	30	29	31	32	29
Frauen	39	34	27	35	29	39
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	42	33	36	35	24	33
Abitur	44	38	27	30	53	40
Frauen	46	39	29	33	60	35
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	31	28	23	12	55	31
Anderer Abschluss (im Ausland erworben)	0	3	2	4	3	4
Frauen	0	4	1	6	4	4
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	0	4	0	7	5	4
Berufliche Bildung						
Ohne Abschluss	17	37	51	35	39	31
Frauen	16	36	54	36	28	31
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	15	32	49	42	29	20
Berufsausbildung	59	44	41	50	31	47
Frauen	59	43	38	46	33	49
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	69	55	44	53	44	63
Akademischer Abschluss	24	19	8	15	30	22
Frauen	25	21	8	18	39	20
Vater hat maximal Hauptschulabschluss	16	13	7	5	27	17

¹ Länder des ehemaligen Jugoslawiens sowie Südeuropa.

² Gruppen wurden zusammengefügt, da die Fallzahlen für Migrantennachkommen ansonsten zu gering sind.

Kursiv: Fallzahl unter 30.
Datenbasis: SOEP 2013.

7.4.2 Bildung und Ausbildung

Ein Blick auf das Qualifikationsniveau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zeigt auf, dass erstere hinsichtlich der beruflichen Bildung stark polarisiert ist. Einerseits war 2013 der Anteil ohne beruflichen Abschluss (37 %) bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt und in allen Herkunftsgruppen hoch, andererseits fiel der Unterschied zu Personen ohne Migrationshintergrund bei höheren Abschlüssen sehr gering aus: 20 % der Personen mit Migrationshintergrund haben einen akademischen Abschluss gegenüber 22 % bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dies lag unter anderem am hohen Bildungsniveau der Personen aus den osteuropäischen Ländern: 32 % unter ihnen hatten einen akademischen Abschluss. Personen aus den ehemaligen sogenannten »Gastarbeiterländern« wiesen hingegen eine ungünstigere Qualifikationsstruktur auf, was auf ihre Migrationsgeschichte zurückzuführen ist; ihre Bildungssituation ist weiterhin stark durch ihre soziale Herkunft aus Arbeiterfamilien geprägt. Geschlechterunterschiede im Bildungsniveau traten bei Personen türkischer Herkunft besonders stark zutage: 72 % der Frauen gegenüber 65 % der Männer hatten keinen beruflichen Abschluss und nur 28 % hatten eine Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. ▶ Tab 2

Betrachtet man nun die Gruppe der Nachfolgeneration – also derjenigen Migrantennachkommen, die selbst keine Migrationserfahrung haben oder im frühen Alter nach Deutschland eingereist sind, – stellt man fest, dass diese im Durchschnitt weniger häufig das Abitur (38 %) und häufiger einen Hauptschulabschluss (26 %) erlangten als die gleichaltrige Population ohne Migrationshintergrund (44 % und 17 %). ▶ Tab 3

Die Geschlechterunterschiede bei den Migrantennachkommen türkischer, südeuropäischer und osteuropäischer Herkunft (inklusive (Spät-)Aussiedlern) wichen von denen anderer Herkunftsgruppen ab: hier wiesen Frauen einen leicht

höheren Anteil an Abiturienten gegenüber der jeweiligen Gesamtgruppe auf. Die vergleichsweise hohen Qualifikationen der Kinder von (Spät-)Aussiedlern und osteuropäischen Migranten spiegelten sich in dem entsprechenden Anteil an Abiturienten bei ihren Nachkommen wieder (53 %).

Der Vergleich der Bildungslage der Migrantennachkommen mit derjenigen der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist jedoch verzerrt, solange nicht die soziale Herkunft kontrolliert wird, da Eltern, die migriert sind, im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse besitzen. Betrachtet man deshalb nur diejenigen Personen, deren Väter maximal einen Hauptschulabschluss besaßen, wird deutlich, dass die Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen geringer ausfallen, insbesondere wenn es sich um den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen handelt. Jedoch verringern sich die Unterschiede nur leicht, wenn es um die niedrigeren Bildungszweige geht.

Der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ohne berufliche

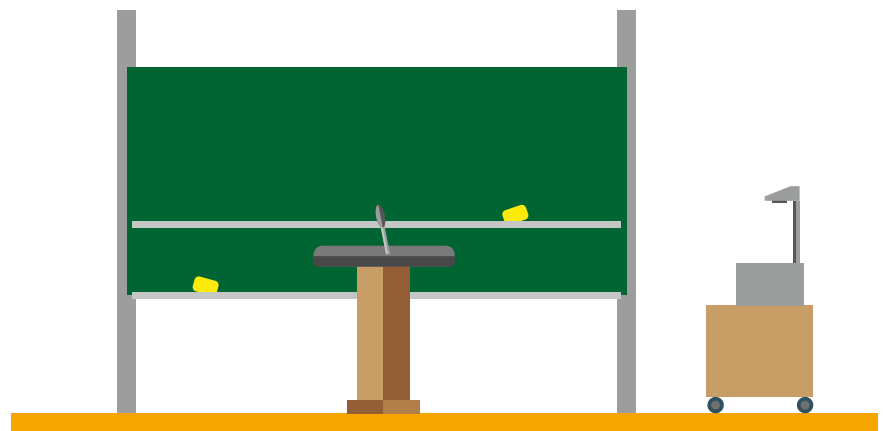
Qualifikation war 2013 mehr als doppelt so hoch wie unter denjenigen, die keinen Migrationshintergrund hatten (37 % gegenüber 17 %). Hier spielen neben dem sozioökonomischen Hintergrund weitere Faktoren wie die institutionelle Diskriminierung, soziale und ethnische Segregation oder auch familiäre Verhältnisse eine Rolle.

7.4.3 Beschäftigungsstruktur und Arbeitssituation

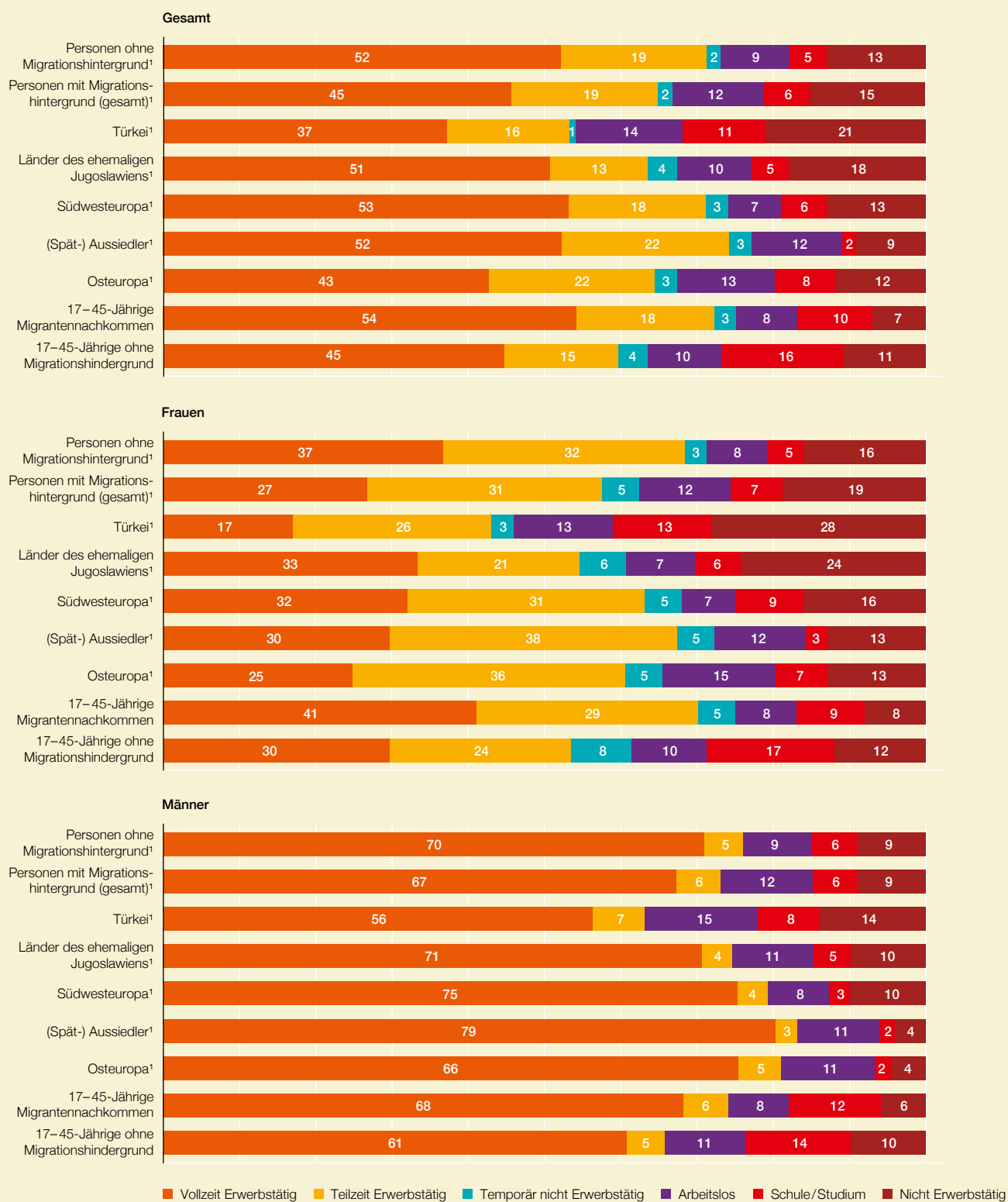
Eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Integration aller Bevölkerungsgruppen kommt dem Arbeitsmarkt zu. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich von der einheimischen Bevölkerung bereits hinsichtlich ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt. Betrachtet man die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so ist festzustellen, dass gut die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund 2013 Vollzeit erwerbstätig war, während dies auf nur 45 % der Personen mit Migrationshintergrund zutraf. Der Unterschied war bei den Frauen größer als bei den Männern. Frauen mit Mi-

20 %

der Personen mit Migrationshintergrund hatten 2013 einen akademischen Abschluss. Bei Personen ohne Migrationshintergrund waren es 22 %.



► Abb 1 Erwerbsstatus nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2013 — in Prozent



¹ Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
 Kursiv: Fallzahl unter 30.
 Datenbasis: SOEP 2013.

► Tab 4 Monatliches Nettoerwerbseinkommen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2013 – in Euro (Median)

	Individuelles Nettoerwerbseinkommen		
	Gesamt	Frauen	Männer
Personen ohne Migrationshintergrund	1 503	1 200	1 900
Personen mit Migrationshintergrund	1 340	870	1 700
Türkei	1 200	700	1 700
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	1 300	700	1 700
Südwesteuropa	1 400	1 000	1 700
(Spät-)Aussiedler	1 400	900	1 800
Osteuropa	1 120	760	1 400
17–45-Jährige			
Migrantennachkommen	1 300	1 000	1 500
Ohne Migrationshintergrund	1 400	1 150	1 700

Datenbasis: SOEP 2013.

grationshintergrund wiesen einen höheren Anteil an Nichterwerbstätigen auf, insbesondere unter den Frauen türkischer Herkunft (28 %) und aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (24 %). Insgesamt waren Personen mit Migrationshintergrund häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen ohne Migrationshintergrund (12 % gegenüber 9 %). Dies traf 2013 insbesondere auf osteuropäische Frauen und auf türkischstämmige Männer zu, deren Anteil an Arbeitslosen 15 % ausmachte. ► Abb 1

Einen zentralen Indikator für die Qualität eines Arbeitsplatzes stellt zweifellos das erzielte Arbeitseinkommen dar. Das Nettoarbeitseinkommen von Personen mit Migrationshintergrund lag im letzten Erhebungsjahr unterhalb des Durchschnitts der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. So verdienten Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2013 monatlich 163 Euro weniger. Nach der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund (1 503 Euro im Monat) wiesen (Spät-)Aussiedler und Personen aus Südwesteuropa mit 1 400 Euro die höchsten Einkommen auf. ► Tab 4

Ein Grund für das niedrige Erwerbseinkommen bei Migranten und deren

Nachkommen liegt in deren beruflicher Stellung. So waren sie häufiger als un- oder angelernte Arbeiter tätig, wobei dies insbesondere auf Personen aus der Türkei (42 %), auf Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (31 %) sowie auf (Spät-)Aussiedler (32 %) zutrifft. Letztere waren allerdings in den mittleren und höheren Angestelltenberufen besser repräsentiert als erstere. Insgesamt befanden sich Personen mit Migrationshintergrund im unteren Bereich der Berufshierarchie. Gerade ab den mittleren Angestelltenpositionen und in den Beamtenberufen, aus denen ausländische Staatsbürger ausgegrenzt werden, waren sie deutlich unterrepräsentiert. Betrachtet man die berufliche Stellung der Migrantennachkommen, fällt auf, dass ihre Positionierung in der Berufshierarchie der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund ähnelte, wenngleich sich der Anteil der Personen, die als Arbeiter tätig sind zugunsten eines höheren Anteils an einfachen und mittleren Angestellten verringert hat. Diese leichte Aufstiegtendenz traf im Besonderen auf Frauen zu, die zu 33 % in den mittleren Angestelltenberufen zu finden waren. ► Tab 5

7.4.4 Orientierungen, Erfahrung von Benachteiligung und Zufriedenheit

Die Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft gibt Aufschluss darüber, inwieweit Migranten und deren Kinder in ihrem alltäglichen Handeln Abweisung durch die Mehrheitsgesellschaft erfahren. Über solche Erfahrung berichteten die Herkunftsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei gaben 8 % der Personen mit Migrationshintergrund und darunter 10 % der Migrantennachkommen im Jahr 2013 an, häufig Situationen erlebt zu haben, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft abgewiesen beziehungsweise benachteiligt worden waren. Dabei berichteten die Personen türkischer Herkunft am häufigsten von Benachteiligung (18 %), während dies nur 4 % der Personen aus Südwesteuropa und 5 % der (Spät-)Aussiedler taten. Personen mit türkischer Herkunft machten sich auch die größten Sorgen um Ausländerfeindlichkeit (29 % gegenüber 13 % bei Migranten aus Osteuropa).

In fast allen Herkunftsgruppen schätzten mehr als drei Viertel der Personen ihre deutschen Sprachkenntnisse als »gut« bis »sehr gut« ein (80 %). Betrachtet man im Besonderen die Nachkommen

► Tab 5 Berufliche Stellung nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2013 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund ¹	Personen mit Migrationshintergrund ¹						17 bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-)Aussiedler	Osteuropa	Migrantennachkommen	Ohne Migrationshintergrund
Arbeiter	12	28	42	31	24	32	32	20	12
Männer	12	28	42	32	21	31	37	24	14
Frauen	12	28	43	29	27	32	24	15	10
Facharbeiter/Meister	12	10	14	10	19	13	7	11	12
Männer	20	17	20	15	28	24	13	17	20
Frauen	4	3	4	4	8	2	1	4	4
Einfache Angestellte	15	21	21	36	22	16	21	24	17
Männer	9	15	15	34	17	10	12	19	11
Frauen	22	26	30	38	28	23	29	30	23
Mittlere Angestellte	27	19	12	16	20	22	22	22	27
Männer	18	13	9	10	15	14	11	13	19
Frauen	36	26	17	23	26	30	31	33	35
Höhere Angestellte	16	12	2	4	7	10	12	14	17
Männer	20	15	3	4	11	13	17	16	19
Frauen	11	8	1	5	2	6	8	11	13
Selbstständige	11	8	9	3	7	6	6	6	8
Männer	13	9	12	5	7	6	8	8	10
Frauen	9	7	5	1	7	6	5	4	7
Beamte	7	2	0	0	1	2	2	3	7
Männer	8	3	0	0	1	2	2	3	7
Frauen	6	2	0	0	2	1	1	3	8

¹ Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
Datenbasis: SOEP 2013.

von Migranten aus der Türkei und aus Südwesteuropa, so fällt auf, dass diese im Vergleich zu der jeweiligen Gesamtgruppe wesentlich häufiger angaben, über mindestens gute deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen. Die eigenen deutschen Sprachkenntnisse werden von einer Generation zur nächsten also zunehmend als »gut« bis »sehr gut« eingeschätzt.

Im Jahr 2013 äußerten zudem 80 % der Personen mit Migrationshintergrund den Wunsch, für immer in Deutschland bleiben zu wollen. Die größten Anteile wiesen (Spät-)Aussiedler (94 %) und Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (83 %) auf. Die Absicht in Deutschland zu bleiben war bei Personen

türkischer Herkunft insgesamt (66 %) sowie unter den Migrantennachkommen dieser Herkunft (67 %) am niedrigsten. Die schwierigere soziale Situation dieser Gruppe und die stärker verbreitete subjektive Erfahrung von Benachteiligung könnten dieses Ergebnis erklären. ► Tab 6

Zuletzt werden Indikatoren der Lebens- und Bereichszufriedenheit betrachtet. Mit Blick auf die ersten drei Indikatoren der Bereichszufriedenheit (Lebensstandard, Haushaltseinkommen und Wohnsituation) zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund über alle Herkunftsgruppen hinweg im Durchschnitt weniger zufrieden waren als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies wundert nicht an-

gesichts der Tatsache, dass sie über ein deutlich niedrigeres Haushaltseinkommen verfügten, häufiger von Armut betroffen waren und eine schlechtere Wohnsituation aufwiesen. Entsprechend waren die Werte unter den Personen türkischer Herkunft besonders niedrig. Nur bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit heute und in fünf Jahren wiesen Personen mit Migrationshintergrund insgesamt leicht höhere Werte als Personen ohne Migrationshintergrund auf. Besonders stark zeigte sich dies bei der zukünftigen Lebenszufriedenheit, in Bezug auf welche Personen aus allen Herkunftsgruppen zufriedener waren als die einheimische Bevölkerung. ► Tab 7

► **Tab 6** Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft, Sprachkenntnisse, Bleibeabsichten, Überweisungen ins Ausland und Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit 2013 – in Prozent

	Wahrgenommene Benachteiligung wegen der Herkunft (häufig)	Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit (Anteil großer Sorgen)	Deutsch sprechen (gut bis sehr gut)	In Deutschland für immer bleiben (Ja)	Überweisungen ins Ausland
Bevölkerung mit Migrationshintergrund					
Gesamt	8	18	80	80	4
Türkei	18	29	75	66	3
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	7	15	84	83	6
Südwesteuropa	4	18	76	72	2
(Spät-)Aussiedler	5	17	80	94	4
Osteuropa	8	13	77	77	5
Migrantennachkommen					
Gesamt	10	19	98	76	2
Türkei	21	29	99	67	2
Andere ehemalige Anwerbeländer ^{1,2}	3	12	98	82	1
(Spät-)Aussiedler / Osteuropa ²	8	19	99	79	0

1 Länder des ehemaligen Jugoslawiens sowie Südeuropa.

2 Gruppen wurden zusammengefügt, da die Fallzahlen für Migrantennachkommen ansonsten zu gering sind.
Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 7** Lebens- und Bereichszufriedenheit¹ 2013 – Mittelwerte

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund						17 bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südwesteuropa	(Spät-)Aussiedler	Osteuropa	Migrantennachkommen	Ohne Migrationshintergrund
mit dem Lebensstandard	7,5	7,3	6,8	7,2	7,4	7,4	7,2	7,5	7,6
mit dem Haushaltseinkommen	6,7	6,4	5,7	6,4	6,6	6,4	6,4	6,5	6,6
mit der Wohnsituation	7,9	7,6	7,2	7,5	7,7	7,8	7,4	7,5	7,7
mit dem Leben heute	7,1	7,3	6,9	7,2	7,0	7,4	7,3	7,3	7,3
mit dem Leben in 5 Jahren	7,2	7,6	7,6	7,8	7,4	7,4	7,9	8,3	8,0

1 Gemessen auf einer Skala von 0 (niedrig) bis 10 (hoch).

Datenbasis: SOEP 2013.

40 %

der im ersten Halbjahr 2015 abgeschlossenen Asylverfahren führten zur Gewährung eines Schutzes. Im Jahr 2010 waren es nur 22 %.



70 %

mehr Asylbewerber nahm Schweden im Jahr 2015 auf als bei einer Gleichverteilung innerhalb der EU erforderlich gewesen wäre.



160 000

Flüchtlinge kamen im September 2015 nach Deutschland. Die Zahl der registrierten Asylanträge in diesem Zeitraum lag bei 43000.



100 000

und mehr Asylanträge wurden erstmals im Jahr 1980 in Deutschland gezählt.

47 %

der Asylbewerber in der EU waren 2015 Männer im Alter zwischen 18 und 34 Jahren.

8 Flüchtlinge

8.1 Asylsuchende in Deutschland und der Euro- päischen Union

Karl Brenke
DIW Berlin

WZB/SOEP

Nach Angaben der UNO-Flüchtlingshilfe sind weltweit so viele Menschen wie nie zuvor auf der Flucht. Ende 2014 waren es knapp 60 Millionen, im Jahr davor 51 Millionen. Anlass für die Flucht sind Kriege, interne Konflikte und Verfolgung aus verschiedenen Gründen. Hinter diesen Anlässen stehen Ursachen, die nicht selten zusammen auftreten: ungleiche Verteilung von Eigentum und wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, korrupte Regierungen und Beamtenapparate sowie – und vor allem – ein starkes Bevölkerungswachstum bei einer unzureichenden wirtschaftlichen Basis. Dadurch werden die Erwerbsmöglichkeiten geschmälert, was mitunter zu Hunger und Mangelernährung führt. Diese Probleme bieten einen fruchtbaren Boden für die Verbreitung autoritärer Ideologien und religiöser Fanatismen. All das löst Wanderungsbewegungen aus. Im besonderen Maße finden sich solche Konstellationen in Afrika sowie in Teilen Vorder- und Mittelasiens. Europa ist daher einerseits schon wegen seiner räumlichen Lage als Zufluchtsregion prädestiniert. Andererseits trägt die Vorstellung von Europa als Ort des (unerreichten) Wohlstandes – verbreitet durch immer schnellere Kommunikationswege – zur Wahl dieser Zielregion bei.

Im Folgenden werden zunächst die Asylwanderungen in die Bundesrepublik

im historischen Rückblick skizziert, danach wird auf die entsprechenden Wanderungen in der EU eingegangen und ein Blick auf die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Staatengemeinschaft geworfen. Anschließend werden Antworten auf die Frage nach der Integration der anerkannten Asylsuchenden in den deutschen Arbeitsmarkt gesucht.

8.1.1 Die Entwicklung in Deutschland im Überblick

Angesichts der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus wurde das Recht auf Asyl ins Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht (Artikel 16). In kaum einem anderen Land wird Ausländern ein entsprechender Rechtsanspruch zubilligt. Im Jahr 1951 – also zwei Jahre später – verabschiedete eine UN-Sonderkonferenz die Genfer Flüchtlingskonvention, der auch Deutschland beitrug. Dieser zufolge sei Asyl denjenigen zu gewähren, die »aus der begründete(n) Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung« (Artikel 1A, Absatz 2) ihr Heimatland verlassen mussten. Das Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bezog sich allerdings vor allem auf im Zusammenhang

mit dem Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit eingetretene Ereignisse und somit insbesondere auf Europa. Mit einem UNO-Protokoll von 1967 erlangte die Vereinbarung von Genf universelle Bedeutung.

Über die ersten Asylbegehren wurde in der Bundesrepublik 1953 entschieden. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren blieb die Zahl der jährlichen Anträge fast immer weit unter 10 000. Die Ausnahme war das Jahr des Volksaufstands in Ungarn, in dessen Folge die Zahl der Anträge 1956 über diese Marke kletterte. Zu deutlichen Zuwächsen kam es ab Mitte der Siebzigerjahre. Im Zuge der ersten Ölpreiskrise stieg die Arbeitslosigkeit stark an. Die Bundesregierung reagierte darauf unter anderem Ende 1973 mit einem Anwerbestopp von Gastarbeitern. Möglich war der reguläre Zuzug von ausländischen Arbeitskräften somit nur noch im Falle der Familienzusammenführung. Da mit dem Anwerbestopp ein wichtiger Zuwanderungskanal verschlossen wurde, kam es zur vermehrten Zuwanderung via Asyl – nicht zuletzt aus der Türkei. Im Jahr 1980 wurden erstmals mehr als 100 000 Asylanträge gezählt. Es gab aber auch äußere Anlässe für vermehrte Asylbegehren. Dazu zählte die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen als Reaktion auf die Solidarność-Bewegung, wodurch Bürger aus dem Land getrieben wurden oder in Deutschland weilende Polen eine Rückkehr in ihre Heimat vermieden. Ein weiterer Grund der Asylsuche ergab sich aus dem 1982 einsetzenden Libanon-Krieg. ▶ **Abb 1**

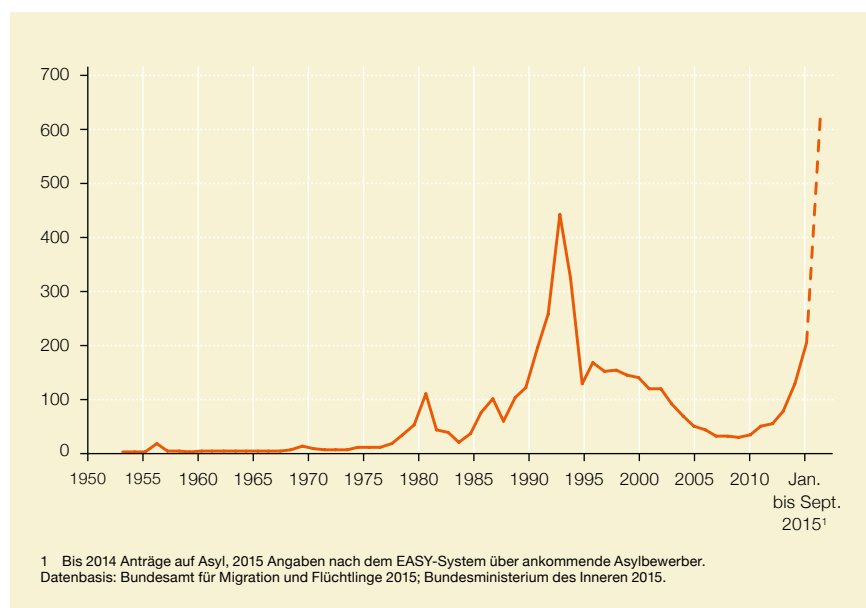
Nach 1980 ließen die Asylwanderungen in die Bundesrepublik zunächst deutlich nach, um wenige Jahre später wieder anzuschwellen. Vorher nicht gekannte hohe Werte wurden Anfang der Neunzigerjahre erreicht. Dabei kamen die Kriege in Ex-Jugoslawien, der Zusammenbruch der Regime in Osteuropa und der Verfall der Sowjetunion zusammen. Angesichts des sich in diesen Regionen manifestierenden Antisemitismus führte Deutschland zudem Sonderregelungen für zuziehende Juden ein.

Nach 1993 brach die Zuwanderung infolge einer Änderung der gesetzlichen Regelungen für die Asylgewährung abrupt ab. Im Grundgesetz wurde ergänzt, dass nur noch denjenigen Personen politisches Asyl zu gewähren sei, die nicht über als sicher einzustufende Drittstaaten einreisen. Entsprechende Anpassungen erfolgten auch in den einzelgesetzlichen Regelungen – also bei den Asyl- und Ausländergesetzen. Diese Entscheidungen sind auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass damals nicht nur Asylbewerber in großer Zahl kamen, sondern auch viele deutschstämmige Aussiedler aus den Ostblockländern, sodass die Unterbringungsmöglichkeiten knapp wurden. Überdies waren die Nachwehen der Abwanderungen aus der kollabierten DDR zu spüren. Änderungen am Asylrecht und den damit verbundenen Ausländergesetzen sowie den Arbeitserlaubnisregelungen gab es auch schon vor den durchgreifenden, Mitte 1993 in Kraft getretenen Rechtsänderungen – ebenso wie danach. Oft zielten die Reformen darauf, mindernd auf die Asylzuwanderungen einzuwirken.

In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre und im darauf folgenden Jahrzehnt ging die Zahl der Asylanträge in Deutschland nahezu stetig zurück. Erst ab Beginn dieser Dekade kam es wieder zu wachsenden asylbedingten Zuwanderungszahlen. Die vermehrte Wanderung begann zögerlich und beschleunigte sich dann enorm. Ab Mitte 2012 stieg die Zahl der Asylanträge deutlich an; zuvor schwankten die monatlichen Anträge um den Wert von 5 000. Im Jahr 2013 ergaben sich durchschnittlich doppelt so hohe Monatswerte und 2014 dreimal so hohe wie 2012.

Zu einer drastischen Zunahme der Asylwanderungen kam es im Laufe des Jahres 2015. Das hatte zur Folge, dass die zuständigen Behörden mit der Registrierung der immer zahlreicheren Asylbewerber – insbesondere ab dem Sommer – kaum hinterherkamen. Probleme entstanden auch dadurch, dass zwischen Grenzübertritt und regelgerechter Erfassung der Asylgesuche eine zeitliche und räumliche Distanz liegt; Asylanträge werden nicht bei der Einreise, sondern in den über Deutschland verteilten Erfassungsstellen gestellt. Im Juni 2015 dürften

▶ **Abb 1 Zugänge an Asylbewerbern¹ in Deutschland 1953–September 2015**
– in Tausend



nach internen Statistiken der Bundesregierung (nach dem sogenannten EASY-System) etwa 50 000 Personen über die Grenzen gekommen sein, im August waren es mehr als 100 000 und im September gut 160 000. Die Zahl der registrierten Asylanträge war indes viel geringer; im September wurden beispielsweise lediglich 43 000 Anträge erfasst.

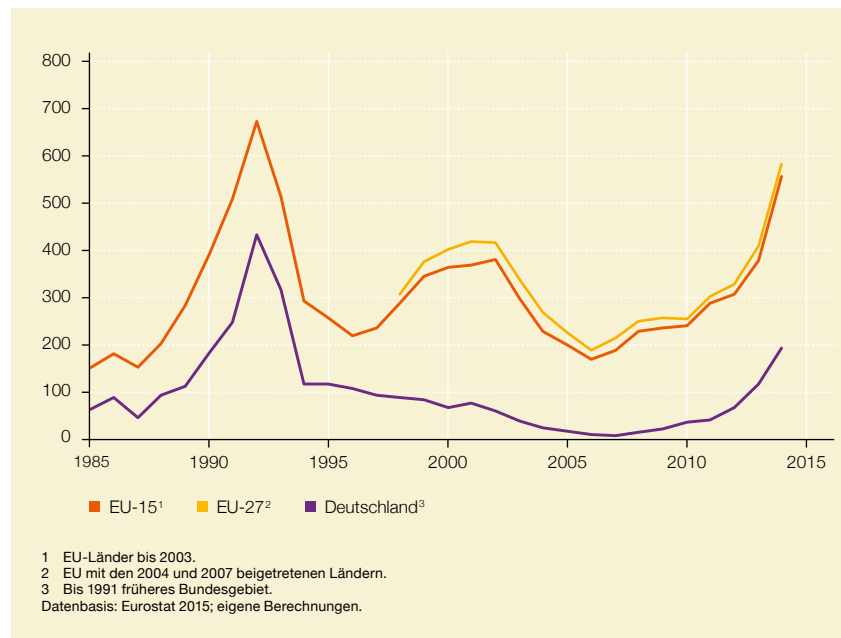
Angesichts der recht chaotischen Entwicklung sind die vorliegenden Daten mit Vorsicht zu behandeln – zumal die einschlägigen Quellen die Zahl der Asylbewerber nur durch die Zahl der gestellten Anträge auf Asyl nachweisen. Für differenzierte Analysen über ankommende Flüchtlinge sind allenfalls die statistischen Angaben bis zur Jahresmitte 2015 verwendbar. Zuverlässig sind indes die Informationen über abgeschlossene Asylverfahren.

8.1.2 Asylwanderungen in der EU

Flüchtlinge, die ihrer Heimatregion den Rücken kehren, machen nicht vor Landesgrenzen halt. Entsprechend ist die Gewährung von Schutz vor Verfolgung oder aus anderen Gründen eine Aufgabe der gesamten internationalen Staatengemeinschaft. Die EU hat die Vereinbarungen der UNO über den Schutz von Asylsuchenden in den Lissaboner Verträgen sowie in ihrer Charta der Grundrechte verankert. Entsprechend wäre ein gemeinsames Handeln in der Asylpolitik zu erwarten – zumal die Grenzen innerhalb der EU offen und ihre Außengrenzen recht durchlässig sind. Daher soll ein Blick auf die Asylwanderungen in der EU geworfen werden – auch um die Entwicklung in Deutschland in einen Rahmen zu stellen.

Verfügbar sind Daten seit Mitte der Achtzigerjahre über die Zahl der Asylanträge. Danach gab es drei Zuwanderungswellen in die EU: zum einen Anfang der Neunzigerjahre, zum zweiten kurz nach der Jahrtausendwende und zum dritten die Aktuelle. Die erste Welle, die vor allem Deutschland erreichte, ebte rasch wieder ab. Bei der zweiten, kleineren Welle geschah dasselbe. ▶ [Abb 2](#)

▶ **Abb 2 Zugänge an Asylbewerbern in der EU und in Deutschland 1985–2014**
– in Tausend



Anhand einschlägiger Konzentrationsmaße lässt sich bestimmen, inwieweit die Asylanträge und somit die Asylbewerber gleich verteilt waren oder ob sie sich innerhalb der EU in einzelnen Ländern bündelten. Als Maßstab kann etwa die Einwohnerzahl der EU-Staaten herangezogen werden. In der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre waren Asylsuchende recht ungleich in der damals nur aus 15 Staaten bestehenden EU verteilt; gemäß des hier gewählten Konzentrationsmaßes (des Hoover-Indexes) hätten ungefähr 40 % der Asylsuchenden in der Gemeinschaft umverteilt werden müssen, um eine gleichmäßige Verteilung herzustellen. ▶ [Info 1](#)

Anfang der Neunzigerjahre nahm die Ungleichverteilung noch weiter zu; danach ging sie immer mehr zurück. Bei der zweiten Flüchtlingswelle kam es nicht zu einer Konzentration auf einzelne EU-Länder. Die nach der Jahrtausendwende insbesondere wegen des Irak-Krieges Zugewanderten wurden einigermaßen gleichmäßig aufgenommen. Das ist bei

der dritten Welle wieder anders, denn die Konzentration auf einzelne Länder hat wieder erheblich zugenommen. Durch die EU-Erweiterungen ist die Ungleichverteilung sogar gewachsen; die seit 2004 der EU beigetretenen Staaten haben insgesamt vergleichsweise wenige Flüchtlinge aufgenommen. ▶ [Abb 3](#)

Überdurchschnittlich viele Asylanträge nahmen – gemessen an ihrer Einwohnerzahl – im ersten Halbjahr 2015 nur neun der 28 EU-Staaten entgegen. Besonders viele Asylsuchende entfielen auf Ungarn und Österreich. Stark belastet war auch Schweden, wohin gut 70 % mehr Asylbewerber als bei einer unterstellten Gleichverteilung kamen, in Deutschland waren es 60 % mehr und Malta kam auf einen fast ebenso hohen Wert. Vergleichsweise wenige Asylanträge wurden dagegen – abgesehen von Ungarn – in den osteuropäischen Staaten, in Südeuropa sowie in größeren EU-Staaten wie Frankreich oder dem Vereinigten Königreich gestellt. Auffallend ist, dass auch auf die Niederlande und auf Dänemark

► Info 1

Konzentrationsmaße

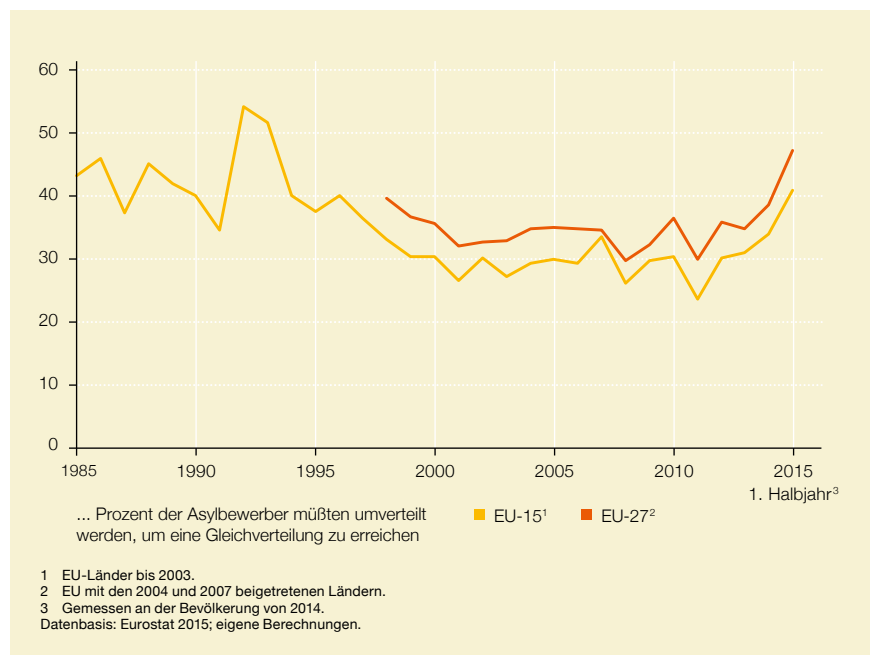
In der Statistik wird eine Reihe verschiedener Konzentrationsmaße verwendet. Grundsätzlich ist zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden: denen, die die absolute Konzentration erfassen (zum Beispiel der Herfindahl-Index) und jenen, mit denen die relative Konzentration ermittelt wird (zum Beispiel der Hoover-Index).

Mit absoluter Konzentration ist gemeint, wie stark die Verteilung der Asylbewerber einer bestimmten Nationalität auf die 27 Länder der EU gebündelt ist. Zur Berechnung des Herfindahl-Index werden die auf die einzelnen Staaten entfallenen Anteile an Asylbewerbern ermittelt und quadriert. Die Summe der quadrierten Anteile ergibt den Index-Wert. Erhält jedes Land genau denselben Anteil an Asylbewerbern (bei 27 Ländern also 3,7 % Prozent), entspricht die Summe der quadrierten Anteile und somit der Index-Wert 0,0037. Konzentrieren sich indes alle Asylbewerber auf nur ein Land (also 100 %), ergibt sich ein Wert von 1, dem Höchstwert des Herfindahl-Indexes. Je höher also der Indexwert, desto größer die Ungleichverteilung der Asylbewerber.

Bei der relativen Konzentration wird ein zusätzliches Kriterium berücksichtigt. Bezüglich der Verteilung der Asylbewerber in der EU kann nicht nur ihr auf einen Mitgliedstaat entfallener Anteil von Interesse sein, sondern beispielsweise auch ihre Relation zur Einwohnerzahl der einzelnen EU-Staaten. Denn es liegt auf der Hand, dass größere Mitgliedstaaten mehr Asylbewerber aufnehmen können als kleinere. Zur Ermittlung des Hoover-Indexes wird für jedes Land die Differenz zwischen dem Anteil der aufgenommenen Asylbewerber und seinem Anteil an den Einwohnern der gesamten EU ermittelt. Danach wird über alle EU-Länder der Betrag der Differenzen addiert. Die Hälfte der Summe der absoluten Differenzen ergibt den Wert des ermittelten Hoover-Indexes, der auch in einen Prozentwert umgerechnet werden kann. Dieser sagt aus, wie viel Prozent der Asylbewerber unter den EU-Ländern umverteilt werden müssten, um eine Gleichverteilung unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl der Mitgliedsstaaten zu erreichen.

Welches Konzentrationsmaß verwendet wird, hängt von der jeweiligen Fragestellung ab. Im vorliegenden Fall wurde mit dem Herfindahl-Index die absolute Konzentration der Asylbewerber bestimmter Nationalitäten auf einzelne Staaten der EU ermittelt. Hieran lässt sich diskutieren, ob beispielsweise Iraker oder Syrer ein bestimmtes Land als Fluchtziel bevorzugen. Die Einwohnerzahl des Landes ist hierbei von nachgeordneter Bedeutung. Zum anderen wurde gefragt, inwieweit die Lasten der Asylwanderungen unter den Ländern der EU ungleich verteilt sind. Um auf diese Frage eine Antwort zu geben, wurde die Einwohnerzahl der einzelnen EU-Länder berücksichtigt und mit dem Hoover-Index die relative Konzentration gemessen.

► **Abb 3** Konzentration der Asylbewerber auf die Staaten der EU Hoover-Konzentrationsindex 1985–Mitte 2015 — bezogen auf die Einwohnerzahl der Staaten



vergleichsweise wenig Asylanträge entfielen. Diese Länder hatten früher recht viele Flüchtlinge aufgenommen; hier macht sich inzwischen eine restriktivere Asylpolitik bemerkbar. ► Tab 1

Zieht man statt der Einwohnerzahl die Wirtschaftsleistung (das Bruttoinlandsprodukt) als Maßstab heran, dann hatten auch das wirtschaftlich schwache Bulgarien sowie das krisengeplagte Griechenland vergleichsweise viele Asylanträge zu verbuchen. Ungarn, Österreich, Schweden und Deutschland waren auch mit Blick auf ihre Wirtschaftskraft relativ stark von den Asylwanderungen tangiert. Insgesamt zeigt sich auch mit Blick auf die Wirtschaftskraft: Wenige Staaten nahmen im ersten Halbjahr 2015 vergleichsweise viele Asylbewerber auf; die allermeisten EU-Staaten waren unterdurchschnittlich betroffen. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat die Ungleichverteilung seitdem angesichts der wachsenden, auf Mitteleuropa ausgerichteten Wanderungsbewegungen noch zugenommen.

Die in die EU einreisenden Asylsuchenden stammen vor allem aus vier Regionen: dem Osten Europas, den nicht zur EU gehörenden Balkangebietern, den unterhalb der Sahara liegenden Teilen Afrikas sowie – und vor allem – aus Vorderasien. Hinzu kommen Pakistan und Afghanistan. An vorderer Stelle rangieren Flüchtlinge aus Syrien.

Es stellt sich die Frage, ob die Flüchtlinge einer bestimmten Staatsangehörigkeit bestimmte Zielländer bevorzugen und andere eher nicht. Hierbei steht die absolute Konzentration bestimmter Flüchtlingsgruppen auf einzelne Länder der EU im Vordergrund; die Bedeutung eines Landes etwa mit Blick auf dessen Einwohnerzahl oder Wirtschaftskraft ist dabei weniger von Belang. Dies lässt sich anhand des Herfindahl-Indexes abbilden. ► Info 1

Von den Asylsuchenden aus den zwölf wichtigsten Herkunftsländern waren allein diejenigen aus Pakistan und Somalia im ersten Halbjahr 2015 relativ breit in der EU verteilt. Schon stärker war die Konzentration bei den Personen aus manchen

► Tab 1 Veränderung der Zahl der Zugänge an Asylbewerbern bei unterstellter Gleichverteilung auf die Länder der EU im 1. Halbjahr 2015

	Tatsächliche Zahl der Asylbewerber in 1 000	Veränderung bei Gleichverteilung in der EU gemäß der Einwohnerzahl ¹		Veränderung bei Gleichverteilung in der EU gemäß dem Bruttoinlandsprodukt	
		in 1 000 Personen	in %	in 1 000 Personen	in %
Ungarn	66,8	-58,4	-87	-63,7	-95
Österreich	28,3	-21,1	-74	-18,5	-65
Schweden	29,0	-20,8	-72	-15,8	-54
Deutschland	171,8	-102,8	-60	-82,3	-48
Malta	0,8	-0,4	-55	-0,6	-70
Zypern	0,9	-0,2	-20	-0,4	-43
Belgien	11,7	-2,2	-18	0,5	4
Luxemburg	0,6	-0,1	-18	1,0	173
Bulgarien	7,3	-1,1	-16	-6,1	-84
Dänemark	4,1	0,7	18	3,8	94
Niederlande	9,7	4,6	47	10,5	108
Griechenland	6,2	3,1	49	-1,1	-17
Italien	30,5	21,3	70	17,8	58
Frankreich	32,2	24,0	75	33,3	104
Finnland	2,6	2,0	78	3,5	134
Irland	1,5	2,5	166	4,7	316
Vereinigtes Königreich	15,1	39,8	263	60,6	401
Spanien	6,7	33,0	497	26,0	390
Polen	4,1	28,3	686	8,3	201
Estland	0,1	1,0	877	0,5	422
Lettland	0,2	1,6	1 002	0,6	356
Tschechische Republik	0,8	8,2	1 050	4,0	507
Slowenien	0,1	1,7	1 659	1,0	1 035
Litauen	0,1	2,4	1 761	0,9	684
Portugal	0,4	8,5	1 970	4,8	1 125
Rumänien	0,7	16,3	2 216	3,4	463
Kroatien	0,1	3,5	3 525	1,2	1 156
Slowakei	0,1	4,5	4 303	2,1	2 035

¹ Einwohner 2014.
Datenbasis: Eurostat 2015; eigene Berechnungen.

Sub-Sahara-Gebieten, aus Russland, Syrien und Afghanistan. Noch viel ungleicher waren die Flüchtlinge aus den Balkan-gebieten in der EU verteilt. Im Vergleich zum Beginn der aktuellen Flüchtlingswelle – also dem Jahr 2012 – hat mit Blick auf die Nationalität der Flüchtlinge ihre Konzentration innerhalb der EU meist zugenommen. Eine Ausnahme stellen die Somalis, die Iraker, die Pakistanis und die Syrer dar. ► Tab 2

Deutschland nahm von vielen Nationalitäten den größten Anteil an Flüchtlingen auf. Das ist auch nicht erstaunlich, weil die Bundesrepublik mit 16 % der Ein-

wohner das bevölkerungsreichste Land der EU ist. Ein weit überdurchschnittlich hoher Anteil an Personen aus den nicht zur EU gehörenden Balkanländern reisten 2015 nach Deutschland ein. Auch verhältnismäßig viele Flüchtlinge aus Vorderasien suchten sich Deutschland als Zielland aus. Für Pakistanis und Afghanen war Ungarn ein wichtiges Zufluchtsgelände, und für Nigerianer war es Italien.

Generell lässt sich feststellen, dass diejenigen Zielländer, die schon 2012 relativ viele Asylsuchende einer bestimmten Nationalität aufnahmen, dies auch im ersten Halbjahr 2015 taten. Das zeigt sich am sta-

tistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Verteilung der Flüchtlinge einer bestimmten Nationalität auf die einzelnen EU-Länder im Jahr 2012 und im ersten Halbjahr 2015. Das Zusammenhangsmaß kann Werte zwischen 0 (keinerlei Zusammenhang) und 1 (wenn die Verteilung im ersten Halbjahr 2015 völlig identisch mit der von 2012 war) annehmen. Besonders hoch ist der Zusammenhang bei der Verteilung der Serben, der Mazedonier, der Russen, der Iraker und der Syrer. Etwas schwächer, aber immer noch stark ausgeprägt ist er im Falle der Somalis und Pakistanis. Bei all diesen Nationalitäten macht

► Tab 2 Konzentration der Zugänge an Asylbewerbern auf die Länder der EU¹ 2012 und Mitte 2015

	Zahl der Asylbewerber 1. Halbjahr 2015	Grad der Konzentration der Asylsuchenden auf die EU-Länder (Herfindahl-Index)		EU-Land mit dem höchsten Anteil an Asylsuchenden der jeweiligen Nationalität in der EU – Anteile in %		Zusammenhang zwischen der Verteilung der Asylsuchenden der jeweiligen Nationalität auf die Länder der EU im Jahr 2010 und im Jahr 2014 Bestimmtheitsmaß
		2012	1. Hj. 2015	2012	1. Hj. 2015	
Syrien	75 340	0,227	0,223	Deutschland (32,9)	Deutschland (41,6)	0,582
Kosovo	62 835	0,236	0,396	Frankreich (36,4)	Deutschland (49,7)	0,189
Afghanistan	41 170	0,152	0,251	Deutschland (27,0)	Ungarn (43,5)	0,012
Albanien	26 580	0,215	0,697	Frankreich (36,1)	Deutschland (83,2)	0,004
Irak	22 830	0,230	0,192	Deutschland (43,0)	Deutschland (35,8)	0,662
Serbien	17 200	0,479	0,817	Deutschland (67,2)	Deutschland (90,2)	0,966
Pakistan	14 780	0,148	0,144	Deutschland (18,0)	Ungarn (21,9)	0,414
Eritrea	12 850	0,198	0,202	Schweden (37,6)	Deutschland (26,1)	0,002
Nigeria	10 925	0,136	0,273	Italien (21,5)	Italien (44,2)	0,021
Somalia	9 565	0,198	0,173	Schweden (39,9)	Deutschland (26,7)	0,473
Russland	8 665	0,175	0,210	Polen (25,0)	Deutschland (31,3)	0,792
Mazedonien	7 435	0,534	0,778	Deutschland (71,7)	Deutschland (88,0)	0,980

¹ Ohne Kroatien.
Datenbasis: Eurostat 2015; eigene Berechnungen.

sich vermutlich der sogenannte Anker- oder Netzwerkeffekt bemerkbar: Flüchtlinge bevorzugen diejenigen Länder, in die es Landsleute von ihnen zuvor schon gezogen hat. Das hilft beim Erlernen landesspezifischer Gewohnheiten und Regeln oder bei der Wohnungssuche. Bei den Flüchtlingen aus Albanien, dem Kosovo, aus Afghanistan, Nigeria und Somalia zeigt sich indes nur ein schwacher oder gar kein Zusammenhang zwischen ihrer Verteilung auf die EU-Länder im Jahr 2012 und im ersten Halbjahr 2015. Das ist auch Ausdruck einer veränderten Praxis der Asylgewährung mancher EU-Staaten. Frankreich etwa gewährt mittlerweile viel weniger Personen vom Balkan Asyl, während in das Vereinigte Königreich im ersten Halbjahr 2015 vergleichsweise wenige Afghanen migrierten.

8.1.3 Soziale Struktur der Asylsuchenden

Über die soziale Zusammensetzung der Asylbewerber ist wenig bekannt. Die Innenministerien der Mitgliedsstaaten der

EU beziehungsweise die ihnen unterstehenden zuständigen Behörden müssen dem Europäischen Statistischen Amt (Eurostat) im Falle von Asylanträgen nur regelmäßig Angaben über das Geschlecht, das Alter und die Nationalität melden. Keinerlei Informationen gibt es hingegen bisher über die schulische und berufliche Ausbildung. Überdies hat sich die Zuwanderung von Asylsuchenden ab der Jahresmitte 2015 enorm verstärkt; ein Abklingen dieses Zuwachses ist bei Abfassung dieses Kapitels – im Oktober 2015 – nicht absehbar. Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Zuge anhaltend starker Zuwanderung die Zusammensetzung der Flüchtlinge rasch verändert. Einen Einfluss hierauf nehmen möglicherweise auch politische Interventionen. So könnten von Deutschland, wie derzeit politisch diskutiert, weitere Balkangebiete zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Die Erfahrungen lehren, dass es im Vorfeld solcher Entscheidungen zu einem Anschwellen der Zuwanderung aus den entsprechenden Ländern kommt; danach ebbt sie ab.

Vor allem Männer suchen Asyl. In der EU stellten zur Jahresmitte 2015 die Personen männlichen Geschlechts drei Viertel aller Flüchtlinge; in Deutschland waren es zwei Drittel. Schon früher machten die Männer den weit überwiegenden Anteil der Asylsuchenden aus, in den letzten Jahren hat er sich noch erhöht. Die am stärksten besetzte Gruppe waren Männer im Alter von 18 bis 34 Jahren; insbesondere unter ihnen kam es in den letzten Jahren zu starken Zuwächsen. Ihre Zahl war in Deutschland etwa dreimal so hoch wie die der Frauen in derselben Altersgruppe. In der EU stellte die Gruppe der jungen Männer einen noch größeren Anteil der Flüchtlinge. Sehr viel kleiner war der Anteil der Personen mittleren Alters. Auch hier dominierten die Männer, wenngleich nicht so stark wie bei den jungen Erwachsenen. Ältere Asylsuchende gab es indes kaum. Größer als in der EU war in Deutschland der Anteil von Kindern unter den Flüchtlingen, kleiner dagegen der Anteil der Heranwachsenden. Es fällt auf, dass hier wie dort mehr Jun-

► Tab 3 Zugänge an Asylbewerbern nach Geschlecht und Alter 2010–Mitte 2015 – Anteile in Prozent

	2010	2011	2012	2013	2014	1. Hj. 2015
Deutschland						
Männer						
Unter 14 Jahre	13,1	13,6	15,0	14,8	13,4	12,2
14–17 Jahre	6,4	5,9	5,0	4,1	4,2	3,8
18–34 Jahre	32,9	32,6	29,3	32,1	35,3	38,5
35–64 Jahre	10,6	10,8	11,7	11,4	12,3	12,9
Ab 65 Jahre	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Männer insgesamt	63,4	63,2	61,5	62,7	65,4	67,6
Frauen						
Unter 14 Jahre	12,3	12,2	13,4	13,7	12,1	10,9
14–17 Jahre	2,7	2,7	2,5	2,2	1,9	1,9
18–34 Jahre	13,9	13,8	13,8	13,4	12,9	12,2
35–64 Jahre	7,2	7,5	8,3	7,7	7,2	7,0
Ab 65 Jahre	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3
Frauen insgesamt	36,6	36,8	38,5	37,3	34,6	32,4
EU ohne Deutschland¹						
Männer						
Unter 14 Jahre	10,1	8,6	9,7	9,6	8,4	8,1
14–17 Jahre	4,9	4,6	5,0	4,3	5,5	7,0
18–34 Jahre	37,8	43,6	38,9	40,3	44,5	46,8
35–64 Jahre	12,9	12,5	13,1	13,7	13,9	12,4
Ab 65 Jahre	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Männer insgesamt	65,9	69,7	67,0	68,3	72,7	74,7
Frauen						
Unter 14 Jahre	9,3	7,9	9,0	8,7	7,4	6,9
14–17 Jahre	1,9	1,5	1,6	1,6	1,5	1,5
18–34 Jahre	14,9	13,8	14,6	13,8	11,7	10,8
35–64 Jahre	7,6	6,7	7,3	7,1	6,2	5,8
Ab 65 Jahre	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4
Frauen insgesamt	34,1	30,3	33,0	31,7	27,3	25,3

¹ Bis 2013 ohne Kroatien.
Datenbasis: Eurostat 2015; eigene Berechnungen.

gen als Mädchen flüchteten. Die Gründe hierfür lassen sich anhand der verfügbaren Daten jedoch nicht klären. ► Tab 3

Die Syrer stellten in Deutschland wie in der EU die größte Flüchtlingsgruppe. Sie haben seit 2012 an Relevanz gewonnen. Ebenfalls bedeutend waren die Kosovaren – vor allem in Deutschland. Ihr Anteil an den Asylbewerbern hat besonders stark zugenommen. Dasselbe gilt – aber nur in Bezug auf die Bundesrepublik – für die Albaner. Überhaupt war in Deutschland der Anteil von Personen aus den Bal-

kanstaaten an den Asylsuchenden viel größer als in anderen EU-Ländern, wenn gleich er – mit Ausnahme der Albaner – in den letzten Jahren geschrumpft ist. Stärker als in Deutschland fielen indes in der übrigen EU Asylbewerber aus Afghanistan, aus Pakistan, aus Osteuropa sowie aus manchen afrikanischen Staaten wie Nigeria oder Eritrea ins Gewicht. ► Tab 4

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfasst überdies die Religionszugehörigkeit der Asylbewerber in Deutschland. Im Jahr 2014 waren

knapp zwei Drittel Moslems, die vor allem aus Syrien, Afghanistan, dem Kosovo, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Somalia kamen. Ein Viertel hing dem christlichen Glauben an – sie konzentrierten sich auf die Asylsuchenden aus Serbien und Eritrea, einige Christen kamen aber auch aus Syrien, Albanien und dem Irak.

8.1.4 Ausgang der Asylverfahren

Längst nicht alle Asylanträge werden positiv beschieden. In Deutschland führten

► Tab 4 Struktur der Zugänge an Asylbewerbern nach ihrer Nationalität 2012–Mitte 2015 — Anteile in Prozent

	Deutschland				EU (ohne Deutschland) ¹			
	2012	2013	2014	1. Hj. 2015	2012	2013	2014	1. Hj. 2015
Syrien	10,2	10,1	20,3	18,3	6,3	12,2	19,1	16,8
Kosovo	3,3	3,5	4,4	18,2	3,0	5,2	6,8	12,1
Albanien	0,3	1,0	4,0	12,9	2,8	3,2	2,1	1,7
Serbien	16,5	14,2	13,4	9,0	2,4	1,4	0,9	0,6
Irak	7,3	3,3	4,7	4,8	2,9	2,2	2,8	5,6
Afghanistan	10,1	6,5	4,8	4,4	7,8	5,9	7,5	12,9
Mazedonien	8,9	7,4	4,4	3,8	1,1	0,5	0,3	0,3
Bosnien und Herzegowina	3,1	3,8	4,2	2,3	1,3	0,7	0,5	0,3
Eritrea	0,9	2,9	6,5	2,0	2,2	3,6	5,6	3,6
Pakistan	4,6	3,3	2,1	1,6	6,3	5,5	4,2	4,6
Nigeria	1,2	1,6	2,0	1,6	2,5	3,2	3,8	3,1
Russland	4,4	12,2	2,7	1,6	8,1	8,6	3,4	2,3
Ukraine	0,2	0,1	1,3	1,5	0,4	0,3	2,7	3,4
Somalia	1,7	3,1	2,8	1,5	5,0	4,1	2,5	2,7
Sonstige Nationalitäten	27,5	27,1	22,5	16,5	47,8	43,5	37,8	29,8

¹ Ohne Kroatien.
Datenbasis: Eurostat 2015; eigene Berechnungen.

► Tab 5 Entscheidungen über Asylanträge in Deutschland 2010–Mitte 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	1. Hj. 2015
Schutzmaßnahmen insgesamt	10 395	9 675	17 140	20 128	40 563	68 301
Asyl nach Art. 16a Grundgesetz	643	652	740	919	2 285	1 576
Flüchtlingsstatus nach § 3 Abs. 1 AsylVfG ¹	7 061	6 446	8 024	9 996	31 025	64 138
Subsidiärer Schutz ²	548	666	6 974	7 005	5 174	1 183
Abschiebungsverbot	2 143	1 911	1 402	2 208	2 079	1 404
Ablehnungen	27 255	23 717	30 700	31 145	43 018	67 034
Formelle Verfahren ³	10 537	9 970	13 986	29 705	45 330	39 210
Entscheidungen insgesamt	48 187	43 362	61 826	80 978	128 911	174 545
Schutzmaßnahmen in Prozent der Entscheidungen	21,6	22,3	27,7	24,9	31,5	39,1

¹ Aufgrund »begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe«.

² § 3 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz, hierunter fallen generell etwa auch Kriegsflüchtlinge.

³ Umverteilung gemäß Dublin-Verfahren, Rücknahme des Asylantrages etc.

Datenbasis: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015; eigene Berechnungen.

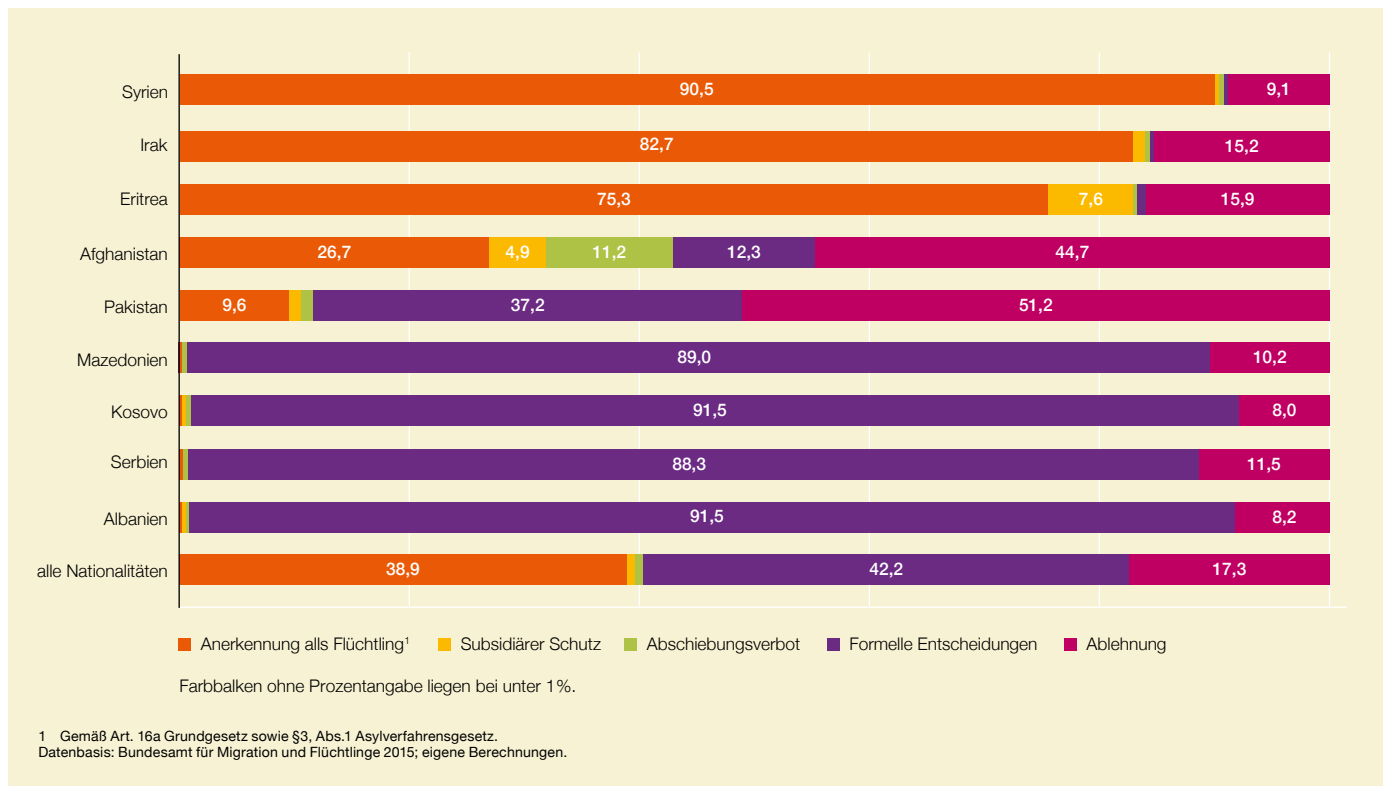
in den ersten neun Monaten von 2015 knapp 40 % der abgeschlossenen Verfahren zur Gewährung eines Schutzes. Diese Bewilligungs- beziehungsweise Schutzquote ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen; im Jahr 2010 war sie noch um 17 Prozentpunkte niedriger. Knapp ein Viertel der Entscheidungen fiel unter die Sammelkategorie der »formellen Verfahren«, zu der vor allem die Rücknahme von Asylanträgen sowie die Weiterleitung von Asylsuchenden an andere EU-

Staaten im Rahmen des sogenannten Dubliner Verfahrens zählen. Gut ein Drittel der von Januar bis September 2015 abschließend bearbeiteten Asylanträge wurde abgelehnt. ► Tab 5

Von den angenommenen Asylanträgen fällt nur ein sehr kleiner Teil unter die Regelung des Grundgesetzes, nach der politisch Verfolgte Schutz genießen, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland gekommen sind. Viel bedeutender ist mittlerweile der breiter gefasste Flücht-

lingsschutz nach Paragraph 3, Abs. 1 Asylverfahrensgesetz (Furcht vor Verfolgung wegen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen einer bestimmten politischen Überzeugung). Von allen bewilligten Schutzmaßnahmen zählten von Januar bis September 2015 mehr als 90 % zu dieser Kategorie. Das ist insofern erstaunlich, da es sich bei einem großen Teil der anerkannten Asylbewerber um Kriegsflüchtlinge handeln dürfte. Nur noch ge-

► **Abb 4 Entscheidungen über Asylanträge in Deutschland nach der Nationalität der Asylsuchenden von Januar bis September 2015 – in Prozent**



ringe Bedeutung haben dagegen subsidiäre Schutzmaßnahmen für Personen, die zwar nicht politisch oder anderweitig verfolgt werden, aber aus anderen Gründen bedroht sind. Die Zahl der Personen, die unter das Abschiebungsverbot (etwa wegen einer Gefahr für Leib und Leben für bestimmte Bevölkerungsgruppen in ihrem Herkunftsland) fallen, ist wenig bedeutend und hat in den letzten Jahren weitgehend stagniert.

Der Anteil der positiv beschiedenen Anträge variiert stark nach der Nationalität der Asylbewerber. Sehr hoch war er in den ersten neun Monaten von 2015 bei Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak. Deutlich über dem Durchschnitt lag auch der Anteil bewilligter Anträge bei Asylsuchenden aus Eritrea; bei ihnen griff – da in ihrer Heimat Krieg herrscht – im Fall einer Ablehnung als Flüchtling mitunter der subsidiäre Schutz. Afghanen und Pakistanis wurden seltener als

Flüchtlinge anerkannt; bei den Pakistanis kam es häufiger zu einem »formellen Verfahren«, bei den Afghanen vergleichsweise oft zu einem Abschiebungsverbot. Von den Asylsuchenden aus den Balkanstaaten dagegen wurde in den vergangenen Jahren fast keinem ein Schutzanspruch zugebilligt. Dies stieß auf politischer Ebene die Debatte darüber an, diese Gebiete zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, um den Zugang an Flüchtlingen einzudämmen, die zuständigen Behörden in Deutschland zu entlasten und dadurch die Verfahren für andere Asylsuchende zu beschleunigen. ► [Abb 4](#)

8.1.5 Integration in den Arbeitsmarkt

Für die anerkannten Asylbewerber ist es in aller Regel ungewiss, wie lange die Gründe für das Asyl fortbestehen – also wie lange Krieg oder Verfolgung in ihrer Heimat noch andauern. Daher müssen sie sich mit den Gegebenheiten in ihrem

Aufnahmeland arrangieren. Nötig ist nicht zuletzt die Integration in den Arbeitsmarkt, um eigenständig den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Daten darüber, ob anerkannte Flüchtlinge einer bezahlten Beschäftigung nachgehen oder arbeitslos sind, gibt es jedoch nicht. Verfügbar sind lediglich Angaben über die Beschäftigten sowie die Arbeitslosen nach ihrer Staatsangehörigkeit. Hilfsweise müssen diese herangezogen werden, um näherungsweise Hinweise auf die Arbeitsmarktintegration geben zu können.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit der Nationalität bedeutender Gruppen von Asylsuchenden hat in den letzten Jahren prozentual erheblich und in weit überdurchschnittlichem Maße zugenommen. Das gilt insbesondere für Syrer und Pakistanis sowie für Afghanen und Somalis. Es ist sehr wahrscheinlich, dass vor allem anerkannte Flüchtlinge zu dem starken Wachstum bei-

► Tab 6 Beschäftigte, Arbeitslose und Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch II ausgewählter Nationalitäten

	Juni des jeweiligen Jahres					Veränderung von Juni 2011 bis Juni 2015	
	2011	2012	2013	2014	2015	in 1 000	in %
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte							
Syrien	5,6	6,0	6,6	8,1	10,8	5,2	92,1
Kosovo	22,9	28,5	33,5	38,4	43,9	21,0	91,7
Albanien	16,5	16,1	15,8	15,8	16,6	0,1	0,9
Serbien	54,0	54,9	55,3	56,8	59,0	5,0	9,3
Irak	14,7	14,8	14,4	14,7	15,7	1,0	7,1
Afghanistan	10,1	10,4	10,9	12,1	14,0	3,9	38,4
Mazedonien	17,6	18,7	19,6	20,7	22,4	4,7	27,0
Bosnien und Herzegowina	52,8	53,3	53,4	55,2	58,0	5,2	9,8
Eritrea	1,9	2,0	2,1	2,2	2,5	0,6	28,3
Pakistan	6,0	6,5	7,0	8,2	10,2	4,2	70,9
Somalia	0,7	0,9	1,0	1,3	1,6	0,9	116,5
Nigeria	5,8	6,1	6,4	6,9	8,0	2,2	38,5
Alle Beschäftigte	28 643,6	29 280,0	29 615,7	30 174,5	30 778,0	2 134,4	7,5
Arbeitslose							
Syrien	3,5	4,4	7,3	11,9	27,2	23,6	666,6
Kosovo	4,3	6,2	7,6	8,7	10,1	5,8	134,9
Albanien	3,9	3,6	3,7	3,7	3,7	-0,3	-6,7
Serbien	18,8	20,1	21,1	21,1	22,0	3,2	17,3
Irak	12,8	13,1	13,9	13,4	16,2	3,5	27,1
Afghanistan	6,6	6,7	7,5	8,6	9,9	3,3	49,9
Mazedonien	5,8	5,7	5,8	5,9	6,0	0,2	4,0
Bosnien und Herzegowina	8,7	8,3	8,6	8,3	8,1	-0,6	-6,7
Eritrea	1,2	1,2	1,3	1,4	1,8	0,6	51,5
Pakistan	4,0	3,8	4,4	5,1	5,4	1,4	34,1
Somalia	0,7	0,9	1,0	1,1	1,3	0,5	71,0
Nigeria	2,1	2,2	2,4	2,7	2,8	0,7	33,4
Alle Arbeitslosen	2 894,0	2 809,1	2 864,7	2 832,8	2 711,2	-182,8	-6,3
Leistungsempfänger gemäß Sozialgesetzbuch II (Hartz IV)							
Syrien	12,3	15,8	24,3	41,1	92,7	80,4	653,8
Kosovo	13,5	16,3	19,6	21,7	26,4	12,9	95,8
Albanien	10,6	9,5	9,4	9,2	9,1	-1,5	-14,3
Serbien	32,3	35,9	38,3	40,5	14,8	-17,5	-54,2
Irak	52,2	51,4	22,3	52,8	56,2	3,9	7,5
Afghanistan	26,7	27,6	29,4	31,8	36,6	9,9	37,1
Mazedonien	12,5	12,0	12,4	12,6	14,8	2,3	18,0
Bosnien und Herzegowina	19,9	18,5	18,5	18,0	18,0	-1,9	-9,5
Eritrea	3,7	3,8	3,9	4,2	5,5	1,8	49,0
Pakistan	13,7	13,5	13,9	14,8	16,6	2,9	21,1
Somalia	2,8	3,4	3,8	4,2	4,8	2,0	71,8
Nigeria	6,1	6,2	6,8	7,6	8,4	2,3	37,4
Alle Leistungsempfänger	6 394,1	6 162,6	6 160,4	6 125,7	6 127,2	-266,9	-4,2

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit 2015, eigene Berechnungen.

getragen haben. Vergleichsweise schwach war indes die Veränderungsrate bei der Beschäftigungsentwicklung der Iraker. Die absoluten Zahlen bei den Beschäftigungszuwächsen waren allerdings nicht groß. So waren Mitte 2015 gegenüber Mitte 2011 – der Zeit vor der aktuellen Flüchtlingsbewegung – 5 200 Syrer, 4 200 Pakistanis, 3 900 Afghanen, 2 200 Nigerianer, 1 000 Iraker, 900 Somalis und 500 Personen aus Eritrea mehr beschäftigt. Ebenfalls deutlich zugelegt hat die Beschäftigung von Personen aus dem Kosovo, aus Mazedonien und aus Bosnien und Herzegowina. Bei den Arbeitnehmern aus den Balkanstaaten dürften sich aber wohl kaum Asylwanderungen bemerkbar gemacht haben, denn Personen aus diesen Ländern wird in Deutschland faktisch kein Asyl und somit keine Arbeitsgenehmigung gewährt. Vermutlich wurden bestehende Ausnahmeregelungen für Angehörige von Drittstaaten (also von Staaten außerhalb der EU) genutzt, um in Deutschland einen Job auszuüben. ▶ Tab 6

Infolge der guten Konjunktur sinkt die Arbeitslosigkeit (im Trend) seit Ende der weltweiten Finanzkrise. Unter Personen mit der Staatsbürgerschaft derjenigen Länder, aus denen ein großer Teil der Asylsuchenden stammt, zeigt sich hingegen eine gegenläufige Entwicklung: Die Arbeitslosigkeit steigt – und zwar rasant. Ohne Zweifel kommen hier die Asylwanderungen zum Ausdruck. Bei den Syrern hat sich von Mitte 2011 bis Mitte 2015 die Zahl der Arbeitslosen mehr als versechsfacht. Bei weitem nicht so dramatisch, aber ebenfalls schlecht war die Entwicklung bei den Afghanen, den Irakern, den Pakistanis, den Somalis und Personen aus Eritrea. Bei den Syrern und den Irakern hat die Arbeitslosigkeit sogar deutlich stärker als die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zugenommen.

Die amtliche Statistik weist keine Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten aus. Um dennoch das Ausmaß der Unterbeschäftigung zu umreißen, kann die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die der registrierten Arbeitslosen bezogen werden. Dieser Ansatz äh-

nelt der Berechnung einer Arbeitslosenquote. Ausgeblendet werden bei einer solchen Berechnung allerdings die Beamten; dieser Status kommt jedoch für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in der Regel nicht in Betracht. Nicht berücksichtigt sind überdies Mini-Jobber. Hier gibt es bei der üblichen Berechnung der Arbeitslosenquote das Problem, dass nicht wenige Mini-Jobber auch arbeitslos gemeldet sind. Überdies reicht ein Mini-Job nicht aus, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Schließlich fehlen die Selbständigen. Sie mögen bei manchen Gruppen von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland von erheblicher Bedeutung sein. Selbständige sollten aber bei der Berechnung des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit außen vor bleiben, denn Aufgabe der Arbeitsagenturen ist es, Arbeitslose in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln.

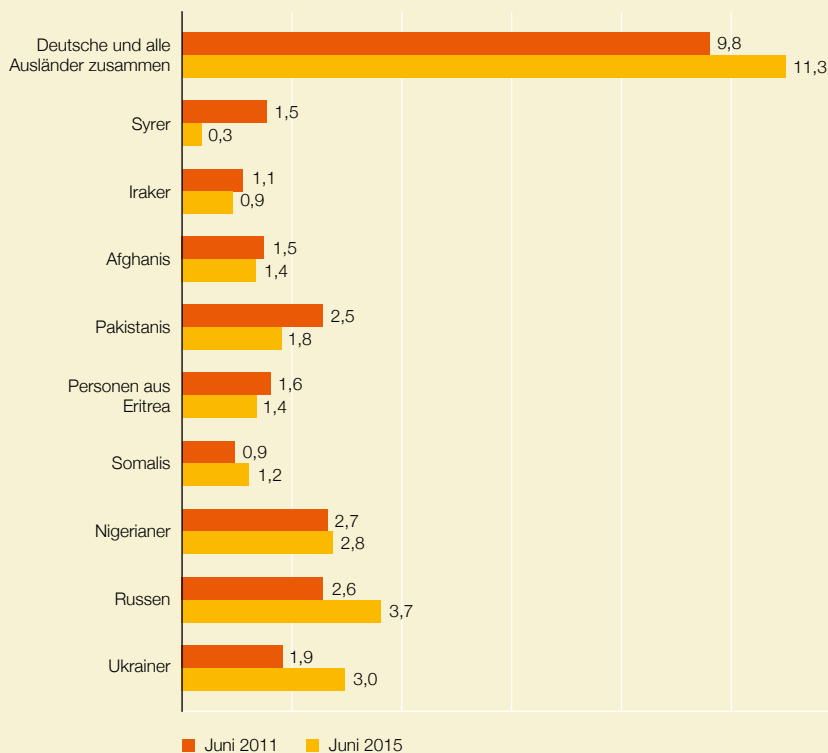
Nach der hier vorgeschlagenen Berechnungsweise ergibt sich für Juni 2015 bei Deutschen und allen Ausländern zusammengenommen eine Beschäftigten-Arbeitslosen-Relation von über 11; das entspricht – bei der hier verwendeten Methode – einer Arbeitslosenquote von 8 %. Viel ungünstiger waren die Beschäftigten-Arbeitslosen-Relationen indes bei Staatsangehörigen der bedeutenden Herkunftsländer von anerkannten Flüchtlingen. Unter den Syrern gab es zu diesem Zeitpunkt mehr Arbeitslose als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitslosenquote von über 70 %), bei den Irakern hielten sich Arbeitslose und Beschäftigte die Waage (Arbeitslosenquote: 50 %). Etwas, aber nicht viel besser sah es bei den Afghanen, Pakistanis, Somalis und Personen aus Eritrea aus. Große Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt hatten Personen dieser Nationalitäten

40 %

der in den ersten neun Monaten 2015 abgeschlossenen Asylverfahren führten zur Gewährung eines Schutzes.



► **Abb 5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Arbeitslosen nach Nationalität Juni 2011 und Juni 2015 — Auf einen Arbeitslosen kommen ... Beschäftigte**



Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit 2015; eigene Berechnungen.

allerdings schon vor Einsetzen der aktuellen Flüchtlingswelle. ► **Abb 5**

Überdies haben sich bei wichtigen Flüchtlingsgruppen die Beschäftigten-Arbeitslosen-Relationen in der Zeit von Mitte 2011 bis Mitte 2015 gegen den von der günstigen Konjunktur bestimmten Trend verschlechtert, was wiederum nur an der verstärkten Flüchtlingszuwanderung liegen kann. Eine Ausnahme stellen Personen aus Somalia sowie aus Osteuropa dar. Letztere dürften wohl vermehrt von Arbeitserlaubnissen für Drittstaatenangehörige profitieren und nicht so sehr aufgrund der Asylbewahrung auf dem deutschen Arbeitsmarkt aktiv sein.

Die ungünstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit derjenigen Ausländergruppen, die einen großen Teil der Flüchtlinge stellen, spiegelt sich in der Zahl der Hilfebedürftigen wider, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) erhalten. So ist unter den Syrern die Zahl der Leistungsempfänger (einschließlich der Kinder) von 2012 bis Mitte 2015 fast um das Fünffache gestiegen. Bei weitem nicht so große, aber dennoch hohe Zuwachsraten verzeichneten Personen, die aus Afghanistan, Pakistan, Somalia und Eritrea stammen. Der Anstieg der irakischen Leistungsempfänger war hingegen weitaus geringer. Erstaunlich ist, dass auch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger aus dem

Kosovo und Mazedonien stark gewachsen ist. Da von ihnen kaum jemand als Flüchtling anerkannt wird, scheint ihnen ein anderer Status den Bezug von Sozialleistungen zu ermöglichen. Bei den übrigen Balkannationalitäten ist dagegen die Zahl der Hartz IV-Bezieher zurückgegangen.

8.1.6 Zusammenfassung und Folgerungen

Europa ist mit einer starken Zuwanderung an Flüchtlingen konfrontiert, wobei die Asylsuchenden sehr ungleich auf die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU verteilt sind. Während große Länder wie das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und Spanien sowie fast alle osteuropäischen Staaten relativ wenige Asylsuchende aufnehmen, sind andere Länder stark betroffen. Dazu gehört auch Deutschland, das im ersten Halbjahr 2015 gemessen an der Einwohnerzahl dreimal und gemessen an der Wirtschaftskraft etwa doppelt so viele Asylbewerber aufgenommen hat, wie es bei einer Gleichverteilung innerhalb der EU der Fall gewesen wäre. Angesichts der ab dem Sommer 2015 erheblich angestiegenen Flüchtlingszahlen dürfte die Ungleichverteilung zu Lasten der Bundesrepublik noch erheblich zugenommen haben.

Die Ungleichverteilung hängt auch mit den Fluchtrouten zusammen, die vor allem über den Balkan verlaufen. Dies ist allerdings nicht der einzige Grund für Verteilungsunterschiede. Sie ergeben sich auch aus den unterschiedlichen nationalen Asylpolitiken. Manche Staaten versuchen, Asylsuchende abzuwehren – indem sie sich restriktiv bei Asylgesuchen verhalten oder den Flüchtlingen schlechte Unterbringungsmöglichkeiten bieten. Entsprechend kommt es zu einer Umleitung der Asylsuchenden. Andere Länder geben sich dagegen großzügig, wodurch sie eine starke Anziehungskraft auf die Flüchtlinge ausüben. Die EU hat sich zwar dazu bekannt, dass der Schutz vor Verfolgung eine Aufgabe der gesamten Staatengemeinschaft sei. In der praktischen Politik ist davon aber wenig zu sehen, denn die Nationalstaaten agieren auf

jeweils eigene Weise. Angemessen wären stattdessen verbindliche Vereinbarungen über gemeinsame Standards bei den Asylverfahren, bei der Unterbringung und der Versorgung der Flüchtlinge sowie bei der Frage, wem und aus welchen Gründen Schutz geboten wird – und wem nicht. Solchen Vereinbarungen müsste in der Praxis auch gefolgt werden. Das Ziel sollte sein, die Lasten nach noch festzulegenden Maßstäben einigermaßen gleichmäßig auf die Mitgliedsstaaten der EU zu verteilen. Kurzum: Die EU braucht eine gemeinsame Asylpolitik.

Die Integration der anerkannten Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt erweist sich den verfügbaren Daten zufolge als schwierig. Zwar hat bei den Personen aus den Herkunftsländern wichtiger Flüchtlingsgruppen die Beschäftigung merklich angezogen, noch mehr hat jedoch – insbesondere bei den Syrern – die Arbeitslosigkeit zugenommen. Entsprechend ist die Zahl der Empfänger von Hartz IV gewachsen. Es ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit unter den Asylsuchenden mindestens noch 2016 weiter anzieht. Denn eine Arbeitserlaubnis wird in der Regel erst nach Abschluss der Asylverfahren erteilt, und die unerledigten Anträge haben sich bis zum Herbst 2015 immer mehr aufgehäuft, da die Zahl der Verfahrensabschlüsse weitaus geringer war als die der ankommenden Asylbewerber. Daher wird es dauern, bis der Berg an unerledigten Anträgen auf das Normalmaß zurücksinken wird. Je mehr Anträge abschließend bearbeitet und je mehr Flüchtlinge im Zuge dessen anerkannt werden, desto mehr Personen werden einen Job suchen.

Es überrascht keineswegs, dass es vielen anerkannten Flüchtlingen schwer fällt, eine Beschäftigung zu finden, denn als ein großes Hindernis bei der erfolgreichen Jobsuche dürften sich ihre in der Regel unzureichenden Sprachkenntnisse erweisen; vielen ist auch nicht die lateinische Schrift geläufig, sondern die arabische. Überdies wird oft eine Anpassungsqualifizierung für eine im Herkunftsland abgeschlossene Berufsausbildung erfor-

derlich sein, um den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Mit dem Erlernen der deutschen Sprache sowie nach Abschluss etwaig erforderlicher fachlicher Weiterbildungsmaßnahmen dürften sich die Beschäftigungsprobleme vermindern. Unklar ist allerdings, wie hoch der Anteil der anerkannten Flüchtlinge ist, die nicht über eine Berufsausbildung verfügen.

Es hat sich gezeigt, dass schon vor der gegenwärtigen Zuwanderungswelle Arbeitskräfte, die aus bedeutenden Flüchtlingsregionen stammen, erhebliche Schwierigkeiten hatten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Ursachen dafür sind unbekannt. Wahrscheinlich spielt die sozialstrukturelle Zusammensetzung eine Rolle – und die Flüchtlinge weisen vielleicht eine andere Sozialstruktur auf als diejenigen Landsleute, die vor ihnen nach Deutschland kamen. Arbeitskräftewanderungen erfolgen vornehmlich aus strukturschwachen, ländlichen Gebieten heraus, weil dort die Erwerbsmöglichkeiten unzureichend sind. Bei Flüchtlingen verhält es sich jedoch häufig anders. So hat der Bürgerkrieg in Syrien auch die Städte getroffen, sodass das meist vergleichsweise gut qualifizierte Bürgertum wandern musste. Als ein zunehmendes Problem könnte sich erweisen, dass anerkannte Asylbewerber ihr Selbstvertrauen, ihre Arbeitsmotivation und somit ihr Arbeitsvermögen verlieren, je länger sie dem Erwerbsleben entwöhnt werden. Schon die Flucht und die oft langen Asylverfahren kosten viel Zeit; hinzu könnte eine längere Zeit der erfolglosen Jobsuche kommen.



8 %

der Mieterhaushalte klagten
2014 über zu wenig Tageslicht
in der Wohnung.

54 %

aller Wohnungen waren
2010 vermietet.

440 €

betrug 2010 die durch-
schnittliche Miete.



66 %

aller Wohngebäude waren im
Mai 2011 Einfamilienhäuser.

91 m²

groß war im Mai 2011
eine durchschnittliche
Wohnung.

9 Wohnen

9.1 Wohnsituation und Mietkosten

Kristina Kott, Katarzyna Kowalska,
Anja Krause, Birgit Kuchler,
Ulrike Timm

Destatis

Die Lebensqualität vieler Menschen in Deutschland wird durch ihre Wohnverhältnisse beeinflusst. Die persönliche Wohnsituation wiederum hängt auch eng mit den sozio-ökonomischen Lebensumständen zusammen. Das folgende Kapitel soll daher einen Überblick darüber geben, wie die Menschen in Deutschland wohnen. Im ersten Abschnitt wird ein Überblick über die Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes sowie die Eigentumsverhältnisse gegeben. Im zweiten Abschnitt gehen wir der Frage nach, welche Haushalte in den eigenen vier Wänden oder zur Miete wohnen und welche durchschnittliche Wohnfläche ihnen zur Verfügung steht. Die zugrunde liegenden Daten stammen aus der Gebäude- und Wohnungszählung 2011. Die Wohnkosten von Mieterhaushalten werden im dritten Abschnitt betrachtet. Datenbasis ist hier die Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation der Haushalte von 2010.

In Abschnitt 9.1.4 werden Belastungen im Zusammenhang mit Wohnung und Wohnumfeld dargestellt. Die Ergebnisse stammen aus der europaweit vergleichbaren Erhebung EU-SILC, in der Haushalte nach ihrer subjektiven Einschätzung zur Wohnkostenbelastung und nach Problemen mit der Wohnsituation befragt werden. [► Info 1](#)

9.1.1 Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes

Im Mai 2011 gab es in Deutschland 18,2 Millionen Wohngebäude (ohne Wohnheime) mit 38,8 Millionen Wohnungen. Alle Auswertungen in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Grundgesamtheiten. Auch 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es im Bereich der Wohnsituation immer noch Unterschiede zwischen Ost und West. Die folgenden Auswertungen fokussieren sich demnach auf die Ost-West-Untergliederung, wobei die Stadtstaaten aufgrund ihrer strukturellen Besonderheit als separate Region behandelt werden. [► Info 2](#)

Gebäudegröße

Deutschlandweit waren im Mai 2011 zwei Drittel (66 %) aller Wohngebäude Einfamilienhäuser, das heißt in diesen Gebäuden befand sich genau eine Wohnung. In 17 % der Wohngebäude befanden sich zwei Wohnungen und in 12 % waren drei bis sechs Wohnungen zu finden. Über sieben und mehr Wohnungen verfügte insgesamt nur etwa jedes 20. Gebäude (6 %) in Deutschland. Die regionale Verteilung war bei den großen Gebäuden sehr unterschiedlich: In den westlichen Flächenländern war mit 4 % ein niedrigerer Anteil größerer Gebäude zu beobachten als in den Flächenländern im Osten

► Info 1

Datenquellen zum Thema Wohnen

In Deutschland gibt es keine flächendeckenden Register über den Bestand an Gebäuden mit Wohnraum und Wohnungen. Daher wurde im Rahmen des Zensus 2011 – wie auch schon bei den vorangegangenen Volkszählungen – eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Sie erfolgte als postalische Vollerhebung bei den Eigentümerinnen und Eigentümern beziehungsweise Verwaltungen mit Stichtag 9. Mai 2011. Damit konnten zuverlässige Informationen über den Wohnungsbestand in Deutschland und die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum bereitgestellt werden. Diese Ergebnisse sind unter anderem eine notwendige Entscheidungsgrundlage für wohnungspolitische und raumplanerische Fragestellungen in Bund, Ländern und Kommunen. Insgesamt wurden rund 19 Millionen Auskunftsspflichtige angeschrieben und zu ihren Gebäuden und/oder Wohnungen befragt. Damit war die Gebäude- und Wohnungszählung die größte Befragung im Rahmen des Zensus 2011. In der Gebäude- und Wohnungszählung wurden unter anderem Merkmale wie die Anzahl der Wohnungen im Gebäude, das Baujahr, die Eigentumsverhältnisse, die Nutzungsart der Wohnung und die Wohnfläche erfasst. Angaben zur Miete wurden nicht erhoben.

Die Auswertungen zur Mietbelastung in diesem Beitrag stammen aus der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation aus dem Jahr 2010. Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Haushaltsstichprobe, an der 1 % der Privathaushalte in Deutschland teilnehmen. In diesem Rahmen findet alle vier Jahre eine Zusatzerhebung zur Wohnsituation der Haushalte statt. Hierdurch stehen regelmäßig aktuelle Informationen zur Wohnsituation von Haushalten bereit. Die Ergebnisse der Zusatzerhebung von 2014 liegen voraussichtlich im Sommer 2016 vor.

EU-SILC ist die jährlich durchgeführte und europaweit vergleichbare Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung (European Union Statistics on Income and Living Conditions). Die Bezeichnung der deutschen EU-SILC-Erhebung lautet LEBEN IN EUROPA. Sie liefert eine Vielzahl von Sozialindikatoren für Deutschland, unter anderem auch zum Thema Wohnen. Die Erhebung erfolgt schriftlich und besteht aus einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. An LEBEN IN EUROPA nehmen jedes Jahr zwischen 13 000 und 14 000 Privathaushalte teil, wobei jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe durch ein neu gezoogenes Viertel ersetzt wird (Rotationspanel).

► Info 2

Ergebnisse ohne Grenzen: der Zensus-Atlas

Der interaktive Zensus-Atlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bietet auf Basis eines 1-Kilometer-Gitters die Ergebnisse des Zensus 2011. Bislang standen nur für administrative Einheiten – das heißt für Bund, Länder, Kreise und Kommunen – Informationen zu beispielsweise den Wohnverhältnissen zur Verfügung.

Der Zensus-Atlas schafft durch das 1-Kilometer-Gitter nun eine bessere Vergleichbarkeit, die nicht an (Stadt-) Grenzen halt macht. Hiermit ergibt sich eine detailliertere Informationsgrundlage, gerade für kleinräumige Planungszwecke an der Grenze von Stadt und Umland. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.atlas.zensus2011.de

(9%). In den Stadtstaaten (Hamburg, Bremen und Berlin) lag der Anteil der großen Gebäude mit 24 % am höchsten; dies war fast jedes vierte Gebäude. Der Anteil der Einfamilienhäuser an den Wohngebäuden betrug hier nur 57 %. ► Abb 1

Nimmt man die Wohnungen in den Fokus, ist zu beobachten, dass in den Flä-

chenländern etwa jede dritte Wohnung in einem Einfamilienhaus zu finden war (Flächenländer West: 33 %, Flächenländer Ost: 29 %). Im Westen befand sich nur jede vierte Wohnung (25 %) in einem Mehrfamilienhaus mit sieben oder mehr Wohnungen. Im Osten war dieser Anteil mit 41 % deutlich höher. In den Stadtstaat-

ten befand sich mit 71 % die große Mehrheit der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit sieben oder mehr Wohnungen. Nur 13 % der Wohnungen in Berlin, Hamburg und Bremen lagen in einem Einfamilienhaus. ► Abb 2

Bei den Einfamilienhäusern – also den Gebäuden mit genau einer Wohnung – dominierte insgesamt das frei stehende Haus: deutschlandweit waren zwei von drei Einfamilienhäusern (66 %) frei stehend, 17 % waren Doppelhaushälften und etwa gleich viele (18 %) Reihenhäuser. Betrachtet man Westdeutschland allein, war die Verteilung ähnlich; im Osten waren mehr frei stehende Häuser zu finden (72 %) und weniger Reihenhäuser (12 %). In den dicht besiedelten Stadtstaaten hingegen war nur jedes zweite Einfamilienhaus (50 %) frei stehend. Das flächensparsamere Reihenhaushaus war hier deutlich häufiger anzutreffen: Fast jedes dritte Einfamilienhaus (32 %) war ein Reihenhaushaus.

Baulalter

Wie alt sind die Gebäude und Wohnungen, in denen die Menschen in Deutschland leben? Rund die Hälfte (52 %) der Gebäude in Deutschland stammt aus der Zeit zwischen 1949 und 1990. In den westlichen Flächenländern ist der Anteil mit 57 % etwas größer, im Osten mit 26 % deutlich kleiner, was auf die weniger stark ausgeprägte Bautätigkeit in der ehemaligen DDR in diesem Zeitraum zurückzuführen ist. In den östlichen Ländern wurden 48 % der Gebäude vor 1949 errichtet.

Von den 38,8 Millionen Wohnungen in Wohngebäuden wurden deutschlandweit 56 % zwischen 1949 und 1990 gebaut. In den westlichen Ländern lag der Anteil der Wohnungen aus dieser Baulterklasse bei 60 %, in den östlichen Ländern war er mit 40 % deutlich geringer. Dass der Anteil der Gebäude aus dieser Zeit im Osten mit 26 % so stark von dem Anteil der Wohnungen (40 %) abweicht, zeigt, dass in den Jahren zwischen 1949 und 1990 vor allem große Gebäude mit einer Vielzahl an Wohnungen – zum Beispiel Plattenbauten – errichtet wurden. ► Abb 3

Dabei ist generell zu beachten, dass insbesondere die älteren Baualtersklassen den Stand zum Mai 2011 darstellen und nicht die tatsächliche Bautätigkeit der genannten Jahre widerspiegeln: Es sind 2011 nur die Gebäude erhoben worden, die noch existierten. Zerstörte oder abgerissene Gebäude früherer Baualtersklassen sind nicht mehr enthalten.

Eigentümerstruktur

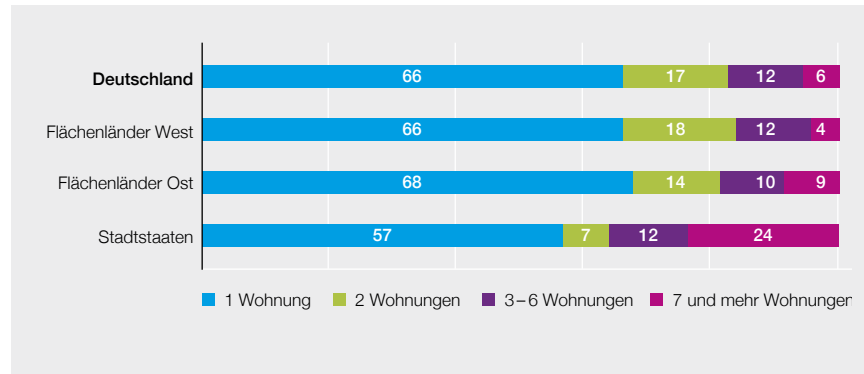
Insgesamt befand sich 2011 jede fünfte Wohnung (22%) – egal ob vermietet oder selbst genutzt – in einem Gebäude mit Eigentumswohnungen. Weitere 59% der Wohnungen lagen in Gebäuden, bei denen das gesamte Gebäude (Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhaus) einer Privatperson gehörte. Rund 5% der Wohnungen befanden sich in Gebäuden von Wohnungsgenossenschaften und jeweils 7% lagen in Gebäuden von öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Größere regionale Unterschiede gab es vor allem bei den Wohnungsunternehmen. In den westlichen Flächenländern waren lediglich 3% der Wohnungen in Gebäuden, die Eigentum von Wohnungsgenossenschaften waren, in den östlichen Ländern waren es 13% und in den Stadtstaaten 11%. Öffentliche Unternehmen als Eigentümer von Wohngebäuden spielten vor allem in den östlichen Ländern mit 14% der Wohnungen und in den Stadtstaaten mit 15% eine Rolle. ▶ [Abb 4](#)

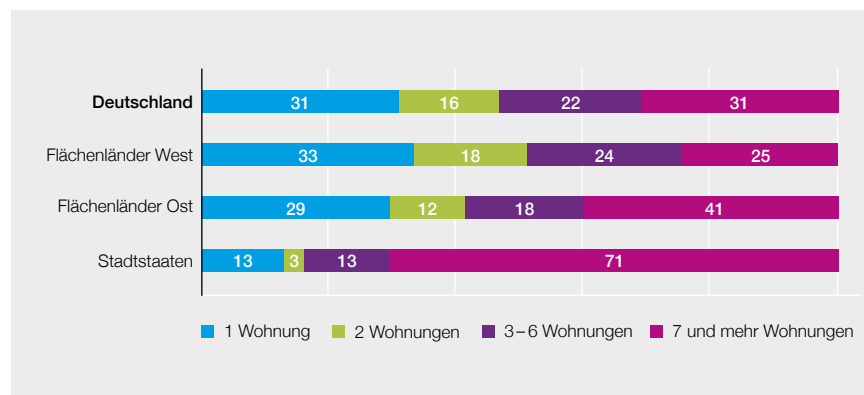
Viele Menschen träumen von den eigenen vier Wänden. In nahezu der Hälfte (46%) der bewohnten Wohnungen hat sich dieser Traum erfüllt: sie waren von dem Eigentümer oder der Eigentümerin selbst genutzt. In den westlichen Flächenländern war es jede zweite (50%), in den östlichen Flächenländern 40% und in den Stadtstaaten nur jede fünfte (21%). Die niedrigste Eigentümerquote fand sich in Berlin (16%), die höchste im Saarland mit 63%. ▶ [Abb 5](#)

Bei den von Eigentümern bewohnten Wohnungen handelte es sich mehrheitlich (80%) um Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Selbst genutzte Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern

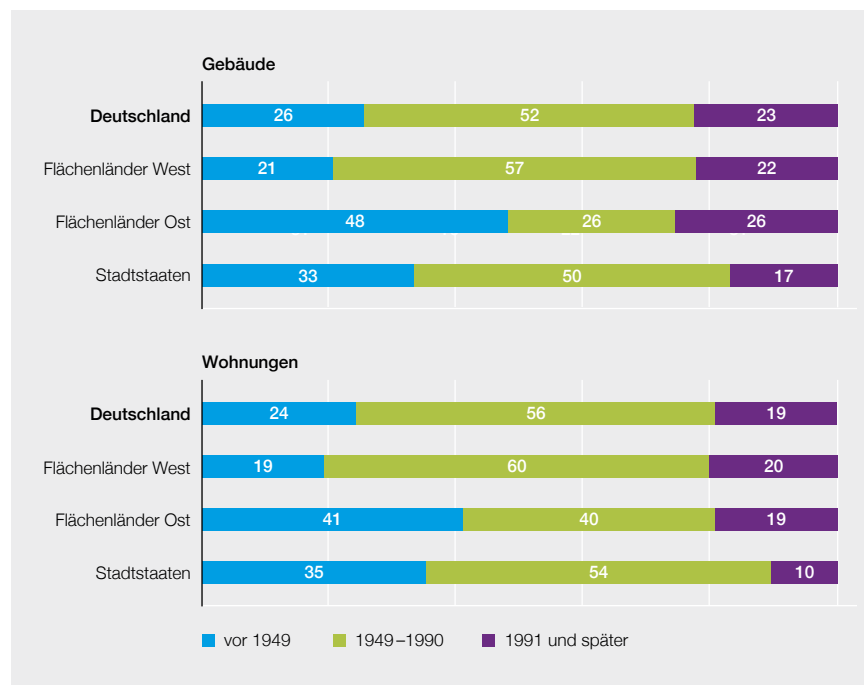
▶ **Abb 1** Wohngebäude nach Gebäudegrößenklassen 2011 – Anteil in Prozent



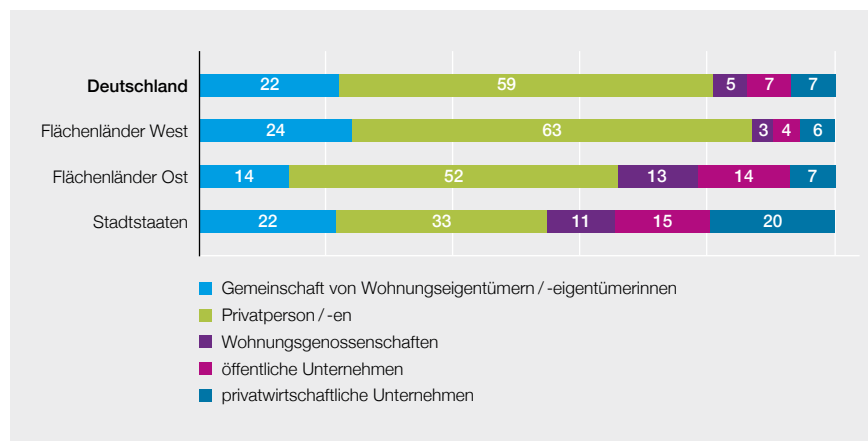
▶ **Abb 2** Wohnungen nach Gebäudegrößenklassen 2011 – Anteil in Prozent



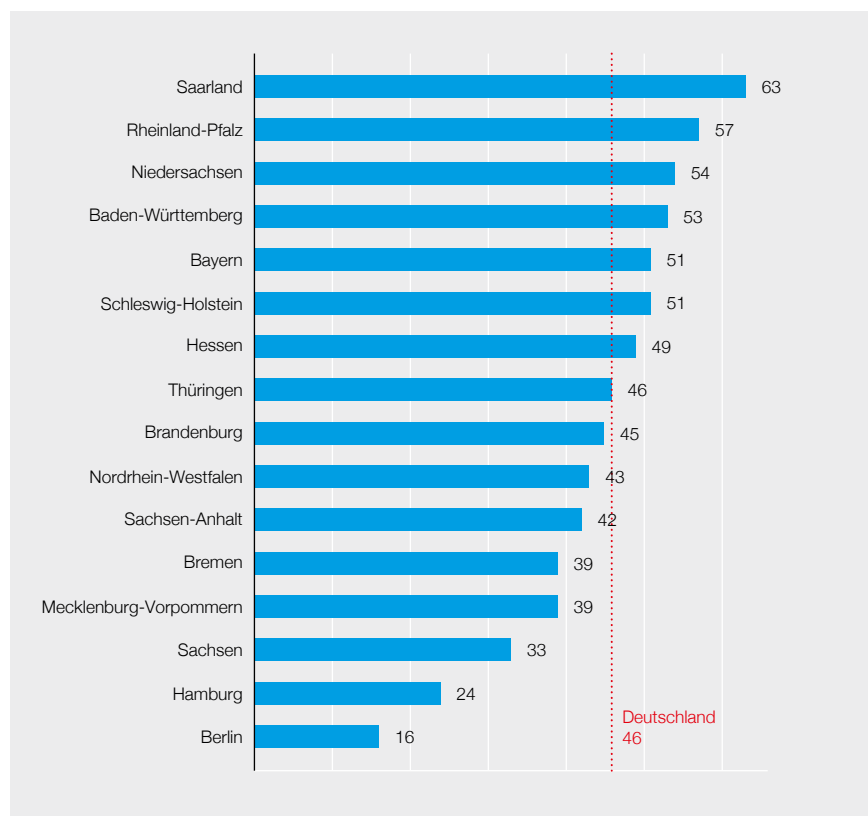
▶ **Abb 3** Gebäude und Wohnungen nach Baualtersklassen 2011 – Anteil in Prozent



► Abb 4 Wohnungen nach Eigentumsform des Gebäudes 2011 – Anteil in Prozent



► Abb 5 Eigentümerquote nach Bundesländern 2011 – Anteil von Eigentümern selbst genutzter Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen – in Prozent



mit drei oder mehr Wohnungen waren entsprechend schwächer vertreten (20%). Die Verteilung in den westlichen Flächenländern ist vergleichbar, in den östlichen Ländern sind selbst genutzte Eigentums-

wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit nur 12% seltener zu finden. Dies kann mit dem Fehlen von Eigentumswohnungen in der ehemaligen DDR zusammenhängen.

Bei den vermieteten Wohnungen verhält es sich genau umgekehrt: Hier lagen etwa acht von zehn Mietwohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen, jede fünfte sogar in einem Gebäude mit 13 und mehr Wohnungen. Mietwohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern spielten nur eine kleine Rolle (19%). Besonders deutlich war dies in den dicht besiedelten Stadtstaaten. Hier machten sie nur 4% der Mietwohnungen aus. ► Tab 1

Es ist zu beobachten, dass die Eigentümerquote umso höher ist, je neuer die Wohnungen sind. Unabhängig von der Region wiesen Wohnungen, die nach dem Jahr 2000 gebaut wurden, den höchsten Anteil an selbst genutzten Wohnungen auf. In Deutschland wurden zwei Drittel (67%) der bewohnten Wohnungen aus dieser Baualterklasse vom Eigentümer selbst bewohnt. In den westlichen Ländern waren es ebenfalls 67%, in den östlichen Ländern 70%, und sogar in den Stadtstaaten, die eine insgesamt recht niedrige Eigentümerquote aufwiesen, waren es bei Neubauten 58%. Diese hohen Werte der Selbstnutzung bei neuen Wohnungen zeigen umgekehrt aber auch, dass bei Neubauten nur der geringere Anteil der Wohnungen dem gerade in Großstädten oft recht angespannten Mietwohnungsmarkt zur Verfügung steht. ► Abb 6

Leerstand

In Deutschland standen im Mai 2011 insgesamt 4,4% aller Wohnungen leer, wobei die Verteilung des Leerstandes regional sehr unterschiedlich war. Im Osten war mit 8,0% der Leerstand immer noch deutlich höher als im Westen (3,7%) und in den Stadtstaaten (2,9%). Das Bundesland mit der höchsten Leerstandsquote war Sachsen mit 9,8%, die niedrigste hatte Hamburg mit 1,5%. Als einzige ostdeutsche Großstadt hatte die Stadt Jena eine sehr niedrige Leerstandsquote von 1,9%. ► Abb 7

Die Leerstandsquote differiert stark nach der Größe der Wohnungen zwischen 8,3% bei Wohnungen unter 40 Quadratmetern und 1,9% bei Wohnungen mit 120 und mehr Quadratmetern. Die höheren Leerstände bei kleinen

Wohnungen lassen auf eine geringere Nachfrage für diese schließen.

Vor allem im Osten war der Unterschied zwischen den Wohnungsgrößenklassen besonders stark ausgeprägt: 13,6% der Wohnungen mit einer Größe unter 40 Quadratmeter standen leer, aber nur 3,0% der Wohnungen, die 120 Quadratmeter oder größer waren. In den Stadtstaaten war die Differenz zwischen den Größenklassen nicht so ausgeprägt (zwischen 4,8% und 2,2%), da gerade in Städten auch kleinere Wohnungen stärker nachgefragt werden. ▶ [Abb 8](#)

Wohnungsgröße

Wie viel Platz zum Wohnen haben die Menschen in Deutschland? Im Mai 2011 waren die Wohnungen in Deutschland durchschnittlich 91 Quadratmeter groß. Während es in den westlichen Flächenländern 96 Quadratmeter waren, lagen die östlichen Länder mit 79 Quadratmetern und die Stadtstaaten mit 74 Quadratmetern deutlich darunter. Wohnungen, die von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnt wurden, waren dabei mit deutschlandweit 118 Quadratmetern deutlich größer als Mietwohnungen mit 71 Quadratmetern. Im Osten stand den Eigentümern mit 105 Quadratmetern und den Mietern mit 63 Quadratmetern deutlich weniger Platz zur Verfügung. Ebenso war es in den Stadtstaaten. Hier lebten Eigentümer auf durchschnittlich 108 Quadratmetern und Mieter auf 66 Quadratmetern. ▶ [Tab 2](#)

Wie groß sind die »eigenen vier Wände«? Mehr als ein Drittel (37%) der von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnten Wohnungen waren 80 bis 119 Quadratmeter groß und knapp ein Drittel (31%) 120 bis 159 Quadratmeter. Über 160 und mehr Quadratmeter verfügten 15% aller Eigentümerwohnungen. Nur 17% der von Eigentümern bewohnten Wohnungen waren kleiner als 80 Quadratmeter.

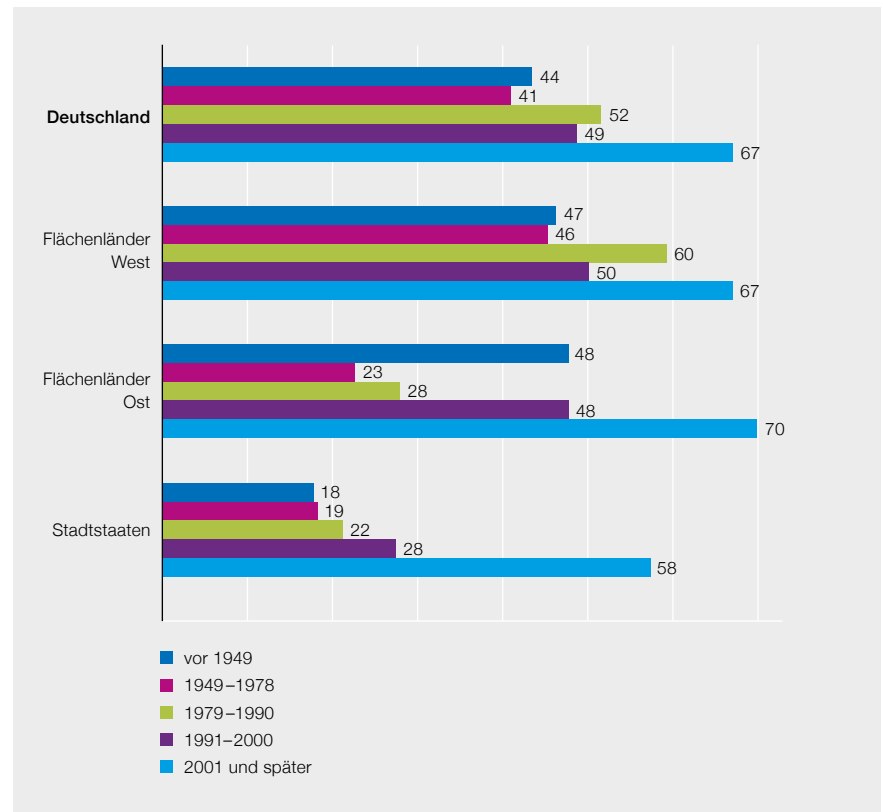
Bei den Mietwohnungen waren 8% unter 40 Quadratmeter, fast zwei Drittel (62%) 40 bis 79 Quadratmeter und ein Viertel (24%) 80 bis 119 Quadratmeter groß. Nur 6% der Mietwohnungen hatten

▶ **Tab 1** Bewohnte Wohnungen nach Nutzungsart und Gebäudegrößenklassen 2011 — in Prozent

	In Wohngebäuden mit ... bis ... Wohnung(en)				
	1	2	3–6	7–12	13 und mehr
Vom Eigentümer bewohnt					
Deutschland	60	20	11	6	4
↳ Flächenländer West	59	20	11	6	4
↳ Flächenländer Ost	70	19	8	3	1
↳ Stadtstaaten	54	8	11	16	11
Zu Wohnzwecken vermietet¹					
Deutschland	7	12	31	31	19
↳ Flächenländer West	9	15	36	25	15
↳ Flächenländer Ost	4	7	25	45	18
↳ Stadtstaaten	2	2	14	39	43

1 Auch mietfrei.

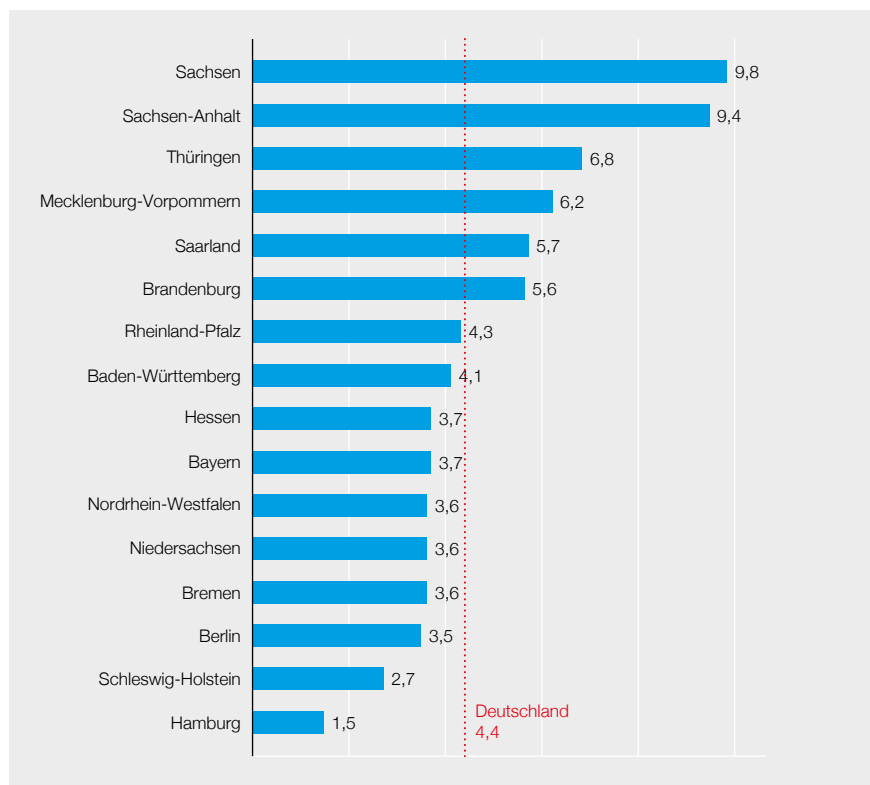
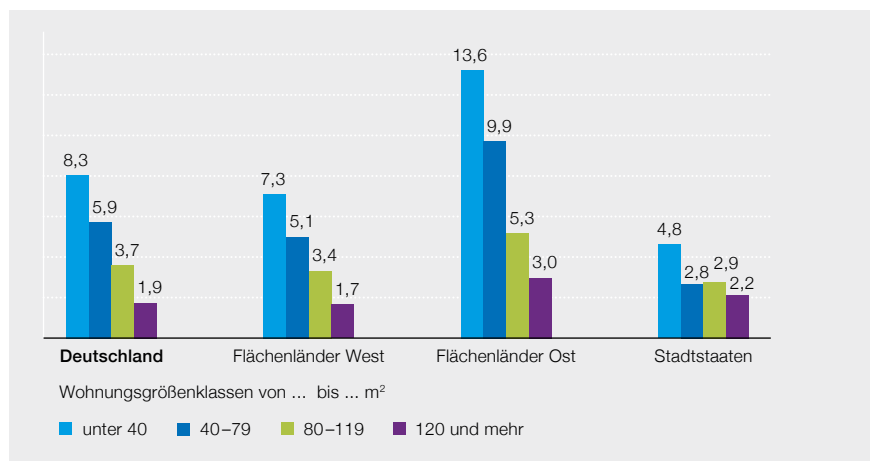
▶ **Abb 6** Eigentümerquote nach Baualtersklassen 2011 — in Prozent



eine Größe von 120 Quadratmetern oder mehr. ▶ [Abb 9](#)

Wohnungen neueren Datums sind insgesamt größer als Wohnungen aus älteren Baujahren. Während unabhängig

von der Baualtersklasse immer knapp zwei Drittel der Wohnungen im größtmöglichen »Mittelfeld« zwischen 60 Quadratmetern und 139 Quadratmetern lagen, hat sich das Verhältnis von eher kleinen

► **Abb 7 Leerstandsquote nach Bundesländern 2011 – in Prozent**► **Abb 8 Leerstandsquote nach Wohnungsgrößenklassen 2011 – in Prozent**► **Tab 2 Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung 2011 – in Quadratmetern**

	Alle Wohnungen	Vom Eigentümer bewohnt	Zu Wohnzwecken vermietet ¹
Deutschland	91	118	71
↳ Flächenländer West	96	120	74
↳ Flächenländer Ost	79	105	63
↳ Stadtstaaten	74	108	66

1 Auch mietfrei.

und sehr großen Wohnungen verschoben. Fast jede dritte Wohnung (29%), die seit 2001 gebaut wurde, war 140 oder mehr Quadratmeter groß. Dagegen hatte nur jede zehnte eine Größe von unter 60 Quadratmetern. Noch in den 1990er-Jahren war jede fünfte (18%) der neu gebauten Wohnungen unter 60 Quadratmeter groß. ► [Abb 10](#)

9.1.2 Wohnsituation von Privathaushalten

In Deutschland gab es im Mai 2011 rund 37,6 Millionen Privathaushalte. Den häufigsten Haushaltstyp stellten dabei die Alleinlebenden (Einpersonenhaushalte / Singlehaushalte) mit einem Anteil von 37%. In knapp einem Fünftel der Haushalte (19%) lebten minderjährige Kinder. Paare ohne Kind hatten einen Anteil von 26%. Von allen Haushalten waren rund 22% Seniorenhaushalte, das heißt alle Personen waren über 65 Jahre oder älter. ► [Abb 11](#)

Eigentümer- und Mieterhaushalte

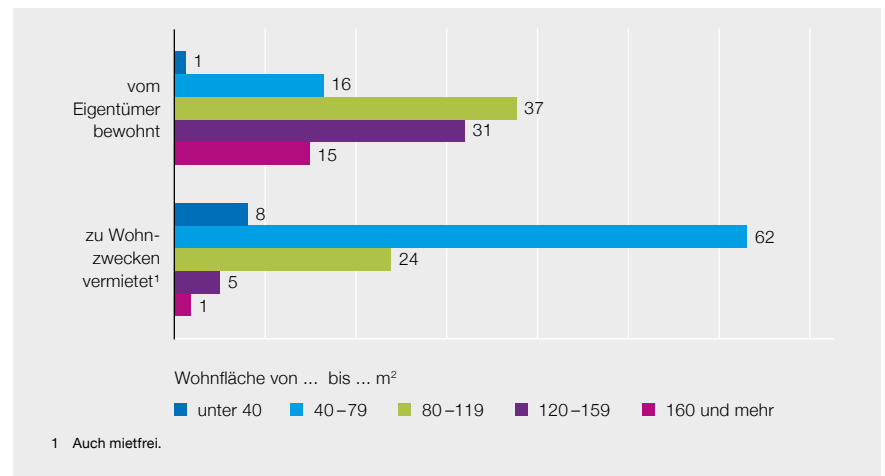
Die einzelnen Haushaltstypen bilden in unterschiedlichem Maß Wohneigentum, was im Zusammenhang mit dem Alter der Haushaltsmitglieder, der Haushaltsgröße und den finanziellen Möglichkeiten steht. So lebten 58% der Paare mit mindestens einem Kind in den eigenen vier Wänden. Auch die Mehrheit der Paare ohne Kind (54%) lebte im selbst genutzten Eigentum. Am geringsten war der Eigentümeranteil unter den Alleinerziehenden-Haushalten (23%). Mehr als drei Viertel dieser Haushalte (77%) lebten bundesweit zur Miete.

Dabei zeigten sich – wie auch bei den Eigentümeranteilen insgesamt – klare Unterschiede zwischen den Flächenländern und den drei Stadtstaaten. Besonders deutlich wird dies bei den Paaren mit mindestens einem Kind. Der Anteil dieser Haushalte, die in den westdeutschen Flächenländern im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung lebten, war mit 61% mehr als doppelt so hoch wie in Hamburg, Bremen und Berlin (30%). In den Stadtstaaten wohnten außerdem mit 89% (noch) mehr Alleinerziehende in einer Mietwohnung als im Bundesdurchschnitt (77%). ► [Tab 3](#)

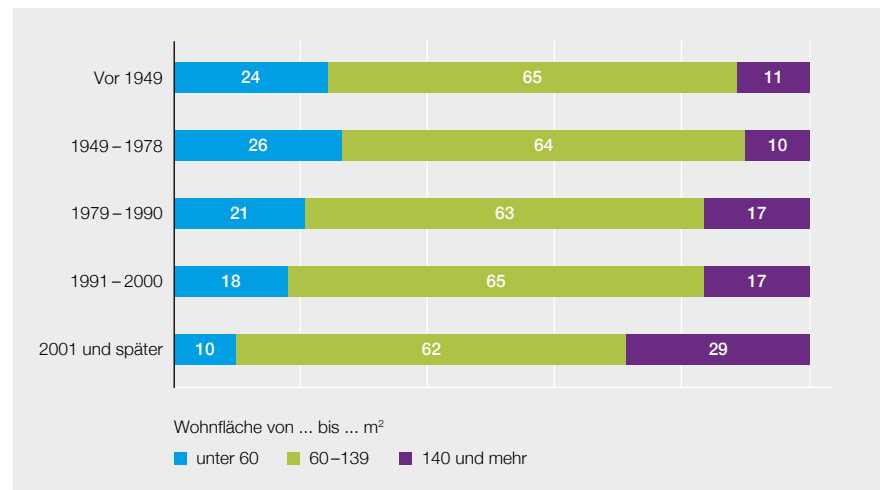
Unter den Seniorenhaushalten war der Eigentümeranteil etwas höher als unter den Haushalten mit ausschließlich jüngeren Personen. Er lag bundesweit bei 48 %, im Vergleich zu 41 % bei den Haushalten ohne Seniorinnen und Senioren. Dieses Verhältnis zeigt sich auch im regionalen Vergleich, außer bei den ostdeutschen Flächenländern. Hier lag der Anteil der Seniorenhaushalte, die in den eigenen vier Wänden lebten, mit 33 % unter dem der jüngeren Haushalte (39 %). Ein Erklärungsansatz dafür ist die viel niedrigere Eigentümerquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung, weil in der ehemaligen DDR die Bildung privaten Wohneigentums die Ausnahme war. Viele Personen in den heutigen Seniorenhaushalten waren damals bereits in einem Lebensabschnitt, in dem seltener Eigentum gebildet wird. Die Bereitschaft beziehungsweise Möglichkeit eine Immobilie zu erwerben, war daher geringer als unter den Haushalten mit jüngeren Personen, die erst in den letzten 20 Jahren gegründet wurden. Dies wird auch deutlich, wenn man die Eigentümeranteile der jüngeren Haushalte zwischen Ost (39 %) und West (44 %) vergleicht. Hier war der Unterschied deutlich geringer als bei den Seniorenhaushalten (Ost: 33 %; West: 54 %). ▶ [Abb 12](#)

Mietwohnungen befinden sich häufiger in größeren Gebäuden, vom Eigentümer bewohnte Wohnungen sind hingegen öfter in Gebäuden mit ein oder zwei Wohnungen zu finden (siehe auch Tabelle 1). Daher wohnte die Mehrheit der Eigentümerhaushalte (80 %) in einem Ein- oder Zweifamilienhaus. Dies traf auch auf 19 % der Haushalte zu, die zur Miete wohnten. Unter den Alleinlebenden, die in den eigenen vier Wänden wohnten, lebten fast zwei Drittel (64 %) in einem Ein- oder Zweifamilienhaus. Allerdings wohnten mit 36 % überdurchschnittlich viele der Singles in einer Eigentumswohnung in Mehrfamilienhäusern. Ähnlich ist es bei den Alleinerziehenden. Auch in dieser Haushaltsform lebte im Vergleich zu den Haushalten insgesamt mit 26 % ein größerer Anteil der

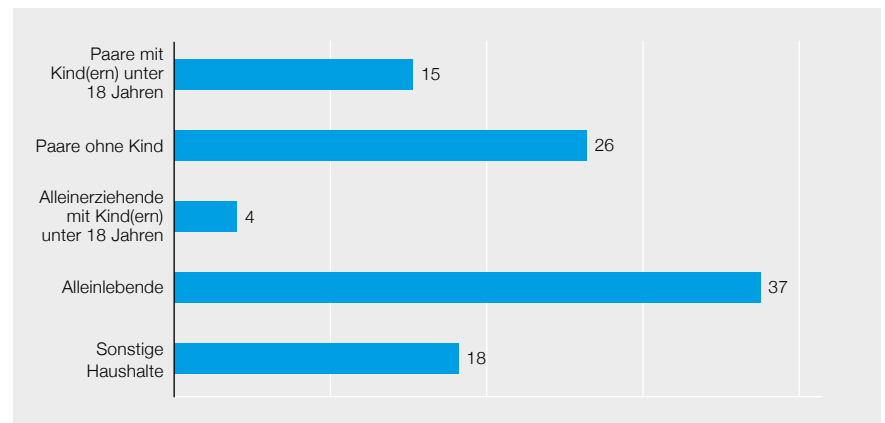
▶ **Abb 9** Wohnungen nach Wohnfläche und Art der Wohnungsnutzung 2011 – Anteil in Prozent



▶ **Abb 10** Wohnungen nach Baualtersklassen und Wohnfläche 2011 – Anteil in Prozent



▶ **Abb 11** Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2011 – Anteil in Prozent



Haushalte im Eigentum in einem Mehrfamilienhaus. Paare mit mindestens einem Kind lebten hingegen überdurchschnittlich oft in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Dies traf auf 87 % dieser Haushalte im Eigentum und immerhin noch auf 29 %, die zur Miete lebten, zu.

Unter den Seniorenhaushalten lebten 22 % der Eigentümerhaushalte in einer Eigentumswohnung in einem Mehrfamilienhaus. Ihr Anteil ist damit etwas höher als unter den Haushalten insgesamt (20 %). ▶ [Tab 4](#)

Wohnfläche pro Person

Ein weiteres wichtiges Merkmal für die Wohnsituation ist die durchschnittliche Wohnfläche, die jeder Person zur Verfügung steht. Sie betrug am 9. Mai 2011 in Deutschland 43 Quadratmeter. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person war im selbst genutzten Eigentum mit 47 Quadratmetern deutlich größer als in Mietwohnungen (38 Quadratmeter).

Die durchschnittlichen Wohnungsgrößen sind in Ost und West sowie in den drei Stadtstaaten unterschiedlich und beeinflussen natürlich auch die durchschnittliche Wohnfläche pro Person. Eine Analyse nach Bundesländern zeigt, dass die größte Wohnfläche pro Kopf den Menschen im Südwesten Deutschlands (Saarland: 48 Quadratmeter und Rheinland-Pfalz: 47 Quadratmeter) zur Verfügung stand. Am geringsten war die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Sachsen mit 38 Quadratmetern. Der Unterschied betrug immerhin 10 Quadratmeter gegenüber dem Saarland. ▶ [Abb 13](#)

Die durchschnittliche Wohnfläche, die Personen je nach Haushaltstyp zur Verfügung hatten, hing stark von der Anzahl der Personen im Haushalt ab. Je größer die Anzahl der Personen im Haushalt, desto geringer war die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf.

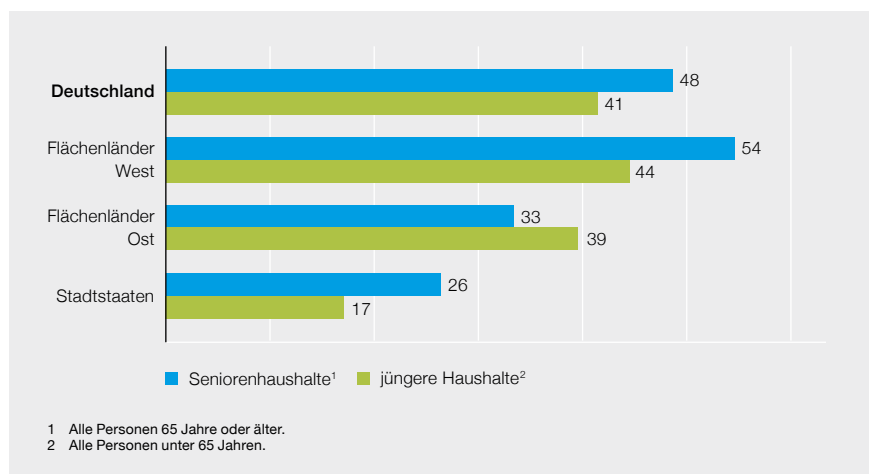
Alleinlebende wohnten durchschnittlich auf 70 Quadratmetern. Dabei standen den Singles, die im selbst genutzten Eigentum lebten, durchschnittlich 97 Quadratmeter zur Verfügung. Bei Miete-

▶ **Tab 3** Eigentümer- und Mieterhaushalte nach Haushaltstyp 2011 – Anteil in Prozent

	Eigentümerhaushalte	Mieterhaushalte
Deutschland		
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	58	42
Paare ohne Kind ¹	54	46
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	23	77
Alleinlebende	28	73
Flächenländer West		
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	61	39
Paare ohne Kind ¹	58	42
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	26	74
Alleinlebende	31	69
Flächenländer Ost		
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	54	46
Paare ohne Kind ¹	48	52
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	17	83
Alleinlebende	19	81
Stadtstaaten		
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	30	71
Paare ohne Kind ¹	29	71
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	11	89
Alleinlebende	12	88

¹ Ohne Haushalte mit sonstigen Personen.

▶ **Abb 12** Seniorenhaushalte und Haushalte mit ausschließlich jüngeren Personen im selbst genutzten Eigentum 2011 – Anteil in Prozent



rinnen und Mietern waren es lediglich 59 Quadratmeter. Zum Vergleich: Paare mit Kind(ern) wohnten durchschnittlich auf 30 Quadratmetern pro Person (im Eigentum: 34 Quadratmeter und zur Miete: 24 Quadratmeter). Mit 34 Quadratmetern

Wohnfläche pro Person konnten Haushalte von Alleinerziehenden etwas mehr Wohnfläche nutzen (im Eigentum: 44 Quadratmeter, in Miete: 30 Quadratmeter). ▶ [Tab 5](#)

Senioren wohnten in etwas größeren Wohnungen als Haushalte mit ausschließ-

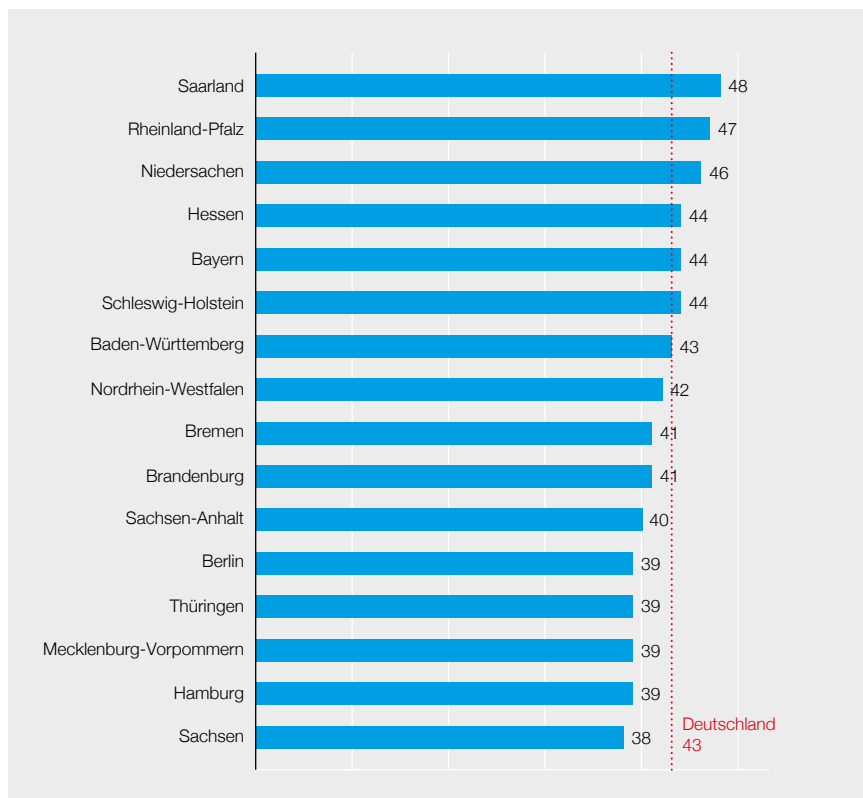
► **Tab 4** Eigentümer- und Mieterhaushalte nach Haushaltstyp und Gebäudegrößenklasse 2011 – Anteil in Prozent

	Eigentümerhaushalte in Gebäuden mit ...		Mieterhaushalte in Gebäuden mit ...	
	1 oder 2	3 oder mehr	1 oder 2	3 oder mehr
	Wohnungen			
Haushalte insgesamt	80	20	19	81
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	87	13	29	71
Paare ohne Kind ¹	80	20	22	78
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	74	26	17	83
Alleinlebende	64	36	14	86
Seniorenhaushalte ²	78	22	21	79

¹ Ohne Haushalte mit sonstigen Personen.

² Alle Personen 65 Jahre oder älter.

► **Abb 13** Durchschnittliche Wohnfläche je Person nach Bundesländern 2011 – in Quadratmetern



lich jüngeren Personen. Ihnen standen durchschnittlich 60 Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung. Bei Haushalten ohne Seniorinnen und Senioren waren es pro Kopf lediglich 40 Quadratmeter. ► [Abb 14](#)

9.1.3 Miete und Mietbelastung

Die Zensusdaten enthalten keine Aussagen zur Miete und zur Mietbelastung. Daher stammen die Ergebnisse dieses Abschnitts aus der vierjährigen Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation

des Jahres 2010 (siehe Info 1). Dabei wurden ausschließlich Gebäude mit Wohnraum in die Analysen einbezogen. Wohnheime wurden nicht berücksichtigt. Aus Qualitätsgründen beschränken sich die Analysen zudem nur auf jene Wohnungen, in denen ein einziger Mieterhaushalt wohnt.

Im Jahr 2010 waren laut Mikrozensus 54 % aller Wohnungen in Deutschland vermietet. Die soziale Lage der einzelnen Mieterhaushalte wird dabei vor allem von der Höhe der regelmäßig anfallenden Mietausgaben beeinflusst. Daneben spielt auch eine Rolle, in welchem Verhältnis die Miethöhe zu sonstigen Wohnungseigenschaften wie Größe, Alter und Ausstattung der Wohnung steht.

Mieterhaushalte in Deutschland zahlten eine Bruttokaltmiete von durchschnittlich 440 Euro. Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete (Grundmiete) und den sogenannten kalten Nebenkosten (zum Beispiel Abwasser, Müllabfuhr oder Ähnliches) zusammen. Die warmen Nebenkosten (Kosten für Heizung und Warmwasser) bleiben bei der Bruttokaltmiete unberücksichtigt.

Auch 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung bestanden noch immer deutliche Preisunterschiede zwischen dem Wohnungsmarkt des früheren Bundesgebiets und dem der neuen Länder. Die ehemalige DDR verfügte über einen großen Bestand an Mietwohnungen mit vergleichsweise geringen Mieten. Daher verwundert es nicht, dass im Jahr 2010 in den ostdeutschen Flächenländern die durchschnittlichen Mieten mit 345 Euro am niedrigsten waren. Stadtstaaten (460 Euro) und westdeutsche Flächenländer (463 Euro) unterschieden sich kaum.

Mietbelastung

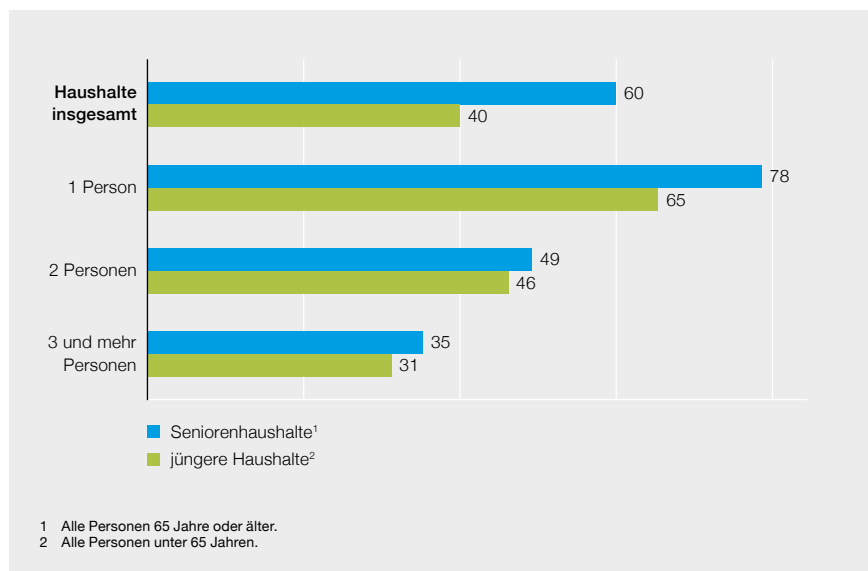
Mieterhaushalte in Deutschland wendeten im Durchschnitt zwischen 25 % und 31 % ihres verfügbaren Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf. Dabei schwankten die Mietbelastungsquoten regional weniger stark als man aufgrund der Höhe der Bruttokaltmieten annehmen würde. Dies liegt daran, dass nicht

► **Tab 5 Durchschnittliche Wohnfläche je Person nach Haushaltstyp 2011**
— in Quadratmetern

	Insgesamt	Eigentümerhaushalte	Mieterhaushalte
Deutschland insgesamt	43	47	38
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	30	34	24
Paare ohne Kind ¹	49	57	39
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	34	44	30
Alleinlebende	70	97	59
Flächenländer West zusammen	44	48	39
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	31	35	25
Paare ohne Kind ¹	51	59	40
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	35	45	31
Alleinlebende	73	99	61
Flächenländer Ost zusammen	39	43	36
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	29	33	23
Paare ohne Kind ¹	42	51	34
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	31	43	28
Alleinlebende	60	88	54
Stadtstaaten zusammen	40	47	37
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	26	33	23
Paare ohne Kind ¹	42	54	37
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren ¹	30	42	29
Alleinlebende	60	88	56

¹ Ohne Haushalte mit sonstigen Personen.

► **Abb 14 Durchschnittliche Wohnfläche je Person von Seniorenhaushalten und Haushalten mit ausschließlich jüngeren Personen 2011** — in Quadratmetern



nur die Bruttokaltmieten, sondern auch die verfügbaren Nettoeinkommen regional variieren. Am höchsten waren die Mietbelastungsquoten in den Stadtstaaten: Hier waren die Bruttokaltmieten hoch und gleichzeitig lag das verfügbare Nettoeinkommen monatlich um 300 Euro unter dem Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. ► [Info 3, Tab 6](#)

Der Zusammenhang zwischen den Mietbelastungsquoten und dem verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen ist stark ausgeprägt: Die Belastungsquoten lagen in der untersten Einkommensklasse (unter 700 Euro) bei 49% und sanken mit steigendem Einkommen kontinuierlich bis auf 10% (Einkommensklasse ab 7 500 Euro). Die Differenz zwischen diesen beiden Werten (39 Prozentpunkte) war weitaus größer als alle aus Tabelle 6 ersichtlichen regionalen Unterschiede. Die durchschnittliche Mietbelastungsquote in Deutschland entsprach dem Wert, der auf Haushalte mit einem Nettoeinkommen von monatlich 1 300 bis unter 1 500 Euro entfiel. Die mit steigendem Einkommen sinkenden Belastungsquoten dürften vor allem die Folge der geringen sogenannten Einkommenselastizität der Mietausgaben sein, das heißt die Mietausgaben schwanken geringer als die Einkommen – in beide Richtungen. Einschränkend ist zu berücksichtigen, dass es in den oberen Einkommensklassen nur wenige Mieterhaushalte gab, weil die Wohneigentumsquote mit dem Einkommen ansteigt. ► [Abb 15](#)

Auch die Unterschiede der Mietbelastungsquoten nach der Haushaltsgröße waren stärker ausgeprägt als die regionalen Abweichungen. Die Quoten von Mehrpersonenhaushalten lagen durchweg um 8 bis 9 Prozentpunkte unter jenen alleinlebender Frauen. Die regionalen Abweichungen zwischen Haushalten gleichen Typs betrug dagegen höchstens 3 Prozentpunkte. Auf die deutlichen Unterschiede nach Haushaltsgröße und -typ wirken sich verschiedene Größen aus; die Höhe des Einkommens ist dabei ebenso wichtig wie die Bruttokaltmiete, die ihrerseits von der Quadratmetermiete und der Wohnungsgröße abhängt. ► [Abb 16](#)

Die Komplexität der Zusammenhänge wird jedoch erst deutlich, wenn alle Merkmale betrachtet und dabei die Einpersonenhaushalte weiter untergliedert werden. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen von Mehrpersonenhaushalten (2 471 Euro) lag um 78 % über dem von Einpersonenhaushalten (1 386 Euro), die Bruttokaltmiete (536 Euro) um 40 % über dem Vergleichswert von Einpersonenhaushalten (384 Euro). Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass in Mehrpersonenhaushalten auf jedes Haushaltsmitglied weniger als 35 Quadratmeter Wohnfläche entfiel, während ein Einpersonenhaushalt über 57 Quadratmeter Wohnfläche verfügen konnte. ▶ Tab 7

Die Unterschiede werden noch größer, wenn Einpersonenhaushalte nach dem Geschlecht unterschieden werden. Alleinlebende Männer verfügten über 17 % mehr Einkommen als alleinlebende Frauen (1 501 Euro gegenüber 1 285 Euro), sie zahlten aber 5 % weniger Miete als diese (374 Euro gegenüber 393 Euro), weil ihre Wohnungen um 7 % kleiner waren (55 gegenüber 59 Quadratmetern).

Eine mögliche Ursache dafür wird erkennbar, wenn die Angaben für alleinlebende Frauen weiter nach deren Alter untergliedert werden. Das verfügbare Einkommen von über 65-jährigen alleinlebenden Frauen lag um 15 % unter dem Durchschnitt der Einpersonenhaushalte, ihre Bruttokaltmiete jedoch um 2 % darüber – vor allem weil sie in Wohnungen lebten, die mit 63 Quadratmeter um 10 % größer waren als die durchschnittliche Wohnfläche von 57 Quadratmeter, die bei den Einpersonenhaushalten insgesamt beobachtet wurde.

Die hohen Mietbelastungsquoten von alleinlebenden Frauen entstanden durch den großen Anteil älterer alleinlebender Frauen. Die hohen Belastungen dürften nicht zuletzt auf der Entscheidung der Betroffenen beruhen, trotz gesunkener Einkommen in Form einer Witwenrente in jener Wohnung zu bleiben, in der man zuvor gemeinsam mit dem Ehepartner beziehungsweise den Kindern und mit einem höheren Einkommen gewohnt

▶ Info 3

Mietbelastungsquoten

Die Mieten sind ein wichtiger Bestandteil in den Konsumausgaben der Mieterhaushalte; je höher die Mietausgaben umso geringer ist der finanzielle Spielraum für den sonstigen Konsum. Die Mietbelastungsquote drückt aus, welcher Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Kosten des Wohnens aufgewendet wird und somit nicht für sonstigen Konsum zur Verfügung steht. Üblicherweise wird sie berechnet, indem die Bruttokaltmiete auf das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen bezogen wird. Die Bruttokaltmiete gilt als geeigneter Indikator zur Beurteilung der Wohnkosten, weil der Vergleich nicht durch die Aufwendungen für Heizung oder Strom verzerrt wird, deren Höhe nicht nur vom individuellen Verbrauchsverhalten, sondern auch von der verwendeten Energieform oder von den Verhältnissen auf dem Energieanbietermarkt abhängt.

Das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen liegt im Mikrozensus nur nach Einkommensklassen vor. Für die Berechnung der zutreffenden Mietbelastungsquoten ist zu berücksichtigen, dass nicht bekannt ist, wo genau innerhalb der Einkommensklasse das Haushaltseinkommen liegt. Deshalb werden die Mietbelastungsquoten aus dem Mikrozensus durch die Bandbreite zwischen dem Minimum und dem Maximum dargestellt. Bei der minimalen Mietbelastungsquote wird die Bruttokaltmiete auf die obere Grenze der Einkommensklasse bezogen, bei der maximalen Mietbelastungsquote auf die untere Grenze. Bei der häufig verwendeten mittleren Mietbelastungsquote wird die Klassenmitte der Einkommensklasse herangezogen. In Tabelle 6 und in Abbildung 15 sind die drei charakteristischen Werte nebeneinander dargestellt. Die weiteren Abbildungen basieren mit Blick auf eine bessere Lesbarkeit nur noch auf der durchschnittlichen mittleren Mietbelastungsquote.

▶ Tab 6 Durchschnittliche Mietbelastungsquoten der Haushalte 2010 – in Prozent

	Deutschland	Flächenländer West	Flächenländer Ost	Stadtstaaten
Minimale Mietbelastungsquote	25,4	25,8	23,6	26,6
Mittlere Mietbelastungsquote	27,9	28,2	26,1	29,0
Maximale Mietbelastungsquote	30,9	31,2	29,3	32,1

▶ Tab 7 Durchschnittliche Bruttokaltmiete, Haushaltsnettoeinkommen und Wohnfläche nach Haushaltsgröße 2010

	Bruttokaltmiete	Haushaltsnettoeinkommen	Wohnfläche
	in Euro		in Quadratmetern
Mehrpersonenhaushalte	536	2 471	81
Alleinlebende insgesamt	384	1 386	57
↳ alleinlebende Männer	374	1 501	55
↳ alleinlebende Frauen	393	1 285	59
↳ bis einschließlich 65 Jahre	395	1 382	57
↳ 66 Jahre und älter	391	1 183	63

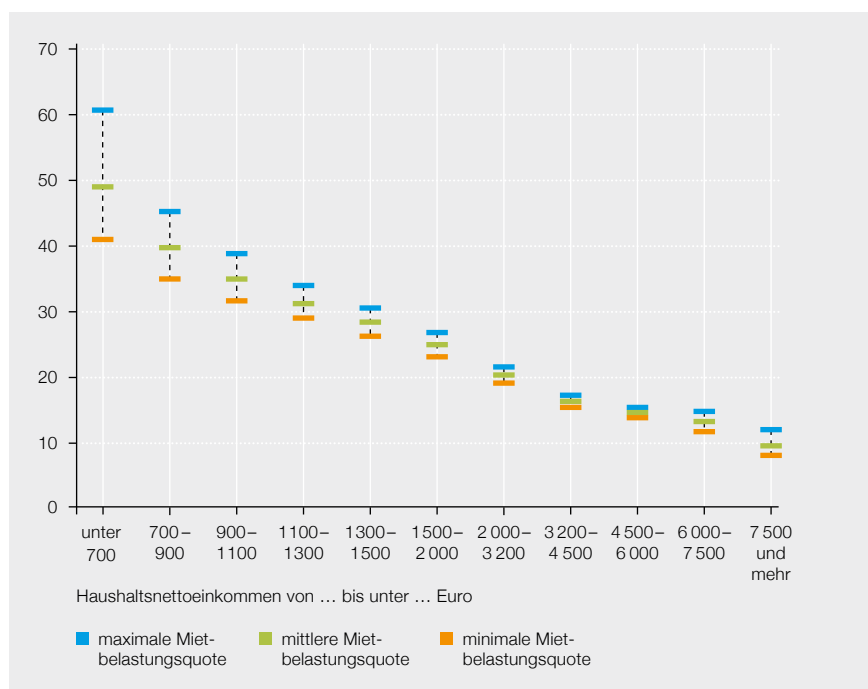
hatte – auch wenn es ökonomisch belastend ist.

Auch bei den Mehrpersonenhaushalten unterschieden sich die Mietbelastungsquoten in Abhängigkeit von der Zusammensetzung der Haushalte. Dabei ist vor allem interessant, ob sich die Belastungsquoten von Familien – das heißt von Alleinerzie-

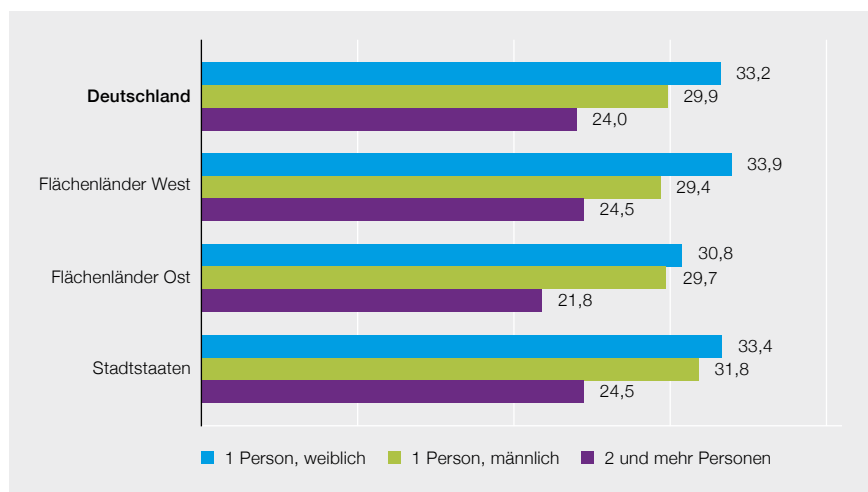
henden oder Paaren mit Kind(ern) unter 18 Jahren – von denen solcher Haushalte unterscheiden, in denen kein Kind lebt.

In Abbildung 17 sind die Mietbelastungsquoten für verschiedene Lebensformen im Jahr 2010 im regionalen Vergleich dargestellt. Auch hier lagen die Alleinlebenden – das Äquivalent zu den

► **Abb 15** Durchschnittliche Mietbelastungsquote in Deutschland nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen 2010 – in Prozent



► **Abb 16** Durchschnittliche Mietbelastungsquote nach Anzahl der Personen im Haushalt 2010 – in Prozent



Einpersonenhaushalten von Männern und Frauen aus Abbildung 16 – auf einem vorderen Platz. Die höchste Mietbelastungsquote entfiel aber auf die Alleinerziehenden und damit auf eine Form der Mehrpersonenhaushalte. ► [Abb 17](#)

Bei den Mehrpersonenhaushalten wurde die Mietbelastungsquote aber insgesamt deutlich weniger vom Vorhandensein von Kindern beeinflusst als von der Zahl der Erwachsenen im Haushalt. Die Mietbelastung Alleinerziehender war

um rund 10 Prozentpunkte höher als die von Paaren mit Kind(ern). Der Unterschied der Mietbelastung von Paaren oder Alleinlebenden jeweils ohne Kind oder mit Kind(ern) machte dagegen nur 1 bis 2 Prozentpunkte aus.

Auch hier lassen sich die zugrunde liegenden Ursachen nur dann finden, wenn alle potenziellen Einflussfaktoren – Einkommen, Wohnungsgröße und Quadratmetermiete – miteinander verglichen werden.

Das verfügbare Einkommen von Paaren mit Kind(ern) lag um 79 % über dem von Alleinerziehenden, ihre Bruttokaltmiete um 27 % und die Quadratmetermiete um 5 % darüber. Die Wohnungen von Paaren mit Kind(ern) waren 21 % größer als jene von Alleinerziehenden. Paare mit Kind(ern) verfügten über 12 % mehr Einkommen als Paare ohne Kind, ihre Bruttokaltmiete war um 20 % höher und die Quadratmetermiete bei beiden Haushaltstypen gleich. Die Wohnungen von Paaren mit Kind(ern) waren aber im Durchschnitt um 19 % größer als jene von Paaren ohne Kind. ► [Tab 8](#)

Durch die unterschiedlichen Bruttokaltmieten und Einkommen ergibt sich eine größere Mietbelastungsquote von Paaren mit Kind(ern). Die Mietbelastungsquote von Alleinerziehenden überstieg die von Alleinlebenden vor allem aufgrund der um 33 % größeren Wohnfläche, und aufgrund der Tatsache, dass ihre Bruttokaltmiete um 26 %, ihr Einkommen aber nur um 14 % über dem der Alleinlebenden lag. Die Bruttokaltmiete in Familien war somit höher als in Haushalten ohne Kind. Allerdings können die Unterschiede bei Einkommen und Miete zwischen beiden Lebensformen nicht der alleinige Auslöser deutlich abweichender Mietbelastungsquoten sein, da sich diese Größen und die Abweichungen vergleichbar entwickeln.

Miethöhe

Seit 1. Juni 2015 gilt in einigen Regionen die Mietpreisbremse. Es wird vielfach kontrovers diskutiert, welche Faktoren den größten Einfluss auf die Unterschiede bei der durchschnittlichen Bruttokaltmiete haben. In Tabelle 9 sind zwei potenzielle

Einflussfaktoren gegenübergestellt: das regionale Mietniveau und die Mietdauer.

Beide Faktoren beeinflussten die Miethöhe in der erwarteten Weise: Die Bruttokaltmiete sank mit der Mietdauer; bei neuen Mietverträgen galt eine höhere Quadratmetermiete als bei Altverträgen. Unabhängig von der Mietdauer lag die Quadratmetermiete in Stadtstaaten über der in den westlichen Flächenländern und diese wiederum über der in den östlichen Flächenländern.

Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass die regionalen Unterschiede einen größeren Einfluss hatten als die Mietdauer. So lag die Quadratmetermiete in den Stadtstaaten je nach Mietdauer um 24 % bis 33 % über der Quadratmetermiete in den ostdeutschen Flächenländern. Demgegenüber überstieg die Quadratmetermiete von neuen Verträgen (Mietdauer unter 3 Jahren) die von Altverträgen (Mietdauer über 20 Jahre) um 10 % bis 18 %. Auch hier waren die Abweichungen in den Stadtstaaten am größten (18 %) und die in den östlichen Flächenländern am geringsten (10 %). ▶ Tab 9

Einkommensschwächere Haushalte erhalten nach den Vorschriften des Wohngeldgesetzes Wohngeld, damit sie die Kosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Angaben hierzu enthält Kapitel 10.4.3, Seite 325.

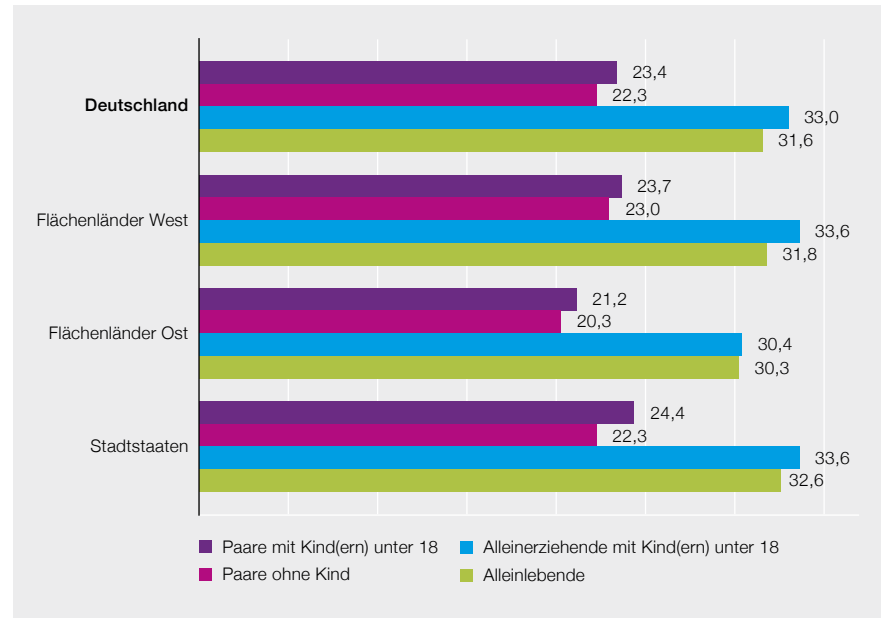
9.1.4 Subjektive Belastungen

Neben Erhebungen, die objektiv messbare Größen wie zum Beispiel den Anteil der Bruttokaltmiete am Nettoeinkommen der Haushalte ermitteln, gibt es auch Erhebungen, in denen die Haushalte nach ihrer subjektiven Einschätzung der Wohnkostenbelastung und nach Problemen mit der Wohnsituation befragt werden. Dazu zählt die europaweit vergleichbare Erhebung EU-SILC.

Wohnkostenbelastung

Die an der Stichprobe teilnehmenden Haushalte werden nach ihrer Einschätzung zur empfundenen Belastung durch die Wohnkosten befragt, wobei es die Antwortmöglichkeiten »keine Belastung«,

▶ Abb 17 Durchschnittliche Mietbelastungsquote nach Haushaltstyp 2010 – in Prozent



▶ Tab 8 Durchschnittliche Bruttokaltmiete, Haushaltsnettoeinkommen und Wohnungsgröße nach Haushaltstyp 2010

	Bruttokaltmiete	Haushaltsnettoeinkommen	Wohnfläche
	in Euro		in Quadratmetern
Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren	615	2 819	92
Paare ohne Kind	514	2 525	77
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren	483	1 576	76
Alleinlebende	384	1 388	57

▶ Tab 9 Durchschnittliche Bruttokaltmiete je Quadratmeter – in Euro

	Deutschland	Flächenländer West	Flächenländer Ost	Stadtstaaten
Insgesamt	6,50	6,64	5,61	7,13
Mietdauer von ... bis unter ... Jahren				
unter 3	6,92	7,06	5,81	7,75
3–12	6,67	6,82	5,73	7,30
12–20	6,33	6,45	5,57	6,98
20 und mehr	5,94	6,01	5,28	6,57

eine »gewisse Belastung« und eine »große Belastung« gibt.

Für mehr als ein Viertel der Haushalte (27 %) waren die Wohnkosten im Jahr 2014 keine Belastung. Für 57 % waren die Wohnkosten dagegen eine gewisse Belas-

tung und weitere 17 % sahen sogar eine große Belastung für den Haushalt. Dabei gibt es in allen Einkommensschichten einen beachtlichen Anteil an Haushalten, die über eine Belastung durch die Wohnkosten klagen. Erwartungsgemäß ist die-

ser Anteil umso höher je geringer das Einkommen des Haushalts ist. So sahen in der untersten Einkommensklasse 27 % der Haushalte in den Wohnkosten eine große Belastung, in der obersten Einkommensklasse traf dies dagegen nur auf knapp 9 % zu. ▶ [Abb 18](#)

Belastungen im Zusammenhang mit Wohnung und Wohnumfeld

Neben den Wohnkosten können auch Probleme im Zusammenhang mit der Wohnung und dem Wohnumfeld den Haushalt belasten. Im Jahr 2014 gab mehr als ein Viertel der Haushalte (27 %) den Lärm in ihrem Wohnumfeld als belastend an. Knapp ein Viertel (24 %) bejahte die Frage nach Umweltverschmutzung oder -belastung in ihrem Wohnumfeld. Ein Problem mit Kriminalität, Gewalt und Vandalismus im Wohnumfeld gaben knapp 14 % der Haushalte an. Im Hinblick auf die Bausubstanz und die Lebensqualität in der Wohnung beziehungsweise im Haus gaben 12 % Probleme mit Feuchtigkeitsschäden an und knapp 5 % meinten, ihre Wohnung beziehungsweise ihr Haus lasse zu wenig Tageslicht herein. ▶ [Tab 10](#)

Die Belastungen von Eigentümer- und Mieterhaushalten unterscheiden sich hier erheblich. So hatte im Jahr 2014 jeder dritte Mieterhaushalt (34 %) aber nur jeder fünfte Eigentümerhaushalt (20 %) ein Problem mit Lärm im Wohnumfeld. Über zu wenig Tageslicht klagten 8 % der Mieterhaushalte, während bei den Eigentümerhaushalten nur 2 % ein Problem damit hatten. Auch bei den anderen Belastungen hatten Mieterhaushalte wesentlich häufiger Probleme mit dem Wohnumfeld oder der Qualität der Wohnung beziehungsweise des Hauses als Eigentümerhaushalte.

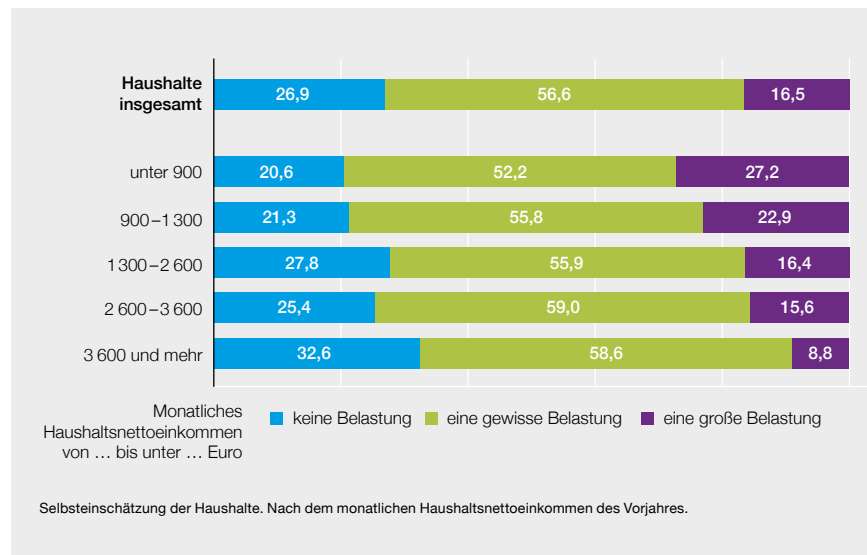
Aus der Perspektive der Besiedlungsdichte ergeben sich ebenfalls Unterschiede zwischen den Haushalten. So gab im Jahr 2014 mehr als jeder dritte Haushalt (34 %) aus dicht besiedelten Regionen (mindestens 50 000 Einwohner) an, dass er unter Lärmbelastung leidet. In Regionen mit mittlerer Besiedlung (mindestens 5 000

Umweltverschmutzung im Wohnumfeld im europäischen Vergleich

Der Aussage »es gibt Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen durch Industrie, Straßen- oder Flugverkehr in unserem Wohnviertel/ in der näheren Umgebung« stimmten im Jahr 2014 in Deutschland knapp ein Viertel der Privathaushalte zu. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung (das heißt Personen statt Haushalte) hatten damit knapp 23 % der Bevölkerung ein Problem mit Umweltverschmutzung im Wohnumfeld. Auf der europäischen Ebene ist der Anteil dieser Gruppe in der Bevölkerung nur in Griechenland (23 %) und Malta (38 %)

höher. Der Durchschnitt über die gesamte EU-Bevölkerung ist deutlich niedriger (14 %). In Irland waren es sogar nur knapp 5 %, die dieser Aussage zustimmten. Auch in den an Deutschland angrenzenden Nachbarstaaten wird die Umweltverschmutzung im eigenen Wohnumfeld insgesamt deutlich geringer eingeschätzt: In Frankreich, Luxemburg, Belgien, den Niederlanden, Österreich, Polen und der Tschechischen Republik betrug der Anteil dieser Gruppe in der Bevölkerung im Jahr 2014 zwischen 10 % und 16 %; in Dänemark sogar nur 7 %.

▶ **Abb 18** Wohnkostenbelastung privater Haushalte nach dem Haushaltsnettoeinkommen 2014 – in Prozent



Einwohner) war es dagegen nur noch jeder vierte Haushalt (25 %) und in dünn besiedelten Regionen (ländlich) sogar nur knapp jeder fünfte Haushalt (18 %). Auch bei der subjektiven Einschätzung bezüglich der Umweltbelastung und der Be-

lastung durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld nimmt der Anteil der Haushalte mit solchen Problemen mit sinkender Besiedlungsdichte deutlich ab. Bei den Haushalten aus dicht besiedelten Regionen teilten 22 % ein Pro-

blem mit Kriminalität und ähnlichem im Wohnumfeld mit, bei den Haushalten aus dünn besiedelten Regionen waren es dagegen nur 5 %.

Aus der Perspektive der Gesamtzahl der hier untersuchten Belastungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation hatte 2014 die Mehrheit der Haushalte in Deutschland (56 %) keine der hier genannten Probleme mit der Wohnung beziehungsweise mit dem Haus oder mit dem Wohnumfeld. Rund 44 % der Haushalte hatten dagegen mindestens eine Belastung angegeben. Knapp 19 % der Haushalte bejahten genau eine der hier aufgeführten fünf Belastungen. Weitere 15 % nannten genau zwei Belastungen und knapp 8 % sogar drei Belastungen. Vier oder fünf Belastungen kamen nur bei knapp 3 % der Haushalte vor. Insgesamt leidet also jeder vierte Haushalt (25 %) in Deutschland unter Mehrfachbelastungen bei der Wohnsituation. ▶ Abb 19

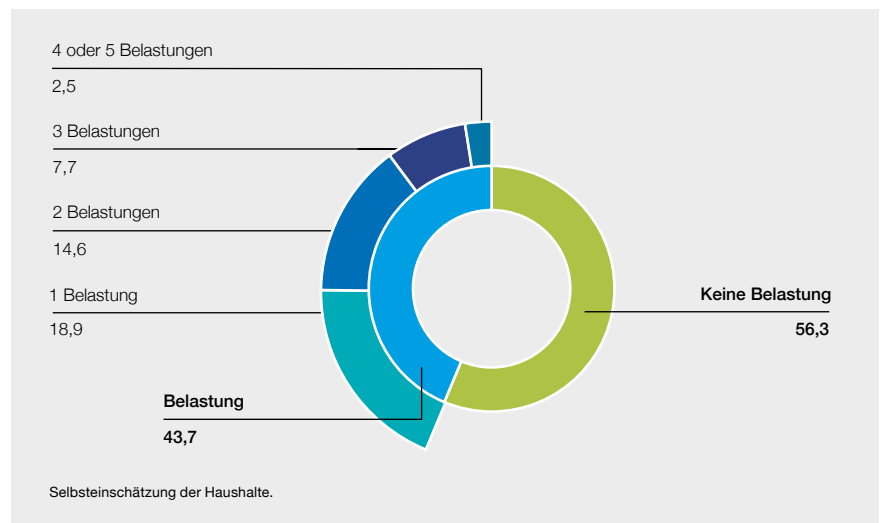
Im Hinblick auf die Einkommenssituation der Haushalte zeigt sich ein beachtlich hoher Anteil von Haushalten in allen Einkommensschichten, die über Belastungen bei der Wohnsituation klagen. So bejahte 2014 jeder dritte Haushalt (34 %) aus der höchsten Einkommensklasse mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 3 600 Euro oder mehr im Vorjahr mindestens eine Frage nach Belastungen bei der Wohnsituation. Bei den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2 600 Euro und 3 600 Euro im Vorjahr waren es bereits 42 % und bei Haushalten, die im Vorjahr mit weniger als monatlich 900 Euro auskommen mussten, waren es 55 % der Haushalte. Ähnlich wie bei dem Ergebnis zur Belastung durch die Wohnkosten ist auch hier der Anteil der Haushalte mit mindestens einem Problem im Zusammenhang mit der Wohnsituation oder dem Wohnumfeld umso höher, je geringer das Einkommen des Haushalts ausfällt. ▶ Abb 20

▶ Tab 10 Belastungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation 2014 – in Prozent

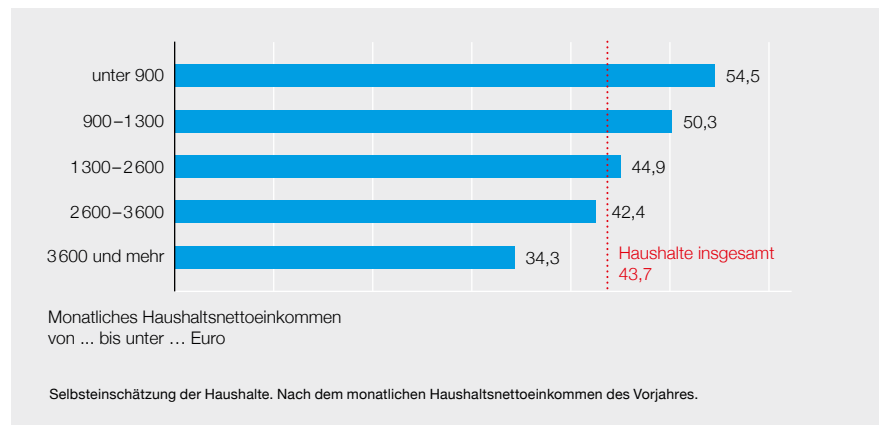
	Es gibt ... in der Wohnung/dem Haus			Es gibt ... im Wohnumfeld	
	Feuchtigkeits-schäden	zu wenig Tageslicht	Lärmbelästigung	Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen	Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus
Haushalte insgesamt	12,2	4,9	27,1	23,6	13,8
nach Wohnstatus					
im Wohneigentum	7,4	2,0	19,5	17,5	8,3
zur Miete	16,5	7,5	34,0	29,1	18,8
nach Besiedlungsdichte					
in dünner Besiedlungsdichte	12,2	(3,2)	17,8	12,5	5,3
in mittlerer Besiedlungsdichte	11,5	4,0	24,6	20,4	9,7
in hoher Besiedlungsdichte	12,9	6,6	34,3	32,4	22,2

Selbsteinschätzung der Haushalte.
 () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

▶ Abb 19 Belastungen privater Haushalte im Zusammenhang mit der Wohnsituation nach Anzahl der Belastungen 2014 – in Prozent



▶ Abb 20 Durch die Wohnsituation belastete Haushalte 2014 – Anteil in Prozent



21 %

der gesundheitlich beeinträchtigten Personen begaben sich 2013 trotz ihrer Krankheit nicht in ärztliche Behandlung.

54 Mill.

Operationen und medizinische Prozeduren wurden 2014 an Patientinnen und Patienten durchgeführt.



39 %

der Todesursachen waren 2014 Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Das war die häufigste Todesursache in Deutschland.

22 %

der gesetzlich Versicherten verfügten 2012 über eine private Zusatzversicherung. Im Jahr 2000 waren es nur 9,6 %.

10 Gesundheit und soziale Sicherung

10.1 Gesundheits- zustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesund- heitsversorgung

Karin Böhm

Destatis

Gesundheit ist ein wichtiger gesellschaftlicher und individueller Wert, der auch Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden umfasst. Die Förderung und der Erhalt benötigen dabei in der Regel geringere Ressourcen aus dem Gesundheitssystem als der Versuch, sie wiederherzustellen. Eine gute Gesundheit zu erhalten, verlangt vom Einzelnen, seine individuellen Ressourcen zu mobilisieren und Risiken zu vermeiden. Passendes Verhalten bedeutet unter anderem, regelmäßig Sport zu treiben oder auf das Rauchen zu verzichten. Aber auch Faktoren außerhalb des Gesundheitswesens spielen eine Rolle, wie die Reinhaltung der Luft oder Sicherheitsmaßnahmen zur Reduzierung von Unfallfolgen im Straßenverkehr. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung und die Ressourcen ihrer Versorgung stehen folglich in einer engen wechselseitigen Beziehung.

Daten zur Konstitution der Bevölkerung und zu den für den Erhalt und die Wiederherstellung eingesetzten Ressourcen gehören daher zum grundlegenden Informationsbedarf für alle Beteiligten im Gesundheitswesen und am Thema interessierten Menschen. Die Angaben liefern der Politik wichtige Informationen für die Bearbeitung von Gesetzen und Regeln zur Ausgestaltung der Versorgung und des Schutzes der Bevölkerung. Die Wirtschaft interessiert sich für diese Da-

ten, weil sie Grundinformationen liefern über die Gesundheit der Menschen als Arbeitskräfte, als Patientinnen und Patienten und als Konsumenten von entsprechenden Produkten und Dienstleistungen. Für die Bevölkerung sind diese Sachverhalte von Bedeutung, weil sie über einen lebensnahen Themenbereich informieren. Jeder Mensch sollte möglichst viel über diesen Bereich wissen.

Die Angaben dieses Kapitels stammen aus gesundheitsbezogenen Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dabei handelt es sich um die Krankenhausstatistik, die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik), die Statistik schwerbehinderter Menschen, die Pflegestatistik, die Todesursachenstatistik, den Mikrozensus und die Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.

Die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik ist im Unterschied zu den anderen genannten Erhebungen eine Sekundärstatistik, die auf Angaben aus der Datensammlung nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz aufbaut. Sekundärstatistiken sind Datenquellen, die im Bereich des Gesundheitswesens verfügbare Daten zusammenfassen und so einen Mehrwert an Informationen schaffen. Dabei entstehen keine zusätzlichen Erhebungen und Belastungen der Auskunftgebenden.

10.1.1 Krankheit und Unfallverletzung

Im Jahr 2013 bezeichneten sich insgesamt 16 % der Bevölkerung, die Angaben zur Gesundheit machten, als krank (15 %) oder unfallverletzt (1 %). Der Gesamtwert lag höher als bei den Befragungen 2005 (13 %) und 2009 (15 %). ▶ [Info 1](#)

Das Alter der Befragten hat großen Einfluss auf den Gesundheitszustand, denn mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden zu beobachten. Der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei Personen im Alter von 15 bis 39 Jahren betrug im Jahr 2013 rund 12 %, bei den 40- bis 64-Jähri-

gen lag er bereits bei 16 %. Von den ab 65-Jährigen bezeichnete sich fast jeder Vierte (24 %) als krank oder unfallverletzt. Insgesamt waren Frauen mit einem Anteil von 17 % etwas häufiger von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen als Männer mit 16 %. Die Art der Erkrankung wurde nicht erfragt. Bei den Angaben zu einer Unfallverletzung wurde allerdings die Frage nach der Art des Unfalls gestellt. Insgesamt traten 2013 am häufigsten häusliche Unfälle sowie Freizeitunfälle (jeweils 29 %) auf, gefolgt von Arbeitsunfällen mit einem Anteil von 23 %. Männer erlitten zu 32 % Freizeitunfälle, an zweiter Stelle folgten Arbeits-

oder Dienstunfälle (ohne Wegeunfälle) mit 30 %. In der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen Männer ereigneten sich sogar 54 % aller Unfälle in der Freizeit, für Männer ab 65 Jahre standen mit 47 % die häuslichen Unfälle an erster Position.

Für Frauen bestanden die meisten Gefahren im häuslichen Bereich: Mit 40 % belegten Unfälle im Haushalt die erste Stelle. Die zweite Position nahmen hier die Freizeitunfälle mit 24 % ein. Dabei waren besonders Mädchen bis 14 Jahre gefährdet: Rund 39 % ihrer Unfälle ereigneten sich in der Freizeit. Für ältere Frauen war es im Haushalt am gefährlichsten – rund 65 % der Unfälle von über 65-Jährigen ereigneten sich dort.

Die meisten Kranken und Unfallverletzten nahmen wegen ihrer gesundheitlichen Beschwerden ärztliche Hilfe in Anspruch, im Jahr 2013 waren es 79 %. Seit 2005 (89 %) hat sich dieser Anteil kontinuierlich verringert. Zwei Drittel (67 %) – und damit die überwiegende Zahl der Kranken und Unfallverletzten – wurden 2013 ambulant behandelt; 12 % wurden stationär im Krankenhaus betreut. Der Anteil der gesundheitlich beeinträchtigten Personen, die sich trotz ihrer Krankheit nicht in ärztliche Behandlung begaben, betrug 21 %.

10.1.2 Diagnose und Behandlung im Krankenhaus

Diagnosen

Krankenhausesfälle werden in der Krankenhausdiagnosestatistik erfasst. Es handelt sich hierbei um alle Krankenhausesfälle einschließlich Sterbe-, Stundenfälle und gesunde Neugeborene. Stundenfälle sind Patientinnen und Patienten, die vollstationär in ein Krankenhaus aufgenommen, jedoch am gleichen Tag wieder entlassen werden oder am Aufnahmetag versterben. Bei Frauen ist die Zahl der Behandlungsfälle von 9,3 Millionen Fällen (2004) um 12 % auf 10,3 Millionen Fälle (2014) gestiegen. Bei Männern stieg die Zahl der Behandlungsfälle sogar um 17 % von knapp 8,0 Millionen Fällen (2004) auf 9,3 Millionen Fälle (2014). ▶ [Info 2](#)

▶ Info 1

Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Haushaltsstichprobe, an der 1 % der Privathaushalte in Deutschland teilnehmen. Seit dem Jahr 2005 findet die Mikrozensus-Erhebung mit gleitender Berichtswoche statt, bei der das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt wird. Frühere Erhebungen wurden in einer festgelegten Befragungswoche im April durchgeführt.

Die gesundheitsbezogenen Fragen werden im vierjährigen Abstand, zuletzt 2013 gestellt. Sie beziehen sich auf Krankheit und Unfallverletzung am Befragungstag oder in den vier Wochen davor, das Rauchverhalten sowie Körpergröße und -gewicht. Die Daten zur Krankenversicherung werden auch alle vier Jahre erfragt, zuletzt im Jahr 2011. Die Stichprobe für das Zusatzprogramm zur Gesundheit ist seit 2005 so groß wie für das feste Grundprogramm des Mikrozensus. Die Beantwortung der Gesundheitsfragen ist freiwillig. Die Stichprobenergebnisse für 2013 wurden auf die Bevölkerungszahl entsprechend der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet. Anteilswerte beziehen sich auf die Bevölkerung mit Angaben zu den entsprechenden Fragen.

Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2014 wurden rund 99 700 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet. Die Zahl nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % ab.

Knapp drei Viertel (73 %) der Frauen, die 2014 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahre alt, 16 % zwischen 35 und 39 Jahre. Rund 8 % der Frauen waren 40 Jahre und

älter. Die unter 18-Jährigen hatten einen Anteil von knapp 4 %.

Nach der Beratungsregelung wurden 96 % der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Medizinische und kriminologische Indikationen waren in 4 % der Fälle die Begründung für den Abbruch.

Die häufigste Ursache für einen Krankenhausaufenthalt waren 2014 – wie bereits in den Vorjahren – Krankheiten des Kreislaufsystems. Knapp 2,9 Millionen Behandlungsfälle waren dieser Krankheitsgruppe zuzuordnen, was einem Anteil von 15 % an allen Fällen entsprach. Im Vergleich zu 2004 ist die Zahl dieser Behandlungsfälle um 239 400 Fälle (9 %) angestiegen. An zweiter Stelle folgten die Krankheiten des Verdauungssystems. Sie stellten nach den Krankheiten des Kreislaufsystems die wichtigste Diagnosegruppe mit knapp 2,0 Millionen Fällen (10 % an allen Behandlungsfällen) dar. Gegenüber 2004 ist ihre Zahl 2014 um fast 12 % gestiegen. An dritter Stelle lagen die Verletzungen und Vergiftungen sowie andere Folgen äußerer Ursachen mit 1,9 Millionen Fällen und einem Anteil von ebenfalls 10 % an allen Diagnosen. Im Vergleich zu 2004 ist hier die Zahl um 15 % gestiegen.

Der höchste Anstieg war im Kapitel »Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, andernorts nicht näher klassifiziert« zu beobachten, er betrug 73 % (2004: 558 100 Fälle; 2014: 967 000 Fälle). Hierzu gehören zum Beispiel Kreislaufkollaps oder Ohnmacht, Hals- und Brustschmerzen. Die Infektionen haben sich innerhalb des gleichen Zeitraums um 46 % erhöht, die Muskel-Skelett-Erkrankungen haben um 30 % zugenommen und auch die Position »Bestimmte Zustände mit Ursprung in der Perinatalperiode« stieg um knapp ein Drittel (29 %) ihres Wertes von 2004. »Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten, Chromosomenanomalien« sind um 7 % gesunken. Einen Rückgang von 4 % gab es bei den Neubildungen (Krebs und gutartige Neubildungen). Im direkten Vergleich blieben lediglich die Behandlungen in Bezug auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett konstant.

Operationen und medizinische Behandlungsmaßnahmen

Nach den Ergebnissen der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) wurden bei den vollstationär in Krankenhäusern versorgten Patientinnen

► Info 2

Die Diagnosestatistik und ihre Erweiterung um die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik)

Die Diagnosen der Krankenhauspatientinnen und -patienten bilden das gesamte vollstationäre Geschehen in den deutschen Krankenhäusern ab. Alle Krankenhäuser in Deutschland sind auskunftspflichtig. Erfasst werden alle Patientinnen und Patienten, die im Berichtsjahr aus der vollstationären Behandlung eines Krankenhauses entlassen wurden. Bei mehrfach im Berichtsjahr vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten wird jeder einzelne Krankenhausaufenthalt als ein Fall nachgewiesen (Fallzahlenstatistik). Nicht nachgewiesen werden die vor- und nachstationären, teilstationären und ambulanten Behandlungsfälle. Die Angaben zur Diagnosestatistik entnehmen die Krankenhäuser der vorhandenen Patientendokumentation. Die Diagnoseangaben werden differenziert nach Hauptdiagnosen, Alter, Geschlecht, Verweildauer und Fachabteilungen dargestellt.

Seit dem Jahr 2005 wird die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten um die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik ergänzt. Das auf Fallpauschalen basierende DRG-Vergütungssystem wurde bei der Novellierung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 eingeführt (DRG steht für Diagnosis Related Groups). Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 des Krankenhausentgeltgesetzes unterliegen (ohne psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist wie auch die Diagnosestatistik eine jährliche Vollerhebung, jedoch werden die Daten nicht direkt von den Statistischen Ämtern der Länder, sondern vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus erhoben. Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus schicken. Das Institut stellt die entsprechenden Daten dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung (Sekundärstatistik).

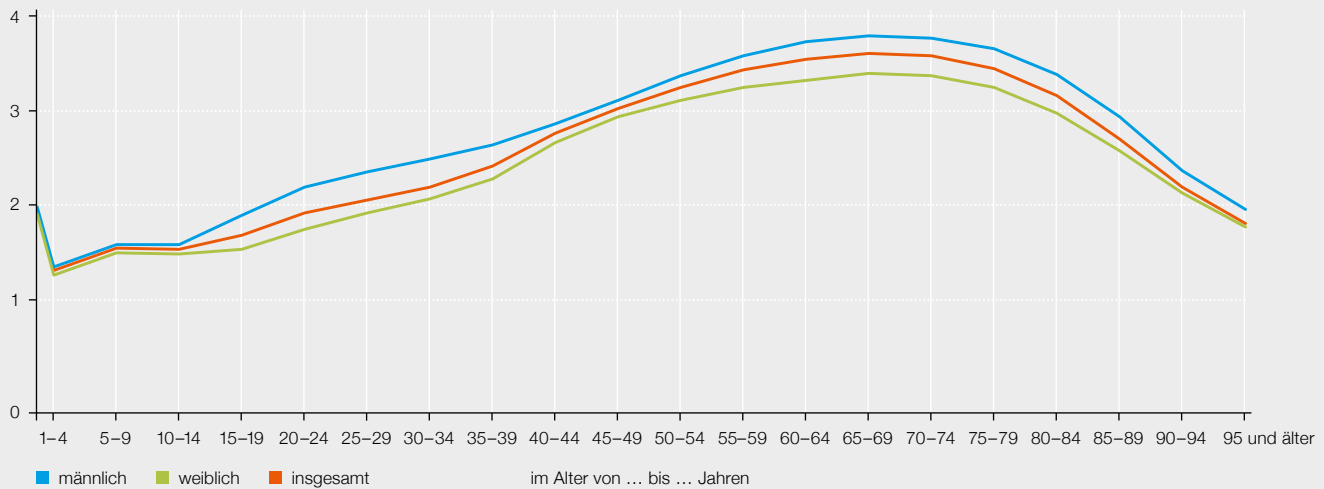
Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres aus den oben genannten Einrichtungen entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Nicht nachgewiesen werden vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette) unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Schwerpunkte der Erhebung sind insbesondere Angaben zu Operationen und Prozeduren, Fallpauschalen (DRG) sowie Haupt- und Nebendiagnosen.

Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen

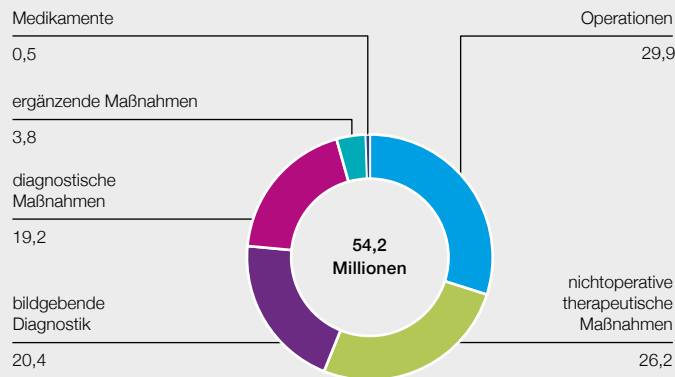
Im Jahr 2014 wurden 22 391 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren aufgrund akuten Alkoholmissbrauchs stationär in einem Krankenhaus behandelt. Das waren 3,8 % weniger als 2013. Rund 70 % der Kin-

der und Jugendlichen, die wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär behandelt werden mussten, waren noch keine 18 Jahre alt.

► **Abb 1** Durchschnittliche Anzahl der Operationen und Behandlungsmaßnahmen je Krankenhausfall 2014



► **Abb 2** Operationen und Behandlungsmaßnahmen der Krankenhauspatientinnen und -patienten 2014 – in Prozent



und Patienten 2014 insgesamt 54 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 4,3%. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,9 Maßnahmen dieser Art. In allen Altersgrup-

pen war die durchschnittliche Zahl der Operationen und Prozeduren je Krankenhausfall bei Männern durchweg höher als bei Frauen. ► [Abb 1](#)

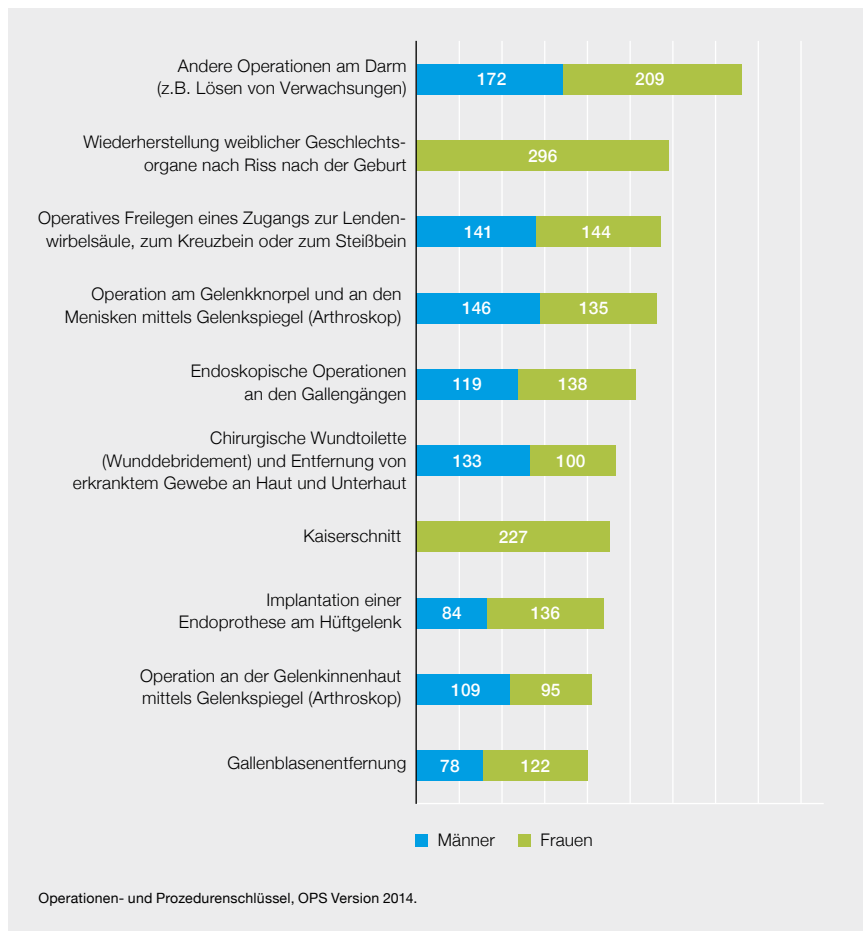
Werden die erfolgten Maßnahmen nach einzelnen Kapiteln des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS) diffe-

renziert, lagen die Operationen mit 30% (16,2 Millionen Nennungen) an erster Stelle, an zweiter Stelle folgten mit 26% nichtoperative therapeutische Maßnahmen (14,2 Millionen Nennungen). An dritter Stelle standen mit 20% die bildgebende Diagnostik (11,0 Millionen Nennungen). ► [Abb 2](#)

Bei den durchgeführten Operationen lagen auch im Jahr 2014 Operationen an den Bewegungsorganen (4,6 Millionen) an erster Stelle, gefolgt von Operationen am Verdauungstrakt (2,4 Millionen) sowie Operationen an Haut und Unterhaut (1,3 Millionen). Eine detailliertere Analyse der Operationsdaten zeigt, dass bei Frauen am häufigsten die Rekonstruktion weiblicher Geschlechtsorgane nach einer Ruptur/Dammriss (295 800 Fälle) durchgeführt wurde, gefolgt vom Kaiserschnitt (226 700 Fälle) und der Position »andere Operationen am Darm« (209 300 Fälle).

Bei Männern lag die Position »andere Operationen am Darm« mit 172 400 Fällen an erster Stelle, an zweiter Stelle folgte der Verschluss eines Leistenbruchs (Hernia inguinalis) mit 156 000 Fällen sowie an dritter Stelle die Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken mittels Gelenkspiegel (Arthroskop) (146 200 Fälle). ► [Abb 3](#)

► **Abb 3 Die zehn häufigsten Operationen von Krankenhauspatientinnen und -patienten 2014 – in Tausend**



► **Tab 1 Schwerbehinderte 2013**

	Insgesamt in 1 000	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
		unter 25	25–54	55–64	65–74	75 und älter
Männer	3 852	4,4	20,7	22,7	25,6	26,6
Frauen	3 697	3,2	19,9	20,6	20,9	35,4
Insgesamt	7 549	3,8	20,3	21,7	23,3	30,9

10.1.3 Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit

Schwerbehinderung

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer ist eine Behinderung eine Beeinträchtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben. Als schwerbehindert gelten Menschen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr von den Versorgungsämtern zuerkannt wurde.

Als schwerbehindert gelten Menschen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr von den Versorgungsämtern zuerkannt wurde.

Am 31. Dezember 2013 waren 7,5 Millionen amtlich anerkannte schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis bei den Versorgungsämtern registriert. Das entsprach einem Anteil von rund 9 % an der Bevölkerung. Etwas mehr als die Hälfte (51 %) waren Männer. Von den 7,5 Millionen schwerbehinderten Menschen waren 7,1 Millionen Deutsche und 0,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer.

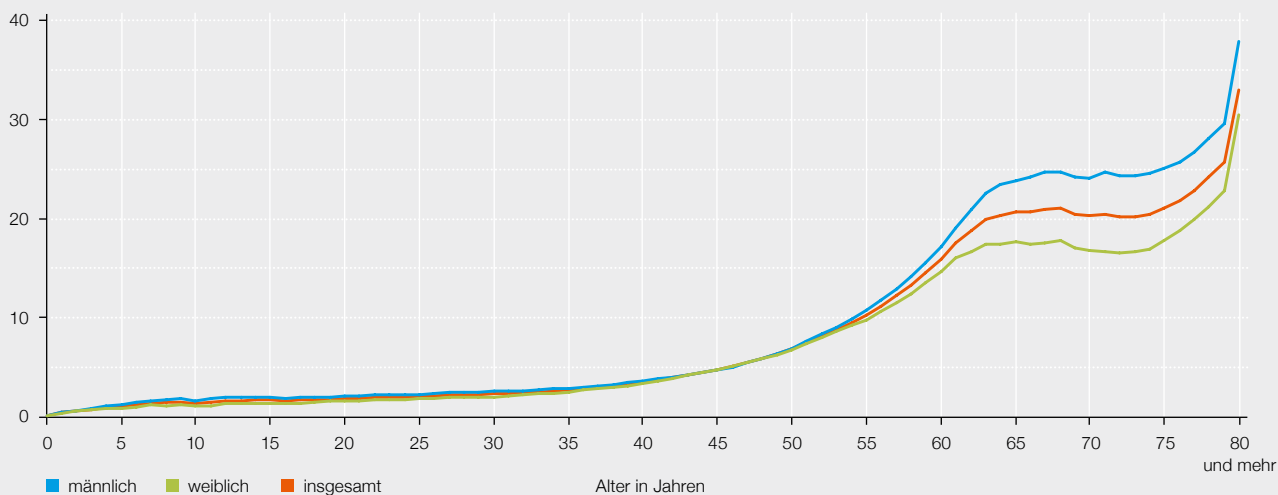
Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So war fast ein Drittel (31 %) der schwerbehinderten Menschen 75 Jahre und älter. Knapp die Hälfte (45 %) gehörte der Altersgruppe von 55 bis 74 Jahren an. Dagegen fiel der Anteil der unter 25-Jährigen mit 4 % gering aus. ► [Tab 1](#)

Die Schwerbehindertenquote beziehungsweise die Wahrscheinlichkeit, schwerbehindert zu sein, steigt mit zunehmendem Alter an. Während bei den 25- bis 34-Jährigen 3 % schwerbehindert waren, hatte in der Gruppe der ab 80-Jährigen jeder Dritte einen Schwerbehindertenausweis. ► [Abb 4](#)

Männer waren – insbesondere in der Gruppe der ab 55-Jährigen – eher schwerbehindert als Frauen. Dies ist zu einem gewissen Teil dadurch erklärbar, dass Männer im Allgemeinen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen als Frauen. Da ein Schwerpunkt der Leistungen des Schwerbehindertenrechts Regelungen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt oder für einen früheren Übergang zur Rente betrifft, können Erwerbstätige beziehungsweise Arbeitssuchende ein größeres Interesse an einer Anerkennung der Behinderteneigenschaft haben als Nichterwerbspersonen.

Die weitaus meisten Behinderungen (85 % der Fälle) waren krankheitsbedingt. In 4 % der Fälle war die Behinderung angeboren und bei 2 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht. Weitere 0,5 % der schwerbehinderten Menschen hatten dauernde Schäden im Krieg, im Wehr- oder im Zivildienst erlitten. Die übrigen Behinderungen (9 %) beruhten auf sonstigen, mehreren oder ungenügend bezeichneten Ursachen.

► Abb 4 Schwerbehindertenquote 2013 – in Prozent



Bevölkerungsstand: 31.12.2013 – vorläufige Ergebnisse auf Basis des Zensus 2011, Zensusdaten Stand 10.04.2014.
Schwerbehindertenquote = Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Am häufigsten litten schwerbehinderte Menschen unter körperlichen Behinderungen (62 %). Bei 25 % der Personen waren die inneren Organe beziehungsweise Organsysteme betroffen. Bei 14 % waren Arme oder Beine in ihrer Funktion eingeschränkt, bei weiteren 12 % Wirbelsäule oder Rumpf. In 5 % der Fälle lag Blindheit beziehungsweise eine Sehbehinderung vor. Rund 4 % litten unter Schwerhörigkeit, Gleichgewichts- oder Sprachstörungen. Auf geistige oder seelische Behinderungen entfielen zusammen 11 % der Fälle, auf zerebrale Störungen 9 %. Bei den übrigen Personen (18 %) war die Art der Behinderung nicht ausgewiesen. ► Abb 5

Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (Sozialgesetzbuch SGB XI) sind Menschen, die im täglichen Leben auf Dauer – wegen einer Krankheit oder Behinderung – in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. Die Entscheidung über das Vorliegen einer Pflegebedürftigkeit wird von den Pflegekassen beziehungsweise einem privaten Versicherungsunternehmen getroffen.

Im Dezember 2013 waren 2,6 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Die Mehrheit (83 %) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter. Ein gutes Drittel (37 %) war sogar älter als 85 Jahre. Die überwiegende Zahl (65 %) der Pflegebedürftigen waren Frauen.

Im Vergleich zu 2003 ist eine Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen zu beobachten: Im Jahr 2003 betrug sie 2,1 Millionen und stieg auf 2,6 Millionen im Jahr 2013 an. Ein wichtiger Faktor für den Anstieg ist die zunehmende Alterung der Bevölkerung. Im Jahr 2003 waren 3,4 Millionen Menschen 80 Jahre und älter; 2013 waren es bereits 4,4 Millionen.

Mit zunehmendem Alter sind Menschen in der Regel eher pflegebedürftig. Während bei den 70- bis 74-Jährigen jeder zwanzigste (5 %) aller Menschen dieser Altersgruppe pflegebedürftig war, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Menschen dieser Altersgruppe betrug 64 %. Auffallend ist, dass Frauen etwa ab dem 80. Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufwiesen – also eher pflegebedürftig sind als

Männer dieser Altersgruppen. So beträgt zum Beispiel bei den 85- bis 89-jährigen Frauen die Pflegequote 42 %, bei den Männern gleichen Alters hingegen lediglich 30 %. ► Abb 6

Neben Unterschieden in der gesundheitlichen Entwicklung bei Frauen und Männern kann ein Faktor für den unterschiedlichen Verlauf der Pflegequoten auch das Antragsverhalten bei Frauen und Männern sein: Ältere Frauen leben häufiger alleine. Bei Pflegebedarf kann somit schneller die Notwendigkeit bestehen, einen Antrag auf Leistungen zu stellen, während die pflegebedürftigen Männer zunächst häufiger zum Beispiel von ihren Frauen versorgt werden. Insofern könnte zunächst auf eine Antragstellung verzichtet werden. In diesem Fall werden sie auch nicht in der Pflegestatistik erfasst.

Die Pflegequote variiert zwischen den einzelnen Bundesländern; sie ist dabei in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg – also im Nordosten Deutschlands – im Alter in der Regel am höchsten. Dort beträgt zum Beispiel der Anteil der Pflegebedürftigen bei den 85- bis

89-Jährigen 51 % in Mecklenburg-Vorpommern und 48 % in Brandenburg. Niedrige Anteile liegen in diesem Alter hingegen für Schleswig-Holstein und Bayern (jeweils 33 %) vor.

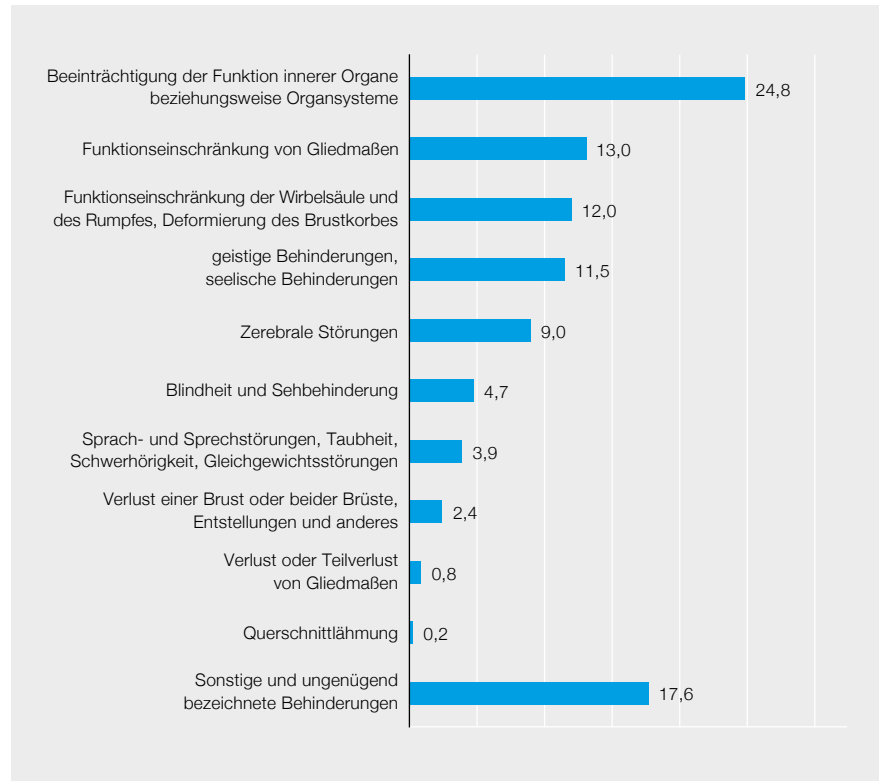
Auch beim Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt bestehen Unterschiede – bedingt durch die unterschiedlichen Alters- und Geschlechtsstrukturen der Bevölkerung sowie die unterschiedlichen Pflegequoten in den Altersgruppen der jeweiligen Länder. In Mecklenburg-Vorpommern waren 4,5 % und in Brandenburg 4,2 % der Bevölkerung pflegebedürftig. Der Anteil in Bayern betrug hingegen 2,6 %. Bundesweit lag der Anteil im Mittel bei 3,3 %.

Mehr als zwei Drittel (71 % oder 1,86 Millionen) der Pflegebedürftigen in Deutschland wurden im Dezember 2013 zu Hause versorgt. Davon erhielten 1,2 Millionen Pflegebedürftige (47 %) ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 616 000 Pflegebedürftige (23 %) lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. Rund 764 000 Pflegebedürftige (29 %) wurden in Pflegeheimen vollstationär betreut. ▶ [Abb 7](#)

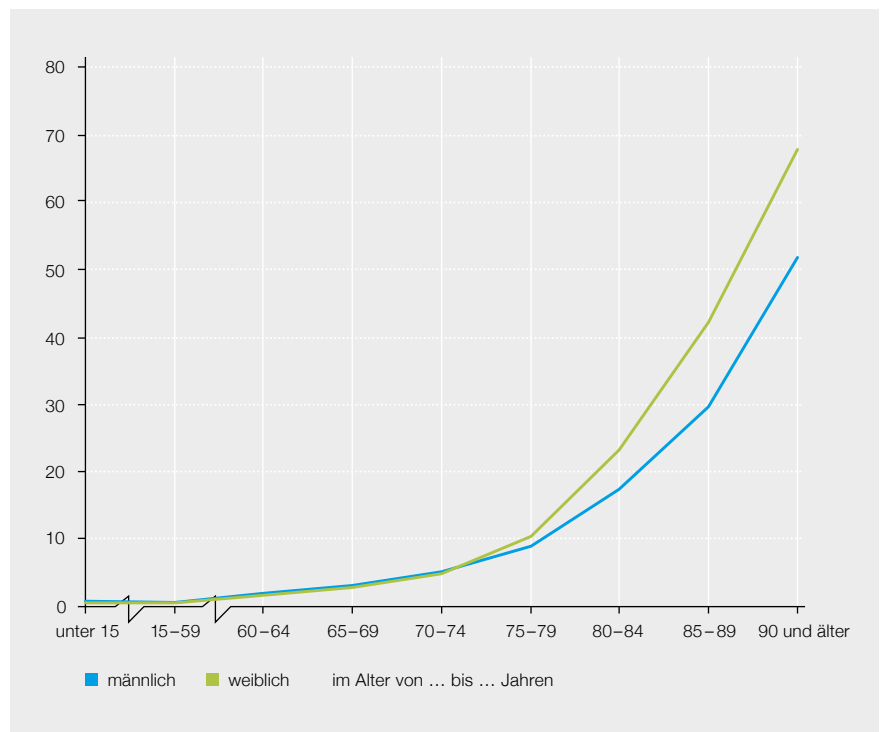
Zwischen den Bundesländern zeigen sich auch bei den Versorgungsstrukturen zum Teil deutliche Unterschiede. Die größte Bedeutung hatte die vollstationäre Pflege in Heimen in Schleswig-Holstein: Rund 40 % aller Pflegebedürftigen wurden dort vollstationär versorgt. In Brandenburg und Berlin wurden hingegen nur rund 23 % beziehungsweise 24 % der Pflegebedürftigen vollstationär in Heimen betreut. In Deutschland waren es insgesamt 29 %.

Bundesweit gab es im Dezember 2013 rund 13 000 zugelassene voll- beziehungsweise teilstationäre Pflegeheime. Die Mehrzahl der Heime (7 100 beziehungsweise 54 %) befand sich in freigemeinnütziger Trägerschaft. Im Durchschnitt wurden in einem Pflegeheim 63 Pflegebedürftige betreut. Die meisten Heime (10 900) boten vollstationäre Dauerpflege an.

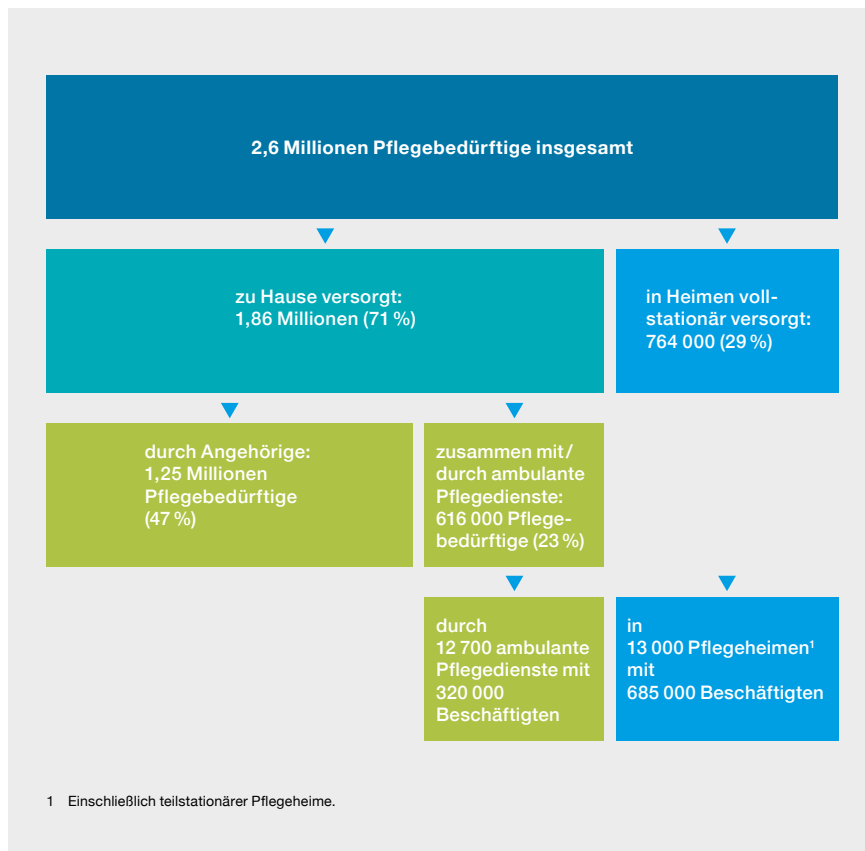
▶ **Abb 5 Schwerbehinderte Menschen 2013 — in Prozent**



▶ **Abb 6 Pflegequoten 2013 — Anteil an der Bevölkerung des jeweiligen Alters in Prozent**



► Abb 7 Pflegebedürftige nach Versorgungsart 2013



Personal in Pflegeeinrichtungen

In den Heimen waren zum Jahresende 2013 insgesamt 685 000 Menschen beschäftigt. Teilzeitkräfte machten dabei mehr als die Hälfte (62 %) aus; die Mehrzahl aller Beschäftigten (85 %) waren Frauen.

Rund 38 % der Beschäftigten waren 50 Jahre und älter. Die meisten Beschäftigten (66 %) hatten ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich Pflege und Betreuung. Altenpfleger/-in oder Gesundheits- und Krankenpfleger/-in waren dabei die wichtigsten Ausbildungsabschlüsse. Von den im Bereich Pflege und Betreuung Tätigen hatte zusammen fast jede/r Zweite (45 %) entweder einen Abschluss als Altenpfleger/-in (34 %), Gesundheits- und Krankenpfleger/-in (11 %) oder Gesund-

heits- und Kinderkrankenpfleger/-in (1 %). In den im Dezember 2013 insgesamt 12 700 zugelassenen ambulanten Pflegediensten arbeiteten 320 000 Menschen. Rund 70 % davon waren teilzeitbeschäftigt; der Frauenanteil lag bei 87 % aller Beschäftigten. Im Alter von 50 Jahren und mehr waren 36 % der Beschäftigten. Der Haupteinsatzbereich des Personals war die Grundpflege. Hier hatten zwei Drittel (69 %) der Beschäftigten ihren Arbeitsschwerpunkt.

10.1.4 Todesursachen

Allgemeine Sterblichkeit

Im Jahr 2014 verstarben in Deutschland insgesamt 868 356 Menschen, davon 49 % Männer und 51 % Frauen. Die Zahl der

Sterbefälle insgesamt ist im Vergleich zu 1994 um 1,8 % gesunken. Damals verstarben in Deutschland 884 661 Menschen. Bei einem Vergleich der Männer und Frauen zeigt sich eine Verschiebung zu Lasten der Männer. Während 2014 mit 446 131 gut 6 % weniger Frauen verstarben (1994: 475 286), stieg die Anzahl der verstorbenen Männer im gleichen Zeitraum von 409 375 um gut 3 % auf 422 225 an.

Auch bei den Altersgruppen gab es in den letzten 20 Jahren große Verschiebungen. Der Anteil der Verstorbenen, die 90 Jahre und älter waren, stieg seit 1994 um 7,3 Prozentpunkte an und lag im Jahr 2014 bei 17 %.

Sterbealter

Das Sterbealter gibt einen wichtigen Hinweis auf die Lebensqualität und den Lebensstandard eines Landes. Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden kann das Sterbealter nicht mit der Lebenserwartung gleichgesetzt werden, wird aber als zusätzliche Information herangezogen. Die im vorherigen Abschnitt beschriebene Zunahme von Personen, die im hohen Alter von über 90 Jahren verstorben sind, wirkt sich auch direkt auf das Sterbealter aus. Dieses lag im Jahr 2014 bei durchschnittlich 78,1 Jahren. Frauen starben im Durchschnitt mit 81,3 Jahren und damit 6,6 Jahre später als Männer, die mit 74,7 Jahren verstarben. Im Vergleich der Jahre 1994 und 2014 war dies ein Anstieg der Lebenszeit um rund 3,7 Jahre, wobei diese Entwicklung auf Männer wie Frauen gleichermaßen zutrifft. Am ältesten wurden die Menschen in den beiden Ländern Baden-Württemberg und Sachsen. Das durchschnittliche Sterbealter im Jahr 2014 betrug hier jeweils 78,7 Jahre. In Berlin lag es mit 76,3 Jahren am niedrigsten.

Die größte Steigerung beim Sterbealter seit 1994 ist mit 8,1 % in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen. ► Tab 2

Um der unterschiedlichen Größe der Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern Rechnung zu tragen, vergleicht man

die Gestorbenen je 100 000 Einwohner (sogenannte Sterbeziffer). Hier hatte Sachsen-Anhalt mit gut 1 376 Gestorbenen je 100 000 Einwohner den höchsten Wert zu verzeichnen. Die wenigsten Personen verstarben in Berlin mit 938 Gestorbenen je 100 000 Einwohner. ▶ Tab 3

In der Regel haben die neuen Länder die höchsten Sterbeziffern. Eine Ausnahme stellt das Saarland dar, das mit 1 266 Gestorbenen je 100 000 Einwohner an zweiter Stelle lag. Diese Unterschiede lassen sich zum Teil durch eine andere Altersstruktur erklären. Beispielsweise war der Anteil der über 70-Jährigen an der Bevölkerung mit 19,5 % in Sachsen-Anhalt um 5,0 Prozentpunkte höher als in Berlin. Allerdings gibt es auch in niedrigeren Alterklassen nicht unerhebliche Unterschiede bei den Sterbeziffern der beiden Bundesländer.

Häufigste Todesursachen

Die häufigste Todesursache (Einzeldiagnose) war bei Männern wie Frauen gleich, es handelte sich um die chronische ischämische Herzkrankheit. Sie war für die meisten Todesfälle 2014 verantwortlich. An ihr verstarben 69 900 Personen, davon waren 35 400 männlich und 34 500 weiblich.

Fünf der zehn häufigsten Todesursachen waren dem Bereich der Herz-Kreislauferkrankungen zuzuordnen. Es handelte sich dabei um die chronische ischämische Herzkrankheit, den akuten Myokardinfarkt, die Herzinsuffizienz, die hypertensive Herzkrankheit und den Schlaganfall. Allein an diesen fünf Erkrankungen starben 2014 insgesamt 78 600 Männer und 122 000 Frauen. Weitere wichtige Todesursachen waren die Krebsleiden (Bösartige Neubildungen). Bei den Männern waren die »Bösartigen Neubildungen« der Bronchien und Lunge, der Prostata, des Dickdarms und des Pankreas die Ursache für 60 000 Sterbefälle. Bei den Frauen waren es die »Bösartigen Neubildungen« der Brustdrüse (Brustkrebs), der Bronchien und Lunge; insgesamt 33 200 Frauen verstarben daran.

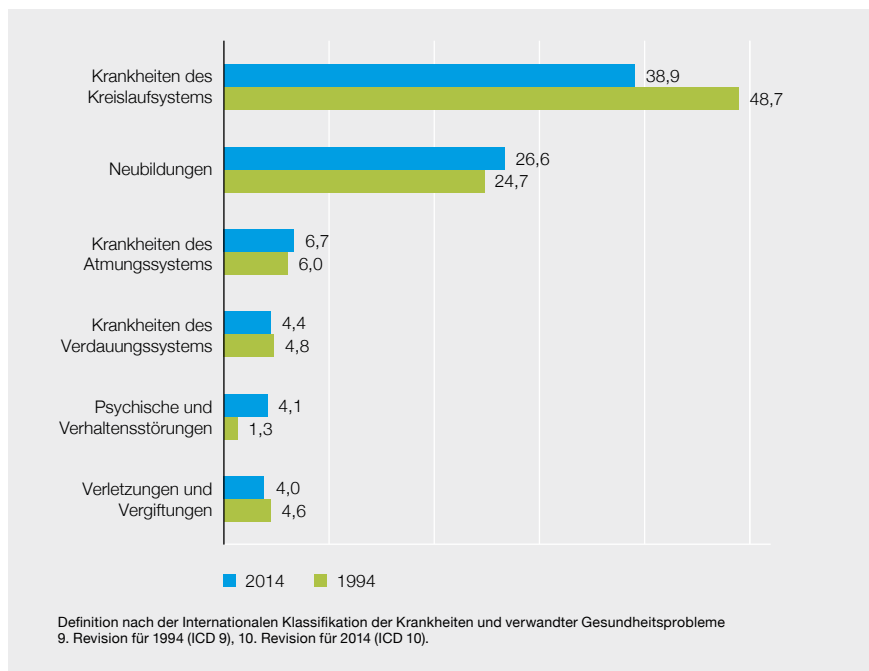
▶ Tab 2 Durchschnittliches Sterbealter

	Durchschnittliches Sterbealter in Jahren		Veränderung gegenüber 1994
	2014	1994	in %
Baden-Württemberg	78,7	74,8	5,2
Bayern	78,5	74,7	5,1
Berlin	76,3	74,6	2,3
Brandenburg	77,3	72,1	7,2
Bremen	77,1	74,1	4,0
Hamburg	77,6	75,1	3,3
Hessen	78,4	74,9	4,7
Mecklenburg-Vorpommern	76,5	70,8	8,1
Niedersachsen	78,1	74,9	4,3
Nordrhein-Westfalen	77,9	74,3	4,8
Rheinland-Pfalz	78,4	74,9	4,7
Saarland	78,0	73,8	5,7
Sachsen	78,7	74,5	5,6
Sachsen-Anhalt	77,6	72,9	6,4
Schleswig-Holstein	78,0	75,5	3,3
Thüringen	77,9	73,4	6,1
Deutschland	78,1	74,4	5,0

▶ Tab 3 Regionale Sterbeziffern 2014 — Sterbefälle je 100 000 Einwohner

	Beide Geschlechter	Männlich	Weiblich
Sachsen-Anhalt	1 376,3	1 379,7	1 373,1
Saarland	1 265,7	1 255,6	1 275,4
Sachsen	1 262,9	1 249,9	1 275,4
Thüringen	1 248,7	1 249,1	1 248,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 184,0	1 227,0	1 142,2
Brandenburg	1 181,6	1 197,4	1 166,2
Bremen	1 127,4	1 111,7	1 142,6
Schleswig-Holstein	1 121,9	1 119,6	1 124,1
Niedersachsen	1 121,5	1 118,6	1 124,2
Rheinland-Pfalz	1 106,9	1 094,4	1 118,9
Nordrhein-Westfalen	1 095,8	1 085,5	1 105,6
Hessen	1 008,0	1 000,3	1 015,5
Bayern	981,4	961,5	1 000,7
Hamburg	956,4	937,0	974,7
Baden-Württemberg	943,1	927,8	957,8
Berlin	937,8	944,1	931,7
Deutschland	1 072,3	1 063,6	1 080,6

► **Abb 8** Krankheitsbedingte Todesursachen – in Prozent



Todesursachen im Zeitvergleich

Die Bedeutung bestimmter Krankheitsgruppen am Sterbegeschehen ist im Zeitraum 1994 bis 2014 gesunken. Allein der Anteil der Krankheiten des Kreislaufsystems ist um 9,7 Prozentpunkte zurückgegangen. Starben im Jahr 1994 noch fast 49 % aller Verstorbenen an einer solchen Erkrankung, betrug der Anteil im Jahr 2014 nur noch 39 %. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der psychischen Erkrankungen an allen Todesursachen von 1,3 % im Jahr 1994 auf 4,1 % angestiegen. Insbesondere die Demenz trug zu diesem Zuwachs bei. ► [Abb 8](#)

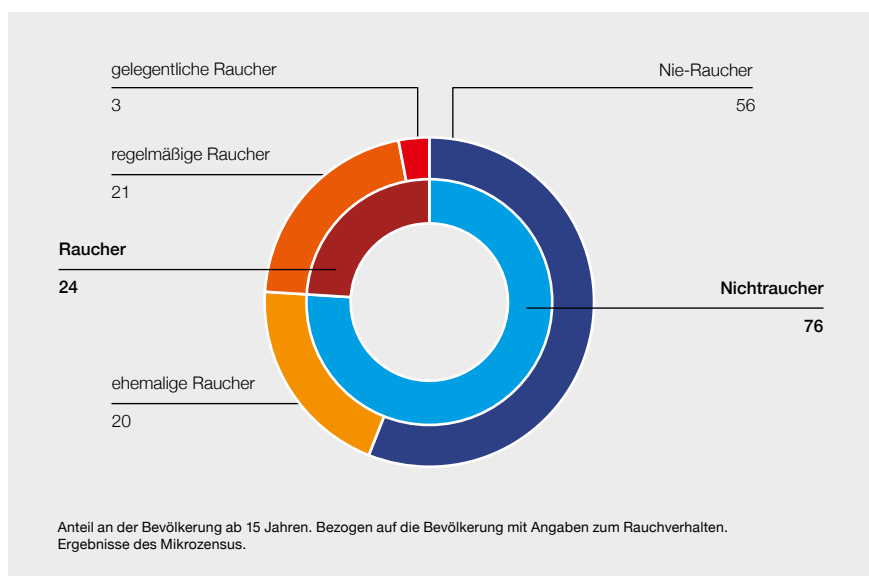
Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit bezeichnet die Rate der im ersten Lebensjahr versterbenden Kinder. Sie ist ein wichtiges Maß für den allgemeinen Lebensstandard und die Qualität der medizinischen Versorgung. Sie wird im folgenden Abschnitt als absolute Zahl und über die Zahl der Todesfälle bezogen auf 1 000 Lebendgeborene dargestellt.

Im Vergleich zu 1994 (5,6 Sterbefälle je 1 000 Lebendgeborene) ging die Säuglingssterblichkeit um 43 % zurück und lag 2014 bei 3,2 Sterbefällen je 1 000 Lebendgeborenen. Dabei haben Jungen mit 3,5 Sterbefällen schlechtere Überlebenschancen als Mädchen mit 2,9 Sterbefällen. Im Jahr 2014 starben insgesamt 2 284 Säuglinge im ersten Lebensjahr, davon waren 1 266 Jungen und 1 018 Mädchen. Der Rückgang der absoluten Zahl der Säuglingssterbefälle zwischen 1994 (4 309) und 2014 entsprach einer Minderung um 47 %, wobei bei Jungen ein größerer Rückgang (– 48 %) zu verzeichnen war als bei Mädchen (– 45 %).

Auch von Bundesland zu Bundesland variierte die Säuglingssterblichkeit: von 2,2 gestorbenen Säuglingen je 1 000 Lebendgeborenen in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 5,6 Säuglingen in Bremen. Grundsätzlich konnte sie in jedem Land seit 1994 gesenkt werden. Die größten Rückgänge hatten Mecklenburg-Vorpommern mit fast 70 % und Thüringen mit fast 65 %.

► **Abb 9** Raucher 2013 – in Prozent



► Info 3

Body-Mass-Index

Aus der in der Mikrozensusbefragung angegebenen Körpergröße und dem Körpergewicht wird der Body-Mass-Index (BMI) berechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die Körpergröße (in Metern, quadriert) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index zwischen 25,0 und 29,9 als übergewichtig ein, mit einem Wert ab 30,0 als stark übergewichtig und mit einem Wert unter 18,5 als untergewichtig. Geschlecht und Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

10.1.5 Gesundheitsrelevante Faktoren

Rauchen

Die Warnungen vor den gesundheitlichen Risiken des Rauchens werden nach wie vor von vielen Bürgern ignoriert. Im Jahr 2013 bekannten sich 24 % der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Mikrozensus Auskunft zu dieser Frage gaben, zum Rauchen. Das waren weniger als bei den letzten Befragungen 2009 (26 %), 2005 und 2003 (je 27 %) beziehungsweise 1999 und 1995 (je 28 %). Insgesamt betrug die Raucherquote 2013 bei den Männern rund 29 %; sie ist seit 1995 (36 %) stetig gesunken. Die Raucherquote der Frauen ist über die betrachteten Jahre nur leicht von 22 % (1995 bis 2005) über 21 % (2009) auf 20 % im Jahr 2013 gesunken. In jeder Altersstufe rauchten Frauen weniger häufig als Männer. ▶ [Abb 9](#)

Bei den regelmäßigen Rauchern zeigten sich deutlichere Unterschiede bei der Betrachtung von Alter und Geschlecht. Im Jahr 2013 rauchten insgesamt 21 % aller Befragten regelmäßig, 25 % der Männer und 17 % der Frauen. Ein nennenswerter Rückgang über die betrachteten Jahre war nur bei den regelmäßig rauchenden Männern zu verzeichnen: 1995 und 1999 betrug der Anteil noch jeweils 31 %, 2003 waren es 30 %, für die Jahre 2005 und 2009 wurden 28 % beziehungsweise 26 % verzeichnet. Bei den Männern fanden sich die höchsten Anteile bei den 30- bis 34-Jährigen (36 %) und bei den Frauen bei den 25- bis 29-Jährigen (26 %).

Die Menge des Tabakkonsums ist für das individuelle Gesundheitsrisiko durch Rauchen mit ausschlaggebend. Nach der täglich durchschnittlich gerauchten Menge wurden nur Zigarettenraucher gefragt, die auch im Jahr 2013 den Großteil der Raucher (97 %) ausmachten. Rund 81 % der regelmäßigen Zigarettenraucher gaben an, im Durchschnitt 5 bis 20 Zigaretten am Tag zu rauchen. Mehr als 20 »Glimmstängel« am Tag rauchten 12 %. Dabei gab es geschlechtsspezifische Unterschiede: Gut jeder Siebte (15 %) der männlichen regelmäßigen Zigarettenrau-

cher fiel in diese Kategorie, bei den regelmäßigen Zigarettenraucherinnen waren es nur knapp 8 %. Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind diese als starke Raucher einzustufen.

Die Gruppe der Nichtraucher (76 %) setzt sich aus »Nie-Rauchern« (56 %) und ehemaligen Rauchern (20 %) zusammen. Der Anteil der Nichtraucher wuchs mit zunehmendem Alter der Befragten: der niedrigste Wert ist mit 64 % (52 % Nie-Raucher und 12 % Ex-Raucher) bei den 25- bis 29-Jährigen zu finden. Rund 91 % der ab 65-Jährigen waren Nichtraucher, dabei haben 65 % nie geraucht und 26 % waren ehemalige Raucher.

Unter den Männern gab es weniger Nichtraucher (71 %) als unter den Frauen (80 %). Dabei haben 47 % der Männer noch nie geraucht, bei den Frauen ist dieser Anteil mit 65 % deutlich größer.

Körpermaße

Nach Einstufung der Weltgesundheitsorganisation war 2013 mehr als jeder zweite Erwachsene ab 18 Jahren übergewichtig (52 %). Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber den Vorjahren (1999: 48 %; 2003: 49 %; 2005: 50 %; 2009: 51 %). Davon hat-

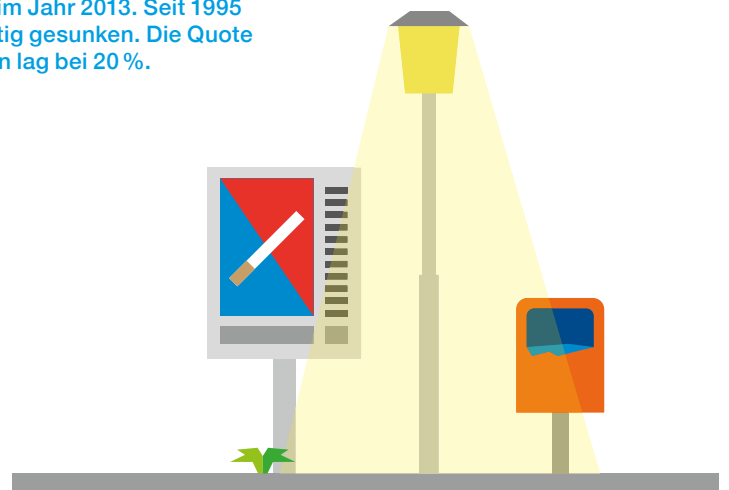
ten 16 % der erwachsenen Bevölkerung 2013 starkes Übergewicht. Männer waren zu 62 % übergewichtig, starkes Übergewicht lag bei 17 % vor. Bei den Frauen hatten 43 % »zu viel auf der Waage«, und 14 % davon starkes Übergewicht. ▶ [Info 3](#)

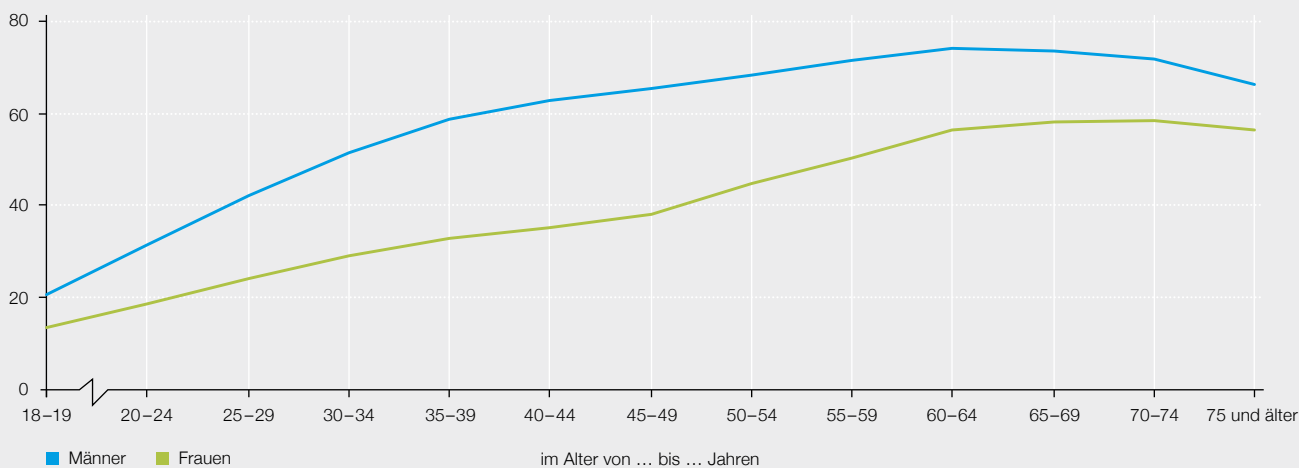
In allen Altersgruppen waren Männer häufiger übergewichtig als Frauen. Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet und nimmt mit zunehmendem Alter epidemische Ausmaße an. Bereits bei den 20- bis 24-Jährigen war fast jeder dritte Mann (31 %) und fast jede fünfte Frau (19 %) übergewichtig. Bei den 60- bis 64-jährigen Männern mit fast drei Vierteln (74 %) und bei den 70- bis 74-jährigen Frauen mit 59 % erreichten die Fälle von Übergewicht ihre Spitzenwerte. ▶ [Abb 10](#)

Untergewicht (das heißt ein Body-Mass-Index kleiner als 18,5) ist weitaus weniger verbreitet als Übergewicht. Gleichwohl gehen auch davon erhebliche gesundheitliche Gefährdungen aus. Frauen waren 2013 wesentlich häufiger (3 %) von Untergewicht betroffen als Männer (1 %). Junge Frauen im Alter von 18 und 19 Jahren waren zu 13 % untergewichtig, 20- bis 24-Jährige noch zu 9 %.

29 %

betrug die Raucherquote von Männern im Jahr 2013. Seit 1995 ist sie stetig gesunken. Die Quote der Frauen lag bei 20 %.



► **Abb 10** Personen mit Übergewicht 2013 — in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe

Body-Mass-Index ab 25. Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben zu Körpergröße und Körpergewicht. Ergebnisse des Mikrozensus.

Zwischen dem Übergewicht und dem Rauchverhalten der Befragten kann ein Zusammenhang festgestellt werden: Sowohl bei Männern als auch bei Frauen waren ehemalige Raucher deutlich häufiger übergewichtig als aktive Raucher. Im Jahr 2013 hatten 73 % der ehemals rauchenden Männer einen BMI von 25 und mehr, der Anteil bei den aktiven Rauchern betrug 57 %. Für Frauen gilt vergleichbares: Ex-Raucherinnen waren zu 47 % übergewichtig, Raucherinnen zu 37 %.

10.1.6 Stationäre Versorgung: Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die medizinische Versorgung in Deutschland wird durch drei große Akteure geprägt: Die Erbringer ambulanter Leistungen (beispielsweise in Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte sowie in Apotheken), die Erbringer stationärer Leistungen (in Krankenhäusern, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeheimen) sowie die Leistungserbringer vorgelagerter Marktstufen (Hersteller von medizinisch-technischen Geräten

und von Arzneimitteln). Letztere kommen dabei in der Regel nicht direkt mit den Nachfragern gesundheitlicher Güter und Leistungen in Kontakt.

Im folgenden Abschnitt werden das Leistungsangebot der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung (Betten und personelle Ausstattung) sowie die Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen beschrieben.

Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind Gegenstand der jährlich durchgeführten seit 1991 bundeseinheitlichen Krankenhausstatistik. Sie erfasst in erster Linie Angaben über die sachliche und personelle Ausstattung der Häuser (zum Beispiel Anzahl der Häuser, aufgestellte Betten sowie ärztliches und nichtärztliches Personal). Darüber hinaus ermöglicht die Erhebung patientenbezogener Daten (Fallzahl und Berechnungs- / Belegungstage beziehungsweise Pflergetage) Aussagen über leistungsbezogene Kennziffern der Einrichtungen (Nutzungsgrad der Betten und durchschnittliche Verweildauer).

Ausstattung der Krankenhäuser

Im Jahr 2014 standen in insgesamt 1 980 Krankenhäusern rund 500 700 Betten für die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Gegenüber 1991 ist die Zahl der Krankenhäuser infolge von Schließungen und Fusionen um 18 % geringer. Annähernd jedes vierte Krankenhausbett (25 %) wurde abgebaut. ► [Tab 4](#)

Zu Vergleichszwecken wird die Zahl der Häuser und Betten je 100 000 Einwohner ermittelt. Der Durchschnitt lag bei 2,4 Krankenhäusern und 618 Betten je 100 000 Einwohner. Die Zahl der Krankenhäuser je 100 000 Einwohner sank im Vergleich zu 1991 um 20 %. Um gut ein Viertel (26 %) verringerte sich die Zahl der Betten je 100 000 Einwohner. Ein Krankenhaus in Deutschland verfügte im Jahr 2014 über durchschnittlich 253 Betten (1991: 276 Betten).

Informationen zum Personal in Krankenhäusern werden zum einen als Beschäftigtenzahl (sogenannte Kopfzahl) zum 31. Dezember eines Jahres, zum anderen in Form von Vollzeitäquivalenten erhoben. Die Beschäftigtenzahl berück-

► Tab 4 Krankenhäuser, Betten und Patientenbewegungen

	Krankenhäuser					Patientenbewegungen			
	insgesamt		Betten insgesamt		durchschnittliche Bettenzahl	Fallzahl	Berechnungs-/ Belegungstage	durchschnittliche Verweildauer	durchschnittliche Bettenauslastung
	Anzahl	je 100 000 Einwohner ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner ¹	je Haus	in 1 000		in Tagen	in %
1991	2 411	3,0	665 565	832	276	14 577	204 204	14,0	84,1
1995	2 325	2,8	609 123	746	262	15 931	182 627	11,5	82,1
2000	2 242	2,7	559 651	681	250	17 263	167 789	9,7	81,9
2005	2 139	2,6	523 824	635	245	16 539	143 244	8,7	74,9
2010	2 064	2,5	502 749	615	244	18 033	141 942	7,9	77,4
2014	1 980	2,4	500 680	618	253	19 148	141 534	7,4	77,4
in %									
Veränderung 2014 gegenüber 1991	-17,9	-20,0	-24,8	-25,7	-8,3	31,4	-30,7	-47,1	-8,0

¹ Ab 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet, 2014 vorläufige Ergebnisse.

► Tab 5 Ärztliches und nichtärztliches Personal der Krankenhäuser

	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt			Personalbelastungszahl je Vollkraft nach Betten ¹		
	ärztlicher Dienst	nichtärztlicher Dienst ²		ärztlicher Dienst	nichtärztlicher Dienst ²	
		zusammen	darunter Pflegedienst		zusammen	darunter Pflegedienst
1991	95 208	780 608	326 072	29,3	3,6	8,6
1995	101 590	785 974	350 571	24,5	3,2	7,1
2000	108 696	725 889	332 269	21,0	3,2	6,9
2005	121 610	674 488	302 346	16,2	2,9	6,5
2010	134 847	681 411	306 213	14,4	2,8	6,3
2014	150 757	708 670	318 749	12,8	2,7	6,1
in %						
Veränderung 2014 gegenüber 1991	58,3	-9,2	-2,2	-56,3	-25,0	-29,1

¹ Anzahl der durchschnittlich je Vollkraft pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten.

² Ohne Personal der Ausbildungsstätten und ohne Schüler/-innen und Auszubildende.

sichtigt im Unterschied zum Vollzeit-äquivalent keine unterschiedlichen Beschäftigungsmodelle, zum Beispiel Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung. Um dem Rechnung zu tragen, werden die Beschäftigten auf die volle tarifliche Arbeitszeit, das heißt in Vollkräfte, umgerechnet. ► [Info 4](#)

Die Personalbelastungszahl wird jeweils für das ärztliche und das nichtärztliche Personal der Krankenhäuser ermittelt sowie innerhalb des nichtärztlichen

► Info 4

Personalbelastungszahl – Vollkräfte

Ein Vergleich der Personalausstattung von Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland basiert auf der Personalbelastungszahl bezogen auf belegte Betten. Diese Kennziffer gibt an, wie viele belegte Betten eine Vollkraft durchschnittlich pro Arbeitstag zu versorgen hat. Durch Einbeziehung der Jahresarbeitszeit einer Vollkraft wird dem Umstand Rechnung getragen, dass ein belegtes Bett 24 Stunden Betreuung pro Tag erfordert, eine Vollkraft jedoch an durchschnittlich 220 Arbeitstagen im Jahr (nur) acht Stunden täglich zur Verfügung steht. Die Personalbelastungszahl ergibt sich entsprechend als Quotient aus der Anzahl der Stunden, die die Betten in einem Jahr belegt waren (= Belegungsstunden der Betten im Jahr) und der Anzahl der Stunden, die die Vollkräfte für die Betreuung der Betten in einem Jahr zur Verfügung standen (= Jahresarbeitsstunden der Vollkräfte).

Personals gesondert für den Pflegedienst. Dem Pflegedienst kommt im Bereich der Krankenhäuser eine besondere Bedeutung zu, da hier 45 % der Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst arbeiten.

In allen genannten Beschäftigtengruppen ist die Personalbelastung nach Anzahl der pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten zurückgegangen. Dies ist in erster Linie Folge des kontinuierlichen Rückgangs der Verweildauer (- 47 %) seit 1991. Zugleich nahm aber auch die Zahl der Vollkräfte ab: im Pflegedienst um 2 % und im nichtärztlichen Dienst insgesamt um 9 %. Folglich sank die Personalbelastung der Pflegevollkräfte 2014 gegenüber 1991 um 2,5 Betten (- 29 %), die Belastung der Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst insgesamt um 0,9 Betten (- 25 %).

Im ärztlichen Dienst ist die Personalbelastung sogar um 16,5 belegte Betten (- 56 %) zurückgegangen. Dieser Effekt ist zurückzuführen auf die parallel zum Rückgang der Verweildauer verlaufende Zunahme der Vollkräfte im ärztlichen Dienst um 58 %. ▶ Tab 5

Im Durchschnitt hatte eine Vollkraft im ärztlichen Dienst 2014 täglich 12,8 be-

legte Betten zu betreuen. Im Jahr 1991 waren es noch mehr als doppelt so viele (29,3 Betten). Eine Vollkraft im nichtärztlichen Dienst hatte 2014 im Bundesdurchschnitt täglich 2,7 Betten zu versorgen; 1991 waren es 3,6 Betten gewesen. Im Pflegedienst war eine Vollkraft im Jahr 2014 im Durchschnitt pro Arbeitstag für 6,1 belegte Betten zuständig (1991: 8,6 Betten).

Leistungen und Auslastung der Krankenhäuser

Rund 19,1 Millionen Patientinnen und Patienten wurden 2014 vollstationär im Krankenhaus behandelt. Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage lag bei 141,5 Millionen. Gegenüber 1991 ist die Fallzahl um 31 % gestiegen – zugleich ist die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage um 31 % zurückgegangen.

Aus der Division von Berechnungs- und Belegungstagen durch die Zahl der Patientinnen und Patienten (Fälle) wird die durchschnittliche Verweildauer berechnet, die im Jahr 2014 im Durchschnitt bei 7,4 Tagen lag. Die Liegezeiten im Krankenhaus haben sich drastisch verkürzt: ein Aufenthalt dauerte 1991 noch

durchschnittlich 14,0 Tage. Die Verweildauer im Krankenhaus wird wesentlich von der Diagnose der Patientinnen und Patienten und damit der Fachabteilung, in der sich diese aufhalten, beeinflusst. Während ein Aufenthalt in der Fachabteilung »Augenheilkunde« im Durchschnitt 3,0 Tage dauerte, mussten Patientinnen und Patienten in der Fachabteilung »Herzchirurgie« mit 10,9 Tagen gut dreimal so lange im Krankenhaus bleiben. Die längste durchschnittliche Verweildauer in einer allgemeinen Fachabteilung betrug 15,6 Tage in der »Geriatric«. Der Aufenthalt in einer psychiatrischen Fachabteilung dauerte zwischen 22,5 Tagen in der »Psychiatrie und Psychotherapie« und 41,7 Tagen in der »Psychotherapeutischen Medizin/Psychosomatik«.

Während der Anstieg der Zahl der Patientinnen und Patienten ein Indiz für die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung mit entsprechend erhöhter Krankheitsanfälligkeit ist, lässt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer mit dem medizinischen Fortschritt einerseits und den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich andererseits erklären.

▶ Tab 6 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten und Patientenbewegungen

	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen					Patientenbewegungen			
	insgesamt		Betten insgesamt		durchschnittliche Bettenzahl	Fallzahl	Pflegetage	durchschnittliche Verweildauer	durchschnittliche Bettenauslastung
	Anzahl	je 100 000 Einwohner ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner ¹	je Haus	in 1 000	in Tagen	in %	
1991	1 181	1,5	144 172	180	122	1 473	45 729	31,0	86,9
1995	1 373	1,7	181 633	222	132	1 896	58 820	31,0	88,7
2000	1 393	1,7	189 822	231	136	2 046	52 852	25,8	76,1
2005	1 270	1,5	174 479	212	136	1 814	46 774	25,8	73,4
2010	1 237	1,5	171 724	210	139	1 975	50 219	25,4	80,1
2014	1 158	1,4	165 657	205	143	1 973	49 837	25,3	82,4
in %									
Veränderung 2014 gegenüber 1991	-1,9	6,7	14,9	13,9	17,2	33,9	9,0	-18,4	-5,2

¹ Ab 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet, 2014 vorläufige Ergebnisse.

Im Jahr 2014 waren die Krankenhausbetten zu gut 77 % (1991: 84 %) ausgelastet. In diesem Wert kommt das Verhältnis aus tatsächlicher Bettenbelegung und maximaler Bettenbelegung zum Ausdruck. In allen psychiatrischen Fachabteilungen lag die Bettenauslastung über 92 % (maximal 94 % in der »Psychiatrie und Psychotherapie«). Im Bereich der allgemeinen Fachabteilungen hatte die »Geriatric« mit 91 % die höchste, die »Nuklearmedizin« mit 48 % die geringste Bettenauslastung.

Ausstattung von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Im Jahr 2014 gab es in Deutschland 1 158 Einrichtungen für Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahmen mit 166 000 Betten. Von 1991 bis 1996 stieg die Zahl der Einrichtungen um 19 % (1991: 1 181; 1996: 1 404). Die Zahl der Betten nahm bis 1998 um ein Drittel (32 %) zu (1991: 144 000; 1998: 191 000). Seitdem ist sowohl die Zahl der Einrichtungen als auch die der Betten rückläufig. Insgesamt ist die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2014 im Vergleich zu 1991 um 2 % niedriger, die Zahl der aufgestellten Betten jedoch um 15 % höher. ▶ Tab 6

Für 100 000 Einwohner standen im Durchschnitt 1,4 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und 205 Betten zur Verfügung. Die Einrichtungsdichte ist gegenüber 1991 um 0,1 gesunken, die Bettendichte um 25 Betten gestiegen. Im Durchschnitt verfügte eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung 2014 über 143 Betten (1991: 122 Betten).

Die Personalbelastung bezogen auf die täglich zu versorgenden belegten Betten ist in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowohl für das ärztliche als auch für das nichtärztliche Personal deutlich höher als im Krankenhausbereich. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Versorgung der Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen weniger zeit- und betreuungsintensiv ist als im Krankenhaus. ▶ Tab 7

Für alle betrachteten Beschäftigtengruppen ist die Personalbelastung nach Betten gesunken, trotz eines Anstiegs der Pfl egetage (entspricht der Anzahl der belegten Betten). Die Pfl egetage stiegen im Vergleich zu 1991 um 9,0 %, und die Zahl der Vollkräfte stieg deutlich stärker: Im ärztlichen Dienst um 43 % und im Pflegedienst um 59 %.

Eine ärztliche Vollkraft hatte 2014 im Durchschnitt täglich 80,1 belegte Betten zu betreuen. Im Jahr 1991 waren es noch 105,2 Betten. Auf eine einzelne Vollkraft im nichtärztlichen Dienst entfielen durchschnittlich 8,4 täglich zu versorgende belegte Betten; im Jahr 1991 waren es 8,6 Betten gewesen. Eine Pflegevollkraft kümmerte sich täglich im Durchschnitt um 32,6 Betten (1991: 47,6 Betten).

Leistungen und Auslastung von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Zahl der Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen lag 2014 bei knapp 2 Millionen und damit um ein Drittel (34 %) höher als 1991 (1,5 Millionen). Insgesamt verbrachten die Patientinnen und Patienten rund 50 Millionen Pfl egetage in den Einrichtungen, 4,1 Millionen Pfl egetage mehr als 1991.

Daraus ergibt sich eine rechnerische Verweildauer von durchschnittlich 25,3 Tagen. Im Jahr 1991 lag diese noch bei 31,0 Tagen. In der Fachabteilung »Allgemeinmedizin« dauerte der Aufenthalt in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung 19,5 Tage. Mehr als dreimal

▶ Tab 7 Ärztliches und nichtärztliches Personal der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt			Personalbelastungszahl je Vollkraft nach Betten ¹		
	ärztlicher Dienst	nichtärztlicher Dienst ²		ärztlicher Dienst	nichtärztlicher Dienst ²	
		zusammen	darunter Pflegedienst		zusammen	darunter Pflegedienst
1991	5 926	72 148	13 103	105,2	8,6	47,6
1995	8 284	91 603	18 004	96,8	8,8	44,6
2000	8 299	89 547	21 010	86,8	8,0	34,3
2005	8 073	83 474	20 889	79,0	7,6	30,5
2010	8 214	84 142	21 140	83,4	8,1	32,4
2014	8 483	81 039	20 857	80,1	8,4	32,6
in %						
Veränderung 2014 gegenüber 1991	43,1	12,3	59,2	-23,9	-2,3	-31,5

1 Anzahl der durchschnittlich je Vollkraft pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten.

2 Ohne Personal der Ausbildungsstätten und ohne Schüler/-innen und Auszubildende.

► Tab 8 Krankenversicherung nach Art des Versicherungsverhältnisses 2011 – in Tausend

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
Zur Krankenversicherung befragte Personen (hochgerechnet) ¹	79 158	38 622	40 536	64 567	14 591
Krankenversicherte	79 031	38 543	40 487	64 494	14 536
↳ gesetzlich krankenversichert	69 295	32 772	36 523	55 778	13 517
↳ selbst versichert	51 663	25 865	25 798	43 574	8 089
↳ als Familienangehörige/r mitversichert	17 633	6 908	10 725	12 204	5 428
↳ privat krankenversichert	9 280	5 477	3 803	8 363	917
↳ ausschließlich sonstiger Anspruch auf Krankenversicherung ²	210	174	36	172	38
↳ ohne Angabe des Versicherungsverhältnisses	244	120	124	180	64
Nicht Krankenversicherte ³	128	79	49	73	55

¹ Ohne 1,1 Millionen Personen (hochgerechnet), denen erhebungsbedingt die Fragen zur Krankenversicherung nicht gestellt wurden (sogenannte Jahresüberhänge).

² Anspruch auf Krankenversicherung als Sozialhilfeempfänger/-in, Kriegsschadenrentner/-in oder Empfänger/-in von Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich, Beamte, Richter, Freie Heilfürsorge der Polizei, der Bundeswehr und Zivildienstleistenden.

³ Hierzu zählen Personen, die die Frage »Sind Sie krankenversichert?« verneint und keinen sonstigen Anspruch auf Krankenversicherung haben. Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

so lange (durchschnittlich 65,9 Tage) hielten sich Patientinnen und Patienten in der Fachabteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« auf.

Die Betten waren 2014 zu 82 % (1991: 87 %) ausgelastet: am stärksten in der Fachabteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« (90 %), gefolgt von der »Neurologie« mit 88 %; am geringsten in der Fachabteilung »Kinderheilkunde« mit 61 %.

10.1.7 Krankenversicherung

In Deutschland ist eine Absicherung im Krankheitsfall in Form eines Versicherungsverhältnisses für alle Einwohner gesetzlich vorgeschrieben. Unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung standen knapp 88 % der Menschen, die im Jahr 2011 im Rahmen des Mikrozensus (siehe Info 1) Angaben zu ihrer

Krankenversicherung machten. Dabei waren Frauen etwas häufiger (90 %) gesetzlich krankenversichert als Männer (85 %). Privat krankenversichert waren rund 12 % der Einwohnerinnen und Einwohner, Männer etwas häufiger (14 %) als Frauen (9 %). Allerdings gab es – trotz gesetzlicher Krankenversicherungspflicht – auch 128 000 Menschen, die nicht krankenversichert waren und auch keinen sonstigen Anspruch auf Krankenversicherung besaßen. Das entspricht einem Anteil von 0,2 % der Bevölkerung. Von den Personen ohne Krankenversicherungsschutz waren 79 000 männlich und 49 000 weiblich. Rund 55 000 der Personen ohne Krankenversicherung hatten einen Migrationshintergrund. ► Tab 8

10.2 Gesundheit, Einstellungen und Verhalten

Markus M. Grabka
DIW

WZB/SOEP

Das Gesundheitssystem steht vor zentralen Herausforderungen, die fortwährenden Reformdruck erzeugen. Dies sind vor allem die demografische Entwicklung hin zu einem steigenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft und ein fortwährender medizinischer Fortschritt. Beide Aspekte haben vor allem finanzielle Konsequenzen, die sich in Kostensteigerungen äußern. Insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung als zentraler Pfeiler für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland ist mit diesen zentralen Herausforderungen konfrontiert, was sich für die Versicherten vorrangig in steigenden Beitragssätzen, erhöhten Zuzahlungen oder Leistungsauslagerungen äußert.

Das zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG) hat die finanzielle Belastung weiter zuungunsten der Versicherten verschoben, denn darin wurde erstmals der Beitragssatz für die Arbeitgeber zur Gesetzlichen Krankenversicherung festgeschrieben. Künftige Ausgabensteigerungen müssen daher vorrangig aus dem Kreis der Versicherten über Zusatzbeiträge gedeckt werden. Das zentrale Ziel der deutschen Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung einer umfassenden Versorgung mit medizinischen Leistungen für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden finanziellen Belastung für die Versicherten und Patienten, stellt sich jedoch die Frage, ob sie dieses Ziel weiterhin erreichen kann.

Angesichts dieser Umbruchsituation ist die dauerhafte und detaillierte Beobachtung von Gesundheitszustand und gesundheitsbezogener Lebensqualität, von Indikatoren der Inanspruchnahme des Versorgungssystems und die Erfassung der individuellen Präferenzen von Versicherten und Patienten mehr denn je von Bedeutung. Denn deren Berücksichtigung ist eine entscheidende Bedingung für die erfolgreiche Umsetzung der ein-

geleiteten Reformen. Im Folgenden werden einige dieser Aspekte exemplarisch nach sozio-demografischen Eigenschaften der Bevölkerung beschrieben.

10.2.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit

Angaben zur Beschreibung des Gesundheitszustandes und zur Gesundheitszufriedenheit unterscheiden sich durch den Grad der subjektiven Prägung. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes bildet stärker die »objektive« Bewertung ab, die Aussagen zur Zufriedenheit das »subjektive« Moment. Beide Bewertungen hängen vorrangig vom tatsächlichen Krankheitsgeschehen ab, sie sind aber auch abhängig vom jeweiligen Anspruch an das gesundheitliche Wohlbefinden. Wenn die Zufriedenheit sinkt, kann dies auf eine tatsächliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder auf ein gestiegenes Anspruchsniveau zurückzuführen sein. Dies erklärt zum Beispiel den Befund, dass bei vergleichbarem gesundheitlichem Status die Zufriedenheit älterer Menschen höher ist als die jüngerer. Diese Differenzierung wird noch deutlicher, wenn die Veränderungen der beiden Indikatoren nicht gleichförmig verlaufen; wenn also mit einer Verbesserung der Gesundheitszustandsbeschreibung eine Verschlechterung der Zufriedenheit einhergeht.

In Tabelle 1 wird die Einschätzung des Gesundheitszustandes differenziert nach sozialen Merkmalen in den Jahren 1992, 2002 und 2012 ausgewiesen. Wird nach Altersgruppen unterschieden, bestätigt sich der Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand und der Einschätzung durch die Befragten. Denn mit höherem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, an einer oder an mehreren Krankheiten zu leiden. Über die Zeit hinweg hat jedoch der Anteil der Personen im Alter ab 60 Jahren, die ihren Gesundheitszustand als gut bezeichnen, zugenommen. Dieser Befund kann ein Hinweis darauf sein, dass die

► Tab 1 Bewertung des Gesundheitszustandes nach sozio-demografischen Merkmalen 1992, 2002 und 2012 – in Prozent

	Bewertung des Gesundheitszustandes								
	Gut			Zufriedenstellend			Schlecht		
	1992	2002	2012	1992	2002	2012	1992	2002	2012
Insgesamt	52	47	49	30	35	33	17	18	18
Geschlecht									
Männer	58	50	51	28	34	33	14	16	16
Frauen	48	44	47	32	35	33	20	20	19
Alter									
Bis 40 Jahre	75	69	70	19	24	22	6	7	8
40–59 Jahre	48	46	48	34	36	35	17	17	16
Ab 60 Jahre	23	23	30	43	45	41	35	32	29
Berufsbildung									
Ohne Abschluss	42	38	42	34	37	35	24	26	23
Mittlerer Abschluss	52	46	43	31	36	37	17	18	20
Fachhoch-, Hochschule	64	54	56	26	33	30	10	13	14
Erwerbstätigkeit									
Vollzeiterwerbstätig	64	60	59	27	31	32	9	10	9
Teilzeiterwerbstätig	58	51	55	30	37	33	12	12	12
Nicht erwerbstätig	41	36	40	33	37	35	25	26	26
Monatliches Haushaltseinkommen¹									
< 1 000 Euro	33	36	33	36	34	34	31	31	33
1 000–2 000 Euro	43	39	41	34	38	37	23	23	22
2 000–3 000 Euro	55	48	52	30	35	33	15	17	16
>3 000 Euro	61	58	60	27	31	30	12	11	10
Kassenwechsler (nur GKV)									
nein	–	46	49	–	35	33	–	19	18
ja	–	63	57	–	29	29	–	8	14
Region									
Westdeutschland	51	48	50	31	34	33	18	18	17
Ostdeutschland	56	45	45	30	36	36	14	19	19

1 Inflationbereinigte Nettoeinkommen in Preisen von 2010.

– Nicht vorhanden.

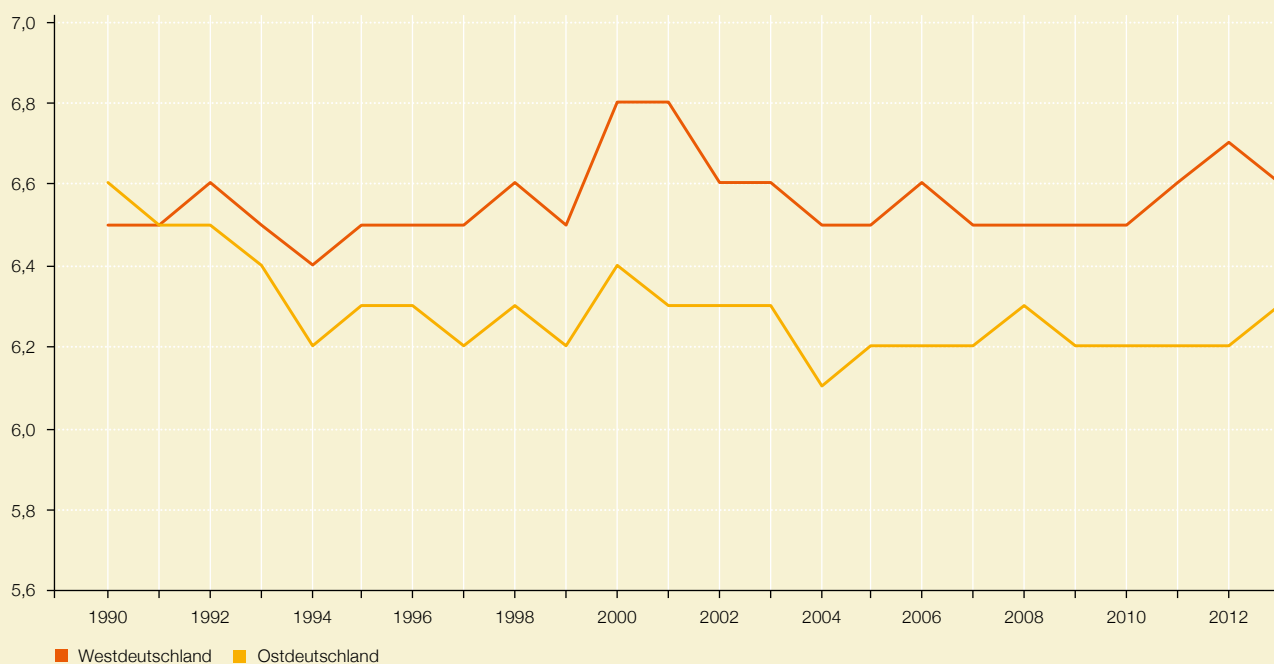
Datenbasis: SOEP 2013.

allgemein steigende Lebenserwartung mit einem Zuwachs an gesunden Lebensjahren verbunden ist, was im Einklang mit der sogenannten Kompressionsthese in den Gesundheitswissenschaften stünde. Ein höheres Bildungs- aber vor allem ein höheres Einkommensniveau sind mit einer besseren Einschätzung des Gesundheitszustands verbunden. Dies steht im Einklang mit gesundheitswissenschaftlichen Analysen, die die Bedeutung von individuell zur Verfügung stehenden Ressourcen für den Gesundheitszustand betonen. Insbesondere ein

höheres Bildungsniveau geht oftmals mit einem gesundheitsbewussten Verhalten einher. ► Tab 1

Daneben finden sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen beurteilen ihren Gesundheitszustand kritischer als Männer. Diese Unterschiede spiegeln allerdings keine realen Morbiditätsdifferenzen wider. Bisher gibt es für diese Differenzen noch keine umfassenden und allgemein akzeptierten Erklärungen. Im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung zeigt sich eine bessere Einschätzung des Gesundheitszustands bei Vollzeitbeschäftig-

ten gegenüber Teilzeitbeschäftigten. Dieser Befund ist aber vorrangig auf die unterschiedliche geschlechtsspezifische Einschätzung des Gesundheitszustands zurückzuführen und spiegelt wiederum keine realen Morbiditätsunterschiede wider. Nicht Erwerbstätige schätzen mit Abstand ihren Gesundheitszustand am schlechtesten ein. Dieses Ergebnis ist vorrangig dem höheren Lebensalter dieser Personen geschuldet. Bei Personen im erwerbsfähigen Alter kann ein schlechter Gesundheitszustand aber sowohl Folge als auch Ursache von Arbeitslosigkeit

► **Abb 1** Entwicklung der Zufriedenheit mit der Gesundheit 1990–2013 — Mittelwerte auf einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10

Datenbasis: SOEP 2013.

sein. Insbesondere psychische Erkrankungen kommen bei Arbeitslosen im Vergleich zu Erwerbstätigen deutlich häufiger vor. Zwischen den beiden Landesteilen haben sich Veränderungen ergeben. Während Anfang der 1990er-Jahre der Gesundheitszustand in Ostdeutschland noch besser eingeschätzt wurde als in Westdeutschland, hat sich dies zuungunsten der Personen in Ostdeutschland verschoben. Dies zeigt sich auch in der Analyse der Gesundheitszufriedenheit.

Die stärker subjektive Komponente der Einschätzung der gesundheitlichen Situation wird in Abbildung 1 anhand der Zufriedenheit mit der Gesundheit dargestellt. Die Zufriedenheit wird dabei anhand einer 11er-Skala erhoben, die zwischen den Werten 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufriede-

den« variiert. Vergleicht man die Entwicklung zwischen den beiden Landesteilen über die vergangenen 20 Jahre, zeigt sich der überraschende Befund, dass im Jahr 1990 die Zufriedenheit in Ostdeutschland knapp über dem Niveau im Westteil des Landes lag. Seitdem haben sich die beiden Landesteile in ihren Zufriedenheitsniveaus auseinanderentwickelt. Im Jahr 2001 war bislang der größte Unterschied zu konstatieren, welcher sich anschließend nur geringfügig verändert hat. Das unterschiedliche Zufriedenheitsniveau in den beiden Landesteilen dürfte dabei vor allem auf eine unterschiedliche demografische Entwicklung zurückzuführen sein, da der Anteil jüngerer und damit für gewöhnlich gesünderer Menschen in Ostdeutschland seit der Vereinigung abgenommen hat. ► **Abb 1**

10.2.2 Sorgen um die eigene Gesundheit

Ein weiterer subjektiver Indikator, der die psychosoziale Dimension von Gesundheit zu erfassen versucht, ist die Sorge um die eigene Gesundheit. Dieser Indikator kann als negatives Maß des subjektiven Wohlbefindens und subjektiv empfundener Unsicherheit verstanden werden und unterscheidet sich von der Zufriedenheit mit der Gesundheit darin, dass nicht vorrangig die aktuelle gesundheitliche Verfassung beschrieben wird, sondern dass stärker eine Erwartungskomponente in der subjektiven Einschätzung enthalten ist. Dabei spielt für das gesundheitsrelevante Verhalten die Einstellung zur eigenen Gesundheit eine wichtige Rolle. Ist eine Person in besonderem Maße um ihre Gesundheit besorgt, kann dies zu einer Veränderung ihres Verhaltens führen. Die Antwortkategorien zur

► **Tab 2 Große Sorgen über die eigene Gesundheit 2000, 2005, 2010 und 2013 – in Prozent**

	2000	2005	2010	2013
Insgesamt	19	20	22	19
Geschlecht				
Männer	16	19	20	17
Frauen	21	22	23	20
Alter				
Bis 40 Jahre	10	11	13	11
40–59 Jahre	18	19	21	18
Ab 60 Jahre	30	33	31	26
Berufsbildung				
Ohne Abschluss	27	29	31	25
Mittlerer Abschluss	19	20	23	20
Fochhoch-, Hochschule	11	14	14	11
Erwerbstätigkeit				
Vollzeiterwerbstätig	12	12	14	11
Teilzeiterwerbstätig	14	15	17	14
Nicht erwerbstätig	26	28	29	26
Monatliches Haushaltseinkommen¹				
< 1 000 Euro	30	30	36	32
1 000–2 000 Euro	24	27	28	23
2 000–3 000 Euro	17	19	21	16
> 3 000 Euro	12	12	13	10
Kassenwechsler (nur GKV)				
nein	19	21	22	19
ja	11	16	15	17
Region				
Westdeutschland	18	20	21	17
Ostdeutschland	22	25	25	23
Gesundheitszustand				
sehr gut	4	4	4	2
gut	5	5	8	5
zufriedenstellend	16	15	19	16
weniger gut	57	55	54	51
schlecht	92	91	86	86

1. Inflationsbereinigte Nettoeinkommen in Preisen von 2010. Datenbasis: SOEP 2013.

Frage nach den Sorgen um die eigene Gesundheit sind »große Sorgen«, »einige Sorgen« und »keine Sorgen«. In Tabelle 2 wird der Anteil der Personen ausgewiesen, die angeben, große Sorgen zu haben. ► [Tab 2](#)

Insgesamt ist rund ein Fünftel aller Personen um ihre Gesundheit sehr besorgt. Seit 2000 pendelt der Anteil der sehr Besorgten um dieses Niveau, obwohl insgesamt die Lebenserwartung und damit das durchschnittliche Alter der Bevölkerung leicht zugenommen hat. Zwar

gilt, dass mit zunehmenden Alter auch die großen Sorgen um die Gesundheit zunehmen, in der Gruppe der über 60-Jährigen hat sich das Sorgenniveau in den letzten Jahren jedoch leicht reduziert. Auch dieser Befund kann dahin gehend gedeutet werden, dass die zunehmende Lebenserwartung mit einem Zuwachs an gesunden Lebensjahren verbunden ist. Bei den jüngeren Altersgruppen zeigen sich dagegen über die Zeit keine bedeutenden Veränderungen.

Generell gilt zudem, dass sich mehr Frauen große Sorgen um ihre Gesundheit machen als Männer, was auf einen bewussteren Umgang mit ihrer Gesundheit schließen lässt. Sowohl Personen mit niedrigem Einkommen als auch diejenigen, die über einen schlechten Gesundheitszustand verfügen oder in Ostdeutschland leben, sind häufiger besorgt. Überraschend ist hierbei, dass in der Gruppe mit einem weniger guten oder schlechten Gesundheitszustand seit 2000 der Anteil mit großen Sorgen abgenommen hat. Hier dürften neben Gewöhnungseffekten vermutlich auch Fortschritte in der medizinischen Behandlung zu einem positiveren Blick in die Zukunft beitragen.

10.2.3 Übergewicht und Adipositas in Deutschland

Adipositas (Fettsucht) gehört unbestritten zu den größten Risikofaktoren für eine Reihe von Krankheiten. So besteht ein deutlicher Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes. Deshalb stellt die kontinuierliche Beobachtung des Körpergewichts in der Bevölkerung eine wichtige Aufgabe der Gesundheitsberichterstattung und der (Primär-)Prävention dar. Das international am weitesten verbreitete Instrument zur Einteilung nach Gewichtsklassen ist der Body-Mass-Index (BMI). Dieser berechnet sich aus dem Körpergewicht in Kilogramm dividiert durch die Körpergröße in Metern zum Quadrat. In Tabelle 3 sind Kategorien aufgeführt, die einer Festlegung durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entsprechen. Gezeigt werden auch die jeweiligen Risiken für Begleiterkrankungen, die von der WHO formuliert worden sind. ► [Tab 3](#)

Umstritten ist, ob bereits die Gruppe »Präadipositas« – immerhin mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung – als Zielgruppe für Aktionen zur Gewichtsreduzierung gehören sollte, denn nach einer umfassenden Metastudie ist geringfügiges Übergewicht nicht mit einem höheren Mortalitätsrisiko assoziiert. Zudem wird von der Gruppe mit Präadi-

► **Tab 3** Body-Mass-Index in West- und Ostdeutschland 2002, 2006 und 2012 – in Prozent

Kategorie	BMI	Risiko für Begleiterkrankungen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
			2002	2006	2012	2002	2006	2012
Untergewicht	<18,5	niedrig	3	2	3	3	3	3
Normalgewicht	18,5–24,9	durchschnittlich	48	46	43	46	44	41
Übergewicht	≥25							
↳ Präadipositas	25–29,9	gering erhöht	36	36	36	36	36	37
↳ Adipositas Grad I	30–34,9	erhöht	11	12	13	13	13	15
↳ Adipositas Grad II	35–39,9	hoch	2	3	3	2	4	4
↳ Adipositas Grad III	≥40	sehr hoch	1	1	1	1	1	1

Datenbasis: SOEP 2013.

► **Tab 4** Adipositas (BMI≥30) nach Geschlecht und Alter 2002, 2006 und 2012 – in Prozent

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	2002	2006	2012	2002	2006	2012	2002	2006	2012
Insgesamt	14	17	19	14	16	17	14	16	18
Altersgruppen									
Bis 20 Jahre	2	6	6	2	2	4	2	4	5
20–29 Jahre	6	8	10	7	8	9	7	8	9
30–39 Jahre	11	11	17	9	12	13	10	11	15
40–49 Jahre	15	19	19	14	16	18	15	17	19
50–59 Jahre	19	24	25	15	20	24	17	22	24
60–69 Jahre	19	21	25	20	22	21	20	21	23
Ab 70 Jahre	13	17	19	18	20	20	16	19	20

Datenbasis: SOEP 2013.

positas ein hohes Maß an Wohlbefinden berichtet. Unstrittig dagegen ist, dass diejenigen, die einen BMI von 30 und mehr aufweisen und die deshalb als adipös (fettsüchtig) gelten, mit einem erheblichen Risiko für Begleiterkrankungen rechnen müssen. Entsprechend finden sich bei Adipösen auch höhere Inanspruchnahmeraten in Form von vermehrten Arztbesuchen oder Krankenhausaufenthalten im Vergleich zu denjenigen mit Normalgewicht.

In beiden Landesteilen hat der Anteil der Adipösen zwischen 2002 und 2012 zugenommen. Dies steht weitgehend im Einklang mit internationalen Trends. Mehr als jeder Sechste der Bevölkerung hat derzeit einen BMI von 30 oder mehr. Dabei ist der Zuwachs an Adipösen in Westdeutschland stärker als in den neuen

Bundesländern, wenngleich hier mit einem Anteil von einem Fünftel weiterhin mehr Personen mit ausgeprägtem Übergewicht leben.

Der zunehmende Anteil von Personen mit ausgeprägtem Übergewicht kann mit der Alterung der Bevölkerung zusammenhängen. In Tabelle 4 wird deshalb eine nach Alter und Geschlecht differenzierte Aufschlüsselung nur für diejenigen Personen dargestellt, die einen BMI von 30 und mehr aufweisen. Während noch 2002 Männer und Frauen gleich häufig von Adipositas betroffen waren, ist der Zuwachs bis 2012 mit rund 5 gegenüber 3 Prozentpunkten unter Männern größer als bei Frauen. ► **Tab 4**

Der Anteil der Übergewichtigen steigt zunächst mit zunehmendem Alter an, um dann im höheren Alter von mehr als 70 Jahren wieder leicht zurückzugehen. In ein-

zelnen Altersgruppen bestehen erhebliche Unterschiede in den Anteilen von Übergewichtigen zwischen Männern und Frauen. Während insbesondere in den Altersgruppen der 20- bis 39-Jährigen und der 60- bis 69-Jährigen der Anteil der Übergewichtigen bei Männern überwiegt, neigen hingegen Frauen im Alter ab 70 Jahren stärker zu Adipositas.

10.2.4 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen dokumentieren nicht nur das Krankheitsgeschehen der Bevölkerung, sondern bilden auch eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen geben zudem Hin-

► Tab 5 Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal 1995, 2000, 2005, 2010 und 2013

	Arztbesuche					Kontaktfrequenz				
	1995	2000	2005	2010	2013	1995	2000	2005	2011	2013
	in %					Mittelwert				
Insgesamt	72	69	70	71	75	4,5	4,0	3,8	3,5	3,4
Geschlecht										
Männer	64	62	64	65	71	4,1	3,8	3,7	3,4	3,3
Frauen	79	75	75	76	79	4,8	4,1	4,0	3,5	3,5
Alter										
Bis 40 Jahre	63	59	60	59	67	3,3	3,3	3,1	2,9	3,0
40–59 Jahre	70	65	66	67	71	4,6	3,8	3,7	3,4	3,5
Ab 60 Jahre	88	84	85	85	85	5,7	4,7	4,5	3,9	3,6
Berufsbildung										
Ohne Abschluss	76	71	71	70	76	5,0	4,5	4,2	3,6	3,5
Mittlerer Abschluss	72	68	70	72	75	4,6	4,0	3,8	3,6	3,4
Fachhoch-, Hochschule	70	68	72	72	74	3,5	3,4	3,6	3,2	3,3
Erwerbstätigkeit										
Vollzeiterwerbstätig	62	59	61	62	67	3,7	3,3	3,1	2,9	3,0
Teilzeiterwerbstätig	70	68	70	71	74	3,6	3,4	3,5	3,4	3,1
Nicht erwerbstätig	80	77	77	77	81	5,1	4,5	4,4	3,8	3,7
Monatliches Haushaltseinkommen¹										
< 1 000 Euro	76	75	71	71	77	4,3	5,0	4,3	3,7	3,8
1 000–2 000 Euro	74	72	73	74	78	5,3	4,2	4,2	3,7	3,6
2 000–3 000 Euro	72	67	69	69	74	4,3	3,9	3,7	3,5	3,3
> 3 000 Euro	66	65	67	69	71	4,0	3,5	3,5	3,1	3,1
Kassenwechsler (nur GKV)										
nein	72	69	70	71	75	4,5	4,0	3,9	3,5	3,4
ja	–	65	64	64	69	–	3,5	3,4	2,9	4,0
Region										
Westdeutschland	72	68	69	70	75	4,7	4,1	3,9	3,5	3,5
Ostdeutschland	75	72	72	73	74	3,8	3,5	3,6	3,1	3,2
Gesundheitszustand										
sehr gut	43	45	44	46	55	2,4	2,1	2,1	1,8	2,1
gut	62	58	58	60	65	2,8	2,5	2,5	2,4	2,4
zufriedenstellend	78	77	77	77	81	3,9	3,7	3,4	3,3	3,1
weniger gut	92	91	91	89	90	7,2	6,0	5,7	4,9	5,0
schlecht	98	97	95	95	95	10,9	10,0	8,6	7,2	7,7

1 Inflationbereinigte Nettoeinkommen in Preisen von 2010.

– Nicht vorhanden.

Datenbasis: SOEP 2013.

weise für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen sowie auf Versorgungsdefizite, Überkapazitäten und Ineffizienzen. Diese Indikatoren stellen damit auch eine empirische Basis zur Beurteilung der Bedarfsgerechtigkeit dar.

Die ambulante Inanspruchnahme wird hier mit zwei Indikatoren beschrieben. Die »Quartalsinanspruchnahme« bezieht sich auf den Anteil derjenigen Perso-

nen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Hierbei kann es sich um Arztbesuche aufgrund einer akuten oder chronischen Erkrankung handeln, aber auch um Vorsorgeuntersuchungen im Rahmen von Präventionsprogrammen. Der Indikator »Kontaktfrequenz« pro Patient im letzten Quartal bezieht sich stärker auf einzelne Krankheitsepisoden

und sagt auch etwas aus über die Entscheidungen der Ärzte und ihr therapeutisches Handeln. Die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Krankheitsepisoden werden deshalb auch durch das Überweisungs- beziehungsweise Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt. ► Tab 5

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung kontaktierten in den vergangenen drei Monaten einen Arzt. Dieser Anteil

hat sich insgesamt in den letzten Jahren kaum verändert, zuletzt stieg dieser Wert 2013 aber leicht an. Dies kann dadurch erklärt werden, dass in dem entsprechenden Befragungsjahr ein größerer Anteil von Interviews bereits in den Wintermonaten durchgeführt wurde, in denen saisonal bedingt verstärkt Erkältungskrankheiten auftreten. Zudem wurde die im Jahr 2004 eingeführte Praxisgebühr für die Erstanspruchnahme ambulanter ärztlicher Behandlung innerhalb eines Quartals zum 1.1.2013 abgeschafft, wodurch es ebenfalls zu einem Anstieg der Arztbesuche gekommen sein könnte.

Innerhalb der sozio-demografischen Gruppen sind die Strukturen über die Zeit hinweg stabil. Stets gilt, dass Frauen häufiger zum Arzt gehen als Männer, sowie dass die Wahrscheinlichkeit für einen Erstkontakt mit absteigender Einschätzung des Gesundheitszustandes kontinuierlich zunimmt. Dies korrespondiert auch mit dem Befund, dass mit einem höheren Lebensalter erwartungsgemäß auch die Wahrscheinlichkeit zunimmt, einen Arzt aufzusuchen.

Beim Haushaltseinkommen zeigte sich Mitte der 1990er-Jahre noch ein höherer Anteil von Arztbesuchen bei niedrigeren Einkommensgruppen. Dieser Unterschied hat sich bis zum Jahr 2010 reduziert. Eine mögliche Ursache für diesen Rückgang könnte in der Einführung der Praxisgebühr liegen, da diese eine monetäre Barriere für die Erst-Inanspruchnahme ambulanter Leistungen darstellt, die besonders untere Einkommensgruppen betrifft. Zeitgleich mit dem Wegfall der Praxisgebühr in 2013 stieg erwartungsgemäß vor allem für die untere Einkommensgruppe der entsprechende Anteil wieder an. Auch beim Gesundheitszustand kann dieser Zusammenhang unterstellt werden. Personen mit einem weniger guten oder schlechten Gesundheitszustand haben einen weitgehend unverändert hohen Anteil von Erstkontakten, während bei einem sehr guten Gesundheitszustand der Anteil zwischen 2010 und 2013 um 9 Prozentpunkte ansteigt. Hier kann vermutet werden, dass nicht zwingend notwendige

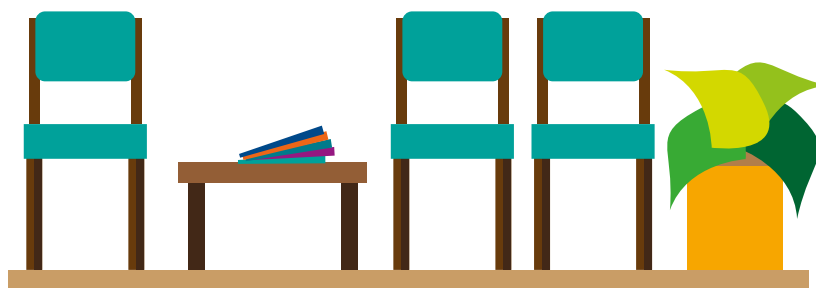
ärztliche Konsultationen mit dem Wegfall der Praxisgebühr wieder vermehrt getätigt werden.

Bezogen auf die Kontaktfrequenz zeigt sich ein generell rückläufiger Trend. Dies überrascht insofern, da über einen Zeitraum von nahezu 20 Jahren die Bevölkerung im Durchschnitt gealtert ist und eine zunehmende Inanspruchnahme gesundheitlicher Dienstleistungen zu vermuten gewesen wäre. Betrachtet man die Gruppe der über 60-Jährigen, so lässt sich ein überdurchschnittlicher Rückgang in der Zahl der Arztbesuche beobachten. Während sie Mitte der 1990er-Jahre noch durchschnittlich 5,7 Mal im letzten Quartal einen Arzt aufsuchten, lag dieser Wert 2013 nur noch bei 3,6. Dies kann als weiterer Beleg für die oben angesprochene Kompressionsthese gedeutet werden, nach der die allgemein steigende Lebenserwartung mit einem Zuwachs an gesunden Lebensjahren verbunden ist.

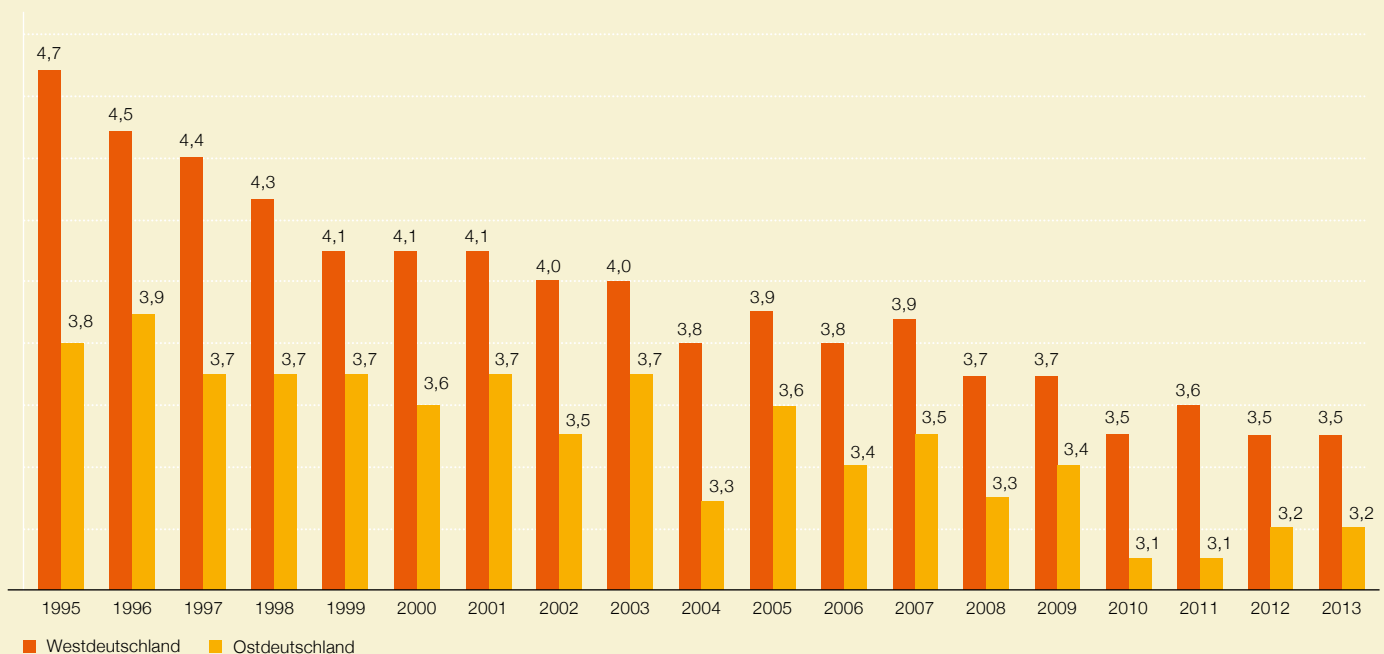
Zwischen den verschiedenen sozio-demografischen Gruppen haben sich die Unterschiede in der Kontaktfrequenz in den letzten 20 Jahren reduziert und variieren im Durchschnitt nur noch geringfügig untereinander. Eine Ausnahme bildet der Gesundheitszustand. Hier gilt weiterhin, dass die Zahl der Arztbesuche erwartungsgemäß mit einem von den Befragten schlechter eingeschätzten Gesundheitszustand zunimmt. Allerdings hat über die Zeit hinweg die Zahl der Arztbesuche bei Personen mit einem weniger guten oder schlechten Gesundheitszustand überdurchschnittlich abgenommen. Hier kann vermutet werden, dass die sukzessive Einführung von sogenannten strukturierten Behandlungsprogrammen in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu diesem Rückgang beigetragen hat. Diese Programme sehen eine intensive Betreuung für Versicherte, die an chronischen Erkrankungen leiden,

3/4

der Bevölkerung kontaktierten
2013 in den vergangenen drei
Monaten einen Arzt.



► Abb 2 Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal 1995–2013



Datenbasis: SOEP 2013.

vor, um Folgeerkrankungen und unnötige Arztbesuche zu vermeiden und darüber hinaus Kosten einzusparen. Eine weitere Ausnahme findet sich bei denjenigen, die angeben, im Vorjahr ihre Krankenkasse gewechselt zu haben. Während in den 2000er-Jahren stets Personen ohne Kassenwechsel häufiger einen Arzt besucht haben als Nichtwechsler, hat sich dieser Befund 2013 umgedreht. Waren in den 2000er-Jahren vor allem finanzielle Motive relevant für einen Kassenwechsel, gewinnen mit den jüngsten Gesundheitsreformen die Behandlungsqualität, der Leistungsumfang oder auch die Erreichbarkeit einer Krankenkasse an Bedeutung. Diese Aspekte haben für ältere Versicherte eine größere Relevanz und haben mit dazu geführt, dass sich die Population der Kassenwechsler verändert hat.

Die längerfristige Entwicklung der ambulanten Inanspruchnahme ist in Abbil-

dung 2 ausgewiesen, wobei hier zusätzlich nach Ost- und Westdeutschland differenziert wird. Insgesamt zeigen die Daten einen kontinuierlichen Trend zu einer Senkung der Zahl der Arztbesuche, wobei der deutliche Rückgang zwischen 2003 und 2004 auf die Einführung der Praxisgebühr zurückzuführen sein dürfte. In den darauf folgenden Jahren steigt die Zahl der Arztkontakte aber wieder auf das Niveau der Vorjahre an und folgt dem langjährigen Trend. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Zahl der Kontakte in den neuen Bundesländern stets niedriger ist als im Westen. Möglicherweise zeigt sich immer noch der Einfluss der in der DDR vorherrschenden Form der ambulanten Versorgung durch Polikliniken. Diese Form der Versorgung weist deutliche Parallelen auf zu Strukturen, auf die die neuen Formen der Versorgung (integrierte Versorgung; medizinische Versorgungszentren) abzielen. Der Unterschied in der ambulanten

Inanspruchnahme hat sich zwischen den beiden Landesteilen jedoch seit 1995 verringert. 2013 beträgt dieser nur noch rund 0,3 Arztbesuche pro Quartal gegenüber einem Wert von 0,9 im Jahr 1995. ► Abb 2

10.2.5 Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Die stationäre Inanspruchnahme wird ebenfalls durch zwei Indikatoren abgebildet. Die erste Kennziffer erfasst den Anteil derjenigen Personen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer ist die Gesamtzahl der im letzten Jahr pro Patient verbrachten Nächte im Krankenhaus. Da die niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, hängt die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch vom Verhalten der Ärzte ab. Die Gesamtzahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte – die

► Tab 6 Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer des Aufenthalts pro Patient 1995, 2000, 2005, 2010 und 2013

	Krankenhausaufenthalt					Durchschnittliche Anzahl der Nächte				
	1995	2000	2005	2010	2013	1995	2000	2005	2010	2013
	Anteil in %					Mittelwert				
Insgesamt	13	12	12	12	13	19	16	15	13	12
Geschlecht										
Männer	10	11	11	12	13	22	17	16	13	12
Frauen	15	14	13	13	14	18	16	14	13	12
Alter										
Bis 40 Jahre	10	10	9	7	9	11	11	10	11	7
40–59 Jahre	11	10	10	9	10	18	14	14	13	11
Ab 60 Jahre	18	17	18	21	21	27	21	17	14	14
Berufsbildung										
Ohne Abschluss	15	14	14	12	13	22	18	16	14	13
Mittlerer Abschluss	13	13	12	13	15	19	17	15	13	12
Fachhoch-, Hochschule	10	10	11	11	11	17	14	12	12	10
Erwerbstätigkeit										
Vollzeiterwerbstätig	8	10	9	9	9	13	11	10	8	8
Teilzeiterwerbstätig	8	8	7	8	10	12	10	9	10	8
Nicht erwerbstätig	17	15	15	16	17	22	20	17	16	14
Monatliches Haushaltseinkommen¹										
< 1 000 Euro	14	15	13	15	15	22	20	22	21	18
1 000–2 000 Euro	16	14	14	15	16	22	18	16	14	12
2 000–3 000 Euro	12	12	12	12	12	17	15	13	11	11
> 3 000 Euro	9	10	9	9	10	14	13	11	11	10
Kassenwechsler (nur GKV)										
nein	13	12	12	12	13	19	16	15	13	12
ja	–	9	10	8	11	–	15	12	8	10
Region										
Westdeutschland	13	12	12	12	13	19	17	14	13	12
Ostdeutschland	12	13	14	13	14	19	15	15	12	11

1 Inflationbereinigtes Nettoeinkommen in Preisen von 2010.

– Nicht vorhanden.

Datenbasis: SOEP 2013.

Verweildauer – ist ein zentraler Indikator für die stationäre Versorgung. Von einer geringeren Verweildauer verspricht man sich eine deutliche Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen. Denn die Ausgaben für die stationäre Versorgung machen gut ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben aus. ► Tab 6

Im internationalen Vergleich wies und weist Deutschland eine überdurchschnittliche Dauer von Krankenhausaufenthalten auf, weshalb die Politik die Prämisse »ambulant vor stationär« setzte, um vorrangig die Ausgaben im stationären Sektor zu begrenzen. Von 1995 auf 2013 ist zwar der Anteil der Personen mit

einem Krankenhausaufenthalt mit 13 % gleich geblieben, die Verweildauer ist aber deutlich um mehr als ein Drittel gesunken.

Bedingt durch das höhere durchschnittliche Alter von Frauen, haben diese eine etwas höhere Häufigkeit von Krankenhausaufenthalten. Zudem gilt, dass mit zunehmendem Alter sowohl die Zahl als auch die Dauer von Krankenhausaufenthalten zunimmt. Die Gruppe der Älteren ist aber auch gleichzeitig diejenige, für die über die Zeit hinweg die stärkste Reduktion in der Verweildauer zu beobachten ist. Zwischen 1995 und 2013 ist ein Rückgang um 13 Tage auf nunmehr 14

Tage zu konstatieren. Dieser Rückgang geht einher mit der zunehmenden Bedeutung ambulanter Pflegedienste, die die weitere Versorgung von aus dem Krankenhaus entlassenen Patienten mit leisten. Die Gefahr einer stark reduzierten Verweildauer besteht jedoch darin, dass Patienten zu früh aus der stationären Behandlung entlassen werden und es zu sogenannten Drehtüreffekten kommen kann, wenn bei Komplikationen eine erneute Einweisung in das Krankenhaus notwendig wird.

Bei der Inanspruchnahme des stationären Sektors liegt auch ein Einkommens- und Bildungsgradient vor. Personen mit

► **Tab 7 Versicherte der Gesetzlichen Krankenversicherung mit einer privaten Zusatzversicherung 2000, 2004, 2008 und 2012 — in Prozent**

	2000	2004	2008	2012
Private Zusatzversicherung				
ja	9,6	11,4	18,8	21,6
Leistungsumfang (Mehrfachnennungen möglich)				
Krankenhausbehandlung	7,1	8,3	10,6	10,8
Zahnersatz	3,7	5,6	13,2	16,6
Heil- und Hilfsmittel	2,7	3,8	7,8	8,7
Auslandsaufenthalt	2,6	3,8	7,5	7,5
Sonstiges	1,5	1,9	2,4	2,8
Geschlecht				
Männer	9,2	11,0	17,1	20,3
Frauen	9,8	11,8	20,2	22,7
Alter				
Bis 40 Jahre	9,2	11,5	19,0	19,0
40–59 Jahre	10,8	12,9	20,1	24,7
Ab 60 Jahre	8,8	9,9	17,1	20,6
Berufsbildung				
Ohne Abschluss	5,3	5,4	9,0	10,4
Mittlerer Abschluss	9,8	12,0	19,7	23,3
Fachhoch-, Hochschule	17,9	20,0	30,3	32,3
Erwerbstätigkeit				
Vollzeiterwerbstätig	11,2	14,8	23,7	26,9
Teilzeiterwerbstätig	12,0	15,0	23,2	27,4
Nicht erwerbstätig	7,8	8,6	14,3	16,5
Monatliches Haushaltseinkommen¹				
< 1 000 Euro	4,6	3,8	8,0	8,5
1 000–2 000 Euro	6,2	8,0	14,2	15,5
2 000–3 000 Euro	9,0	11,2	20,2	23,8
> 3 000 Euro	17,3	19,8	28,8	33,3
Kassenwechsler (nur GKV)				
nein	9,3	11,2	18,5	21,4
ja	13,7	14,2	24,9	24,8
Region				
Westdeutschland	10,9	12,8	20,7	23,3
Ostdeutschland	4,2	5,8	11,7	15,2
Gesundheitszustand				
sehr gut	10,2	12,2	21,2	20,5
gut	10,9	11,8	21,3	24,2
zufriedenstellend	9,2	12,0	18,4	21,9
weniger gut	7,6	10,3	15,0	17,8
schlecht	5,7	6,5	10,6	10,2

¹ Inflationbereinigte Nettoeinkommen in Preisen von 2010.
Datenbasis: SOEP 2013.

geringem Einkommen und ohne beruflichen Abschluss weisen nicht nur häufigere Krankenhausaufenthalte auf, auch deren Verweildauer ist deutlich höher als bei Personen aus der höchsten Einkommensgruppe beziehungsweise bei Fachhochschul- oder Universitätsabsolventen. Die Gruppe der unteren Einkommensbezieher sowie diejenigen ohne beruflichen Abschluss weisen zudem überdurchschnittlich starke Rückgänge bei der Verweildauer auf. Diese fallen bei beiden Gruppen mit zehn beziehungsweise neun Tagen weniger seit 1995 fast so groß aus wie bei den Personen im Alter ab 60 Jahren.

10.2.6 Private Krankenzusatzversicherungen

Die Gesetzliche Krankenversicherung hat einen weitgehend vereinheitlichten Leistungskatalog, von dem einzelne Krankenkassen nur in geringem Umfang, zum Beispiel bei der Gewährung alternativer Heilmethoden, abweichen dürfen. Über diesen gesetzlich festgelegten Leistungskatalog hinaus bieten private Versicherungen (zum Teil in Kooperation mit gesetzlichen Krankenkassen) Zusatzversicherungen an, die einen individuelleren Krankenversicherungsschutz ermöglichen. Gründe für den wachsenden Markt an privaten Krankenzusatzversicherungen lassen sich an den Leistungsmerkmalen erkennen, die auch Hinweise auf die Motive geben, derartige Policen abzuschließen. Im Prinzip können die privaten Krankenzusatzversicherungen in fünf Bereiche eingeteilt werden: Zahnversorgung, Krankenhausbehandlung, Pflege, Tagesgelder und Ergänzungsversicherungen, zum Beispiel zur Absicherung des Krankenversicherungsschutzes bei Auslandsreisen. ► [Tab 7](#)

Seit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der GKV-Versicherten mit einer privaten Zusatzversicherung mehr als verdoppelt. Mehr als jeder fünfte in der gesetzlichen Krankenversicherung verfügt 2012 über zusätzlichen privaten Versicherungsschutz. Den größten Anteil haben Zusatzversicherungen, die über zusätzliche Leistungen beim Zahnersatz verfügen. Hier ist auch

der größte Zuwachs mit mehr als einer Verdreifachung seit 2000 zu beobachten. Diese Entwicklung geht vermutlich darauf zurück, dass seit 2005 in der gesetzlichen Krankenversicherung für Zahnersatz nur noch ein befundbezogener Festzuschuss für eine Regelversorgung vorgesehen ist, der unabhängig von den tatsächlichen Behandlungskosten ist. Darüber hinaus gehende Leistungen müssen privat getragen werden – beispielsweise mittels einer Zusatzversicherung. Die am zweithäufigsten genannte Zusatzversicherung umfasst den Bereich der Krankenhausbehandlung. Darüber hinaus haben Zusatzversicherungen für Heil- und Hilfsmittel – unter anderem Brillen und andere Sehhilfen überdurchschnittlich an Bedeutung gewonnen.

Private Zusatzversicherungen schließen Frauen und Personen mittleren Alters besonders häufig ab. Zudem kann ein Bildungs- und Einkommensgradient beobachtet werden. Personen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss haben dreimal häufiger eine Zusatzversicherung als Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss. Vergleichbares gilt auch beim Haushaltseinkommen, wobei der Unterschied mit rund viermal mehr Versicherungsabschlüssen zwischen der unteren und oberen Einkommensgruppe noch ausgeprägter ist. Versicherte, die eine Krankenkasse gewechselt haben, schließen im Durchschnitt häufiger eine Zusatzversicherung ab als Nichtwechsler. Dies weist darauf hin, dass diese Angebote ein Anreiz für den Wechsel der Krankenkasse sein können, lässt sich aber auch dahingehend interpretieren, dass diese Personen sich bewusst mit ihrer gesundheitlichen Absicherung im Krankheitsfall auseinandersetzen.

Personen mit einem sehr guten oder guten Gesundheitszustand sind häufiger im Besitz einer Zusatzversicherung als diejenigen, die ihren Gesundheitszustand schlechter einschätzen. Dies darf nicht im Sinne unterschiedlicher Präferenzen für einen individuellen Gesundheitsschutz interpretiert werden, sondern hier dürfte das generell in der privaten Krankenversicherung geltende Äquiva-

lenzprinzip im Gegensatz zum in der gesetzlichen Krankenversicherung angewendeten Solidarprinzip wirken. Danach bemisst sich die Prämienhöhe einer privaten Versicherung nach dem Risiko, das maßgeblich von dem aktuellen Gesundheitszustand und dem Alter abhängt. Dies bedeutet, dass Personen mit Vorerkrankungen einen deutlich höheren Preis für eine private Zusatzversicherung zahlen müssen, was diese entsprechend weniger attraktiv macht.

Die Zahlen zur Struktur der privaten Krankenzusatzversicherung sind auch Ausdruck eines verstärkten, politisch gewünschten Wettbewerbs zwischen den gesetzlichen Kassen. Sie zeigen, dass für Versicherte und Patienten Leistungsumfang und Leistungsqualität zunehmend an Bedeutung gewinnen.

10.2.7 Ausblick

Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass die Kosten für die Gesundheitsversorgung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach den USA und der Schweiz am höchsten sind. Gleichwohl nimmt Deutschland im Vergleich der Qualität der Gesundheitsversorgung in einzelnen Bereichen keinen vorderen Rangplatz ein. Dennoch kann die Gesundheitsversorgung insgesamt als durchaus zufriedenstellend beurteilt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die im internationalen Vergleich bisher breite Abdeckung gesundheitlicher Risiken durch das deutsche Krankenversicherungssystem. Allerdings wird sich diese Abdeckung im Zuge des nachhaltigen Umbaus des Gesundheitssystems ebenso ändern wie die finanzielle Belastung für die Versicherten und Patienten. Deshalb wird ständig zu prüfen sein, ob das Prinzip der Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu den Einrichtungen des medizinischen Versorgungssystems durch die eingeleiteten Reformen gefährdet wird.

10.3 Gesundheitliche Ungleichheit

Thomas Lampert, Benjamin Kuntz,
Jens Hoebel, Stephan Müters,
Lars Eric Kroll
Robert Koch-Institut

WZB/SOEP

Der Begriff »gesundheitliche Ungleichheit« beschreibt soziale Unterschiede im Gesundheitszustand, im Gesundheitsverhalten und in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Mit der Sozialepidemiologie hat sich in den letzten Jahren eine eigenständige Forschungsdisziplin etabliert, die den Schwerpunkt auf die Analyse der gesundheitlichen Ungleichheit legt. Die Gesundheitsberichterstattung präsentiert mittlerweile regelmäßig Daten und Fakten zum Ausmaß und zur Entwicklung der gesundheitlichen Ungleichheit. Im Folgenden wird auf verschiedene Datenquellen zurückgegriffen, wie zum Beispiel das Sozio-oekonomische Panel (SOEP, Version v30), den Mikrozensus und das Gesundheitsmonitoring des Robert Koch-Instituts, um die gesundheitliche Ungleichheit in Deutschland zu beschreiben.

10.3.1 Einkommen und Gesundheit

Das Einkommen vermittelt den Zugang zu den meisten Bedarfs- und Gebrauchsgütern und ist eine wichtige Grundlage der Vermögensbildung, der Vorsorge und der sozialen Absicherung. Neben den materiellen Aspekten ist auf die Bedeutung des Einkommens für die soziale Integration und soziokulturelle Teilhabe sowie für das psychosoziale Wohlbefinden und die gesundheitsbezogene Lebensqualität zu verweisen. So lässt sich zeigen, dass Personen, die einem Armutrisiko (siehe Kapitel 6.2.2 und 6.3.2) ausgesetzt sind, ihren allgemeinen Gesundheitszustand häufiger als weniger gut oder schlecht bewerten. Allerdings bestehen in dieser Hinsicht auch Unterschiede zwischen den Angehörigen der mittleren und höheren Einkommensgruppe. Diese Einkommensabhängigkeit zeichnet sich bei Männern und Frauen spätestens ab einem Lebensalter von 30 Jahren deutlich ab. Bei statistischer Kontrolle des Alterseffektes zeigt sich, dass bei Männern aus der armutsgefährdeten Gruppe das Risiko eines weniger guten oder schlechten allgemeinen Gesundheitszustandes im Verhältnis zu

Männern aus der hohen Einkommensgruppe um den Faktor 2,6 erhöht ist. Bei Frauen beträgt das entsprechende Verhältnis 2,8 zu 1. ▶ Abb 1

Bezüglich der Verbreitung chronischer Krankheiten und Beschwerden lässt sich für die Altersgruppe ab 45 Jahren feststellen, dass viele Erkrankungen in der Armutrisikogruppe vermehrt auftreten, so zum Beispiel Herzinfarkt, Schlaganfall, Angina pectoris, Hypertonie, Diabetes, chronische Bronchitis, chronische Lebererkrankung, Osteoporose, Arthrose und Depression. Bei Männern besteht außerdem ein Zusammenhang zwischen Armutrisiko und Herzinsuffizienz, Arthritis sowie chronischer Niereninsuffizienz. Bei Frauen treten neben den zuvor genannten Erkrankungen und Beschwerden auch Asthma bronchiale und erhöhte Blutfettwerte in der Armutrisikogruppe häufiger auf.

Viele chronische Krankheiten und Beschwerden können auf Risikofaktoren zurückgeführt werden, die mit dem Gesundheitsverhalten in Zusammenhang stehen. Neben dem Tabak- und Alkoholkonsum sowie körperlicher Inaktivität und Fehlernährung gilt dies auch für Übergewicht, insbesondere für Adipositas als starke Ausprägungsform (ab einem Body-Mass-Index von 30 – siehe dazu Kapitel 10.2.3). Wie die Daten der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS) deutlich machen, sind Männer und Frauen, die einem Armutrisiko ausgesetzt sind, in fast allen Altersgruppen deutlich häufiger adipös als Männer und Frauen aus den höheren Einkommensgruppen. Bei statistischer Kontrolle des Alterseffektes haben Männer aus der niedrigen im Vergleich zu Männern aus der hohen Einkommensgruppe ein um den Faktor 2 erhöhtes Risiko adipös zu sein. Bei Frauen aus der niedrigen Einkommensgruppe ist das Risiko sogar um den Faktor 3,1 erhöht. ▶ Abb 2

Aufschluss über Einkommensunterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung geben Daten des SOEP. Demnach haben Männer und Frauen, deren

Einkommen unterhalb der Armutrisikogrenze liegt, im Verhältnis zur hohen Einkommensgruppe ein um das 2,7- beziehungsweise 2,4-fach erhöhtes Mortalitätsrisiko. Die mittlere Lebenserwartung von Männern der niedrigen Einkommensgruppe liegt bei Geburt fast elf Jahre unter der von Männern der hohen Einkommensgruppe. Bei Frauen beträgt die Differenz rund acht Jahre. Auffallend ist dabei, dass sich auch zwischen den mittleren Einkommensgruppen Unterschiede zeigen, sodass von einer graduellen Abstufung der Lebenserwartung ausgegangen werden kann. ▶ **Tab 1**

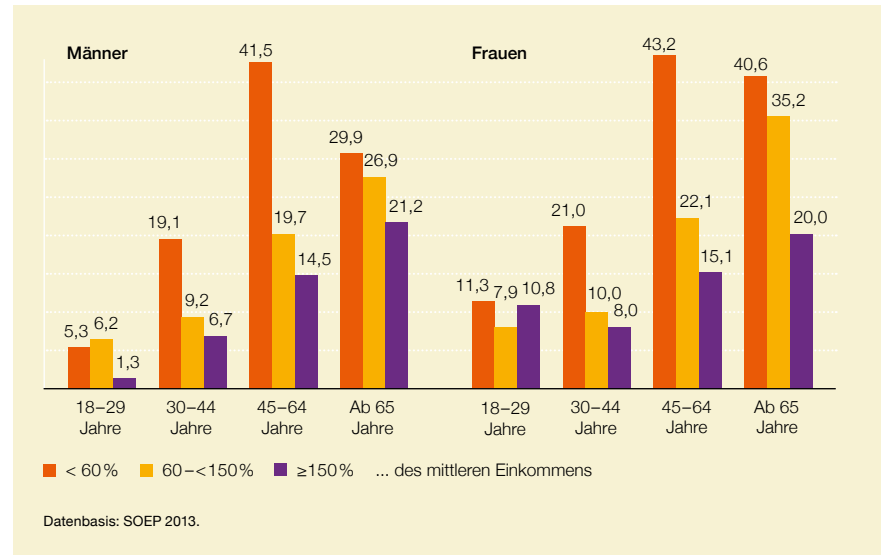
Auch in der ferneren Lebenserwartung ab einem Alter von 65 Jahren zeichnen sich die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen deutlich ab. Einer aktuellen Studie zufolge beträgt die Differenz bei Männern 5,3 Jahre und bei Frauen 3,5 Jahre. Die Differenzen in der ferneren Lebenserwartung lassen sich der Studie zufolge zum Teil auf eine erhöhte psychische und physische Belastung im Lebenslauf sowie auf geringere materielle, kulturelle und soziale Ressourcen in der unteren Einkommensgruppe zurückführen.

Auf sozialräumlicher Ebene ist der Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung ebenfalls zu beobachten. Im Allgemeinen gilt, dass die mittlere Lebenserwartung bei Geburt in den Regionen mit den niedrigsten Armutrisikoquoten am höchsten ist und dass dieser Zusammenhang umso stärker sichtbar wird, je kleinräumiger die Betrachtung erfolgt. Bei Männern beträgt die Differenz in der Lebenserwartung auf NUTS-2 Ebene (Regierungsbezirke beziehungsweise statistische Regionen) zwischen den Regionen mit den höchsten und niedrigsten Armutrisikoquoten etwa drei Jahre, bei Frauen etwa ein Jahr. ▶ **Abb 3**

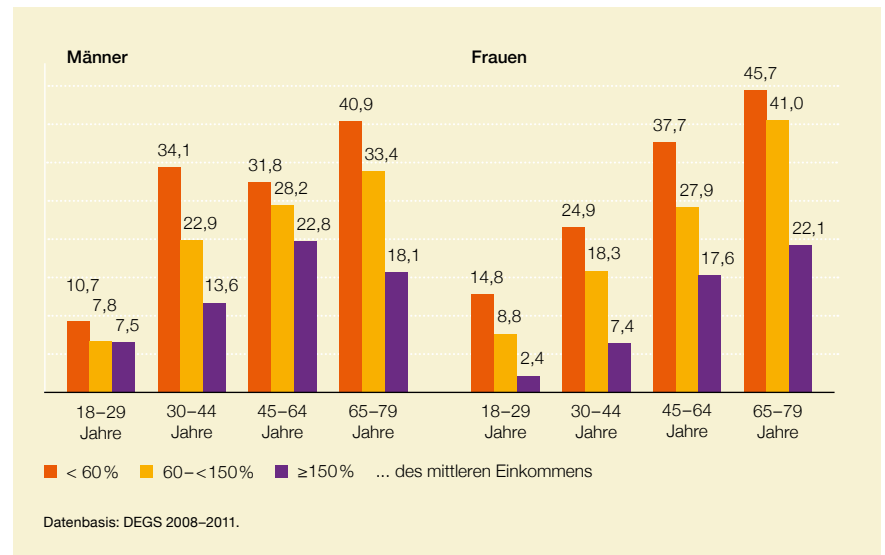
10.3.2 Bildung als Ressource für Gesundheit

Neben dem Einkommen besitzt auch die Bildung einen hohen Stellenwert für die Gesundheit. Durch den Zusammenhang

▶ **Abb 1** Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes (»weniger gut« oder »schlecht«) nach drei Einkommensgruppen 2013 – in Prozent



▶ **Abb 2** Adipositas (BMI ≥ 30) nach Einkommen 2008–2011 – in Prozent

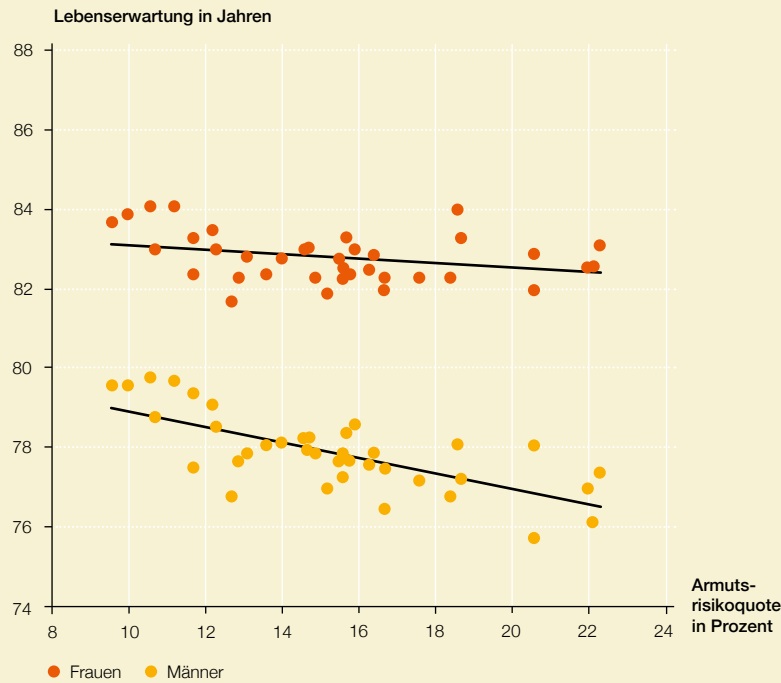


▶ **Tab 1** Lebenserwartung bei Geburt nach Einkommen 1995–2005 – Mittelwert

Einkommen	Männer	Frauen
	Lebenserwartung in Jahren	
< 60% des mittleren Einkommens	70,1	76,9
60-80% des mittleren Einkommens	73,4	81,9
80-100% des mittleren Einkommens	75,2	82,0
100-150% des mittleren Einkommens	77,2	84,4
≥ 150% des mittleren Einkommens	80,9	85,3
Insgesamt	75,3	81,3

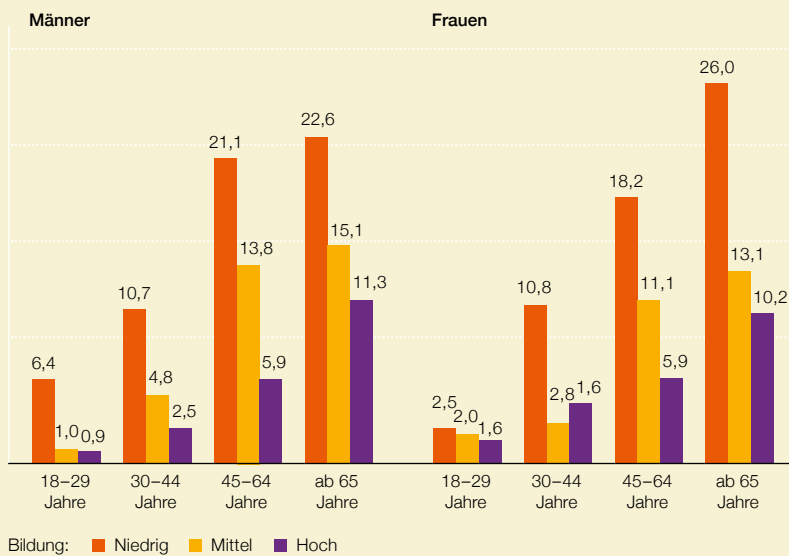
Datenbasis: SOEP und Periodensterbefahrten 1995–2005.

► **Abb 3** Zusammenhang zwischen mittlerer Lebenserwartung bei Geburt und Armutsrisikoquote auf NUTS-2 Ebene (Regierungsbezirke, statistische Regionen) 2013



Datenbasis: INKAR 2013; IT-NRW Ergebnisse des Mikrozensus.

► **Abb 4** Erhebliche krankheitsbedingte Einschränkungen in der Alltagsbewältigung nach Bildung 2012 — in Prozent



Datenbasis: GEDA 2012.

► **Info 1**
Bildungsniveau

Zur Ermittlung des Bildungsniveaus wird im Folgenden auf die CASMIN-Klassifikation (»Comparative Analyses of Social Mobility in Industrial Nations«) zurückgegriffen, die in den 1970er-Jahren für international vergleichende Analysen zur sozialen Mobilität entwickelt wurde. Im Jahr 2003 wurde eine überarbeitete Version vorgestellt, die aktuellen Entwicklungen der Bildungssysteme, insbesondere in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, Rechnung trägt. Die CASMIN-Klassifikation ist an Bildungszertifikaten orientiert, wobei sowohl schulische als auch berufsbildende Abschlüsse berücksichtigt werden. Die Bildungsabschlüsse werden entsprechend ihrer funktionalen Äquivalenz im Ländervergleich neun Kategorien zugeordnet, von denen ausgehend ein niedriges, mittleres und hohes Bildungsniveau (»primary/low secondary«, »mediate/high secondary« and »tertiary« education) abgegrenzt werden kann.

zwischen formalen Bildungsabschlüssen und der Stellung in der Arbeitswelt ergeben sich Bezüge zu berufsbezogenen Belastungen und Ressourcen sowie zur Einkommenssituation. Bildung drückt sich außerdem in Wissen und Handlungskompetenzen aus, die eine gesundheitsförderliche Lebensweise und den Umgang mit Belastungen und Gesundheitsproblemen unterstützen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Einstellungen, Überzeugungen und Werthaltungen, die sich bereits früh im Leben unter dem Einfluss der elterlichen Erziehung und der Bildungsinstitutionen entwickeln. ► **Info 1**

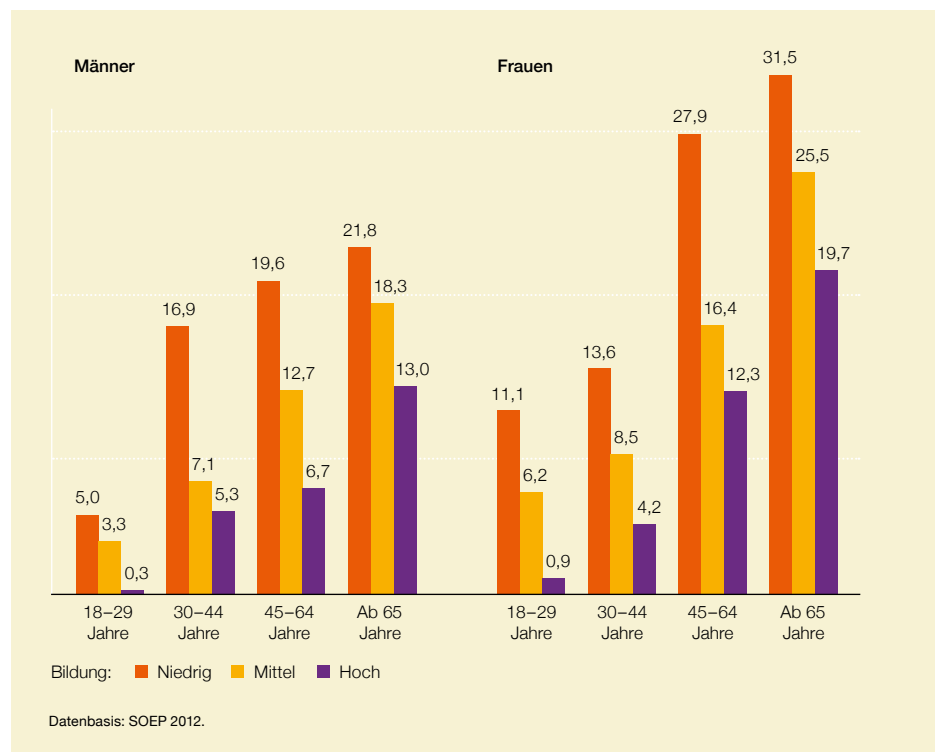
Gesundheitliche Probleme und Krankheiten, welche die Ausübung alltäglicher Aktivitäten dauerhaft einschränken, sind mit negativen Konsequenzen für die Lebensqualität der Betroffenen verbun-

den, haben Auswirkungen auf ihr soziales Umfeld und stellen zudem die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Nach den Daten der GEDA-Studie 2012 (»Gesundheit in Deutschland aktuell«) geben Personen mit niedriger Bildung in jedem Alter vermehrt an, aufgrund einer chronischen Krankheit in der Alltagsgestaltung erheblich eingeschränkt zu sein. Im Verhältnis zur hohen Bildungsgruppe drückt sich dies bei Männern mit niedriger Bildung in einem um das 3,2-fache und bei Frauen in einem um das 2,6-fache erhöhten Risiko für funktionelle Einschränkungen aus. ▶ **Abb 4**

Personen mit niedriger Bildung berichten signifikant häufiger, in den letzten vier Wochen immer oder oft unter starken Schmerzen gelitten zu haben, als Personen mit mittlerer und hoher Bildung. Der Zusammenhang zwischen Bildung und Schmerzen ist bei Männern und Frauen in allen Altersgruppen zu beobachten. Kontrolliert man den Alters Einfluss, haben Männer der niedrigen im Vergleich zu denen der hohen Bildungsgruppe ein 2,6-mal so hohes Risiko, von starken körperlichen Schmerzen betroffen zu sein. Bei Frauen beträgt das entsprechende Verhältnis 2,5 zu 1. Auch zwischen der mittleren und hohen Bildungsgruppe sind signifikante Unterschiede im Vorkommen von Schmerzen festzustellen. ▶ **Abb 5**

Die Bedeutung der Bildung für das Gesundheitsverhalten lässt sich mit Befunden zum Tabakkonsum verdeutlichen. Personen mit niedriger Bildung rauchen weitaus häufiger als Personen mit mittlerer Bildung und insbesondere als Personen mit hoher Bildung. Bei statistischer Kontrolle des Alterseffektes ist das Risiko zu rauchen bei Männern und Frauen mit niedriger im Vergleich zu denen mit hoher Bildung um den Faktor 2,3 beziehungsweise 2,0 erhöht. Am Verhältnis von ehemaligen und aktuellen Rauchern und Raucherinnen wird zudem deutlich, dass Personen mit niedriger Bildung seltener beziehungsweise später das Rauchen wieder aufgeben. ▶ **Tab 2**

▶ **Abb 5** Starke körperliche Schmerzen in den letzten vier Wochen (»immer« oder »oft«) nach Bildung 2012 — in Prozent



▶ **Tab 2** Rauchverhalten nach Bildung 2012 — in Prozent

	Männer			Frauen		
	Raucher	Ex-Raucher	Nie-Raucher	Raucherinnen	Ex-Raucherinnen	Nie-Raucherinnen
18–29 Jahre						
Niedrige Bildung	50,6	9,0	40,5	36,4	13,3	50,3
Mittlere Bildung	37,6	11,1	51,3	29,4	10,7	59,9
Hohe Bildung	24,6	11,0	64,4	25,8	12,2	62,0
30–44 Jahre						
Niedrige Bildung	50,0	20,9	29,0	46,3	12,9	40,8
Mittlere Bildung	40,5	23,7	35,9	31,3	22,1	46,6
Hohe Bildung	22,9	22,5	54,7	19,1	23,6	57,3
45–64 Jahre						
Niedrige Bildung	37,9	34,7	27,4	29,9	26,4	43,7
Mittlere Bildung	34,1	35,5	30,3	29,3	25,6	45,1
Hohe Bildung	22,3	33,1	44,6	17,0	26,0	57,0
Ab 65 Jahre						
Niedrige Bildung	15,7	43,9	40,3	9,2	15,6	75,2
Mittlere Bildung	15,3	50,9	33,8	10,3	23,0	66,7
Hohe Bildung	10,5	45,4	44,2	8,0	27,3	64,7

Datenbasis: GEDA 2012.

► **Tab 3 Sportliche Aktivität in den letzten drei Monaten nach Bildung 2012**
– in Prozent

	Männer			Frauen		
	Kein Sport	≤ 2 Stunden pro Woche	>2 Stunden pro Woche	Kein Sport	≤ 2 Stunden pro Woche	>2 Stunden pro Woche
18–29 Jahre						
Niedrige Bildung	29,6	14,2	56,2	26,4	23,1	50,6
Mittlere Bildung	12,1	15,7	72,2	13,8	27,5	58,8
Hohe Bildung	9,3	14,8	75,9	13,6	27,9	58,5
30–44 Jahre						
Niedrige Bildung	47,7	20,9	31,4	54,5	21,5	23,9
Mittlere Bildung	31,2	21,8	47,1	28,1	28,4	43,6
Hohe Bildung	11,8	28,4	59,8	19,7	33,7	46,6
45–64 Jahre						
Niedrige Bildung	48,9	19,5	31,5	43,8	21,0	35,2
Mittlere Bildung	37,7	21,2	41,1	30,1	24,9	45,0
Hohe Bildung	18,1	26,7	55,2	16,9	29,3	53,8
Ab 65 Jahre						
Niedrige Bildung	56,9	13,0	30,1	56,2	20,7	23,1
Mittlere Bildung	44,5	12,5	43,1	39,5	25,3	35,2
Hohe Bildung	30,9	18,6	50,5	25,5	23,8	50,6

Datenbasis: GEDA 2012.

Auch in der sportlichen Aktivität treten Unterschiede nach dem Bildungsniveau zutage. Personen mit niedriger Bildung haben deutlich häufiger in den letzten drei Monaten keinen Sport getrieben als Personen mit mittlerer und hoher Bildung. Dies gilt für alle betrachteten Altersgruppen. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Alterszusammensetzung der Bildungsgruppen lässt sich feststellen, dass Männer mit niedriger Bildung im Vergleich zu Männern mit hoher Bildung ein 4,1-mal höheres Risiko aufweisen, keinen Sport zu treiben. Frauen in der niedrigen Bildungsgruppe sind 3,4-mal häufiger sportlich inaktiv als Frauen aus der höher gebildeten Vergleichsgruppe. ► [Tab 3](#)

Bildungsunterschiede zeigen sich darüber hinaus in Bezug auf die Inanspruchnahme von Präventionsangeboten, das

Gesundheitswissen und die Krankheitsbewältigung. Beispielsweise nehmen Personen mit niedriger Bildung seltener Krebsfrüherkennungsuntersuchungen und andere Präventionsangebote wahr, die größtenteils zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gehören, also ohne Zuzahlungen in Anspruch genommen werden können. Personen mit niedriger Bildung kennen deutlich weniger typische Symptome für Schlaganfall und Herzinfarkt als Personen mit mittlerer und hoher Bildung. Interessant ist auch, dass Diabetiker mit niedriger Bildung seltener an Diabetikerschulungen teilnehmen und weitaus größere Schwierigkeiten haben, die Behandlung der Erkrankung im Alltag umzusetzen.

Die Relevanz der Bildung für die Gesundheit zeigt sich auch hinsichtlich der Lebenserwartung. Die Ergebnisse eines

Vergleichs der Geburtskohorten 1925 und 1955 legen nahe, dass der allgemeine Anstieg der mittleren Lebenserwartung in engem Zusammenhang mit der Ausweitung der Bildungsbeteiligung der Bevölkerung zu sehen ist. Männer im Alter von 45 Jahren, die das Abitur oder Fachabitur erworben haben, leben im Durchschnitt 5,3 Jahre länger als gleichaltrige Männer mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss.

10.3.3 Arbeitsweltbezogene Einflüsse auf Gesundheit

Krankheits- oder unfallbedingte Fehlzeiten sind ein zentraler Indikator arbeitsweltbezogener Einflüsse auf die Gesundheit. Sie machen auf Gesundheitsrisiken und Belastungen aufmerksam, bevor Berufskrankheiten entstehen oder es zu vorzeitigen krankheitsbedingten Renteneintritten kommt. Die Fehlzeiten lassen sich zudem nach Diagnosen differenzieren und geben dadurch einen Überblick über die Krankheitslast in der erwerbstätigen Bevölkerung. Im Jahr 2013 gingen nach Ergebnissen der Bundesanstalt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz (BAuA) 22 % der krankheitsbedingten Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurück, 15 % auf Atemwegserkrankungen, 14 % auf psychische und Verhaltensstörungen, 10 % auf Unfälle und Verletzungen und 6 % auf Herz-Kreislauferkrankungen. Die Kosten des durch die Arbeitsunfähigkeit bedingten Produktionsausfalls werden für Deutschland auf 59 Milliarden Euro geschätzt.

Die Daten zeigen außerdem, dass es im Jahr 2013 pro 100 Versicherte 126 Krankheitsfälle gab, die durchschnittlich 12 Tage andauerten. Im Jahr 2011 waren Männer und Frauen mit manuellen Tätigkeiten oder in einfachen Dienstleistungsberufen deutlich häufiger und länger arbeitsunfähig als Männer und Frauen in hochqualifizierten und wissensbasierten Berufen. Allerdings ist zu beachten, dass in diese Statistik nur Arbeitsunfähigkeitszeiten von mehr als drei Kalendertagen eingehen, wodurch das tatsächliche Ausmaß der Fehlzeiten unterschätzt wird. ► [Tab 4](#)

Krankheitsbedingte Fehlzeiten sind in engem Zusammenhang mit Arbeitsbelastungen zu sehen. Beschäftigte mit niedrigem Berufsstatus sind sowohl körperlichen als auch psychosozialen Belastungen häufiger ausgesetzt als Beschäftigte mit höherem Berufsstatus, was unter anderem auf ein Ungleichgewicht zwischen Verausgabung und Belohnung bei der Arbeit sowie zwischen Arbeitsanforderungen und Einflussmöglichkeiten der Erwerbstätigen zurückgeführt wird.

Das Ausmaß der Arbeitsbelastung und der Unzufriedenheit mit der Arbeit von Erwerbstätigen kann für das Jahr 2013 ihrem Lohn gegenübergestellt werden. Der Lohn der Beschäftigten wird über den Bruttostundenlohn erfasst und nach internationalen Vorgaben ins Verhältnis zum Median der Einkommensbezieher gesetzt. Beschäftigte mit weniger als zwei Dritteln des Medianlohns (etwa 9,7 Euro im Jahr 2013) werden als Niedrigeinkommensbezieher und solche mit mehr als 150 % als Hocheinkommensbezieher (22,1 Euro) angesehen. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sowohl die körperliche und psychosoziale Arbeitsbelastung als auch die Unzufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit bei Männern und Frauen der niedrigen Lohngruppe größer sind als in der mittleren und hohen Lohngruppe. ▶ [Abb 6](#)

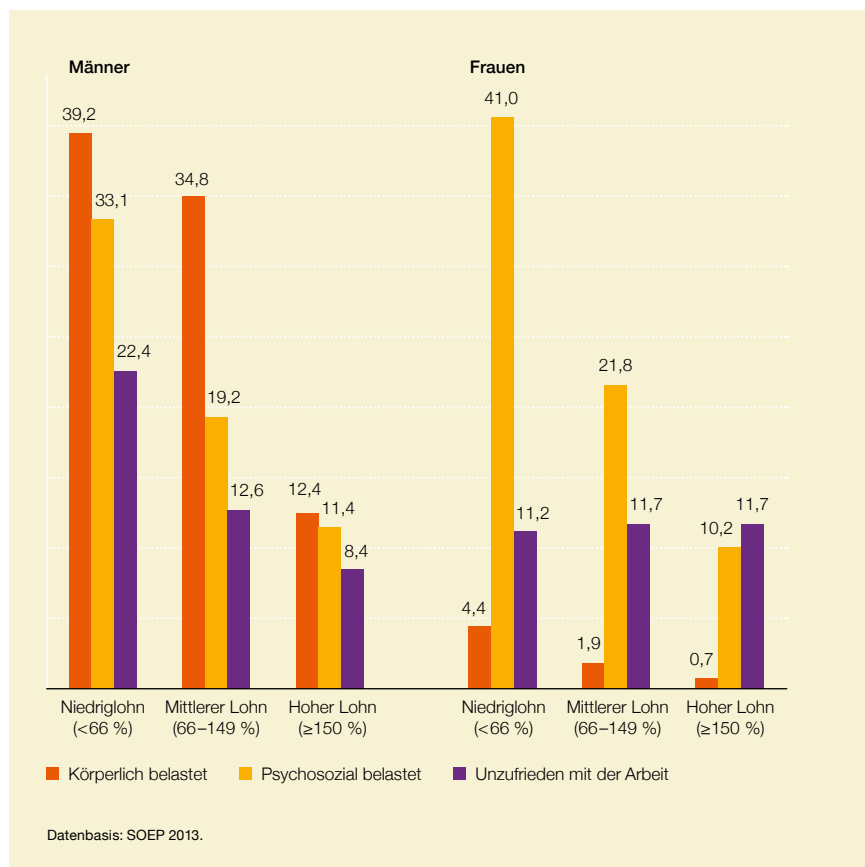
Gesundheitsschädigende Arbeitsbelastungen entstehen im Wechselspiel zwischen Belastungen und Ressourcen der Arbeitnehmer. Die selbst wahrgenommene gesundheitliche Belastung durch die Arbeit ist ein guter Indikator, um Gesundheitsrisiken von Erwerbstätigen abzubilden. Hierbei zeigt sich ein enger Zusammenhang mit der Qualifikation der Beschäftigten. Demnach fühlen sich hoch qualifizierte Erwerbstätige deutlich seltener gesundheitlich stark belastet als Erwerbstätige, die eine Lehre oder Ausbildung an einer Berufs- oder Fachschule abgeschlossen haben. Bei Männern und Frauen, die Vollzeit erwerbstätig sind, zeigt sich dieser Zusammenhang vorrangig im mittleren Lebensalter zwischen 30 und 64 Jahren. ▶ [Abb 7](#)

▶ **Tab 4** Arbeitsunfähigkeitsgeschehen von Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen nach Berufsgruppen 2011 – Mittelwerte

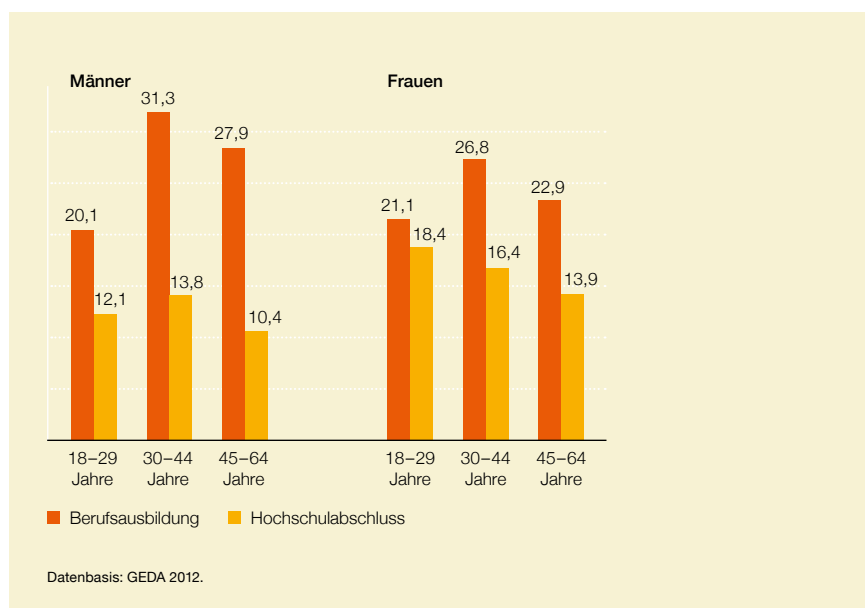
Berufsgruppen ¹	Männer		Frauen	
	Fälle je 100	Tage je Fall	Fälle je 100	Tage je Fall
Schriftwerkschaffende, künstlerische Berufe	64,2	11,1	70,8	9,1
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	66,0	8,5	76,3	7,5
Ernährungsberufe	86,4	11,7	119,5	13,6
Sozial- und Erziehungsberufe	88,3	10,3	140,2	10,2
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	92,7	9,3	123,9	8,8
Gesundheitsdienstberufe	95,6	11,4	128,3	10,3
Berufe der Land-, Forstwirtschaft, im Gartenbau	96,6	12,2	96,1	11,7
Warenkaufleute	97,0	9,1	109,0	10,4
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	99,3	14,2	91,2	13,5
Dienstleistungskaufleute	99,7	8,9	133,3	8,0
Hilfsarbeiter	100,2	9,3	114,1	9,9
Techniker	101,3	10,0	113,5	8,5
Verkehrsberufe	111,2	13,1	118,3	12,2
Textil- und Bekleidungsberufe	112,4	12,8	137,0	12,7
Hoch-, Tiefbauberufe	114,1	13,4	130,4	11,9
Bergleute, Mineralgewinner, -aufbereiter, Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	118,4	12,7	102,5	10,8
Ausbauberufe, Polsterer	122,5	12,0	142,3	11,8
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	123,2	11,7	146,3	13,1
Elektroberufe	125,5	9,8	166,1	10,2
Maler, Lackierer	127,6	9,9	125,5	9,0
Maschinisten	127,9	12,5	126,3	12,0
Berufe in der Holzbearbeitung	132,0	12,6	144,1	13,7
Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung	132,3	10,5	169,6	9,9
Berufe in der Lederherstellung, -verarbeitung	133,8	11,8	143,1	13,2
Montierer	134,9	11,4	171,7	12,6
Keramik-, Glasberufe	139,1	12,8	157,3	12,7
Berufe in der Papierherstellung und im Druck	139,7	12,2	149,4	12,4
Metall- und Maschinenbauberufe	146,6	10,2	140,8	10,1
Chemie-, Kunststoffberufe	150,3	11,6	168,6	12,2
Berufe in der Metallherzeugung, Gießereiberufe	154,3	12,8	160,8	13,4

¹ KldB-92: Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 1992. Datenbasis: BAuA, Bericht »Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2011«.

► **Abb 6** Arbeitsbelastung und Zufriedenheit nach Bruttostundenlohn bei 30- bis 64-jährigen Erwerbstätigen 2013 – in Prozent



► **Abb 7** Starke gesundheitliche Belastung durch die Arbeit bei Vollzeit-erwerbstätigen nach beruflicher Qualifikation 2012 – in Prozent



10.3.4 Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Der Verlust des Arbeitsplatzes hat nicht nur Konsequenzen für die Einkommenssituation und den Lebensstandard, er ist auch mit psychosozialen Belastungen und einer Verminderung des Selbstwerts verbunden. Auswirkungen auf die Gesundheit sind vor allem dann zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit länger andauert und die Aussichten auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt gering sind. Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit ist darüber hinaus unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass gesundheitlich eingeschränkte Personen einem höheren Risiko unterliegen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und schlechtere Chancen auf eine berufliche Wiedereingliederung haben.

Hinweise auf Krankheiten und Beschwerden, die bei arbeitslosen Männern und Frauen vermehrt auftreten, liefert die Arbeitsunfähigkeitsstatistik der gesetzlichen Krankenkassen. Dem BKK-Gesundheitsreport kann entnommen werden, dass arbeitslose Versicherte im Jahr 2013 mit durchschnittlich 27,1 Tagen pro Mitglied deutlich häufiger arbeitsunfähig waren als pflichtversicherte Beschäftigte und freiwillig versicherte Beschäftigte mit 13,9 beziehungsweise 9,1 Tagen.

Eine diagnosespezifische Betrachtung verdeutlicht, dass die Unterschiede zwischen arbeitslosen und beschäftigten Versicherten insbesondere bei Arbeitsunfähigkeitstagen infolge von psychischen und Verhaltensstörungen (inklusive Suchterkrankungen), Stoffwechselkrankheiten, Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und Krankheiten des Nervensystems hervortreten. Die Unterschiede sind sowohl insgesamt als auch bezüglich der meisten Diagnosen bei Männern und Frauen in etwa gleich stark ausgeprägt. Zusammengefasst wurden im Jahr 2013 für arbeitslose Versicherte etwa eineinhalbfache so viele Arbeitsunfähigkeitstage verzeichnet wie für pflichtversicherte Beschäftigte. ► [Tab 5](#)

Nicht erst Arbeitslosigkeit, sondern bereits Arbeitsplatzunsicherheit ist mit einem häufigeren Auftreten von Gesund-

► Tab 5 Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte nach Diagnose und Versicherungsstatus 2013

Diagnosen	Männer			Frauen		
	Pflichtversicherte Beschäftigte	Arbeitslose ¹	Verhältnis in %	Pflichtversicherte Beschäftigte	Arbeitslose ¹	Verhältnis in %
	Tage je 100			Tage je 100		
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	81	44	55	79	48	61
Neubildungen	48	102	209	83	118	142
Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	13	24	190	12	22	180
Psychische und Verhaltensstörungen	189	802	424	301	990	329
Krankheiten des Nervensystems	38	83	216	47	86	182
Krankheiten des Auges	13	13	102	11	11	98
Krankheiten des Ohres	15	19	130	16	14	89
Krankheiten des Kreislaufsystems	91	161	177	53	74	141
Krankheiten des Atmungssystems	282	127	45	306	157	51
Krankheiten des Verdauungssystems	101	99	98	82	84	103
Krankheiten der Haut und der Unterhaut	29	32	111	17	21	124
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	494	777	157	383	709	185
Krankheiten des Urogenitalsystems	19	22	120	44	49	113
Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde	71	88	124	86	104	121
Verletzungen und Vergiftungen	254	217	86	148	173	117
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen	28	40	141	44	55	126
Insgesamt	1 770	2 661	150	1 746	2 766	158

¹ Betrachtet werden Empfänger von ALG I; Verhältnis: Verhältnis von Tagen je 100 Versicherte im Vergleich von Arbeitslosen und pflichtversichert Beschäftigten. Datenbasis: BKK, »Gesundheitsreport 2014«.

heitsproblemen assoziiert. Arbeitslose und Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz als gefährdet ansehen, sind deutlich häufiger und länger von körperlichen und emotionalen Beschwerden betroffen als die Vergleichsgruppe der erwerbstätigen Männer und Frauen in ungefährdeten Beschäftigungsverhältnissen. Zudem sind Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Männer und Frauen, wenn sie körperliche oder emotionale Probleme haben, stärker in der Verrichtung alltäglicher Aktivitäten eingeschränkt als die Vergleichsgruppe. ► Abb 8

Beim Blick auf das Gesundheitsverhalten und die gesundheitsbezogenen Einstellungen zeigt sich, dass Arbeitslose und durch Arbeitslosigkeit bedrohte

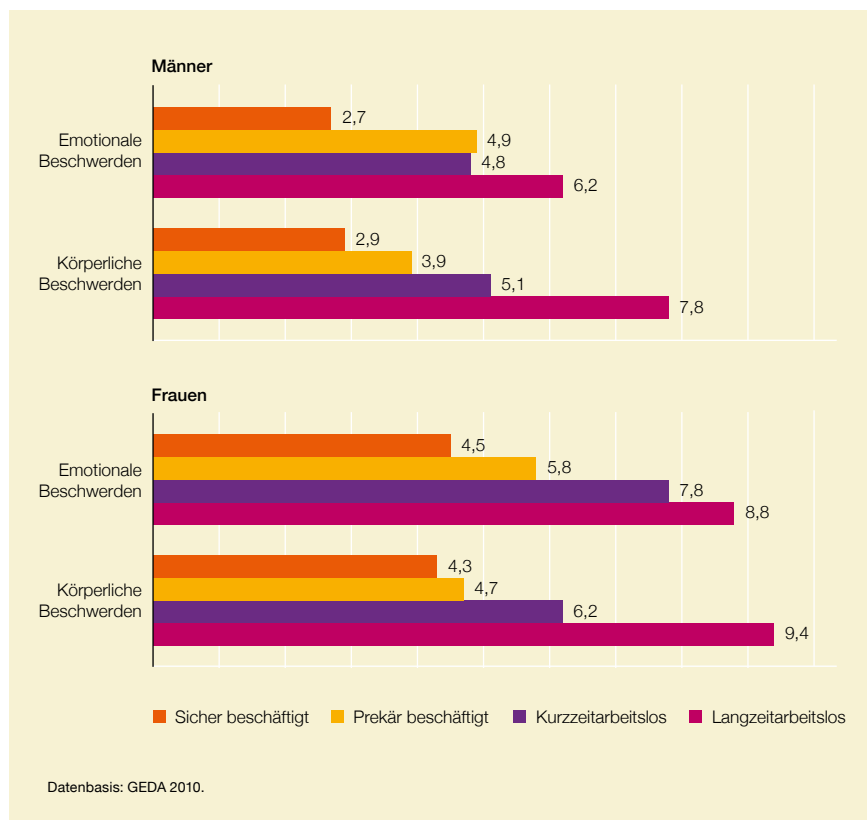
Männer und Frauen im Vergleich zu Erwerbstätigen in sicheren Positionen einen insgesamt ungesünderen Lebensstil haben. Dies lässt sich für den Tabakkonsum, die sportliche Inaktivität und Adipositas belegen. Nach statistischer Kontrolle für den Alterseffekt ist das Risiko zu rauchen, sportlich inaktiv oder adipös zu sein bei arbeitslosen im Verhältnis zu erwerbstätigen Männern und Frauen deutlich erhöht. Bei Langzeitarbeitslosen sind besonders viele verhaltensbezogene Gesundheitsrisiken festzustellen. ► Tab 6

Weniger eindeutig sind die Ergebnisse zum Alkoholkonsum. Die Krankenhausstatistik verweist allerdings darauf, dass Arbeitslose häufiger als Erwerbstätige in Folge der Diagnose »Psychische und

Verhaltensstörungen durch Alkohol« stationär behandelt werden. Somit scheint zumindest der Alkoholmissbrauch bei Arbeitslosen stärker verbreitet zu sein als bei Erwerbstätigen.

Die vorliegenden Studien sprechen darüber hinaus dafür, dass der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit nicht nur auf gesundheitliche Folgen von Arbeitslosigkeitserfahrungen, sondern auch auf schlechtere Beschäftigungschancen von Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zurückzuführen ist. Nach den Ergebnissen der GEDA-Studie 2010 gingen 17 % der Männer und 14 % der Frauen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen in den letzten fünf Jahren davon aus, dass ihre beeinträch-

► **Abb 8** Anzahl von Tagen im letzten Monat mit körperlichen beziehungsweise emotionalen Beschwerden nach Erwerbssituation bei 18- bis 64-Jährigen 2010



tigte Gesundheit ein Grund für den Verlust des Arbeitsplatzes war. Die überwiegende Mehrheit der betroffenen Männer und Frauen berichtete außerdem, dass sich ihr Gesundheitszustand nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit nicht wieder verbessert oder sogar noch weiter verschlechtert hat (jeweils 88 % der Männer und Frauen).

10.3.5 Migration und Gesundheit

Menschen mit Migrationshintergrund stellen eine überaus heterogene Gruppe dar. Sie unterscheiden sich unter anderem in Bezug auf Herkunftsland, Migrationserfahrung, Aufenthaltsdauer und soziale Integration (siehe Kapitel 7.3 und 7.4). Wenn nach Besonderheiten der gesundheitlichen Situation von Migranten gefragt wird, sind auch psychosoziale Belastungen, die sich aus der Migrationserfahrung und Schwierigkeiten der sozialen Integration ergeben, zu berücksichtigen. Außerdem spielen kulturelle Unterschiede im Gesundheits- und Krankheitsverständnis sowie die Verbreitung von Erkrankungen und Risikofaktoren im jeweiligen Herkunftsland eine Rolle.

Vergleichende Aussagen zum Krankenstand von Migranten und Nicht-Migranten sind anhand der Daten des Mikrozensus 2013 möglich. Im Alter bis 44 Jahre geben Migranten etwas seltener als die übrige Bevölkerung an, in den letzten vier Wochen krank oder unfallverletzt gewesen zu sein. Bei den 45- bis 64- und den 65-Jährigen und Älteren sind Männer und Frauen mit Migrationshintergrund hingegen etwas häufiger von einer Krankheit oder Unfallverletzung betroffen als die Vergleichsgruppen ohne Migrationshintergrund. ► [Abb 9](#)

In einigen Bereichen treten erst bei einer nach Herkunftsland differenzierten Betrachtung gesundheitliche Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten zutage. So berichten türkischstämmige Migranten deutlich häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund oder Migranten aus anderen Herkunftsländern von körperlichen Schmerzen in

► **Tab 6** Verhaltenskorrelierte Risikofaktoren nach Erwerbssituation und Geschlecht 2011/2012 – in Prozent

	Männer			Frauen		
	Rauchen	Kein Sport	Adipositas	Rauchen	Kein Sport	Adipositas
18–29 Jahre						
Langzeitarbeitslos	67,5	42,0	15,6	60,8	69,2	33,0
Kurzzeitarbeitslos	45,6	40,1	24,0	72,0	35,8	4,3
Prekär beschäftigt	44,1	31,2	20,8	34,2	30,8	11,8
Sicher beschäftigt	39,6	17,2	9,4	26,6	14,4	4,4
30–44 Jahre						
Langzeitarbeitslos	79,6	42,2	17,5	61,2	59,7	21,2
Kurzzeitarbeitslos	50,4	37,7	11,6	49,6	18,0	27,4
Prekär beschäftigt	41,5	28,7	16,5	38,4	29,5	18,5
Sicher beschäftigt	33,3	19,0	19,2	27,4	23,9	13,1
45–64 Jahre						
Langzeitarbeitslos	57,2	70,3	21,6	54,0	78,8	26,2
Kurzzeitarbeitslos	44,5	50,3	33,0	28,5	42,5	21,9
Prekär beschäftigt	42,7	62,3	25,9	37,2	45,9	24,7
Sicher beschäftigt	31,9	32,4	21,6	27,0	25,3	19,1

Datenbasis: SOEP 2012 (Rauchen und Adipositas) und 2011 (Kein Sport).

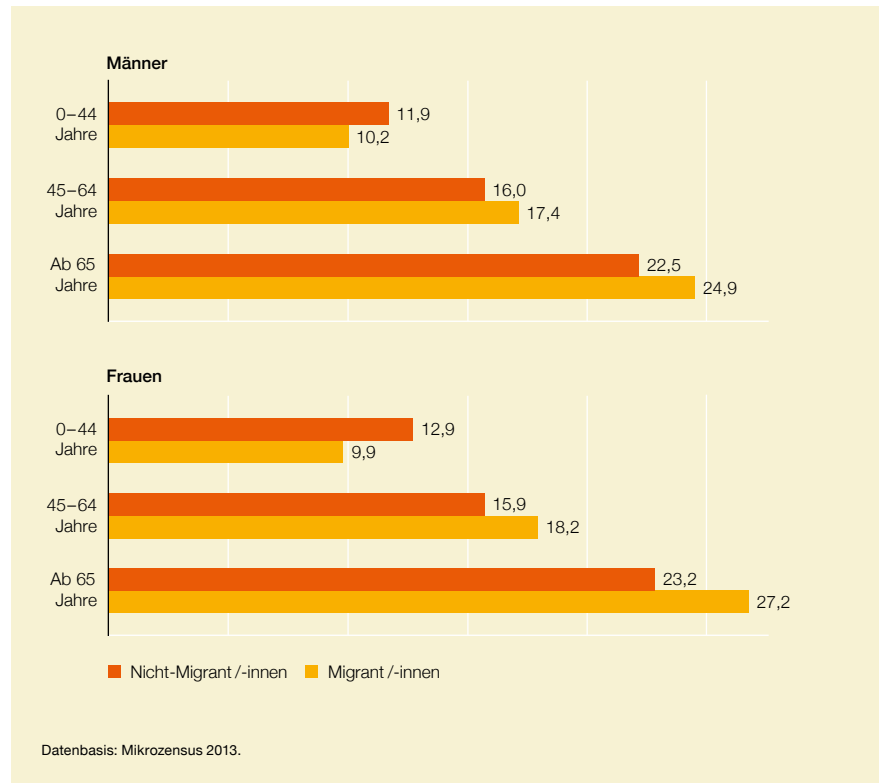
den letzten vier Wochen. Dies zeigt sich insbesondere mit Blick auf türkischstämmige Frauen in der zweiten Lebenshälfte. Nach Kontrolle für die unterschiedliche Altersstruktur haben türkischstämmige Männer und Frauen ein gegenüber Nicht-Migranten 2,4- beziehungsweise 3-fach erhöhtes Risiko, von körperlichen Schmerzen betroffen zu sein. Bei Migranten aus anderen Herkunftsländern ist hingegen kein erhöhtes Risiko für das Auftreten körperlicher Schmerzen festzustellen. ▶ Abb 10

Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich auch bei verhaltensbedingten Gesundheitsrisiken beobachten. Dabei zeigt sich, dass Migranten und Migrantinnen häufiger adipös sind. Allerdings treten diese Unterschiede erst ab einem Alter von 45 Jahren und insbesondere bei Frauen zutage. ▶ Abb 11

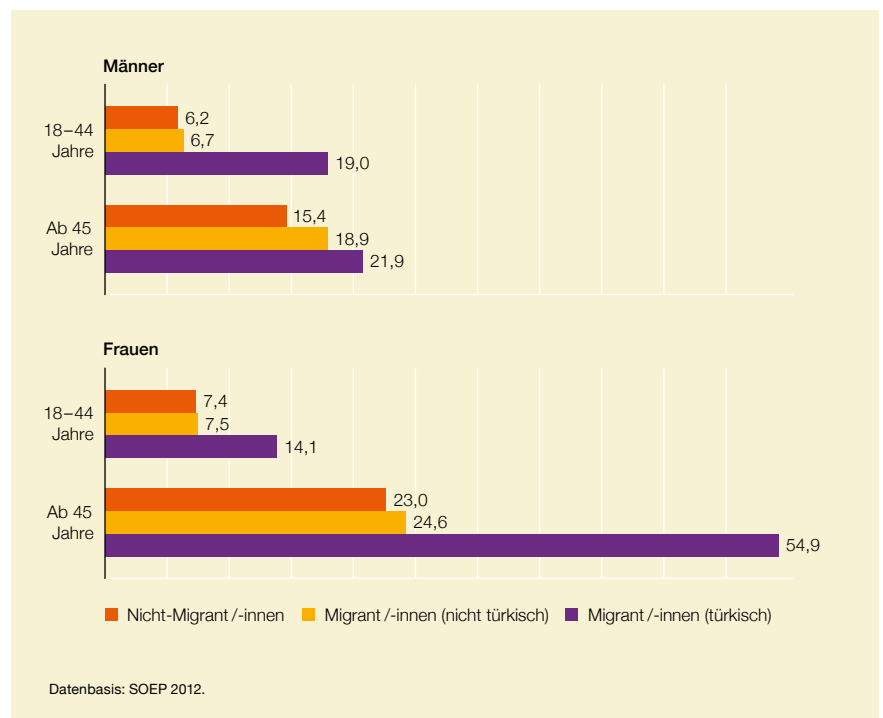
Beim Rauchverhalten von Migranten bestehen ebenfalls ausgeprägte, aber geschlechtsspezifische Unterschiede zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Der Anteil aktueller Raucher liegt bei Männern mit Migrationshintergrund in fast allen Altersgruppen über dem der Männer ohne Migrationshintergrund (insgesamt 33 % gegenüber 28 %). Bei Migrantinnen ist der Anteil dagegen insgesamt etwas niedriger als bei Frauen ohne Migrationshintergrund (19 % gegenüber 20 %).

Menschen mit Migrationshintergrund stellen eine zunehmend an Bedeutung gewinnende Nutzergruppe des medizinischen und pflegerischen Versorgungssystems dar. Dabei unterscheiden sie sich in ihrem Inanspruchnahmeverhalten und in ihren Bedürfnissen von der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die vorliegenden Studien zeigen, dass Migranten und Migrantinnen in bestimmten Situationen häufiger Rettungstellen als Hausärzte aufsuchen, seltener Vorsorgeleistungen in Anspruch nehmen und im Falle eines in der Familie aufgetretenen Pflegefalls seltener auf ambulante Pflegedienste zurückgreifen. Außerdem ist festzustellen, dass Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit selte-

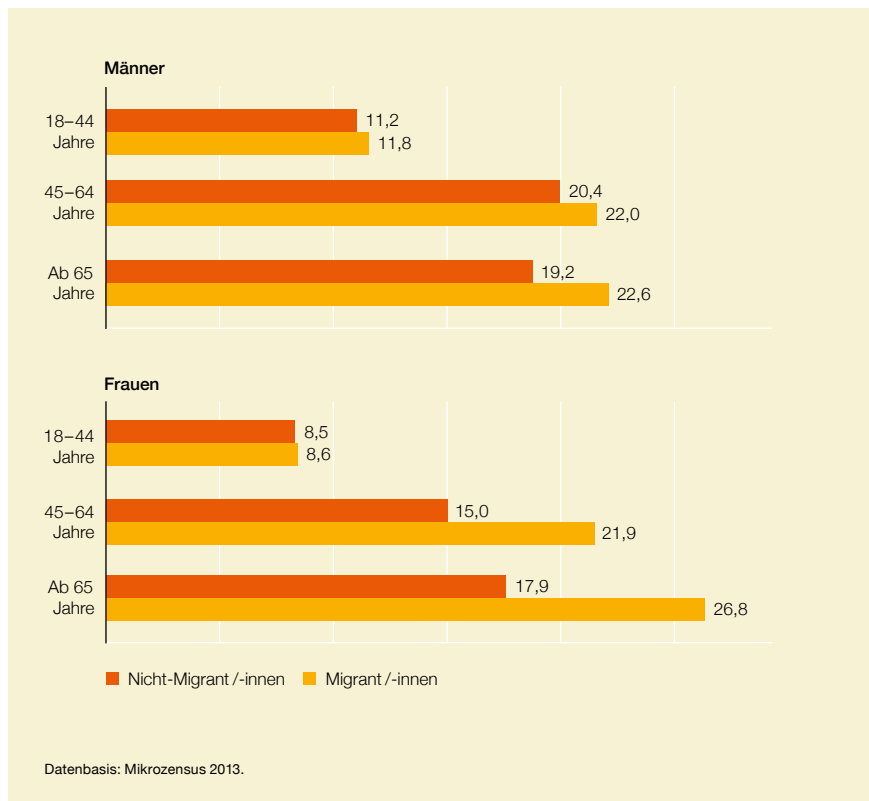
▶ Abb 9 Kranke und Unfallverletzte nach Migrationshintergrund 2013 – in Prozent



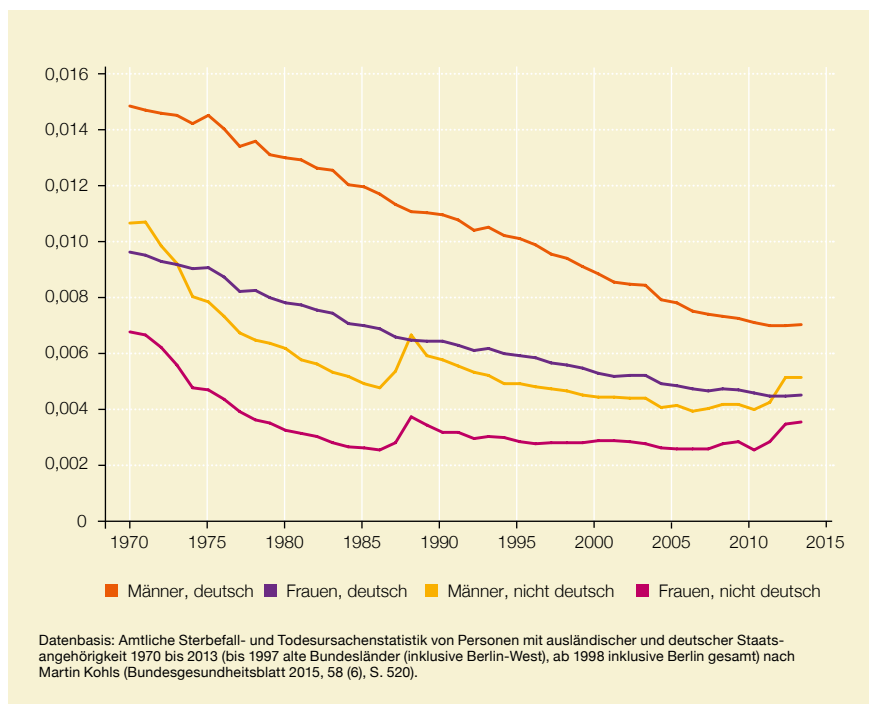
▶ Abb 10 Starke körperliche Schmerzen in den letzten vier Wochen (»immer« oder »oft«) nach Migrationshintergrund 2012 – in Prozent



► **Abb 11 Adipositas (BMI \geq 30) nach Migrationshintergrund 2013 – in Prozent**



► **Abb 12 Standardisierte Sterberaten deutscher und ausländischer Personen 1970–2013**



ner Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation in Anspruch nehmen sowie einen geringeren Rehabilitationserfolg und höhere Frühberentungsquoten aufweisen.

Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung von Personen mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit können auf Basis der amtlichen Sterbefall- und Todesursachenstatistik analysiert werden. Im Zeitraum von 1970 bis 2013 haben die für die unterschiedliche Altersstruktur standardisierten Sterberaten bei deutschen Männern und Frauen stetig abgenommen. Bei der ausländischen Bevölkerung ist in den Jahren nach 1987 und 2011 ein Anstieg der Sterberaten zu beobachten, was mit der Korrektur der ausländischen Bevölkerungszahlen im Zuge der Volkszählung 1987 beziehungsweise des Zensus 2011 zusammenhängt. Obgleich sich der Abstand bei den Sterberaten über die Zeit verringert hat, weisen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit noch immer ein geringeres Sterberisiko auf als die deutsche Mehrheitsbevölkerung. Im Jahr 2013 hatten männliche Ausländer gegenüber Deutschen eine um 2,6 Jahre höhere Lebenserwartung bei Geburt. Bei Frauen betrug der entsprechende Abstand 1,7 Jahre. Als Gründe für den in der Forschung als »Healthy-Migrant-Effekt« beschriebenen Sterblichkeitsvorteil von Migranten und Migrantinnen werden neben methodischen Problemen bei der Erfassung der Sterbefälle und des Bevölkerungsstands der ausländischen Bevölkerung auch Auswahlprozesse im Rahmen der Migration diskutiert, da vor allem gesunde und aktive Menschen auswandern. ► [Abb 12](#)

Eine nach Krankheitsgruppen differenzierende Analyse der häufigsten Todesursachen im Jahr 2013 kommt zu dem Ergebnis, dass in der Bevölkerung mit deutscher Nationalität die meisten Sterbefälle auf Herz-Kreislaufkrankungen zurückzuführen sind, während in der ausländischen Bevölkerung Deutschlands der größte Teil der Sterbefälle auf Krebserkrankungen zurückgeht.

10.3.6 Zeitliche Entwicklungen und Trends

Zeitliche Entwicklungen und Trends der gesundheitlichen Ungleichheit in Deutschland sind bislang nur vereinzelt untersucht worden. Mit den Daten des SOEP lassen sich Veränderungen in der Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes im Zeitraum von 1994 bis 2013 untersuchen. Für die 30- bis 64-jährige Bevölkerung zeigt sich im Vergleich von vier Beobachtungszeiträumen (1994 bis 1998, 1999 bis 2003, 2004 bis 2008 und 2009 bis 2013), dass in der niedrigen Einkommensgruppe der Anteil der Männer und Frauen, die ihren allgemeinen Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht beurteilen, im Verlauf der letzten rund 20 Jahre zugenommen hat. In der hohen Einkommensgruppe und bei Frauen auch in der mittleren Einkommensgruppe ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Bezüglich des Risikos eines weniger guten oder schlechten allgemeinen Gesundheitszustandes hat die relative Differenz zwischen der niedrigen und der hohen Einkommensgruppe bei Kontrolle des Alterseinflusses – über die vier Zeiträume betrachtet – bei Männern um 53 % und bei Frauen um 63 % zugenommen. ▶ Tab 7

Darüber hinaus können zeitliche Entwicklungen und Trends im Rauchverhalten und in der sportlichen Aktivität für die Altersgruppe der 30- bis 64-Jährigen untersucht werden. Für den Zeitraum 1999 bis 2012 weisen die Daten insbesondere für die hohe Bildungsgruppe auf einen deutlichen Rückgang des Rauchens hin. In der niedrigen Bildungsgruppe ist der Anteil der Raucher im Zeitverlauf nahezu konstant geblieben, während sich der Anteil der Raucherinnen mit niedriger

Bildung bis zum Jahr 2008 sogar noch erhöht hat. Infolgedessen haben die relativen Unterschiede im Rauchverhalten der Bildungsgruppen weiter zugenommen, bezogen auf das alterskontrollierte Risiko um 65 % bei Männern und um 75 % bei Frauen. ▶ Abb 13

Für die Sportbeteiligung ist im Zeitraum 1994 bis 2011 eine deutliche Zunahme festzustellen. Dabei fällt auf, dass in der Altersspanne von 30 bis 64 Jahren der Anteil der Männer und

▶ Tab 7 Entwicklung der Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes (»weniger gut« oder »schlecht«) bei 30- bis 64-Jährigen nach drei Einkommensgruppen 1994–2013 – in Prozent

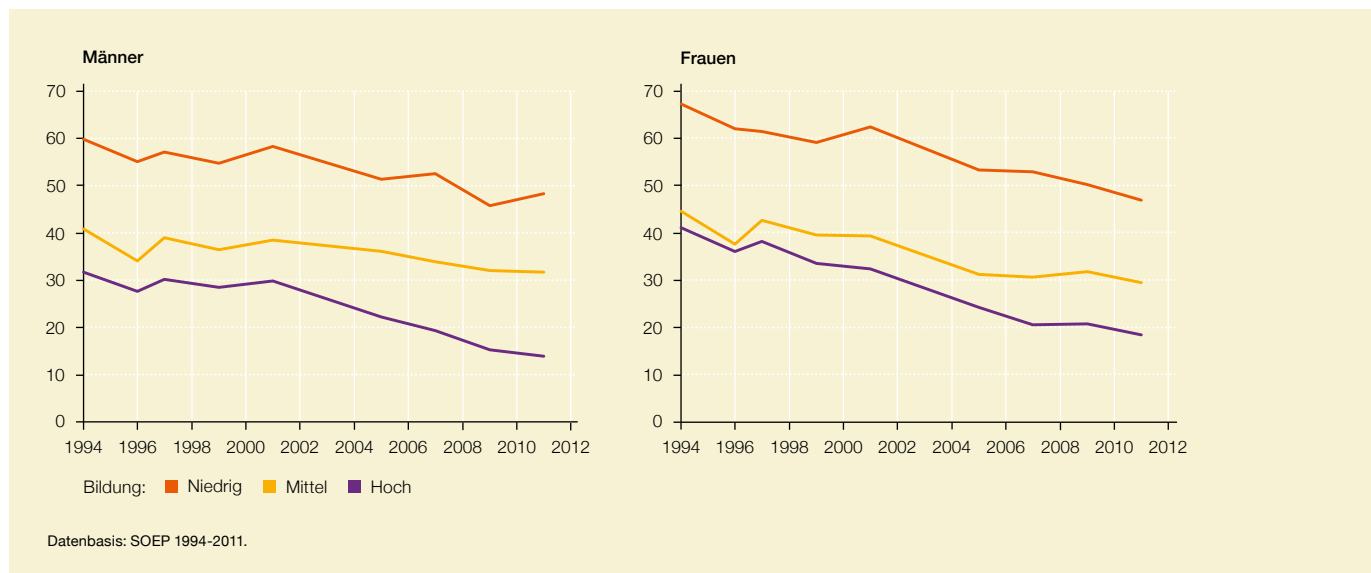
	1994–1998	1999–2003	2004–2008	2009–2013
Männer				
< 60 % des mittleren Einkommens	27,8	28,9	32,5	32,4
60–< 150 % des mittleren Einkommens	16,0	15,4	16,6	15,9
≥ 150 % des mittleren Einkommens	11,6	10,5	11,3	11,1
Frauen				
< 60 % des mittleren Einkommens	27,3	26,3	28,0	31,4
60–< 150 % des mittleren Einkommens	19,2	16,6	17,1	17,2
≥ 150 % des mittleren Einkommens	14,4	13,0	13,0	12,4

Datenbasis: SOEP 1994–2013.

▶ Abb 13 Entwicklung des Rauchens bei 30- bis 64-Jährigen nach Bildung 1999–2012 – in Prozent



► Abb 14 Entwicklung der sportlichen Inaktivität bei 30- bis 64-Jährigen nach Bildung 1994–2011 – in Prozent



Frauen, die in den letzten vier Wochen keinen Sport getrieben haben, in allen Bildungsgruppen abgenommen hat. Bei Personen mit hoher Bildung zeichnet sich diese Entwicklung aber noch deutlicher ab als bei Personen mit mittlerer und niedriger Bildung. Nach Kontrolle des Alterseffektes ist die relative Differenz des Risikos für sportliche Inaktivität im Vergleich der niedrigen zur hohen Bildungsgruppe bei Männern um 83 % und bei Frauen um 62 % gestiegen. ► Abb 14

10.3.7 Zusammenfassung

In den letzten Jahren ist die gesundheitliche Ungleichheit zu einem zentralen Thema der Forschung, Berichterstattung und Politik geworden. Die präsentierten Ergebnisse zeigen eindrücklich, dass viele Krankheiten und Beschwerden bei Personen mit geringem Einkommen, unzureichender Bildung und niedriger beruflicher Stellung vermehrt vorkommen. Darüber hinaus schätzen diese Personen ihren allgemeinen Gesundheitszustand und ihre gesundheitsbezogene Lebensqualität schlechter ein. Ein Grund hierfür dürften die beobachteten Unterschiede im Gesundheitsverhalten sein, zum Beispiel

in Bezug auf Tabakkonsum und körperlich-sportliche Aktivität sowie zum Teil auch bezüglich der Inanspruchnahme von Präventions- und Versorgungsangeboten. Die stärkere Verbreitung von Krankheiten, Gesundheitsproblemen und Risikofaktoren findet letztlich in einer höheren vorzeitigen Sterblichkeit und geringeren Lebenserwartung der benachteiligten Einkommens-, Bildungs- und Berufsgruppen Ausdruck. Darüber hinaus ist Arbeitslosigkeit mit einer schlechteren Gesundheit assoziiert. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit sind zum einen unter materiellen Aspekten zu sehen, zum Beispiel dem engeren finanziellen Handlungsspielraum und dem geringeren Lebensstandard. Zum anderen sind psychosoziale Belastungen von Bedeutung, die zum Beispiel aus Zukunftssorgen oder Ausgrenzungserfahrungen resultieren können.

Menschen mit Migrationshintergrund weisen in einigen Bereichen eine schlechtere Gesundheit als die übrige Bevölkerung auf. Auch in Bezug auf die Prävention und die medizinische und pflegerische Versorgung stellt sich die Situation von Migranten und Migrantinnen zum Teil

ungünstiger dar als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Von einer generellen gesundheitlichen Benachteiligung von Migranten und Migrantinnen kann aber nicht gesprochen werden. Die vorliegenden Forschungsergebnisse legen eine differenzierte Bewertung nahe, wobei neben den jeweiligen Lebensbedingungen und Teilhabechancen auch kulturelle Besonderheiten, die Migrationserfahrungen sowie die soziale und gesundheitliche Lage im Herkunftsland berücksichtigt werden sollten.

Aussagen zu zeitlichen Entwicklungen und Trends sind auf Grundlage der vorhandenen Daten nur zum Teil möglich. Die vorliegenden Erkenntnisse sprechen dafür, dass die gesundheitliche Ungleichheit in den letzten 20 Jahren zugenommen hat. Dies lässt sich beispielsweise für den allgemeinen Gesundheitszustand, das Rauchverhalten und die sportliche Aktivität belegen. Auch Studien aus anderen Ländern deuten eher auf eine Ausweitung als auf eine Verringerung der sozial bedingten Unterschiede in der Gesundheit und Lebenserwartung hin.

10.4 Soziale Sicherung

Klaus-Jürgen Duschek,
Heiko Pfaff, Stefan Rübenach

Destatis

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland soll dazu beitragen, allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Hierzu gehören das Schaffen gleicher Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, sowie der Schutz und die Förderung der Familie. Zudem soll die Sozialgesetzgebung den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abwenden oder ausgleichen.

Ein hoher Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit) fließt daher heute in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird jedoch – auch angesichts von Finanzierungsfragen – eine rege Debatte über

Reformen der Sozialsysteme geführt. Beispiele hierfür sind die schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze für Rentnerinnen und Rentner seit 2012 oder die vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Neuberechnung der sogenannten Hartz-IV-Regelsätze durch die Bundesregierung.

Auch die Familienpolitik steht im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion: So haben die Eltern von Kindern, die das erste Lebensjahr vollendet haben, seit dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Für insgesamt 780 000 Kinder unter drei Jahren soll ein Betreuungsangebot bereitgestellt werden.

10.4.1 Das Sozialbudget

Einen Überblick über das System der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget der Bundesregierung. Hier werden die

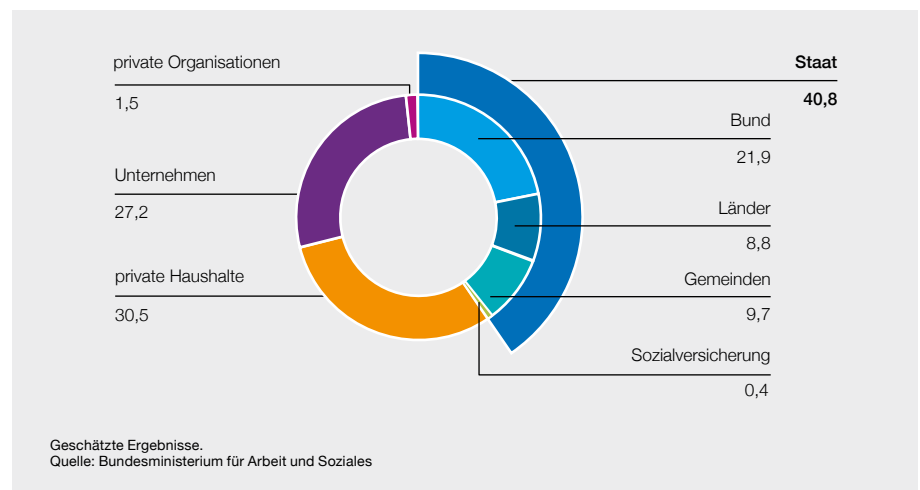
► Info 1

Darstellung im Sozialbudget

Um eine Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe Kapitel 4.1, Seite 103) zu ermöglichen, werden für die Darstellung im Sozialbudget die Leistungen und deren Finanzierung bereinigt. Beispielsweise werden im Sozialbudget die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen bereinigt.

Aus diesem Grund und wegen methodischer Unterschiede weichen die Angaben teilweise von den in den folgenden Abschnitten dargestellten Statistiken ab.

► Abb 1 Finanzierung des Sozialbudgets 2013 – in Prozent



► Tab 1 Leistungen und Finanzierung des Sozialbudgets 2013

	Leistungen insgesamt	Finanzierung durch		
		Sozialbeiträge der Versicherten	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Zuschüsse des Staates
	in Milliarden Euro	in Millionen Euro		
Sozialbudget insgesamt¹	812,2	258 293	295 130	294 597
Sozialversicherungssysteme	494,7	213 881	184 294	96 489
Rentenversicherung	263,3	87 321	88 551	82 503
Krankenversicherung	192,8	96 734	60 662	12 951
Pflegeversicherung	24,3	14 577	8 891	–
Unfallversicherung	12,5	1 611	10 943	783
Arbeitslosenversicherung	28,9	13 638	15 248	252
Sondersysteme	27,3	38 378	3 252	5 421
Alterssicherung der Landwirte	3,0	601	–	2 394
Versorgungswerke	4,8	7 377	752	–
Private Altersvorsorge	0,3	10 753	–	3 028
Private Krankenversicherung	18,4	18 047	2 100	–
Private Pflegeversicherung	0,9	1 600	400	–
Systeme des öffentlichen Dienstes	64,7	251	25 088	36 784
Pensionen	47,8	251	14 560	31 520
Familienzuschläge	3,2	–	–	2 456
Beihilfen	13,7	–	10 528	2 808
Arbeitgebersysteme	76,0	5 784	82 496	499
Entgeltfortzahlung	40,0	–	39 973	–
Betriebliche Altersversorgung	24,0	4 544	29 860	–
Zusatzversorgung	11,4	1 240	12 012	499
Sonstige Arbeitgeberleistungen	0,7	–	651	–
Entschädigungssysteme	2,7	–	–	2 833
Soziale Entschädigung	1,4	–	–	1 527
Lastenausgleich	0,2	–	–	22
Wiedergutmachung	1,0	–	–	954
Sonstige Entschädigungen	0,3	–	–	331
Förder- und Fürsorgesysteme	153,1	–	–	152 571
Kindergeld und Familienleistungsausgleich	41,9	–	–	41 855
Erziehungsgeld/Elterngeld	5,3	–	–	5 274
Grundsicherung für Arbeitsuchende	41,2	–	–	41 198
Arbeitslosenhilfe/sonstige Arbeitsförderung	0,6	–	–	114
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	2,6	–	–	2 568
Sozialhilfe	29,8	–	–	29 716
Kinder- und Jugendhilfe	30,8	–	–	30 779
Wohngeld	1,1	–	–	1 067

Geschätzte Ergebnisse.

¹ Konsolidiert um die umgeleiteten Sozialbeiträge für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen zwischen den Institutionen. Ohne Beiträge des Staates. Entsprechend sind die Gesamtsummen des Sozialbudgets niedriger als die addierten Werte aus den einzelnen Institutionen.

– Nichts vorhanden.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

verschiedenen Leistungen des Sicherungssystems jährlich zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2013 für Deutschland auf rund 812,2 Milliarden Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis dieser Sozialleistungen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2013 für Deutschland 30 %. ► [Info 1](#)

Wer finanziert das soziale Netz? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung), die privaten Haushalte und die Arbeitgeber. ► [Abb 1](#)

Im Jahr 2013 floss der größte Anteil des Sozialbudgets in die »Sozialversicherungssysteme«. Die Leistungen der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie der Rentenversicherung beliefen sich dabei zusammen auf 494,7 Milliarden Euro. Die »Förder- und Fürsorgesysteme« bildeten mit 153,1 Milliarden Euro das zweitgrößte System im Sozialbudget. Zu diesem Leistungsbereich gehören das Kindergeld und der Familienleistungsausgleich sowie das Erziehungsgeld/Elterngeld. Außerdem ist die Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Arbeitslosenhilfe / sonstige Arbeitsförderung und die Ausbildungs- und Aufstiegsförderung hier zugeordnet. Des Weiteren werden hier die Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie das Wohngeld zugerechnet.

Für die »Arbeitgebersysteme« wurden insgesamt 76,0 Milliarden Euro aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (zum Beispiel Bereitstellung von Betriebswohnungen). Die »Systeme des öffentlichen Dienstes« hatten 2013 mit 64,7 Milliarden Euro einen Anteil von knapp 8 % am Sozialbudget. Wie bei den »Sozialversicherungssystemen« steht auch hier die Altersversorgung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund.

► **Tab 2 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende und Bruttoausgaben 2014**

	Empfängerinnen und Empfänger	Ausgaben	Ausgaben je Einwohner ¹
	Anzahl	in Milliarden Euro	in Euro
Leistungen nach dem SGB II insgesamt (Dezember)	6 025 595	33,7 ²	416,2
↳ Arbeitslosengeld II	4 322 022	.	.
↳ Sozialgeld	1 703 573	.	.
Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt	1 135 317	6,6	81,2
↳ Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Laufende Leistungen am Jahresende)	132 770	0,7	9,0
↳ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Laufende Leistungen am Jahresende)	1 002 547	5,8	72,2
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Jahresende)	362 850	1,8	22,4
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge (Laufende Leistungen im Inland am Jahresende)	29 258	0,4 ³	4,8
Insgesamt	7 553 020	42,5	524,6

¹ Bruttoausgaben für die jeweilige Sozialleistung pro Person und Jahr. Bevölkerungsstand:

Vorläufiger Jahresdurchschnitt 2014 auf Basis des Zensus 2011.

² Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden (passive Leistungen).

³ Gesamtausgaben der Kriegsopferfürsorge. Exakte Untergliederung der Ausgaben nach »laufenden Leistungen« nicht möglich.

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

Die sogenannten »Sondersysteme« hatten zusammen einen Leistungsumfang von 27,3 Milliarden Euro. Dazu zählen die private Kranken- und Pflegeversicherung, die private Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige und die Alterssicherung der Landwirte. Die Bedeutung der »Entschädigungssysteme« verliert mit zunehmendem Abstand von der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. Im Jahr 2013 wurden 2,7 Milliarden Euro für Entschädigungen verschiedener Art ausgegeben. ► [Tab 1](#)

10.4.2 Mindestsicherungssysteme

Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden. Dazu zählen in der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik folgende Leistungen:

- Arbeitslosengeld (ALG) II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II),
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb

von Einrichtungen (zum Beispiel Krankenhäuser und Pflegeheime) nach dem SGB XII,

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Am Jahresende 2014 erhielten in Deutschland insgesamt 7,6 Millionen Menschen die oben genannten Transferleistungen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit waren 9 % der in Deutschland lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Jahr 2014 gab der Staat für diese Leistungen 42,5 Milliarden Euro aus. Das waren rein rechnerisch 525 Euro brutto je Einwohner. ► [Tab 2](#)

Vor allem Menschen in den Stadtstaaten und teilweise in den neuen Ländern waren verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. In Berlin war ihr Anteil mit 19 % an der Bevölkerung am höchsten. Besonders selten bezogen die Menschen in den südlichen Bundes-

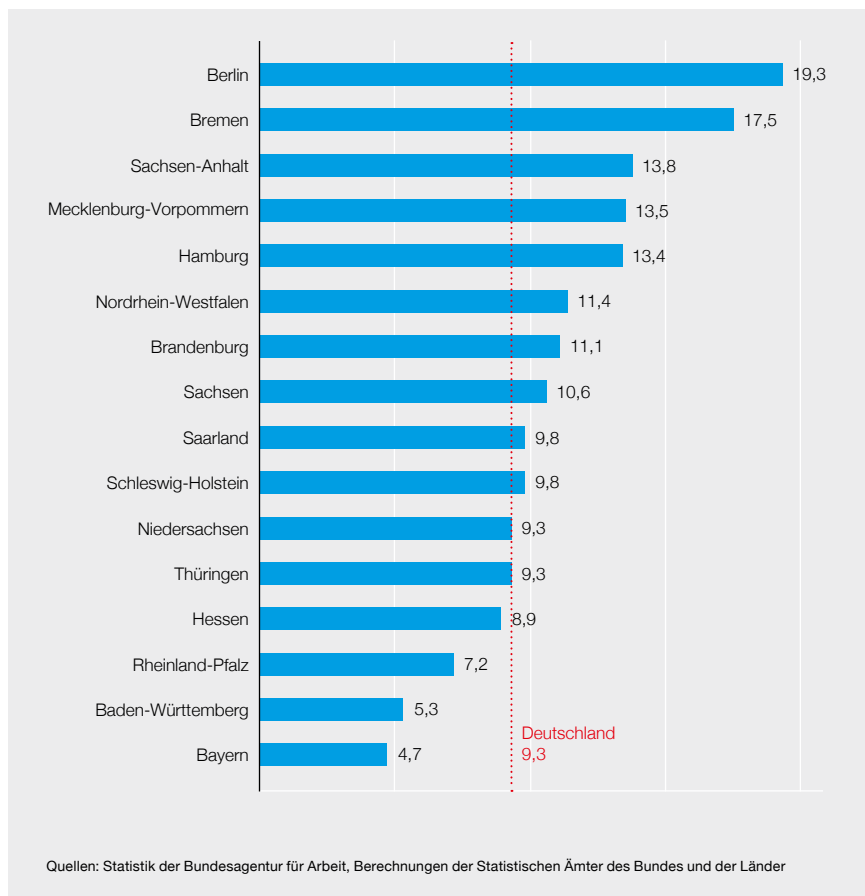
ländern Leistungen der Mindestsicherung. So erhielten Ende 2014 in Baden-Württemberg und in Bayern 5 % der Einwohnerinnen und Einwohner entsprechende Leistungen. ► [Abb 2](#)

Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II

Der mit Abstand größte Anteil an den Empfängerinnen und Empfängern von Mindestsicherungsleistungen und damit auch der Ausgaben entfiel auf das ALG II und das Sozialgeld nach dem SGB II. ALG II erhalten erwerbsfähige Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet, die Altersgrenze für den Rentenbeginn nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld. ► [Info 2](#)

Die umgangssprachlich mit »Hartz IV« bezeichneten Leistungen der »Grundsicherung für Arbeitsuchende« nach dem SGB II wurden im Dezember 2014 an insgesamt rund 6,0 Millionen Personen ausgezahlt. Die Ausgaben für passive

► **Abb 2** Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung am Jahresende 2014 – Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent



► Info 2

Arbeitslosengeld

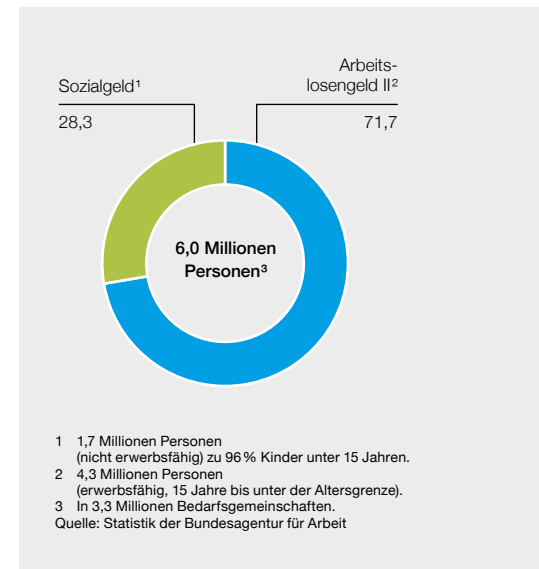
Mit der sogenannten »Hartz-IV-Reform« ist die soziale Sicherung von Arbeitslosen zum Jahresbeginn 2005 umstrukturiert worden. Dadurch entstand ein zweigliedriges System der sozialen Sicherung für arbeitslose beziehungsweise bedürftige Personen, dessen erste Stufe aus einer lohnabhängigen Versicherungsleistung – dem Arbeitslosengeld, auch ALG I genannt – besteht. Die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes richtet sich nach der Dauer der vorangegangenen Versicherungszeiten und dem Alter der arbeitslosen Personen.

Die zweite Stufe der sozialen Absicherung bildet seit Jahresbeginn 2005 eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung im Rahmen der »Grundsicherung für Arbeitsuchende«, das ALG II. Diese Leistung konzentriert sich auf erwerbsfähige Hilfebedürftige ohne eigenes Einkommen oder deren Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Anspruchshöhe orientiert sich nicht am letzten Arbeitslohn, sondern am erforderlichen Bedarf der leistungsberechtigten Personen, um den notwendigen Lebensunterhalt abzusichern.

Altersgrenze für den Rentenbeginn

Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichten die Altersgrenze mit Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendeten. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze seit dem 1. Januar 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Für den Berichtszeitraum Dezember 2014 gilt eine Altersgrenze von 65 Jahren und 3 Monaten. In Bezug auf die Altersgrenze stehen für die Berechnung von Bezugsquoten Bevölkerungsdaten nach Geburtsmonat grundsätzlich nicht zur Verfügung. Zur Berücksichtigung der Verschiebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre wird bei Berechnungen von Bezugsquoten eine Gleichverteilung der Geburten über das jeweilige Geburtsjahr unterstellt.

► **Abb 3** Empfängergruppen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II im Dezember 2014 – in Prozent



Leistungen – das sind Leistungen, die unmittelbar zur Deckung des Lebensunterhalts verwendet werden – beliefen sich im Jahr 2014 auf 33,7 Milliarden Euro. ► [Abb 3](#)

Insgesamt lebten die registrierten SGB-II-Empfänger im Dezember 2014 in knapp 3,3 Millionen Bedarfsgemeinschaften. Davon bestanden die meisten aus einer Person (57 % beziehungsweise 1,9 Millionen Bedarfsgemeinschaften). Rechnerisch lebten im Durchschnitt 1,8 Personen in einer Bedarfsgemeinschaft. In ungefähr jeder dritten Bedarfsgemeinschaft wuchsen Kinder unter 15 Jahren auf (früheres Bundesgebiet: 32 %, neue Länder: 27 %). Kinderreich waren 5 % aller Bedarfsgemeinschaften. Dort wurden drei oder mehr Kinder unter 15 Jahren groß.

Von den rund 6,0 Millionen registrierten SGB-II-Empfängern waren nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2014 etwa 1,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer. Bezogen auf die ausländische Bevölkerung bis unter der Altersgrenze entsprach dies einem Anteil von 19 %. Die

Bezugsquote von ausländischen Leistungsempfängern war in den neuen Ländern mit 28 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet; dort lag sie bei 18 %.

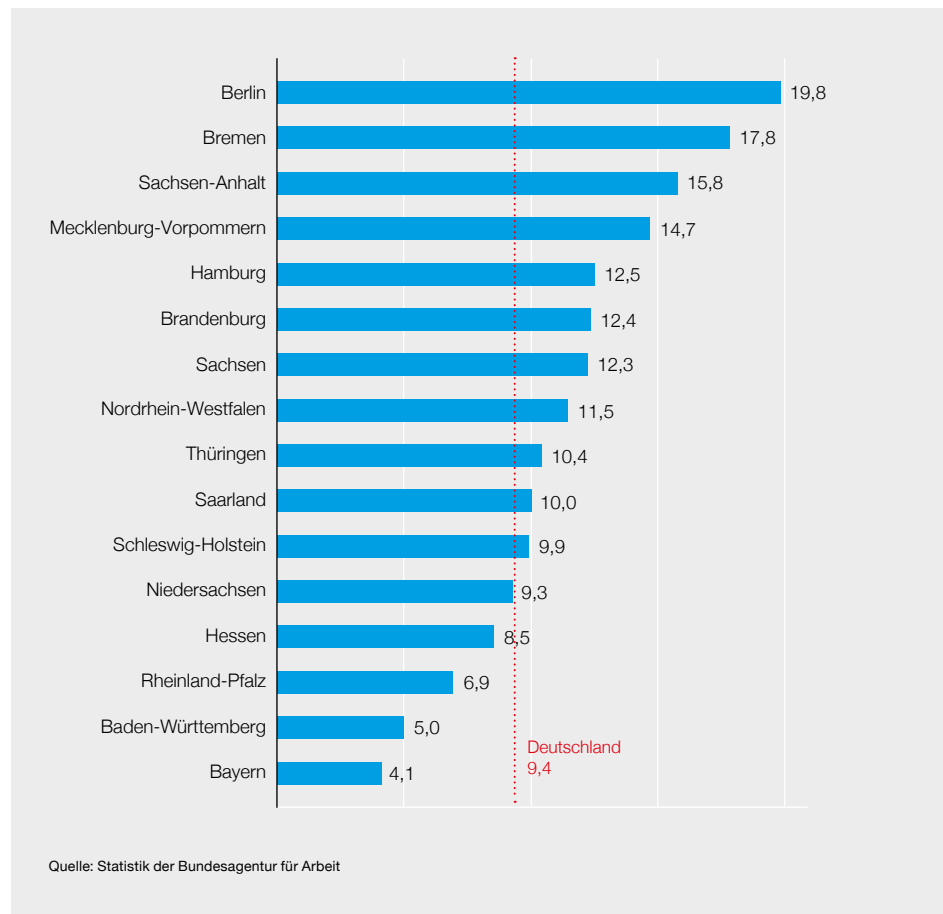
In den Stadtstaaten und den neuen Ländern waren deutlich mehr Personen auf die Leistungen nach dem SGB II angewiesen als in den westdeutschen Flächenländern. In Berlin war der Anteil an der Bevölkerung mit 20 % am höchsten. Deutlich über dem Durchschnitt aller Bundesländer von 9 % lag Bremen mit 18 %, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 16 %. Am seltensten nahmen die Einwohner in Baden-Württemberg (5 %) und in Bayern (4 %) SGB-II-Leistungen in Anspruch. ▶ Abb 4

Das sogenannte »Sozialgeld« erhalten, wie oben angesprochen, nicht erwerbsfähige Familienangehörige von ALG-II-Empfängern. Im Dezember 2014 wurden rund 1,7 Millionen Sozialgeldempfänger registriert. Der Anteil an allen Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach dem SGB II lag im Dezember 2014 bei 28 %. Die Sozialgeldempfänger waren zu 96 % Kinder unter 15 Jahren. Der Anteil der Kinder an allen Beziehern von Leistungen nach dem SGB II lag im Bundesdurchschnitt bei 27 %. In den neuen Ländern war der Anteil der Leistungen nach dem SGB II beziehenden Kinder unter 15 Jahren mit 25 % niedriger als in den alten Bundesländern mit 28 %. Insgesamt bezogen gut 15 % aller in Deutschland lebenden Kinder unter 15 Jahren Leistungen nach dem SGB II.

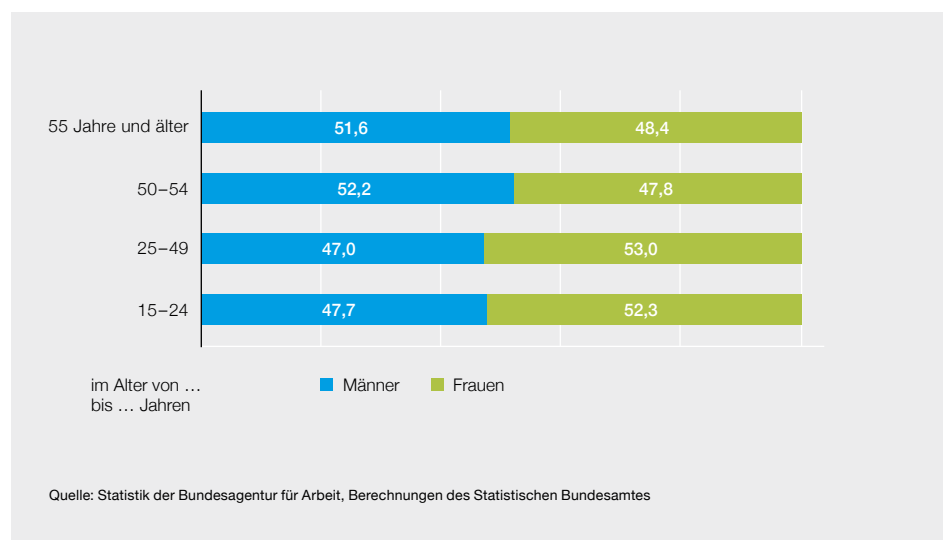
Rund 4,3 Millionen der insgesamt 6,0 Millionen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II waren im Dezember 2014 erwerbsfähig und erhielten ALG II. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen waren Frauen (52 %). Bei den erwerbsfähigen ALG-II-Empfängern ab 55 Jahren überwogen leicht die Männer mit einem Anteil von 52 %. ▶ Abb 5

Bei Alleinerziehenden fällt der Geschlechterunterschied wesentlich deutlicher aus. Von den insgesamt 608 000 alleinerziehenden ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern waren 94 % Frauen. Mit lediglich 37 000 Empfängern waren

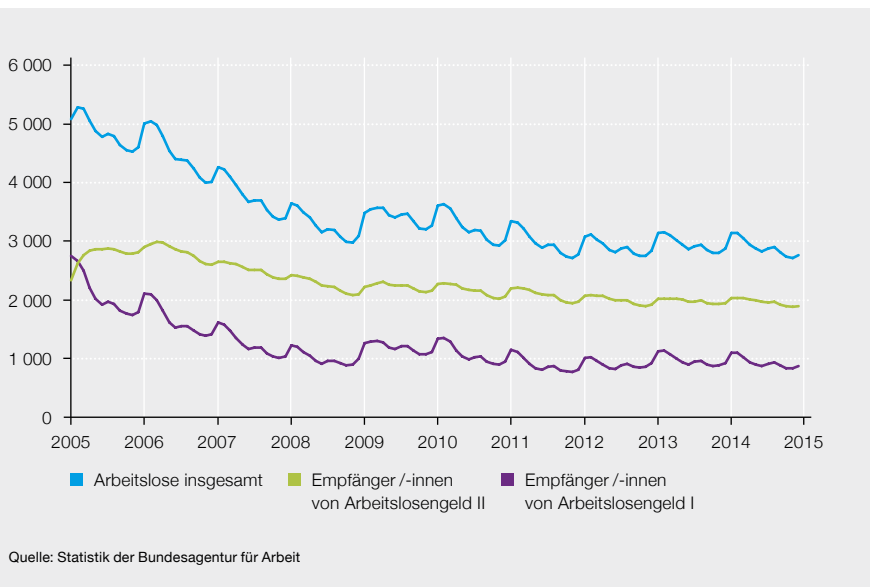
▶ Abb 4 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II im Dezember 2014 — Anteil an der Bevölkerung bis zur Altersgrenze in Prozent



▶ Abb 5 Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II im Dezember 2014 — in Prozent



► **Abb 6** Arbeitslose seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende – in Tausend



nur 6 % der alleinerziehenden ALG-II-Empfänger Männer.

Mit der Reform des sozialen Sicherungssystems zum Jahresbeginn 2005 war vornehmlich das Ziel verknüpft, Arbeitslosigkeit – insbesondere strukturelle und lang andauernde Arbeitslosigkeit – in Deutschland zu bekämpfen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist folglich darauf ausgerichtet, den Bedürftigen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, soweit möglich, zu erleichtern. Doch nicht jeder erwerbsfähige Hilfebedürftige ist gleichzeitig auch arbeitslos gemeldet und steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Von den im Dezember 2014 registrierten rund 4,3 Millionen erwerbsfähigen ALG-II-Empfängern waren mit knapp 1,8 Millionen Personen deutlich weniger als die Hälfte (42 %) tatsächlich arbeitslos gemeldet. Knapp 1,3 Millionen (29 %) waren erwerbstätig.

Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit waren im Dezember 2014 knapp 1,2 Millionen der erwerbsfähigen ALG-II-Bezieher abhängig Erwerbstätige

und rund 117 000 Selbstständige. Von allen abhängig erwerbstätigen ALG-II-Beziehern waren 40 % ausschließlich geringfügig beschäftigt. Sie verdienen weniger als 450 Euro brutto monatlich. Das ist der Betrag, bei dem die im Berichtsjahr gültige Entgeltgrenze für geringfügig entlohnte Beschäftigung lag (sogenannte 450-Euro-Jobs).

Kurz vor der Einführung des SGB II waren im Dezember 2004 noch rund 4,5 Millionen Menschen arbeitslos. Mit seinem Inkrafttreten zum Jahresbeginn 2005 stieg die Arbeitslosigkeit zunächst an und erreichte im Februar 2005 ihren Höhepunkt. Begründet wird dies von der Bundesagentur für Arbeit mit einem statistischen Effekt. Durch die Umstellung wurden zahlreiche Arbeitslose, die zuvor nicht arbeitslos gemeldet waren, erstmals statistisch erfasst.

Seit der Einführung des SGB II sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis Dezember 2014 deutlich und nahezu kontinuierlich. Waren im Februar 2005 noch 5,3 Millionen Arbeitslose registriert, waren

es im Dezember 2014 nur noch knapp 2,8 Millionen Personen. Der überwiegende Teil dieses Rückgangs ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III gesunken ist. ► [Abb 6](#)

Umgangssprachlich wird das Arbeitslosengeld nach dem SGB III zur Abgrenzung vom ALG II nach dem SGB II auch als ALG I bezeichnet. Während die Zahl der arbeitslosen ALG-II-Bezieher seit Februar 2005 von 2,6 Millionen Arbeitslosen um 28 % auf knapp 1,9 Millionen Arbeitslose im Dezember 2014 reduziert werden konnte, sank die Zahl der ALG-I-Bezieher im gleichen Zeitraum von 2,7 Millionen Arbeitslosen um 67 % auf 867 000 Arbeitslose.

Begründet wird diese Entwicklung von der Bundesagentur für Arbeit mit der größeren Arbeitsmarktnähe der ALG-I-Bezieher. So profitieren diese eher von einem konjunkturellen Aufschwung als ALG-II-Empfänger, da sie häufiger über einen Berufsabschluss verfügen, der Anteil an Älteren über 50 Jahren geringer und der Anteil von Kurzarbeitslosen unter drei Monaten höher ist. Dabei werden auch regionale Unterschiede deutlich. Der Anteil der Bezieher von ALG I an allen Arbeitslosen lag im Dezember 2014 im Westen Deutschlands bei 33 %, im Osten waren es 26 %. Deutschlandweit erhielten im Dezember 2014 rund drei von zehn Arbeitslosen (31 %) ALG I und sieben von zehn Arbeitslosen (69 %) ALG II.

Sozialhilfe nach dem SGB XII

Im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhielten am Jahresende 2014 rund 1,1 Millionen Personen Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Staat gab für diese beiden Leistungen der Mindestsicherung im Jahr 2014 rund 6,6 Milliarden Euro brutto aus (ohne einmalige Leistungen).

Die Sozialhilfe bildet das unterste soziale Auffangnetz für bedürftige Menschen. Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Personen, die ihren notwendigen

Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen bestreiten können, sowie deren im Haushalt lebende Kinder unter 15 Jahren.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII »Sozialhilfe« soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken (sogenanntes soziokulturelles Existenzminimum). Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) ging die Zahl dieser Hilfebezieher stark zurück. Ende 2004, also unmittelbar vor Inkrafttreten von Hartz IV, bezogen noch rund 2,9 Millionen Personen oder 4 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinn.

Seit Anfang 2005 existiert die Sozialhilfe in der bis dahin gültigen Form nicht mehr. Damals wurden erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger samt ihrer Familienangehörigen zusammen mit den bisherigen Empfängern von Arbeitslosenhilfe in die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II integriert.

Ende 2014 erhielten in Deutschland rund 382 000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt, darunter knapp 133 000 Personen außerhalb von Einrichtungen. Damit bezogen 1,6 von 1 000 Einwohnern Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Rund 17 000 der 133 000 Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen waren Ausländer. Diese nahmen die Hilfeleistungen mit 2,2 Hilfeempfängern je 1 000 ausländischer Einwohner etwas häufiger in Anspruch als die deutsche Bevölkerung. Von allen rund 17 000 ausländischen Hilfebeziehern kamen 23 % aus einem EU-Staat, 3 % waren Asylberechtigte und knapp 1 % waren Bürgerkriegsflüchtlinge.

Ende 2014 waren 16 % der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen Kinder unter 18 Jahren.

In den neuen Ländern und Berlin wurden die Leistungen der Hilfe zum Le-

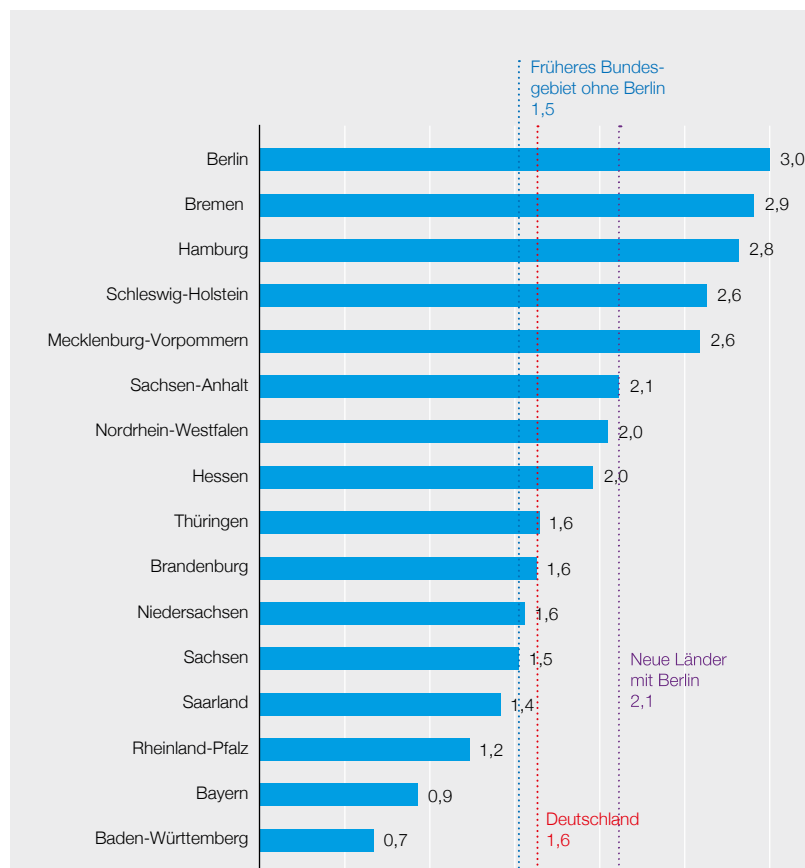
bensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit 2,1 Empfängern je 1 000 Einwohner häufiger in Anspruch genommen als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 1,5 Empfängern je 1 000 Einwohner.

Am häufigsten nahmen die Menschen in den Stadtstaaten Berlin (3,0 Empfänger je 1 000 Einwohner), Bremen und Hamburg (2,9 beziehungsweise 2,8 Empfänger je 1 000 Einwohner) Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Anspruch, am seltensten in Bayern und Baden-Württemberg (0,9 beziehungsweise 0,7 Empfänger je 1 000 Einwohner). ▶ [Abb 7](#)

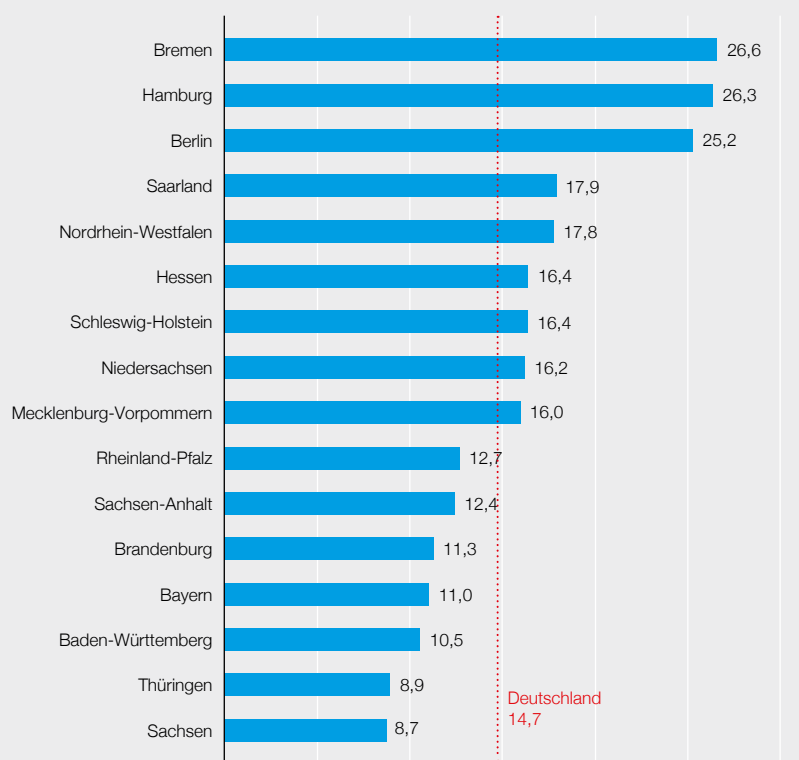
Die knapp 133 000 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen lebten Ende 2014 in knapp 123 000 Personengemeinschaften, für die eine gemeinsame Bedarfsberechnung erfolgt. Im Durchschnitt bestand eine Personengemeinschaft aus 1,1 Empfängern. Drei Viertel (75 %) dieser Gemeinschaften waren Einpersonenhaushalte, 16 % Zweipersonenhaushalte und 9 % waren Haushalte mit drei oder mehr Personen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, Mehrbe-

▶ **Abb 7 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2014 — je 1 000 Einwohner**



► **Abb 8 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am Jahresende 2014 – Anteil an der Bevölkerung ab 18 Jahren je 1 000 Einwohner**



darfzuschlägen und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt. Darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Summe aus den vorgenannten Bedarfspositionen für alle Angehörigen der Personengemeinschaft ergibt deren Bruttobedarf. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen ab, erhält man den Nettobedarf. Durchschnittlich hatte eine Personengemeinschaft mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen Ende 2014 einen monatlichen Bruttobedarf von 766 Euro, wovon – sofern derartige Aufwendungen

anfielen – 361 Euro auf die Kosten für Unterkunft und Heizung entfielen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 411 Euro wurden je Personengemeinschaft im Durchschnitt 465 Euro monatlich ausgezahlt – das waren 61 % des Bruttobedarfs.

Fast drei Viertel (74 %) der Personengemeinschaften mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen verfügten über ein oder mehrere Einkommen. Am häufigsten erhielten diese Personengemeinschaften Renten wegen Erwerbsminderung (53 %), Altersrente (23 %) oder öffentlich-rechtliche Leistungen für Kinder (20 %).

Der Staat wendete für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Jahr 2014 rund 731 Millionen Euro brutto auf (ohne einmalige Leistungen). Im Jahr 2004, also vor Inkrafttreten von »Hartz IV«, lagen die Ausgaben noch bei 9,8 Milliarden Euro brutto.

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII »Sozialhilfe« erhalten dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren sowie Personen, die die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII erreicht haben und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können. Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichten die Altersgrenze mit Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendeten. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze seit dem 1. Januar 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Für den Berichtszeitraum Dezember 2014 galt eine Altersgrenze von 65 Jahren und 3 Monaten (siehe Info 2).

Rund 1 003 000 Personen bezogen am Jahresende 2014 in Deutschland Leistungen der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung«. Das waren 40 000 Empfänger mehr als im Vorjahr.

Von 1 000 volljährigen Einwohnern waren rechnerisch 15 Menschen auf die Grundsicherung gemäß SGB XII angewiesen. Menschen im früheren Bundesgebiet waren mit 15 Empfängern je 1 000 Einwohnern ab 18 Jahren häufiger auf diese Leistungen angewiesen als in den neuen Ländern mit Berlin mit 14 Empfängern je 1 000 Volljährigen. Am höchsten war die Empfängerzahl bei der Inanspruchnahme in Bremen mit 27, in Hamburg mit 26 und Berlin mit 25 Empfängern je 1 000 volljährigen Einwohnern. Die geringsten Empfängerzahlen je 1 000 Einwohner hatten Thüringen und Sachsen mit 9 Empfängern je 1 000 volljährigen Einwohnern. ► [Abb 8](#)

Unter den 1 003 000 Grundsicherungsempfängern waren rund 490 000 Personen im Alter von 18 Jahren bis unter die Altersgrenze (49 %). Sie erhielten Grund-

sicherungsleistungen aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Diese Menschen werden dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich auch künftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Rund 512 000 Grundsicherungsempfänger (51 %) hatten die Altersgrenze von 65 Jahren und 3 Monaten erreicht. Sie erhielten Grundsicherung im Alter. Damit konnten Ende 2014 deutschlandweit 30 von 1 000 Einwohnern, die die Altersgrenze erreicht oder überschritten hatten, ihren Lebensunterhalt lediglich mithilfe von Grundsicherungsleistungen abdecken.

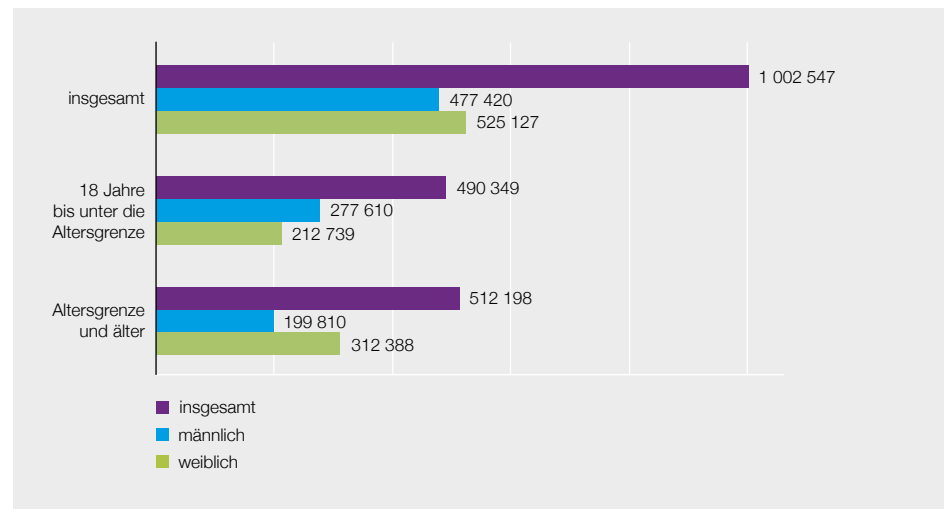
Bei den Empfängern von Grundsicherung im Alter gibt es regionale (West-Ost) und auch geschlechtsspezifische Unterschiede: Ende 2014 bezogen in Deutschland rechnerisch 33 von 1 000 Frauen und 27 von 1 000 Männern Grundsicherung im Alter. ▶ [Abb 9](#)

Während im früheren Bundesgebiet 36 von 1 000 Frauen, die die Altersgrenze erreicht hatten, Grundsicherung erhielten, waren es in den neuen Ländern mit Berlin 21 von 1 000 Frauen in diesem Alter. Bei den gleichaltrigen Männern lag die Inanspruchnahme bei 29 von 1 000 im Westen Deutschlands und bei 21 von 1 000 im Osten Deutschlands.

Eine Ursache für die geringeren Grundsicherungsquoten der älteren Menschen in den ostdeutschen Bundesländern kann die höhere Erwerbsbeteiligung – vor allem auch der Frauen – in der ehemaligen DDR gewesen sein. Daraus resultieren heute höhere Rentenansprüche, die meist zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter ausreichen. Eine weitere mögliche Ursache für die geringere Inanspruchnahme in Ostdeutschland ist ein geringeres Mietenniveau als in Westdeutschland.

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtzahl der Empfänger von Grundsicherungsleistungen lag Ende 2014 bei 16 %. Insgesamt 24 von 1 000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und 14 von 1 000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit erhielten Ende 2014 Grundsicherungsleistungen. Vor allem ältere Ausländer nahmen

▶ **Abb 9** Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Altersgruppen am Jahresende 2014



diese Sozialleistung vergleichsweise häufig in Anspruch, 159 von 1 000 ausländischen Mitbürgern erhielten Grundsicherung im Alter. Damit bezogen sie diese Leistung rund sechsmal so häufig wie Deutsche entsprechenden Alters (25 von 1 000 Personen). Gründe dafür können vor allem geringere Einkommen der Ausländer während ihrer Erwerbszeit sowie kürzere Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sein, wodurch die Bedürftigkeit wahrscheinlicher ist als bei den Deutschen.

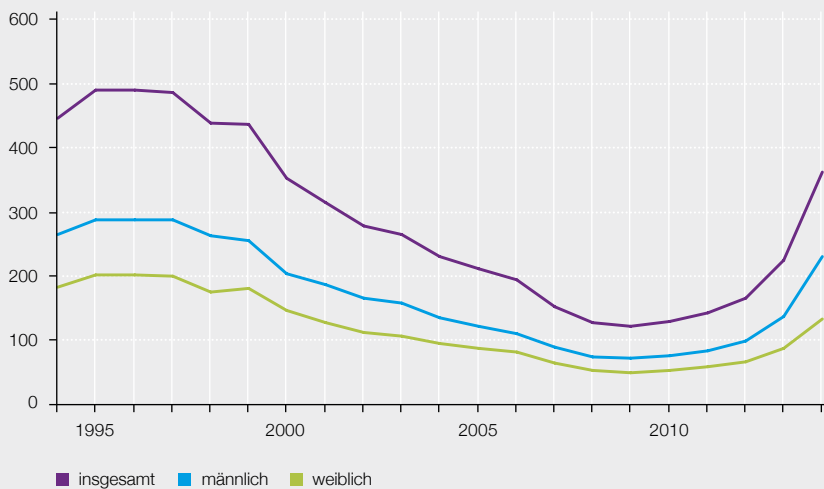
Die monatlichen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden wie die Leistungen nach dem SGB II und der Hilfe zum Lebensunterhalt nach Regelsätzen erbracht. Neben dem Regelsatz werden sowohl die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung als Bedarf anerkannt als auch eventuell anfallende Beiträge für Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Mehrbedarfzuschläge. Die Gesamtsumme dieser Bedarfspositionen ergibt den Bruttobedarf, also den Betrag, den der jeweilige Antragsteller für seinen Lebensunterhalt monatlich benötigt. Zieht man hiervon das anrechen-

bare Einkommen des Empfängers ab, erhält man den Nettobedarf.

Im Durchschnitt errechnete sich für einen Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Ende 2014 ein monatlicher Bruttobedarf von 740 Euro. Durchschnittlich 359 Euro wurden pro Monat für den Regelsatz aufgewendet. Fielen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung an, gingen diese mit durchschnittlich 333 Euro in die Bedarfsberechnung ein. Hatten die Empfänger ein anrechenbares Einkommen, so lag dies bei durchschnittlich 381 Euro. Der Nettobedarf je Leistungsberechtigten betrug wie im Vorjahr durchschnittlich 451 Euro.

In den ersten Jahren nach Einführung des Grundsicherungsgesetzes sind die Empfängerzahlen stark angestiegen: Bei der erstmaligen Erhebung Ende 2003 wurden rund 439 000 Grundsicherungsempfänger gemeldet. Seitdem hat sich die Zahl der Empfänger von Grundsicherung gemäß SGB XII bis Ende 2014 mehr als verdoppelt (+ 128 %; rund 1 003 000 Personen). Grund dafür war beispielsweise ein in der Anfangszeit nicht unerheblicher Rückstand der Antragsbearbeitung

► **Abb 10** Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Jahresende 1994 bis 2014 – in 1 000



bei den durchführenden Kommunen. Aufgrund des demografischen Wandels, des zunehmenden Anteils prekärer Beschäftigung und unterbrochener Erwerbsbiografien ist in den kommenden Jahren mit einer weiter steigenden Zahl von Bedürftigen zu rechnen.

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2014 brutto rund 5,9 Milliarden Euro auf. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – gaben sie rund 5,5 Milliarden Euro aus. Dies entsprach rund einem Fünftel (21 %) der gesamten Nettoausgaben für Sozialhilfe nach dem SGB XII.

Asylbewerberleistungen

In Deutschland lebende Asylbewerber erhalten seit 1993 anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Asylbewerberleistungen, um ihren Lebensunterhalt und ihre spezielle Bedarfssituation zu sichern. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ermittelte Zahl der Asylanträge ist bis

zum Jahr 2008 zunächst nahezu kontinuierlich und deutlich gesunken. Parallel hierzu haben sich sowohl die Zahl der Empfänger als auch die Ausgaben für Asylbewerberleistungen entwickelt. Da die Zahl der Asylanträge seit 2009 wieder steigt, wachsen auch die Zahl der Empfänger von Asylbewerberleistungen und die diesbezüglichen Ausgaben seit 2010 wieder an. Am Jahresende 2014 erhielten knapp 363 000 Personen laufende Asylbewerberleistungen (Regelleistungen). Hierfür gab der Staat brutto 1,8 Milliarden Euro aus.

Die von der amtlichen Statistik nachgewiesenen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umfassen die sogenannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Die Regelleistungen dienen zur Deckung des täglichen Bedarfs und werden entweder in Form von Grundleistungen oder als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Die Grundleistungen sollen den notwendigen Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern

des Haushalts durch Sachleistungen decken. Unter besonderen Umständen können – anstelle der Sachleistungen – auch Wertgutscheine oder andere vergleichbare, nicht bare Abrechnungen sowie Geldleistungen erbracht werden. Zusätzlich erhalten die Leistungsempfänger einen monatlichen Geldbetrag (Taschengeld) für die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die so gewährte individuelle Hilfeleistung ist insgesamt geringer als die korrespondierenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt. In speziellen Bedarfssituationen werden besondere Leistungen gewährt: Dazu gehören etwa Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, Leistungen in Form von Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung, sowie sonstige Leistungen.

Ende des Jahres 2014 wohnten die 363 000 Empfänger von Regelleistungen in insgesamt 216 000 Haushalten. Die Zahl der Leistungsbezieher stieg gegenüber dem Vorjahr um 61 %. Den bislang höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1994 erreichte die Zahl der Regelleistungsempfänger Ende 2009 mit rund 490 000 Personen, den niedrigsten Stand am Jahresende 2009 mit rund 121 000 Beziehern. ► [Abb 10](#)

Gut 63 % der Empfänger von Regelleistungen waren Männer. Die Hälfte der Bezieher (50 %) war jünger als 25 Jahre. Dezentral untergebracht waren 47 % der Regelleistungsempfänger, während die Übrigen in Gemeinschaftsunterkünften oder Aufnahmeeinrichtungen lebten.

Die meisten Bezieher von Regelleistungen stammten aus Europa und Asien (jeweils 38 %) gefolgt von Personen aus Afrika (knapp 20 %). Die rund 139 000 europäischen Empfänger von Regelleistungen waren mit 50 % überwiegend im Besitz eines serbischen, kosovarischen oder montenegrinischen Passes oder deren Vorgängerstaaten (Bundesrepublik Jugoslawien, Serbien und Montenegro). Rund 13 % stammten aus der Russischen Föderation und 10 % aus Mazedonien. Die knapp 138 000 asiatischen

Bezieher von Regelleistungen kamen vornehmlich aus Syrien (30 %), Afghanistan (16 %), dem Irak (10 %), Pakistan (8 %), dem Iran (7 %) sowie dem Libanon (5 %).

Der deutsche Staat gab im Jahr 2014 für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2,401 Milliarden Euro brutto aus. Nach Abzug der Einnahmen (insbesondere Erstattungen von Sozialleistungsträgern) von 37 Millionen Euro beliefen sich die Nettoausgaben auf 2,364 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Nettoausgaben um rund 59 %. Der größte Teil der Bruttoausgaben wurde für Regelleistungen aufgewandt (1,811 Milliarden Euro).

10.4.3 Förderungssysteme

Wohngeld

Das Wohngeld ist ein je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes wird es einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mietobjekte oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentum geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder, deren monatlichem Gesamteinkommen sowie der zu berücksichtigenden Miete beziehungsweise Belastung. Ausführliche Informationen zum Thema Wohnen und Miete enthält Kapitel 9, Seite 259. ▶ [Info 3](#)

Zum Jahresende 2014 bezogen 565 000 Haushalte in Deutschland Wohngeld. Das waren 1,4 % aller Privathaushalte. Von den Wohngeldhaushalten waren rund 511 000 Haushalte (90 %) sogenannte reine Wohngeldhaushalte und 54 000 Haushalte (10 %) wohngeldrechtliche Teilhaushalte. In reinen Wohngeldhaushalten leben ausschließlich wohngeldberechtigte Haushaltsmitglieder. Dagegen wohnen in Mischhaushalten wohngeldberechtigte und nicht wohngeldberechtigte Personen zusammen. Zum wohngeldrechtlichen

▶ Info 3

Änderungen beim Wohngeld

Durch verschiedene Gesetzesänderungen ergaben sich für das Wohngeldrecht zum 1. Januar 2009 erhebliche Veränderungen. Zunächst wurden vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise über einen nach der Haushaltsgröße gestaffelten festen Betrag erstmals Heizkosten bei der Ermittlung des Wohngeldes berücksichtigt. Außerdem wurde für Haushalte, die für einen der Monate Oktober 2008 bis März 2009 Wohngeld erhielten, ein nach der Personenzahl gestaffelter einmaliger zusätzlicher Wohngeldbetrag geleistet, der dem durchschnittlichen finanziellen Vorteil der Wohngeldnovelle für die Monate Oktober bis Dezember 2008 entsprach. Des Weiteren wurden die Höchstbeträge für Miete und Belastung über die Abschaffung der Baualtersklassen auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % erhöht. Neben den genannten Änderungen wurden auch die Tabellenwerte um 8 % angehoben. Infolgedessen hat sich die Anzahl der in der Wohngeldstatistik erfassten Haushalte deutlich erhöht.

Die Berücksichtigung der Heizkosten wurde ab 1. Januar 2011 dann durch das Haushaltsbegleitgesetz wieder aufgehoben. Danach sanken erneut sowohl die Anzahl der Haushalte mit Wohngeldbezug als auch die Wohngeldausgaben.

Teilhaushalt zählen die wohngeldberechtigten Mitglieder eines Mischhaushalts.

Im Jahr 2014 gab der Staat für Wohngeldleistungen rund 845 Millionen Euro aus. Gegenüber dem Jahr 2013 ging die Zahl der Wohngeldhaushalte insgesamt um 15 % zurück. Bei den wohngeldrechtlichen Teilhaushalten war der Rückgang mit 23 % deutlich stärker als bei den reinen Wohngeldhaushalten mit 14 %. Die Wohngeldausgaben sanken im gleichen Zeitraum insgesamt um rund 14 %.

Das Wohngeld kommt in erster Linie Mietern zugute: Mehr als neun von zehn Wohngeldhaushalten (92 %) erhielten Ende 2014 ihr Wohngeld als Mietzuschuss. Der Rest (rund 8 %) erhielt es als Lastenzuschuss.

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich, sofern nicht anders erwähnt, ausschließlich auf reine Wohngeldhaushalte, die am Jahresende 2014 den überwiegenden Teil der Wohngeldhaushalte (90 %) ausmachten.

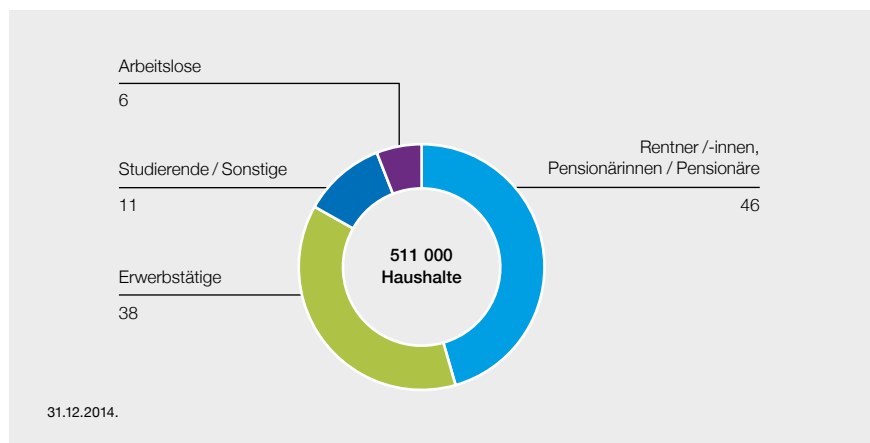
Ende 2014 waren knapp die Hälfte (46 %) der Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld Rentner oder Pensionäre, etwa ein Drittel (38 %) ging einer beruflichen Tätigkeit nach. Rund ein Zehntel (11 %) der Wohngeldempfänger studierte noch oder war aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig. Rund 6 % waren arbeitslos. ▶ [Abb 11](#)

Mehr als die Hälfte (55 %) der reinen Wohngeldhaushalte waren am Jahresende 2014 Einpersonenhaushalte, in rund einem Viertel (26 %) der Haushalte lebten mindestens vier Personen. Rund 12 % der Wohngeldhaushalte waren Zweipersonenhaushalte und 8 % Dreipersonenhaushalte. ▶ [Abb 12](#)

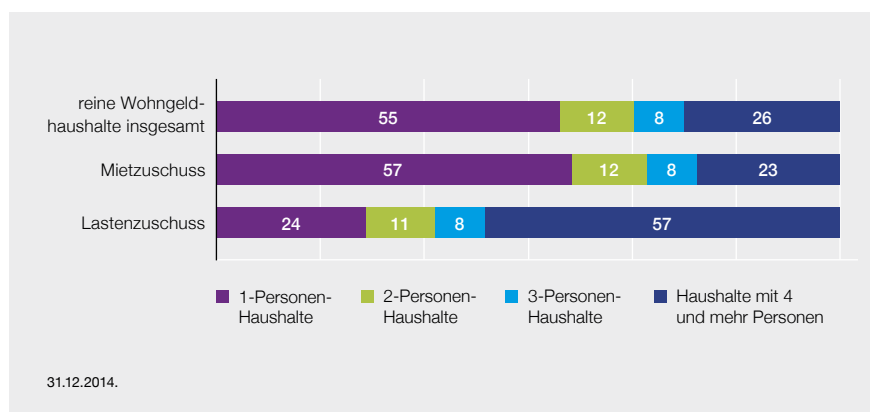
Als Mietzuschuss wird das Wohngeld überwiegend an kleinere Haushalte gezahlt, als Lastenzuschuss dagegen eher an größere Haushalte. So wurde der Mietzuschuss am Jahresende 2014 zu 69 % an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt, wobei bereits mehr als die Hälfte der Empfängerinnen und Empfänger von Mietzuschuss (57 %) allein lebte. In den Haushalten mit Lastenzuschuss wohnten dagegen überwiegend (57 %) vier und mehr Personen.

Am 31. Dezember 2014 hatte ein reiner Wohngeldhaushalt einen durchschnittlichen monatlichen Anspruch auf Wohngeld in Höhe von 114 Euro. Die Haushalte mit Lastenzuschuss hatten in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen. An sie wurden mit durchschnittlich 151 Euro deutlich höhere Beträge gezahlt als an die Haushalte mit Mietzuschuss in Höhe von 111 Euro. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zugrunde liegende Gesamteinkommen. ▶ [Tab 3](#)

► **Abb 11** Reine Wohngeldhaushalte nach sozialer Stellung des Antragstellers 2014 – in Prozent



► **Abb 12** Reine Wohngeldhaushalte nach Art des Wohngeldes und Haushaltsgröße 2014 – in Prozent



Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall von der Antragstellerin beziehungsweise dem Antragsteller getragen werden. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen tatsächlichen Wohnkosten je Wohngeldempfängerhaushalt von 420 Euro auf 306 Euro.

Die Höhe der Miete beziehungsweise der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung und Ähnliches. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, daher wird auch von »Bruttokaltmiete« gesprochen. Bei den Eigentümerhaushalten zählen zur Belastung der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung des Wohnraums, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die monatliche Bruttokaltmiete reiner Wohngeldhaushalte mit Mietzuschuss betrug Ende 2014 durchschnittlich 6,85 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, die monatliche Belastung der entsprechenden Haushalte mit Lastenzuschuss

► **Tab 3** Reine Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes 2014

	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... Euro			Durchschnittlicher Wohngeldanspruch/Monat
			unter 50	50–150	150 und mehr	
	Anzahl	in %	in % von Spalte 1			in Euro
Insgesamt	510 716	100	26,6	47,6	25,8	114
Mietzuschuss	467 833	91,6	27,1	48,2	24,7	111
Lastenzuschuss	42 883	8,4	20,4	41,2	38,4	151
Haushalte ...						
von Alleinstehenden	278 343	54,5	36,6	53,8	9,5	77
mit 2 Haushaltsmitgliedern	60 691	11,9	22,9	50,1	27,0	114
mit 3 Haushaltsmitgliedern	39 182	7,7	18,4	46,6	35,0	130
mit 4 Haushaltsmitgliedern	60 387	11,8	12,7	42,9	44,4	149
mit 5 Haushaltsmitgliedern	42 751	8,4	8,4	31,0	60,6	185
mit 6 und mehr Haushaltsmitgliedern	29 362	5,7	4,6	18,7	76,7	268

31.12.2014.

lag mit durchschnittlich 4,69 Euro je Quadratmeter Wohnfläche niedriger.

Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Einerseits sind die durchschnittlichen Mieten je Quadratmeter in kleinen Wohnungen höher als in größeren. Zusätzlich überwiegen unter den Haushalten mit Mietzuschuss Einpersonenhaushalte, die in der Regel über eine kleine Wohnfläche verfügen. Andererseits leben in Wohngeldhaushalten mit Lastenzuschuss zu meist vier und mehr Haushaltsmitglieder in größeren Wohnungen mit mindestens 120 Quadratmetern zusammen. Zusätzlich ist die Belastung bei Wohngeldhaushalten mit Lastenzuschuss besonders niedrig, wenn für Wohnraum keine Belastung aus dem Kapitaldienst mehr besteht, sondern nur noch die Belastung aus der Bewirtschaftung (Instandhaltungs- und Betriebskosten).

Bei der Wohngeldförderung existiert in Deutschland ein Ost-West- und ein Nord-Süd-Gefälle. Zum Jahresende 2014 waren im früheren Bundesgebiet ohne Berlin 1,2 % aller privaten Haushalte reine Wohngeldhaushalte oder wohngeldrechtliche Teilhaushalte. In den neuen Ländern mit Berlin war dieser Anteil mit 2,0 % deutlich höher. In den alten Bundesländern war der Anteil der Wohngeldhaushalte an den Privathaushalten in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 1,5 % am höchsten, gefolgt von Bremen mit 1,4 %. Am seltensten erhielten die Haushalte in Bayern und im Saarland (jeweils 0,8 %) sowie in Hessen (1,1 %) Wohngeld. In den neuen Ländern hatte Mecklenburg-Vorpommern (3,1 %) den höchsten und Brandenburg sowie Sachsen-Anhalt (je 2,0 %) den niedrigsten Anteil an Wohngeldhaushalten. ▶ [Abb 13](#)

Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin lag dabei der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von reinen Wohngeldhaushalten bei 122 Euro, in den neuen Ländern und Berlin bei 95 Euro sowie bundesweit bei 114 Euro. Die durchschnittliche monatliche Miete beziehungsweise Belastung von reinen Wohngeldhaushalten belief sich auf 6,51 Euro je Quadratmeter

Wohnfläche. In den alten Bundesländern ohne Berlin lagen die durchschnittlichen Wohnkosten bei 6,69 Euro je Quadratmeter, in den neuen Bundesländern mit Berlin bei 6,04 Euro je Quadratmeter.

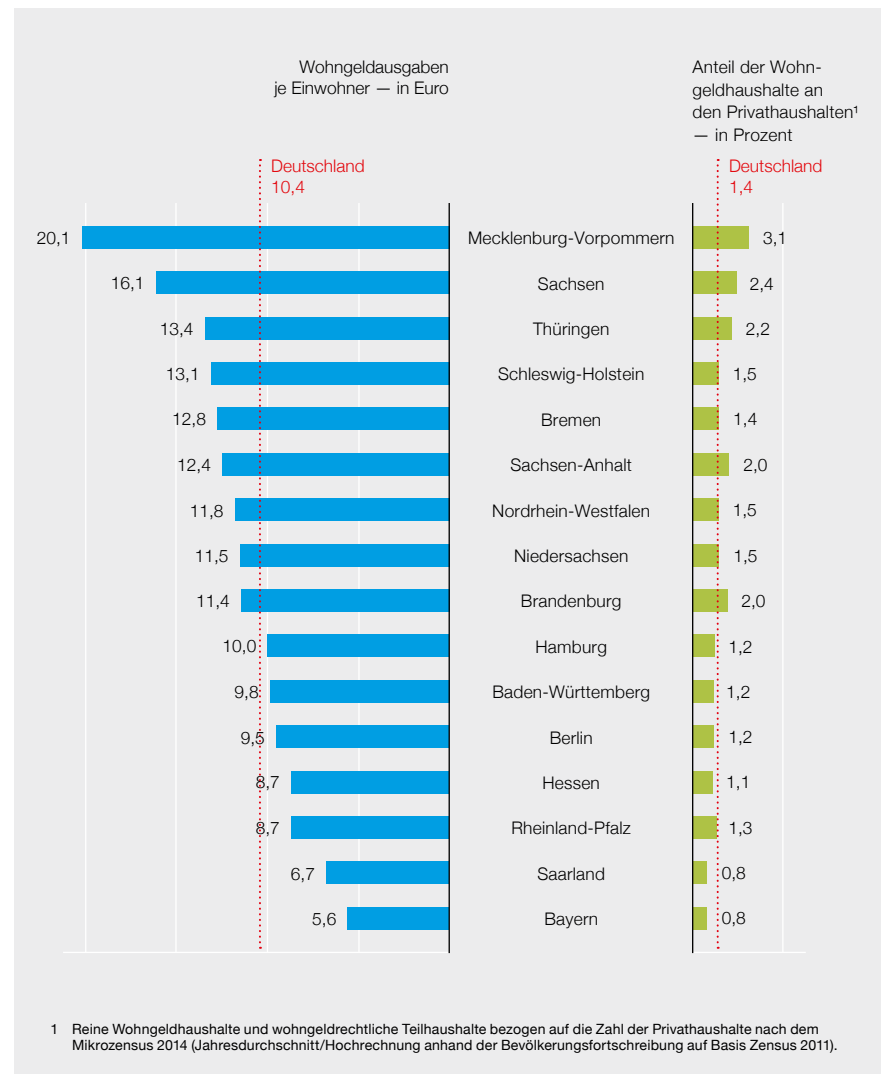
Elterngeld

Das seit 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld soll es Müttern und Vätern erleichtern, vorübergehend ganz oder teilweise auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten, um mehr Zeit für die Kinderbetreuung zu haben.

Anspruch auf Elterngeld haben Mütter und Väter, die

- ihre Kinder nach der Geburt selbst betreuen und erziehen,
- nicht mehr als 30 Stunden in der Woche erwerbstätig sind,
- mit ihren Kindern in einem Haushalt leben und
- einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Ehe- oder Lebenspartner, die das Kind nach der Geburt betreuen – auch wenn

▶ **Abb 13** Wohngeldausgaben und Wohngeldhaushalte nach Ländern 2014



es nicht ihr eigenes ist –, können unter denselben Voraussetzungen Elterngeld erhalten. ▶ [Info 4](#)

Das Elterngeld beträgt mindestens 300 Euro und höchstens 1 800 Euro monatlich. In der Höhe orientiert es sich am durchschnittlich verfügbaren Erwerbseinkommen, das der betreuende Elternteil im Jahr vor der Geburt erzielt hat. Bei einem Voreinkommen zwischen 1 000 und

1 200 Euro ersetzt das Elterngeld das nach der Geburt wegfallende Einkommen zu 67 %. Für Nettoeinkommen ab 1 200 Euro und mehr vor der Geburt des Kindes sinkt die Ersatzrate des Elterngeldes von 67 % auf 65 % (bei Voreinkommen von 1 240 Euro und mehr auf 65 %, bei Voreinkommen von 1 220 Euro auf 66 %). Für Geringverdiener mit einem Einkommen unter 1 000 Euro steigt die Ersatzrate schritt-

weise auf bis zu 100 %: je geringer das Einkommen, desto höher die Ersatzrate.

Auch wenn vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielt wurde, wird der Mindestbetrag von 300 Euro gezahlt. Je nach Familiensituation erhöht sich der Elterngeldanspruch um einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag. Einem Elternteil wird das Elterngeld für bis zu 12 Monate gewährt; bei Alleinerziehenden bis zu 14 Monate. Nehmen beide Partner Elterngeld in Anspruch, so wird die Bezugsdauer auf 14 Monate verlängert. Eine Verdopplung der Bezugsdauer ist bei Halbierung des Elterngeldsatzes möglich.

Die Statistik zum Bundeselterngeld wird vierteljährlich erhoben. Sie bezieht sich als Bestandsstatistik auf die Betrachtung der Leistungsbezüge des Berichtsquartals. Aber auch Auswertungen von beendeten Elterngeldbezügen für Kinder eines bestimmten Geburtszeitraums – wie in diesem Beitrag – sind möglich. Alle Elterngeldbezüge für im Jahr 2013 geborene Kinder wurden zwischenzeitlich abgeschlossen, sodass nun rückblickend eine Auswertung zur tatsächlichen Inanspruchnahme von Elterngeld für diese Kinder erfolgen kann. Insgesamt wurden im Jahr 2013 rund 682 100 Kinder geboren. Für diese Kinder bezogen knapp 874 600 Mütter und Väter Elterngeld. Für 218 200 Kinder wurde jeweils vom Vater Elterngeld beantragt. Dies entspricht einer Beteiligung der Väter von 32 % gegenüber 29 % für im Jahr 2012 geborene Kinder. Am häufigsten bezogen Väter in Sachsen (41 %) und in Bayern (40 %) Elterngeld, gefolgt von Thüringen (37 %), Baden-Württemberg und Berlin (jeweils 36 %). Am niedrigsten lag die Väterbeteiligung im Saarland (20 %). ▶ [Tab 4](#)

Die Mehrheit der Väter (78 %) bezog das Elterngeld für zwei Monate. Einen zwölfmonatigen Elterngeldbezug nahmen lediglich 5 % der Väter in Anspruch. Mütter bezogen bundesweit zu 90 % Elterngeld für zwölf Monate und länger, Elterngeld für nur zwei Monate erhielten unter 1 % der Mütter.

▶ [Info 4](#)

Elterngeld

Elterngeldbezüge für bis Ende 2012 geborene Kinder wurden in der ab 2008 durchgeführten Statistik über die beendeten Leistungsbezüge erfasst. In dieser inzwischen eingestellten Statistik erfolgte erst nach Abschluss eines Leistungsbezuges eine Meldung zur Statistik. Über Elterngeldbezüge für ab Januar 2013 geborene Kinder gibt nun die neue Bestandsstatistik Auskunft, die die Statistik über die beendeten Leistungsbezüge abgelöst hat. Auch mit der neuen Bestandsstatistik lassen sich Aussagen über die endgültige Inanspruchnahme von Elterngeld für Kinder eines bestimmten Geburtszeitraums errechnen. Hierzu werden alle Leistungsbezüge zusammengefasst und ausgewertet, die sich auf den betreffenden Geburtszeitraum beziehen. Gültige Rechtsgrundlage ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz für die bis zum 30. Juni 2015 geborenen Kinder. Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen des Elterngeld Plus für ab 1. Juli 2015 geborene Kinder werden hier nicht thematisiert.

▶ **Tab 4** Im Jahr 2013 geborene Kinder – nach Anzahl und Anteil der Kinder, deren Vater Elterngeld bezogen hat

	Geborene Kinder insgesamt	Kinder, deren Vater Elterngeld bezogen hat	
		Anzahl	in %
Baden-Württemberg	91 505	33 219	36,3
Bayern	109 562	43 701	39,9
Berlin	35 038	12 486	35,6
Brandenburg	18 355	6 380	34,8
Bremen	5 749	1 426	24,8
Hamburg	18 137	6 376	35,2
Hessen	52 185	15 748	30,2
Mecklenburg-Vorpommern	12 560	3 287	26,2
Niedersachsen	62 879	18 222	29,0
Nordrhein-Westfalen	146 417	36 750	25,1
Rheinland-Pfalz	31 989	8 507	26,6
Saarland	6 848	1 378	20,1
Sachsen	34 800	14 256	41,0
Sachsen-Anhalt	16 797	4 258	25,3
Schleswig-Holstein	21 822	5 823	26,7
Thüringen	17 426	6 425	36,9
Deutschland	682 069	218 242	32,0

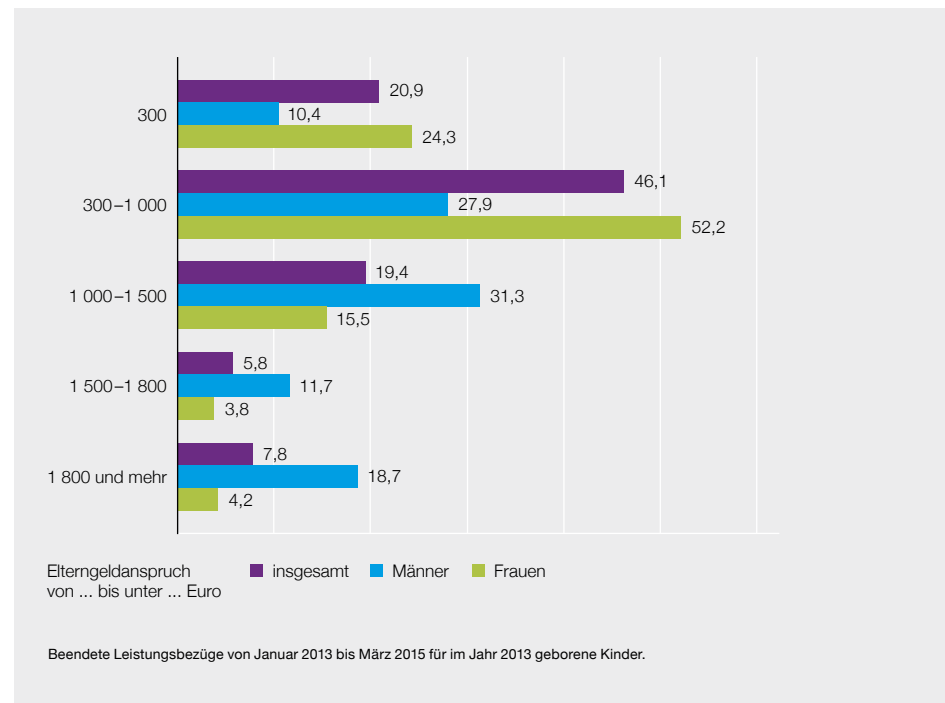
Etwa jede vierte Mutter (24 %) bezog den Mindestbetrag für Elterngeld in Höhe von monatlich genau 300 Euro. Bei den Vätern waren es 10 %. Ein monatliches Elterngeld von mehr als 300 bis unter 1 000 Euro erhielt gut die Hälfte der Mütter (52 %) und 28 % der Väter. Einen Anspruch von mehr als 1 000 Euro hatten 24 % der Mütter und 62 % der Väter. Die unterschiedlich hohen Elterngeldansprüche von Müttern und Vätern liegen unter anderem darin begründet, dass Väter häufiger vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren als Mütter und in der Regel ein höheres anrechenbares Einkommen erzielten. ▶ Abb 14

Der größte Teil (91 %) der Väter und gut zwei Drittel (68 %) der Mütter, die für ihr im Jahr 2013 geborenes Kind Elterngeld bezogen, waren vor der Geburt erwerbstätig (Elterngeldbeziehende insgesamt 74 %). Der durchschnittliche monatliche Elterngeldanspruch von vor der Geburt erwerbstätigen Vätern lag bundesweit mit 1 244 Euro deutlich höher als der vergleichbare Anspruch von Müttern mit durchschnittlich 897 Euro. Leistungsbeziehende, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren, erhielten – bedingt durch die Verbindung mit Geschwisterbonus und/oder Mehrlingszuschlag – im Durchschnitt 330 Euro Elterngeld (Mütter: 329 Euro, Väter: 335 Euro).

Kinder- und Jugendhilfe

Das Spektrum der erzieherischen Hilfen im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes nach dem SGB VIII ist weit gefächert. Es umfasst einerseits familienunterstützende Hilfen, die einen Verbleib der jungen Menschen in der Familie ermöglichen (»ambulante Hilfen«), und andererseits familienersetzende Hilfen, die außerhalb des Elternhauses erbracht werden (überwiegend »stationäre Hilfen«). Zu den ambulanten Hilfen zählen Erziehungsberatung, Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand oder Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit und sozialpädagogische Familienhilfe. Zu den Hilfen, die außer-

▶ Abb 14 Höhe des Elterngeldanspruchs im ersten Bezugsmonat für im Jahr 2013 geborene Kinder – in Prozent



halb des Elternhauses erfolgen, zählen Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie und Heimerziehung oder Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform. Intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung wird ein eigenständiges Profil zwischen ambulanter und stationärer Hilfe zugewiesen.

Wenn eine »dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist«, räumt das Kinder- und Jugendhilfegesetz den Sorgeberechtigten einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung ein. In Krisensituationen – zum Beispiel bei Erziehungsschwierigkeiten, Trennung oder Scheidung der Eltern, Gewalt unter Jugendlichen, Drogenkonsum – bietet die Kinder- und Jugendhilfe eine ganze Reihe von spezifischen Unterstützungen an, und zwar für Eltern, Mädchen und Jungen und für junge Erwachsene.

Die Leistungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes richten sich an »junge Menschen«; gemeint sind hier Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Im Jahr 2014 umfasste die Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe in der entsprechenden Altersgruppe 21,4 Millionen Personen, das sind 26 % der Bevölkerung. Es wurden insgesamt knapp 914 000 erzieherische Hilfen für junge Menschen und Familien in Deutschland nach dem SGB VIII durchgeführt (beendete und am Jahresende bestehende Hilfen).

Kinder- und Jugendhilfe unterstützt junge Menschen zum größten Teil innerhalb ihrer Familie. So wurden im Jahr 2014 drei Viertel der erzieherischen Hilfen innerhalb der Familie geleistet, und zwar als Erziehungsberatung (50 %), als Betreuung einzelner junger Menschen (6 %), als soziale Gruppenarbeit (2 %), als flexible (ambulante/teilstationäre) Einzelhilfe (2 %) oder als sozialpädagogische Familienhilfe (12 %) beziehungsweise als flexible Familienhilfe (3 %).

Unbegleitete Einreisen Minderjähriger

Im Jahr 2014 hat die Zahl der Minderjährigen, die aufgrund einer unbegleiteten Einreise aus dem Ausland in Obhut genommen wurden, stark zugenommen. So kamen 2014 rund 11 600 Kinder und Jugendliche ohne Begleitung einer sorgeberechtigten Person über die Grenze nach Deutschland, das waren 5 000 Minderjährige oder 77 % mehr als im Jahr 2013. Rund 10 500 dieser jungen Menschen

(90 %) waren männlich, dagegen reisten nur etwa 1 100 Mädchen unbegleitet nach Deutschland ein. Von den 11 600 eingereisten unbegleiteten Minderjährigen haben im Jahr 2014 laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 4 400 (38 %) einen Asylantrag gestellt.

► Tab 5 Erzieherische Hilfen nach Hilfearten 2014

	Anzahl der Hilfen	Anteil in %
Insgesamt	913 566	100
Ambulante Hilfen		
Erziehungsberatung	452 918	49,6
Sozialpädagogische Familienhilfe	113 851	12,5
Einzelbetreuung	56 246	6,2
Flexible familienorientierte Hilfe	28 999	3,2
Soziale Gruppenarbeit	16 100	1,8
Flexible Hilfe (ambulant / teilstationär)	16 669	1,8
Teilstationäre Hilfe		
Erziehung in einer Tagesgruppe	24 980	2,7
Stationäre Hilfen		
Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform	108 293	11,9
Vollzeitpflege	84 176	9,2
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	6 854	0,8
Flexible Hilfe (stationär)	4 480	0,5

Am Jahresende 2014 bestehende und im Jahr 2014 beendete Hilfen.

Etwa jede fünfte erzieherische Hilfe (22 %) fand außerhalb der Herkunftsfamilie statt: in Form von Heimerziehung beziehungsweise sonstiger betreuter Wohnform (12 %), Vollzeitpflege (9 %), intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (1 %) oder flexibler stationärer Einzelhilfe (0,5 %). Schließlich wurden noch 3 % der Hilfen teilstationär, und zwar in einer Tagesgruppe, geleistet. Hier wird die Fremdunterbringung dadurch

vermieden, dass die Kinder und Jugendlichen in ihren Familien bleiben, aber wochentags zeitweise außerhalb des Elternhauses betreut werden. ► Tab 5

Unter den ambulanten Hilfen wird die Erziehungsberatung am häufigsten in Anspruch genommen. Sie ist auch die zahlenmäßig bedeutendste Hilfeart im Gesamtspektrum der erzieherischen Hilfen. Im Jahr 2014 beendeten 311 000 junge Menschen eine Erziehungsberatung. Ge-

genüber 1991, dem Jahr des Inkrafttretens des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, ist die Nachfrage nach dieser Hilfe nahezu kontinuierlich gestiegen und hat sich bis 2014 mehr als verdoppelt. Die Beratungsquote nahm von 59 auf 146 je 10 000 junger Menschen unter 27 Jahren zu.

Hilfe für einzelne junge Menschen in Problem- und Konfliktsituationen wird durch Erziehungsbeistände beziehungsweise Betreuungshelfer oder in sozialer Gruppenarbeit geleistet. Im Jahr 2014 haben 72 300 junge Menschen eine der vorgenannten individuellen Betreuungsleistungen erhalten (beendete und über den Jahreswechsel andauernde Hilfen). Dies bedeutet gegenüber 1991 eine Steigerung um 257 %.

Eine Sonderstellung unter den ambulanten Hilfearten nehmen die sozialpädagogische und die flexible Familienhilfe ein. Hier ist die ganze Familie der Adressat der Hilfe, wobei eine Unterstützung im Familienalltag angeboten wird. Zu diesem Zweck kommt eine Fachkraft in die Familie und bietet kontinuierliche Unterstützung bei der Erziehung, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und bei Schwierigkeiten mit Außenstehenden an. Damit soll unter anderem die Unterbringung minderjähriger Kinder außerhalb der Familien vermieden werden. Im Jahr 2014 wurden rund 143 000 Familien durch eine sozialpädagogische oder flexible Familienhilfe unterstützt (beendete und am Jahresende bestehende Hilfen). Im Jahr 1991 hatten nur 13 000 Familien eine familienorientierte Hilfe in Anspruch genommen.

Auch die Hilfen außerhalb des Elternhauses sind gestiegen: Während Ende 1991 insgesamt 125 000 bestehende Hilfen außerhalb des Elternhauses registriert wurden, lag die Zahl am Jahresende 2014 bei 162 000. Dies bedeutet einen Anstieg um rund 30 %. Die einzelnen Hilfearten nahmen während dieses Zeitraums eine deutlich unterschiedliche Entwicklung. Während sich die Zahl der Hilfen in einer Tagesgruppe von knapp 8 000 auf knapp 17 000 mehr als verdoppelt hat, erhöhte sich die Zahl der jungen Menschen in Voll-

► **Abb 15** Begonnene Erziehungsberatungen, ambulante Hilfen und Hilfen außerhalb des Elternhauses 2014 – je 1 000 junger Menschen unter 27 Jahren



zeitpflege um 46 % von 48 000 auf 70 000. Die Zahl der im Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform untergebrachten jungen Menschen erhöhte sich leicht um 6 % auf etwas über 72 000. Die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung verzeichnete den größten Zuwachs (+ 314 %) auf 3 600 Hilfen, allerdings be-

zogen auf eine geringe Ausgangszahl von knapp 900 Hilfen am Jahresende 1991.

Differenziert nach Ländern ergeben sich deutliche Unterschiede in der Häufigkeit der verschiedenen gewährten Hilfen. Beobachtet man die Inanspruchnahme von Erziehungsberatungen auf Länderebene, werden klare Unterschiede

deutlich. Schleswig-Holstein erreichte 2014 mit 21,1 begonnenen Beratungen je 1 000 junger Menschen unter 27 Jahren den höchsten relativen Wert, dagegen lagen Mecklenburg-Vorpommern mit einer Quote von 8,0 und Hamburg mit einer Quote von 7,1 neu gewährten Beratungen weit dahinter. ► [Abb 15](#)

Die meisten ambulanten Hilfen (ohne Erziehungsberatung) haben in Hamburg begonnen: Mit 16,1 Hilfen je 1 000 junger Menschen unter 27 Jahren war die Quote hier fast viermal so hoch wie in Bayern, wo mit 4,2 begonnenen Hilfen je 1 000 junger Menschen unter 27 Jahren die wenigsten ambulanten Hilfen gewährt wurden.

Bei den neu gewährten Hilfen außerhalb des Elternhauses hat Bremen mit einer Quote von 7,7 Hilfen je 1 000 junger Menschen unter 27 Jahren den höchsten und Bayern mit 2,0 Hilfen den geringsten relativen Wert. In allen Bundesländern lag die Quote außerhalb des Elternhauses in Anspruch genommener Hilfen niedriger als die Quote der ambulanten Hilfen (ohne Erziehungsberatung).

Die unterschiedlichen Häufigkeiten einzelner Hilfearten in den Ländern hängen unter anderem davon ab, dass belastende Lebenssituationen für Kinder und Eltern regional nicht gleich verteilt sind. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II und Sozialhilfebezug, insbesondere von Minderjährigen (Abschnitt 10.4.2, Seite 317), sind in einigen Ländern – vor allem in den Stadtstaaten – häufiger anzutreffen. Auch Trennung und Scheidung und die daraus resultierende – oft proble-

matische – Situation Alleinerziehender sind nicht in allen Ländern gleich verteilt. Dabei gilt, dass keiner dieser Umstände zwangsläufig einen Bedarf an erzieherischer Hilfe verursacht. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Alleinerziehende erziehen ihre Kinder auch ohne vom Jugendamt vermittelte professionelle pädagogische Unterstützung. Sozioökonomische Belastungen sind zwar häufige Gründe innerhalb der vielfältigen Faktoren, die zur Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen führen, aber sie sind nicht zwingend und nicht ausschließlich. Hinzu kommt die individuelle Wahrnehmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern, die bei der Gewährung von erzieherischer Hilfe eine Rolle spielt und die bei durchaus ähnlich gelagerten Problemsituationen zu unterschiedlichen Hilfeentscheidungen führen kann.

Die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe weist Ausgaben nach, die aus öffentlichen Mitteln für Zwecke der Jugendhilfe nach dem SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – geleistet werden, sowie die entsprechenden Einnahmen. Diese werden getrennt für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII und für Ein-

richtungen der Kinder- und Jugendhilfe erfasst (unter anderem Kindertageseinrichtungen). Die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen werden gegliedert nach Hilfeart und Art der Ausgabe erhoben.

Für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wendeten die öffentlichen Träger im Jahr 2014 brutto 37,8 Milliarden Euro auf. Rund 65 % dieser Ausgaben fielen in den Bereich der Kindertagesbetreuung (24,6 Milliarden Euro). Leistungen der Hilfe zur Erziehung kosteten die Träger der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt 9,3 Milliarden Euro. Davon entfielen 5,0 Milliarden Euro (54 %) auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege und Heimerziehung oder sonstiger betreuter Wohnform.

Adoptionen

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 3 805 Minderjährige adoptiert, davon waren 2 314 (61 %) mit den Adoptiveltern oder einem Adoptivelternteil verwandt. Mehr als ein Drittel (38 %) der im Jahr 2014 adoptierten Kinder war unter drei Jahre alt. Hier zeigten sich Unterschiede beim Verwandtschaftsverhältnis der Kinder zu den Adoptiveltern: Bei Adoptionen von nicht verwandten Kindern lag

► Tab 6 Adoptierte Kinder und Jugendliche nach persönlichen Merkmalen, Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern und deren Staatsangehörigkeit 2014

	Insgesamt	Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
		verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	deutsch	nicht deutsch	deutsch/ nicht deutsch
Insgesamt	3 805	124	2 190	1 491	3 455	71	279
im Alter von ... bis ... Jahren							
unter 3	1 439	27	427	985	1 373	17	49
3–5	485	18	191	276	441	10	34
6–11	1 013	43	814	156	891	22	100
12–17	868	36	758	74	750	22	96
Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit							
Deutsche	3 183	67	1 983	1 133	3 020	36	127
nicht Deutsche	622	57	207	358	435	35	152

der Anteil der unter Dreijährigen bei 66 %. Dagegen betrug der Anteil unter dreijähriger Kinder bei einer Adoption durch Verwandte oder Stiefeltern lediglich 20 %. Von den adoptierten Minderjährigen hatten 622 (16 %) nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Davon wurden 299 im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt. ▶ Tab 6

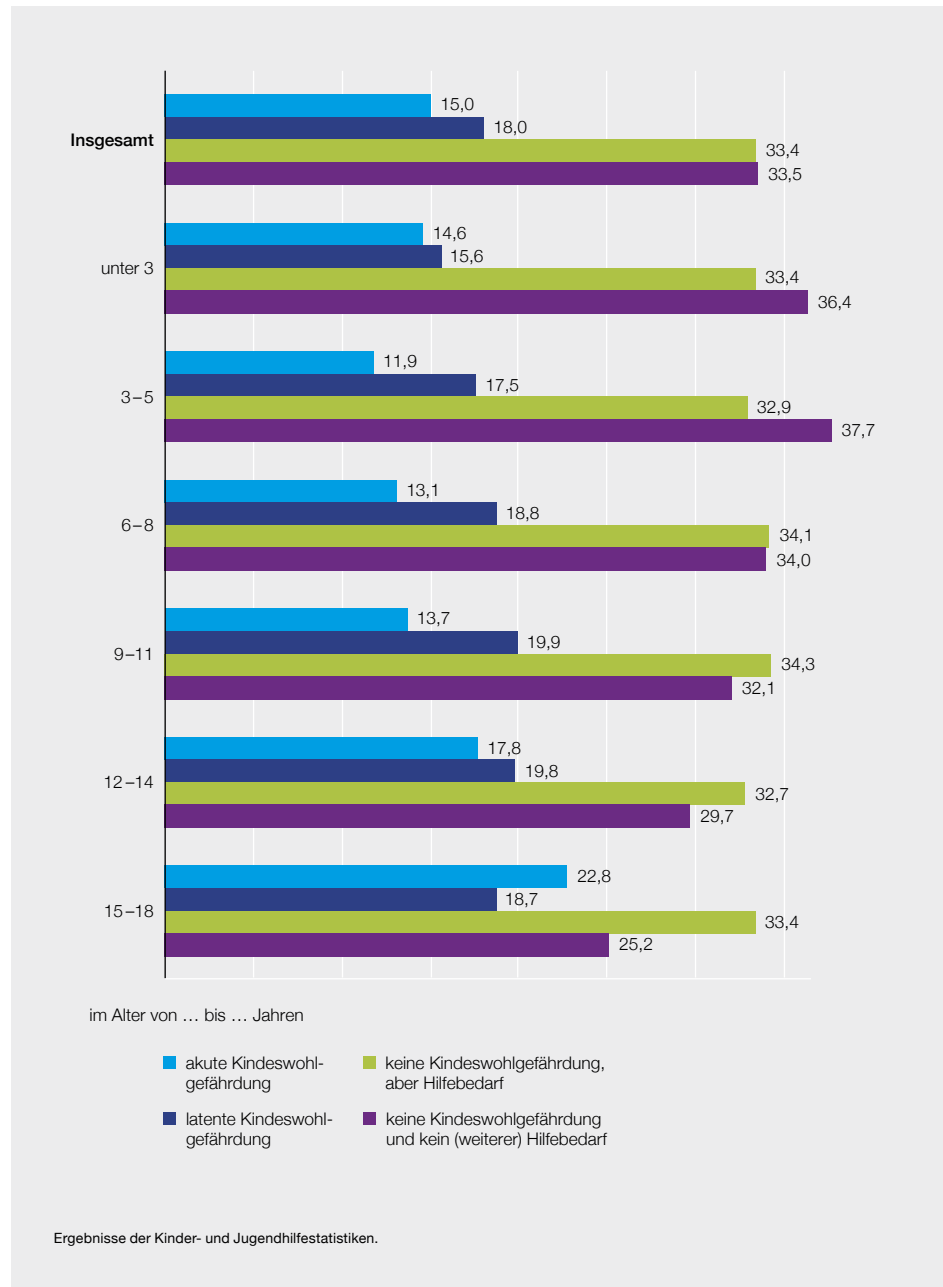
Gefährdungseinschätzungen

Die Jugendämter in Deutschland führten im Jahr 2014 insgesamt 124 200 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls nach § 8a Absatz 1 SGB VIII (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung) durch. Eine Gefährdungseinschätzung wird vorgenommen, wenn dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines / einer Minderjährigen bekannt werden und es sich daraufhin zur Bewertung der Gefährdungslage einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind beziehungsweise Jugendlichen sowie seiner Lebenssituation macht.

Von allen Verfahren bewerteten die Jugendämter 18 600 eindeutig als Kindeswohlgefährdungen (akute Kindeswohlgefährdung); dies entspricht 15 %. Bei 22 400 Verfahren (18 %) konnte eine Gefährdung des Kindes nicht ausgeschlossen werden (latente Kindeswohlgefährdung). In 83 200 Fällen (67 %) kamen die Fachkräfte zu dem Ergebnis, dass keine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Dabei wurde jedoch in jedem zweiten Verfahren (50 %) ein Hilfe- oder Unterstützungsbedarf durch das Jugendamt festgestellt. ▶ Abb 16

Knapp zwei von drei Kindern (64 %), bei denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung vorlag, wiesen Anzeichen von Vernachlässigung auf. In 27 % der Fälle wurden Anzeichen für psychische Misshandlung festgestellt. Etwas weniger häufig, nämlich mit einem Anteil von 24 %, wiesen die Kinder Anzeichen für körperliche Misshandlung auf. Anzeichen für sexuelle Gewalt wurden in 5 % der Verfahren festgestellt. Mehrfachnennungen waren möglich.

▶ Abb 16 Gefährdungseinschätzung nach §8a Absatz 1 SGB VIII im Jahr 2014 – in Prozent



10.5 Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in Ost- und Westdeutschland

Ralf Himmelreicher

FU Berlin, Institut für Soziologie und
Geschäfts- und Informationsstelle
für den Mindestlohn

WZB/SOEP

Im Oktober 1990 erfolgte mit dem Beitritt der DDR zur BRD eine Transformation der Rechtsordnung, indem das Grundgesetz im sogenannten Beitrittsgebiet in Kraft trat. Der Beitritt ermöglichte rund 3,8 Millionen Rentnerinnen und Rentnern aus der DDR eine Eingliederung in die gesetzliche Rentenversicherung (gRV). Diese Eingliederung ist Ausdruck einer enormen kollektiven Solidarität im vereinten Deutschland. Für Neurentner werden Löhne und Erwerbsbiografien zu DDR-Zeiten im Grundsatz so behandelt, als ob die Personen im damaligen Westdeutschland gelebt und gearbeitet hätten.

In der gRV werden die Anwartschaften der Versicherten in Entgeltpunkten (EP) bemessen. Im Folgenden wird die Summe der persönlichen EP von Zugängen in Altersrente unter Berücksichtigung des Zugangsfaktors (siehe Info 1) analysiert. Die Entgeltpunkte können mit dem jeweiligen aktuellen Rentenwert (ab 01.07.2014: 28,61 Euro West und 26,39 Euro Ost) multipliziert werden, um näherungsweise die Höhe der jeweiligen monatlichen Altersrente zu ermitteln. Würden sich die Alterseinkünfte von allein lebenden Frauen und Männern ausschließlich aus der gRV speisen, dann wären je nach Wohnort knapp 30 EP erforderlich, um Altersarmut zu vermeiden und über die Grundsicherungsschwelle zu kommen. Zeitreihenanalysen für den

Zeitraum von der deutschen Einheit bis einschließlich dem Jahr 2014 zeigen anschaulich, wie sich die Höhe und Verteilung der Lebensarbeitseinkommen aus abhängiger Beschäftigung im Zeitverlauf entwickelt haben. Die Befunde werden differenziert für Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland ausgewiesen, weil auch 25 Jahre nach dem Mauerfall unterschiedliche Löhne sowie Erwerbsbiografien und damit Rentenanwartschaften zu verzeichnen sind. ► Info 1

Betrachtet werden in Deutschland wohnende Versicherte mit erstmaligem Bezug einer Altersrente, die 60 Jahre und älter sind (sogenannte Inlandsrentner). Beziehende von Teilrenten, Renten mit scheidungsbedingtem Versorgungsausgleich sowie Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten wurden von der Analyse ausgeschlossen. Die Daten basieren auf Mikrodaten der Rentenzugangstatistik der Jahrgänge 1993, 1998 und 2003 bis einschließlich 2014, die vom Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV) zur Verfügung gestellt werden.

10.5.1 Lohnentwicklung

Beitragspflichtige Arbeitsentgelte, im Folgenden kurz Löhne genannt, stellen neben Kindererziehung und Pflege die zentrale Größe dar, aus denen sich individuelle Ansprüche gegenüber der gRV

► Info 1

Entgeltpunkte

Entgeltpunkte (EP) werden bestimmt, indem die jährlichen individuellen rentenversicherungspflichtigen Bruttoeinkommen durch das jährliche Durchschnittsentgelt aller Versicherten dividiert werden. Dadurch sind sie eine dimensionslose (preisbereinigte) Größe, die man als relative Wohlstandsposition interpretieren und als objektiven Indikator in die Sozialberichterstattung aufnehmen kann. Die sich über die gesamte Erwerbsbiografie ergebende Summe dieser EP stellt eine valide Messgröße für die Höhe der Anwartschaften der Versicherten gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV) dar. Zu beachten ist bei der Interpretation Folgendes: Einerseits wird bei der Berechnung dieser Entgeltpunkte der Zugangsfaktor berücksichtigt. Das heißt, vor allem bei Rentenzugang vor Erreichen der Regelaltersgrenze reduzieren Abschläge die EP, während Zuschläge die Renten erhöhen, jedoch nur selten vorkommen. Im Jahr 2014 werden 2 % aller Altersrenten durch Zuschläge erhöht und 24 % durch Abschläge reduziert. Zudem wird die Spanne der EP nach unten durch die Geringfügigkeitsgrenze (450 Euro monatlich in 2014) und nach oben durch die Beitragsbemessungsgrenze (BBG der allgemeinen RV monatlich 2014, Ost: 5 000 Euro, West: 5 950 Euro) begrenzt. Über der Beitragsbemessungsgrenze liegende Arbeitseinkommen wirken sich in der gRV nicht rentenerhöhend aus.

speisen. Damit bestimmen die in EP ausgedrückten relativen Löhne und die Länge der Erwerbsbiografie im Fall der Verrentung maßgeblich die Höhe der jeweiligen Altersrenten. Auf die damals bestehenden unterschiedlichen Lohnniveaus in den alten und neuen Bundesländern wurde im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG 1991) durch Höherwertung der Ostlöhne reagiert. ▶ **Abb 1**

Die Höherwertung der Entgelte (Ost) mit dem in Abbildung 1 (rechte Skala) ausgewiesenen Faktor ist in Anlage 10, Sozialgesetzbuch VI dokumentiert und wird berechnet, indem die jährlichen Bruttodurchschnittslöhne (West) durch entsprechende Löhne (Ost) dividiert werden. Dieser Faktor weist aus, dass in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit eine schnelle Lohnannäherung erfolgte, jedoch seit Mitte der 1990er-Jahre bis Ende 2014 die Durchschnittslöhne im Westen gleichbleibend knapp 20 % höher ausfallen als jene im Osten. Erklärungs-

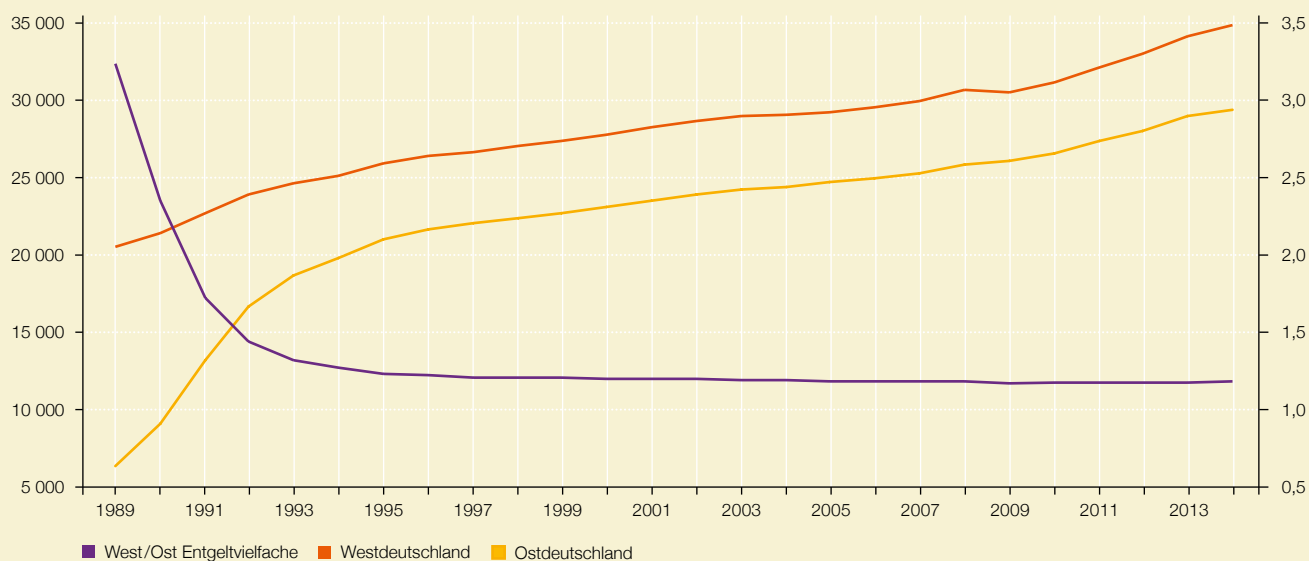
ansätze zur Begründung der Lohndifferenzen in Ost und West zielen häufig auf unterschiedliche Branchenstrukturen und Betriebsgrößen sowie Produktivitätsunterschiede ab. Die Produktivitätsunterschiede werden auf weniger industrielle Arbeitsplätze im Osten mit wertschöpfungsschwächerer Endfertigung und wenigen kapitalstarken Großunternehmen zurückgeführt. Insgesamt ist die Wirtschaftsstruktur im Osten kleinteiliger und hat eine niedrigere Exportquote als im Westen. Zudem befinden sich Hochlohnabteilungen wie Firmenleitungen und Forschungsabteilungen eher in West- als in Ostdeutschland. Des Weiteren ist eine starke Erosion der Tarifbindung selbst im verarbeitenden Gewerbe festzustellen: In Ostdeutschland wird nur noch jeder dritte Beschäftigte nach Tarif bezahlt, im Westen mehr als jeder Zweite. Allerdings haben Erwerbstätige im Osten oftmals höhere tatsächliche Arbeitszeiten als jene im Westen.

Zudem kommen Teilzeitarbeit und Minijobs im Osten seltener als im Westen vor. Umgekehrt liegt die Arbeitslosigkeit im Osten knapp 70 % über Westniveau. Durch die sozialpolitische Kompensation der Ost-West-Lohnunterschiede im Rahmen der Höherwertung erfolgt trotz eines geringeren aktuellen Rentenwertes im Osten eine Anhebung der durchschnittlichen Rentenanwartschaften in Richtung Westniveau.

10.5.2 Entwicklung der Altersrenten

Die Summe der persönlichen Entgeltpunkte spiegelt die Anwartschaften der Versicherten gegenüber der gRV wider. Sie können als Bilanz der Erwerbs- beziehungsweise Versicherungsbiografien interpretiert werden. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen und Männern in den jeweiligen Regionen werden die empirischen Befunde differenziert nach Geschlecht sowie für Ost- und Westdeutschland in

▶ **Abb 1** Nominale jährliche Bruttodurchschnittslöhne in West- und Ostdeutschland (linke Skala) und Höherwertung der Ostlöhne (rechte Skala) 1989–2014

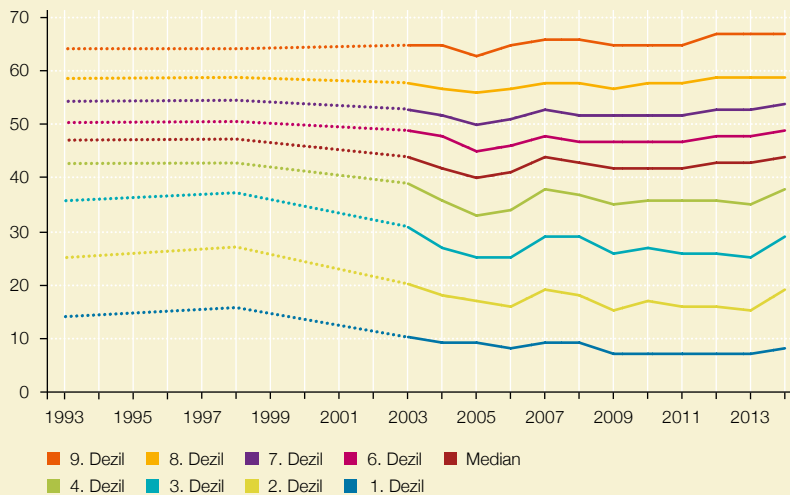


Datenbasis: Rentenversicherung in Zeitreihen 2014, DRV-Schriften Band 22, S. 260; eigene Berechnungen.

► **Info 2**
Medianrentner

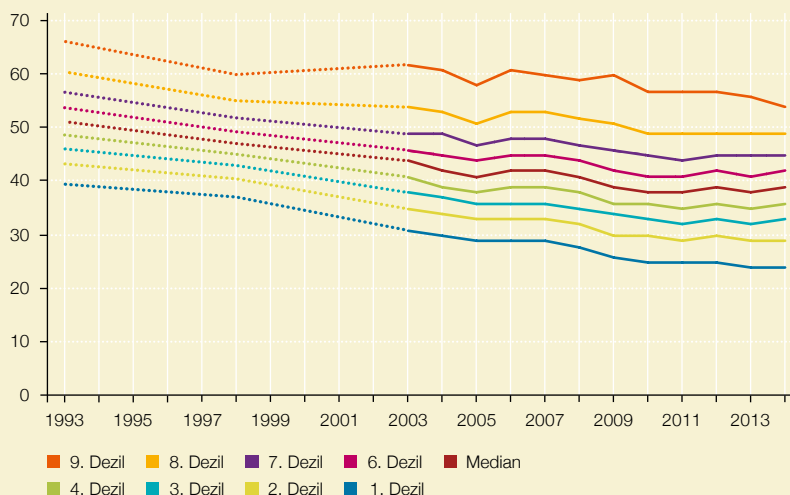
Zur besseren Veranschaulichung wird die Verteilung der Entgeltpunkte (EP) in sogenannten Dezilen dargestellt. Das heißt, aus der Rangordnung nach der Höhe ihrer EP werden zehn gleich große Gruppen gebildet. Die Dezile geben dann die Grenzen an, an denen die jeweils nächsthöhere Gruppe beginnt. Das erste Dezil grenzt die unteren zehn Prozent von den zweiten zehn Prozent ab, und so weiter. Der Median bildet in dieser Rangordnung genau die Mitte: die Hälfte aller Personen hat EP in einer Höhe, die über beziehungsweise unter dem Median liegt.

► **Abb 2** Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Männern in Westdeutschland 1993–2014¹ – in Dezilen



¹ Rentenzugangsjahre.
Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93VXSB, SUFRTZN98VXSB, SUFRTZN03-13VXSB; eigene Berechnungen.

► **Abb 3** Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Männern in Ostdeutschland 1993–2014¹ – in Dezilen



¹ Rentenzugangsjahre.
Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93VXSB, SUFRTZN98VXSB, SUFRTZN03-14VXSB; eigene Berechnungen.

Dezilen ausgewiesen. Die Darstellung zeigt die Entwicklung der Lebensarbeits-einkommen in Entgeltpunkten beim Rentenzugang innerhalb der zurückliegenden 21 Jahre, zwischen kurz nach der Deutschen Einheit (1993) und dem aktuellen statistischen Rand (2014).

Für männliche Neurentner in Westdeutschland zeigt sich dabei ein deutlicher Rückgang ihrer EP: Die Anwartschaften des Medianrentners (siehe Abbildung 2) sinken im Zeitverlauf von etwa 47 im Jahr 1993 um 6% auf 44 EP im Jahr 2014. Damit verzeichnen Neurentner des Jahres 2014 im Durchschnitt geringere Anwartschaften als Rentner, die in früheren Jahren in Rente gingen. Dieser negative Trend erfasst insbesondere niedrige bis mittlere gRV-Renten. Die von der gRV ausbezahlte Median-Bruttorente steigt von 1 072 Euro im Jahr 1993 um knapp 60 Euro auf 1 131 Euro im Jahr 2014. ► [Info 2](#), [Abb 2](#)

Insgesamt hat die Spreizung der EP und damit der Auszahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung durch sinkende Niedrigrenten und geringfügig steigende Höchstrenten zugenommen: Erreichten die untersten zehn Prozent der westdeutschen Neurentner 1993 noch rund 22% der EP der obersten Rentnergruppe, so liegt dieser Anteil im Jahr 2014 mit rund 12% deutlich niedriger. Während die Anwartschaften im unteren Segment sinken, lassen sich im oberen Segment steigende Anwartschaften feststellen. Bei Neurentnern der drei unteren Dezile gehen die Entgeltpunkte um bis zu 7 EP zurück. Demgegenüber verzeichnen Bezieher von Altersrenten in den drei höchsten Dezilen gleichbleibende bis geringfügig zunehmende Anwartschaften. Entgeltpunktsommen jenseits 60 EP verweisen auf langjährige, weit überdurchschnittlich bezahlte Beschäftigung: Zum Beispiel nahezu 40 Jahre Vollzeitbeschäftigung mit einem Lohnniveau, das etwa beim eineinhalbfachen Durchschnittslohn liegt (West 2014: 52 286 Euro pro Jahr). Anzumerken ist an dieser Stelle, dass Löhne in dieser Größenordnung bei jüngeren Beschäftigten nach dem beruflichen Einstieg eher selten vorkommen.

Die männlichen Rentenzugänge in Ostdeutschland weisen im Untersuchungszeitraum einen deutlichen Rückgang ihrer Anwartschaften auf. Die EP des Medianrentners sinken seit der deutschen Einheit von 51 EP um knapp ein Viertel auf 39 EP in 2014. Durch die Rentenanpassungen ergibt sich eine Steigerung der Median-Bruttorente von 844 Euro im Jahr 1993 auf knapp 937 Euro in 2014. ▶ Abb 3

Auch in Ostdeutschland ist bei den männlichen Neurentnern die Verteilung der Anwartschaften erkennbar ungleicher geworden: Erreichten Neurentner des untersten Dezils 1993 noch fast 60 % der EP des obersten Dezils, so kommen diejenigen des Jahres 2014 lediglich auf etwa 44 %. Die Ungleichheit der Anwartschaften der ostdeutschen Neurentner nimmt mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur deutschen Einheit zu und die Anwartschaften nehmen tendenziell ab. Anders formuliert: Je kürzer die DDR-geprägten Erwerbsbiografien (das heißt ohne Arbeitslosigkeit und mit geringer Lohnspreizung) sind, desto niedriger werden die Anwartschaften und umso höher deren Spreizung.

Eine andere Entwicklung ist bei den Frauen beim Übergang in eine Altersrente festzustellen. Die Summe der persönlichen EP von Frauen in Westdeutschland hat im Beobachtungszeitraum bei der Medianrentnerin zwar um rund 30 % zugenommen, jedoch vollzieht sich diese relative Veränderung vor dem Hintergrund niedriger absoluter Werte: von 12 im Jahr 1993 auf 15 EP in 2014 (siehe Abbildung 4) oder in ausgezahlten Beträgen von 261 Euro auf annähernd 386 Euro Median-Bruttorente. Ähnlich wie bei den Männern ist auch bei den Frauen die Spreizung der Rentenbezüge in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Neurentnerinnen im untersten Dezil erreichen in 2014 4 EP und damit weniger als 10 % der Anwartschaften des obersten Dezils mit 43 EP. Die Ungleichverteilung der Altersrenten bei westdeutschen Frauen im Beobachtungsfenster hat somit vor allem deshalb stark zugenommen, weil in unteren Dezilen kaum Veränderungen festzustellen sind, wäh-

rend zunehmend mehr Frauen höhere Entgeltpunktpositionen erreichen. Diese Entwicklung basiert einerseits auf zunehmender Frauenerwerbstätigkeit, gekennzeichnet durch längere Erwerbsbiografien mit höheren Löhnen, und andererseits auf einer verbesserten Anerkennung von Kindererziehungszeiten (Stichwort: Mütterrente) in der Rentenversicherung. Sie zeigt, dass ein zunehmender Anteil westdeutscher Frauen eine eigenständige Altersvorsorge aus der gRV erzielt, die in individueller Betrachtung die Grundsicherungsschwelle (30 EP) übersteigt. Sie zeigt jedoch auch, dass mit rund 70 % das Gros der westdeutschen Frauen über sehr niedrige individuelle Anwartschaften verfügt, die unter der Grundsicherungsschwelle liegen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Rentnerinnen im Haushaltskontext unter Umständen über ihre (Ehe-) Partner sowie weitere Alterseinkünfte hinreichend abgesichert sein können. Dennoch besteht der politische Wille, die eigenständige Altersvorsorge von (westdeutschen) Frauen zu stärken; nicht zuletzt wegen zunehmender Scheidungen und meist fehlender Hinterbliebenenversicherung bei der (staatlich geförderten) privaten wie betrieblichen Altersvorsorge. Außerdem gehen die Anwartschaften der Männer – wie eben beschrieben – im Zeitverlauf tendenziell zurück, weshalb

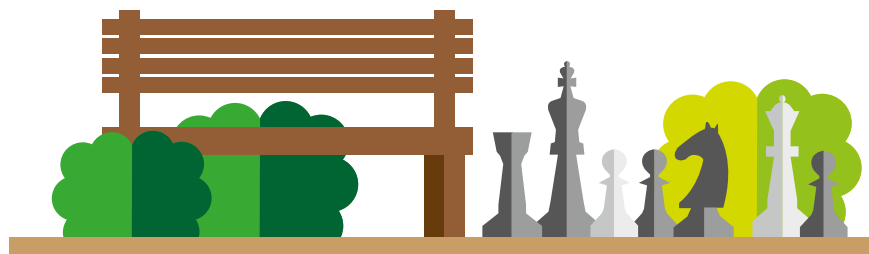
davon abgeleitete Witwenrenten ebenfalls tendenziell sinken. ▶ Abb 4

Die Anwartschaften von ostdeutschen Frauen beim Rentenzugang haben im untersuchten Zeitraum zugenommen: 1993 betragen sie bei der Medianrentnerin 31 EP, im Jahr 2014 34 EP (siehe Abbildung 5). In ausgezahlten Brutto-Beträgen entspricht dies einer Medianrente von knapp 450 EUR in 1993 und nahezu 809 EUR in 2014. Die Entwicklung der Anwartschaften verläuft dabei nicht einheitlich: Während die gRV-Ansprüche im unteren Dezil auf demselben Niveau verharren, steigen sie in den darüber liegenden Dezilen seit 2011 tendenziell an. Ähnlich wie bei den männlichen Neurentnern im Osten sind auch bei den Frauen die Unterschiede zwischen den niedrigsten und höchsten gRV-Renten vergleichsweise gering. Allerdings verfolgen die Entgeltpunkte der Frauen im Osten einen ansteigenden Pfad, die der Männer einen absteigenden. Im Ergebnis liegen die Entgeltpunkte 2014 im Osten in den jeweiligen Dezilen bei den Männern etwa 5 EP über jenen der Frauen, Tendenz sinkend. Im Westen ist die geschlechtsspezifische Rentnlücke der Frauen wesentlich höher und liegt bei Medianrentnern des Jahres 2014 bei 29 EP. ▶ Abb 5

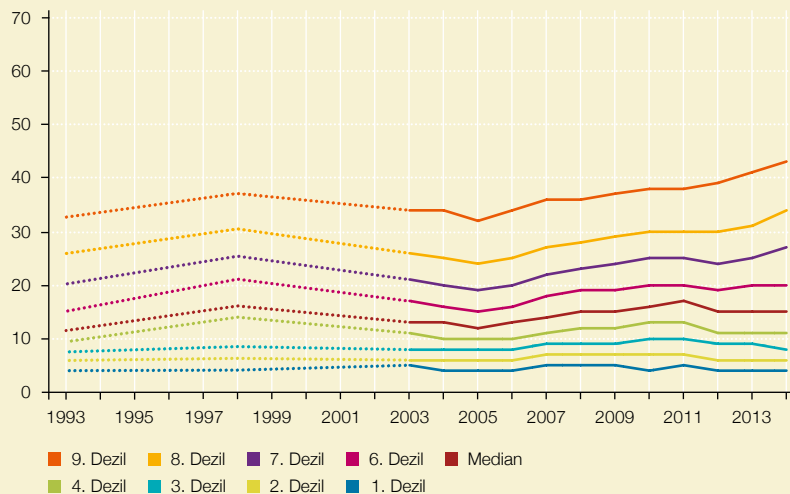
Der Rückgang der Anwartschaften ist bei Männern im Osten besonders stark ausgeprägt: Während Männer im Westen

809 €

betrug die Rente von ostdeutschen Frauen im Jahr 2014. Im Jahr 1993 waren es 450 €.

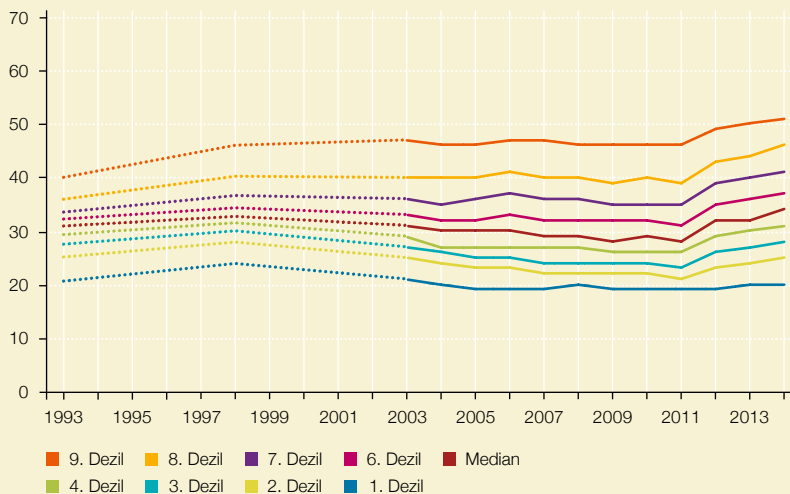


► **Abb 4** Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Frauen in Westdeutschland 1993–2014¹ – in Dezilen



¹ Rentenzugangsjahre.
Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93VXSB, SUFRTZN98VXSB, SUFRTZN03-14VXSB; eigene Berechnungen.

► **Abb 5** Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Frauen in Ostdeutschland 1993–2014¹ – in Dezilen



¹ Rentenzugangsjahre.
Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93VXSB, SUFRTZN98VXSB, SUFRTZN03-14VXSB; eigene Berechnungen.

und Frauen in beiden Regionen tendenziell gleichbleibende bis geringfügig steigende EP verzeichnen können, gehen die Ansprüche der Männer in Ostdeutschland sukzessive zurück, und das trotz einer im Vergleich zu westdeutschen Durchschnittslöhnen derzeit überproportionalen Aufwertung der ostdeutschen Durchschnittslöhne. Je länger der Zeitraum zwischen deutscher Einheit und individuellem Rentenzugang ist, desto niedriger werden die Anwartschaften. Hieran sowie anhand des insbesondere bei älteren Beschäftigten weit verbreiteten Niedriglohns werden die Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt besonders deutlich. Auf der anderen Seite sind ostdeutsche Männer mit der geringsten Spreizung ihrer Altersrenten die homogenste Bezugsgruppe. Vom Aufwärtstrend bei den Frauen in beiden Landesteilen profitiert das obere Drittel stärker als Bezieherinnen mittlerer und niedriger Altersrenten. Hinsichtlich der Verteilung ihrer Anwartschaften bilden Neurentnerinnen in den alten Bundesländern nach wie vor eine besonders heterogene Gruppe.

Die Veränderungen der Ansprüche der Versicherten an die gRV ergeben sich aus den in der Rentenformel genannten Parametern. Dies sind bei Altersrenten und bei gegebenem aktuellem Rentenwert die persönlichen Entgeltpunkte und der überwiegend um Abschlüsse reduzierte Zugangsfaktor. Der Einfluss unterschiedlicher Erwerbsverläufe – seien sie unterbrochen, diskontinuierlich oder perforiert (Schlagwort sind die sogenannten Patchwork-Biografien) – und deren Zusammenhang mit Abschlüssen beziehungsweise verschiedenen Entlohnungsregimen im Lebensverlauf der Versicherten soll hier nicht untersucht werden. Stattdessen fokussiert die Analyse auf Veränderungen in den institutionellen Rahmenbedingungen der gRV: Nach dem Rentenreformgesetz 1992 können Altersrenten vorgezogen in Anspruch genommen werden, allerdings werden pro Monat eines vorgezogenen Rentenzugangs Abschlüsse in Höhe von 0,3 % fällig; wird die Rente nach der Regelaltersgren-

ze beantragt, werden Zuschläge in Höhe von 0,5 % pro Monat ausgezahlt. Hinsichtlich der Wirkung der Abschläge ist neben rentenmindernden Abschlägen ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen: Bei einem vorgezogenen Rentenbeginn fallen die Anwartschaften zugleich niedriger aus, weil die Versicherten nicht bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weitergearbeitet haben. Beide Effekte zusammen genommen können eine Reduzierung der Rente um mehr als 20 % bewirken.

Der Anteil der von Abschlägen betroffenen Neurentner ist bis 2010 gestiegen und in den letzten Jahren mit der Verbesserung der Arbeitsmarktlage vor allem für ältere Beschäftigte wieder etwas zurückgegangen. Dennoch sind im Jahr 2014 in Bezug auf alle Zugänge in Altersrenten in Ostdeutschland rund 32 % der Neurentner beziehungsweise 41 % der Neurentnerinnen von rentenmindernden Abschlägen betroffen; in Westdeutschland sind es rund 25 % der Neurentner beziehungsweise 19 % der Neurentnerinnen. Diese erheblichen Unterschiede zwischen den Abschlägen spiegeln regionale Besonderheiten auf den Arbeitsmärkten für über 60-jährige Versicherte wider. Da die Abschläge die Rentenhöhe lebenslang reduzieren, verstärken sie somit das Rentengefälle zwischen Ost- und Westdeutschland. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Betroffenheit von Abschlägen mit der Entwicklung und Verteilung der Anwartschaften insofern zusammenhängt, dass vor allem männliche Neurentner in Ostdeutschland, deren Anwartschaften erheblich gesunken sind, auch besonders von höheren Abschlägen mit stark rentenmindernder Wirkung betroffen sind.

Reduzierte Altersrenten sind für Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland besonders problematisch, weil ihre Alterseinkünfte nach Ergebnissen der Studie Alterssicherung in Deutschland (ASID 2011) zu 92 % aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammen, im Vergleich zu 59 % in den alten Bundesländern. Zudem standen Neuzugängern in die Altersrente im Osten lediglich 25 Jahre zur Verfügung, um private und/oder betriebliche Alters-

vorsorge zu betreiben oder Vermögen zu akkumulieren. Dies zeigt sich unter anderem an den Wohneigentumsquoten in Ost- und Westdeutschland (West 43 %, Ost 32 %) sowie den im Durchschnitt deutlich höheren Marktwerten der Immobilien in Westdeutschland.

10.5.3 Ausblick

Wie gezeigt wurde, spielen in den beiden Landesteilen Erwerbsbiografien, jeweilige Löhne sowie unterschiedliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle für die Anwartschaften bei der gRV. Unterschiedliche Löhne und Erwerbsbiografien in Ost und West haben sich in den letzten Jahren zunehmend verfestigt. Vor allem die sinkenden Anwartschaften ostdeutscher Männer verweisen auf sich ausbreitende Niedriglöhne und Beschäftigungsprobleme. Grundsätzlich ist nicht zu erwarten, dass in den nächsten Jahren eine Angleichung des Lohnniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland erfolgen wird. Ab 2015 könnte die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns die Abwärtsspirale des Lohnniveaus aufhalten. Hierzu sind empirische Befunde erforderlich, die aktuell noch nicht vorliegen können. Allerdings sind zunehmende regionale Disparitäten auch innerhalb der beiden Landesteile festzustellen (beispielsweise Schleswig-Holstein im Vergleich zu Bayern beziehungsweise Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu Brandenburg). Es existiert ein Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Lohnhöhe, welches auf die stärkere Wirtschaftskraft in den südlichen Regionen zurückzuführen ist. Zudem ist das Lohnniveau im Allgemeinen in Städten und Ballungsräumen höher als in gering besiedelten Gegenden.

Im Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode findet sich in Bezug auf eine mögliche Rentenangleichung die Formulierung: »Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen. Der Fahrplan zur vollständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischenschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben: Zum Ende des Solidarpakts, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit

Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Zum 1. Juli 2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.«

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen würde eine einheitliche Rentenberechnung die niedrigeren Anwartschaften im Osten zusätzlich verringern, eben weil sich die Einkommensverhältnisse nicht angeglichen haben. Da sie dies auf absehbare Zeit auch nicht tun werden, sollte eine transparente Lösung gefunden werden, die den andauernden Lohnunterschieden in den beiden Landesteilen Rechnung trägt und diese nicht eins zu eins auf die Höhe der Altersrente überträgt. Aus individueller Perspektive sind es vor allem die sinkenden Rentenansprüche von Männern im Osten und die niedrigen Anwartschaften bei der Mehrzahl der Frauen im Westen, die auf zunehmende Altersarmutsrisiken verweisen. Ein auskömmliches Leben im Alter gestaltet sich vor allem dann als schwierig, wenn diese Männer und Frauen nicht über weitere Personen, zum Beispiel im Rahmen langjähriger Ehen, im Haushaltskontext abgesichert sind. Zudem weisen zahlreiche Studien nach, dass das Vertrauen gegenüber Formen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge im Zuge der Finanzmarkt- und Bankenkrise vor allem bei Geringverdienenden gesunken ist. Insofern ist davon auszugehen, dass Besserverdienende eher private und betriebliche Altersvorsorge betreiben, um das sinkende Rentenniveau kompensieren zu können. Darüber hinaus weisen höher Qualifizierte ein geringeres Risiko auf, wegen chronischer Erkrankungen vorzeitig mit Erwerbsminderungsrente aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu müssen. Die genannten Aspekte machen deutlich, dass eine konsequente Re-Orientierung hin zu den sozialpolitischen Zielen der »Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung im Alter« notwendig ist.

-4,9 %

betrug die Bevölkerungsentwicklung dünn besiedelter ländlicher Kreise in Ostdeutschland zwischen 2007 und 2013.

41 %

des Personenverkehrs in Kernstädten entfiel 2008 auf den Pkw. In ländlichen Regionen machte der Pkw 58 % des Personenverkehrs aus.

45 km

betrug die Tagesstrecke pro mobiler Person 2013.

60 %

der Gesamtfläche Deutschlands nahm 2013 der ländliche Raum ein. Rund 18 % der Bevölkerung lebten dort, lediglich 10 % aller Arbeitsplätze befanden sich auf dem Land.



+4,4 %

betrug die Bevölkerungsentwicklung kreisfreier Großstädte in Ostdeutschland zwischen 2007 und 2013.

11

Räumliche Mobilität und regionale Unterschiede

11.1

Art und Umfang der räumlichen Mobilität

Weert Canzler
WZB

WZB/SOEP

In der Debatte um räumliche Mobilität wird gerne darauf verwiesen, dass die Zahl der Wege, die Jeder und Jede durchschnittlich am Tag zurücklegt, seit Jahrhunderten etwas höher als drei liegt. Das mag stimmen, obwohl der statistische Beweis über einen so langen Zeitraum schwer zu erbringen sein dürfte. Für die letzten zwei Jahrzehnte zumindest ist gesichert, dass nicht nur die durchschnittliche Wegeanzahl, sondern auch die »Unterwegszeit pro Person« weitgehend konstant geblieben sind. Tabelle 1 bildet diese Ergebnisse aus zentralen Verkehrserhebungen in Deutschland seit Ende der 1990er-Jahre ab. Weitere relevante Kennziffern für den Verkehrsaufwand sind der

Modal Split nach Wegen und zurückgelegten Kilometern, das heißt die Verteilung auf verschiedene Verkehrsmittel, sowie die Wegezwecke. Bei allen diesen Kenngrößen fällt die Kontinuität auf. Die Abweichungen zwischen den verschiedenen Erhebungen sind gering. ▶ [Info 1, Tab 1](#)

Bei aller Kontinuität fällt aber auch auf: Leicht gestiegen sind die Wegelängen pro Tag und Strecke. Das kann kaum überraschen, denn die gelebte und die geforderte persönliche Mobilität hat in modernen Gesellschaften eine hohe Bedeutung. Es wird sozial von fast allen erwartet, mobil zu sein. Das gilt für den Arbeitsmarkt ebenso wie für das Bildungswesen, aber auch für die Freizeit. Womit wir bei den Wegezwe-

▶ Info 1

Daten zur räumlichen Mobilität

Die wichtigsten Erhebungen für den Personenverkehr in den letzten 15 Jahren in Deutschland sind zum einen die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin in Kooperation mit dem Institut für angewandte Sozialfragen (Infas) durchgeführte Haushaltsbefragung »Mobilität in Deutschland« (MiD 2002 und MiD 2008) und zum anderen die Befragungswellen des bundesweiten »Mobilitätspanels«, die vom Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe verantwortet wurden (MOP 1998/99 bis MOP 2013/14). Hinzu kommen mehrere auf den Stadtverkehr fokussierte Verkehrserhebungen im Rahmen des »Systems repräsentativer Verkehrsverhaltensbefragungen (SrV)«, die das Friedrich-List-Institut der Technischen Universität Dresden seit den 1970er-Jahren erarbeitet. Die letzte SrV 2013 bestätigt im Wesentlichen Ergebnisse der anderen bundesdeutschen Erhebungen (vgl.: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/vkw/ivs/srv/2013/Schlusskonferenz/SrV2013-Abschluss_Ahrens_2014-11-10.pdf). Für 1982 kann auf Daten der »Kontinuierlichen Erhebung zum Verkehrsverhalten« (KONTIV) zurückgegriffen werden. Die etwas abweichenden KONTIV-Zahlen lassen sich in erster Linie erhebungstechnisch erklären, außerdem ist der zeitliche Abstand zu den hier berücksichtigten MiD- und MOP-Erhebungen mit mehr als 10 Jahren beträchtlich.

► Tab 1 Zentrale Mobilitätskennziffern 1982–2013 (Personen ab 10 Jahre)

	KONTIV	MOP	MOP	MOP	MiD	MiD	MOP
	1982	1998	2002	2008	2002	2008	2013
Anteil mobiler Personen, insgesamt (in %)	82	91	91	92	85	89	92
Wege pro Person, insgesamt (Anzahl)	3	3,6	3,5	3,4	3,3	3,5	3,4
Wege pro mobiler Person (Anzahl)	3,7	3,9	3,8	3,7	3,9	3,9	3,7
Tagesstrecke pro mobiler Person (km)	37	43	42	44	45	46	45
Unterwegszeit pro mobiler Person ¹ (Minuten)	87	88	86	87	87	90	84
Durchschnittliche Wegelänge ¹ (km)	10	11,1	11	11,8	11,7	11,8	12
Modal Split – Basis Wege in %							
Zu Fuß	29	22	24	22	22	23	22
Fahrrad	11	8	10	11	9	10	13
MIV-Fahrer und Mitfahrer	50	59	57	55	61	59	52
ÖPV	10	10	9	11	9	9	13
Modal Split – Basis Personenkilometer in %							
Zu Fuß	3	3	3	3	3	3	3
Fahrrad	3	2	3	3	3	3	4
MIV-Fahrer und Mitfahrer	74	76	76	69	79	78	68
ÖPV	20	19	18	24	15	16	23

¹ Ohne »regelmäßige berufliche Wege«.

MIV = motorisierter Individualverkehr, ÖPV = Öffentlicher Personenverkehr.

Datenbasis: MiD 2002, 2008; MOP 1998–2013/14; KONTIV 82: Laufende Panelstatistik, Institut für Verkehrswesen, Universität Karlsruhe.

cken wären, die ebenfalls wichtige Kategorien jeder Verkehrsstatistik sind. Hier ist bemerkenswert, dass der Berufs- und Ausbildungsverkehr nicht den Stellenwert einnimmt, der ihm oft beigemessen wird. Er macht nur gut ein Sechstel des Verkehrsaufwandes aus, Freizeit- und Versorgungswege sind viel wichtiger. ► Abb 1

Trotz aller Konvergenz der genannten Verkehrsstudien in den Globaldaten zur persönlichen Mobilität gibt es eine Reihe von signifikanten Unterschieden und Besonderheiten, die sich entlang verschiedener Siedlungsformen, Haushaltstypen und Lebenslagen finden.

11.1.1 Verkehrsaufwand und Siedlungstypen

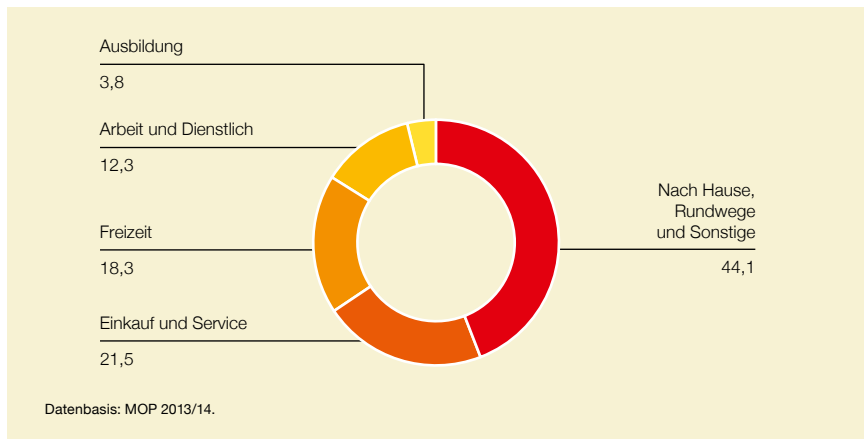
Im Personenverkehr gelten die zurückgelegten Kilometer als entscheidende Kenngröße. Bei diesen Personenkilometern gibt es die auffälligsten Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arm und Reich sowie zwischen verschiedenen Haushaltstypen.

In der Verkehrsforschung ist der enge Zusammenhang zwischen Siedlungstyp und Verkehrsaufwand schon lange bekannt. Generell gilt: Je dichter die Siedlungsstruktur, desto geringer der alltägliche Radius der Aktivitäten und damit die Personenkilometer. Das zeigt sich deutlich bei den Tageskilometerleistungen in Abbildung 2, die aus der Erhebung »Mobilität in Deutschland« (MiD) aus dem Jahr 2008 stammen, aber nach wie vor Gültigkeit besitzen: Während in der verdichteten Kernstadt die durchschnittliche Tagesstrecke 36 Kilometer beträgt, liegt sie in weniger verdichteten und in ländlichen Kreisen bei 40 beziehungsweise 42 Kilometern. Zugleich fällt auf, dass zwar der Anteil der mobilen Personen und die durchschnittliche Wegeanzahl in allen drei Kreistypen annähernd gleich sind; jedoch unterscheidet sich die Zeit, in der die Menschen in der Innenstadt, im Stadtumland oder im ländlichen Raum täglich unterwegs sind, signifikant.

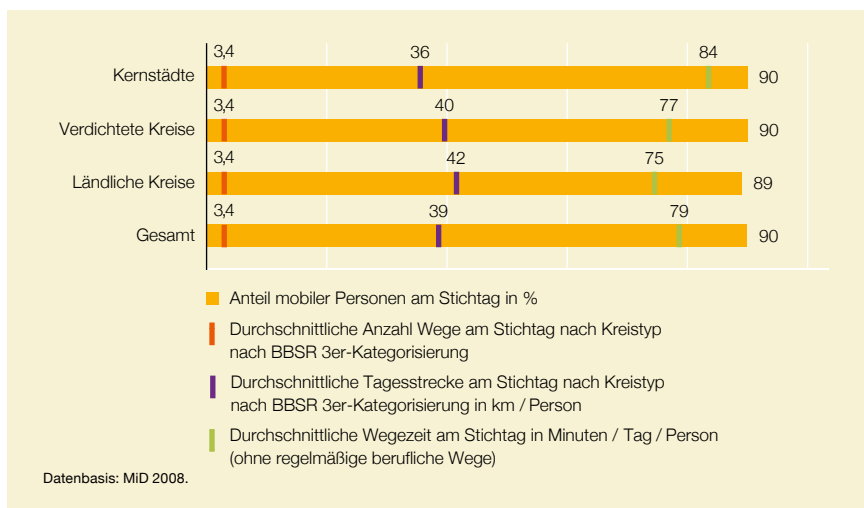
Für weniger Kilometer braucht der Städter länger als der Verkehrsteilnehmer außerhalb urbaner Siedlungsstrukturen. Er benötigt sieben beziehungsweise neun Minuten mehr, um seine täglichen Wege zu absolvieren. ► Abb 2

Diese Unterschiede in den Reisezeiten hängen nicht zuletzt mit der Belastung der Verkehrsinfrastrukturen zusammen, die zwischen den Siedlungstypen in aller Regel stark variieren. Insbesondere sind die Straßen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) in weniger dicht besiedelten Gebieten freier, sodass eine höhere Reisegeschwindigkeit erreicht werden kann. Das Auto ist hingegen in Städten langsamer und zugleich ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver. Dies erklärt die deutlichen Unterschiede im Modal Split zwischen den verschiedenen Regionstypen: Während die tägliche Pkw-Nutzung in der Kernstadt 2008 im Durchschnitt 41 % des gesamten Personenverkehrs beträgt (und

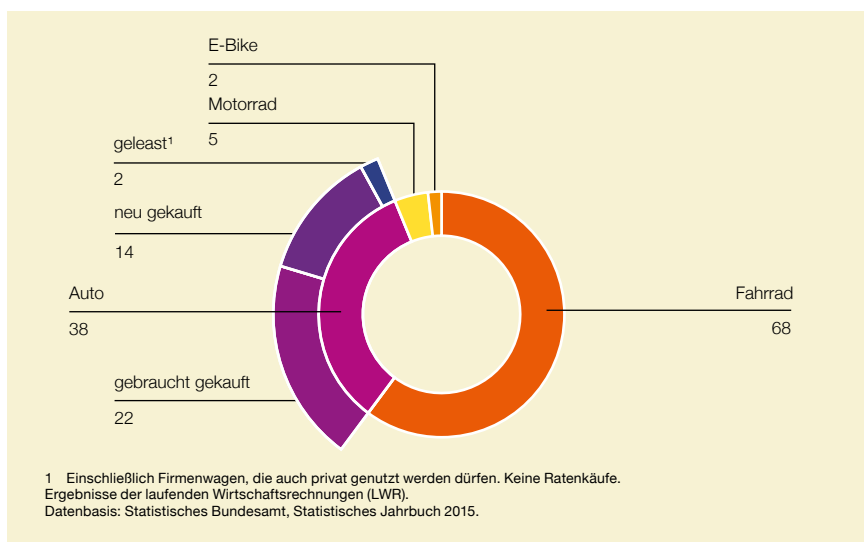
► **Abb 1** Aufteilung des Verkehrsaufkommens auf Zwecke 2013



► **Abb 2** Zentrale Mobilitätskenngrößen nach Kreistypen 2008



► **Abb 3** Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen 2014 – in Millionen



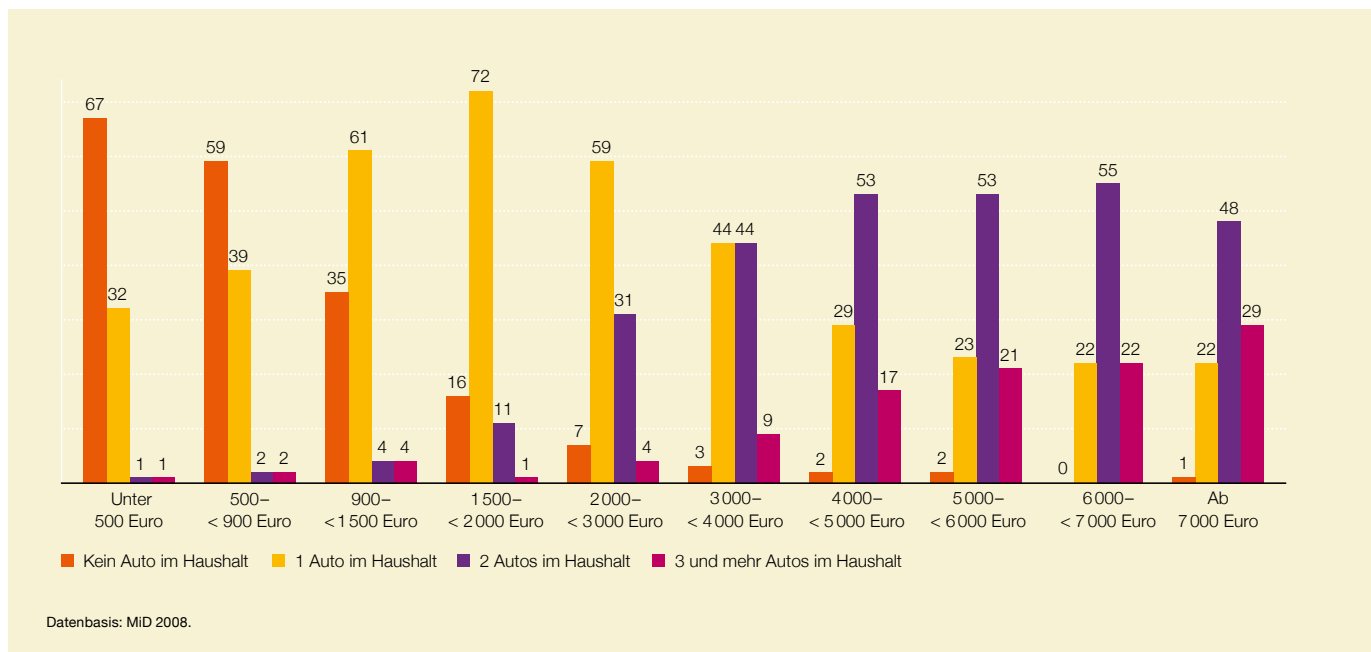
gegenüber 2002 sogar um 3 Prozentpunkte gesunken ist), macht sie in ländlichen Regionen 58 % aus. Umgekehrt haben der ÖPNV und auch das Fahrrad in Städten und verdichteten Räumen generell einen deutlich höheren Anteil. Bei der Fahrradnutzung erleben wir seit Jahren einen regelrechten Boom. So erstaunt es nicht, dass es in deutschen Haushalten fast doppelt so viele Fahrräder gibt wie Autos. ► **Abb 3**

11.1.2 Pkw-Verfügbarkeit

Trotz der Nutzungszuwächse beim Fahrrad und der Konsolidierung des ÖPNV ist der Personenverkehr in Deutschland wie in allen anderen entwickelten westlichen Gesellschaften von der Nutzung des Autos geprägt.

Auch wenn aus den Verkehrserhebungen der letzten zehn Jahre hervorgeht, dass der Anteil des MIV am Gesamtverkehrsmarkt leicht zurückgeht, dominiert er nach wie vor. Was begünstigt nun den MIV? In lediglich einem knappen Fünftel der bundesdeutschen Haushalte gibt es kein Auto. Lassen sich Bedingungen identifizieren, die eine Autonutzung wahrscheinlich machen? Neben dem bereits angeführten Siedlungstyp korrelieren die Haushaltsgröße und vor allem das Haushaltseinkommen mit der Autonutzung. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, steigt die Anzahl der im Haushalt verfügbaren Pkw mit dem Nettoeinkommen. Während in 60 % der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro monatlich kein Pkw zur Verfügung steht, besitzen in den Gutverdienerhaushalten mit Einkommen von mehr als 3000 Euro weniger als 3 % kein Auto. Die Abnahme der autolosen Haushalte in den dazwischen liegenden Einkommensklassen zeigt die Korrelation deutlich: Je höher das Haushaltseinkommen, desto umfangreicher die Pkw-Ausstattung; ab 2000 Euro steigt zudem der Anteil der Zweit- und Drittwagen kräftig an. Bei den Haushalten mit mehr als 4000 Euro Nettoeinkommen macht der Anteil der Mehr-Pkw-Haushalte bereits mehr als 70 % aus. ► **Abb 4**

► Abb 4 Anzahl der Pkw in den Haushalten nach Einkommensklassen 2008 – in Prozent



► Tab 2 Führerscheinbesitz und Pkw-Verfügbarkeit in den Haushalten 2013 – in Prozent

	Führerscheinbesitz	Regelmäßige persönliche Pkw-Verfügbarkeit
Insgesamt	86	75
Geschlecht		
Männer	89	79
Frauen	82	72
Altersgruppen		
18–25 Jahre	77	27
26–35 Jahre	88	56
36–50 Jahre	93	67
51–60 Jahre	85	57
61–70 Jahre	86	52
Ab 70 Jahre	80	43

Datenbasis: MOP 2013/14.

Aufschlussreich sind auch der Führerscheinbesitz und die Verfügbarkeitsrate von Pkw. Insgesamt haben im Jahr 2013 fast 86 % der erwachsenen Bundesbürger einen Führerschein und 75 %

können regelmäßig über ein Auto verfügen. Weniger als 20 % haben keinen Zugang zu einem Auto oder keinen Führerschein. Bei der Autoverfügbarkeit finden sich übrigens auffällige Unterschiede

zwischen den Altersgruppen: während nur gut 27 % der 18- bis 25-Jährigen jederzeit Zugriff auf einen Pkw haben, sind es in allen höheren Altersgruppen wesentlich mehr. Sogar in der Gruppe der über 70-Jährigen ist die Autoverfügbarkeit mit 43 % deutlich höher. ► Tab 2

Ansonsten gilt für die Ausstattung von Haushalten mit Autos: Sind kleine Kindern im Haushalt, ist das private Auto als Hauptverkehrsmittel sehr wahrscheinlich. Abweichungen von dieser Formel ergeben sich in erster Linie durch die ökonomische Situation eines Haushaltes. Haushalte mit niedrigem oder sehr niedrigem Einkommen verfügen lediglich zur Hälfte über ein eigenes Auto. Das betrifft viele Alleinerziehende. Weiterhin gilt: Je größer die Gemeinde, desto größer ist der Anteil derjenigen, die nicht ständig über ein Auto verfügen. Die Unterschiede sind erheblich: In Orten mit bis zu 50000 Einwohnern kommen fast 600 Autos auf 1000 Einwohner, während in Großstädten mit mehr als 500000 Einwohnern nur noch 360 Autos auf 1000 Bewohner zugelassen sind.

► Tab 3 Lebensphase des Haushalts¹ und Modal Split der Verkehrsmittelnutzung 2008 – in Prozent

	Agglomerationsraum			Verstädterter Raum			Ländlicher Raum		
	zu Fuß, Fahrrad	per MIV	mit ÖPV	zu Fuß, Fahrrad	per MIV	mit ÖPV	zu Fuß, Fahrrad	per MIV	mit ÖPV
Alleinstehende Rentner	49	36	15	49	43	8	61	34	6
Rentner-Haushalte	39	54	7	37	59	4	34	61	4
Alleinlebende	34	55	11	32	63	5	31	66	3
Zusammenlebende	28	63	10	28	67	5	28	68	4
Erwachsenen-Haushalte	25	63	12	25	70	6	22	72	6
Haushalte mit Schulkindern	32	56	12	33	57	10	29	63	9
Haushalte mit Kleinkindern	35	59	6	34	63	3	31	65	4
Alleinerziehende	43	40	17	34	58	9	40	53	7
Studenten	47	23	31	59	27	14	34	40	26
Auszubildende, Schüler	25	32	43	43	36	21	35	34	31
Sonstige	35	54	11	32	60	8	30	65	6

¹ Die Lebensphasen sind nicht vollkommen trennscharf, Überlappungen wie bei »Zusammenlebende« und »Erwachsenen-Haushalte« sind möglich. Datenbasis: MiD 2008.

11.1.3 Wahl der Verkehrsmittel und Lebensphase

Die Autoverfügbarkeit ist ausschlaggebend dafür, wie der Modal Split, also die Anteile der verschiedenen Verkehrsmittel, aussieht. Gerade das Auto fördert eine flexible Verwendung, es kommt komplexen Alltagsabläufen entgegen und erlaubt eine autonome Zeit- und Wegekettengestaltung. Und vor allem vereinfacht das Auto eine routinemäßige Nutzung. Es wird im Alltag oft verwendet, ohne im Einzelnen über Alternativen nachzudenken. Ist das Auto erst einmal verfügbar, drängt es andere Verkehrsmittel häufig an den Rand; in der Verkehrs- und Mobilitätsforschung wird daher vom »Kuckuckseffekt« infolge der Anschaffung eines Automobils gesprochen.

Auch wenn der Siedlungstyp und die Einkommenssituation der Haushalte die wahrscheinlich wichtigsten Einflussfaktoren für die Wahl der Verkehrsmittel sind, spielt die Lebensphase ebenfalls eine große Rolle. Es sind die Jüngeren, die noch nicht über ein eigenes Auto ver-

fügen und einen besonders hohen Anteil am sogenannten Umweltverbund haben. Das heißt: Sie nutzen ihre Muskelkraft und den Öffentlichen Verkehr häufiger als fast alle anderen Altersgruppen. Daneben kommen auch Rentner auf hohe Anteile beim Umweltverbund. In Tabelle 3 werden die Modal Split-Anteile je Lebensphase und in Abhängigkeit vom Siedlungsraum für das Jahr 2008 ersichtlich. In allen Siedlungsräumen steigt der Anteil des MIV von Lebensphase zu Lebensphase bis zum Rentenbeginn. Die Erwachsenenhaushalte sind besonders auto-affin, während die Studenten- und Alleinerziehendenhaushalte am stärksten die Verkehrsmittel des Umweltverbundes nutzen (müssen). ► Tab 3

11.1.4 Mobilität im Zeitverlauf

Jüngere Verkehrserhebungen geben Anzeichen dafür, dass sich am Zusammenhang zwischen Lebensphasen und der Wahl der verschiedenen Verkehrsmittel künftig etwas ändern wird. Grund ist der demografische Wandel. Zwar wird

der Anteil älterer Verkehrsteilnehmer sukzessive steigen und damit das Verkehrsgeschehen insgesamt gedämpft werden, weil die beruflichen Wege wegfallen. Doch zugleich werden die künftigen »Jungen Alten« auf einem erhöhten Aktivitätsniveau länger mobil sein. Denn die künftigen Rentner werden zu einem größeren Teil als die Vorgängergenerationen erfahrene Autofahrer sein und mit hohen Führerscheinquoten die Erwerbsarbeitsphase hinter sich lassen. Bereits zwischen 2002 und 2008 ist ihr MIV-Wegeanteil überproportional gestiegen, was auch aktuelle Daten der SrV-Erhebung von 2013 im Städtevergleich bestätigen. ► Abb 5

Die demografisch bedingten Veränderungen im Verkehr sind in letzter Zeit in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. Die Daten aus den vorliegenden Verkehrserhebungen lassen zunächst Kontinuität und eine fast verblüffende Stabilität in der Mobilität vermuten. Doch schon vertiefende Analysen der Durchschnittswerte nach räumlichen und ein-

▶ Abb 5 Modal Split MIV und ÖPV nach Personengruppen 2008 und 2013 – in Prozent



kommensstrukturellen Kriterien zeigen, wie bunt und breit gefächert das Bild tatsächlich ist. Globale Durchschnittszahlen verdecken diese Differenzen oft. Was fehlt, ist eine Ergänzung der bestehenden Verkehrserhebungen durch eine qualitative Komponente. Hilfreich könnten dabei Daten sein, mit denen auch Veränderungen im Verkehrsverhalten in Abhängigkeit von Siedlungsentscheidungen, Haushaltszusammensetzung und Lebensphase sowie der Kostenentwicklungen identifiziert werden können.

Möglicherweise verstärken sich die bestehenden Unterschiede noch, etwa zwischen Kernstädten und ländlichen Regionen, zwischen Geringverdienern und Haushalten mit einem hohen verfügbaren Einkommen sowie innerhalb der Abfolge der Lebensphasen. Bei den Jünge-

ren mehren sich die Hinweise, dass die Informations- und Kommunikationstechnik die Bewegung im Raum grundlegend ändert und das Auto zugleich seinen Status als bevorzugtes Prestigeobjekt einbüßt. Eine Reihe von zusätzlichen Unsicherheiten und Gefährdungen der Grundlagen der modernen Mobilität zeichnen sich ab. Der Verkehr kommt an seiner Dekarbonisierung nicht vorbei; der Klimaschutz verlangt eine beschleunigte Abkehr vom Öl als Energieträger. Zu erwarten sind nicht nur weitere Kostensteigerungen im motorisierten Individualverkehr durch Straßenbenutzungsgebühren und eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung. Mit verkehrs- und umweltpolitischen Hoffnungen sind vor allem intermodale Mobilitätsdienstleistungen – also die Verknüpfung verschie-

dener Verkehrsmittel in einem integrierten Angebot – verbunden, die eine Alternative zum privaten Auto bieten können. Der Aufwand der Raumüberwindung könnte insgesamt deutlich zunehmen und damit die soziale Schere zwischen Hochmobilen einerseits und eingeschränkt Mobilen andererseits noch weiter auseinandergehen lassen.

11.2 Berufspendler

Frank Schüller,
Christian Wingerter

Destatis

Deutschland erlebt seit 2005 einen Beschäftigungsboom. Mit dem starken Beschäftigungszuwachs hat auch die Zahl der Pendlerinnen und Pendler zugenommen. Ergebnisse hierzu liefert der Mikrozensus, der alle vier Jahre (zuletzt 2012) die Erwerbstätigen nach ihrem Arbeitsweg befragt (zum Mikrozensus siehe Kapitel 2.1, Seite 44, Info 1). Der Zuwachs bei den Pendlern kann jedoch nur näherungsweise geschätzt werden, da die Beantwortung der Frage im Mikrozensus freiwillig ist und nicht alle Betroffenen erfasst werden können. Schätzt man die Veränderung zwischen 2004 und 2012, so ist die Zahl der Pendler mit rund 11 % ähnlich stark gestiegen wie die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt.

Die seit 2005 gestiegene Zahl der Beschäftigten ist nicht einhergegangen mit größeren Pendeldistanzen: Die Anteile der Pendler nach Entfernung blieben in den letzten Jahren nahezu unverändert. Keinen Arbeitsweg hatten 2012 knapp 5 % der Erwerbstätigen, da sie auf demselben Grundstück wohnten und arbeiteten. In einem Umkreis von weniger als 10 Kilometern zu ihrer Wohnung lag die Arbeitsstätte für fast die Hälfte (49 %) der Beschäftigten. Rund 27 % hatten täglich 10 bis 24 Kilometer in eine Richtung zu pen-

deln und 17 % mussten täglich einen mindestens 25 Kilometer langen Weg zur Arbeit zurücklegen. Davon waren 4 % Fernpendler mit einer einfachen Wegstrecke von mindestens 50 Kilometern. ▶ [Abb 1](#)

Der Zeitaufwand für den täglichen Weg zur Arbeit hat sich im Vergleich zu 2004 etwas erhöht – trotz unveränderter durchschnittlicher Distanzen. Gut 70 % der Erwerbstätigen in Deutschland benötigten 2012 weniger als 30 Minuten auf ihrem Weg zur Arbeit (2004: 77 %), 23 % davon sogar weniger als 10 Minuten (2004: 28 %). Zwischen 30 und 60 Minuten benötigten knapp 22 % der Pendler. Der Anteil dieser Personen ist etwas gestiegen, 2004 hatte er noch bei 18 % gelegen. Nur 5 % der Erwerbstätigen benötigten täglich mindestens eine Stunde auf dem einfachen Weg zur Arbeit; dieser Anteil war ebenso hoch wie 2004. Der durchschnittlich längere Zeitaufwand könnte das Resultat stärker ausgelasteter Verkehrswege sein oder eines Umstiegs auf Verkehrsmittel, mit denen man länger braucht, um zur Arbeit zu kommen.

Bei der Verkehrsmittelwahl kam es in den betrachteten acht Jahren auch nur zu marginalen Veränderungen. Ein Trend weg vom motorisierten Individualverkehr und hin zu umweltfreundlicheren Alter-

▶ Info

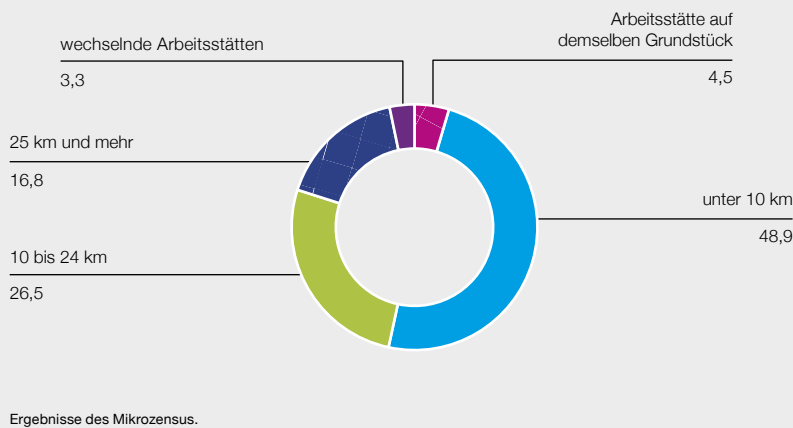
Regionaldatenbank und Regionalatlas

Der Datenreport enthält als Sozialbericht für Deutschland vorwiegend Angaben auf Bundesebene oder in länderweiser Gliederung. Die einzelnen Bundesländer sind jedoch nicht gleich beschaffen und auch innerhalb eines Landes gibt es Metropolregionen und strukturschwache Regionen, die unterschiedliche Wirtschafts- und Lebensbedingungen mit sich bringen.

Ein breit gefächertes Datenangebot in regionaler Gliederung bietet die amtliche Regionalstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Eine Vielzahl dieser regionalstatistischen Tabellen ist online über die **Regionaldatenbank Deutschland** verfügbar. Der Tabellenabruf erfolgt unentgeltlich und kann variabel an den individuellen Bedarf angepasst werden. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.destatis.de

Hier finden Sie auch einen **interaktiven Regionalatlas** als Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Er veranschaulicht in Form von thematischen Karten über 80 Indikatoren zu einer Vielzahl von Themenbereichen der amtlichen Statistik für alle Bundesländer, Regierungsbezirke sowie Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands. Für jede Karte gibt es ein großes Spektrum an Interaktionsmöglichkeiten für die Visualisierung und Abfrage der Informationen. Neben einer kartografischen Darstellung ist auch eine Darstellung der Indikatorwerte in Tabellenform wählbar.

► Abb 1 Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte 2012 – Anteile in Prozent



► Info 1

Siedlungsstrukturelle Kreistypen

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung unterscheidet insgesamt neun Kreistypen. Sie definieren sich zunächst über ihre Zugehörigkeit zu einem größeren Raum. Bei diesen Räumen werden drei Typen unterschieden: **Agglomerations- oder Ballungsräume** besitzen ein städtisches Zentrum mit mindestens 300 000 Einwohnern und eine Dichte von mindestens 300 Einwohnern je Quadratkilometer. **Verstädterte Räume** verfügen über eine Stadt mit Zentrumsfunktion mit mindestens 100 000 Einwohnern und eine Einwohnerdichte von mindestens 150 Personen je Quadratkilometer. **Ländliche Räume** haben keine Großstadt als Oberzentrum und zudem eine geringe Einwohnerdichte.

Die Kreise werden danach unterschieden, ob sie selbst eine Großstadt sind und wie hoch ihre Einwohnerdichte ist. Auf Basis dieser Unterscheidung und dem Typus des zugehörigen Raumes können die neun Kreistypen gebildet werden. So gibt es in den Agglomerations- und verstärkerten Räumen neben den Kernstädten auch Kreise unterschiedlicher Einwohnerdichte. Das heißt zum Beispiel, dass dünn besiedelte ländliche Kreise danach unterschieden werden, ob sie in einem Agglomerations-, städtischen oder ländlichen Raum liegen.

nativen lässt sich nicht beobachten. Rund 14 % der Erwerbstätigen nutzten 2012 ein öffentliches Verkehrsmittel, 66 % fuhren im Auto, 9 % nahmen das Rad und ebenso 9 % gingen zu Fuß. Weitere 2 % nutzten Krafträder oder andere Verkehrsmittel.

Möglicherweise ist die regionale Infrastruktur sowohl an Arbeitsplätzen als auch an Verkehrsmitteln und Verkehrswegen für das Pendelverhalten ausschlaggebender als zeitliche Faktoren. So mussten weniger als 10 % der Erwerbstätigen in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg täglich mehr als 25 Kilometer zur Arbeit fahren

(Bundesdurchschnitt 17 %). Dennoch benötigten über 40 % der jeweiligen Stadtbewohner mindestens eine halbe Stunde für den Weg zur Arbeit, obwohl sie mehrheitlich eher kürzere Strecken zurücklegten (Bundesdurchschnitt 26 %).

Umgekehrt zeigt sich die Sogwirkung des großen Arbeitsplatzangebotes einer Großstadt wie Berlin: Von den in Brandenburg lebenden Erwerbstätigen mussten 22 % täglich das Bundesland wechseln (Bundesdurchschnitt: 5 %). Rund ein Viertel von ihnen hatte deshalb einen täglichen Arbeitsweg von mindestens

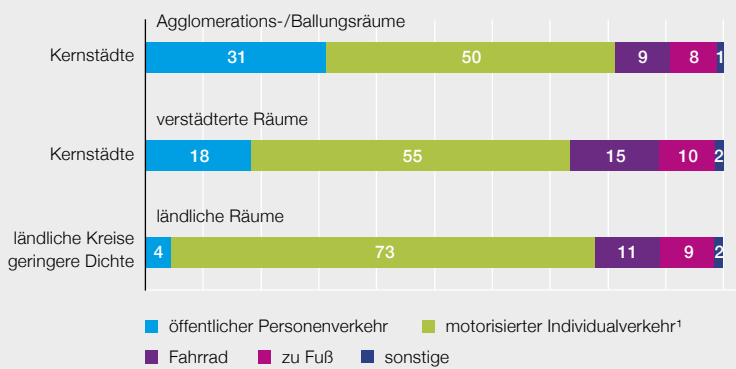
25 Kilometern je Wegstrecke. Entsprechend benötigten Brandenburger mit einem Anteil von 36 % häufiger als Erwerbstätige aus anderen Ländern eine halbe Stunde und länger für den Weg zur Arbeit. Im Bundesdurchschnitt traf dies nur auf gut ein Viertel (26 %) zu. Von den baden-württembergischen Erwerbstätigen mussten nur 21 % mindestens eine halbe Stunde pendeln, obwohl sie in einem großen Flächenland leben. Hier sind die Arbeitsplätze nicht auf einen Standort konzentriert, sondern auf mehrere Zentren (Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Ulm) über das Land verteilt.

Auch bei der Verkehrsmittelwahl werden Unterschiede deutlich: In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit ihrem gut ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln nutzten immerhin 44 % beziehungsweise 41 % der Pendler diese Möglichkeit. Umgekehrt fuhren vier von fünf saarländischen Erwerbstätigen (81 %) mit dem Auto zur Arbeit. Besonders fahrradbegeistert waren die Bremerinnen und Bremer, von denen 20 % dieses Verkehrsmittel für den Arbeitsweg wählten.

Will man das Pendelverhalten regional differenziert betrachten und zusätzlich einen genaueren Blick auf Stadt-Land-Unterschiede werfen, so bietet sich hierzu die Verwendung einer Gliederungssystematik des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahr 2009 an, die dem Mikrozensus 2012 hinterlegt ist. Dabei werden Regionen anhand der Bevölkerungsdichte und der Einwohnerzahl ihrer jeweiligen Zentren eingeteilt in Agglomerationsbeziehungsweise Ballungsräume, verstärkte und ländliche Räume. Durch diese Unterscheidung wird klar, welche Bedeutung die Nähe eines städtischen Zentrums und die Siedlungsdichte für die regionale Vernetzung des Arbeitsmarktes und die vorhandene Verkehrsinfrastruktur hat. ► Info 1

Beim Zeitaufwand für das tägliche Pendeln fällt der deutliche Unterschied zwischen Ballungsräumen auf der einen Seite und verstärkten und ländlichen

► Abb 2 Verkehrsmittelwahl der Erwerbstätigen 2012



1 Pkw-Selbstfahrer, Pkw-Mitfahrer und Krafträder.
Ergebnisse des Mikrozensus.

Regionen auf der anderen Seite auf. Zwischen 28 % und 35 % der Erwerbstätigen brauchten je nach Kreistyp in den Ballungsgebieten 30 Minuten und mehr für eine Strecke. In den verstäderten Räumen wie auch auf dem Land lagen die entsprechenden Anteile nur zwischen 20 % und 23 %. Sehr kurze Pendelzeiten unter 10 Minuten sind überraschenderweise eher in ländlichen Räumen ohne ein größeres Oberzentrum verbreitet. Dort benötigten knapp 30 % der Erwerbstätigen maximal 10 Minuten zum Arbeitsplatz. Ähnlich sah dies in den Kreisen außerhalb der Kernstädte der verstäderten Regionen aus. In den Ballungsräumen außerhalb der Kernstädte hatten dagegen nur gut 22 % solch kurze Pendelzeiten. Erwerbstätige in den Kernstädten hatten mit Anteilen von 15 % in den Ballungsräumen und 20 % in den verstäderten Regionen noch seltener kurze Pendelzeiten unter 10 Minuten.

Bei der Verkehrsmittelwahl heben sich die Kernstädte der Ballungs- wie auch der verstäderten Räume von den sie umgebenden Kreisen beziehungsweise rein ländlichen Räumen deutlich ab. In den Zentren nutzte nur rund jeder zweite ein Auto auf dem Weg zur Arbeit. In den

sonstigen Gebieten fuhren mehr als 70 % der Erwerbstätigen mit dem Pkw zur Arbeit, unabhängig davon, wie weit dieser Weg war. In den Zentren der großen Ballungsräume wurden dafür die öffentlichen Verkehrsmittel noch häufiger genutzt als in den verstäderten Regionen: Ein knappes Drittel (31 %) benutzte dort Busse und Bahnen. Mehr als die Hälfte davon (16 %) war mit U- und Straßenbahnen unterwegs. In den Zentren verstädterter Räume wurden zwar mit 18 % auch häufiger öffentliche Verkehrsmittel genutzt, sie spielten aber keine so herausragende Rolle. Hier fuhren die Erwerbstätigen häufiger mit dem Fahrrad zur Arbeit oder gehen sogar zu Fuß (25 %; in den Zentren der Ballungsgebiete: 17 %). Offensichtlich spielten dabei die geringeren Entfernungen zwischen Arbeitsplatz und Wohnung und allgemein für das Fahrrad günstigere Verkehrsbedingungen eine Rolle. ► Abb 2

Beim öffentlichen Fernverkehr zeigen sich weitere Hinweise auf einen Einfluss der Infrastruktur: In den Ballungsräumen mit einem meist gut ausgebauten Verkehrsnetz nutzten zwischen 6 % und 8 % Eisen- und S-Bahn. Nur 2 % bis 3 % waren es in den verstäderten und ländlichen Räumen.

11.3 Regionale Disparitäten*

*Überarbeitung der Version, die 2013 unter Mitarbeit von Roland Habich erstellt wurde.

Annette Spellerberg
Technische Universität Kaiserslautern

WZB/SOEP

Ökonomische und demografische Prozesse tragen zu einer stärkeren Auseinanderentwicklung der unterschiedlichen Räume in Deutschland bei. Die wirtschaftsstärksten Agglomerationen sind zu Metropolregionen avanciert und erhalten verstärkte Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage sind dagegen Merkmale problematischer Wirtschafts- und Lebensräume. In einigen strukturschwachen Regionen sind bereits heute technische und kulturelle Infrastrukturen kaum noch tragfähig und grundlegende Dienstleistungen kaum aufrechtzuerhalten. Wachsende regionale Ungleichheiten beinhalten die Gefahr, Räume zu schaffen, in denen die Menschen schlechtere Lebenschancen vorfinden und von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Auf EU-Ebene und auf Bundesebene wurde bislang mit enormen Ausgleichszahlungen und Förderungen schrittweise eine wirtschaftliche und soziale Annäherung von Staaten und Regionen erreicht. Die auf »Gleichwertigkeit« ausgelegten Regulierungsmechanismen auf staatlicher und europäischer Ebene können Disparitäten jedoch nur in bedingtem Maße und zunehmend schlechter ausgleichen. Unter dem Motto »Stärken stärken« sollen Fördermittel vorrangig in Metropolregionen gelenkt werden. Diese Regionen sollen mit ihrer Kraft auch die weniger starken mitziehen und zu weiterer Entwicklung befähigen. In den Diskussionen zur Raumentwicklung steht infolgedessen das verfassungsmäßig verankerte Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen in Frage und Mindeststandards einer ausreichenden Daseinsvorsorge werden in den Mittelpunkt gerückt.

Regionen versuchen sich unter den veränderten Rahmenbedingungen neu aufzustellen, Potentiale zu ermitteln, diese gezielt zu fördern und eine zukunftsfähige Entwicklung anzustoßen. Akteure aus Wirtschaft und Wirtschaftspolitik orientieren sich an einer Stärkung regionaler Cluster, der Koppelung von Forschung,

Existenzgründung und Verwertungsketten oder Regionalmarketing. Vorhandenes Humanvermögen, ziviles Engagement, Infrastruktur und politische Akteure beeinflussen maßgeblich die regionalen Entwicklungen. Für die Sicherung von Lebensstandard und Lebensqualität spielen Regionen damit eine zunehmende Rolle.

Um die Lebensverhältnisse in den Regionen zu ermitteln, werden im Folgenden Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft, Haushaltseinkommen sowie die Wohnverhältnisse untersucht. Schließlich wird gezeigt, wie die Bevölkerung in verschiedenen regionalen Räumen ihre Lebensbedingungen wahrnimmt und bewertet. Ein Ziel der empirisch orientierten Bestandsaufnahme regionaler Disparitäten besteht darin zu überprüfen, inwieweit sich die Lebensbedingungen in den Regionen West- und Ostdeutschlands immer noch voneinander unterscheiden.

11.3.1 Siedlungsstruktur und Bevölkerungsdichte

Regionen werden unterschiedlich definiert. Sie beziehen sich in verwaltungspolitischer Hinsicht auf eine mittlere Ebene zwischen der Gemeinde und dem Bundesland, das heißt auf Länder, Bezirke und Kreise. Zugleich wird mit Region ein Verflechtungsraum bezeichnet, der wirtschaftlich, geografisch und kulturell bestimmt ist. Bislang liegen jedoch nur für verwaltungsmäßig abgegrenzte Raumeinheiten ausreichend statistische Informationen zu Lebensbedingungen und Lebensstandard vor.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unterteilt darüber hinaus in Zentral-, Zwischen- und Peripherieräume. Daneben wird zwischen den drei siedlungsstrukturellen Typen Agglomeration, verstädterter und ländlicher Raum unterschieden, die in einem zweiten Schritt tiefer gegliedert werden: Agglomerationen in Kernstädte, hoch verdichtete Kreise, verdichtete Kreise und ländliche Kreise (die durchaus in großer Nähe zu Agglomerationen existie-

ren, zum Beispiel rund um Berlin oder auch Braunschweig). Die verstärkerten Räume werden unterteilt in Kernstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, verdichtete Kreise und ländliche Kreise. Im ländlichen Raum gibt es Kreise höherer (zwischen 100 und 150 Einwohner pro Quadratkilometer) und geringerer Dichte (unter 100 Einwohner pro Quadratkilometer). In neueren Berichten wird dagegen lediglich zwischen vier Kreistypen unterschieden: kreisfreie Großstädte, städtische Kreise, ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen sowie dünn besiedelte ländliche Kreise.

Die Daten in Tabelle 1 dokumentieren eine der vielfältigen regionalen Gliederungsmöglichkeiten. Bereits hier wird ersichtlich, dass in den unterscheidbaren Räumen unterschiedliche Lebensbedingungen vorzufinden sind. Überwiegend städtische Gemeinden machten 2013 zwar nur ein Fünftel der Gesamtfläche Deutschlands aus; hier lebten aber zwei Drittel der Bevölkerung und befanden sich drei Viertel aller Arbeitsplätze. Im Gegensatz dazu nahm der ländliche Raum zwar 60 % der Fläche ein, dort lebten allerdings nur 18 % der Bevölkerung, die lediglich 10 % aller Arbeitsplätze vorfanden. Fast die Hälfte der Bürger lebte in sehr zentralen Orten, jeder Vierte in peripheren oder sehr peripheren Orten. ▶ [Tab 1](#)

Einige Kreise im ostdeutschen Norden und in Niedersachsen wiesen eine Bevölkerungsdichte von weniger als 50 Einwohner pro Quadratkilometer auf (Prignitz 37 E/km², Altmarkkreis Salzwedel 38 E/km², Ostprignitz-Ruppin 41 E/km², Uckermark 40 E/km², Lüchow-Dannenberg 40 E/km², Ludwigslust-Parchim 45 E/km²). Am dichtesten besiedelt sind die Städte München (4468 E/km²), Berlin (3785 E/km²) und Herne (3006 E/km²) mit mehr als 3000 Einwohnern pro Quadratkilometer. Wie Daten des BBSR zeigen, haben die dünn besiedelten Kreise zwischen 2011 und 2012 an Bevölkerung verloren, während die dicht besiedelten Kreise an Bevölkerung gewonnen haben.

▶ **Tab 1 Siedlungsstrukturelle Typisierung der Gemeindeverbände, Anteil der Gemeinden 2013 – in Prozent**

Siedlungsstrukturelle Typisierung	Fläche	Bevölkerung	Beschäftigte
Insgesamt			
Sehr peripher	18,9	4,2	3,0
Peripher	43,3	20,8	18,2
Zentral	26,3	28,2	26,8
Sehr zentral	11,6	46,9	52,0
Darunter			
Überwiegend Ländlich, insgesamt	59,9	17,7	10,4
Sehr peripher	17,3	3,1	1,9
Peripher	31,5	9,7	5,9
Zentral	10,5	4,5	2,5
Sehr zentral	0,6	0,4	0,2
Teilweise städtisch, insgesamt	19,9	15,3	14,0
Sehr peripher	1,4	0,8	0,9
Peripher	9,1	6,4	6,7
Zentral	7,8	6,4	5,2
Sehr zentral	1,7	1,7	1,4
Überwiegend städtisch, insgesamt	20,2	67,0	75,5
Sehr peripher	0,2	0,3	0,3
Peripher	2,8	4,7	5,7
Zentral	7,9	17,3	19,1
Sehr zentral	9,3	44,7	50,4

Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, Raumtypen 2010.

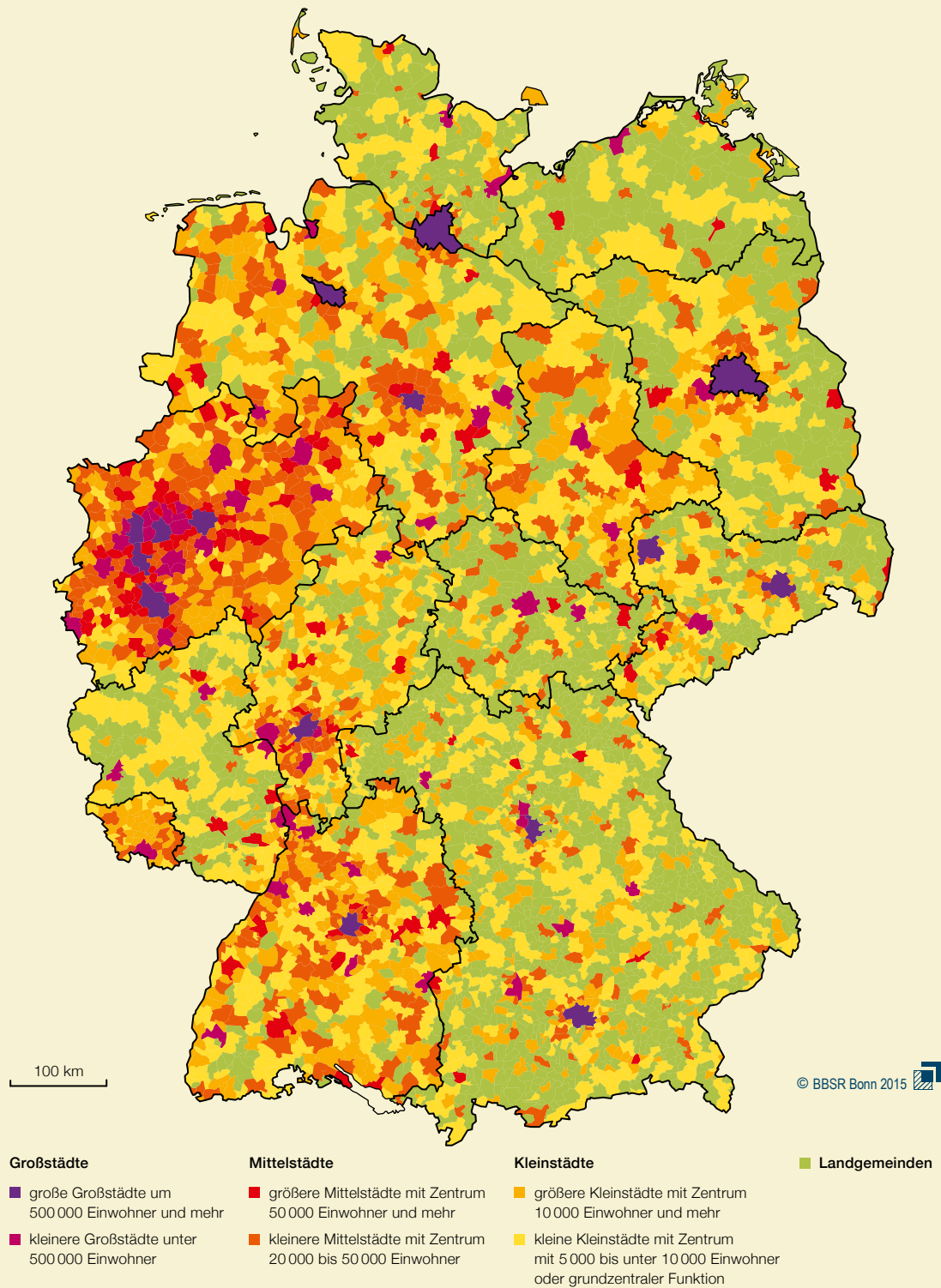
Eine dünne Besiedlung ist neben einem durch Land- und Forstwirtschaft geprägten Siedlungs- und Landschaftsraum der entscheidende Indikator für ländliche Regionen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten war dabei deutschlandweit mit 0,8 % im Jahr 2012 sehr gering. Nur noch in einem Landkreis (Rhein-Pfalz-Kreis) ging der Anteil über die Zehn-Prozent-Marke hinaus. Ostdeutsche Länder hatten mit Ausnahme von Sachsen einen vergleichsweise hohen Anteil an ländlichen Regionen. In westdeutschen Bundesländern wiesen Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen beachtlichen Anteil ländlicher Gebiete auf.

Abbildung 1 stellt dar, wie sich die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig von Großstädten bis hin zu ländlichen Gemeinden strukturiert. Durch die Darstellung werden unabhängig von admini-

nistrativen Grenzen genauere Beschreibungen ländlicher Räume möglich und Probleme insbesondere peripherer Gebiete bis auf Gemeindeebene deutlicher erkennbar. ▶ [Abb 1](#)

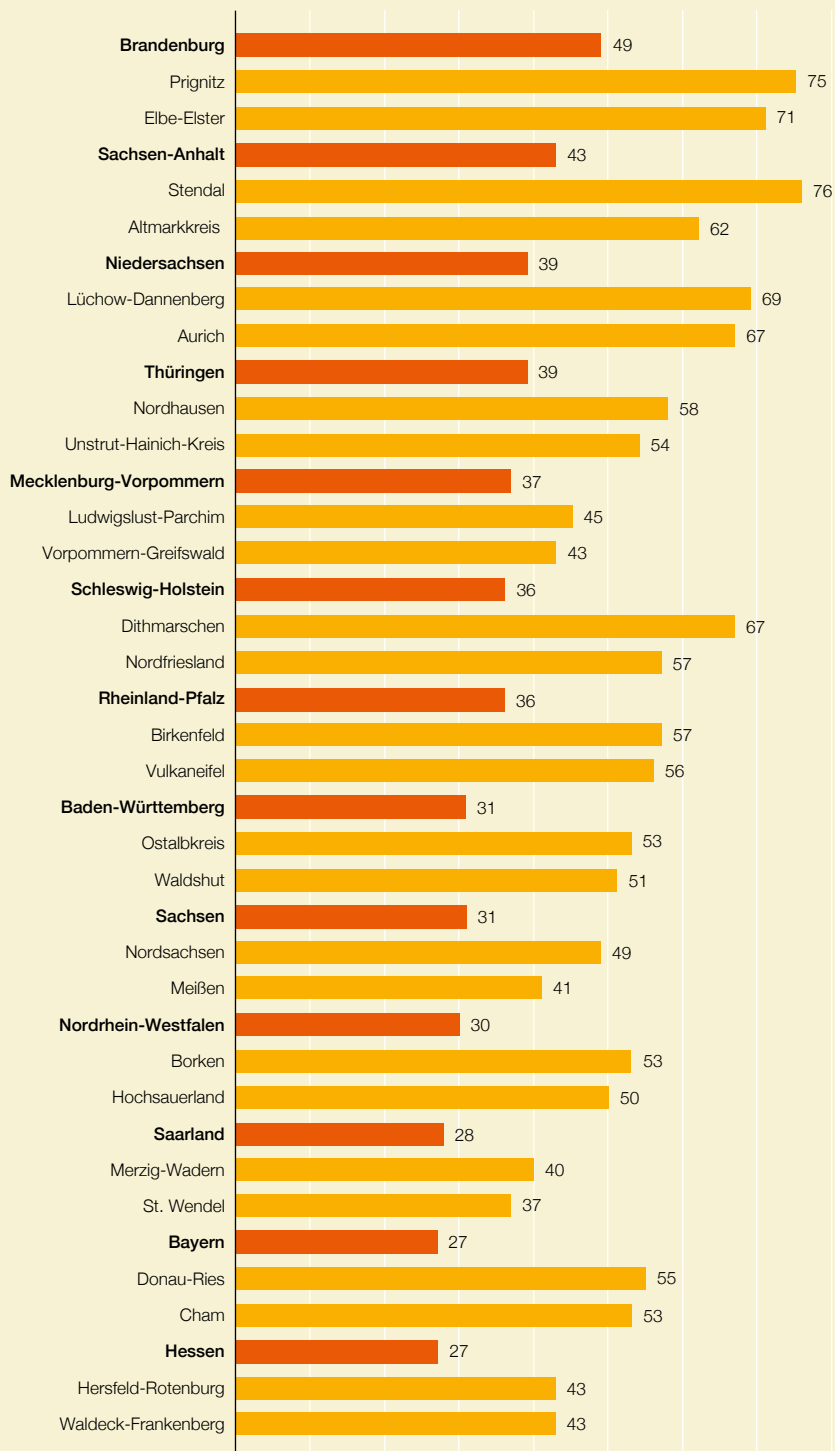
Im innerdeutschen Maßstab zeigt sich, dass sich überdurchschnittliche Distanzen zum nächsten Oberzentrum oder zur nächsten Autobahn negativ auf die Lebensbedingungen auswirken. Sie behindern wirtschaftliche Ansiedlungen, Absatzmärkte und Zugangschancen der Bevölkerung zu Infrastrukturen. Die periphere Lage eines Kreises wird an der durchschnittlichen Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum gemessen. In ländlichen Räumen hat der Pkw eine höhere Bedeutung, um die Einrichtungen von Oberzentren (zum Beispiel Theater, Museen, Fachkliniken, Hochschulen oder Regionalbehörden) zu errei-

► Abb 1 Stadt- und Gemeindetypen 2015



Datenbasis: Laufende Raubeobachtung des BBSR.
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden und Gemeindeverbände, 31.12.2013.

► **Abb 2** Durchschnittliche Pkw-Fahrtzeit zum nächsten Oberzentrum 2014 – in Minuten



Datenbasis: BBSR, INKAR online 2015.

chen als in dichter besiedelten Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr ausgebaut ist und zudem kurze Taktzeiten aufweist (siehe Kapitel 11.1.1).

In Abbildung 2 sind in jedem Bundesland die Kreise mit den längsten Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum aufgeführt. Dünne Besiedlung und landschaftliche Besonderheiten (beispielsweise in den Mittelgebirgen und den Alpen) erhöhen die Fahrzeiten. In ostdeutschen ländlichen Kreisen ist die Distanz zu einem Oberzentrum im Mittel höher als in ländlichen Kreisen Westdeutschlands. Insbesondere Sachsen-Anhalt und deutlich abgeschlagen Brandenburg sind im Mittel durch lange Fahrzeiten geprägt. In den Kreisen Stendal und Prignitz beträgt die durchschnittliche Fahrtzeit zum nächsten Oberzentrum etwa eineinviertel Stunden. Eine noch kleinräumigere Betrachtung nach Gemeinden ergibt im Maximum eine Fahrtzeit von 103 Minuten (Seehausen in Sachsen-Anhalt). ► [Abb 2](#)

Die Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012, ist in 19 der 26 schwer erreichbaren Kreise niedriger als im jeweiligen Landesdurchschnitt. Somit besteht ein fast durchgehender Zusammenhang zwischen peripheren Lagen und eigener Wirtschaftskraft.

Ein bedeutendes Problem stellt der Ärztemangel dar. In dünn besiedelten ländlichen Kreisen musste im Jahr 2012 ein Arzt in Ostdeutschland etwa 741 Einwohner versorgen gegenüber 416 Personen in kreisfreien Großstädten. In Westdeutschland war der Unterschied mit 692 Patienten in dünn besiedelten ländlichen Kreisen gegenüber 413 in kreisfreien Großstädten etwas geringer. Zudem lag die Einwohnerdichte mit 146 Personen pro Quadratkilometer in Ostdeutschland 2012 deutlich niedriger als in Westdeutschland (260), was längere Fahrzeiten zu Patienten bedeutet. Der in den 2000er-Jahren konstatierte Rückgang der Versorgungsgrade ist jedoch nicht länger festzustellen. Von 2007 bis 2012 stieg der Anteil an Ärzten in den dünn besiedelten ländlichen Kreisen mit 2 % im Westen und 1,6 % in Ostdeutsch-

land leicht an, wenn auch weniger deutlich als in den kreisfreien Großstädten (6,3 % im Westen und 5,2 % im Osten).

11.3.2 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den verschiedenen regionalen Typen im letzten Jahrzehnt unterschiedlich. In Ostdeutschland (ohne Berlin) ist durch die geringe Geburtenrate und die fortwährende Ost-West-Wanderung seit 1990 ein erheblicher Bevölkerungsverlust zu konstatieren, der sich zuletzt mit einem weiteren Rückgang von etwa 3 % zwischen 2007 und 2013 fortsetzte. Dies betrifft alle Kreistypen, mit Ausnahme der kreisfreien Großstädte, die im selben Zeitraum ein Bevölkerungswachstum von über 4 % verzeichneten. Es zogen vermehrt junge Menschen in Großstädte, sodass in jüngerer Zeit in Berlin, Leipzig und Dresden ein Bevölkerungswachstum beobachtet wurde. Abbildung 3 stellt die Bevölke-

rungsentwicklung von 2007 bis 2013 und als Prognose von 2009 bis 2030 dar. ▶ Abb 3

Die Schrumpfung von 2007 bis etwa 2013 betraf vor allem Kernstädte in verdichteten Räumen; hier setzten sich die dramatischen Verluste der 1990er- und frühen 2000er-Jahre nicht mehr im gleichen Tempo fort, aber die Entwicklung blieb im negativen Bereich. So lag der Bevölkerungsverlust zwischen den Jahren 1995 bis 2005 in einigen Ostdeutschen Städten wie Frankfurt (Oder), Cottbus und Halle bei über -15 %, von 2007 bis 2012 betrug der Verlust jeweils »nur« noch unter -6 %. Magdeburg konnte nach einem Rückgang von -11 % zwischen 1995 und 2005 sogar mit 0,1 % leicht hinzugewinnen.

Bevölkerungsverluste verzeichneten auch die ohnehin sehr dünn besiedelten ländlichen Räume im Norden und im Westen Thüringens sowie entlang der Elbe in Sachsen-Anhalt. Die verdichteten

Kreise in verdichteten Räumen wiesen nach zunächst herben Verlusten zwischen 1991 und 2005 in den letzten Jahren einen weniger dramatischen Bevölkerungsverlust auf. Hohe Werte galten insbesondere für die Kreise Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Uckermark, Mansfeld-Südharz, Stendal, und Weißenfels. Insgesamt verloren Gemeinden und Gemeindeverbände in Ostdeutschland auch zwischen 2007 und 2012 durchschnittlich -6,5 % ihrer Bevölkerung, sodass sich die Schrumpfung der 1990er-Jahre fortsetzte und eine regionale Polarisierung der demografischen Entwicklung zu konstatieren war. Nach den Prognosen wird sich die Schrumpfung in vielen ostdeutschen Regionen in den nächsten 20 Jahren sogar noch weiter beschleunigen.

Mit Ausnahme der Großstädte war in Westdeutschland für 2007 bis 2013 ebenfalls eine rückläufige Entwicklung zu

▶ Abb 3 Bevölkerungsentwicklung 2007–2013 und Prognose 2009–2030 — in Prozent



Datenbasis: BBSR (Hrsg) 2015: Wachsen oder schrumpfen; INKAR 2012.

beobachten, diese fiel jedoch wesentlich geringer aus. Die These einer generellen Reurbanisierung in Deutschland, eines Zuzugs in die Stadtkerne, wird durch die Daten lediglich angedeutet. Kernstädte in Agglomerationsräumen verzeichneten von 1990 bis 2013 keinen Bevölkerungsgewinn, verbuchten jedoch in den Jahren 2007 bis 2013 ein leichtes Plus von 0,5 % pro Jahr. Die unterschiedlichen Aussagen 1990 bis 2013 und 2007 bis 2013 weisen auf die Bedeutung des gewählten Ausgangszeitpunkts hin. In den 1990er-Jahren fanden in West- wie in Ostdeutschland – auch wegen der Eigenheimzulage und wegen der Nachholerscheinungen in Ostdeutschland – Suburbanisierungsprozesse in großem Umfang statt. Seit etwa 2005 wird die Reurbanisierung beobachtet, die auf die wachsende ökonomische, soziale und kulturelle Bedeutung von Städten und den relativen Bedeutungsverlust ländlicher Räume hinweist. Wirtschaftsstärke und/oder attraktive Städte konnten somit bislang von überregionalen Wanderungsbewegungen profitieren. In den nächsten zwei Jahrzehnten wird wegen der geburtenschwächeren Jahrgänge junger Erwachsener aber wieder ein Verlust von – 1,5 % prognostiziert.

Die demografischen Prozesse lassen sich kaum noch zuverlässig berechnen, sodass Prognosen über zukünftige Entwicklungen mit Vorsicht betrachtet werden sollten. Unter konstanten Bedingungen – also ohne große Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen – stehen erheblichen regionalen Schrumpfungsprozessen auch Regionen mit wachsenden Bevölkerungszahlen gegenüber. Entsprechende Prognosen aus dem BBSR beschreiben ein Entwicklungsszenario, das von rückläufigen Bevölkerungszahlen bis über – 30 % etwa im brandenburgischen Kreis Oberspreewald-Lausitz bis zu einem regionalen Bevölkerungswachstum bis zu 21 % im Landkreis München reicht. Wegen des Zustroms der Zuwandernden in die westdeutschen Städte verstärkt sich die sehr ungleiche Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands.

Mit Schrumpfungsprozessen gehen in zahlreichen Regionen zudem zwei Veränderungen der heute bestehenden Altersstruktur einher; zum einen die »Unterjüngung« und zum anderen die »Überalterung« der Gesellschaft. Insbesondere in stark schrumpfenden Räumen wird sich die Zahl der älteren Personen ab 60 Jahren bis zum Jahr 2030 um bis zu 75 % im Vergleich zu 2009 erhöhen. Dies trifft gleichermaßen auf west- wie ostdeutsche Städte und Kreise zu. Eine starke Alterung ist nur in solchen Räumen der Fall, in denen in der weiteren Bevölkerungsentwicklung eine Zunahme der älteren Bevölkerung zeitgleich mit einer deutlichen Unterjüngung einhergeht, also mit einer rapiden Abnahme jüngerer Bevölkerungsgruppen durch Geburtenrückgang und/oder durch massive Abwanderungen in wohlhabendere beziehungsweise attraktivere Regionen und Städte. Unter den Kreisen, in denen laut Prognosen im Jahr 2030 mehr als 40 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein werden, sind nahezu ausschließlich ostdeutsche Kreise zu finden sowie einige ehemalige westdeutsche Zonenrandgebiete. Der »älteste« Kreis Deutschlands wird demnach die kreisfreie Stadt Suhl in Thüringen (52 %) sein, gefolgt von den eher peripheren brandenburgischen Kreisen Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Uckermark, Prignitz und Spree-Neiße (jeweils um 50 %).

Vom BBSR wird vorhergesagt, dass die Altersgruppe der Personen unter 20 Jahren wegen des Geburtenrückgangs Anfang der 1990er-Jahre und der Wanderungsverluste in Ostdeutschland bis 2030 um weitere – 11 % zurückgehen wird. Während diese Altersgruppe in den ostdeutschen Großstädten zunehmen wird, wird die Abnahme in den übrigen Kreisen etwa – 20 % betragen. Diese Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur werden enorme kommunale Anstrengungen im Bereich der Daseinsvorsorge und Infrastruktur fordern. In Westdeutschland ist wegen der derzeitigen Zuwanderung und deren ungleicher Verteilung über Länder und Kommunen eine verlässliche Aussage über junge Menschen derzeit kaum möglich.

11.3.3 Wirtschaftskraft und Beschäftigung

Das Bruttoinlandsprodukt, die Beschäftigungsquote und die Arbeitslosigkeit geben Auskunft über die Wirtschaftskraft einer Region. Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der ökonomische Rückstand kommen nach wie vor in einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt zum Ausdruck. So variierte das BIP 2012 von 48 000 Euro pro Erwerbstätigem in Thüringen bis zu 70 500 Euro pro Erwerbstätigen in Hessen und 81 300 Euro pro Erwerbstätigen in Hamburg.

Hessen, Bayern und Baden-Württemberg waren die Flächenländer mit dem höchsten Wohlstand gemessen am BIP, in kleinräumiger Betrachtung wiesen die westdeutschen Kreise Ingolstadt, München, Wolfsburg und der Main-Taunus-Kreis das höchste BIP auf (jeweils über 100 000 Euro). Die wirtschaftsschwächsten Landkreise in Ostdeutschland waren Eisenach, Gera sowie Havelland mit jeweils unter 44 000 Euro. ▶ Tab 2

In Ländern mit einem hohen BIP ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in Ländern mit einem niedrigen BIP. Somit ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland deutlich höher als im Westen Deutschlands und im Norden etwas höher als im Süden. Während in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz die Arbeitslosenquoten 2012 bei maximal 4,2 % lagen, betragen sie in den ostdeutschen Ländern maximal 9,7 % (Mecklenburg-Vorpommern).

Im Hinblick auf die Beschäftigtenquoten zeigt sich, dass in Westdeutschland und Ostdeutschland die kreisfreien Großstädte hinter den anderen Kreistypen liegen. Sie wiesen 2012 mit 51 % die niedrigsten Werte auf. Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen konnten in Ost- und Westdeutschland deutlich bessere Beschäftigungschancen bieten.

Die Beschäftigungsquote von Frauen unterschied sich in Westdeutschland im Jahr 2012 nicht stark nach Kreistypen und lag zwischen 44 % und 46 %. In Ostdeutschland war die Frauenerwerbstätigkeit immer noch weiter verbreitet als im

► **Tab 2 Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen nach Bundesländern und ihren stärksten beziehungsweise schwächsten Kreisen 2012 – in 1 000 Euro je Erwerbstätigen**

Gebiet		BIP
Bundesgebiet	Bund	64,1
Hamburg		81,3
Hessen		70,5
Werra-Meißner-Kreis	Landkreis	56,4
Vogelsbergkreis	Landkreis	56,7
Hochtaunuskreis	Landkreis	90,3
Main-Taunus-Kreis	Landkreis	106,5
Baden-Württemberg		68,2
Heilbronn	kreisfreie Stadt	53,7
Konstanz	Landkreis	57,2
Stuttgart	kreisfreie Stadt	81,6
Heilbronn	Landkreis	91,8
Bayern		68,1
Weiden i.d.O.	kreisfreie Stadt	50,2
Freyung-Grafenau	Landkreis	52,9
München	Landkreis	114,2
Ingolstadt	kreisfreie Stadt	117,8
Bremen		66,9
Nordrhein-Westfalen		66,0
Bottrop	kreisfreie Stadt	50,3
Herne	kreisfreie Stadt	54,5
Düsseldorf	kreisfreie Stadt	82,7
Bonn	kreisfreie Stadt	83,4
Rheinland-Pfalz		61,9
Trier-Saarburg	Landkreis	51,2
Kaiserslautern	kreisfreie Stadt	51,6
Mainz-Bingen	Landkreis	78,4
Ludwigshafen am Rhein	kreisfreie Stadt	99,4
Saarland		61,8
Merzig-Wadern	Landkreis	56,8
Neunkirchen	Landkreis	60,4
Saarlouis	Landkreis	62,9
Saarpfalz-Kreis	Landkreis	63,2

Datenbasis: INKAR 2015 online.

Gebiet		BIP
Niedersachsen		61,2
Delmenhorst	kreisfreie Stadt	47,0
Osterholz	Landkreis	49,5
Salzgitter	kreisfreie Stadt	78,6
Wolfsburg	kreisfreie Stadt	105,0
Berlin		59,9
Schleswig-Holstein		58,6
Ostholstein	Landkreis	50,7
Plön	Landkreis	53,8
Dithmarschen	Landkreis	63,8
Steinburg	Landkreis	69,0
Brandenburg		53,3
Havelland	Landkreis	43,4
Cottbus	kreisfreie Stadt	44,9
Dahme-Spreewald	Landkreis	71,0
Spree-Neiße	Landkreis	90,9
Sachsen-Anhalt		52,3
Halle (Saale)	kreisfreie Stadt	47,3
Harz	Landkreis	49,1
Börde	Landkreis	59,9
Saalekreis	Landkreis	65,5
Mecklenburg-Vorpommern		50,5
Vorpommern-Greifswald	Landkreis	45,1
Schwerin	kreisfreie Stadt	47,5
Nordwestmecklenburg	Landkreis	55,2
Rostock	kreisfreie Stadt	56,8
Sachsen		49,2
Erzgebirgskreis	Landkreis	45,6
Bautzen	Landkreis	46,5
Görlitz	Landkreis	52,1
Leipzig	Landkreis	55,3
Thüringen		48,0
Eisenach	kreisfreie Stadt	39,6
Gera	kreisfreie Stadt	43,2
Jena	kreisfreie Stadt	54,3
Saalfeld-Rudolstadt	Landkreis	54,5

► **Tab 3 Beschäftigtenindikatoren im regionalen Vergleich 2012 – in Prozent**

	Beschäftigtenquote ¹	Anteil weibliche Beschäftigte	Anteil hochqualifizierte Beschäftigte
Westdeutschland			
Kreisfreie Großstädte	51,2	46,3	17,2
Städtische Kreise	54,8	44,2	10,6
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	55,4	44,8	7,3
Dünn besiedelte ländliche Kreise	54,4	45,4	6,6
Ostdeutschland			
Kreisfreie Großstädte	50,5	51,9	19,3
Städtische Kreise	58,7	48,4	10,8
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	59,5	47,7	10,6
Dünn besiedelte ländliche Kreise	57,4	48,3	9,4

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter.
Datenbasis: INKAR 2014.

► **Tab 4** Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Ländern und Kreisen mit niedrigsten und höchsten Werten 2007–2012 — in Prozent

Gebiet		
Berlin		13,6
Hamburg		10,7
Niedersachsen		10,3
Osterode am Harz	Landkreis	–5,1
Salzgitter	kreisfreie Stadt	–0,1
Vechta	Landkreis	21,2
Wolfsburg	kreisfreie Stadt	25,0
Bayern		9,4
Kronach	Landkreis	–0,2
Coburg	Landkreis	0,6
Pfaffenhofen a.d.Ilm	Landkreis	20,9
Erding	Landkreis	35,9
Schleswig-Holstein		7,8
Flensburg	kreisfreie Stadt	–1,6
Segeberg	Landkreis	5,3
Neumünster	kreisfreie Stadt	10,7
Nordfriesland	Landkreis	10,8
Rheinland-Pfalz		7,4
Südwestpfalz	Landkreis	0,3
Frankenthal (Pfalz)	kreisfreie Stadt	1,6
Donnersbergkreis	Landkreis	12,8
Alzey-Worms	Landkreis	13,6
Baden-Württemberg		7,0
Rastatt	Landkreis	1,2
Zollernalbkreis	Landkreis	2,8
Hohenlohekreis	Landkreis	14,0
Heilbronn	Landkreis	14,5
Nordrhein-Westfalen		6,8
Herne	kreisfreie Stadt	–3,1
Remscheid	kreisfreie Stadt	0,2
Kleve	Landkreis	11,2
Heinsberg	Landkreis	13,9
Hessen		6,7
Offenbach am Main	kreisfreie Stadt	–1,7
Wiesbaden	kreisfreie Stadt	2,1
Hersfeld-Rotenburg	Landkreis	10,4
Main-Taunus-Kreis	Landkreis	14,2

Gebiet		
Bremen		6,4
Bremen	kreisfreie Stadt	5,8
Bremerhaven	kreisfreie Stadt	9,6
Brandenburg		6,3
Cottbus	kreisfreie Stadt	–3,5
Frankfurt (Oder)	kreisfreie Stadt	0,0
Dahme-Spreewald	Landkreis	12,2
Havelland	Landkreis	16,7
Sachsen		5,9
Vogtlandkreis	Landkreis	1,1
Erzgebirgskreis	Landkreis	2,0
Nordsachsen	Landkreis	8,1
Leipzig	kreisfreie Stadt	11,4
Saarland		5,3
Neunkirchen	Landkreis	2,4
Saarlouis	Landkreis	3,1
Regionalverband Saarbrücken	Landkreis	6,5
St. Wendel	Landkreis	9,6
Thüringen		4,5
Suhl	kreisfreie Stadt	–7,7
Gera	kreisfreie Stadt	–4,2
Ilm-Kreis	Landkreis	16,9
Jena	kreisfreie Stadt	17,4
Mecklenburg-Vorpommern		4,0
Nordwestmecklenburg	Landkreis	–1,2
Schwerin	kreisfreie Stadt	–1,1
Vorpommern-Greifswald	Landkreis	7,2
Rostock	kreisfreie Stadt	8,1
Sachsen-Anhalt		3,2
Dessau-Roßlau	kreisfreie Stadt	–2,7
Stendal	Landkreis	0,1
Börde	Landkreis	7,2
Anhalt-Bitterfeld	Landkreis	10,5

Datenbasis: INKAR 2014.

Westen Deutschlands und wies daher generell ein höheres Niveau auf, zwischen knapp 48 % in ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen und 52 % in Großstädten. Im Vergleich zu 2010 erhöhte sich der Anteil weiblicher Beschäftigter in den Kreistypen beider Landesteile nicht.

Großstädte zeichneten sich durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil und ein starkes Wachstum an hochquali-

fizierten Beschäftigten aus (17 % in westdeutschen und sogar 19 % in ostdeutschen Großstädten). Bei diesem Indikator lagen insbesondere die dünn besiedelten ländlichen Kreise deutlich zurück (7 % West und 9 % Ost). ► [Tab 3](#)

Die Anzahl der Beschäftigten stieg im Zeitraum 2007 bis 2012 in allen Bundesländern. Dabei war der Zuwachs für Ostdeutschland mit 6,8 % etwas niedriger als

der Zuwachs für Westdeutschland mit 7,9 %. Die höchsten Zugewinne konnten die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie Niedersachsen mit jeweils über 10 % verzeichnen. Die niedrigsten Werte waren für Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit Werten zwischen 3 % und 4,5 % zu vermelden. Zugleich haben einzelne Kreise an Beschäftigten eingebüßt und andere enorm

► Tab 5 Atypische Beschäftigung im regionalen Vergleich 2007–2012 – in Prozent

	Aufstocker 2012	Kurzarbeiter 2012	Entwicklung Minijobs (ausschließlich) 2007–2012	Entwicklung Minijobs (Nebenverdienst) 2007–2012
Westdeutschland				
Kreisfreie Großstädte	27,1	1,9	1,6	22,5
Städtische Kreise	29,2	2,4	-1,7	23,6
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	31,5	2,5	0,1	32,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise	31,2	1,4	-0,8	36,2
Ostdeutschland				
Kreisfreie Großstädte	32,3	1,4	-0,1	32,7
Städtische Kreise	34,9	3,0	-12,1	27,5
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	31,3	4,1	-8,7	31,3
Dünn besiedelte ländliche Kreise	33,0	2,7	-5,1	37,0

Datenbasis: INKAR 2014.

► Tab 6 Lebensstandard im regionalen Vergleich 2012

	Haushaltseinkommen	Arbeitnehmerentgelte	Ein- und Zweifamilienhäuser	Wohnfläche
	in Euro je Einwohner	in Euro je Arbeitnehmer	in %	in m ²
Westdeutschland				
Kreisfreie Großstädte	1735,3	3483,0	64,4	42,2
Städtische Kreise	1805,2	3127,9	85,6	48,5
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	1764,9	2943,5	89,8	50,9
Dünn besiedelte ländliche Kreise	1696,1	2847,8	90,6	52,4
Ostdeutschland				
Kreisfreie Großstädte	1451,6	2838,6	57,2	40,9
Städtische Kreise	1467,5	2426,5	77,1	43,7
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	1488,1	2448,3	83,0	44,3
Dünn besiedelte ländliche Kreise	1471,7	2418,9	87,0	45,2

Datenbasis: INKAR 2014.

hinzugewonnen, mit dem Spitzenreiter Erding in Bayern (35,9 %). ► Tab 4

Mit diesen Zuwächsen gehen allerdings auch zunehmende Anteile von atypischer Beschäftigung in Form von Aufstockern, Kurzarbeitern und Minijobbern einher. So fanden sich 2012 in Ostdeutschland mit über 33 % generell höhere Anteile an sogenannten Aufstockern. In den Kreisen Suhl, Cottbus und Saale-Holzland-Kreis gingen bereits knapp 40 % der Bezieher von Arbeitslosengeld II einer finanziell nicht ausreichenden Beschäftigung nach, sodass ihr Gehalt aufgestockt werden musste. Minijobs insgesamt verloren an Bedeutung, im Nebenverdienst wiesen Minijobs dagegen deutliche

Steigerungsraten bis zu 36 % in westdeutschen und 37 % in ostdeutschen ländlichen Kreisen von 2007 bis 2012 auf. ► Tab 5

11.3.4 Lebensstandard

Für die Betrachtung des Lebensstandards werden die Indikatoren Haushaltseinkommen und Arbeitnehmerentgelte herangezogen. Bezogen auf die Flächenstaaten liegen diese in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern über denjenigen in den norddeutschen Ländern. Die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) differierten 2012 um etwa je 600 Euro zwischen Schleswig-Holstein und Hessen und zwischen Großstädten und ländlichen

Kreisen in Westdeutschland. In Ostdeutschland waren kaum länderspezifische Unterschiede festzustellen; die Entgelte lagen dabei zwischen 2 500 Euro in Brandenburg (durch die Nähe zu Berlin bedingt) und 2 450 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Nach Kreistypen waren jedoch erhebliche Divergenzen festzustellen. Nach wie vor besteht ein ausgeprägtes Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Bezüglich des Haushaltseinkommens fanden sich unter den 50 »ärmsten« Kreisen und Kreisregionen 41 ostdeutsche Regionen. Demgegenüber war unter den »reichsten« Regionen keine einzige ostdeutsche zu finden. Erst an 209. Stelle folgte mit dem Kreis Suhl ein ost-

► **Tab 7** Zufriedenheiten mit ausgewählten Lebensbedingungen nach Gemeindetypen 2003 und 2012 – Mittelwerte¹

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
	Großstadt	Mittelstadt	Größere Kleinstadt	Kleine Kleinstadt	Landgemeinde	Großstadt	Mittelstadt	Größere Kleinstadt	Kleine Kleinstadt	Landgemeinde
Zufriedenheit mit dem Leben										
2003	5,3	5,4	5,7	5,3	5,9	5,2	5,2	5,4	5,0	5,1
2012	5,8	5,6	5,8	5,8	5,9	5,4	5,5	5,6	5,6	5,2
Zufriedenheit mit der Stadt/Gemeinde										
2003	5,3	5,5	5,5	5,5	5,8	5,3	4,9	5,2	5,0	5,3
2012	5,5	5,6	5,6	5,8	5,9	5,6	5,5	5,7	5,6	5,9
Zufriedenheit mit Wohnumgebung										
2003	5,2	5,5	5,8	5,6	6,2	5,5	5,5	5,7	5,5	6,0
2012	5,7	5,7	5,9	5,9	5,9	5,9	5,7	5,9	6,1	6,1
Zufriedenheit mit Umweltbedingungen (z. B. Lärm)										
2003	4,7	5,2	5,5	5,5	6,1	4,9	5,2	5,7	5,4	5,6
2012	5,4	5,5	5,7	5,9	5,9	5,4	5,7	5,7	6,0	6,0

¹ Zufriedenheitsskala von 1 (=sehr unzufrieden) bis 7 (=sehr zufrieden).
Datenbasis: LebensRäume 2003, 2012; eigene Berechnungen.

deutscher Kreis. Die Arbeitnehmerentgelte unterschieden sich entsprechend. Hierbei trat der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland in den jeweiligen Kreistypen deutlich stärker hervor als beim Haushaltseinkommen, das auch Transferzahlungen berücksichtigt. Angesichts geringerer Lebenshaltungskosten auf dem Land bedeuten die nominellen Unterschiede jedoch keine gleich starke Reduktion der Kaufkraft. ► [Tab 6](#)

Bei der Untersuchung der Haushaltseinkommen in den einzelnen Kreisen fällt auf, dass sich am oberen Ende der Rangfolge seit 15 Jahren dieselben Kreise befinden. Die höchsten Einkommen haben die Haushalte in den Landkreisen Heilbronn, Starnberg und München. Bis auf einige Ausnahmen bleiben auch die Strukturen am unteren Ende der Rangfolge erhalten. Weimar und Vorpommern-Greifswald weisen seit Jahren bundesweit die geringsten Haushaltseinkommen auf. Dabei sind besonders hohe Zuwächse bei den Haushaltseinkommen in den Kreisen zu verzeichnen, die ohnehin die höchsten Haushaltseinkommen aufweisen.

In Bezug auf den Wohnstandard holten die ostdeutschen Regionen mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 41 bis 45 Quadratmetern deutlich auf, wobei die regionsspezifischen Unterschiede 2012 nicht sehr ausgeprägt waren. Westdeutsche verfügten im Durchschnitt über 47,6 Quadratmeter, wobei sich die im Mittel größten Wohnungen erwartungsgemäß in den ländlichen Kreisen fanden.

11.3.5 Bewertung der räumlichen Lebensbedingungen

Der objektive Lebensstandard kommt auch in der Zufriedenheit der Bürger zum Ausdruck. So findet auch das Gefälle in den hier vorgestellten Regionstypen seinen Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden. In Tabelle 7 werden dazu Zufriedenheitsbewertungen hinsichtlich ausgewählter Lebensbedingungen nach fünf grundlegenden Raumtypen von der Großstadt bis zur Landgemeinde präsentiert. Ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger bewerteten in den Jahren 2003 und 2012 ihre Lebensqualität und ihren Wohnort fast durchweg kritischer als Westdeutsche, bei der Bewertung der

Wohnumgebung und der wahrgenommenen Umweltbedingungen fand hingegen eine Angleichung statt.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland unterscheiden sich die Bewertungen des Wohnortes und die Lebenszufriedenheit nach dem Gemeindetyp. Ein klares und übergreifendes Muster zwischen den hier betrachteten Raumtypen lässt sich allerdings nicht feststellen. Dass die Umweltbedingungen vor allem in Großstädten zurückhaltend bewertet wurden, ist nachvollziehbar. In beiden Landesteilen erhielten die kleinen Gemeindetypen und ihre Umweltbedingungen die besten Bewertungen. Die Überschaubarkeit und geringere Belastung im Alltag gelten üblicherweise als Vorteile für das Alltagsleben in kleinen Kommunen. Im Kontrast hierzu steht jedoch die geringe Lebenszufriedenheit in den ländlichen Gemeinden Ostdeutschlands, die zusammenfassend den Lebensstandard und das Wohlbefinden misst. Es kann angenommen werden, dass sich die oben beschriebenen Struktur- und Ausstattungsprobleme negativ auf das subjektive Wohlbefinden auswirken. ► [Tab 7](#)

21 €

gaben 2013 Haushalte von Personen zwischen 70 und 79 Jahren monatlich für Blumen und Gärten aus. Junge Haushalte zwischen 18 und 24 Jahren zahlten dafür hingegen nur 4 Euro im Durchschnitt.

53 %

der erwerbstätigen Väter wünschten sich 2012/2013 weniger Arbeit.

33 Min.

wurden 2012/2013 pro Tag für Aktivitäten am Computer und Smartphone aufgewendet.



30 %

der Bevölkerung ab 16 Jahre engagierten sich 2013 ehrenamtlich.

9,6 %

der Deutschen waren 2012 Religion und Kirche sehr wichtig.

12 Zeitverwendung und gesellschaftliche Partizipation

12.1 Zeitverwendung und Ausgaben für Freizeitaktivitäten

Kristina Kott, Carola Kühnen,
Lucia Maier

Destatis

»Mehr Zeit für das Wesentliche« ist ein Wunsch, den man immer öfter hört. Viele Menschen fühlen sich in ihrem Alltag gestresst oder gehetzt, egal ob G8-Schüler, berufstätige Eltern oder Manager. Erwerbstätige haben oft das Gefühl, über zu wenig Zeit zu verfügen. Menschen, die nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind, suchen oft einen sinnvollen Zeitvertreib. Für die individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität ist die Verfügbarkeit von Zeit ein wichtiger Indikator.

Wie verwenden die Menschen in Deutschland ihre Zeit? Dieser Frage geht

in Abschnitt 12.1.1 die Zeitverwendungserhebung nach, die nunmehr zum dritten Mal in etwa zehnjährigen Abständen durchgeführt wurde. Für viele Menschen gehören der Urlaub und die Freizeit zur schönsten Zeit. Im Abschnitt 12.1.2 werden die privaten Ausgaben für Freizeitaktivitäten in den Blick genommen, die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) hervorgehen: Wie hoch sind die Ausgaben für Freizeitaktivitäten? Wofür wird das Geld ausgegeben? Gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen?

► Info

Urlaub

Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland ein gesetzlicher Mindesturlaub von 24 Werktagen (vier Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch meist längere Zeiten vereinbart. Im Jahr 2014 lag die tariflich vereinbarte Urlaubsdauer im früheren Bundesgebiet durchschnittlich bei 31 und in den neuen Ländern bei 30 Arbeitstagen. Dabei werden fünf Arbeitstage pro Woche zugrunde gelegt. Im Jahr 2014 hatten 75 % aller Tarifbeschäftigten im früheren Bundesgebiet und 64 % in den neuen Ländern und Berlin Anspruch auf sechs oder mehr Wochen Urlaub.

► Info Tab Tariflich erfasste Arbeitnehmer/-innen nach Urlaubsdauer – in Prozent

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1995	2014	1995	2014
4 bis unter 5 Wochen	1	4	2	5
5 bis unter 6 Wochen	20	21	51	31
6 oder mehr Wochen	79	75	47	64

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

► Info 1

Zeitverwendungserhebung 2012/2013

Die Zeitverwendungserhebung 2012/2013 wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder in schriftlicher Form durchgeführt. Von August 2012 bis Juli 2013 wurden etwa 5000 Haushalte mit rund 11 000 Personen ab zehn Jahren auf freiwilliger Basis nach ihrer Zeitverwendung befragt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach einem Quotenverfahren. In einem Tagebuch dokumentierte jede Person an drei vorgegebenen Tagen (zwei Wochentage und ein Wochenendtag) in 10-Minuten Schritten, welche Haupt- und Nebentätigkeit ausgeübt wurde. Auch Wegezeiten und die dafür verwendeten Verkehrsmittel waren einzutragen. Zusätzlich gaben die Befragten durch einfaches Ankreuzen an, mit wem die Zeit verbracht wurde. Jeder Anschreibetag schloss mit Fragen zur subjektiven Einschätzung des konkreten Tagesverlaufs. Hier gaben die Befragten an, welche Tätigkeiten die größte, welche keine Freude gemacht hatten und wofür sie sich mehr Zeit gewünscht hätten. Um die vielen verschiedenen Tagebucheintragen für die Datenauswertung zu vereinheitlichen, wurde ein Aktivitätenverzeichnis mit 165 verschiedenen Aktivitäten für die Datenerfassung genutzt.

12.1.1 Zeitverwendung

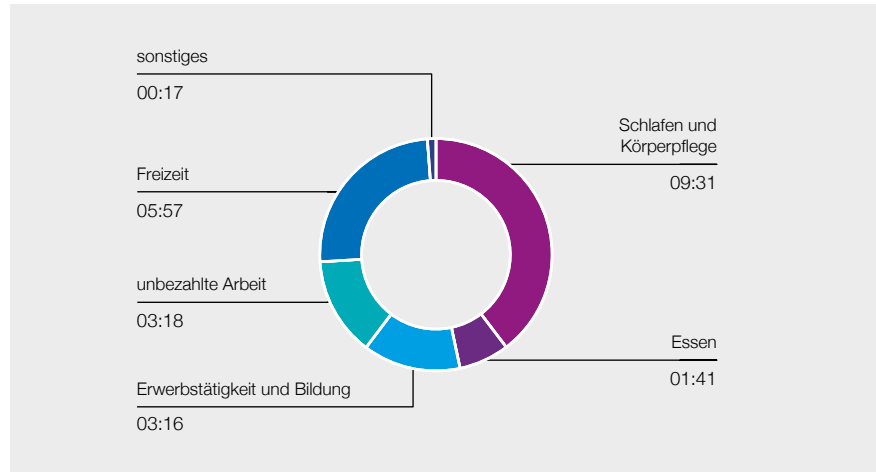
Im Alltag stellt sich oftmals das Gefühl ein, dass die Zeit nur so fliegt. Das ist erst einmal ein subjektiver Eindruck. Kann man auch objektiv messen, wie die Zeit vergeht? Dazu liefert die Zeitverwendungserhebung 2012/2013 umfangreiche Daten. ► Info 1

Nachfolgend werden einige besonders interessante Ergebnisse zu den Themen bezahlte und unbezahlte Arbeit, Kinderbetreuung, ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement, Bildung und Freizeit aufgezeigt.

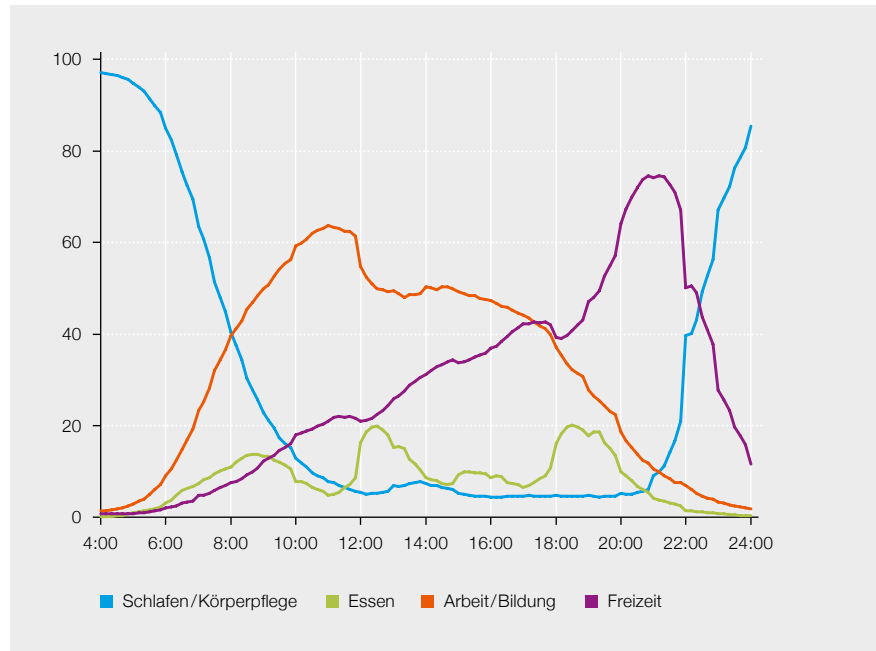
Zeitverwendung im Überblick

Etwa ein Viertel eines durchschnittlichen Tages verbrachten Personen ab zehn Jahren in Deutschland mit Erwerbsarbeit,

► Abb 1 Durchschnittliche Zeitverwendung 2012/2013 — in Stunden je Tag



► Abb 2 Zeitverwendung im Tagesverlauf 2012/2013 — in Prozent

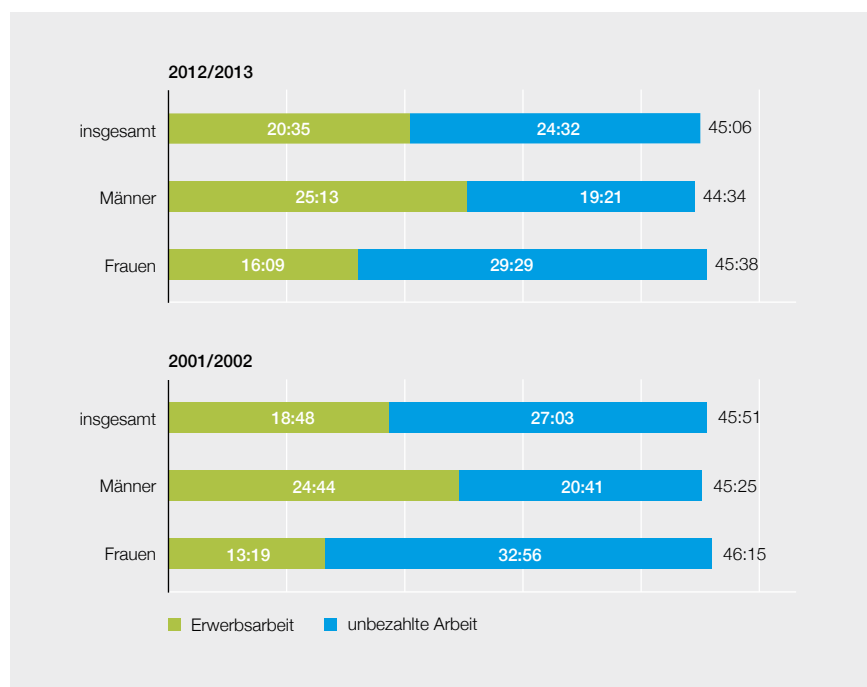


Bildung und unbezahlter Arbeit. Ein weiteres Viertel des Tages verging mit verschiedenen Freizeitaktivitäten. Knapp die Hälfte des Tages nahmen persönliche Grundbedürfnisse wie Schlafen, Essen und Körperpflege ein. Bei diesen Zeitanlagen ist zu berücksichtigen, dass es sich um Mittelwerte für Jung und Alt, Männer und Frauen, Erwerbstätige und Arbeitslose handelt. Der Durchschnitt wur-

de über Werktag und Wochenenden hinweg gebildet. ► Abb 1

Die Zeitverwendung unterscheidet sich nach Tageszeit. Zwischen 9 und 12:30 Uhr gingen mehr als die Hälfte der Personen Bildungsaktivitäten nach, leisteten Erwerbsarbeit oder unbezahlte Arbeit. Im Laufe des Nachmittags nahm der Anteil langsam ab und lag um 18 Uhr noch bei gut einem Drittel. Gegen Abend leiste-

► **Abb 3** Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit von Personen ab 18 Jahren – in Stunden je Woche



► **Tab 1** Unbezahlte Arbeit von Personen ab 18 Jahren nach Arbeitsbereichen – in Stunden je Woche

	Männer		Frauen	
	2001/2002	2012/2013	2001/2002	2012/2013
Insgesamt	20:41	19:21	32:56	29:29
↳ Küche	02:57	03:00	08:10	06:54
↳ Putzen / Waschen	02:30	02:46	08:22	06:55
↳ Garten / Handwerk	04:43	03:42	02:58	02:47
↳ Einkaufen / Haushaltsorganisation	04:23	04:52	05:33	06:07
↳ Betreuung / Pflege von Haushaltsmitgliedern	01:10	01:07	02:50	02:25
↳ Ehrenamt / Unterstützung anderer Haushalte	02:01	01:47	01:42	01:42
↳ Wege	02:57	02:07	03:21	02:39

ten viele allerdings weiterhin unbezahlte Arbeit, sodass die Beteiligung an Arbeit und Bildung erst nach 21 Uhr bei unter 10 % lag. Die Zeitverwendung für Freizeit nahm dagegen im Laufe des Tages zu. Ab 16:30 Uhr lag sie bei 40 % und mehr, ab 17:30 Uhr dominierten Freizeitaktivitäten wie Fernsehen, Sport und soziale Kontakte im Vergleich zu Arbeit und Bildung. Zwischen 20 und 22 Uhr be-

schäftigten sich mehr als zwei Drittel der Personen mit Freizeitaktivitäten. ► [Abb 2](#)

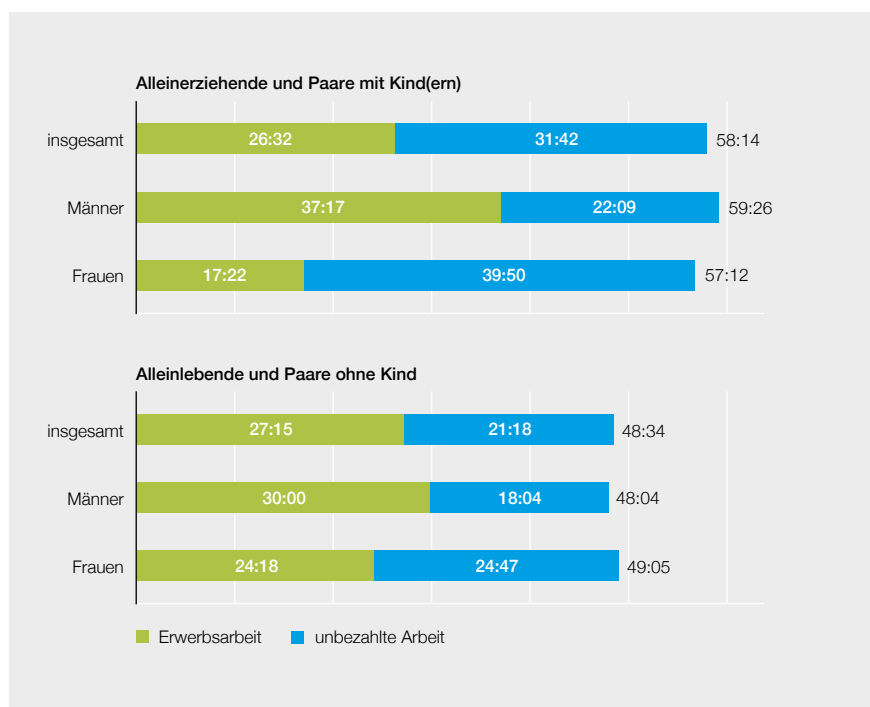
Bezahlte und unbezahlte Arbeit

Für die Erwerbstätigkeit werden Menschen ab 18 Jahren betrachtet. Sie leisteten in Deutschland pro Woche durchschnittlich gut 45 Stunden Arbeit. Darunter fiel mit 20,5 Stunden die Erwerbsarbeit einschließlich Arbeitsuche

und Wegen zur Arbeit. Den größeren Anteil machte jedoch mit 24,5 Stunden die unbezahlte Arbeit aus. Diese umfasst neben Tätigkeiten der Haushaltsführung wie Kochen, Waschen, Einkaufen und Gartenarbeit auch die Betreuung und Pflege von Kindern und anderen Haushaltsmitgliedern sowie ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement und Unterstützung von Personen, die nicht im Haushalt leben. Im Vergleich zu 2001/2002 wurde 2012/2013 mehr Erwerbsarbeit und weniger unbezahlte Arbeit geleistet. Gleichzeitig erledigten zunehmend haushaltsfremde Personen Bereiche der unbezahlten Arbeit – zum Beispiel Kinderbetreuung oder Reinigung der Wohnung. Frauen ab 18 Jahren arbeiteten mit rund 45,5 Stunden in der Woche nach wie vor länger als Männer (44,5 Stunden). Dieser Unterschied zwischen Frauen und Männern vergrößerte sich im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung 2001/2002 noch leicht. Der Anteil der unbezahlten Arbeit sank allerdings leicht bei beiden Geschlechtern. ► [Abb 3](#)

Die unbezahlte Arbeit hatte bei Frauen einen fast doppelt so hohen Anteil am gesamten Pensum wie die bezahlte Arbeit. Allerdings hat sich bei ihnen in den letzten elf Jahren die Dauer der Erwerbsarbeit von gut 13 Stunden auf etwas über 16 Stunden erhöht und die Dauer der unbezahlten Arbeit sank noch deutlicher: von 33 Stunden auf 29,5 Stunden. Dies lag insbesondere an einem reduzierten Zeitaufwand für hauswirtschaftliche Aufgaben wie Kochen, Putzen und Wäsche waschen. Frauen wendeten pro Woche über 2,5 Stunden weniger Zeit für die Zubereitung von Mahlzeiten, die Reinigung der Wohnung, Textilpflege und ähnliches auf als elf Jahre zuvor. Auch Männer ab 18 Jahren waren ebenfalls länger erwerbstätig als vor elf Jahren. Bei ihnen betrug der Anstieg allerdings nur etwa eine halbe Stunde. Ihr Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit war dafür um 1 Stunde und 20 Minuten gesunken. Beispielsweise verbrachten sie pro Woche eine Stunde weniger mit Gartenarbeit und handwerklichen Tätigkeiten. ► [Tab 1](#)

► **Abb 4** Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit von Personen zwischen 18 und 64 Jahren 2012/2013 — in Stunden je Woche



► **Tab 2** Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit von Alleinerziehenden und Paaren mit Kind(ern) zwischen 18 und 64 Jahren 2012/2013 — in Stunden je Woche

	Insgesamt	Männer	Frauen
Alleinerziehende und Paare mit Kind(ern), jüngstes Kind unter 6 Jahren			
Arbeit insgesamt	61:14	62:56	59:43
↳ Erwerbsarbeit	25:39	38:46	13:47
↳ Unbezahlte Arbeit	35:35	24:09	45:56
Alleinerziehende und Paare mit Kind(ern), jüngstes Kind 6 bis unter 18 Jahren			
Arbeit insgesamt	56:06	56:49	55:31
↳ Erwerbsarbeit	27:09	36:11	19:48
↳ Unbezahlte Arbeit	28:57	20:38	35:43

► **Tab 3** Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit von Müttern zwischen 18 und 64 Jahren 2012/2013 — in Stunden je Woche

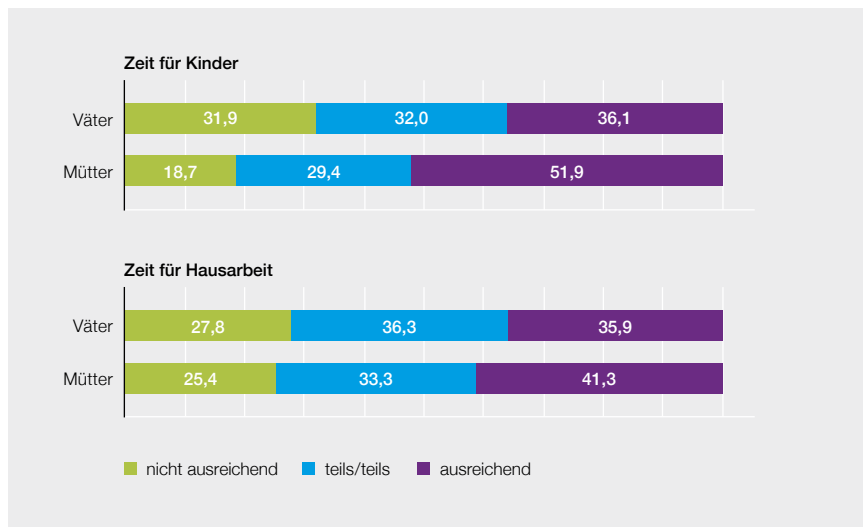
	Mütter in Paarhaushalten	Alleinerziehende Mütter
Arbeit insgesamt	57:48	54:12
↳ Erwerbsarbeit	17:01	19:11
↳ Unbezahlte Arbeit	40:48	35:00

Betrachtet man Erwachsene im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre) in Haushalten mit und ohne Kind, so zeigt sich ein heterogenes Bild: Während Menschen in Haushalten ohne Kind durchschnittlich 48,5 Stunden pro Woche bezahlte und unbezahlte Arbeit leisteten, waren es bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kind(ern) knapp 10 Stunden mehr. Dies ergab sich vorrangig durch ein um 10,5 Stunden höheres Pensum an unbezahlter Arbeit – schließlich fallen zusätzliche Aufgaben wie Kinderbetreuung an, und die Haushaltsführung erfordert in einem größeren Haushalt ebenfalls mehr Zeit. Auffallend ist, dass Väter in Haushalten mit Kind(ern) gut 2 Stunden pro Woche mehr arbeiteten als Mütter. In Haushalten ohne Kind arbeiteten hingegen Frauen 1 Stunde mehr als Männer.

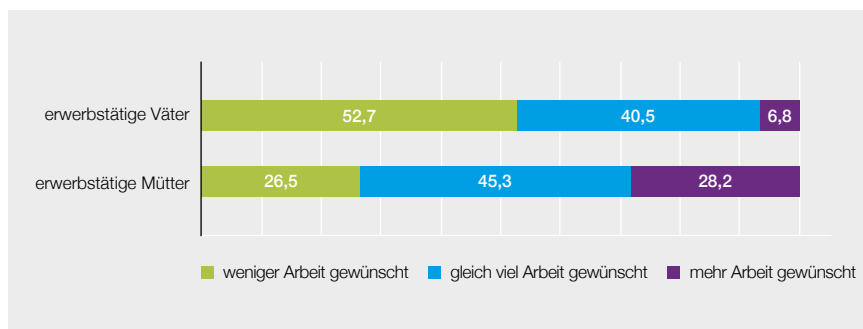
Männer verbrachten 62% der Arbeitszeit mit Erwerbsarbeit, aber nur 38% mit unbezahlter Arbeit – unabhängig davon, ob sie ein Kind in ihrem Haushalt groß zogen oder nicht. Mit einem höheren Gesamtpensum an Arbeit geht also für Männer mit Kind(ern) auch mehr Erwerbsarbeit einher. Dies liegt zum einen an unterschiedlichen Altersstrukturen der Haushalte, zum anderen müssen in Haushalten mit Kind(ern) mehr Personen finanziert werden und die Mütter sind seltener vollzeiterwerbstätig. Frauen ohne Kind wendeten je die Hälfte ihres Arbeitspensums für Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit auf. Mütter verwendeten dagegen nur 30% für bezahlte Arbeit und erledigten zu 70% unbezahlte Arbeiten. ► [Abb 4](#)

Je nach Alter eines Kindes fallen unterschiedliche Arbeiten im Haushalt an und es wird mehr oder weniger Zeit für diese Aufgaben benötigt. Hatten Eltern ein Kind unter sechs Jahren, arbeiteten sie pro Woche insgesamt gut 5 Stunden mehr als wenn ihr jüngstes Kind zwischen 6 und 18 Jahre alt war. Bei den Vätern betrug der Unterschied sogar 6 Stunden: Sie leisteten 3,5 Stunden mehr unbezahlte Arbeit und gleichzeitig 2,5 Stunden mehr Erwerbsarbeit, wenn sie ein Kind unter sechs Jahren hatten. Mütter

► **Abb 5** Einschätzung von Vätern und Müttern zwischen 18 und 64 Jahren, ob Zeit für Kinder oder Hausarbeit ausreicht 2012/2013 — in Prozent



► **Abb 6** Gewünschte Zeit für Erwerbsarbeit von erwerbstätigen Vätern und Müttern zwischen 18 und 64 Jahren 2012/2013 — in Prozent



verbrachten dagegen 10 Stunden mehr mit unbezahlter Arbeit und 6 Stunden weniger mit Erwerbsarbeit, wenn ihr Kind noch nicht zur Schule ging. ► [Tab 2](#)

Auch die Frage, ob eine Mutter ihr Kind gemeinsam mit einem Partner großzieht oder alleinerziehend ist, wirkt sich auf das Arbeitspensum aus. Mütter in Paarhaushalten arbeiteten pro Woche insgesamt 3,5 Stunden mehr als Alleinerziehende, verbrachten aber gut 2 Stunden weniger mit Erwerbsarbeit. Mögliche Gründe für die deutliche Differenz von über 5 Stunden bei den unbezahlten Arbeiten könnten darin liegen, dass Alleinerziehende in höherem Maße Aufgaben

(beispielsweise Kinderbetreuung und Kochen) parallel erledigen. Außerdem sind Haushalte von Alleinerziehenden in der Regel kleiner. ► [Tab 3](#)

Neben der tatsächlichen Zeitverwendung für bezahlte und unbezahlte Arbeit ist es interessant, inwiefern Menschen mit dieser Situation zufrieden sind. Daher enthielt die Zeitverwendungserhebung 2012/2013 auch Fragen zum subjektiven Zeitempfinden. Danach waren 32 % der Väter und 19 % der Mütter in Alleinerziehenden- und Paarhaushalten mit Kind(ern) der Meinung, nicht ausreichend Zeit für ihre Kinder zu haben. Bei der Hausarbeit gab es dagegen nur gering-

füige Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Je ein Viertel der Väter und Mütter fanden, für diesen Bereich der unbezahlten Arbeit nicht ausreichend Zeit zu haben. ► [Abb 5](#)

Bei der Erwerbstätigkeit gingen die Ansichten auseinander: 7 % der erwerbstätigen Väter und 28 % der erwerbstätigen Mütter wünschten sich mehr Zeit für Erwerbsarbeit. Jeder zweite erwerbstätige Vater und jede vierte erwerbstätige Mutter wünschte sich hingegen, weniger Zeit damit zu verbringen. ► [Abb 6](#)

Kinderbetreuung

Im Durchschnitt verbrachten Väter und Mütter 1 Stunde und 20 Minuten pro Tag mit der Betreuung von Kindern unter 18 Jahren als Hauptaktivität; Mütter mit 1 Stunde und 45 Minuten etwa doppelt so viel wie Väter mit 51 Minuten. Am meisten Zeit investierten Eltern für die Körperpflege und die Beaufsichtigung der Kinder, aber auch für Fahrten zur Schule und das Begleiten zu Freizeitaktivitäten wie beispielsweise dem Fußballtraining. Darüber hinaus machten auch Spiel und Sport mit Kindern einen großen Teil des Zeitaufwands für Kinderbetreuung aus.

Betrachtet man Väter sowie erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter als drei getrennte Gruppen, so zeigt sich, dass alle Eltern mehr als ein Drittel ihrer Zeit für Kinderbetreuung mit Beaufsichtigung und Pflege verbrachten. Daneben entfiel bei allen Eltern etwa ein Viertel der Kinderbetreuungszeit auf das Begleiten, auf Fahrdienste und Termine im Zusammenhang mit dem Kind. Bei Vätern standen Spielen und sportliche Aktivitäten aber noch stärker im Fokus, denn diese Tätigkeiten machten ein Drittel ihrer Zeit aus.

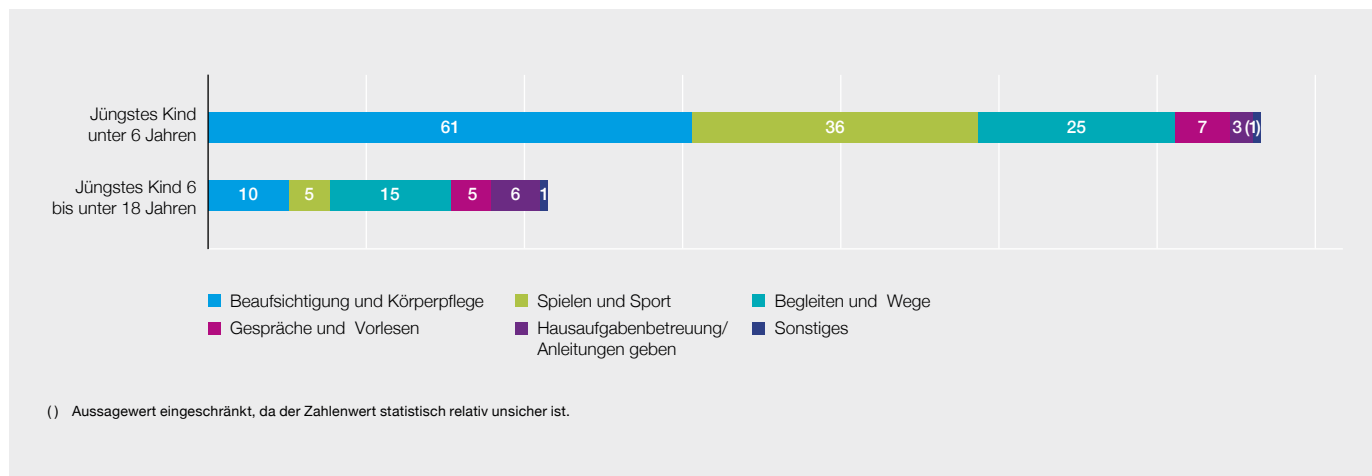
Nicht erwerbstätige Mütter verbrachten knapp doppelt so viel Zeit mit der Kinderbetreuung wie Mütter, die bezahlte Arbeit leisteten. Bei der Beaufsichtigung war der Unterschied besonders groß: Erwerbstätige beschäftigten sich damit 28 Minuten pro Tag, nicht erwerbstätige Mütter 1 Stunde und 14 Minuten. ► [Tab 4](#)

► **Tab 4 Zeitaufwand für Kinderbetreuung in Alleinerziehenden- und Paarhaushalten 2012/2013 – in Stunden je Tag**

	Insgesamt	Väter	Mütter		
			zusammen	nicht erwerbstätig	erwerbstätig
Kinderbetreuung insgesamt	01:20	00:51	01:45	02:35	01:21
↳ Beaufsichtigung und Körperpflege	00:31	00:17	00:43	01:14	00:28
↳ Hausaufgabenbetreuung	00:05	00:02	00:07	00:09	00:06
↳ Spielen und Sport	00:18	00:16	00:19	00:28	00:15
↳ Gespräche und Vorlesen	00:06	00:03	00:08	00:09	00:08
↳ Begleiten und Wege	00:19	00:11	00:26	00:33	00:22
↳ Sonstiges	00:01	(00:01)	00:02	(00:02)	(00:02)

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

► **Abb 7 Zeitaufwand für Kinderbetreuung von Vätern und Müttern nach Alter des jüngsten Kindes 2012/2013 – in Minuten je Tag**



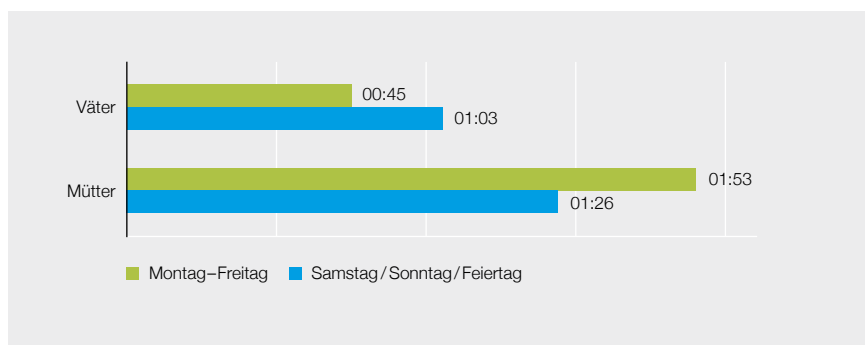
() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

► **Tab 5 Zeitaufwand für Kinderbetreuung in Alleinerziehenden- und Paarhaushalten nach Alter des jüngsten Kindes – in Stunden je Tag**

	Insgesamt		Väter		Mütter	
	2001/2002	2012/2013	2001/2002	2012/2013	2001/2002	2012/2013
Jüngstes Kind unter 6 Jahren						
Kinderbetreuung insgesamt	02:01	02:13	01:10	01:22	02:46	02:59
↳ Beaufsichtigung und Körperpflege	00:59	01:01	00:27	00:32	01:28	01:26
↳ Spielen und Sport	00:32	00:36	00:28	00:31	00:35	00:40
↳ Begleiten und Wege	00:19	00:25	00:09	00:12	00:29	00:36
Jüngstes Kind 6 bis unter 18 Jahren						
Kinderbetreuung insgesamt	00:34	00:43	00:20	00:28	00:47	00:55
↳ Beaufsichtigung und Körperpflege	00:08	00:10	00:04	00:07	00:12	00:13
↳ Spielen und Sport	00:04	00:05	00:04	00:05	00:04	00:05
↳ Begleiten und Wege	00:12	00:15	00:07	00:10	00:16	00:19

► Tab 6 Kinderbetreuung von Vätern und Müttern als Haupt- und Nebenaktivität 2012/2013

	Insgesamt	Väter	Mütter				
			insgesamt	in Paarhaushalten		in Alleinerziehendenhaushalten	
				nicht erwerbstätig	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	erwerbstätig
Insgesamt in Stunden je Tag	02:05	01:17	02:45	04:03	02:12	03:40	02:06
↳ Hauptaktivität in Stunden je Tag	01:20	00:51	01:45	02:43	01:24	01:59	01:07
↳ Nebenaktivität in Stunden je Tag	00:45	00:27	01:01	01:20	00:48	01:41	00:58
Anteil Hauptaktivität an insgesamt in %	64	66	64	67	64	54	53

► Abb 8 Zeitaufwand für Kinderbetreuung von Vätern und Müttern in Alleinerziehenden- und Paarhaushalten nach Wochentag 2012/2013 – in Stunden je Tag


Mit dem Alter des Kindes variierte natürlich die Betreuung in ihrer Intensität und hatte unterschiedliche Schwerpunkte. Eltern mit einem Kind unter sechs Jahren verwendeten dreimal so viel Zeit für Kinderbetreuung wie Eltern, deren jüngstes Kind zwischen 6 und 17 Jahre alt war. Dies galt für Väter und sowohl für erwerbstätige als auch für nicht erwerbstätige Mütter. Sobald das jüngste Kind im schulpflichtigen Alter war, reduzierten sich Betreuungsaufgaben wie Beaufsichtigung, Körperpflege und Spielen. Entsprechend nahmen Begleiten und Wegezeiten, Unterstützung bei den Hausaufgaben und Gespräche mehr Raum ein. ► [Abb 7](#)

Im Vergleich zu 2001/2002 beschäftigten sich Eltern 2012/2013 täglich etwa 10 Minuten mehr mit der Betreuung von Kindern unter 18 Jahren. Dies galt sowohl für Väter als auch für Mütter. In Haushalten mit Kindern unter sechs Jahren engagierten sich Väter 2012/2013

mehr bei der Beaufsichtigung und Körperpflege. Mütter verwendeten etwas mehr Zeit auf das Spielen mit ihren Kindern als elf Jahre zuvor. Der Zeitaufwand für Begleiten, Fahrdienste und ähnliches hat bei beiden Geschlechtern zugenommen. ► [Tab 5](#)

Kinderbetreuung läuft oft nebenbei, etwa während der Hausarbeit oder beim Essen. Typische Beispiele dafür sind die Beaufsichtigung von Kindern oder Gespräche. Berücksichtigt man diese zusätzlichen Zeiten, so erhöht sich der durchschnittliche Zeitaufwand für die Kinderbetreuung um 45 Minuten auf 2 Stunden und 5 Minuten. Bei Müttern steigt der Aufwand dabei um 1 Stunde, bei Vätern um rund 0,5 Stunden. Eine weitere Differenzierung nach Haushaltstypen zeigt, dass alleinerziehende Mütter einen deutlich größeren Anteil ihrer Betreuungsaufgaben »nebenher laufen lassen«. Nur gut die Hälfte der gesamten

Betreuungszeit erledigten sie als Hauptaktivität, und zwar unabhängig davon, ob sie erwerbstätig waren oder nicht. Bei Müttern und Vätern in Paarhaushalten mit Kind(ern) waren es dagegen zwei Drittel. ► [Tab 6](#)

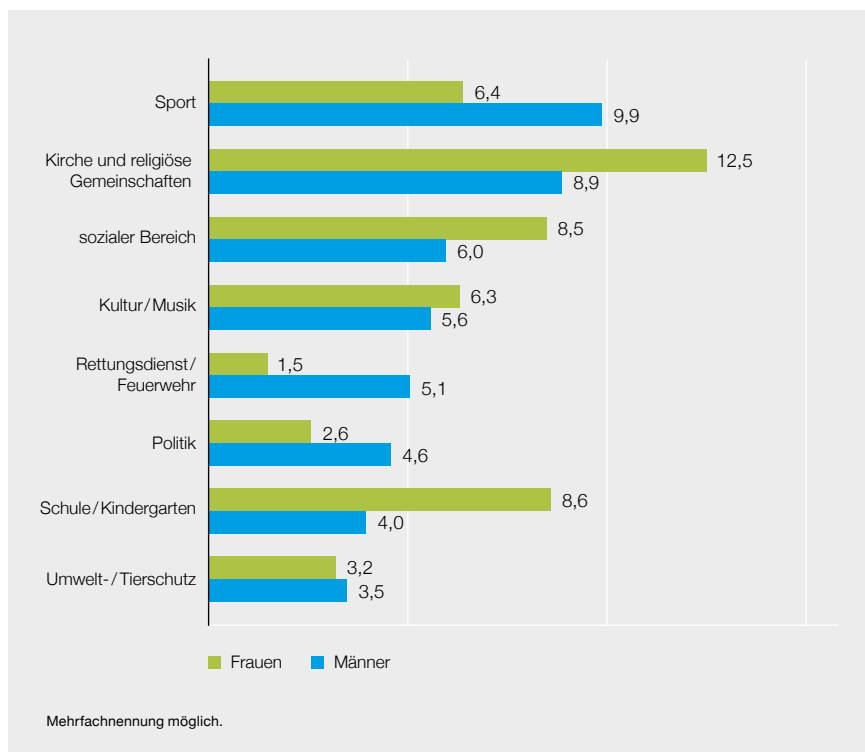
Bei einer getrennten Betrachtung von Wochentagen zeigen sich zusätzliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Väter verbrachten an Wochenenden und Feiertagen 18 Minuten mehr mit der Betreuung ihrer Kinder als unter der Woche, während es bei Müttern 27 Minuten weniger waren. Damit ist der Unterschied zwischen dem Zeitaufwand von Vätern und Müttern am Wochenende deutlich geringer als werktags. Zu berücksichtigen ist aber, dass am Wochenende mehr Tätigkeiten ausgeübt werden, bei denen es sich zwar nicht explizit um Kinderbetreuung handelt, die Kinder aber mit einbezogen werden, wie etwa gemeinsame Ausflüge. ► [Abb 8](#)

Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement

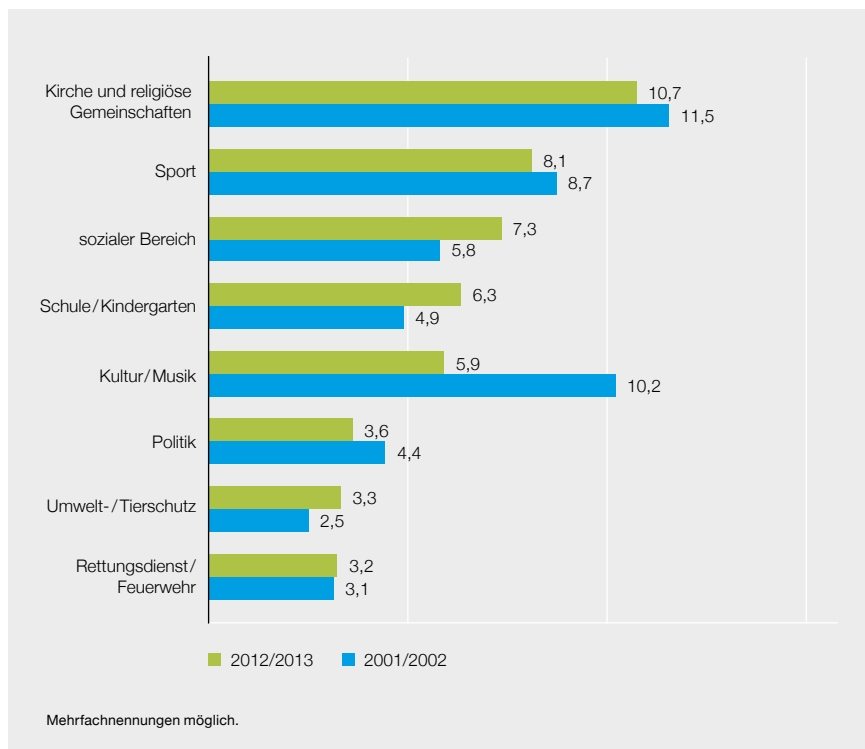
Neben der Hausarbeit und der Betreuung der Familie gehört auch das ehrenamtliche oder freiwillige Engagement zu den unbezahlten Arbeiten. Insgesamt waren 40 % der Bevölkerung ab zehn Jahren ehrenamtlich oder freiwillig engagiert. Der Anteil war bei Frauen (40 %) und Männern (41 %) praktisch gleich hoch.

Die Bereiche des Engagements sind vielfältig: Sie beginnen bei Aktivitäten, die im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen stehen, etwa als Elternver-

► **Abb 9** Anteil von Personen ab zehn Jahren, die sich ehrenamtlich oder freiwillig engagieren, nach ausgewählten Bereichen 2012/2013 — in Prozent



► **Abb 10** Anteil von Personen ab zehn Jahren, die sich ehrenamtlich oder freiwillig engagieren, nach ausgewählten Bereichen — in Prozent



treter in Kindergarten und Schule, als Leiterin einer Jugendgruppe oder als Trainer im Sportverein. Sie umfassen auch die Unterstützung von Älteren, Kranken und Menschen in Not, etwa bei einer Hilfsorganisation, einer Senioren- oder Behindertengruppe, beim Rettungsdienst oder bei der freiwilligen Feuerwehr. Darüber hinaus sind Interessenvertretungen im politischen oder beruflichen Bereich, ehrenamtliche Aktivitäten im Freizeitbereich bei Kultur und Musik sowie Tätigkeiten im kirchlichen und religiösen Umfeld eingeschlossen.

Männer engagierten sich am häufigsten beim Sport oder im kirchlichen beziehungsweise religiösen Bereich. Frauen bevorzugten religiöses Engagement, gefolgt von Tätigkeiten in Schule oder Kindergarten oder Aufgaben im sozialen Bereich. ► [Abb 9](#)

Im Vergleich zu 2001/2002 nahm das ehrenamtliche oder freiwillige Engagement in einigen Bereichen ab. So sank beispielsweise der Anteil engagierter Personen bei Kultur und Musik, also etwa in einer Theatergruppe oder einem Gesangsverein, um fast die Hälfte auf knapp 6%. Bei Sport, kirchlichem beziehungsweise religiösem Engagement und Politik waren die Rückgänge mit weniger als 1 Prozentpunkt moderater. Diese Entwicklung lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass Frauen zunehmend Zeit mit Erwerbsarbeit verbrachten und so weniger Spielraum hatten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Gleichzeitig engagierten sich mit 6% mehr Personen als vor elf Jahren in Schule oder Kindergarten, etwa als Elternvertreter oder in einem Förderverein. Ein möglicher Grund dafür ist, dass Kinder immer mehr Zeit in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen verbringen und es für Eltern wichtig ist, diese mitzugestalten. Auch im sozialen Bereich, also zum Beispiel bei Wohlfahrtsverbänden oder anderen Hilfsorganisationen, hat die ehrenamtliche Arbeit zugenommen und lag bei 7%. ► [Abb 10](#)

Die Zeit, die freiwillig Engagierte für ihre Tätigkeiten aufwendeten, war nicht unerheblich: Die Hälfte dieser Personen

brachte sechs oder mehr Stunden pro Monat dafür auf. Dabei ist ein Unterschied zwischen den Geschlechtern zu beobachten: Männer investierten mehr Zeit in ihr Ehrenamt als Frauen. ▶ [Abb 11](#)

Bildung

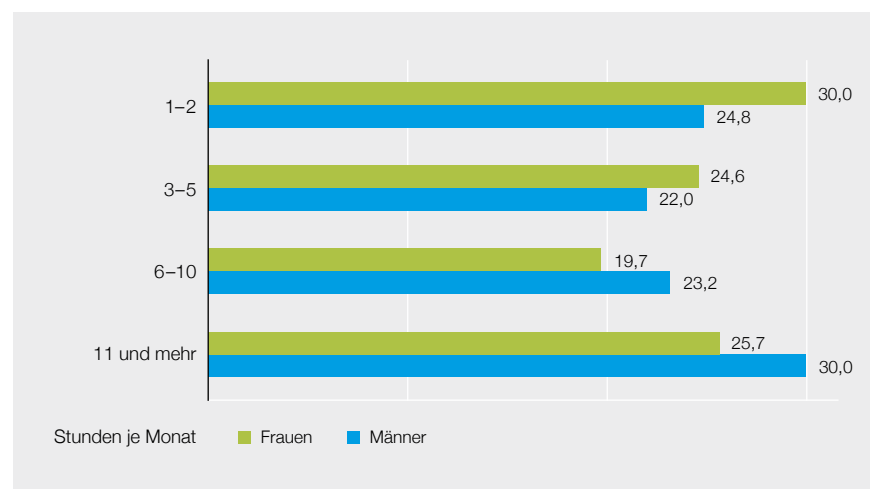
Erwartungsgemäß war der durchschnittliche tägliche Bildungsaufwand für Personen von 10 bis 17 Jahren mit fast vier Stunden am höchsten. Hierbei wurden auch Ferien- und Wochenendtage sowie Wegezeiten einbezogen. Bei Erwachsenen nahm der Zeitaufwand für Bildung mit zunehmendem Alter ab. ▶ [Tab 7](#)

Lässt man Wochenenden und Feiertage unberücksichtigt, so lag die Zeitverwendung für Bildung und Lernen von Personen zwischen 10 und 17 Jahren sogar bei 5 Stunden und 15 Minuten. Am Wochenende und an Feiertagen verbrachten sie 37 Minuten pro Tag mit Bildungsaktivitäten. Auch bei den 18- bis 29-Jährigen lag der Zeitaufwand für Bildungsaktivitäten unter der Woche mit 1 Stunde und 36 Minuten deutlich höher als am Wochenende (31 Minuten).

Schülerinnen und Schüler ab zehn Jahren an allgemeinbildenden Schulen haben im Durchschnitt knapp 32 Unterrichtsstunden pro Woche. Zusätzlich wendeten sie im Durchschnitt knapp 1 Unterrichtsstunde pro Woche für Arbeitsgemeinschaften (AG) auf. Insgesamt besuchten in dieser Altersklasse mehr Schülerinnen (42 %) als Schüler (31 %) eine AG. Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Gymnasium (G8) hatten mit fast 33 Unterrichtsstunden pro Woche am meisten Unterricht. Grundschüler unter zehn Jahren absolvierten dagegen nur knapp 25 Schulstunden pro Woche.

Rund 72 % der Schulkinder unter zehn Jahren nahmen über den Unterricht hinaus Betreuungsangebote in der Schule oder im Hort in Anspruch. Meist waren dies Mittagessen (50 %) und Arbeitsgemeinschaften in der Schule (47 %). Das Angebot der Hausaufgabenbetreuung nahmen 42 % in Anspruch. Freizeitangebote außerhalb der Schule oder Betreuungseinrichtung nutzten darüber hinaus

▶ [Abb 11](#) Ehrenamtlich oder freiwillig engagierte Personen ab zehn Jahren nach Zeitaufwand für das Engagement 2012/2013 – in Prozent



▶ [Tab 7](#) Zeitaufwand für Bildung und Lernen nach Altersklassen 2012/2013 – in Stunden je Tag

	Durchschnittlicher Zeitaufwand		
	je Tag	je Tag, nur Montag bis Freitag	je Tag, nur Wochenende und Feiertage
Insgesamt	00:34	00:45	00:10
im Alter von ... bis ... Jahren			
10–17	03:48	05:15	00:37
18–29	01:15	01:36	00:31
30–44	00:09	(00:11)	(00:06)
45–64	00:04	(00:04)	(00:03)
65 und älter	00:01	(00:02)	/

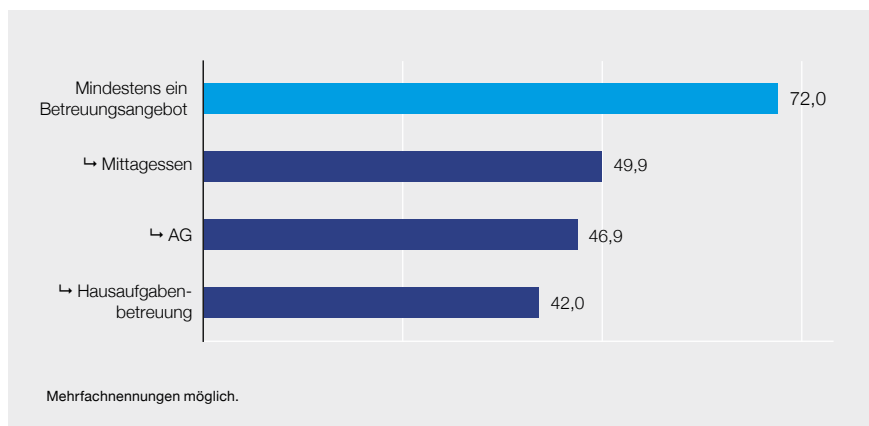
() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

sogar 84 % der Schulkinder unter zehn Jahren. Die häufigsten Freizeitaktivitäten waren hier Angebote aus dem Bereich Sport (72 %) und kulturelle Angebote (Musik / Singen 32 %, Tanzen / Theater 14 %, Malen / Basteln 10 %). ▶ [Abb 12](#)

Auch Kinder unter sechs Jahren, die noch nicht zur Schule gingen, nahmen verschiedene Betreuungsangebote wahr. Über die Hälfte der unter 3-Jährigen und fast alle Kinder zwischen drei und fünf Jahren wurden regelmäßig in Krippe, Kindergarten oder Kindertagesstätte,

von Tagesmüttern, Verwandten, Freunden oder Nachbarn betreut. Bei den unter 3-Jährigen lag die durchschnittliche Betreuungszeit bei 26 Stunden pro Woche, bei den 3- bis 5-Jährigen waren es noch einmal 6 Stunden mehr. Rund 54 % der Kinder im Alter von null bis fünf Jahren bekamen in der Betreuungseinrichtung ein Mittagessen. Übrigens: Kinder in den neuen Bundesländern und Berlin wurden pro Woche 11 Stunden länger betreut als Kinder in den alten Bundesländern. ▶ [Tab 8](#)

► **Abb 12** Anteil der Schulkinder unter zehn Jahren, die Betreuungsangebote in Schule oder Hort in Anspruch nehmen 2012/2013 — in Prozent



► **Tab 8** Betreuung von Kindern unter sechs Jahren 2012/2013

	Betreute Kinder	Durchschnittliche Betreuungszeit (nur betreute Kinder)
	Anteil in %	in Stunden je Woche
Deutschland insgesamt		
Kinder von 0 bis 2 Jahren	57,4	25:56
Kinder von 3 bis 5 Jahren	96,3	31:52
nachrichtlich		
Kinder von 0 bis 5 Jahren		
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	77,2	27:17
Neue Länder und Berlin	76,8	38:17

Freizeit

Pro Tag verwendeten Personen ab zehn Jahren durchschnittlich 5 Stunden und 57 Minuten für Freizeitaktivitäten. Bei Männern waren es mit 6 Stunden und 12 Minuten genau 30 Minuten mehr als bei Frauen (5 Stunden und 42 Minuten). Den überwiegenden Teil der Freizeit mit 3 Stunden pro Tag verbrachten die Menschen mit kulturellen Tätigkeiten wie Fernsehen (2 Stunden und 4 Minuten), Lesen (32 Minuten) und Musik hören (4 Minuten). Aber auch soziale Kontakte (Gespräche und Telefonate, Besuche, Ausgehen und so weiter) machten mit durchschnittlich 1 Stunde täglich einen erheblichen Teil der Freizeit aus. Aktivitäten am Computer oder Smartphone, wie das

Surfen im Internet, das Versenden von E-Mails und Computerspiele, beschäftigten die Menschen in Deutschland 33 Minuten pro Tag. Für Sport blieben dagegen im Durchschnitt nur 29 Minuten.

Die Differenz zwischen Männern und Frauen ist fast vollständig auf den Fernsehkonsum sowie auf die Beschäftigung mit dem Computer oder Smartphone zurückzuführen. Damit verbringen Männer mit insgesamt 2 Stunden und 55 Minuten täglich eine halbe Stunde mehr Zeit als Frauen. Frauen verwendeten dafür geringfügig mehr Freizeit für Kontakte und Geselligkeit. ► [Tab 9](#)

Pro Woche belief sich der durchschnittliche Zeitaufwand für kulturelle Tätigkeiten auf knapp 21 Stunden. Davon

schaute die Menschen in Deutschland durchschnittlich 14,5 Stunden fern. Für das Lesen von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften verwendeten sie 3 Stunden und 46 Minuten pro Woche. Damit ist Lesen die zweithäufigste kulturelle Tätigkeit. Für den Besuch von Kino, Theater, Museum, Sportveranstaltung oder für Ausflüge in den Zoo, den Zirkus oder den Vergnügungspark wendeten die Menschen durchschnittlich 1 Stunde und 40 Minuten pro Woche auf. ► [Abb 13](#)

Je nach Alter war die Zeitverwendung für kulturelle Tätigkeiten unterschiedlich. Absolut gesehen wendeten Personen ab 65 Jahren die meiste Zeit für Kultur und kulturelle Tätigkeiten auf. Der Unterschied zu den anderen Altersklassen kam hauptsächlich dadurch zustande, dass die ab 65-Jährigen deutlich länger fern sahen. Während die 10- bis 17-Jährigen etwa 11,5 Stunden pro Woche damit verbrachten, stieg der Fernsehkonsum bei den 45- bis 64-Jährigen auf durchschnittlich 14,5 Stunden und bei Personen ab 65 Jahren auf 18,5 Stunden. Künstlerische und handwerkliche Tätigkeiten sowie Musizieren übte dagegen am längsten die jüngste Altersgruppe aus. Die 10- bis 17-Jährigen verbrachten knapp 1 Stunde pro Woche mit diesen Tätigkeiten, während der Zeitaufwand hierfür mit steigendem Alter sank und bei den 45- bis 64-Jährigen am niedrigsten war (14 Minuten je Woche).

Gelesen wurde vor allem im höheren Alter. Dabei weisen die ab 65-Jährigen die längste Lesedauer je Woche auf (6 Stunden und 42 Minuten). Die 18- bis 29-Jährigen nahmen sich wöchentlich am wenigsten Zeit für das Lesen (rund 1,5 Stunden). Dem Besuch kultureller Veranstaltungen und sportlicher Ereignisse widmeten die Menschen in Deutschland rund 1 Stunde und 40 Minuten je Woche. Hier variierten die einzelnen Altersgruppen nur geringfügig. ► [Abb 14](#)

Je nach Alter der Befragten bestanden nicht nur Unterschiede bei den ausgeübten Freizeitaktivitäten, sondern auch darin, ob Menschen in ihrer Freizeit allein oder in Gesellschaft von anderen Haus-

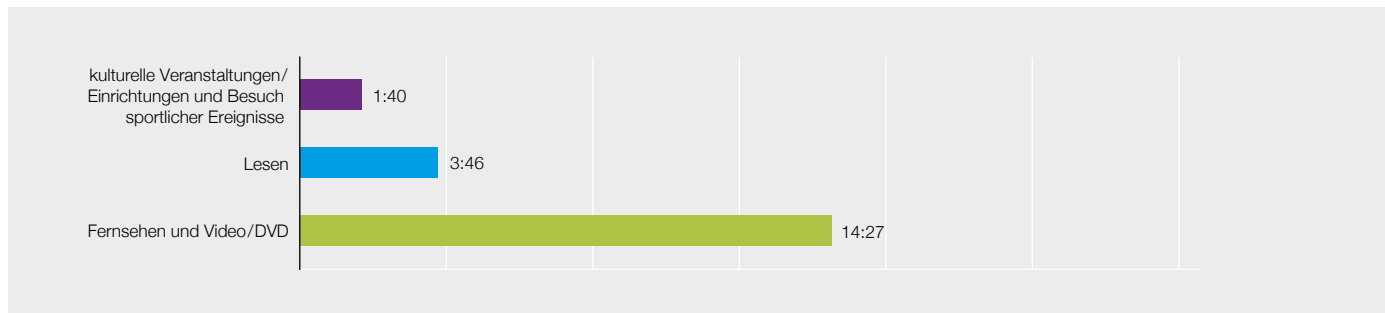
haltsmitgliedern, Freunden und Bekannten waren. Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren verbrachten 66 % ihrer Freizeit mit ihnen bekannten Personen. Zwischen 18 und 44 Jahren waren es 62 %. In den höheren Altersklassen nahm der Anteil ab. Personen im Alter von 65 Jahren und mehr verbrachten nur noch etwa die Hälfte ihrer Freizeit mit anderen Haushaltsmitgliedern, Freunden und Bekannten. ▶ [Abb 15](#)

Im Vergleich zur Zeitverwendung vor elf Jahren ist die Gesamtdauer der Freizeitaktivitäten konstant geblieben. Bei den einzelnen Freizeitbereichen zeigen sich dennoch leichte Verschiebungen: Der

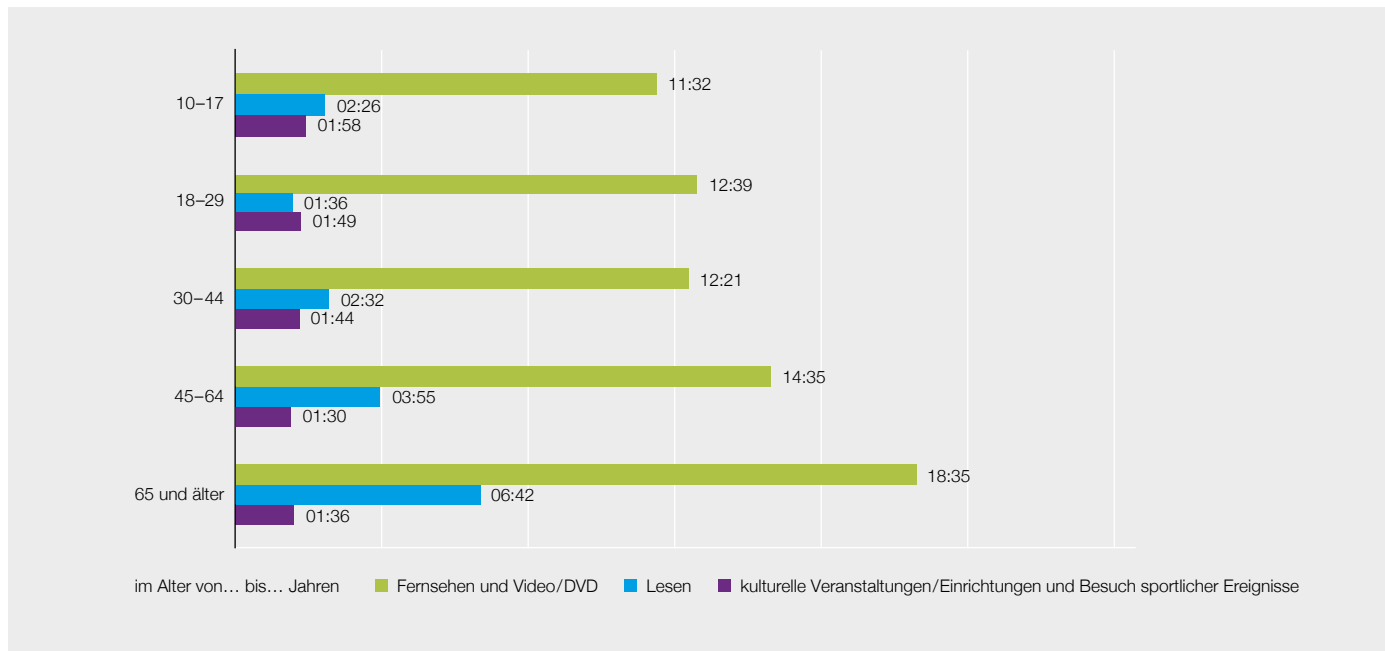
▶ **Tab 9 Durchschnittlicher Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten von Personen ab zehn Jahren 2012/2013 – in Stunden je Tag**

	Insgesamt	Männer	Frauen
Freizeit insgesamt	05:57	06:12	05:42
Fernsehen und andere kulturelle Tätigkeiten	02:58	03:02	02:53
↳ Fernsehen, Video und DVD	02:04	02:10	01:58
↳ Radio, Musik hören	00:04	00:05	00:04
↳ Lesen	00:32	00:31	00:34
Kontakte/Geselligkeit	01:06	01:02	01:09
Computer/Smartphone	00:33	00:45	00:21
Sport	00:29	00:31	00:27
Ausruhen	00:22	00:22	00:23
Hobby	00:06	00:06	00:06
Versammlungen	00:03	00:03	00:03
Wege für Freizeitaktivitäten	00:21	00:20	00:21

▶ **Abb 13 Zeitaufwand für ausgewählte kulturelle Freizeitaktivitäten von Personen ab zehn Jahren 2012/2013 – in Stunden je Woche**



▶ **Abb 14 Zeitaufwand für ausgewählte kulturelle Freizeitaktivitäten nach Altersklassen 2012/2013 – in Stunden je Woche**



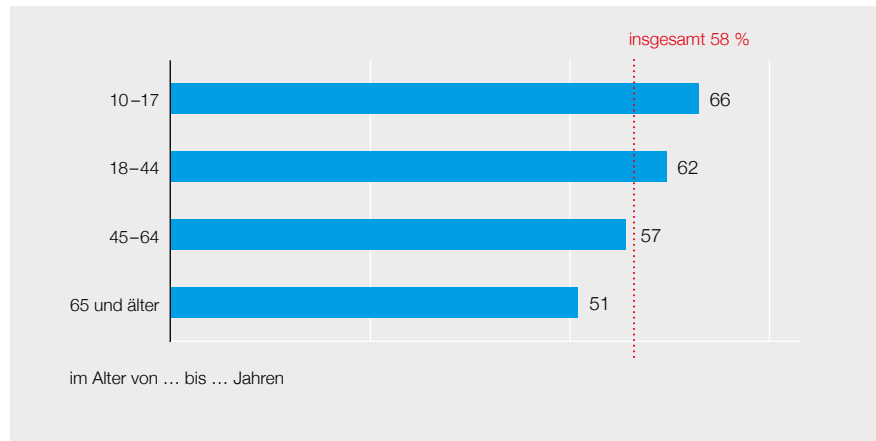
Zeitaufwand für Kontakte und Geselligkeit, Lesen und Wegezeiten ist etwas gesunken. Ein Grund war sicher die zunehmende Verwendung des Internets (Tätigkeiten am Computer oder Smartphone), um mit Freunden und Verwandten in Verbindung zu bleiben oder Informationen zu gewinnen, die um durchschnittlich 15 Minuten pro Tag gestiegen ist. Dies entspricht einem Zuwachs von über 80 % im Vergleich zu 2001/2002. ▶ Abb 16

Nicht alle Menschen verbringen ihre Zeit mit allen Freizeitaktivitäten. Manche lesen lieber und schauen fern, treiben dafür aber keinen Sport, oder umgekehrt. Die unterschiedliche Beteiligung wurde untersucht: Der größte Anteil der Personen mit 91 % sahen täglich fern, lasen oder gingen anderen kulturellen Tätigkeiten nach (3 Stunden und 15 Minuten). Rund 64 % verwendeten einen Teil ihres Tages für soziale Kontakte und gesellige Aktivitäten. Dafür nahmen sie sich durchschnittlich 1 Stunde und 42 Minuten Zeit. Knapp 33 % verbrachten einen Teil ihres Tages damit, sich auszuruhen und taten im Durchschnitt gut 1 Stunde einfach einmal »Nichts«. ▶ Abb 17

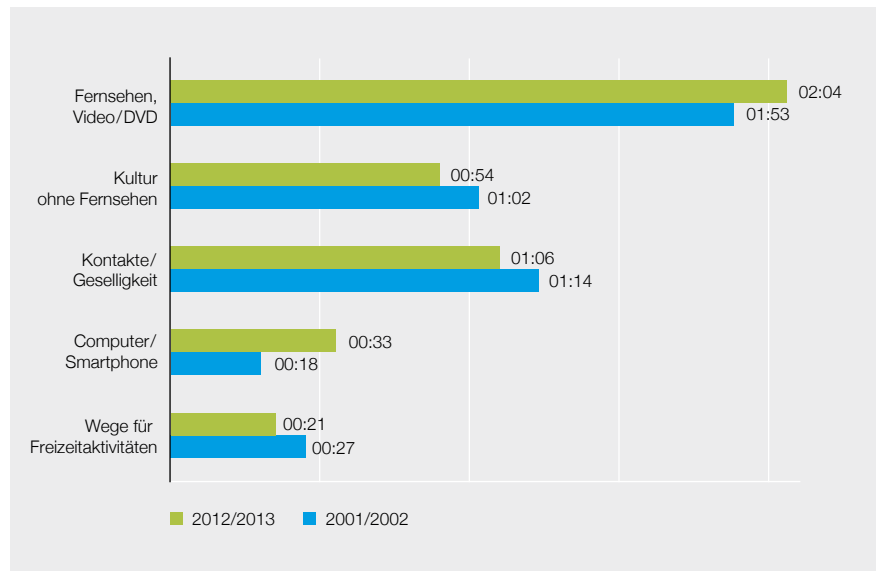
Wie zu erwarten blieb am Wochenende deutlich mehr Zeit für Freizeitaktivitäten als unter der Woche: Im Durchschnitt waren es montags bis freitags 5 Stunden und 16 Minuten, an Wochenend- und Feiertagen dagegen deutlich mehr, nämlich 7 Stunden und 25 Minuten. Dieses Muster zeigt sich bereits bei den 10- bis 17-Jährigen und bleibt auch über das Ende des Erwerbsalters bestehen: Auch Seniorinnen und Senioren verwendeten am Wochenende täglich 1 Stunde mehr für Freizeit als unter der Woche. ▶ Tab 10

Die Anteile einzelner Aktivitäten waren allerdings recht unabhängig vom jeweiligen Wochentag: sowohl werktags als auch am Wochenende wurden 35 % der Freizeit mit Fernsehen verbracht, 15 % mit anderen kulturellen Aktivitäten wie Lesen, Musik hören oder dem Besuch kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen und 18 % mit sozialen Kontakten und Geselligkeit.

▶ Abb 15 Anteil der Freizeit, die mit anderen Haushaltsmitgliedern oder bekannten Personen verbracht wird 2012/2013 — in Prozent



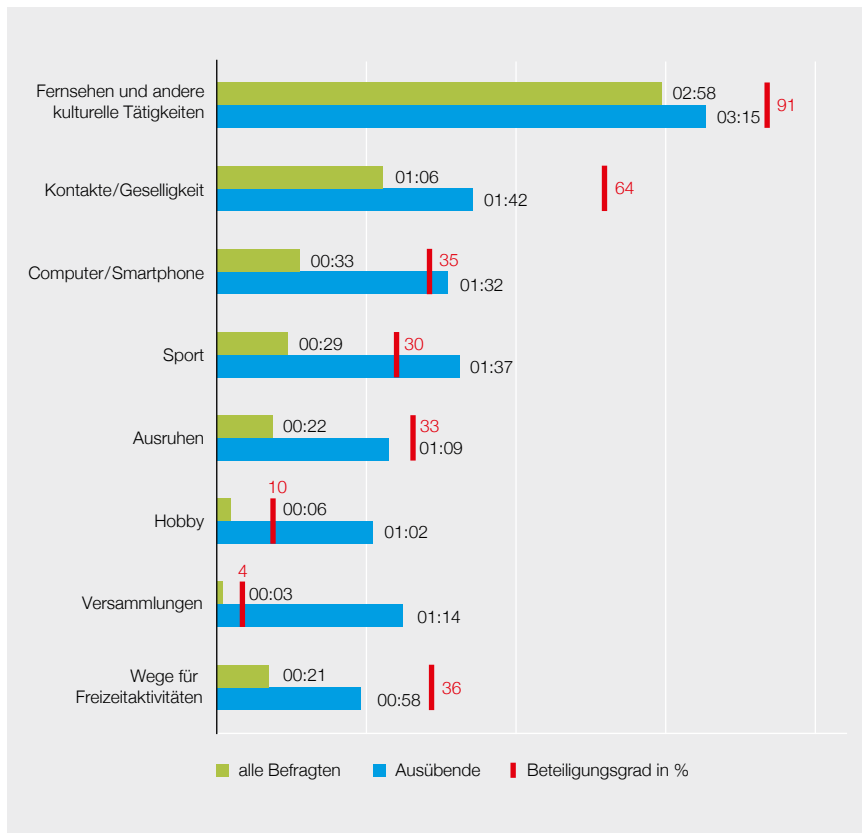
▶ Abb 16 Durchschnittlicher Zeitaufwand für ausgewählte Freizeitaktivitäten von Personen ab zehn Jahren — in Stunden je Tag



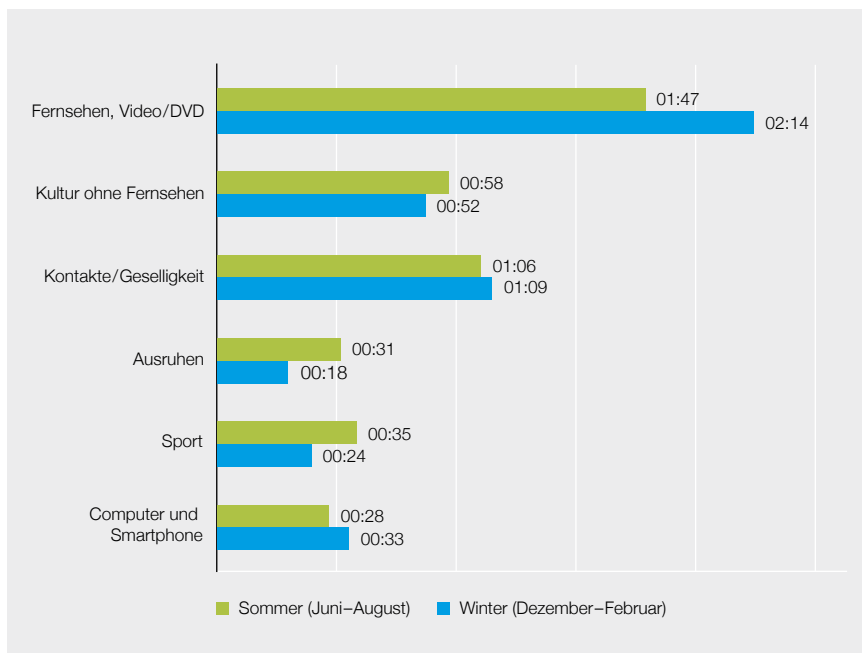
▶ Tab 10 Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten nach Wochentagen und Altersklassen 2012/2013 — in Stunden je Tag

	Insgesamt	Im Alter von ... bis ... Jahren				
		10-17	18-29	30-44	45-64	65 und älter
Insgesamt	05:57	06:38	05:58	04:57	05:33	07:12
Montag-Freitag	05:16	05:52	05:06	04:05	04:52	06:51
Wochenende und Feiertage	07:25	08:18	07:43	06:46	07:05	07:56

► **Abb 17 Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten unter Berücksichtigung des Beteiligungsgrades 2012/2013 – in Stunden je Tag beziehungsweise in Prozent**



► **Abb 18 Zeitaufwand für ausgewählte Freizeitaktivitäten im Sommer und Winter 2012/2013 – in Stunden je Tag**



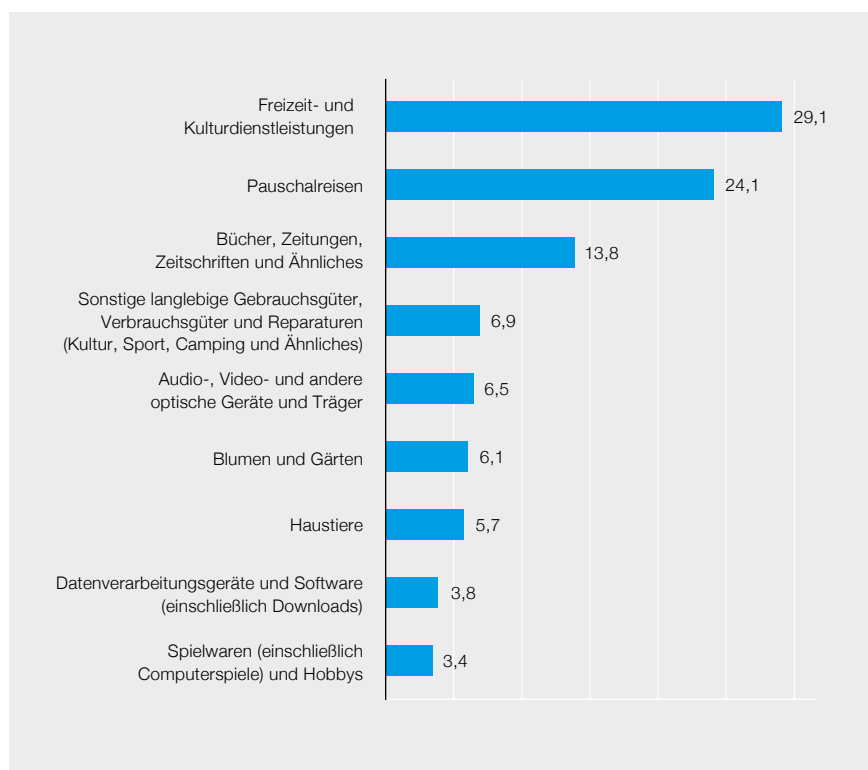
Die Jahreszeiten spielten bei der Wahl der Freizeitbeschäftigung eine größere Rolle. Zu jeder Jahreszeit verwendeten Personen ab zehn Jahren knapp 6 Stunden pro Tag für Freizeit. In den Monaten Juni bis August sahen die Personen aber zum Beispiel täglich 27 Minuten weniger fern als im Zeitraum Dezember bis Februar. Auch die Zeitverwendung für Computer und Smartphone war in den Sommermonaten etwas geringer. Im Gegenzug wurden 13 Minuten mehr mit Ausruhen und 11 Minuten mehr mit Sport verbracht als in den Wintermonaten. Bei diesen Unterschieden spielt sicher auch eine Rolle, dass die Sommermonate die Haupturlaubszeit des Jahres sind. Schließt man bei der Analyse die Tage aus, die von den Befragten zum Beispiel aufgrund von Urlaub, Krankheit oder Familienfesten als ungewöhnlich empfunden wurden, blieben die Tendenzen aber, wenn auch leicht abgeschwächt, bestehen. ► [Abb 18](#)

12.1.2 Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten

Die gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland lagen im Jahr 2013 nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bei durchschnittlich 2 448 Euro pro Monat. Der Anteil, den die Haushalte davon für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgaben, betrug knapp 11 % (261 Euro). Informationen zur EVS siehe Kapitel 6.1, Info 1, Seite 152.

Die durchschnittlich 2013 für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgegebenen 261 Euro pro Monat setzen sich aus unterschiedlichen Einzelpositionen zusammen: Mit 76 Euro im Monat gaben die Haushalte rund 29 % ihres Freizeit- und Unterhaltungsbudgets für Dienstleistungen im Freizeit- und Kulturbereich aus, zu denen unter anderem Eintrittsgelder für Theater-, Konzert- und Museumsbesuche gehören. Die zweithöchste Ausgabenposition waren mit durchschnittlich 63 Euro im Monat (24 %) die Pauschalreisen. Die Kosten für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften

► **Abb 19** Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2013
– Anteil am Freizeitbudget in Prozent



► **Tab 11** Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2013
– Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	261	267	242
Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger	17	18	16
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschließlich Downloads)	10	11	8
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Reparaturen (Kultur, Sport, Camping und Ähnliches)	18	19	12
Spielwaren (einschließlich Computerspiele) und Hobbys	9	10	7
Blumen und Gärten	16	16	16
Haustiere	15	16	12
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	76	78	67
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und Ähnliches	36	37	30
Pauschalreisen	63	60	72

folgten mit größerem Abstand. Die Haushalte gaben hierfür durchschnittlich 36 Euro pro Monat (14 %) aus. Anteilig am wenigsten wurde mit 9 Euro (3 %) für Spielwaren (einschließlich Computerspiele) und Hobbys gezahlt. ► [Abb 19](#)

Die Struktur der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur war in den westdeutschen Haushalten ähnlich wie in den ostdeutschen, unterschied sich jedoch in einigen Punkten. Die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin wendeten mit 30 % ihres Freizeitbudgets einen wesentlich größeren Ausgabenanteil für Pauschalreisen auf als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (22 %). Auch wendeten sie mit 7 % einen geringfügig höheren Anteil für Blumen und Gärten auf als die westdeutschen Haushalte (6 %). Die Haushalte im früheren Bundesgebiet hingegen investierten mit 7 % höhere Anteile ihres Freizeitbudgets in die sonstigen langlebigen Gebrauchsgüter für Kultur, Sport und Camping als die ostdeutschen Haushalte (5 %). Auch für Bücher und Zeitschriften gaben sie mit 14 % anteilmäßig geringfügig mehr aus als die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin (12 %). Ebenso waren die Ausgabenanteile für Freizeit- und Kulturdienstleistungen im früheren Bundesgebiet mit 29 % leicht größer als in den neuen Ländern und Berlin mit 28 %. ► [Tab 11](#)

Ausgaben nach Einkommensklassen

Mit steigendem monatlichen Nettoeinkommen geben die privaten Haushalte mehr für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus. Im Jahr 2013 gaben Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5000 und 18000 Euro mit 529 Euro im Monat durchschnittlich fast 8,5-mal so viel für den Freizeitbereich aus wie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro (63 Euro). ► [Tab 12](#)

Auch die Anteilswerte der Freizeit Ausgaben am jeweiligen Konsumbudget wachen mit steigendem Einkommen. Die Ausgabenanteile reichten von 7 % in der untersten Einkommensklasse bis

► **Tab 12** Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltsnettoeinkommen 2013

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro							
	unter 900	900–1 300	1 300–1 500	1 500–2 000	2 000–2 600	2 600–3 600	3 600–5 000	5 000–18 000
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro								
Private Konsumausgaben	872	1 136	1 384	1 640	2 055	2 557	3 239	4 504
↳ Freizeit, Unterhaltung und Kultur	63	99	136	165	214	267	349	529
in %								
Anteil der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den privaten Konsumausgaben	7,2	8,7	9,8	10,1	10,4	10,4	10,8	11,8

► **Tab 13** Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltstyp 2013

	Paare mit Kind(ern)	Paare ohne Kind	Alleinerziehende	Alleinlebende	Sonstige Haushalte
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro					
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	361	323	181	162	349
Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger	26	21	12	11	27
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschließlich Downloads)	15	11	6	6	18
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Reparaturen (Kultur, Sport, Camping und Ähnliches)	34	19	13	9	29
Spielwaren (einschließlich Computerspiele) und Hobbys	30	6	15	3	10
Blumen und Gärten	19	23	8	9	21
Haustiere	19	18	15	10	24
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	110	83	62	53	99
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und Ähnliches	45	43	26	25	46
Pauschalreisen	64	100	25	35	76
in %					
Anteil der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den privaten Konsumausgaben	10,5	11,2	9,5	10,5	10,2

knapp 12 %, die in der obersten Nettoeinkommensklasse aufgewendet wurden. Der im Durchschnitt geringere Ausgabenanteil in den unteren Einkommensklassen deutet darauf hin, dass die Ausgaben für den Freizeitbereich variabel sind. Ernährungsausgaben beispielsweise können als lebensnotwendige Ausgaben nur sehr schwer unter ein bestimmtes Niveau gesenkt werden und machen deshalb bei Haushalten mit niedrigen Einkommen im Haushaltsvergleich immer den höchsten Anteil aus. Im Gegensatz

dazu können diese Haushalte bei den Freizeitausgaben wohl eher Abstriche vornehmen.

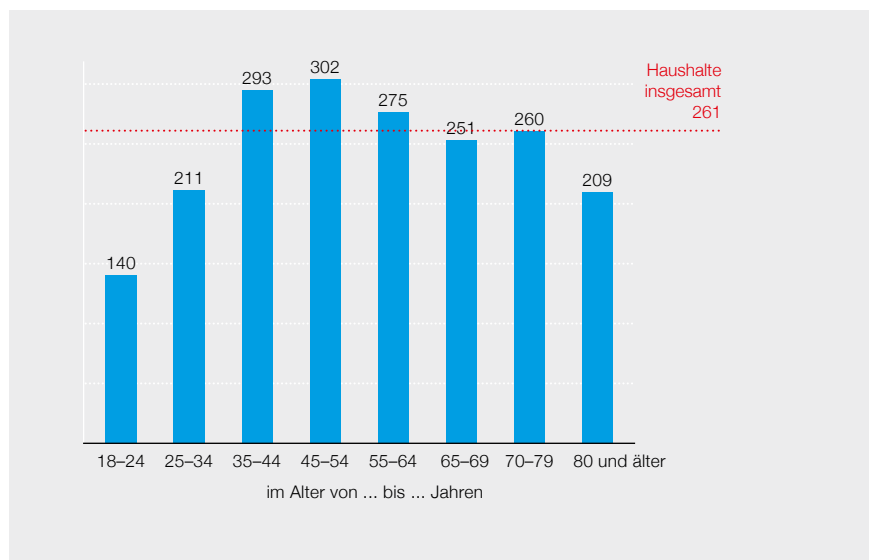
Ausgaben nach Haushaltstypen

Mit zunehmender Haushaltsgröße steigen die Ausgaben für Freizeitaktivitäten. Sie sind aber auch abhängig von der Personenstruktur in den Haushalten. Mit durchschnittlich 162 Euro pro Monat waren die Freizeitausgaben bei den Alleinlebenden am niedrigsten. Am meisten gaben Paarhaushalte mit Kind(ern)

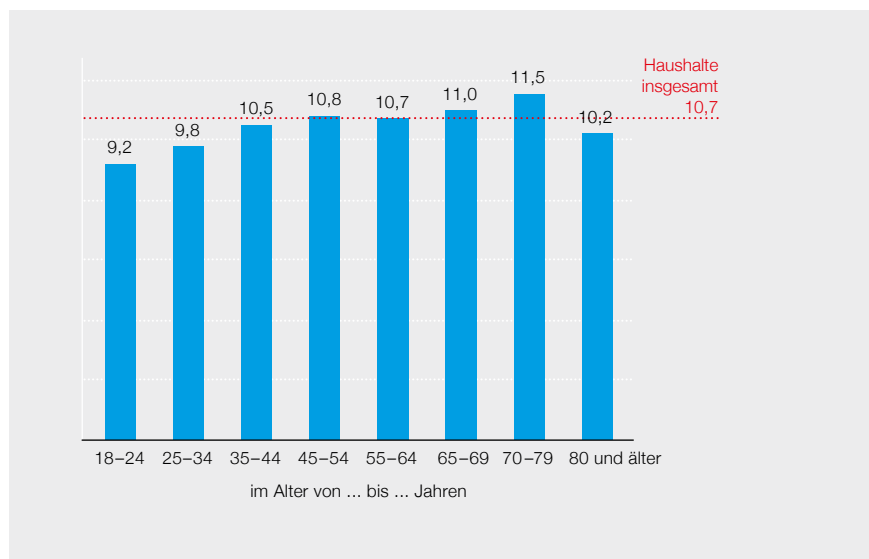
mit durchschnittlich 361 Euro im Monat aus. ► [Tab 13](#)

Ein Vergleich der Anteile der Ausgaben für Freizeitaktivitäten am jeweiligen Konsumbudget zeigt, dass diese bei den Paarhaushalten ohne Kind mit durchschnittlich gut 11 % am höchsten waren. Alleinlebende und Paare mit Kind(ern) setzten knapp 11 % ein, während Alleinerziehende mit durchschnittlich knapp 10 % den geringsten Anteil ihres Konsumbudgets für den Freizeit- und Kulturbereich einsetzten.

► **Abb 20** Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Alter der Haupteinkommensperson 2013 – in Euro je Monat



► **Abb 21** Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben nach Alter der Haupteinkommensperson 2013 – in Prozent



Die Struktur der Freizeitausgaben ist bei den betrachteten Haushaltstypen relativ ähnlich, sie wies im Einzelnen jedoch einige Besonderheiten auf: Die höchsten Ausgabenanteile verwendeten 2013 alle Haushaltstypen – außer den Paaren ohne Kind – für Freizeit- und Kulturdienstleistungen wie Zoo-, Museums-, Theater- und Kinobesuche. Die Haushalte gaben dafür zwischen 26 % und 34 % ihres Freizeitbudgets aus. Paare mit Kind(ern) investierten hierfür durchschnittlich 110 Euro und Alleinlebende 53 Euro im Monat. An zweiter Stelle folgten – außer bei den Alleinerziehenden – die Ausgaben für Pauschalreisen. Paarhaushalte ohne Kind verwendeten hierfür 31 % ihres Konsumbudgets. Im Vergleich dazu war dieser Anteil am Freizeitbudget bei den Alleinerziehenden mit knapp 14 % weniger als halb so hoch.

Die Ausgaben für Spielwaren (einschließlich Computerspiele) und Hobbys schlugen bei Paaren mit Kind(ern) und Alleinerziehenden mit jeweils 8 % ihrer Freizeitbudgets zu Buche. Das entsprach durchschnittlich 30 Euro beziehungsweise 15 Euro im Monat. Alleinlebende und Paare ohne Kind setzten hierfür 2 % ein, das entsprach 3 Euro beziehungsweise 6 Euro.

Für Blumen und Gärten gaben Paare ohne Kind 7 % ihrer Freizeitbudgets aus. Alleinerziehende setzten dagegen nur 4 % dafür ein.

Ausgaben nach dem Alter der Haupteinkommensperson

Das Alter der Haupteinkommensperson, also der Person im Haushalt, die den größten Beitrag zum Haushaltsnettoein-

► **Tab 14** Ausgewählte Freizeitausgaben nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2013 – in Prozent

	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahren							
	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-69	70-79	80 und älter
Freizeit, Unterhaltung und Kultur								
Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger	9,3	9,5	7,8	7,6	6,5	5,2	4,2	5,7
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschließlich Downloads)	6,4	5,2	4,4	4,6	4,0	3,2	2,7	1,4
Blumen und Gärten	2,9	4,3	5,1	5,3	6,9	7,6	8,1	8,6

kommen leistet, spielt für die Höhe der Freizeitausgaben ebenfalls eine Rolle. Je nach Lebensphase sind die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur durchaus unterschiedlich hoch. Haushalte mit Haupteinkommenspersonen im Alter von 45 bis 54 Jahren gaben im Jahr 2013 mit durchschnittlich 302 Euro im Monat am meisten für den Freizeit- und Kulturbereich aus. Ihnen folgten Haushalte mit Haupteinkommenspersonen im Alter von 35 bis 44 Jahren (293 Euro) und von 55 bis 64 Jahren (275 Euro). Die geringsten Beträge für den Freizeitbereich verwendeten mit durchschnittlich 140 Euro im Monat die jungen Haushalte (18 bis 24 Jahre). ▶ [Abb 20](#)

Ein Vergleich der Anteile der Freizeitausgaben am jeweiligen Konsumbudget in den einzelnen Altersklassen zeigt ein etwas anderes Bild: Die Haushalte mit Haupteinkommenspersonen von 70 bis 79 Jahren wiesen mit knapp 12% die höchsten Ausgabenanteile für den Freizeitbereich auf. Bei Haushalten mit Haupteinkommenspersonen im Alter von 18 bis 24 Jahren und von 25 bis 34 Jahren waren die Ausgabenanteile mit 9% sowie mit knapp 10% am geringsten. ▶ [Abb 21](#)

Die Haushalte aller Altersgruppen verwendeten ausnahmslos die größten Anteile ihrer Freizeitbudgets für Freizeit- und Kulturdienstleistungen sowie für

Pauschalreisen. Bei näherer Betrachtung fällt allerdings eine Zweiteilung auf: Die Haushalte mit Hauptverdiener bis 64 Jahre gaben mit 27% bis 34% den höchsten Anteil ihrer Freizeitbudgets für Dienstleistungen im Freizeit- und Kulturbereich aus. In Haushalten mit Haupteinkommenspersonen ab 65 Jahren hingegen lag der Ausgabenschwerpunkt auf den Pauschalreisen. Dafür wurden Anteile zwischen 28% und 34% eingesetzt.

Auch bei den Ausgaben für Datenverarbeitungsgeräte und Software zeigt sich ein Zusammenhang zum Alter der Haupteinkommenspersonen: Mit zunehmendem Alter der Hauptverdiener nehmen die entsprechenden Ausgabenanteile für die jeweiligen Bereiche ab. ▶ [Tab 14](#)

Blumen und Gärten hingegen haben im Alter anscheinend eine höhere Bedeutung als in jungen Jahren: Während in jungen Haushalten (Hauptverdiener in der Altersklasse 18 bis 24 Jahre oder 25 bis 34 Jahre) mit durchschnittlich 4 Euro und 9 Euro im Monat 3% beziehungsweise 4% des Freizeitbudgets für Blumen und Gärten ausgegeben wurden, betrug dieser Anteil bei den Haushalten der Altersklassen 70 bis 79 Jahre sowie 80 Jahre und älter im Schnitt 8% und knapp 9% (21 Euro beziehungsweise 18 Euro).

▶ Info

Was gibt der Staat für Freizeit und Kultur aus?

Bund, Länder und Kommunen wendeten 2011 rund 5,8 Milliarden Euro für den Bereich Sport und Erholung auf (Nettoausgaben). Das waren 0,5% der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Von den 5,8 Milliarden Euro wurden 2,5 Milliarden Euro (42,5%) für Sportstätten verwendet, 1,7 Milliarden Euro (30,0%) für Park- und Gartenanlagen. Für die Sportförderung brachten die öffentlichen Haushalte 1,0 Milliarden Euro auf sowie weitere 482 Millionen Euro für öffentliche Schwimmbäder (17,6% beziehungsweise 8,3%).

Außerdem gab die öffentliche Hand 2011 rund 9,3 Milliarden Euro für den kulturellen Bereich aus.

Von den Gesamtausgaben für Kultur entfielen mit 3,8 Milliarden Euro rund 40,3% auf Theater und Musik, weitere 1,5 Milliarden Euro (16,0%) wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen sowie 611 Millionen Euro (6,6%) für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege aufgewendet.

12.2 Religiosität und Säkularisierung

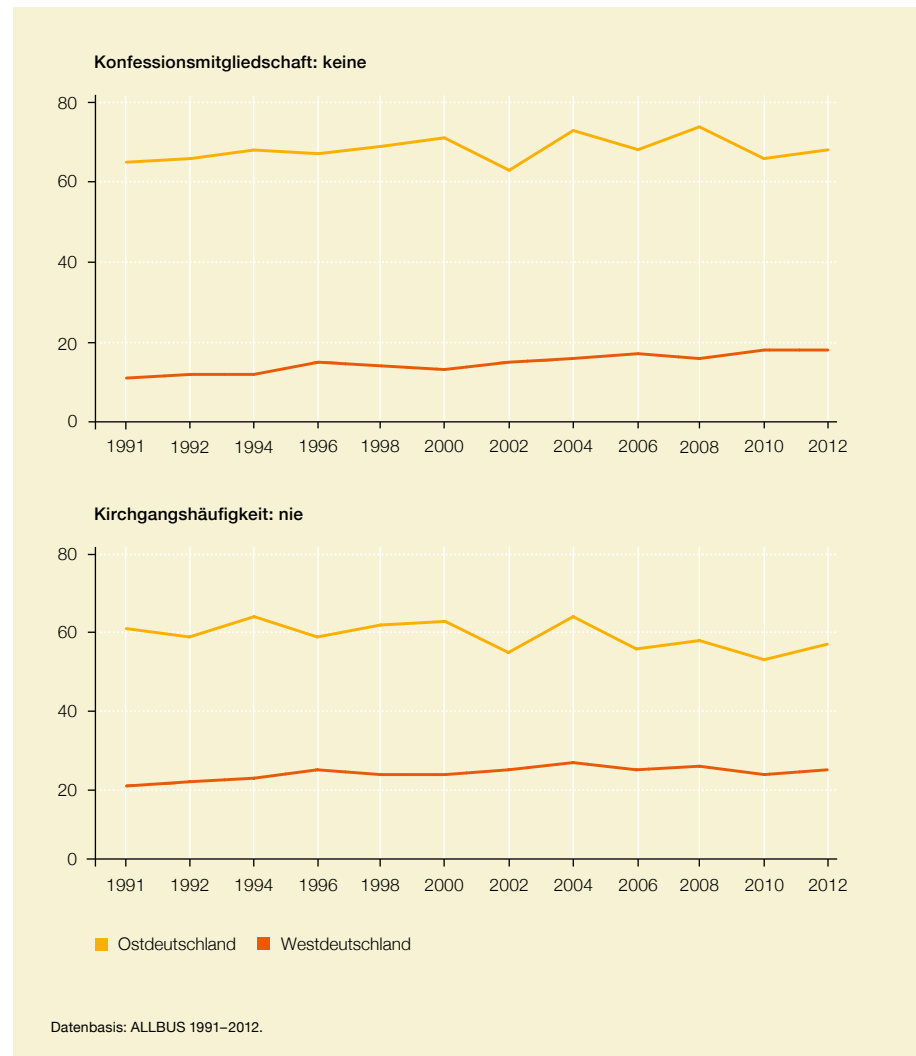
Heiner Meulemann
Universität zu Köln

WZB/SOEP

Weil jeder Mensch weiß, dass er sterben wird, muss er zwischen der erfahrbaren, diesseitigen Welt und dem nicht erfahrbaren, nur vorstellbaren Jenseits differenzieren. Die Unterscheidung zwischen Diesseits und Jenseits – also zwischen Immanenz und Transzendenz – wirft die metaphysische Frage nach dem Woher und Wohin der Welt und des eigenen Lebens auf. Religion ist ein System von Lehren, das eine Antwort auf diese Frage anbietet. *Religiosität* hingegen ist ein

Merkmal von Personen; man kann sie definieren als die Einstellung zur religiösen Frage. Religiöse Antworten auf diese entscheidenden Fragen des Lebens werden heutzutage jedoch zunehmend kritisch betrachtet und Alternativen in Philosophie und verschiedenen Weltanschauungen gesucht. Menschen gewinnen eine Antwort auf die religiöse Frage nicht mehr aus den Glaubenslehren der Religion über transzendente Welten, sondern aus Überzeugungen, die in dieser Welt gewonnen

► **Abb 1 Konfessionsmitgliedschaft und Kirchgangshäufigkeit in West- und Ostdeutschland 1991–2012 – in Prozent**



wurden und sich auf das Leben in ihr richten. Diese Bewegung hin zu diesseitigen Antworten auf die religiöse Frage kann man als *Säkularisierung* bezeichnen. Empirisch erfassen kann man sie in einer gegebenen Bevölkerung als Rückgang von Durchschnittswerten der Religiosität.

Die Säkularisierung ist in Europa zwischen 1945 und 1990 auf zwei unterschiedliche Weisen vorangetrieben worden. In den damals staatssozialistischen Ländern Osteuropas wurde die Religion von der Politik bekämpft, in den kapitalistisch-demokratischen Ländern Westeuropas hingegen verlor sie ohne jeglichen Zwang ihre Anhänger.

Im Folgenden werden die erzwungene und die freiwillige Säkularisierung der beiden früheren Landesteile Deutschlands von 1990 bis 2012 an sechs Formen der Religiosität untersucht: der *Mitgliedschaft* in Kirchen; der öffentlich-kirchlichen Praxis des Kirchganges; der privat-religiösen Praxis des Gebets; der *diffusen Religiosität*, die als religiöse Selbsteinschätzung und als Wichtigkeit von Religion und Kirche gemessen wird, und schließlich den *reli-*

giösen Weltbildern, die entweder eine christliche oder eine immanente Antwort auf die religiöse Frage geben. Die Kirchenmitgliedschaft und der Kirchgang beziehen sich auf christliche Kirchen; erst 2012 wurden Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften – 3,8 % der Stichprobe – nach dem »Besuch einer Moschee, Synagoge oder eines anderen Gotteshauses« gefragt. Auch das Gebet, die diffuse Religiosität und die religiösen Weltbilder werden nur für aktuelle oder frühere Mitglieder christlicher Kirchen, nicht aber anderer Religionsgemeinschaften berichtet.

Erwarten muss man, dass die erzwungene Säkularisierung in Ostdeutschland 1990 weiter fortgeschritten ist als die freiwillige Säkularisierung in Westdeutschland. Die Frage ist jedoch, ob der ostdeutsche Vorsprung bis 2012 bestehen bleibt oder zusammenschmilzt.

12.2.1 Kirchenmitgliedschaft und Kirchgangshäufigkeit

In Westdeutschland gehören 11 % im Jahr 1991 und 18 % im Jahr 2012 keiner Religionsgemeinschaft an, in Ostdeutschland

sind es 65 % (1991) beziehungsweise 68 % (2012). Die Differenz zwischen den Landesteilen schwankt ohne Tendenz zwischen 48 und 58 Prozentpunkten (siehe obere Hälfte Abbildung 1). Die Ostdeutschen wurden in der DDR »entkirchlicht« und finden auch in der neuen Bundesrepublik nicht wieder zu den Kirchen zurück. ▶ [Abb 1](#)

In der gesamten Bevölkerung einschließlich der Konfessionslosen gehen 1991 und 2012 im Westen 21 % beziehungsweise 25 %, im Osten 61 % beziehungsweise 57 % »nie« zur Kirche, sodass die Prozentsatzdifferenz zwischen den beiden Landesteilen von 40 Prozentpunkten auf 32 Prozentpunkte zurückgeht (siehe untere Hälfte Abbildung 1).

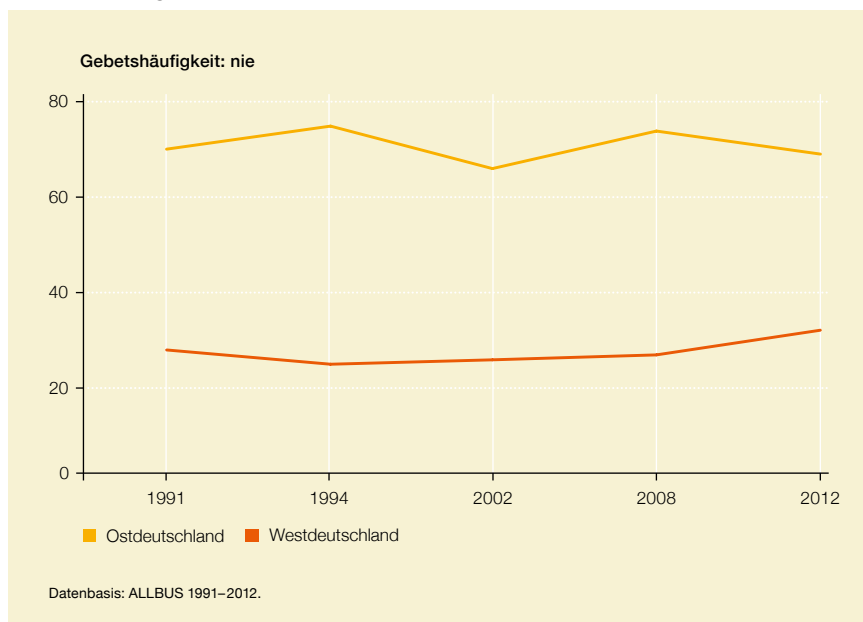
Die geringere Kirchgangshäufigkeit in Ostdeutschland spiegelt die Entkirchlichung Ostdeutschlands wider, denn Konfessionslose gehen seltener in die Kirche als Konfessionsmitglieder und Protestanten seltener als Katholiken. In Ostdeutschland sind nun zugleich Konfessionslose und Protestanten stärker vertreten. In der Tat nivellieren sich die Landesteilunterschiede der Kirchgangshäufigkeit fast vollständig, wenn man die Konfessionslosigkeit konstant hält, sodass die Kirchgangshäufigkeit letztlich die Landesteilunterschiede der Konfessionsmitgliedschaft widerspiegelt.

12.2.2 Häufigkeit des Gebets

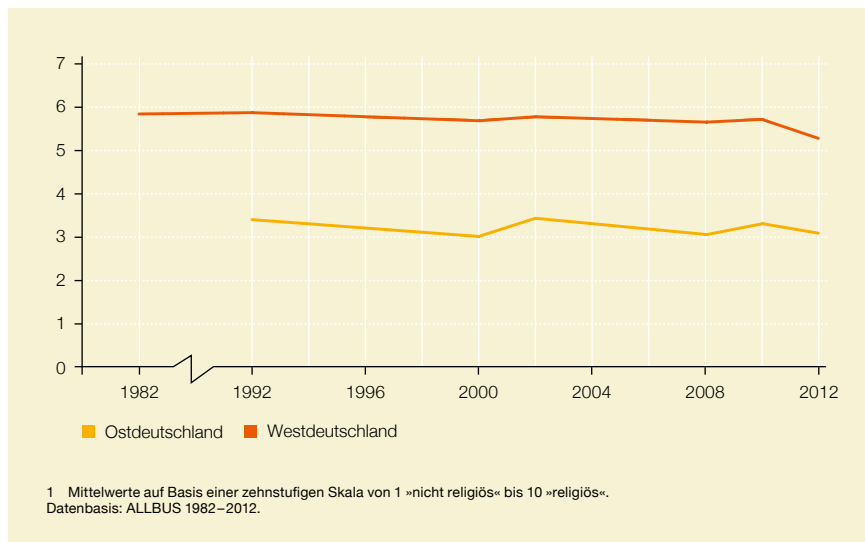
Nicht nur in der Kirche wird gebetet, sondern auch zu Hause. Die Frage »Wie oft beten Sie?« bezieht sich zunächst auf beides. Aber durch die Antwortvorgaben, die von »täglich« bis »nie« reichen, wird deutlich, dass das private Gebet im Hause gemeint ist. Die Verteilung dieser Variable ist in beiden Landesteilen zweigipflig: der häufigste Wert ist »nie«, der zweithäufigste »täglich«, alle mittleren Kategorien sind seltener besetzt. Daher ist es am besten, den Prozentsatz »nie« zu betrachten. ▶ [Abb 2](#)

Abbildung 2 zeigt, dass Nichtbeten zwischen 1991 und 2012 in Ostdeutschland um 37 bis 50 Prozentpunkte häufiger ist als in Westdeutschland. Die Differenz

▶ **Abb 2** Häufigkeit des Gebets in West- und Ostdeutschland 1991–2012 — in Prozent



► **Abb 3** Selbsteinschätzung der Religiosität in Westdeutschland 1982–2012 und in Ostdeutschland 1992–2012 – Mittelwerte¹



schwankt unregelmäßig. Die erzwungene Säkularisierung ist also nicht nur eine »Entkirchlichung«, sie bringt auch eine Säkularisierung des privaten religiösen Verhaltens mit sich. Betrachtet man die Gebetshäufigkeit getrennt für Protestanten, Katholiken und Konfessionslose, so wird der Unterschied zwischen den Landesteilen zwar kleiner, verschwindet aber nicht. Die erzwungene Säkularisierung Ostdeutschlands hat also bis heute auch unabhängig von der Konfessionsmitgliedschaft Nachwirkungen auf die Gebetshäufigkeit.

12.2.3 Diffuse Religiosität

Die diffuse Religiosität bezieht sich weder auf Praktiken noch auf religiöse Weltbilder (siehe 12.2.4), sondern auf die Religion überhaupt. Sie kann als Religion in der Person und Religion für die Person betrachtet werden – als selbst eingeschätzte Religiosität und als Wichtigkeit von »Religion und Kirche« im Leben der Person.

Die selbst eingeschätzte Religiosität wurde in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1982, 1992, 2000, 2002 und 2012 auf einer zehnstufigen Skala und im International Social Survey Programme (ISSP)

2008 auf einer siebenstufigen Skala, die auf zehn Stufen umgerechnet wurde, erfragt. Die Mittelwerte der Antworten sind in Abbildung 3 dargestellt. ► **Abb 3**

Die Westdeutschen schätzen sich konstant religiöser ein als die Ostdeutschen. Ihr Vorsprung schwankt unregelmäßig zwischen 2,2 und 2,5 Skaleneinheiten. Auch hier bleiben die Nachwirkungen der erzwungenen Säkularisierung unvermindert bis heute bestehen.

Im ALLBUS wurde 1980, 1982, 1986, 1990, 1992, 1996 und 2012 den Befragten eine Liste von Lebensbereichen – darunter auch »Religion und Kirche« – vorgegeben, deren Wichtigkeit zwischen 1 (unwichtig) und 7 (sehr wichtig) bewertet werden musste. Nimmt man 2012 in Gesamtdeutschland den Anteil der höchsten Wichtigkeit (Wert 7) als Maß, so ist »Eigene Familie und Kinder« mit 76,1 % der bei weitem wichtigste Lebensbereich, gefolgt von »Beruf und Arbeit« mit 37,6 %. Im Mittelfeld liegen »Freizeit und Erholung« mit 29,9 %, »Freunde und Bekannte« mit 28,7 % und »Verwandtschaft« mit 23,5 %; im unteren Bereich »Nachbarschaft« mit 12,5 %, »Religion und Kirche« mit 9,6 % und »Politik und öffentliches Leben« mit 5,8 %. Die Mittelwerte der

westdeutschen Bevölkerung seit 1980 und der ostdeutschen Bevölkerung seit 1991 für »Religion und Kirche« sind in Abbildung 4 dargestellt.

Beide Landesteile säkularisieren sich. In Westdeutschland ist die Wichtigkeit von Religion und Kirche seit 1980 um 0,34 Skaleneinheiten, in Ostdeutschland seit 1991 um 0,15 Skaleneinheiten zurück gegangen. Ostdeutschland ist sehr viel stärker als Westdeutschland säkularisiert; der Abstand schwankt ohne Richtung zwischen 1,10 und 1,43 Skaleneinheiten. ► **Abb 4**

12.2.4 Religiöse Weltbilder

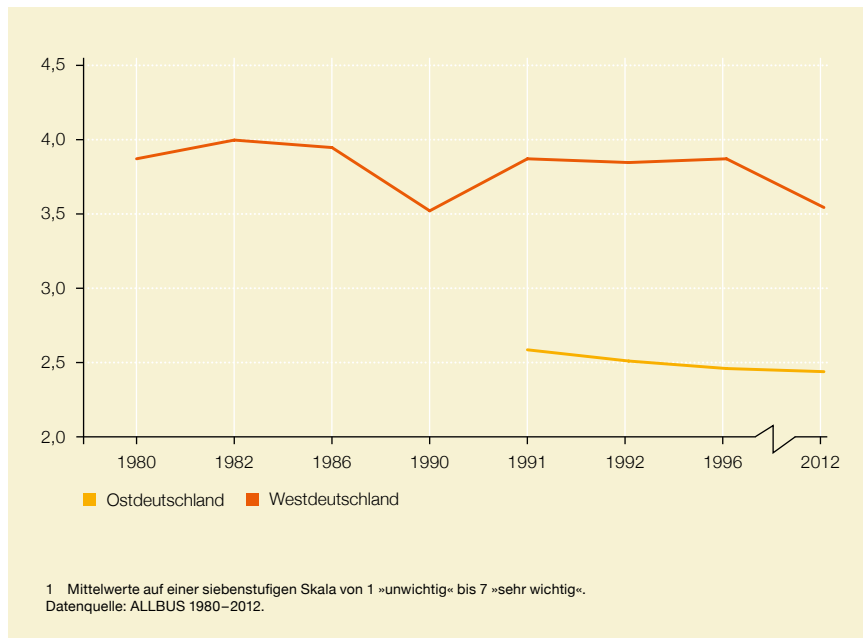
Die Religion ist die erste soziale Macht, die die religiöse Frage beantwortet. Aber die dominierende Religion des Abendlandes, das Christentum, hat in den letzten zwei Jahrhunderten zunehmend an Macht verloren, ihre Lehre durchzusetzen, sodass andere Mächte – Weltanschauungen und die Wissenschaft – mit ihr konkurrieren und religiöse Weltbilder Gegenstand der Wahl oder Konstruktion, kurz Privatsache geworden sind. Man kann demnach religiöse Weltbilder nach ihrem Säkularisierungsgrad betrachten – danach, wieweit sie auf einem Glauben an transzendente oder immanente Mächte beruhen, christlich oder säkular sind. Drei Säkularisierungsstufen wurden erfragt:

1. die theistische und deistische, die hier zusammenfassend als christlich bezeichnet werden,
2. die immanente, die den Sinn des Lebens im Leben selber sieht, und schließlich
3. Sinnlosigkeit.

Christliche Weltbilder werden durch vier Aussagen erfasst (siehe Info 1). Das *immanente* Weltbild wird durch existentialistische und naturalistische Vorgaben erfasst. *Sinnlosigkeit* wird durch eine Aussage erfasst. ► **Info**

In Westdeutschland lebende Personen unterstützen die existentialistische Aussage stärker als die beiden naturalistischen, diese stärker als die vier christlichen, und diese wiederum stärker als

► **Abb 4** Wichtigkeit von Religion und Kirche in Westdeutschland 1980–2012 und in Ostdeutschland 1991–2012 – Mittelwerte¹



► Info 1

Religiöse Weltbilder

Christliches Weltbild:

Zustimmung zu folgenden Aussagen:

- »Es gibt einen Gott, der sich mit jedem Menschen persönlich befasst« (PERSÖN)
- »Es gibt einen Gott, der Gott für uns sein will« (FÜRUNS)
- »Das Leben hat nur eine Bedeutung, weil es einen Gott gibt« (GOTT)
- »Das Leben hat einen Sinn, weil es nach dem Tod noch etwas gibt« (TOD)

Immanentes Weltbild:

Zustimmung zu folgenden Aussagen:

Existenzialistisch:

- »Das Leben hat nur dann einen Sinn, wenn man ihm selber einen Sinn gibt« (SELBER)

Naturalistisch:

- »Unser Leben wird letzten Endes bestimmt durch die Gesetze der Natur« (NATGES)
- »Das Leben ist nur ein Teil der Entwicklung der Natur« (NATENT)

Sinnlosigkeit:

Zustimmung zu folgender Aussage:

- »Das Leben hat meiner Meinung nach wenig Sinn« (WENSINN)

Für alle Aussagen werden fünf Zustimmungsstufen von 1 »stimme voll und ganz zu« bis 5 »stimme überhaupt nicht zu« vorgegeben sowie eine Vorgabe »darüber habe ich noch nicht nachgedacht«, die mit der mittleren Stufe (»habe dazu keine feste Meinung«) zusammengefasst wurde. Die Antworten der westdeutschen Bevölkerung 1982, 1991, 1992, 2002 und 2007 und der ostdeutschen Bevölkerung 1991, 1992, 2002 und 2007 sind in Abbildung 5 dargestellt. Zur besseren Lesbarkeit sind die Mittelwerte der christlichen Aussagen mit durchgezogenen Linien, die Mittelwerte der übrigen Aussagen mit gestrichelten Linien verbunden. ► [Abb 5](#)

die Sinnlosigkeit. Die Rangfolge bleibt über die Jahre konstant – mit nur einer Ausnahme: 1982 hat der Glaube, dass es einen Gott gibt, der für uns Gott sein will (FÜRUNS) etwas mehr Anhänger als die beiden naturalistischen Aussagen. Die Weltbilder liegen gleichsam wie Schichten übereinander, die die Historie spiegeln: Die Religion des Abendlandes wird von modernen Weltanschauungen, dem Naturalismus und dem Existentialismus, überlagert. Das Christentum ist folglich nicht mehr die vorherrschende religiöse Weltdeutung in Westdeutschland. ► [Abb 5](#)

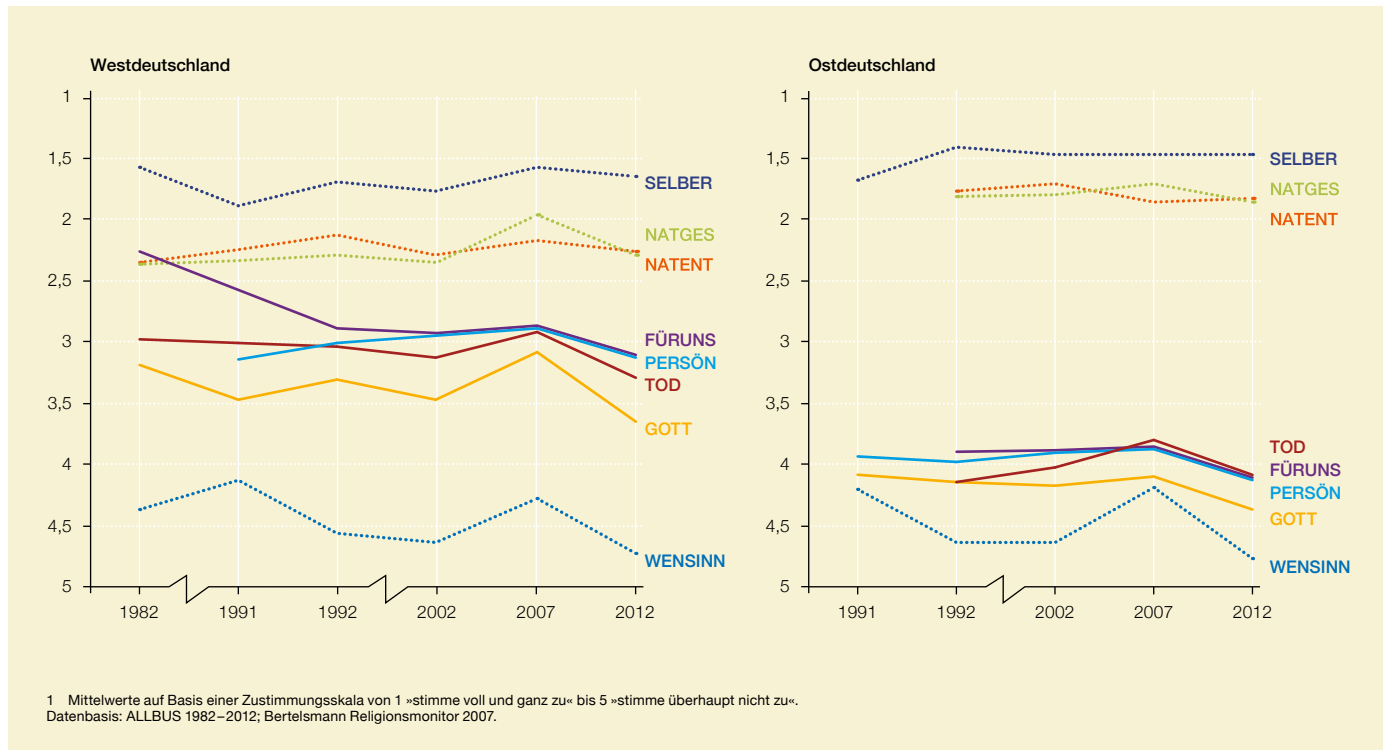
In Ostdeutschland finden alle immanenten Aussagen deutlich mehr Zustimmung als die christlichen Vorgaben und die Sinnlosigkeit. Es liegen hier die gleichen Schichten übereinander wie in Westdeutschland. Auch hier steigt die Zustimmung zu den christlichen Aussagen leicht, ebenso wie die zu allen säkularen Aussagen mit Ausnahme der Aussage, dass das Leben nur ein Teil der Entwicklung der Natur ist (NATENT). Dennoch fällt ein Unterschied auf: Das existentialistische und das naturalistische Weltbild liegen enger zusammen und weiter vom christlichen entfernt.

In beiden Landesteilen rangieren also immanente Weltbilder vor christlichen. Dennoch hat die zwangsweise Entkirchlichung der DDR christliche Weltbilder in Ostdeutschland stärker zurückgedrängt als die freiwillige Säkularisierung in Westdeutschland.

12.2.5 Zusammenfassung

Sowohl die Erwartung, dass die Ostdeutschen 1990 weniger religiös seien als die Westdeutschen, als auch die Frage, ob der ostdeutsche Vorsprung bestehen bleibt, wird bestätigt. Während politische Einstellungen und moralische Überzeugungen sich in den zwanzig Jahren nach der Vereinigung weitgehend angeglichen haben, bleibt die geringere Religiosität der Ostdeutschen als einer der stärksten Einstellungsunterschiede zwischen den beiden Landesteilen bestehen. Warum?

Vermutlich konnte die erzwungene Säkularisierung deshalb leichter fortwirken,

► Abb 5 Religiöse Weltbilder in Westdeutschland 1982–2012 und in Ostdeutschland 1991–2012 – Mittelwerte¹

weil ihre Folgen mit der neuen Sozialordnung weniger in Widerspruch gerieten als andere Nötigungen des Staatssozialismus. Die politische Ordnung des Staatssozialismus wurde durch ihren Zusammenbruch diskreditiert, der ihre Ineffizienz und Ungerechtigkeit offenlegte. Daher haben die meisten Ostdeutschen sich auch innerlich von ihr gelöst. Ebenso hat die »sozialistische Moral«, die in der DDR einen Gemeinschaftssinn stiften sollte, sich als desorientierend in einer Sozialordnung erwiesen, in der unterschiedliche Interessen anerkannt und Konflikte zwischen ihnen gelöst werden müssen. Deshalb haben sich fast alle Ostdeutschen von dieser Moral distanziert. Sie sahen nach der deutschen Vereinigung jedoch keinen Anlass, sich von ihrer säkularen Weltsicht zu lösen. Sie hat sich weder wie die staatssozialistische Ordnung diskreditiert noch in der neuen Sozialordnung als desorientierend erwiesen. Im Gegenteil: sie ist – wie die nahezu

gleiche Unterstützung immanenter Weltbilder in beiden Landesteilen zeigt – mit der neuen Sozialordnung vereinbar.

In Westdeutschland schreitet die freiwillige Säkularisierung eher voran als dass sie zurückgeht. Die Konfessionen verlieren leicht an Mitgliedern, die Kirchen leicht an Besuchern, die christlichen Überzeugungen leicht an Anhängern; die Gebetshäufigkeit und die diffuse Religiosität bleiben hingegen weitgehend konstant. Von einer Wiederkehr der Religion kann also in keinem Landesteil die Rede sein.

12.3 Zivilgesellschaftliches Engagement

Mareike Alscher, Eckhard Priller
Maecenata Institut für Philanthropie
und Zivilgesellschaft

WZB/SOEP

Für das Funktionieren der Gesellschaft, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Erhöhung der individuellen Lebensqualität hat das zivilgesellschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Stellenwert. Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements nimmt angesichts der zunehmenden Individualisierung und dem damit verbundenem Verlust sozialer Bindungen zu. Die Vereinzelung der Gesellschaftsmitglieder kann dabei die gesellschaftliche Integration von Menschen oder ganzen sozialen Gruppen erschweren. Das individuelle Engagement kann hingegen helfen Menschen einzubinden. Es schafft Orientierung auf Gemeinschaft und bietet für den Einzelnen gemeinschaftsorientierte Entfaltungsmöglichkeiten. Zivilgesellschaftliches Engagement hat zugleich wichtige Funktionen bei weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen. So ist es eine wichtige Ressource im demografischen Wandel – ehrenamtlich erbrachte Leistungen unterstützen beispielsweise Ältere oder leisten Bedeutendes bei der Integration von Menschen aus anderen Kulturen.

Unter zivilgesellschaftlichem Engagement wird ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet. Ein Engagement kann die Bereitstellung von Zeit beinhalten, es kann aber auch durch das Spenden von Geld oder anderen materiellen Gütern erfolgen. Das Engagement findet im öffentlichen Raum statt, das heißt in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder in weniger organisationsgebundenen Zusammenschlüssen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden die wesentliche institutionelle Infrastruktur für das Engagement. Es handelt sich bei der Gesamtheit dieser Organisationen um jenen gesellschaftlichen Bereich, der zwischen den Polen Markt, Staat und Familie angesiedelt ist. Die Organisationen sind durch eine formale Struktur, organisatorische Unab-

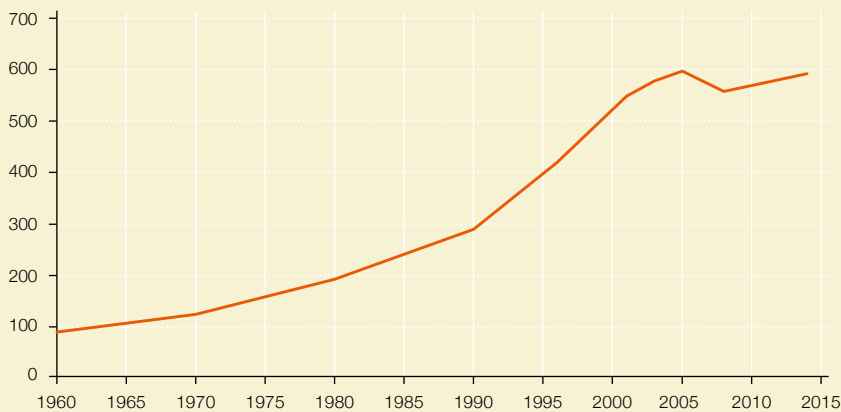
hängigkeit vom Staat, eigenständige Verwaltung, gemeinnützige Ausrichtung und freiwilliges Engagement gekennzeichnet. Das zivilgesellschaftliche Engagement in nicht-organisationsgebundenen Zusammenschlüssen ist im Unterschied dazu in keine formale Struktur gebettet. Es erfolgt eher spontan im Alltag, ist in der Regel zeitlich und räumlich befristet sowie zumeist personell – zum Beispiel an die Nachbarschaft oder den Bekanntenkreis – gebunden.

12.3.1 Zivilgesellschaftliche Organisationen als Infrastruktur des Zivilengagements

Organisationen wie Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung bis hin zu weniger formalisierten Organisationen der Bürgerinitiativen bilden die institutionelle und infrastrukturelle Seite des Zivilengagements in Deutschland. Insgesamt ist dieser Bereich sehr vielschichtig, dynamisch und durchdringt die gesamte Gesellschaft in ihren einzelnen Bereichen. Gleichwohl wird die Gesamtzahl der Organisationen in ihrer unterschiedlichen Größe, Zusammensetzung und Rechtsform bislang nicht systematisch erfasst. Nur für einzelne Organisationsformen wie eingetragene Vereine und rechtsfähige Stiftungen bürgerschaftlichen Rechts liegen aktuelle Angaben vor. Die Vereinslandschaft weist anhand der Angaben der Vereinsregister bei den deutschen Amtsgerichten ein hohes Wachstum auf. Zu diesen eingetragenen Vereinen kommen schätzungsweise mehrere Hunderttausend nicht eingetragene Vereine, die keine Eintragung in den Vereinsregistern anstreben und zu deren Anzahl keine Informationen vorliegen. ▶ [Abb 1](#)

In den letzten 50 Jahren ist die Zahl der in Deutschland eingetragenen Vereine beträchtlich gestiegen: Sie hat sich von rund 86 000 im Jahr 1960 (Westdeutschland) auf rund 589 000 im Jahr 2014 (Gesamtdeutschland) mehr als versechsfacht. Die steil ansteigende Kurve der eingetragenen Vereine veranschaulicht ein

► Abb 1 Entwicklung der Anzahl der Vereine in Deutschland 1960–2014 – in Tausend



Datenbasis: Johns Hopkins Project; Vereinsstatistik V & M Service GmbH, Konstanz.

Wachstum, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten ist. Gleichwohl flacht die Dynamik bei der Neueintragung der Vereine ab. Zwischen 2011 und 2014 war nur noch ein Zuwachs um 1,5 % zu verzeichnen. Neben der geringer werdenden Zunahme bei den Vereinsgründungen zeigen sich über die Jahre zugleich thematische Gewichtsverlagerungen in den Tätigkeitsbereichen der Vereine. So wies die Vereinsstatistik für den Zeitraum 2005 bis 2008 eine besondere Zunahme der Kultur-, Interessen- und Freizeitvereine sowie einen Rückgang bei den Umweltvereinen aus. Eine etwas andere Dynamik ergab sich für den Zeitraum 2008 bis 2011: Weiterhin befanden sich Interessen- und Kulturvereine in besonderem Maße auf Wachstumskurs, die Bereiche Freizeit sowie Beruf/Wirtschaft und Politik verzeichneten hingegen nur eine geringfügige Zunahme. Gleichzeitig war bei Umweltvereinen wiederum nun ein deutlicher prozentualer Zuwachs erkennbar. Bis zum Jahr 2014 war nur noch in den Bereichen der Kulturvereine (5,6 %) und der Interessenverbände / Bürgerinitiativen (4 %) ein spürbarer Anstieg festzustellen. Zuwachsraten unter 2 % wiesen Umwelt- und Sportvereine sowie der Bereich Be-

ruf/Wirtschaft/Politik auf, Freizeitvereine waren sogar leicht im Rückgang (-1,3 %). Die Veränderungen weisen darauf hin, dass bestimmte Themen zeitbezogen einen konjunkturellen Aufschwung genießen, während andere weniger nachgefragt werden.

Doch nicht nur die Zahl der eingetragenen Vereine ist – über einen längeren Zeitraum betrachtet – absolut angestiegen, auch ihre Dichte bezogen auf je 100 000 Einwohner hat bis heute stark zugenommen: Sie stieg zwischen 1960 und 2011 von 160 auf 709 Vereine und erreichte 2014 den Wert von 719. Sie hat sich damit gegenüber Anfang der 1960er-Jahre mehr als vervierfacht. Da der überwiegende Anteil des Engagements in Vereinen stattfindet, sind Veränderungen in diesem Feld hierfür von zentraler Bedeutung.

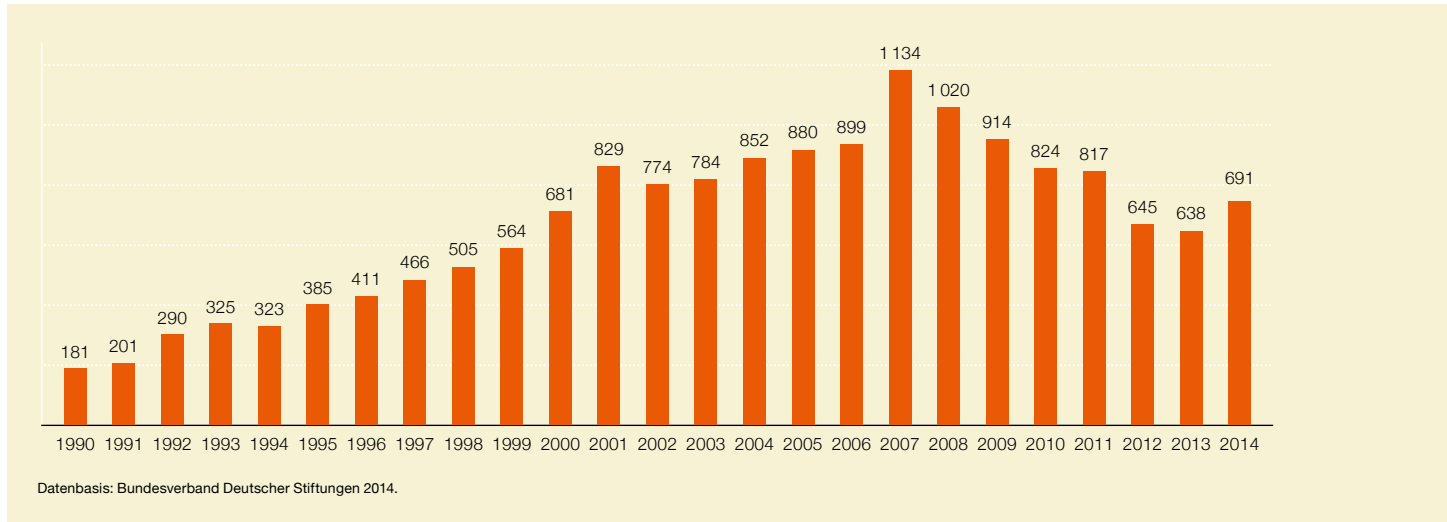
Neben den Vereinen kommt den Verbänden in Deutschland ein besonderer Stellenwert zu. Nach der Rechtsform handelt es sich dabei in der Regel um Vereine. Häufig sind sie als Dachverbände ein Zusammenschluss von Organisationen. Als solche üben sie koordinierende Aufgaben aus und vertreten die Interessen der Mitgliedsorganisationen gegenüber der Politik. In diesen Funktionen gestalten sie

viele Gesellschaftsbereiche aktiv mit. Allein die in der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verfügten Ende 2012 über insgesamt 105 295 Einrichtungen und Dienste mit 3 702 245 Betten beziehungsweise Plätzen. In den Einrichtungen und Diensten arbeiteten 1 673 861 Voll- und Teilzeitbeschäftigte; das sind knapp 4 % aller Erwerbstätigen in Deutschland. 2008 waren es mit 102 393 Einrichtungen und Diensten mit 3 699 025 Betten beziehungsweise Plätzen und 1 541 829 Voll- und Teilzeitbeschäftigten noch etwas weniger.

Einen bedeutenden Aufschwung hat neben dem Vereinswesen auch das Stiftungswesen in Deutschland erlebt. Ende des Jahres 2014 bestanden 20 784 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Während 2007 ein Zuwachs von 1 134 Stiftungen zu verzeichnen war, haben sich die Zuwachsraten in den letzten Jahren zwischen 600 und 700 eingeepegelt. Im Jahr 2014 wurden 691 Stiftungen neu gegründet. Stiftungen sind bis auf Bürgerstiftungen im Unterschied zu Vereinen weniger bedeutende Engagementsträger, dafür fördern sie dieses in hohem Maße. ► Abb 2

Der Bestand an Stiftungen in West- und Ostdeutschland weist in beiden Landesteilen nach wie vor ein starkes Ungleichgewicht auf. Im Jahr 2014 gab es in Ostdeutschland 1 408 und in Westdeutschland (einschließlich Berlin) 19 376 Stiftungen. Während die Stiftungsdichte in Brandenburg mit 8, in Mecklenburg-Vorpommern mit 10 sowie in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 12 Stiftungen je 100 000 Einwohner besonders gering war, lagen Bayern mit 30, Hessen mit 31 sowie die Stadtstaaten Bremen mit 50 und Hamburg mit 77 Stiftungen je 100 000 Einwohner an der Spitze. Insgesamt bestanden in Deutschland 26 Stiftungen je 100 000 Einwohner. Die Stiftungen verfügten über ein Vermögen von mehr als 100 Milliarden Euro, das jedoch durch die Finanzkrise geschrumpft ist. Allerdings ist zu vermerken, dass es in Deutschland im Unterschied zu den USA

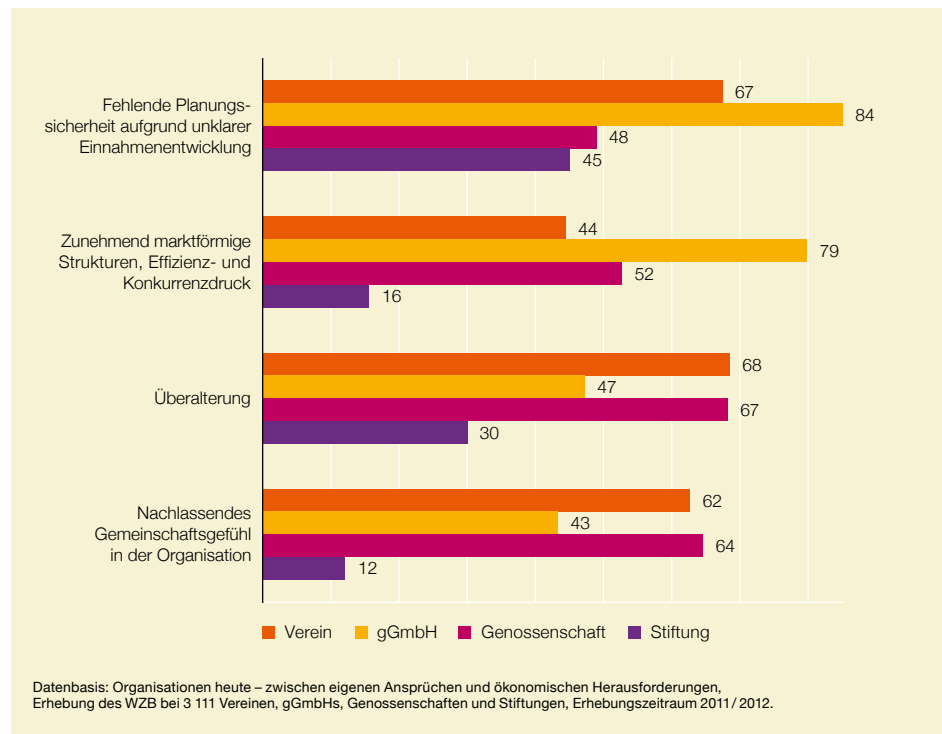
► **Abb 2** Stiftungsgründungen in Deutschland 1990 – 2014



nur wenige große Stiftungen gibt, die über hohe Vermögenserträge verfügen. Der überwiegende Teil der Stiftungen hat einen eher geringen Vermögensstock. Im Jahr 2014 hatten 26 % der Stiftungen ein Vermögen von bis zu 100 000 Euro, 46 % besaßen bis zu 1 Million, 22 % bis zu 10 Millionen, 5 % bis zu 100 Millionen Euro und bei lediglich 1 % der Stiftungen lag das Vermögen bei über 100 Millionen Euro.

Zivilgesellschaftliche Organisationen erleben in den letzten Jahren einige Veränderungen. Die äußeren Rahmenbedingungen verlangen von ihnen ein stärker wirtschaftlich ausgerichtetes Handeln, wodurch sich Tendenzen einer zunehmenden »Ökonomisierung« ihrer Arbeit bemerkbar machen. Dies führt aber nicht nur zu einer höheren Wirtschaftlichkeit, sondern auch zu Problemen: So werden in Untersuchungen besonders die Planungsunsicherheit aufgrund unklarer Einnahmeentwicklungen sowie die Konfrontation mit einer Zunahme marktformiger Strukturen, die zu einem verstärkten Effizienz- und Konkurrenzdruck führen, von den Organisationen benannt. Neben den ökonomisch gelagerten Herausforderungen bestehen Schwierigkeiten in sozialer Hinsicht.

► **Abb 3** Probleme zivilgesellschaftlicher Organisationen 2011/2012 — in Prozent



Eine Überalterung der aktiven Personen, das nachlassende Gemeinschaftsgefühl in den Organisationen und das Problem, freiwillig Engagierte für die eigene Arbeit zu gewinnen, sind dabei von zentraler Bedeutung. ► **Abb 3**

12.3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement

Das freiwillige und unentgeltlich geleistete Engagement ist ein unverzichtbares Kernelement der zivilgesellschaftlichen Organisationen. An das Zivilengagement

wird ein ganzes Bündel von Erwartungen geknüpft. Darunter hebt sich allgemein die Sicherung der Partizipationschancen des Bürgers, indem er sich stärker unmittelbar an gesellschaftlichen Belangen beteiligen kann, hervor. Das Engagement beschränkt sich dabei nicht nur auf das Wirken der Bürger in speziellen Organisationen der politischen oder allgemeinen Interessenvertretung, sondern reicht von Sport und Freizeit über Kultur und Soziales bis zu Umwelt und Tierschutz. Als Basis demokratischer Gesellschaften tragen die Aktivitäten in diesen Organisationen zur Interessenbündelung und -artikulation bei. Durch die Herausbildung von demokratischen Normen, sozialen Netzen und Vertrauensverhältnissen fördert es die Kooperation, hält Reibungsverluste gering und führt damit letztendlich dazu, dass die Gesellschaft insgesamt besser funktioniert.

Einen besonderen Stellenwert besitzt das Zivilengagement bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es hilft, die in der sozial zunehmend ausdifferenzierten Gesellschaft geforderten Fähigkeiten zum Kompromiss und zu

einem zivilen Umgang herauszubilden. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis, die gemeinsame Beratung und den Austausch von Argumenten der Bürger untereinander, aber auch zwischen Bürgern und Institutionen zu praktizieren.

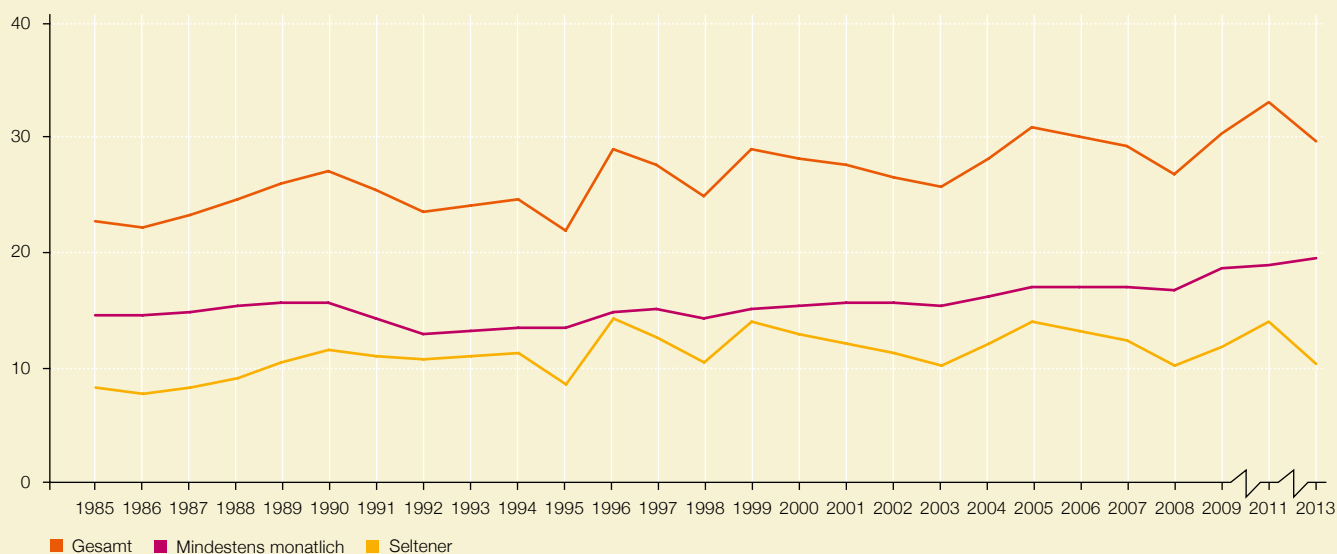
Die Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements ist dabei sehr unterschiedlich. Beispielsweise unterscheidet sich das Engagement im Rahmen eines Sportvereins von jenem in Bürgerinitiativen und solchen Organisationen, die als sogenannte Themenanwälte in Bereichen wie Umwelt oder in internationalen Aktivitäten tätig sind. Letztere haben in den zurückliegenden Jahrzehnten unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Einmischung des Bürgers in gesellschaftliche Belange einen beträchtlichen Zulauf und bedeutenden Aufschwung erfahren. Doch auch die Rolle zahlreicher Sportvereine ist mit der Zeit über ihren engen Tätigkeitskontext hinausgewachsen und ihre integrative Funktion, die sie vor allem auf lokaler Ebene innehaben, darf nicht unterschätzt werden.

Nach einer Langzeitbetrachtung ist der Anteil der Engagierten in der Bevölkerung ab 16 Jahren von 23 % im Jahr 1985 auf 33 % im Jahr 2011 gestiegen. Seitdem trat ein leichter Rückgang ein, sodass in 2013 die Engagementbeteiligung 30 % betrug. ▶ **Abb 4**

Die Unterscheidung zwischen einem regelmäßigen Engagement (zumindest monatlich) und einem selteneren Engagement zeigt, dass besonders das regelmäßige Engagement zugenommen hat (2013 rund 20%). Zurückgegangen ist der Anteil jener, die sich seltener als monatlich engagieren (2013 rund 11%). Nach den Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes von 2001/2002 und 2012/2013 ist der Zeitaufwand der Frauen mit 1:42 Stunden pro Woche gleichgeblieben, während jener der Männer von 2:01 auf 1:47 Stunden pro Woche zurückgegangen ist.

Differenzierte Angaben zum Engagement liefern die Daten des Freiwilligen-surveys. Mit seinen bislang veröffentlichten drei Erhebungszeitpunkten 1999, 2004 und 2009 und jeweils mindestens 15 000 Telefoninterviews stellt er eine fundierte Datenbasis dar. Zu den Hauptaussagen des

▶ **Abb 4** Entwicklung der Engagementbeteiligung 1985–2013 — in Prozent



Datenbasis: SOEP 1985–2013; eigene Berechnungen.

Freiwilligensurveys zählt, dass sich ein hoher Anteil der Bevölkerung freiwillig engagiert. Engagierte übernehmen ganz unterschiedliche Aufgaben. Die einen führen eine Leitungsfunktion aus, andere organisieren Veranstaltungen und wieder andere sind Lesepaten. Der Anteil der Engagierten ist über die Jahre konstant geblieben. Während 1999 die Zahl der freiwillig Engagierten bei 34% lag, hat sich deren Anteil 2004 leicht auf 36% erhöht und blieb 2009 auf diesem Niveau. ▶ Tab 1

Hinter der hohen Stabilität in der Engagementbeteiligung stecken eine Reihe von gruppenbezogenen Unterschieden und gegenläufigen Tendenzen. Sie werden bereits sichtbar, wenn die Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen näher betrachtet wird. Während in einigen Gruppen die Engagementquote weiter ansteigt, ist sie in anderen rückläufig.

Obwohl Jugendliche eine zivilgesellschaftlich aktive Gruppe sind, wie es sich zumindest für die 14- bis 29-Jährigen im Zeitraum 1999 bis 2009 abbilden lässt, gibt es aktuell Hinweise auf Veränderungen ihres Engagementverhaltens. In Studien jüngerer Datums (Shell Jugendstudie 2015, AID:A 2015) zeichneten sich rückläufige Engagementquoten unter jungen Menschen ab. Zu den Ursachen zählen eine gestiegene räumliche Mobilität und die Verringerung der zeitlichen Freiräume durch Veränderungen im Zeitregime von Schule und Studium (zum Beispiel durch Ganztagschulen). Bei den älteren Menschen gab es eine kontinuierliche Steigerung des Engagements. Dies ist Ausdruck eines aktiven Alterns und einer Zunahme des lebenslangen Lernens.

Weitere Aspekte wie ein höherer Bildungsabschluss oder eine Erwerbstätigkeit, aber auch die enge kirchliche Bindung, das Vorhandensein von Kindern im Haushalt, die Mitgliedschaft in einer Organisation sowie eine gute wirtschaftliche Situation sind noch immer wichtige Faktoren, die Engagement fördern.

Das Engagement verteilt sich unterschiedlich auf einzelne Bereiche, wobei es sich entsprechend allgemeiner Entwicklungen und gesellschaftlicher Rahmenbe-

▶ Tab 1 Zivilengagement nach soziografischen Gruppen 1999, 2004 und 2009 – in Prozent

	Zivilengagement			Darunter: Gering organisationsgebundenes Engagement		
	1999	2004	2009	1999	2004	2009
Insgesamt	34	36	36	14	13	15
Geschlecht						
Männer	38	39	40	11	11	12
Frauen	30	33	32	17	16	18
Alter						
14–29 Jahre	35	35	35	15	17	19
30–59 Jahre	38	40	40	13	13	14
Ab 60 Jahre	26	30	31	13	12	12
Erwerbsstatus						
Erwerbstätige	38	40	40	13	11	13
Arbeitslose	24	27	26	11	16	15
Schüler/-innen, Azubis, Student/-innen	37	38	38	18	19	21
Hausfrauen und -männer	38	37	36	14	14	17
Rentner/-innen, Pensionäre	25	28	30	13	13	14
Bildungsniveau¹						
Einfaches Bildungsniveau	25	26	23	12	11	11
Mittleres Bildungsniveau	37	37	37	12	13	14
Hohes Bildungsniveau	41	43	45	17	14	15
Region						
Ost	28	31	30	15	16	17
West	36	37	37	13	13	14

1 Einfaches Niveau: kein beziehungsweise Volks- oder Hauptschulabschluss, Abschluss 8. Klasse; mittleres Niveau: mittlere und Fachhochschulreife, Abschluss 10. Klasse; hohes Niveau: Abitur/Hochschulreife beziehungsweise abgeschlossenes Hochschulstudium. Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009; eigene Berechnungen.

dingungen verändert. Nach Angaben aus den Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes engagierten sich die meisten Personen ab einem Alter von zehn Jahren in den Vergleichsuntersuchungen von 2001/2002 und 2012/2013 in den Bereichen Kirche und religiöse Gemeinschaften, Sport, im sozialen Bereich und in Schule/Kindergarten. Der Anteil engagierter Personen ist besonders im Bereich Kultur und Musik um fast die Hälfte gesunken. In Relation zur Zunahme an Kulturvereinen ist diese Entwicklung Ausdruck für ein stetiges Wachsen des eher kleinteiligen Engagements. Während das Engagement in etablierten Kulturorganisationen stark nachlässt, en-

gagieren sich Menschen in neu gegründeten Vereinen. Das Engagement im Sport sowie im kirchlichen und religiösen Bereich ging weniger stark zurück. Im sozialen Bereich wie beispielsweise bei den Wohlfahrtsverbänden, in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz, Schule und Kindergarten sowie bei den Rettungsdiensten und bei der Feuerwehr engagierten sich hingegen mehr Personen. Die Ursachen für die Veränderungen sind vielfältig. Die Tendenz, dass Eltern immer mehr das Geschehen in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mitgestalten wollen, kann zu ihrer zunehmenden Mitwirkung als Elternvertreter oder in einem Förderverein führen. Eine stärkere den elektro-

nischen Medien zugewandte Kulturrezeption kann eine Ursache für den Engagementrückgang in diesem Bereich sein.

12.3.3 Gering organisationsgebundenes Engagement

Neben dem organisationsgebundenen Engagement, also jenem in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, finden auch in anderen Zusammenschlüssen Aktivitäten des freiwilligen Engagements statt. Es handelt sich dabei um ein geringer organisationsgebundenes Engagement, das in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen erfolgt. Die beiden Engagementformen unterscheiden sich vor allem in organisatorischer Hinsicht. Das Engagement in geringer formalisierten Zusammenschlüssen folgt häufig keinen so festen Regeln und hierarchischen Strukturen, wie sie zum Beispiel im Sport oder in Wohlfahrtsorganisationen zu finden sind. Die Engagierten bestimmen selbstständig über Ziele oder Aktivitäten, da bestimmte Gremien wie Vorstände fehlen. Einer geringeren Kontinuität und Planbarkeit des Engagements stehen dabei größere Spielräume für Kreativität und Improvisation gegenüber.

Das Engagement in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen ist in den letzten Jahren stabil geblieben. Im Jahr 2009 erfolgten 15 % des Engagements durch geringer organisationsgebundene Zusammenschlüsse. Dabei war das weniger formalisierte Engagement bei einigen gesellschaftlichen Gruppen stärker ausgeprägt als bei anderen.

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Altersgruppen: Das Engagement in geringer organisationsgebundenen Kontexten nimmt mit zunehmendem Alter ab. Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren engagierten sich im Jahr 2009 zu 19 % in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten, selbstorganisierten Gruppen und anderen eher losen Zusammenschlüssen; dies taten dagegen nur 12 % der 60-Jährigen und Älteren. Die Ergebnisse im Zeitablauf zeigen, dass sich die

Diskrepanz zwischen Jung und Alt verstärkt hat. Das geringer organisationsgebundene Engagement von jungen Menschen ist zwischen 1999 und 2009 um 4 % gestiegen. Die größeren Freiheitsgrade und Spielräume, die dieses Engagement bietet, sind offenbar eher für jüngere Menschen attraktiv.

Auffällig bei dem geringer organisationsgebundenen Engagement sind auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen engagierten sich auf diese Weise zu 18 %, Männer dagegen nur zu 12 %. Die insgesamt etwas geringere Engagementbeteiligung von Frauen hebt sich also im stärker selbstorganisierten Engagement zu ihren Gunsten auf. Der geschlechtsspezifische Unterschied in Bezug auf dieses Engagement erklärt sich anhand der Aktivitätsbereiche, in denen das geringer organisationsgebundene Engagement stattfindet. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Bereiche Schule und Kindergarten, Gesundheit sowie Soziales, die allgemein stärker durch ein weibliches Engagement geprägt sind.

Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass bei dem Engagement in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen regionale Unterschiede bestehen: In Ostdeutschland (17 %) war dieses Engagement etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (14 %). Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind zum Teil auf das Engagement von arbeitslosen Personen, deren Anteil in Ostdeutschland noch immer bedeutend höher ist, zurückzuführen. Neben jungen Menschen und Frauen sind auch sie stärker in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagiert. Grundsätzlich minimiert ein Erwerbsstatus, der durch ein geregeltes Einkommen und feste Arbeitszeiten gekennzeichnet ist, die Wahrscheinlichkeit in weniger formalisierten Kontexten freiwillig engagiert zu sein. Das geringer organisationsgebundene Engagement ist des Weiteren vom Bildungsniveau abhängig. Auch selbstorganisiertes Engagement wird eher von Personen mit hohem als mit einfachem

Bildungsniveau ausgeübt. Personen mit einem niedrigen Bildungsstatus sind insgesamt weniger engagiert. Allerdings hat sich der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen in dieser Engagementform nach den Angaben des Freiwilligen surveys nicht vergrößert.

12.3.4 Spenden

Neben dem Spenden von Zeit engagieren sich Menschen durch das Spenden von Geld für gemeinwohlorientierte Zwecke. Spenden sind ein freiwilliger finanzieller Transfer, bei dem der Spender keine äquivalente materielle Gegenleistung erhält. Die Spenden gehen zumeist an zivilgesellschaftliche Organisationen, die sie in der Regel an Bedürftige weiterleiten oder damit ausgewählte Projekte finanzieren.

Nach den Angaben des Freiwilligen surveys spendet ein beachtlicher Anteil der Deutschen. Während 1999 und 2004 deutlich mehr als 60 % der über 14-Jährigen angaben, in den letzten zwölf Monaten für soziale oder gemeinnützige Zwecke gespendet zu haben, ging dieser Anteil 2009 auf 58 % zurück. Andere Erhebungen gelangen zu deutlich geringeren Spenderanteilen. Das SOEP ermittelte einen Anteil von 40 % der Bundesbürger, die 2009 spendeten. Alle Untersuchungen kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass sich an Spendenaktivitäten nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße beteiligen. Die Spendenbeteiligungsquote der Westdeutschen liegt im Durchschnitt um gut 10 Prozentpunkte höher als jene der Ostdeutschen. Dieses Gefälle zeigt sich ebenfalls bei der Spendenhöhe. Während nach den Angaben des SOEP im Jahr 2009 die Westdeutschen Spender im Durchschnitt 213 Euro spendeten, lag der Wert bei den Ostdeutschen mit 136 Euro deutlich niedriger. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Spendenverhalten zeigen – das belegen ebenfalls alle Untersuchungen – dass Frauen in Deutschland zu einem leicht höheren Anteil spenden. Für die unterschiedliche Spendenbeteiligung beider Geschlechter wird oft die durchschnittlich längere Lebens-

► Tab 2 Spenden 1999–2009 – in Prozent

	1999	2004	2009
Insgesamt	63	64	58
Geschlecht			
Männer	62	62	56
Frauen	65	66	60
Alter			
14–29 Jahre	43	38	33
30–59 Jahre	67	66	59
Ab 60 Jahre	75	78	74
Erwerbsstatus			
Erwerbstätige	65	66	60
Arbeitslose	46	44	29
Schüler/-innen, Auszubildende/Studenten/-innen	41	36	30
Hausfrauen und -männer	70	70	58
Rentner/-innen, Pensionäre	74	77	74
Bildungsniveau¹			
Einfaches Bildungsniveau	61	62	54
Mittleres Bildungsniveau	62	65	60
Hohes Bildungsniveau	71	71	67
Region			
Ost	54	52	49
West	66	67	61

¹ Einfaches Niveau: kein beziehungsweise Volks- oder Hauptschulabschluss, Abschluss 8. Klasse;
mittleres Niveau: mittlere und Fachhochschulreife, Abschluss 10. Klasse;
hohes Niveau: Abitur/Hochschulreife beziehungsweise abgeschlossenes Hochschulstudium.
Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009; eigene Berechnungen.

erwartung von Frauen verantwortlich gemacht, da ältere Personen häufiger spenden als jüngere. ► Tab 2

Mit zunehmendem Alter wächst die Spendenbeteiligung. Besonders gering fallen die Geldspendenanteile bei den Befragten im Alter von 14 bis 29 Jahren aus. In dieser Gruppe spendete nach Angaben des Freiwilligensurvey 2009 nur jeder Dritte. Viele Menschen beginnen offensichtlich erst im mittleren Alter mit dem Spenden. In den Altersgruppen über 60 Jahren steigt die Spendenbereitschaft drastisch an – drei von vier Personen spendeten hier kontinuierlich über den betrachteten Zeitraum. Bei den Gründen für den deutlichen Einfluss des Alters auf das Spendenverhalten geht man davon aus, dass Menschen gleichen Alters zu einem ähnlichen Verhalten tendieren, da sie gleiche beziehungsweise ähnliche Erfahrungen in ihrer Kindheit (zum Beispiel Krieg, Solidarität) gemacht haben. Nach sozioökonomischen Erklä-

rungsansätzen führt man die größere Spendenbereitschaft der älteren Personen eher auf deren höheres und gesichertes Einkommen, das angesammelte Vermögen sowie damit insgesamt auf deren bessere wirtschaftliche Situation zurück.

Wie schon das zeitgebundene zivilgesellschaftliche Engagement beeinflussen Bildungsmerkmale auch das Spendenverhalten gravierend. Zu einem besonders hohen Anteil spenden Personen mit einem hohen Bildungsniveau Geld, während die Spenderquote bei einem einfachen Bildungsniveau weit geringer ausfällt.

Der Erwerbsstatus beeinflusst ebenfalls die Spendenbereitschaft. Arbeitslose spenden erklärtermaßen aus ihrer wirtschaftlichen Situation heraus seltener als Erwerbstätige. Nichterwerbstätige, zu denen besonders Personen im Rentenalter gehören, haben die höchste Spenderquote. Dies ist offensichtlich Ausdruck ihrer allgemeinen Lebenssituation und der guten

wirtschaftlichen Absicherung eines großen Teils dieser sozialen Gruppe.

Insgesamt geht also ein nachhaltiger Einfluss vom Einkommen auf das Spendenverhalten aus: Zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Einkommen und Spendenverhalten wird oft angeführt, dass höherer Wohlstand den Personen die Möglichkeit bietet, einen Teil ihres Vermögens anderen Menschen oder Projekten zukommen zu lassen, ohne selbst in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten oder Verzicht leisten zu müssen. Bezieher von hohem Einkommen verkräften demnach eine finanzielle Förderung gemeinnütziger Zwecke leichter und dementsprechend nimmt die Spendenfreudigkeit mit steigender Prosperität zu.

12.3.5 Zusammenfassung

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland ist zu einer festen Größe der Gesellschaft geworden. Die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, in denen das Engagement häufig ausgeübt wird, ist über die Jahre angestiegen. Gleichwohl oder auch gerade deshalb haben diese Organisationen zunehmend Probleme, Engagierte zu finden. In den verschiedenen Engagementformen – organisationsgebunden, geringer organisationsgebunden oder Spenden – sind einzelne Bevölkerungsgruppen stärker vertreten als andere. Personen, die sich in einer Organisation engagieren oder spenden, sind in der Regel mindestens mittleren Alters, erwerbstätig und wirtschaftlich abgesichert. Im Vergleich dazu sind Personen, die sich in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagieren eher jung und nicht erwerbstätig. Es haben also demnach einerseits nicht alle Personen die gleichen Zugangschancen zu den zivilgesellschaftlichen Engagementformen, andererseits ermöglichen die unterschiedlichen Engagementgelegenheiten einem breiteren Personenkreis ein Engagement. Veränderungen in der Gesellschaft und im Alltag der Menschen schlagen sich in der Engagementbeteiligung, den bevorzugten Bereichen und im Zeitaufwand nieder.

82 %

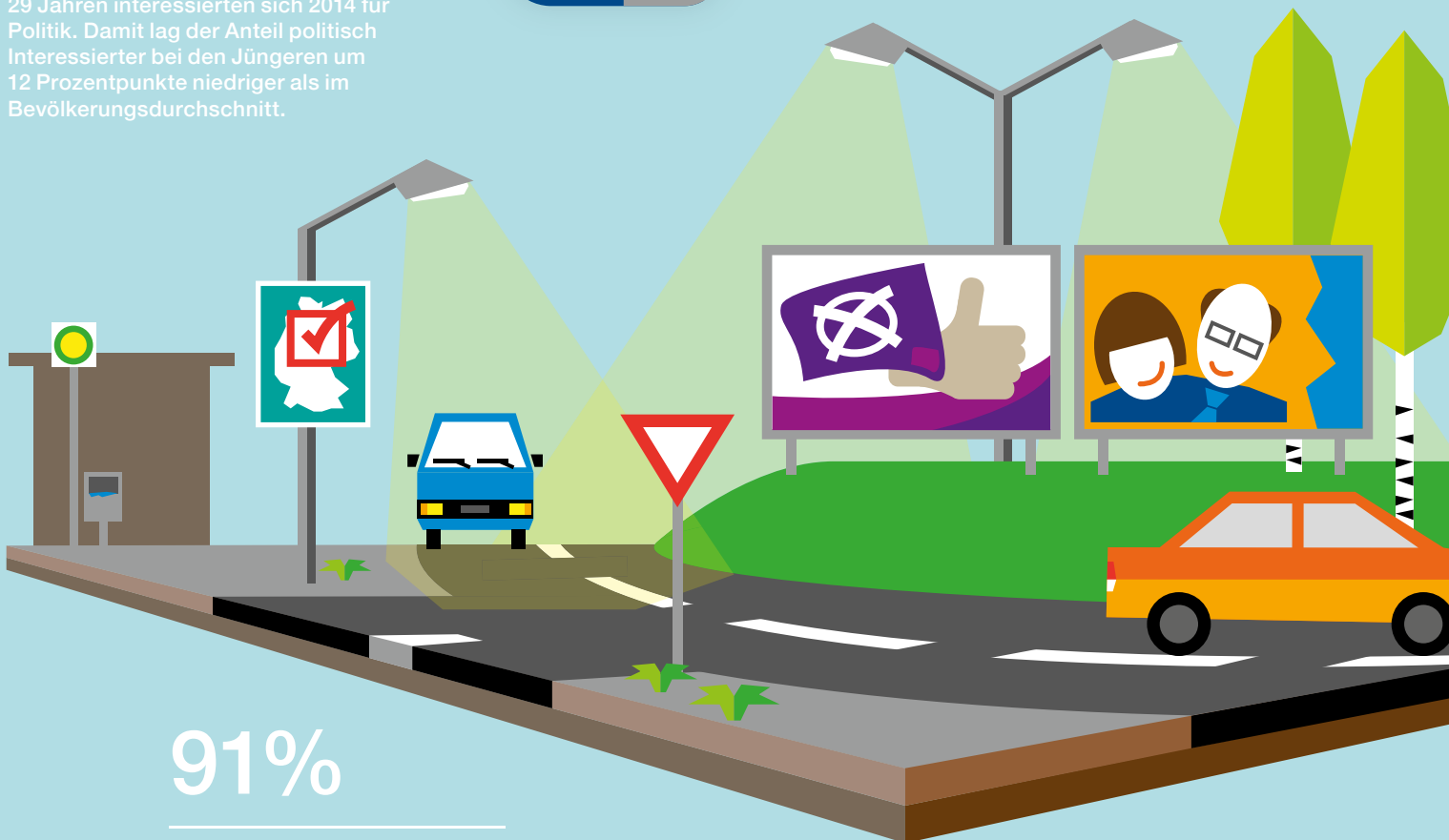
der Ostdeutschen und 90 % der Westdeutschen empfanden 2014 die Demokratie als beste Staatsform.

4 %

der Deutschen waren 2014 Mitglied einer politischen Partei.

26 %

der Westdeutschen zwischen 18 und 29 Jahren interessierten sich 2014 für Politik. Damit lag der Anteil politisch Interessierter bei den Jüngeren um 12 Prozentpunkte niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt.



91 %

der Dänen waren 2015 mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zufrieden; bei den Deutschen waren es 71 %.

ca. 90 %

der Bürgerinnen und Bürger stimmten 2014 einer staatlichen Zuständigkeit für soziale Absicherung zu.

13 Demokratie und politische Partizipation

13.1 Teilnahme am politischen Leben durch Wahlen

Brigitte Gisart

Destatis

Ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mitgestalten – darüber kann die amtliche Statistik einige Anhaltspunkte liefern.

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts spielt dabei eine zentrale Rolle, denn mit ihr wird über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land, Bund und der Europäischen Union entschieden. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Interesse der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt. [► Info 1](#)

13.1.1 Bundestagswahlen

Gemäß Artikel 39 Absatz 1 des Grundgesetzes wird der Bundestag auf vier Jahre

gewählt. Seit der Bundestagswahl 2009 sind eine Reihe wahlrechtlicher Neuregelungen in Kraft getreten, insbesondere für die Zuteilung der Sitze im Deutschen Bundestag. Nunmehr sind bei der Sitzverteilung in Wahlkreisen direkt gewonnene Mandate, die nicht von den für sie im Verhältnis abgegebenen Zweitstimmen gedeckt sind (sogenannter Zweitstimmenproporz), durch weitere Mandate auszugleichen, um den Grundcharakter der Verhältniswahl zu wahren. Einzelheiten hierzu enthalten die Internetseiten des Bundeswahlleiters.

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag fand am 22. September 2013 statt. Wahlberechtigt waren 61,9 Millionen Deutsche, von denen sich 44,3 Millionen an der Wahl beteiligten, das sind 71,5 %. Die Wahlbeteiligung lag damit lediglich 0,7 Prozentpunkte über dem bislang niedrigsten Wert von 2009 (70,8 %). Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den Bundesländern, ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild. In acht Ländern lag sie über dem Bundesdurchschnitt. Am höchsten war sie in Baden-Württemberg mit 74,3 %, gefolgt von Niedersachsen mit 73,4 % und Hessen mit 73,2 %. Die niedrigsten Wahlbeteiligungen gab es in Thüringen mit 68,2 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 65,3 % und in Sachsen-Anhalt mit 62,1 %. In allen neuen Län-

dern lag die Wahlbeteiligung, wie bereits seit der Bundestagswahl 2002, unter dem Bundesdurchschnitt. ▶ Tab 1, Abb 1

Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler für 299 Bundestagswahlkreise, welche Direktkandidatin beziehungsweise welcher Direktkandidat sie im Deutschen Bundestag vertreten soll. Mit der Zweitstimme entscheidet sich die Wählerin beziehungsweise der Wähler für eine bestimmte Partei (Landesliste). Die Zweitstimmen sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag ausschlaggebend. ▶ Abb 2

Die CDU erreichte im Herbst 2013 einen Zweitstimmenanteil von 34,1 % und wurde damit stärkste Partei. Gegenüber der Bundestagswahl 2009 gewann sie 6,9 Prozentpunkte hinzu. In allen Ländern (ohne Bayern) konnte sie Gewinne erzielen – zwischen 4,3 Prozentpunkten in Hamburg und 11,2 Prozentpunkten in Brandenburg sowie Baden-Württemberg. Außer in Bremen und Hamburg wurde sie in allen Ländern stärkste Partei.

Auch die CSU konnte im Herbst 2013 einen Gewinn an Zweitstimmen verbuchen. Der Zweitstimmenanteil stieg von 42,5 % (2009) auf 49,3 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 7,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet – ihr Zweitstimmenanteil stieg gegenüber der Bundestagswahl 2009 um 0,9 Prozentpunkte.

Die SPD errang bei der letzten Bundestagswahl 25,7 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der ihr Zweitstimmenanteil 23,0 % betragen hatte, gewann sie somit 2,7 Prozentpunkte. Im früheren Bundesgebiet erhielt sie bis zu 6,3 Prozentpunkte mehr Zweitstimmenanteile als 2009. Die höchsten Gewinne erzielte die SPD im Saarland, in Bremen und in Hamburg. In den neuen Ländern gab es nur in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Gewinne von 1,3 beziehungsweise 1,2 Prozentpunkten. In Brandenburg und Thüringen hingegen

▶ Info 1

Wer ist wahlberechtigt?

Das Recht, sich aktiv an einer Wahl zu beteiligen, steht den Menschen zu, die am Wahltag unter anderem folgende Voraussetzungen erfüllen:

- in der Regel der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit,
- das Erreichen eines Mindestalters und
- eine Mindestdauer der Sesshaftigkeit im Wahlgebiet.

Außerdem darf kein Wahlrechtsausschluss vorliegen. Das Wahlrecht kann unter anderem nämlich durch richterliche Entscheidung für die Dauer von zwei bis fünf Jahren entzogen werden, wenn eine schwere Straftat (zum Beispiel Landesverrat) begangen wurde.

Bei der **Bundestagswahl** sind alle mindestens 18-jährigen Deutschen wahlberechtigt, die im Inland seit mindestens drei Monaten eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten. Auch im Ausland lebende Deutsche (sogenannte Auslandsdeutsche) können sich aktiv an Bundestagswahlen beteiligen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen und eine Eintragung in ein Wählerverzeichnis beantragen.

Bei **Landtagswahlen** sind alle Deutschen wahlberechtigt, die am Wahltag das 18. Lebensjahr (in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein das 16. Lebensjahr) vollendet haben und seit mindestens drei Monaten im jeweiligen (Bundes-)Land sesshaft sind.

Wahlberechtigt zur **Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments** aus der Bundesrepublik Deutschland sind alle mindestens 18-jährigen Deutschen, die seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder den übrigen Mitgliedstaaten der EU wohnen oder sich sonst gewöhnlich aufhalten. Ferner sind die Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der EU mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Bundesgebiet (sogenannte Unionsbürgerinnen und -bürger) sowie die oben genannten Auslandsdeutschen wahlberechtigt.

Voraussetzung für die Teilnahme an **Kommunalwahlen** ist ebenfalls das Wohnen oder der sonstige gewöhnliche Aufenthalt in der jeweiligen Gemeinde. In einigen Ländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) gilt ein Mindestalter von 16 Jahren. Das Grundgesetz gibt außerdem vor, dass bei Wahlen in Kreisen und in Gemeinden außer Deutschen auch Unionsbürgerinnen und -bürger wahlberechtigt sind.

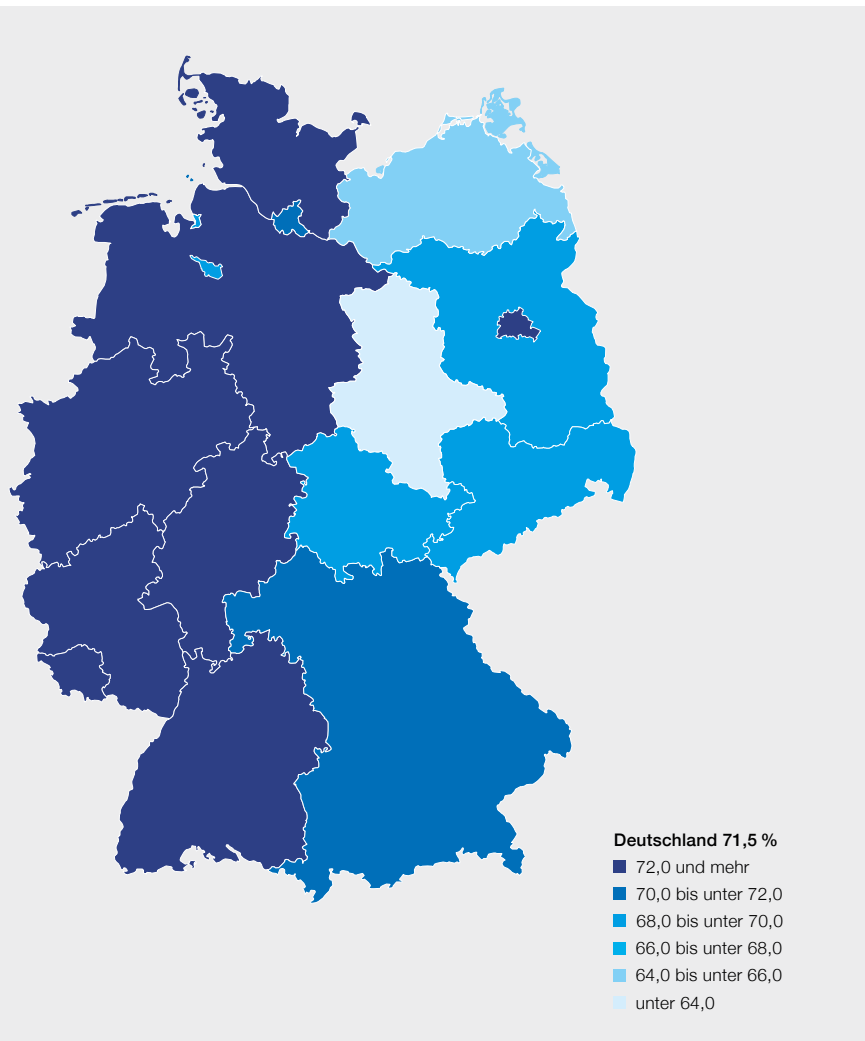
▶ Tab 1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
	in 1 000	in %
1949 ¹	31 208	78,5
1953 ¹	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1
2005	61 871	77,7
2009	62 168	70,8
2013	61 947	71,5

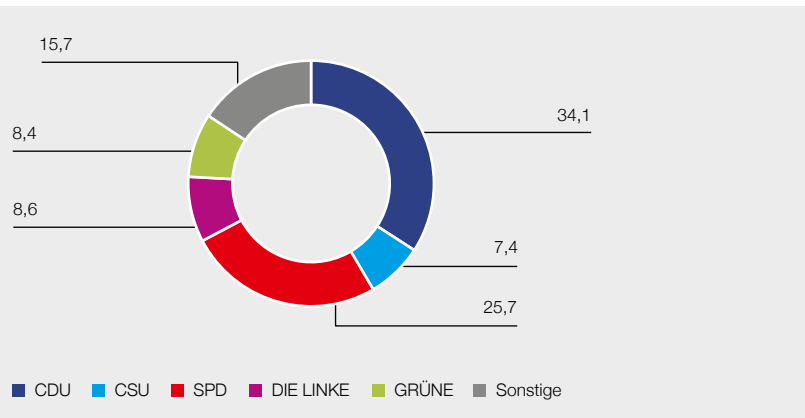
Bis 1987 früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), seit 1990 Deutschland.

¹ Ohne Saarland.

► **Abb 1** Wahlbeteiligung nach Bundesländern bei der Bundestagswahl 2013 – in Prozent



► **Abb 2** Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2013 – in Prozent



hatte sie Verluste in Höhe von 2,0 beziehungsweise 1,5 Prozentpunkten hinzunehmen.

DIE LINKE gewann bei der letzten Bundestagswahl 8,6% der gültigen Zweitstimmen. Das ist gegenüber der Bundestagswahl 2009 ein Verlust von 3,3 Prozentpunkten. Sie verlor in allen Ländern Stimmenanteile, und zwar zwischen 1,7 Prozentpunkten in Berlin und 11,2 Prozentpunkten im Saarland.

Die GRÜNEN erhielten 2013 von allen gültigen Zweitstimmen 8,4% und verloren damit gegenüber der vorherigen Bundestagswahl 2,3 Prozentpunkte an Zweitstimmen. Auch die GRÜNEN hatten in allen Ländern Stimmeneinbußen zu verzeichnen. Am niedrigsten waren die Verluste mit 1,1 Prozentpunkten in Thüringen und im Saarland, am höchsten in Berlin mit 5,0 Prozentpunkten.

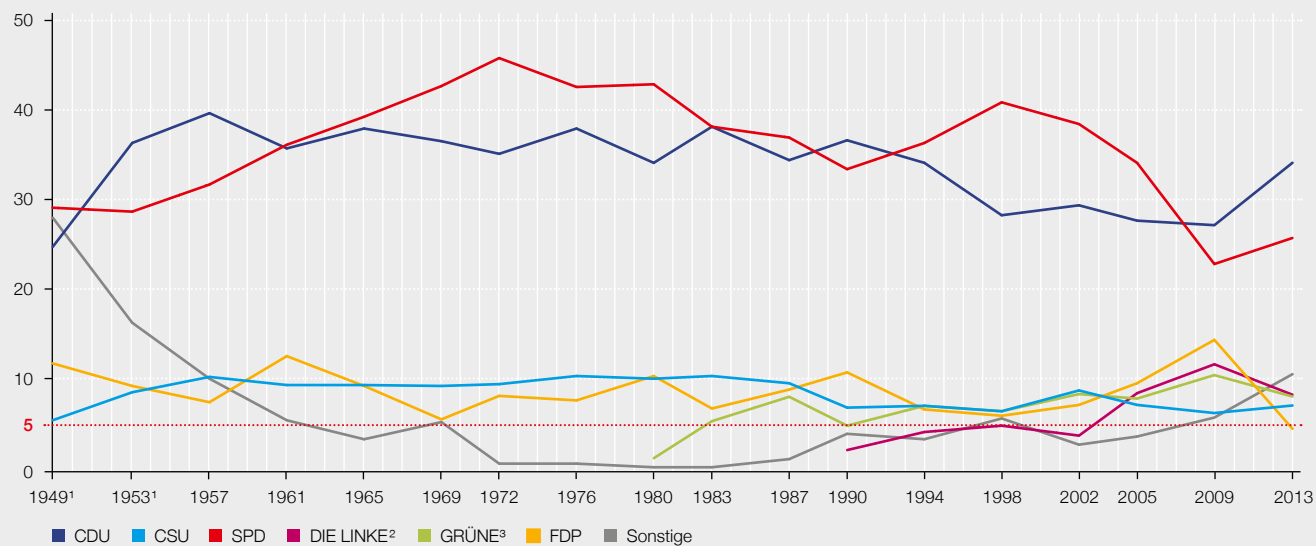
Die FDP erhielt 2013 nur 4,8% der gültigen Zweitstimmen und somit 9,8 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2009. Damit ist sie erstmals seit Gründung der Bundesrepublik nicht im Bundestag vertreten. Die FDP verlor in allen Ländern Zweitstimmenanteile, und zwar zwischen 6,8 Prozentpunkten in Brandenburg und 12,6 Prozentpunkten in Baden-Württemberg.

Fasst man jeweils die Zweitstimmen für die Parteien der Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und der Opposition (GRÜNE und DIE LINKE) zusammen, ergibt sich für die Koalition ein Zweitstimmenanteil von 67,2% und somit 504 Sitze im Deutschen Bundestag. Die Opposition verfügt dagegen lediglich über 127 Sitze. ► [Abb 3](#), [Abb 4](#)

Scheiden Abgeordnete während der Legislaturperiode aus dem Bundestag aus, werden sie aus der Landesliste derjenigen Partei ersetzt, für die sie bei der Wahl angetreten sind (Listennachfolge).

Frauen sind im Deutschen Bundestag immer noch deutlich unterrepräsentiert. Obwohl gut 2,2 Millionen mehr Frauen als Männer wahlberechtigt waren und der Anteil der weiblichen Abgeordneten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen ist, stellen sie im 18. Deutschen

► Abb 3 Stimmenanteile der Parteien bei Bundestagswahlen – in Prozent



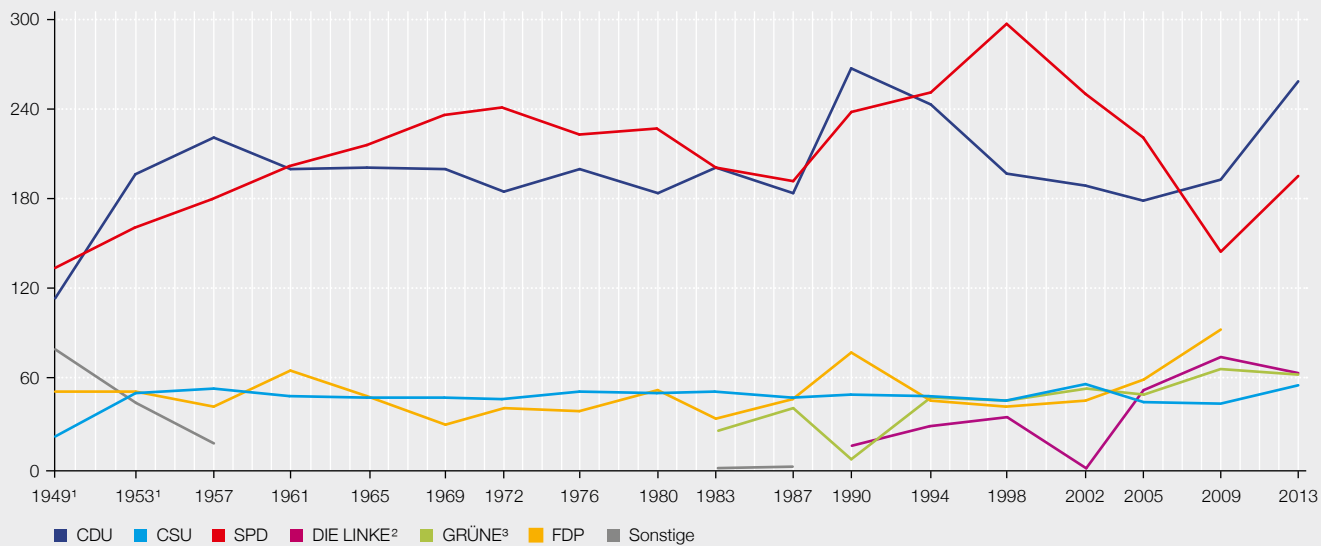
Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, seit 1990 Deutschland.

1 Ohne Saarland.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 1990 einschließlich Bündnis 90/Grüne.

► Abb 4 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag



Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschließlich der Abgeordneten von Berlin-West, seit 1990 Deutschland.

1 Ohne Saarland.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 1990 einschließlich Bündnis 90/Grüne.

Bundestag mit 229 Mandaten nur gut ein Drittel (36 %) der 631 Abgeordneten. Dabei wurden 62 Direktmandate von Frauen gewonnen. Im 12. Deutschen Bundestag 1990 lag der Frauenanteil noch bei rund 20 %. DIE LINKE und die GRÜNEN erreichten mit jeweils 56 % der Abgeordneten den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der SPD (42 %) und der CSU sowie der CDU mit jeweils 25 %.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt sehr deutlich mit der Veränderung der Zahlenstärke der einzelnen Altersgruppen die demografische Entwicklung der

deutschen Bevölkerung. Die Generation der 30- bis 59-Jährigen stellte mit 30,8 Millionen bei der Bundestagswahl 2013 die Hälfte aller Wahlberechtigten (50 %). Die Altersgruppe ab 60 Jahren umfasste mit 21,3 Millionen gut ein Drittel (34 %) aller potenziellen Wählerinnen und Wähler. Die jüngere Generation unter 30 Jahren machte mit 9,8 Millionen nur knapp ein Sechstel (16 %) aller Wahlberechtigten aus. [► Info 2](#)

Die Betrachtung der durchschnittlichen Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg zeigt keine signifikanten

Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Dagegen waren die altersspezifischen Unterschiede stärker ausgeprägt. Die geringste Wahlbeteiligung war 2013 in den Altersgruppen der unter 30-Jährigen zu beobachten. Nahmen die Erstwählerinnen und -wähler noch zu 64,2 % an der Wahl teil, ließ das Interesse bei den 21- bis 24-Jährigen nach. In dieser Altersgruppe war die niedrigste Wahlbeteiligung mit 60,3 % zu verzeichnen. Von den 25- bis 29-Jährigen machten 62,4 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. In den folgenden Altersgruppen nahm die Wahlbeteiligung

► Info 2

Was ist die repräsentative Wahlstatistik?

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. In die Auswahl einbezogen werden bis zu jeweils 5 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke im gesamten Bundesgebiet und nicht mehr als jeweils 10 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke in einem Land. Dabei müssen die ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen und ausgewählte Briefwahlbezirke mindestens 400 Briefwählerinnen und -wähler bei der vorherigen Wahl umfasst haben. Bei der Bundestagswahl 2013 waren fast 2,5 Millionen Wahlberechtigte in der Stichprobe, dies entspricht einem Anteil von 4,0 %.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahlstatistik, bei der es sich um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse und der dort angefallenen Informationen handelt, stellt die repräsentative Wahlstatistik fest, in welchem Umfang sich die Wahlberechtigten beziehungsweise die Wählerinnen und Wähler aus verschiedenen Altersgruppen an der Wahl beteiligen und wie sie stimmen. Damit erlaubt sie bedeutende Rückschlüsse über deren Wahlverhalten und ihre Beteiligung am demokratischen Staatsleben.

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Besonderheit im deutschen Wahlrecht und weltweit einmalig. Die Ergebnisse interessieren insbesondere die politischen Parteien und wahlwissenschaftliche Einrichtungen.

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde zum 15. Mal seit 1953 und zum 5. Mal seit der ersten gesamtdeutschen Wahl im Jahr 1990 eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt.

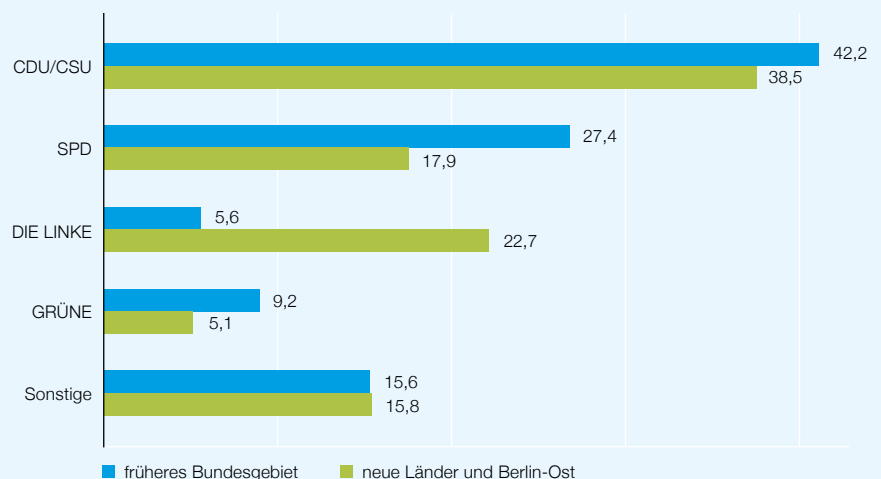
Wahlverhalten in Ost und West unterschiedlich

Vor 25 Jahren – am 18. März 1990 – fand in der DDR die erste freie und zugleich letzte Volkskammerwahl statt. Seit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 gilt für alle Deutschen das gleiche im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Wahlen. Doch auch heute zeigen sich noch Unterschiede im Wahlverhalten von Ost und West.

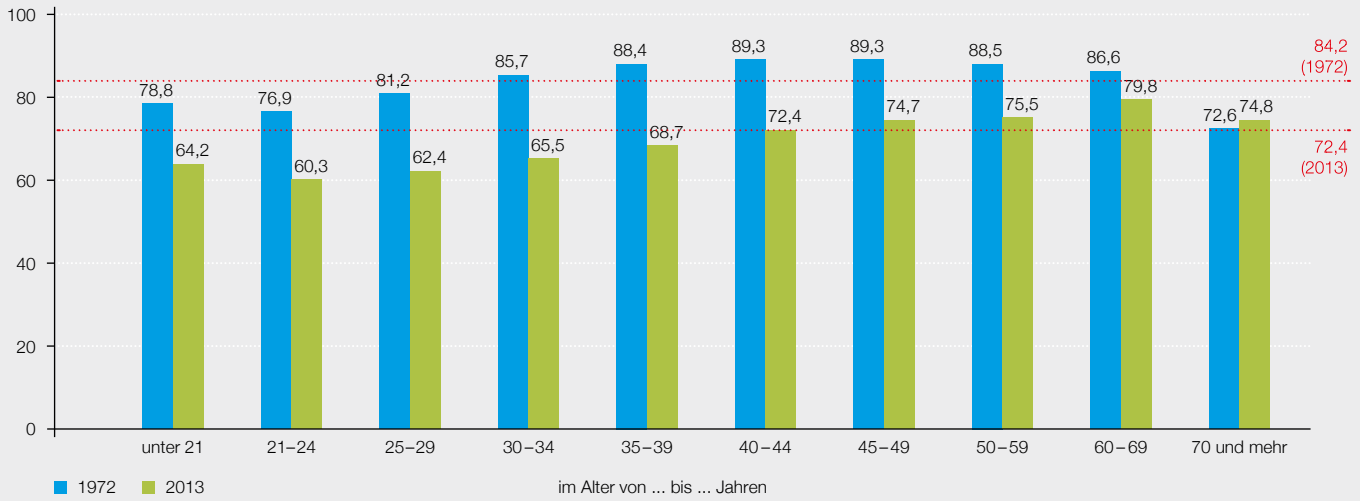
Vor allem fand DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2013 im Osten deutlich mehr Unterstützung (22,7 %) als

im Westen (5,6 %). Bereits 1990 hatte die Partei unter ihrem früheren Namen PDS im Osten klar besser abgeschnitten (11,1 %) als im Westen (0,3 %). Dafür erreichte die SPD sowohl 1990 als auch 2013 deutlich mehr Wählerinnen und Wähler im früheren Bundesgebiet (1990: 35,7 %; 2013: 27,4 %) als in den neuen Ländern (1990: 24,3 %; 2013: 17,9 %).

Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 – in Prozent

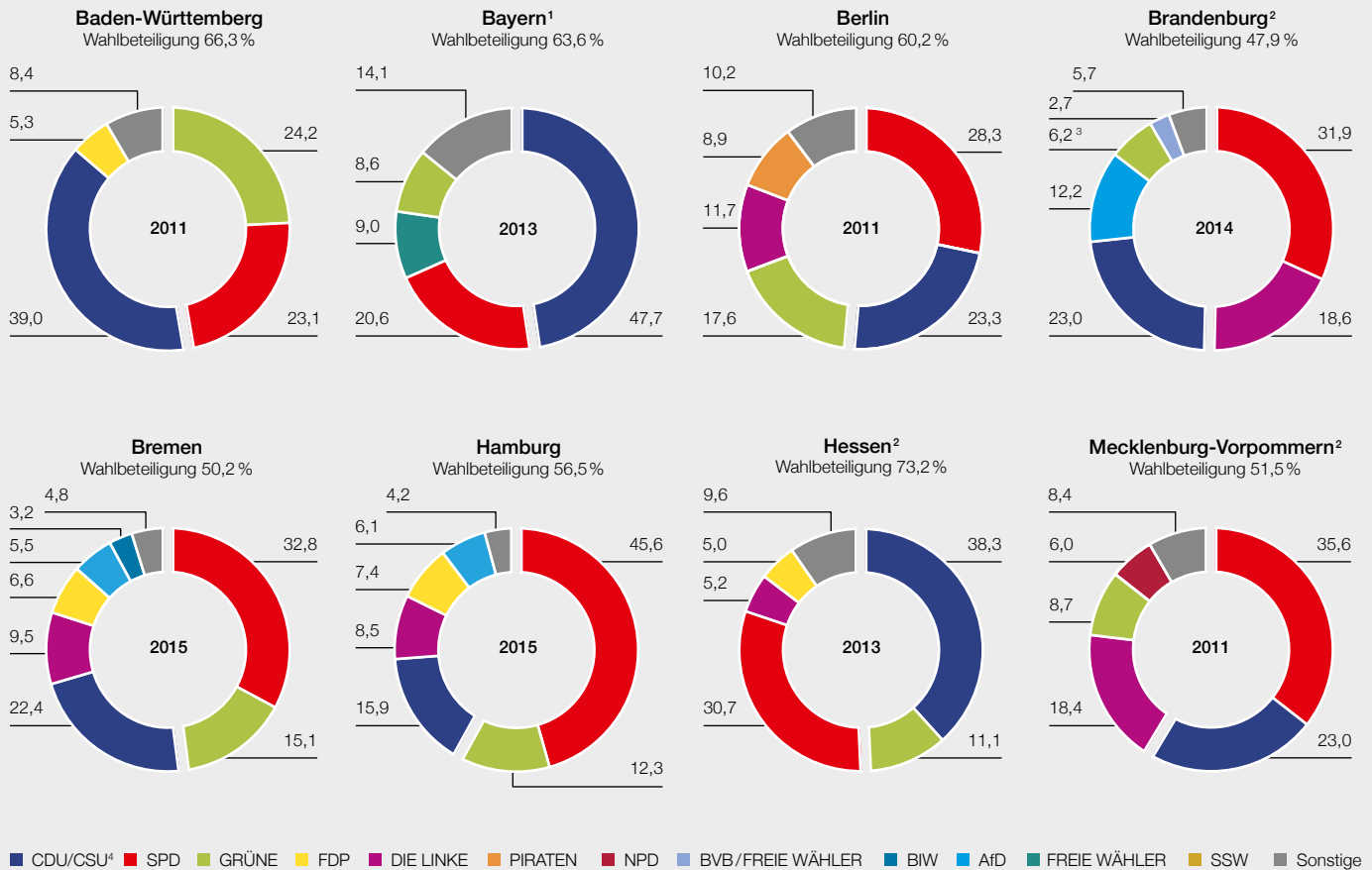


► Abb 5 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen – in Prozent



Wahlbeteiligung in Prozent nach der repräsentativen Wahlstatistik.

► Abb 6 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen – in Prozent



weiter zu. Die 60- bis 69-Jährigen beteiligten sich mit 79,8 % am häufigsten an der Wahl. Im Hinblick auf diese Entwicklung und im Zusammenspiel mit der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der jüngeren Generationen ist das Einflusspotenzial der jüngeren Wählerinnen und Wähler gegenüber den Älteren überproportional geschwächt. ▶ Abb 5

Die Wählerschaften der sogenannten etablierten Parteien CDU, SPD und CSU bestanden überwiegend aus älteren Wählerinnen und Wählern. Bei der CDU waren 43 % 60 Jahre und älter, bei der SPD und der CSU waren es jeweils 40 %. Die Partei DIE LINKE fand mit 34 % ihren größten Rückhalt bei ihren 45- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern. Bei den GRÜNEN-Wählerinnen und -Wählern waren 44 % jünger als 45 Jahre.

Unter »sonstige Parteien« sind alle übrigen Parteien, darunter die FDP, die PIRATEN und die AfD, zusammengefasst. Während bei den FDP-Wählerinnen und -Wählern der größte Anteil der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen angehörte, waren 56 % der Wählerschaft der PIRATEN jünger als 35 Jahre. Die Wählerschaft der AfD setzte sich zu 50 % aus den 35- bis 59-Jährigen zusammen. ▶ Tab 2

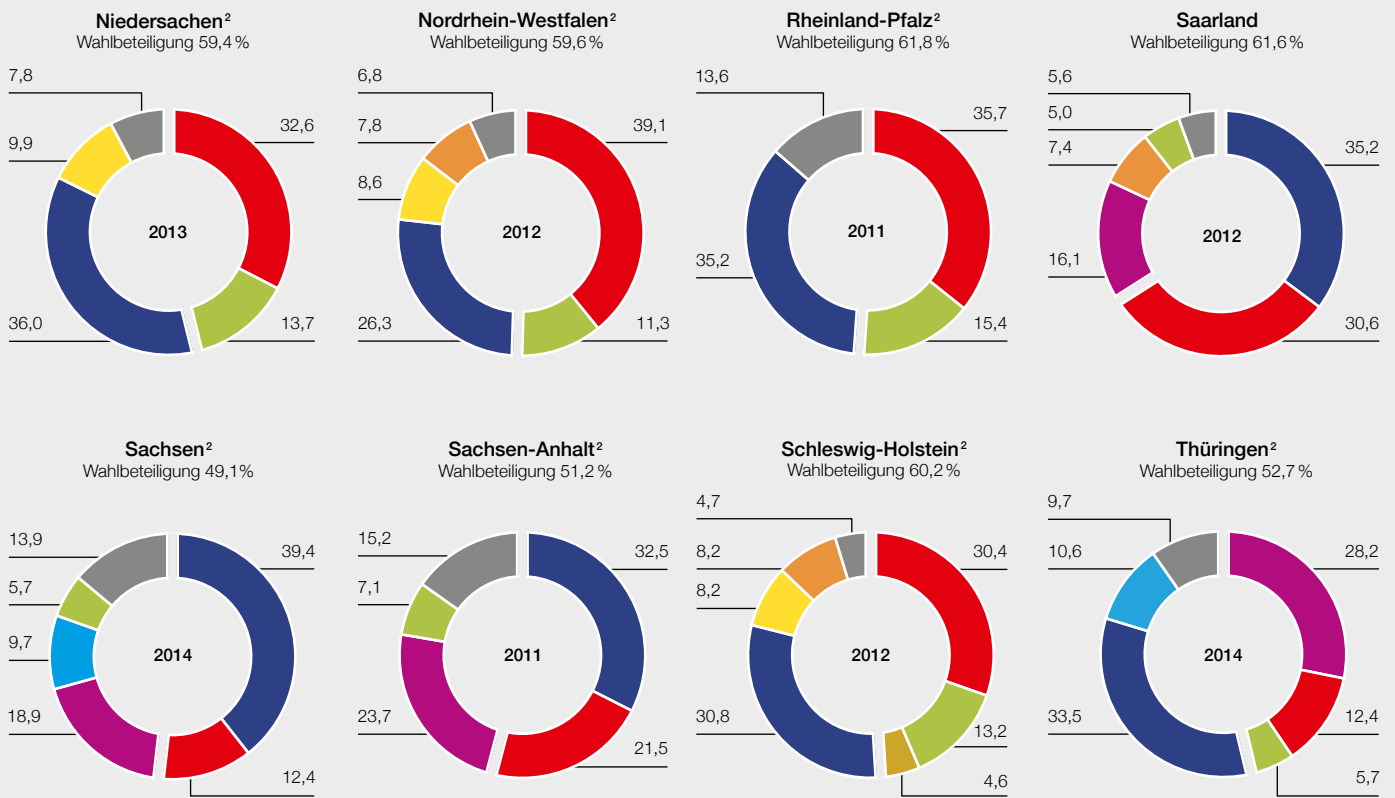
13.1.2. Landtagswahlen

In den Ländern stecken die jeweiligen Landesverfassungen den Rahmen für die Gestaltung des Landeswahlrechts ab. Die Wahlperioden erstrecken sich in fast allen Ländern über jeweils fünf Jahre. Im Februar 2015 wurde auch die Bürgerschaft in Hamburg erstmals auf fünf Jahre gewählt. Nun finden nur noch die

Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft im vierjährigen Turnus statt.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen grundsätzlich niedriger. Die Unterschiede sind jedoch von Land zu Land verschieden stark ausgeprägt: Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Hessen im Jahr 2013 mit 73,2 % erreicht, die niedrigste bei der Wahl 2014 in Brandenburg mit 47,9 %. ▶ Abb 6

In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist auf Länderebene die SPD jeweils mit der CDU ein Regierungsbündnis eingegangen, in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz regiert sie gemeinsam mit den GRÜNEN, in Schleswig-Holstein mit den GRÜNEN und dem SSW (Süd-



Rechter Halbkreis = Regierungsparteien. 1 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen. 2 Zweitstimmen. 3 GRÜNE/B 90. 4 CSU nur in Bayern.

► Tab 2 Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013

	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählerinnen und Wählern im Alter von ... bis ... Jahren					
	18–24	25–34	35–44	45–59	60–69	70 und älter
CDU	5,4	10,7	13,4	27,7	15,0	27,8
CSU	6,4	11,4	14,1	27,9	15,7	24,5
SPD	7,0	10,5	11,7	30,8	16,1	24,0
DIE LINKE	6,3	12,3	13,0	34,3	17,1	17,0
GRÜNE	10,3	15,6	18,4	37,1	10,0	8,6
Sonstige	11,5	17,4	16,4	29,4	11,7	13,6
↳ FDP	7,5	12,2	14,1	27,6	14,9	23,6
↳ PIRATEN	25,3	30,7	17,7	20,1	3,8	2,4
↳ AfD	8,3	14,1	16,1	34,3	14,3	12,8
Insgesamt	7,3	12,3	13,9	30,1	14,6	21,8

schleswigscher Wählerverband). In Brandenburg koalitiert die SPD mit der Partei DIE LINKE. In Hessen bildet die CDU zusammen mit den GRÜNEN, im Saarland, in Sachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der SPD die Landesregierungen. In Bayern regiert die CSU allein. Die GRÜNEN koalieren in Baden-Württemberg mit der SPD und stellen seit 2011 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auch den Ministerpräsidenten. Ebenfalls erstmals in der Geschichte Deutschlands stellt die Partei DIE LINKE den Ministerpräsidenten in Thüringen. Dort gehören noch SPD und die GRÜNEN der Regierung an.

Während von den sogenannten etablierten Parteien die CDU (in Bayern CSU), SPD und GRÜNE in allen Landtagen vertreten sind, haben Abgeordnete der FDP in sieben und Abgeordnete der Partei DIE LINKE in zehn Landesparlamenten Sitze eingenommen. Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist seit ihrer Gründung im Jahr 2006 bei der jeweils letzten Landtagswahl in allen Ländern mit eigenen Wahlvorschlägen angetreten und konnte in vier Landesparlamenten zwischen 3 und 20 Sitze erzielen. Die 2013 gegründete Alternative für Deutsch-

land (AfD) nahm bisher an sechs Landtagswahlen teil. Sie stellt seitdem in fünf Landtagen zwischen 4 und 14 Abgeordnete.

13.1.3 Europawahlen

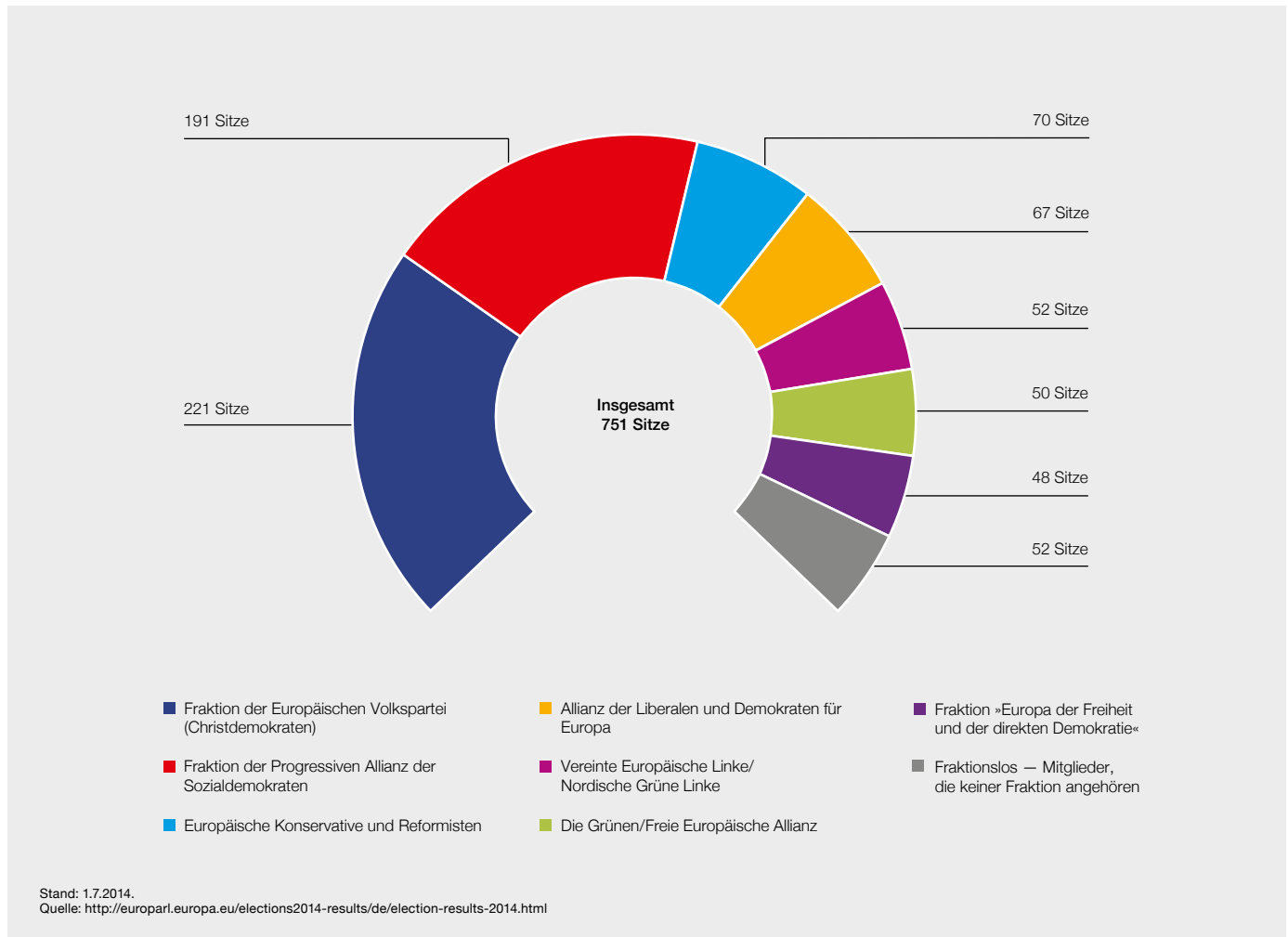
Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährlichem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Gegensatz zur Wahl zum Deutschen Bundestag mit ihrem Mischsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl erfolgt die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit nur einer Stimme. Die letzte Europawahl fand in den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 22. bis 25. Mai 2014 statt, in Deutschland am 25. Mai. Deutschland ist derzeit mit 96 Sitzen im EU-Parlament vertreten. Nach Wegfall der 3-Prozent-Sperrklausel wurden in die Sitzverteilung alle Wahlvorschläge einbezogen. Davon entfallen auf die CDU 29, die SPD 27, die GRÜNEN 11, die CSU 5, DIE LINKE und die AfD jeweils 7 und die FDP 3 Sitze. Jeweils einen Sitz erhielten die FREIEN WÄHLER, die Tierschutzpartei, die FAMILIE, die PIRATEN, die ÖDP, die NPD und Die PARTEI.

Im Europäischen Parlament haben sich die Mitglieder zu acht Fraktionen zusammengeschlossen. Sie setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen. ► Abb 7

Insgesamt waren im Mai 2014 rund 400 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung war bisher bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den fast 62 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland machten nur 48,1 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Gleichwohl ist die Wahlbeteiligung um 4,9 Prozentpunkte gegenüber 2009 gestiegen und liegt über dem Durchschnittswert der EU (42,6 %). ► Info 3

Die Wahlbeteiligung war im Zusammenhang mit der dort bestehenden Wahlpflicht in Belgien mit 89,6 % und in Luxemburg mit 85,6 % wie bei früheren Europawahlen am höchsten. Es folgten Malta mit 74,8 %, Griechenland mit 60,0 %, Italien mit 57,2 % und Dänemark mit 56,3 %. Auch in Griechenland und Italien ist die Pflicht, sich aktiv an Wah-

► Abb 7 Sitzverteilung im Europäischen Parlament, nach Fraktionen im Juli 2014



len zu beteiligen, in den dortigen Verfassungen verankert. Das Fernbleiben von Wahlen ist aber nicht mehr sanktioniert. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Polen (23,8 %), der Tschechischen Republik (18,2 %) und der Slowakei (13,1 %). In acht EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 23,5 Prozentpunkte und wurde in Lettland registriert.

Weiterführende Informationen zu den Ergebnissen der Europawahl sind online abrufbar unter www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html

► Info 3

Doppelte Staatsangehörigkeit – doppelte Wahlberechtigung?

Am Abend der Europawahl 2014 bekannte ein Journalist in einer Talkshow, er habe zweimal gewählt. Er hatte sowohl als deutscher als auch als italienischer Staatsbürger eine Wahlbenachrichtigung erhalten. Auf Nachfrage äußerte er, es sei ihm nicht bewusst gewesen, nur in einem Land wählen zu dürfen.

Personen, die sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU) besitzen, sind sowohl in Deutschland als auch in dem anderen Mitgliedstaat bei der Europawahl wahlberechtigt. Doppelstaater dürfen jedoch – wie alle anderen Wahlberechtigten – nur einmal wählen, entweder in Deutschland oder in dem anderen Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen.

Das Verbot der mehrfachen Stimmabgabe bei der Europawahl ist von Artikel 4 der Europawahlrichtlinie der EU vorgegeben und gilt für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen. In Deutschland ist es im Europawahlgesetz geregelt. Wer gegen dieses Verbot verstößt, macht sich wegen Wahlfälschung strafbar (§ 107a des Strafgesetzbuches). Auf beides wird jeweils in den Wahlbekanntmachungen der Gemeindebehörden nach § 41 Europawahlordnung hingewiesen, die auch am Eingang jedes Wahlgebäudes angebracht sind. Ferner weist der Bundeswahlleiter in Pressemitteilungen ausdrücklich darauf hin, dass das Wahlrecht nur einmal ausgeübt werden darf.

13.2 Politische Integration und politisches Engagement

Bernhard Weßels
WZB

WZB/SOEP

In sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaften wie der Bundesrepublik ist die Frage der Integration und der Teilhabe von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich der Politik in einer demokratischen Gesellschaft. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürger ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, ist von zentraler Bedeutung für gleiche Teilhabechancen und politische Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Es ist aber davon auszugehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration zurückfällt oder starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik darauf verweisen, dass eine gleichmäßige Integration nicht gelingt. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen, über Politik- und Parteienverdrossenheit sowie über sozial bedingte politische Ungleichheit legen nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger der Bundesrepublik heute weniger politisch beteiligen als früher und ob sich Unterschiede zwischen sozialen, demografischen oder regionalen Gruppen ergeben. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren

Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Zudem stellt sich selbst mehr als zwei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die in den alten Bundesländern politisch integriert sind und ähnlich stark Zugang zum politischen Willensbildungsprozess finden.

13.2.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, um festzustellen, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob Politik für die Bürger wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands 1990 war er am höchsten und ist danach deutlich abgesunken. Seit 1994 liegt der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, in Westdeutschland im Durchschnitt bei 30 %, erreicht aber 2014 wieder einen so hohen Wert wie 1990. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre. So waren 1969 lediglich 18 % stark oder sogar sehr stark an Politik interessiert. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland. Seit dem Jahr 2010 ist dieser Unterschied allerdings verschwunden und auch in Ostdeutschland

erreicht das politische Interesse 2014 einen Spitzenwert. ▶ [Abb 1](#)

Deutlicher unterscheidet sich das Ausmaß des politischen Interesses zwischen den jüngeren und älteren Bürgern, was in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten ist. Unter den 18- bis 29-Jährigen finden sich weit weniger politisch Interessierte als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen existiert seit 1991. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer ausgeprägt. Im Durchschnitt der Jahre 1994 bis heute liegt das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen mit 21 % in West- und 19 % in Ostdeutschland etwa 8 bis 9 Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. 2010 lag das Interesse der Jüngeren in Westdeutschland sogar 14 Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Zwar ist die Differenz zwischen Jüngeren und Bevölkerungsdurchschnitt auf 6 bis 7 Prozentpunkte zurückgegangen, sie liegt 2014 aber wieder bei über 10 Prozentpunkten.

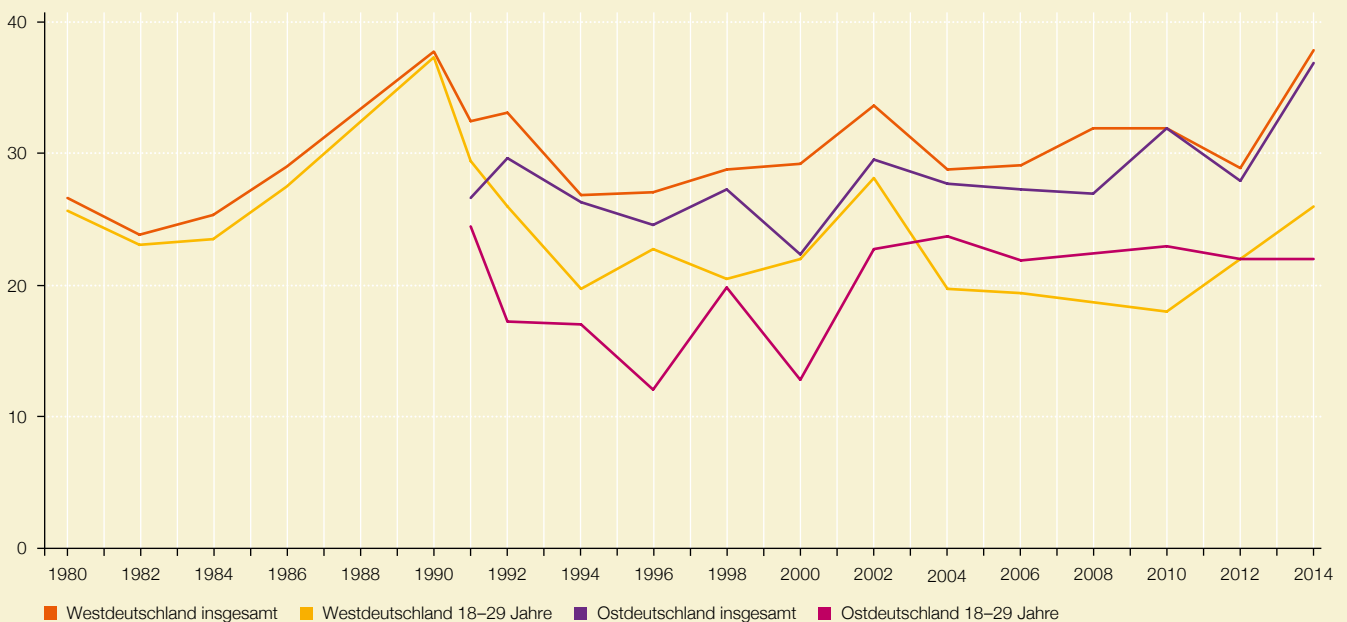
etwas über 20 und 30 Prozentpunkten, weisen aber keinen Trend auf. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Schichtung im politischen Interesse ist seit 1986 – seitdem liegen im ALLBUS Daten vor – also nicht festzustellen.

Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist die Differenz zwischen Bürgern ohne und Bürgern mit Hochschulabschluss. Unter den Bürgern mit Hochschulabschluss liegt der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, in Westdeutschland 2014 bei 60 % und in den neuen Bundesländern bei 63 %. Damit liegt er im Westen 21 und im Osten 25 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das politische Interesse ist also deutlich durch soziale Unterschiede geprägt, regionale Unterschiede zwischen Ost und West sind nicht mehr festzustellen. Die Unterschiede im politischen Interesse zwischen Bürgern mit und ohne Hochschulabschluss schwanken im Zeitverlauf. Sie liegen in der Regel zwischen

etwas über 20 und 30 Prozentpunkten, weisen aber keinen Trend auf. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Schichtung im politischen Interesse ist seit 1986 – seitdem liegen im ALLBUS Daten vor – also nicht festzustellen.

Politisches Interesse ist sicher förderlich für politische Beteiligung. Das Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische, institutionalisierte Formen wie Wahlen hinaus in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben institutionellen Formen der Beteiligung nutzen Bürger sehr stark Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, politische Versammlungen oder Ähnliches, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang wurde

▶ **Abb 1** Politisches Interesse in der Bundesrepublik 1980–2014 — in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2012, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet; eigene Berechnungen.

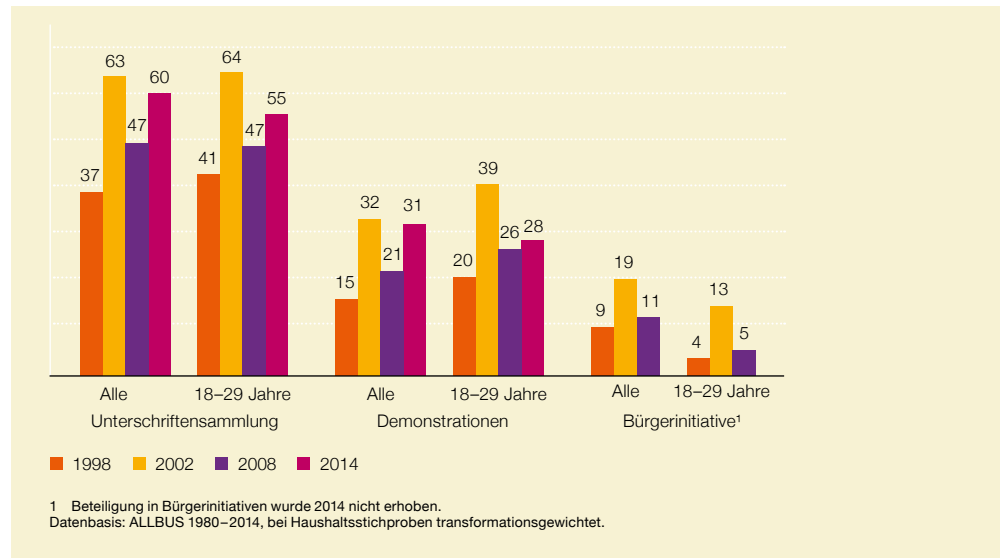
von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung als normale politische Handlungsformen etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der sogenannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er-Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. 1998 liegt der Anteil bei 37 %, 2002 mit 63 % sehr hoch, 2008 bei knapp der Hälfte der Bürger und 2014 wieder bei 60 %. An Demonstrationen nimmt in den 1990er-Jahren knapp ein Fünftel der Bevölkerung teil, 2002 sowie 2014 sind es sogar über 30 %. Nicht-institutionalisierte, sogenannte »unkonventionelle« Formen der Beteiligung werden häufig den Jüngeren zugeschrieben. Dementsprechend ist bei diesen Formen der Beteiligung keine Lücke zu lasten der Jüngeren zu erwarten, sondern eher, dass der Durchschnitt der Bevölkerung sich deutlich weniger in dieser Form beteiligt als die Jüngeren. Diese Erwartung trifft allerdings nicht zu, der Unterschied existiert nicht mehr. Eine »Konventionalisierung« des »Unkonventionellen« hat stattgefunden und Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gehören inzwischen zu den normalen politischen Beteiligungsformen der Bürger, egal ob jung oder alt. Der Unterschied zwischen den Jüngeren und dem Bevölkerungsdurchschnitt geht sogar eher zulasten der Jüngeren – wiederum ein Zeichen, wie »normal« sogenannte unkonventionelle Formen der Partizipation inzwischen geworden sind. ▶ **Abb 2**

Während sich von 1998 bis 2008 ähnlich hohe Anteile aus beiden Landesteilen an Demonstrationen beteiligen, liegt der Anteil der Ostdeutschen 2014 deutlich höher. Etwas anders sieht es bei der Mitarbeit in Bürgerinitiativen aus. Westdeutsche Bürger sind mit Anteilen von 10 bis 20 % etwas stärker engagiert als Bürger in Ostdeutschland mit Anteilen zwischen 6 und 13 %. ▶ **Abb 3**

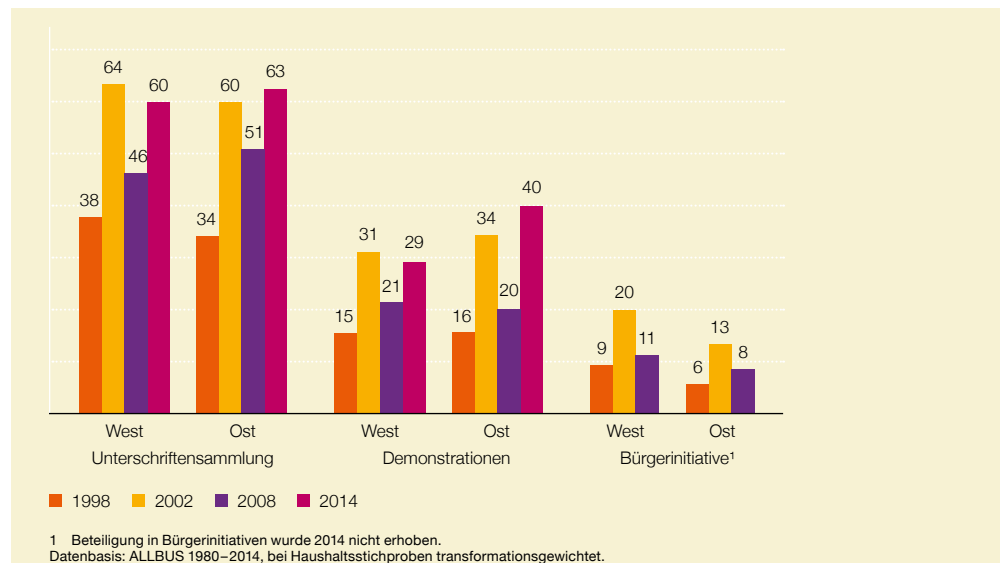
Allerdings existieren hier ähnlich starke bildungsgruppenbezogene Unterschiede wie beim politischen Interesse. Unter akademisch gebildeten Bürgerinnen und Bürgern liegt der Anteil derjenigen, die sich an Unterschriftensammlungen beteiligen, mit knapp 80 % mehr als 20 Prozentpunkte höher als bei denjenigen ohne Hochschulab-

schluss. Bei Demonstrationen ist der Unterschied noch größer: Etwa 60 % der Hochschulabsolventen, aber lediglich etwa ein Viertel derjenigen ohne Hochschulabschluss beteiligen sich 2014 an Demonstrationen. Ähnlich groß fallen die Unterschiede hinsichtlich des Besuchs politischer Versammlungen aus. Demge-

▶ **Abb 2 Nicht-institutionalisierte Beteiligung unter Jüngeren und im Durchschnitt 1998, 2002, 2008 und 2014 – in Prozent**



▶ **Abb 3 Nicht-institutionalisierte Beteiligung in Ost- und Westdeutschland 1998, 2002, 2008 und 2014 – in Prozent**



genüber erscheinen die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen und zwischen Jüngeren und Älteren marginal. Die bildungsbezogenen Unterschiede in der politischen Beteiligung verweisen auf eine sozial induzierte politische Ungleichheit, diese wiederum auf Defizite in der politischen Integration. ▶ Abb 4

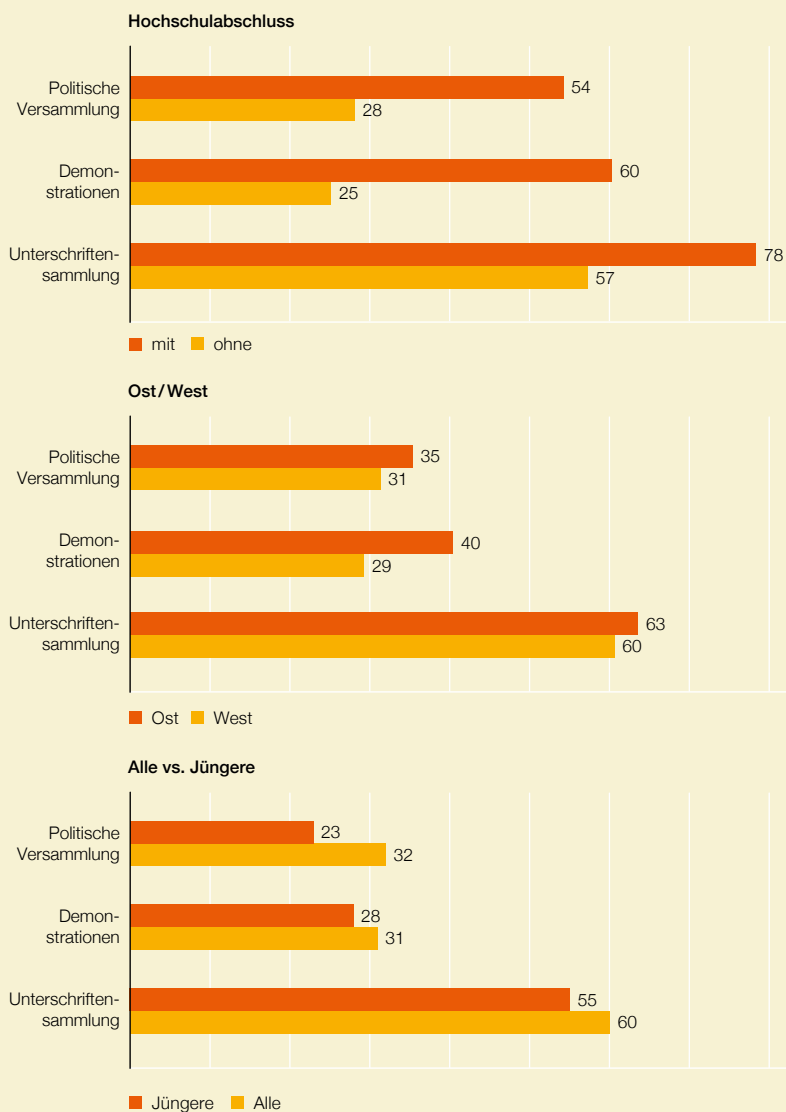
13.2.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und

dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedene Weise für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in großem Umfang, weist es darüber hinaus auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen recht hohen Organisationsgrad aus. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Ein langfristiger Vergleich ist aufgrund von Unterschieden in den Befragungsinstrumenten leider nicht möglich. Eine lange Reihe von Vergleichen von 1986 bis 1998 zeigt, dass der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne sind, in den alten Bundesländern für diese Zeit relativ konstant bei etwa 30 % liegt. Im selben Zeitraum ist der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen, organisiert ist, von 29 auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht. In den neuen

▶ Abb 4 Nicht-institutionalisierte Beteiligung nach Bildung, Region und Alter 2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 2014.

► Tab 1 Mitgliedschaft in Organisationen 2010 und 2014 – in Prozent

	Deutschland insgesamt				Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Mitglied		Aktives Mitglied/ Ehrenamt		Mitglied		Aktives Mitglied/ Ehrenamt		Mitglied		Aktives Mitglied/ Ehrenamt	
	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014
Arbeit und Wirtschaft												
Gewerkschaften ¹	11	12	12	.	9	13	1	.	2	9	1	.
Politisch oder wertgebunden												
Politische Parteien	3	4	.	.	2	5	.	.	7	5	.	.
Menschenrechtsorganisationen	1	2	1	2	2	2	1	1	1	0	0	1
Naturschutzorganisationen	6	6	2	3	7	7	2	3	4	3	2	3
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	1	1	2	1	0	1	1
Wohltätigkeitsvereine	10	7	5	7	11	8	5	8	6	3	3	4
Elternorganisationen	4	1	3	4	4	1	3	4	3	1	2	4
Selbsthilfe/Gesundheit	5	2	3	3	5	2	3	3	4	2	3	3
Rentner-, Seniorenvereine	2	1	1	2	2	1	1	2	3	1	2	2
Freizeit												
Kultur-, Musikvereine	12	4	9	8	14	5	10	8	8	1	6	7
Sportvereine	29	9	22	22	32	11	24	23	22	3	18	20
Sonstige Hobbyvereine	10	2	8	9	11	2	8	9	9	1	8	8
Mindestens einmal Mitglied												
Alle gelisteten Organisationen	56	36	–	–	59	38	–	–	50	22	–	–
Alle gelisteten, ohne Parteien und Gewerkschaften	50	25	39	40	53	28	40	41	43	14	40	36
- im Vergleich: Jüngere (18–29)	47	19	40	40	48	20	41	41	45	15	37	33
- im Vergleich: mit Hochschulabschluss	63	36	48	51	67	39	50	50	58	24	48	51
Freizeitorganisationen	41	14	33	32	45	16	35	33	33	5	28	28

1 Für 2010 Daten von 2008.

. Nicht erhoben.

– Nicht vorhanden.

Datenbasis: ALLBUS 2008, 2010 und 2014.

Bundesländern liegt 1992 der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch 9 Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zulasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert sind, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitglieder-

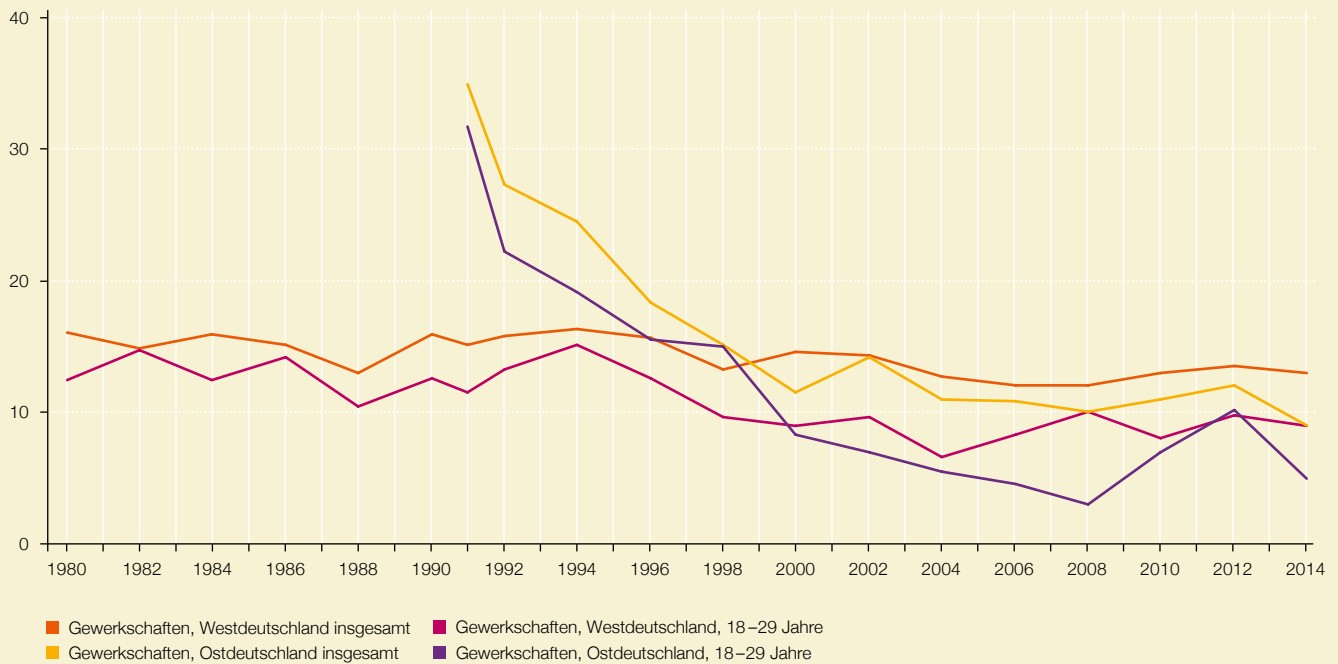
anteile um 3 Prozentpunkte feststellen. Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinanderentwickelt. Interessengruppen konnten an dem generellen Aufwärtstrend der Mitgliedschaften nicht teilhaben.

Jüngere Daten für 2010 und 2014, die aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht mit früheren Daten vergleichbar sind, erlauben keine Schlussfolgerungen über die Mitgliederentwicklung. Es liegt aber nahe zu vermuten, dass die Mitgliedschaft in Interessengruppen weiter zurückgegangen ist. Der Anteil nichtaktiver Mitgliedschaften liegt 2014 deutlich niedriger als 2010. ► Tab 1

Regionale Unterschiede zwischen Ost und West sind eher zu vernachlässigen. Auch existieren kaum Unterschiede zwischen dem Durchschnitt der Bürger und den Jüngeren in Bezug auf Mitgliedschaftsanteile, ob inaktiv oder aktiv, bei den Organisationen ohne Gewerkschaften und politischen Parteien. Das lässt sich jedoch nicht in Bezug auf Hochschulabsolventen sagen. Hier ergeben sich deutlich höhere Anteile für Akademiker als für den Bevölkerungsdurchschnitt. Auch bezogen auf Organisationsmitgliedschaften verteilt sich die Teilhabe ungleich zugunsten der besser Gebildeten.

Die langfristige Entwicklung der Mitgliedschaften der Bürger in Deutsch-

► Abb 5 Gewerkschaftsmitgliedschaft 1980–2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet.

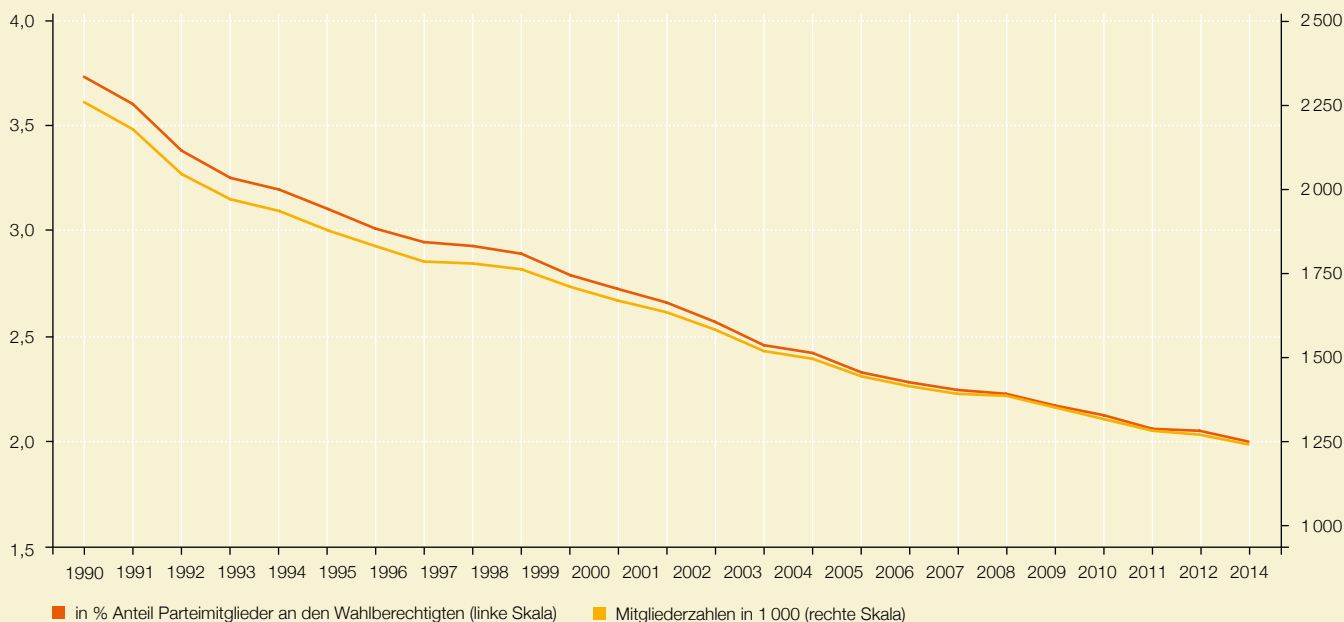
land lässt sich aufgrund veränderter Frageformate in den ALLBUS-Studien leider nicht über alle Organisationsbereiche hinweg beurteilen. Allerdings ist eine solche Beurteilung hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaften möglich. Der massive Rückgang von Gewerkschaftsmitgliedern hat sich in den Jahren 1992 bis 1998 zwar deutlich abgeschwächt, setzt sich aber bis etwa 2008 fort. Seitdem scheint sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad der erwachsenen Bevölkerung auf gleichem Niveau mit leichten Schwankungen zu halten. Die am Anfang der 1990er-Jahre noch stark ausgeprägten Unterschiede zwischen Ost und West im durchschnitt-

lichen Organisationsgrad sind fast verschwunden. Auch die deutliche Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt, die in Westdeutschland besonders deutlich 2004 und in Ostdeutschland besonders 2008 zu beobachten war, ist geringer geworden. Bildungsunterschiede im gewerkschaftlichen Organisationsgrad fallen im Unterschied zu politischem Interesse, politischer Beteiligung und anderen Mitgliedschaften zugunsten von Bürgern ohne Hochschulabschluss aus. Akademiker waren 2014 lediglich zu knapp 10 % gewerkschaftlich organisiert, also etwas weniger als der Durchschnitt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedschaften

ergeben sich damit zwar keine regionalen, sozialen oder demografischen Ungleichheiten mehr. Die Integrationskraft hat aber dennoch stark nachgelassen, weil insgesamt nur noch ein relativ kleiner Teil der deutschen Bevölkerung in Gewerkschaften organisiert ist. ► Abb 5

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien verzeichnet sogar eine noch dramatischere Entwicklung. Die starken Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften seit der Vereinigung fallen – relativ gesehen zu denen der politischen Parteien – noch moderat aus. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich nachvollziehen, dass die politischen Parteien innerhalb

► Abb 6 Parteimitgliedschaft im Zeitverlauf 1990–2014



Datenbasis: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25, FU Berlin 2015.

von zweieinhalb Jahrzehnten etwa eine Million und damit etwa 40 % ihrer Mitglieder verloren haben. 1990 waren noch 3,8 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2014 waren es nur noch 2 %. ► Abb 6

Nimmt man alle Interessenorganisationen einschließlich der Gewerkschaften und politischen Parteien zusammen, sind das drastische Entwicklungen, die die Frage aufwerfen, ob und inwieweit primär auf die politische Interessenvertretung und -vermittlung ausgerichtete Organisationen zukünftig noch in der Lage sein werden, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung und politischen Integration zu leisten.

13.2.3 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die

traditionellen, institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht-institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Das politische Interesse erreichte in Ost und West einen Höchststand. Dass sich die Unterschiede zwischen Ost und West ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Ein negativer Befund ist allerdings, dass Teilhabe an den Aktionsformen und Integration in die Organisationen stark sozial geschichtet sind. Darauf verweisen die beträchtlichen Unterschiede zwischen

Bürgern ohne und mit Hochschulabschluss. Zusammengenommen mit dem Befund, dass traditionelle institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat, ist das ein Warnsignal für Politik und Gesellschaft.

13.3 Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat

Dieter Fuchs Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften
Edeltraud Roller Johannes
Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Politikwissenschaft

WZB/SOEP

Die Stabilität und das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems hängen davon ab, dass die Bürger der Demokratie positiv gegenüberstehen. Deshalb ist es förderlich, wenn sie zum einen die Demokratie als Staatsform allgemein befürworten und zum anderen die Demokratie im eigenen Land positiv beurteilen. Da das staatssozialistische System der DDR unter aktiver Beteiligung der Bürger zusammengebrochen ist und sich die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen für die deutsche Vereinigung ausgesprochen hat, wurde erwartet, dass die Mehrheit der Ostdeutschen nicht nur die Demokratie allgemein, sondern auch die Demokratie in Deutschland befürworten. Nach den bisher vorliegenden Befunden präferieren die Ostdeutschen zwar mehrheitlich die Demokratie allgemein, sie stehen jedoch der Demokratie in Deutschland kritischer gegenüber. Eine wichtige und bislang offene Frage ist, ob die Ostdeutschen mit zunehmender Erfahrung mit der bundesrepublikanischen Demokratie ein positiveres Verhältnis zur Demokratie in Deutschland entwickelt haben. Diese Frage stellt sich insbesondere in Bezug auf die jüngeren Generationen in Ostdeutschland, die in diesem demokratischen System aufgewachsen sind.

Der Sozialstaat ist eine bedeutende Quelle der Legitimität der Demokratie in Deutschland. Nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 wurde der Sozialstaat weiter umgebaut, und es wurden neue soziale Probleme diskutiert. Mindestens zwei damit verbundene Entwicklungen dürften einen Einfluss auf die Einstellungen der Bürger zum Sozialstaat haben. Die erste Entwicklung sind die Leistungskürzungen und Abbaumaßnahmen, die seither die Sozialpolitik dominieren. Prominenteste Beispiele sind die Agenda 2010 (2003–2005), die ein Bündel verschiedener sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen umfasste, sowie die Rente mit 67 (2007). Ausgehend von diesen Reformen stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Bürger bereit

sind, ihre Ansprüche an die sinkenden Leistungen des Sozialstaats anzupassen. Für die Ostdeutschen stellt sich diese Frage in noch radikalerer Weise, denn mehrheitlich waren sie der Ansicht, dass es sich bei der umfassenden sozialen Absicherung um einen der wenigen Vorzüge des sozialistischen Systems der DDR handelte (»sozialistische Errungenschaft«), und sie hatten viel höhere Erwartungen an die Rolle des Staates ausgebildet als die Westdeutschen. Eine zweite Entwicklung, die die Einstellungen der Bürger beeinflussen dürfte, ist die Zunahme der sozialen Ungleichheit, die sich insbesondere seit der Jahrtausendwende in Deutschland beobachten lässt. Indizien sind der Anstieg des Gini-Koeffizienten, eines Maßes für Einkommensungleichheit, und die Zunahme der Armut (siehe Kapitel 6.3, Seite 179, Tab 1 und Seite 181, Tab 2). Diese Entwicklung hat zu einer verstärkten Diskussion um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland geführt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Bürger angesichts der wachsenden Ungleichheit und der Gerechtigkeitsdebatte zunehmend eine staatliche Umverteilung fordern.

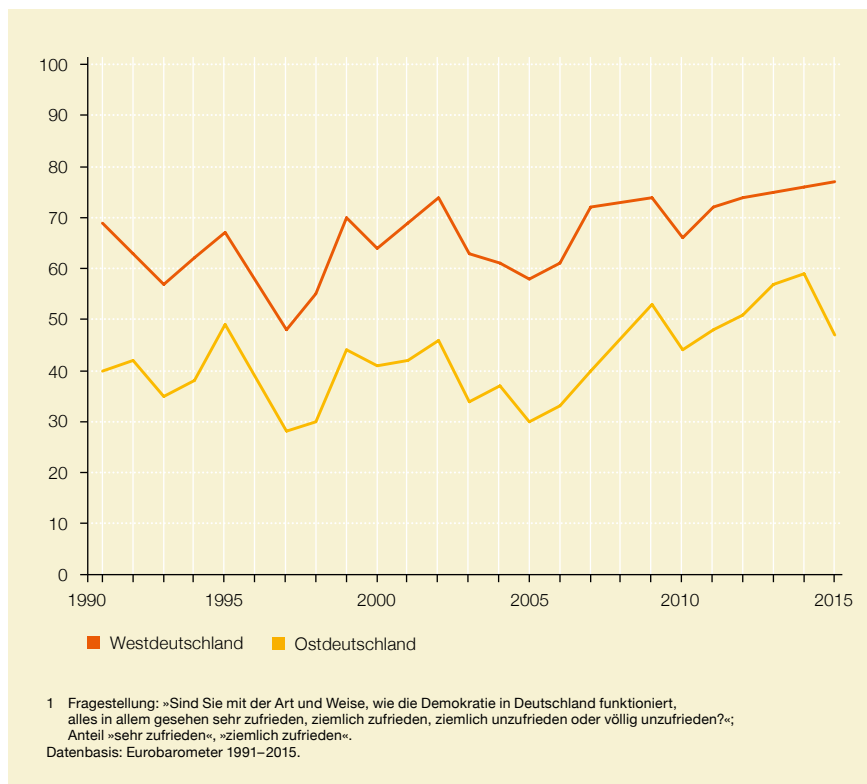
13.3.1 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform

Die grundlegende Einstellung zur Demokratie wird mit der direkten Frage danach erhoben, ob die Demokratie die beste Staatsform sei oder ob es eine bessere gäbe. Alternative Herrschaftsordnungen – zum Beispiel kommunistisch-autoritäre Regime, Herrschaft eines starken Mannes – werden hierbei nicht vorgegeben. Die in Tabelle 1 präsentierten Daten dokumentieren, dass kurz nach der Vereinigung im Jahr 1991 die Ostdeutschen sich mit einer großen Mehrheit von 70 % für die Demokratie als beste Staatsform aussprechen. Die Zustimmung der Westdeutschen ist mit 86 % noch deutlich höher. Im Zeitverlauf schwanken die Urteile der Ost- und Westdeutschen um diese jeweils hohen Werte. Vor allem in den Jahren 2005 und 2006 werden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen etwas größer,

► **Tab 1** Demokratie ist die beste Staatsform 1991–2014 – in Prozent

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1991	2000	2005	2006	2008	2014	1991	2000	2005	2006	2008	2014
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	86	92	85	89	86	90	70	78	64	63	68	82
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	3	6	3	3	5	7	8	22	12	11	9
»Unentschieden«	11	5	9	8	11	5	23	14	14	25	21	9

Datenbasis: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 9: 560 (Jahr 1991); Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005; European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006, 2008; Everhard Holtmann u.a., Deutschland 2014, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., 2015: 189.

► **Abb 1** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland¹ 1991–2015 – in Prozent

weil die Zustimmung in Ostdeutschland etwas abnimmt. Im Jahr 2006 beträgt die Differenz 26 Prozentpunkte. Dabei handelt es sich jedoch um keinen längerfristigen Trend, denn ab 2008 steigt in Ostdeutschland die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform wieder an. Nach den letzten verfügbaren Daten aus dem Jahr

2014 liegt die Zustimmung in Ostdeutschland bei 82 %, in Westdeutschland bei 90 %. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen hat sich somit auf 8 Prozentpunkte reduziert. ► [Tab 1](#)

Im Jahr 2014 sieht also nach wie vor eine klare Mehrheit der deutschen Bürger die Demokratie allgemein als die beste

Staatsform an, nur eine sehr kleine Minderheit präferiert eine andere Staatsform. Dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland.

13.3.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bezüglich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Diese Einstellung bezieht sich weniger auf die Verfassungsnorm, das heißt die in der Verfassung implementierte Form der Demokratie, als vielmehr auf die Verfassungsrealität oder die Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland. In die Beurteilung dieser Verfassungsrealität können verschiedene Aspekte eingehen. Insbesondere das Funktionieren institutioneller Mechanismen (zum Beispiel der Austausch von Regierung und Opposition und die Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz), die Handlungen der Regierenden (zum Beispiel Berücksichtigung von Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen, Amtsmissbrauch) und die Ergebnisse dieses Handelns (zum Beispiel wirtschaftliche und sozialpolitische Leistungen) dürften bei der Beurteilung des Funktionierens der Demokratie eine Rolle spielen.

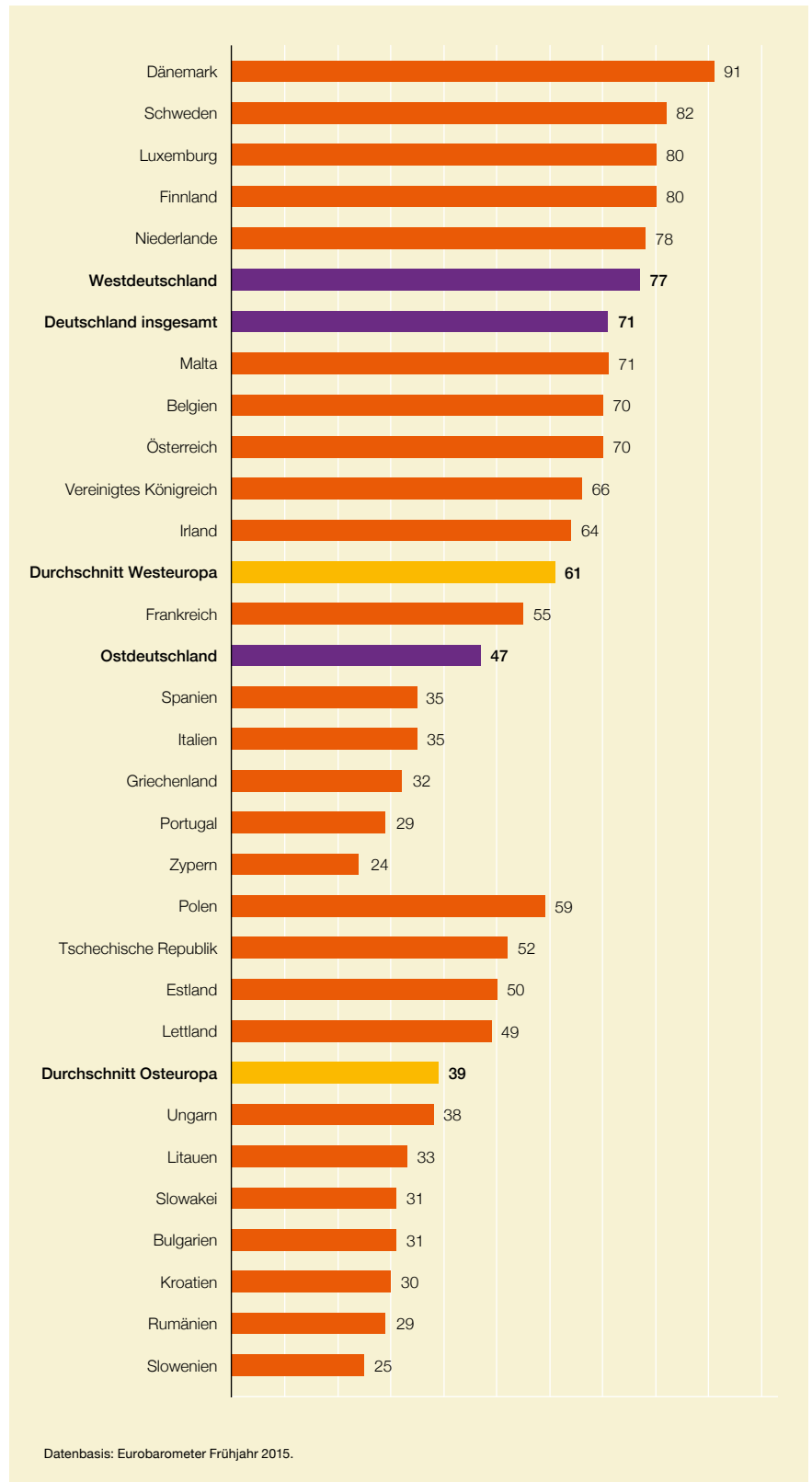
Die in Abbildung 1 präsentierten Zeitreihen für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zeigen eine deutliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Zeit-

raum zwischen 1991 und 2015 ist im Westen Deutschlands durchschnittlich eine klare Mehrheit von 66 % der Bürger zufrieden, im Osten ist es dagegen lediglich eine Minderheit von 42 %. Es gibt erhebliche Schwankungen im Zeitverlauf, die parallel in Ost- und Westdeutschland zu beobachten sind. Das heißt, dass die Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagieren; das aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur dieser Schwankungen ist bemerkenswert, dass zu den Bundestagswahlen in der Regel ein Anstieg der Demokratiezufriedenheit erfolgt (1994, 1998, 2005, 2009), dass die Zufriedenheit danach aber wieder abfällt. Die nach der Bundestagswahl 2009 im Jahr 2010 erfolgte Abnahme in der Demokratiezufriedenheit dürfte auf die europäische Staatsschuldenkrise zurückgehen, die seither die deutsche und europäische Politik weitgehend bestimmt. Diese Abnahme umfasst in West und Ost aber weniger als 10 Prozentpunkte und ist nicht von Dauer, denn nach 2010 bis 2014 nimmt die Demokratiezufriedenheit in beiden Landesteilen kontinuierlich wieder zu. ▶ [Abb 1](#)

Zwischen 2014 und 2015 entwickeln sich Ost- und Westdeutschland jedoch unterschiedlich. Während in Westdeutschland die Demokratiezufriedenheit weiter ansteigt, sinkt sie in Ostdeutschland deutlich von 59 % auf 47 % ab. Ganz offenbar gibt es zum Erhebungszeitpunkt der Umfrage (Mai 2015) Entwicklungen in der deutschen Politik, auf die die Ostdeutschen negativ mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit reagieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht klar, worauf diese Reaktion gründet. Es könnte mit den Themen Ausländer, Zuwanderung und Asyl zusammenhängen, die in den Monaten April und Mai 2015 von etwa 50 % der Bundesbürger als wichtigstes Problem in Deutschland genannt werden (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Mai 2015).

Insgesamt zeichnet sich zwischen 1991 und 2015 sowohl in West- als auch Ostdeutschland ein leichter Trend einer

▶ **Abb 2** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2015 – in Prozent



Zunahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ab. Der Abstand zwischen West- und Ostdeutschen schwankt ebenfalls, aber hier ist kein eindeutiger Trend auszumachen. 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise darauf, dass sich mit zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen verringert hat.

Wie ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland einzuschätzen? Darüber kann ein Vergleich mit den anderen 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) Aufschluss geben. Die Daten aus dem Frühjahr 2015 zeigen zudem, wie sich die Staatsschuldenkrise auf die Demokratiezufriedenheit der Bürger in den anderen EU Mitgliedsländern ausgewirkt hat. ▶ [Abb 2](#)

Die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland rangiert deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt. Lediglich in den skandinavischen Ländern, in Luxemburg und in den Niederlanden ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie noch höher. Demgegenüber liegt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland deutlich unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder. Niedrigere Zufriedenheitswerte weisen lediglich die von der EU-Staatsschuldenkrise besonders betroffenen südeuropäischen Länder auf. Vergleicht man Ostdeutschland hingegen mit den anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern, so liegt der Wert der Ostdeutschen über dem Durchschnitt dieser Länder.

13.3.3 Einstellung zum Sozialismus

Warum sind die Ostdeutschen deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland als die West-

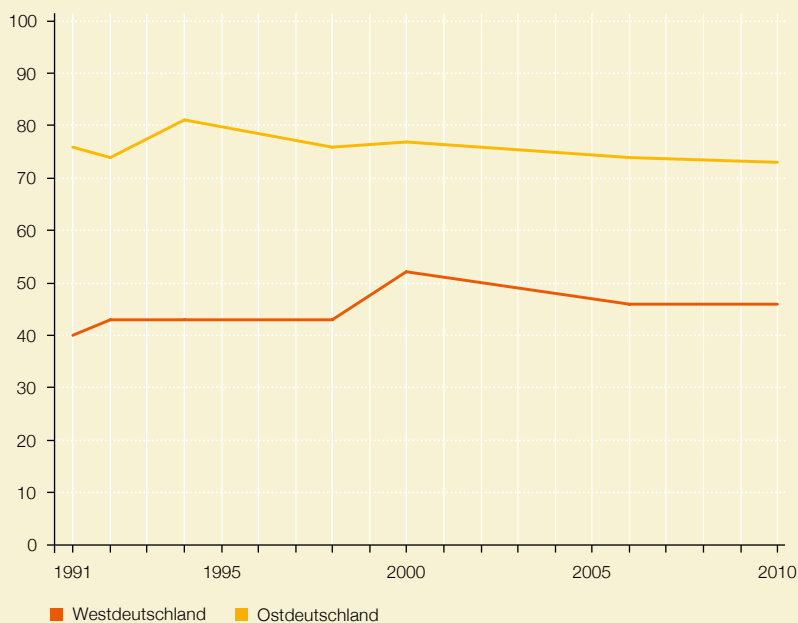
deutschen? Die skeptischere Einstellung der Bürger im Osten Deutschlands kann zum einen damit erklärt werden, dass sie ihre Interessen zu wenig berücksichtigt sehen und ihre soziale und ökonomische Lage schlechter beurteilen. Eine andere Erklärung könnte darin liegen, dass die Bürger im Osten Deutschlands zwar mehrheitlich die Demokratie als Staatsform befürworten, aber ein anderes Demokratiemodell präferieren als dasjenige, das in Deutschland realisiert ist.

Einen Hinweis auf das Vorliegen eines solchen anderen Demokratiemodells gibt die Antwort auf die Frage nach dem Sozialismus. Um so weit wie möglich Assoziationen mit dem realsozialistischen System der früheren DDR zu vermeiden, wird allgemein danach gefragt, ob der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt worden sei.

Aus Abbildung 3 wird ersichtlich, dass der Sozialismus als Idee über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2010 in Ostdeutschland erheblich stärker befürwortet wird als in Westdeutschland. Im Osten Deutschlands halten durchschnittlich 76% der Bürger den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Der Anteil in Westdeutschland liegt immerhin bei durchschnittlich 45%. Zudem ist im Westen Deutschlands im Jahr 2000 ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen, sodass sich die Differenz zwischen beiden Teilen Deutschlands leicht reduziert hat. ▶ [Abb 3](#)

Trotz der negativen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in der DDR halten also rund drei Viertel aller Ostdeutschen den Sozialismus immer noch für eine gute Idee und diese Einstellung hat sich zwischen 1991 und 2010 nicht grundlegend verändert. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die Mehrheit der Ostdeutschen das Modell einer sozialistischen Demokratie präferiert. Dieses verbindet zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitiven Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Sicherheit und Gleichheit.

▶ **Abb 3 Positive Einstellung zum Sozialismus¹ 1991–2010**
– Zustimmung in Prozent



¹ Zustimmung zur Aussage »Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde«.
Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000, 2006, 2010.

13.3.4 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Demokratie

In Tabelle 2 sind die bisher untersuchten Einstellungen zur Demokratie und zum Sozialismus nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung (Links-Rechts) und Parteipräferenz aufgeschlüsselt. Im Westen wie im Osten Deutschlands zeigen sich drei auffällige

Abweichungen vom Durchschnitt. Erstens sind in beiden Landesteilen Arbeitslose mit der Demokratie als Staatsform sowie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufriedener; zudem präferieren die Arbeitslosen im Westen deutlich stärker die Idee des Sozialismus. Zweitens präferieren sowohl im Westen als auch im Osten ideologisch rechtsorientierte Bürger erwartungsge-

mäß unterdurchschnittlich den Sozialismus. Drittens betrachten in beiden Landesteilen die Anhänger von DIE LINKE den Sozialismus deutlich positiver, während Anhänger von CDU/CSU deutlich seltener der sozialistischen Idee zustimmen. Zudem erweisen sich die SPD-Anhänger im Osten Deutschlands als überdurchschnittlich starke Befürworter der Demokratie als Staatsform. ▶ Tab 2

▶ Tab 2 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Demokratie 2008, 2010 und 2015 – in Prozent

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.« ¹	
	2008		2010		2015	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	86	68	46	73	77	47
Geschlecht						
Männer	86	72	44	70	78	50
Frauen	86	64	49	76	76	44
Altersgruppen						
18–34 Jahre	79	74	42	67	72	45
35–59 Jahre	87	65	42	70	78	49
Ab 60 Jahre	89	68	56	80	79	48
Berufliche Stellung						
Selbstständige	86	61	45	72	86	53
Abhängig Beschäftigte	86	70	–	–	77	52
Beamte	–	–	41	68	–	–
Angestellte	–	–	40	64	–	–
Arbeiter	–	–	44	73	–	–
Arbeitslose	73	56	64	81	52	35
Rentner/Pensionäre	89	68	55	80	79	46
Ideologische Orientierung						
Links	88	70	54	81	74	43
Mitte	87	68	46	70	81	56
Rechts	87	69	34	55	76	49
Parteipräferenz						
DIE LINKE	76	63	69	87	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	85	75	46	73	–	–
SPD	92	84	55	76	–	–
FDP	96	67	40	59	–	–
CDU/CSU	91	77	35	54	–	–

¹ Anteil »sehr zufrieden, ziemlich zufrieden«.

– Nicht vorhanden.

Datenbasis: European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2008; ALLBUS 2010; Eurobarometer 2015.

Auffällig ist die Ähnlichkeit zwischen den verschiedenen Altersgruppen in Ostdeutschland. Es wurde erwartet, dass insbesondere die nachwachsenden Generationen vom neuen demokratischen System geprägt werden und eine positivere Haltung zu diesem System ausbilden. Diese positiven Sozialisationseffekte haben sich bei den beiden Einstellungen zur Demokratie – Demokratie als Staatsform allgemein, Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland – bislang nicht eingestellt. Ein solcher Generationeneffekt lässt sich jedoch bei der Einstellung zum Sozialismus beobachten. In Ostdeutschland präferieren die jüngeren Altersgruppen in deutlich geringerem Maß als die über 60-Jährigen den Sozialismus. Dies könnte als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Zustimmung zum Sozialismus in Ostdeutschland bei den nachwachsenden Generationen verblasst, die keine oder vergleichsweise weniger direkte persönliche Erfahrungen mit dem alten sozialistischen System gemacht haben. Dasselbe Muster zwischen den Altersgruppen lässt sich aber auch in Westdeutschland beobachten. Hier befürworten die jüngeren Altersgruppen ebenfalls weniger stark den Sozialismus als die über 60-Jährigen. In diesem Fall dürfte jedoch ein anderer Erklärungsmechanismus greifen, und zwar ein zunehmender Konservatismus der nachwachsenden Generationen in Westdeutschland.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Ost und West die Arbeitslosen der Demokratie – der Demokratie als Staatsform allgemein und der Demokratie in Deutschland – vergleichsweise kritischer gegenüberstehen. Trotz der unterdurchschnittlichen Werte befürwortet eine Mehrheit der Arbeitslosen in Ost- und Westdeutschland aber nach wie vor die Demokratie als Staatsform. Im Vergleich zur Demokratie ist die Einstellung zum Sozialismus strittiger, hier stehen sich vor allem ideologisch Rechte und Linke sowie Anhänger rechter und linker Parteien gegenüber.

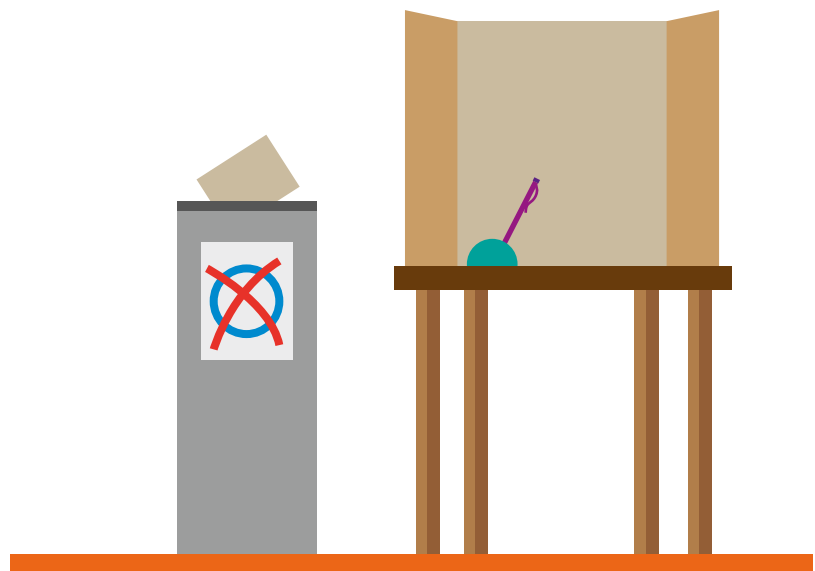
13.3.5 Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

Im Zentrum des bundesrepublikanischen Sozialstaats steht die soziale Absicherung, die vor allem über Sozialversicherungssysteme wie Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung geregelt ist. Die Zustimmung zu diesem sogenannten institutionellen Kern des Sozialstaats wird mit der Frage erfasst, ob der Staat dafür sorgen soll, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat. Nach den in Abbildung 4 präsentierten Befunden ist die Zustimmung zu diesem institutionellen Kern des Sozialstaats in beiden Teilen Deutschlands über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2014 sehr stark ausgeprägt. Sie liegt in Westdeutschland bei durchschnittlich 86%; in Ostdeutschland wird dieser Wert mit durchschnittlich 93% sogar noch über-

troffen. Von 1991 bis 2010 nimmt in beiden Landesteilen die Zustimmung kontinuierlich etwas ab; im Westen Deutschlands sinkt die Zustimmung von 90% auf 80%, im Osten von 98% auf 87%. Nach 2010 kehrt sich dieser Trend um. Vor allem in Westdeutschland, aber auch in Ostdeutschland steigt die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit für soziale Absicherung wieder an; sie liegt im Jahr 2014 in beiden Landesteilen bei circa 90% und umfasst damit fast alle Bürger. Bis 2010 gab es also Anzeichen für eine Reduktion der Ansprüche der Bürger, und zwar nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Deutschlands. Ganz offenbar haben die Bürger auf die Leistungskürzungen und Abbaumaßnahmen temporär mit einer zumindest leichten Reduktion ihrer Ansprüche reagiert. Die gegenläufige Entwicklung der Ansprüche nach 2010 markiert, dass die

47 %

der Ostdeutschen waren im Jahr 2015 mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. In Westdeutschland waren es 77%.



Bürger zu einer weiteren Anpassung ihrer Ansprüche nach unten nicht mehr bereit sind und die staatliche Verantwortung wieder stärker einfordern. ▶ Abb 4

Insgesamt sind bei dieser Aufgabe der sozialen Absicherung die Ost-West-Unterschiede von Beginn an vergleichsweise gering. Das dürfte daran liegen, dass hier der bundesdeutsche Sozialstaat und der sozialistische Sozialstaat der DDR ähnliche Regelungen und Programme entwickelt haben. Im Mittelpunkt des sozialistischen Sozialstaats der DDR standen ebenfalls Sozialversicherungssysteme, die Risiken wie Krankheit, Unfall und Alter abdeckten.

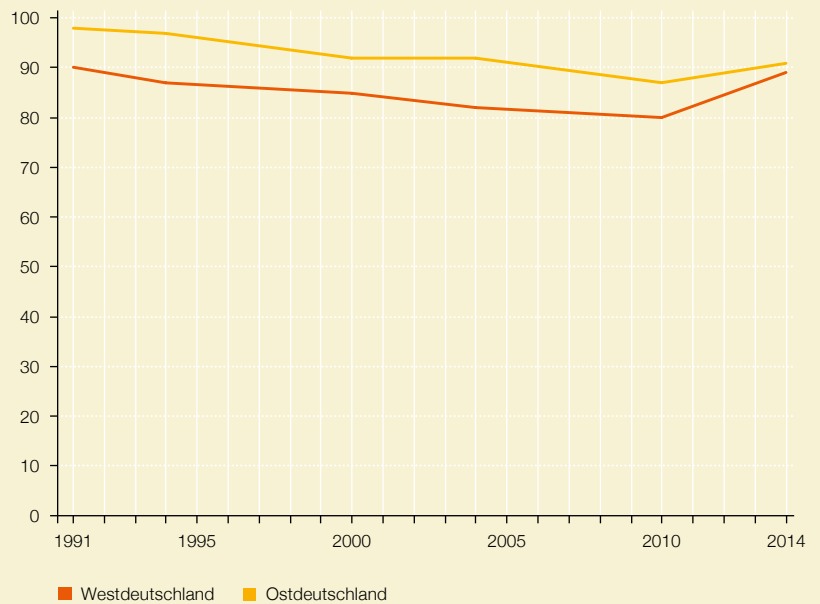
13.3.6 Zuständigkeit des Staates für den Abbau von Einkommensunterschieden

Deutlich größere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt es dagegen bei der sozialstaatlichen Aufgabe des Abbaus von Einkommensunterschieden. Im Zuge der zunehmenden Ungleichheit und der Debatte um die soziale Gerechtigkeit, die seit Anfang/Mitte der 2000er-Jahre in Deutschland verstärkt geführt wird, ist diese Aufgabe in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Die Zustimmung dazu wird mit der Frage erfasst, ob der Staat Maßnahmen ergreifen soll, um Unterschiede in den Einkommensniveaus zu reduzieren. Die Zeitreihe beginnt erst im Jahr 2002 und erstreckt sich bis zum Jahr 2012.

Im Vergleich zur Aufgabe der sozialen Absicherung ist die Zustimmung zur Einkommensreduktion sowohl im Osten als auch Westen Deutschlands deutlich geringer. Sie liegt in Westdeutschland bei durchschnittlich 57 % und in Ostdeutschland bei durchschnittlich 80 %. Die Differenz zwischen Osten und Westen ist dabei vergleichsweise größer, was auch damit erklärt werden kann, dass geringe Einkommensunterschiede ein charakteristisches Merkmal des sozialistischen Systems waren. ▶ Abb 5

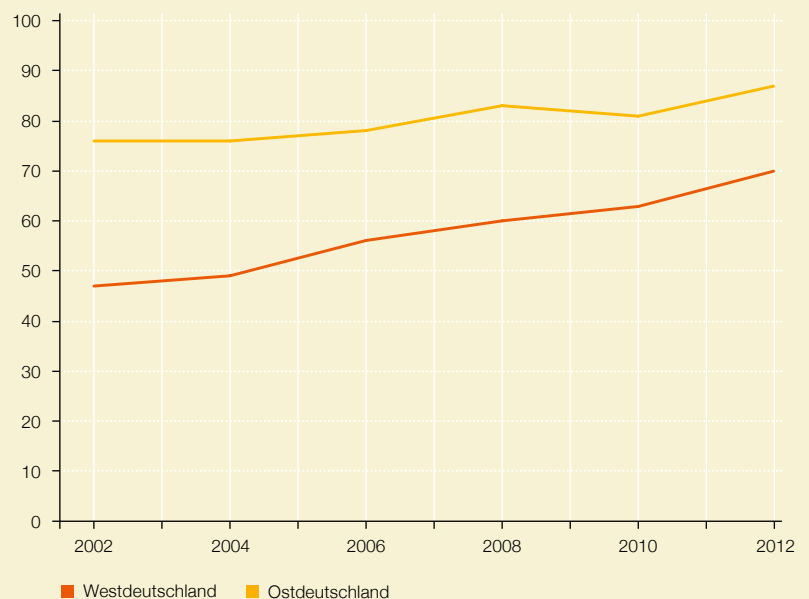
Wie hat sich diese Einstellung zur Rolle des Staates beim Abbau von Einkommensunterschieden entwickelt? In Westdeutschland nimmt die Zustim-

▶ Abb 4 Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung¹ 1991–2014 – in Prozent



¹ »Der Staat muss dafür sorgen, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat«; Anteil »stimme voll zu« und »stimme eher zu« in Prozent.
Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000, 2010, 2014.

▶ Abb 5 Zuständigkeit des Staates für den Abbau von Einkommensunterschieden¹ 2002–2012 – in Prozent



¹ »Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, um Unterschiede in den Einkommensniveaus zu reduzieren?«; Anteil »ganz bestimmt« und »wahrscheinlich« in Prozent.
Datenbasis: European Social Survey 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012.

mung zu diesem Aufgabenbereich von 47 % im Jahr 2002 kontinuierlich bis auf 70 % im Jahr 2010 zu. In Ostdeutschland, wo bereits im Jahr 2002 mit 76 % die überwiegende Mehrheit der Bürger dieser Aufgabe zustimmt, steigt die Zustimmung ab dem Jahr 2004 ebenfalls an und

erreicht über 87 %. Ganz offenbar begegnen die Bürger der steigenden Ungleichheit und der damit verbundenen Debatte um soziale Gerechtigkeit mit zunehmenden Forderungen nach staatlichen Aktivitäten zur Reduktion der Einkommensunterschiede. Auffällig ist, dass die West-

deutschen mit einer sehr viel stärkeren Anspruchszunahme reagieren. Zwischen 2002 und 2012 nehmen die Ost-West-Differenzen daher ab. Im letzten Erhebungsjahr 2012 sind die Ansprüche der Ostdeutschen aber nach wie vor größer als die der Westdeutschen.

► Tab 3 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Rolle des Staates 2012 und 2014 – in Prozent

	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.« ¹		»Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, um Unterschiede in den Einkommensniveaus zu reduzieren?« ²	
	2014		2012	
	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	89	91	70	87
Geschlecht				
Männer	88	91	70	84
Frauen	90	91	71	88
Altersgruppen				
18–34 Jahre	93	94	70	81
35–59 Jahre	88	89	69	84
Ab 60 Jahre	87	92	72	91
Berufliche Stellung				
Selbstständige	80	81	59	70
Abhängig Beschäftigte	.	.	70	85
Beamte	92	93	.	.
Angestellte	88	88	.	.
Arbeiter	93	93	.	.
Arbeitslose	97	94	70	90
Rentner/Pensionäre	87	93	75	93
Ideologische Orientierung				
Links	92	93	77	88
Mitte	87	91	68	85
Rechts	86	86	63	81
Parteipräferenz				
DIE LINKE	98	95	90	93
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	76	89
SPD	91	90	80	89
FDP	75	88	/	/
CDU/CSU	88	87	62	83

1 Anteil »stimme voll zu«, »stimme eher zu«.

2 Anteil »ganz bestimmt«, »wahrscheinlich«.

. Zahlenwert unbekannt.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2014; European Social Survey 2012.

13.3.7 Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Rolle des Staates

Der unterschiedliche Stellenwert dieser beiden sozialstaatlichen Aufgaben, der sozialen Absicherung einerseits und des Abbaus von Einkommensunterschieden andererseits, manifestiert sich in den Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Für die soziale Absicherung, den sogenannten institutionellen Kern des Sozialstaats, lassen sich weder im Osten noch im Westen Deutschlands Unterschiede bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen – nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung (Links-Rechts) und Parteipräferenz – auffinden. Danach liegt bei dieser Aufgabe ein Konsens zwischen den Vertretern der klassischen Konfliktlinie Kapital und Arbeit vor, also zwischen den Selbständigen und Arbeitern, zwischen

Rechten und Linken und zwischen Anhängern rechter und linker Parteien. ▶ ^{Tab 3}

Etwas anders sieht es dagegen bei der Aufgabe des Abbaus von Einkommensunterschieden aus. Einerseits weicht im Westen wie im Osten Deutschlands die Gruppe der Selbständigen mit geringeren Zustimmungswerten vom Durchschnitt ab und andererseits sprechen sich im Westen die Anhänger von DIE LINKE überdurchschnittlich für eine staatliche Zuständigkeit beim Abbau von Einkommensunterschieden aus. Diese egalitäre Aufgabe des Sozialstaats steht damit im Schnittpunkt der klassischen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit und wird von den Vertretern beider Seiten vergleichsweise kontrovers beurteilt. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die Polarisierung zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Deutschlands existiert.

42 %

der Männer im Osten glaubten 2012, dass sich Vollzeit erwerbstätige Väter nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern können. Im Vergleich dazu waren »nur« 30 % der Frauen dieser Meinung.

26 %

der Bevölkerung im Westen nannten 2014 den »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« als wichtigstes Ziel. Im Osten waren es hingegen nur 14 %.



53 %

der über 65-Jährigen im Westen waren 2012 der Meinung, es sei besser, wenn die Verantwortung für den Haushalt hauptsächlich bei der Mutter liegt, auch wenn beide Eltern erwerbstätig sind.

38 %

der über 65-Jährigen im Osten waren der gleichen Meinung.

14 Werte und Einstellungen

14.1 Wertorientie- rungen, Ansprüche und Erwartungen

Angelika Scheuer
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

Für das subjektive Wohlbefinden sind die persönlichen Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen von großer Bedeutung. Sie definieren den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die bestehenden Lebensumstände und -bedingungen beurteilt werden. Wertorientierungen und individuelle Erwartungen sind keine unveränderlichen Größen, sondern unterliegen dem gesellschaftlichen Wandel und den sich wandelnden wirtschaftlichen Bedingungen. In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie sich die Wertorientierungen, Ansprüche und Zukunftserwartungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland seit 1990 verändert haben. Untersucht wird dazu der Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten, der nach Ronald Inglehart in allen westlichen Ländern stattfindet und unter anderem auf einem stetig steigenden Wohlstand beruht. Parallel wird betrachtet, wie sich die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verändert hat. Die Gegenüberstellung beider Entwicklungen erlaubt Einblicke in die Grundlage des Wertewandels in Deutschland und die aktuelle Befindlichkeit der Deutschen.

14.1.1 Materialistische und postmaterialistische Werte

Gesellschaftliche Wertorientierungen haben einen entscheidenden Einfluss auf

Handlungsentscheidungen und deren Rechtfertigung in einer Gesellschaft, wobei theoretisch davon ausgegangen wird, dass in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel stattgefunden hat. Es gibt verschiedene Typologien von Werten. Die Wertewandeltheorie von Ronald Inglehart, die hier zugrunde gelegt wird, wurde kontrovers diskutiert, lässt sich dank einer breiten Datenbasis aber für lange Zeiträume untersuchen. Inglehart postuliert für die westlichen Industrieländer eine Abwendung von materialistischen Werten – dem Streben nach Wohlstand – und eine Zuwendung zu postmaterialistischen Werten, die über den materialistischen Wohlstand hinausgehen und vor allem im Bereich der Selbstverwirklichung und der Bürgerbeteiligung liegen. Der Wertewandel wird anhand von zwei Hypothesen erklärt: der Mangelhypothese, nach der mit Befriedigung der grundlegenden materialistischen Bedürfnisse die Neigung zu »höheren« Werten zunimmt, und der Sozialisationshypothese, nach der im Wohlstand aufwachsende Generationen stärker postmaterialistische Werte entwickeln als »Mangelgenerationen«.

Der Inglehart-Index erfasst Werteprioritäten, indem er die Befragten aus zwei materialistischen Zielen – »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« und

»Kampf gegen steigende Preise« – und zwei postmaterialistischen Zielen – »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« und »Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« – das wichtigste und das zweitwichtigste Ziel auswählen lässt. Wählt ein Befragter die beiden materialistischen Ziele aus, wird er als »Materialist« eingestuft; wählt er die beiden postmaterialistischen Ziele aus, wird er als »Postmaterialist« bezeichnet. Ist das wichtigste Ziel ein materialistisches und das zweitwichtigste ein postmaterialistisches, handelt es sich um einen »materialistischen Mischtyp«, im umgekehrten Falle um einen »postmaterialistischen Mischtyp«.

Die ALLBUS-Studien erheben den Inglehart-Index seit 1980 und ermöglichen somit die Untersuchung des Wertewandels in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten. Insbesondere der Vergleich von Ost- und Westdeutschland bietet die Möglichkeit zu beobachten, ob unterschiedliche Lebensumstände verschiedene Werteprioritäten bedingen beziehungsweise ob die Angleichung des Lebensstandards auch zu einer Annäherung der Wertestrukturen führt. Im Folgenden wird zunächst die Wichtigkeit der vier Ziele einzeln im Zeitverlauf betrachtet und anschließend die Verteilung der Wertetypen in der Bevölkerung und deren Veränderung beleuchtet.

In beiden Teilen Deutschlands war den Bürgern bis zur Jahrtausendwende die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« – also ein materialistisches Ziel – am wichtigsten (siehe Tabelle 1). Sprachten sich Anfang der 1980er-Jahre noch rund die Hälfte der Westdeutschen dafür aus, waren es in den 1990er-Jahren rund 40 % und im Jahr 2014 noch 29 %. In Ostdeutschland nannten zu Beginn der 1990er-Jahre über 50 % der Befragten die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« als mit Abstand wichtigstes Ziel, jedoch sank die Zahl rasch auf 39 % im Jahr 2000 und 32 % im Jahr 2014 ab. In beiden Teilen Deutschlands gab dieses materialistische Ziel nach der Jahrtausend-

► Tab 1 »Welches Ziel erscheint Ihnen persönlich am wichtigsten?« 1980–2014 – in Prozent

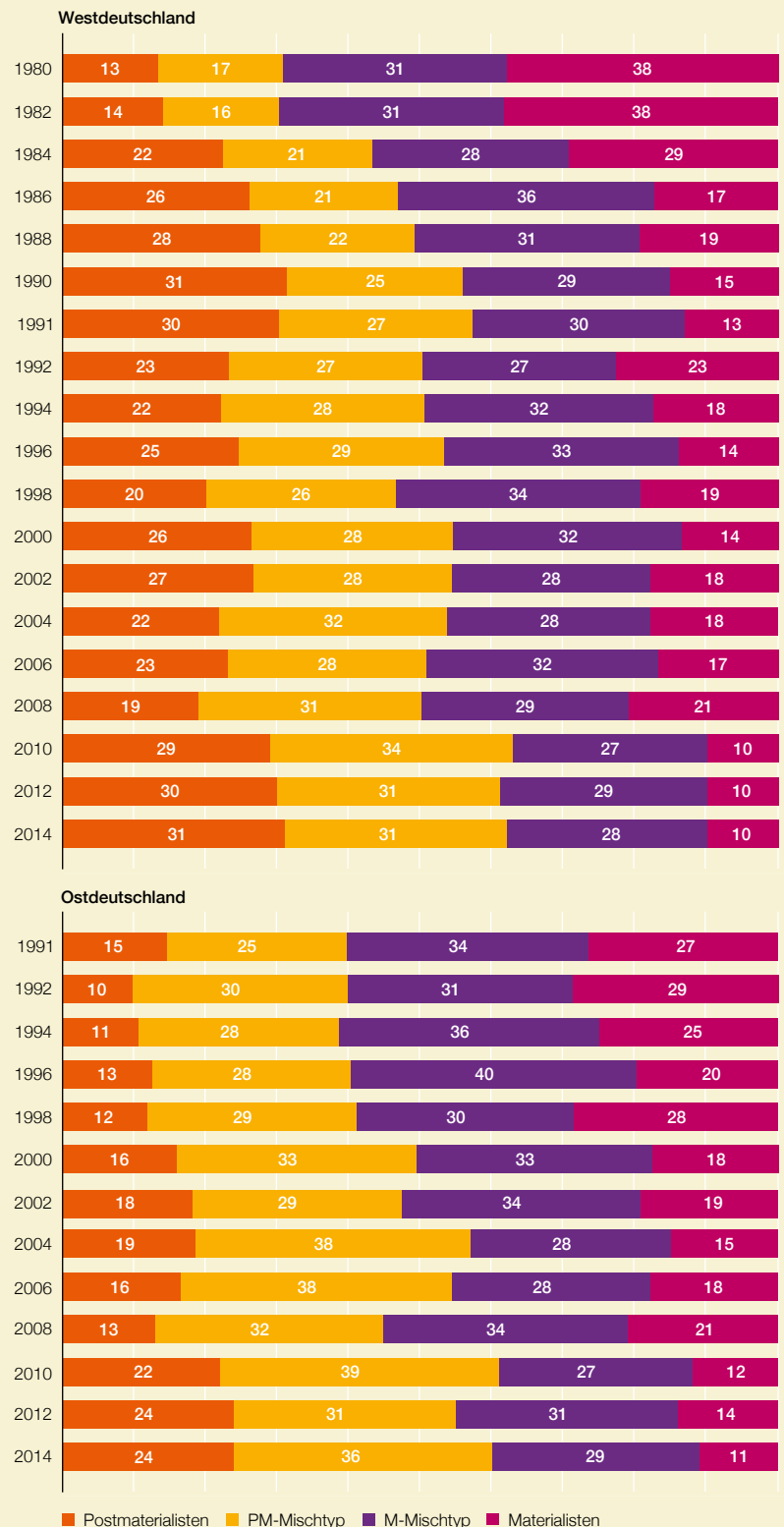
	West				Ost			
	Materialistische Ziele		Postmaterialistische Ziele		Materialistische Ziele		Postmaterialistische Ziele	
	Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung	Kampf gegen die steigenden Preise	Mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung	Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung	Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung	Kampf gegen die steigenden Preise	Mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung	Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung
1980	48	22	16	15
1982	51	19	16	14
1984	39	18	24	19
1986	46	8	26	21
1988	42	9	24	25
1990	37	8	34	22
1991	36	8	33	24	52	9	32	8
1992	37	14	31	19	50	11	35	5
1994	41	9	34	17	55	7	34	5
1996	40	7	31	23	54	6	33	7
1998	42	12	27	20	47	12	33	9
2000	39	7	36	19	39	11	40	10
2002	31	15	31	23	37	15	36	11
2004	32	15	37	17	29	14	46	11
2006	34	16	33	18	31	15	42	12
2008	27	24	30	21	27	28	35	10
2010	28	10	42	21	27	12	46	15
2012	30	9	34	27	32	13	40	15
2014	29	10	36	26	32	9	45	14

. Zahlenwert unbekannt.
Datenbasis: ALLBUS 1980–2014.

wende den ersten Rang an ein postmaterialistisches Ziel ab, nämlich »Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung«. Die Westdeutschen nannten dieses Ziel mit 36 % im Jahr 2014 doppelt so häufig wie Anfang der 1980er-Jahre (16%); in Ostdeutschland belegte es zu Beginn der Messung gleich hohe Werte wie in Westdeutschland und kam im Jahr 2014 sogar auf 45 % der Nennungen. Das Ziel »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« war in beiden Teilen Deutschlands von geringerer Dringlichkeit, aber auch hier stieg die Zahl der Nennungen im Zeitverlauf an; im Westen Deutschlands nannte es 2014 jeder Vierte, im Osten jeder Siebte. Das materialistische Ziel »Kampf gegen steigende Preise« hatte unter den vier Werteprioritäten in West- und Ostdeutschland die geringste Bedeutung; der Anteil lag 2014 bei einem Zehntel. Einen heftigen Ausschlag zeigte jedoch die Erhebung aus dem Jahr 2008. Nannte üblicherweise jeder Zehnte die Inflationsbekämpfung als vordringliches Ziel, war es infolge der Finanzkrise rund jeder Vierte. Seit 2010 hat sich dieser Wert jedoch erstaunlich schnell in beiden Teilen Deutschlands normalisiert. ▶ [Tab 1](#)

Die Verschiebungen in den Werteprioritäten finden ihren Niederschlag in der Verteilung der Wertetypen (siehe Abbildung 1). In Westdeutschland bewegte sich der Anteil der reinen Postmaterialisten seit 1980 von 13 % auf ein erstes Maximum 1990 von 31 %, das er 2014 ein zweites Mal erreichte. Nimmt man Postmaterialisten und postmaterialistische Mischtypen zusammen, verdoppelte sich der Anteil zwischen 1980 und 2014 von 30 auf 62 %. Allerdings ist dies keine stetige Entwicklung, sondern starken Schwankungen unterworfen. Über den Zeitraum von drei Jahrzehnten zeigte der Postmaterialismus in Westdeutschland eine wellenförmige Entwicklung. In Ostdeutschland stieg der Anteil der reinen Postmaterialisten zwischen 1991 und 2014 von 15 % auf 24 %. Postmaterialisten und postmaterialistische Mischtypen zusammen erfuhren

► **Abb 1** Entwicklung der Anteile reiner Materialisten, reiner Postmaterialisten und deren Mischtypen in Deutschland zwischen 1980 und 2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2014.

im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 40 auf 60 %. Entgegen dem Großtrend zu postmaterialistischen Werten erhielten materialistische Werte vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten größeren Zuspruch: im Westen Deutschlands zeigte sich dies Anfang der 1980er-Jahre, in den späten 1990er- und in den mittleren 2000er-Jahren; im Osten Deutschlands in den gesamten 1990er-Jahren sowie im Krisenjahr 2008.

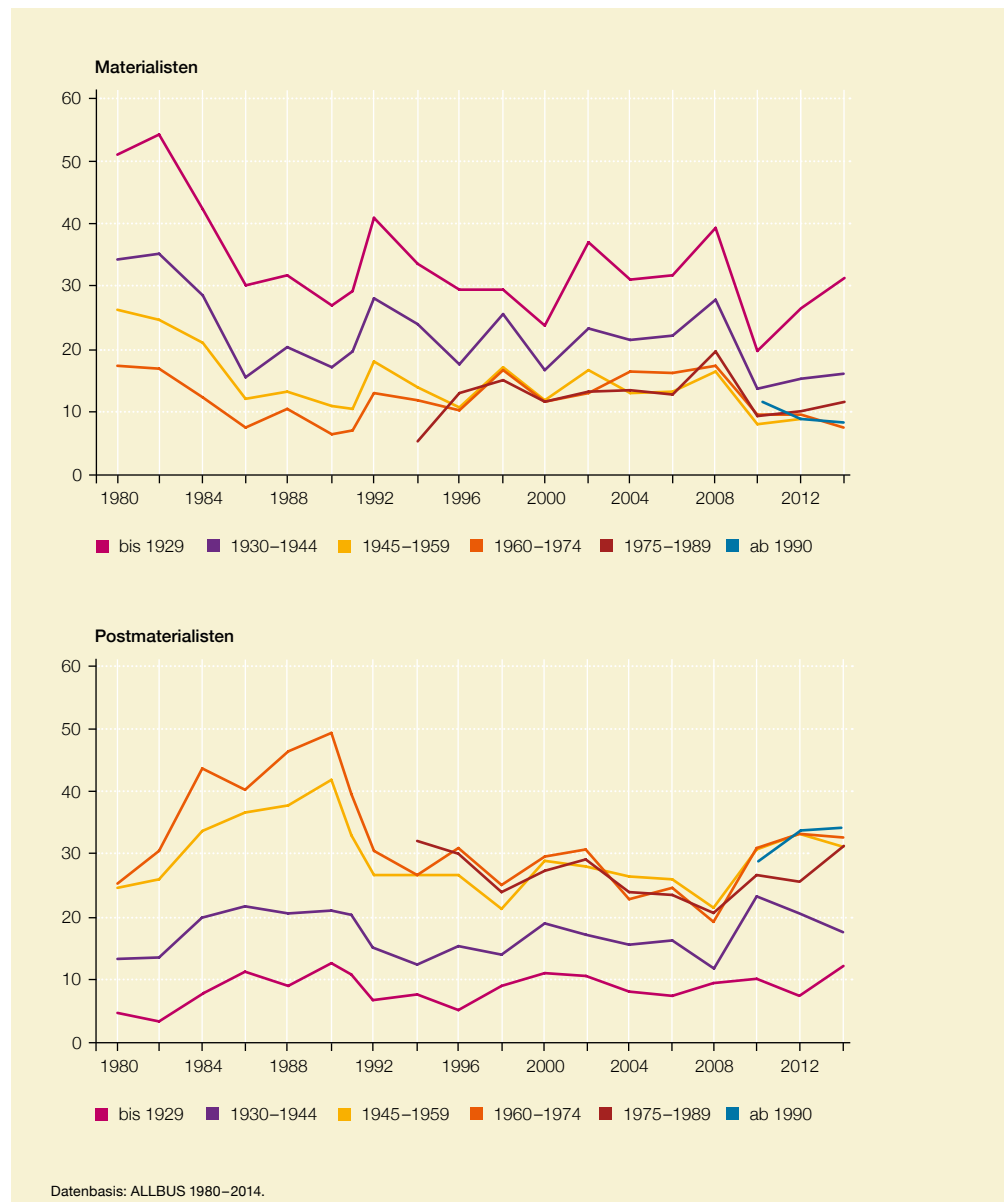
Insgesamt verschob sich das Verhältnis der Prioritäten im Westen Deutschlands von 70:30 zugunsten materialistischer Werte im Jahr 1980 zu etwa 40:60 zugunsten postmaterialistischer Werte im Jahr 2014. Im Osten Deutschlands begann die Entwicklung im Jahr 1991 mit dem Verhältnis 60:40 zugunsten materialistischer Werte und lag im Jahr 2014, wie in Westdeutschland, bei 60:40 zugunsten postmaterialistischer Werte. Seit 2004 lag der Gesamtanteil beider postmaterialistischen Typen im Osten in etwa gleichauf mit dem im Westen. Der Anteil der reinen Postmaterialisten blieb in Ostdeutschland weiterhin geringer als in Westdeutschland, jedoch hat sich der Abstand zwischen beiden Teilen Deutschlands verringert. Der Rhythmus der Schwankungen lief in West- und Ostdeutschland zunehmend parallel. Bemerkenswert ist der starke Ausschlag zugunsten materialistischer Werte im Jahr 2008, der durch den starken Bedeutungsanstieg der Inflationsbekämpfung bedingt war. Bereits seit 2010 kehrte das Kräfteverhältnis jedoch zu einem noch stärkeren Übergewicht der postmaterialistischen Werte zurück. ▶ **Abb 1**

Eine Betrachtung von Geburtskohorten gibt Aufschluss darüber, welcher Dynamik der Wertewandel unterliegt. Der Theorie zufolge sollten früher Geborene eher materialistische Werte bevorzugen als später Geborene; darauf basiert der durch Generationenwechsel bedingte Wertewandel. Betrachtet man die Entwicklung der reinen Materialisten nach Geburtskohorten, so fällt zunächst auf, dass der starke Rückgang Anfang der 1980er-Jahre durch alle Geburtskohorten ging und dabei auch den

Abstand zwischen diesen verringerte (siehe Abbildung 2). Danach schwankten die Anteile auf stabilem Niveau, bis sie 2010 in allen Kohorten erneut stark abfielen. Ab diesem Zeitpunkt zählten rund 10 % aller nach 1945 Geborenen zu den Materialisten. Frauen waren marginal häufiger Materialisten als Männer. Nach Bildungsgrad un-

terschieden sich die Anteile jedoch deutlich: Während jeder Fünfte ohne Abschluss ein Materialist war, traf dies nur auf rund jeden Zwanzigsten mit Fach- oder Hochschulreife zu (nicht dargestellt). Die Entwicklung der Postmaterialisten in den Alterskohorten zeigt ein weitgehend komplexeres Bild. So unterschieden sich die

▶ **Abb 2** Anteile von reinen Materialisten und Postmaterialisten nach Geburtskohorten in Deutschland 1980–2014 – in Prozent



nach 1945 geborenen Kohorten nicht im Anteil der Postmaterialisten. Lediglich die Kohorte der 1975 bis 1989 Geborenen zeigte 2010 bis 2012 ein nach unten abweichendes Profil. Die derzeit Mitte 20- bis Ende 30-Jährigen zeichneten sich vorübergehend durch eine stärkere Neigung zum Materialismus aus, schlossen jedoch in der jüngsten Erhebung wieder zu den übrigen Nachkriegskohorten auf. Ein deutlicher Abstand kann weiterhin zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsgeborenen beobachtet werden. Der durch Generationswechsel bedingte

Wertewandel kam bei den Nachkriegskohorten somit weitgehend zum Stillstand. Konjunkturelle Schwankungen, die durch die zeitweise Bedeutung bestimmter Politikprioritäten (wie Geldwertstabilität oder Einfluss auf Regierungshandeln) verursacht werden, verliefen in der gesamten Nachkriegsbevölkerung gleichermaßen. ▶ Abb 2

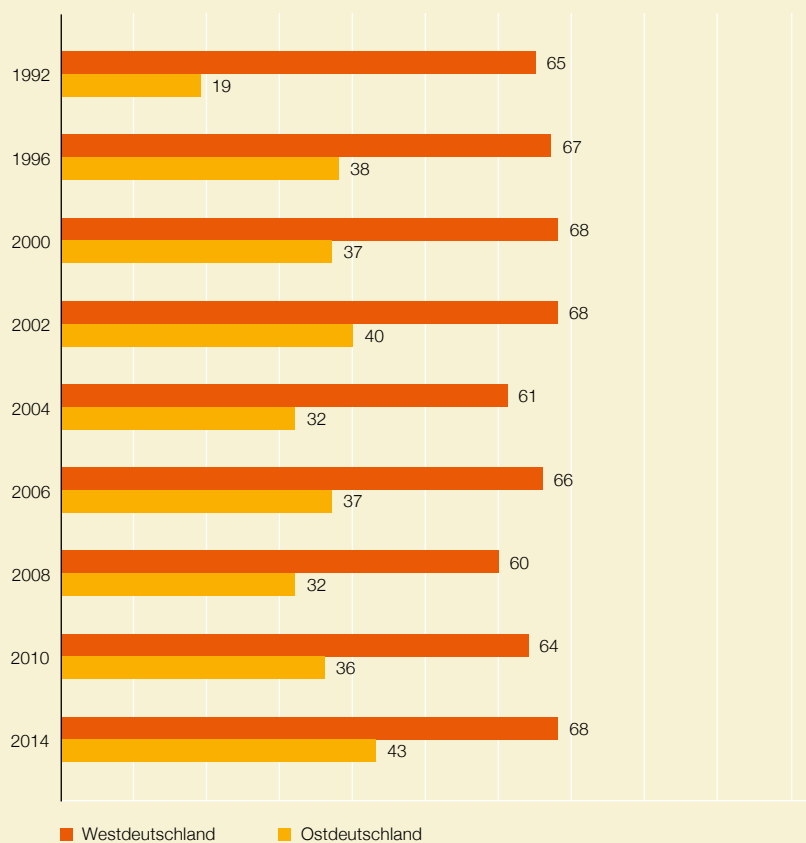
14.1.2 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung

Die Bürger beurteilen ihre persönliche Situation im Vergleich mit anderen. Um

die Bewertung ihrer eigenen Situation zu erfassen, eignet sich die Frage danach, ob sie im Großen und Ganzen ihren »gerechten Anteil« am Wohlstand zu erhalten glauben. Bei dieser Einschätzung zeigt sich ein stabiler Ost-West-Unterschied: Im Westen Deutschlands meinten konstant zwei Drittel der Befragten, ihren gerechten Anteil oder mehr zu erhalten, gegenüber einem Drittel, das seinen Anteil nicht als gerecht einschätzte, während im Osten Deutschlands dieses Verhältnis umgekehrt war. Im Jahr 2014 bewerteten jedoch mit 43 % deutlich mehr Ostdeutsche ihren Anteil als gerecht als in den Vorjahren (siehe Abbildung 3). Damit reduzierte sich erstmals seit den 1990er-Jahren der Abstand zwischen West- und Ostdeutschland leicht. Die Bevölkerung reagierte in beiden Landesteilen mit parallelen Schwankungen auf die sich wandelnden Rahmenbedingungen. Im Jahr 2004, als Deutschland noch als der »kranke Mann Europas« galt, ebenso wie im Jahr 2008, als die Finanzkrise sich negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirkte, nahm in West- und Ostdeutschland der Anteil derjenigen ab, die ihren gerechten Anteil oder mehr zu erhalten meinten. Seit 2008 stieg die Zahl derer, die ihren Anteil am Wohlstand mindestens als gerecht bezeichneten, in beiden Teilen Deutschlands stetig an. Die starke wirtschaftliche Lage in Deutschland ließ den Anteil der Zufriedenen in der Bevölkerung steigen. ▶ Abb 3

Betrachtet man die Veränderungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Jahren 1992, 2004 und 2014, so zeigt sich, welche gesellschaftlichen Positionen sich positiv beziehungsweise negativ auf die Zufriedenheit auswirkten. Ein Vergleich der Altersgruppen zeigt in Westdeutschland eine Veränderung (siehe Tabelle 2). Nachdem sich die Altersgruppen lange nicht in der Bewertung ihres Anteils am Wohlstands unterschieden, nahm der Anteil derjenigen, die sich mit einem gerechten Anteil am Wohlstand beteiligt sahen, in der ältesten Altersgruppe (66 Jahre und älter) in den letzten Jahren deutlich zu. In Ostdeutschland beurteilte zudem auch die

▶ Abb 3 Gerechtigkeitsbewertung: eigener Anteil an der Verteilung des Wohlstands ist »gerecht« oder »mehr als gerecht« 1992–2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1992–2014.

► Tab 2 Gerechtigkeitsbewertung¹ des »eigenen Anteils« am Wohlstand in Deutschland 1992, 2004 und 2014 — in Prozent

	Eigener Anteil ist »gerecht« oder »mehr als gerecht«					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1992	2004	2014	1992	2004	2014
Gesamt	65	61	68	19	32	43
Geschlecht						
Männer	67	62	70	19	34	47
Frauen	63	61	67	18	30	39
Alter						
18–34 Jahre	64	60	66	19	37	46
35–49 Jahre	65	61	67	16	30	41
50–65 Jahre	65	63	67	18	28	40
Ab 66 Jahre	64	61	77	24	36	47
Erwerbsstatus						
Erwerbstätig	68	63	67	20	33	44
Schüler/Student	79	78	88	/	69	81
Rentner	63	60	74	22	34	43
Arbeitslos	45	40	44	10	13	11
Hausfrau/-mann	61	61	60	/	/	/
Familienstand						
Ledig	66	61	65	20	33	40
Verheiratet	67	63	73	18	33	47
Verwitwet	58	58	76	22	39	49
Geschieden	49	47	41	14	20	22
Wertetypen						
Materialisten	60	51	50	14	26	37
Materialistischer Mischtyp	61	63	70	24	35	41
Postmaterialistischer Mischtyp	62	62	70	16	27	42
Postmaterialisten	77	66	72	21	45	53

1 Frage: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?«
/ Fallzahlen zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 1992, 2004, 2014.

jüngste Altersgruppe (18–34 Jahre) ihren Anteil häufiger als gerecht als die mittleren Altersgruppen. Während die Unterschiede nach Alter und Geschlecht ansonsten gering ausfielen, variierten sie deutlich nach Erwerbsstatus. Vergleicht man die Erwerbsgruppen mit der jeweiligen Gesamtbevölkerung, sahen Erwerbstätige in Ost und West durchschnittlich einen gerechten Anteil, während Rentner im Westen und Schüler und Studierende in beiden Landesteilen überdurchschnittlich häufig ihren

Anteil als gerecht ansahen. Demgegenüber bewerteten vor allem im Osten nur wenige Arbeitslose ihren Anteil als gerecht. Im Westen bezeichneten auch Hausfrauen und Hausmänner ihren Anteil seltener als andere Erwerbsgruppen als gerecht.

In Ost- und Westdeutschland und zu allen drei Zeitpunkten glaubten zwei Gruppen besonders häufig, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten: die Arbeitslosen und die Geschiedenen. Im Osten Deutschlands hat sich das Gefühl

der Benachteiligung bei den Arbeitslosen besonders festgesetzt; neun von zehn ostdeutschen Arbeitslosen bezeichneten 2014 ihren Anteil am Wohlstand als weniger als gerecht. Im Westen Deutschlands empfanden sich demgegenüber nur drei von fünf Arbeitslosen als übervorteilt. Die Geschiedenen sahen ihren Anteil am Wohlstand sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland als zu gering an, jedoch trat der Abstand zum Durchschnitt im Westen Deutschlands deut-

► Tab 3 Zukunftserwartungen für einfache Leute 1992–2012 – in Prozent

	Verschlechterung für die einfachen Leute ist zu erwarten: Bin derselben Meinung						
	1992	2000	2004	2006	2008	2010	2012
West							
Gesamt	71	71	87	85	89	83	76
Erwerbstätige	72	69	87	85	88	84	77
Rentner	66	69	88	88	90	83	80
Arbeitslose	81	81	88	93	91	88	88
Schüler/Student	61	57	82	68	82	60	57
Hausfrauen/-männer	61	57	82	84	93	85	73
Ost							
Gesamt	66	81	94	89	94	86	83
Erwerbstätige	63	80	92	87	92	85	80
Rentner	69	82	96	93	94	86	86
Arbeitslose	74	89	98	91	96	95	91
Schüler/Student	/	/	/	/	/	/	/
Hausfrauen/-männer	/	/	/	/	/	/	/

/ Fallzahlen zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2004–2012.

licher hervor. Die Gerechtigkeitsbewertungen fielen auch bei den Wertetypen, die der materialistischen Situation unterschiedlich viel Bedeutung beimessen, verschieden aus: Materialisten sahen ihren Anteil am Wohlstand in Ost und West deutlich seltener als gerecht an als Postmaterialisten, wobei sich der Abstand zwischen beiden in jüngster Zeit sogar noch vergrößert hat. Die Mischtypen ähnelten im Westen in ihrer Bewertung früher eher den Materialisten, heute eher den Postmaterialisten, während sie im Osten zwischen beiden standen. ► Tab 2

14.1.3 Zukunftserwartungen

Eine recht elementare Reaktion auf Veränderungen in den Lebensbedingungen ist die Vermutung, dass »eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die einfachen Leute« zu erwarten sei. In den letzten zehn Jahren zeigten vor allem die Krisenjahre 2004 und 2008 deutliche Ausschläge nach oben, wobei diese Befürchtung im Osten Deutschlands noch

stärker ausgeprägt war als im Westen. Indes zeigt die Kurve für die letzten beiden Befragungszeitpunkte 2010 und 2012 nach unten: Zuletzt erwarteten »nur« noch 76 % der Westdeutschen und 83 % der Ostdeutschen eine Verschlechterung für die einfachen Leute. Die zeitlichen Schwankungen lassen sich durch alle Bevölkerungsgruppen beobachten. Darüber hinaus war diese Sorge unter den Arbeitslosen besonders präsent: neun von zehn erwarteten eine Verschlechterung der Verhältnisse. Dementgegen hegten westdeutsche Schüler und Schülerinnen und Studierende deutlich unterdurchschnittlich häufig solche Bedenken. Für 2014 wurde diese Frage nicht erhoben, doch wäre hier, entsprechend den anderen Indikatoren, eine geringere Sorge um die Lage der einfachen Leute zu erwarten. ► Tab 3

Die Zukunftserwartung zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist naturgemäß ein relativ unbeständiger Indikator. Seit Beginn der Finanzkrise

zeigten sich hier starke Schwankungen. Im Jahr 2008 fiel die Erwartung einer Verbesserung auf ein sehr niedriges Niveau; lediglich jeder Zehnte in Ost und West erwartete eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Überraschend hellten sich die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen 2010 auf, verdüsterten sich jedoch 2012 wieder genauso stark: Wie schon 2008 erwarteten West- und Ostdeutsche zu 10 % eine Verbesserung, knapp zur Hälfte gleichbleibende Verhältnisse und zu 40 % eine Verschlechterung. Im Jahr 2014 rechneten zwei Drittel der Deutschen mit einer gleichbleibenden Situation, wobei die Übrigen im Westen mehrheitlich eine Verschlechterung und im Osten mehrheitlich eine Verbesserung erwarteten. Trotz guter wirtschaftlicher Lage ließ sich in Westdeutschland eine gewisse Skepsis hinsichtlich ihrer Dauerhaftigkeit erkennen. ► Abb 4

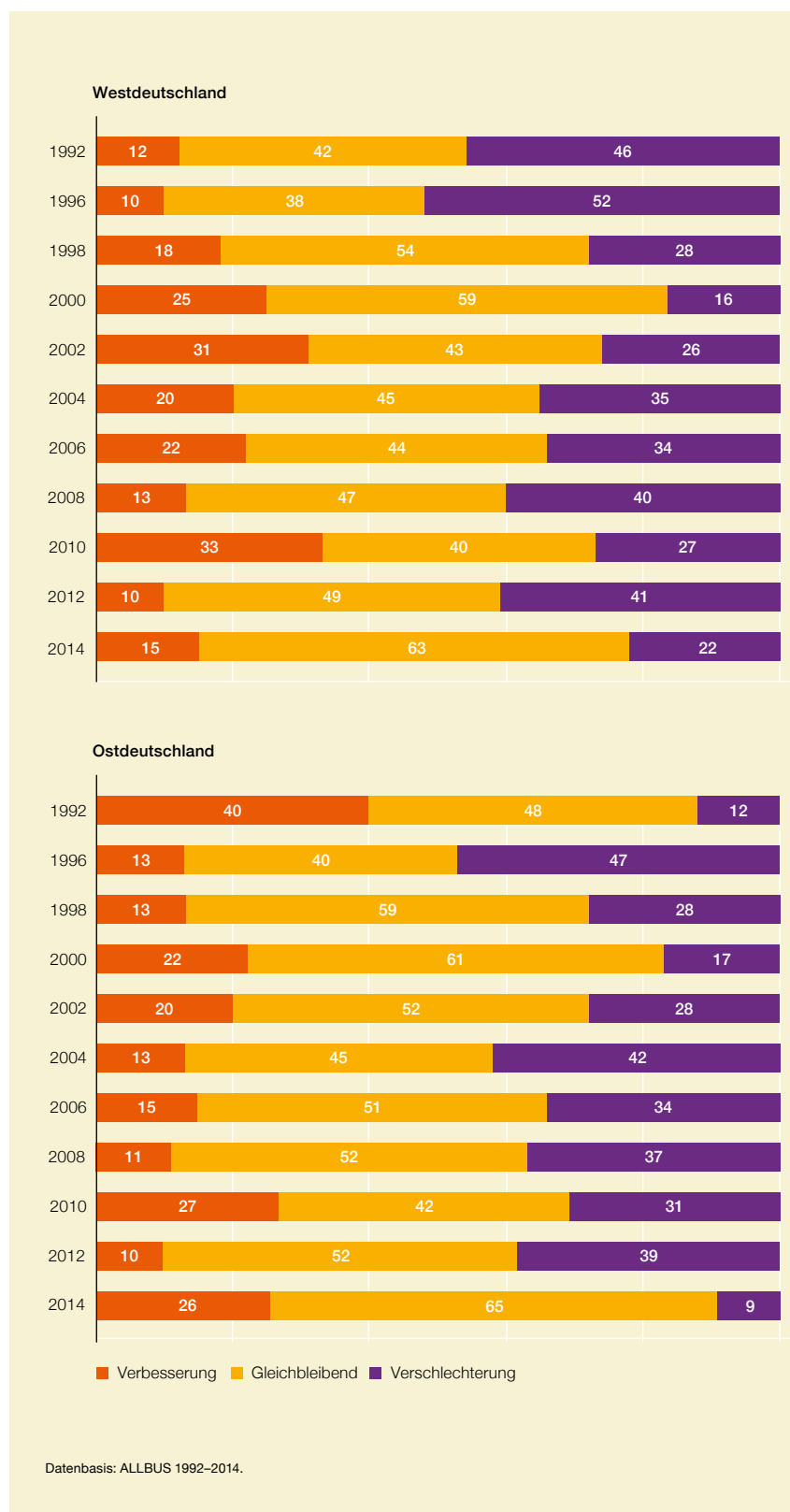
Etwas stabiler zeigte sich die Entwicklung der Zukunftserwartungen hinsichtlich der persönlichen wirtschaft-

lichen Lage, weil die Deutschen üblicherweise ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft stabiler als die allgemeine wirtschaftliche Lage beurteilen und bei Verbesserung ebenso wie bei Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten für sich selbst eher gleichbleibende Verhältnisse erwarten. Im Jahr 2014 lagen in Westdeutschland die Erwartungen zu allgemeiner und eigener wirtschaftlicher Lage sehr dicht beieinander. In Ostdeutschland hingegen waren die Erwartungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage etwas positiver als zur Entwicklung der persönlichen Verhältnisse. In beiderlei Hinsicht erwarteten die Ostdeutschen häufiger eine Verbesserung als die Westdeutschen. ▶ Abb 5

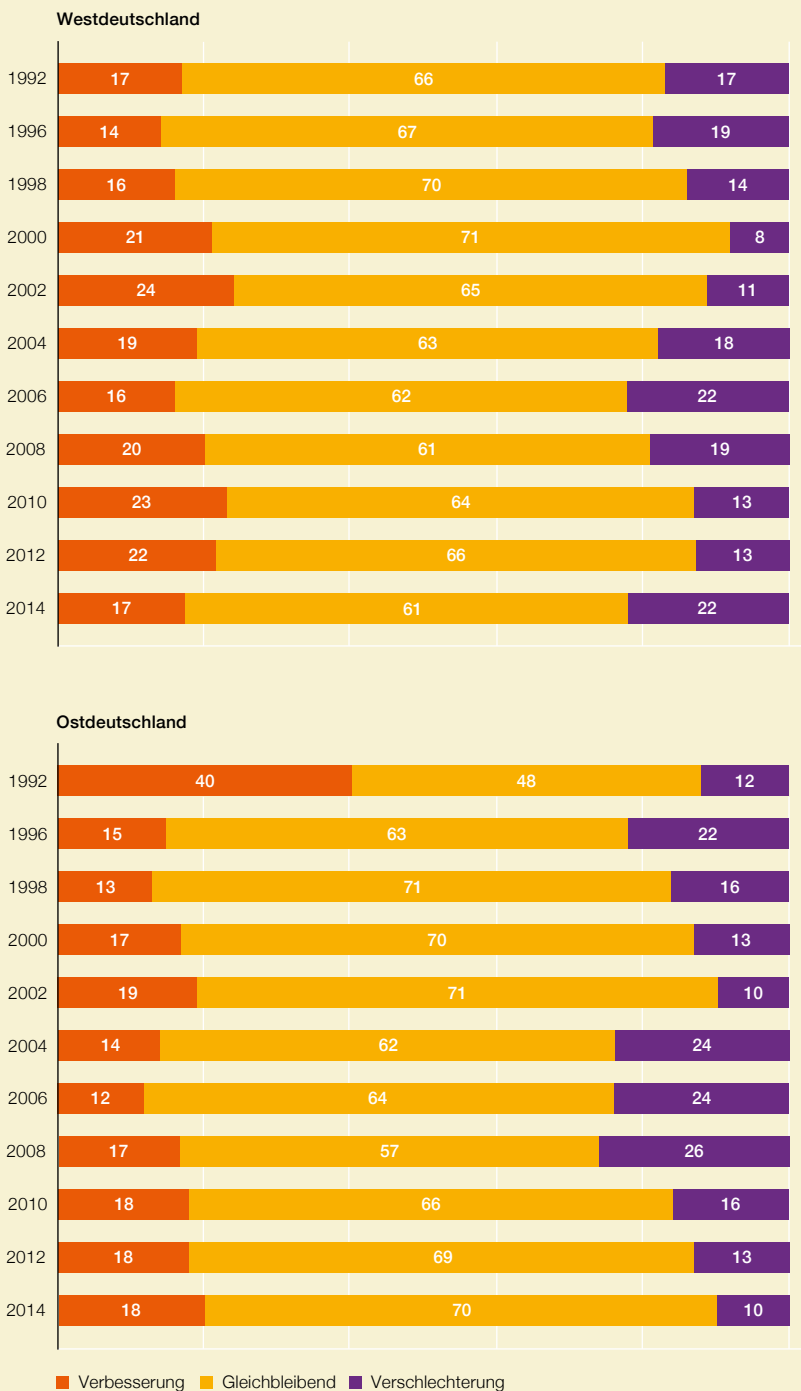
14.1.4 Ausblick

Die in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse zeigen eine Bevölkerung, die inzwischen mehrheitlich postmaterialistische Werte in den Vordergrund stellt, den eigenen Anteil am Wohlstand als gerecht ansieht und für die unmittelbare Zukunft wirtschaftliche Stabilität erwartet. In den Schwankungen der vergangenen Jahre erkennt man den Einfluss der Finanzkrise, aber auch den der aktuell außerordentlich guten Wirtschaftssituation in Deutschland. Allgemein lässt sich eine langsame Angleichung der Werte, Einstellungen und Erwartungen zwischen Ost- und Westdeutschland beobachten sowie, bei bestehendem Abstand, ein paralleler Verlauf der Schwankungen. Bemerkenswert ist die Verbesserung des Gerechtigkeitsempfindens in Ostdeutschland. Unzufriedenheit und Skepsis finden sich vorwiegend bei eher benachteiligten Gruppen, insbesondere bei den Arbeitslosen. Zugleich lassen die Westdeutschen eine gewisse Skepsis in den Zukunftserwartungen erkennen. Eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage würde voraussichtlich wieder Spuren in den Gerechtigkeitsbewertungen und den Zukunftserwartungen hinterlassen. Wie sie sich auf die Werteprioritäten auswirken würde, ist weniger eindeutig, da Wirtschafts-

▶ Abb 4 Zukunftserwartungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage 1992–2014 – in Prozent



► **Abb 5** Zukunftserwartungen der eigenen wirtschaftlichen Lage 1992–2014 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1992–2014.

krisen derzeit nicht mit steigenden Preisen einhergehen. Stärker materialistische Befürchtungen würden daher nur partiell von dem Ziel »Kampf gegen steigende Preise« aufgenommen werden (dennoch hatte dieses Ziel im Krisenjahr 2008 hohe Konjunktur). Zu erwarten wäre eher eine weiter verstärkte Forderung nach mehr Bürgereinfluss auf die Regierungsentscheidungen. Diese Forderung stellt die eigentliche Herausforderung dar, welche auch in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität aktuell bleibt.

14.2 Einstellungen zur Rolle der Frau und der des Mannes

Michael Blohm, Jessica Walter
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

Die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Die Zahl der Ehescheidungen war im Jahr 2012 höher als zu Beginn der 1990er-Jahre (siehe Kapitel 2.1, Seite 50, Tab 3), die Erwerbsquote der Frauen hat, insbesondere im Westen, zugenommen. Zugleich hat sich die Kinderbetreuungsquote seit 2002 erhöht, nachdem sie in Ostdeutschland in den 1990er-Jahren stark zurückgegangen war. Unter anderem durch die Einführung von zwei Partnermonaten bei der Elternzeit im Jahr 2007 ist zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter stärker ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich verschiedene Einstellungen zur Rolle der Frau und des Mannes in Familie und Beruf verändert haben, die wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau darstellen. Während die Daten für Westdeutschland bis 1982 zurückreichen, kann die Entwicklung für Ostdeutschland seit 1991 nachgezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden zunächst einige Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitvergleich zusammenfassend dargestellt, in einem zweiten Schritt werden Ergebnisse zu einzelnen Fragen zur Rolle der Väter in Familie und Beruf präsentiert. Diese wurden zum ersten Mal 2012 erhoben, sodass hier keine Analyse über die Zeit möglich ist. Vielmehr werden die Einstellungen zur Rolle der Väter zwischen verschiedenen Gruppen wie zum Beispiel Männern und Frauen für Ost- und Westdeutschland getrennt miteinander verglichen.

14.2.1 Traditionelle und egalitäre Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitverlauf

Hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Frau können mit den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zwei theoretisch bedeutsame Dimensionen unterschieden werden: die Vorstellungen zur Rollenver-

teilung zwischen Mann und Frau und die Einstellungen zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit. Erstere bezieht sich auf Vorstellungen über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hinsichtlich der Erwerbsarbeit sowie auf Vorstellungen über den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau. Letztere betrifft die Einstellungen zu den Konsequenzen, die sich aus der Berufstätigkeit von Frauen insbesondere für die Erziehung und die Entwicklung der Kinder ergeben können. [► Info 1](#)

Die vorliegende Analyse unterscheidet zwischen einem »traditionellen« und einem »egalitären« Verständnis der Frauenrolle. Ein »traditionelles« Rollenverständnis geht davon aus, dass die Frau primär zu Hause bleiben und sich um die Erziehung der Kinder und um den Haushalt kümmern soll, während der Mann für die Erwerbstätigkeit zuständig ist; die berufliche Karriere der Frau hat demnach einen geringen Stellenwert. In einem »egalitären« Rollenverständnis hingegen wird nicht nach den Geschlechtern differenziert, vielmehr wird eine Rollenangleichung von Mann und Frau befürwortet. Bei der Interpretation der Geschlechterrollen-Vorstellung ist zu berücksichtigen, dass einer Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht nur im Sinne einer Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch aus ökonomischen Gründen zugestimmt werden kann. Werden die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für deren Kinder als positiv beziehungsweise als nicht negativ eingeschätzt, so werden diese Einstellungen als »egalitär« gewertet. Wird die Erwerbstätigkeit von Frauen hingegen als hinderlich für die Entwicklung der Kinder betrachtet, so gelten diese Einstellungen als »traditionell«.

Den Tabellen 1 und 2 ist zu entnehmen, dass der Anteil von – in diesem Sinne – egalitären Einstellungen über die Jahre in West- und Ostdeutschland zugenommen hat. Für die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau war für beide Landesteile, nach nur geringen Veränderungen in den 1990er-Jahren, zwi-

► Info 1

Traditionelle und egalitäre Einstellungen zur Rolle der Frau

Die Aussagen können anhand einer 4-stufigen verbalisierten Skala bewertet werden. Als Zustimmung werden: »Stimme voll und ganz zu« und »Stimme eher zu« gewertet. Eine Ablehnung kann mit »Stimme eher nicht zu« beziehungsweise »Stimme überhaupt nicht zu« zum Ausdruck gebracht werden.

Aussagen	Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverhältnis	
	Zustimmung	Ablehnung
Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau		
1 »Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«	traditionell	egalitär
2 »Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«	traditionell	egalitär
3 »Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.«	traditionell	egalitär
Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau		
4 »Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«	traditionell	egalitär
5 »Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.«	egalitär	traditionell
6 »Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.«	egalitär	traditionell

schen 2000 und 2004 eine verstärkte Zunahme egalitärer Einstellungen festzustellen. Dieser Trend war in Westdeutschland bis 2012 zu verzeichnen. Im Jahr 2012 vertraten über drei Viertel der westdeutschen Bevölkerung eine egalitäre Einstellung, 1991 war es nur etwas über die Hälfte. In Ostdeutschland schwächte sich diese Entwicklung allerdings ab. Für das Jahr 2012 wurden mit 86 % vergleichbare Zustimmungswerte zu egalitären Einstellungen gemessen wie schon im Jahr 2004. Auch die Einschätzungen der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau folgten einer ähnlichen Entwicklung. Die Einstellungen wurden insgesamt in West und Ost egalitärer. Im Westen hielt dieser Trend bis 2012 an; auch diesbezüglich waren nunmehr knapp drei Viertel der Westdeutschen egalitär eingestellt. In Ostdeutschland hingegen wurden 2012 keine egalitäreren Einstellungen gemessen als im Jahr 2008. Insgesamt äußerten sich die Ostdeutschen im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konsequenzen

der Berufstätigkeit der Frau deutlich egalitärer als die Westdeutschen, wobei diese Unterschiede bei der Einschätzung der Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau größer waren als bei den Aussagen zur Rollenverteilung. Dieser Befund ist sehr wahrscheinlich auf die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Kontextbedingungen zurückzuführen, die in den neuen Bundesländern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ermöglichen beziehungsweise notwendig machen. ► Tab 1, Tab 2

Interessant ist, dass sich die Einstellungen in beiden Dimensionen über die Jahre zwischen West- und Ostdeutschland nicht angeglichen haben, obwohl dies nach den sozialpolitischen und ideologischen Änderungen insbesondere in Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung von vielen erwartet wurde. Vielmehr haben sich die Unterschiede in den Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau seit den frühen 1990er-Jahren zwischen West und Ost teilweise sogar vergrößert. Erst zwischen

2008 und 2012 haben sich die Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland angenähert und der Unterschied war 2012 für den gesamten Beobachtungszeitraum am geringsten. Zwar haben sich die Einstellungen der West- und Ostdeutschen bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau angenähert, aber nicht angeglichen. Diese Annäherung spiegelt wider, dass sich die Erwerbsquoten der Frauen in West und Ost im Trend annähern und sich zugleich die Zahl der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Westdeutschland vergrößert, aber im Vergleich zu Ostdeutschland immer noch deutlich niedriger ist.

Männer und Frauen unterschieden sich kaum im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, wobei Frauen sich geringfügig egalitärer äußerten als Männer; dies galt für West- und Ostdeutschland. Frauen schätzten auch in beiden Landesteilen die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit von Frauen für die Kinder weniger negativ ein als die Männer. Dieser Unterschied war im Westen deutlich größer als im Osten. Auch diese Beobachtung kann mit der Erfahrung ostdeutscher Familien mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt werden: In Ostdeutschland konnten und können mehr Männer die Erfahrung machen, dass sich die Erwerbstätigkeit der Frau nicht negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirkt. Zwischen 1991 und 2012 haben sich die Unterschiede in den Einstellungen der Geschlechter bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau in Westdeutschland vergrößert – in Ostdeutschland dagegen tendenziell verringert, da die egalitären Einstellungen der Männer stärker zugenommen haben als die der Frauen.

Einen großen Einfluss auf die Einstellungen zur Rolle der Frau im Erwerbsleben hatte das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen waren jüngere Menschen egalitärer eingestellt als ältere. Dies galt für beide untersuchten Dimensionen und traf auf West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu. Eine Ausnahme bildete die Einstellung zu den Konsequenzen der Er-

► **Tab 1** Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau 1982–2012 – in Prozent

	Ost						West						
	1991	1996	2000	2004	2008	2012	1982	1991	1996	2000	2004	2008	2012
	Anteil egalitärer Äußerungen, additiver Index der Aussagen 1–3												
Insgesamt¹	67	74	75	86	88	86	32	56	58	61	68	69	76
Geschlecht													
Männer	65	75	74	86	86	84	32	56	55	59	67	67	73
Frauen	70	74	77	86	89	87	32	56	60	62	70	70	79
Alter													
18–30 Jahre	83	86	82	92	94	92	57	73	81	80	84	86	87
31–45 Jahre	76	84	82	89	91	92	37	66	72	74	84	79	89
46–65 Jahre	62	67	73	86	90	87	21	47	45	55	63	73	79
Ab 65 Jahre	34	59	59	74	77	73	10	25	22	28	33	41	46

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008, 2012.

► **Tab 2** Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau 1982–2012 – in Prozent

	Ost						West						
	1991	1996	2000	2004	2008	2012	1982	1991	1996	2000	2004	2008	2012
	Anteil egalitärer Äußerungen, additiver Index der Aussagen 4–6												
Insgesamt¹	74	80	83	88	92	92	29	43	46	53	59	66	74
Geschlecht													
Männer	70	76	81	85	91	90	25	37	40	46	50	61	66
Frauen	77	84	85	92	93	95	32	49	52	60	67	70	82
Alter													
18–30 Jahre	79	78	84	85	86	84	37	50	55	65	61	76	78
31–45 Jahre	78	82	87	90	93	93	34	52	53	57	70	68	82
46–65 Jahre	70	79	80	90	95	95	24	36	42	50	55	68	76
Ab 65 Jahre	64	80	82	87	91	93	16	28	26	41	40	53	57

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008, 2012.

werbstätigkeit. Hier waren die jüngsten Befragten in Ostdeutschland weniger egalitär eingestellt als ältere Befragte.

Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass sich in Ostdeutschland die Einstellungen der unterschiedlichen Altersgruppen zur traditionellen Rollenverteilung zwischen 1991 und 2012 angenähert haben. Betrug die Differenz bei der Zustimmung 1991 noch 49 Prozentpunkte zwischen der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen und den über 65-Jährigen, so hat sich diese bis 2012 auf 19 Prozentpunkte verringert. Im Gegensatz dazu haben sich die Einstellungen der einzelnen Altersgruppen im Westen für den Zeitraum 1982 bis 2012 kaum angenähert, sondern waren – mit Ausnahme von 1996 – relativ stabil. Eine Trendwende hin zu eher traditionellen Vorstellungen,

die sich bei den 18- bis 30-Jährigen in West- und Ostdeutschland zwischen 1996 und 2000 angedeutet hatte, konnte nicht weiter festgestellt werden, da der Anteil egalitärer Einstellungen 2004 und 2008 wieder zugenommen hat beziehungsweise in Ostdeutschland konstant geblieben ist. Der Trend zu egalitären Werten bei den älteren Generationen war dagegen im Westen über die Zeit ungebrochen. Im Osten ließ sich ab 2008 eine Abnahme egalitärerer Einstellung feststellen.

Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Westen und im Osten in Bezug auf die Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau sind über die Zeit relativ stabil geblieben. Im Osten fanden sich dabei nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen, während

im Westen die jüngeren Gruppen deutlich seltener als die älteren negative Konsequenzen für die Erziehung der Kinder erwarteten, wenn die Frau erwerbstätig ist.

14.2.2 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Mannes für seine Kinder

Im Folgenden werden vier ausgewählte Aussagen zur Rolle des Mannes in Familie und Beruf genauer betrachtet. Diese beziehen sich auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Mannes für seine Kinder und die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in der Familie. Die Aussagen können den Tabellen 3 und 4 entnommen werden.

Die Aussagen in Tabelle 3 beziehen sich auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Vaters für seine Kinder. Bis

► Tab 3 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Mannes 2012 – in Prozent

	»Ein Vollzeit erwerbstätiger Vater kann sich nicht ausreichend um seine Kinder kümmern.«		»Ein Vollzeit erwerbstätiger Vater kann zu seinem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben wie ein Vater, der nicht berufstätig ist.«	
	West	Ost	West	Ost
	Zustimmung in % ¹			
	traditionell		egalitär	
Insgesamt²	45	36	77	87
Geschlecht				
Männer	48	42	74	83
Frauen	43	30	80	90
Verheiratete Frauen³				
berufstätig	35	28	78	93
nicht berufstätig	51	32	85	92
Verheiratete Männer³				
berufstätig	44	44	74	78
nicht berufstätig	59	45	81	90
Alter				
18–30 Jahre	36	31	71	81
31–45 Jahre	39	32	76	86
46–65 Jahre	49	38	76	87
Ab 65 Jahre	55	40	86	91
Bildung				
Hauptschulabschluss	53	40	80	92
Mittlere Reife/ poly-technische Oberschule	42	37	76	86
Abitur/Fachabitur	40	28	76	84

1 Anteil »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.

2 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

3 Verheiratet und mit dem Ehepartner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 2012.

her wurde nur die Einstellung zu Konsequenzen der weiblichen Erwerbstätigkeit erfasst. Seit 2012 kann man diesbezüglich die Einstellungen zu Vater und Mutter vergleichen. Die meisten Befragten vor allem in Ostdeutschland waren 2012 der Meinung, dass sich die Erwerbstätigkeit der Mutter nicht negativ auf die Kindesentwicklung auswirkt (Tabelle 2). Die Erwerbstätigkeit des Vaters wurde allerdings ambivalent beurteilt. Die meisten Befragten stimmten zu, dass »ein Vollzeit erwerbstätiger Vater [...] zu seinem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben [kann] wie ein Vater, der nicht berufstätig ist«. Allerdings gaben auch viele an, dass »ein Vollzeit erwerbstätiger Vater [...] sich nicht ausreichend um seine Kinder kümmern [kann]«. Die-

se Ergebnisse sprechen dafür, dass die Befragten wahrnahmen, dass Vollzeiterwerbstätigkeit von Vätern zwar zu wenig Zeit zwischen Vater und Kindern führt, aber dadurch nicht zwangsläufig das Verhältnis zwischen Vater und Kindern leiden muss. Eventuell wird es von Vätern auch nicht erwartet, sich in hohem Maß um ihre Kinder zu kümmern. ► Tab 3

Wie bei den Einstellungen zur weiblichen Erwerbstätigkeit standen Befragte im Osten der Erwerbstätigkeit des Vaters positiver gegenüber als Befragte im Westen. Dies lässt sich möglicherweise auf die in Ostdeutschland weit verbreitete generationenübergreifende Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Familienpolitik der DDR zurückführen, bei der der Staat nicht der Familie haupt-

verantwortlich die Kinderbetreuung überließ, sondern diese stark unterstützte.

Männer standen der Erwerbstätigkeit von Vätern kritischer gegenüber als Frauen. Sie stimmten häufiger als Frauen zu, dass sich ein Vollzeit erwerbstätiger Vater nicht ausreichend um die Kinder kümmern kann. Auch waren weniger männliche Befragte der Ansicht, dass berufstätige Männer ein genauso inniges Verhältnis zu den Kindern haben wie nicht berufstätige Väter. Dieser Geschlechtsunterschied war im Osten besonders groß, da hier »nur« 30% der Frauen im Vergleich zu 42% der Männer glaubten, dass sich Vollzeit erwerbstätige Väter nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern können.

Die Betrachtung der Einstellungen von berufstätigen und nicht berufstätigen verheirateten Frauen zeigt, dass gerade nicht berufstätige Frauen mit 85% im Westen zu einem größeren Anteil als berufstätige Frauen (78%) der Meinung waren, dass Vollzeit erwerbstätige Väter ein gutes Verhältnis zu ihrem Kind haben können. Im Osten stimmten dieser Aussage dagegen mit jeweils etwas über 90% nahezu gleichviele berufstätige Frauen wie nicht berufstätige Frauen zu. Nicht berufstätige Frauen meinten sowohl im Westen als auch im Osten zu einem höheren Anteil als berufstätige Frauen, dass Väter, die Vollzeit berufstätig sind, sich nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern können. Vor allem im Westen war der Unterschied zwischen nicht berufstätigen und berufstätigen Frauen mit 51% zu 35% hoch, im Osten mit 32% zu 28% vergleichsweise niedrig. Hier zeigte sich das traditionellere Rollenverständnis von Frauen im Westen im Vergleich zum Osten.

Bei verheirateten Männern zeigte sich im Osten und Westen ein ähnliches Bild wie bei westdeutschen verheirateten Frauen. Nicht berufstätige Ehemänner stimmten, im Vergleich zu berufstätigen Ehemännern, zu einem höheren Anteil sowohl der Aussage zu, dass ein Vollzeit erwerbstätiger Vater sich nicht ausreichend um seine Kinder kümmern kann, als auch der Aussage, dass ein Vollzeit erwerbstätiger Vater ein genauso inniges

Verhältnis zu seinen Kindern haben kann wie ein nicht berufstätiger Vater.

Junge Menschen erwarteten bezüglich der Erwerbstätigkeit von Vätern weniger negative Konsequenzen für die Kinder als ältere Menschen. Diese sahen die väterliche Erwerbstätigkeit zu einem höheren Anteil als nachteilig für die Vater-Kind-Beziehung und waren der Meinung, dass Vollzeit erwerbstätige Väter sich zu wenig um ihre Kinder kümmern können. Die Unterschiede in den Einstellungen waren für die verschiedenen Altersgruppen in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Gerade die Gruppe der über 65-Jährigen unterschied sich in Westdeutschland stärker von den Jüngeren als im Osten – eine Folge des in der Nachkriegszeit im Westen verbreiteten »traditionellen« Familienmodells.

Im Hinblick auf den allgemeinbildenden Schulabschluss zeigt sich, dass im Osten wie im Westen mit steigendem Bildungsniveau die Zustimmung zu der Aussage, dass sich Vollzeit erwerbstätige Väter nicht ausreichend kümmern, sank. Die Zustimmung zur Aussage, dass diese Väter ein genauso inniges Verhältnis haben können wie nicht erwerbstätige Väter, sank ebenfalls mit steigendem Bildungsniveau.

Es zeigte sich somit, dass in allen betrachteten Gruppen ein hoher Anteil der Personen der Meinung war, dass sich ein Vollzeit erwerbstätiger Vater nicht ausreichend um seine Kinder kümmern kann. Gleichzeitig war in allen Gruppen auch die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass ein Vollzeit erwerbstätiger Vater ein genauso inniges Verhältnis zu seinen Kindern haben kann, wie ein Vater, der nicht berufstätig ist.

14.2.3 Arbeitsteilung in der Familie

Das männliche Alleinverdiener-Modell, in dem der Mann die finanzielle Versorgung der Familie übernimmt und die Frau für Haushalt und Kinder verantwortlich ist, verliert in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Dadurch rücken andere Arbeitsteilungsmodelle in der Familie in den Fokus. Im ALLBUS 2012 wurden unter anderem Einstellungen dazu erfasst, wie die

Befragten ein Rollentausch-Modell bewerten, bei dem der Mann zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert, während die Frau Vollzeit erwerbstätig ist. Zudem bewerteten die Befragten ein eher traditionelles Arbeitsteilungsmodell, bei dem zwar beide erwerbstätig sind, aber die Frau für den traditionellen Bereich Haushalt und Familie hauptsächlich verantwortlich ist (Tabelle 4).

Das Rollentausch-Modell wurde im Osten und Westen Deutschlands ähnlich positiv bewertet. Jeweils knapp 94 % der Befragten konnten sich gut vorstellen, dass Frauen die Alleinverdiener und Männer für Haushalt und Kinder verantwortlich sind. Frauen und Männer beurteilten dieses Modell ähnlich positiv. Geringe Unterschiede bestanden zwischen verheirateten Frauen im Osten. Hier zeigten berufstätige Frauen eine höhere Zustimmung als nicht berufstätige. Im Westen ließen sich diese Unterschiede nicht feststellen. Männer im Osten und Westen stimmten bei eigener Berufstätigkeit dem Modell stärker zu als Männer, die nicht berufstätig waren, wobei der Unterschied im Westen deutlicher ausfiel als im Osten.

Mit Hinblick auf unterschiedliche Altersgruppen sieht man, dass im Westen jüngere Menschen zwischen 18 und 30 Jahren am stärksten dem Rollentausch-Modell zustimmten, während es im Osten Befragte im Alter zwischen 31 und 65 Jahren waren. In Bezug auf den allgemeinbildenden Schulabschluss ergibt sich, dass mit zunehmendem Bildungsniveau die Befragten im Westen und im Osten dem Rollentausch-Modell eher zustimmten.

Die allgemein hohe Zustimmung zum Rollentausch-Modell lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass dieses Arbeitsteilungsmodell kaum praktiziert wird und dadurch einen hypothetischen Charakter aufweist, die Einstellungen hierzu somit selten auf eigenen Erfahrungen beruhen.

Das Modell, bei dem die Verantwortung für Haushalt und Kinderbetreuung auch dann bei der Frau liegt, wenn beide (Ehe-)Partner erwerbstätig sind, wurde im Westen stärker befürwortet als im Osten. Insgesamt lag die Zustimmung zu diesem

Modell mit knapp einem Drittel (West) beziehungsweise einem Viertel (Ost) in beiden Landesteilen auf einem relativ niedrigen Niveau. Männer standen diesem positiver gegenüber als Frauen. Erwerbstätige verheiratete Frauen stimmten dieser Einschätzung seltener zu als nicht berufstätige verheiratete Frauen, wobei die Unterschiede bei westdeutschen und ostdeutschen Frauen ähnlich ausfielen. Bei verheirateten Männern war der Unterschied zwischen Berufstätigen und nicht Berufstätigen im Westen sehr deutlich. Während die berufstätigen Männer in Ost und West mit 27 % beziehungsweise 28 % nahezu in gleicher Weise dem Arbeitsteilungsmodell zustimmten, befürworteten es im Westen 54 % und im Osten 36 % der nicht berufstätigen Ehemänner. Dies lässt sich eventuell gerade bei den Nichtbetroffenen im Westen auf eine stärkere Verankerung dieses Arbeitsteilungsmodells als im Osten zurückführen. Tabelle 3 zeigt zudem, dass mit zunehmendem Alter der Befragten die Zustimmung zu dem Arbeitsteilungsmodell anstieg, wobei dieser Trend im Westen deutlicher ausgeprägt war als im Osten. Im Westen unterschied sich die Gruppe der über 65-Jährigen erneut stark von der Gruppe der Jüngeren. Wie bei den zuvor betrachteten Einstellungen nahm auch hier mit steigendem Bildungsniveau die Zustimmung zu einem traditionellen Modell ab. ▶ Tab 4

14.2.4 Zusammenfassung

Seit 1980 werden im ALLBUS die Einstellungen zur Rolle der Frau erhoben, seit 2012 auch die Einstellungen zur Rolle der Väter in Familie und Beruf. Der Trend hin zu modernen, egalitären Einstellungen bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Frauen war in den letzten Jahren in Westdeutschland für die Rollenvorstellungen und die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit ungebrochen. In Ostdeutschland hingegen konnte man zwischen 2008 und 2012 eine Stagnation beziehungsweise leichte Trendwende zu traditionelleren Einstellungen beobachten. Sowohl im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau

als auch im Hinblick auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit fand sich in Ostdeutschland eine größere Zustimmung zu egalitären Werten als in Westdeutschland.

Die Einstellungen zur Rolle der Frau haben sich in West und Ost seit der Wiedervereinigung nicht angenähert, vielmehr haben sich die Unterschiede zwischen 1991 und 2008 sogar vergrößert, da im Osten die egalitären Einstellungen stärker zugenommen haben als im Westen. Erst 2012 kam es bei den Rollenvorstellungen zu einer Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland. Dennoch liegen die Einstellungen in den beiden Landesteilen weiterhin auseinander.

Die meisten Befragten konnten sich die Umkehr des traditionellen männlichen Alleinverdiener-Modells hin zu einem Modell, bei dem die Frau für die finanzielle Versor-

gung der Familie verantwortlich ist und der Mann für Haushalt und Kinder, gut vorstellen. Ein Arbeitsteilungsmodell, bei dem beide berufstätig sind, die Frau aber hauptverantwortlich ist für Haushalt und Kinder, fand aber im Westen mehr Zustimmung als im Osten; bei Männern mehr Zustimmung als bei Frauen und bei nicht berufstätigen Ehefrauen und Ehemännern mehr Zustimmung als bei berufstätigen. Je älter die Befragten waren, desto eher stimmten sie diesem Arbeitsteilungsmodell zu. Die Zustimmung war bei Personen mit hohem Bildungsabschluss geringer als bei Personen mit niedrigerem Bildungsniveau.

In Bezug auf ihre Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbsbeteiligung unterschieden sich West- und Ostdeutsche in noch stärkerem Maße voneinander. Es zeigt sich, dass die Konsequenzen der Er-

werbstätigkeit der Frauen und die der Männer im Osten weniger kritisch gesehen wurden als im Westen. Wobei sich die Einstellungen zur Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen West und Ost stärker unterschieden als die Einstellungen zur Erwerbsbeteiligung von Männern. In Bezug auf die weibliche Erwerbstätigkeit war der Geschlechtsunterschied vor allem in Westdeutschland stark ausgeprägt, wobei Frauen eine egalitäre Einstellung vertraten. Auch die Erwerbstätigkeit der Väter fanden Frauen weniger problematisch als Männer. Generell sahen sie also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als weniger problematisch an als Männer dies taten.

Die höhere Zustimmung zu egalitären Werten in Ostdeutschland insbesondere bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen kann aber nicht mit der Forderung nach gleichen Erwerbchancen oder nach weiblicher Selbstentfaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr war die Erwerbsbeteiligung der Frau im Osten aufgrund unterschiedlicher sozialpolitischer und ideologischer Rahmenbedingungen sowie wegen ökonomischer Bedingungen weiter verbreitet als im Westen. Offenbar beeinflusste diese Erfahrung nachhaltig die Geschlechterrollenideologie sowie die Bewertung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Einstellungen in West und Ost bezüglich der Rolle der Frauen und Männer in Familie und Beruf weiter annähern werden. Gerade bei den jungen Personen waren die Unterschiede zwischen West und Ost nicht so groß wie bei den älteren Personen. Auch der Ausbau der Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Westen, die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen im Westen sowie generell der Elternzeit auch für Väter, ermöglichen ein egalitäreres Familienmodell. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Modell eines traditionellen männlichen Alleinverdieners an Wichtigkeit verliert und Frauen mehr Verantwortung erfahren, für den Lebensunterhalt zu sorgen. Auch ein Modell bei dem nur die Frau erwerbstätig ist, findet in West- und Ostdeutschland breite Zustimmung.

► Tab 4 Einstellungen zur Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau 2012 – in Prozent

	»In einer Familie kann auch der Mann für den Haushalt und die Kinder verantwortlich sein, während die Frau Vollzeit erwerbstätig ist.«		»Auch wenn beide Eltern erwerbstätig sind, ist es besser, wenn die Verantwortung für den Haushalt und die Kinder hauptsächlich bei der Frau liegt.«	
	West	Ost	West	Ost
	Zustimmung in % ¹			
	egalitär		traditionell	
Insgesamt²	94	94	32	25
Geschlecht				
Männer	93	92	37	29
Frauen	94	95	27	21
Verheiratete Frauen³				
berufstätig	95	99	19	12
nicht berufstätig	94	95	34	29
Verheiratete Männer³				
berufstätig	95	95	28	27
nicht berufstätig	89	92	54	36
Alter				
18–30 Jahre	97	91	24	22
31–45 Jahre	93	96	27	18
46–65 Jahre	96	96	27	22
Ab 65 Jahre	86	90	53	38
Bildung				
Hauptschulabschluss	92	93	45	38
Mittlere Reife / polytechnische Oberschule	94	93	28	23
Abitur/Fachabitur	95	95	21	16

¹ Anteil »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.

² Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

³ Verheiratet und mit dem Ehepartner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 2012.

508 Mill.

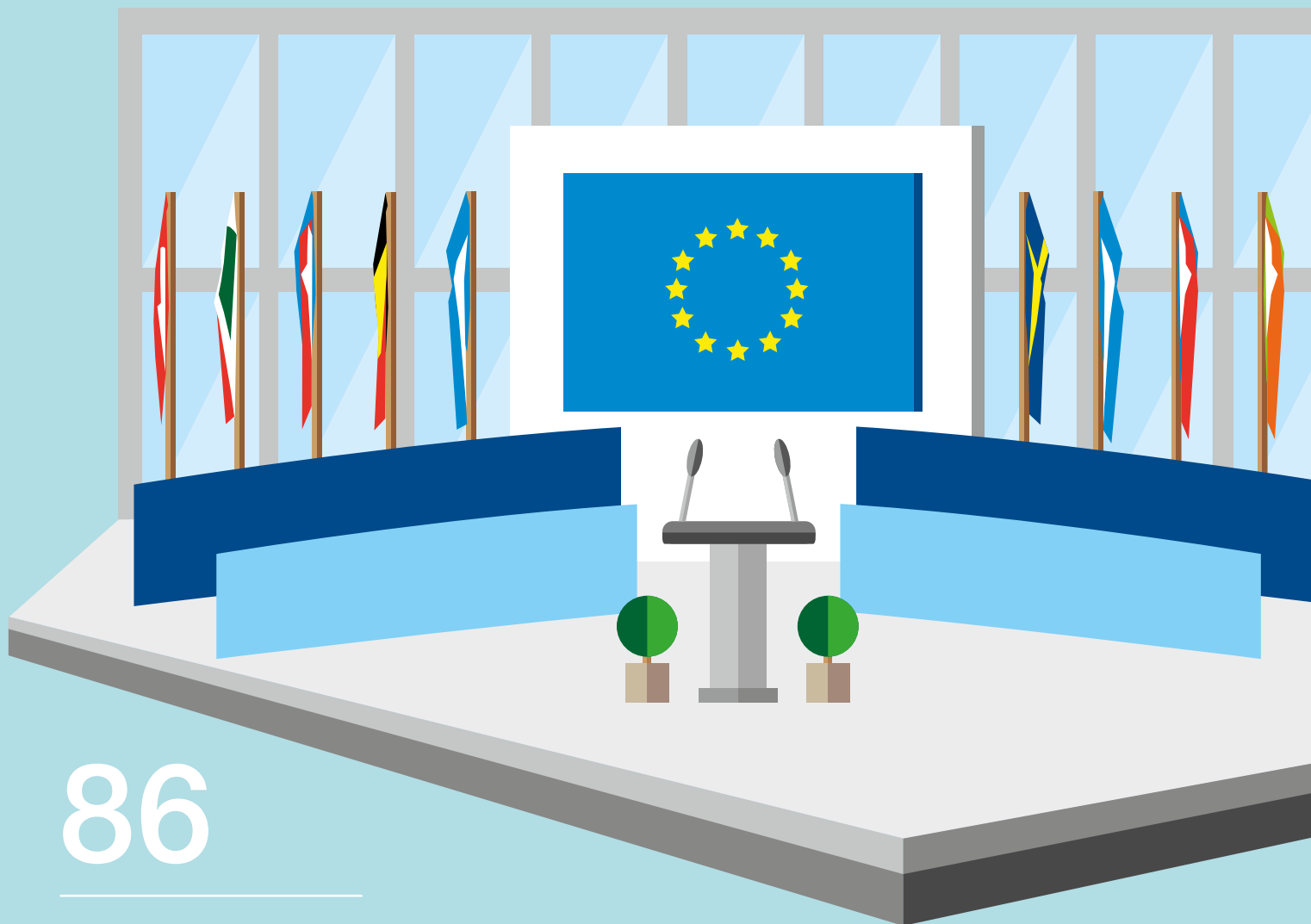
Menschen lebten zum Jahresbeginn 2015
in der Europäischen Union.

45 %

aller EU-weiten Entschei-
dungen über Asylanträge
wurden 2014 positiv
bewertet.

32 %

der EU-Haushalte wurden von
nur einer Person bewohnt.



86

Jahre betrug die durchschnitt-
liche Lebenserwartung eines
2013 in Spanien geborenen
Mädchens. Dies war der höchste
Wert in der EU.

62 %

der Rumänen, aber nur 25 %
der Griechen hatten 2015 ein
positives Bild von der EU.

15 Deutschland in Europa

15.1 Leben in der Europäischen Union

Johanna Mischke

Destatis

Deutschland liegt mitten in Europa und das nicht nur geografisch. Auch kulturell, politisch und wirtschaftlich ist Deutschland fest in europäische Strukturen eingebettet – Deutschland ist Teil der Europäischen Union (EU), einem Staatenverbund mit mittlerweile 28 Mitgliedsländern. Als jüngstes Mitglied trat am 1. Juli 2013 Kroatien bei. ▶ [Abb 1](#)

15.1.1 Bevölkerung

In der EU lebten zum Jahresbeginn 2015 rund 508 Millionen Menschen. Deutschland war mit 81,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern der bevölkerungsreichste, Malta mit rund 430 000 Einwohnern der kleinste Mitgliedstaat. Die Bevölkerungszahl der EU erhöhte sich in den vergangenen Jahren. Allein im Laufe des Jahres 2014 ist sie um insgesamt 1,1 Millionen Menschen angestiegen. In

den einzelnen Ländern verlief die demografische Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich: in 12 Ländern sank die Bevölkerungszahl, in 16 Ländern stieg sie. Zu letzteren zählte auch Deutschland, wo sich die Bevölkerungszahl im Jahr 2014 um rund 400 000 Einwohner erhöhte. ▶ [Tab 1](#)

Wie sich die Gesamtbevölkerung eines Landes entwickelt, hängt von zwei Faktoren ab:

1. von der natürlichen Bevölkerungsveränderung, das heißt der Differenz aus Geburtenzahl und Sterbefällen. Einfluss auf die natürliche Bevölkerungsveränderung haben neben der Geburtenrate auch die steigende Lebenserwartung sowie die Stärke der Jahrgänge im potenziellen Elteralter;
2. vom Wanderungssaldo, der sich aus der Differenz von Aus- und Einwanderung ergibt.

▶ Info

Die Daten dieses Kapitels stammen, sofern nicht anders angegeben, vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat). In Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten harmonisiert Eurostat nationale Daten, um die Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene herzustellen. Die Zahlen für Deutschland können dadurch von den nationalen Zahlen in den vorangegangenen Kapiteln abweichen. Einige der verwendeten Werte waren bei Redaktionsschluss noch vorläufig oder geschätzt. Zugang zur Eurostat Datenbank und weitere Informationen zu Europa erhalten Sie unter www.destatis.de/europa

► Abb 1 Die Entwicklung der Europäischen Union



	1952 / 1958	1973	1981	1986	1995	2004	2007	2013
neue Mitglieder	Belgien Deutschland Frankreich Italien Luxemburg Niederlande	Dänemark Irland Vereinigtes Königreich	Griechenland	Portugal Spanien	Österreich Finnland Schweden	Estland Lettland Litauen Malta Polen Slowakei Slowenien Tschechische Republik Ungarn Zypern	Bulgarien Rumänien	Kroatien
EU-Länder insgesamt	6	9	10	12	15	25	27	28

► Tab 1 Bevölkerungsentwicklung 2014

	Bevölkerungsstand 1. Januar 2014	Natürliche Bevölkerungs- veränderung	Wanderungs- saldo ¹	Gesamt- saldo	Bevölkerungs- stand 1. Januar 2015
	in Millionen	in 1 000			in Millionen
Belgien	11,2	20,3	34,2	54,4	11,3
Bulgarien	7,2	-41,4	-2,1	-43,5	7,2
Dänemark	5,6	5,5	36,8	42,4	5,7
Deutschland	80,8	-175,0	581,5²	406,5	81,2
Estland	1,3	-1,9	-0,6	-2,5	1,3
Finnland	5,5	5,0	15,4	20,5	5,5
Frankreich	65,8	264,7	31,9	296,6	66,4 ³
Griechenland	10,9	-21,8	-92,5	-114,3	10,8
Irland	4,6	37,2	-16,8	20,4	4,6
Italien	60,8	-95,8	108,7	12,9	60,8
Kroatien	4,2	-11,3	-10,2	-21,5	4,2
Lettland	2,0	-6,7	-8,7	-15,4	2,0
Litauen	2,9	-9,9	-12,3	-22,2	2,9
Luxemburg	0,5	2,2	11,0	13,3	0,6
Malta	0,4	0,9	3,0	4,0	0,4
Niederlande	16,8	36,0	35,5	71,4	16,9
Österreich	8,5	3,5	74,6	78,0	8,6
Polen	38,0	-1,3	-10,9	-12,2	38,0
Portugal	10,4	-22,4	-30,1	-52,5	10,4
Rumänien	19,9	-69,5	-16,4	-85,9	19,9
Schweden	9,6	25,9	76,6	102,5	9,7
Slowakei	5,4	3,7	1,7	5,4	5,4
Slowenien	2,1	2,3	-0,5	1,8	2,1
Spanien	46,5	30,0	-102,3	-72,3	46,4
Tschechische Republik	10,5	4,2	21,7	25,9	10,5
Ungarn	9,9	-33,0	4,6	-28,4	9,8
Vereinigtes Königreich	64,4	206,0	210,0	416,0	64,8
Zypern	0,9	4,0	-15,0	-11,0	0,8
EU	506,9	161,4	928,8	1 090,2	508,2³

1 Ohne Asylsuchende.

2 Das Statistische Bundesamt veröffentlicht einen Wanderungssaldo in Höhe von 550 000 Personen. Eurostat schließt in den Wanderungssaldo für Deutschland noch bestandsrelevante Korrekturen in Höhe von rund 31 000 Personen mit ein.

3 Durch einen Zeitreihenbruch bei Frankreich ergibt sich die Gesamtbevölkerung 2015 nicht aus der Bevölkerungsveränderung im Jahr 2014 (Differenz von 220 300 Personen).

► Tab 2 Zusammengefasste
Geburtenziffer – Kinder je Frau

	1983	2013
Belgien	1,6	1,8
Bulgarien	2,0	1,5
Dänemark	1,4	1,7
Deutschland	1,4¹	1,4
Estland	2,2	1,5
Finnland	1,7	1,8
Frankreich (ohne Überseegebiete)	1,8	2,0 ²
Griechenland	1,9	1,3
Irland	2,7	2,0
Italien	1,5	1,4
Kroatien	.	1,5
Lettland	.	1,5
Litauen	2,1	1,6
Luxemburg	1,4	1,6
Malta	1,9 ³	1,4
Niederlande	1,5	1,7
Österreich	1,6	1,4
Polen	.	1,3
Portugal	2,0	1,2
Rumänien	2,1	1,4
Schweden	1,6	1,9
Slowakei	2,3	1,3
Slowenien	1,8	1,6
Spanien	1,8	1,3
Tschechische Republik	2,0	1,5
Ungarn	1,8	1,4
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8
Zypern	2,5	1,3
EU	.	1,6

1 Früheres Bundesgebiet und Gebiet der ehemaligen DDR, Wert: Statistisches Bundesamt.

2 2012.

3 1981.

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

Natürliche Bevölkerungsveränderung

Damit die Bevölkerungszahl eines Landes ohne Wanderungsüberschüsse auf einem konstanten Niveau bleibt, muss in hoch entwickelten Ländern jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder bekommen. Wenn die Geburtenziffer darunter liegt, wird jede folgende Generation – und damit auch die Zahl der potenziellen Mütter – kleiner als

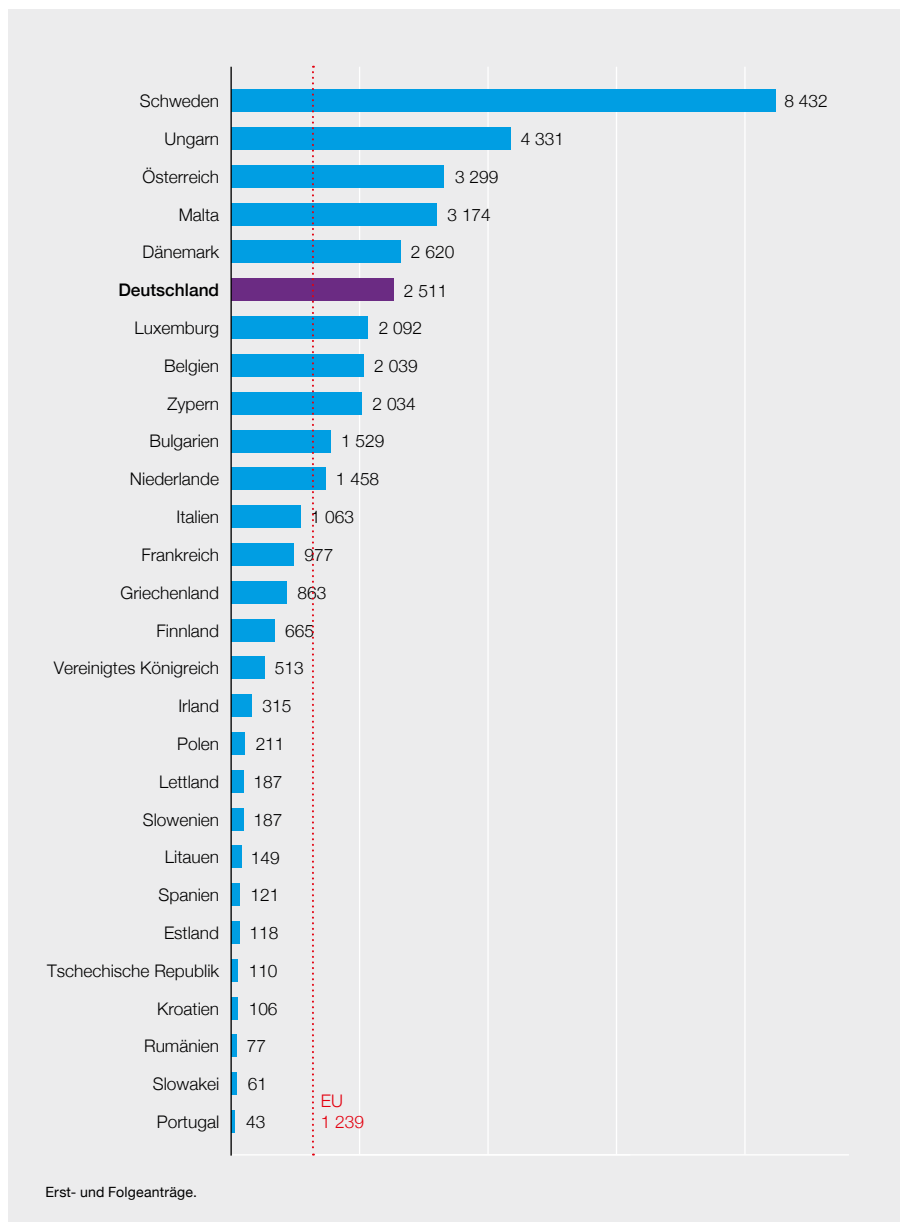
die vorherige. Frankreich und Irland erreichten 2013 als einzige EU-Staaten mit 2,0 Kindern je Frau noch annähernd diesen Wert. Die geringste Geburtenhäufigkeit verzeichnete Portugal mit 1,2 Kindern je Frau. In Deutschland lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 1,4 Kindern je Frau. Bei diesem niedrigen Wert umfasst die Kindergeneration rund ein Drittel weniger Menschen als die Elterngeneration. Die

niedrigen durchschnittlichen Kinderzahlen je Frau haben Folgen: Im Jahr 2014 wurden in der EU rund 5,1 Millionen Kinder geboren. Das waren rund eine Million weniger als noch 1984 – obwohl 2014 rund 40 Millionen mehr Menschen als damals in den 28 heutigen EU-Staaten lebten. In zwölf EU-Staaten werden mittlerweile weniger Kinder geboren als Menschen sterben, so zum Beispiel in Deutschland und Italien. ► Tab 2

► **Tab 3 Lebenserwartung von Neugeborenen 2013 – in Jahren**

	Männlich	Weiblich
Belgien	78	83
Bulgarien	71	79
Dänemark	78	82
Deutschland	79	83
Estland	73	82
Finnland	78	84
Frankreich	79	86
Griechenland	79	84
Irland	79	83
Italien	80	85
Kroatien	75	81
Lettland	69	79
Litauen	69	80
Luxemburg	80	84
Malta	80	84
Niederlande	80	83
Österreich	79	84
Polen	73	81
Portugal	78	84
Rumänien	72	79
Schweden	80	84
Slowakei	73	80
Slowenien	77	84
Spanien	80	86
Tschechische Republik	75	81
Ungarn	72	79
Vereinigtes Königreich	79	83
Zypern	80	85
EU	78	83

► **Abb 2 Asylanträge 2014 – je 1 Million Einwohner**



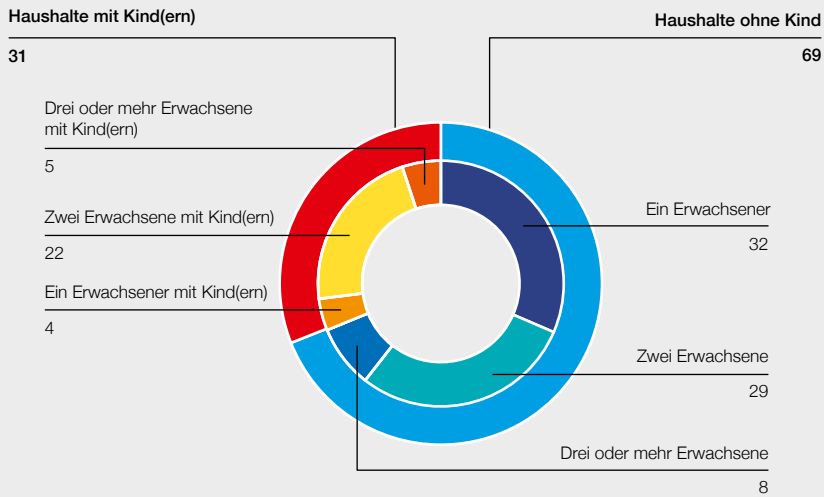
Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in allen EU-Ländern in den vergangenen Jahrzehnten um mehrere Jahre gestiegen. Es gibt aber deutliche regionale Unterschiede: So hatte ein Junge, der 2013 in Italien, Schweden oder Spanien geboren wurde, eine durchschnittliche Lebenserwartung von

80 Jahren. In Litauen und Lettland waren es mehr als zehn Jahre weniger. In Deutschland hatten neugeborene Jungen Aussicht auf 79 Lebensjahre. Frauen verzeichneten in allen EU-Ländern eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer. Im EU-Durchschnitt betrug die Differenz im Jahr 2013 mehr als fünf Jahre.

Doch auch hier gab es von Land zu Land Unterschiede: 86 Jahre lagen im Durchschnitt vor einem 2013 in Spanien geborenen Mädchen. In Lettland, Bulgarien und Rumänien waren es mehr als sieben Jahre weniger. Neugeborene Mädchen in Deutschland hatten eine Lebenserwartung von 83 Jahren. Die im EU-Vergleich

► Abb 3 EU-Bevölkerung nach Haushaltstyp 2014 — in Prozent



Als Kinder gelten alle unter 18 Jahren sowie zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie in Ausbildung beziehungsweise nicht arbeitsuchend/erwerbstätig sind und mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben.

deutlich niedrigere Lebenserwartung in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas hat mehrere Gründe, unter anderem der im Vergleich zu Westeuropa niedrigere Lebensstandard, die schlechtere Gesundheitsversorgung, schwerere Arbeitsbedingungen sowie andere Ernährungsgewohnheiten. ► Tab 3

Wanderungsströme

Zu den 13 EU-Staaten, aus denen 2014 mehr Menschen weg als zuzogen, gehörten vor allem Portugal, Griechenland und Spanien. Die mit Abstand größte Nettoabwanderung verzeichnete Spanien: Es wanderten rund 102 000 Personen mehr ab als zu. Ein Zuwanderungsplus hingegen wiesen 15 EU-Staaten auf. Die höchsten Werte erreichten dabei Deutsch-

land und das Vereinigte Königreich. Deutschland verzeichnete eine Nettozuwanderung von rund 582 000 Personen (ohne Asylsuchende), das Vereinigte Königreich von 210 000 Menschen. Detaillierte Daten aus dem Jahr 2013 zeigen, dass in Deutschland die Mehrheit der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus anderen EU-Staaten stammte, während in das Vereinigte Königreich mehr Menschen aus Nicht-EU-Staaten kamen.

Asyl

Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber, die in der EU Schutz suchen, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2014 wurden in den 28 EU-Staaten rund 628 000 Asylanträge gestellt (Erst- und Folgeanträge). Die

meisten Menschen kamen aus Syrien (19 %), Afghanistan (7 %) sowie dem Kosovo (6 %). Hauptzielland innerhalb der EU war Deutschland mit rund 203 000 Asylanträgen im Jahr 2014. Es folgten Schweden (81 300 Anträge), Italien (64 600 Anträge) und Frankreich (64 300 Anträge). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verzeichnete Schweden die höchste Quote mit rund 8 400 Anträgen je 1 Million Einwohner. In Deutschland waren es 2 500 Anträge je 1 Million Einwohner. ► Abb 2

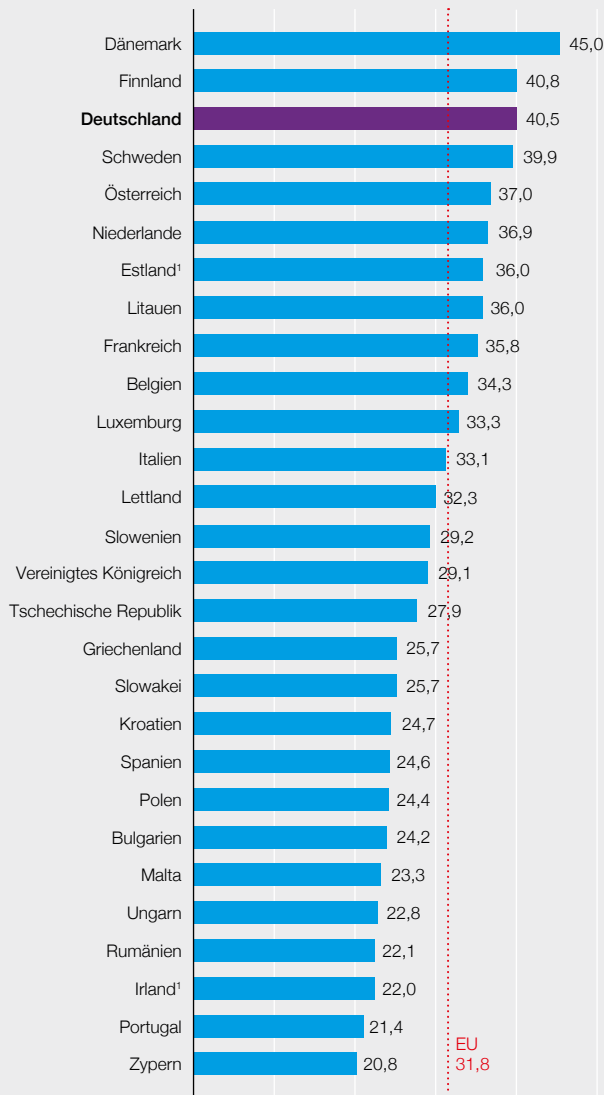
Im Jahr 2014 wurden in erster Instanz rund 358 000 Asylanträge entschieden, 45 % davon positiv. Die Anerkennungsrate lag damit höher als 2013 (33 %). Die Chancen auf ein Bleiberecht sind jedoch höchst unterschiedlich: EU-weit wurden 2014 rund 95 % der Anträge von Flüchtlingen aus Syrien anerkannt, von Flüchtlingen aus Afghanistan 63 %, aus dem Kosovo hingegen nur 6 %. Auch Menschen aus anderen Balkanstaaten haben kaum Aussicht auf Asyl: Die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten Mazedonien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina lagen jeweils unter 5 %.

15.1.2 Haushalts- und Familienstrukturen

Geringe Kinderzahlen, ein verändertes Mobilitäts- und Arbeitsverhalten, niedrige Ehe- und hohe Scheidungsziffern haben Auswirkungen auf die Form des Zusammenlebens. Nur in 31 % der EU-Haushalte lebten 2014 Kinder. Der häufigste Haushaltstyp war der Singlehaushalt: Im Jahr 2014 lebte in fast jedem dritten Haushalt (32 %) in der EU nur eine Person. ► Abb 3

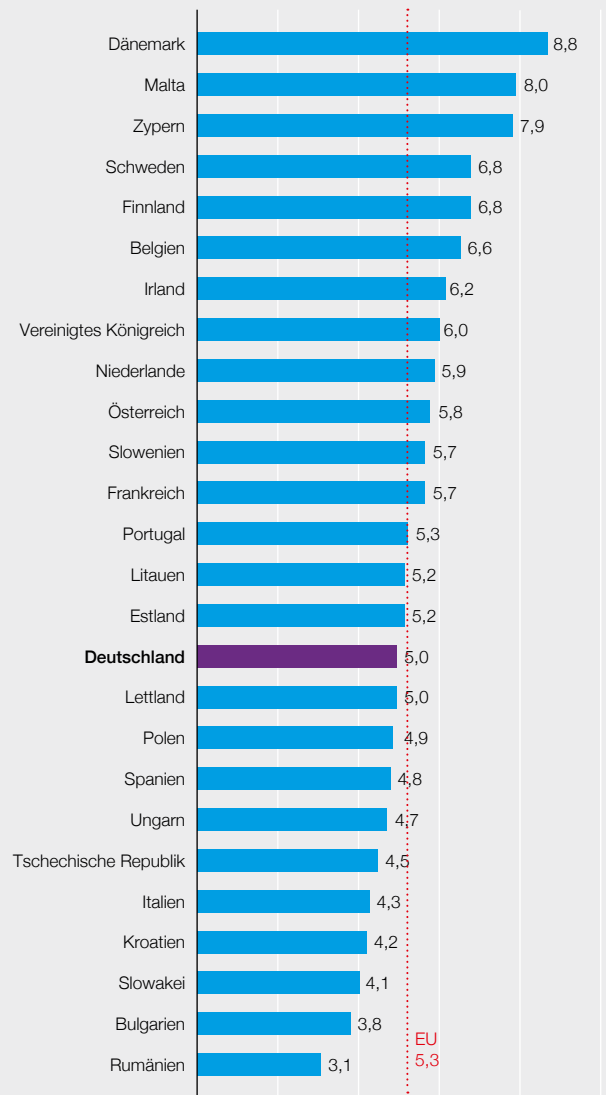
Das Alleinleben war am stärksten in Dänemark verbreitet, wo bereits in 45 % aller Haushalte nur eine Person lebte. Eine hohe Quote von jeweils 41 % verzeichneten auch Deutschland und Finnland. Im Süden Europas lebten deutlich weniger Menschen allein: In Portugal und Zypern (je 21 %) war nur rund jeder fünfte Haushalt ein Einpersonenhaushalt. ► Abb 4

► **Abb 4** Einpersonenhaushalte 2014
– in Prozent aller Haushalte



1 2013.

► **Abb 5** Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung 2011
– in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ergebnisse für Griechenland und Luxemburg liegen nicht vor.
EU-Wert enthält geschätzte Daten für Griechenland und Luxemburg.

15.1.3 Bildung und Forschung

Ein erstklassiges Bildungssystem ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Europas Zukunftsfähigkeit in der globalisierten Welt. Die EU-Mitgliedstaaten wenden jedoch sehr unterschiedliche Anteile ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) dafür auf.

Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung

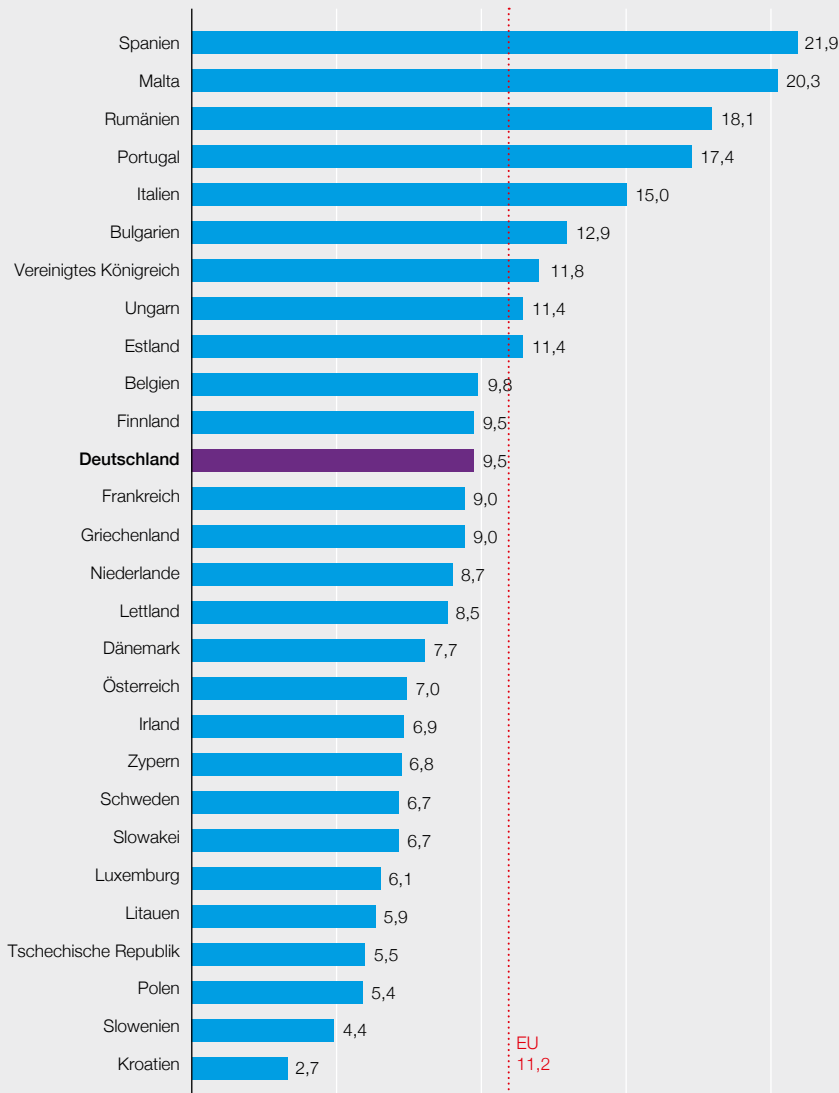
Den größten Anteil für sein Bildungswesen gab 2011 Dänemark mit 8,8 % des BIP aus. Auch andere Nachbarstaaten Deutschlands investierten überdurchschnittlich viel, so zum Beispiel Belgien (6,6%), die Niederlande (5,9%) und auch

Frankreich (5,7%). Deutschland lag mit einem Anteil von 5,0% des BIP unter dem EU-Durchschnitt von 5,3%. ► [Abb 5](#)

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger

Junge Menschen, die die Schule frühzeitig oder nur mit einem niedrigen Bildungs-

► **Abb 6 Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger 2014**
– in Prozent aller 18- bis 24-Jährigen



Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden und höchstens den Sekundarbereich I abgeschlossen haben.

abschluss verlassen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit höherem Bildungsabschluss. Die EU hat sich deshalb im Rahmen ihrer Zukunftsstrategie »Europa 2020« das Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger in der EU bis zum Jahr 2020 auf 10 %

aller 18- bis 24-Jährigen zu reduzieren. Frühe Schulabgänger sind junge Menschen, die höchstens den Sekundarbereich I (siehe Kapitel 3.1, Abbildung 1, Seite 80) abgeschlossen haben und sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden. Im Jahr 2014 ist die Quote in der EU auf den bislang niedrigsten Wert von

► Info 1

»Europa 2020«

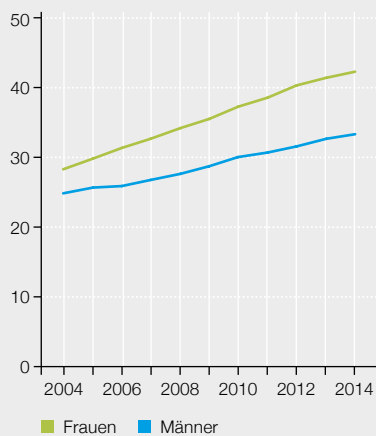
»Europa 2020« ist die auf das Jahr 2020 ausgerichtete politische Strategie der Europäischen Union. Ziel ist die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten. Dafür wurden in den fünf Bereichen Beschäftigung, Forschung, Umwelt, Bildung und Armutsbekämpfung messbare Ziele aufgestellt, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen.

11 % gesunken. Die höchsten Quoten verzeichneten die südeuropäischen Staaten Spanien (22 %) und Malta (20 %). Beide Staaten konnten die Abbrecherquoten in den vorausgegangenen Jahren aber bereits sehr deutlich senken. In einigen östlich gelegenen EU-Staaten sind frühzeitige Schulabgänger hingegen sehr selten, so vor allem in Kroatien (3 %) und Slowenien (4 %). In Deutschland lag der Anteil bei 10 %. Junge Männer verließen in allen EU-Staaten, außer Bulgarien, häufiger frühzeitig die Schule als junge Frauen. ► [Info 1, Abb 6](#)

Hohe Bildungsabschlüsse

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen dazu Universitäten, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Berufsakademien, Fachschulen (ohne Gesundheits- und Sozialberufe), Meisterkurse, Technikerschulen, Fachakademien sowie Ausbildungsstätten/Schulen für Erzieherinnen und Erzieher. Laut der Zukunftsstrategie der EU »Europa 2020« sollen im Jahr 2020 mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Abschluss im Tertiärbereich verfügen. Tatsächlich steigt die EU-weite Quote seit vielen Jahren. Im Jahr 2014 lag sie bereits bei 38 % und damit 11 Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2004 (27 %). Dabei hatten 17 EU-Länder 2014 die für 2020 angestrebte Zielmarke von 40 % bereits erreicht. Dazu zählten unter anderem Litauen, Luxem-

► **Abb 7** 30- bis 34-Jährige in der EU mit Bildungsabschluss im Tertiärbereich – in Prozent



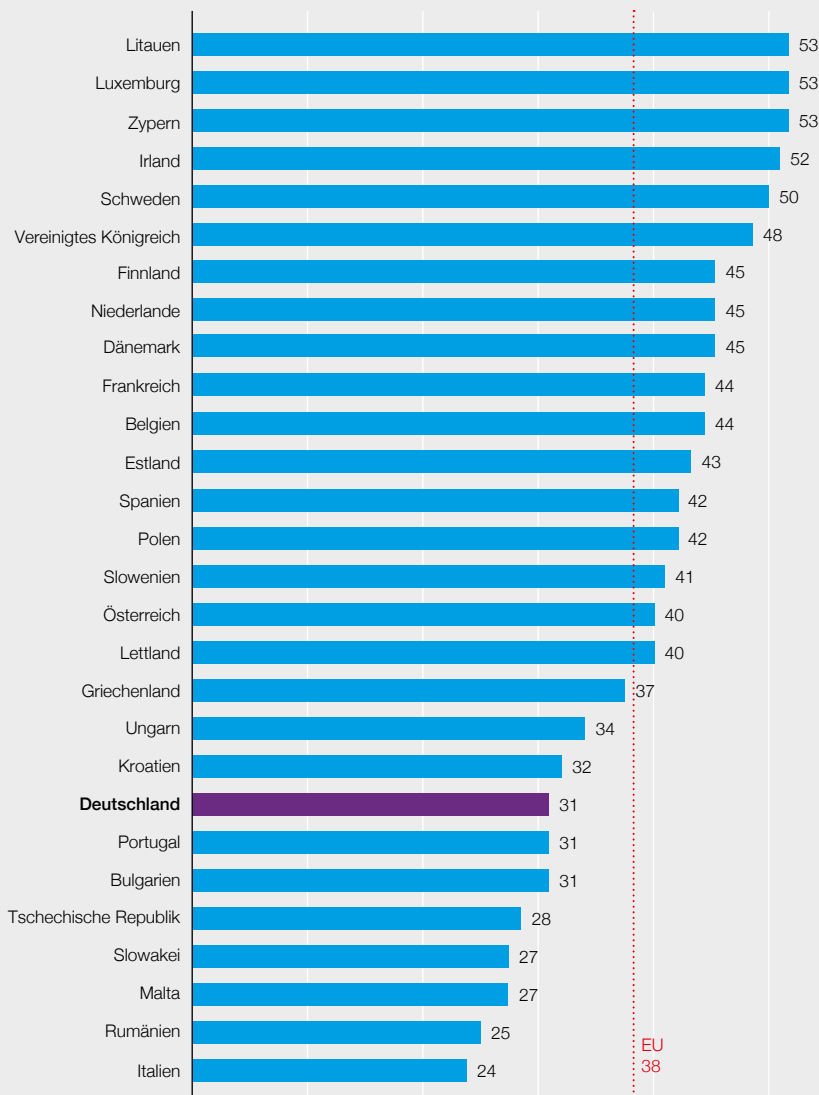
Hochschul- oder gleichwertiger Abschluss ISCED-Stufe 5 bis 8. Siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2.

burg und Zypern (je 53 %), das Vereinigte Königreich (48 %) und Frankreich (44 %). Deutschland lag unter dem EU-Durchschnitt: Hierzulande verfügten 31 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss. EU-weit besaßen in dieser Altersgruppe deutlich mehr Frauen (42 %) als Männer (34 %) einen weiterführenden Abschluss. Dieser Abstand ist in den vergangenen Jahren größer geworden. ► [Abb 7](#), [Abb 8](#)

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil eines Bevölkerungsjahrgangs ist, der ein Hochschulstudium im sogenannten Tertiärbereich A aufnimmt. In Deutschland zählen dazu alle Hochschulen außer den Verwaltungsfachhochschulen. Der Vergleich von 21 EU-Staaten anhand von OECD-Daten für das Jahr 2013 zeigt, dass die Studienanfängerquote in Deutschland mit 59 % im Mittelfeld lag. Niedriger war sie zum Beispiel in Italien (42 %), höher unter anderem in Dänemark (87 %).

► **Abb 8** 30- bis 34-Jährige mit Bildungsabschluss im Tertiärbereich 2014 – in Prozent



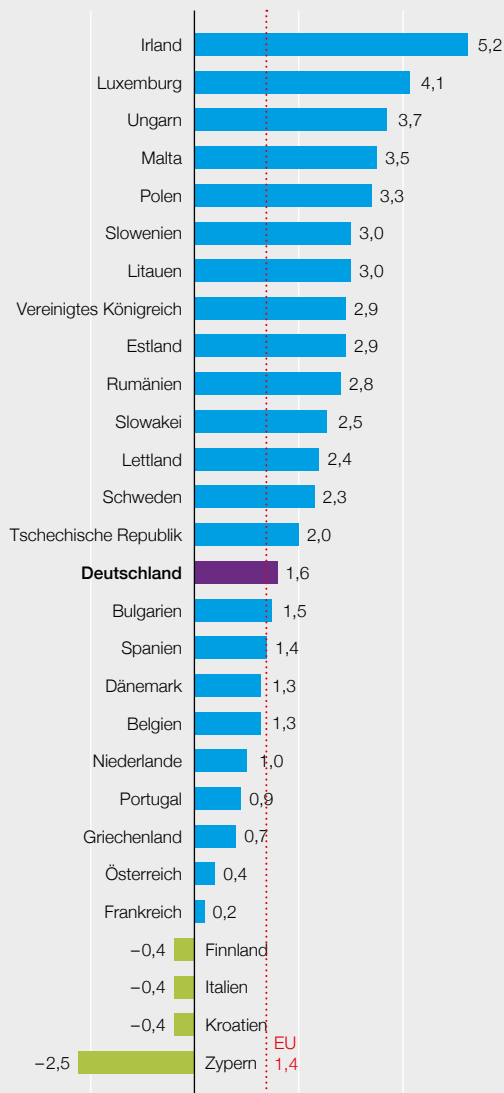
Hochschul- oder gleichwertiger Abschluss ISCED-Stufe 5 bis 8. Siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2.

Forschung und Entwicklung

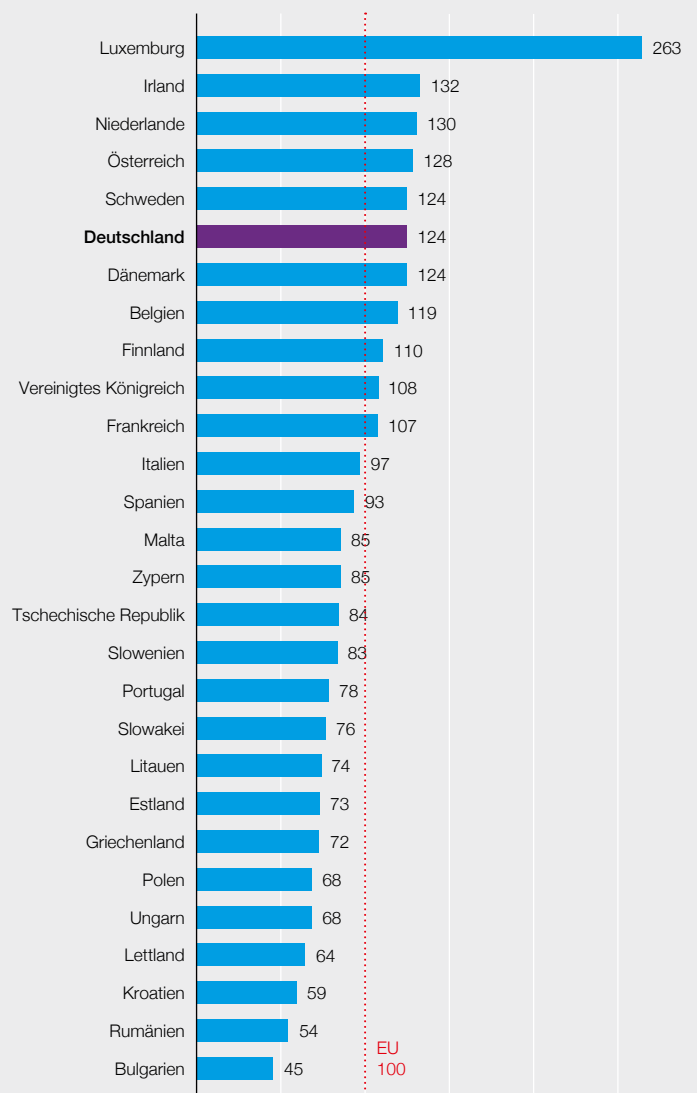
Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, müssen die europäischen Volkswirtschaften gute Rahmenbedingungen für die Wissenschaft bieten. Die EU-weiten jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sollen deshalb gemäß der Zukunftsstrategie der EU bis

2020 jährlich mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen. Diese Zielmarke hatten 2014 Finnland und Schweden (je 3,2 %) sowie Dänemark (3,1 %) bereits überschritten. Deutschland lag mit rund 2,8 % des BIP an fünfter Stelle und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 2,0 %.

► **Abb 9** Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2014 im Vergleich zum Vorjahr – in Prozent



► **Abb 10** Wirtschaftsleistung pro Kopf unter Berücksichtigung der Kaufkraft 2014 – Index EU = 100



15.1.4 Wirtschaft

Wirtschaftsleistung

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU lag 2014 bei rund 13,9 Billionen Euro. Davon erwirtschaftete Deutschland, die größte Volkswirtschaft der EU, mehr als ein Fünftel (2,9 Billionen Euro). Im

Jahr 2014 wuchs die Wirtschaftsleistung der EU um 1,4%. Die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 belastet die Volkswirtschaften und öffentlichen Haushalte vieler EU-Staaten aber weiterhin. So schrumpfte die Wirtschaftsleistung Zyperns, Italiens und Finnlands im Jahr 2014 bereits das dritte Jahr, die

von Kroatien sogar bereits das sechste Jahr in Folge. In den anderen 24 EU-Staaten erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt 2014 im Vergleich zum Vorjahr. Darunter war auch Griechenland, das zum ersten Mal seit 2007 wieder ein leichtes Plus von 0,7% verzeichnete. Das stärkste Wirtschaftswachstum verzeichnete 2014 Irland (5,2%),

► Tab 4 Die Entwicklung der Eurozone

Beitrittsjahr	Mitgliedstaat	Anzahl der Mitglieder
1999	Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien	11
2001	Griechenland	12
2007	Slowenien	13
2008	Malta, Zypern	15
2009	Slowakei	16
2011	Estland	17
2014	Lettland	18
2015	Litauen	19

► Tab 5 Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) 2014

	Preisentwicklung (Inflationsrate)	Öffentliches Defizit	Öffentlicher Schuldenstand
	in %	in % des BIP	
Eurozone (19 Staaten)	0,4	-2,6	92
Belgien	0,5	-3,1	107
Deutschland	0,8	0,3	75
Estland	0,5	0,7	10
Finnland	1,2	-3,3	59
Frankreich	0,6	-3,9	96
Griechenland	-1,4	-3,6	179
Irland	0,3	-3,9	108
Italien	0,2	-3,0	132
Lettland	0,7	-1,5	41
Litauen	0,2	-0,7	41
Luxemburg	0,7	1,4	23
Malta	0,8	-2,1	68
Niederlande	0,3	-2,4	68
Österreich	1,5	-2,7	84
Portugal	-0,2	-7,2	130
Slowakei	-0,1	-2,8	54
Slowenien	0,4	-5,0	81
Spanien	-0,2	-5,9	99
Zypern	-0,3	-8,9	108
EU-Staaten außerhalb der Eurozone			
Bulgarien	-1,6	-5,8	27
Dänemark	0,3	1,5	45
Kroatien	0,2	-5,6	85
Polen	0,1	-3,3	50
Rumänien	1,4	-1,4	40
Schweden	0,2	-1,7	45
Tschechische Republik	0,4	-1,9	43
Ungarn	0,0	-2,5	76
Vereinigtes Königreich	1,5	-5,7	88

gefolgt von Luxemburg (4,1 %) und Ungarn (3,7 %). In Deutschland lag die Wachstumsrate bei 1,6 %. ► Abb 9

Wirtschaftsleistung pro Kopf

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und der unterschiedlichen Kaufkraft des Geldes in den einzelnen Ländern lag die deutsche Wirtschaftsleistung pro Kopf 2014 rund 24 % über dem EU-Durchschnitt und im EU-Ländervergleich gemeinsam mit Schweden und Dänemark an fünfter Stelle. Die Spitzenposition nahm Luxemburg ein, dessen BIP pro Kopf preisniveaubereinigt weit mehr als doppelt so viel wie der EU-Durchschnitt betrug. An zweiter Stelle stand Irland. Vergleichsweise wirtschaftsschwach waren hingegen Bulgarien und Rumänien sowie alle anderen seit 2004 beigetretenen EU-Staaten. ► Abb 10

15.1.5 Finanzen

Für die Teilnahme an der Eurozone fordert der Europäische Rat im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts Haushaltsdisziplin. Demnach soll das jährliche öffentliche Defizit eines Staates maximal 3 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen, der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des nominalen BIP erreichen und die Preisentwicklung stabil sein (sogenannte Maastrichter Konvergenzkriterien). Der Eurozone gehören gegenwärtig 19 EU-Länder an. Als jüngstes Mitglied trat Litauen zum Jahresbeginn 2015 bei. ► Tab 4

Öffentliches Defizit (Staatsdefizit beziehungsweise -überschuss)

Das durchschnittliche öffentliche Defizit in der Eurozone lag 2014 bei -2,6 % des BIP. Insgesamt verfehlten 9 von 19 Eurozonen-Ländern die 3 %-Marke und das zum Teil sehr deutlich: So lag das Staatsdefizit in Spanien bei -5,9 % und in Zypern bei -8,9 % des jeweiligen BIP. Zu den Ländern der Eurozone, die einen Überschuss erzielten, gehörten Deutschland (0,3 % des BIP) sowie Estland (0,7 % des BIP) und Luxemburg (1,4 % des BIP). Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone waren Bulgarien und das Verei-

nigte Königreich mit einem Defizit von -5,8% beziehungsweise -5,7% des BIP die Schlusslichter. ▶ Tab 5

Öffentlicher Schuldenstand

Auch der öffentliche Schuldenstand bleibt weiterhin hoch: Im Jahr 2014 überstieg er in 13 der 19 Eurozonen-Länder den vereinbarten Referenzwert von 60% des BIP. Unverändert kritisch war die Lage der öffentlichen Haushalte vor allem in Griechenland. Dort betrug der Schuldenstand 2014 rund 179% des BIP. Sehr hoch war er auch in Italien (132%), Portugal (130%) sowie Irland (108%), das zuletzt seinen Schuldenstand allerdings verringern konnte. Auch Deutschland baute Schulden ab, sie lagen 2014 aber immer noch bei 75% des BIP. Die 60%-Marke wurde hierzulande letztmalig 2002 eingehalten. Außerhalb der Eurozone hielten 2014 sechs von neun EU-Ländern beim Schuldenstand den Referenzwert von 60% des BIP ein, Ungarn, Kroatien und das Vereinigte Königreich nicht.

Preisentwicklung

Während für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen die Regierungen der EU-Länder verantwortlich sind, obliegt die Überwachung der Preisniveaustabilität der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem »Europäischen System der Zentralbanken« (ESZB). Nach der Definition der Europäischen Zentralbank ist Preisniveaustabilität in der Eurozone gegeben, wenn die Inflationsrate (das heißt die Veränderungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex) nahe oder unter 2% gegenüber dem Vorjahr liegt. Im Jahr 2014 überstieg die Inflationsrate in keinem Euroland den Wert von 1,5%. Deutschland zum Beispiel verzeichnete nur eine leichte Preissteigerung von 0,8%. In fünf Staaten der Eurozone, darunter Griechenland (-1,4%) und Spanien (-0,2%), wurde sogar Deflation verzeichnet. Unter den EU-Staaten außerhalb der Eurozone verzeichnete Bulgarien (-1,6%) eine negative Preisentwicklung, in den übrigen Ländern lag sie ebenfalls unter der 2%-Marke. Ein wichtiger Grund waren die stark gesunkenen Energiekosten.

15.1.6 Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit

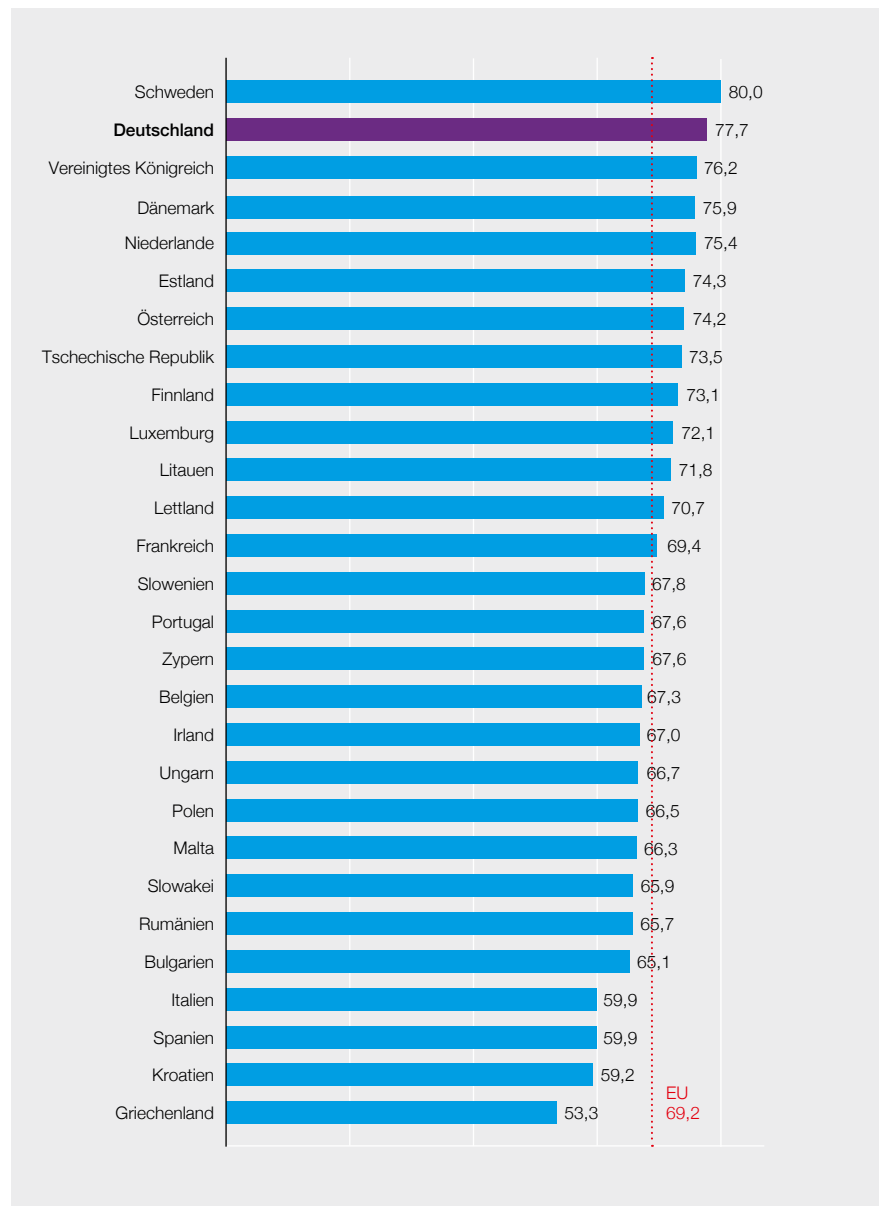
Im Rahmen ihrer Zukunftsstrategie »Europa 2020« verfolgen die EU-Staaten das Ziel, die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2020 auf 75% zu erhöhen. Dieses Ziel erfüllten fünf EU-Staaten bereits im Jahr 2014, darunter auch Deutschland mit rund 78%.

Die höchste Erwerbstätigenquote erreichte Schweden mit 80%. Am weitesten von der 75%-Zielmarke entfernt lagen Griechenland (53%) sowie Kroatien (59%). ▶ Abb 11, Info 2

Beschäftigungsentwicklung

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 waren in den vergangenen Jahren auf dem europäischen

▶ Abb 11 Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen 2014 — in Prozent



► Info 2

Arbeitsmarkt Definitionen

Nach dem hier angewandten Erwerbsstatuskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind **Erwerbstätige** Personen, die in der statistischen Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung beziehungsweise als Selbstständige arbeiteten oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie nur vorübergehend abwesend waren, zum Beispiel aufgrund von Krankheit, Urlaub oder Elternzeit.

Erwerbslose sind nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation Personen, die in der statistischen Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort kurzfristig zur Verfügung standen, in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Die **Erwerbstätigenquote** bezeichnet die Erwerbstätigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

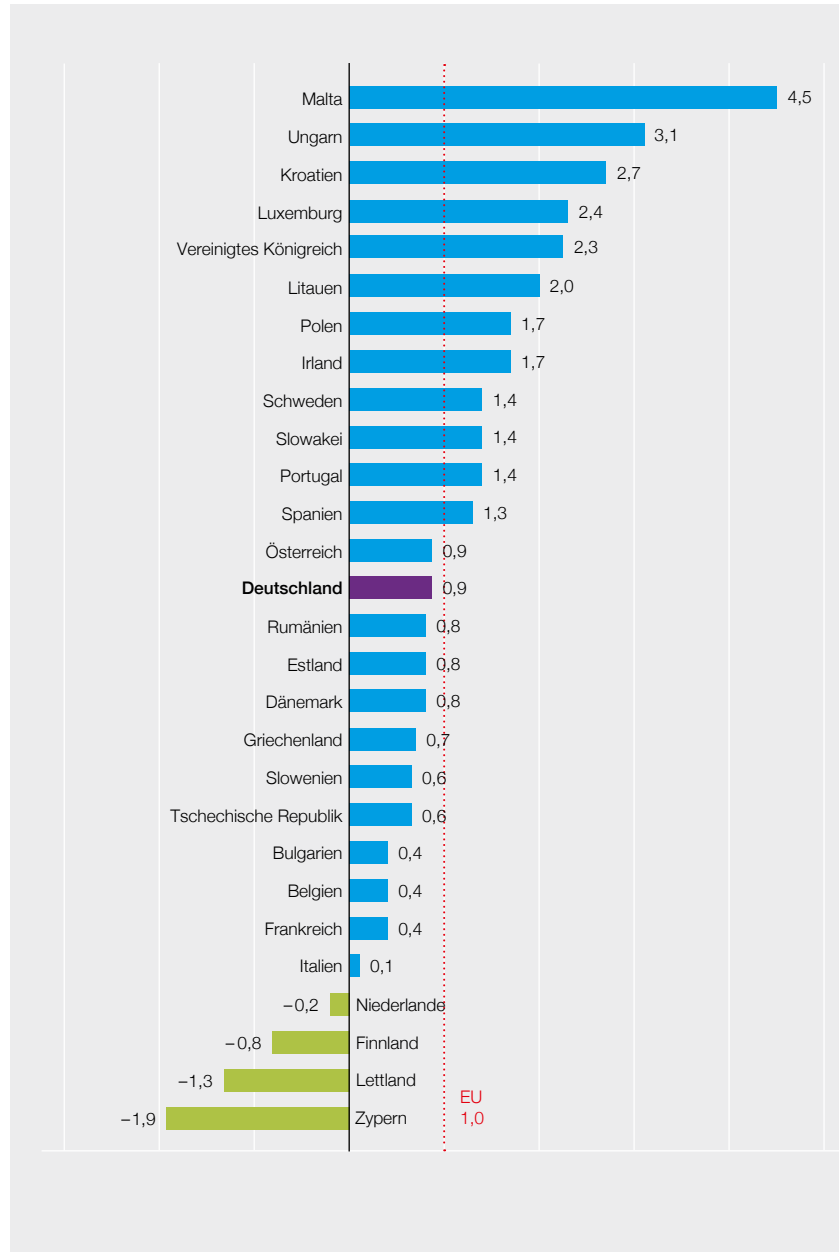
Die **Erwerbslosenquote** ist der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Die **Erwerbsbevölkerung** besteht aus allen Personen, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten und dabei entweder erwerbstätig oder erwerbslos sind. Die hier genannte **Erwerbslosenquote**, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, ist nicht vergleichbar mit der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Arbeitslosenquote, die sich nur auf die bei der Bundesagentur registrierten Arbeitslosen bezieht.

Arbeitsmarkt deutlich zu spüren. Doch 2014 gab es erstmals wieder leichte Zeichen der Entspannung: So verzeichneten Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Portugal, Rumänien, Slowenien und Spanien nach jeweils fünf Jahren mit Beschäftigtenverlusten erstmals wieder ein Plus. In Deutschland hält das Beschäftigungswachstum bereits seit neun Jahren an. Im Jahr 2014 lag es bei 0,9%. EU-weiter Spitzenreiter war Malta mit einem Plus von 4,5%. ► Abb 12

Ältere Erwerbstätige

Obwohl die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in der EU in den vergan-

► Abb 12 Beschäftigungsentwicklung 2014 im Vergleich zum Vorjahr – in Prozent

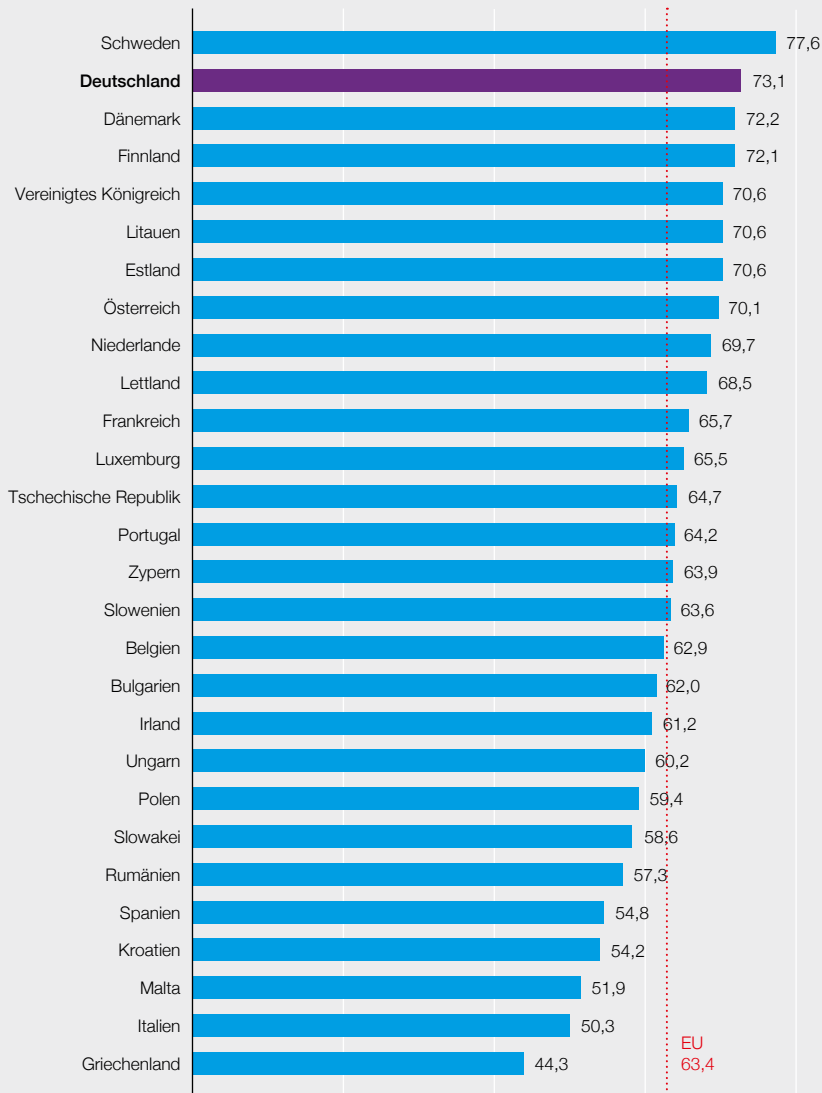


genen Jahren deutlich stieg, betrug sie 2014 lediglich 52%. Der EU-weite Vergleich verdeutlicht zudem große Unterschiede: In Nordeuropa lagen die Erwerbstätigenquoten der 55- bis 64-Jährigen am höchsten. So gingen 2014 in Schweden 74% der Älteren einer Arbeit

nach. Deutschland lag mit rund 66% auf dem zweiten Platz. Die geringste Quote in dieser Altersklasse wies Griechenland auf. Dort war nur rund jeder Dritte (34%) der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig.

In Deutschland wird das reguläre Renteneintrittsalter gegenwärtig schritt-

► **Abb 13** Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren 2014 – in Prozent



weise von 65 Jahren auf 67 Jahre angehoben, in einigen anderen EU-Ländern gibt es eine ähnliche Entwicklung. Doch noch gehen EU-weit die meisten Menschen spätestens rund um den 65. Geburtstag in Rente. Von den über 65-Jährigen waren 2014 EU-weit nur noch rund

5% erwerbstätig. Diese Quote ist seit mehreren Jahren weitgehend stabil.

Frauenerwerbstätigkeit

Immer mehr Frauen in der EU gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie dennoch weiterhin weniger

stark vertreten als Männer. So betrug 2014 in der EU die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-jährigen Frauen 63%, die der gleichaltrigen Männer hingegen 75%. Am häufigsten beteiligten sich die Frauen in Schweden am Erwerbsleben (78%). Auf Platz 2 lag Deutschland mit 73% vor Dänemark und Finnland mit je 72%. Am niedrigsten war die Erwerbstätigenquote der Frauen in Griechenland (44%). ► [Abb 13](#)

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

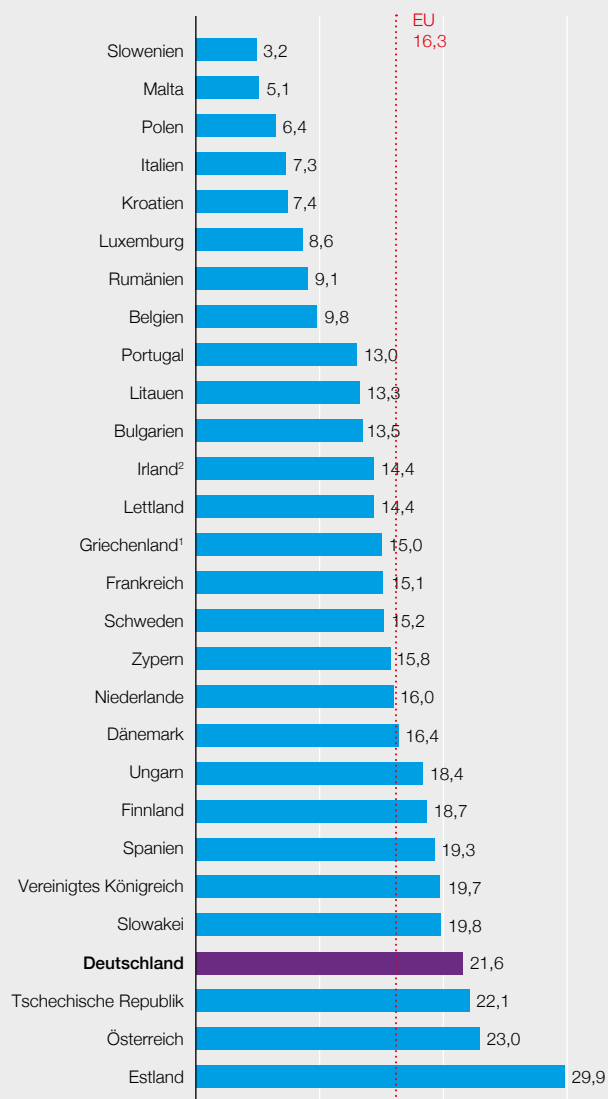
Frauen in Deutschland verdienen im Durchschnitt rund ein Fünftel weniger als Männer: Der Gender Pay Gap, gemessen am durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer, lag 2013 in Deutschland bei 22%. Einen ebenso hohen beziehungsweise höheren geschlechtsspezifischen Verdienstabstand wiesen in der EU nur die Tschechische Republik (22%), Österreich (23%) und Estland (30%) auf. Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen 16% weniger je Stunde als Männer. Das Land mit dem europaweit geringsten Unterschied im Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen war Slowenien mit 3%. Die Daten beziehen sich auf den unbereinigten Gender Pay Gap. Das heißt, die Verdienstunterschiede erklären sich zum großen Teil aus strukturellen Unterschieden, zum Beispiel dadurch, dass Frauen und Männer nicht vergleichbare Positionen besetzen, unterschiedlich häufig teilzeitbeschäftigt sind und bei der Berufs- und Branchenwahl andere Schwerpunkte setzen. ► [Abb 14](#)

Aber selbst bei vergleichbarer Tätigkeit und äquivalenter Qualifikation verdienen Frauen weniger als Männer. Dieser bereinigte Gender Pay Gap wurde für Deutschland zuletzt 2010 berechnet und betrug 7%.

Teilzeitbeschäftigung

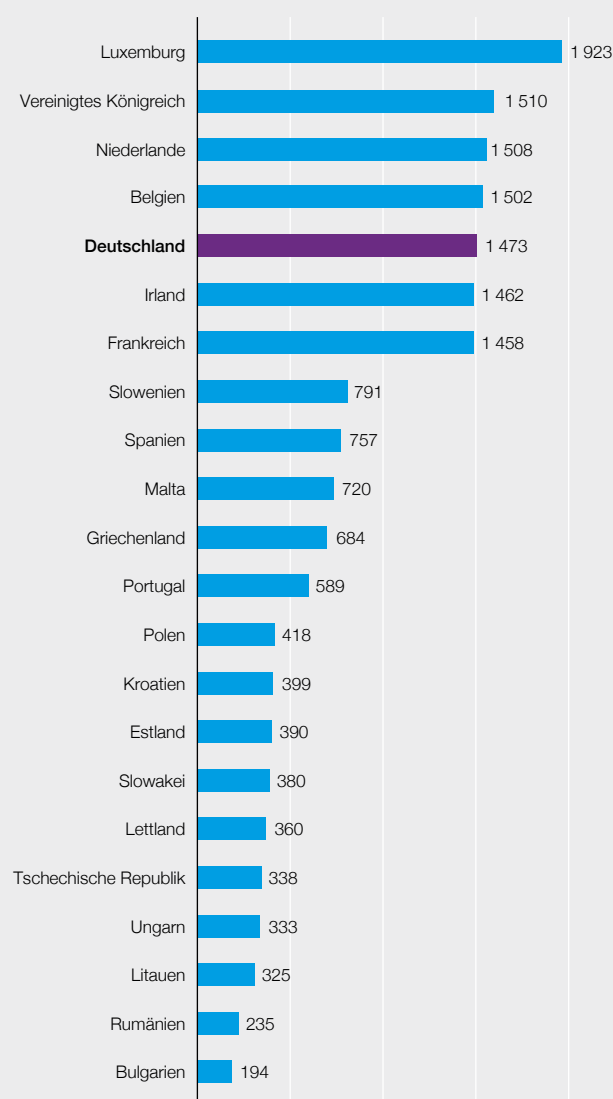
Teilzeitarbeit ist eine Möglichkeit, Beruf und Privates zeitlich besser miteinander zu vereinbaren. Sie kann aber auch Nachteile mit sich bringen: Reduzierte Arbeitszeit bedeutet auf Teile des Lohnes

► **Abb 14** Gender Pay Gap: Unbereinigter geschlechtsspezifischer Lohnunterschied 2013 – in Prozent



1 2010.
2 2012.

► **Abb 15** Gesetzlicher branchenübergreifender Mindestlohn (brutto) 2015 – in Euro



Kein Mindestlohn in Dänemark, Finnland, Italien, Österreich, Schweden und Zypern.

und somit auch auf Rentenbeiträge zu verzichten. Teilzeitarbeit kann auch einen Karriereknick auslösen, denn Führungspositionen werden in der Praxis nach wie vor häufig mit Vollzeitbeschäftigten besetzt.

EU-weit ist Teilzeitbeschäftigung immer noch vorwiegend Frauensache. Am deutlichsten wird dies in den Niederlanden, wo 2014 in der Altersgruppe der erwerbstätigen 25- bis 49-jährigen Frauen mit minderjährigen Kindern 84 %

verkürzt arbeiteten. In Deutschland war der Anteil mit 67 % ebenfalls sehr hoch, ebenso in Österreich mit 66 %. In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas bewegten sich die Quoten hingegen im einstelligen Bereich. So arbeiteten in

Kroatien zum Beispiel nur 5 % der berufstätigen Mütter Teilzeit. Männer schränkten ihr berufliches Engagement mit der Vaterschaft hingegen kaum ein: Mit einer Ausnahme bewegten sich ihre Teilzeitquoten in allen EU-Staaten, für die Daten vorlagen, im einstelligen Bereich. Nur in den Niederlanden lag der Anteil der Teilzeit arbeitenden Väter bei 14 %. In Deutschland betrug er 5 %.

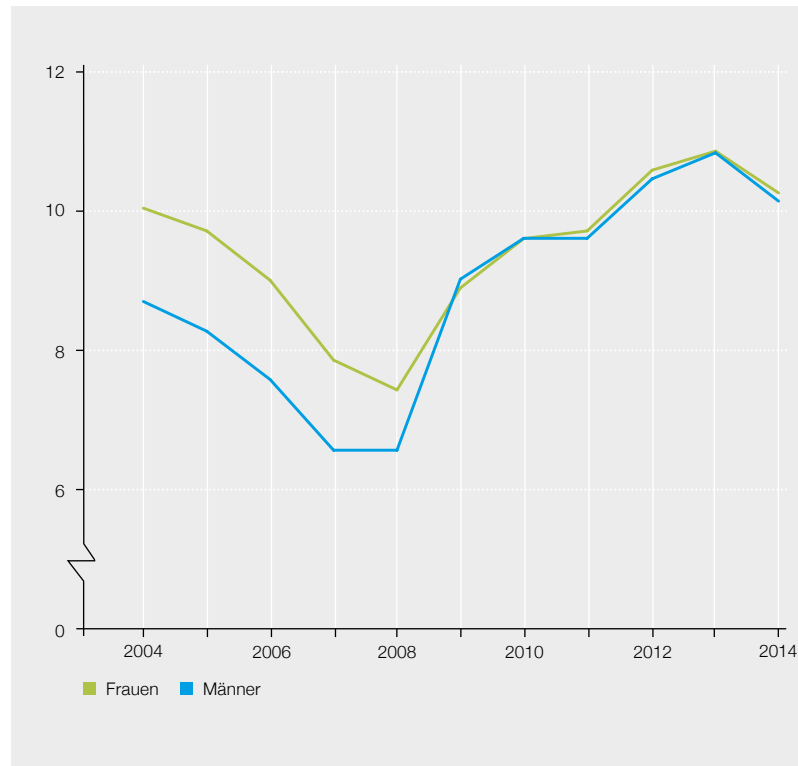
Mindestlohn

In 22 der 28 EU-Staaten galt 2015 ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn. Die Spannbreite war allerdings groß: So verzeichneten die östlich gelegenen EU-Staaten vergleichsweise niedrige Mindestlöhne von weniger als 500 Euro brutto im Monat. Das Schlusslicht bildete Bulgarien mit 194 Euro. In Westeuropa betrug der gesetzliche Mindestlohn ein Vielfaches davon, so zum Beispiel im Vereinigten Königreich (1 510 Euro) und Frankreich (1 458 Euro). Auch Deutschland hat zum 1. Januar 2015 einen Mindestlohn eingeführt. Die hierzulande gesetzlich festgelegte Untergrenze von 8,50 Euro je Stunde entspricht einem Monatsbruttolohn von 1 473 Euro (40-Stundenwoche multipliziert mit 52 Arbeitswochen dividiert durch 12 Monate). Das sehr unterschiedliche Lohnniveau spiegelt auch die wirtschaftliche Leistungskraft und die Lebenshaltungskosten in den EU-Staaten wider. Es ist aber auch eine politische Entscheidung: So betrug der Mindestlohn in Estland 2010 rund 40 % des medianen Bruttoverdienstes der Arbeitnehmer in der Industrie und im Dienstleistungssektor, in Deutschland waren es 49 % (Schätzung 2015) und in Frankreich 60 %. Der mediane Verdienst teilt die betrachteten Beschäftigten in genau zwei Hälften, das heißt, eine Hälfte der Beschäftigten verdient weniger und die andere Hälfte mehr als diesen Wert. ▶ Abb 15

Erwerbslosigkeit

Deutschland hatte 2014 die niedrigste Erwerbslosenquote der EU. Mit einem Anteil von 5,0 % lag die Quote nur halb so hoch

▶ Abb 16 Erwerbslosenquoten von 15- bis 74-Jährigen in der EU – in Prozent der Erwerbspersonen

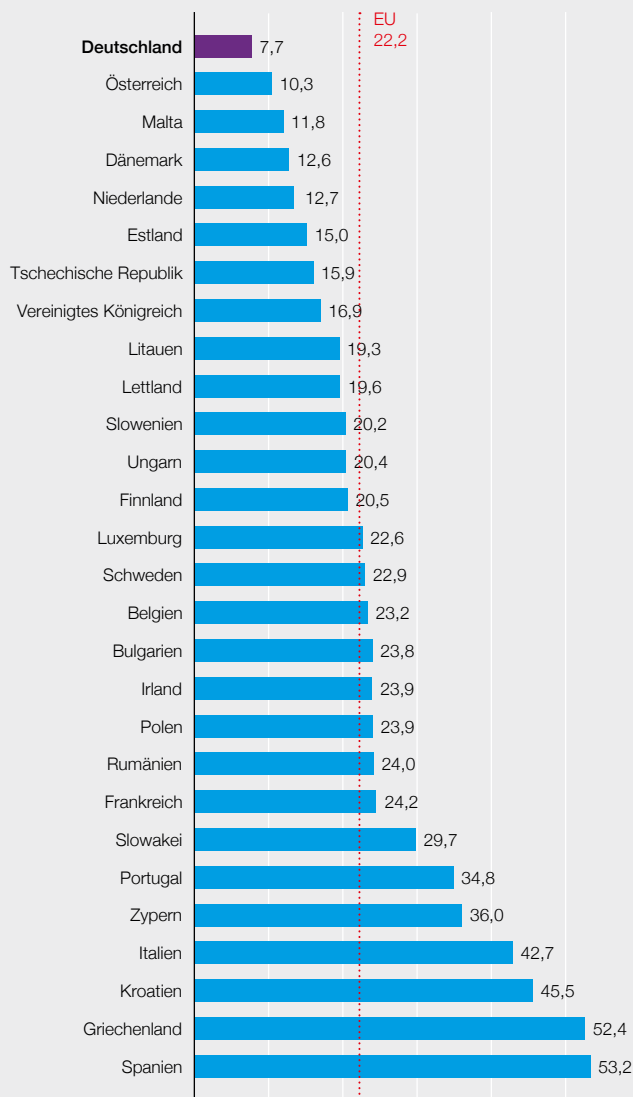


wie der EU-Durchschnitt (10,3%). In zwölf EU-Ländern waren die Erwerbslosenquoten weiterhin zweistellig. Sehr problematisch war die Situation vor allem in Griechenland und Spanien, wo 26,5 % beziehungsweise 24,5 % der 15- bis 74-jährigen Erwerbspersonen auf Jobsuche waren. Frauen und Männer waren fast gleich häufig betroffen: Die Frauenerwerbslosenquote lag im EU-Durchschnitt bei 10,3 %, die der Männer bei 10,1 %. Vor Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war der Unterschied noch deutlich größer. Einer der Gründe für die Angleichung der Quoten könnte sein, dass Männer häufiger im Industriesektor arbeiten, wo in den vergangenen Jahren besonders viele Arbeitsplätze weggefallen sind. Frauen arbeiten hingegen öfter im Dienstleistungsbereich, der weniger von Kürzungen betroffen war. ▶ Abb 16

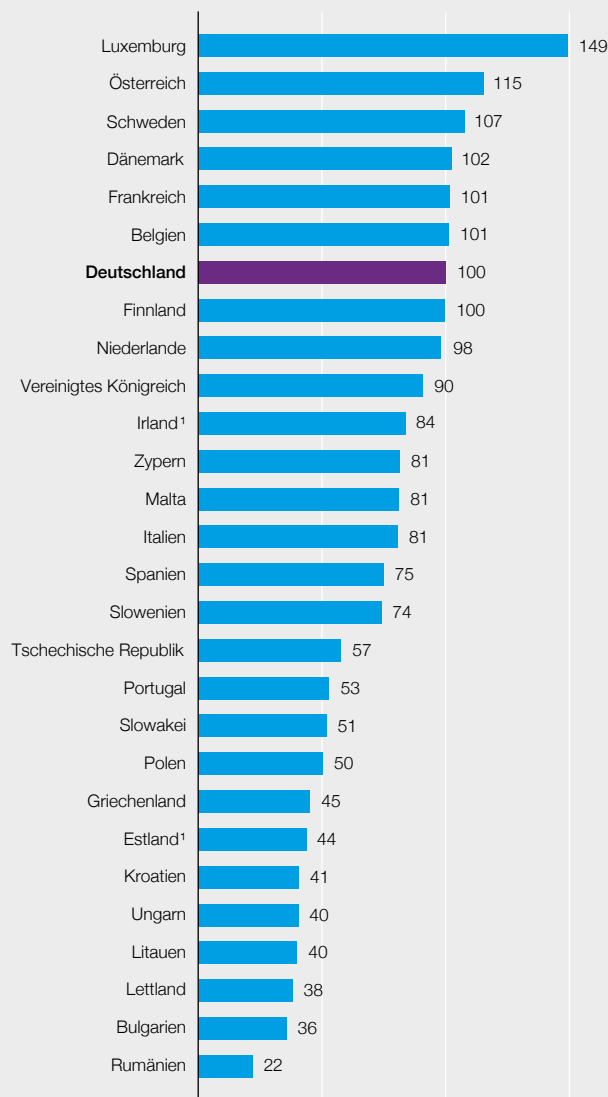
Jugenderwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit unter Jugendlichen ist in der EU stark verbreitet. In zahlreichen EU-Ländern gestaltet sich der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. Vor allem nach Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hat sich die Situation für junge Leute in weiten Teilen der EU signifikant verschärft. Erst im Jahr 2014 gab es wieder leichte Zeichen der Entspannung: Die EU-weite Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen sank im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte, lag damit allerdings immer noch bei 22,2 %. Besonders angespannt war die Situation für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger in Spanien und Griechenland, was im Zusammenhang mit der insgesamt ungünstigen Situation auf den dortigen Arbeitsmärkten steht. In beiden Ländern war

► **Abb 17** Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen 2014 – in Prozent



► **Abb 18** Einkommen von Personen ab 18 Jahren unter Berücksichtigung der Kaufkraft 2014 – Index Deutschland = 100



Basis: Nettoäquivalenzeinkommen, nähere Erläuterungen siehe Kapitel 6.2, Seite 170, Info 3. 1 2013.

2014 immer noch mehr als jede zweite junge Erwerbsperson ohne Arbeit (Spanien: 53,2 %; Griechenland: 52,4 %). Deutschland hatte mit 7,7 % die EU-weit niedrigste Jugenderwerbslosigkeit. Auch Österreich verzeichnete einen vergleichsweise geringen Wert (10,3 %). ► [Abb 17](#)

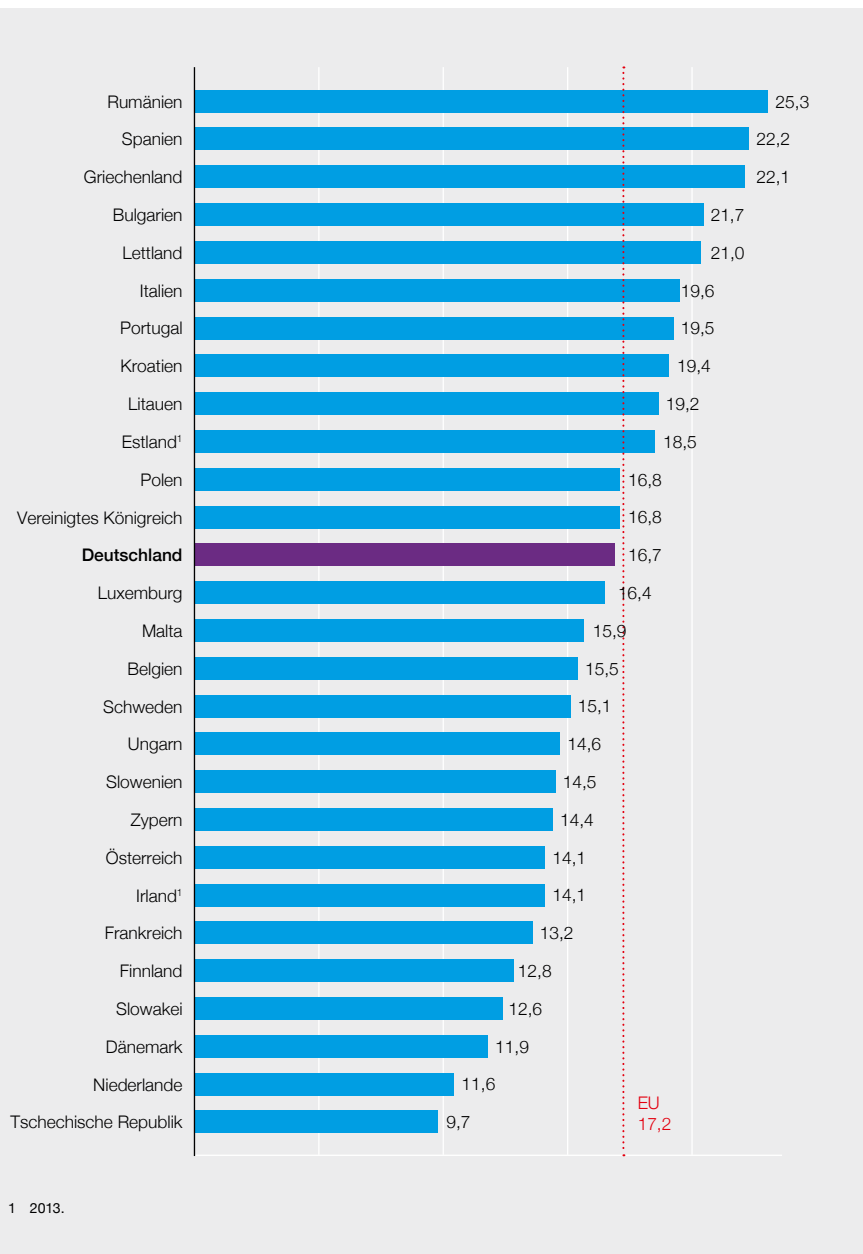
15.1.7 Private Haushalte: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung

Einkommen

In der EU existiert ein beträchtliches Wohlstandsgefälle. Zwischen den nördlichen und südlichen sowie den älteren

und neueren EU-Mitgliedstaaten gibt es erhebliche Einkommensunterschiede. Ob die Bevölkerung eines Landes finanziell gut oder schlecht gestellt ist, sich viel oder wenig leisten kann, ist jedoch nicht allein aus der Einkommenshöhe in Euro abzulesen. Dafür muss auch die Kauf-

► **Abb 19** Armutsgefährdungsquote 2014
– in Prozent



kraft des Geldes in den einzelnen Ländern beachtet werden. Demnach stehen die Deutschen im EU-Vergleich gut da: So verfügten die Menschen im Nachbarland Polen unter Berücksichtigung der Preisunterschiede 2014 nur über 50 % und damit die Hälfte des mittleren Ein-

kommens der Bevölkerung Deutschlands. Um 49 % höher als hierzulande war das Einkommen in Luxemburg; am geringsten in Bulgarien und Rumänien, die kaufkraftbereinigt nur 36 % beziehungsweise 22 % des Einkommens in Deutschland erreichten. ► [Abb 18](#)

Armut und soziale Ausgrenzung

Obwohl Europa zu den reichsten Regionen der Welt zählt, gibt es auch in den EU-Mitgliedstaaten Armut und soziale Ausgrenzung. Im Rahmen der Zukunftsstrategie der EU »Europa 2020« streben die EU-Staaten an, die Zahl der Personen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, bis 2020 zu verringern. Entgegen der Zielsetzung ist die Zahl zwischen 2010 und 2014 EU-weit allerdings von 118 Millionen auf 122 Millionen gestiegen. Zu dem betroffenen Personenkreis zählen Menschen, deren Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt, die unter erheblicher materieller Entbehrung leiden oder in einem Erwerbslosenhaushalt leben.

Armutsgefährdung

Als armutsgefährdet gelten Menschen in der EU, wenn sie nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen weniger als 60 % des medianen Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung zur Verfügung haben (siehe Kapitel 6.2, 169). Die Gefährdungsquote ist somit ein relatives Armutsmaß und die Armutsschwelle variiert von Land zu Land. Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsquote 2014 bei 17 %. Die EU-weit höchsten Armutsgefährdungsquoten wiesen Rumänien und Spanien mit 25 % beziehungsweise 22 % auf. In Deutschland waren 2014 rund 17 % der Bevölkerung betroffen. Am geringsten war der Anteil in der Tschechischen Republik mit 10 %. Aus einer niedrigen Armutsgefährdungsquote kann man jedoch nicht schließen, dass das Wohlstandsniveau eines Landes besonders hoch ist. Sie besagt lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung unterhalb der jeweiligen nationalen Armutsgrenze lebt. ► [Abb 19](#)

Nach Haushaltstypen differenziert, waren in der EU 2014 alleinlebende Erwachsene deutlich häufiger armutsgefährdet als Erwachsene, die zu zweit lebten (alleinlebend: 25 %, zu zweit lebend: 11 %). Kinder und Erwachsene in Alleinerziehendenhaushalten waren besonders armutsgefährdet. Von ihnen waren im

EU-Mittel 32 % betroffen. Am deutlichsten über dem EU-Durchschnitt lagen hier Malta und Litauen (je 46 %) und Luxemburg (45 %). Auch in Deutschland waren 29 % der Personen in Alleinerziehendenhaushalten armutsgefährdet. In vielen Ländern galt: Je mehr Kinder im Haushalt, desto höher das Armutsrisiko. Im EU-Durchschnitt waren 13 % der Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind von Armut bedroht. Mit zwei Kindern lag die Quote bei 15 %, mit drei oder mehr Kindern verdoppelte sie sich fast auf 27 %. ▶ [Abb 20](#)

Erhebliche materielle Entbehrung

Innerhalb der EU waren 2014 vor allem in Bulgarien (33 % der Bevölkerung) und Rumänien (26 %) viele Menschen von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Aber auch in Ungarn (24 %) musste ein großer Anteil der Einwohner aus finanziellen Gründen auf viele Dinge verzichten. In Griechenland hat sich die Quote im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zwischen 2009 und 2014 von 11 % auf 22 % verdoppelt. In Deutschland waren 5 % der Bevölkerung von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Im EU-Durchschnitt waren es 9 %. Zur Definition von erheblicher materieller Entbehrung siehe Kapitel 6.2, Info 7, Seite 174.

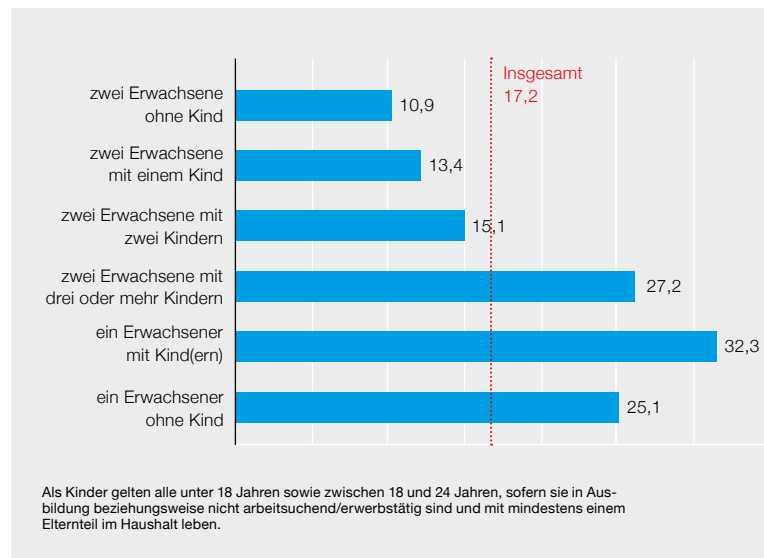
Erwerbslosenhaushalte

Erwerbslosigkeit erhöht die Armutsgefahr deutlich. Dabei sind nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern auch ihre Kinder von den finanziellen und sozialen Folgen betroffen. Rund 11 % der EU-Bevölkerung unter 60 Jahren lebten 2014 in einem sogenannten Erwerbslosenhaushalt. In Deutschland lag die Quote mit 10 % nur leicht darunter. In Erwerbslosenhaushalten waren die Erwachsenen im vorhergehenden Jahr zusammen weniger als 20 % ihrer Arbeitszeit, die bei 12 Monaten je Erwachsenen liegt, erwerbstätig.

Beengte Wohnverhältnisse

Wer nur über ein begrenztes Einkommen verfügt, ist oft auch in der Wohnungs-

▶ **Abb 20** Armutsgefährdungsquoten ausgewählter Haushaltstypen in der EU 2014 – in Prozent



größe eingeschränkt. Im Jahr 2014 lebten 18 % der EU-Bevölkerung in einer überbelegten Wohnung. Als überbelegt gilt eine Unterkunft, die folgende Mindestanforderungen nicht erfüllt: So soll unter anderem jeder Person ab 18 Jahren beziehungsweise jedem Paar ein eigener Raum zur Verfügung stehen und Kinder unter 12 Jahren dürfen sich höchstens zu zweit ein Zimmer teilen. Vor allem in den östlichen EU-Ländern leben viele Menschen in beengten Wohnverhältnissen. In Rumänien traf das 2014 auf 56 % der Bevölkerung zu. Auch in Ungarn, Bulgarien und Polen betrug der Anteil jeweils über 45 %. In Deutschland lebten 6 % der Bevölkerung in einer überbelegten Wohnung. ▶ [Abb 21](#)

Auszug aus dem Elternhaus

Im Jahr 2014 lebten EU-weit 29 % aller 25- bis 34-Jährigen noch mit ihren Eltern zusammen. Aufgrund der unterschiedlichen finanziellen und kulturellen Rahmenbedingungen variiert das Auszugsverhalten junger Menschen in der EU je nach geografischer Lage sehr deutlich. So sind »Nesthocker« in den nordeuropäischen Ländern eine Ausnahme: In Dänemark,

Schweden und Finnland lebten 2014 weniger als 5 % der 25- bis 34-Jährigen mit den Eltern zusammen, in Deutschland 18 %. In Kroatien (57 %), der Slowakei (54 %) und Griechenland (52 %) traf das hingegen noch auf mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen zu. In allen EU-Staaten lebten aber deutlich weniger junge Frauen noch bei ihren Eltern als Männer. ▶ [Abb 22](#)

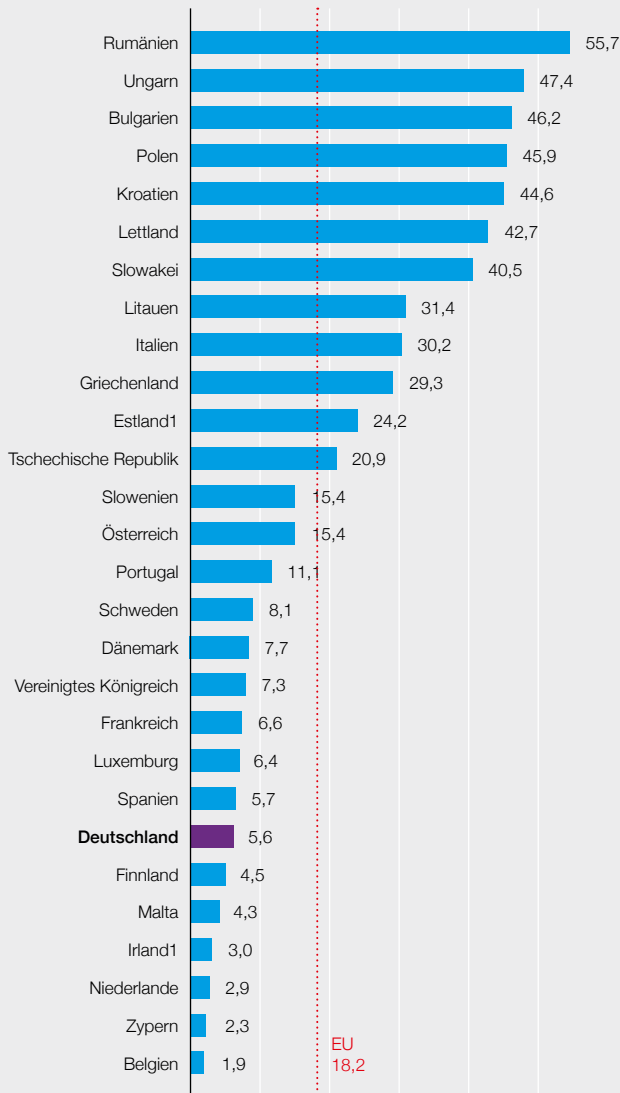
15.1.8 Gesundheit

Die Gesundheit genießt in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert, hat aber auch ihren Preis: Allein in Deutschland wurden 2012 mehr als 300 Milliarden Euro im Gesundheitsbereich ausgegeben.

Medizinische Versorgung

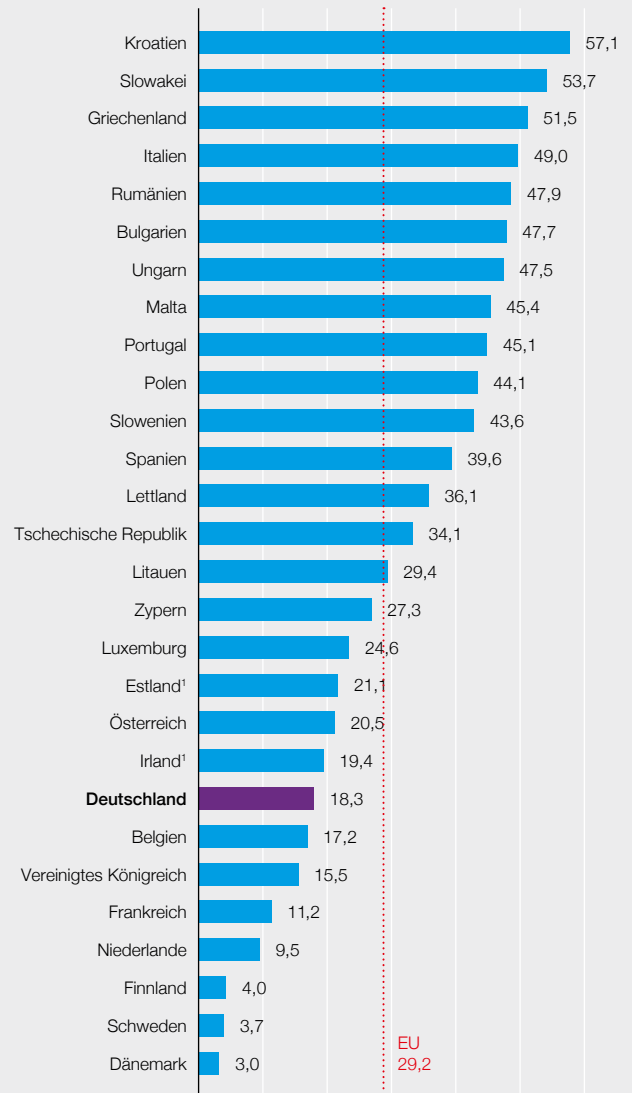
Mit 428 praktizierenden Ärztinnen und Ärzten je 100 000 Einwohner hatte Litauen 2013 das dichteste medizinische Versorgungsnetz von den 22 EU-Ländern, für die aktuelle Daten zum medizinischen Personal vorlagen. Deutschland gehörte mit 402 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner zu den EU-Ländern mit hoher Ärztedichte.

► **Abb 21** Anteil der Bevölkerung, der in überbelegten Wohnungen lebt 2014 – in Prozent



¹ 2013.
Als überbelegt gilt eine Unterkunft, die bestimmte Mindestanforderungen nicht erfüllt. So soll unter anderem jeder Person ab 18 Jahren beziehungsweise jedem Paar ein eigener Raum zur Verfügung stehen, Kinder unter 12 Jahren sollen sich höchstens zu zweit ein Zimmer teilen.

► **Abb 22** 25- bis 34-Jährige, die bei den Eltern leben 2014 – in Prozent



¹ 2013.

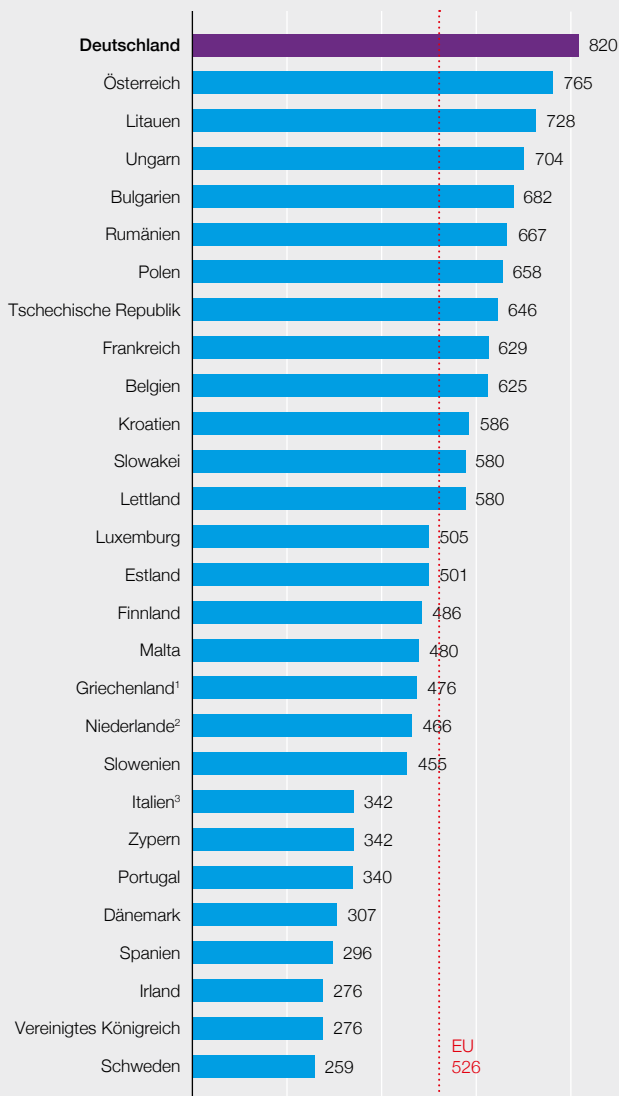
Bei der Zahl der Krankenhausbetten lag Deutschland 2013 EU-weit ganz vorn: 820 Betten je 100 000 Einwohner war der mit Abstand höchste Wert aller EU-Länder. Die geringste Zahl wies Schweden mit 259 Betten je 100 000 Einwohner auf.

In fast allen EU-Ländern hat in den vergangenen Jahren ein Bettenabbau stattgefunden. Sowohl der Kostendruck als auch effektivere Behandlungsmethoden haben die Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern verkürzt. ► [Abb 23](#)

Todesursachen

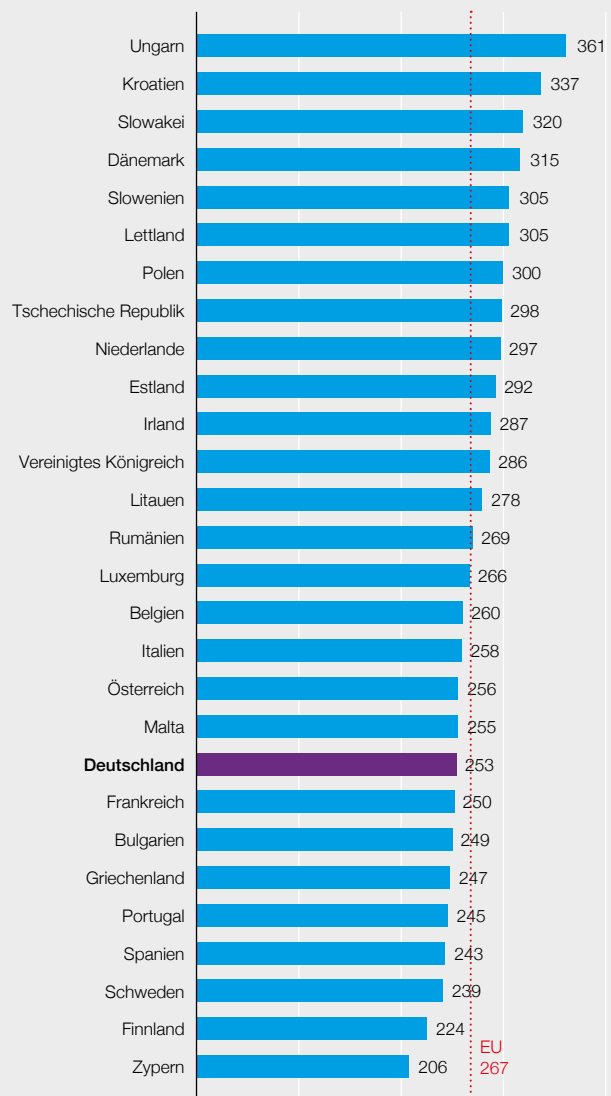
Todesursachen variieren stark nach Alter und Geschlecht. Für Ländervergleiche und Zeitreihen werden deshalb sogenannte standardisierte Sterbeziffern erstellt, die die Effekte der unterschiedlichen Alters-

► **Abb 23** Zahl der Krankenhausbetten 2013
— je 100 000 Einwohner



1 2011.
2 2009.
3 2012.

► **Abb 24** Krebs (Bösartige Neubildungen) als
Todesursache 2012 — Fälle je 100 000 Einwohner



beziehungsweise Bevölkerungsstrukturen neutralisieren. Zu den Haupttodesursachen in der EU zählten 2012 Krankheiten des Kreislaufsystems (394 Fälle je 100 000 Einwohner) sowie Krebs (bösartige Neubildungen) mit 267 Fällen je 100 000 Einwohner. In Deutschland lag die standardisierte Sterbeziffer bei Krebs mit 253 leicht unter dem EU-Durchschnitt. Viele mittel- und osteuropäische EU-Staaten, aber bei-

spielsweise auch Dänemark (315 Fälle) und die Niederlande (297 Fälle), wiesen hingegen überdurchschnittlich hohe Werte auf. Dies galt insbesondere für Ungarn, wo die Sterbeziffer bei Krebs mit 361 je 100 000 Einwohner weit über dem Niveau der anderen EU-Länder lag. ► [Abb 24](#)

Bei der Todesursache Kreislauf-Erkrankungen schwankten 2012 die Sterbeziffern in den EU-Staaten noch stärker.

Sehr hohe Werte verzeichneten insbesondere Bulgarien und Rumänien (1 168 beziehungsweise 1 039 Todesfälle je 100 000 Einwohner). Der Wert für Deutschland lag mit 253 ebenfalls über dem EU-Durchschnitt von 267 Todesfällen je 100 000 Einwohner. Am seltensten starben die Menschen an Kreislauferkrankungen in Frankreich (221 Todesfälle je 100 000 Einwohner).

15.2 Lebensqualität und Identität in der Europäischen Union

Angelika Scheuer
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

Die Europäische Union geht mit dem Vertrag von Lissabon auf dem Weg zu einer »immer engeren Union der Völker Europas« einen großen Schritt voran. Die Weiterentwicklung der Integration hängt dabei nicht zuletzt von der Existenz gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ab, die nicht nur wohlfahrtsstaatlicher, sondern auch kultureller Natur sind. Die für die Legitimität des europäischen Regierungssystems notwendige Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration wird geprägt durch die Entwicklung der Lebensbedingungen und die Herausbildung einer europäischen Identität. Die Erfahrung von stetigem Wirtschaftswachstum, sinkender Arbeitslosigkeit und Ausbau des Wohlfahrtsstaates prägte lange in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung die Wahrnehmung der EU. Jedoch hat die 2007 einsetzende Finanz-, Euro- und Staatsschuldenkrise nicht nur frühere Wachstumserfolge und Konsolidierungsbemühungen zunichte gemacht, sondern auch die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten der Union verschärft. Dies stellt die Legitimität des europäischen Regierungssystems in Bezug auf die Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration und des solidarischen Zusammenhalts der europäischen Gesellschaften auf eine Belastungsprobe. Die europäische Identität gilt als Ausdruck für die affektive Bindung der Unionsbürger an die europäische Gemeinschaft und für ihr gemeinsames Selbstverständnis als Europäer. Dieser Gemeinschaftsgedanke kann die Legitimität der EU auch in Zeiten der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der aktuellen Politik abfedern, wird längerfristig aber auch durch die politische Unzufriedenheit abgeschwächt. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Zufriedenheit der europäischen Bürger mit der Entwicklung der Lebensbedingungen, gefolgt von einem Blick auf die europäische Identität, betrachtet. Die Daten weisen dabei auf die Gefahren einer zunehmenden ökonomischen und politischen Spaltung innerhalb Europas hin.

15.2.1 Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen

Nach der Jahrtausendwende war durch die Osterweiterung der EU vor allem die Frage der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West von Interesse. Angeführt wurde die Rangfolge der Wohlfahrt von den nordeuropäischen Ländern, gefolgt von den Ländern Westeuropas. Südeuropa hatte sich, auch durch den Euro, weit an westeuropäische Standards angenähert und wurde durch die mittel- und osteuropäischen Länder zunächst unterschichtet, dann teilweise überrundet. Die Finanz- und Eurokrise hatte vor allem in Südeuropa, aber auch in manchen postkommunistischen Ländern erhebliche negative Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand. Entsprechende Unterschiede lassen sich auch in der Zufriedenheit der Bürger in den verschiedenen Ländern mit ihren Lebensbedingungen beobachten.

Wie die Bürger die aktuellen Bedingungen bewerten und welche Erwartungen sie für die nächsten zwölf Monate hegen, ist in Tabelle 1 dargestellt. Die subjektive Bewertung der Lebensqualität im eigenen Land zeigt deutlich den Unterschied zwischen dem Norden und Westen einerseits und dem Süden und Osten andererseits. Die skandinavischen Länder stehen mit den Niederlanden, Luxemburg und Deutschland an der Spitze, wo über 90 % der Befragten die Lebensqualität in ihrem Land als »gut« oder »sehr gut« bewerteten. In den übrigen westlichen Ländern sind dies um die 80 %, während der Anteil in den östlichen Teilen Europas zumeist bei nur einem Drittel und bei den jüngsten Mitgliedern Rumänien, Bulgarien und Kroatien unter einem Viertel liegt. Ausnahmen von diesem Muster sind zum einen die vergleichsweise schlechte Bewertung der Lebensqualität in Frankreich und zum anderen ihre sehr gute Bewertung in Malta. Das beobachtete Gefälle zieht sich auch durch die Bewertung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie der persönlichen beruflichen Situation und der finanziellen Situation des Haushalts. Von einer dramatisch schlechten Arbeitsmarktlage berichten die Bürger in Süd-

und Südosteuropa, hier insbesondere in Griechenland, Spanien und Bulgarien, aber auch in Slowenien. Im Norden gehen die Finnen von einer schlechten, im Westen die Franzosen von einer sehr schlechten Arbeitsmarktlage aus. Vergleichsweise sehr gut bewertet ist die Lage in Deutschland, Dänemark und Malta. Der Vergleich zu den Bewertungen im Jahr 2005 zeigt die

teils dramatischen Veränderungen der letzten zehn Jahre. Die stärksten Einbrüche in der Bewertung der Arbeitsmarktlage lassen sich in Irland, Spanien und Zypern beobachten, aber auch in Finnland, Slowenien, dem Vereinigten Königreich und Italien gingen die Werte spürbar zurück. Eine massive Verbesserung hingegen ist in Deutschland und in Malta zu beobachten.

Die persönliche berufliche Situation wird zumeist deutlich besser beurteilt als die Arbeitsmarktlage, vor allem in Südeuropa (mit Ausnahme Griechenlands) und in Osteuropa (mit Ausnahme Ungarns). In Südosteuropa ist die berichtete persönliche berufliche Situation überwiegend schlecht. Am besten wird sie in Dänemark, Schweden und Österreich einge-

► Tab 1 Bewertung der aktuellen Situation und Erwartung für die nächsten 12 Monate nach Mitgliedstaaten 2015 – in Prozent

		Bewertung gegenwärtiger Bedingungen als »gut« ¹				Erwartung »besser« in 12 Monaten ²			
		Lebensqualität im Land	Lage auf dem Arbeitsmarkt ³	Persönliche berufliche Situation	Finanzielle Situation des Haushalts	Leben im Allgemeinen	Lage auf dem Arbeitsmarkt	Persönliche berufliche Situation	Finanzielle Situation des Haushalts
Nordeuropa	Dänemark	94	66 (-2)	82	93	35	47	21	28
	Finnland	91	18 (-13)	65	85	31	29	17	22
	Schweden	91	39 (+20)	82	90	41	24	28	29
Nordwesteuropa	Irland	77	38 (-45)	64	69	46	49	31	34
	Vereinigtes Königreich	75	47 (-11)	66	80	37	22	27	27
Westeuropa	Belgien	81	28 (+12)	69	73	29	23	20	20
	Deutschland	91	68 (+66)	72	82	20	14	18	15
	Frankreich	67	5 (+1)	53	68	37	26	26	28
	Luxemburg	91	53 (+2)	71	85	30	19	18	18
	Niederlande	92	39 (+1)	64	86	32	45	22	23
	Österreich	88	41 (+2)	77	76	26	24	18	21
Südeuropa	Griechenland	24	2 (-4)	28	27	22	20	13	17
	Italien	35	10 (-10)	49	57	30	32	24	25
	Malta	89	71 (+53)	69	84	34	36	22	24
	Portugal	32	8 (+5)	52	44	23	28	19	21
	Spanien	41	3 (-29)	53	59	31	33	26	26
	Zypern	38	9 (-32)	47	57	27	24	18	21
Nordosteuropa	Estland	52	30 (+5)	52	69	38	24	28	32
	Lettland	29	20 (+8)	55	57	34	26	24	29
	Litauen	39	31 (+8)	52	64	31	19	21	24
Osteuropa	Polen	36	23 (+20)	58	62	23	15	18	21
	Slowakei	31	9 (+3)	51	54	28	20	18	22
	Slowenien	37	5 (-12)	53	60	23	22	15	20
	Tschechische Republik	60	27 (+13)	57	65	22	21	14	17
	Ungarn	31	24 (+19)	38	47	21	20	14	19
Südeuropa	Bulgarien	11	5 (-1)	42	38	22	20	16	20
	Kroatien	23	10 (+9)	47	51	26	28	23	25
	Rumänien	21	11 (+3)	38	55	35	26	24	33
	EU 28	60	28	58	68	29	26	22	23

¹ Anteil der Befragten, die die aktuelle Situation als »sehr gut« oder »ziemlich gut« einschätzen.

² Anteil der Befragten, die in 12 Monaten eine bessere Situation erwarten.

³ Veränderung in Prozentpunkten gegenüber 2005 in Klammern.

Datenbasis: Eurobarometer 2015.

schätzt. Die finanzielle Situation des Haushalts schätzen die Bürger am schlechtesten in Griechenland, Portugal und Bulgarien ein, aber auch in Irland und Frankreich beurteilen sie viele als relativ schlecht.

Die Erwartungen einer Verbesserung in den kommenden zwölf Monaten fallen ziemlich verhalten aus; allgemein sind sie in Nord- und Nordwesteuropa am höch-

ten und in Osteuropa am niedrigsten. Auffällig ist, dass in Deutschland generell ebenso wenige Menschen Verbesserungen erwarten wie in Griechenland und den Ländern Osteuropas. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird am häufigsten in Dänemark, Irland und den Niederlanden erwartet, während die Befragten in Deutschland und Polen überwiegend mit

einer Verschlechterung rechnen. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der persönlichen beruflichen Situation ebenso wie eine Verbesserung der finanziellen Situation des Haushalts erwarten in Nord- und Westeuropa am häufigsten Iren, Schweden, Briten und Franzosen und in Osteuropa Esten, Letten, Kroaten und Rumänen. ▶ Tab 1

▶ Tab 2 Subjektive Lebensbedingungen und Lebenszufriedenheit nach Mitgliedstaaten 2014 – in Prozent

		Lebenszufriedenheit ^{1,5}	Zufriedenheit mit Haus/Wohnung ¹	Zufriedenheit mit Wohngelände ¹	Sicherheit bei Dunkelheit ²	Zufriedenheit mit Lebensstandard ¹	Zufriedenheit mit Freizeit ¹	Gesellschaftliche Ausgrenzung ³	Subjektives Armutsrisiko ⁴
Nordeuropa	Finnland	95 (=)	97	98	98	90	85	6	9
	Dänemark	98 (=)	96	98	91	96	89	4	16
	Schweden	98 (+2)	96	96	90	97	81	7	14
Nordwesteuropa	Irland	90 (=)	95	94	84	87	83	10	30
	Vereinigtes Königreich	94 (+6)	94	93	80	90	80	11	29
Westeuropa	Frankreich	85 (+1)	94	92	79	79	75	10	36
	Deutschland	91 (+8)	92	92	81	87	77	11	27
	Österreich	92 (+6)	93	94	84	90	79	5	21
	Belgien	93 (+4)	91	90	82	87	75	12	23
	Niederlande	95 (=)	96	96	91	94	88	5	20
Südeuropa	Luxemburg	96 (+1)	96	96	85	93	77	5	22
	Griechenland	43 (-22)	81	67	61	55	66	10	56
	Portugal	50 (-10)	88	83	81	62	74	9	38
	Italien	66 (-7)	88	78	63	63	67	14	33
	Spanien	74 (-11)	92	85	79	70	75	5	43
	Zypern	82 (-2)	89	82	72	76	69	9	44
Nordosteuropa	Malta	91 (+6)	95	93	89	89	66	3	10
	Lettland	70 (+9)	74	69	72	60	65	12	48
	Litauen	72 (+19)	76	80	66	56	76	16	48
Osteuropa	Estland	78 (+11)	84	80	82	70	73	10	29
	Ungarn	62 (+8)	74	64	60	55	56	12	46
	Slowakei	72 (+9)	85	80	77	65	66	10	44
	Polen	79 (+11)	78	70	85	68	68	12	32
	Tschechische Republik	79 (-4)	86	95	78	73	75	9	19
Südeuropa	Slowenien	84 (-6)	89	84	93	74	74	5	37
	Bulgarien	44 (+15)	73	47	60	35	62	20	35
	Rumänien	55 (+11)	78	69	77	62	61	13	34
	Kroatien	67 (+1)	86	71	89	62	75	10	47
EU 28		80	89	85	77	76	74	10	32

1 Anteil der Befragten, die »sehr« oder »ziemlich zufrieden« sind.

2 Anteil der Befragten, die sich »sehr« oder »ziemlich« sicher fühlen

3 Anteil der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« oder »teilweise« zustimmen: Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgegrenzt.

4 Anteil der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« oder »teilweise« zustimmen: Ich sehe für mich das Risiko, von Armut betroffen zu werden.

5 Veränderung gegenüber 2005 in Klammern.

Datenbasis: Eurobarometer 2014.

In der allgemeinen Lebenszufriedenheit spiegeln sich die Rahmenbedingungen wider: In Nord-, Nordwest- und Westeuropa sind 90 % und mehr mit ihrem Leben zufrieden, einzig Frankreich weist eine geringere Lebenszufriedenheit auf. In Südeuropa zeigt sich die ganze Spanne von sehr großen Anteilen Zufriedener in Malta bis zu sehr geringen Anteilen in Griechenland, Portugal und Italien. In Nordost- und Osteuropa liegt der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, auf einem mittleren Niveau, während er in Südosteuropa gleichauf mit den schlechtesten Werten in Südeuropa liegt. Die Veränderungen in den Anteilen Zufriedener gegenüber dem Jahr 2005 unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländergruppen: Im Norden und Westen Europas bleiben die Anteile weitgehend stabil, während sie im Osten Europas durchgehend leicht ansteigen und im Süden deutlich zurückgehen.

Bei den spezifischen Zufriedenheiten mit Wohnung, Wohngebiet und Lebensstandard zeigt sich ein ähnliches Bild mit einigen Abweichungen. Die Anteile der Zufriedenen mit dem Haus oder der Wohnung sowie mit dem Wohngebiet sind in fast allen postkommunistischen Ländern gering; nur Slowenien, Tschechien und Kroatien treten hier positiv hervor. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Gefühl der Sicherheit im Dunkeln. Neben den Nordeuropäern fühlen sich die Slowenen, Niederländer und Kroaten zu rund 90 % sicher, während sich in Ungarn, Bulgarien, Griechenland und Italien nur rund 60 % bei Dunkelheit sicher fühlen. Die Anteile Zufriedener mit der zur Verfügung stehenden freien Zeit variieren nicht so stark zwischen den Regionen, folgen aber dem gleichen Muster: Vier Fünftel der Nord- und Westeuropäer sind zufrieden mit der freien Zeit gegenüber zwei Dritteln der Süd- und Osteuropäer.

Ein Zehntel der EU-Bürger fühlt sich gesellschaftlich ausgegrenzt. Am stärksten ist dieses Gefühl bei Bulgaren, Litauern und Italienern. Das Ausmaß der subjektiven Prekarität zeigt sich im subjektiven Armutrisiko. Ein Drittel der EU-Bürger

sieht sich von Armut bedroht. Jeder sechste Nordeuropäer, jeder vierte Westeuropäer und jeder dritte Nordwesteuropäer teilt diese Befürchtung. In Südeuropa und im postkommunistischen Europa befürchtet jeder dritte bis jeder zweite von Armut betroffen zu werden. Nur in Malta und der Tschechischen Republik ist diese Furcht geringer. ▶ Tab 2

Betrachtet man das Gesamtbild, so zeigt sich ein stabiles Gefälle von Nordwest nach Südost, wobei in Südeuropa viele Indikatoren auf gleichem Niveau liegen wie in Ost- und Südosteuropa. In Nordost- und Südosteuropa sind dabei die Hoffnungen auf Verbesserung am größten, während Teile Südeuropas, insbesondere Griechenland und Portugal, eine weitere Verschlechterung ihrer ohnehin schwierigen Situation erwarten. Eine Verschlechterung befürchten auch die Franzosen und Briten. Besonders auffällig ist jedoch der negative Ausblick der Deutschen, gerade auch vor dem Hintergrund der außergewöhnlich guten Gesamtsituation.

15.2.2 Einstellungen zu Europa

Die Europäische Union hat einen zunehmend sichtbaren Einfluss auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedsländern. Entsprechend sind das Vertrauen in die europäischen Institutionen und die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU von wachsender Bedeutung. Betrachtet man die Einstellungen der Bürger zur EU, so zeigt sich ein anderes Muster als bei der Betrachtung der Lebensverhältnisse und auch ein anderes Bild als in früheren Zeiten. Bis vor der Krise wiesen die Südeuropäer die größte Europa-begeisterung auf, während die Gründungsmitglieder verhaltene Unterstützung und die Briten und Dänen die größte Reserviertheit zeigten. Die Bürger der postkommunistischen Länder sahen hingegen mit Hoffnung auf Europa. Heute finden sich in Südeuropa (mit Ausnahme Maltas) die EU-kritischsten Bürger. Nur rund jeder dritte Südeuropäer ist mit dem Funktionieren der Demokratie in

der Europäischen Union zufrieden, gegenüber jedem zweiten in den übrigen Teilen der EU. Die Briten zeigen ebenfalls geringe Zufriedenheit mit der EU-Demokratie und haben außerdem das geringste Vertrauen in die europäischen Institutionen. Das Vertrauen in das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank ist auch bei Spaniern, Griechen und Zyprioten mit Werten zwischen einem Fünftel und einem Drittel äußerst gering. Über die Hälfte der Bürger vertrauen diesen Institutionen in Nordeuropa, aber auch in den postkommunistischen Ländern liegt das Vertrauen zwischen 40 und 60 % und damit höher als in Deutschland oder Frankreich. Betrachtet man das Institutionenvertrauen im Zeitverlauf (hier nicht dargestellt), so zeigt sich ein deutlicher Einbruch in den Jahren 2011 bis 2013, insbesondere in den südeuropäischen Ländern sowie in Slowenien und der Tschechischen Republik. Seit 2014 erholen sich diese Werte wieder langsam, doch bleiben sie in Südeuropa deutlich hinter früheren Werten zurück. In diesen Ländern hat die Eurokrise einhergehend mit harten Sparpaketen ihren Tribut an Vertrauen in die europäischen Institutionen gekostet. Bei den jüngsten EU-Mitgliedern Rumänien, Bulgarien und Kroatien ist das Vertrauen hingegen hoch. ▶ Tab 3

Die Zufriedenheit mit einem politischen System ist auch davon abhängig, inwieweit die Bürger den Eindruck haben, dass ihre Stimme Gewicht hat und dass sie gegebenenfalls durch Aktionen und Interessengemeinschaften Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen könnten. Dieses Gefühl, dass die eigene Stimme im politischen System der EU zählt, ist dabei nicht unabhängig von dem entsprechenden Gefühl in Bezug auf das politische System des eigenen Landes. Wie der Vergleich zwischen den EU-Ländern zeigt, korrespondieren beide Werte miteinander, wobei generell das Gefühl des politischen Einflusses im eigenen Land höher ist als in der EU. Auch hier führen die Länder im Norden und Westen Europas die Tabelle an: Mehr als vier von fünf Skandinaviern den-

► Tab 3 Einstellungen zur Europäischen Union nach Mitgliedstaaten 2015 – in Prozent

		Zufriedenheit mit EU-Demokratie ¹	Vertrauen in Europäisches Parlament ²	Vertrauen in Europäische Kommission ²	Vertrauen in Europäische Zentralbank ²	Stimme zählt in EU ³	Stimme zählt im Land ³	Mehr Kompetenzen zur EU ³	Image der EU ⁴
Nordeuropa	Dänemark	68	63	60	61	68	92	29	39
	Finnland	56	62	59	60	59	83	30	37
	Schweden	51	60	54	54	69	92	26	42
Nordwest-europa	Irland	58	49	46	40	48	61	64	57
	Vereinigtes Königreich	40	29	27	26	31	53	32	32
Westeuropa	Belgien	57	54	51	43	54	61	44	43
	Deutschland	48	47	39	32	58	76	45	45
	Frankreich	42	37	34	28	41	67	51	37
	Luxemburg	60	57	56	51	50	54	31	52
	Niederlande	50	54	55	55	59	82	58	42
	Österreich	45	41	39	40	46	75	62	29
Südeuropa	Griechenland	28	32	22	19	20	39	65	25
	Italien	40	42	39	35	26	27	47	38
	Malta	59	63	58	59	60	69	65	51
	Portugal	33	43	42	38	39	48	65	42
	Spanien	38	30	27	22	32	39	68	34
	Zypern	29	31	26	23	19	23	57	24
Nordosteuropa	Estland	53	50	48	45	27	41	60	49
	Lettland	59	45	43	38	23	38	58	39
	Litauen	64	65	63	56	34	34	44	55
Osteuropa	Polen	61	46	46	37	47	63	65	53
	Slowakei	45	51	46	45	40	57	48	38
	Slowenien	49	41	42	37	42	52	57	37
	Tschechische Republik	55	41	39	42	26	46	53	37
	Ungarn	52	60	60	46	47	49	73	43
Südeuropa	Bulgarien	57	56	52	46	48	46	66	55
	Rumänien	64	63	62	52	47	47	61	62
	Kroatien	63	53	49	39	64	72	47	47
EU 28		46	43	40	35	42	57	53	41

1 Anteil der Befragten, die »sehr« oder »ziemlich zufrieden« sind.

2 Anteil der Befragten, die den Institutionen »eher vertrauen«.

3 Anteil der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« oder »teilweise« zustimmen.

4 Anteil der Befragten, die ein »gutes« oder »sehr gutes« Bild von der EU haben.

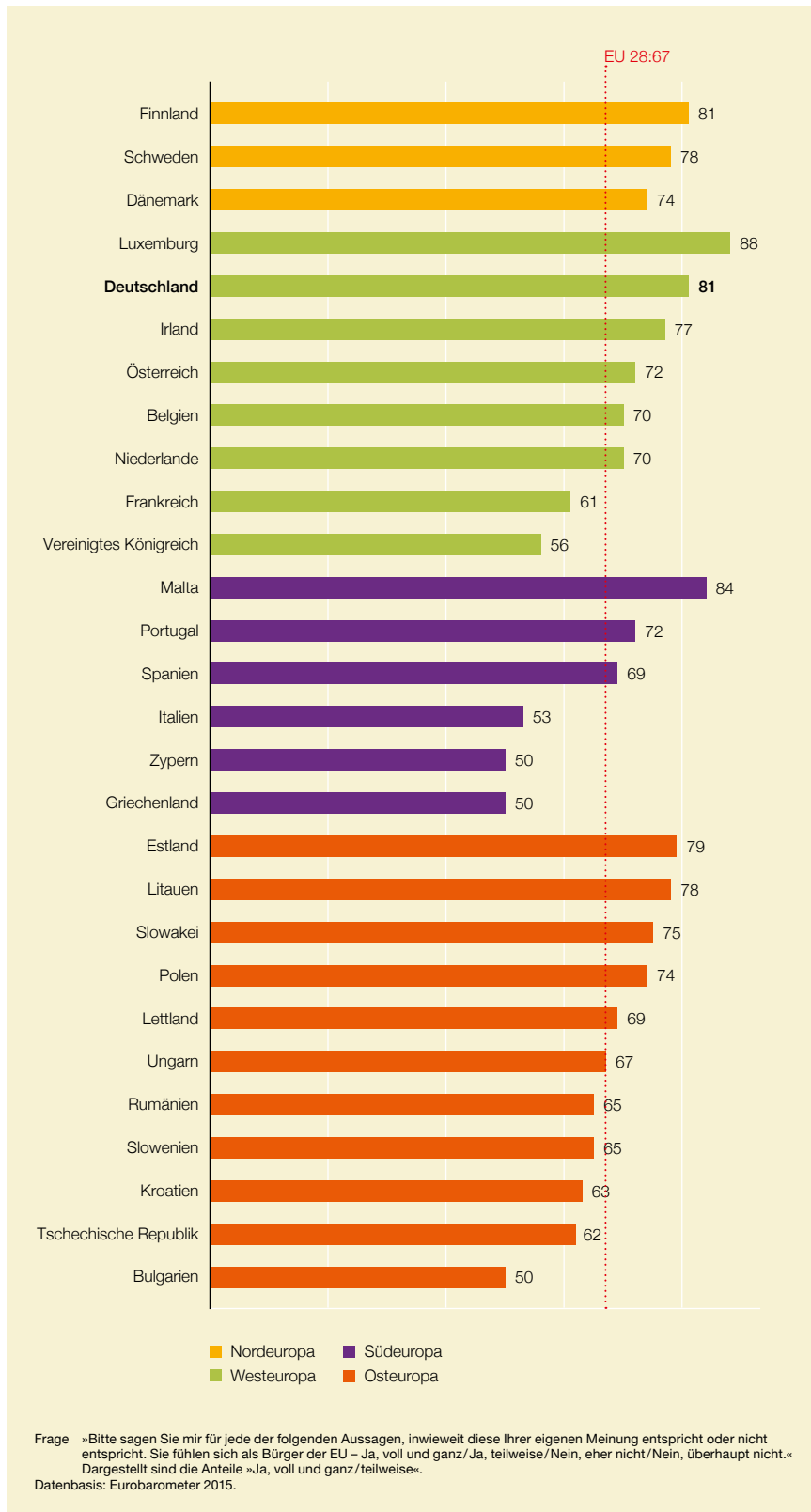
Datenbasis: Eurobarometer 2015.

ken, dass ihre Stimme in ihrem Land zählt, und rund zwei Drittel glauben das auch mit Blick auf die EU. Im Westen Europas sagen dies rund drei Viertel der Bürger über ihr Land und etwa die Hälfte in Bezug auf die EU. Eine Ausnahme bildet das Vereinigte Königreich, wo nur die Hälfte

der Befragten meint, dass ihre Stimme im eigenen Land zählt und nur 31 % in der EU. Die Südeuropäer und die Balten betrachten sich hingegen auf beiden Ebenen zu großen Teilen als einflusslos; jeweils nur rund ein Drittel der Befragten geht davon aus, dass seine Stimme im Land und in der EU

zählt. Die Ost- und Südosteuropäer sind hier etwas optimistischer; ungefähr die Hälfte der Befragten sieht Einflussmöglichkeiten im eigenen Land und in der EU. Bemerkenswert sind die positiven Einschätzungen der Ungarn, die sich auf westeuropäischem Niveau bewegen.

► **Abb 1 Selbstverständnis als europäischer Bürger nach Mitgliedstaaten 2015**
 – Anteil »ja, voll und ganz« und »ja, teilweise« in Prozent



Bei der Frage, ob mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden sollen, findet eine Umkehrung der bisher beobachteten Verhältnisse statt. Ablehnend sind hier in erster Linie die Bürger Nordeuropas und Großbritanniens, aber auch die Westeuropäer zeigen sich überwiegend zurückhaltend. Einzig bei den Iren und den Österreichern sprechen sich zwei Drittel für weitere Kompetenzverlagerungen aus. Die Befragten in den südlichen und östlichen Teilen Europas sind hingegen mehrheitlich dafür, mehr Kompetenzen auf die EU zu verlagern. Ausnahmen sind hier Italien, Litauen, die Slowakei und Ungarn.

Langjährige Eurobarometer-Zeitreihen zu den Einstellungen der Bürger zur Europäischen Union wurden in den vergangenen Jahren eingestellt, sodass die Betrachtung im Zeitverlauf nicht fortgesetzt werden kann. Seit einigen Jahren wird in den Eurobarometern jedoch regelmäßig die Frage gestellt, ob die EU beim Befragten eher ein positives, ein neutrales oder ein negatives Bild hervorruft. Betrachtet man den Anteil positiver Nennungen im Ländervergleich, so lassen sich auf Länderebene keine Parallelen zu den Verteilungen der bisher besprochenen Indikatoren, in denen es im Wesentlichen um die Beurteilung der Lebenssituation geht, feststellen. Vielmehr kommt hier eine affektive Einstellung zur Europäischen Union zum Tragen. Diese ist in Südeuropa – insbesondere Griechenland und Zypern – äußerst kritisch, was sich mit den Folgen der Krisenpolitik erklären lässt. Diese hat eine deutliche Zäsur gesetzt, denn in früheren Jahren zeigten die Bürger in den südlichen Ländern den größten europäischen Enthusiasmus. Im Norden und Westen Europas haben die Bürger ein reserviert positives Bild, weniger hingegen in Österreich, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Ein besonders positives Bild von der EU haben die Mitgliedstaaten im Baltikum und in Südosteuropa sowie Irland, Luxemburg und Malta.

Abschließend soll die Frage der europäischen Identität betrachtet werden. Wie eingangs erwähnt, wird die Identifikation

als Ausdruck affektiver Zustimmung zur europäischen Integration und zur EU verstanden: In dem Maße, in dem die Bürger dem europäischen Projekt gegenüber positiv eingestellt sind, betrachten sie sich auch selbst als Teil des neuen politischen Systems. Gemessen wird die europäische Identität hier mit der Frage, ob sich die EU-Bürger selbst als solche verstehen. Auffällig ist die verbreitete Identifikation mit Europa bei den Bürgern in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas: Zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten fühlen sich als Bürger der EU. Darin sind sie gleichauf mit den Bürgern in Nord- und Westeuropa. Sogar die traditionell europakritischen Dänen sehen sich selbst zu drei Vierteln als EU-Bürger. Dagegen fallen diese Werte im Vereinigten Königreich und auch in Frankreich niedriger aus, unterboten nur von den Bürgern in Griechenland, Zypern und Italien. Betrachtet man die Entwick-

lung in Südeuropa im Zeitraum von 2010 bis 2015 (nicht dargestellt), so erkennt man, dass sich die Werte in Südeuropa bis 2013/14 abwärts entwickelt haben und die Entwicklung seitdem wieder leicht aufwärts gerichtet ist. ▶ Abb 1

In der subjektiven Bewertung der Lebensbedingungen der Europäer beobachten wir Diskrepanzen zwischen den Mitgliedsländern, die eng der Wohlfahrtsentwicklung folgen, mit Nordeuropa an der Spitze, gefolgt von Westeuropa gegenüber Süd- und Osteuropa. In den politischen Bewertungen der Europäischen Union schlagen sich in Südeuropa die Folgen der Staatsschuldenkrise und Austeritätspolitik der letzten Jahre nieder. Die Bürger in den postkommunistischen Ländern tendieren eher zu einer hoffnungsvollen Haltung mit Blick auf zukünftige Entwicklungen. Unabhängig von traditionell europakritischen Haltungen, wie etwa im Vereinigten Königreich, haben Veränderungen von

Lebensstandard und Wohlfahrt langfristig sichtbare Auswirkungen auf die Zustimmung zur europäischen Integration und zur EU, sodass der Förderung von Wohlstand und Lebensqualität eine zentrale Rolle für das Gelingen des europäischen Projekts zukommt. Insbesondere die Situation von ungleicher Entwicklung, wenn manche Mitgliedsländer sich sehr positiv entwickeln, während andere schwere Krisen erleben, führt zu der Gefahr einer zunehmenden ökonomischen und politischen Spaltung innerhalb der EU. Somit bestätigt sich erneut, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten eine wichtige Voraussetzung für die weitere Vertiefung der europäischen Integration darstellt.

Datengrundlagen

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Herausgeber

**Kontakt zum
Statistischem Bundesamt**
www.destatis.de

**Veröffentlichungen zum
Download oder Bestellen**
www.destatis.de/publikationen

Zentraler Auskunftsdienst
www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Montag bis Donnerstag 8 bis 12 Uhr
und 13 bis 16 Uhr, Freitag 8 bis 12
und 13 bis 15 Uhr

**Pressestelle und journalistischer
Informationsservice**
presse@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr
und Freitag 8 bis 15 Uhr

Informationen zu den Ergebnissen der Bundesstatistik

Die Beiträge des Statistischen Bundesamtes (Destatis) basieren auf amtlichen, durch Bundesgesetze geregelten Statistiken. Für alle Statistiken werden Informationen zu den verwendeten Methoden und Definitionen sowie zur Qualität der statistischen Ergebnisse in den sogenannten Qualitätsberichten im Internet veröffentlicht.

Die Beiträge der sozialwissenschaftlichen Forschung liefern in einigen Fällen Informationen zu den gleichen Sachverhalten, greifen jedoch auf andere Datenquellen zurück. Dabei können die Ergebnisse voneinander abweichen. Die Ursachen liegen in methodischen und konzeptionellen Unterschieden bei der Datenerhebung. Dabei kann es sich um abweichende Berichtszeiträume oder Stichtage, unterschiedliche Definitionen und Abgrenzungen einzelner Merkmale oder unterschiedliche Methoden der Datengewinnung handeln.

Autorinnen und Autoren

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Herausgeber

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

Dr. Claire Grobecker
Wanderungs- und Bevölkerungsstatistik

Olga Pötzsch
Demografischer Wandel

Bettina Sommer
Geburten und Sterbefälle,
Demografischer Wandel

2.1 Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung

Elle Krack-Roberg
Ehescheidungen

Stefan Rübenach
Kindertagesbetreuung

Bettina Sommer
Eheschließungen

Julia Weinmann
Familien und Lebensformen

Andrea Wolff
Kindertagesbetreuung

2.2 Kinderlosigkeit

Olga Pötzsch
Kinderlosigkeit

3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungs- niveau und Bildungsbudget

Dr. Iris Gönsch
Sozioökonomischer Status von
Schülerinnen und Schülern

Udo Kleinegees
BAföG, Bildungsniveau, Bildung,
Weiterbildung

Christiane Krüger-Hemmer
Bildung, Weiterbildung

Andrea Malecki
Schulen, Hochschulen

Arne Schmidt
Bildungsfinanzen

Dr. Meike Vollmar
Berufsausbildung

4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Dr. Susana Garcia Diez
Wohlfahrtsmessung

Tanja Mucha
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

4.2 Öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst

Dr. Alexandros Altis
Personal im öffentlichen Dienst

Klaus Jürgen Hammer
Steuern

Nora Heil
Öffentliche Unternehmen

Simone Scharfe
Schulden und Finanzvermögen
der öffentlichen Haushalte

Renate Schulze-Steikow
Öffentliche Finanzen

5.1 Arbeitsmarkt

Anja Crößmann
Arbeitsmarkt

Frank Schüller
Arbeitsmarkt

5.2 Verdienste

Sandra Klemt
Verdienste

Sabine Lenz
Verdienste

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Sylvia Behrends

Einnahmen, Ausgaben, Ausstattung privater Haushalte

Matthias Bieg

Verbraucherpreise

Silvia Deckl

Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien

Walter Joachimiak

Überschuldung

Kristina Kott

Einnahmen, Ausgaben, Ausstattung privater Haushalte

Sigrun Krämer

Verbraucherpreise

Jenny Neuhäuser

Privatinsolvenzen

6.2 Armutsgefährdung und materielle Entbehrung

Kristina Kott

Armutsgefährdung und materielle Entbehrung

Birgit Kuchler

Armutsgefährdung und materielle Entbehrung

7.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Dr. Gunter Brückner

Migration

Florian Götttsche

Migration

9.1 Wohnsituation und Mietkosten

Kristina Kott

Subjektive Belastungen

Katarzyna Kowalska

Miete und Mietbelastung im Mikrozensus

Anja Krause

Gebäude- und Wohnungszählung

Birgit Kuchler

Subjektive Belastungen

Ulrike Timm

Gebäude- und Wohnungszählung

10.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Karin Böhm

Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Ute Bölt

Stationäre Versorgung

Evelyn Laue

Krankheit und Unfallverletzung, gesundheitsrelevante Faktoren

Heiko Pfaff

Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit

Torsten Schelhase

Todesursachen

Jutta Spindler

Diagnose und Behandlung im Krankenhaus

Julia Weinmann

Krankenversicherung

10.4 Soziale Sicherung

Dr. Klaus-Jürgen Duschek

Mindestsicherungssysteme

Heiko Pfaff

Sozialbudget

Johannes Proksch

Mindestsicherungssysteme

Markus Ramacher

Asylbewerberleistungen, Wohngeld

Stefan Rübenach

Elterngeld

Kathrin Schäfer

Elterngeld

Dorothee von Wahl

Kinder- und Jugendhilfe

11.2 Berufspendler

Frank Schüller

Erwerbstätige Pendler

Christian Wingerter

Erwerbstätige Pendler

12.1 Zeitverwendung und Ausgaben für Freizeitaktivitäten

Kristina Kott

Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten

Carola Kühnen

Zeitverwendung

Anja Liersch

Kulturausgaben

Lucia Maier

Zeitverwendung

13.1 Teilnahme am politischen Leben durch Wahlen

Brigitte Gisart

Wahlen

15.1 Leben in der Europäischen Union

Johanna Mischke

Europäische Statistiken

Redaktionsleitung:

Kerstin Hänsel

Redaktion:

Daniela Hartmann

Renate Martin

Marion Petter

Datengrundlagen

Wissenschafts- zentrum Berlin für Sozial- forschung (WZB)

Herausgeber

**Kontakt zum
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung**
www.wzb.eu

**Veröffentlichungen zum
Download oder Bestellen**
www.wzb.eu/de/publikationen

Allgemeiner Informationsservice
www.wzb.eu/de/kontakt
Telefon: +49 (0) 30/2 54 91-0

**Pressestelle und journalistischer
Informationsservice**
www.wzb.eu/de/presse
Telefon: +49 (0) 30/2 54 91-513

Datengrundlagen der wissenschaftsbasierten Sozialberichterstattung in Deutschland

Mareike Bünning, Alina Juckel

Für eine wissenschaftsbasierte Sozialberichterstattung stehen in Deutschland eine Reihe von Daten aus langfristigen Erhebungsprogrammen der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, die für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind, darunter insbesondere das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) sowie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Darüber hinaus können für die Sozialberichterstattung in Deutschland zunehmend auch supranationale Surveys genutzt werden, die dann auch die Möglichkeit bieten, die Lebensverhältnisse in Deutschland in einem internationalen – insbesondere europäischen – Kontext zu betrachten und zu bewerten. Von Fall zu Fall werden zu einzelnen Themen auch weitere spezielle Datensätze herangezogen, auf die an dieser Stelle nicht umfassend eingegangen wird.

Ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Beiträge dieses Datenreports beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels – SOEP (www.diw.de/soep, 10.02.2016). Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 zwei Ausgangsstichproben (Deutsche und Ausländer) in der damaligen Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt werden. Das SOEP zeichnet sich durch eine hohe Stichprobenstabilität aus. 1984 beteiligten sich in Westdeutschland 5863 Haushalte mit 16099 erfolgreich befragten Personen an der Erhebung; in Ostdeutschland wurden 1990 2158 Haushalte mit 6014 Personen befragt. Eine Zuwandererstichprobe mit 1559 Personen in 524 Haushalten wurde 1995 ergänzt. Eine weitere Migrantenstichprobe von 7420 Personen in 2703 Haushalten wurde 2013 das erste Mal befragt. Im Jahr 2002 konnte zudem eine Überrepräsentation von Haushalten von Hoch-einkommensbeziehern realisiert werden. Diese Stichprobe umfasste 1224 Haushalte mit 3364 Befragungspersonen. In den Jahren 2010 und 2011 wurden drei Stichproben ergänzt, die bestimmte Familientypen umfassen. In diesem Rahmen wurden 20087 Personen in 5498 Haushalten befragt. Des Weiteren wurden in den Jahren 1998, 2000, 2006, 2009, 2011 und 2012 Ergänzungsstichproben gezogen, um auf Basis einer großen Fallzahl bessere Analysen kleiner

Teilgruppen der Bevölkerung zu ermöglichen. Im Jahr 2014 zählten alle Stichproben zusammengekommen 38987 Personen in 19527 Haushalten.

Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungsbereichs »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim konzipiert und wird nunmehr in Form einer »forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung« im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführt. Die SOEP-Gruppe gibt die Daten an die interessierte Fachöffentlichkeit weiter und erstellt eigene Analysen. Die Feldarbeit führt TNS Infratest Sozialforschung (München) durch. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP insbesondere darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch Längsschnittinformationen zu weiteren Aspekten der sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse, wie zum Beispiel Weiterbildung und Qualifikation, Soziale Sicherung, Familie und soziale Netze und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen erhoben.

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – ALLBUS (<http://www.gesis.org/allbus>, 10.02.2016) ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für das Forschungsprogramm und das Gesamtdesign der ALLBUS-Erhebungen ist eine Gruppe der Abteilung »Dauerbeobachtung der Gesellschaft« bei GESIS, dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) ALLBUS bei GESIS in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, Wertorientierungen und Grundeinstellungen sowie

der Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben. Zu den thematischen Schwerpunkten des ALLBUS 2010 gehörten »Freundschaftsbeziehungen«, 2012 insbesondere »Religion und Weltanschauung« und 2014 »Soziale Ungleichheit« als Replikation von 1984, 1994 und 2004. Seit der Erhebung von 2000 wird der ALLBUS in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt. Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten leben. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung (Deutsche und Ausländer) in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1991 rund 3000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettofallzahl 2400 Befragte in den alten und 1100 Befragte in den neuen Bundesländern.

Zu den supranationalen Surveys, die für einzelne Kapitel des Datenreport 2013 Verwendung finden, gehören insbesondere die Eurobarometer-Umfragen (EB) (<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion>, 10.02.2016), der European Social Survey (ESS) (<http://www.europeansocialsurvey.org>, 10.02.2016), das International Social Survey Programme (ISSP) (<http://www.issp.org>, 10.02.2016) sowie die Daten von Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, 10.02.2016). Die Eurobarometer-Surveys werden von der Europäischen Kommission mindestens zweimal jährlich in allen Mitgliedsländern sowie darüber hinaus auch in den Beitrittsländern der Europäischen Union durchgeführt. Sie umfassen ein breites Spektrum von gleichbleibenden und wechselnden Fragen zu verschiedenen gesellschafts- und europapolitisch relevanten Themen. Der European Social Survey (ESS) ist eine wissenschaftsbasierte Umfrage, die von der Europäischen Kommission, der European Science Foundation und den nationalen Forschungsförderungseinrichtungen finanziert wird. Der ESS wurde in einer ersten Welle in den Jahren 2002/2003 in 22 europäischen Ländern, in der zweiten Welle in den Jahren 2004/2005 in 24 Ländern, in der dritten Welle in den Jahren 2006/2007 in 25 Ländern, in der vierten Welle in den Jahren 2008/2009 in 30 Ländern, in der fünften Welle 2010 in 27 Ländern, in der sechsten Welle 2012 in 28 Ländern und in der siebten Welle 2014 in 22 Ländern durchgeführt. Der ESS umfasst sowohl ein gleichbleibendes Kernmodul von Fragen als auch wechselnde Themenschwerpunkte. Das International Social Survey Programme (ISSP) entstand aus einer Kooperation zwischen dem ALLBUS, dem amerikanischen General

Social Surveys (GSS), dem British Social Attitudes Survey (BSA) und der Australian National University mit dem Ziel, vergleichbare Daten für mehrere Länder zu erheben. Der ISSP wird seit 1985 jährlich mit wechselnden Schwerpunktthemen in immer mehr Ländern durchgeführt. Insgesamt haben sich weltweit bisher 53 Länder an der Erhebung beteiligt.

Für den Datenreport 2016 wurden auch Daten an der Schnittstelle zwischen amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung genutzt. Zum einen handelt es sich um sogenannte Scientific Use Files (SUF) der umfangreichen Daten der Deutschen Rentenversicherung, zum anderen um die einschlägigen Umfragen der Gesundheitsberichterstattung des Robert Koch-Institutes. Für den ersten Fall stellt das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV), das beim Grundsatz- und Querschnittsbereich der Deutschen Rentenversicherung Bund angesiedelt ist, der Wissenschaft und Forschung Mikrodatensätze aus dem Bestand ihrer prozessproduzierten Daten zur Verfügung. Im zweiten Fall handelt es sich um »Daten zur Gesundheit in Deutschland Aktuell« (GEDA), wozu im Rahmen des bundesweiten Gesundheitsmonitorings das Robert Koch-Institut, Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitsberichterstattung, regelmäßig telefonische Gesundheitsbefragungen bei 26000 Personen (2012) durchführt.

Autorinnen und Autoren

Wissenschafts- zentrum Berlin für Sozial- forschung (WZB)

Herausgeber

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Mareike Bünning
wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Projektgruppe der Präsidentin

Dr. habil. Weert Canzler
wissenschaftlicher Mitarbeiter in der
Forschungsgruppe »Wissenschaftspolitik«

Prof. Dr. Reinhard Pollak
Leiter der Projektgruppe »Nationales Bildungs-
panel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen«

Prof. Dr. Bernhard Weißels
wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung
»Demokratie und Demokratisierung«

Ansprechpartner: mareike.buenning@wzb.eu

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin):

Dr. Jan Goebel
stellvertretender Leiter des SOEP

Dr. Markus M. Grabka
Dr. Peter Krause
wissenschaftliche Mitarbeiter im SOEP

Christian Westermeier
Doktorand im SOEP

Karl Brenke
Referent des DIW-Vorstands

Ansprechpartner: soepmail@diw.de

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim:

Dr. Angelika Scheuer
Leiterin des Teams »European Social Survey«

Dr. Stefan Weick
Michael Blohm
Jessica G. Walter
wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in der
Abteilung »Dauerbeobachtung der Gesellschaft«

Robert Koch-Institut Berlin:

PD Dr. Thomas Lampert
Leiter des Fachgebiets »Soziale Determinanten
der Gesundheit«

Dr. Lars Eric Kroll
stellvertretender Leiter des Fachgebiets
»Soziale Determinanten der Gesundheit«

Dr. Benjamin Kuntz
Jens Hoebel
Stephan Müters
wissenschaftliche Mitarbeiter in diesem
Fachgebiet

Weitere Autoren:**Dr. Rembrandt D. Scholz**

wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Max-Planck-Institut für demografische
Forschung in Rostock

Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld

Leiterin der Forschungsgruppe »Lebenslauf,
Sozialpolitik und Familie« am Max-Planck-Institut
für demografische Forschung in Rostock und
Professorin für Soziologie an der Hertie School
of Governance in Berlin

Dr. Sandra Krapf

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut
für Soziologie und Sozialpsychologie der
Universität zu Köln

Dr. Elke Hoffmann

wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des
Statistischen Informationssystems GeroStat am
Deutschen Zentrum für Altersfragen in Berlin

Dr. Laura Romeu Gordo

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen
Zentrum für Altersfragen in Berlin

Prof. Dr. Ingrid Tucci

CNRS-Forscherin beim Laboratoire d'Economie
et de Sociologie du Travail (LEST) der Aix Marseille
Université in Frankreich.

PD Dr. Ralf K. Himmelreicher

Privatdozent am Institut für Soziologie der
Freien Universität Berlin und Senior Scientist in
der Geschäfts- und Informationsstelle für den
Mindestlohn

Prof. Dr. Annette Spellerberg

Professorin für Stadtsoziologie an der
Technischen Universität Kaiserslautern

Prof. Dr. Heiner Meulemann

Professor für Soziologie am Institut für Soziologie
und Sozialpsychologie der Universität zu Köln

Dr. sc. Eckhard Priller

wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata
Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft
in Berlin

Dr. Mareike Alscher

assoziierte Wissenschaftlerin am Maecenata
Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft
in Berlin

Prof. Dr. Edeltraud Roller

Professorin für Politikwissenschaft am
Institut für Politikwissenschaft der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Dieter Fuchs

Professor für Politikwissenschaft am Institut für
Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

Redaktionsleitung**Mareike Bünning**

wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Redaktion**Alina Juckel**

studentische Mitarbeiterin am
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Stichwortverzeichnis

Von A wie Abend- schule bis Z wie Zuwanderung

A

Abendschule 82, 84

Abgeordnete 392–398

Adipositas 294–295, 302–303, 309–312,
s. auch Übergewicht

Adoptionen 332–333

Akademiker s. Hochschulabsolventen

Alleinerziehende

- Alter der Kinder 48, 54
- Anzahl/Anteil 39–40, 43–44, 47, 51–52
- Arbeitslosengeld 319–320
- Armut 171–173, 187–188, 449–450
- Einkommen 53, 152, 154–155
- Erwerbsarbeit/unbezahlte Arbeit 364–367
- Erwerbstätigkeit 55–56
- Erzieherische Hilfen 332
- Haushaltsausstattung 161, 164–166
- Kinderbetreuung 365–367
- Konsumausgaben 158–159, 375–376
- Mütter/Väter 48
- Steuern und Abgaben 154
- Verkehrsmittelnutzung 344–345
- Wohnsituation 264–271
- Zeitaufwand für Kinderbetreuung 366–367
- Zufriedenheit 76–77

Alleinlebende

- Alter 49
- Anzahl/Anteil 44, 49, 264
- Armut 172–173, 187–188, 449
- Einkommen 152, 155
- Erwerbsarbeit/unbezahlte Arbeit 364
- Europäische Union 437–438
- Haushaltsausstattung 161, 164, 166
- Konsumausgaben 158–159, 375–376
- Schulden 168
- Steuern und Abgaben 154
- Verkehrsmittelnutzung 345
- Wohnsituation 265–271

Alleinstehende 43–44, 47–49

Altenquotient 16–17, 27

Altersarmut 171–173, 184–188, 190,
234–235, 334–339

Altersaufbau der Bevölkerung 16–17,
23–26, 33, 81, 226

Altersrenten

- Lebenserwartung 30
- Lohnentwicklung 334–335
- Männer/Frauen 336–339
- Migrationshintergrund 71
- Ost-West-Vergleich 335–339
- Rentenentwicklung 199, 335–339

Altersstruktur

- Migrationshintergrund 65–66, 225–226
- Regionen 365
- Veränderung 16–17, 27, 34

Ältere Menschen

- Alleinlebende 49
- Altersrenten 334–339
- Arbeitszeiten 137
- Armut 171–173, 184–188, 190, 234–235,
334–339
- Bevölkerungsanteil 16–17, 26–27, 34
- Einstellungen zur Rolle von
Frau und Mann 428, 430
- Erwerbsquote 129–130, 444–445
- Freizeit 370–372
- Gesundheitszustand 276
- Grundsicherung 322–324
- Internetaktivitäten 162
- Lebenserwartung 24–25, 30
- Migrationshintergrund 64–73, 220, 231,
234–235, 310
- Pflegebedürftigkeit 280–281
- Rauchverhalten 285
- Schwerbehinderung 279–280
- Vermögen 196
- Wohnsituation 266–267, 269

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund

- Bevölkerungsanteil 65
- Bildungsniveau 69–70
- Durchschnittsalter 65
- Einkommen 71
- Herkunft 66
- Lebensformen 68–69
- Lebensunterhalt 71
- Regionale Ansiedlung 68–69
- Soziale Situation 72
- Wohnsituation 71

Angestellte

- Armut 186–188
- Einstellungen zur Demokratie 411
- Einstellungen zur Rolle des Staates 414
- Migrationshintergrund 241–242
- Soziale Lage 203–208
- Soziale Mobilität 210–213
- Vermögen 196–197

Arbeiter

- Armut 186–188
- Einstellungen zur Demokratie 411
- Einstellungen zur Rolle des Staates 414
- Migrationshintergrund 241–242
- Soziale Lage 202–208
- Soziale Mobilität 210–214
- Vermögen 196

Arbeitnehmerentgelt 104, 110–111, 358–359, s. auch Einkommen

Arbeitsbedingungen 138

Arbeitsbelastung 136–137, 307–308

Arbeitseinkommen 139–149

Arbeitskräftepotenzial 131–132

- Arbeitslose** s. auch Erwerbslose
- Anzahl/Anteil 134–136, 320
 - Armut 172, 186–188
 - Asylsuchende 253–256
 - Definition 126–127
 - Einstellungen zur Demokratie 411
 - Einstellungen zur Rolle des Staates 414
 - Gerechtigkeitsempfinden 204, 422
 - Gesundheit 308–310
 - Migrationshintergrund 240–241
 - Soziale Lage 202–208
 - Soziale Mobilität 211
 - Soziale Sicherung 317–320
 - Sterberisiko 30
 - Vermögen 196–197
 - Zivilengagement 387, 389
 - Zukunftserwartung 423

Arbeitslosengeld I 43, 70, 134, 151, 170, 231, 318, 320
- Empfänger 320

Arbeitslosengeld II 43, 197, 317–320, 358
- Empfänger 317–320

Arbeitslosenquote 134–136

Arbeitslosenversicherung 113, 152–153, 316

Arbeitsmarkt

- Atypische Beschäftigung 132–134, 147–148, 358
- Arbeitsbedingungen 138
- Arbeitskräftepotenzial 131–132
- Arbeitslose 134–136
- Arbeitsstellen 134–136
- Arbeitszeit 137–138, 141
- Berufsgruppen 129
- Erwerbslose 126–128
- Erwerbsquote 129–131
- Erwerbstätige 126–128
- Gesundheitsbelastung 136–137
- Normalarbeitsverhältnis 132–133
- Selbstständigkeit 132–133
- Unterhaltsquelle 134–135

Arbeitsmigranten 67

Arbeitsproduktivität 111

Arbeitsstunden 127

Arbeitsunfähigkeit 306–309

Arbeitsunfälle 136–137, 276

Arbeitsvolumen 127

Arbeitszeit 137–138, 141, 363–365

Armut

- Armutsdynamik 188–190
- Armutsgefährdung 70–72, 170–173, 234–235, 449–450
- AROPE-Indikator 175–177
- Betroffenheit von Bevölkerungsgruppen 184–188
- Materielle Entbehrung 172–175
- Relative Armut 181–183

Armutsgefährdung

- allgemein 170–173
- Europäische Union 449–450
- Migrationshintergrund 70–72, 234–235

Arztbesuche 295–298

Ärztmangel 353–354

Asylanträge

- Entscheidungen 251–253
- Entwicklung 223, 246–247
- Europäische Union 436–437

Asylrecht 245–246

Asylsuchende

- Anzahl 223, 245–250
- Arbeitslose 253–256
- Beschäftigte 253–256
- Herkunftsländer 248–252
- Integration in den Arbeitsmarkt 253
- Leistungsempfänger 253–256
- Religionszugehörigkeit 251
- Soziale Struktur 250–251
- Staatliche Leistungen 324–325
- Verteilung in der Europäischen Union 247–250, 436–437

Atypische Beschäftigung 132–134, 147–148, 358

Ausbildungsförderung

- Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderung) 97–98
- Schüler-BAföG 85
- Studierenden-BAföG 95–96

Ausländer s. auch Migrationshintergrund, Bevölkerung mit

- Alter und Geschlecht 225–227
- Arbeitslose 253–256
- Arbeitsmarkteteiligung 131, 229–231, 253–256
- Armut 234–235
- Auszubildende 89
- Bevölkerungsanteil 218–221
- Bildung 100, 227–229
- Definition 64, 219

- Einkommen 232–234
- Erwerbslosigkeit 131, 254–255
- Erwerbsquote 131
- Gesundheit 310–312
- Herkunftsländer 223–225
- Lebensunterhalt 231–232
- Migrationsstatus 218–221
- Paare nach Staatsangehörigkeit 46
- Regionale Verteilung 223–225
- Schwerbehinderung 279
- Sorge vor Ausländerfeindlichkeit 241–243
- Soziale Sicherung 318–323
- Studierende 94–95
- Zuzug und Fortzug 21–23, 222–223

Aussiedler 21–22, 66–67, 221–222

Auszubildende s. auch Berufsausbildung

- Armut 186
- Berufe 88–89
- Löhne 146, 148
- Spenden 389
- Verkehrsmittelnutzung 345
- Vermögen 196–197

B

Beamte

- Armut 186, 188
- Einstellungen zur Demokratie 411
- Einstellungen zur Rolle des Staates 414
- Migrationshintergrund 241–242
- Pensionäre 122–123
- Soziale Lage 202–208
- Vermögen 196–197

Behinderte s. Schwerbehinderte

Berufe 128–129

Berufsausbildung s. auch Auszubildende

- Ausbildungsberufe 88–89
- Ausbildungsförderung 85
- Ausbildungsplätze 88
- Ausbildungsverträge 89
- Berufsschüler 82

Berufspendler 347–349

Berufsschule

- Bildungsabschluss der Eltern 86–87
- Bildungsausgaben 84–85
- Migrationshintergrund 86–87
- Schülerzahl 82–83

Berufstätigkeit s. auch Beschäftigung

- Mütter 55–57, 427–428
- Väter 56–57, 428–430

Beschäftigung

- Asylsuchende 253–256
- Deutschland 125–138
- Europäische Union 444
- Migrationshintergrund 239–242
- Regionale Unterschiede 355–358

Bevölkerung

- Altersaufbau 16–17, 26

- Bevölkerungsdichte 14–15
 - Einwohnerzahl 14–16
 - Entwicklung 14–16
 - Geburten 17–18
 - Sterbefälle 17–19
- Bevölkerungsdichte**
- Bundesländer 14
 - Deutschland 14
 - Großstädte 15
 - regional 351–353
- Bevölkerungsentwicklung**
- Deutschland 14–15
 - Europäische Union 433, 435
 - regional 15–16, 354–355
- Bevölkerungsvorausberechnung** 33–34
- Bildung**
- Abschlüsse 83–84
 - Ausbildungsförderung 85, 95–98
 - Ausgaben 85, 93, 96, 98, 100
 - Berufsausbildung 88–89
 - Bildungsniveau der Bevölkerung 98–100
 - Bildungssystem 80–83
 - Europäische Union 438–440
 - Hochschulen 89–96
 - Lehrer 84
 - Schulen 81–85
 - Schüler 81–84, 86–87
 - Zeitaufwand 369–370
- Bildung und**
- Armut 172–173, 186
 - Einstellungen zur Rolle von Frau und Mann 426–431
 - Gesundheit 303–306
 - Kinderlosigkeit 60–63
 - Migrationshintergrund 69–70, 227–229, 233, 238–239
 - Paare 44–45
 - Politische Beteiligung 402–403
 - Vermögen 196
 - Zivilengagement 387
- Bildungsbudget** 100–101
- Bildungsniveau der Bevölkerung**
- Berufliche Bildungsabschlüsse 98–99
 - Migrationshintergrund 69–70, 98, 100, 227–229, 238–239
 - Schulabschlüsse 98–99
- Bildungssystem** 80–83
- Body-Mass-Index** 284–286, 294–295
- Bruttoanlageinvestitionen** 104, 108
- Bruttoeinkommen** 140–148, 151–153
- Bruttoinlandsprodukt (BIP)**
- Entstehungsrechnung 104, 107–108
 - Entwicklung 105–106
 - Europäische Union 441
 - Regionale Unterschiede 355–356
 - Verteilungsrechnung 104, 109–110
 - Verwendungsrechnung 104, 108–109
- Bruttoinvestitionen** 108–109
- Bruttolöhne und -gehälter** 110–111
- Bruttonationaleinkommen (BNE)** 109–110
- Bruttoverdienste**
- Branchen 142, 144
 - Bundesländer 141–142
 - Leistungsgruppen 142–143
 - pro Monat 143–144
 - pro Stunde 143–144
- Bruttowertschöpfung** 106–111
- Bundesagentur für Arbeit** 104, 113, 126, 135–136, 315, 318, 320, 444
- Bundesländer im Vergleich**
- Bevölkerung 14–15
 - Bevölkerung mit Migrationshintergrund 224
 - Bevölkerungsdichte 14
 - Binnenwanderung 20
 - Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem 356
 - Bruttoverdienste 142–143
 - Eigentümerquote von Wohnungen 262
 - Elterngeld 328
 - Erzieherische Hilfen 331–332
 - Finanzvermögen und Schulden 118
 - Fläche 14–15
 - Geburten 328
 - Grundsicherung im Alter 322
 - Hilfe zum Lebensunterhalt 321
 - Kinderlosigkeit 61
 - Kindertagesbetreuung 58–59
 - Landtagswahlen 396–397
 - Länderfinanzausgleich 116
 - Leerstand von Wohnungen 264
 - Leistungen nach SGB II 319
 - Pkw-Fahrzeit zum Oberzentrum 353
 - Soziale Sicherung 318–322
 - Sozialversicherungsspflichtige Beschäftigung 357
 - Sterbealter 283
 - Sterbeziffer 283
 - Wohnfläche 267
 - Wohngeld 327
- Bundestagswahlen**
- Altersgruppen 395–398
 - Sitzverteilung 394
 - Stimmanteile 392–395
 - Wahlberechtigte 391–392
 - Wahlbeteiligung 391–396
- C**
- Chancengleichheit** 215–217
- Computer** 161–163, 370–373
- D**
- DDR** s. auch Neue Bundesländer
- Bildungsabschlüsse 70, 98–99
 - Einstellung zum Sozialismus 410
- Einstellungen zur Rolle des Staates 413
 - Einstellungen zur Rolle von Frau und Mann 435
 - Geburtenentwicklung 35
 - Rentenansprüche 323, 334–337
 - Säkularisierung 378–382
 - Vertragsarbeiter 67, 222
- Demografischer Wandel** 23–41
- Demokratie**
- Akzeptanz als Staatsform 407–408
 - Beste Staatsform 408
 - Einstellungen von Bevölkerungsgruppen 411–412
 - Einstellungen zur D. 407–412
 - Engagement 400–406
 - Wahlen 391–399
 - Zufriedenheit mit dem Funktionieren 408–410
- Dienstleistungsbereich/-sektor**
- Arbeitszeit 138
 - Beitrag zum BIP 104, 106–109
 - Erwerbstätige 128
 - Verdienste 139–149
- E**
- Ehepaare** s. auch Paare
- Alter 45–46
 - Anzahl 43–44
 - Bildungsstand 44–45
 - Eheschließungen 49–51
 - Erwerbstätigkeit 57
 - Kinder 51–55
 - Scheidungen 49–51
 - Staatsangehörigkeit 46
- Eheschließung**
- Anzahl 50
 - Einstellungen zur E. 74–75
 - Heiratsalter 50
 - Nationalität 50
 - Scheidungen 49–51
- Ehrenamt** 367–369, 383–389
- Eingetragene Lebenspartnerschaften** 46
- Einkommen**
- Armut 181–183, 184–190
 - Bruttoeinkommen 140–148, 151–153
 - Einkommensdynamik 188–190
 - Einkommensentwicklung 178–179
 - Europäische Union 448–449
 - Gesundheit 302–303
 - Migrationshintergrund 71, 232–234, 237, 241
 - Nettoeinkommen 52–53, 152–157, 169–170, 179–184, 269–273
 - Ost-West-Vergleich 183–184
 - Private Haushalte 151–157
 - Schichtung 181
 - Tarifverdienste 139–140
 - Verteilung 169–171, 180–181
- Einkommensteuer** 115–116, 152

Einstellungen zu

- Demokratie 407–412
- Europäische Union 456–459
- Familie 74–77
- Gerechtigkeit 421–423
- Gesundheit 292–294
- Heirat 74–75
- Lebensform 74–77
- Materialismus/Postmaterialismus 417–421
- Religion und Kirche 378–382
- Rolle des Staates 412–415
- Rolle von Frau und Mann 426–431
- Sozialismus 410
- Sozialstaat 412–415
- Zukunft 422–424

Einwohnerzahl

- Bundesländer 14–16
- Deutschland 14–15
- Großstädte 15

Elterngeld 327–329

Elternschaft, unverheiratete 38–40

Engagement

- politisch 400–406
- zivil 367–369, 383–389

Erwerbsbeteiligung

- Ausländer 131
- Frauen 129–131
- Migrationshintergrund 229–231
- Mütter 40–41, 55–57
- Väter 55–57

Erwerbslose s. auch Arbeitslose

- Deutschland 126–132
- Europäische Union 444, 447–450
- Migrationshintergrund 70, 72, 229–231

Erwerbspersonen 126–127

Erwerbsquote

- Deutschland 129–131
- Europäische Union 443

Erwerbstätige

- Anzahl 126–128, 133–134
- Arbeitsstunden 127
- Berufsgruppen 129
- Wirtschaftsbereiche 128
- Zeitaufwand 363–365

Europäische Union

- Armut 449–450
- Asylanträge 436–437
- Asylbewerber, Verteilung 247–250
- Auszug aus dem Elternhaus 450–451
- Beitritte/Erweiterungen 434
- Beschäftigungsentwicklung 444
- Bevölkerung 433, 435
- Bildung 438–440
- Bruttoinlandsprodukt 441
- Demografie 435
- Einkommen 448–449
- Einstellungen zur EU 456–459
- Erwerbslosigkeit 447
- Erwerbsquote 443

- Frauenerwerbstätigkeit 445
- Geburtenziffer 435
- Gender Pay Gap 445–446
- Haushaltstypen 437–438
- Identität 456–459
- Jugendarbeitslosigkeit 447–448
- Konvergenzkriterien 442
- Krankenhausbetten 451–452
- Lebenserwartung 436–437
- Lebensqualität 453–456
- Mindestlohn 446–447
- Öffentliche Schulden 442–443
- Öffentliches Defizit 442–443
- Selbstverständnis der Bürger 458–459
- Todesursachen 451–452
- Überbelegte Wohnungen 450–451
- Wirtschaftsleistung pro Kopf 441
- Zufriedenheit mit Demokratie 409

Europawahlen

- Sitzverteilung 399
- Wahlbeteiligung 398

Export 104, 108–109

F

Familie

- Alleinerziehende 44, 47–48, 51–52
- Armut 187–188
- Bildungsabschlüsse der Eltern 86–87
- Ehepaare 43–44, 51–52
- Eheschließungen 49–50
- Einkommen 52–53, 152–155, 271
- Einstellungen zur Familie 74–77, 430–431
- Erwerbsarbeit/unbezahlte Arbeit 364
- Familienformen 51–52
- Familiengröße 52
- Haushaltsausstattung 190–195
- Kinderlosigkeit 60–63
- Kinderzahl 52
- Konsumausgaben 374–377
- Lebensformen 37–40, 43–49, 51–53, 437
- Mieten 267–271
- Migrationshintergrund 220–223
- Rolle von Frau und Mann 426–431
- Scheidungen 49–50
- Sorgerecht 51
- Steuer- und Abgabenlast 154
- Vereinbarkeit mit Beruf 55–57
- Wohnsituation 264–267

Fernsehen 370–373

Fertilität 28, 35–37, s. auch Geburtenziffer

Flüchtlinge s. Asylsuchende

Förderschule 80, 82

Frauen

- Akademische Laufbahn 93–94
- Alleinerziehende 44, 47–48, 51–52, 319
- Alter bei erster Geburt 36
- Altersrenten 338
- Arbeitskräftepotenzial 131–132
- Arbeitslosigkeit 136

- Arbeitsvolumen 127
- Arbeitszeiten 137–138
- Armut 171, 184
- Berufe 88–89
- Beschäftigte im öffentlichen Dienst 121
- Bruttoverdienste 142–143
- Bundestagsabgeordnete 393, 395
- Einstellungen zur Rolle von Frau und Mann 426–431
- Erwerbsbeteiligung 129–131
- Erwerbsbeteiligung mit Kindern 41
- Erwerbstätigkeit 55–56, 337–338, 355, 445
- Gender Pay Gap 145–146, 445–446
- Kinderlosigkeit 36, 60–63
- Kinderzahl 35–37
- Konsequenzen der Erwerbstätigkeit 428
- Lebenserwartung 29–30
- Lebensunterhalt 134–135
- Lehrkräfte 84
- Migrationshintergrund 218–243
- Niedriglohn 147–148
- Schwangerschaftsabbrüche 276
- Sterblichkeit 31, 33
- Studierendenanteil 91
- Teilzeitarbeit 121, 127
- Unbezahlte Arbeit 363–364
- Verdienstunterschied zu Männern 145–146, 445–446

Freizeit

- Aktivitäten 370–373
- Ausgaben 155–159, 373–377
- Engagement 367–369, 383–386
- Mitgliedschaft in Organisationen 403–404
- Unfälle 276

Führerscheinbesitz 344

G

Ganztagsbetreuung 58–59, s. auch Kindertagesbetreuung

Gastarbeiter 21, 218–235, 239, 246

Gebet 379–380

Geburten 17–19

Geburtenentwicklung 35–38

Geburtenziffer

- Deutschland 24, 35–36
- Europäische Union 435

Gender Pay Gap

- Deutschland 145–146
- Europäische Union 445–446

Gesundheit, persönliche

- Arbeitsbelastung 136–137, 306–308
- Arbeitslosigkeit 308–310
- Bildung 303–306
- Einkommen 302–303
- Migrationshintergrund 310–312
- Selbsteinschätzung 291–292, 303, 313
- Sorgen 293–294
- Ungleichheit 302–314
- Zufriedenheit 291–293

Gesundheitsausgaben 299**Gesundheitsversorgung** 286–290**Gesundheitswesen**

- Arztbesuche 295–298
- Einrichtungen 286–290
- Krankenhausaufenthalte 298–300
- Öffentliche Unternehmen 120–121
- Personal 287–290
- Schulen des Gesundheitswesens 82–83

Gesundheitszustand der Bevölkerung

275–286

Gewerkschaften 403–405**Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften** 46–47**Grundschule**

- Bildungsabschluss der Eltern 86–87
- Bildungsausgaben 84–85
- Lehrkräfte 84
- Migrationshintergrund 86–87
- Schülerzahl 81–83
- Unterrichtszeit 369

Grundsicherung für Arbeitsuchende

135, 316–323

Grundsicherung im Alter 71, 317, 320,

322–324, 337

Gymnasium

- Armut 186
- Bildungsabschluss der Eltern 86–87
- Bildungsausgaben 84–85
- Lehrkräfte 84
- Migrationshintergrund 86–87
- Schülerzahl 81–83
- Unterrichtszeit 369

H**Hartz IV** s. Arbeitslosengeld II**Hauptschule**

- Armut 186
- Bildungsabschluss der Eltern 86–87
- Bildungsausgaben 84–85
- Lehrkräfte 84
- Migrationshintergrund 86–87
- Schülerzahl 81–83

Haushaltsausstattung

- Fahrräder 164–165
- Haushaltsgeräte 160
- Internetanschlüsse 161–163
- PC 161–163
- Pkw 165–166
- Telefone 163–164
- Unterhaltungselektronik 160–161

Haushalte s. Private Haushalte**Heirat** s. Eheschließung**Hilfe zum Lebensunterhalt** 317–318, 320–324**Hochaltrige** 32–33**Hochschulabsolventen**

- Atypische Beschäftigung 133
- Erwerbsquote 131
- Gesundheitsbelastung durch Arbeit 308
- Kinderlosigkeit 61–62
- Migrationshintergrund 227–229
- Niedriglohn 147–148
- Politische Beteiligung 403–406
- Politisches Interesse 401–402

Hochschulen

- Absolventen 91–92
- Ausgaben und Finanzierung 92–93
- Ausländische Studierende 94–95
- BAföG 95–96
- Fächerwahl 90–91
- Personal 92
- Studienanfänger 90–91
- Studiendauer 92
- Studierendenzahl 90–91

I**Import** 104, 108–110**Internationaler Vergleich**

s. auch Europäische Union

- Asylbewerber 249–250
- Demokratie, Zufriedenheit mit 409
- Haushaltsnettovermögen 198–199
- Hochaltrige 32
- Kinderlosigkeit 36
- Vermögensungleichheit 193

Internet

- Aktivitäten 162
- Anschlüsse 161–163

Investitionen 104, 108–109, 114**J****Jugenderwerbslosigkeit**

- Europäische Union 447–448

Jugendquotient 27**K****Kinder**

- Adoptionen 332–333
- Alkoholmissbrauch 277
- Altersstruktur 54
- Armut 184, 187, 190, 449–450
- Auszug aus dem Elternhaus 54–55
- Betreuung im Haushalt 365–367, 426–431
- Bevölkerungsanteil 26
- Einkommen der Eltern 152–154
- Erwerbstätigkeit der Eltern 40–41, 55–57
- Erzieherische Hilfen 329–332
- Geburtenzahl 17–18, 24–25, 35–38, 435

- Gefährdungseinschätzungen des Jugendamtes 333
- Geschwisterzahl 53–54
- Kindertagesbetreuung 57–59, 315
- Konsumausgaben 158–164
- Lebensform der Eltern 38–40, 44, 47–48, 51–53
- Lebenssituation 53–55
- Migrationshintergrund 218–219, 234, 239
- Säuglingssterblichkeit 284
- Scheidung der Eltern 50–51
- Schulkinder 81–83, 86–87
- Soziale Mobilität 209
- Soziale Sicherung 317–322
- Sozioökonomischer Status 86–87
- Zeitaufwand für Bildung 369–370

Kinder- und Jugendhilfe 329–332**Kinderbetreuung zu Hause** 365–367**Kindergeld** 316**Kinderlosigkeit**

- Beruf 63
- Bildungsstand 61–63
- Bundesländer 61
- Quote 36–37, 60–64

Kindertagesbetreuung 57–59**Kinderwunsch** 75–76**Kinderzahl pro Frau** 35–37**Kita** s. Kindertagesbetreuung**Kirchen**

- Einstellungen zu Religion und Kirche 381
- Kirchengangshäufigkeit 378–379
- Mitgliedschaft 378–379

Klassenlage 201, 205–206**Klassenpositionen**

- Selbstrekrutierungsraten 209–211
- Vererbungsraten 211–213

Kollegschule 82, 84**Konsumausgaben** 108–109, 155–159, 370–373**Kranke und Unfallverletzte** 276–277**Krankenhausaufenthalte** 298–299**Krankenhäuser**

- Anzahl 286–287
- Behandlungsfälle 276
- Betten 287, 451–452
- Diagnosen 276–277
- Operationen/medizinische Behandlungen 277–279
- Patienten 287
- Personal 287–288

Krankenversicherung 290–291, 297, 316, 322–323

Krankenzusatzversicherung, private 300–301

L

Landtagswahlen

- Stimmanteile 397–398
- Wahlbeteiligung 397–398

Langzeitarbeitslose 148, 309

Länderfinanzausgleich 116–117

Lebensbedingungen

- Deutschland 204
- Europäische Union 453–456

Lebenserwartung

- Deutschland 17–18, 24–33, 49, 292, 294, 297, 303–304, 306, 312
- Europäische Union 436–437

Lebensformen

- Alleinerziehende 44, 47–48, 51–52, s. auch Alleinerziehende
- Alleinlebende 44, 49, s. auch Alleinlebende
- Alleinstehende 43, 47–49
- Alter und Geschlecht 39
- Ehepaare 43–46, 50–57, s. auch Ehepaare
- Einstellungen zu L. 74–77
- Lebensgemeinschaften 37–40, 43–52, s. auch Lebensgemeinschaften
- Paare 44–47, 51–57, s. auch Paare
- Subjektives Wohlbefinden 76–77

Lebensgemeinschaften, nichteheliche

- Alter 46
- Anteil 37–39, 45
- Anzahl 43–44
- Bildungsstand 45
- Elternschaft 38–40
- Kinder 51–52

Lebenslanges Lernen 96–98

Lebensstandard

- Ansprüche 421–423
- Haushaltsausstattung 160–166
- Materielle Entbehnung 172–175
- Objektive Indikatoren 204
- Regionale Unterschiede 358–359
- Subjektive Einschätzung 205
- Zufriedenheit mit Lebensstandard 359

Lebensunterhalt

- Allgemein 134–135
- Asylsuchende 253–255, 324–325
- Hilfe zum Lebensunterhalt 317–318, 320–324
- Migrationshintergrund 229–232

Lehrkräfte 84

Leiharbeit 107, 133

Lohnentwicklung 334–335

Lohnsteuer 115–116

Löhne

- Arbeitnehmerentgelt 104, 110–111, 358–359
- Bruttoeinkommen 140–148, 151–153
- Nettoeinkommen 52–53, 152–157, 169–170, 179–184, 269–273
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 110–111

M

Materielle Entbehnung 172–175

Mieten

- Bruttokaltmiete 267–272
- Mietbelastung 267–271

Migration

- Asylsuchende 223, 245–257
- Außenwanderung 21–23
- Binnenwanderung 20–21
- Gesamtwanderung 18, 20
- Zuzug von Aussiedlern 21–22

Migrationshintergrund, Bevölkerung mit

- Ältere Menschen 64–73, 219–235
- Altersstruktur 225–226
- Armutsgefährdung 185, 234–235
- Asylsuchende 223, 245–257
- Benachteiligung 241, 243
- Beschäftigung 229–231, 239–242
- Bildung 86–87, 94, 227–229, 238–239
- Definition 64, 219
- Einkommen 232–234, 237, 241
- Geschlechterstruktur 226
- Gesundheit 310–312
- Herkunftsländer 218–221, 224–225
- Historische Entwicklung 220–223
- Lebensunterhalt 231–232
- Migrationsstatus 218–221
- Regionale Verteilung 223–224
- Staatsangehörigkeit 236–237
- Wohnsituation 237
- Zufriedenheit 242–243

Mindestlohn

- Deutschland 148
- Europäische Union 446–447

Mindestsicherung 317–325

Mitgliedschaft

- Gewerkschaften 403–405
- Kirchen 378–379
- Organisationen 403–406
- Parteien 403–406

Mobilität, räumliche

- Altersgruppen 345–346
- Führerscheinbesitz 344
- Lebensphasen 345
- ÖPNV-Nutzung 342, 345–346
- Pkw-Ausstattung 164–166, 343–344
- Siedlungstypen 342–343

Mobilität, soziale s. Soziale Mobilität

N

Nettoeinkommen 52–53, 152–157, 169–170, 179–184, 269–273

Neue Bundesländer

- Altersrenten 334–339
- Armut 185–187
- Atypische Beschäftigung 358
- Bevölkerungsentwicklung 14, 354
- Binnenwanderung 20–21
- Bruttoverdienste 143
- Demokratie, Zufriedenheit/ beste Staatsform 408–409
- Einkommen privater Haushalte 153–155, 183
- Einkommensangleichung 183–184
- Einstellung zum Sozialismus 410
- Einstellungen zu Familie und Lebensformen 74–76
- Einstellungen zur Demokratie 407–415
- Einstellungen zur Rolle des Staates 412–415
- Einstellungen zur Rolle von Frau und Mann 426–431
- Erwerbsbeteiligung mit Kindern 41
- Erwerbsquoten 129–130
- Erwerbstätigkeit von Müttern 56
- Gebäudegröße 261
- Geburtenziffer 36
- Geburtsalter von Müttern 36
- Gerechtigkeitsempfinden/Zukunfts- erwartung 421–425
- Gestorbene 14
- Gesundheitszustand 292–301
- Haushaltsausstattung 160, 163, 166
- Hilfe zum Lebensunterhalt 321
- Kinder je Frau 24
- Kinderbetreuung 370
- Kinderlosigkeit 61–62
- Kindertagesbetreuung 59
- Kinderzahl 37
- Konsumausgaben 374
- Lebendgeborene 14
- Lebenserwartung 29
- Lebensform 39–40
- Lebensstandard 358
- Lebensunterhalt 135
- Lohnentwicklung 335
- Mieten 267–271
- Migrationshintergrund 69, 204
- Niedriglohn 147
- Politisches Engagement 400–406
- Religiosität 378–382
- Schülerzahl 81
- Soziale Lagen 202–208
- Soziale Mobilität 209–217
- Tarifierhöhungen 140
- Urlaub 361
- Vermögen 192, 195
- Wahlverhalten 395
- Werteorientierung 418–419
- Wohneigentum 262–263, 266
- Wohnfläche 264, 268
- Wohnungsleerstand 264
- Zivilengagement 387–389
- Zufriedenheit mit Lebensbedingungen 359

Niedriglöhne 146–148, 308, 338–339

Normalarbeitsverhältnis 132–133

O**Oberzentren** 353**Offene Stellen** 134–136**Öffentliche Entwicklungs-
zusammenarbeit** 117**Öffentliche Finanzen**

- Ausgaben 112–114
- Einnahmen 114–116
- Europäische Union 442–443
- Finanzierungssaldo 115–116
- Finanzvermögen 117–119
- Schulden 117–119
- Steuereinnahmen 114–116

Öffentliche Unternehmen 119–121**Öffentliche Verkehrsmittel**
342, 345–346**Öffentliche Verschuldung**

- Deutschland 117–119
- Europäische Union 442–443

Öffentlicher Dienst

- Personal 121–123
- Unternehmen 119–121

Ostdeutschland

s. Neue Bundesländer

P**Paare**

- Alter 44–47
- Anzahl/Anteil 44–47
- Armut 184–188
- Bildungsstand 44–45
- Ehepaare 43–46, 50–57
- Eheschließungen 49–50
- Eingetragene Lebenspartnerschaften 46
- Einkommen 53, 152–155, 271
- Erwerbsarbeit/unbezahlte Arbeit 364–367
- Erwerbstätigkeit 55–57
- Gleichgeschlechtliche Lebensge-
meinschaften 46–47
- Haushaltsausstattung 161–166
- Kinder im Haushalt 52–55
- Kinderbetreuung 365–367
- Konsumausgaben 158–159, 375–376
- Lebensform 44–47, 51–57
- Migrationshintergrund 68–69
- Scheidungen 49–50
- Staatsangehörigkeit 46
- Wohnsituation 264–271
- Zufriedenheit 76–77

Parteien 392–399, 403–406**Pendler** s. Berufspendler**Pensionäre**

- Einstellungen zur Demokratie 411
- Einstellungen zur Rolle des Staates 414
- Lebensunterhalt 134–135

- Migrationshintergrund 70, 231
- Neupensionäre 122–123
- Spenden 389
- Vermögen 196
- Wohngeld 325–326
- Zivilengagement 387

Pensionskassen 120–121**Pflegebedürftige** 279–282**Pflegedauer** 33**Pflegedienst** 281–282, 287–289**Pflegeeinrichtungen** 282**Pflegequote** 280–281**Pflegeversicherung** 113, 280, 316–317,
322–323**Pkw-Ausstattung** 164–166, 343–344**Politische Integration** 400–406**Politische Partizipation** 391–399, 401–403**Politisches Engagement** 400–406**Politisches Interesse** 400–401**Private Haushalte**

- Armut 170–173, 184–190
- Ausstattung mit Gebrauchsgütern 160–166
- Bezahlte/unbezahlte Arbeit 363–365
- Einkommen 151–157, 169–170, 178–184,
358–359
- Europäische Union 437, 448–451
- Kinder unter 18 Jahren 40
- Kinderbetreuung 367
- Konsumausgaben 155–159, 373–377
- Lebensformen 43–49, 51–55
- Materielle Entbehrung 172–175
- Migrationshintergrund 68–69, 218–235,
237, 242–243
- Pkw-Verfügbarkeit 343–344
- Privatinsolvenzen 166–167
- Steuern und Sozialabgaben 152–154
- Überschuldung/Insolvenz 166–168
- Vermögen 191–199
- Wohngeldbezug 325–327
- Wohnsituation 264–273

Privatinsolvenzen 166–167**Produzierendes Gewerbe**

- Arbeitszeiten 138
- Beitrag zum BIP 104, 106–107
- Erwerbstätige 128
- Verdienste 139–149

R**Rauchen** 284–285, 305, 311, 313**Realschule**

- Armut 186

- Bildungsabschluss der Eltern 86–87
- Bildungsausgaben 84–85
- Lehrkräfte 84
- Migrationshintergrund 86–87
- Schülerzahl 81–83

Regionale Unterschiede

- Ärztemangel 353–354
- Beschäftigung 355–358
- Bevölkerungsdichte 350–351
- Bevölkerungsentwicklung 354–355
- Fahrtzeit zum Oberzentrum 351, 353
- Lebensstandard 358–359
- Siedlungsstruktur 350–351
- Stadt- und Gemeindetypen 352
- Wirtschaftskraft 355–356
- Zufriedenheit mit Lebensbedingungen 359

Religiosität 378–382**Renten** s. Altersrenten**Rentenversicherung** 30, 152, 154, 191, 316,
323, 334–339**Rentner**

- Altersrenten 334–339
- Einstellungen zur Demokratie 411
- Einstellungen zur Rolle des Staates 414
- Gerechtigkeitsempfinden/Zukunfts-
erwartung 422–423
- Verkehrsmittelnutzung 345
- Vermögen 196
- Wohngeldbezug 325–326
- Zivilengagement 387–389

Ruhestand

- Armut 171–173, 188
- Migrationshintergrund 71, 73
- Pensionäre 122–123
- Soziale Lage 202–208

S**Säkularisierung** 378–382**Säuglingssterblichkeit** 284**Scheidungen** 50–51**Schulabschlüsse**

- Art und Anzahl 83–84
- Ausländer 100
- Bevölkerung 98–99
- Eltern 86–87
- Kinderlosigkeit 61–62
- Migrationshintergrund 70, 227–229, 238–239

Schulen

- Ausgaben je Schülerin und Schüler 84–85
- Einschulungen 81–82
- Lehrkräfte 84
- Schulabschlüsse 83–84
- Schulformen 82–83
- Schülerzahl 81–83

- Schüler**
- BAföG 85
 - Gerechtigkeitsempfinden/Zukunfts-
erwartung 422–423
 - Migrationshintergrund 86–87
 - Schulabschluss der Eltern 86–87
 - Sozioökonomischer Status 86–87
 - Verkehrsmittelnutzung 345
 - Zeitaufwand für Bildung und Lernen 369–370
 - Zivilengagement 387–389
- Schwangerschaftsabbrüche** 276
- Schwerbehinderte** 279–281
- Selbstrekutierungsdaten** 211–213
- Selbstständige**
- Anzahl 132–134
 - Arbeitslosengeld II 320
 - Arbeitszeit 138
 - Einkommen 151–153
 - Einstellungen zur Demokratie 411
 - Einstellungen zur Rolle des Staates 414
 - Kinderlosigkeit 63
 - Migrationshintergrund 242
 - Soziale Lage 202–208
 - Soziale Mobilität 210–214
 - Überschuldung 166–168
- Siedlungsstruktur** 350–354
- Smartphone** 163–164, 370–373
- Solidaritätszuschlag** 115, 153–154
- Sozialabgaben** 110, 152–153
- Sozialbeiträge** 110, 316, 358
- Sozialbudget** 315–317
- Soziale Lagen** 201–205
- Soziale Mobilität** 209–217
- Soziale Positionen** 205
- Soziale Schichten** 202–208
- Soziale Sicherung**
- Adoptionen 332–333
 - Arbeitslosengeld II 317–320
 - Asylbewerberleistungen 324–325
 - Elterngeld 327–329
 - Erzieherische Hilfen 329–332
 - Gefährdungseinschätzungen
des Jugendamtes 333
 - Grundsicherung im Alter 322–324
 - Hilfe zum Lebensunterhalt 320–322
 - Kinder- und Jugendhilfe 329–332
 - Mindestsicherung 317–325
 - Sozialbudget 315–317
 - Sozialgeld 317–319
 - Sozialhilfe 316–317, 320–324
 - Wohngeld 325–327
 - Zuständigkeit des Staates 412–414
- Soziale Ungleichheit**
- Gesundheit 302–314
 - Konzepte 201
- Sozialer Auf- und Abstieg** 209–217
- Sozialgeld** 317–319
- Sozialhilfe** 135, 316–317, 320–324, 332
- Sozialismus, Einstellung zum** 410
- Sozialleistungen** 134, 256, 315–333
- Sozialstaat, Einstellungen zum** 412–415
- Sozialversicherung** 112–115, 118–123, 125, 128, 136, 141, 144, 147, 152–154, 254–256, 315–316, 357, 412–413
- Spenden** 388–389
- Sport treiben** 306, 313–314, 370–373
- Sportvereine** 368, 384, 386, 403–404
- Städte**
- Beschäftigung 356–358
 - Bevölkerungsentwicklung 354–355
 - Großstädte 15–16, 344, 352–359
 - Lebensstandard 358–359
 - Migrationshintergrund 68–69, 223–224, 237
 - Mobilität 342–349
 - Siedlungsstruktur 344, 350–351
 - Stadt- und Gemeindetypen 352
 - Wirtschaftskraft 355–356
 - Zufriedenheit mit Lebensbedingungen 359
- Sterbealter** 30–32, 283–284
- Sterbefälle** 17–19
- Sterbetafel** 28–32
- Sterblichkeit** 282–283
- Steuereinnahmen** 114–116
- Steuern** 104, 107–110, 114–116, 149, 152–154, 157, 170, 181
- Stiftungen** 384–385
- Stille Reserve** 132
- Studierende** s. Hochschulen
- T**
- Tarifverdienste**
- nach Branche 139–140
 - nach Region 139–140
- Tarifverträge** 139–140
- Todesursachen**
- Deutschland 283–284
 - Europäische Union 451–452
- Transferleistungen**
- s. Ausbildungsförderung,
 - s. Kindergeld,
 - s. Soziale Sicherung
- U**
- Übergewicht** 284–286, 294–295, s. auch Adipositas
- Überschuldung privater Haushalte** 167–168
- Unfallversicherung** 113, 316
- Ungleichheit**
- Altersrenten 336–337
 - Einkommen 169–171, 178–190
 - Gesundheit 302–314
 - Politische Partizipation 400–406
 - Regionale Ungleichheit 350–359
 - Soziale Ungleichheit 209–215
 - Vermögen 191–193, 199
 - Zuständigkeit des Staates 413–414
- Universitäten** s. Hochschulen
- Unterbeschäftigung** 132
- Urlaub** 361, 373–376
- V**
- Verbände** 384
- Verbraucherpreise** 139, 141, 156, 197, 443
- Verdienste**
- Bruttoverdienste 140–148
 - Tarifverdienste 139–140
- Verdienstunterschied Männer und Frauen**
- Deutschland 145–146
 - Europäische Union 445–446
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf** 55–57
- Vereine** 383–384
- Vererbungsdaten von Klassen-
positionen** 211–213
- Verkehrsmittelnutzung** 341–349
- Vermögen, private**
- Individuelles Nettovermögen 192–198
 - Internationaler Vergleich 198–199
 - Soziale Position 196–197
 - Veränderung 197–198
 - Vermögensformen/-komponenten 193–195
- Vermögensungleichheit** 192–193
- Vertriebene** 21, 66, 222
- Volkseinkommen** 110

**Volkswirtschaftliche Gesamt-
rechnungen** 103–111, 113, 118, 126

Vollzeit- und Teilzeitverdienste 143–145

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

- Anzahl 288
- Betten 288
- Patienten 288
- Personal 289

W

Wahlen 391–399

Wanderungsbewegungen

- s. auch Migration
- Außenwanderung 21–23
 - Binnenwanderung 20–21
 - Gesamtwanderung 18, 20
 - Zuzug von Aussiedlern 21–22

Weiterbildung 70, 80, 96–101

Werte

- Materialisten 417–421
- Postmaterialisten 417–421
- Wertewandel 417–421

Wirtschaftssektoren 128

Wohlstand

- Europäische Union 448–449, 453–455
- Gerechte Verteilung 421–423
- Messung 105, 170
- Regionale Unterschiede 355
- Subjektive Einschätzung 205
- Verteilung 178–190

Wohneigentum 204, 261–263, 266–267

Wohnen 259–273

Wohngebäude

- Alter 260–261
- Größe 259–260
- Eigentümerstruktur 261–263
- Leerstand 262–264
- Wohnungsgröße 263

Wohngeld 325–327

Wohnsituation

- Belastung durch Wohnung/
Wohnumfeld 272–273
- Eigentümerhaushalte 264–268
- Europäische Union 437, 450–451
- Haushaltstypen 265–268
- Mieten 267–271
- Mieterhaushalte 264–268
- Migrationshintergrund 237
- Wohnfläche 264–268

Z

Zeitempfinden 365

Zeitverwendung

- Bildung 369–370
- Erwerbsarbeit 363–365
- Freizeit 370–373
- Kinderbetreuung 365–367
- Unbezahlte Arbeit 363–365
- Urlaub 361

Zivilgesellschaft

- Engagement 385–388
- Gering organisationsgebundenes
Engagement 388
- Organisationen 383–385
- Spenden 388–389

Zukunftserwartungen 422–424

Zuwanderung s. Migration

Abkürzungsverzeichnis

Von A wie AFBG bis W wie WZB

AFBG

Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
(»Meister-BAföG«)

ALG

Arbeitslosengeld

ALLBUS

Allgemeine Bevölkerungsumfrage
der Sozialwissenschaften

ASID

Studie »Alterssicherung in Deutschland«

AZR

Ausländerzentralregister

BA

Bundesagentur für Arbeit

BAföG

Bundesausbildungsförderungsgesetz

BAGFW

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege

BAuA

Bundesanstalt für Arbeitsmedizin
und Arbeitsschutz

BBG

Beitragsbemessungsgrenze

BBSR

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

BIP

Bruttoinlandsprodukt

BKK

Betriebskrankenkasse

BMF

Bundesministerium der Finanzen

BMI

Body-Mass-Index

BMZ

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

BNE

Bruttonationaleinkommen

BSP

Bruttosozialprodukt

BVG

Bundesversorgungsgesetz

CASMIN

*Comparative Analyses of Social Mobility
in Industrial Nations*
Internationale Klassifikation von
Bildungsabschlüssen

CTFR

Cohort Total Fertility Rate
Kohortenfertilität

DEAS

Deutscher Alterssurvey

DEGS

Studie zur Gesundheit Erwachsener
in Deutschland

DIW

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

EP

Entgeltpunkte (Rentenversicherung)

ESVG

Europäisches System Volkswirtschaftlicher
Gesamtrechnungen

EU

Europäische Union

Eurostat

Statistisches Amt der
Europäischen Union

EU-SILC

*European Union Statistics on Income and
Living Conditions*
Europäische Gemeinschaftsstatistik über
Einkommen und Lebensbedingungen der
Bevölkerung (LEBEN IN EUROPA)

EVS

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

EWCS

European Working Conditions Survey
Europäische Erhebung über die
Arbeitsbedingungen

EZB

Europäische Zentralbank

FDZ-RV

Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung

FGT-Maße

Maße zur Berechnung der Armutsquote, der Armutspopulation und der Armutsintensität nach Foster / Greer / Thorbecke

G8

Gymnasialzeit von acht Jahren

G9

Gymnasialzeit von neun Jahren

GEDA

Studie »Gesundheit in Deutschland aktuell«

GKV

Gesetzliche Krankenversicherung

GKV-FinG

Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung

GRV

gesetzliche Rentenversicherung

GUS

Gemeinschaft unabhängiger Staaten

HFCS

Household Finance and Consumption Survey
Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte

IGLU

Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung

IKT

Informations- und Kommunikationstechnologien

ILO

International Labor Organization
Internationale Arbeitsorganisation

Infas

Institut für angewandte Sozialfragen

ISCED

International Standard Classification of Education
Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens

ISSP

International Social Survey Programme

KONTIV

Kontinuierliche Erhebung zum Verkehrsverhalten

LAT-Beziehungen

Living-Apart-Together-Beziehungen

LWR

Laufende Wirtschaftsrechnungen

MiD

Haushaltsbefragung »Mobilität in Deutschland«

MIV

Motorisierter Individualverkehr

MOP

Deutsches Mobilitätspanel

NEL

nichteheliche Lebensgemeinschaft

NUTS

Nomenclature des unités territoriales statistiques
Klassifikation der räumlichen Bezugseinheiten der amtlichen Statistik in der EU

ODA

Official Development Assistance
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

OECD

Organisation for Economic Cooperation and Development
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ÖPNV

Öffentlicher Personennahverkehr

ÖPV

Öffentlicher Personenverkehr

PC

Personal Computer

PISA

Programme for International Student Assessment
Programm zur internationalen Schülerbewertung der OECD

Pkw

Personenkraftwagen

RÜG 1991

Rentenüberleitungsgesetz

SGB

Sozialgesetzbuch

SOEP

Sozio-oekonomisches Panel

SrV

System repräsentativer Verkehrsverhaltensbefragungen

TFR

Total Fertility Rate
Zusammengefasste Geburtenziffer

UNO

United Nations Organization
Organisation der Vereinten Nationen

VGR

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

WHO

World Health Organization
Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung



Das ist Gisela.

Gisela ist 70 Jahre alt.

Sie ist verwitwet und lebt allein in der 97 Quadratmeter großen Eigentumswohnung, die sie seit mehr als 30 Jahren bewohnt. Ihr Sohn ist geschieden und lebt als Single in einem anderen Stadtteil, ihre Tochter wohnt mit Mann, zwei Kindern und Hund im Umland.

Gisela unternimmt gerne Städtereisen, ist politisch interessiert und geht regelmäßig wählen. Als ehemalige Lehrerin ist sie ehrenamtlich zweimal pro Woche in der Hausaufgabenhilfe aktiv.

